Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 31

Chronik vom 27. Juli bis zum 29. August 2024



Chronik vom 27.07. – 29.08.2024

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 27. Juli bis zum 29. August 2024	5-406
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	407-408

Danksagung und Widmung

> Freiheit und eigener Herd sind großes Geldes wert.
> *Sprichwort aus Deutschland*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Henry Albrecht, Hans-Günter Appel, Jonas Aston, Regina Bärthel, Gil Barkei, Sucharit Bhakdi, Lorenz Bien, Zan Blagojević, Helge Buttkereit, Claudio Casula, Boris Cherny, James Corbett, Horst Deckert, Michael Dienstbier, Jürgen Elsässer, Jörg Fischer, Peter Freitag, Marc Friedrich, Holger Fuß, Selma Green, Manfred Harms, Frank Hauke, Daniel Holfelder, Stefan Homburg, Wolfgang Hübner, David Icke, Volker Kempf, Thomas Kirchner, Einar Koch, Volker König, Stefan Korinth, Paul Leonhard, Herbert Ludwig, Ralf Ludwig, Wim Lukowsky, Stefan Magnet, Christopher Martens, Dirk Meyer, Hans-Jörg Müllenmeister, Michael Nehls, Werner Olles, Edmond Paris, Michael Paulwitz, Thorsten Polleit, Marie Rahenbrock, Gerd Reuther, Krissy Rieger, Paul Craig Roberts, Max Roland, Paul Rosen, Liz Roth, Ivo Sasek, Thomas Schäfer, Jörg Schierholz, Elija Schlenk, Rainer F. Schmidt, Christian Schreiber, Paul Schreyer, Anabel Schunke, Dieter Stein, Joachim Steinhöfel, Sebastian Thormann, Sven Versteegen, Christian Vollradt, Erich Weede, Willi Weißfuß, Karlheinz Weißmann, Jerome Wnuk und Christian Zentner.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Geheimer Krieg gegen die Deutschen

> Die Klugen geben so oft und so lange nach, bis sie die Dummen sind.
> *Spottvers der 68er Bewegung*

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der fremdbestimmten Parteien und ihren willigen Erfüllungsgehilfen sowie der globalen Nichtregierungsorganisationen seit Jahrzehnten regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat, um sie letzten Endes im Rahmen einer totalitären Enteignung und Entrechtung zu versklaven.
In dem Staatsfragment BRD gab es nie eine mittelbare, repräsentative Demokratie, sondern seit Gründung dieses Vasallengebildes existiert eine Scheindemokratie. In dieser Scheindemokratie (Plutokratie: Herrschaft des Geldes bzw. des Reichtums) verwirklichten die fremdbestimmten Parteien und Abgeordneten nicht den Wählerwillen des Volkes, sondern sie handelten zweifelsfrei im Auftrag sowie nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte und vertraten in erster Linie die Interessen der gemeingefährlichen internationalen Finanzeliten.
Die systematische Umerziehung, NS-Schuldkult, Gleichschaltung der Meinungsfreiheit, die Zerstörung der Familie, Abschaffung der eigenen Identität, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, der Genderismus, die Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung, die Corona-Plandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren zweifelsfrei lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung.
In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen ging und geht es vor allem tatsächlich darum, alle kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands zu zerstören, um die Deutschen vollständig auszuplündern und letzten Endes auszulöschen.

Pflicht zum Widerstand

> Was wäre aus der Welt geworden, wenn es nicht zu allen Zeiten tapfere herrliche Menschen gegeben hätte, die, mit Schiller zu sprechen, in den Himmel greifen und ihre ewigen Rechte von den Sternen herunterholen.
> *Theodor Fontane (1819-1898, deutscher Dichter)*

Trotz der drohenden Katastrophe befindet sich der deutsche Michel noch immer in einem komaähnlichen Todesschlaf.
Infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche blenden die selbsternannten Gutmenschen und Mitläufer starrsinnig die Realität aus und zeichnen sich weiterhin durch unglaubliche Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.
Wir müssen endlich erkennen, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.
Die Menschen unterscheiden sich vor allem durch Geist, Vernunft und Rationalität von allen anderen Lebewesen. Diese Fähigkeiten ermöglichen es den Menschen, Entwicklungen und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen, Lügen zu durchschauen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
Wenn wir unsere Heimat retten wollen, müssen wir unseren komaähnlichen Todesschlaf sofort beenden und uns endlich wehren und erbitterten Widerstand leisten, um die Vernichtungspläne der verbrecherischen Finanzeliten noch rechtzeitig zu entschärfen oder rückgängig zu machen. Angesichts der bedrohlichen Ereignisse in den Monaten Juli und August 2024 bleibt nicht mehr viel Zeit, um unsere Heimat zu retten:

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Skurrile, woke Olympia-Eröffnung: Nacktheit, Männer mit Brüsten und Jesus als Drag-Queen**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Bundeskriminalamt: Massiver Anstieg bei Kriminalität von Nordafrikanern**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.381/…): >>**E-Auto, nein danke: Verkauf bricht auf breiter Front ein - Lang lebe der Verbrenner!**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.383/…): >>**FDP hält Pandemie der Ungeimpften für politischen Kampfbegriff, stellt Fakten auf den Kopf**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.383/…): >>**Gabriel kündigt Stellenabbau für Thyssenkrupp Steel an**

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29658" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.379/…): >>**WHO bricht Völkerrecht in "Nacht- und Nebelaktion"**

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29823" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.379/…): >>**Der gnadenlose Krieg der Pharma gegen die Menschheit!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Juli 2024 (x1.381/…): >>**Corona-Protokolle: AfD-Abgeordnete stellen Strafanzeige gegen Merkel, Spahn und Scholz!**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Messerattacke in Halle: Täter ist vierzehn Jahre**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Finale Studien abgeschlossen: EU will Vermögen der Bürger erfassen**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Juli 2024 (x1.383/…): >>**Machtkampf um die Meinungsfreiheit: Elon Musk gegen das Wahrheitsministerium**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.380/…): >>**Wärmepumpen-Verkauf bricht ein: Habeck ist ein Mann des totalen Scheiterns!**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.380/…): >>**Warum ist sie noch im Amt? Baerbock-Ministerium beging Visa-Rechtsbruch!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.381/…): >>**"Bei uns laufen schon ELFJÄHRIGE mit Messern herum" - "Die Arche-Mitarbeiter" fordern Aufnahme-Stopp für Flüchtlinge**

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.385/…): >>**Warum der elektronische Impfpaß weg muß**

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29917" berichtet am 29 Juli 2024 (x1.379/…): >>**Eltern aufgepaßt: Genderwerbung im Kinderfernsehen!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Juli 2024 (x1.381/…): >>**"Bürgergeld": Schon fast so viele Ausländer-Kinder bekommen Stütze wie deutsche Minderjährige**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Solarausbau: Netzbetreiber fürchten jetzt Blackouts**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.381/…): >>**Bistum Trier ruft zu Spenden für Schleuser-Schiff auf**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Kritische Stimmen verschwunden: RKI verfälschte Protokolle**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>**WHO unternimmt ersten Schritt zur massenhaften Impfstoff-Produktion gegen die Vogelgrippe**

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 27. Juli bis zum 29. August 2024

27.07.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Skurrile, woke Olympia-Eröffnung: Nacktheit, Männer mit Brüsten und Jesus als Drag-Queen**

Noch nie wurde ein Sportevent derartig woke eröffnet, wie die Olympischen Spiele in Paris. Neben Männern in Frauenkleidern und mit unechten Brüsten stellten einige Personen mutmaßlich auch "Das letzte Abendmahl" von Leonardo da Vinci in "queerer" Art und Weise nach.

Von Redaktion

Eine schlechte Version des römischen Wassergottes Neptun, eine anmaßende Imitation des "Letzten Abendmahls" von Leonardo da Vinci und unechte Brüste bei Männern - so wurden die Olympischen Spiele 2024 in Paris eröffnet.

Die diesjährige Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele stand ganz im Zeichen von "Diversität", Transgender-Ideologie und woker Selbstverherrlichung. In nie dagewesener Weise wurden am Freitagabend in Paris Drag-Kostüme und knallig bunte Kleider gefeiert.

Besonders brisant war ein Moment nach etwa zwei Stunden: 18 Personen, hinter einem langen Laufsteg, auf dem ein DJ-Pult stand, stellten allem Anschein nach Leonardo da Vincis "Das letzte Abendmahl" dar - allerdings nur leicht bekleidet, teilweise in Drag-Kostümen, zudem stark geschminkt. Die Szene wurde von Beobachtern als "queeres Abendmahl" bezeichnet.

"Das letzte Abendmahl" zeigt ursprünglich Jesus und die zwölf Apostel am Vorabend seiner Kreuzigung. "Einer von euch wird mich verraten", soll Jesus laut der Bibel den Aposteln prophezeit haben. Das 1494 bis 1498 entstandene Werk ist deshalb von hoher Bedeutung für Christen.

Besonders eine korpulente Frau in der Mitte der Szenerie sorgte für Aufsehen. Mit ihren Händen formte sie ein Herz-Symbol, auf ihrem Kopf trug sie eine Art Krone, die an einen Heiligenschein erinnerte. Nun trägt Jesus auf dem bekannten Gemälde zwar noch keinen Heiligenschein, dennoch sorgte die Szene in den Sozialen Medien für Diskussionen und allerhand Kritik.

Es sollte nicht die einzige Szene bleiben, die aus christlicher Sicht irritierte und für Furore im Internet sorgte: Ein in Metallfarben gekleideter Ritter bestieg nach rund drei Stunden ein metallenes Pferd auf der Seine, auf der er minutenlang Richtung Eiffelturm ritt. Ein Reiter eines bleichen Pferdes gilt in der Bibel als Personifikation des Todes, festgehalten im Buch der Offenbarung.

Ob die Szenerie genau dieses Bild wiedergeben sollte, ist nicht bekannt. Und so absurd es auch scheint - in den Sozialen Medien sorgte diese Darstellung während der Eröffnungsfeier für Entsetzen. Am Eiffelturm angekommen übernahm ein Reiter auf einem echten, bleichen Pferd die Protagonistenrolle und überbrachte die olympische Fahne, die anschließend vor dem Eiffelturm gehißt wurde.

Abgesehen von diesen möglicherweise biblischen Bezügen trumpfte die Zeremonie auch mit allerlei woker Stimmungsmache auf: Während auf der Seine stundenlang die Nationen vorgestellt wurden, fand auf dem Laufsteg - der schon Teil der mutmaßlichen Abendmahl-Imitation war - eine Dragshow statt: Männer ohne Oberteil oder unechten weiblichen Brüsten, viele mit Kleidern oder Highheels, Frauen in bunten Gewändern und knallig geschminkte Gesichter waren dort zu sehen.

Auf eben jenem Laufsteg sang der französische Schauspieler Philippe Katerine außerdem sei-

nen Song "Nu", was so viel wie "nackt" heißt. Außer einer Unterhose trug der 55-Jährige dabei nichts, seine Haut war blau-glitzernd gefärbt. Er erinnerte an eine etwas lächerliche Version eines römisch-griechischen Gottes. In seinem Song beschreibt der Schauspieler eine utopische Welt, in der alles besser sei, wenn die Menschen nackt wären.
Gefeiert wurde auch der Feminismus: Frauen waren in vielen vordergründigen Rollen vertreten, Schriftstellerinnen wie Christine de Pizan, die als einer der ersten feministischen Schriftstellerinnen Europas gilt und 1364 geboren wurde, wurden ehrwürdig gezeigt. Generell dominierte zu Beginn der Zeremonie noch das Traditionsbewußtsein der Franzosen, viele entscheidende Momente der französischen Geschichte wurden szenisch dargestellt. Auch die Kultur, von Georges Bizets bekannter Oper "Carmen" bis hin zu dem beliebten Buch "Der kleine Prinz" von Antoine de Saint-Exupéry wurden in die Eröffnungsfeier eingebracht.
Mit fortschreitender Dauer mutierte die Zeremonie aber zu einem Diversitäts-Festival. Nach vier Stunden wurde dann endlich das Feuer im Olympischen Kessel entfacht - da war es dann mit der Vielfalt plötzlich aber wieder vorbei. Zwei schwarze ehemalige Olympiasieger Frankreichs, Marie-José Pérec und Teddy Riner entzündeten das Feuer.
Die Hautfarbe ist an dieser Stelle sicher nicht entscheidend, weil die Feierlichkeiten zuvor aber mit einer unverkennbaren Diversitätsstrategie auffielen, wäre es nur konsequent gewesen, auch das Entzünden des Olympischen Kessels derartig zu gestalten.
Eine ähnlich kontroverse Eröffnungsfeier hat es bei den Olympischen Spielen lange nicht gegeben.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.382/…): >>**"Alternative Glaubhaftmachung": Baerbock forderte Beamte auf, Einreisen auch ohne amtliche Dokumente zu ermöglichen**
Eine Anweisung aus der Berliner Zentrale hat in den Botschaften für Aufruhr gesorgt. Mittels der "alternativen Glaubhaftmachung" wurden die Hürden für Einreisen drastisch gesenkt. Die Beamten wurden wohl unter Druck gesetzt massenhaft Personen auch ohne amtliche Dokumente einreisen zu lassen.
Jonas Aston
Stetig mehr in Bedrängnis: Außenministerin Baerbock
"Wir werden bürokratische Hürden abbauen, um die Aufnahme und die Einreise nach Deutschland für besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen zu erleichtern". Das erklärte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock im Dezember 2021. Inzwischen steht zu befürchten, daß der Abbau "bürokratischer Hürden" vielmehr bestehende Rechtsvorschriften aushöhlt.
Die Staatsanwaltschaften in Berlin und Cottbus untersuchen derzeit rund 20 Einreisegenehmigungen. Diese wurden wohl trotz gefälschter oder ungültiger Pässe sowie erheblicher Bedenken ausgestellt. Der Welt am Sonntag zufolge betrifft die Untersuchung sogar eine hohe vierstellige Anzahl an Visa-Genehmigungen. Der "Business Insider" berichtet zudem, daß die Affäre nicht nur Einreisen aus Afghanistan umfaßt, sondern auch andere Länder betrifft.
Für Aufruhr in den Botschaften sorgte auch eine Anweisung aus der Berliner Zentrale. Demnach wurden die Hürden für Einreisen nach Deutschland unter Baerbocks Führung erheblich abgesenkt. Die Beamten wurden dazu aufgefordert, die Einreise nicht von amtlichen Dokumenten abhängig zu machen.
"Alternative Glaubhaftmachung" - Gewißheit bei Identitäten "nicht erforderlich"
Statt dessen hielt das Prinzip der "alternativen Glaubhaftmachung" Einzug. Die Beamten sollen also in eigener Zuständigkeit abwägen, ob das Vorlegen von Impfpässen oder von Schülerausweisen für die Einreise ausreichen soll, wenn keine anderweitigen amtlichen Dokumente vorliegen.
Das Prinzip der "alternativen Glaubhaftmachung" ist nicht neu. Allerdings findet es erst seit

dem Amtsantritt von Annalena Baerbock verstärkt Anwendung. Das geht auch aus einem Dokument hervor, aus dem "Business Insider" zitiert. Darin heißt es: "Es ist nicht erforderlich, daß die Behörde mit absoluter Gewißheit die Richtigkeit des Sachverhalts feststellen muß." Weiterhin wird betont: "Eine Ablehnung allein aufgrund nicht vorliegender Belege ist nicht möglich".
In den Botschaften werde dieses Dokument so aufgefaßt, daß Einreise schnell und unkompliziert gewährt werden sollen. Bei vielen Mitarbeitern führt dieses Vorgehen zu Frust. "Deutschland geht einen Sonderweg", erklären hierzu anonym mehrere Mitarbeiter gegenüber dem Business Insider. Für Deutschland würden innerhalb der Europäischen Union extrem lasche Einreisebestimmungen gelten.
Zudem werde auf die Mitarbeiter in den Botschaften aus der Zentrale in Berlin massiv bedrängt, keine großen Hürden an die Einreise zu stellen. "Der Druck ist enorm". So ein Mitarbeiter gegenüber Business Insider. Die Ablehnung von Anträgen wäre in Berlin nicht gern gesehen.
Auf Anfrage des Business Insider erklärte das Auswärtige Amt, daß es die Sorgen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grundsätzlich ernst nehme. Hinweise auf Unregelmäßigkeiten würden "ohne Ausnahme" verfolgt. Außergewöhnlichen Druck von oben übe man jedoch nicht aus.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Tagesschau übernahm Correctiv-Lüge: Verbreitung gerichtlich untersagt**
Das Oberlandesgericht Hamburg hat der ARD untersagt, in seiner Berichterstattung zur Correctiv-Recherche über das Potsdamer Treffen zu behaupten, daß dort die Abschiebung deutscher Staatsbürger diskutiert oder gefordert wurde. Es sei von "Unwahrheit" auszugehen, hält das Gericht fest.
Jonas Aston
Im Rahmen eines Gerichtsverfahrens im Zusammenhang mit der Correctiv-Story um das sogenannte "Geheimtreffen" muß die Tagesschau eine herbe Klatsche hinnehmen. Das Oberlandesgericht Hamburg hat dem NDR, der auch für die Produktion der Tagesschau verantwortlich ist, untersagt, in seiner Berichterstattung zu behaupten, daß bei dem Treffen in Potsdam die Abschiebung deutscher Staatsbürger diskutiert oder gefordert wurde. Nach Auffassung des Gerichts kann der NDR diese Behauptung nicht ausreichend belegen. Geklagt hatte der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau.
Der Jungen Freiheit zufolge heißt es in dem Urteil: "Prozessual ist von der Unwahrheit der Behauptung der Antragsgegnerin, es sei bei dem Treffen in Potsdam die Ausweisung deutscher Staatsangehöriger diskutiert worden, auszugehen." Der NDR hätte als vermeintliche Belege "lediglich auf Zeitungsartikel und Mitteilungen von Correctiv" verwiesen. Diese stützten die These von der Ausweisung deutscher Staatsbürger allerdings nicht.
Entsprechend dürfe der NDR auch nicht mehr suggerieren oder gar berichten, daß die Ausweisung von deutschen Staatsbürgern Teil von "Remigrationsplänen" sei. Im Vorfeld hatte der Sender sowohl die Abweisung der Klage als auch die Dringlichkeit des Eilantrags bestritten. Das Gericht erkannte jedoch an, daß Vosgerau durch die Berichterstattung des NDR "fortlaufend in seinen Rechten verletzt" werde, was die Notwendigkeit einer schnellen gerichtlichen Entscheidung begründete.
Dem NDR drohen ab sofort Strafen von 250.000 Euro, wenn weiter behauptet wird, daß die Ausweisung deutscher Staatsbürger beim sogenannten "Geheimtreffen" gefordert wurde.
Ulrich Vosgerau hat nun schon in mehreren rechtlichen Auseinandersetzungen bezüglich der Berichterstattung über das Potsdamer Treffen Teilerfolge erzielt. Das Hamburger Landgericht untersagte Correctiv Vosgerau eine Aussage zuzuschreiben, die er so nicht getätigt hatte. Konkret ging es um die Behauptung, Vosgerau befürworte die Idee eines Musterschreibens

zur Anzweiflung von Wahlergebnissen.
In einem weiteren Verfahren wurde Correctiv-Chefredakteur David Schraven gerichtlich untersagt, fälschlicherweise zu behaupten, das Gericht habe die "Kernaussagen" des ursprünglichen Correctiv-Artikels bestätigt. Schraven hatte in einem FAZ-Interview suggeriert, das Gericht hätte die Darstellung von "Correctiv" über die beim Treffen besprochenen "Remigrationspläne" als "prozessuale Wahrheit" anerkannt. Diese Interpretation wurde vom Gericht als unzulässig eingestuft.
Correctiv nahm im Nachgang zudem mehrere Änderungen an seinem ursprünglichen Bericht vor, ohne diese transparent zu kennzeichnen. So wurde unter anderem die Behauptung über angeblich diskutierte "Deportationen" entfernt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Bundeskriminalamt: Massiver Anstieg bei Kriminalität von Nordafrikanern**
Laut Bundeskriminalamt steigen Straftaten von Nordafrikanern, während Abschiebungen rückläufig sind. 2023 wurden nur 273 Tunesier und 272 Marokkaner abgeschoben, verglichen mit 319 bzw. 696 im Jahr 2019, was durch die Entscheidung der Ampel-Regierung erschwert wird, Marokko und Tunesien nicht als sichere Herkunftsländer einzustufen.
Henry Albrecht
In Deutschland verzeichnen die Kriminalitätsstatistiken beunruhigende Trends bei Straftaten, die von Einwanderern aus Nordafrika begangen werden. Dies geht aus Daten des Bundeskriminalamtes hervor. Obwohl die Kriminalität zugenommen hat, sind die Abschiebungszahlen gesunken. Im Jahr 2023 wurden nur noch 273 Tunesier und 272 Marokkaner abgeschoben, verglichen mit 319 bzw. 696 im Jahr 2019. Die Ampel-Regierung entschied, Marokko und Tunesien nicht als sichere Herkunftsländer einzustufen, wodurch Abschiebungen erschwert werden.
Die Statistik zeigt einen drastischen Anstieg der Sexualdelikte von Tunesiern um 165 Prozent von 2019 bis 2023. Bei Marokkanern wurde ein Zuwachs von 65 Prozent verzeichnet. Auch bei schwereren Gewaltdelikten wie Mord, Totschlag und schwerer Körperverletzung stiegen die Zahlen für Tunesier um 110 Prozent und für Marokkaner um 67 Prozent.
Zudem haben sich auch Diebstähle und Übergriffe auf Polizeibeamte deutlich erhöht. Die Zahl der Diebstähle stieg bei Marokkanern von 2.900 auf 5.501 Fälle, bei Tunesiern um 176 Prozent auf 3.881 Fälle.
CDU-Vorsitzender Friedrich Merz äußerte gegenüber der Bild, daß es unannehmbar sei, wie die Situation derzeit gehandhabt werde: "Diese Länder sollten als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, damit eine unverzügliche Rückführung möglich ist."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.381/…): >>**E-Auto, nein danke: Verkauf bricht auf breiter Front ein - Lang lebe der Verbrenner!**
Die deutschen Autofahrer bestellen nicht nur deutlich, sondern dramatisch weniger Elektroautos als im vergangenen Jahr. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Zentralverbands Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) unter Autohäusern, über die "Welt am Sonntag" berichtet. An der Umfrage beteiligten sich bundesweit 348 Autohäuser.
Demnach haben Privatkunden seit Jahresbeginn 47 Prozent weniger Elektroautos bestellt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Bestellungen für Plugin-Hybride, die sowohl einen Verbrennungs-, als auch einen Elektromotor haben, gingen um 37 Prozent zurück. Dafür stieg die Nachfrage nach Diesel und Benzinern um 24 Prozent!
Die Händler erwarten auch für das zweite Halbjahr keine Verbesserung der Lage. Für das Gesamtjahr schätzen 91 Prozent der befragten Autohäuser die Bestellsituation bei Privatkunden für reine E-Autos als "schlecht" oder "sehr schlecht" ein. Bei Plugin-Hybriden sind 79 Prozent der Händler pessimistisch. Für Verbrenner sagen nur 23 Prozent der Autohäuser eine schlechtere Bestellsituation im Vergleich zum Vorjahr voraus.

Man darf gespannt sein, wie sich jetzt die EU unter ihrer alten und neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) positioniert. Ob sie den "Grünen" in ihrem ideologischen Haß auf die Autofahrer weiterhin folgt oder ob sie zu einer an den Wünschen der Kunden orientierten Politik der marktwirtschaftlichen Vernunft zurückkehrt?<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.383/…):

>>**FDP hält Pandemie der Ungeimpften für politischen Kampfbegriff, stellt Fakten auf den Kopf**

Der gesundheitspolitische Sprecher der FDP, Andrew Ullmann, hält die aktuelle Debatte um die "Pandemie der Ungeimpften" für unnötig, kritisiert aber auch die Formulierung als unnötigen "Kampfbegriff". Nötig sei jetzt eine konstruktive Aufarbeitung, sagte Ullmann dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Samstagausgaben).

"Fakt ist, daß Ungeimpfte deswegen im Anteil gesundheitlich stärker betroffen waren", erklärte der Liberale. "Fakt ist aber auch, daß 'Pandemie der Ungeimpften' ein unnötiger politischer Kampfbegriff war und nichts mit der wissenschaftlichen Realität zu tun hatte." Es sei aus seiner Sicht nicht sinnvoll, "ständig über einzelne Maßnahmen, Begriffe und einzelne Gruppen zu diskutieren".

Statt dessen müsse man die Pandemie "politisch-wissenschaftlich in einer Enquete-Kommission in toto aufbereiten, um uns auf zukünftige Pandemien vorzubereiten und einen -Abschuß für den gesellschaftlichen Diskurs zu finden", forderte er. Der Politik stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, um mögliche Mißstände aufzuarbeiten. In Untersuchungsausschüssen sind nur Abgeordnete vertreten, während in Expertenkommissionen ausschließlich von den Parteien berufene Wissenschaftler und andere Fachleute sind. Enquete-Kommissionen bilden eine Mischform aus beiden Konzepten.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.383/…):

>>**SPD-Bundestagsfraktion sieht hinter "Compact" großes Netzwerk**

Die SPD-Bundestagsfraktion hält das von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erlassene Verbot des rechtsextremistischen "Compact-Magazins" für notwendig.

"Compact ist ein zentrales Sprachrohr der Rechtsextremen in Deutschland. Worten folgen Taten", sagte Parlamentsgeschäftsführerin Katja Mast der "Rheinischen Post" (Mittwochsausgabe). "Das Verbot ist konsequent. Hinter Compact steckt ein großes Netzwerk, das seit Jahren strukturell daran arbeitet, unsere Demokratie zu zersetzen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.383/…):

>>**Gabriel kündigt Stellenabbau für Thyssenkrupp Steel an**

Der Aufsichtsrats-Chef von Thyssenkrupp Steel, Sigmar Gabriel, bereitet die Belegschaft auf einen schmerzhaften Stellenabbau durch den neuen Busineßplan vor. "Wie viele Arbeitsplätze betroffen sind, hängt unter anderem davon ab, ob es gelingt, das zweitgrößte Stahlwerk Deutschlands, das auch in Duisburg steht, die HKM, durch einen Verkauf weiter zu betreiben. Daran arbeiten wir mit Hochdruck", sagte Gabriel der "Rheinischen Post".

Zugleich bekräftigte er, daß es dabei keine betriebsbedingten Kündigungen geben solle: "Wir haben ja bereits mit der Thyssenkrupp AG und auch dem möglichen neuen Investor in die Stahl AG, dem tschechischen Unternehmen EPH, vereinbart, daß es keine betriebsbedingten Kündigungen geben soll."

Der Hamburger Investor CE hat Interessen an HKM, es geht um 3.000 Beschäftigte. Gabriel sagte: "Unser Ziel ist der Verkauf. Es hängt jetzt von der Ernsthaftigkeit des Interessenten ab, ob dieser Verkauf auch gelingen kann. Und dabei geht es vor allem um die Langfristperspektive. Es nutzt uns ja nichts, wenn wir die HKM verkaufen, und in zwei Jahren steht das Unternehmen vor der Insolvenz. Das muß man im Verkaufsprozeß ausschließen können." Die mit Spannung erwartete Sondersitzung des Steel-Aufsichtsrates hat Gabriel auf den 9. August verschoben.

Dann soll der neue Busineßplan vorgestellt werden, der das Schicksal der Stahlsparte und HKM festschreiben soll. HKM gehört zu 50 Prozent der Thyssenkrupp Steel.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29658" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.379/…): >>**WHO bricht Völkerrecht in "Nacht- und Nebelaktion"**

Bei der Abstimmung der WHO-Vollversammlung über die Internationalen Gesundheitsvorschriften IGV ging es nachweislich nicht mit rechten Dingen zu. Skurril erscheint auch der Abstimmungsvorgang ...

Private, nichtstaatliche Sponsoren können somit massiv auf Tedros Einfluß nehmen! Dadurch sichert sich die WHO ein "Wahrheitsmonopol" in Gesundheitsfragen. Schwarzer Tag für WHO: Schwere Vorwürfe wegen sexueller Ausbeutung. Die WHO hat die Demokratie mit Füßen getreten!

In unserem Internationalen Weckruf: "WHO plant heimtückischen Coup in 194 Ländern", der über 2,2 Millionen Menschen erreicht hat, haben wir bereits im April 2024 vor den dramatischen Gefahren durch zwei geplante WHO-Vertragswerke gewarnt.

Aufgrund des großen Widerstandes in den Mitgliedsstaaten kam es bereits im Vorfeld der 77. Weltgesundheitsversammlung vom 27. Mai - 1. Juni 2024 zu keiner Einigung über einen Entwurfstext für einen Pandemievertrag. Das zweite Vertragswerk, die sehr weitreichenden Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften IGV, wurde jedoch in einer "Nacht- und Nebelaktion" am 1. Juni 2024 in Genf in letzter Minute auf dubiose Weise verabschiedet. Diese angebliche Verabschiedung ist ein Skandal! Die sog. Leitmedien verschweigen dies weitgehend. Deshalb wird dieser Skandal in dieser Dokumentation schonungslos aufgedeckt!

Die WHO bricht das Völkerrecht!

Bei der Abstimmung der WHO-Vollversammlung über die Internationalen Gesundheitsvorschriften IGV ging es nachweislich nicht mit rechten Dingen zu.

Der Rechtsrahmen der WHO legt in Artikel 55.2 IGV fest, daß der Wortlaut jeder Änderung der IGV mindestens vier Monate vor der Abstimmung den Mitgliedsstaaten vorliegen muß. Nur dadurch haben die Staaten ausreichend Zeit, die Änderungen auf alle Konsequenzen hin überprüfen zu können. Bei der WHO-Vollversammlung im Mai 2024 wurde dieses über 60-seitige, komplexe Vertragswerk den Delegierten in der Endfassung aber erst unmittelbar vor der angesetzten Abstimmung vorgelegt. Wer will diese brisanten und folgenschweren Inhalte da noch prüfen? Ein klarer Bruch des Rechts, der zum Schutz der Nationen vor Willkür verbindlich vereinbart wurde!

Skurril erscheint auch der Abstimmungsvorgang. Abgestimmt wurde nicht - wie es transparent gewesen wäre - per Handzeichen oder namentlich-schriftlich. Vielmehr fragte der Abstimmungs-Vorsitzende lediglich in die Runde, ob es Einwände gäbe. Das war´s. Somit wissen die Bürger bis heute nicht wirklich, wer tatsächlich für die IGV-Änderungen gestimmt hat. Ein weiterer haarsträubender Verstoß gegen jede Transparenz!

Skandalös ist ferner, daß es glaubhafte Berichte gibt, die bestätigen, daß verschiedene Ländervertreter massiv unter Druck gesetzt wurden, den Änderungen nicht zu widersprechen.

Die WHO hat sich durch einen eklatanten Bruch des Völkerrechts und eine völlige Intransparenz bei der Abstimmung als eine nicht vertrauenswürdige Organisation erwiesen. Sehen Sie hierzu auch unser Interview mit der WHO-Rechtsexpertin und Juristin Frau Dr. Beate Sibylle Pfeil.

Die WHO mißachtet demokratische Mindeststandards!

1. Die IGV sehen keine Kontrollinstanzen und Gewaltenteilung vor!

Die Machtbefugnisse von Generaldirektor Tedros wurden durch die sehr fragwürdigen Änderungen der IGV erheblich ausgeweitet. Er kann nun neben einer gesundheitlichen Notlage internationaler Tragweite, dem sogenannten PHEIC, zusätzlich sogar eine "pandemische Notlage" nach Art. 12 IGV ausrufen.

Diese soll laut Definition mit einer größeren und schnelleren Verbreitung, dem hohen Risiko einer Überlastung des nationalen Gesundheitswesens und dem hohen Risiko von "sozialen und wirtschaftlichen Störungen" verbunden sein. Die Bestimmungen hierfür sind sehr vage definiert und somit ebenfalls willküranfällig. Tedros muß dabei nicht einmal auf einen Expertenrat hören, den er zudem noch selbst berufen und jederzeit absetzen kann.
Völlig inakzeptabel ist, daß es kein transparentes Verfahren bzw. keine unabhängige Kontrollinstanz zur Überprüfung einer derart weitreichenden Entscheidung für eine weltweite "pandemische Notlage" gibt. Die WHO hält sich hier nicht einmal an rechtsstaatliche Mindeststandards und somit auch nicht an geltende Standards zum Menschenrechtsschutz! Um das Grundprinzip der Gewaltenteilung zu gewährleisten, braucht es hier unabdingbar die Einrichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz im rechtsstaatlichen Sinne!
Außerdem ist ein transparentes Verfahren nach dem Vorbild des deutschen Informationsfreiheitsgesetzes zwingend erforderlich, das heißt, daß alle entscheidungsrelevanten Daten offengelegt werden müssen! Bisher dürfen interne Erklärungen der "WHO-Experten" über Interessenskonflikte ebenso wie etwaige Sicherheitsbedenken, z.B. gegen bestimmte "Impfstoffe", unter Verschluß gehalten werden. Auch diese Intransparenz ist skandalös!
Auf dieser nicht auf geltenden Menschenrechtsstandards basierenden Grundlage können nahezu alle Staaten der Welt zu weitreichenden Maßnahmen, wie z.B. massiven Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten oder Pflichtimpfungen, angehalten werden.
Es ist nicht nachvollziehbar, warum Politiker, die sich als Demokraten ausgeben, auf der Weltgesundheitsversammlung dieser Mißachtung rechtsstaatlicher Mindeststandards nicht ausdrücklich widersprochen haben. Durch diese Unterlassung haben sie einer Willkür des Generaldirektors Tür und Tor geöffnet.
2. Die IGV schieben der Korruption nicht den Riegel vor!
Die WHO wird zu 85 % durch meist zweckgebundene "Spenden" finanziert, von denen ein beachtlicher Teil aus der Impf- und Pharmaindustrie stammt. Somit liegt es auf der Hand, daß die WHO vorwiegend durch externe Sponsoren gesteuert wird. Fatal ist in diesem Zusammenhang, daß die WHO nicht unabhängig kontrolliert wird. Private, nichtstaatliche Sponsoren können somit massiv auf Tedros Einfluß nehmen, so daß dieser nicht im Interesse der Gesundheit der Weltbevölkerung, sondern nach deren Interessen handelt!
3. Die IGV untergraben das freie Informationsrecht!
Die neuen IGV legen einen großen Schwerpunkt auf die Bekämpfung sogenannter "falscher und irreführender Information" Was dies konkret bedeutet wird jedoch nicht näher definiert. Dadurch sichert sich die WHO ein "Wahrheitsmonopol" in Gesundheitsfragen und das Recht unerwünschte Meinungen bzw. sogar Expertenstimmen auf den sozialen Plattformen zu unterdrücken. Um dieses Ziel zu erreichen hat die WHO zahlreiche Verträge mit sozialen Plattformen, wie Google, Facebook oder TikTok abgeschlossen. Auch hier wird offenkundig, daß die WHO elementare Grundrechte, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, aushöhlen will.

Schwerwiegende Vorwürfe gegen Generaldirektor Tedros

Nimmt man Generaldirektor Tedros und seine zwielichtige Vergangenheit als äthiopischer Minister näher unter die Lupe, stößt man auf schockierende Schlagzeilen:
05.06.2017: Deutsche Ärztezeitung: Human Rights Watch wirft Tedros vor, als Mitglied der Regierung für die Vertreibung Tausender Menschen und die Ermordung Hunderter Oppositioneller verantwortlich gewesen zu sein.
20.04.2020: Deutsche Welle: "Dr. Tedros" - Der umstrittene WHO-Chef
20.04.2020: Focus online: "Ausgerechnet im Umgang mit Epidemien werden dem ehemaligen Gesundheitsminister bis heute schwere Vorwürfe gemacht."
21.11.2020: Die Presse: Schwere Anschuldigungen gegen WHO-Chef Tedros: Er hat sich

auch um Waffenlieferungen an die TPLF bemüht.
18.01.2021: Focus, The Times:
Schwere Vorwürfe: WHO-Chef soll an Völkermord in Äthiopien beteiligt gewesen sein
29.09.2021: www.welt.de: Schwarzer Tag für WHO: Schwere Vorwürfe wegen sexueller Ausbeutung
Diese nie widerlegten gewichtigen Vorwürfe machen Tedros erpreßbar! Ist es daher nicht unverantwortlich einem derart zwielichtigen Menschen solch autoritäre Machtbefugnisse über nahezu die gesamte Menschheit zu geben?
WHO-Coup kann dramatische Folgen für die gesamte Menschheit haben!
Die unkontrollierte, massive Machterweiterung an einen nicht demokratisch gewählten Generaldirektor läßt alle "demokratischen Alarmglocken" in voller Lautstärke läuten:
Völkerrechtsbruch! Fragwürdige Abstimmung! Keine unabhängigen Kontrollinstanzen! Keine Gewaltenteilung! Keine angemessene Transparenz! Vorprogrammierte Interessenkonflikte! Vorprogrammierte Fremdsteuerung!
Die Änderung der IGV kann Corona 2.0 zur Folge haben! Konkret würde dies bedeuten: weitreichende Freiheitseinschränkungen für Milliarden von Menschen, z.B. Lockdowns, vorgeschriebene medizinische Behandlungen, Pflichtimpfungen etc.
Auf Grundlage der IGV-Änderungen will die WHO nun auch noch die verstärkte Forschung an den hochgefährlichen modRNA-Substanzen als Träger diverser weiterer Impfstoffe fördern. Diese Substanzen haben sich bei den Coronaimpfungen als hochriskant erwiesen und müssen so lange abgelehnt werden, bis ihre völlige Unbedenklichkeit wissenschaftlich zweifelsfrei nachgewiesen wurde.
In den neuen IGV-Artikeln 13.8 und 13.9 legt die WHO einen besonderen Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung. Dies betrifft auch und vor allem modRNA-Substanzen. Dabei werden im Labor Viren künstlich zur Mutation gebracht und so gefährlicher gemacht, um so bereits vorsorglich modRNA-Impfstoffe dagegen entwickeln zu können.
Diese sog. Gain-of-Function-Forschung ist aber immer mit der Gefahr verbunden, daß solche künstlich veränderte Viren das Labor verlassen und dadurch auch (echte) Notlagen erzeugen. Für diese Gain-of-function-Forschung verhängte US-Präsident Obama im Jahr 2013 ein Moratorium.
Das amerikanische Außenministerium, welches die Wuhan-GoF-Forschung förderte, erteilte jedoch Ausnahmegenehmigungen und ermöglichte dadurch den Ausbruch von Corona.
All dies zeigt, welch gigantische Gefahren die neuen IGV-Bestimmungen für die gesamte Menschheit in sich bergen!
Nur aktive Bürger können Demokratie verteidigen!
Verehrte Zuschauer, die neuen IGV, die der WHO noch weitere Machtbefugnisse zusprechen, können auch Ihr Leben dramatisch beeinflussen. Ihre Sicherheit, Ihre Gesundheit, Ihre Freiheit und auch Ihr Geldbeutel können akut gefährdet werden. Im Extremfall kann dies sogar zu Ihrem wirtschaftlichen und gesundheitlichen Ruin führen.
Es gibt jedoch auch eine gute Nachricht: Die Änderungen der IGV sind noch nicht in Kraft getreten. Jeder Staat kann sich innerhalb von 10 Monaten nach der Abstimmung noch gegen diese am 1. Juni 2024 beschlossenen IGV-Änderungen entscheiden und Widerspruch einlegen.
Da diese Abstimmung klar völkerrechtswidrig war, ist dies sogar die Pflicht jedes Menschen, der sich zur Demokratie bekennt. Werden Sie daher gegen diesen offensichtlichen Gesetzesbruch aktiv! Wir zeigen dafür zwei konkrete Möglichkeiten:
1. Kontaktieren Sie die Abgeordneten der Parlamente!
Nur durch aktive Bürger kann eine Demokratie am Leben erhalten werden! Die WHO hat die Demokratie mit Füßen getreten! Sie können mit Ihren regionalen Abgeordneten einen Termin

in einer Bürgersprechstunde vereinbaren und diesen Skandal von Angesicht zu Angesicht aufdecken. Hierfür bieten wir Ihnen als Hilfe ein Faktenblatt an, das die wichtigsten Aussagen dieser Sendung zusammenfaßt. …
2. Verbreiten Sie dieses Video weiter!
Die sogenannten Leitmedien haben kaum über den Abstimmungsskandal in Genf berichtet. Sie hüllen den Mantel des Schweigens über diesen Skandal! Auch dies ist eine Form der Zensur! Helfen Sie daher mit, daß Ihre Mitmenschen noch rechtzeitig wachgerüttelt werden, indem Sie JETZT diese Sendung an möglichst viele Ihrer Freunde und Bekannte weiterleiten! … Wir danken Ihnen für jede aktive Unterstützung, damit die völkerrechtswidrig verabschiedete Änderung der IGV noch rechtzeitig gestoppt wird!
Fachlich unterstützt und rechtlich geprüft von Dr. jur. Beate Sibylle Pfeil, Völker- und Menschenrechtsexpertin<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29823" berichtet am 27. Juli 2024 (x1.379/…): >>**Der gnadenlose Krieg der Pharma gegen die Menschheit!**
Brisante Rundschau von *Ivo Sasek*
Mittlerweile hat Prof. Dr. Stefan Homburg zusammen mit vielen anderen die über 2000 Seiten freigeklagten RKI-Files gesichtet. Interessiert hat vor allem, was sich hinter den zahllos vom RKI geschwärzten Stellen verbirgt. Denn des RKI mußte zwar auf richterlichen Beschluß hin diese internen Dokumente über die Covid-Impf-Verläufe offenlegen, hat diese aber vorher noch geschwärzt.
In dieser gesamten Untersuchung geht es also primär um dringende Fragen wie: Wußte das RKI rechtzeitig von den tödlichen Wirkungen, den gesundheitlichen Gefahren und der prinzipiellen Nutzlosigkeit der Covid-Impfstoffe oder nicht? Denn im Falle, daß das RKI rechtzeitig Bescheid wußte, dieses ohnehin verfassungswidrige Völker-Experiment aber trotzdem fortgeführt hatte, kämen nur noch lebenslängliche Inhaftierungen für alle Beteiligten in Frage. Wie sieht es nun aus?
Ich nehme das Ergebnis gleich schon einmal pauschal vorweg: Tatsächlich wußte das RKI schon vor Impf-Beginn und umso mehr auch von den ersten Tagen ab Impf-Beginn allumfänglich darum, wie zerstörerisch und auch tödlich diese Covid-Spritzen für die Völker waren. Sie wußten auch um die völlige Nutzlosigkeit der Masken, des Maskenzwangs und vielerlei mehr.
Das RKI wußte, daß alle seine wesentlichen Entscheidungen politisch geordert und manipuliert, aber keineswegs etwa seriös wissenschaftlich basiert waren. Und nun, obgleich unzählige Volkszerstörungen durch diese Polit- und RKI-Lügen ans Licht gekommen sind, machen die WHO zusammen mit Big-Pharma und all ihren mörderischen Vasallen aus Gesundheitsbehörden und Spitzen-Politikern einfach unbeirrt weiter wie bisher. Sprich: Sie setzen ihren Völkermord unbeirrt fort!
Ich führe nun in zwei Etappen durch diese Tragödie: In der ersten Etappe schauen wir uns die Auswertungen von Stefan Homburg an, die er unter großem Einsatz für uns erarbeitet hat. Da erfahren wir, was sich hinter den geschwärzten Stellen dieser RKI-Files tatsächlich verborgen hat. In der zweiten Etappe schauen wir uns an, was sich gerade aktuell Grausames wiederholt - durch ein und dieselben gefährlichen experimentellen Impfstoffe und vor allem - durch ein und dieselben frechen Mörder.
Weil wir sie noch immer nicht hinter Schloß und Riegel gebracht haben, machen sie unbehelligt weiter und gefährden das Leben ganzer Völker, aber auch unserer Nutztiere und vielerlei mehr. Wenn wir diesen Hochkriminellen und ihren volkszerstörerischen Unternehmungen nicht rechtzeitig ein Ende setzen, werden diese Sorte Mensch vielen von uns ein Ende setzen - zuvor aber noch unserer Gesundheit! Glaubt das besser einmal! Bleibt also dran bis zum Schluß, es lohnt sich. Und dann verbreitet dieses Wissen bis an die Enden des Erdkreises!

Erste Etappe: Stefan Homburgs Auswertung der RKI-Files

Nach der Veröffentlichung der angeschwärzten RKI-Protokolle haben sich einige Mainstream-Medien sogleich drauf gestürzt und umgehend veröffentlicht, wie damals auch: "Es steht gar nichts Besonderes drin …". Aber man muß die gut 2.500 Seiten eben genau lesen und wenn man das tut, dann findet man wirklich haarsträubende Inhalte, wie etwa folgende:

1. Start der Impfkampagne

Wir schauen ins Protokoll vom 19.03.21, also ziemlich am Anfang der Impfkampagne. Dort lesen wir:

- AstraZeneca: viel Aufregung generell.
- Jetzt 12 Fälle mit Sinusvenen-Thrombose (Verstopfung eines der großen venösen Blutgefäße im Gehirn) - alle nach Impfung.
- Paul-Ehrlich-Institut (PEI) hatte am Montag insgesamt 1.600 Meldungen.
- PEI und die Pharmakovigilanz-Stellen (= Sicherheitsüberwachung der Produktion und Anwendung zugelassener Arzneimitte) kommen nicht gut hinterher.
- Norwegen setzt die Impfung aus, bis auf weiteres.

Und jetzt, schon allein nach diesen ersten skandalösen Notizen, die grob fahrlässige Anweisung:

- AstraZeneca weiter wie bisher anzuwenden.

Die Aussage, daß das PEI nicht gut hinterherkam, paßt perfekt zur Aussage der damaligen Abteilungsleiterin Frau Dr. Keller-Stanislawski im Brandenburger Untersuchungsausschuß. Ich zitiere wörtlich, was sie dort gesagt hat:

"Es gab Leute, die haben sich nur um Todesfälle gekümmert und Leute, die haben sich nur um Myokarditis (Herzmuskelentzündung) gekümmert. Wir hatten ja viel mehr Arbeit als je zuvor, nur durch diesen Impfstoff."

Und hier sage ich wieder: Bitte wacht auf, liebe Mitmenschen, und versteht, was das RKI mit seinen Schwärzungen gemacht hat: Es hat unter diesen Schwärzungen gleichsam ganz real seine produzierten Leichen verscharrt. Aber nicht nur etwa wie ein Totschläger, der sein Opfer vergräbt, weil er versehentlich einen Mord begangen hat, und einfach ungestraft weiterleben möchte. Nein, sondern ganz im Gegenteil: Hinter diesen RKI-Schwärzungen wird vielmehr ein mordgieriger Schlächter sichtbar, der all seine Leichen sorgfältig vergräbt, um dann unerkannt und ohne Verfolgung weiter morden zu können! Versteht ihr das?

Wie grausam daher, daß nur gerade ein Monat nach der RKI-Sitzung, in der auf krasse Schädigungen hingewiesen wurde, im SPIEGEL am 8. April 2021 die folgende Meldung erscheint: "Karl Lauterbach hat sich mit AstraZeneca impfen lassen."

Sehr merkwürdig! Doch weiter zur Auswertung von Stefan Homburg:

2. Bewußte Täuschungen der Öffentlichkeit

Das zweite Thema, das immer wieder in den Protokollen auftaucht, betrifft bewußte Täuschungen der Öffentlichkeit durch das RKI, indem das RKI entweder falsche Informationen oder unvollständige Informationen herausgab. Im Protokoll vom 24.03.2020, also gerade mal genau ein Tag nach Inkrafttreten des Lockdowns heißt es:

- Gestern 1 positive Probe von 40.

Virologische Ergebnisse legen nahe, daß Corona-Virus nicht breit zirkuliert.

- Virologische Surveillance (systematische Sammlung, Übermittlung und Auswertung von Daten) der AGI (Gesundheitsbehörden der Länder) übermittelt den Eindruck, daß es keine relevante Viruszirkulation gibt.
- Viele Labore melden aufgestockte Testkapazitäten.

Und jetzt

- Testkapazität sollte nicht nach außen kommuniziert werden.

Die Labore stellten sich also schon mal auf einen großen Bedarf an Testergebnissen ein, ob-

wohl es noch keine relevante Viruszirkulation gab.
Und wieder nur einen Tag später, am 25.03.2020:
- Die Trends sollten besser erstmal nicht formuliert werden, da es sonst schwierig sein kann, weitere Maßnahmen zu begründen.
Ganz offensichtlich wurden die RKI-Berichte schon in den ersten 2 Tagen bewußt manipuliert, um weitere Lockdown-Maßnahmen rechtfertigen zu können.
Und genau das zeigt sich immer wieder als Kern der Geschichte. Im Vordergrund standen die politisch gewollten Maßnahmen und das RKI hatte die Rolle, diese Maßnahmen irgendwie zu rechtfertigen. Als es offenkundig wurde, daß die Maßnahmen unbegründet sind - so wie eben im Protokoll gelesen - wurde diese Offenkundigkeit nicht nach außen mitgeteilt.
3. Nebenwirkungen
Erschreckend wird es auch beim Thema Sinus-Venen-Thrombosen: Da lesen wir am 09.04.2021:
- Sinus-Venen-Thrombosen als Nebenwirkung des AstraZeneca-Impfstoffs
- Inzwischen sind auch vermehrt Männer davon betroffen
Und dann gleich wieder grob fahrlässig:
- Damit gibt es auch bei Männern eine zwanzigfach erhöhte Inzidenz (Vorfälle; Neuerkrankungen) im Vergleich zur Hintergrundinzidenz.
Wer hat von Hintergrund-Vorfällen je etwas gehört? Dies bedeutet nämlich: Das normale Auftreten von Fällen in der Bevölkerung. Und diejenigen, die mit AstraZeneca geimpft wurden, hatten also ein zwanzigfaches Risiko gegenüber den nicht damit Geimpften, ohne daß dies allen Politikern, geschweige denn der ganzen Bevölkerung je mitgeteilt wurde.
Und obwohl jetzt schon mehrere Länder die Impfung ausgesetzt hatten, machte Deutschland nicht nur weiter, sondern ein Monat später titelte die Presse:
"Spahn läßt sich mit AstraZeneca impfen. Gesundheitsminister Jens Spahn hat sich am Freitag gegen Corona impfen lassen. Wie er sagt, ganz bewußt mit AstraZeneca."
Wie ist es möglich, daß in jenen Tagen hunderte Prominente vor laufender Kamera tot umfielen - ihr kennt ja unsere Spitzensendung hierzu - hunderte Sportler, Musiker, aber auch Moderatoren, Schauspieler, Bürgermeister usw. fielen tot um - aber kein einziger Spitzenpolitiker... Waren deren Impfungen nur eine Pharma-lobbyierte Show?
Warum teilt keiner von ihnen das Schicksal etwa eines Christian Pülz? Er war ein erfolgreicher Anwalt und Sportler. Er hat sich kurz nach Spahns Werbung mit AstraZeneca impfen lassen. Inzwischen ist er halbblind und ihm wurde die Hälfte seiner Schädeldecke entfernt. Sein Impfschaden ist amtlich anerkannt und er bekommt deshalb eine staatliche Entschädigung etwa in Höhe des Bürgergeldes, faktisch also nichts.
Im Artikel der Berliner Zeitung stand, daß die Impfärztin ihm gesagt habe, AstraZeneca sei nur für junge Mädchen gefährlich, die die Pille nehmen, nicht aber für einen Mann wie ihn. Das war erstens falsch und zweitens unglaublich zynisch, denn auch die jungen Mädchen wurden ja als Versuchskaninchen genommen und für sie gab es Impfempfehlungen - genau betrachtet ohne jedes sachliche Fundament. Nichts wurde ordentlich vor der Zulassung getestet.
Wir kommen zu
4. Kollateralschäden für Alte und Junge
Im RKI-Protokoll vom 02.05.2020 steht:
"Insbesondere alte und hochalte Personen in häuslicher Pflege oder entsprechenden Einrichtungen formulieren, daß sie die Kollateralschäden (Begleitschäden der Lockdown-Maßnahmen) der sozialen und physischen Distanzierung schlimmer empfinden als ihre Angst vor einem möglichen Tod an Covid-19."
Man hat die alten Menschen also ganz bewußt gegen ihren Willen eingesperrt, schlimmer als

Strafgefangene. Sie durften nicht raus in den Pflegeheimen und ihre Verwandten durften sie nicht besuchen. Das ging so bei vielen bis zum Tod. Unzählige litten deshalb an Depression, und der Suchtmittelkonsum hat sich drastisch gesteigert.
Trotzdem wurden nicht die bewußten Volksverderber, sondern aufrichtige Menschen, wie etwa der Weimarer Amtsrichter Christian Dettmar vor Gericht gezerrt. Vielen erging es wie der harmlosen Grundschuldirektorin, die seit fast vier Jahren suspendiert ist, weil sie Kinder vor der Maske retten wollte. Oder pflichtbewußten Ärzten, die rechtskräftig verurteilt wurden, weil sie Maskenatteste ausgestellt haben. Im Nachhinein wissen wir ja, daß die Masken nutzlos waren und hier erfahren wir, daß das RKI sehr wohl auch um die gravierenden Schäden wußte.
5. Zweifel an der Impfwirkung
Hinter den geschwärzten Texten des RKI werden auch deren Zweifel an der Impfwirkung sichtbar.
Schon in der frühen Phase im April 2021 stellte das RKI intern die
Frage: Warum sinkt die Inzidenz der über 80-Jährigen nicht auf unter 50
(50 / 100.000 Einwohner), trotz Impfung?
Antwort: Wahrscheinlich, weil Impfung nicht unbedingt vor Infektion schützt.
Aber ein Jahr später, beim Prozeß vor dem Bundesverwaltungsgericht um die Soldatenimpflicht, beharrte das RKI trotzdem auf der Sicherheit und Wirksamkeit der Impfung.
6. Die Politik macht die Vorgaben
Ein sehr folgenschweres Thema, das in den Protokollen immer wieder ans Licht kommt, ist die politische Intervention. Schauen wir zunächst mal diesen Auszug aus verschiedenen Protokollen an. Zunächst heißt es am
- 22. April 2020: Das Papier "testen testen testen" kommt von Jens Spahn.
Gesundheitsminister Spahn wollte, daß möglichst viel getestet wird. Damit entstanden hohe Inzidenzen und die waren wiederum die Begründung für Fortführung von Lockdowns und so weiter.
Besonders interessant ist die E-Mail von Jens Spahn mit dem Inhalt:
- 25.06.2020 Falls wir das Risiko in Deutschland auf moderat setzen, müßten wir dann nicht auch die Maskenpflicht einbeziehen?
Die Antwort des RKI ist hier nicht dokumentiert, aber sie kann nur gelautet haben: Natürlich, wenn kein hohes Risiko mehr besteht, dann können wir die Menschen mitten im Hochsommer nicht zwingen, ganztägig Masken zu tragen.
Und am 29.06.2020, wieder nur gerade drei Tage später, kam der verbindliche Befehl vom Bundesgesundheitsminister:
- Immer noch hohes Risiko. Vorgabe vom Bundesgesundheitsminister - bis 1. Juli wird daran nichts geändert.
Und wir wissen: Es wurde fast drei Jahre lang nichts daran geändert. Erst 2023 wurde das Risiko auf moderat herabgesetzt.
7. Schnelltests treiben die Inzidenzen hoch
Wider jedes bessere Wissen hat das RKI am 31. August 2020 folgendes notiert und später unter einer Schwärzung versteckt:
- Von Minister Spahn kam die Idee, die virologische Überwachung mittels Schnelltests von Abbott (US-amerikanischer Pharmakonzern) stark auszubauen. Dies erscheint nicht sinnvoll.
Und zur Amtszeit Spahns ist es dem RKI wohl auch gelungen, die Politik davon abzuhalten, daß sie zu den PCR-Tests auch noch die Schnelltests hinzufügen. Das änderte sich ab Dezember 2021, als sein Nachfolger Karl Lauterbach ins Amt kam.
Hören Sie, was Lauterbach hier in der Talkshow sagte: …
Markus Lanz: Frau Köpping, das Thema haben Sie mutmaßlich auch! Wie hoch schätzen Sie

die Dunkelziffer?
Frau Köpping: Na ja, so sehr hoch wird die nicht sein, weil viele Menschen sich ja mittlerweile auch auf Arbeit testen lassen müssen. Das heißt, sie können sich ja nicht einfach zu Hause testen lassen, sondern machen das auch auf Arbeit, unter Beisein von einem anderen, sodaß also dort auch ein Zeuge ist. Wir haben Leute in den Unternehmen mittlerweile geschult, die ausgebildet worden sind zum Testen. Also auch das passiert. In den Schulen wird gemeinsam getestet. Die, die Sie ansprechen, sind Leute …
Markus Lanz: Aber das sind Schnelltests …?
Frau Köpping: Das sind alles Schnelltests.
Markus Lanz: Genau. Die werden ja in der Statistik nicht gewertet.
Frau Köpping: Natürlich werden die auch gewertet. Wir hatten ja die Situation, die Herr Lauterbach beschrieben hat, ja schon in Sachsen. Wir hatten ja schon die Situation, wo die Gesundheitsämter gar nicht mehr alle mit PCR-Tests testen konnten oder hinterher gekommen sind. Es galt auch der Schnelltest, wenn er positiv war, als Grundlage für das Gesundheitsamt, eben eine Quarantäne auszusprechen.
Markus Lanz: Seit wann ist das der Fall? Als wirklich sicher, der Goldstandard, ist der PCR-Test?
Frau Köpping: Ja.
Markus Lanz: Also deshalb nochmal die Frage wegen der Datenlage. Jetzt gerade bei den enormen Zahlen, die so explodieren, finde ich, eine wichtige Frage: Seit wann gilt das, daß auch der Antigen-Schnelltest, wenn er denn positiv ist, in die Statistik als Fall - als Covid19-Fall - einfließt, obwohl er durchaus Unzuverlässigkeiten hat?
Karl Lauterbach: Also wenn er an das Gesundheitsamt gemeldet wird, zählt natürlich auch der Antigen-Test. Wir werden jetzt dazu übergehen - ich möchte jetzt der Beschlußvorlage vom Wochenende nicht vorgreifen - aber wir arbeiten jetzt an einer Situation, wo wir erstmalig sogar hingehen werden und diejenigen, die also positiv getestet sind, aber nicht unbedingt den PCR-Test benötigen, daß wir die quasi über das System melden, aber vom PCR-Test sogar abraten, weil wir die PCR-Tests für ganz besondere Maßnahmen benötigen. Die müssen priorisiert werden. Aber Frau Köpping hat vollkommen korrekt beschrieben, wenn also ein Antigen-Test gemacht wird und wird an das Gesundheitsamt gemeldet, dann ist er natürlich gültig.
Prof. Dr. Stefan Homburg sagte dazu wörtlich …
"Das heißt, in Lauterbachs Amtszeit wurden sogar die Schnelltests den PCR-Tests hinzugezählt, neben den Zwangstests für Arbeitnehmer unter "3G", neben Anlaßlosen Tests in Schulen und Kitas. Und dadurch hat man so astronomische Inzidenzen erzeugt, wie sie es vorher und nachher niemals mehr gab. Man schob das dann auf ein angeblich infektiöseres Virus "Omikron". Aber ich glaube, es war rein Ergebnis dieser Test-Illusion."
8. Die Politik macht Druck auf das RKI
Noch einmal zum Thema politische Einmischung und Einflußnahme.
Das folgende Protokoll hat Professor Dr. Stefan Homburg geholfen, das RKI und seine Motivation besser zu verstehen. Vorbemerkung: Das Wort "CDS-Schalte" ist ein Begriff in der Umgangssprache der Chefs der Staatskanzleien von den 16 deutschen Bundesländern und bedeutet "Telefonkonferenz". Die Chefs der Staatskanzleien oder CDS, bereiten regelmäßig Bundesratssitzungen für ihre Ministerpräsidenten vor. Und so lesen wir.
- CDS-Schalte Schwellenwert 35?
- Ansicht RKI: Einzelner Schwellenwert wenig zielführend
Umso krimineller, daß es dann weiter wieder heißt:
- Kommt das RKI der politischen Forderung nicht nach, besteht das Risiko, daß politische Entscheidungsträger selbst Indikatoren entwickeln und/oder das RKI bei ähnlichen Aufträgen nicht mehr einbindet.

Diese Sorge war begründet, denn mit Max Planck, Helmholz, Leopoldina standen ja alle möglichen Institutionen bereit, neue Hysterie-Daten und Schockpapiere zu produzieren. Man sieht also, der große Betrug ging eigentlich nicht in erster Linie vom RKI aus, sondern das RKI war kniefälliger Erfüllungsgehilfe des Bösen und ihm war der eigene wachsende Einfluß wichtiger als die Gesundheit der Bevölkerung.

9. Rolle von China

In einem anderen Prozeß gegen die Bundesregierung argumentiert die Bundesregierung, Schwärzungen zu China müßten sein, damit das Verhältnis der beiden Länder nicht gestört wird. Die Stelle, die Stefan Homburg analysierte, erweckt aber einen vollkommen anderen Eindruck. Es heißt hier im Protokoll vom 13. und 14. Februar 2020, als wir also noch keine Pandemie in Deutschland hatten:

- China wünscht keine Involvierung der großen Industriestaaten G7. Deutschland hat scheinbar Vertrauensvorsprung.
- Es wird nächsten Mittwoch ein Treffen mit der Chinesischen Botschaft geben, um zum Beispiel über Forschungsthemen und zukünftige Kooperationen zu reden.
- Gesundheits- und Außenministerium sind über Treffen informiert. Darüber hinaus hat die Botschaft zugesagt, daß das RKI zukünftig das aktuelle Gesundheits-Kommissionspaket Chinas erhält.

Professor Homburg, der für uns diese Vorarbeit geleistet hat, wüßte nun zu gern, was in diesem Paket enthalten war, weil er vermutet, daß darin Ausgangssperren, Lockdowns, Kontaktverbote und Maskenzwang enthalten waren.

10. Immer noch geschwärzte Stellen

!Wichtige Aktualisierung! Seit 23. Juli 24 sollen die komplett ungeschwärzten Protokolle geleakt worden sein. Bis Redaktionsschluß dieser Sendung konnten jegliche Informationen dazu nicht verifiziert werden.

Um nicht zu lange zu werden, muß noch darauf hingewiesen werden, daß es in dieser Ausgabe der RKI-Protokolle immer noch Stellen gibt, die geschwärzt sind. Und diese scheinen von den Behörden als die heikelsten überhaupt angesehen zu werden, denn es wird bezüglich dieser Stellen auch Klagen geben. Professor Dr. Homburg zeigt hierzu ein wichtiges Beispiel, weil man an diesem gut erraten kann, was unter der Schwärzung verborgen ist.

Es heißt dort unten:

- Normalerweise plant man 12-18 Monate ab Beginn Phase 1

Mit "Phase 1" ist die erste Phase einer Impfstoffzulassung gemeint. Diese erste Phase einer Zulassung dauert also ein bis anderthalb Jahre.

- Und jetzt weiter geschwärzt, … wenn das von den Regulatoren so entschieden wird, dann kann es schneller gehen als 12-18 Monate.

Und was dort geschwärzt ist, kann nach Homburg sinngemäß nur heißen: Wenn man wichtige Schritte bei der Zulassung ausläßt und die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet, indem man diese Schritte einfach überspringt, kann der Impfstoff schneller zugelassen werden.

Trotzdem nun fast wöchentlich krasse Covid-Impfschadensberichte im Inland aber auch im Ausland zusammenfließen, insbesondere in den USA, hören diese Machtmißbraucher, ja diese Volksbetrüger und frechen Mörder nicht etwa auf mit ihrem Geschäft. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Schauen wir uns nun gleich einige aktuelle Beispiele an:

Zweite Etappe: Grausame Wiederholungen

1. WHO will aggressiver gegen Impfgegner vorgehen

WHO-Chef Tedros bekundet in einer Rede vom 28. Mai 2024 völlig unverblümt, schärfer gegen Impfgegner vorgehen zu wollen. Zitat: "Die Impfgegner stellen eine ernsthafte Herausforderung dar. Ich denke, wir müssen eine Strategie entwickeln, um wirklich zurück zu schlagen. ... Ich denke, es ist an der Zeit, aggressiver gegen die Impfgegner vorzugehen. Ich glaube,

sie nutzen Covid als Gelegenheit und wissen, was für ein Chaos sie damit anrichten." (https://www.youtube.com/live/aa6qo1bpwx8 von Minute 9:12 bis ca. 9:46)
Ich muß an dieser Stelle einmal mehr daran erinnern, daß Tedros nicht lange vor seinem Amtsantritt als WHO-Chef einer der Führer eines grausamen Terrorregimes in seinem Land war, das mit blutiger Gewalt gegen ALLE vorgegangen ist, die sich ihrem satanischen Willen nicht gebeugt haben. Seht euch dazu die "Akte Tedros" an
Und genau diese Kriminellen beschwören aktuell mit Falschmeldungen die Vogelgrippegefahr herbei. Die nächsten ungetesteten Präparate werden schon millionenfach bestellt, um neue mRNA-Impfstoffe unkontrolliert auf die Welt loszulassen.
2. Deutschland rüstet sich für die nächste "Pandemie"
Noch existiert die Vogelgrippe ausschließlich in den Medien, schon wird die Impfstoffproduktion hochgefahren, so im neuen mRNA-Kompetenzzentrum in Halle. In der größten Stadt Sachsen-Anhalts soll eine neue Hightech-Fabrik künftig jährlich 200 Millionen Impfstoff-Dosen produzieren. Einen Teil davon hat die Bundesregierung bereits reserviert.
3. Die Mafia-Methoden der WHO
Die Juristin und Journalistin Shabnam Palesa Mohamed veröffentlichte am 3. Juni 2024 einen Fachbericht unter dem Titel: "Warum darf die WHO ihre Mitgliedsstaaten durch Drohungen dazu bringen, ihre Souveränität aufzugeben?" Darin wird von regelrechten Mafia-Methoden berichtet, die angewendet wurden, um bei der WHO-Vollversammlung in Genf am Ende doch noch geänderte Internationale Gesundheitsvorschriften durchzubringen:
- Ein indischer Delegierter erklärte, daß sie bedroht und eingeschüchtert wurden, solange nicht nach Hause zurückkehren zu dürfen, bis die Änderungen der IHR 2005 angenommen würden.
- "Uns wurde gesagt, daß unsere Länder auf schwarze Listen gesetzt, mit einem Embargo belegt, von den Mainstream-Medien marginalisiert und daß internationale Reisen eingeschränkt würden."
- Auch andere Delegierte (und interessierte Parteien) bestätigten, daß Delegierte bedroht wurden. "Folgendes wurde mir (Frau Mohamed) zuverlässig mitgeteilt":
- 1. "Es wird der Eindruck erweckt, es gab keine Einigung. Aber die Delegierten werden unter Druck gesetzt, diese Einigung heute zu unterzeichnen."
- 2. Nichts wurde akzeptiert. Die WHO tut so, als ob alle einverstanden wären, und wird später versuchen, die Änderungen zu ändern. "Sie versuchen, die Menschheit zu täuschen." Soweit Shabnam Mohamed.
Auch diese zwei Ereignisse im Vorfeld der 77. Weltgesundheitsversammlung vom 27. Mai bis 1. Juni 2024 lassen aufhorchen: Der iranische Präsident Ebrahim Raissi kam bei einem Hubschrauberabsturz am 19. Mai ums Leben. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico überlebte einen Anschlag am 15. Mai nur knapp. Beide waren als Gegner der WHO-Alleinherrschaftspläne bekannt.
4. WHO will Alleinherrschaft erzwingen
Der Busineß-Journalist Norbert Häring berichtet ebenfalls, wie die Weltgesundheitsversammlung am 1. Juni 2024 in einer Nacht- und Nebelaktion einen der Öffentlichkeit bis dahin unbekannten Text zur Reform angenommen hat. Über die Hintertür der Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften will die WHO nun ohne größere Hürden Pandemien ausrufen können.
- Die IHR-Reform ist aber regelwidrig zustande gekommen; eigentlich müßten die Vertragsstaaten den Text 4 Monate vorher zur Ansicht bekommen, um dann zu unterzeichnen. Der finale Text wurde erst bei der Versammlung selbst vorgelegt.
- Zusätzlich zum "Gesundheitlichen Notfall von internationaler Tragweite" ("PHEIC") gibt es nun neu die "pandemische Notlage". Diese kann bereits eintreten, wenn gewisse Risiken für eine Notlage bestehen. Das meint z.B. ein Risiko auf internationale Verbreitung einer Krank-

heit, Überlastung der Gesundheitssysteme oder soziale/wirtschaftliche Störungen.
- Ein weiteres aggressives Vorgehen der Impf-Betrüger: Sie haben die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, sich zur Bekämpfung von "Fehl- und Desinformation" einzusetzen. Die Zensurbegehren der WHO werden also gerade auf nationaler Ebene zementiert.

5. Bekämpfung von Desinformationen oder Totalzensur?

Was man sich in etwa unter Bekämpfung von Desinformationen vorstellen kann, zeigen folgende Beispiele:

A) Autopsiefälle zeigen: 74 % der Todesfälle durch Covid-Impfstoff verursacht

Ein Mediziner-Kollegium bestehend aus Peter McCullough, Harvey Risch, Roger Hodkinson, William Makis, Mark Trozzi und Kollegen untersuchte alle bis zum 18. Mai 2023 veröffentlichten Autopsieberichte zur Corona-Impfung. Bei 325 dokumentierten Autopsiefällen stellte es fest, daß 240 davon (also 73,9 % der untersuchten Todesfälle) durch den Covid-Impfstoff verursacht wurden!

Doch vor ein paar Monaten hat die medizinische Fachzeitschrift "The Lancet" diese hochbrisante Studie über die Coronaimpfung einfach innerhalb von 24 Stunden von ihrem Preprint-Server gelöscht: Wie verantwortungsvoll ist das denn …

B) Studie: Geimpfte haben höheres Risiko, sich mit neuen COVID-19-Varianten zu infizieren

"Laut einer aktuellen Studie, die Daten von Mitarbeitern der Cleveland Clinic untersuchte, besteht ein erhöhtes Infektionsrisiko für COVID-19 bei Personen, die mehr als eine Impfdosis erhalten haben.

Die Ergebnisse der Forschung, die als Preprint veröffentlicht wurden, zeigten, daß Personen mit zwei, drei oder mehr als drei Impfdosen im Vergleich zu denen, die keine oder nur eine Dosis erhielten, ein gesteigertes Infektionsrisiko aufweisen. Bei zwei Dosen war das Risiko 1,5-fach erhöht, bei drei Dosen 1,95-fach und bei mehr als drei Dosen 2,5-fach. ... Die Studienergebnisse unterstreichen frühere Forschungsarbeiten, die eine höhere Anfälligkeit für COVID-19-Infektionen bei Personen zeigen, die mehrfach geimpft wurden."

… Übereinstimmend hatten die Bundesländer mit der höchsten Impfquote die höchsten Infektionszahlen. Das RKI wurde im September 2022 mit diesen Fakten konfrontiert. Eine Antwort gab es nicht. Statt dessen wurde die Seite, welche jahrelang die Wochenverläufe von Infektionen anzeigte, kurz darauf vom RKI entfernt. Hieran zeigt sich wieder der mutwillige aggressive Vorsatz, die Völker nicht vor zerstörerischen Einflüssen zu schützen und die Wahrheit vor ihnen zu verbergen. Das ist hoch kriminell!

6. Whistleblowerin bezeugt: 80 % der Studien sind gefälscht

In einem Interview mit NuoFlix enthüllte die Biologin Dr. Sabine C. Stebel brisante Wahrheiten über die Corona-Impfung! Die Whistleblowerin belegt alles anhand wissenschaftlicher Arbeiten. Hier eine kurze Zusammenfassung ihrer Aussagen:
- Durch die Spike-Proteine werden Autoimmunreaktionen hervorgerufen!
- ModRNA, die in den Impfungen verwendet wird, beschleunigt Tumor-Bildung.
- Nanopartikel aus Impfstoffen bringen Blut zum Gerinnen und verursachen Thrombosen.
- DoppelstrangRNA-Verunreinigung in Impfstoffen setzt einen Mechanismus im Körper in Gang, der Autoimmunreaktionen auslöst und auch Thrombosen verursacht. Biontech wußte das.
- In Impfstoffen sind DNA-Verunreinigungen enthalten (Bakterien-DNA aus E-Coli, die in ihrer Hülle toxische Produkte haben). Die Meßprotokolle dazu wurden böswillig geschwärzt.
- ModRNA-Impfstoffe lösen auch Thrombosen aus. Die EMA (European Medicines Agency) wußte das bereits 2021 und bescheinigte, daß das nicht der GMP (good manufacturing practice) entspricht, also es keine Zulassung für den Impfstoff geben dürfte. Trotzdem haben verbrecherische Machtmißbraucher wider jedes bessere Wissen die Impfstoffhersteller weitermachen lassen.

- In Impfstoffen gibt es SV40. Das sind Startsequenzen für die Produktion von einem Affenvirus. Zur Einreichung bei der EMA fehlte die Information darüber, d.h. der Hersteller hat das in der Beschriftung bewußt verschwiegen. Die EMA hat es nicht überprüft, obwohl das ihre Aufgabe ist.
- Die WHO wollte Grenzwerte für Stoffe in Impfungen einführen. Die Pharma-Firmen Biontech, Moderna und Curevac waren dagegen.
- Eigentlich hätten alle Inhaltsstoffe bekanntgegeben werden müssen. Das haben die Hersteller nicht getan!
- Die Whistleblowerin Dr. Sabine C. Stebel bezeugt, daß ca. 80 % der Studien gefälscht sind!

7. Medizinische Insiderin: PCR-Tests dienten Geheimdiensten zur Sammlung der DNA-Sequenzen

Medizinische Insiderin Zowe Smith hat ein weiteres aggressives Vorgehen dieser impfenden Menschenfeinde enthüllt: PCR-Tests dienten Geheimdiensten zur Sammlung der DNA-Sequenzen. …

Zowe Smith ist eine medizinische Whistleblowerin, Autorin und ehemalige medizinische Kodiererin mit mehr als einem Jahrzehnt Erfahrung in der Branche. Sie beschreibt für "The Last American Vagabond", wie die nasalen PCR-Tests vollkommen unnötig waren und dazu dienten, DNA-Sequenzen zu sammeln, die dann an das amerikanische Ministerium für Gesundheitspflege HHS zurückgeschickt wurden. Von dort, so Smith, teilt das HHS diese Daten mit DARPA , das ist die Amerikanische Behörde für Rüstungsforschung, mit dem KI-Unternehmen Palantir, mit Google, der CIA und sogar der chinesischen Regierung.

Smith wörtlich: "Diese Abstriche werden gesammelt, und jedes Labor ist von der CDC (US-Zentrum für Krankheitskontrolle und Prävention) verpflichtet, diese Informationen weiterzugeben - weil sie COVID-19 verfolgt haben, und das ist es, was die CDC tut. Sie haben also Datenbanken, in denen sie verschiedene Dinge verfolgen. Für HIV müssen wir ihnen Datensätze schicken, für Dinge wie Krebs. Man muß ihnen Daten schicken". "Aber für COVID-19 wurde ein Register erstellt, und für jeden PCR-Test mußten bestimmte DNA-Sequenzen an die CDC geschickt werden", bezeugt Smith.

Sie berichtet weiter über einen zweiten Schwerpunkt der Datensammelei - die Kontaktverfolgung: "Es gibt alle möglichen Gesetze darüber, welche Art von Informationen weitergegeben werden dürfen und welche nicht". Dieses hinterhältige Ausspionieren des Volkes zeigt, mit welcher Sorte Menschenfreund wir es zu tun haben.

8. Verantwortungsflucht durch 3-jährige Verjährungsfrist bei Impfschäden

Und nun droht allen Impfopfern und denen, die es noch werden, sogar noch eine 3-jährige Verjährungsfrist bei Impfschäden. Interessiert euch das, ihr Patienten, oder läßt euch all das kalt?

Wer eine gesundheitliche Beeinträchtigung oder Folgeerkrankung im Zusammenhang mit einer Corona-Impfung mit einem mRNA-Impfstoff (etwa von Biontech) erlitten hat, sollte besser jetzt gleich aktiv werden. Darauf weist der Düsseldorfer Anwalt Tobias Ulbrich hin.

Bisher sind über 600 Strafanzeigen beim Generalbundesanwalt eingegangen, die den Tatbestand eines Verbrechens an der Menschlichkeit zum Inhalt haben. Diese Strafanzeigen werden bis hin zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verfolgt. Sollte es hier zu einer höchstrichterlichen Bestätigung dieses Straftatbestandes kommen, dann wären alle Verjährungsfristen, die sich die Corona-Verbrecher zurecht gelegt haben, eigentlich hinfällig. Denn Verbrechen an der Menschlichkeit verjähren niemals. Darauf hat schon der Rechtsanwalt Ralf Ludwig hingewiesen.

Zur Erinnerung: Wir sind immer noch bei der Frage, was man sich in etwa unter Bekämpfung von Desinformationen vorstellen kann, welche Fakten als Desinformation gelten und deshalb zensiert werden sollen:

9. Anschlag auf eine Impfopfer-Galerie in Wien
Als aggressive Zensur ist auch ein Böller- Anschlag auf die Impfopfer-Galerie in Wien zu werten. Derartige Ausschreitungen alarmieren uns, daß sich aufgehetzte Angreifer gegen das skeptisch gewordene Volk rüsten. Die Impfschadensleugner wollen mit aller Kraft verhindern, daß die zahllosen Impfopfer sichtbar gemacht werden. Der Anschlag auf die Impfopfer-Galerie wurde am 25.5.24 verübt.
10. Pharmaindustrie ist nun offiziell die häufigste Todesursache in Amerika!
Eine perfidere Art Pharmaopfer unsichtbar zu machen, deckt der dänische Mediziner Dr. Peter Gøtzsche, Gründer und Ex-Mitglied der Cochrane Collaboration auf (Cochrane Collaboration: in der Vergangenheit eines der vertrauenswürdigsten wissenschaftlichen Gremien der Welt). Er untersuchte ein Konsortium von Forschungsarbeiten zu diesem Thema.
Ob man es glaubt oder nicht: Legale, von der FDA zugelassene und von Ärzten verschriebene Arzneien sind eine der Haupttodesursachen für Amerikaner. Ein weiteres interessantes Detail, das Gøtzsche ausgräbt, betrifft Krankenhausunterlagen und Berichte der Gerichtsmediziner, die routinemäßig manipuliert werden, um die Pandemie der pharmazeutischen Todesfälle zu vertuschen.
11. Neuer mRNA-Impfstoff wird in Europa zugelassen!
Noch sind die Drahtzieher der Covid-Impftoten nicht zur Verantwortung gezogen, schon hat der Ausschuß für Human-Arzneimittel der EU grünes Licht für den mRNA-Impfstoff von Moderna für RSV-Atemwegserkrankungen gegeben. Dieser Impfstoff soll im Windschatten der verheerenden Covid-Impfstoffe nun ebenfalls gewissenlos auf die Menschheit losgelassen werden. Eva Herman sagte dazu, daß "im Sommerloch 2023" ... in einem sog. "Omnibus-Verfahren" (mehrere Vorgänge werden in einem Vorgang zusammengefaßt) eine RSV-Meldepflicht einfach ans "Arzneimittel-Lieferengpaßbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz" angehängt (wurde), damit es niemand mitbekommt."
12. Freistaat Bayern sucht riesiges Areal für "Pandemie-Zentrallager" - eine weitere aggressive Ansage?
Am 27. Mai stellte der Freistaat Bayern ein Anmietgesuch für ein "Pandemie-Zentrallager" online. Das Lager solle sich im Umkreis von München befinden, bevorzugt im Umkreis von 25 km um Oberschleißheim. Die kurzfristige Laufzeit hat den Eindruck erweckt, die ganze Sache habe Eile. Der gewünschte Mietbeginn ist dabei bereits das 4. Quartal 2024 - und die Laufzeit ist auf fünf Jahre angesetzt - mit Option auf Verlängerung ...
Ausstattung: besondere Sicherheitsanforderungen: alarmgesichert, mindestens überstiegssichere Umzäunung, überwachte Zufahrt, zentrale Schließung, Brandmeldeanlage, ggf. Notstromversorgung und/oder Einspeisepunkt für Notstromaggregate.
Laut BR horte der Freistaat für den Notfall millionenfach Pandemie-Material wie Masken, Schutzkleidung und medizinische Geräte.
13. Und wie reagieren die Medien?
Jede Beobachtung und jeder Quervergleich beweist, daß unsere Zwangsabgabe-Medien immer wieder konsequent als verlängerter Arm von Big-Pharma dienen. Fast sämtliche Medien der Welt werden unter letztlich nur 3 Agenturen zusammengefaßt. Diese Agenturen aber werden von Geheimbundskreisen betrieben, die wiederum mit Big-Pharma verbandelt sind. Darum schweigen die Medien dementsprechend im Verbunde. Auch die staatsnahen Medien in der Schweiz haben zu der Aufdeckung der geschwärzten Protokoll-Stellen des RKI geschwiegen. Das sollte das betrogene Volk ganz offensichtlich alles nicht wissen.
Doch die aufgedeckten entschwärzten RKI-Protokolle beweisen, daß Politiker bereits um vieles rechtzeitig wußten. Sie setzten aber stets das schadenbringende Gegenteil um. Das ZDF bezeichnet darum die mRNA-Impfung als "elegantes Verfahren".
Alena Buyx, Vorsitzende des deutschen Ethikrats: "Das ist, finde ich, total beruhigend und

hinzu kommt auch noch, daß diese mRNA-Impfstoffe ... - das ist ja so ein elegantes Verfahren - die zerfallen, dann werden die abgebaut, dann sind die weg. Die kann man nach zwei Wochen überhaupt nicht mehr nachweisen im Körper."
Das Fazit lautet: Die "beratende Wissenschaft" wurde von der etablierten Politik geknebelt. Das RKI durfte sich zu einer politischen Ausgangssperre nicht negativ äußern.
14. Die im Anhang eingeblendete Quelle zeigt auf, wie auch der Vatikan in diesem Netzwerk der Impfverschwörung mit drinhängt.
(https://www.kath.ch/newsd/vatikan-haelt-hochkaraetige-tagung-mit-impfstoff-produzenten/)
15. Weitere Links informieren euch über Interessenskonflikte neuer verantwortlicher Stiko-Mitglieder: (https://martin-hirte.de/die-neue-stiko-2024/)
16. Zum Schluß darf ich auf eine neue Zeitschrift von Covid-Gegner-Ärzten verweisen: Das Journal of the FLCCC Alliance.
Der französische Experte für Therapie- und Arzneimittelsicherheit Marc Girard schrieb schon 2004: "Die Pharmaindustrie hat nicht nur die Macht, Experten mit Geld oder verschiedenen Gefälligkeiten an sich zu binden, sie ist auch in der Lage, Wissenschaftler aufzubauen und zu fördern, die schließlich als Berater von Regulierungsbehörden oder akademischen Einrichtungen ausgewählt werden."
Mit diesem letzten Hinweis habe ich geschlossen. Man findet alle Quellen im Abspann. Wenn wir uns nicht als vereintes Volk gegen diese hochkriminellen Entwicklungen stellen und alle noch nicht Aufgeklärten aufklären, schaufeln wir mit unserer Passivität buchstäblich unser eigenes Grab.
Dies sagt Ivo Sasek, der seit 48 Jahren vor Gott steht.<<

28.07.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Juli 2024 (x1.381/…): >>**Corona-Protokolle: AfD-Abgeordnete stellen Strafanzeige gegen Merkel, Spahn und Scholz!**
Müssen die politisch Verantwortlichen des Corona-Regimes strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden?, fragte der Deutschland-Kurier in seiner Umfrage der Woche.
Nicht nur viele Leser bejahen dies, sondern auch mehrere AfD-Bundestagsabgeordnete. Sie handeln und haben Strafanzeige gegen die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ex-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (beide CDU) und gegen den amtierenden Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erstattet.
Die Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland der AfD-Bundestagsfraktion hat bei der Staatsanwaltschaft Berlin Strafanzeige und Strafantrag gegen die letzte und aktuelle Bundesregierung gestellt. Hintergrund sind die geleakten Protokolle der Corona-Krisensitzungen im Robert Koch-Institut (RKI). Das teilte die Landesgruppe in einer Pressemitteilung mit. Anzeigende sind namentlich die AfD-Abgeordneten Nicole Höchst, Andreas Bleck, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner und Christian Wirth.
Sie nehmen Bezug auf die kürzlich vollständig und komplett ungeschwärzt der Journalistin Aya Velázquez zugespielten RKI-Protokolle zu den Maßnahmen während der Corona-Hysterie. Aus den Dokumenten läßt sich ablesen, daß es eine "Pandemie der Ungeimpften" (u.a. Markus Söder, CSU) offenbar nie gegeben hat und daß die weitgehenden Grundrechtseinschränkungen weder geeignet, noch erforderlich, noch angemessen waren.
Sowohl das letzte Kabinett Merkel als auch das amtierende Kabinett Scholz haben die Maßnahmen aus Sicht der Antragsteller "wider besseres Wissen vorsätzlich" beschlossen bzw. beschließen lassen. Christian Wirth, staats- und verfassungsrechtlicher Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, erklärte dazu:
- "Im Rahmen der Corona-Pandemie wurden dem deutschen Volk die weitreichendsten Grundrechtseinschränkungen seit Gründung der Bundesrepublik aufgebürdet. Die Maßnah-

men berührten unter anderem die Freiheit des Einzelnen, die Gewerbefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Bewegungsfreiheit, das Recht auf Gleichbehandlung und vieles mehr. Viele der Maßnahmen werden heute auch seitens der Vertreter der damaligen und aktuellen Bundesregierung als unverhältnismäßig eingestuft. Man beruft sich jedoch stets darauf, daß man nach damaligem Kenntnisstand verhältnismäßig gehandelt habe."
Wie die geleakten RKI-Protokolle nun zeigen, "ist dies eine glatte Lüge", betonte Wirth. So habe man etwa wissenschaftliche Erkenntnisse, die dem Regierungshandeln widersprochen hätten, "gezielt unter Verschluß gehalten".
Wirth weiter: "Deswegen habe ich als Verfahrensbevollmächtigter für die Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland Strafanzeige erstattet und Strafantrag gestellt."

Unter Druck: Spahn eiert rum

Die am 23. Juli 2024 geleakten RKI-Krisenstabs-Protokolle lassen jedenfalls den Schluß zu, daß die Politik nicht immer der Fachexpertise aus dem Robert Koch-Institut folgte. Vielmehr hatte das RKI als nachgeordnete Behörde des Gesundheitsministeriums zumindest in seiner Außendarstellung den Vorstellungen politischer Akteure (oder auch den Interessen der Pharmaindustrie?) zu folgen.
Im RKI und im politischen Berlin steigt die Nervosität. Nach DK-Informationen erwägt die Institutsleitung ihrerseits aufgrund der Enthüllungen strafrechtliche Schritte gegen Unbekannt einzuleiten.
Vor allem Ex-Gesundheitsminister Spahn scheint schwer unter Druck zu stehen und in Erklärungsnot zu geraten, wie seine hilflosen Rechtfertigungsversuche zu der auch von ihm benutzten Formulierung "Pandemie der Ungeimpften" zeigen. Damit habe er gemeint, "daß wir auf den Intensivstationen damals vor allem Menschen ohne Impfungen gesehen haben, die schwere und schwerste Verläufe hatten", sagte Spahn dem ZDF. Das sei eine Situation gewesen, "die das Gesundheitssystem zu überfordern drohte". Daß seinerzeit zu Hauf auch Geimpfte in Krankenhäuser und Kliniken lagen, unterschlägt Spahn dabei geflissentlich.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juli 2024 (x1.382/…):
>>**Messerattacke in Halle: Täter ist vierzehn Jahre**
Am Samstagabend griff ein 14-Jähriger einen anderen Jugendlichen mit einem Messer an und verletzte ihn schwer. Die Polizei möchte gegenüber Apollo News ausdrücklich keine Angaben zum Hintergrund des Täters machen.
Henry Albrecht
Am Samstagabend kam es im Bereich der Hafenbahntrasse in Halle (Saale) zu einer Messer-Attacke, dabei wurde ein 16-Jähriger verletzt. Wie die Polizei mitteilte, eskalierte die Auseinandersetzung zwischen den beiden Jugendlichen, als ein 14-jähriger Junge ein Messer zog und auf den 16-Jährigen einstach. Trotz seiner schweren Verletzungen schaffte es das Opfer, selbstständig ins Krankenhaus zu gelangen, wo er aufgrund der Schwere seiner Verletzungen stationär aufgenommen wurde.
Der 14-jährige Täter flüchtete zunächst vom Tatort. Später nahm er telefonisch Kontakt zur Polizei auf und stellte sich. Er wurde daraufhin festgenommen. Die Ermittlungen zu den genauen Umständen des Vorfalls dauern an. Auf Apollo News-Nachfrage wollte die Polizei keine weiteren Details zu dem Täter nennen - eine Angabe zur Herkunft des Täters wollte man explizit nicht machen.
Allein in den vergangen zwei Wochen kam es in ganz Deutschland zu weiteren Messerangriffen. Die Attacken kosteten mehreren Menschen das Leben. Die Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik hat sich daher jüngst für eine Verschärfung der Waffengesetze ausgesprochen und verweist auf beunruhigende Entwicklungen in der Altersstruktur der Gewalttäter. "Nichtdeutsche" Täter seien laut Slowik "überrepräsentiert".
In einem kürzlich geführten Interview mit dem Sender NTV erklärte Slowik: "In den letzten

Jahren sehen wir auf jeden Fall einen Anstieg in Berlin, gerade auch bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden". Sie betonte, daß die Täter von Messerattacken immer jünger werden. Laut der Polizeipräsidentin weisen aktuelle Daten der polizeilichen Kriminalstatistik darauf hin, daß viele dieser Gewalttaten von Personen mit Migrationshintergrund begangen werden.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Kinder-Vergewaltiger darf an Olympia teilnehmen, Pferdeschlägerin nicht**

Die Dressur-Reiterin Charlotte Dujardin wurde für die Olympischen Spiele gesperrt, da sie vor vier Jahren ein Pferd geschlagen hat. Währenddessen darf der Beachvolleyball-Spieler und verurteilte Vergewaltiger eines Zwölfjährigen Mädchens Steven van de Velde ungehindert teilnehmen.

Von Redaktion

Die britische Dressurreiterin und dreifache Goldsiegerin Charlotte Dujardin kann nicht an den Olympischen Spielen 2024 in Paris teilnehmen. Der Weltverband Fédération Equestre Internationale (FEI) hat sie für das Turnier suspendiert, nachdem der Vereinigung Aufnahmen zugespielt wurden, die Dujardin dabei zeigen, wie sie ein Pferd mit einer Peitsche schlägt.

Die Aufnahmen sind bereits vier Jahre alt, wurden aber weniger als 72 Stunden vor Olympiabeginn veröffentlicht. Charlotte Dujardin wurde trotzdem umgehend ausgeschlossen, veröffentlichte eine Entschuldigung.

In Großbritannien ist man inzwischen nicht mehr so sicher, ob der rasche Ausschluß Dujardins nicht übereifrig war. Denn der Zeitpunkt so kurz vor der Olympiade macht skeptisch, wo die Aufnahmen schon so alt sind. Zumal der Anwalt, der das Video für seine Mandantin veröffentlichte, Niederländer ist. Die Niederlande gilt neben den Deutschen als Hauptrivale für die Briten in der Dressur.

In den Medien wurde es so dargestellt, als hätte sie auf das Pferd eingeschlagen, es nahezu verprügelt. Tatsächlich gibt sie ihm Klapse auf das Hinterteil, während es läuft. Das Pferd ist erkennbar gereizt und schlägt aus. Bleibende Spuren hinterläßt die Peitsche nicht.

Verurteilter Straftäter tritt für Niederlande an

Keine Spuren hinterlassen zu haben, kann Steven van de Velde nicht von sich behaupten. Vor zehn Jahren wurde der heute 29-jährige Niederländer in Großbritannien zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt, weil er ein 12-jähriges Mädchen vergewaltigt hat.

Er hatte das Mädchen auf Facebook kennengelernt, zunächst gab sie sich als 16 Jahre alt aus. Sie gab dann aber zu, erst 12 zu sein. Der Kontakt zwischen beiden brach ab. Später suchte Van de Velde jedoch aufs neue die Nähe zu ihr. An einem Tag, an dem die Mutter des Mädchens nicht zu Hause war, kam er zu ihr, gab ihr Alkohol und vergewaltigte sie dreimal. Er gestand die Vergewaltigungen vor Gericht.

Der verurteilte Straftäter darf aber ungehindert bei den Olympischen Spielen als Repräsentant für sein Land im Beachvolleyball antreten. Nur im olympischen Dorf wird er nicht wohnen - allerdings auf seine eigene Entscheidung hin. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) versicherte, daß es bei den Olympischen Spielen strenge Sicherheitsmaßnahmen gäbe, die den Schutz der weiblichen Sportlerinnen vor ihm gewährleisten würden.

Der Sprecher des IOC Mark Adams erklärte, das Komitee sei mit der Lage alles andere als "glücklich und zufrieden", aber: "Wir nehmen die Situation jetzt so, wie sie ist." Van de Velde hätte das Recht auf Rehabilitation - ein Recht, das Charlotte Dujardin nicht zuteil wurde.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat 1.800 Anzeigen wegen "Haßpostings" im Internet gestellt**

In fast 1.000 Fällen ermittelt das LKA Berlin aktuell wegen Haßpostings gegen Politiker. Strack-Zimmermann betreibt das ganze serienmäßig - eine beauftragte Kanzlei stellt Anzeigen

massenhaft.
Henry Albrecht
In Berlin hat das Landeskriminalamt im vergangenen Jahr in 896 Fällen von "Haßkriminalität" ermittelt, die sich gegen Politiker richtet, das berichtet die Welt am Sonntag. Die Hauptstadt spielt eine zentrale Rolle in den Ermittlungen dieser Delikte. Da der Bundestag und viele Bundesbehörden hier ansässig sind, beginnen viele Untersuchungen in Berlin, obwohl in der Hälfte der Fälle später andere Bundesländer zuständig sind. Dies stellt eine erhebliche Belastung für die Berliner Polizei dar, wie aus Behördenkreisen zu hören ist, so berichtet es die Welt am Sonntag.
Besonders die Grünen und die AfD stehen im Fokus. Viele Politiker haben sich an spezialisierte Rechtsanwaltskanzleien gewandt, um im Internet nach strafbaren Inhalten zu suchen und Strafanträge zu stellen. Eine dieser Politikerinnen ist Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP, die im vergangenen Europawahlkampf erklärte, "im Monat bestimmt 200 Leute" anzuzeigen. Tatsächlich bestätigt die Staatsanwaltschaft Köln gegenüber der Welt am Sonntag, daß über einen von ihr beauftragten Anwalt in den letzten drei Jahren rund 1800 Anzeigen gestellt wurden.
Ein besonderer Fall, der die Grenzen zwischen Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsschutz auslotet, wurde kürzlich vom Amtsgericht Köln behandelt. Ein Bürger, der auf Twitter Politiker als "Rüstungslobbyisten und Arschkriecher" bezeichnete, wurde von Strack-Zimmermann angezeigt. Eine andere Anzeige habe sie etwa für die Betitelung als "Kriegstreiberin" gegen eine Rentnerin gestellt. Die Tatsache, daß die Frau Rentnerin sei, wäre ihr dabei gleichgültig: "Ob das eine Rentnerin ist, interessiert mich nicht. Auch eine Rentnerin sollte sich gut überlegen, was sie postet.", so Strack-Zimmermann.
Dabei ist Strack-Zimmermann selbst nicht immer vorsichtig, wenn es um Beleidigungen oder Provokationen geht. Vor einigen Monaten hatte ein Video aus Ravensburg, wo Strack-Zimmermann mit Ausfällen gegenüber dem Publikum bei einer Wahlkampfveranstaltung aufgefallen war, für negative Schlagzeilen gesorgt und der 66-Jährigen viel Kritik gebracht. Reue für solche verbalen Ausfälle, wie den Spruch "Weiß eigentlich Ihr Chef, was Sie am Wochenende hier machen?", empfinde sie grundsätzlich nicht, sagt sie.
Auch vor dem Bundeskanzler, wohlgemerkt ihrem Koalitionspartner, macht die FDP Politikerin keinen Halt, so unterstellte sie diesem "autistische Züge" zu haben.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Finale Studien abgeschlossen: EU will Vermögen der Bürger erfassen**
Die Europäische Union hatte Ende 2021 eine Studie in Auftrag gegeben - wissenschaftlich soll erprobt werden, welche Folgen und Vorteile ein europaweites Vermögensregister haben könnte. Was hat es mit dem europaweiten Vermögensregister auf sich?
Zan Blagojević
Die Europäische Union auf dem Weg in den Totalitarismus: Eine Richtlinie gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung soll Banken, Unternehmen und zahlreiche andere Privatinstitutionen dazu verpflichten, Vermögensgegenstände und finanzielle Beteiligungen von "wirtschaftlich Berechtigten" zu erfassen und einer zentralen EU-Behörde zu melden.
Ende 2021 hat die Europäische Union eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, um das Konzept eines europaweiten Vermögensregisters zu testen. Mehreren Berichten zufolge sollen diese Studien nun abgeschlossen sein - in den kommenden Wochen und Monaten wird die EU darüber beraten.
Mit 400.000 Euro hat die EU ein sogenanntes Pilotprojekt gefördert. Die Machbarkeitsstudie soll testen, inwiefern ein europäisches Vermögensregister "Geldwäsche und Steuervermeidung" bekämpfen könnte.
Bevor die Machbarkeitsstudie seitens der Europäischen Union in Auftrag gegeben wurde, hat-

ten Wissenschaftler bereits Forderungen für ein derartiges europaweites Vermögensregister gestellt. Diese arbeiten für das EU Tax Observatory, eine "unabhängige Forschungsinstitution", die sich hauptsächlich mit Themen der Steuervermeidung beschäftigt. Das EU Tax Observatory wird jedoch von der Europäischen Union mitfinanziert und kooperiert interessanterweise mit dem DIW Berlin (Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung), dessen Präsident Marcel Fratzscher ist - so viel zur Unabhängigkeit.

Zentrales Vermögensregister "würde so viele Probleme lösen"

Die Wissenschaftler halten einen umfassenden Überblick über Vermögenswerte von EU-Bürgern für notwendig, damit man "die Sanktionen gegen russische Personen wirksam umsetzen" könne, zitiert ein Bericht von Euractiv. Über 800 Personen und 62 Einrichtungen sind von der EU sanktioniert. Die Vermögenswerte sind eingefroren, man hat keinen Zugang mehr zu Geldern, und die betroffenen Personen können auch nicht in die EU reisen.

Zu den "akademischen Partnern" des EU Tax Observatory zählt unter anderem das DIW Berlin. Darüber hinaus ist die Europäische Union einer der Hauptfinanzierer des Forschungsinstituts, welches vehement ein europaweites Vermögensregister fordert.

Jedoch können die Sanktionen umgangen werden, durch komplizierte finanzielle und rechtliche Konstrukte, wie es etwa Briefkastenfirmen auch tun. Ein europaweites Vermögensregister könnte die Umgehung von Sanktionen deutlich erschweren, so die Forscher. "Eine umfassende Datenbank, die verfolgt, wo und von wem Vermögen gehalten wird, könnte die Effizienz gezielter Sanktionen erhöhen."

Dafür soll ein zentrales Register auf EU-Ebene geschaffen werden, denn "die Informationen über Vermögen sind sehr zerstreut. Wir haben viele einzelne Informationen, aber sie sind alle bei verschiedenen Institutionen gespeichert", sagte Theresa Neef vom European Tax Observatory gegenüber Euractiv. "Es würde so viele Probleme lösen, über die bloße Sanktionierung von Einzelpersonen hinaus, zum Beispiel Steuerhinterziehung und Geldwäsche."

Geschäftspartner und Unternehmensstrukturen sollen ausgeleuchtet werden

Zunächst soll eine "Task Force für Vermögensbesitz" eingerichtet werden, die sich mit der Sammlung, Überprüfung und Analyse aller Informationen über Vermögenswerte in der EU beschäftigen soll - wohlgemerkt von Personen, deren Vermögen "oberhalb einer bestimmten Schwelle" liegt. Später könnte eine solche Task Force in eine dauerhaftere Struktur umgewandelt werden, um das europäische Vermögensregister zu verwalten.

Laut dem Vorschlag würde außerdem eine "systematische Sammlung von Informationen über den Vermögensbesitz" helfen, Lücken zu identifizieren, durch die Vermögen vor den Behörden verborgen werden kann. Oligarchen würden oft keine Vermögenswerte in ihrem eigenen Namen halten, daher sei es "wichtig, den wirtschaftlich Berechtigten zu kennen."

Finanz-Geheimdienste werden etabliert

Die Entwicklungen rund um das europäische Vermögensregister werden in der EU-Policy zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT) festgehalten - eine Regulierung der Europäischen Union, die es in sich hat: Unter anderem soll die 6. Anti-Geldwäsche-Richtlinie greifen, womit "zuständige Behörden Zugang zu notwendigen und zuverlässigen Informationen, z.B. Register der wirtschaftlich Berechtigten und in Freizonen gelagerte Vermögenswerte" erhalten sollen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Juli 2024 (x1.383/…):

>>**Machtkampf um die Meinungsfreiheit: Elon Musk gegen das Wahrheitsministerium**

Die kommenden Monate werden zeigen, ob Musk seine Plattform in den sicheren Hafen der Meinungsfreiheit steuern kann oder ob die Europäische Kommission und ihr Wahrheitsministerium die Oberhand gewinnen.

von *Marc Friedrich*

Am 17. Februar ist der fragwürdige "Digital Services Act (DSA)" der EU in Kraft getreten.

Nun kommt es zum offenen Schlagabtausch zwischen der EU und dem Milliardär und Tesla Gründer Elon Musk. Wie Musk auf seiner Social Media Platform X (ehemals Twitter) schreibt, hat die EU ihm offenbar im Hintergrund einen unglaublichen und unmoralischen Deal angeboten.
Musk sagt, daß er gedrängt worden sei, im Austausch für den Verzicht auf drohende Strafzahlungen, stillschweigend Inhalte im Sinne der EU zu zensieren.
Wie Musk schreibt, hätten die anderen Plattformen diesen Deal im Gegensatz zu X akzeptiert. Sollte dies stimmen, wäre diese dramatische Enthüllung ein weiterer Schritt zur Einschränkung unserer Freiheitsrechte und würde alle Befürchtungen zum Überwachungs- und Kontrollratsgesetz DSA wahr werden. …
Das Abkommen hätte die Plattform dazu verpflichtet, die Meinungsäußerungen seiner Nutzer im Verborgenen zu zensieren, um empfindlichen Strafen zu entgehen.
Die Europäische Kommission wies diese Vorwürfe energisch zurück. In einer offiziellen Stellungnahme betonte sie, daß es niemals eine "geheime Vereinbarung" gegeben habe und auch in Zukunft keine solche geben werde.
Die Kommission erklärte weiter, daß der Digital Services Act (DSA) Plattformen wie X die Möglichkeit biete, Verpflichtungen zur Beilegung eines Falls anzubieten. Dieser Prozeß sei regulär und transparent, und Musks eigenes Team habe Informationen über das Verfahren angefordert. Fakt ist: Eine der beiden Parteien lügt.
Diese Auseinandersetzung steht im Kontext einer laufenden Untersuchung der EU-Kommission, die die Einhaltung des DSA durch Twitter überprüft. Vorläufige Ergebnisse deuten darauf hin, daß Twitter gegen den DSA verstoße, insbesondere in den Bereichen Transparenz, irreführende Verifizierungspraktiken und Zugang zu Daten für Forscher. Sollte die Untersuchung diese Verstöße bestätigen, könnten Twitter drakonische Geldstrafen von bis zu 6 % des weltweiten Jahresumsatzes drohen.
Musk hat nun die Möglichkeit, auf diese Vorwürfe zu reagieren und notwendige Änderungen vorzunehmen, um den DSA-Standards zu entsprechen. Die Europäische Kommission betont, daß der Schutz der Meinungsfreiheit ein zentrales Ziel des DSA sei und daß alle Maßnahmen im Einklang mit dem Rechtsstaat erfolgen.
Doch wie kann man diese Aussage treffen und gleichzeitig die Zensur der freien Rede untergraben? Versetzt man sich in die Lage, in der eine zentrale Instanz jegliche Inhalte überwachen kann und zensiert, kann man George Orwells Roman "1984" wohl nicht mehr als Fiktion bezeichnen.
Spannend ist aber, daß die EU nicht nur rechtswidrige Inhalte (völlig zurecht) anprangert und zensieren lassen darf, sondern auch solche, die gegen die Werte der EU verstoßen oder schädlich sind. Und darin liegt die Gefahr: Wer definiert diese und was sind sie? Das geht aus dem Gesetz nicht hervor und ist somit willkürlich. Hier droht die Gefahr, daß die jederzeit gegen die Menschen und Freiheit eingesetzt werden kann.
Wieso soll eine zentrale Behörde entscheiden, was "schädlich" ist und was nicht? Ich hatte bereits damals große Bedenken hinsichtlich des DSA angemeldet. Vieles, was sich mittlerweile als wahr erwiesen hat, wäre damals unter dem DSA gelöscht worden. Ich denke dabei vor allem an die Lockdown-Politik, das Schließen von Schulen, Zweifel an der Wirksamkeit von Masken oder berechtigte Zweifel an der Sicherheit und Wirksamkeit der Impfungen gegen Covid-19. Darüber hinaus wäre zudem so manche Kritik an der verkorksten und chaotischen Energie- oder Flüchtlingspolitik der Merkel- und Ampel-Regierung vermutlich zum Opfer des DSA gefallen.
Die aktuelle Kontroverse wirft ein grelles Licht auf die Herausforderungen, vor denen unsere digitale Gesellschaft steht. Während Regulierungen notwendig sind, um die Rechte der Nutzer zu schützen, muß der feine Grat zwischen Schutz und Zensur stets gewahrt bleiben.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob Musk seine Plattform in den sicheren Hafen der Meinungsfreiheit steuern kann oder ob die Europäische Kommission und ihr Wahrheitsministerium die Oberhand gewinnen. Elon Musk hat zumindest schon auf seiner hauseigenen Plattform angekündigt, daß er sich auf einen "offensichtlichen Schlagabtausch vor Gericht" freut.<<

29. Juli 2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.380/…): >>**Wärmepumpen-Verkauf bricht ein: Habeck ist ein Mann des totalen Scheiterns!**

Während die Prognosen der AfD sich bestätigen, lagen die Grünen und ihr Wirtschaftsminister Habeck wieder einmal auf ganzer Linie falsch: Habecks "Heizungswende" funktioniert nicht, der Verkauf von Wärmepumpen ist massiv eingebrochen. Mit rund 90.000 verkauften Wärmepumpen im ersten Halbjahr 2024 ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Rückgang um satte 54 Prozent zu verzeichnen.

Einbrüche gibt es auch bei der Wärmeerzeugung mit Biomasse (minus 74 Prozent) und bei Gasheizungen (minus 41 Prozent). Ausgerechnet bei den Ölheizungen, die die Grünen mit ihrer Verbotspolitik aus Deutschland verbannen wollen, gibt es einen kleinen Boom (plus 14 Prozent).

Über diese Entwicklung kann auch nur überrascht sein, wenn man wie Robert Habeck von den technischen Gegebenheiten bei der Wärmeerzeugung genauso wenig versteht wie vom Thema Insolvenzen. In Abwandlung eines ebenso berüchtigten wie wirren Habeck-Satzes könnte man sagen: Es ist nicht so, daß Wärmepumpen zu völligen Ladenhütern werden - es werden nur kaum noch welche verkauft.

Kaum ein Hausbesitzer will eben seine funktionstüchtige Heizung für fünfstellige Summen gegen eine Wärmepumpe eintauschen. Die vermeintlich "klimafreundlichen" Wärmepumpen sind teuer, unsicher und umweltschädlich.

Am selben Tag vermelden die Medien übrigens, daß die E-Auto-Bestellungen durch Privatkunden im ersten Halbjahr 2024 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 47 Prozent eingebrochen sind. Auch hier war das gleiche Schema zu beobachten: Die inkompetenten Grünen agierten als fanatische Unterstützer von E-Autos, während die technischen und ökonomischen Vorbehalte der AfD in den Wind geschlagen wurden - und am Ende behielten wir wieder Recht.

Man kann es wirklich ohne Übertreibung sagen: Alles, was Habeck und die Ampel-Regierung angefaßt haben, wurde bislang zum völligen Desaster. Diese Regierung des Pfuschs, der Inkompetenz und der Skandale sollte schnellstmöglich Platz machen für die AfD. Denn wir verfügen schlichtweg über Experten, die im Unterschied zu den Grünen und ihren schwarzen, roten und gelben Steigbügelhaltern wirtschaftlichen Sachverstand mitbringen und wissen, wovon sie sprechen!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.380/…): >>**Warum ist sie noch im Amt? Baerbock-Ministerium beging Visa-Rechtsbruch!**

Es wird eng für die grüne Außenministerin Annalena Baerbock. Ein Ermittler der Bundespolizei hat sich laut Medienberichten kämpferisch gezeigt und eine klare Ansage gemacht: Man werde bei den Ermittlungen zur Visa-Affäre im Baerbock-Ministerium jeden Stein umdrehen. Der Beamte wörtlich: "Nichts kann uns dabei stoppen, auch wenn wir jeden Tag den Unwillen des Auswärtigen Amts spüren."

Wir wollen es hoffen! Denn der im Raum stehende Verdacht ist beileibe keine Kleinigkeit: Das Auswärtige Amt soll deutsche Botschaften und Konsulate angewiesen haben, Asyl-Antragstellern trotz unvollständiger oder gar gefälschter Papiere ein Visum für die Einreise

nach Deutschland zu erteilen.
Entgegen der Behauptung des Baerbock-Ministeriums, daß es "nur" um 19 Verfahren ginge, spricht der Ermittler von der Überprüfung hunderter "nicht-berechtigter Einreisen". Insgesamt sollen es sogar tausende Afghanen sein, denen trotz fehlender oder gefälschter Dokumente die Einreise genehmigt wurde.
Ein "größerer Teil" der 34.000 "Flüchtlinge" aus dem Bundesaufnahmeprogramm für Afghanen besaß laut Medienberichten keine gültigen Dokumente. Der Bundespolizist berichtet von "drei Ermittlungen gegen leitende Beamte des AA". Die Bundespolizei sowie die Staatsanwaltschaften Berlin und Cottbus interessieren sich für die Frage, ob im Haus der Außenministerin Rechtsbeugung begangen wurde, strafbar gemäß § 339 des Strafgesetzbuchs. Wer das Delikt begeht, wird laut geltender Gesetzeslage "mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft."
Bereits im vergangenen Jahr hatten Medien über eine E-Mail des Ministeriums berichtet, in der die deutsche Botschaft in Pakistan dazu aufgefordert wird, das Visum für einen vermeintlichen Afghanen auszustellen - obwohl dieser einen gefälschten Paß vorlegte. An der Identität des Antragsstellers bestünden "eigentlich keine Zweifel, falscher Paß hin oder her".
Das Rechtsverständnis dieses Satzes ist atemberaubend - aber was erwartet man von einem Ministerium, deren Chefin schon bei der Erstellung ihres Buchs schummelte? Und vor allem: Warum ist diese Frau trotz ihrer unzähligen Skandale immer noch im Amt? Wir brauchen keine Außenministerin, die die illegale Massenmigration bei jeder Gelegenheit vorantreibt und unsere Gesetze unterminiert. Wir brauchen eine AfD-Regierung, die die konsequente Abschiebung von illegal eingereisten Asylbewerbern und die Beendigung des unkontrollierten Zustroms umsetzt!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.381/…): >>**"Bei uns laufen schon ELFJÄHRIGE mit Messern herum" - "Die Arche-Mitarbeiter" fordern Aufnahme-Stopp für Flüchtlinge**
Das christliche Hilfswerk "Die Arche" hilft Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien. Nun fordert die NGO einen Flüchtlings-Stopp und geht mit einem alarmierenden Hilferuf in eigener Sache an die Öffentlichkeit: "Bei uns laufen schon Elfjährige mit Messern rum!"
"Arche-Sprecher" Wolfgang Büscher sagte der "Bild-Zeitung": "Unser System ist kollabiert. Wir sind am Ende!" Grund dafür sei vor allem der anhaltende Zustrom von Migranten.
"Ich fordere einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge", appellierte Büscher an die Politik. Sonst könne man keine Hilfe mehr leisten. Vor allem arabischstämmige Jugendliche würden sich zunehmend kriminalisieren und radikalisieren.
Laut Büscher werben Clans bereits aktiv um Kinder und Jugendliche. Diese würden in Moscheen radikalisiert. Büscher weiß: "Die gemäßigteren Moscheen nennen sie hier Weichei-Moscheen". Häufig kämen solche Kinder aus Brennpunktschulen, in denen es Klassen mit 95 Prozent Migrations-Anteil gebe. Diese müßten besser verteilt werden, fordert der Helfer.
"Es wird eskalieren und einen großen Knall geben"
Mehr als 7.000 Kinder werden inzwischen in Deutschland von der "Arche" betreut. Eine Sozialarbeiterin sagte der "Bild-Zeitung": "Die Helfersysteme greifen nicht mehr. Die Integration ist gescheitert. Es wird eskalieren und einen großen Knall geben!"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.381/…): >>**RKI-Protokolle: Welche Strafen drohen Merkel, Spahn, Scholz & Co.?**
Vor dem Hintergrund der geleakten Corona-Protokolle des Robert Koch-Instituts (RKI) haben mehrere AfD-Bundestagsabgeordnete Strafanzeige und Strafantrag gegen Ex-Kanzlerin Angela Merkel, Ex-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (beide CDU) und gegen den amtierenden Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gestellt.

Welche Straftatbestände kommen eigentlich in Betracht? Welche Strafen könnten nicht nur den Vorgenannten, sondern auch anderen Corona-Akteuren wie dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) und Spahn-Nachfolger Karl Lauterbach (SPD) drohen, sollten weitere Strafanzeigen folgen?
Fest steht: Dem deutschen Volk wurden während der Corona-Hysterie die weitreichendsten Grundrechtseinschränkungen seit Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 aufgebürdet. Die Maßnahmen berührten unter anderem die Freiheit des Einzelnen, die Gewerbefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Bewegungsfreiheit, das Recht auf Gleichbehandlung und vieles mehr.
Wie die ungeschwärzten Protokolle der Krisensitzungen im RKI nun enthüllen, wurden wissenschaftliche Erkenntnisse, welche die Corona-Maßnahmen in Frage stellten, gezielt unter Verschluß gehalten. Auch schwerwiegende Bedenken hinsichtlich der Sicherheit der Impfstoffe wurden im Rahmen der Impfkampagne verschwiegen. UND: Eine "Pandemie der Ungeimpften" (Spahn, Söder) hat es ganz offensichtlich nie gegeben!
Viele der Maßnahmen seien unverhältnismäßig gewesen, räumen heute selbst Vertreter der früheren und aktuellen Bundesregierung ein. Man beruft sich darauf, nach damaligem Kenntnisstand verhältnismäßig gehandelt zu haben. Die jetzt enthüllten internen RKI-Protokolle lassen daran erhebliche Zweifel zu.
- Welche Strafen könnten den politisch Verantwortlichen drohen, sollten die Strafanzeigen Erfolg haben?
In Betracht kommen könnte etwa mit Blick auf eine Verharmlosung von Impfrisiken (z.B. Herzmuskelentzündungen, Vorhofflimmern) der Straftatbestand der fahrlässigen Körperverletzung. Das Strafgesetzbuch (StGB) sieht dafür in § 229 eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder Geldstrafe vor.
Bei der Festlegung des individuellen Strafmaßes sind u.a. das Maß der Schuld, die Schwere der verursachten Schädigungen sowie das Maß der Fahrlässigkeit zu berücksichtigen. Auch psychische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen als Folge von Kita- und Schulschließungen könnten in die Kategorie fahrlässiger Körperverletzung fallen.
Vorsätzliche Körperverletzung (bis fünf Jahre Gefängnis) scheidet hingegen aus. Dieser Straftatbestand würde voraussetzen, daß die Folgen absichtlich und willentlich bewirkt wurden. So viel Bösartigkeit wird niemand dem Corona-Regime unterstellen wollen.
Mit Blick auf Lockdowns, Ausgangssperren, G-Regeln und sogenannte "Verweilverbote" könnte § 239 StGB (Freiheitsberaubung) ins Spiel kommen. Darin heißt es in Absatz 1: "Wer einen Menschen einsperrt oder auf andere Weise der Freiheit beraubt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft." Absatz 2 stellt klar: "Der Versuch ist strafbar."
Eine Rolle spielen dürfte vor Gericht vor allem aber der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Denn: Das Verhältnismäßigkeitsprinzip ist eines der herausragenden Merkmale des bundesdeutschen Rechtsstaates. Juristen sprechen auch von einem "Übermaßverbot". Dieses besagt: Der Staat soll nicht härter durchgreifen als nötig und im Zweifel immer milderen Maßnahmen den Vorrang geben.
Damit eine staatliche Maßnahme, die in Grundrechte eingreift, als verhältnismäßig gilt, muß sie einen legitimen Zweck verfolgen. Außerdem muß sie "geeignet, erforderlich und angemessen" sein. Ist eine der Voraussetzungen nicht erfüllt, ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt. So argumentieren auch die AfD-Bundestagsabgeordneten aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland, die Merkel, Spahn und Scholz angezeigt haben (https://deutschlandkurier.de/2024/07/corona-protokolle-afd-abgeordnete-stellen-strafanzeige-gegen-merkel-spahn-und-scholz/).
- Was bedeutet Verhältnismäßigkeit überhaupt?

Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz hat nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Funktion, die individuellen Rechte und Freiheiten der Bürger zu verteidigen. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz wird im Grundgesetz zwar nicht ausdrücklich genannt, aber seine Rechtsgrundlage hat er im Rechtsstaatsprinzip. Seine Einzelheiten sind durch langjährige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verdeutlicht worden.
Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit müssen alle staatlichen Maßnahmen zunächst einem legitimen Zweck dienen. Sie müssen zudem geeignet sein, den verfolgten Zweck zu erreichen oder ihn zu fördern (Geeignetheit). Die Maßnahmen müssen zudem erforderlich sein, um den Zweck zu erreichen (Erforderlichkeit) und dürfen nicht außer Verhältnis zum Ziel und dem Zweck stehen. Welche Zwecke legitim sind, hängt dabei auch vom jeweiligen Grundrecht ab, in das eingegriffen wird.
Das Gebot der Geeignetheit verlangt den Einsatz solcher Mittel, mit denen der gewünschte Zweck erreicht werden kann. Der Gesetzgeber kann also nicht ohne weiteres in Freiheitsrechte mit ungeeigneten oder untauglichen Mitteln eingreifen. Eine staatliche Maßnahme verletzt das Gebot der Erforderlichkeit, wenn ihr Ziel auch durch ein anderes, gleich wirksames Mittel erreicht werden kann, das Grundrechte nicht oder deutlich weniger fühlbar einschränkt. Juristen sprechen hier auch vom Grundsatz der Wahl des mildesten Mittels.
Zusammenfassend: Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gilt für die gesamte Staatsgewalt in Bund und Ländern. Das Bundesverfassungsgericht bezeichnet ihn auch als "übergreifende Leitregel allen staatlichen Handelns" (BVerfGE 23, 127 (133)). Er gilt also immer dann, wenn sich Staat und Bürger gegenübertreten. Seine zentrale Bedeutung hat er im Bereich der Grundrechte, denn er begrenzt die Einschränkung von Grundrechten.
Juristisches Neuland dürfte die Frage sein, ob geltendes Recht im Rahmen des Corona-Regimes zur Erreichung politischer Ziele "gebeugt" wurde. Dieser Fall ist mit Blick auf die Exekutive im Strafrecht nicht ausdrücklich geregelt. Abstrakt bietet sich hier eine Analogie zu § 339 StGB (Rechtsbeugung) an. Darin heißt es: "Ein Richter, ein anderer Amtsträger oder ein Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei einer Beugung des Rechts schuldig macht, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Geringe Bildung Grund für AfD-Wahlerfolge, meint Studie von staatlich finanziertem Wirtschaftsinstitut**
Das staatlich finanzierte Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) sieht in einer Studie einen Zusammenhang zwischen den Wahlergebnissen von AfD und BSW und Überalterung und geringerer Bildung. Dabei ist die Datenlage teils ungenau.
Zan Blagojević
Stammgast in Talkshows: Marcel Fratzscher ist Präsident des "Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" (DIW Berlin) und hat in seiner neuen Studie einen vermeintlichen Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Bürger und den Wahlerfolgen von AfD und BSW hergestellt.
In einer Studie hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) untersucht, welche regionalen Faktoren mit den Wahlerfolgen der AfD und des BSW bei der Europawahl 2024 in Deutschland zusammenhängen. Analysiert wurden Daten von 382 Landkreisen und kreisfreien Städten - unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation der Bürger, der Wirtschaftsstruktur, der Demographie und Zuwanderung.
Als "populistische Parteien" bezeichnet, sollen BSW und AfD in "strukturschwachen" Regionen stark sein, "im Osten vor allem in überalterten Kreisen." In Westdeutschland hingegen sollen sie "zusätzlich in Regionen mit vielen Beschäftigen in der Industrie besser" abschneiden, insbesondere wenn Menschen Angst vor Arbeitsplatzverlust "durch Automatisierung"

haben.
Das Wirtschaftsinstitut, das zu 60 Prozent mit Mitteln von Bund und Ländern finanziert wird analysierte, daß die Zustimmung zur AfD soll in den Regionen steige, "je älter die Bevölkerung, je höher die Jugendarbeitslosigkeit, je höher der Anteil der Handwerksunternehmen und der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist".
"Unsere Analyse zeigt, daß Migration als Erklärung für die Stärke von AfD und BSW bei der Europawahl 2024 viel zu kurz greift. Die Demographie - dort, wo viele junge, gut ausgebildete Menschen abwandern - ist vor allem für Ostdeutschland ein deutlich wichtigerer Faktor für die unterschiedlichen Ergebnisse in den Kreisen", so DIW-Chef Marcel Fratzscher.
Studie ist unwissenschaftlich
Für die Studie hat das DIW acht Variablen beobachtet, welche die Strukturmerkmale der verschiedenen Regionen in Deutschland festhalten soll. Mit Hilfe einer mathematischer und statistischer Methoden versucht man einen Zusammenhang zwischen diesen Strukturmerkmalen und den Wahlergebnissen der AfD und des BSW herzustellen. Doch die Studie strotzt vor Fehlern.
Das DIW hat unter anderem die Jugendarbeitslosigkeit, die Abiturquote und das verfügbare Einkommen als Variablen untersucht, doch diese sind untereinander schon korreliert - vielmehr haben sie einen kausalen Zusammenhang. Dadurch werden die Ergebnisse ungenau, möglicherweise sogar verfälscht. Auch wenn sich die Studie darauf beruft, lediglich einen Zusammenhang gefunden zu haben, kann keine Kausalität hergestellt werden - nach dem Motto: Menschen wählen die AfD, weil sie arm sind.
Dazu wurden zahlreiche andere, individuelle Faktoren nicht berücksichtigt, wie beispielsweise kulturelle Hintergründe der Wähler oder psychologische Faktoren, wie Angst und Unsicherheit. Vielmehr wurden sogenannte Aggregatdaten verwendet - und Marcel Fratzscher zieht aus diesen Daten Schlüsse in Bezug auf die Wählerschaft.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.382/…): >>**"Sie wissen ja, wie Frauen sind …": Eurosport entläßt Kommentator wegen angeblich sexistischem Spruch**
Eurosport hat den Olympia-Kommentator Bob Ballard entlassen, nachdem er live vermeintlich sexistische Kommentare über australische Schwimmerinnen gemacht hatte. Der Spruch wirkt im Kontext allerdings wenig empörend.
Henry Albrecht
Eurosport hat sich von dem Olympia-Kommentator Bob Ballard getrennt, nachdem dieser eine angeblich sexistische Bemerkung über australische Schwimmerinnen gemacht hatte. Der Vorfall ereignete sich während des 4×100-Meter-Freistilstaffelrennens der Frauen. Während der Live-Übertragung witzelte Ballard: "Nun, die Frauen sind gerade fertig geworden. Sie wissen ja, wie Frauen sind … sie lungern herum und machen ihr Make-up."
Für diesen Scherz erntete er sofortige Kritik der Co-Kommentatorin Lizzie Simmonds, die Ballards Kommentar lachend als "empörend" abtat und erklärte, daß "einige der Männer" das auch "machen" würden. Ballard reagierte darauf ebenfalls mit einem Lachen. Damit wäre die ganze Situation schon erledigt. Doch statt dessen erfolgte umgehend die Entlassung des Kommentators.
In einer Stellungnahme des Senders, die am Sonntagabend veröffentlicht wurde, hieß es: "Während einer Eurosport-Sendung gestern Abend hat der Kommentator Bob Ballard eine unangemessene Bemerkung gemacht. Aus diesem Grund wurde er mit sofortiger Wirkung von unserer Kommentatorenliste gestrichen."
Ballard selber äußerte sich noch nicht zu der Entlassung.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.385/…):

>>**Warum der elektronische Impfpaß weg muß**

Herbert Ludwig

Noch vor den Sommerferien hat das Parlament in Österreich die Pflicht zum elektronischen Impfpaß beschlossen. Damit kann der Staat später leicht eine Impfpflicht umsetzen, Marketing für Pharma betreiben und Impferinnerungen zu den mittlerweile um die 50 empfohlenen Impfungen für die Kleinsten abschicken. Die "Wissenschaftliche Initiative Gesundheit für Österreich" um Prof. Sönnichsen wendet sich mit einem offenen Brief an die Abgeordneten im Parlament und in den Landtagen entschieden dagegen. In Deutschland ist der e-Impfpaß noch nicht Pflicht, aber das kann jederzeit schnell erfolgen. Nachfolgend übernehmen wir den offenen Brief. (hl)

Offener Brief an die Abgeordneten im Parlament und in den Landtagen

"Nun hat das österreichische Parlament also noch kurz vor der Sommerpause beschlossen, daß jeder Bürger ab sofort verpflichtet ist, dem Gesundheitsminister und weiteren Behörden seine persönlichen Gesundheitsdaten zu offenbaren (siehe: Vollbetrieb des digitalen Impfpasses beschlossen). Mit dem e-Impfpaß und daran angeschlossenem zentralen Impfregister sollen ab sofort Impfungen und sogenannte "impfrelevante Informationen" jeder einzelnen Person gesammelt und für Behörden zentral und namentlich abrufbar werden. - Aus datenschutzrechtlicher Sicht ohnehin ein Fiasko.

Doch als Ärztinnen und Ärzte sowie WissenschaftlerInnen fragen wir uns auch: Welchen Sinn könnte einzentrales Impfregister mit persönlichen Daten aller Geimpften in Regierungshänden haben?

Denn um die Gesundheit der einzelnen Menschen kann es nicht gehen. Für die sind nämlich weder der Gesundheitsminister noch andere Regierungsmitglieder oder Verwaltungsbeamte zuständig. Weil sie nicht in der Lage sind zu beurteilen, welche Behandlung - also auch welche Impfung - für einen individuellen Menschen gerade nützlich oder eben eher schädlich sein könnte.

Wozu also will die Regierung die nicht anonymisierten Impfdaten sammeln?

Auf der Regierungs-Website kann man die Argumentation rund um die Einführung des e-Impfpasses nachlesen. Dieser soll unter anderem dabei helfen

exakte Impfraten und "potentielle Impflücken" zu erfassen und

"den Behörden im Anlaßfall ermöglichen, rascher und potentiell gezielter die notwendigen Maßnahmen zu setzen … (und) gefährdete Bevölkerungsgruppen besser zu schützen und auch besser zu versorgen"

Ein weiteres Ziel ist die "Einhaltung von Verpflichtungen zur Verfolgung internationaler Eliminations- und Eradikationsziele"

Impfraten und Impflücken lassen sich aber aus einem anonymisierten Impfregister ableiten und gezielte Impfkampagnen zum Schließen der Impflücken und zur Einhaltung internationaler Ziele können auch auf der Basis anonymisierter Daten gestartet werden.

Wir ersuchen um Antworten auf folgende Fragen:

Wie genau möchte das Gesundheitsministerium auf solche Impfraten und Impflücken reagieren, wenn dafür die persönlichen Daten des einzelnen Bürgers erfaßt werden müssen?

Welche Schritte sind vorstellbar und wie wirken sich diese auf den einzelnen Menschen konkret aus?

Was könnte ein solcher "Anlaßfall" sein? An welche Maßnahmen denkt die Regierung dabei?

Wie definiert sie "gefährdete Bevölkerungsgruppen"? Und wie genau sollen diese im Zusammenhang mit den persönlichen Informationen im zentralen Impfregister "geschützt" werden?

Welche Vorkehrungen wurden getroffen, damit der e-Impfpaß nicht zur Durchsetzung einer Impfpflicht oder auch "nur" als Druckmittel sich impfen zu lassen mißbraucht wird? (Vorstellbar sind zum Beispiel Beitragserhöhungen der Sozialversicherungsanstalten bei Nichtein-

haltung der "empfohlenen" Impfungen, Zutrittseinschränkungen zu öffentlichen Einrichtungen (Universitäten!) bei unvollständigem Impfpaß, Reduzierung von Sozialhilfen etc.)
Wie gedenkt die Regierung zukünftig mit internationalen Vorgaben, z.B. durch die WHO, umzugehen? Soll der e-Impfpaß vielleicht sogar dem Ziel dienen, von der WHO verordnete Impfpflichten durchzusetzen?
Wie sieht die Regierung die Unvereinbarkeit des e-Impfpasses mit Art. 21 der DSGVO? "Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten … Widerspruch einzulegen."
Der DSGVO Erwägungsgrund 53 ("… personenbezogene Daten, die eines höheren Schutzes verdienen, sollten nur dann für gesundheitsbezogene Zwecke verarbeitet werden, wenn dies für das Erreichen dieser Zwecke im Interesse einzelner natürlicher Personen und der Gesellschaft insgesamt erforderlich ist.") läßt sich in Abwesenheit einer Notlage hier wohl kaum anführen. Schon gar nicht ist die Weitergabe personenbezogener Gesundheitsdaten an Regierung und Behörden zu rechtfertigen.

e-Impfpaß aus gesundheitlicher Sicht unnötig

Die Digitalisierung ist zu einem großen Geschäft geworden und nicht alles, was sie bringt, ist auch im Sinne der Menschen, die sie nützen müssen. Genau das gilt zum Beispiel für den e-Impfpaß.
Aus gesundheitlicher Sicht ist die verpflichtende Teilnahme an einem zentralen Impfregister nicht notwendig und möglicherweise sogar schädlich. Dann nämlich, wenn Menschen dazu gedrängt oder gezwungen werden, Impfungen über sich ergehen zu lassen, die ihnen nicht nützen, sondern sogar potentiell schaden. Die vielen mittlerweile anerkannten (und die nicht erfaßten) Impfschäden aufgrund der Corona-Impfstoffe sind uns Warnung genug.
Wir fordern daher:
E-Impfpaß ja - aber nur freiwillig. Die gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme am e-Impfpaß muß umgehend zurückgenommen werden. Jeder Mensch muß weiterhin selbst entscheiden dürfen, welche medizinische Behandlung er in Anspruch nimmt und welche gesundheitlichen Informationen er dem Staat zur Verfügung stellt.
Personalisierte Gesundheitsdaten nicht in Regierungshände: Ein digitaler Impfpaß darf keinesfalls in die Hände der Regierung gelegt werden. Die Möglichkeiten des Mißbrauchs sind zu groß. Statt dessen sollen die Daten (ähnlich wie bei ELGA) unter Achtung des Datenschutzes ausschließlich für Gesundheitsdiensteanbieter und die Patienten selbst zugänglich sein.
Impfregister nur anonymisiert: Für die Erstellung von Statistiken braucht es keine personalisierten Daten. Wird ein zentrales Impfregister erstellt, dann ausschließlich mit anonymisierten Daten, die keine Rückschlüsse auf Individuen erlauben.
Herzliche Grüße
die Wissenschaftliche Initiative
Gesundheit für Österreich"<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. Juli 2024 (x1.383/…):
>>**EU-Vermögensregister schon 2025?**
Die Vorbereitung zur Einführung eines EU-Vermögensregisters sind praktisch abgeschlossen. Start 2025? Vermögensgegenstände mit einem Wert von mehr als 200.000 Euro sollen auf EU-Ebene zentral erfaßt werden.
Die Einführung eines EU-weiten Vermögensregisters könnte kurz bevorstehen. Eine Gruppe externer Dienstleister prüft im Auftrag der EU-Kommission, ob ein solches Verzeichnis rechtlich und logistisch machbar wäre. Die Ergebnisse der Studie würden "bald" veröffentlicht, teilt eine Sprecherin der EU-Kommission auf Anfrage der WirtschaftsWoche mit.
Vermögensgegenstände mit einem Wert von mehr als 200.000 Euro sollen auf EU-Ebene zen-

tral erfaßt, Informationen dazu schnell und grenzüberschreitend zwischen Behörden ausgetauscht werden. Im Mittelpunkt stehen Daten aus Grundbüchern und Unternehmensregistern. Das Verzeichnis könnte aber auch Kryptowährungen, Kunstwerke oder Gold umfassen. Man ziehe die Möglichkeit in Betracht, solche Werte in ein Vermögensregister aufzunehmen, hieß es von der EU-Kommission bei Ausschreibung der Machbarkeitsstudie.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29917" berichtet am 29 Juli 2024 (x1.379/…): >>**Eltern aufgepaßt: Genderwerbung im Kinderfernsehen!**

"Ist die Maus jetzt Junge, Mädchen oder Irgendwas?
Kinder, interessiert euch das?"
Nie hab' ich mir diese Frage gestellt,
denn die Maus hat bisher, ganz unpolitisch,
Lach- und Sachgeschichten erzählt.

Früher war die Sache klar.
Die Maus erklärt der Kinderschar:
Warum ist die Banane krumm?
Warum fliegt man in der Kurve um?
Warum ist der Turm von Pisa schief?
Und warum erzeugt das Stinktier Mief?

Doch heutzutage, keine Frage,
ist die Maus dazu nicht länger in der Lage!
Auch nicht mit ihrem Adjutanten,
dem kleinen blauen Elefanten.

Denn heute dient die Maus der Macht,
die Papa, Mama plötzlich wertlos macht.
Denn viel cooler
ist ja doch ein Schwuler,
und Mamas als Lesben,
sind laut Werbung die Besten.
Als Geschlecht Divers oder Nicht Binär,
dies alles für Kinder erstrebenswert wär'.
Drum macht die Maus heut' allen klar,
daß Papa und Mama Gestern war!

Daß Papa, Mama zudem Spießer sind,
denkt dank der Maus nun jedes Kind.
So steht die Maus in dieser Zeit
im Dienst von Staat und Sicherheit.
Die GEZ schröpft dazu fröhlich die Gehälter
der inflationsgeschädigten Spießereltern.
So ist das Öffentlich-Rechtliche gut betucht.
Und läßt keine Verderbtheit unversucht.

Ja, die Maus, die muß jetzt kuschen
und an Naturgesetzen pfuschen!
Muss den Kindern glaubhaft machen,
daß Prinz und Prinz sind tolle Sachen.

Daß Landstreicher eigentlich lieber Frauen sein wollen
und zwei Papas völlig normal sein sollen!

Vater Staat fordert weiter:
"Bringt jetzt gefälligst den Kleinsten bei,
daß normal ist jede Schweinerei ..."
Alles Natürliche ist unser Feind.
Zeig' den Kindern das Abnorme als Freund!
Ja, so wird das Gute umgekehrt
und den Kindern schön weiter Verkehrtes gelehrt!

Also, liebe Eltern:
Sorge ist keine angebracht!
Maus und Elefant als Erziehungsratgeber sind voll im Trend!
Laßt eure Kinder nur weiter schauen,
sie werden schon tüchtig abgelenkt.

So werden die Kleinsten schon kräftig infiltriert,
der große Plan läuft wie geschmiert!
Die Maus hilft mit ihrem Adjutanten
der Staatsmacht und den Denunzianten.

Deshalb, zum Schluß, in aller Kürze:
Wir wünschen ihr ja wirklich alle
die gendergerechte Mausefalle!!!<<

30.07.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Juli 2024 (x1.381/…): >>**Visa-Betrug im Libanon: Baerbocks Goethe-Institut besorgte Hunderten Eintrittskarte nach Deutschland**

Mittels verfälschter Dokumente sollen sich Hunderte Menschen im Libanon Visa für Deutschland verschafft haben. Zwei Mitarbeiter am Goethe-Institut in Beirut, das Bundesaußenministerin Annalena Baerbock "Grüne") untersteht, machten es möglich.

Laut Medienberichten unterliefen die Betrüger die Bestimmungen zum Nachzug von Familienmitgliedern. Dafür müssen die Antragssteller neben anderen Dokumenten einen Sprachnachweis bei den deutschen Visastellen vorlegen. Ausgestellt wird so ein Nachweis vom Goethe-Institut, das als deutsche Kultureinrichtung im Ausland zum Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes gehört.

In der libanesischen Hauptstadt Beirut wurden Sprachzertifikate in 449 Fällen verfälscht. Den Visa-Betrug bestätigten das Goethe-Institut und das Außenamt von Annalena Baerbock ("Grüne") der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ).

Die beiden Mitarbeiter am Goethe-Institut haben demnach Punktzahlen nicht bestandener Tests nachträglich manipuliert und die zu Unrecht ausgestellten Sprachzertifikate teuer verkauft. Das funktionierte so lange, bis der Visastelle in der deutschen Botschaft im Libanon auffiel, daß das Sprachniveau eines Antragstellers viel schlechter war, als im Zertifikat angegeben.

"Wir gehen davon aus, daß zwei Mitarbeitende mit krimineller Energie zusammengearbeitet haben und so die Sicherheitsschranken des Goethe-Instituts umgehen konnten", sagte eine Sprecherin des Goethe-Instituts zur FAZ.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"

berichtet am 30. Juli 2024 (x1.380/…): >>**972.000 Syrer leben in Deutschland: Gerichtsurteil nutzen, Abschiebungen umsetzen!**
Diese Zahlen muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Fast eine Million Syrer - genauer gesagt sind es rund 972.000 Personen - leben mittlerweile in unserem Land. Davon leben 513.534 Menschen vom Staat, was einem Anteil von rund 52 Prozent entspricht. Wenn für deutsche Arbeitnehmer am Ende des Monats der Gehaltszettel ins Haus flattert, ist wieder eine syrische Stadt in der Größe von Nürnberg oder Duisburg durchgefüttert worden. Dazu kommen natürlich noch Afghanen, Iraker, Somalier, Eritreer, Marokkaner, Tunesier …
Gegenüber dem Jahr 2014 lebt inzwischen die 16-fache Anzahl an Syrern in Deutschland - die Zahl entspricht rund fünf Prozent der syrischen Gesamtbevölkerung. Auch die Zahl der Afghanen hat sich von 2014 bis 2013 auf 419.410 Personen versechsfacht. Auch hier lebt ein enormer Anteil vom Bürgergeld. Dennoch setzt die Ampel-Regierung die unkontrollierte Massenmigration ungerührt fort; Außenministerin Baerbock will 10.000 weitere Afghanen nach Deutschland einfliegen lassen.
Dabei hat ein aktuelles Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster gerade erst die Handlungsspielräume für mehr Abschiebungen erweitert. Das Gericht hatte festgestellt, daß das Leben von Zivilisten in Syrien nicht mehr ernsthaft bedroht ist. Damit wurde die Klage eines Syrers abgewiesen, der einen Flüchtlingsstatus oder zumindest einen sogenannten subsidiären Schutz in Deutschland erhalten wollte.
Das heißt in Kurzfassung: Eine Abschiebungs-Offensive nach Syrien wäre möglich, wenn die Bundesregierung grünes Licht geben würde. Doch die Ampel-Regierung vertritt lieber die Interessen von illegal eingereisten Syrern. Nur die AfD vertritt die Interessen der eigenen Leute: Wir schieben diejenigen ab, die hier kein Bleiberecht haben oder kriminell geworden sind!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Juli 2024 (x1.381/…): >>**Deutschlands ehrlichster Sozialhelfer rechnet mit Multikulti-Irrsinn ab: "Integration ist zu 100 Prozent gescheitert!"**
Es ist DAS Thema im Sommer 2024: So brutalstmöglich wie Deutschlands ehrlichster Sozialhelfer hat noch niemand die deutschen Migrations-Verherrlicher und Multikulti-Illusionisten mit ihrer Realitätsverweigerung regelrecht gevierteilt und die Migrationsblase zum Platzen gebracht! "Die Integration ist zu 100 Prozent gescheitert", zieht Wolfgang Büscher, Sprecher des evangelischen Kinder- und Jugendwerks "Arche" in Berlin Marzahn-Hellersdorf, die Bilanz aus acht Jahren Masseneinwanderung. Sein Aufschrei kommt einer einzigen Hinrichtung gleich!
Das christliche Kinder- und Jugendwerk "Arche", in dessen 33 Einrichtungen bundesweit mehr als 7.000 Minderjährige aus sozialschwachen Familien und mit sogenanntem Migrationshintergrund betreut werden, schlägt Alarm. Die NGO berichtet von den wahren Zuständen hinter den Multikulti-Kulissen der linksgrünen Migrations-Gaukler.
"Arche-Sprecher" Büscher warnt vor einer islamistischen Radikalisierung und einer eskalierenden Gewalt unter Kindern und Jugendlichen aus sogenannten Flüchtlingsfamilien in den deutschen Großstädten. In dieser Woche forderte der engagierte Sozialhelfer aus Marzahn-Hellersdorf spektakulär einen sofortigen Stopp der Masseneinwanderung.
Jetzt hat Büscher in der "Bild-Zeitung" weiter nachgelegt. Er berichtet über eine Realität, die so ganz und gar nicht zum kunterbunt-vielfältigen Bild passen will, das uns die Migrations-Tagträumer einreden wollen.
Über die Zustände in den Hilfseinrichtungen sagt Büscher:
- "Wer bauchfrei trägt, wird als Nutte beschimpft!"
- "Unter den 1.500 Jugendlichen, die wir in der Berliner Arche betreuen, gibt es nahezu kein muslimisches Mädchen, das älter als 13 Jahre ist. Sie müssen zu Hause bleiben."

Einen Tag zuvor hatte Büscher mit Hammersätzen wie diesen Deutschland wachgerüttelt:
- "Wir sind am Ende. Unser System ist kollabiert. Um den anderen noch helfen zu können, fordere ich einen Aufnahme-Stopp von Flüchtlingen."
- "Uns erreichen von anderen 'Arche-Leitern' Hilferufe über die zunehmende Gewalt. Bei uns laufen schon Elfjährige mit Messern herum. Dann verlieren wir die Kinder an Clans, die werben sie regelrecht an, sagen: 'Kommt zu uns, wenn es euch bei den Deutschen nicht gefällt. Bei uns ist es besser'."
- "Viele unserer Jugendlichen gehen in Moscheen, wo ein radikaler Islam gepredigt wird. Die gemäßigten Moscheen nennen sie hier 'Weicheier-Moscheen'."
- "Wir betreuen hier Jugendliche, da haben die Klassen einen 95-prozentigen Migrations-Anteil. Das führt zu schlimmen Problemen."
- "Bei uns bündeln sich alle Probleme, die die Flüchtlingspolitik automatisch mit sich bringt, aber keiner so richtig wahrhaben will. Gerade bei heranwachsenden muslimischen Jugendlichen zeigt sich, was bei der Integration schiefläuft."

Junge Frauen werden zwangsverheiratet

So berichten Mitarbeiter der "Arche": Junge Mädchen dürfen, sobald sie in die Pubertät kommen, nicht mehr in die 'Arche' gehen und deren Betreuungsangebote wahrnehmen. Wolfgang Büscher: "Mir wurde gesagt, daß die Eltern Angst haben, daß unsere westlichen Werte auf die jungen Mädchen übergreifen könnten. Wir erreichen die Familien nicht mehr. Sie leben in einer Blase, in einem anderen System. Von einem anderen Arche-Mitarbeiter haben wir erfahren, daß junge Frauen zwangsverheiratet werden sollten."

Wer bauchfrei trägt, gilt als "Nutte"

Immer wieder, so Büscher weiter, komme es zu verbalen Zwischenfällen. "Ist ein junges Mädchen geschminkt oder trägt bauchfrei, wird es als 'deutsche Nutte' beschimpft. Wir versuchen mit ihnen zu sprechen, kommen aber kaum noch an sie ran."

Auch dies ist deutscher Migrations-Alltag: Arabische Jugendliche zeigen spontan den sogenannten "Tauhid- Zeigefinger", der nicht nur durch die islamistische Terrororganisation IS, sondern auch durch den deutschen Fußball-Nationalspieler Antonio Rüdiger bekannt geworden ist.

Schon im Frühjahr hatte Büscher erstmals davor gewarnt, daß die Zustände aus dem Ruder laufen. Seine Worte gingen im linksgrünen Multikulti-Rausch unter.
- "Die Integration ist zu 100 Prozent gescheitert!"
- "Im Prinzip müssen wir erstmal für eine gewisse Zeit die Grenzen dichtmachen".
- "Mich hat vor wenigen Wochen ein Jugendlicher angerufen und gesagt, Wolfgang, ich brauch 300 Euro. Und dann habe ich ihm gesagt, was machst du, wenn ich sie dir nicht geben kann? Dann sagt er: 'einen Bruch'."
- "Mir haben Jugendliche gesagt: 'Zuerst schneiden wir den Christen die Kehle durch, dann schneiden wir euch Deutschen die Kehle durch'."
- "Letzten Sommer hat der Chef eines großen arabischen Clans Geburtstag gefeiert in einem Park und Jugendliche dorthin eingeladen. Sie bekämen einen kostenlosen Döner und etwas zu trinken. Der Jugendbereich an dem Tag in den Berliner Archen war leer. Ihnen wurde erzählt: ‚Wenn ihr von der Gesellschaft vergessen werdet, bei uns werdet ihr aufgenommen'."
- "Jeder Politiker lügt, wenn er sagt, wir schaffen dieses Problem!"
- "Mir hat ein ehemaliger Berliner Bürgermeister gesagt, wenn ihr in den Medien die Schnauze haltet, bekommt ihr auch Geld von uns."

Seit über 20 Jahren arbeitet Wolfgang Büscher als Pressesprecher für die "Arche" in Berlin. Sie ist nicht nur ein Auffangbecken für sozial benachteiligte, abgehängte Kinder und Jugendliche - die "Arche" ist auch ein Seismograph, dessen Ausschläge ein gewaltiges gesellschaftliches Beben in Deutschland voraussagen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Juli 2024 (x1.381/…): >>**"Bürgergeld": Schon fast so viele Ausländer-Kinder bekommen Stütze wie deutsche Minderjährige**

Von 1,8 Millionen anspruchsberechtigten Kindern und Jugendlichen, für die sogenanntes "Bürgergeld" gezahlt wird, waren zum Ende des Vergangenen Jahres 894.000 ausländische Minderjährige. Damit waren fast genauso viele ausländische Kinder im "Bürgergeld-Bezug" wie deutsche Minderjährige (907.000). Der größte Anteil dieser Kinder (262.000) kam aus der Ukraine, gefolgt von Syrien (203.000), EU-Ländern (131.000) und Afghanistan (80.000).

Die Gesamtausgaben für ausländische Empfänger dieser vormals Hartz IV genannten Sozialleistung stiegen von 670 Millionen Euro im Jahr 2010 auf knapp 3,3 Milliarden Euro im Jahr 2023, während die Zahlungen für deutsche Empfänger von 2,6 Milliarden Euro auf 2,3 Milliarden Euro zurückgingen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Juli 2024 (x1.381/…): >>**Ampel scheitert erneut in Karlsruhe: Abschaffung der Grundmandatsklausel ist verfassungswidrig!**

Nach ihren Haushaltstricksereien hat die Ampel eine neue Bauchlandung vor dem Bundesverfassungsgericht hingelegt: Die Karlsruher Richter haben das von SPD, "Grünen" und FDP beschlossene neue Bundestagswahlrecht teilweise aufgehoben und die geplante Abschaffung der sogenannten Grundmandatsklausel für verfassungswidrig erklärt. Das am Dienstag (30. Juli) verkündete Urteil war bereits am Vorabend durch eine Panne auf der Website des höchsten deutschen Gerichts bekannt geworden.

Im Kern geht es um jene Regelung, die es einer Partei trotz Scheiterns an der Fünfprozent-Hürde ermöglicht in den Deutschen Bundestag einzuziehen, wenn sie mindestens drei Direktmandate holt. Gegen die Abschaffung der Klausel hatten CDU/CSU, Linke und Freie Wähler geklagt. Hintergrund: Ohne diese Sonderregelung droht zum Beispiel die CSU, deren Zweitstimmenanteil bundesweit gerechnet nur noch knapp über fünf Prozent liegt, aus dem Bundestag zu fliegen.

Laut dem Karlsruher Urteil bleibt es aber bei der durch die Wahlrechtsreform festgelegten Abgeordnetenzahl von 630. Durch den Wegfall der Überhang- und Ausgleichsmandate orientiert sich die Verteilung der Mandate künftig nur noch am Zweitstimmenergebnis. Erringt eine Partei mehr Direktmandate als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen würden, ziehen nur noch die Abgeordneten mit den stärksten Ergebnissen in das Parlament ein.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Juli 2024 (x1.382/…): >>**"Extremismusklausel": Bayerns Landtag plant, manchen AfD-Mitarbeitern den Geldhahn zuzudrehen**

Im bayerischen Landtag wird an einer "Extremismusklausel" gebastelt. Sie soll vermeintlichen Verfassungsfeinden bei der AfD den Zugriff auf Mitarbeitergehälter im Landtag verwehren.

Christopher Martens

CSU und Freie Wähler wollen mit der neuen "Extremismusklausel" AfD-Mitarbeitern die Bezahlung aus Steuermitteln verweigern

Der Bayerische Landtag plant einen umstrittenen Vorstoß gegen vermeintliche Verfassungsfeinde in den eigenen Reihen. Ein von Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) in Auftrag gegebenes Gutachten hat jetzt den Weg für eine sogenannte "Extremismusklausel" geebnet. Diese würde es ermöglichen, Mitarbeitern von Abgeordneten und Fraktionen, die als verfassungsfeindlich eingestuft werden, die Auszahlung von Steuergeldern zu verweigern. Das Ziel ist dabei offenbar die AfD.

Das 230-seitige Gutachten des Juristen Tristan Barczak gibt diesem Vorhaben grundsätzlich grünes Licht. Jedoch seien Änderungen am Abgeordnetengesetz, Fraktionsgesetz und Verfassungsschutzgesetz erforderlich, um eine sogenannte "Extremismusklausel" einzuführen.

Diese Klausel würde es ermöglichen, daß Mitarbeiter von Abgeordneten, die vom Verfassungsschutz als extremistisch oder verfassungsfeindlich eingestuft werden, keine Gelder mehr aus dem Staatshaushalt erhalten. Sie könnte auch auf Fälle der Spionage für andere Staaten ausgeweitet werden. "Es war und ist für mich nicht hinnehmbar, daß wir bisher zulassen müssen, daß Verfassungsfeinde von Steuergeldern bezahlt werden", verkündet Aigner bei der Vorstellung des Gutachtens am Montag.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Solarausbau: Netzbetreiber fürchten jetzt Blackouts**

Die Ampelregierung feiert den starken Anstieg der Photovoltaikanlagen in Deutschland. 2023 stieg ihre Zahl um 30 Prozent auf 3,4 Millionen Anlagen. Netzbetreiber warnen jetzt allerdings gerade deshalb vor Blackouts.

Von Redaktion

… Während der Zubau neuer Photovoltaikanlagen rasant voranschreitet, wächst die Sorge um die Stabilität des Stromnetzes

Der Ausbau der Solarenergie in Deutschland schreitet unaufhaltsam voran. Im Jahr 2023 stieg die Anzahl der Photovoltaikanlagen laut Statistischen Bundesamtes um 30 Prozent auf insgesamt 3,4 Millionen an. Netzbetreiber warnen deshalb vor Risiken für die Netzstabilität.

Maik Render, Chef des Regionalversorgers N-Ergie gegenüber dem Handelsblatt: "Wenn der Zubau einfach ungebremst weitergeht, steigt die Gefahr, daß es zu instabilen Netzsituationen kommt". Das Problem liege nicht in der Menge der Anlagen, sondern in deren mangelnder Steuerbarkeit bei der Stromeinspeisung. Die meisten Solaranlagen können etwa bei Überproduktion nicht automatisch abgeschaltet werden.

Besonders betroffen seien der sonnigere Süden und Südwesten Deutschlands. "Diese Anlagen produzieren in der Spitze doppelt so viel Strom, wie im Netzgebiet maximal von allen Stromverbrauchern nachgefragt wird", so Render. Die Folgen könnten dramatisch sein, warnt der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU): "Im ungünstigsten Fall heißt das, daß am Ortsnetztrafo buchstäblich die Sicherung rausfliegt und der entsprechende Strang des Stromnetzes zeitweise ausfällt". Betroffen seien dann dutzende Haushalte.

Diese technische Schwachstelle will das Bundeswirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) durch die Einführung von sogenannten Meß- und Steuersystemen beheben. Doch bis diese flächendeckend installiert sind, werden Jahre vergehen. Und bis dahin bleibt das Netz anfällig. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien auf mindestens 80 Prozent steigen. Im ersten Halbjahr 2024 lieferten sie 57 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Juli 2024 (x1.382/…): >>**"Bei uns laufen Elfjährige mit Messern rum": Jugendwerk fordert Flüchtlings-Aufnahmestopp**

Das christliche Kinder- und Jugendwerk Die Arche fordert einen Aufnahme-Stopp von Flüchtlingen. Die Organisation sei nicht mehr in der Lage, den Menschen die notwendige Unterstützung zu bieten.

Christopher Martens

Die Arche ist ein christliches Kinder- und Jugendwerk, das sich seit 1995 um sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche kümmert. Jetzt ist das Maß voll, die Zustände seien alarmierend

Das christliche Kinder- und Jugendwerk "Die Arche" sendet einen dramatischen Hilferuf. Im Interview mit der Bild zeichnet Wolfgang Büscher, Sprecher der Organisation, ein düsteres Bild: "Unser System ist kollabiert. Wir sind am Ende."

Seit knapp 20 Jahren kümmert sich die Arche um Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien. Sie betreut deutschlandweit mehr als 7000 Kinder und Jugendliche. Doch nun scheint das Hilfswerk am Ende seiner Kräfte. Besonders der anhaltende Zustrom von mehr-

heitlich muslimischen Flüchtlingen stellt die Arche vor schier unlösbare Probleme. Büscher wird deutlich: "Um den anderen noch helfen zu können, fordere ich einen Aufnahme-Stopp von Flüchtlingen."
Die Situation in den Brennpunkten der Großstädte spitze sich zu. Büscher berichtet der Zeitung von alarmierenden Zuständen: "Bei uns laufen schon Elfjährige mit Messern rum." Besonders besorgniserregend sei die zunehmende Radikalisierung, Kriminalisierung und Gewalt unter arabischstämmigen Jugendlichen. Ein Kernproblem sieht der Arche-Sprecher in der Bildungspolitik: "Wir betreuen hier Jugendliche, da haben die Klassen einen 95-prozentigen Migrationsanteil. Das führt zu schlimmen Problemen." Diese Schüler müßten gleichmäßig umverteilt werden, fordert er.
Die Kritik richtet sich gegen die laxe Migrationspolitik der Ampel-Regierung. Fachkräftemangel könne man nicht durch Einwanderung kompensieren. "Einerseits fordern die Politiker pro Jahr 60.000 ausländische Facharbeiter, andererseits gehen 60.000 junge Menschen ohne Abschluß von der Schule. Wir müssen aufhören, die Menschen zu uns zu locken."
"Die gemäßigteren Moscheen nennen sie hier Weichei-Moscheen", schildert Büscher die religiöse Einstellung vieler muslimischer Jugendlicher. Clans würden aktiv um die Kinder und Jugendlichen werben. Auch ein Sozialarbeiterin bestätigt Büschers Einschätzung: "Die Helfersysteme greifen nicht mehr. Die Integration ist gescheitert. Wir können nicht alles schaffen." Sie warnt eindringlich: "Es wird eskalieren und einen großen Knall geben."<<

31.07.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.380/…): >>**Haß und Hetze vom Lügenportal: "Correctiv-Reporter" träumt von Deutschlands Teilung!**

Ein immer wieder mit Haß und Lügen auffallendes Medienportal demaskiert sich selbst: Jetzt denkt ein "Correctiv-Reporter" auch noch über die Aufteilung Deutschlands nach! Weil ihm die absehbaren Wahlergebnisse bei den ostdeutschen Landtagswahlen im September nicht passen, schreibt der Journalist Marcus Bensmann bei Twitter: "Dann sollten wir lieber über eine Trennung nachdenken. ...
Die Tschechoslowakei hat es vorgemacht." Unfaßbar: Bensmann spielt hier erkennbar auf die Auflösung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik beziehungsweise auf die Gründung der beiden neuen Staaten Tschechien und Slowakei zum 1. Januar 1993 an.
Das von Linksextremisten dominierte und mit Steuergeldern finanzierte Lügenportal "Correctiv" zeigt damit einmal mehr sein Verhältnis gegenüber Deutschland. "Correctiv-Gründer" David Schraven entstammt dem gleichen Sumpf wie sein haßerfüllter Kollege Bensmann: Schraven ist Gründer des Portals "Ruhrbarone", das laut Wikipedia den "Antideutschen" zugerechnet wird.
Die "Ruhrbarone" zeigten bei Twitter ein zynisches Diagramm mit "Tageshöchsttemperaturen in Dresden im Februar 1945", wobei der Zeitraum der dreitätigen Luftangriffe dort mit 900 Grad markiert war. "Eine interessante Statistik", schrieb der "Ruhrbarone-Autor" dazu.
Für die extremistischen Umtriebe des Medienportals steht auch der "Correctiv-Journalist" Jean Peters, der die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch mit einem Tortenwurf tätlich angriff.
Vor diesen Hintergründen ist es ein unfaßbarer Skandal, daß die Bundesregierung das Netzwerk finanziell unterstützt. Auf ihrem eigenen Internet-Auftritt verkündet die Ampel-Koalition, daß sie zehn Projekte "zum Schutz und zur strukturellen Stärkung des Journalismus" mit rund 2,3 Millionen Euro fördert - darunter auch "Correctiv".
Staatsministerin Claudia Roth (Grüne) ergänzt, sie habe höchstpersönlich für diese zehn Projekte "die ursprünglich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kurzfristig erhöht". Die AfD wird diesen linksradikalen Sumpf trockenlegen. Wir werden es nicht dulden, daß Lügenporta-

le, die unser Land hassen, auch nur einen Cent Steuergeld erhalten!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.381/…): >>**Bistum Trier ruft zu Spenden für Schleuser-Schiff auf**

Der Generalvikar des katholischen Bistums Trier Ulrich Graf von Plettenberg ruft zur Übernahme von Patenschaften für das "humanitäre" Schleuserschiff "Sea-Eye 5". Das als "Seenot-Rettungsschiff" etikettierte und von der Regensburger Organisation "Sea Eye" betriebene Schiff soll illegale Migranten vor der libyschen Küste aufnehmen und nach Europa transportieren.

Die "Patenschaften" sind für die Kosten des laufenden Betriebs der "Sea Eye 5" gedacht. Den Kaufpreis von insgesamt 465.000 Euro hat das von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) initiierte Vereinsbündnis "United4Rescue" finanziert.

Vorstandsmitglied von "United4Rescue", das laut Haushaltsplanung bis 2026 mit insgesamt acht Millionen Euro aus dem Etat des "grün" geführten Bundesaußenministerium gefördert werden sollte, ist der evangelische Theologe Thies Gundlach, Lebensgefährte der "grünen" Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt.

Die Bezeichnung "Seenotrettung" für die Tätigkeiten von Vereinen wie "Sea Eye" ist irreführend. "Seenotrettung" würde bedeuten, vor der libyschen Küste aufgegriffene Schiffbrüchige in den nächsten Hafen in Libyen zu bringen und nicht, sie über hunderte Kilometer nach Europa zu schleusen.

Das Vorgängerschiff "Sea Eye 4" wurde im März 2024 von den italienischen Behörden für sechzig Tage festgesetzt, weil die Organisation die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache verweigert und aufgebrachte Migranten in Italien abgesetzt statt nach Libyen zurückgebracht hatte.

Eigenen Angaben zufolge hat das Bistum Trier bereits 2021 mit weiteren Bistümern die Überführung der "Sea-Eye 4" mitfinanziert. Man wolle mit der fortgesetzten Unterstützung des Vereins Sea-Eye "ein deutliches Zeichen gegen die vor allem von rechten Parteien propagierte Abschottungspolitik Europas setzen", erklärt Generalvikar von Plettenberg.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.381/…): >>**"Stop the boats!" Schwere Ausschreitungen in England nach Messer-Blutbad**

Nach einem Messer-Blutbad in Nordwest-England steht Großbritannien unter Schock: In Southport (90.000 Einwohner) starben bei einem Taylor Swift-Themenevent drei Mädchen im Alter zwischen sechs und neun Jahren. Die Polizei nahm den Tatverdächtigen fest. Britischen Medien zufolge soll es sich um einen aus Ruanda stammenden 17-Jährigen handeln. Weitere fünf Opfer seien in einem kritischen Zustand, hieß es.

Über den Amok-Täter gibt die Polizei "aus rechtlichen Gründen" keine Einzelheiten bekannt. Die BBC berichtete, daß es sich um den 17 Jahre alten Sohn eines aus Ruanda stammenden Einwanderer-Paares handele.

"Wie viele Kinder noch, Herr Premierminister?"

In der nördlich von Liverpool gelegenen Stadt kam es zu massiven Protesten gegen die Masseneinwanderung. Am Dienstagabend (30. Juli) versammelten sich Hunderte Menschen vor einer Moschee in Southport. Britische Patrioten skandierten "English till I die" ("Englisch bis zum Tod") und "Stop the boats" ("Stoppt die Boote"). Wie Sky News berichtete, hagelte es Steine, Ziegel, Fackeln und Feuerwerkskörper. Ein Polizeiwagen wurde vor der Moschee in Brand gesetzt.

Zuvor mußte sich Premierminister Keir Starmer, als er am Ort der Bluttat Blumen niederlegte, von aufgebrachten Anwohnern wiederholt die Frage gefallen lassen: Wie viele Kinder müssen noch sterben? Der Besuch des Premiers, der laut Medienberichten etwa zwei Minuten dauerte, wurde von zahlreichen Buh-Rufen begleitet. Ein Mann schrie: "Wie viele Kinder noch? Unsere Kinder sind tot und ihr wollt schon gehen?" Andere wütende Anwohner riefen "Drecks-

kerl", "Zeit für eine Veränderung" und "Geh weg, du bist hier nicht erwünscht".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Kritische Stimmen verschwunden: RKI verfälschte Protokolle**

Wie die RKI-Leaks offenbaren, wurden intern kritische Stimmen in den finalen Protokollen ausgeblendet. Befürchtungen, daß zwischen der Maßnahmenpolitik und dem Pandemiegeschehen kein Zusammenhang besteht, wurden ignoriert. Statt dessen wurde eine weitgehende Unterstützung der Regierungslinie suggeriert.

Von Redaktion

Die geleakten RKI-Protokolle geben reichlich Aufschluß darüber, welch wichtige Rolle das Robert-Koch-Institut für die Bundesregierung spielte. Von entscheidender Bedeutung war dabei oftmals weniger die tatsächliche fachliche Beratung, sondern die (nachträgliche) wissenschaftliche Legitimierung des staatlichen Handelns. Geleakt wurden jedoch nicht nur die amtlichen Protokolle, sondern auch die entsprechenden Entwürfe hierfür. Hieraus geht hervor, wie auch intern Kritiker kaltgestellt wurden.

Aufschluß hierüber gibt etwa der Vergleich zwischen dem amtlichen Protokoll sowie dem entsprechenden Entwurf vom 25. März 2020. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bundesregierung gerade drastische Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona eingeleitet. Am 16. März 2020 wurden etwa die Schulen geschlossen.

Das RKI wußte, daß in dieser kurzen Frist noch keine Daten darüber vorlagen, inwiefern sich die von der Regierung getroffenen Maßnahmen auf das Infektionsgeschehen auswirkten. So heißt es sowohl in dem Entwurf als auch in den amtlichen Protokollen, daß man bei "Covid-Daten" keinen Rückgang der Zahlen feststellen kann. Insgesamt gebe es jedoch "Hinweise" darauf, daß "die Strategien in die richtige Richtung" gehen würden.

Die RKI-Mitarbeiterin Ute Rexroth, zeigte sich angesichts dieser Aussage aber skeptisch. Sie erklärte intern, daß es äußerst "gewagt" sei, zwischen den Maßnahmen und dem Infektionsverlauf der Pandemie eine "Kausalität herzustellen". Schließlich seien saisonale Effekte auch beim Corona-Virus zu vermuten und man stehe ja ohnehin "am Ende der Grippesaison".

In der Endfassung findet sich diese kritische Bemerkung dann aber plötzlich nicht mehr. Dort heißt es nur noch, daß man den Zusammenhang zwischen Maßnahmen der Regierung und Entwicklung der pandemischen Lage gegenüber der Öffentlichkeit "vorsichtig formulieren" müsse. Rexroth ist bei der Abteilung für Infektionsepidemiologie angegliedert und nach Angabe des RKI für die "Erfassung und Auswertung der nach dem Infektionsschutzgesetz an das RKI zu übermittelnden Daten sowie für deren infektionsepidemiologische Bewertung zuständig."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>**WHO unternimmt ersten Schritt zur massenhaften Impfstoff-Produktion gegen die Vogelgrippe**

Vor kurzem teilte die US-Regierung mit, 176 Millionen Dollar in die Entwicklung eines mRNA-Impfstoffs gegen die Vogelgrippe zu stecken. Jetzt zieht die WHO nach: Ein argentinisches Pharma-Unternehmen wird unterstützt, damit ein mRNA-Präparat schnell weltweit angeboten werden kann.

Von Redaktion

Am Montag hat die WHO mitgeteilt, die Impfstoffentwicklung gegen die Vogelgrippe zu unterstützen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat mit der Unterstützung für die Impfstoffentwicklung gegen die Vogelgrippe begonnen. Am Montag teilte die UN-Körperschaft mit, im Rahmen eines Entwicklungsprogramms das argentinische Unternehmen Sinergium Biotech bei der präklinischen Forschung an mRNA-Präparaten gegen den Virustypen H5N1 zu unterstützen.

Das Entwicklungsprogramm "Zentrum für Technologietransfer von mRNA-Impfstoffen" ist eine von der WHO zu Hochzeiten der Corona-Pandemie 2021 ins Leben gerufene Initiative, die die Impfstoffentwicklung in Entwicklungsländern ermöglichen soll und so "die Welt besser auf die nächste Pandemie vorbereiten soll", heißt es in der Pressemitteilung der WHO.
In diesem Rahmen und mit Unterstützung der UN-Organisation Medicines Patent Pool, die den Zugang zu notwendigen Grundlagen ermöglicht, soll ein bereits von Sinergium entwickelter Impfstoffkandidat auf seine Wirksamkeit untersucht werden.
Sollten sich die Ergebnisse der Untersuchungen als vielversprechend erweisen, möchte die WHO die Entwicklung mit zahlreichen anderen Unternehmen teilen, um so die "Pandemievorbereitungen zu verstärken", erklärte die WHO. Von einer Vogelgrippe-Pandemie kann derweil aber keine Rede sein: H5N1 oder ähnliche Mutationen kursieren derzeit vor allem bei Milchkühen in den USA. Aktuell sind 140 Herden, also einige tausend Tiere betroffen. Alleine in den USA gibt es jedoch über neun Millionen Milchkühe.
Zudem ist eine interpersonelle Übertragung unter Menschen derzeit nicht bekannt. Ansteckungen durch engen Tierkontakt kamen in den vergangenen 20 Jahren zwar in hunderten Fällen vor, verliefen aber ohne weitere menschliche Ansteckungen. Weil die Vogelgrippe ursprünglich bei Geflügel verbreitet war, zeigen sich Wissenschaftler jetzt aber wegen der Ausbreitung bei Kühen besorgt und warnen vor, für den Menschen gefährlichen Mutationen.
Anfang Juli teilte die US-Regierung deshalb mit, 176 Millionen Dollar in die mRNA-Impfstoffentwicklung des während Covid-19 bekanntgewordenen Biotech-Unternehmens Moderna zu investieren. Wie viel finanzielle Mittel die WHO jetzt Sinergium Biotech bereitstellt, ist nicht bekannt. Klar ist aber, daß die WHO damit auf den Zug aufspringt.
"Vogelgrippeviren stellen ein erhöhtes Risiko für die öffentliche Gesundheit wegen ihrer Verbreitung unter Tieren dar und bergen zudem das Risiko einer zukünftigen Pandemie", teilt die WHO weiterhin mit. Mit der Impfstoffentwicklung in Argentinien möchte die WHO nicht nur die Forschung an Präparaten gegen die Vogelgrippe untermauern, sondern auch die geographischen Produktionsmöglichkeiten erhöhen, um Wirkstoffe in so vielen Ländern wie möglich und so schnell wie möglich anbieten zu können.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Jeder 20. Syrer lebt inzwischen in Deutschland**

… Die meisten von ihnen beziehen Sozialleistungen. Und es kommen noch mehr: Seit 2023 sind 140.000 Syrer als Asylbewerber in die Bundesrepublik eingereist.

Von Redaktion

Fünf Prozent aller Syrer leben hier - viele von ihnen werden deutsche Staatsbürger.

Inzwischen lebt fast jeder 20. Syrer in der Bundesrepublik. Rund 972.000 Syrer leben mittlerweile in Deutschland - die Mehrheit von ihnen lebt vom Staat.

Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Zahl der Syrer in Deutschland versechzehnfacht - rund fünf Prozent der syrischen Gesamtbevölkerung leben jetzt hier. Auch im Jahr 2024 ist Syrien das Hauptherkunftsland der Asylbewerber in Deutschland: 37.633 stellten im laufenden Jahr einen Asylantrag, im vergangenen Jahr waren es rund 103.000. Seit Amtsantritt der Ampel-Regierung Ende 2021 sind über 200.000 Syrer als Asylbewerber nach Deutschland gekommen.

Die Anerkennungsquote ist dabei vergleichsweise hoch. Dabei hat ein aktuelles Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster gerade erst festgestellt, daß das Leben von Zivilisten in Syrien nicht mehr ernsthaft bedroht ist.

Der Anteil von Syrern im Sozialsystem ist ebenfalls bemerkenswert hoch: Konkret leben 513.534 vom Bürgergeld, was einem Anteil von rund 52 Prozent der Syrer in Deutschland entspricht. 62.465 weitere Syrer bezogen zuletzt Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das Bürgergeld kostet derzeit knapp 50 Milliarden Euro im Jahr - jeder zweite,

der rund 5,5 Millionen Bezieher hat keine deutsche Staatsangehörigkeit, Tendenz steigend.
Die Statistik wird auch durch Einbürgerungen verzerrt: Viele der Migranten von 2015 und 2016 sind inzwischen lange genug im Land, um eingebürgert zu werden. In diesem Jahr hat Deutschland bereits über 200.000 Menschen eingebürgert, viele davon Syrer.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Anzeige gegen AfD: Linken-Politikerin hält schützendes Dach über Kindern für getarnten Hitlergruß**

Die Linken-Politikerin Anja Kreisel will auf einem Wahlplakat der AfD eine verfassungswidrige Pose entdeckt haben. Auf dem Plakat formen zwei Erwachsene ein "Dach" um symbolisch die Familie zu schützen. Die Linken-Politikerin interpretiert in die Geste jedoch einen versteckten Hitlergruß und erstattete Anzeige. Bei der AfD hält man die Vorwürfe für lächerlich.

Jonas Aston

In Brandenburg wirbt die AfD im Vorfeld der Landtagswahl auf einem Plakat mit dem Slogan: "Wir schützen eure Kinder". Die Kreisvorsitzende der Linken in Frankfurt (Oder), Anja Kreisel, hält dieses Plakat jedoch für strafrechtlich relevant und hat Anzeige erstattet. Grund sei die verfassungswidrige Symbolik, die auf dem Wahlplakat abgebildet werden würden. Das Plakat zeige "zwei Erwachsene in einer Pose, die Assoziationen zu verbotenen Gesten weckt und möglicherweise gegen § 86a StGB verstößt", so Kreisel via Instagram.

Das entsprechende AfD-Plakat, das auf der Plattform X vielfach geteilt wurde, zeigt ein Foto von zwei Erwachsenen, die ihre Arme ausstrecken, sodaß ihre Fingerspitzen in der Mitte zusammentreffen und ein Dach bilden. Unter diesem "Dach" sitzen drei Kinder. Diese Symbolik interpretiert die Linken-Kreisvorsitzende in Frankfurt (Oder) allerdings als Hitlergruß.

Das Plakat, so Kreisel in einem ausführlichen Statement, sei eine "bewußte Provokation, die Grenzen des Akzeptablen weiter auslotet". Außerdem sei es "alarmierend und inakzeptabel, daß rechtspopulistische Kräfte gezielt daran arbeiten, das Image unserer Stadt zu beschädigen", so die Linken-Politikerin.

"Mit solchen Provokationen sabotieren sie nicht nur unser Ansehen, sondern gefährden auch aktiv die Zukunftschancen und das Entwicklungspotential von Frankfurt (Oder)". Abschließend erklärt die Kreisvorsitzende: "Wir müssen uns entschieden gegen diese destruktiven Tendenzen stellen und statt dessen ein Klima fördern, das Fortschritt, Vielfalt und Zusammenhalt in unserer Stadt unterstützt."

Bei der AfD hält man die Vorwürfe von Kreisel für lächerlich und völlig an den Haaren herbeigezogen. Selbstverständlich sei es nicht Ziel gewesen, auf dem Wahlplakat einen versteckten Hitlergruß unterzubringen. Der Vorsitzende der AfD in Frankfurt (Oder), Wilko Möller, erklärte gegenüber t-online: "Wie kann man das besser zeigen als mit einem Dach über dem Kopf, das die Erwachsenen symbolisch mit ihren Armen darstellen, um die Kinder zu schützen".

In Brandenburg wird am 22. September gewählt. Nach aktuellen Umfragen würde die AfD mit 24 Prozent klar stärkste Kraft werden. Auf Platz zwei, drei und vier folgen die SPD, die CDU und das BSW mit 19, 18 beziehungsweise 17 Prozent. Die Linke muß um den Wiedereinzug in den Landtag bangen. Der Insa-Umfrage zufolge steht die Partei bei nur noch 5 Prozent.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Weil er Journalistin "Faschistin" nannte: AfD-Politiker muß 50.000 Euro Strafe zahlen**

Weil ein AfD-Politiker eine politische Spiegel-Journalistin mehrmals eine "Faschistin" nannte, muß er jetzt eine Rekordstrafe zahlen - 50.000 Euro.

Von *Redaktion*

Stephan Brandner, Mitglied des AfD-Bundesvorstands, ist zu einer Rekordstrafe wegen Be-

leidigung verurteilt worden. Er muß ein erhebliches Ordnungsgeld zahlen, da er wiederholt die Spiegel-Journalistin Ann-Katrin Müller beleidigt haben soll. Ein Gericht hatte Brandner bereits zu einer Strafzahlung von 20.000 Euro verurteilt und ihm untersagt, Müller weiterhin als "Faschistin" zu bezeichnen.
Trotz des Verbots wiederholte Brandner die Beleidigung zur Europawahl auf dem Kurznachrichtendienst X. Das Landgericht Berlin entschied daraufhin, daß Brandner die Beleidigung zumindest fahrlässig erneut ausgesprochen habe und verhängte ein zusätzliches Ordnungsgeld von 30.000 Euro. Auch die Verfahrenskosten muß Brandner tragen. "Also 50.000 Euro, das ist eine Rekordsumme, sagen meine Anwälte", freute sich Müller auf X über den Gerichtserfolg.
Brandner und sein Anwalt argumentierten Berichten von Legal Tribune Online zufolge vor Gericht, Müller dürfe "Faschistin" genannt werden, "weil sie selbst den Faschismusvorwurf zur salonfähigen Selbstverständlichkeit gemacht und damit Faschismus verharmlost" habe.
So habe Müller etwa im Jahr 2021 dem Sender Phoenix gesagt, daß es bei einzelnen Funktionären in der AfD faschistische Züge gebe. Sie habe mehrfach ohne oder nur unter fadenscheinigen Begründungen den Faschismusvorwurf gegenüber der AfD erhoben. In der Tat hat Müller die Partei beziehungsweise Vertreter von ihr mit diesem Vorwurf bedacht.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>**"Gegenderte Blähungen": AfD-Politiker gehen essen - Gastronomin verliert die Nerven im Netz**
Eine Gruppe von AfDlern geht essen - bei der Betreiberin des Restaurants sorgt das für Entsetzen. Ihr sei "schlecht" und die AfDler hätten sich "inkognito" eingeschleust, beteuert sie - und leistet eine Ablaß-Spende an eine linksradikale Gruppe.
Max Roland
Am vergangenen Freitag gingen ein paar Menschen in Potsdam essen. Das Problem? Sie waren AfD-Mitglieder. Deswegen führt die halbe Stadt jetzt Betroffenheitsrituale auf - und spendet an linksradikale Gruppen.
Als das Team des Restaurants "Theaterklause" in der brandenburgischen Landeshauptstadt abrechnen wollte, stellte … (man) plötzlich fest, daß es sich bei einer Gruppe gerade bewirteter Personen um Vertreter der rechten Partei handelte. Das führte bei der Betreiberin des Restaurants dazu, daß sie die Nerven verlor. "Das Perso-Essen bleibt uns im Hals stecken. Uns ist ganz schlecht", schreibt Lena Frenkel, die Chefin des Restaurants …
Niemand hätte von diesem Besuch mitbekommen, wenn Frenkel das harmlose Essen nicht zum Politikum gemacht hätte - es wirkt so, als wolle sie sich vorsorgend rechtfertigen. Mit Bildern belegt sie, daß sie den Tischumsatz an das "Zentrum für politische Schönheit", ein linksradikales Künstler-Kollektiv, gespendet hat.
Die AfDler seien "Inkognito" gewesen, beschreibt sie - so, als hätten sich die Personen still und heimlich eingeschleust und seien nicht einfach Essen gegangen. Nur an einem Schlüsselanhänger habe sie die Parteizugehörigkeit erkannt, rechtfertigt sich Frenkel. Allen AfD-Anhängern wünsche man "regenbogenfarbene, gegenderte Blähungen".
Der Post erntet viel politische Zustimmung: Unter anderem erklären mehrere Potsdamer Geschäfte und politische Initiativen, im Angesichts der rechten Umtriebe in ihrer Stadt auch Spenden an das "Zentrum für politische Schönheit" leisten zu wollen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>Solarkraft: Die brisante Blackout-Warnung der Stromnetzbetreiber
Max Roland
Unkontrollierte Energiewende: Auf Betreiben des Staates schaffen immer mehr Menschen sich private Solaranlagen an. Das bedroht jetzt die deutsche Netzstabilität, warnen Experten und Verbände.

Experten und Netzbetreiber warnen vor einer neuen Blackout-Gefahr in Deutschland. Grund dafür ist die Solarenergie - genauer gesagt die privaten Photovoltaik-Anlagen auf vielen Dächern.
Seit über zehn Jahren propagiert der deutsche Staat die privaten PV-Anlagen: Mit umfangreichen Förderungen und Einspeisevergütungen sollen Menschen animiert werden, sich Solarpanele zu kaufen und die Energiewende quasi aufs eigene Dach zu bringen. Mit Erfolg - zu viel Erfolg, wie jetzt gewarnt wird. Es droht eine Überlastung der deutschen Stromnetze.
Der Zubau neuer Solarkapazitäten in Deutschland hat rasant an Fahrt aufgenommen. Allein 2023 stieg die Zahl der ans Netz angeschlossenen Photovoltaik-Anlagen um 30 Prozent auf 3,4 Millionen Stück, teilte das Statistische Bundesamt am Montag mit. Das bringt die Netzstabilität an ihre Grenzen. "Wenn der Zubau einfach ungebremst weitergeht, steigt die Gefahr, daß es zu instabilen Netzsituationen kommt", warnt etwa Maik Render, Chef des Regionalversorgers N-Ergie, laut Handelsblatt.
Auch der Verband Kommunaler Unternehmen, der unter anderem viele lokale Kraftwerksbetreiber wie Stadtwerke vertritt, warnt vor lokalen Stromausfällen. Betroffen seien dabei vor allem Regionen im Süden und Südwesten, wo der Boom von Solaranlagen auf Privathausdächern schon seit einigen Jahren anhält und die Sonneneinstrahlung tendenziell deutlich höher ist als im Norden. Insbesondere der Südwesten gilt als Region mit den meisten Sonnenstunden.
Wegen der deutschen Energiepolitik ist das hiesige Stromnetz schon seit geraumer Zeit schwer belastet - Tendenz steigend. Bundesweit sind die Stromnetze in ihrem jetzigen Zustand nicht für die Ziele der Ampel-Koalition ausgelegt. Die will unter anderem 500.0000 Wärmepumpen pro Jahr, genauso wie deutlich mehr E-Autos und entsprechende Ladestationen. Der Netzausbau kommt trotz Milliardeninvestitionen von Konzernen wie E.ON aber nur schleppend voran.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.383/…):
>>**DIW: Wegfall der Mütterrente würde Armutsrisiko steigern**
Fiele die vor zehn Jahren eingeführte Mütterrente wieder weg, würde die Armutsrisikoquote der Rentnerinnen von 19,4 auf 22,3 Prozent steigen. Das zeigt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) auf Basis von Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP). Demnach könnte die Bundesregierung jährlich zwar rund 14 Milliarden Euro sparen. Fast neun Millionen Rentnerinnen, die vor 1992 Kinder geboren haben, würden aber durchschnittlich 107 Euro im Monat fehlen.
Besonders betroffen wären es Frauen aus den unteren Einkommensgruppen, Frauen mit mehr als drei Kindern und geschiedene Frauen. Rentnerinnen mit mehr als vier Kindern hätten im Schnitt sogar Einkommenseinbußen von rund 15 Prozent, fiele die Mütterrente weg. "Die Mütterrente rückgängig zu machen ist nicht nur rechtlich fragwürdig, es hätte auch finanziell erhebliche negative Folgen", sagte Studienautorin Annica Gehlen aus der Abteilung Staat des DIW Berlin.
Die unteren Einkommensgruppen würden im Verhältnis deutlich stärker durch einen Wegfall der Mütterrente belastet als die oberen Einkommensgruppen. Die ärmsten 20 Prozent würden über gut acht Prozent weniger Einkommen verfügen. Bei den reichsten 20 Prozent wären es hingegen nur gut ein Prozent weniger Einkommen.
"Die Mütterrente mildert einige Ungleichheiten ab, die vor allem aufgrund von Kindererziehung während der Erwerbsphase entstanden sind", sagte Gehlen. "Vor allem in Westdeutschland haben die heutigen Rentnerinnen mit der Geburt ihrer Kinder häufig ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen und später weniger am Erwerbsleben teilgenommen als nachfolgende Generationen."
Entsprechend hoch ist auch der geschlechtsspezifische Unterschied bei den Renten (Gender

Pension Gap). Mit Abschaffung der Mütterrente würde er von derzeit 32 auf 39 Prozent erheblich steigen, also um gut 20 Prozent. "Sicherlich ließe sich kurzfristig mit der Abschaffung der Mütterrente Geld sparen. Langfristig sinnvoller wäre es, Ungleichheit und Altersarmutsrisiken schon während der Erwerbsphase anzugehen", regte Johannes Geyer, stellvertretender Leiter der Abteilung Staat beim DIW, an.
Dazu müßten gezielt Maßnahmen für eine höhere Frauenerwerbstätigkeit und eine Stärkung der partnerschaftlichen Aufteilung der Sorgearbeit ergriffen werden. Konkret hieße das, die Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur auszubauen sowie die Anreize im Steuersystem durch eine Reform des Ehegattensplittings und der Minijobs zu verbessern, so das DIW.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.383/…):
>>**49 Prozent der Deutschen sind gegen Stationierung von US-Raketen**
Angesichts der neuen Bedrohungslage in Europa wollen die USA ab 2026 neue Waffen wie Marschflugkörper und Raketen mit größerer Reichweite in Deutschland stationieren, um Rußland von einem möglichen Angriff auf ein Nato-Mitglied abzuschrecken.
Laut Trendbarometer im Auftrag der Sender RTL und ntv findet nur eine Minderheit der Deutschen, nämlich 45 Prozent diese Entscheidung richtig. Etwas mehr Befragte (49 Prozent) halten das für falsch. Besonders große ist die Ablehnung bei den Ostdeutschen mit 74 Prozent, sowie unter den Anhänger der AfD (79 Prozent) und des BSW (85 Prozent). Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hat für das RTL/ntv-Trendbarometer am 25. und 26. Juli 2024 1.002 Personen befragt.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.385/…):
>>**Das offengelegte Staatsverbrechen - Prof. Homburg zu den geleakten RKI-Protokollen**
Herbert Ludwig
Die geleakten RKI-Protokolle beweisen klipp und klar, daß die Corona-Krise kein medizinischer Notstand war, sondern eine bewußte Inszenierung der Politik - ein ungeheuerliches Staatsverbrechen.
In seinem neuesten Hintergrund-Video rückt Prof. Homburg exemplarisch drei sehr wesentliche Vorgänge ins Licht: den infamen Schwindel mit der "Pandemie der Ungeimpften", das Verhältnis von RKI und Politik, abhängiger Wissenschaft und Staat, und die Lügen und Täuschungen um die Impfung. Er macht deutlich, daß es auch um bisher unbekannte informative E-Mails und Dokumente geht und klärt einige kritische Fragen zu den Veröffentlichungen der Unterlagen, die ein Whistleblower einer freien Journalistin zugespielt hat. (hl)
von Prof. *Stefan Homburg*
Derzeit wird in den sozialen Medien aber auch im Fernsehen und in den Zeitungen intensiv über einen Whistleblower diskutiert, der riesige Datenmengen aus dem Robert Koch Institut RKI abgezogen hat. Auch Medien die, die Corona-Politik ansonsten strikt verteidigt haben, berichten nun und sind offenbar hellhörig geworden. Dazu gehören ARD, ZDF, der Bayerische Rundfunk oder die ZEIT.
Diese Sendung soll ihnen verdeutlichen, worum es eigentlich geht. Und dem Motto entsprechend will ich etwas zum Hintergrund dieses Leaks sagen. Beim Whistleblower handelt es sich um einen ehemaligen Mitarbeiter des RKI, den sein Gewissen plagte, und der nicht länger akzeptieren wollte, wie die Politik die Öffentlichkeit jahrelang beschwindelt hat. Deshalb gab er rund 10 Gigabyte Daten an die Journalistin Aya Velazquez.
Mit ihr und dem weiteren Journalisten Bastian Barucker arbeite ich in dieser Sache zusammen. Der Whistleblower zog die Daten vom RKI über einen längeren Zeitraum ab, damit es nicht auffällt, und zwar aus dem RKI-Archiv, weil Zugriffe darauf nicht getrackt werden, das heißt, es wird nicht festgehalten, welche Person zu welchem Zeitpunkt darauf zugreift. Dies war die einzige Möglichkeit, anonym an diese Daten zu gelangen.

Wir erhielten die Daten vom Whistleblower scheibchenweise und konnten große Teile davon vorab analysieren. Die letzte Lieferung kam in der Nacht vom 22. auf den 23. Juli dieses Jahres und direkt am 23. Juli gaben wir 10 Uhr morgens in Berlin eine Pressekonferenz und stellten alle Daten sofort der Öffentlichkeit zur Verfügung.
Durch die vollständige Veröffentlichung schon vor der Pressekonferenz wollten wir uns gegen Hausdurchsuchung und Festnahmen schützen und es zugleich der Öffentlichkeit, also dem Schwarm ermöglichen, in der riesigen Datenmenge nach wichtigen Stellen zu suchen. Vorsichtshalber hat keiner von uns nach der Pressekonferenz in seiner jeweiligen Wohnung geschlafen. Man weiß heutzutage ja nie.
Unser Fund besteht inhaltlich aus drei Teilen:
den Sitzungsprotokollen des RKI-Krisenstabs und zwar vollständig und ungeschwärzt. Dieser Teil ist wertvoll, weil sich die laufende Klage des Journalisten Paul Schreyer nur auf die Protokolle bis April 21 bezieht, während wir nun alle Protokolle bis Juni 2023 haben. Damals wurde der Krisenstab dann aufgelöst;
haben wir den gesamten E-Mailverkehr des RKI zum Thema Corona; und
erhielten wir umfangreiches Zusatzmaterial wie Tabellen, Briefe, Excel-Sheets und andere Dokumente.
Wie gesagt, insgesamt rund 10 Gigabyte.
Was haben wir nun inhaltlich gefunden. Man könnte hierüber stundenlange Sendungen drehen. Auf X und in anderen sozialen Medien veröffentlichen wir und Andere Unmengen an Material. In dieser einführenden Sendung beschränke ich mich auf drei Beispiele, die besonders wichtig sind und die zeigen, daß der Fund große Bedeutung hat und die Öffentlichkeit wahrscheinlich über Jahre beschäftigen wird.
1. Am meisten Resonanz fand bisher der Schwindel von einer Pandemie der Ungeimpften. Damit wurden nicht nur Millionen Menschen ausgegrenzt und diskriminiert, es wurde auch ein Impfzwang durch berufsbezogene Impflichten 3G und 2G darauf aufgebaut. Daß Politiker wie Spahn und Lauterbach die Öffentlichkeit damit getäuscht haben, beweist das geleakte RKI-Protokoll vom 5. November 2021, das ich hier als Faksimile zeige und kurz vorlese:
"In den Medien wird von einer Pandemie der Ungeimpften gesprochen. Aus fachlicher Sicht nicht korrekt, Gesamtbevölkerung trägt bei. Soll das in der Kommunikation aufgegriffen werden?"
Und unten die Antwort:
"Das sagte Minister bei jeder Pressekonferenz, vermutlich bewußt, kann eher nicht korrigiert werden."
Sie sehen, daß die Fachleute den Begriff für irreführend halten, sich aber nicht trauen, das offen zu sagen.
Der Slogan "pandemic of the unvaccinated" wurde übrigens in den USA erfunden und von US-Präsident Joe Biden als erstem Prominenten verwendet. Er verbreitete sich dann weltweit und wurde hierzulande als Pandemie der Ungeimpften eingedeutscht.
2. Mein zweites Beispiel betrifft das Verhältnis von RKI und Politik. Die deutsche Öffentlichkeit wurde jahrelang im Glauben gehalten, daß das RKI die Politik wissenschaftlich berate und unsere Regierung sachgerechte Entscheidungen auf Grundlage einer evidenzbasierten Medizin treffe. Diese Vorstellung wird in den Protokollen dutzendfach widerlegt.
In Wahrheit war es so, daß Politiker sachfremde Entscheidungen trafen und das RKI als untergeordnete Behörde zwangen, diese umzusetzen und zu kommunizieren. Das betrifft vor allem die zentrale Stellschraube der Pandemie, nämlich die sogenannte Risikobewertung. Lange schien es so, als hingen unsere Freiheit und unser Leben von der Risikobewertung durch das RKI ab. In Wahrheit diktierte das Ministerium dem RKI die jeweils gewünschte Risikostufe, um eine Rechtfertigung für Schulschließungen, Ausgangssperren usw. zu haben.

Ich zitiere hierzu aus mehreren Protokollen zusammengefaßt:
16. März 2020: Am Wochenende wurde eine neue Risikobewertung vorbereitet. Es soll diese Woche hochskaliert werden.
12. Juni 2020: Holtherm, ein General im Bundesgesundheitsministerium, hat am Dienstagabend entschieden, daß die Risikobewertung in der nächsten Woche nicht verändert werden soll.
29. Juni 2020: Immer noch hohes Risiko, Vorgabe vom Ministerium. Bis 1. Juli wird nichts daran geändert.
20. Juli 2020: Das RKI darf Risikobewertung nach BMG nun herunterstufen.
25. Februar 2022: Reduzierung des Risikos von sehr hoch auf hoch wurde vom BMG abgelehnt.
Und dann etwas kurios:
26. April 2023: Der Minister hat Anfang April die Pandemie für beendet erklärt. Es könnte überlegt werden, die Risikobewertung auf niedrig zu setzen.
Was viele Kritiker die ganze Zeit sagten, nämlich daß die Corona-Krise kein medizinischer Notstand war, sondern eine politische Inszenierung, ist nun klipp und klar erwiesen.
Andere Protokolle, die ich auf X, früher Twitter veröffentlicht habe, zeigen, wie das RKI über eine rekordniedrige Klinikbelegung räsonierte, über eine normale Zahl an Erkältungen und Todesfällen, während es nach außen hin den Katastrophenfall ausrufen und historisch beispiellose Grundrechts-Einschränkungen verteidigen mußte.
3. Das dritte und letzte Beispiel betrifft die Impfungen und ist für mich in vieler Hinsicht das schlimmste, weil es hierbei nicht nur um Freiheitsverluste geht, sondern um Leben und Gesundheit. Kurz nach Beginn der Impfung 2021 erhielt das RKI alarmierende Information zu AstraZeneca, einem Impfstoff, der später abgesetzt wurde und längst vom Markt verschwunden ist, aufgrund seiner Gefährlichkeit.
Ich zitiere hierzu (wird eingeblendet):
19.3.2021: AstraZeneca: Viel Aufregung generell.
- Jetzt 12 Fälle mit Sinusvenen-Thrombosen, alle nach Impfung.
- Paul-Ehrlich-Institut hatte am Montag 1.600 Meldungen.
- PEI und die Pharmakovigilanzstellen (der Länder, die die Impfschäden aufnehmen) kommen nicht gut hinterher (mit den Meldungen).
- Norwegen setzt Impfung bis auf weiteres aus.
Und zwei Wochen später:
- Sinusthrombosen als Nebenwirkung des AstraZeneca-Impfstoffs
- Inzwischen sind auch vermehrt Männer davon betroffen
- Damit gibt es auch bei Männern (bei Frauen ohnehin) eine 20fach erhöhte Inzidenz von Sinusvenen-Thrombosen im Vergleich zur Hintergrundinzidenz.
Das bedeutet, das Risiko, diese gefährliche Gehirnerkrankung zu bekommen, die zu Schlaganfällen, Schädelöffnung und Tod führen kann, war 20mal so hoch für die, die mit AstraZeneca geimpft wurden, wie für die Ungeimpften.
Hat das RKI aufgrund dieser Erkenntnisse, die in mehreren Sitzungen diskutiert wurden, die Öffentlichkeit gewarnt? - Nein, in keiner Weise, es hat diese Informationen für sich behalten und weiterhin alle Impfungen propagiert.
Schlimmer noch ist, daß in Pressemitteilungen und Zeitungsberichten, die dieser Sitzung folgten, Meldungen erschienen, mit denen die Menschen überredet werden sollten, sich mit AstraZeneca impfen zu lassen, obwohl man dessen Gefährlichkeit erkannt hatte.
Schauen Sie mal hier (Einblendungen):
Spahn mit AstraZeneca geimpft
Lauterbach mit AstraZeneca geimpft

Merkel und Scholz ebenfalls, dabei liegt sogar der private Impfausweis von Frau Merkel.
Und als Krönung Pressemitteilung des Bundespräsidialamts:
Bundespräsident Steinmeier mit AstraZeneca geimpft.
Zum Schluß der Sendung möchte ich fragen, ob Sie sich erinnern, was damals passierte, als Julian Assange die Wikileaks veröffentlichte, die natürlich noch bedeutender sind als das RKI-Leake.
Es wurde erst die Echtheit des Materials in Zweifel gezogen, es wurde Skepsis gesät. Denn es ging darum, daß diese Wikileaks zeigten, daß US-Militärs unter anderem arabische Zivilisten ermordeten.
Auf Dauer nutzte das Leugnen aber nichts mehr.
In unserem Fall waren die Reaktionen für uns durchaus überraschend. Politiker wie Lauterbach schwiegen, das RKI sagte sofort, daß es keinen Hinweis auf Fälschung in unserem Material gebe.
Kein Wunder, Aya Velazquez hat in ihrem ersten Tweet dazu ein Foto der Schlußfeier des RKI-Krisenstabs veröffentlicht. Das ist das letzte Dokument in dieser Datensammlung. Das RKI erkannte sofort, wer dieses Foto hat, hat alles. Das Foto finden Sie übrigens auch im Vorschaubild zu meiner heutigen Sendung.
Vehemente Kritik gab es aber auf Telegram und Youtube, wobei man uns unterstellte, wir hätten geschöntes Material publiziert. Sah das, was ich ihnen eben gezeigt habe, geschönt aus? Ich denke, schlimmer geht's nimmer, es übersteigt jede Fantasie.
Manche sagten, wir hätten zu früh veröffentlicht, andere meinten zu spät, Dritte kritisierten die Frisur von Herrn Barucker, meine Kleidung oder griffen Frau Velazquez an. Sie drehten stundenlange Videos, die Interessierte eigentlich nur davon abhielten, sich mal mit dem Inhalt der RKI-Leaks zu beschäftigen.
Aber es gab auch zwei ernsthafte Fragen:
Warum haben wir die zunächst gelieferten Protokolle nicht sofort herausgegeben. Klar, dann wäre das Leak sicher gestopft worden, bevor alle Daten abgeflossen waren. Im Nachhinein zeigt sich aber, daß im E-Mail-Verkehr und in dem Zusatzmaterial, von dessen Existenz wir gar nichts gewußt haben, sehr interessante Informationen sind, die auch von niemandem herausgeklagt worden wären, weil man nichts davon wußte.
Wurde gefragt: Was hat es mit den unterschiedlichen Versionen mancher Protokolle auf sich. Wir wissen auch nicht, warum wenige Protokolle später bearbeitet wurden. Entscheidend ist aber, daß sich die Versionen nur unwesentlich unterscheiden. In keinem Fall wirkt es so, als hätte das RKI etwas Skandalöses unterdrücken oder irgend etwas beschönigen wollen. Es sind mehr redaktionelle Änderungen. Und die unterschiedlichen Protokollversionen halte ich auch für eine falsche Fährte.
Bei der Frage, warum wir aus dem eigenen Lager gewissermaßen so massiv angegriffen wurden und Zweifel gesät wurden, erinnere ich an ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum NPD- Verbotsverfahren. Vor 20 Jahren hat das Bundesverfassungsgericht ein Verbot der NPD abgelehnt, weil es nicht feststellen konnte, wie viele V-Leute des Staates und wie viele echte Radikale in der NPD waren.
Auch in der Corona-Krise wimmelt es meines Erachtens von V-Leuten, die sich immer als Aufklärer geben, solange es harmlos bleibt und nur geschwätzt wird, aber dann ihre Krallen ausfahren, wenn tatsächlich dem Staat Gefahr droht, sei es durch große Demonstrationen, sei es durch diese RKI-Leaks. Wie können Sie sich selber ein Bild davon machen? Ganz einfach, klicken Sie vor allem den ersten Link an, den ich Ihnen im Abspannen und auf YouTube in der Videobeschreibung zeige. Dort finden Sie sehr viel Wichtiges und valides Material.
Und was folgt nun aus allem?
Aus alledem folgt, daß der Bundestag nach der Sommerpause einen Untersuchungsausschuß

einsetzen muß, der gerichtliche Befugnisse hat und Zeugen zu all diesen Vorgängen befragen kann.
Nur so kann die Politik meines Erachtens Vertrauen wiedergewinnen. Sie sollte nicht in Versuchung geraten, die Aufarbeitung dieses Skandals durch Enquete-Kommissionen oder gar Bürgerräte zu torpedieren.<<
Italien: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.386/…): >>**Herbe Niederlage für Gender-Ideologie: Italienisches Verfassungsgericht verneint Kategorie "nicht-binärer" Menschen**
Redaktion
Das italienische Verfassungsgericht hat in einem richtungsweisenden Urteil entschieden, daß eine angebliche "nicht-binäre" Geschlechtsidentität, also weder männlich noch weiblich, rechtlich nicht anzuerkennen sei. Das Verfassungsgericht wies darauf hin, daß das italienische Recht "das Prinzip der Übereinstimmung zwischen Name und Geschlecht festlegt." Medien in Italien wie LaRepublicca und das Portal IlSole24Ore hatten darüber berichtet.
Dem Urteil vorausgegangen war ein Antrag einer Transperson vor dem Landgericht Bozen. Diese Frau transitionierte zum männlichen Geschlecht - und wollte in ihrer Geburtsurkunde den Personenstand von "weiblich" zu "divers" ändern.
"Unvereinbar mit dem italienischen Rechts- und Gesellschaftssystem"
Dies sei nicht möglich, urteilte nun das Gericht. In seiner Begründung betonte die Justiz, daß die binäre Natur der menschlichen Sexualität von Mann und Frau die verschiedensten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens prägt, etwa das Familienrecht, Arbeitsrecht, den Sport und den Zivilstand. Eine rechtliche Anerkennung eines angeblichen dritten, nicht-binären Geschlechts würde daher das gesamte italienische Rechts- und Gesellschaftssystem in einer Weise stören, die mit den Befugnissen und Zuständigkeiten des Verfassungsgerichts oder eines jeden Richters unvereinbar ist.
Antonio Brandi, Präsident der Organisation Pro Vita e Famiglia Onlus, teilte mit, daß das Gericht mit dem Urteil der Einschätzung der Organisation folge, die davor gewarnt hatte, daß es Schülern erlaubt war, "Namen und Personenstand zu ändern, um ihm das dem eigenen entgegengesetzten Geschlecht zu wählen". Dies geschehe oft ohne klinische Diagnose von Geschlechtsdysphorie.
Auch Non-Binarität - also das angeblich sich nicht zugehörig fühlen zu den Geschlechtern "männlich" oder "weiblich" - falle in diese Kategorie. Brandi warnte vor der Ausbreitung des "gefährlichen Phänomens", das in tausenden Minderjährigen den absurden Glauben verstärkt, "im falschen Körper geboren" zu sein.
Dieses Urteil des italienischen Verfassungsgerichts markiert einen bedeutenden Rückschlag für die Befürworter der Gender-Ideologie in Italien und stellt klar, daß ohne legislative Veränderungen keine rechtliche Anerkennung von nicht-binären Identitäten möglich ist.
Die Debatte über Geschlechtsidentitäten und deren rechtliche Anerkennung bleibt somit in Italien weiterhin ein heiß diskutiertes Thema.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29938" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.379/…): >>**Verbot von Compact: Ein ungeheurer Angriff auf die Pressefreiheit**
Interview mit *Joachim Steinhöfel*
Moderator: Ich begrüße zu unserem heutigen Gespräch Joachim Steinhöfel, sicherlich einer der bekanntesten und erfolgreichsten Medienanwälte Deutschlands. Es geht um die Tatsache, daß die Innenministerin Nancy Faeser die Zeitschrift Compact und den Verlag hat verbieten lassen und gleichzeitig Hausdurchsuchungen in der Redaktion und Privaträumen veranstaltet hat.
Joachim Steinhöfel: Da muß man zusammenstehen, egal um was es geht, und hier ist es natürlich wirklich ein Magazin, wo keiner sagt: "Ja wow, ich lese gern Compact - große Schweine-

rei.", sondern das, was da steht, ist in der Tat, soweit ich das verfolgt habe, höchst unappetitlich und widerlich, aber das ist egal. Es bewegt sich, soweit ich das beurteilen kann, fast vollkommen im Rahmen der Grundrechte. Dann darf man das schreiben und wenn man sagt, die Grundrechte gelten nur für die, die das Richtige schreiben, dann können wir sie auch gleich in die Tonne treten.
Also, Antwort: Jeder sollte hier nach eigener Prüfung dessen, was Grundlage dieses Verbotes ist, nur was die Publikationen angeht mit dem üblichen Dispens –ja ja, ganz schlimm, ganz schrecklich - habe ich ja auch gemacht - aber man darf das sagen. Und was die Ministerin hier tut, sie ist die eigentliche - sie ist eine größere Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung, Frau Faeser, als dieses Magazin.
Ich habe mir einfach eine kurze Passage aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die noch nicht sehr alt ist - aus 2018 - ausgedruckt und die lese ich jetzt mal vor. Das habe ich ja schon so häufig getan in diesem Interview. Da steht das eigentlich knallhart drin, was man darf:
Die mögliche Konfrontation mit beunruhigenden Meinungen, auch wenn sie in ihrer gedanklichen Konsequenz gefährlich und selbst wenn sie auf eine prinzipielle Umwälzung der geltenden Ordnung gerichtet sind, gehört zum freiheitlichen Staat. Der Schutz vor einer Vergiftung des geistigen Klimas ist ebenso wenig ein Eingriffsgrund wie der Schutz der Bevölkerung vor einer Kränkung ihres Rechtsbewußtseins durch totalitäre Ideologien oder eine offenkundig falsche Interpretation der Geschichte.
Eine Verharmlosung des Nationalsozialismus als Ideologie, oder eine anstößige Geschichtsinterpretation dieser Zeit allein, begründen eine Strafbarkeit nicht. Sagt das Bundesverfassungsgericht.<<
Frankreich: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.398/…): >>**Olympia wird zum Fest spießiger Heuchelei**
Das Eröffnungsspektakel zeigt, wie Großereignisse und öffentlich-rechtliche Medien immer ungenierter zum Resonanzboden "woker" Ideologie werden
Holger Fuß
Sobald wir unter Menschen sind, beginnen wir zu lügen. Das hat schon Nietzsche 1873 festgestellt: "Soweit das Individuum sich gegenüber andern Individuen erhalten will, benutzt es in einem natürlichen Zustand der Dinge den Intellekt zumeist nur zur Verstellung." Auch nach 150 Jahren hat dieser Befund nichts an Frische eingebüßt. Im Gegenteil. Tag für Tag werden in ungebrochener Munterkeit die Nachrichtenkanäle mit immer neuen Fiktionen geflutet - und alle jene, denen das Gefühl, ausgegrenzt zu sein, zuwider ist, müssen diese als unhinterfragbare Wahrheiten anerkennen. Oder sie flüchten lieber gleich in den warmen Schoß der Heuchelei.
Zu den etablierten Lügen und Fiktionen gehören auch die Definitionen des Gemeinschaftslebens. Hierzu hat Thomas Jolly, künstlerischer Leiter der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Paris, gerade eine Formulierung von anmutiger Schlichtheit überliefert: "Vielfalt bedeutet, zusammen zu sein."
Womöglich wähnt der 42-jährige Theatermann seinen Ausspruch in ähnlich weisheitlicher Flughöhe wie "Liebe deinen Nächsten wie dich selbst", weshalb er denn auch bei der Inszenierung des vierstündigen Spektakels am vergangenen Freitag keine Scheu hatte, sich an biblische Motive heranzutrauen und damit an die Grundlagen des abendländischen Selbstverständnisses. Weil aber Jollys Diktum nichts als leere Phrase ist, konnte er mit dem Anspruch, unser Zusammenleben zeitgemäß zu bebildern, nur scheitern.
Endlos wurde während der Eröffnungsfeier das übliche Arsenal postmoderner Stereotypen abgefeuert: Männer in Kleidern und Strumpfhosen, Dragqueens beim Paarungstanz und freischwingende Geschlechtsteile. Seniorenmodels knutschten einander ab und auf dem roten

Teppich sogar zwei Männer. Allenthalben war so sehr das Bemühen zu spüren, Tabus zu brechen und Haltung zu zeigen, daß es schon wieder spießig wirkte. In westlichen Ländern lokken fummelnde Rentner und züngelnde Männer niemanden mehr hinter dem Ofen hervor. Dafür wurden in anderen Ländern der Welt ganze Teile der Show ob ihrer Obszönitäten gar nicht erst ausgestrahlt.
Anstoß erregte indes eine Art queere Neuinterpretation des Abendmahls, wie es Leonardo da Vinci in seinem Gemälde verewigte. Statt des Heilands am Vorabend der Kreuzigung thronte in Paris eine dicke Frau in blauem Kleid und Strahlenkranz auf dem Kopf inmitten der Tafel. Die Darstellerin postete bei Instagram als Konzept ihres Auftritts: "Oh yes! Oh yes! The New Gay Testament!"
Sie war umringt von den Jüngern in Gestalt freakiger Figuren, Frauen mit Bärten, halbnackter Jünglinge, alles milieukonform transsexuell durchtönt. Davor rekelte sich fast unbekleidet und blau bepinselt der Liedermacher Philippe Katerine, der die Nacktheit besang und sie allen Menschen anempfahl, weil sie dann keine Revolver tragen könnten.

Hofnarren der liberalen Demokratie

Die Armseligkeit dieser vorgetäuschten künstlerischen Provokation wird deutlich, wenn wir uns vorstellen, daß die Zeitgeist-Opportunisten es niemals gewagt hätten, den Propheten des Islam in solcher Weise durch den Kakao zu ziehen. Dabei hätte die Schwulen-Community an der Lehre Mohammeds ungleich mehr zu beanstanden als am Christentum. Queer lebende Menschen landen in islamischen Ländern im Gefängnis oder beim Scharfrichter.
Doch so was benennen diese theatralischen Pausenclowns lieber nicht. Statt dessen entfachen sie gratismutige Strohfeuer in den Komfortzonen westlicher Kunstfreiheit, simulieren kritisches Bewußtsein, provozieren gegen längst überwundene Denkschablonen und reden der demokratischen Obrigkeit doch nur nach dem Munde, um staatliche Zuschüsse abzugreifen. In ihrem Einerlei "woker" Vielfalt sind sie die Hofnarren der liberalen Demokratie.
Was aber wären diese Hampelmännchen ohne ihre Geschwister in den Medien, die diese politischen Korrektheiten verbreiten? Allen voran unsere Öffentlich-Rechtlichen, die sich mit ihrem Gouvernanten-Sound journalistisch zunehmend entbehrlich machen.
In einer "heute-Sendung" über die Pariser Eröffnungsveranstaltung lieferte das ZDF ein unrühmliches Beispiel für kratzfüßige Berichterstattung: "Die Anlehnung an das Abendmahl überschreitet bewußt Grenzen", meldete Korrespondentin Anne Arend nach Mainz. "Ebenso das Tableau der geköpften Königin Marie Antoinette. Eine Hommage an die Französische Revolution. Brutal, laut und heavy." So werden hier gleich zwei Geschmacklosigkeiten im Eilverfahren beschönigt.
Wie sehr dieser Wahnsinn Methode hat, zeigte Tage zuvor schon "heute-Moderator" Mitri Sirin: "Er wolle die USA wieder einen, hatte Donald Trump gesagt, kurz nach dem mißglückten Attentat auf ihn." Zweifellos kann es sich hier um eine sprachliche Schludrigkeit handeln, die schon mal passiert. Gleichwohl ist auch eine unterschwellige Kumpanei mit Trump-Gegnern herauszuspüren, die in den Tagen nach den Schüssen ihr Bedauern äußerten, daß eine Kugel nur die Ohrmuschel des Ex-Präsidenten erwischt hat.
Jede Stunde der Heuchler hat auch nur ihre 60 Minuten. Als Kamala Harris nach Bidens Kandidatur-Rücktritt zur neuen Präsidentschaftskandidatin der US-Demokraten ausgerufen wurde, schlug für manche linksliberalen Journalisten denn auch die Stunde der Wahrheit. Die "Süddeutsche Zeitung" titelte über die Kandidatin: "Leuchtet da jemand von innen?"
Noch ungehemmter verliebt gebärdete sich WDR-Korrespondentin Katrin Brand in den "Tagesthemen": "Wenn Kamala Harris lacht, verzieht sie nicht nur den Mund, sie röhrt, sie gluckst, sie läßt das Lachen aus dem Bauch aufsteigen bis in ihre Augen. Sie läßt ihr ganzes Gesicht strahlen und ihren Körper beben.
Ich finde das ansteckend. Die Republikaner nicht."

Vielleicht sollte sich der Fernsehrat mit Brands Kommentar befassen. Allerdings ist er auch nur modellhaft für den Zustand eines Analyse-resistenten Stimmungsjournalismus hierzulande.<<

Iran: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Politischer Führer der Hamas in Teheran getötet**

Der politische Führer der Hamas, Ismail Haniyeh, wurde offenbar während eines Besuchs im Iran getötet. Die Hamas bestätigte seinen Tod und gab an, Haniyeh sei bei einem israelischen "Angriff" ums Leben gekommen. Israel bestätigte dies bislang nicht.

Von Redaktion

Der im Exil lebende politische Führer der Hamas, Ismail Haniyeh, wurde offenbar infolge eines israelischen Angriffs getötet. Das teilte das iranische Staatsfernsehen unter Berufung auf die Islamische Revolutionsgarde am Mittwoch mit. Auch die Hamas hat den Tod des Politikchefs, der sich seit 2019 überwiegend in der Türkei oder Katar aufhielt, bestätigt.

Die Terrororganisation gab an, Haniyeh sei zur Ernennung des neuen iranischen Präsidenten, Massud Peseschkian, in Irans Hauptstadt Teheran gewesen und bei einem "Angriff" Israels ums Leben gekommen. Die israelischen Behörden haben die Darstellungen der Hamas derzeit noch nicht bestätigt, auf X hat der offizielle Staatskanal aber bereits eine Meldung über Haniyehs Tod geteilt.

Man würde generell nicht auf ausländische Medienberichte reagieren, hieß es seitens der israelischen Streitkräfte. Wann genau der Angriff auf Haniyeh erfolgte, ist derzeit unklar. Peseschkian war am Dienstag zum neuen Präsidenten vereidigt worden. Haniyeh war in diesem Zusammenhang noch auf Fotos mit hochrangigen iranischen Politikern zu sehen. Laut der Islamischen Revolutionsgarde soll es am frühen Mittwochmorgen zu den Angriffen gekommen sein.

Im April sollen laut der Hamas bereits einige Nachkommen des 62-Jährigen ums Leben gekommen sein. Infolge eines israelischen Militärschlags sollen drei Söhne und vier Enkelkinder getötet worden sein. Bestätigt wurden diese Behauptungen bislang nicht. Bei neuerlichen Angriffen kam jetzt nicht nur Haniyeh selbst ums Leben, auch ein Leibwächter soll getötet worden sein.

Haniyeh war seit 2017 einer der wichtigsten Führungspersonen der Hamas und als im Ausland lebender politischer Führer ausschlaggebend für die Vernetzung der Terrororganisation in anderen Staaten. Seit 2018 wurde er von den USA als globaler Terrorist eingestuft. Infolge des brutalen Überfalls der Hamas auf Israel am 7. Oktober hatten israelische Befehlshaber angekündigt, Haniyeh ins Visier zu nehmen.

Es ist der zweite erfolgreiche Schlag binnen Stunden. Am Dienstagabend war bereits Hisbollah-Kommandeur Fuad Shukr infolge eines israelischen Luftschlags in der Nähe der libanesischen Hauptstadt Beirut getötet worden. Zuvor war der Konflikt zwischen der iranischen Hisbollah und Israel immer weiter eskaliert. Fuad Shukr soll für einen Angriff der Terrormiliz auf Israel in den Golanhöhen verantwortlich gewesen sein, bei dem mindestens elf Menschen - viele davon Kinder - ums Leben kamen und weitere 19 Menschen verletzt wurden.

Bereits im Januar hat Israel zudem einen weiteren Hamas-Führer in Beirut eliminiert. Saleh Al Arouri leitete bis dahin das politische Büro der Terrororganisation und gilt als Mitgründer der Qassam-Brigaden, die maßgeblich an dem brutalen Überfall der Hamas auf israelische Zivilisten am 7. Oktober 2023 beteiligt waren.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2024 (x1.382/…): >>**Hamas-Chef ausgeschaltet**

Israels ultimative Machtdemonstration gegen Teheran

Mitten in Teheran eliminiert Israels Militär per Luftschlag den Hamas-Politchef Haniyeh - das iranische Regime kann nur tatenlos zuschauen. Es ist die ultimative Machtdemonstration für

den jüdischen Staat.
Sebastian Thormann
Einen spektakulären Beweis dafür, wie verletzlich der Iran und wie fähig Israels Militär ist, zeigte jetzt der Luftschlag auf den Hamas-Politchef Ismail Haniyeh. Mit der Eliminierung des Terrorchefs und das auch noch mitten in der iranischen Hauptstadt hatte wohl niemand gerechnet. Und obwohl der Iran eines der hochgerüsteten Länder im Nahen und Mittleren Osten ist, bemerkte man den israelischen Militärschlag offenbar nicht mal, bevor er vorbei war.
Für Israel ist das nicht nur der vielleicht größte Erfolg im Kampf gegen die Hamas seit dem 7. Oktober, sondern damit auch eine enorme Machtdemonstration gegenüber Teheran. Von dem, was bisher bekannt ist, verweilte der Hamas-Boß in Teheran offenbar in einem mehrstöckigen Haus, das von der iranischen Revolutionsgarden kontrolliert wird.
Zuvor war er bei der Amtseinführung des neuen iranischen Präsidenten Massud Peseschkian zu Gast. Auf sein Apartment in dem Gebäude feuerte Israels Militär danach dann eine Luft-zu-Boden-Rakete - was auch bedeutet, daß israelische Kampfjets tief in iranisches Territorium, sogar den Luftraum der Hauptstadt eindringen konnten.
Und trotz all dem ist bisher nichts von irgendeiner Auseinandersetzung mit iranischen Streitkräften bekannt. Weder stiegen iranische Abfangjäger auf, noch feuerte die iranische Luftabwehr auf die israelischen Maschinen - sie blieben völlig unbemerkt. Ein Desaster für den iranischen Sicherheitsapparat.
Denn all das heißt auch: Israel hätte ebenso beliebig jedes andere Ziel in Teheran angreifen können. Etwa Staatschef und "Obersten Führer" Ayatollah Khamenei, den neuen Präsidenten Peseschkian oder hochrangige Kommandeure der Revolutionsgarden. Man kann das Ganze also auch als eine unmißverständliche Drohung an den Iran sehen, nach dem Motto: Wir können euch jederzeit überall treffen.
Entsprechend tief sitzt jetzt der Schock nicht nur bei der Hamas, sondern auch beim iranischen Regime. Dort schwört man sich jetzt auf Rache ein. Ayatollah Khamenei erklärte, jetzt, da der Angriff "auf unserem Gebiet" stattfand, sei es "unsere Pflicht, Rache zu nehmen und das zionistische Gebilde streng zu bestrafen". Wie weit das Regime jetzt auf Eskalation setzt, ist unklar. Daß es eine Antwort geben wird, ist aber erwartbar.
Wie die zum Teil aber eben weit hinter der Schlagkraft des israelischen Militärs zurückbleiben kann, zeigt die Luft-Großoffensive, die der Iran vor einigen Monaten auf Israel startete. Damals hatte Israel zuvor einen der Drahtzieher hinter dem 7. Oktober, einen iranischen Revolutionsgardengeneral, in Beirut getötet. Als Reaktion startete der Iran einen riesigen Luftangriff mit Marschflugkörpern, Drohnenschwärmen und ballistische Raketen auf Israel. Praktisch keine traf ihr Ziel, weil es Israel gemeinsam mit seinen arabischen Partnern und den USA gelang, fast alle abzufangen.<<

01.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 1. August 2024 (x1.390/…): >>**Einbürgerungsanträge explodieren: Nein zur Deutschland-Flatrate im Sozialsystem!**
Es war von vornherein absehbar und offensichtlich auch so geplant: Nur vier Wochen nach dem Inkrafttreten des Ampel-Einbürgerungsrechts melden die Bundesländer explodierende Zahlen bei den Einbürgerungsanträgen. In Hamburg stieg die Zahl im ersten Monat nach der Reform auf 2031 Anträge. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 1153 Anträge, sodaß ein Anstieg um 76 Prozent zu verzeichnen ist. In Hessen liegt der Anstieg bei 27 Prozent, in Schleswig-Holstein bei 38 Prozent und Berlin sogar bei 193 Prozent!
AfD-Bundessprecherin Alice Weidel kommentiert mit deutlichen Worten: "An all diejenigen, die nach der CDU-Grenzöffnung illegal ins Land strömten, verramscht die Ampel nun den deutschen Paß. Inklusive Flatrate fürs Sozialsystem."

Was soll auch dabei herauskommen, wenn ein "Informationszentrum" des von Annalena Baerbock geführten Auswärtigen Amts in einem Twitter-Beitrag auf Arabisch dafür wirbt, daß Ausländer im Schnellverfahren den deutschen Paß erhalten? Explizit wurde dabei auch hervorgehoben, daß man den eigenen Paß behalten könne, wenn man die deutsche Staatsbürgerschaft erwerbe. Auch auf die Möglichkeit des Paß-Erwerbs nach nur drei Jahren wird hingewiesen. Es ist mehr als offensichtlich: Ampel und CDU haben keinerlei Willen, die illegale Massenmigration zu reduzieren. Im Gegenteil: Sie wollen so viele Migranten wie möglich in unsere Sozialsysteme einladen!
Für die AfD ist klar: Das neue Einbürgerungsrecht der Ampel-Regierung werden wir sofort einkassieren, sobald wir auf den Regierungsbänken Platz nehmen. Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft darf nur maßvoll, im deutschen Interesse und erst am Ende eines Integrationsprozesses erfolgen. Asyl ist ein Recht auf Zeit und darf nicht zur automatischen Einbürgerung führen. Wenn kein Asylgrund mehr vorliegt, müssen Asylbewerber in ihre Heimat zurückgeführt werden. All das muß dringend angepackt werden, um Deutschlands Identität und Zukunft in letzter Sekunde zu retten. Nur die AfD steht als einzige Partei für diese Mammut-Aufgabe bereit!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. August 2024 (x1.391/…): >>**"Einbürgerungen" explodieren: Schon jeder 20. Syrer lebt in und von Deutschland - Zahl der Afghanen versechsfacht!**
Bestseller-Autor Thilo Sarrazin ("Deutschland schafft sich ab") läßt grüßen: Die sogenannten "Einbürgerungen" von Migranten nehmen explosionsartig zu. Inzwischen lebt schon jeder 20. Syrer in und vor allem von Deutschland. Die Zahl der Afghanen hat sich innerhalb weniger Jahre versechsfacht!
Die "grüne" Masseneinwanderungs-Prophetin Katrin Göring-Eckardt sollte Recht behalten: Deutschland wird sich ändern - "und zwar drastisch"!
Allein 1,5 Millionen der 82 Millionen Einwohner in Deutschland sind mittlerweile Syrer und Afghanen. Sie leben vorwiegend auf Kosten der deutschen Steuerzahler, wie neue Statistiken belegen.
22 Millionen Syrer gibt es insgesamt - fast jeder Zwanzigste von ihnen lebte Ende vergangenen Jahres in Deutschland - und ganz überwiegend VON Deutschland. Die Zahl der "Kulturbereicherer" syrischer Abstammung stieg laut dem Portal "Statista" Ende 2023 auf 972.000 Personen. Das sind 16-mal mehr (!) als noch vor Beginn der von Angela Merkel (CDU) eingeleiteten unheilvollen Masseneinwanderung.
- 513.534 der in Deutschland lebenden Syrer beziehen das sogenannte "Bürgergeld", wie aus aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht. Die meisten anderen Syrer kassieren Unterstützung aus dem Asylbewerberleistungsgesetz.
Zahl der Afghanen versechsfacht
Auch die Zahl der in Deutschland lebenden Afghanen ist im selben Zeitraum regelrecht explodiert. Sie hat sich laut "Statista" von 2014 bis 2023 auf nahezu 420.000 versechsfacht!
- Fast jeder zweite afghanische Migrant (197.551) ist nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im "Bürgergeld-Bezug". Auch hier lebt der große Rest von Asylbewerberleistungen.
Und es werden immer mehr: Bundesaußenministerin Annalena Baerbock ("Grüne) hat angekündigt, weitere 10.000 Afghanen nach Deutschland einfliegen zu wollen. Sicherheitsbedenken oder gefälschte Ausweispapiere spielen offenbar keine Rolle mehr.
- Derweil wird das sogenannte "Bürgergeld", das die deutschen Steuerzahler mit stark steigender Tendenz schon jetzt rund 50 Milliarden Euro/Jahr kostet, immer mehr zum Migrantengeld! Jeder zweite dieser 5,5 Millionen Anspruchsberechtigten hat nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.
Das dürfte sich durch das im Juni in Kraft getretene neue "Staatsbürgerschafts-Moderni-

sierungsgesetz" der Ampel rasch ändern. Dann können Ausländer, hier wiederum vor allem Syrer und Afghanen, die seit fünf bzw. drei Jahren in Deutschland leben, den deutschen Paß beantragen.

Run auf "Einbürgerungen"

Gerade einmal gut vier Wochen ist das neue Einbürgerungsrecht in Kraft - und schon kennt die Zahl der Anträge nur eine Richtung: senkrecht nach oben! Das ergab eine stichprobenartige Abfrage der "Bild-Zeitung" bei Bundesländern und in ausgewählten Städten.

Demnach hat sich die Zahl der Anträge teilweise vervielfacht. München etwa erwartet viermal so viele Anträge. Stuttgart geht von einer Verdopplung aus.

Einige Städte und Bundesländer nennen bereits konkrete Zahlen:

- In Hessen stellten im ersten Monat 3.300 Migranten einen Antrag auf Einbürgerung, im Juli 2023 waren es noch 2600. Ein Plus von 27 Prozent.
- In Hamburg ging es im selben Zeitraum von 1.153 auf 2.031 Anträge rauf (plus 76 Prozent).
- In Bremen stieg die Zahl von 2.444 auf 3.450 (plus 41 Prozent).
- Schleswig-Holstein meldet 1.193 Anträge - plus 38 Prozent!
- Den krassesten Anstieg unter den Bundesländern verzeichnet die Multikulti-Hauptstadt Berlin. Vom 27. Juni bis zum 21. Juli meldet das Landesamt für Einwanderung 5.000 Anträge. Ein Jahr zuvor waren es gerade einmal 1.707 Anträge gewesen. Ein Plus von 193 Prozent!

STOPPT ENDLICH DIESEN IRRSINN - DEUTSCHLAND IST UNSER LAND! HOLEN WIR ES UNS ZURÜCK. EINE ERSTE GELEGENHEIT DAZU BIETET SICH IN WENIGEN WOCHEN BEI DEN LANDTAGSWAHLEN IN SACHSEN, THÜRINGEN UND BRANDENBURG.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. August 2024 (x1.391/…): >>**Corona-Impfungen: Kommt jetzt eine Welle von Strafanzeigen gegen Ärzte in Gang?**

Der Verein "Kinderrechte jetzt" hat einen Muster-Entwurf (s.u.) für eine Strafanzeige wegen unzureichender Aufklärung im Zusammenhang mit Corona-Impfungen und einer dadurch möglicherweise bedingten Körperverletzung ins Netz gestellt. Der Verein selbst hat nach eigenen Angaben bereits einen Arzt angezeigt, der damals öffentlich und stolz erklärt hatte, 1.000 Menschen täglich geimpft zu haben.

Bei dieser Anzahl wäre es allein rein zeitlich kaum möglich gewesen, jeden einzelnen Patienten auch nur in aller Kürze über Impfrisiken aufzuklären. Nun erhofft sich der Verein eine Welle von bundesweiten Strafanzeigen, um Druck auf die Staatsanwaltschaften auszuüben, ärztliche Pflichtverletzungen zu ahnden.

Viele "Weißkittel" hatten vor drei Jahren Menschen wie am Fließband durchgespritzt. Daß bei der Massen-Impforgie auch finanzielle Gründe eine Rolle gespielt haben dürften, liegt auf der Hand: Für jede Spritze gab es 28 Euro, an Feiertagen sogar 36 Euro. Eine angemessene Aufklärung der Menschen, denen mRNA-Vakzine zu Millionen verabreicht wurden, dürfte vielfach auf der Strecke geblieben sein.

https://kinderrechtejetzt.de/strafanzeige-geimpft-ohne-aufklaerung/<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. August 2024 (x1.391/…): >>**Ost-Wahlen: Verfassungsschutz bereitet sich mit "Notfallplan" auf AfD-Regierungsbeteiligungen vor**

Sollte die AfD nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen (1. September) sowie in Brandenburg (22. September) an einer ostdeutschen Landesregierung beteiligt sein, würde das jeweilige Landesamt für Verfassungsschutz einem Medienbericht zufolge vom Informationsfluß der anderen Verfassungsschutzämter abgeschnitten. Eine entsprechende Entscheidung sei bereits getroffen worden, berichtet das linksgrüne Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) unter Berufung auf "Sicherheitskreise" in Bund und Ländern.

Die AfD in Sachsen und Thüringen wird vom Verfassungsschutz als "gesichert rechtsextrem"

eingestuft, in Brandenburg als "rechtsextremistischer Verdachtsfall". Dem RND zufolge besteht die Sorge, daß die Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung Erkenntnisse eines Landesamtes für Verfassungsschutz an den Bundesverband oder andere Landesverbände weitergeben könnte. Diese könnten dann darauf reagieren. Insofern sei ein Stopp des Informationsflusses nur logisch, heißt es unter Berufung auf "Sicherheitskreise" weiter.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. August 2024 (x1.392/…):

>>**Nach Verbot**

"Näncy-Magazin": Compact veröffentlicht August-Ausgabe unter neuem Namen

Aktivisten haben die für August geplante Ausgabe des "Compact-Magazins" ins Internet gestellt, trotz des Verbots durch Innenministerin Nancy Faeser.

Von *Redaktion*

...

Das kürzlich von Innenministerin Nancy Faeser verbotene Magazin Compact hat offenbar einen Weg gefunden, ihre Inhalte weiterzuverbreiten. Aktivisten haben die für August geplante Ausgabe der Zeitschrift unter einem anderen Titel ins Internet gestellt.

Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp, Macher der Zeitschrift Demokratischer Widerstand, informierten darüber am Rande einer AfD-Veranstaltung in Falkensee, Brandenburg. Die Sonderausgabe erscheint unter dem Namen "Näncy". Jürgen Elsässer, der ehemalige Chefredakteur von Compact, erklärte, daß er nicht an der Veröffentlichung beteiligt sei, sie jedoch begrüße.

Das Bundesinnenministerium unter der Leitung von Nancy Faeser (SPD) hatte das Compact-Magazin und seine Produktionsfirma Conspect Film GmbH am 16. Juli mit der Begründung verboten, daß Compact "kämpferisch-aggressiv gegen die verfassungsmäßige Ordnung" verstoßen würde. Faeser selbst erklärte, daß das Magazin ein zentrales Sprachrohr der rechtsextremistischen Szene sei und man mit dem Verbot gegen solche "geistigen Brandstifter" vorgehen würde.

In der Folge haben Elsässers Anwälte ein Eilverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht eingeleitet, um das Verbot anzufechten. Das Gericht hat dem Innenministerium eine Frist bis zum kommenden Montag gesetzt, um Stellung zu nehmen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. August 2024 (x1.392/…):

>>**Verfassungsschutz bereitet Informations-Blockade für AfD-geführte Landesämter im Osten vor**

Ein mögliche Regierungsbeteiligung der AfD in ostdeutschen Bundesländern alarmiert den Verfassungsschutz. Geplant sind jetzt bereits Maßnahmen des Verfassungsschutzes, die den Informationsfluß zwischen den Behörden einschränken sollen.

Von *Redaktion*

...

Die hohen Umfragewerte der AfD in Ostdeutschland nur wenige Wochen vor den Landtagswahlen besorgen die Verfassungsschutz-Behörden. Offenbar bereiten sich die Verfassungsschutzämter im Bund und in den Ländern auf eine Regierungsbeteiligung der AfD in Brandenburg, Sachsen oder Thüringen vor.

Wie das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) aus Sicherheitskreisen erfuhr, wird bereits über Maßnahmen nachgedacht, die den Informationsfluß zwischen den Landesämtern einschränken könnten. Eine entsprechende Entscheidung sei bereits getroffen worden. Der Inlandsgeheimdienst befürchtet demnach, daß die AfD im Falle einer Regierungsbeteiligung vertrauliche Informationen an die Bundespartei oder andere Landesverbände weitergeben könnte. Somit sei dieser Schritt "nur logisch", heißt es in dem Bericht weiter.

In Sachsen und Thüringen gilt die AfD laut Verfassungsschutz als "gesichert rechtsextrem", in Brandenburg ist sie als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft. Der Thüringer Verfas-

sungsschutz hat den Landesverband der AfD zuletzt in einem Bericht sogar als "kämpferisch-aggressiv" charakterisiert.
In Sachsen und Thüringen wird am 1. September ein neuer Landtag gewählt, die Wahl in Brandenburg folgt drei Wochen später am 22. September. Laut aktuellen Umfragen liegt die AfD in allen drei Bundesländern vorne.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. August 2024 (x1.392/…):
>>**Wenn das Wahlergebnis egal wird**
Die Teile der Wahlrechtsreform, die nicht für verfassungswidrig erklärt wurden, haben es dennoch in sich. Auch Wahlkreis-Gewinner können unter Umständen nicht in den Bundestag einziehen - der Wählerwille wird egal. Ist das nicht ein fatales Signal?
Jonas Aston
...
Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat unter Vorsitz von Vizepräsidentin Doris König am Dienstag ein Urteil zur Wahlrechtsreform der Ampel-Koalition gefällt. Das Gericht erklärte die im März 2023 beschlossene Reform teilweise für verfassungswidrig. Die Abschaffung der Grundmandatsklausel, so die Karlsruher Richter, ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Trotz der teilweisen Aufhebung der Wahlrechtsreform bestätigte das Gericht wesentliche Elemente der Neuregelung.
Die Wahlrechtsreform der Ampel-Koalition sieht eine Deckelung der Bundestagsmandate auf 630 vor. Gegenüber dem Status quo bedeutet dies eine Reduzierung der Abgeordneten im Deutschen Bundestag um rund 100. Als zentralen Aspekt der Reform hat das Bundesverfassungsgericht zudem die Abschaffung von Überhangs- und Ausgleichsmandaten gebilligt sowie das Zweitstimmendeckungsverfahren abgenickt.
Demnach soll die Zweitstimme ab der kommenden Wahl die sogenannte "Hauptstimme" sein. In der Praxis wird damit einhergehen, daß auch Wahlkreisgewinner künftig nicht mehr in den Bundestag einziehen können, wenn ihre Partei über die Zweitstimmen nicht genügend Mandate erringt.
Das Bundesverfassungsgericht nimmt an "verwaisten" Wahlkreisen jedoch keinen Anstoß. In der Argumentation des Verfassungsgerichts heißt es, daß sich die Arbeit von Listenkandidaten und direkt gewählten Parlamentariern im Wesentlichen nicht unterscheiden würde. Weder Gebote einer Regionalisierung noch der Wahlkreisrepräsentation würden im Verfassungsrecht Widerhall finden. Das Bundesverfassungsgericht sprach damit dem Verhältniswahlrecht im Grunde genommen einen höheren Stellenwert als dem Personenwahlrecht zu.
Leiden werden unter dem Zweitstimmenverfahren vor allem die Parteien, die regional besonders fest verankert sind. Dies zeigt sich schon exemplarisch, wenn man das neue Wahlrecht fiktiv auf das Wahlergebnis der Bundestagswahl von 2021 anwendet. Um zumindest etwas der Gefahr vorzubeugen, daß ganze Wahlkreise von keinem Abgeordneten mehr vertreten werden, ist die Ampel von ihrem anfänglichen Plan, die Zahl der Abgeordneten auf 598 festzuschreiben, abgerückt.
Das Grundgesetz sieht eigentlich vor, daß genau eben jene 598 Abgeordneten im Deutschen Bundestag sitzen. Davon sollten exakt 299 als Direktkandidaten und 299 über die jeweilige Landesliste ihrer Partei in den Bundestag einziehen. Durch die zunehmende Zersplitterung des Parteiensystems blähte sich der Bundestag jedoch durch Ausgleichs- und Überhangsmandate immer mehr auf. Die Ampel hat die Zahl der Mandatsträger nun auf 630 festgelegt. Hiermit soll gesichert werden, daß zumeist die Wahlkreise weiterhin von einem direkt gewählten Mandatsträger repräsentiert werden.
Zahlreiche Wahlkreise werden ohne Direktmandate dastehen
Unter den neuen Regeln wären absolut gesehen zunächst einmal alle Fraktionen kleiner ausgefallen. Bei direkt gewählten Mandatsträgern hätte insbesondere die CSU einen Schwund ver-

zeichnet. Vor rund drei Jahren erzielten die mit der Erststimme zu wählenden Direktkandidaten der CSU in 45 der 46 bayerischen Bundestagswahlkreise eine relative Mehrheit. Nach der neuen Regelung wären nun in Bayern 9 der Wahlkreise ohne direkt gewählten Vertreter. Im gesamten Bundesgebiet kommt man auf 25 Wahlkreise, die ohne gewählten Direktkandidaten dastehen würden.
Bei der kommenden Bundestagswahl, voraussichtlich im September 2025, würden unter dieser Regelung vor allem die Direktkandidaten von AfD und CDU leiden. Betrachtet man die Wahlergebnisse der Europawahl vom 9. Juni, dann stellt man fest, daß zumindest nach dem Verhältniswahlrecht die Union ganz überwiegend die Wahlkreise in West- und die AfD ganz überwiegend in Ostdeutschland gewonnen hat. Bei der Bundestagswahl 2021 sah das noch ganz anders aus.
In Baden-Württemberg und Bayern ging die Zahl der Mandate überwiegend an Vertreter der Union. Bayern und Baden-Württemberg sind auch die Bundesländer, bei denen die mit Abstand meisten Wahlkreise "verwaist" gewesen wären (zusammengerechnet 20 der 25 bundesweit). Nach jetzigem Stand dürften beide Parteien also in den jeweiligen Bundesländern deutlich mehr Direktmandate gewinnen, als ihnen nach Zweitstimmen zustehen. Nach der Bundestagswahl 2025 werden also wohl zahlreiche Bundestagswahlkreise keinen direkten Vertreter mehr im Parlament haben.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. August 2024 (x1.393/…):
>>**"Omas gegen rechts" drängen auf AfD-Verbot**
Die "Omas gegen rechts" haben kurz vor Beginn ihres ersten Bundeskongresses ihre Forderung nach einem AfD-Verbot bekräftigt.
"Wie lange will man die AfD beobachten? Bis man sie nicht mehr verbieten kann?", sagte die Zweite Vorsitzende des Vereins, Jutta Shaikh, der "Frankfurter Rundschau" (Freitagsausgabe). "Irgendwann ist es zu spät. Wehrhafte Demokratie kann nicht nur von der Zivilgesellschaft ausgehen", so Saikh.
Auch Politiker seien gefordert, die Demokratie zu schützen. Die "Omas gegen rechts" wollen von Freitag bis Sonntag im thüringischen Landtag in Erfurt tagen - einen Monat vor der Landtagswahl in Thüringen. "Wir haben uns sehr schnell entschieden: Es sollte eine Stadt in den östlichen Bundesländern sein. Da wollen wir Flagge zeigen", sagte Shaikh. Alle Gruppen in den östlichen Bundesländern hätten mit Anfeindungen zu tun.
"Es gibt Orte, wo sich die Leute nicht zu sagen trauen, daß sie keine AfD wählen." Seit den bundesweiten Großdemonstrationen gegen Rechtsextremismus im Januar und Februar hat sich die Zahl der Ortsgruppen der "Omas gegen rechts" nach Shaikhs Angaben verdoppelt. "Wir sind inzwischen 200 Gruppen mit mehr als 30.000 Mitgliedern bundesweit. Wir haben seit der Berichterstattung von `Correctiv` mehr als 100 neue Gruppen dazubekommen. Das war so ein Ansturm, das war unglaublich. Das macht Mut", sagte sie.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. August 2024 (x1.393/…):
>>**Erdüberlastungstag: Umweltschützer für Ressourcenschutzgesetz**
Am Donnerstag hat die Menschheit die erneuerbaren Ressourcen der Erde verbraucht, die ihr rein rechnerisch gesehen für das gesamte Jahr zur Verfügung stehen.
Umweltschützer fordern daher die Politik zum Handeln auf. "Wir brauchen schleunigst ein Gesetz, um unseren Ressourcenverbrauch deutlich zu senken", sagte Olaf Bandt, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). "Ein rechtlicher Rahmen ist dringend notwendig, um klare Verantwortlichkeiten zu schaffen und echte Anreize für eine nachhaltige andere Art des Wirtschaftens zu schaffen. Wir fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie eine gesetzliche Regelungen zum Schutz von Ressourcen auf den Weg zu bringen", so Bandt. Deutschland hat einen bedeutenden Anteil an der globalen Ressourcenverschwendung.

Um ihren Verbrauch zu decken, beansprucht die Weltbevölkerung aktuell 1,7 Erden - Deutschland sogar drei Erden. "Bereiche wie der Bergbau, die Chemieindustrie und die industrielle Landwirtschaft tragen erheblich zum Artensterben und der Klimakrise bei", erläutere der BUND-Vorsitzende. "Erfreulicherweise wurde mit dem Entwurf für die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) ein erster Schritt in eine sparsamere Richtung gemacht. Nun muß dieser Entwurf rasch beschlossen und verbindlich umgesetzt werden."
Die Strategie der Bundesregierung beschreibe zwar die aktuellen Probleme sehr treffend, so der BUND. Daraus würden jedoch wenig konkrete Aktivitäten und keine verbindlichen Zuständigkeiten festgelegt. Ein Schlüssel, um weniger zu verbrauchen, liegt dem Umweltverband zufolge in mehr Suffizienz. Längere Haltbarkeit und bessere Reparaturmöglichkeiten für Produkte seien gut für die Umwelt und den Geldbeutel. Mehrwegsysteme vermieden zudem Abfälle und schonten so die Ressourcen.
Derzeit hat die Weltbevölkerung bereits im Sommer alle natürlichen Ressourcen verbraucht, die unser Planet innerhalb eines Jahres erzeugen kann. Für den Rest des Jahres lebt die Menschheit daher auf Pump. Erdüberlastungstag wird der Tag genannt, ab dem wir für das übrige Jahr mehr Acker- und Weideland, Fischgründe und Wald beanspruchen, als rechnerisch zur Verfügung stehen. Zugleich stoßen wir weitaus mehr CO2 aus, als Wälder und Ozeane aufnehmen können.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. August 2024 (x1.393/…):

>>**Regierung will Netzanschlüsse von Solaranlagen beschleunigen**

Das Bundeswirtschaftsministerium plant ein Gesetz, um die knappen Einspeisepunkte für Ökostromanlagen, Wärmepumpen und E-Auto-Ladestationen effizienter zu nutzen. Das bestätigte das Ministerium dem "Spiegel" auf Anfrage. Kern des Gesetzes ist die sogenannte Überbauung der Einspeisepunkte. Derzeit muß jede Ökostromanlage, die ans Stromnetz angeschlossen wird, zu jedem Zeitpunkt 100 Prozent ihrer Leistung einspeisen können.
Doch das tun die Anlagen nur ab und an. Die Einspeisepunkte sind deshalb selten ausgelastet. Künftig sollen mehr Ökostromanlagen an bestehende Einspeisepunkte angeschlossen werden - selbst wenn das deren Kapazität übersteigt. Laut einer Studie des Bundesverbands Erneuerbare Energien käme es bei einer Überbauung der Anschlußleistung von 150 Prozent kaum zu nennenswerten Überlastungen der Einspeisepunkte.
Selbst eine Überbauung von 250 Prozent wäre möglich. Allerdings bräuchte es dafür mehr Speicher, und man müßte sowohl Solar- als auch Windanlagen an dieselben Einspeisepunkte anschließen. Die Einspeisepunkte waren zuletzt knapp geworden. Das liegt einerseits an Fehlplanungen der Netzbetreiber, die den Boom von Ökostromanlagen, Wärmepumpen und E-Auto-Ladestationen unterschätzt haben. Andererseits verzögern sich derzeit die Lieferungen für spezielle Trafostationen, die an den Einspeisepunkten verwendet werden.
Die Folgen sind verheerend. Manche Netzbetreiber nehmen bis 2030 keine Anschlußbegehren mehr an, andere ignorieren die Anfragen komplett. Die Regierung will die Versorgung der Republik bis 2030 weitgehend auf erneuerbare Energien umstellen. 22 Gigawatt neue Solaranlagen sollen dafür bald jährlich ans Netz, sechs Millionen Wärmepumpen Anfang 2025 Innenräume heizen, 15 Millionen Elektroautos über die Straßen fahren.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. August 2024 (x1.393/…):

>>**Rettung der Meyer Werft: Positive Signale aus Habecks Ministerium**

Aus dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWI) kommen positive Signale für eine Unterstützung der finanziell angeschlagenen Meyer-Werft in Papenburg.
"Wir haben ein Interesse daran, relevante und gute Werften in Deutschland zu haben, prüfen also eine finanzielle Hilfestellung, das läuft", sagte BMWI-Staatssekretärin Franziska Brantner der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Donnerstagausgaben).
Die Grünen-Politikerin und Vertraute von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck weiter:

"Die Meyer-Werft wird im Wirtschaftsministerium als sehr wertvoll und wichtig gesehen, sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch". Wenn es einen "vielversprechenden Sanierungsplan gibt, sollten sich Unternehmen, Land und Bund zusammensetzen und schauen, mit welcher Art von Finanzierung man am besten helfen kann", sagte Brantner.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. August 2024 (x1.393/…):

>>**Techniker Krankenkasse rechnet 2025 mit kräftigem Beitragsplus**

In der gesetzlichen Krankenversicherung droht nach Einschätzung der Techniker Krankenkasse (TK) nach einem kräftigen Beitragsplus im kommenden Jahr eine weitere Erhöhung der Sätze auf bis zu 20 Prozent bis zum Ende des Jahrzehnts.

"Wir werden Anfang 2025 auf breiter Front deutliche Beitragssatzsteigerungen in der gesamten gesetzlichen Krankenversicherung sehen", sagte der TK-Vorstandsvorsitzende Jens Baas dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Donnerstagausgaben). Die aktuelle Schätzung von bis zu 0,6 Prozentpunkten mehr im kommenden Jahr sei "absolut realistisch". Dadurch werde dann im Schnitt ein Beitrag von fast 17 Prozent erreicht.

"Das galt noch vor ein paar Jahren als eine völlig abstruse Größenordnung", sagte Baas. Der Anstieg werde sich weiter fortsetzen: "Wir bewegen uns bis zum Ende des Jahrzehntes ungebremst auf einen Beitragssatz von 20 Prozent zu - wenn es keine Gegenmaßnahmen gibt." Der Chef von Deutschlands größter Krankenkasse gab Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) eine Mitschuld an den steigenden Ausgaben und forderte ihn auf, für eine Stabilisierung der Kassenfinanzen zu sorgen.

"Die Politik kann nicht immer nur Gesetze machen, die zu höheren Ausgaben führen. Es muß endlich auch darum gehen, wie wir die steigenden Kosten in den Griff bekommen", mahnte Baas. Äußerungen des Ministers, die Medizin müsse entökonomisiert werden, nannte Baas irritierend. "Ökonomie bedeutet doch nicht Sparen auf Teufel komm raus. Ökonomie heißt, Mittel klug einzusetzen", so der Kassenchef. Lauterbach warf er vor, nicht auf die Praktiker im Gesundheitswesen zu hören.

"Herr Lauterbach ist belesen und kennt viele Studien. Aber zu glauben, man müsse sich nur mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterhalten, ist eine Fehleinschätzung", beklagte Baas. Der TK-Chef warnte vor allem vor steigenden Kosten für Medikamente. "Die Preise für neue Arzneimittel explodieren geradezu", sagte er. So lägen die Kosten für neue Gentherapeutika mittlerweile im Millionenbereich pro Behandlung.

"Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden wir uns gute Medikamente einfach nicht mehr leisten können. Das darf nicht passieren", warnte er. Baas forderte, die Preisverhandlungen der Kassen mit der Pharmaindustrie zu reformieren. Nötig seien Preise, die sich an den tatsächlichen Forschungs- und Herstellungskosten orientierten. Japan gehe diesen Weg und auch in den USA sei geplant, daß die Hersteller diese Kosten offenlegen müßten. "Pharmafirmen sollen an innovativen Therapien gut verdienen. Aber die Preise müssen fair sein und bezahlbar bleibe", forderte der TK-Chef.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 1. August 2024 (x1.396/…):

>>**Mann verprügelt Frau im Boxring - Das ist nach dem neuen Ampel-Gesetz jetzt auch in Deutschland erlaubt!**

Redaktion

Helle Aufregung nach dem olympischen Boxkampf im Damenwettbewerb bis 66 Kilogramm! Am Donnerstag eliminierte Imane Khelif die italienische Boxerin Angela Carini. Nach wenigen Sekunden und einem Treffer im Gesichtsbereich brach Carini in Tränen den Kampf ab. Khelif, der aus Algerien stammt, ist ein Mann, identifiziert sich aber als Frau - und darf im Frauenwettbewerb starten.

Rechtsanwalt Prof. Dr. Ralf Höcker: "Es ist bemerkenswert, mit welcher Nonchalance die Regierung diesen Taschenspielertrick versucht hat."

Brisant: Das am heutigen Donnerstag in Kraft tretende Selbstbestimmungsgesetz erleichtert nicht nur Personen (darunter Minderjährigen) Transitionen zum anderen Geschlecht. Hinsichtlich des Frauensports heißt es zwar: "Das Selbstbestimmungsgesetz wird die Autonomie des Sports nicht antasten." Jedoch überläßt das Gesetz die Zulassung von Männern im Frauensport den jeweiligen Sportverbänden.
Diese stehen einerseits oft unter dem Einfluß von Lobbyverbänden, erfahren aber andererseits auch Druck von Transaktivisten, die bei Nicht-Zulassung öffentlich den Druck erhöhen. In vielen Fällen drohen Klagen, die sich auf Diskriminierung berufen, und saftige Geldstrafen!
Das italienische Olympia-Team stellte sich am Donnerstag mit starken Worten vereint hinter Team-Kollegin Carini: "Wir stehen alle hinter dir."
Die Aktivistin Mari Günter vom Bundesverband Trans* e.V. stellte bei WDR Cosmo klar: "Es gibt keinen Leistungsvorteil per se (bei der Teilnahme von Transpersonen an Sportwettbewerben)." Die pauschale Forderung der Sportverbände ignoriere wissenschaftliche und medizinische Empfehlung - "und ist in ihrer Pauschalität unethisch".
Gerade im Amateursport sind Vereine de facto machtlos, wenn Männer an Frauenwettbewerben teilnehmen wollen. Der männliche Trans-Aktivist "Laura" Holstein etwa, der mit Hilfe der Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes, Ferda Ataman, gegen ein Fitneßstudio für Frauen vorging, weil dieses ihr den Zugang verweigert, spielt etwa in einer bayerischen Bezirksliga im Frauenwettbewerb.
Im Bayerischen Lenggries verdrängt die Transfrau "Amanda" Reiter bei Langlauf-Wettbewerben Frauen von den ersten Plätzen. Manche Transaktivisten, darunter die dgti, beharren darauf, daß Sport ein "diskriminierungsfreien Raum" sein müsse - und somit auch Männer in Frauenwettbewerben teilnehmen müssen.

Kommt der Horror von Olympia nun also nach Deutschland?

Der Kampf Carinis gegen Khelif zog viel Kritik nach sich - die sich gegen den IOC und Transideologie richtet. Der JU-Chef Johannes Winkel fragte: "Was würden die großen Frauenrechtlerinnen sagen, die Jahrzehnte für Gleichberechtigung gekämpft haben, wenn sie sehen könnten, daß ihre Nachfolger durchgedrückt haben, daß Frauen nun von offenbar kranken Männern verprügelt werden dürfen?"
Auch der Hamburger CDU-Politiker Christoph Ploß zeigte sich kritisch: "Wenn biologische Männer in Frauenwettbewerben Frauen verprügeln, ist eine Grenze überschritten!", so der 39-Jährige. "Diese gefährliche Ideologie hat weder bei den Olympischen Spielen noch in der deutschen Gesetzgebung mit dem Selbstbestimmungsgesetz der Ampelkoalition etwas verloren."
Der Journalist Jan Fleischhauer teilte mit: " Es wird sicher Leute geben, die das als großen Sieg der Transbewegung feiern. Ich glaube, es ist ein Wendepunkt." Die Politikerin der Freien Wähler, Julia Weindl, schrieb, daß biologische Männer biologischen Frauen "im Kraftsport überlegen" seien. "Wo bleibt der gesunde Menschenverstanden in Olympia 2024? Gerade beim Boxen kann es für Frauen rasch lebensgefährlich werden, da Männer ungleich härter zuschlagen."
Der Jurist Arndt Diringer kommentierte den Boxkampf wie folgt: "Männer verdreschen Frauen im Boxring. Die ansonsten sehr lauten Vertreter der Gender-Ideologie schweigen dazu." Das Beispiel zeige, wie "menschenverachtend" die Ideologie ist. Und der Kommentator und NIUS-Kolumnist Ben Brechtken ging sogar noch einen Schritt weiter: "Ein Leben lang Training und Träumen von Olympia, um dann gegen einen biologischen Mann kämpfen zu müssen. Transaktivisten zerstören den Frauensport", so Brechtken.
Auch international regte sich Widerstand gegen den Kampf, der von vielen als ungerecht und unfair beschrieben wird. Die ehemalige Tennis-Spielerin, Martina Navratilova, schrieb, der Kampf sei "bedauerlich". "Für die Machthaber, die das zugelassen haben, wird das nicht gut

enden." Die Autorin der Harry Potter-Romane, Joane K. Rowling, legte nach: "Das ist kein Sport. Von dem tyrannischen Betrüger in Rot bis hin zu den Organisatoren, die das zugelassen haben, sind das Männer, die ihre Macht über Frauen auskosten."
Riley Gaines, die sich für die US-Republikaner engagiert und als Kritikerin des Transschwimmers Lia Thomas bekannt wurde, teilte auf X mit: "Nennt mich verrückt, aber es ist fast so, daß Frauen nicht von einem Mann ins Gesicht geschlagen werden wollen, während die Welt zuschaut und applaudiert. Das ist verherrlichte männliche Gewalt gegen Frauen."
Die Kommentatorin Nioh Berg schlug in eine ähnliche Kerbe: "Angela Carini wurde von einem Mann so hart geschlagen, daß sie aus Überlebensgründen aufhören mußte." Der Kampf sei vergleichbar mit vielen Fällen häuslicher Gewalt, aber jetzt wird es gefördert und gefeiert. Carinis "ganzer Lebenstraum wurde von einem Mann, der in den Frauensport aufgenommen wurde, zunichte gemacht."<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 1. August 2024 (x1.394/…): >>**Polemischer Kämpfer gegen Bevormundung durch Digitalkonzerne**

Der Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel zieht für seine Mandanten gegen Meta, Google und Co. vor Gericht und will die Meinungsfreiheit stärken. Seine Beispiele zeigen: Die Privatisierung der Zensur ist weit vorangeschritten. Einige Fälle erscheinen dabei geradezu absurd.

HELGE BUTTKEREIT

In der Geschichte der Zensur in Deutschland spielt Heinrich Heine (1797-1856) eine wichtige Rolle. Bekannt ist sein satirisches Gedicht aus dem Jahr 1827, in dem er die Zustände nach den Karlsbader Beschlüssen, der Restauration in Deutschland nach der Französischen Revolution verspottete.
Der Text erweckt den Eindruck, als hätte der Zensor fast alles gestrichen. Lesbar sind lediglich die Worte "Die deutschen Censoren" und sechs Zeilen und viele Striche später noch "Dummköpfe". Aus Kostengründen - der Buchsatz per Hand war teuer - waren zu dieser Zeit solche Zensurstriche bei echten Eingriffen des Zensors üblich, wenige Jahre später wurden sie dann verboten. Heine nutzte sie an dieser Stelle als satirische Überspitzung, hatte er doch selbst viel Erfahrung mit der Zensur gesammelt.
Heinrich Heine wanderte 1831 nach Frankreich aus. Von dort aus kommentierte er die Verhältnisse in Frankreich aber auch in Deutschland. Dort erhielt Heine 1835 ein Publikationsverbot. Der Bundestag des Deutschen Bundes erließ ein "Verbot der Schriften des Jungen Deutschlands", das Heines Namen an erster Stelle nannte. Von Heine stammt ein Zitat, das es mehr als 150 Jahre nach seinem Tod wieder mit der spezifischen Zensur der heutigen Zeit zu tun bekam.
"Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht, ohne Fessel, ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch einen Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte. Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts."
Facebook mißfällt diese Darstellung des deutschen Untertanengeists, den Heine an vielen Stellen in seinem Werk mit scharfzüngig kritisierte. Auf der Plattform wurde das Zitat nicht nur einmal, sondern tausendfach gelöscht, schreibt Joachim Steinhöfel in seinem Buch "Die digitale Bevormundung". Heines Fall, der heute der Fall derer ist, die Heines nachgelassenen Aphorismus zitieren, gehört zu den insgesamt 25 ausgewählten Fallstudien, die Steinhöfel aus der eigenen beruflichen Praxis vorstellt. Auf einige andere wird noch zurückzukommen sein, aber dieser Fall hat es aus mehreren Gründen in sich.
Abgesehen von der historischen Ironie, daß der Konzern Meta heute quasi die Fortführung des Zensurdekrets des Deutschen Bundes betreibt, ist es die Kaltschnäuzigkeit, mit der der Konzern trotz Gerichtsurteilen das Zitat immer wieder gelöscht hat. Es verstoße "gegen unsere Gemeinschaftsstandards zu Haßrede und Herabwürdigung", so hieß es auf der Plattform.

Ein Nutzer legte dagegen Widerspruch ein und brachte den Fall vor das Amtsgericht Stralsund, womit laut Steinhöfel, eine "Serie von Prozessen wegen immer desselben Zitats (begann), die aufgrund der Löschungen bis heute anhält. Serien von rechtskräftigen Verurteilungen und mehrfach verhängte fünfstellige Ordnungsgelder wegen Verstößen gegen gerichtliche Verbote änderten daran nichts." (S. 68)
Steinhöfel beschreibt ausführlich den Weg des Zitats durch die deutsche Gerichtsbarkeit. Deutlich wird dabei, daß es den Nutzern, die es verwendeten, oft um die Kritik an den deutschen Corona-Maßnahmen ging. Interessant ist die Erklärung der Anwälte von Facebook, warum die Löschung als notwendig erachtet wurde. Steinhöfel zitiert:
"Der Kläger schien Deutsche allein aufgrund ihrer nationalen Herkunft anzugreifen und als minderwertig zu bezeichnen. Er schien ihnen zu unterstellen, sie seien von Natur aus Sklaven und damit minderwertige Personen, die nicht in der Lage seien, ein freies und selbstbestimmtes Leben zu führen. Aus der Sicht eines objektiven, unvoreingenommenen Lesers konnten die streitgegenständlichen Posts daher jedenfalls zunächst vertretbar als Angriff auf eine Gruppe von Menschen gedeutet werden."
Wenn Löschalgorithmen den tiefgründigen Gehalt der Literatur nicht erkennen, sollten sie vielleicht nicht erst auf sie losgelassen werden. Schließlich geht es bei der Facebook-Löscherei des Heine-Zitats und bei der Löschpraxis generell um die Meinungsfreiheit, die das Grundgesetz in Artikel 5 garantiert. Sie hat auch ein Konzern aus den USA mit rechtlichen Standort in Irland einzuhalten.

Hausrecht oder Grundrechte?

Aber gilt an dieser Stelle nicht das Hausrecht? Hat Facebook nicht die Befugnis darüber zu entscheiden, was auf seiner Plattform geschieht? Diese Meinung habe lange vorgeherrscht, schreibt Steinhöfel. Er selbst sei als erster dagegen gerichtlich vorgegangen. Im Jahr 2018 erwirkte er eine vielbeachtete einstweilige Verfügung gegen Facebook (S. 16). Somit ist das "Hausrecht" von Facebook eingeschränkt, was auch durch eine ebenfalls viel zitierte Entscheidung zu einer Löschung auf YouTube bestätigt wird. Der Videoplattform, wie Facebook/Meta ein Monopolist, wurde untersagt, ein Video zu löschen, denn, so das Kammergericht Berlin (AZ 10 W 172/18):
"Eine Internetvideoplattform, die Nutzern auf der Grundlage eines Vertragsverhältnisses die Möglichkeit bietet, eigene Videoinhalte zum Abruf für Dritte einzustellen, hat bei der Anwendung ihrer Richtlinien in jedem Fall die mittelbare Drittwirkung der Grundrechte, insbesondere das Grundrecht der Nutzer auf Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG), zu berücksichtigen." (S. 41)
Mit einfachen Worten: YouTube darf nicht einfach Inhalte zensieren und damit löschen. Das besagte Video in diesem Fall stammt von Henryk M. Broder. Mehrere Fälle in dem Buch beziehen sich auf Broder und seine Kollegen von der "Achse des Guten", und deren Ansichten sind oft auch die Steinhöfels. Allerdings gilt das, was Steinhöfel über Broders oftmals umstrittene und polemisch vorgetragene Meinung schreibt, generell: "Es geht in einem Buch, das sich mit der Meinungsfreiheit befaßt, nicht um die Frage, ob Sie Broders Meinung zustimmen oder ablehnen. Das ist vielmehr vollkommen egal." (S. 41) So egal, wie die Meinung Steinhöfels bei der Bewertung seiner Arbeit gegen die "digitale Bevormundung".
Durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) und nun den Digital Services Act (DSA) hat der Staat die Zensur ausgelagert. Nun bestimmen die Digitalplattformen, was ungehindert verbreitet werden kann und was angeblich gegen die "Gemeinschaftsstandards" verstößt. Für den Staat ist es praktisch, "wenn er eine Zensur mißliebiger Meinungen einfach outsourcen kann", schreibt Steinhöfel (S. 205). Michael Meyen spricht in diesem Kontext vom "Digitalkonzernstaat":
"Wie jede Regierung möchte auch die deutsche lenken und kontrollieren, was öffentlich über

sie und über die Wirklichkeit im Land gesagt wird. Das funktioniert im Internetzeitalter nur, wenn man mit den Digitalkonzernen kooperiert. Diese Ehe wurzelt in dem Wissen, daß der Handlungsspielraum jeder Regierung von öffentlicher Zustimmung und öffentlicher Legitimation abhängt. 'Herrschaftsverhältnisse' sind heute mehr denn je 'Definitionsverhältnisse'. Macht hat der, dem es gelingt, seine Interpretation der Wirklichkeit in der Öffentlichkeit zu plazieren."

Neben der Kodifizierung von Gesetzen wie dem NetzDG oder dem DSA, funktioniert die Zusammenarbeit mit den Konzernen über den regelmäßigen Austausch. Steinhöfel nennt ein konkretes Beispiel:

"Am 2. Juni 2020 bestellten das Bundesinnenministerium (BMI) und das Bundespresseamt die Top-Lobbyisten von Google und Facebook zum vertraulichen Gespräch. Thema des Gipfels: 'Die Corona-Pandemie und die in diesem Kontext zu beobachtende Verbreitung von Fehl-, Falsch- und Desinformationen'. Das Ziel der Unterredung war den geleakten Unterlagen zufolge zu klären, 'wie der damit verbundenen Herausforderung grundsätzlich begegnet werden kann'." (S. 210)

Die Konzerne versuchten in der Coronazeit massiv, die Position des Staates vor Kritik abzuschirmen. Ein Beispiel waren die Videos der Kampagne "allesdichtmachen" auf YouTube, die zeitweise aus den Suchergebnissen entfernt wurden, bis Steinhöfel sie auf Bitte von und Mandatierung durch die Initiatoren über eine Abmahnung wieder herstellte (S. 106). Wie in diesem Fall berichtet der Anwalt im Buch fast durchgehend von seinen eigenen Anstrengungen vor Gericht. Die ist möglich, weil er bereits viele Verfahren geführt und die meisten davon gegen die Zensur der Konzerne gewonnen hat.

Exkurs in die Zensurgeschichte

Warum ist das Vorgehen von Facebook, Google und Co. eigentlich Zensur? Diese wird oft nur eingeschränkt verstanden als Vorzensur eines staatlichen Zensors, vielleicht ergänzt durch eine Nachzensur ebenfalls durch Behörden. Allerdings hat die Zensur, verstanden als Regulierung und Unterdrückung der veröffentlichten Meinung, in der Geschichte stets neue Erscheinungsformen angenommen.

Hannes Hofbauer schreibt in seinem Buch zur Zensur, daß Regierungen aber auch Medienhäuser auf den Verlust einer gewohnten Diskurshegemonie mit Publikationsverboten reagieren: "Betroffen sind Positionen, die das herrschende Narrativ in Frage stellen und gleichzeitig das Potential einer weiten Verbreitung besitzen."

Die Geschichte der Zensur, die mehr ist als ein administrativer Akt, kurz skizziert werden, insbesondere im Hinblick auf Deutschland. War Zensur zur Zeit der handschriftlichen Weitergabe von Informationen im Mittelalter noch kaum nötig, da sowohl die Zahl der Schriften als auch der Lesefähigen gering war, sah sich die Obrigkeit mit dem Aufkommen gedruckter Schriften genötigt, diese stärker zu kontrollieren.

Um 1500 herum, kurz nach der Erfindung des Drucks mit bewegten Lettern durch Gutenberg, entstanden erste Formen von Zensur damit auch die ersten Vorschriften. Grundtenor: Texte mußten vor dem Druck geprüft werden. Während der Zeit der Reformation, die auch über Flugschriften ausgetragen wurde, entstanden weitere Zensurvorschriften in den Territorialstaaten des Alten Reiches.

In der Frühen Neuzeit (ca. 1500 bis 1800) intensivierte sich der Handel über die Grenzen hinweg. Durch die Entdeckungen und den darauffolgenden Import von Rohstoffen und Produkten aus allen Teilen der Welt entstand ein Weltmarkt, der ein wachsendes Bedürfnis nach Nachrichten hervorrief. So entwickelten sich Anfang des 17. Jahrhunderts erste Zeitungen.

Die absolutistischen Herrscher dieser Zeit sahen sich gezwungen, eine verstärkte Kontrolle auszuüben, wobei zumindest die eigenen Staatsgeschäfte nicht diskutiert werden durften. Zensur war dabei zu dieser Zeit eine staatliche Vor- und Nachzensur. Da für die Vorzensur die

einzelnen Territorialstaaten zuständig waren, konnten an einem Ort im Reich Schriften gedruckt werden, die anderorts von den zuständigen Stellen konfisziert wurden.
Parallel zur staatlichen Zensur entwickelte sich auch die Selbstzensur der Schriftsteller und der Verleger, teils aus Gründen des Selbstschutzes teils aus ökonomischer Notwendigkeit. Infolge der Französischen Revolution nahmen dann einerseits die kritischen Publikationen zu und andererseits verstärkte sich das staatliche Vorgehen in vielen Ländern.
Im Vormärz also der Zeit Heinrich Heines erlebte die "bürokratische Zensur", wie sie Jérôme Seeburger in einer interessanten Studie zur "Unfreiheit der Presse" bezeichnet hat, ihren letzten Höhepunkt. Bei immer mehr Publikationen für immer mehr lesefähige Menschen stieß sie praktisch an ihre Grenzen. Sie war aus mehreren Gründen nicht mehr durch- und umsetzbar und wandelte sich im 19. Jahrhundert in eine "administrativ-materielle Zensur", womit der Staat dem aufstrebenden Bürgertum entgegenkam.
Verleger mußten, um die Konzession zur Herausgabe von Zeitungen zu bekommen, hohe Kautionen hinterlegen. Folglich konnte nur wer Geld hatte publizieren und stand gleichzeitig immer in der Gefahr, die hinterlegte Summe zu verlieren.
Was zunächst administrativ gesteuert wurde, wandelte sich mit dem Ende des Konzessionswesens gegen Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Jahrtausendwende (mit einigen Ausnahmen insbesondere in der NS-Zeit und der DDR) in eine fast ausschließlich materielle Zensur. Zwar durfte nun jeder publizieren - die Arbeiterpresse war Ende des 19. Jahrhunderts teilweise durch die Sozialistengesetze davon ausgenommen -, erforderte es erhebliche finanzielle Mittel, um genügend Journalisten, den Druck und den Vertrieb für Zeitungen und Zeitschriften bezahlen zu können.
Außerdem steuerte das Kapital durch das Anzeigengeschäft, welche Publikationen erschwinglich und in großer Auflage gedruckt werden konnten, welche breit vermarktet und welche kaum wahrgenommen wurden. Innerhalb der Medienhäuser blieb die Freiheit der einzelnen Journalisten beschränkt, von innerer Pressefreiheit konnte weder in den Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen noch in den Rundfunkanstalten die Rede sein.
Als Radio und Fernsehen entstanden, behielt sich zum einen der Staat die Vergabe von Sendelizenzen vor oder betrieb diese mittelbar selbst als öffentlich-rechtliche Anstalten. Auch der Rundfunk erforderte einen hohen Kapitaleinsatz, was beim Aufkommen des Privatfunks wiederum die Möglichkeiten für unabhängige Produzenten stark einschränkte. Er wird bis heute von den Konzernen dominiert.
Die Voraussetzungen änderten sich mit dem Internet. Sowohl Produktion und Vertrieb von Texten und Bildern als auch, mit einiger Verzögerung, die von Ton und bewegten Bildern wurde im Verlauf der ersten beiden Jahrzehnte des neuen Jahrtausends für die Allgemeinheit viel einfacher möglich als in früheren Zeiten.
Das Internet schien zunächst eine freie Kommunikation möglich zu machen. Jedoch übernahmen infolge des "Netzwerkeffekts" (und des neoliberalen Kapitalismus) die großen Technologiekonzerne die Kontrolle im Netz, da Nutzer davon profitieren, Produkte - in diesem Fall Internetdienste - zu nutzen, die von vielen genutzt werden.
Die Attraktivität steigt, je mehr Nutzer ein Angebot nutzen, während die Kosten für den Anbieter kaum steigen. So entwickeln sich Monopole. Heutzutage bestimmen Google, Facebook, Apple, Microsoft und nur wenige andere mehr, wo es langgeht. Hier setzt nun die "koordinierte Zensur von Regierungen und Social Media" im Digitalkonzernstaat an, die Thema von Steinhöfels Buch ist.

Facebooks Handlanger

Wer wie der Hamburger Anwalt gegen die Zensur der Netzwerke kämpft, der bekommt es früher oder später auch mit deren Helfern zu tun. Genauer gesagt mit den Faktencheckern, die auf Facebook und Co. im Sinne der Auftraggeber und meist letztlich der Regierungen bewer-

ten, was nicht den Fakten entspricht bzw. eher entsprechen soll. Ausführlich schildert Steinhöfel einen Fall, in dem er gegen Correctiv für Tichys Einblick vorgegangen ist. Denn hier - wie in zahlreichen anderen Fällen auch - ging es gar nicht um Fakten sondern um Meinungen, wie Steinhöfel schreibt:

"Der vermeintliche Faktencheck von Correctiv betraf eine Meinungsäußerung in Gestalt einer kritischen Stellungnahme zu Klimawandelthesen und zur wissenschaftlichen Reputation ihrer Verfasser bzw. Unterstützer. Der Beitrag wurde markiert und heruntergestuft, weil Correctiv eine andere Berichterstattung für richtig hielt. Wenn der betreffende Inhalt aber im Übrigen mit den allgemeinen Gesetzen in Einklang steht, so ist das nichts anderes als die Regulierung einer Meinung, die Correctiv nicht gefiel." (S. 176)

In der ersten Instanz gewann Correctiv, in der zweiten korrigierte das Oberlandesgericht die Entscheidung.

Es stellte fest, daß der Faktencheck eine in der Abwägung der beteiligten Interessen nicht mehr hinzunehmende Herabsetzung der journalistischen Leistung der Klägerin darstelle. Dabei würden die Äußerungen von Correctiv als Prüferin und die Einträge einfacher Nutzer - wie der Klägerin - in ein Hierarchieverhältnis gestellt, das der besonderen Rechtfertigung bedarf, wenn es sich um Meinungen handelt. (S. 176)

Neben dem Rechtsstreit gegen Correctiv beleuchtet Steinhöfel in seinem Buch auch die Hintergründe der verschiedenen Gesellschaften des Unternehmens. Dazu wirft er die Frage auf, ob alles korrekt abläuft, wenn die gemeinnützige GmbH Correctiv ihrer nicht-gemeinnützigen Tochtergesellschaft Darlehen gewährt. An diese fließen zudem die Gelder aus den Facebook-Faktenchecks. Steinhöfel sieht "Satzungs- und Rechtsverstöße en masse" und schreibt, daß Correctiv "eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit drohen könnte". Nach seiner Darstellung liegen die Gründe in den Gewinnrücklagen der gGmbH sowie in Verstößen gegen die gesetzlichen Publizitätspflichten.

Interessant sind zudem die Hintergründe der Bewertungsorganisation Newsguard, die vorgibt, die Vertrauenswürdigkeit von Internetseiten zu überprüfen. Sie war auch bei Multipolar bereits Thema. Newsguard ist eine US-Firma, deren größter Anteilseigener in den USA der Marketing-Konzern Publicis Group ist.

Dieser wiederum wird beschuldigt, mit einem Schmerzmittel Hunderttausende Menschen in die Drogenabhängigkeit getrieben zu haben. Vor diesem Hintergrund sei es äußerst fragwürdig, daß Newsguard die Zuverlässigkeit von Gesundheitsinformationen prüft, so Steinhöfel. Er nannte Newsguard auf der Achse des Guten einen "Handlanger von Big Pharma", was dem Unternehmen nicht gefiel. Es mahnte die Redaktion ab, es folgten aber keine rechtlichen Schritte.

Gleichwohl stand und steht Steinhöfel mehrfach gegen das Unternehmen vor Gericht und kann so im Buch auch einige der Hintergründe von Newsguard ausleuchten. Dabei bleibt er bei der Tatsache stehen, daß Newsguard in Deutschland faktisch nicht existiert, seine Mitarbeiterin mit dem klingenden Titel "Managing Editor & Vice President Partnerships, Deutschland & Österreich" in Irland angestellt ist.

Mindestens ebenso interessant wäre gewesen darauf hinzuweisen, daß diese an journalistischer Erfahrung kaum mehr als ein paar Praktika vorzuweisen hat. Es ist schon erstaunlich, wer sich anmaßt, über Fakten (und oft eben auch über Meinungen) ein Urteil zu sprechen, das weitreichende Folgen für die Reichweite von Medien haben kann.

Steinhöfels Verdienste und Auslassungen

Der erfahrene Anwalt Steinhöfel kann viele Beispiele der Zensur durch die Konzerne aufzählen. So wurde 2018 eine Petition an den Bundestag als Haßrede entfernt, das Gleiche geschah mit einem Ausschnitt aus der ARD-Serie "Entweder Broder - Die Deutschland-Safari", die angeblich den Holocaust verharmloste.

YouTube löschte ein Video von Broder und Twitter ging auch in Deutschland gegen Berichte vor, die kurz vor der US-Präsidentschaftswahl 2020 Beweise für Hunter Bidens Drogenkonsum, Besuche bei Prostituierten und illegale Geschäfte präsentierten. In diesen Fällen unterlagen am Ende die Konzerne. Im Buch werden insgesamt 25 Fälle vorgestellt, mehr sind auf der Website von Steinhöfel nachzulesen.

Deutsche Gerichte haben immer wieder bestätigt, daß Facebook, Twitter und Co. die Meinungsfreiheit eingeschränkt haben. Die Konzerne sitzen gleichwohl am längeren Hebel, geht doch nur ein Bruchteil derer gegen die Verstöße gegen die Meinungsfreiheit vor und selbst wenn diese dann vor Gericht festgestellt werden, ist oft viel Zeit vergangen und der konkrete Beitrag auf dem Netzwerk, der wiederhergestellt wurde, hat keine Relevanz mehr.

Außerdem haben die Konzerne viel mehr Geld und Ressourcen, um ihre Position vor den verschiedenen Instanzen zu vertreten. Dafür aber kann Joachim Steinhöfel nicht. Sein Verdienst liegt zweifellos darin, einen Weg gefunden zu haben, wie gegen die Machenschaften der Konzerne vorgegangen werden kann.

Ob dies nachhaltig die Meinungsfreiheit befördert, ist angesichts der verschiedenen Versuche der EU, diese weiter einzuschränken, allerdings fraglich.

Steinhöfel selbst steht der Achse des Guten und damit dem liberal-konservativen politischen Spektrum nahe. Er selbst stellt klar, wie oben zitiert, daß die politische Meinung bei der Frage der Meinungsfreiheit keine Rolle spielen soll. Daß sie immer mitschwingt, davon zeugt auch sein Buch. Die Beispiele stammen zumeist aus dem politischen Spektrum, dem er auch selbst angehört, oder aus der Corona-Maßnahmenkritik. Das ist logisch und es dürfte davon auszugehen sein, daß eher linke Journalisten, Medien oder Nutzer der Netzwerke nicht gerade ihn beauftragen würden.

Schon deshalb kann er kaum aus eigener Anschauung und Praxis vor Gericht von Einschränkungen der Meinungsfreiheit aus diesem anderen politischen Spektrum berichten. Klar ist: Wer den Klang von israelischem Artilleriefeuer in Richtung Gaza "liebt", wie Steinhöfel vergangenen Herbst auf X/Twitter schrieb, der schreckt Aktivisten ab, deren pro-palästinensische Beiträge gelöscht werden.

Daß Meta seine Löschpraxis auf die Interessen der israelischen Regierung ausrichtet, konnte dabei Ende 2023 nachgewiesen werden. Daß linke Medien wie die junge Welt von Facebook zensiert wurden oder die Reichweite der Nachdenkseiten eingeschränkt wurde soll hier beispielhaft erwähnt werden, es findet im Buch nicht statt.

Es soll schließlich keineswegs bestritten werden, daß Haß und Hetze in den sozialen Netzwerken weit verbreitet sind. Aber Haß und Hetze sind schwammige Floskeln. Es müsse dem Bürger klar sein, was verboten ist, schreibt Steinhöfel und verweist auf die einschlägige Strafbarkeit von Beleidigung, Verleumdung oder übler Nachrede. Maßnahmen, die angeblich der Eindämmung der Verrohung im zwischenmenschlichen Umgang dienen sollen, schlagen derweil in Zensur um.

Steinhöfels Buch zeigt davon einen Ausschnitt. Es ist gut lesbar - trotz einiger Versäumnisse des Lektorats, das unnötige Wiederholungen ebenso durchgehen ließ wie unterschiedliche Zitierweisen. Daß Steinhöfel zuweilen zur Polemik neigt und von sich selbst überzeugt ist, ist sein Markenzeichen. Wenn man das hinnimmt oder einfach ignoriert, bietet das Buch einigen Erkenntnisgewinn und beleuchtet auf populäre Weise einen Bereich der zeitgenössischen Zensur, der große Ausmaße angenommen hat. Der Anwalt Steinhöfel hat bewiesen: Gegen die Konzerne und ihre internationalen Großkanzleien können Verfahren gewonnen werden. Immer wieder.

Joachim Steinhöfel, Die digitale Bevormundung. Wie Facebook, X (Twitter) und Google uns vorschreiben wollen, was wir denken, schreiben und sagen dürfen, Finanzbuch Verlag, 224 Seiten …

Über den Autor: Helge Buttkereit, Jahrgang 1976, hat sein Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Journalistik mit einer Arbeit zu "Zensur und Öffentlichkeit in Leipzig 1806-1813" abgeschlossen. Nach journalistischen Tätigkeiten bei verschiedenen Medien und Buchveröffentlichungen über die Neue Linke in Lateinamerika arbeitet er aktuell in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 1. August 2024 (x1.394/…): >>**RKI-Protokolle: Es hätte "einen lauteren Aufschrei geben müssen"**

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Widersprüchliche Aussagen zu Impfwirksamkeit: Robert Koch-Institut weicht Fragen aus / Gesundheitsministerium "verbittet" sich "Unterstellungen der Täuschung der Öffentlichkeit" / Arzt bezeichnet RKI-Verhalten als "beschämend"

Eine Passage in den vor kurzem enthüllten Protokollen des Robert Koch-Instituts (RKI) wirft die Frage auf, ob der damalige RKI-Präsident Lothar Wieler, der ehemalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sowie der derzeitige Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) in der Diskussion um 2G/-3G-Regeln und Impfpflicht die Öffentlichkeit bewußt über die tatsächliche Wirksamkeitsdauer der COVID-19-Impfstoffpräparate getäuscht haben. Multipolar-Nachfragen an RKI, Gesundheitsministerium sowie an zwei Schlüsselpersonen wurden entweder nicht oder ausweichend beantwortet.

Im Protokoll vom 5. November 2021 ist die Feststellung einer Mitarbeiterin der RKI-Fachgruppe 17 (Influenzaviren & weitere Viren des Respirationstraktes) dokumentiert, daß bei Impfungen gegen Infektionen des Respirationstrakts nur in einem Zeitraum von zwei bis acht Wochen nach der Verabreichung ein guter Schutz vor Ansteckungen besteht.

Mit dem Abfall lokaler neutralisierender Antikörper im Nasenrachenraum nach diesem Zeitraum sei der Schutz vor Infektionen "deutlich geringer". Die Mitarbeiterin wies darauf hin, daß eine damals aktuelle Studie aus Großbritannien diese Wirksamkeitsdauer auch für die COVID-19-Impfstoffpräparate bestätigt. Man solle dementsprechend "sehr vorsichtig" mit der Aussage sein, daß Impfungen vor jeglicher Infektion schützen. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur Impfung treffe dies immer weniger zu.

In der nachfolgenden Diskussion kamen laut Protokoll die Fragen auf, ob 2G oder 3G "noch ein Schutzkonzept (sei), das empfohlen werden kann", und ob der Ausschluß geimpfter Kontaktpersonen von der Quarantäne noch gerechtfertigt ist. Der damalige RKI-Präsident Wieler beendete dem Protokoll zufolge die Diskussion mit dem Argument, die Kommunikation könne nicht geändert werden. Dies würde "große Verwirrung" hervorrufen. Doppelt Geimpfte wieder in Quarantäne zu schicken, sei "nicht vermittelbar".

Auf die Anfrage, ob Wieler damit gegen den Auftrag des RKI verstoßen habe, wissenschaftliche Erkenntnisse als Basis für gesundheitspolitische Entscheidungen zu erarbeiten und die Öffentlichkeit zu informieren, reagierte die oberste Gesundheitsbehörde zunächst nicht. Erst nach dem Hinweis, daß sie gegenüber Presseanfragen auskunftspflichtig ist, verwies die Pressestelle des RKI auf eine im Internet veröffentlichte Stellungnahme, die keinerlei Bezug zu der gestellten Frage hat.

Statt dessen bezeichnete die Pressesprecherin die Anfrage von Multipolar als eine "Reihe von falschen Behauptungen sowie Mutmaßungen und Wertungen, denen es an Tatsachengrundlagen und zulässigen Folgerungen mangelt".

Auch das Bundesgesundheitsministerium reagierte erst nach Hinweis auf die Auskunftspflicht auf die Anfrage, wie es die Entscheidung begründet, die Öffentlichkeit nicht über die kurze Wirksamkeitsdauer der COVID-19-Impfungen informiert zu haben, obwohl das Wissen darüber beim RKI vorlag.

Die Pressestelle verwies auf eine Antwort des Ministeriums auf eine Kleine Anfrage der AfD vom Juni 2024 sowie auf Antworten auf schriftliche Fragen der Bundestagsabgeordneten aus

den Jahren 2021 und 2023. Sämtliche Verweise hatten keinerlei inhaltlichen Bezug zu der Presseanfrage von Multipolar. Statt dessen machte die Pressestelle deutlich, daß sie sich "ausdrücklich Unterstellungen der Täuschung der Öffentlichkeit" verbitte. Anfragen von Multipolar an den ehemaligen Gesundheitsminister Spahn sowie an die RKI-Mitarbeiterin, die laut Protokoll auf die kurze Wirksamkeitsdauer der COVID-19-Impfstoffpräparate hingewiesen hatte, blieben unbeantwortet.
Der Mediziner Christian Berus bezeichnete auf Anfrage von Multipolar die Entscheidung Wielers, die Kommunikation nicht zu ändern, als "beschämend". Zudem zeigte er sich überrascht, daß sich in den Protokollen des RKI gleiche Kritikpunkte wiederfänden, wie sie auch die Vereinigung "Ärzte stehen auf" angeführt hatte. "Trotzdem hätte es einen lauteren Aufschrei geben müssen", kritisierte der Facharzt für Anästhesie.
Denn die damaligen Erkenntnisse seien kein "Hexenwerk", sondern "schlichtweg medizinische Logik aus den Studienzeiten" gewesen. Berus ist einer von knapp 400 Unterzeichnern eines an den Bundestag und die Bundesregierung gerichteten offenen Briefes, der bereits im Dezember 2021 auf den "geringen Nutzen" und die "noch unklaren Risiken durch die COVID-Impfungen" hinwies.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. August 2024 (x1.393/…):
>>**Geheimdienste: Kuhle für Informationsstopp bei AfD-Wahlerfolg**
Konstantin Kuhle, stellv. Fraktionsvorsitzender der FDP, hält es für ratsam, daß die AfD im Falle eines Wahlerfolges in den Ländern nicht automatisch über alle geheimdienstlichen Erkenntnisse informiert wird.
"Wenn wir es zulassen, daß nachrichtendienstliche Informationen an die AfD gegeben werden, dann kann man sie auch gleich an Wladimir Putin geben", sagte Kuhle am Donnerstag den Sendern RTL und ntv. "Und deswegen muß man sich auch auf ein solches Szenario vorbereiten."
Die AfD sei ein Sicherheitsproblem für Deutschland. "Das hängt mit ihrer rechtsextremen Gesinnung zusammen. Das hängt aber vor allen Dingen auch damit zusammen, daß die AfD der verlängerte Arm autoritärer Regime wie Rußland, wie China in Deutschland ist", so Kuhle weiter.
Einem Bericht des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" zufolge bereitet sich der Verfassungsschutz auf mögliche Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland vor. Sollte es zu einer Regierungsbeteiligung der AfD kommen, solle der Informationsaustausch mit dem betreffenden Landesamt gekappt werden, schreibt das RND.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. August 2024 (x1.393/…):
>>**Verfassungsschutz würde bei AfD-Regierung Informationsfluß kappen**
Sollte die AfD nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen an einer der drei Landesregierungen beteiligt sein, würde das jeweilige Landesamt für Verfassungsschutz vom Informationsfluß der anderen Verfassungsschutzämter abgeschnitten.
Das berichtet das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Donnerstagausgaben) unter Berufung auf Sicherheitskreise im Bund und in den Ländern. Eine entsprechende Entscheidung sei bereits getroffen worden, hieß es. Es besteht die Sorge, daß die AfD im Falle einer Regierungsbeteiligung Erkenntnisse eines Landesamtes für Verfassungsschutz an den Bundesverband oder andere Landesverbände weitergeben könnte.
Diese könnten dann darauf reagieren. Insofern sei ein Stopp des Informationsflusses nur logisch, hieß es in den Sicherheitskreisen weiter. In Sachsen und Thüringen gilt die AfD der Behörde zufolge als gesichert rechtsextrem, in Brandenburg als rechtsextremistischer Verdachtsfall. Thüringens Verfassungsschutz hat den Landesverband der AfD einem Bericht zufolge zuletzt sogar als "kämpferisch-aggressiv" eingeordnet.
In Sachsen und Thüringen war die AfD in Umfragen zuletzt jeweils stärkste Partei. Das glei-

che gilt für Brandenburg. Hier war der Abstand zu den folgenden Parteien aber geringer. In Sachsen könnte eine Regierungsbeteiligung der AfD den Umfragen zufolge durch eine Zusammenarbeit von CDU und BSW verhindert werden. In Thüringen bräuchte diese Konstellation dafür aktuell zudem die SPD oder die Linke als Koalitionspartner. Bei der Regierungsbildung in Brandenburg wären derzeit Koalitionen von SPD und CDU möglich, die entweder das BSW oder die Grünen als dritten Partner benötigen würden.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. August 2024 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Betreff: Endloser Terror der Antichristen: Luthers Reformation**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Luthers 95 Thesen erschütterten im Jahre 1517 die römisch-katholische Kirche in ihren Grundfesten

Der Augustiner-Mönch Martin Luther (1483-1546) heftete am 31. Oktober 1517 (ein Tag vor dem Allerheiligenfest) einen Bogen mit 95 Thesen an die Schloßkirche zu Wittenberg. Da Prof. Luther nicht beabsichtigte, zum Kampf der Deutschen gegen die römisch-katholische Kirche aufzurufen, schrieb er seine Streitschrift gegen die kirchlichen Mißstände in lateinischer Sprache. In Wittenberg gab es deshalb zunächst keinen Aufstand, aber die Streitschrift wurde sehr schnell ins Deutsche übersetzt und in vielen Exemplaren verbreitet. In weniger als 2 Monaten sprachen bereits fast alle europäischen Theologen über die 95 Thesen des sächsischen Mönches.

Luthers religiöse Streitschrift über wahre Buße, Ablaßhandel und andere Mißstände erschütterte im Jahre 1517 die römisch-katholische Kirche in ihren Grundfesten.

Luther beabsichtigte mit seinem Thesenanschlag am sog. Reformationstag eigentlich keine Glaubens- bzw. Kirchenspaltung. Sein ursprüngliches Ziel war es, die kirchlichen Mißstände zu bekämpfen. Luther geißelte damals vor allem:

1). Die überall bekannte Verschwendungssucht des Papstes.

2). Die Art der kirchlichen Geldbeschaffung: Geldleihe (der Papst mißachtete damals persönlich das kirchliche Zinsverbot und beteiligte sich indirekt an Finanzgeschäften).

3). Den gewissenlosen Ablaßhandel: Freikauf von Sündenstrafen ("Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Fegefeuer in den Himmel springt"). Im Deutschen Reich mietete z.B. das mächtige Bank- und Handelshaus Fugger den gesamten Ablaßhandel von der katholischen Kirche. Der Bau des weltberühmten Petersdoms in Rom wurde zum Teil aus den Einnahmen des Ablaßhandels finanziert.

4). Disziplin- und Sittenlosigkeit: Im Verlauf der Jahrhunderte hatten sich die Angehörigen aller Mönchsorden zu puren Müßiggängern entwickelt.

Der Protestantismus breitet sich in fast allen Ländern Mittel-, Nord- und Westeuropas aus

Neben Luther kämpften zahlreiche Reformatoren gegen die kirchlichen Irrlehren und für eine Erneuerung der römisch-katholischen Kirche. Bekannte Reformatoren waren damals u.a. Ulrich Zwingli und Johannes Calvin.

Der Protestantismus breitete sich zuerst in Deutschland, in Nordeuropa und in Schottland aus. Alle Länder West- und Mitteleuropas, außer Griechenland, wurden später von der Reformation erfaßt. In einigen europäischen Ländern (England, Dänemark, Schweden und Norwegen) ging es zunächst weniger um die Religion, sondern hauptsächlich um die Enteignung und Beschlagnahmung des großen Kirchenvermögens. Viele deutsche Fürsten nutzten damals die Glaubenskämpfe, um sich von der ständigen Vormundschaft der arroganten und ungeliebten römisch-katholischen Habsburger zu befreien.

Durch die Reformation verlor die römisch-katholische Kirche vorübergehend ihre bisherige Rolle als absolute Alleinherrscherin, denn die protestantische Bewegung entwickelte sich

schon bald zu einem starken Gegner. Je weiter sich die protestantische Kirche ausweitete, desto größer wurde die Gefahr für die römisch-katholische Kirche, die geistliche und weltliche Vormachtstellung zu verlieren.
Viele eigensinnige und kompromißlose Theologen der lutherischen und calvinistischen Lehren zersetzten in den deutschen Staaten jedoch frühzeitig die Einheit des evangelischen Glaubenskampfes und erleichterten dadurch später die römisch-katholische Gegenreformation.
Der religiösen Kirchenspaltung folgten schließlich erbitterte Religionskriege, die vor allem für das deutsche Volk furchtbares Leid, Tod und Verderben bringen sollten.

Ablaßhandel der römisch-katholischen Kirche

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Ablaßhandel der katholischen Kirche (x331/369-371): >>**Ablässe für Lebende und Tote**
Kam es so auch zu den verschiedensten Transaktionen zwischen Vatikan und Fugger, wurde die breite Öffentlichkeit doch am meisten durch den Ablaßhandel mißbraucht. Dabei wußte man auch die Ärmsten, die besitz- und beinah geldlosen Massen zu gängeln und wenigstens ihre Arbeitskraft zu kapitalisieren, etwa bei der Errichtung von Kirchen, besonders von großen, wie bei der Vollendung des Freiburger Münsters, wozu man Arbeiter zu unentgeltlicher Dienstleistung selbst aus fernen Gegenden bekam. Ebenso gab es die begehrten Gnaden für das Sand- und Steineschleppen beim Klosterbau. Oder für Mithilfe - selbst an Sonn- und Feiertagen - bei Festungsbauten. …

Fortschritte beim Ablaßbetrug und Folgen

Im späteren Mittelalter stiegen die Gnadenschätze allmählich immer steiler an, die geringen Gewinne früherer Zeiten zogen nicht mehr. So steigerte man sie.
Ein Gebet für den König von Frankreich, das Mitte des 13. Jahrhunderts unter Innozenz IV. 10 Tage Ablaß einbrachte, ergab hundert Jahre später unter Klemens VI. bereits 100 Tage. Ein noch relativ bescheidener Anreiz gewiß, doch bahnte sich eine inflationäre Entwicklung an.
Insbesondere waren mit der Visite vieler Kirchen Ablässe verbunden. Und hatte der päpstliche Legat Peraudi im Anfang des 16. Jahrhunderts für jede der Reliquien in der Schloßkirche zu Wittenberg - sie lagen dort bekanntlich tausendweise - 100 Tage Ablaß gespendet, machte Papst Leo X. aus den 100 Tagen für jede Partikel gleich 100 Jahre. Und für jede Reliquie in Halle verlieh er 4.000 Jahre. …<<

Der Papst verhängt den Kirchenbann gegen Martin Luther

Luther erklärte im Jahre 1520 in seiner Schrift "Von der Freiheit eines Christenmenschen" (x242/195): >>Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemanden untertan. ... Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan. ... Ein jeglicher Christenmensch ist zweierlei Natur, geistlicher und leiblicher. ...
Also hilft es der Seele nichts, ob der Leib heilige Kleider anlegt, wie Priester und Geistliche tun; auch nicht, ... ob er leiblich bete, faste, wallfahre und alle guten Werke tue. Es muß noch etwas anderes sein, was der Seele Freiheit bringt. ...
Die Seele hat kein ander(es) Ding ... darinnen sie lebe, fromm, frei und christlich sei, (als) das heilige Evangelium, das Wort Gottes. ... Wo sie das Wort hat, bedarf sie keines andern Dings mehr. ...<<
Papst Leo X. (1475-1521, Papst seit 1513, stammte aus der Familie Medici) sprach am 15. Juni 1520 den Bann wegen Ketzerei gegen Martin Luther aus (x217/151): >>(Luther gehört zu denen), die nach dem alten Verfahren der (Ketzer) sich auf ihre eigene Weisheit verlassen (und) die durch stolzen und weltlichen Vorwitz nach Ruhm trachten und entgegen der Lehre des Apostels mehr wissen wollen als gut ist. ...
Kein Verständiger kann sich der Erkenntnis verschließen, wie sehr diese Irrtümer verderblich sind, wie sehr sie schließlich gegen jede Liebe und Ehrfurcht gegenüber der heiligen und rö-

mischen Kirche, der Lehrerin des Glaubens, wie sehr sie auch gegen den (Kern) der kirchlichen Disziplin, den Gehorsam (verstoßen). ...<<

Luther verbrennt öffentlich die päpstliche Bannbulle

Luther ließ sich durch den Kirchenbann jedoch nicht einschüchtern, sondern er verbrannte im Dezember 1520 öffentlich die päpstliche Bannbulle (x217/151): >>Scheidet euch von ganzem Herzen von der päpstlichen Tyrannei; sonst könnt ihr die Seligkeit nicht erlangen. Des Papstes Herrschaft verträgt sich so wenig mit dem Reich Christi und mit christlichem Leben, daß es besser wäre, in der Wüste zu leben, als in einem solchen Reich des Antichristen zu sein. ...<<

Luther, der bereits vom Papst als Ketzer gebannt war, verteidigte seine Thesen im Jahre 1521 auf dem Reichstag zu Worms und verweigerte jeden Widerruf.

Anstatt zu widerrufen, antwortete Luther am 18. April 1521 vor der Versammlung (x194/17-18): >>... Sofern ich nicht durch das Zeugnis der Heiligen Schrift oder vernünftige Gründe überwunden werde – denn weder dem Papst noch den Konzilien allein vermag ich zu glauben, da es feststeht, daß sie wiederholt geirrt und sich selbst widersprochen haben -, so bin ich gebunden durch die Stellen der Heiligen Schrift, auf die ich mich stütze, und ist mein Gewissen in Gottes Wort gefangen.

Widerrufen kann und will ich nichts, da gegen das Gewissen zu handeln weder ungefährlich noch redlich ist.

Ich kann nicht anders, hier stehe ich, Gott helfe mir! Amen.<<

Luther und seine Anhänger wurden danach von Kaiser Karl V. geächtet (Wormser Edikt), um ein weiteres Ausbreiten der Lehre zu verhindern.

Kurfürst Friedrich III. (1463-1525, der Weise, Beschützer aber kein Anhänger Luthers) ließ Luther damals während der Rückreise durch seine Soldaten entführen und gewährte ihm danach Asyl auf der Wartburg in Sachsen, wo er in den folgenden Jahren die Bibel und andere Schriften übersetzte.

Ritter- und Bauernaufstände

Von 1523-1525 erschütterten Ritter- und Bauernaufstände Deutschland. Erstmalig in der deutschen Geschichte entwickelten sich massenhafte Volksaufstände gegen die einheimischen Fürsten.

Im Jahre 1522/23 wehrten sich die rheinischen und schwäbischen Reichsritter gewaltsam gegen den sozialen Abstieg und forderten die Aufteilung der großen katholischen Güter und Bistümer.

Der deutsche Reichsritter Franz von Sickingen (1481-1523) wurde im Jahre 1523 mit seinem Heer bei Trier entscheidend geschlagen und fiel anschließend bei der Belagerung seines Schlosses Landstuhl. Danach wurden die Geheimbünde der Bauern in Südwest- und Mitteldeutschland aktiv.

Luther kritisierte im Jahre 1523 in seiner Schrift "Von weltlicher Obrigkeit" die Gewaltherrschaft einiger deutscher Fürsten (x176/34): >>... Man wird nicht, und kann nicht, man will nicht eure Tyrannei und euren Mutwillen länger leiden.

Liebe Fürsten und Herren, lernet euch danach zu richten, Gott will's nicht länger haben. Es ist jetzt nicht mehr eine Welt wie vorzeiten, da ihr die Leute wie das Wild jagtet. Darum laßt ab von eurem Frevel und eurer Gewalttat. ...<<

Luthers Kritik an der römisch-katholischen Kirche und den deutschen Fürsten weckte vor allem bei den rechtlosen und unterdrückten Bauern völlig falsche Hoffnungen. Die Aufstände der Bauern und Ritter wurden zusätzlich durch radikale Priester und Sektenführer ("Täufer und Schwärmer") begünstigt, die damals überall die Bevölkerung aufwiegelten.

Ende Februar 1525 erläuterten die Memminger Bauern in 12 Artikeln ihre Forderungen.

Der deutsche Historiker Peter Blickle schrieb später über die Forderungen der Memminger

Bauern (x244/622): >>Die Zwölf Artikel erschöpften sich nicht in der Negation, in der Abwehr und Zurückdrängung herrschaftlicher Ansprüche, sie waren revolutionär in zweifacher Hinsicht; konkret durch den Leibeigenschafts-, Zehnt- und Pfarrerwahlartikel, grundsätzlich durch die Inanspruchnahme des Evangeliums als gesellschafts- und herrschaftsgestaltendes Prinzip.
Revolutionären Charakter hatte zweifellos – zumindest in weiten Teilen Oberschwabens – die Forderung nach uneingeschränkter Aufhebung der Leibeigenschaft, weil sich die Feudalherrschaft als Dorf- und Ortsobrigkeit in starkem Maße auf die Leibherrschaft stützte, aus der unter Umständen die Steuerhoheit, die Wehrhoheit und die Gerichtshoheit abgeleitet werden konnten. Wenn die Leibherrschaft fiel, brach eine wesentliche, ja in bestimmten Gebieten die entscheidende Stütze adeliger und geistlicher Herrschaft zusammen. ...<<
Martin Luther lehnte Anfang Mai 1525 jegliche persönliche Mitverantwortung für die Gewalttaten der aufständischen Bauern ab (x194/23): >>Etliche geben dem Evangelium die Schuld und sprechen, dies sei die Frucht meiner Lehre. ... Jedermann muß mir Zeugnis geben, daß ich in aller Stille gelehrt habe, heftig wider Aufruhr gestritten ... die Untertanen vermahnt mit höchstem Fleiß, so daß dieser Aufruhr nicht kann aus mir kommen, sondern die Mordpropheten ... sind unter diesen Pöbel gekommen. ...<<
Der Theologe und Revolutionär Thomas Müntzer schrieb im Jahre 1525 (x213/79): >>**Die reine Furcht Gottes zuvor!**
Liebe Brüder, wie lange schlaft ihr? - Wollt ihr nicht um Gottes willen leiden, so müßt ihr des Teufels Märtyrer sein. Darum hütet euch, seid nicht verzagt, nachlässig; schmeichelt nicht den gottlosen Bösewichtern; fangt an; streitet den Streit des Herrn.
Das ganze Deutsch-, Französisch- und Welschland ist bewegt; zu Fulda sind in der Osterwoche vier Stiftskirchen verbrannt: die Leute im Klettgau, Hegau und Schwarzwald sind auf 300.000 stark.
Nun dran, dran, dran, es ist Zeit. Die Bösewichter sind verzagt wie Hunde. Laßt nicht euch erbarmen, ob auch der Esau gute Worte gebe! Seht nicht an den Jammer der Gottlosen!
Dran, dran, dran, dieweil das Feuer heiß ist. Laßt euer Schwert nicht kalt werden von Blut. Schmiedet pinkepank auf dem Amboß, werfet ihnen den Turm zu Boden! Dies sagt Gott: Ihr sollt euch nicht fürchten; ihr sollt diese große Menge nicht scheuen! …<<...
Nach ersten Anfangserfolgen zogen die aufgebrachten Bauernhorden im Jahre 1525 überall plündernd und raubend durch das Land. Zahlreiche Burgen, Klöster und große Güter wurden von den disziplinlosen Horden in Brand gesetzt und gingen in Flammen auf. In jener Zeit ließ Luther die Bauern, die wie nie zuvor um ihre Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit kämpften, im Stich.
Luther, der die Bauernaufstände indirekt verursacht hatte, hielt den bewaffneten Aufstand der Bauern gegen die Obrigkeit für eine Sünde. Er forderte deshalb die deutschen Fürsten Ende Mai 1525 öffentlich auf, die Bauernaufstände mit allen Mitteln niederzuschlagen und keine Gnade zu zeigen.
In seiner Schrift "Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern" schrieb Luther im Mai 1525 (x194/23, x255/153): >>Ehe ich mich umsehe, fahren die Bauern mit ihrer Faust drein, rauben und toben und tun wie die rasenden Hunde. Jetzt muß ich anders von ihnen schreiben.
Zum ersten: sie haben ihrer Obrigkeit geschworen, untertänig und gehorsam zu sein. ... Weil sie aber diesen Gehorsam brechen, ... haben sie verwirkt Leib und Seele.
Zum andern: sie richten Aufruhr an, rauben und plündern Klöster und Schlösser, die ihnen nicht sind. Damit verschulden sie zwiefältig den Tod an Leib und Seele.
Zum dritten: sie decken solche schreckliche, greuliche Sünde mit dem Evangelium, wodurch sie die allergrößten Gotteslästerer werden. ...

So soll nun die Obrigkeit hie getrost weitergehen und mit gutem Gewissen dreinschlagen. Denn ... die Bauern haben böse Gewissen und unrechte Sache.<<
>>... Drum soll hie zuschmeißen, würgen und stechen, heimlich oder öffentlich, wer da kann, und gedenken, daß nichts Giftigeres, Schädlicheres, Teuflischeres sein kann, denn ein aufrührerischer Mensch. ... Solch wunderliche Zeiten sind jetzt, daß ein Fürst den Himmel mit Blutvergießen verdienen kann, besser denn andere mit beten. ... Hier spreche ein jeglicher fromme Christ: Amen.
Denn das Gebet ist recht und gut und gefällt Gott wohl, das weiß ich.<<
Ein Zeitzeuge berichtete damals über die Niederschlagung des Bauernaufstandes bei Sulzdorf in Franken (x122/219): >>Und da das Schlachtfeld weit und eben war, verfolgten die Reisigen (berittene Söldner) sie und hieben auf sie ein, bis über 5.000 der Bauern erschlagen waren. Das Feld lag allenthalben voller Toten. ... Etliche Reisige hatten bis zu 60 Bauern gefangen, die zu zurückführten und brandschatzen wollten, aber die wurden bei den Haufen der Bauern alle auf einem Haufen erstochen. ...<<
Eine zeitgenössische Chronik berichtete später über die Niederschlagung des Bauernaufstandes in Franken (x242/199): >>Am Morgen, 29. Mai ist Hans Krelein, Pfarrer zu Wernitz mitsamt 4 Bauern enthauptet worden zu Leutershausen. Es seien auch ihrer 7 die Finger abgehauen worden. Zu Neustadt an der Aisch (hat man) 18 Bürger und Bauern enthauptet. Zu Kitzingen hat man ihrer 58 die Augen ausstechen lassen und dazu die Stadt verboten.
Am Freitag, 2. Juni sind bei Königshofen 4.000 Bauern erschlagen worden, darunter 122 Bürger von Mergentheim, unter denen 7 Priester waren. ...
Am Montag nach Pfingsten sind durch die (Truppen des "Schwäbischen Bundes") bei Sulzdorf bei 8.000 Bauern erschlagen. ...
In allen solchen Schlachten sind (von) den Bündischen nicht mehr als 150 umgekommen.
Am 28. Juni ist Markgraf Kasimir hier zu Rothenburg eingeritten mit 500 Pferden, 1.000 Knechten zu Fuß. ... Am 20. Juni sind hier zu Rothenburg ausgezogen 500 bündische Fußknechte, haben sich geteilt in zwei Haufen. Der erste ist gezogen in das Dorf Ohrenbach. ... Der andere Haufen ist nach Brettheim gezogen, ... haben daselbig auch geplündert, etliche erstochen, ... haben die Kirche samt dem Dorf niedergebrannt, 600 Stück Vieh erbeutet. ...
Am 30. Juni wurden in der Stadt Rothenburg verlesen etliche Bürger die man zur Stund enthauptet; ihrer zehn. ... Die Körper ließ man den ganzen Tag auf dem Markt liegen.
Am Samstag danach hat man 15 (Menschen) auf dem Markt enthauptet, nämlich (den Prediger) Dr. Teuschlein, den Wirt von Ohrenbach ...<<
Straßburger Gesandte berichteten im Mai 1525 über ein Gemetzel an etwa 20.000 unbewaffneten Bauern und Bürgern der Stadt Zabern im Elsaß (x122/219): >>... Vor der Stadt Zabern, draußen, ein gutes Stück Weg weit, lag es voll erstochener Bauern und dann in der Stadt über und über. Auf den Gassen und in den Häusern lag es voll erstochener Bauern und Bürger. An etlichen Enden lagen sie sehr dick übereinander und in etlichen Häusern in großer Zahl und unter den Toren so viel, daß wir nur mit Mühe über sie ritten. Und sie wurden unter den Toren sehr von den Pferden zertreten. ...<<
Der deutsche Historiker Hans-Jürgen Goertz berichtete später über die Schlacht bei Frankenhausen im Mai 1525 (x244/624-625): >>Der Haufen von Frankenhausen war stark, über siebentausend Aufständische waren zusammengeströmt, er war wohlgeordnet und diszipliniert, wenngleich bedrängt und uneins über die militärische Strategie.
Müntzer war für wenige Tage sein Führer geworden. Lange konnte er sich seiner Rolle aber nicht erfreuen.
Bereits am 14. Mai rückten die Truppen Philipps von Hessen heran, die zuvor die Bauern bei Fulda geschlagen und den Aufstand im eigenen Territorium aufgerieben hatten. Das Heer ließ sich nach längerem Tag- und Nachtmarsch vor Frankenhausen sehen und wurde von den Auf-

ständischen zurückgeworfen.
Das steigerte den Siegesmut im bäuerlichen Lager. Allein konnten die Hessen offensichtlich nichts ausrichten, sie mußten auf den Zuzug der sächsischen Truppen warten, die sich von Leipzig her in Bewegung gesetzt hatten und erst am nächsten Tag zur Stelle waren.
Die Aufständischen waren auf dem Hausberg bei Frankenhausen, am Fuße des Kyffhäuser, aufgezogen und bauten in strategisch günstiger Lage eine Wagenburg.
Die fürstlichen Heere umzingelten die Stadt und rückten den Bauern von verschiedenen Seiten bedrohlich nahe.
In dieser bedrohlichen Situation brachen offensichtlich die alten Meinungsverschiedenheiten unter den Aufständischen wieder auf: die Gemäßigten wollten verhandeln, schon vorher hatten sie ihre Fühler ausgestreckt, um einen günstigen Abzug zu erreichen, die Radikalen wollten zum Angriff übergehen.
Es kam tatsächlich zu Verhandlungen, die Fürsten forderten jedoch die Auslieferung des "falschen Propheten Thomas Müntzer samt seines Anhangs lebendig". Darüber wurde am Fuß jenes Berges beraten, der bald zum Schauplatz der Schlacht werden sollte.
Der bäuerliche Haufen tat sich schwer zu einer Entscheidung zu finden; er war hin- und hergerissen, Müntzer erinnerte die Aufständischen in einer bewegenden Predigt daran, daß sie nicht den eigenen, sondern Gottes Kampf führten, ja, daß Gott selber ihnen zu Hilfe kommen werde – und in diesem Augenblick erschien um die Sonne ein farbiger Hof, ein Sonnenhalo. Müntzer wies auf diese seltene, einem Regenbogen ähnelnde Erscheinung, das Zeichen des Bundes, und deutete das Naturereignis als göttliche Ankündigung des Sieges in bedrängter Lage. Das flößte allen Mut ein und stärkte die Entschlossenheit zum Kampf.
Doch unmittelbar darauf, ohne das Ergebnis der Beratung abzuwarten, schlugen die Fürstenheere los, so schnell und hinterhältig, daß die Bauern es mit der Angst zu tun bekamen und auseinander stoben. Die Söldner setzten nach, schlugen und würgten und verfolgten die Flüchtenden bis in die Stadt hinein, sie hieben und stachen, schlugen und würgten: ein fürchterliches Gemetzel. Blutgetränkt war die Erde vor der Stadt, Blut floß in den Gassen. ...
Über sechstausend Aufständische wurden getötet, die Fürstenheere verloren nur sechs Mann. Die Schlacht unter dem Regenbogen, dem Symbol göttlichen Beistands wurde zum Verhängnis für den "gemeinen Mann".<<
Von März bis Juli 1525 schlugen die militärisch überlegenen deutschen Fürstenheere die Bauernaufstände gnadenlos nieder. Nach der gescheiterten Bauernrevolution für Freiheit und Gleichheit nahmen die deutschen Landesherren furchtbare Rache. Sämtliche Anführer der Bauern endeten unter dem Beil des Henkers, wurden fürchterlich verstümmelt oder des Landes verwiesen. Der Prediger Thomas Müntzer erhielt nach der Gefangennahme eine Sonderbehandlung. Er wurde zuerst grausam gefoltert, danach geköpft sowie anschließend gepfählt und öffentlich zur Schau gestellt.
Etwa 100.000 bis 200.000 kampfunerfahrene Bauern wurden im Verlauf der Aufstände von den überlegenen Ritterheeren erschlagen oder nach grausamen Folterungen hingerichtet (x144/230).
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-84) berichtete später über die Niederschlagung der Bauernaufstände (x063/240-241): >>Trotz ihrer großen Anfangserfolge wurden die Bauernhaufen, denen die Einheit der Führung und das Kriegsgerät mangelten, in der Pfalz, am Oberrhein, im Elsaß und in Tirol schließlich überall geschlagen. Im Juni des Jahres 1525 war der Krieg zu Ende.
Bald nach dem ersten Blutvergießen hatte Luther seinen Aufruf an die Fürsten gerichtet, den "räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern" keine Gnade zu zeigen. Einer solchen Aufforderung hätte es gar nicht bedurft. Gnade und Vergebung nach dem Sieg stand nicht auf dem Programm der Fürsten. Massenhinrichtungen, oft unter grauenhaften Foltern, brachten

die Zahl der Toten auf wenigstens 130.000. Wenn man die bei kleineren Aufständen Getöteten und Hingerichteten hinzuzählt, dürften sie sich auf 200.000 erhöhen. Das sind bei der spärlichen Einwohnerzahl jener Zeit Ziffern von erheblichem Ausmaß.
Nach 1525 war die soziale und politische Lage schlimmer als zuvor.<<

Die Knechtschaft und absolute Rechtlosigkeit der deutschen Bauern ändert sich nicht

Nach dem großen Bauernkrieg war die Lage der politisch rechtlosen, hörigen Bauern und der Leibeigenen noch hoffnungsloser als vor den Aufständen. Alle Bauern mußten im Jahre 1525 ihre Waffen abliefern und zählten danach zu den wehrlosen Ständen. Die überlebenden Bauern wurden nach der Niederschlagung der Aufstände mehrheitlich passive Untertanen. Sie wendeten sich von dem "Herrenknecht" Luther ab und beschäftigten sich meistens nicht mehr mit der protestantischen Reformation. Die Bauern galten nach der erfolglosen Revolution gemeinhin als dumme Tölpel ("der Bauer dient an Ochsen statt, nur daß er keine Hörner hat").
Die deutschen Landesfürsten, die die Bauernaufstände ohne Hilfe des Kaisers niederschlagen konnten, blieben nach dem gewaltsamen Ende der Bauernaufstände weiterhin bestimmende Machtfaktoren im Reich, während der Bauernstand wieder zur "leibeigenen Sache" der Grundherren erklärt wurde.
Infolge des verheerenden Bauernkrieges lehnte Luther jeglichen aktiven politischen Widerstand grundsätzlich ab. Luther, der weiterhin von den protestantischen Landesfürsten unterstützt wurde, beschränkte die aktive zivile Gegenwehr nur noch auf den christlichen Widerstand durch Leiden und durch das Wort.
Innerhalb der folgenden Jahrhunderte blieben die Gehorsamsverhältnisse der deutschen Untertanen unverändert. Sklavische Gehorsamkeit, Pflichterfüllung und bedingungslose Unterordnung wurden zum Lebensinhalt der deutschen Bauern.
Dieser erbärmliche Zustand der Knechtschaft und absoluten Rechtlosigkeit änderte sich in den folgenden 250 Jahren nicht wesentlich (Ausnahmen gab es nur in Brandenburg-Preußen, Friesland, Schlesien, Mecklenburg und Westfalen, denn diese Länder blieben damals von den Bauernaufständen verschont).
Ein Zeitzeuge berichtete später nach der blutigen Niederschlagung der Bauernaufstände über die damalige Lage der Bauern (x194/24): >>Sie führen ein gar schlecht und niederträchtig Leben ... Die Leute haben nimmer Ruh, früh und spät hangen sie der Arbeit an. Ihren Herren müssen sie oft durch das Jahr dienen, Da ist nichts, was das arme Volk nicht tun muß. Was solche harte Dienstbarkeit in dem armen Volk gegen ihre Oberen hervorbringe, ist man in kurzen verflossenen Jahren inne geworden. Es ist kein Stahlbogen so gut, daß er nicht zerbricht, wenn man ihn zu hoch spannen will.<<

Schlußbemerkungen

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" berichtete später über die protestantische Reformation (x975/…): >>**Der hintergründige Sinn der Reformation**

Als der Betrug und der Verrat der römisch-katholischen Kirche an Jesus von Nazareth in Mitteleuropa um das Jahr 1500 jedoch immer offensichtlicher war, wurde das System einer obrigkeitlichen und gegen Christus gerichteten Machtkirche durch die evangelische Reformation zunächst "gerettet". Es erfolgten dazu von den "Reformatoren" einige Veränderungen und eine Neugestaltung der Machtverhältnisse, und man ging dabei anfangs noch schroff gegen den Vatikan vor.
Dies war damals auch vielen Menschen sympathisch. Doch aufs Ganze gesehen wirkte hierbei nicht Jesus, der Christus, sondern Machtmenschen wie Martin Luther, Huldreich Zwingli, Johannes Calvin sowie andere "Reformatoren" und ihre Hintermänner. Diese wichen nur teilweise von den Überzeugungen der herrschenden Päpste, Kardinäle, Bischöfe und kirchlichen Theologen ab und blieben diesen in ihrem gewalttätigen Wesen ähnlich.
Diese "Reformatoren", die sich dank ihres Bündnisses mit den mächtigen Fürsten und regio-

nalen Herrschern gesellschaftlich durchgesetzt haben, gaben zwar vor, die "christliche" Lehre wiederherstellen zu wollen. Sie fälschten sie aber letztlich nur auf andere Art.
Und über eine lange Zeit standen sich seither dann zwei große religiöse Machtblöcke in Mitteleuropa in Kriegen gegenüber, und erneut mußten Hunderttausende von Menschen ihr Leben lassen - für den einen Machtblock oder den anderen. Und wer die christliche Lehre wirklich wiederherstellen wollte wie z.B. Gruppen sogenannter "Täufer" oder einzelne Menschen freien Geistes, wurde nun von zwei kirchlichen Staats-Machtblöcken (dem katholischen und dem evangelischen) grausam verfolgt, gefoltert und hingerichtet. …<<
Der deutsche Historiker Gerhard Brendler schrieb später über die sozialgeschichtliche Bedeutung der lutherischen Reformation (x244/593-594): >>... Das Revolutionäre in Luthers Theologie bestand darin, daß den etablierten Autoritäten der feudalen Gesellschaft prinzipiell das Recht abgesprochen wurde in Sachen des Glaubens Entscheidungen über das Gewissen zu fällen. Gerade dies machte den Weg frei dafür, daß sich die Interessen oppositioneller Kräfte mit der neuen Theologie verbinden konnten.
Der gesellschaftliche Bezug dieser Revolution in der Theologie war zunächst ein sehr enger, weitete sich aber bald aus. Sehr eng zunächst deshalb, weil er sich anfangs lediglich im Gelehrtenkreis abspielte und sich allein gegen die etablierten Autoritäten der Kirche richtete.
Mit der Lehre von der Rechtfertigung allein aus dem Glauben wird die katholische Werkheiligkeit abgelehnt, von hier aus wird auch die gesamte Sakramentenlehre umgestülpt. Die Auswirkungen waren revolutionierend: mit dem Wegfall der Werkheiligkeit und der Mehrzahl der Sakramente fiel die Begründung für viele Pfründe (Einkommen beim Kirchenamt) weg, die Kirche wurde billiger.
Es fiel die Begründung dafür weg, daß Bürger und Adlige einen bisweilen beträchtlichen Betrag ihres Nachlasses der Kirche zu ihrem Seelenheil vermachten. Kurz: die neue Theologie rechtfertigte den Eingriff in das Kirchenvermögen.
Als Eingreifende kamen vor allem jene in Frage, die über so hohe Vermögen verfügten, daß ihre Vorfahren bzw. sie selber überhaupt Schenkungen machen konnten. Das waren in erster Linie wohlhabende und reiche bürgerliche Oberschichten, bessergestellte Kreise des Adels und die Fürsten.
Aus dieser Verkettung materieller Interessen mit Theologemen wird deutlich, daß speziell die lutherische Theologie in ihren frühen Jahren gemeinsame Interessen von bürgerlichen Oberschichten, Adelskreisen und Fürsten bediente. ...
So einheitlich sich die Theologie Luthers auch ausnehmen mag, so lange wir den Blick auf ihre zentralen Prinzipien des Christus allein, Gnade allein, Glauben allein richten, so sehr wird auch andererseits aus dem politischen Handeln Luthers deutlich, daß seine evangelische Theologie von einer obrigkeitlichen Ideologie bedrängt wird.
Zwei Denkansätze liegen bei ihm im stillen Widerstreit, vielleicht sogar zwei Arten von Frömmigkeit: die eine richtet sich auf das individuelle Seelenheil, orientiert sich an Jesus und operiert mit Gnade allein und Glaube allein; die andere bedenkt die Gesellschaft, orientiert sich am Fürsten und warnt vor Aufruhr und Empörung. Die eine setzt sich prinzipiell über jegliche weltliche Autorität hinweg, die andere beugt sich ihr.
Die Spannung zwischen den beiden Denkansätzen bestimmt seine Auffassung von der Freiheit eines Christenmenschen, von den beiden Regimenten und von der Obrigkeit. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 über die verhängnisvollen Folgen der Reformation (x335/12-14):
>>**Fugger und der Fluch der Karibik**
_ von *Jürgen Elsässer*

Im ausgehenden Mittelalter wurde Deutschland durch das neu entstehende Finanzkapital zerstört, das sich rund um einen Augsburger Investmenttrust organisierte. Dessen Expansion wurde durch die Engländer gestoppt, die den modernen Raubtierkapitalismus erfanden. …

Die Zeit der Konfessionskriege

Letzten Endes gehen auch die Glaubensspaltung und die blutigen Konflikte in ihrer Folge auf die Fugger zurück. Denn was löste die Reformation aus, was war der Impuls für Martin Luther? Es hatte schon andere Reformatoren vor ihm gegeben, die weniger Erfolg hatten. Aber was Luther die Anhänger nach 1517 in Scharen zutrieb, war die Empörung der kleinen Leute über die Ablaßpraxis: Der vom Papst gesandte Dominikanermönch Johann Tetzel zog durch die Städte und verkaufte sogenannte Ablaßbriefe, durch die sich die Leute von ihren Sünden angeblich für die Ewigkeit freikaufen konnten.

Und wer hatte das organisiert? Das war die geniale Geschäftsidee der Fugger gewesen, die … seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert als "Bankiers der Päpste" agierten. Sie hatten das Copyright auf die Ablaßbriefe, organisierten die Rundreise von Tetzel, sammelten das Geld ein und brachten es unter schwerer Bewachung nach Rom zum Papst - natürlich gegen Beteiligung. Dieser Businessplan versetzte das Reich in Aufruhr und trug zum Bauernkrieg von 1525 und zum Dreißigjährigen Krieg ab 1618 bei, der ein Drittel des deutschen Volkes auslöschte. …<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 5. Januar 2017) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über Luthers Reformation und die Protestanten (x988/…): >>**Luthers Rebellion und die Protestanten heute**

… Am Ausgangspunkt der christlichen Entwicklung steht die vollkommen selbstlose, göttlich-menschliche Gestalt Jesus von Nazareth, der keinerlei Amt bekleidete, der weder in die Politik einzugreifen, noch eine kirchliche Führerrolle zu spielen beabsichtigte. Er war das Bild der bewußten Machtlosigkeit gegenüber allen Machtverhältnissen dieser Welt. "*Er macht keinen der Ansprüche irgendeiner Priesterhierarchie mit und ist doch der "Gute Hirte". Und in der Fußwaschung gibt er kund: nicht um zu herrschen, sondern um zu dienen bin ich da. Hat aber das Christentum in seiner historischen Entwicklung vermieden, sich mit dem Machtprinzip zu verbinden?"*

Doch nicht nur die römische Kirche verband sich früh mit der Staatsmacht und wurde schließlich eine eigene politische Instanz. Auch Luther holte gegen die übermächtige Macht der katholischen Kirche die Regional-Fürsten zu Hilfe, "*um die junge, noch nicht allein lebensfähige Kirche in ein Stützkorsett politischer Gewalt zu stecken, und setzt so an die Stelle des Kirchenstaates die Staatskirche."*

Damit leitete er eine weitere verhängnisvolle Fehlentwicklung ein. Bereits 1526 kam es dazu, daß die Landesfürsten zu Notbischöfen erklärt wurden. Schon vorher wurde praktiziert und 1555, nach Luthers Tode, festgelegt, daß die Untertanen eines Fürsten dessen Religion anzunehmen hatten: Cujus regio, ejus religio - wem das Land gehört, dem gehört die Religion.

Nach diesem Prinzip fielen alle Kirchengüter eines Landes dem Landesfürsten zu, wenn er zur Reformation übertrat. Häufig war diese materielle Aussicht das ausschlaggebende Motiv. Umgekehrt wurden die Bewohner oft gezwungen, gegen ihre Überzeugung evangelisch oder katholisch zu sein, es sei denn, sie wanderten aus - etwas, was der Lutherschen "Freiheit eines Christenmenschen" diametral zuwiderlief.

Dieser Bund, den Luther mit den weltlichen Mächten schließen mußte, war gleich im Entstehungsaugenblick der protestantischen Ära ein schwerer Sündenfall, der den reinen Reformationsimpuls schwer schädigte. Bis 1918 war z.B. der König von Preußen zugleich Bischof und oberster Führer der preußischen evangelischen Landeskirche. Nach der Revolution ging die Leitung auf ein Kollegium von drei protestantischen Ministern, also praktisch an den Verwaltungsrat der Juristen und Beamten über.

Diese Verbundenheit mit der staatlichen Macht hat den Geist der evangelischen Kirchen bis

heute geprägt. Man hat die Trennung von Kirche und Staat innerlich nie ganz vollzogen. "*Die beiden großen Kirchen in Deutschland sowie die 'Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche' regeln die Rechte und Pflichten der Pfarrer durch Kirchengesetz (Pfarrerdienstrecht), das sich weitgehend am staatlichen Beamtenrecht und an den Laufbahnen von Studienräten orientiert."* (Wikipedia)
"*Man hat niemals die Trennung von Kirche und Staat ernstlich gewollt. Im Gegenteil hat man die Verquickung von Politik und Religion sogar für gut gehalten und hält bis heute daran fest. Das ist die steckengebliebene Reformation. … Mit dieser Tragödie hängt zusammen, daß der Protestantismus, mindestens in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, immer zu einer gewissen Vergötterung des Staates neigt. Das 'Gottesgnadentum' der Fürsten hält auch da, wo die monarchische Staatsform fallen gelassen wurde, in veränderter Form immer noch an durch den göttlichen Nimbus, den man dem Staat zugestehen möchte. Die Stimmung 'Thron und Altar' wirkt weiter. …*
Da ist es denn kein Wunder, daß man es immer wieder mit politisierenden Pastoren zu tun hat. … Je mehr von Seiten der Geistlichkeit in die Politik hineingeredet wird, … um so weniger hat faktisch das Christentum als solches Einfluß auf den Gang der Menschheitsschicksale. Durch jede Verquickung von Politik und Religion wird das eigentliche Niveau des Christentums heruntergedrückt ...<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29784" berichtet am 1. August 2024 (x1.389/…): >>**Wer mit Bargeld bezahlen will, muß mit Bargeld bezahlen können!**
Eidgenössische Volksinitiative
Es braucht die Bargeldinitiative 2 mit dem Titel "Wer mit Bargeld bezahlen will, muß mit Bargeld bezahlen können!"
Nachdem die von Richard Koller mit der Freiheitlichen Bewegung Schweiz, kurz FBS, lancierte Bargeldinitiative 1 mit 136.000 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist und vors Volk zur Abstimmung kommt, braucht es trotzdem noch eine zweite Bargeldinitiative.
Warum braucht es diese?
Obwohl eigentlich im Bundesgesetz für Währungen festgelegt ist, daß der Bundesrat das Bargeld erhalten muss, möchte es die Wirtschaft auf lange Sicht mit Hilfe ihrer großen Lobby abschaffen.
Die Abschaffung des Bargeldes ist der Wirtschaft trotz des Bundesgesetzes für Währungen möglich, weil das Vertragsrecht und die Wirtschaftsfreiheit diesem Bundesgesetz übergeordnet sind.
Das Vertragsrecht ist dispositiv und weil es dem Bundesgesetz übergeordnet ist, kann damit das Bargeld nicht wirklich geschützt werden.
Deshalb braucht es die Bargeldinitiative 2, die verlangt, daß der Schutz des Bargeldes als gesetzliches Zahlungsmittel in der Verfassung verankert wird.
Was ist dispositives Gesetzesrecht?
Im juristischen Wörterbuch werden unter dem dispositiven Recht Gesetze verstanden, die den Zweck haben, daß alle Inhalte der vertraglichen Regelungen abweichend vom Gesetz stattfinden dürfen. Andere Bezeichnungen für das dispositive Recht im juristischen Wörterbuch sind das nachgiebige oder abdingbare Recht. Das heißt, daß der Zwang zur Bargeldannahme nur gilt, wenn die Parteien keine anderen Abmachungen getroffen haben.
Praktisch auf die Nutzung von Bargeld bezogen bedeutet es Folgendes:
Bisher kann jedes Geschäft selber bestimmen, ob es z.B. Tausendernoten oder kleine Münzen oder sogar Bargeld generell noch annehmen möchte oder eben nicht.
Was passiert, wenn die Wirtschaft die Bezahlung mit Bargeld unattraktiv findet oder ganz aufhebt?
Die Bezahlung mit Bargeld gerät dadurch immer mehr unter Druck. Schon heute gibt es in

bestimmten öffentlichen Einrichtungen keine Möglichkeit mehr mit Bargeld zu bezahlen z.B. für Tickets bei Veranstaltungen; in WCs an Bahnhöfen oder auch für Feste, an denen man nicht mehr mit Bargeld bezahlen kann.
Doch der Bundesrat möchte kein Gesetz für eine zwingende Annahme von Bargeld lancieren. Deshalb braucht es die Bargeldinitiative 2, die verlangt, daß die Bereitstellung des Bargeldes vom Bund geleistet wird und als Zahlungsmittel den Bürgern zur Verfügung steht sowie auch überall als Zahlungsmittel akzeptiert werden muß.
Schon heute wird die Abschaffung des Bargeldes in ganz Europa forciert. Die EU plant die Einführung des digitalen Zentralbankgeldes bereits für 2026. Das digitale Zentralbankgeld enthält die Möglichkeit, daß spezifisch auf die Person bestimmte Zahlungen gesperrt werden können.
Was gerne von den Menschen vergessen wird: Im Falle einer Einführung des digitalen Zentralbankgeldes werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Twint, die Kreditkarten und Debitkarten verschwinden. Diese werden dann überflüssig, da sie weiterhin eine gewisse Freiheit gewährleisten würden, was so nicht gewünscht ist.
Dies ist ein weiterer Schritt hin zum Überwachungsstaat, der mit der Sperrung von Konten seine Bürger kontrollieren und sanktionieren kann.
Die Schweiz hat als einziges Land in Europa die Möglichkeit, durch seine direkte Demokratie und mit Hilfe dieser Initiative eine Änderung der Verfassung zu erreichen. In diesem Fall, um damit das Bargeld zu retten. Denn der Bürger muß die Möglichkeit behalten, anonym kaufen und verkaufen zu können. Bargeld gewährleistet das und ist somit Freiheit!
Die Schweiz kann ein Leuchtturm für ganz Europa und für die ganze Welt sein, für den Erhalt des Bargeldes und somit der Freiheit!
Wenn Ihnen dies wichtig ist, unterschreiben Sie die Bargeldinitiative "Wer mit Bargeld bezahlen will, muß mit Bargeld bezahlen können!" Unterhalb der Sendung ist der Link, unter dem Sie die Unterschriftenbögen herunterladen können.
Und denken Sie auch in Ihrem Alltag daran, Bargeld weiterhin regelmäßig zu brauchen, damit es keine Rechtfertigung für den Staat mehr gibt, dieses abzuschaffen. Denn Bargeld zu nützen bedeutet Freiheit!<<

Großbritannien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. August 2024 (x1.391/…): >>**Nach Messer-Blutbad in Nordengland: Proteste gegen Masseneinwanderung auch in London**

Ein 17-Jähriger mit ruandischen Wurzeln sitzt nach dem tödlichen Messerangriff auf Kinder im britischen Badeort Southport (Nordengland) auf der Anklagebank. Er soll drei Mädchen bei einem Taylor-Swift-Tanzkurs getötet und zehn weitere verletzt haben.
Das Blutbad sorgt weiter für Unruhe im ganzen Land. Unterdessen kam es auch in London zu Ausschreitungen.
Nach dem tödlichen Messerangriff auf Kinder bei einem Taylor-Swift-Tanzkurs in Nordengland ist der amtlichen Angaben zufolge in Großbritannien geborene 17 Jahre alte Sohn ruandischer Einwanderer wegen dreifachen Mordes und zehnfachen versuchten Mordes angeklagt worden. Der Amok-Läufer sollte noch am Donnerstag (1. August) vor einem Gericht in Liverpool erscheinen.

Ausschreitungen in London

Nach den Ausschreitungen in Southport kam es auch nahe des britischen Regierungssitzes in London zu patriotischen Protesten gegen die Masseneinwanderung. Dabei wurden laut Polizeiangaben mehr als 100 Personen festgenommen. Wie die Polizei auf der Plattform X mitteilte, gab es einen Angriff auf einen Sanitäter, zudem seien mehrere Beamte leicht verletzt worden.
Bei dem Blutbad im Badeort Southport nördlich von Liverpool waren am Montag zunächst

zwei Mädchen gestorben. Ein drittes Mädchen erlag am Dienstag seinen Verletzungen. Acht weitere Kinder wurden verletzt, außerdem zwei Erwachsene, die den Kindern zur Hilfe kamen.
Der Angriff geschah bei einem Ferienkurs für Kinder im Alter zwischen sechs und elf Jahren. Die Veranstaltung war von den Organisatoren im Internet als Tanz- und Yoga-Kurs mit dem Thema Taylor Swift beworben worden. Der Weltstar zeigte sich zutiefst betroffen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. August 2024 (x1.392/…):
>>**100 Festnahmen**
"Wir wollen unser Land zurück": Nach Messerattacke bricht sich die Wut auf Londons Straßen Bahn
Nach der tragischen Messerattacke auf Kinder im britischen Southport kommt es zu Demonstrationen und Ausschreitungen in London. 100 Demonstranten wurden festgenommen. Die Proteste fanden unter dem Motto "Enough is enough" statt.
Christopher Martens
...
Nach der tödlichen Messerattacke auf drei Kinder im britischen Southport eskaliert die Lage nun auch in London. Tausende versammelten sich am Donnerstagabend nahe dem Regierungssitz in Westminster, um gegen illegale Migration zu demonstrieren. Insgesamt wurden über 100 Personen festgenommen - hauptsächlich wegen Verstößen gegen die Auflagen des geplanten Protests. Ein Sanitäter wurde angegriffen, mehrere Beamte erlitten leichte Verletzungen.
Die Protestaktion in London fand unter dem Motto "Enough is enough" statt. Wie im Vorfeld der Demonstration befürchtet, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Auf TV-Bildern waren Handgemenge zwischen den Teilnehmern und der Polizei zu sehen. Die Demonstranten warfen Medienberichten zufolge Flaschen, Dosen und Feuerwerkskörper gegen den Zaun der Downing Street.
Die Protestierenden skandierten "Rule Britannia" und "we want our country back". Sie fordern einen Stopp der irregulären Migration und werfen den Behörden vor, wichtige Informationen, wie die Herkunft des Täters, bewußt zurückzuhalten. In rechten Kreisen machte sich das Gerücht breit, der Täter sei ein muslimischer Asylbewerber - eine Behauptung, die von den Behörden vehement dementiert wird.
Nicht nur in London, auch in anderen Städten kam es zu Ausschreitungen. Auslöser ist der Messerangriff in Southport, bei dem drei Mädchen im Alter von sechs, sieben und neun Jahren getötet wurden. Der 17-jährige Tatverdächtige wurde nun wegen dreifachen Mordes und zehnfachen versuchten Mordes angeklagt. Der mutmaßliche Täter ist ein im walisischen Cardiff geborener Sohn ruandischer Eltern, der seit 2013 in der Nähe von Southport lebt.<<
02.08.2024
BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 2. August 2024 (x1.396/…):
>>**Die Ideologie des Selbstbestimmungsgesetzes: Die großen Box-Trans-Festspiele von Familienministerin Paus**
Claudio Casula
Vor allem zwei knallharte Ideologen waren es, die das Leib- und Magenprojekt der Trans-Lobby pushten und die für das wahnwitzige Selbstbestimmungsgesetz stehen: die grüne Familienministerin Lisa Paus und der grüne Beauftragte der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, Sven Lehmann.
Was ist eine Frau? Ist sie durch ihre Chromosomen definiert oder durch ihre inneren und äußeren Geschlechtsmerkmale? Mitnichten, wenn es nach Lisa Paus geht, die sich selbst als "Gesellschaftsministerin" sieht: "Eine Frau ist eine Person, die sich selbst als Frau identifiziert", Punkt. Und aus dieser Logik ergibt sich auch ihre Definition von Männern, die sich als

Frauen fühlen: "Transfrauen sind Frauen".
Diese Position vertritt auch Sven Lehmann, der sich in die Debatte um den algerischen Boxer Imane Khelif (25) eingeschaltet hat. Er wirft Kritikern sofort "Transfeindlichkeit" hervor. Die Debatte um die Rechte von Trans-Personen und die Anzahl der Geschlechter sowie deren Auswirkungen sind durch Olympia nun vor jedem Fernseher Deutschlands angekommen.
So weit, so irre. Lisa Paus, die sich als Feministin bezeichnet und allen Ernstes meint, daß wir "nach wie vor im Patriarchat leben und von dem wir uns verabschieden müssen", sieht deshalb auch kein Problem darin, wenn Frauen sich durch Kerle in ihren Schutzräumen bedroht sehen, sei es in der Damenumkleide oder in der Frauensauna: "Da werden Ängste befeuert, die mit der Realität nichts zu tun haben."

Sie nannte Frauen "menstruierende Menschen"

Wie auch ihr Parteigenosse Sven Lehmann streitet Paus ab, daß es im Ausland bereits zahlreiche Fälle von Mißbrauch gegeben hat, etwa wenn verurteilte Männer, die sich zu Frauen erklärten, in einem Frauengefängnis untergebracht werden, wo sie dann weibliche Häftlinge vergewaltigten. Wo sie schon einmal dabei ist, die Begrifflichkeiten verschwimmen zu lassen oder sie umzudrehen, sprach die Ministerin auch schon mal von "menstruierenden Menschen", obwohl noch nie ein Mann menstruiert hat.
Lisa Paus schweigt demonstrativ auf die Frage, ob man das Bekenntnis zu Israel zur Einbürgerungs-Voraussetzung machen sollte. Mit dem Programm "Demokratie leben" gibt sie für mehr als 700 Projekte - mehrheitlich "gegen rechts" und gegen "Muslimfeindlichkeit" - 182 Millionen Euro aus. Mit dem "Demokratiefördergesetz" will sie linke Vorfeldorganisationen langfristig mit üppigen finanziellen Mitteln ausstatten. Und sie will "Haß und Hetze" ausdrücklich auch "unterhalb der Strafbarkeitsgrenze" bekämpfen, die Meinungsfreiheit also für politische Gegner beschneiden.
Das Paus-Ministerium finanzierte auch die Broschüre "Was sind TERFs?" des Bundesverband Trans* e.V. (die englische Abkürzung steht für Trans Exclusionary Radical Feminists, also für Frauen, die unter Feminismus das Eintreten für Frauen verstehen und die Männer in Make-up, die verlangen, als Frau behandelt zu werden, weiterhin als Männer ansehen). In einer Sendung von ZDF-Clown Jan Böhmermann wurden Frauen als "TERFs" beschimpft und mit "Scheißhaufen" (engl. "turds") gleichgesetzt und entmenschlicht.

Wer nicht zustimmt, ist "transphob" oder gleich "menschenfeindlich"

Gegen eine andere Broschüre, nämlich den "Wegweiser aus dem Transgenderkult", der von der Initiative "Laßt Frauen sprechen" veröffentlicht wurde und schonungslos mit dem Trans-Aktivismus abrechnet, ging Paus' grüner Parteigenosse Sven Lehmann rigoros vor: Bei Twitter forderte er dazu auf, die kritische Broschüre bei der Prüfstelle seines eigenen Ministeriums als "jugendgefährdend" zu melden. Sie wurde auf den Index gesetzt und darf nicht mehr im Netz beworben oder verteilt werden.
Lehmann sieht seine Rolle in einem tobenden "Kulturkampf" um Familie, Geschlecht und Identität nach wie vor als "Aktivist", auch wenn er nun Mitglied der Regierung ist. Als solcher behauptet er, "transfeindlicher Müll" in den sozialen Medien gehe bei ihm "rechts rein und links wieder raus", tatsächlich aber geht er rechtschaffen aggressiv gegen Kritiker vor, denen er immer wieder "Transphobie" und "Menschenfeindlichkeit" vorwirft. Da höre für ihn der Dialog auf. Und da er jedem Kritiker diesen Stempel aufdrückt, muß er auch nie diskutieren.

Zwei totalitäre Geister

Bedenken hinsichtlich der Folgen des Selbstbestimmungsgesetzes schreibt er "Desinformationskampagnen" zu, dahinter stecke doch nur "gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit". Äußert jemand die Sorge, Transpersonen könnten in Frauenräume eindringen, findet er das "problematisch", sieht darin sogar ein "fatales Signal". Dadurch würden Trans-Personen in den Zusammenhang mit Mißbrauch gestellt. Auch kritische Trans-, Frauen- und Schwulen-

Vereine sind von der Mitarbeit an seinem "Aktionsplan" ausgeschlossen, Abweichler in der eigenen Szene werden nicht geduldet.
Krawallbruder Sven ist ein ebenso totalitärer Geist wie Lisa Paus. Die Antifa und ihre Parole "Nie wieder Deutschland" sind ihm genehm, wie er bei Twitter kundtat ("That's my Südstadt!"). Seiner Ansicht nach gibt es "kein normales Familienmodell", wenn es nach ihm geht, sollen bis zu vier Personen das Sorgerecht für ein Kind übernehmen können. Wenn es seine Ideologie umzusetzen gilt, dürfen wissenschaftliche Fakten keine Rolle spielen: Der Ansicht zu sein, daß es zwei Geschlechter gebe, sei unwissenschaftlich, es gebe viele Geschlechter. Worauf Prof. Christiane Nüsslein-Volhard meinte: "Da hat Herr Lehmann vielleicht den Grundkurs in Biologie verpaßt."
Der grüne Queerdenker Sven Lehmann meint es jedoch weiterhin unbeirrt besser zu wissen als die Menschen vom Fach. Seine verrückteste Äußerung: "Welches Geschlecht ein Mensch hat, kann kein Arzt von außen attestieren." Nicht nur Ärzte fassen sich da an den Kopf.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. August 2024 (x1.393/…): >>**FDP fordert Bundesländer zu Ausstieg aus Grundsteuer-Reform auf**
Die FDP fordert alle 16 Bundesländer dazu auf, aus der von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) durchgesetzten Grundsteuer-Reform auszusteigen. Die Reform drohe "die Kosten für Hausbesitzer in die Höhe zu treiben", sagte der FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzende Christian Dürr dem "Handelsblatt".
"Die Länder müssen die Notbremse ziehen und von der Öffnungsklausel Gebrauch machen, die ihnen die Möglichkeit gibt, eigene Modelle einzuführen." Unter dem damaligen Finanzminister Scholz hatte die Große Koalition 2019 eine Reform der Grundsteuer auf den Weg gebracht, die zum 1. Januar 2025 in Kraft tritt und sich stärker am tatsächlichen Wert eines Grundstücks oder einer Immobilie orientiert. Die Reform löst derzeit große Kritik aus.
Laut ersten Steuerbescheiden vervielfacht sich die Grundsteuer für einige Immobilienbesitzer. Scholz hatte bei der Reform versprochen, daß durch die Reform das Grundsteuer-Aufkommen nicht steigen wird, nur einige Immobilienbesitzer müßten mehr zahlen. "Als FDP haben wir in den damaligen Bundestagsberatungen vor einer wertabhängigen Berechnung der Grundsteuer gewarnt, weil sie zu irrsinniger Bürokratie für die Verwaltung führt und hohe Kosten für die Betroffenen mit sich bringt.
Leider ist genau dieser Fall eingetreten und viele Menschen sorgen sich nun vor ihrem Steuerbescheid", sagte Dürr. "Die Länder sollten daher auf das unkomplizierte Flächenmodell ausweichen, das sich an der Größe des Grundstücks und an der Wohnfläche orientiert. So könnte eine Mehrbelastung von Eigentümern und Mietern rechtzeitig verhindert werden."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. August 2024 (x1.390/…): >>**Etablierte Parteien in AfD-Panik: Woidke vor Rücktritt, Inlandsgeheimdienst soll AfD-Länder boykottieren!**
Wenige Wochen vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg kann man es spüren: Es bricht Panik aus bei den etablierten Parteien. Brandenburgs Ministerpräsident Woidke (SPD) stellt bereits seinen Rücktritt in Aussicht, falls er gegen die AfD verlieren sollte. Derweil arbeitet das Bundesamt für Verfassungsschutz laut Medienberichten an einem "Notfallplan", um AfD-regierte Bundesländer isolieren zu können.
Die entsprechenden Landesämter für Verfassungsschutz sollen dann vom Informationsfluß der anderen Verfassungsschutzämter abgeschnitten werden. Es ist unglaublich, wie ein SPD-Ministerpräsident und der parteipolitisch instrumentalisierte Inlandsgeheimdienst mit demokratischen Wahlen umgehen!
Denn die Aussagen von Woidke zeigen auch, daß er das Wahlergebnis im Falle eines AfD-Erfolges offenbar nicht akzeptieren will. Er wolle bei Koalitionsgesprächen nicht als Juniorpartner "mit irgend jemandem rumverhandeln, wenn ich auf dem zweiten oder dritten Platz

gelandet bin."
Weiterhin sagte Woidke: "Wenn ich gegen die AfD verliere, bin ich weg." Kann es eine bessere Motivation für die AfD und ihren Wahlkampf geben? Wir sollten den Ministerpräsidenten beim Wort nehmen: Woidke muß weg - aber nicht nur er, sondern selbstverständlich auch Sachsens Ministerpräsident Kretschmer (CDU) und sein Thüringer Amtskollege Ramelow (Linke). Alle stehen für die Unterstützung der zerstörerischen Bundespolitik: Massenmigration, Deindustrialisierung, EU-Zentralismus und Klima-Hysterie!
In entlarvender Weise zeigen die Aussagen Woidkes und auch die jüngsten Pläne des sogenannten Verfassungsschutzes, wer die demokratischen Grundprinzipien in unserem Land wirklich gefährdet und aushöhlt. Wer nicht ins ideologische Raster der Mainstream-Agenda paßt, soll einfach ausgebootet, isoliert, diskreditiert und verleumdet werden. Es ist einzig und allein die AfD, die sich gegen diese Tendenzen entgegenstellt und für die Stärkung der Demokratie eintritt. Deshalb müssen und werden wir die Landtagswahlen gewinnen!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. August 2024 (x1.392/…): >>**Eidesstattliche Versicherung falsch? Die MeToo-Kampagne gegen Lindemann kollabiert**
Perfide Irreführung und selbsterhöhendes Sittenwächtertum zeichnete die Berichterstattung des Spiegels gegen Till Lindemann aus. Die Wahrheit trat hinter die eigene Pseudomoral zurück. Wer statt Journalismus Moralismus betreibt, muß scheitern.
Max Roland
...
"Manche Frauen haben eidesstattliche Versicherungen unterzeichnet, das heißt, vor Gericht würden sie sich strafbar machen, wenn sie lügen." Es ist der vielleicht zentrale Satz in der Spiegel-Berichterstattung gegen Till Lindemann und über seinen angeblichen Mißbrauchs-Skandal. Und er legt perfekt die Perfidität da, mit der Journalisten auf Biegen und Brechen eine Story konstruierten, die von moralischer Empörung statt vom Faktischen angetrieben war.
Das Perfide an diesem Satz: Er führt den Leser in die Irre. "Vor Gericht würden sie sich strafbar machen" - aber diese Aussagen fielen nicht vor Gericht. Der Wert einer eidesstattlichen Versicherung gegenüber einem Medium tendiert gegen null. Aber das Bild der juristisch wasserdichten Garantie für den Wahrheitsgehalt der Story wurde erzeugt. Ein Paradebeispiel für die Perfidität, mit der Spiegel die anrüchige Lindemann-Story zusammenwebte.
Vor fast einem Jahr wurden die Ermittlungen gegen Lindemann eingestellt - es gab keine Beweise für das, was man ihm vorwarf. Meine Kollegin Larissa Fußer schrieb damals: "Mit immer neuen, halb belegten, halb spekulierten Anschuldigungen griff die Presse Lindemann an, wollte ihn regelrecht abschießen. Ohne eine echte Überprüfung abzuwarten, wurde er gesellschaftlich vernichtet und die Beweispflicht kurzerhand auf den Kopf gestellt." Und: "Mehr als Klatsch-Presse, die billige Sexgeschichten verkaufen will, war am Ende nichts dran an der Rammstein-Affäre."
Genauso war es: es war eine Berichterstattung, die nicht vom Faktischen bestimmt war. Den Spiegel trieben offenbar moralischer Eifer und feministische Empörung, völlig losgelöst von der Wirklichkeit und den gesunden Maßstäben in einem Rechtsstaat. Die Unschuldsvermutung war ein lästiges Hindernis. Und die vielleicht wichtigste Frage im Journalismus - Stimmt das? - wollte in der Redaktion wohl keiner mehr mit dem nötigen Nachdruck stellen. Die Geschichte war zu schön, um unwahr zu sein.
Es paßte einfach zu sehr in ein Muster, daß im Spiegel zu gerne bedient wird: die Erzählung des bösen, mächtigen Mannes, der arme, hilf- und wehrlose Frauen mißbraucht und entmündigt. Es ist nicht das erste Mal gewesen, daß das Magazin aus Hamburg so eine Geschichte erzählt, und es wird auch nicht das letzte Mal bleiben.

Motto: Sie muß nicht zwingend richtig sein, sie muß sich nur richtig anfühlen. Wen scheren schon harte Fakten, wenn man auch auf dem Klavier des Empfundenen spielen kann. Rechtlich hat sich Lindemann nichts zu schulden kommen lassen - aber das herbeigefühlte Bild des ekligen Sex-Monsters zählte für die Redaktion offenbar stets mehr als das, was beweisbar war.
"All das erinnert an den Fall Harvey Weinstein", behauptete der Spiegel, um genau dieses Bild auch in den Köpfen seiner Leser zu produzieren. Und schrieb selbstzufrieden: "Die Rockmusik hat jetzt also ihren #MeToo-Skandal." Am Ende des Artikels heißt es: "Es gibt bislang nur Indizien, daß die Geschichten stimmen könnten, es gibt immer mehr Aussagen. Das war bei Harvey Weinstein am Anfang allerdings auch so."
Darunter folgen inzwischen viele Absätze mit Gegendarstellungen, Richtigstellungen und Anmerkungen der Redaktion.

Moral schlägt kein Recht, ein Indianer-Ehrenwort ist kein Beweis

Der zentrale Artikel des Spiegels zum konstruierten Rammstein-Skandal liest sich vor allem wie eine moralische Verurteilung. Lindemann habe "rund um Konzerte Frauen belästigt". Sein Team habe für ihn ein "perfides Casting-system für Groupies unterhalten", über das man ihm Frauen "wie Ware zum Sex zugeführt" habe. Alles entweder im Konjunktiv oder rein wertend. Man spürt die moralische Erhöhung, aus der die Redakteure diesen Text schrieben.
Das einzige, was zumindest faktisch daherkommt, sind die Erzählungen von Frauen. Mehrere "Opfer" von Lindemanns Sex-Eskapaden kommen in dem Artikel zu Wort, unter anderem eine "Zoe" und eine "Sophie W." - auf ihre eidesstattlichen Versicherungen stützt sich die Spiegel-Redaktion auch in ihrer juristischen Abwehrschlacht gegen Lindemann und seine Anwälte.
Groß benannte Der Spiegel diese eidesstattlichen Versicherungen in seinem Artikel als Beweis für den Wahrheitsgehalt seiner Story. Wie gesagt: "Manche Frauen haben eidesstattliche Versicherungen unterzeichnet, das heißt, vor Gericht würden sie sich strafbar machen, wenn sie lügen." Nur waren sie nicht vor Gericht - und eine eidesstattliche Versicherung gegenüber einem Medium hat den juristischen Gegenwert eines Indianer-Ehrenwortes oder des Kleinen-Finger-Schwurs. Soll heißen: Er tendiert gegen null. Was der durchschnittliche Leser nicht unbedingt weiß.
Vor Gericht reichte das Magazin dann kurzerhand einfach falsche Erklärungen ein - aus Versehen, wie es heißt. Erst vor rund einer Woche räumte das Magazin gegenüber dem Gericht in Hamburg ein, falsche Erklärungen abgegeben zu haben. Man habe offenbar verschiedene Fassungen vorliegen gehabt. Warum auch immer. Der Umgang des Spiegels mit der Wahrheit scheint vor Gericht genauso fahrlässig zu sein wie vor den eigenen Lesern. Nur, daß im Gerichtssaal nicht die moralische Empörung von Redakteuren, sondern nur das Faktische und Beweisbare zählt - dann wird es halt sehr dünn.
Vor Gericht fällt der Spiegel-Journalismus im Stile moralischen Inquisition weitgehend in sich zusammen. Die pseudo-feministische Empörung über "Machtungleichgewicht" und ähnliche Floskeln ist eben juristisch wertlos. Lindemann hat sich rechtlich nichts zuschulden kommen lassen - nur das zählt. Aber der Spiegel wollte ihn trotzdem verurteilen und schwang sich zu Ankläger und Richter im eigenen, puritanischen Moralgericht auf. Journalistisch war daran nichts mehr.
Im Fokus der tatsächlichen Justiz steht derweil nicht mehr Lindemann, sondern der Spiegel mit seinen Behauptungen. Erst kürzlich zeigte der Rammstein-Sänger das Magazin aufgrund des - im besten Falle schlampigen - Umgangs mit den eidesstattlichen Versicherungen wegen Urkundenfälschung und Prozeßbetruges an. Die juristische Bewertung dieser Vorwürfe steht noch aus.
Journalistisch kann man die gesamte Spiegel-Berichterstattung und ihr Auseinanderfallen al-

lerdings klar bewerten: Es ist der Bankrott einer Presse, die Moralismus statt Journalismus betreibt und am Ende als schreibendes Sittlichkeits-Gericht auftritt. Es geht nicht um "Sagen, was ist" - sondern darum, einen Menschen durch das hinterlistige Konstruieren von Bildern öffentlich zu verurteilen, ohne jemals vor Gericht gezogen zu sein. Das ist kein Journalismus. Schon deswegen sind dem Spiegel weitere Klatschen vor Gericht zu wünschen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. August 2024 (x1.392/…):

>>**Berliner Verkehrsbetriebe schaffen Bargeldzahlung in Bussen komplett ab**

Die Berliner Verkehrsbetriebe schaffen in ihren Bussen die Bargeldzahlung ab. Ab sofort können Fahrkarten allein bargeldlos erworben werden. Die BVG begründet dies mit dem Argument, man wolle so die Mitarbeiter entlasten.

Jerome Wnuk

...

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) schaffen ab September die Barzahlung beim Fahrkartenkauf in ihren Bussen ab. Zukünftig soll dann nur noch bargeldlos, also mit Kredit- oder Debitkarte, eine Fahrkarte beim Busfahrer erworben werden können - alternativ soll man per Guthabenkarte, die man an verschiedenen Stellen aufladen können soll, zahlen können. Die Maßnahme soll die Mitarbeiter der BVG, vor allem die Busfahrer der Stadt, entlasten, heißt es von Seiten der Verkehrsbetriebe. Die entsprechende Änderung des VBB-Tarifs wurde von der zuständigen Behörde genehmigt.

Wer es noch kennt, früher vorne beim Busfahrer in seinem Portemonnaie nach Kleingeld zu kramen, um seine Fahrkarte zu kaufen, der kann sich mehr oder weniger glücklich schätzen, diese Erfahrung noch gemacht zu haben - denn spätestens ab September ist in Berlin Schluß damit. Mit dem 1. September 2024 wird es in den Berliner Bussen der BVG nicht mehr möglich sein, den Fahrkartenpreis mit Kleingeld oder generell bar zu zahlen. Der Ticketpreis, meist etwas zwischen 2 und 4 Euro, muß dann digital beziehungsweise bargeldlos bezahlt werden, ansonsten wird man nicht mitgenommen.

Die BVG begründet den Schritt in ihrer Pressemitteilung zu der Entscheidung mit den Worten, die rein bargeldlose Bezahlung würde "für die Fahrgäste den Bezahlprozeß nicht nur unkomplizierter und schneller" machen, sondern zusätzlich auch "die Busfahrer*innen, für die künftig Kassenabrechnungen und Bargeldmitführung entfallen", enorm entlasten. "In der herausfordernden Personalsituation ein wichtiges Zeichen in Richtung der Mitarbeitenden", heißt es dazu von den Berliner Verkehrsbetrieben.

"Selbstverständlich geben die Fahrer*innen weiterhin Auskünfte zu Verbindungen, Haltestellen und Tarifen und verkaufen Tickets - nur eben bargeldlos", heißt es erklärend weiter. Menschen, die Tickets mit Bargeld zahlen möchten, die etwa nicht mit digitaler Zahlung vertraut sind, müßten dann den Umweg über andere Verkaufsstellen, etwa an Bahnhöfen oder verkaufsberechtigten Kiosken, nehmen, um dort eine Guthabenkarte zu erwerben, die man schließlich in den Bussen zum Bezahlen seiner Fahrkarte verwenden könne.

Seit der Corona-Pandemie sei der Verkauf von Fahrkarten direkt beim Busfahrer in den letzten Jahren zudem sowieso massiv eingebrochen, so die BVG weiter. In Zeiten der Pandemie war in den Bussen der Bereich des Busfahrers außerdem durch Absperrband nicht betretbar. In den letzten Jahren sei der Verkauf von Einzelfahrscheinen im Bus um mehr als 80 Prozent zurückgegangen, heißt es von der BVG. Das heißt im Umkehrschluß: Aus Gründen sinkender Nachfrage sieht man jetzt bei der BVG auch keinen Grund mehr, sich die Bequemlichkeit, die Bargeldzahlung abzuschaffen, nicht auch zu gönnen. In den sozialen Netzwerken folgten auf die Entscheidung zunächst kritische Stimmen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. August 2024 (x1.392/…):

>>**Industrie: Jedes zweite Großunternehmen erwägt Abwanderung aus Deutschland**

Mehr als jedes zweite große Industrieunternehmen erwägt die Abwanderung aus Deutschland.

Das ergibt eine Erhebung der Deutschen Industrie- und Handelskammer. Grund sind vor allem die hohen Energiepreise und die unsichere Stromversorgung.
Max Roland
...
Die Zahl der Industriebetriebe, die Produktionseinschränkungen oder gar eine Abwanderung ins Ausland erwägen, steigt kontinuierlich. Das zeigt eine gestern veröffentlichte Erhebung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), die dafür rund 3.300 Unternehmen aus der Breite der deutschen Wirtschaft befragte. Grund dafür ist vor allem die Energiepolitik.
Demnach ist mehr als jeder zweite große Industriebetrieb am Abwägen, ob der Standort Deutschland sich noch lohnt: 51 Prozent der befragten Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern überlegen, ins Ausland abzuwandern. Insgesamt betrifft dieser Trend fast ein Fünftel aller Unternehmen im Land. 2022 waren es noch 37 beziehungsweise elf Prozent, die eine solche Abwanderung in Erwägung zogen.
"Das Vertrauen der deutschen Wirtschaft in die Energiepolitik ist stark beschädigt", faßt der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks die Ergebnisse zusammen. "Der Politik ist es bisher nicht gelungen, den Unternehmen eine Perspektive für eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung aufzuzeigen."
Hohe Strompreise "akute Gefahr"
Überdurchschnittlich stark ist die Tendenz zur Abwanderung bei Industriebetrieben mit hohen Stromkosten: 45 Prozent von ihnen erwägen diesen Schritt. "Hohe Preise und fehlende Planbarkeit der Energieversorgung sind für die Unternehmen am Standort Deutschland mehr denn je ein Produktions- und Investitionshemmnis", schreibt die DIHK. Zuletzt forderten laut einer DIHK-Erhebung 83 Prozent der Industrie-Unternehmen niedrigere Strompreise.
Insgesamt sehen zwei Drittel der Industriebetriebe ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Die hohen Energiepreise behindern Investitionen der Unternehmen und damit deren Innovationsfähigkeit. So geben mehr als ein Drittel der Industriebetriebe an, wegen der hohen Energiepreise aktuell weniger in betriebliche Kernprozesse investieren zu können, während ein Fünftel der befragten Unternehmen an Forschung und Innovation sparen muß.
"Neben der geplanten Produktionsverlagerung besteht hier eine weitere akute Gefahr für den Industriestandort Deutschland", warnt DIHK-Geschäftsführer Dercks. "Wenn die Unternehmen selbst nicht mehr in ihre Kernprozesse investieren, kommt das einem Rückbau auf Raten gleich."<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 2. August 2024 (x1.395/…):
>>**Die protokollierten Verbrechen gegen das Wohl der Kinder**
Herbert Ludwig
Auf der Pressekonferenz am 23. Juli 2024 zu den von der freien Journalistin Aya Velázquez neu veröffentlichten ungeschwärzten Protokollen des Covid-19-Krisenstabes des Robert-Koch-Instituts (RKI) hat einer ihrer Mitarbeiter, der freie Journalist Bastian Barucker, einen Bericht über seine Recherchen gegeben, die er speziell zu den Maßnahmen des Staates gegenüber den Kindern und Jugendlichen gemacht hat.
Sie waren bewußt gegen deren Wohl gerichtet - ein teuflisches Verbrechen. Er zeigt auf, wie die Anordnungen in den RKI-Protokollen von den Wissenschaftlern kritisch besprochen und kommentiert wurden, die aber nach außen die politische Linie stützen mußten. Wir bringen nachfolgend das Transkript des Videos, das unten verlinkt wird. (hl)
… Das Kindeswohl und die neuen RKI-Protokolle
- Auszug aus der Pressekonferenz vom 23.7.2024
Von *Bastian Barucker*
Zuerst gilt es dem mutigen Menschen mit Rückgrat zu danken, der die RKI-Protokolle inklusive umfassender Begleitdokumente der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt hat. Es gilt auch

Dank zu sprechen an Aya Velázquez für gute journalistische Arbeit, damit diese Person sich an jemand wendet und es in guten Händen weiß. Das muß auf jeden Fall betont sein.
Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf die Sinnhaftigkeit der Corona-Maßnahmen gegenüber Kindern und Jugendlichen fokussieren. Der amtierende Gesundheitsminister Lauterbach hat bereits zugegeben, daß Kinder und Jugendliche die meisten bzw. größten Opfer im Zuge der Pandemiepolitik gebracht haben. Die Bundesfamilienministerin spricht von 73 % der Kinder und Jugendlichen, die aufgrund der Maßnahmen - und nicht aufgrund eines Virus - psychisch belastet sind. Die entstandenen Schäden sind weitreichend, teilweise irreversibel und enorm und werden uns jahrzehntelang beschäftigen.
Was ist geschehen? Deutschland hatte mit die längste Schulschließung in ganz Europa:
stundenlanges verpflichtendes Maskentragen über Monate, teilweise im Freien,
regelmäßige anlaßlose Testung - wir haben gerade gehört, wie sinnvoll die sind - gesunder Kinder,
das Absperren von Spielplätzen,
dem kindlichen Bedürfnis nach Kontakt völlig widerstrebende Abstandsgebote und dann
die Bewerbung einer neuartigen und wenig getesteten Impfung;
nicht zu vergessen ist dabei
die vom Innenministerium entwickelte Strategie, Kinder bewußt in Angst zu versetzen und ihnen bei Nichteinhalten der Hygieneregeln die Schuld am Tod der Eltern zu suggerieren.
Das Kindeswohl ist jedoch laut Bundesgesetz bei allen politischen Entscheidungen vorrangig zu berücksichtigen. Daher gibt es besonders für diese Gruppe, also unsere Zukunft, den dringenden Aufklärungsbedarf, ob die Entscheidungsträger sich hinsichtlich der Eindämmungs-Maßnahmen auf wissenschaftliche Fakten stützten und das Kindeswohl eben vorrangig im Blick hatten oder nicht.
Dafür muß der Fokus darauf gerichtet werden, ob Kinder laut der Expertise des Robert-Koch-Instituts überhaupt jemals signifikant gefährdet waren.
Schauen wir dafür auszugsweise in die jetzt für jeden Interessierten frei zugänglichen Protokolle des Krisenstabs:
Ein Mitarbeiter des RKI kommt am 26. Februar 2020, vor jeglichen Schulschließungen, aus China zurück, und er stellt folgendes fest, ich zitiere:
"Kinder 2 % der Fälle in großer Studie, Kinderkrankenhaus bestätigt, alle ohne Komplikation, auch in Transmissionsketten nicht prävalent, Schulen, Kitas stehen nicht im Vordergrund, Kinder keine wichtigen Glieder in Transmissionsketten, Rolle der Kinder eher untypisch, untergeordnet, anders als Influenza. Mehr Studien müssen folgen."
Schulschließungen
Mitte März es geht um die Schulschließung, und im RKI ist folgendes zu lesen:
"11. März, reaktive Schulschließung in Gebieten, die nicht besonders betroffen sind, sind nicht empfohlen."
"12. März, Christian Drosten", ich zitiere, 'Keine Veranstaltung mehr und das Schließen von Schulen, das ist etwas, das wir jetzt machen müssen'.
"13. März, Herr Spahn hat angeordnet, dass" - dieses Wort sollte man immer in die Suchleiste eingeben bei den Protokollen - "daß eine Passage zur Schulschließung in die Kriterien für die Risikoeinschätzung von Großveranstaltung eingefügt wird. Die Politik wollte das. In einer weiteren Publikation, zitiert von Herrn Drosten, 'wurde die Effektivität von Schulschließungen modelliert'. Publikation" - Achtung - "bezieht sich aber auf Influenza."
Vielleicht erkennen Sie bereits den Widerspruch. Corona - und das bestätigte sich in den kommenden Monaten - war für Kinder eben weniger gefährlich als Influenza, der Besuch im Schwimmbad oder der Straßenverkehr.
April 2020, also nach den ersten Schulschließungen, wird in RKI-Protokollen eine Über-

sichtsarbeit zitiert, Zitat:
"Schulschließungen haben vermutlich keinen großen Einfluß auf die Kontrolle der Epidemie gehabt."
Auch im August 2021: Es bleibt dabei. Zitat:
"Kinder haben, im Vergleich zu anderen Atemwegserkrankungen, geringes Risiko für schwere Krankheitsverläufe."
Das wiederum bedeutet, daß Kinder auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit zu Maßnahmen verpflichtet wurden, um das Wohl anderer zu schützen. - Ein historischer Tabubruch und auch noch höchst umstritten. Denn im Herbst 2021 heißt es in den Protokollen, die wir jetzt einlesen können, Zitat:
"Jüngere Kinder sind sehr selten Indexpersonen. Sie infizieren sich in der Familie." 27. November 2021.
Kommen wir zu den Maßnahmen, zu denen Kinder verpflichtet wurden.
Die Maske:
November 2020: "Es ist ungünstig und gefährlich, wenn Masken von Laien benutzt werden. Einflußnahme eher nicht möglich. Die Beratungen finden zeitgleich statt. RKI wurde im Vorfeld nicht gefragt. Die Maskenpflichten wurden trotzdem eingeführt und entfalteten, wie zu erwarten war, keine medizinische Wirksamkeit, jedoch signifikante Nebenwirkungen vor allem bei Kindern und Jugendlichen."
Als das Thema FFP-2-Maske aufkommt, heißt es im RKI:
"Aus fachlicher Sicht ist es nicht unproblematisch, generell FFP-2-Masken zu empfehlen. Eine generelle FFP-2-Maskenpflicht wird nicht als sinnvoll erachtet." 13. Januar 2021.
Trotzdem fragt man sich im RKI im 2G-Winter 2021, ob FFP-2-Masken für die Schule empfohlen werden sollten, Zitat:
"Bisher gibt es keine überzeugenden Hinweise, daß FFP-2 besser ist, schon gar nicht bei Kindern."
Im Oktober 2022 wurde eine FFP-2-Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr für Kinder von 6 bis 13 Jahren eingeführt.
Und wie wirksam waren jetzt diese Maßnahmen? Generell stellt man bereits im Herbst 2020 fest, Zitat:
"Erfolg von Maßnahmen kann mit RKI-Daten nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Wir wissen, welche Faktoren die Inzidenzen hochtreiben und kennen sinnvolle Maßnahmen, werden dies aber mit RKI-Daten nicht belegen können."
Eine unfaßbare Aussage.
Im Januar 2021:
"Maßnahmen in Schulen und Kitas können nicht verhindern, daß es zu Ausbrüchen kommt."
7. Juli 2021:
"Anstieg von Konsultationen wegen Atemwegserkrankungen" - wozu Corona natürlich gehört - Zitat: "Dies ist ein Hinweis darauf, daß die Infektionsschutz-Maßnahmen an Schulen die Übertragung respiratorischer Erkrankungen nicht verhindern."
Die Impfung von Kindern
Da Corona für Kinder keine signifikante Gefahr darstellte, gab es nie einen medizinischen Grund für eine bedingt zugelassene und experimentelle Impfung, die, wie von Anfang an klar war, nur, wenn überhaupt, einen Selbstschutz bot.
Was steht dazu in den Protokollen?
21. Mai 2021: "Pädiatrische Fachverbände stehen der Impfung von Kindern zurückhaltend gegenüber. Politik bereitet bereits Impf-Aktion vor, damit die entsprechenden Jahrgänge zum Ferienende geimpft sind."
In den Protokollen ist zu lesen, daß die STIKO, die Ständige Impfkommission, den Nutzen

einer Impfung nach wie vor nicht höher bewertet als das Risiko durch die Erkrankung.
August 21, 16. August kommt die Impfempfehlung für alle 12 bis 17-Jährigen. Das erkennt auch das RKI und sucht nach Erklärung, die Impfung von Kindern zu begründen. Plötzlich schwenkt man um und versucht darzustellen, welche, Zitat:
"langfristigen Auswirkungen die Erkrankung auf Kinder haben kann."
Am 30.7. 2021 spricht man über eine Abänderung des Impf-Ziels. Zitat:
"Wenn auch Verhinderung von leichten Fällen, psychologische Folgen aufgrund der Maßnahmen etc. als Ziel aufgenommen werden, würde das die Bewertung ändern. Modellierung: Durch die Impfung der Jugendlichen keinen Einfluß auf Verlauf der vierten Welle."
Es gab damals und gibt auch heute keine valide Datenbasis, die zeigt, daß SarsCov2-Infektion bei Kindern zu besonders langfristigen Auswirkungen führt. Der STIKO-Vorsitzende hat selber gesagt, es gibt Long Covid bei Kindern nicht.
Am selben Tag bezüglich der Booster-Impfung - wurde schon zitiert, darf man ruhig zweimal machen - Zitat:
"Empfehlungen zu Booster stellen sich als komplex dar, vor allen von Politik und Pfizer gefordert, bisher nicht ausreichend Daten vorhanden." Juli 2021.

Zielgruppe jüngerer Menschen und die Impfung

Zitat: Z.B. Influenza vaccination challenge (Herausforderung Grippe-Impfung) auf Youtube.
Zitat: "Es muß cool sein, sich impfen zu lassen."
Es finden sich weitere Hinweise auf die Einflußnahme der Politik. Zitat:
"Zur Zeit ist auch eine Booster-Impfung von Kindern aus ministerieller Sicht angedacht, obwohl dazu keine Empfehlung und teils keine Zulassung besteht."
Bezüglich der Überwachung der Sicherheit der vorher beworbenen Impfstoffe heißt es im Januar 2023, Zitat:
"Monatsbericht und Impfdashboard (Übersicht) werden zum Mai eingestellt. Bewertung von Impfnebenwirkungen wird nicht mehr möglich sein. Dies muß sehr gut kommunikativ begleitet werden, damit es nicht auf das RKI zurückfällt."

Fazit

Im Prinzip sind all diese medizinischen Fakten nicht neu. Ärzte und international hoch angesehene Wissenschaftler haben bereits früh, aber meist vergeblich darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen für die Kinder eine größere Gefahr darstellen als das Virus.
Das wußte man auch im RKI. Ein unvoreingenommener Blick nach Schweden hat ausgereicht, um diese Hinweise als belegt zu erachten.
Jedoch wurden diese Stimmen von Anfang an aus dem Debattenraum entfernt. Nun steht fest, daß auch im RKI Kenntnis über diesen medizinischen Irrsinn herrschte.
Nun ist es endlich an der Zeit, daß die Presse ihren Job macht, die Protokolle akribisch durcharbeitet und die Öffentlichkeit sachlich und vollumfänglich aufklärt.
Alles andere wäre nach der politisch gesteuerten kinderfeindlichen Pandemie-Politik, die von so vielen Pädagogen-Verbänden, Ärzten und Journalisten mitgetragen wurde, ein weiterer Verrat an den Kindern und Jugendlichen dieses Landes.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. August 2024 (x1.393/…):
>>**Nach Gewaltvorfällen: Neues Sicherheitskonzept für Freibäder**
Anläßlich wiederholter Gewaltvorfälle in Freibädern hat die Deutsche Gesellschaft für das Badewesen (DGfdB) ein umfassendes Sicherheitskonzept vorgelegt, das Bäderbetrieben bundesweit als Orientierungshilfe für eine sichere Freibadsaison dienen soll. "Ob die Maßnahmen, die wir in unserem Sicherheitskonzept vorschlagen, eine abschreckende Wirkung auf potentielle Täter haben, können wir nicht wissen.
Aber auf jeden Fall tragen sie dazu bei, daß das Personal in den Bädern besser auf Konfliktsituationen vorbereitet ist, sich sicherer fühlt und entspannter der eigentlichen Arbeit nachgehen

kann", sagte DGfdB-Pressesprecherin Ann-Christin von Kieter der "Rheinischen Post". DGfdB-Geschäftsführer Christian Mankel sagte: "Auch in der finanziellen Umsetzung möglicher Maßnahmen ist die Sicherheit stets eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur durch gemeinsame Anstrengungen mit allen Beteiligten aus Politik, Stadtgesellschaft und Polizei gelingt." Die Bäderbetriebe müßten in der infrastrukturellen und gesellschaftlichen Wertigkeit weiterhin oben angesiedelt werden, erklärte er.
"Kommunen dürfen in der Finanzmittelausstattung und damit verknüpfter Haushaltsplanung von Bund und Ländern nicht alleine gelassen werden", so Mankel. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt das Sicherheitskonzept der DGfdB.
"Die Sicherstellung der Sicherheit in den Schwimmbädern ist eine gemeinsame Aufgabe", sagte der Bundesvorsitzende Jochen Kopelke der "Rheinischen Post". Polizei und Badbetreiber müßten eng zusammenarbeiten und weitere Akteure wie Sozialarbeiter und kommunale Behörden einbinden, so der GdP-Chef. Nur mit der sicht- und spürbaren Durchsetzung von Regeln könnten Freibäder, in denen es in der Vergangenheit wiederholt zu Ausschreitungen mit Verletzten gekommen sei, wieder zu Orten der Freude und Erholung für alle Besucher werden, so Kopelke. Notwendig dafür sei eine angemessene Personalausstattung der Bäder. Zuständig seien die Städte und Kommunen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. August 2024 (x1.393/…):

>>**Der große Gefangenen-Austausch**

Großer Gefangenen-Austausch zwischen Ost und West. Es handelt sich um den größten derartigen Deal seit dem Ende des Kalten Krieges. Auch sogenannter "Tiergarten-Mörder" aus Berlin frei.

Die Gefangenen-Liste:

Von russischer Seite wurden ausgetauscht:

Alsu Kurmasheva (47): russisch-amerikanische Journalistin, Urteil: sechseinhalb Jahre

Kevin Lik (19): russisch-deutscher Schüler, vier Jahre Strafkolonie

Liliya Chanysheva (42): Oppositionspolitikerin, Ex-Wegbegleiterin von Alexej Nawalny, siebeneinhalb Jahre Haft

Ksenia Fadeeva (32): russische Oppositionelle, neun Jahre Haft

Alexandra Skochilenko (33): russische Künstlerin, Musikerin und Aktivistin, sieben Jahre Strafkolonie

Oleg Orlov (71): russischer Menschenrechtsaktivist, zweieinhalb Jahre Straflager

Andrei Pivovarov (42): russischer politischer Aktivist, vier Jahre Haft

Vadim Ostanin (47): ehemaliger Chef von Alexej Nawalnys Antikorruptions-Stiftung, neun Jahre Haft

German Moyzhes: deutsch-russischer jüdischer Anwalt, seit Mai 2024 in Untersuchungshaft

Demuri Voronin: deutsch-russischer Wissenschaftler, 13 Jahre und drei Monate Hochsicherheits-Strafkolonie

Patrick S. (38): deutscher Tourist, bisher in Untersuchungshaft

Von westlicher Seite wurden ausgetauscht:

Wadim Krasikow (58) (Berlin, "Tiergartenmörder")

Vadim Konoshchenok: russischer Schmuggler im Auftrag des FSB, ausgetauscht von den USA

Vladislav Klyushin: Geschäftsmann mit Kreml-Verbindungen, ausgetauscht von den USA

Roman Seleznev: russischer Hacker, ausgetauscht von den USA

Artem Dultsev und Anna Dultseva: russische Spione, ausgetauscht von Slowenien

Mikhail Mikushin: russischer Spion, ausgetauscht von Norwegen

Pavel Rubtsov: russischer Spion des Militärgeheimdienstes, ausgetauscht von Polen

plus zwei Minderjährige.

Insgesamt sind bei dem größten Gefangenenaustausch seit dem Ende des Kalten Krieges nach Angaben des türkischen Präsidialamts 26 Personen involviert. Der Austausch fand auf dem Flughafen von Ankara statt. 13 Personen wurden nach Deutschland gebracht, drei in die USA, zehn Personen - darunter zwei Minderjährige - im Gegenzug nach Rußland. Der "Wall Street Journal-Reporter" Evan Gershkovich (32) wurde am 29. März 2023 in Jekaterinburg während einer Recherche-Reise festgenommen. Es war das erste Mal seit dem Kalten Krieg, daß ein Journalist, der für ein amerikanisches Medium arbeitet, wegen Spionage in Rußland eingesperrt wurde. Am 19. Juli 2024 wurde Gershkovich in einem Schein-Prozeß zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt.
Offensichtlich wertvollster Gefangener auf deutscher bzw. westlicher Seite für Rußland: Wadim Krasikow (58). Der sogenannte Tiergarten-Mörder war 2019 unter dem Decknamen Wadim Sokolow nach Berlin gereist.
Der wegen des sogenannten "Tiergartenmordes" in Deutschland zu lebenslanger Haft verurteilte Wadim Krassikow ist rechtlich durch eine Verfügung des Generalbundesanwaltes auf freien Fuß gekommen. Dieser habe nun von der Vollstreckung der Freiheitsstrafe abgesehen, teilte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Donnerstag am Flughafen Köln/Bonn mit, wo er mehrere im Rahmen des Gefangenenaustauschs freigekommene Personen empfangen will.
Er habe angesichts der Bedeutung dieser Angelegenheit auch frühzeitig den Oppositionsführer über das Vorhaben informiert und ihn auch über die heutige Aktivität rechtzeitig in Kenntnis gesetzt. "Er hat mir ausdrücklich versichert, daß er mit den Entscheidungen der Bundesregierung einverstanden ist", sagte Scholz.
"Diese schwierige Entscheidung wurde von den betroffenen Ressorts und der Koalition nach sorgfältiger Beratung und Abwägung gemeinsam getroffen", so der Kanzler. Niemand habe sich diese Entscheidung leicht gemacht, einen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilten Mörder nach nur wenigen Jahren Haft abzuschieben.
"Das staatliche Interesse an der Vollstreckung der Freiheitsstrafe war in Abwägung zu bringen mit der Freiheit und Gefahr für Leib und - in einigen Fällen - auch Leben unschuldig in Rußland inhaftierter Personen und zu Unrecht politisch Inhaftierter", so Scholz. "Deshalb war für uns wichtig, daß wir eine Schutzverpflichtung gegenüber deutschen Staatsangehörigen sowie auch die Solidarität mit den USA haben."
Zuletzt war Kritik aufgekommen, daß Deutschland und die anderen beteiligten westlichen Staaten mit dem Gefangenenaustausch eine Blaupause für willkürliche Verhaftungen und Verurteilungen in Rußland liefern, um auch in Zukunft inhaftierte Russen aus dem Westen freizupressen. Die Verurteilungen der Personen, die im Rahmen des Gefangenenaustauschs nun aus Rußland und Weißrußland freikamen, waren von westlichen Beobachtern scharf kritisiert und teils als absurd bezeichnet worden.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. August 2024 (x1.393/…):
>>**US-Raketenstationierung: Wohl kein Bundestagsbeschluß notwendig**
Bei der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ab 2026 bedarf es vermutlich keines Beschlusses des Bundestags.
Dies geht aus einer Antwort der Wissenschaftlichen Dienste auf eine Anfrage der partei- und fraktionslosen Bundestagsabgeordneten Joana Cotar hervor, über die der "Spiegel" berichtet. Verwiesen wird darin auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1984, die sich mit der Aufstellung nuklearer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses befaßte. Die Richter hätten damals mit sieben zu einer Stimme die Frage verneint, ob die Rechte des Parlaments gefährdet und verletzt worden seien.
Nach Ansicht des damaligen Gerichts sei der Bund berechtigt, Hoheitsrechte an zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen, so an die Nato. Laut den Wissenschaftlichen Diensten bestätigte das Verfassungsgericht seine Rechtsprechung wenige Jahre darauf in der Frage der

Stationierung von US-Chemiewaffen. Die Bundesregierung und die US-Regierung hatten auf dem jüngsten Nato-Gipfel die Stationierung von nichtnuklearen Mittelstreckenwaffen vom Typ Tomahawk, SM-6 und Überschallraketen angekündigt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. August 2024 (x1.393/…):

>>**Besteuerungsanteil an Renten weiter angestiegen**

Im Jahr 2023 haben in Deutschland rund 22,1 Millionen Personen Leistungen in Höhe von 381 Milliarden Euro aus gesetzlicher, privater oder betrieblicher Rente erhalten. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Freitag mitteilte, waren das 0,6 Prozent oder 121.000 Rentenempfänger mehr als im Vorjahr. Die Höhe der gezahlten Renten stieg im gleichen Zeitraum um 4,9 Prozent oder 17,7 Milliarden Euro. 68 Prozent der Rentenleistungen im Jahr 2023 zählten zu den steuerpflichtigen Einkünften (260,5 Milliarden Euro).

Seit 2015 stieg der durchschnittliche Besteuerungsanteil damit um 13 Prozentpunkte. Die Ursache für den Anstieg des Besteuerungsanteils ist die Neuregelung der Besteuerung von Alterseinkünften im Alterseinkünftegesetz von 2005. Kernelement der Neuregelung ist der Übergang von einer vorgelagerten zu einer nachgelagerten Besteuerung der gesetzlichen Rente. Demnach werden die Rentenbeiträge in der Ansparphase schrittweise steuerfrei gestellt und erst die Leistungen in der Auszahlungsphase steuerlich belastet.

Mit Inkrafttreten des Wachstumschancengesetzes vom 27. März 2024 wurde die bislang bis 2040 vorgesehene Übergangsphase bis zum Jahr 2058 verlängert. Welcher Anteil der Renteneinkünfte steuerpflichtig ist, richtet sich nach dem Jahr des Rentenbeginns: Je später der Rentenbeginn, desto höher ist der besteuerte Anteil der Renteneinkünfte. Außerdem steigt der Besteuerungsanteil durch Rentenerhöhungen, da diese komplett steuerpflichtig sind. Bei vielen Rentnern liegt der steuerpflichtige Teil ihrer Renten nach relevanten Abzügen unterhalb des Grundfreibetrags.

Daher bleiben viele Renten steuerfrei, wenn keine weiteren Einkünfte vorliegen. Wie viele Rentner für das Jahr 2023 Einkommensteuer zahlen, ist aufgrund der langen Fristen zur Steuerveranlagung noch nicht bekannt. Aktuellste Informationen zur Rentenbesteuerung liegen für das Jahr 2020 vor. Demnach mußten rund 40 Prozent oder 8,7 Millionen der insgesamt 21,8 Millionen Rentenempfänger Einkommensteuer auf ihre (gesetzlichen, privaten oder betrieblichen) Renteneinkünfte zahlen.

Im Vergleich zu 2019 stieg der Anteil um 2,7 Prozentpunkte beziehungsweise 636.000 Personen. Bei 82 Prozent der im Jahr 2020 steuerbelasteten Rentenempfänger - hierzu zählen auch hinterbliebene Eheleute und Kinder - lagen neben Renten noch andere Einkünfte wie Versorgungsbezüge, Arbeitseinkommen oder Mieteinnahmen vor. Bei zusammenveranlagten Ehepaaren können das auch Einkünfte des Partners sein, die für die Besteuerung zusammengerechnet werden, so das Bundesamt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. August 2024 (x1.393/…):

>>**Islamismus-Experten: Verbote können Radikalisierung verstärken**

Nach dem jüngsten Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg warnen Islamismus-Experten davor, daß eine repressive Politik im Kampf gegen den Islamismus kontraproduktiv sein kann, und fordern flankierende Maßnahmen.

"Die Gefahr, daß eine verbotsorientierte Politik zu einer stärkeren Radikalisierung führt, ist durchaus gegeben", sagte die Co-Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus, Jamuna Oehlmann, der "Rheinischen Post". "Wenn Mitglieder solcher Gruppierungen das Gefühl haben, ungerecht behandelt oder verfolgt zu werden, kann dies ihre ideologischen Überzeugungen verstärken und zur weiteren Entfremdung von der Gesellschaft beitragen", sagte Oehlmann.

Ein weiterer Aspekt sei, "daß auch andere islamistische Akteure durch solche Verbote entstehende Ressentiments gezielt für sich nutzen, um Anhänger zu gewinnen und zu mobilisieren.

Hier muß vor allem mit Bildungs- und Präventionsarbeit angesetzt werden", forderte die Co-Chefin des gemeinnützigen Vereins zur Stärkung von der Demokratieförderung und Prävention von religiös begründetem Extremismus.
"Neben Verboten sollte der Staat daher noch stärker Projekte der Präventionsarbeit und Demokratieförderung, aber auch Regelstrukturen der Bildung und Sozialen Arbeit unterstützen", forderte Oehlmann. Besonders im Online-Bereich müßten zivilgesellschaftliche Ressourcen ausgebaut werden, "um islamistischen Inhalten zum Beispiel auf Tiktok und Instagram mehr entgegensetzen zu können", so Oehlmann.
Der Islamwissenschaftler Michael Kiefer von der Universität Osnabrück sagte der "Rheinischen Post": "In der Wissenschaft sprechen wir von Co-Radikalisierung, wenn staatliche Maßnahmen nicht gewollte Effekte erzeugen. Man will eigentlich ein Phänomen einschränken, trägt aber zu dessen Verstärkung bei." In den Behörden müsse genau abgewogen werden, was man mit bestimmten Maßnahmen erreichen könne, was mögliche negative Effekte seien und wie diese verhindert werden könnten. "Dazu müssen verschiedene Ressorts gut und reflektiert zusammenarbeiten.
Das ist im politischen Geschäft nicht einfach, in dem oft schnelle Reaktionen verlangt werden und es zu voreiligem Handeln kommen kann", so Kiefer. Er verwies auf eine interministerielle Arbeitsgruppe in Nordrhein-Westfalen, in der das Schul-, Jugend- und Innenministerium von NRW mit einem Expertenkreis zusammensäßen. "In dieser Arbeitsgruppe, in der ich auch Mitglied bin, wird über Präventionsmaßnahmen diskutiert und Rat eingeholt.
Im Bund ist in diese Richtung noch Luft nach oben", so Kiefer. Eine wirkungsvolle Strategie gegen Islamismus könne "nicht nur repressive Methoden" umfassen. Die Frage sei, was man mit den Adressaten solcher Organisationen mache. "Da brauchen wir eine langfristig angelegte, effektive Präventionsarbeit gegen Radikalisierung. Bund, Länder und Kommunen könnten hier noch deutlich mehr tun", so Kiefer weiter.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29959" berichtet am 2. August 2024 (x1.389/…): >>**Olympia-Skandal - Krissy Rieger: Wir alle sind nun gefragt!**
Die Eröffnungsfeier für die Olympischen Spiele hatte es wirklich in sich. Und ich muß wirklich sagen, ich bin immer noch schockiert.
Hallo meine Lieben, ihr kennt mich, ich kann das nicht einfach so stehen lassen, und vor allem die Eröffnungsfeier bei den Olympischen Spielen. Auch wenn einige lieber ihren Mund halten würden und sagen, komm, laß das einfach mal vorüber gehen. Leute, das ist die Eröffnung der Olympischen Spiele jetzt in Paris, die bietet Europa einfach die Gelegenheit, sich und die eigenen Werte zu präsentieren. Das bedeutet, wer das akzeptiert, der sagt, das sind also tatsächlich meine Werte, meine Tugenden, das ist der Kontinent, der mich hier repräsentiert. Definitiv nicht, deswegen muß ich etwas dazu sagen, weil ansonsten würde ich es ja auch einfach so akzeptieren.
Jetzt muß man sich überlegen, also die früheren Spiele oder sagen wir es mal so, die Olympischen Spiele, für was standen sie? Warum wurde das eingeführt? Sie standen im Grunde für Stärke, Schönheit, Gesundheit und Sport. Es sollte natürlich eine Show sein, auch zur Belustigung von der großen Mehrheit der Menschen. Aber es hatte diese Werte, diese Werte, die die Länder in Europa dann auch vertreten haben und das hier in Form von dieser Show dann auch repräsentieren wollten.
Aber dieses Mal - eine Rekordsumme an Zuschauern - mehr als 10 Millionen Menschen sahen sich die Eröffnung der Olympischen Spiele in Paris an. 206 Nationale Olympische Komitees sind bei den Spielen in Paris vertreten. Dabei wurde vor allem die Darstellung des letzten Abendmahls sehr heftig kritisiert. Denn die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele hatte meiner Meinung nach rein gar nichts und zwar gar nichts mit den Olympischen Spielen und diesen Werten, die sie eigentlich haben, gemeinsam.

Denn es geht hier um Sport, wie schon gesagt, um Gesundheit. Ja, bestimmte Werte einfach, die hier vertreten werden. Aber nein, man nutzte es, um eine politische Meinung hier reinzubringen. Und das schauen wir uns jetzt mal genauer an. Ich möchte dir hier einiges eben sagen, auch die Kritik, die hier geäußert wurde. Und dann vor allem, und das ist das absolut Heftigste überhaupt, was die Medien davon berichtet haben. Und ich sage dir, das toppt einfach nochmal alles. Ich meine, wir leben hier im Kriegszustand. Wir leben hier in absoluten Krisenzeiten. Und das schafft es nochmal, einfach eine Schippe draufzulegen.
Also, du mußt dir vorstellen, das letzte Abendmahl wurde hier dargestellt als eine Woke-LGBTQI-Transgender-Party. Und damit wurde im Grunde das Christentum auch absolut ins Lächerliche gezogen. Nicht nur das, ich komme auch noch auf was anderes hinaus. Aber: Kritiker sahen darin eigentlich eine Anbiederung an diesen gesamten Zeitgeist, der hier vorherrscht und die Verhöhnung der eigenen kulturellen Wurzeln.
Denn was hat das eine mit dem anderen zu tun? Warum muß man das hier so repräsentieren, außer man möchte einem eigentlich nur so eine Klatsche ins Gesicht geben und zeigen, das ist jetzt gerade die Richtung, in die wir gehen. Und wenn du es akzeptierst, dann wird es auch genauso passieren.
Die Einweihungsfeier der Olympischen Spiele ist eigentlich nichts anderes als eine Demonstration des Niedergangs unserer Zeit. Kann man es anders nennen? Ich kann es nicht anders nennen. Und man muß ja auch kein Christ sein, um eine solche Verhöhnung von Kultur und Religion auch irgendwo abstoßen zu finden. Das hat einfach nichts darin zu suchen. Es heißt hier, ein Skandal in den sozialen Medien geht alles Mögliche rauf und runter. Eine einzige Freakshow.
Das Christentum wird dadurch einfach nur ins Lächerliche gezogen. Also ein US -Bischof, Robert Barron, sagte, hätten sie es jemals gewagt, sich auf ähnliche Weise, über den Islam lustig zu machen? Ich sage dir die Antwort. Nein, natürlich nicht. Denn nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich befindet sich in einer absoluten Krise. Die Kriminalität wächst eigentlich fast noch stärker als in Deutschland. Was auf den Straßen passiert, auch jetzt während der Olympischen Spiele, gibt es auch zahlreiche Berichterstattungen von dermaßen heftigen Gewaltattacken, daß man sich nur fragt, was ist hier passiert?
Es ist einfach nicht mehr das Paris, es ist nicht mehr das Frankreich, auch nicht das Deutschland, das man früher kannte und dementsprechend auch nicht die Olympischen Spiele und deren Werte, wie man sie früher kennt. Aber hier heißt es, nur Konservative denken so, denn die sind in den alten Zeiten gefangen und merken nicht die Moderne, den neuen Zeitgeist. Ja, so ist es. Ich fühle mich auch so. Ich würde auch sagen, dann zähle ich mich lieber dazu als irgendwo anders. Die katholische Medien -Website fragt auf X, Zitat: ′Warum besteht die LGBTQIA-Plus -Community, die sich für Liebe, Frieden und Toleranz einsetzt, darauf, Christen zu beleidigen?
Wurden die Olympischen Spiele nicht geschaffen, um die globale Einheit zu fördern? Wie fördert die Beleidigung der größten Religion der Welt dieses Ziel? Und genau das ist es ja. Was hat das eine dort zu suchen? Es kann im Grunde nur eine Verhöhnung sein von einer Religion, von einem Kulturgeist, was anscheinend jetzt keinen Platz mehr hat in diesem Bereich. Hier heißt es auch, was hat denn so eine Show bei den Olympischen Spielen zu suchen? Es ist eine Sportveranstaltung.
Dabei sollte die Leistung der Sportler im Mittelpunkt stehen, nicht die Ideologie und Politik. Und das ist genau das, was ich hier auch zu kritisieren habe. Zum einen natürlich, daß die Menschen das akzeptieren, aber zum anderen muß ich sagen, das ist doch genau das. Was hat denn die politische Agenda mit den Spielen zu tun? Aber du siehst, alles ist ein Kreislauf. Alles sind kleine Puzzleteile, die miteinander verknüpft sind.
Du kannst nicht mehr davon ausgehen - oder wann konntest du davon ausgehen - daß man

wirklich in der Form irgendwo eine Spaltung hat, eine Teilung, daß man wirklich sagt, 'hey, Moment mal, wir machen da nicht mit′. Sondern das große Ganze wird gesteuert, nicht von den Einzelnen, sondern eben von dem Darüber gehend. Und solange jeder Einzelne nicht sagt, 'hey, Moment mal, da mache ich nicht mit, das akzeptiere ich nicht′, geht die Macht nicht vom Volke aus. Sondern die Macht geht von denjenigen aus, die diese Agenda so machen, wie es ist.
Überlege dir, was jetzt gerade mit der Biermarke in den USA passiert ist, wo sie eben auch die Werbung so auf den derzeitigen neuen Zeitgeist umgemünzt haben und die Menschen tatsächlich gesagt haben, dann trinke ich das nicht mehr. Ich sage dir, alles wurde weggemacht, alles. Und das ist genau das, die Macht geht vom Volke aus. Wenn man es nicht nimmt und das einfach über sich ergehen läßt, dann ist das einfach weg. Und genauso diese Werte, diese Tugenden, das ist einfach weg.
Und wie gesagt, man kann jetzt sagen, das ist alles konservativ, alt, klassisch, das wollen wir alles nicht. Ich würde sagen, man kann nicht alles, was in der Vergangenheit war, einfach verhöhnen und sagen, ja, das wollen wir nicht. Und vor allem wird es wieder einmal so dargestellt, als wäre es eine kleine Minderheit, die das irgendwie sehr, sehr merkwürdig findet, was dort bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele da passiert ist.
Und es gab natürlich noch viel, viel mehr Show-Einlagen als nur dieses letzte Abendmahl. Zum Beispiel wurde auch die Enthauptung von Marie Antoinette dargestellt. Und jetzt muß man sich überlegen, sie, die Königin, wurde geliebt, später angefeindet und am Ende dann enthauptet.
231 Jahre danach feiert Paris, so scheint es, die Enthauptung der Königin Marie Antoinette. Bei der Eröffnung der Olympischen Spiele in Paris wurde der abgetrennte Schädel der Königin prunkvoll unweit des Justizpalastes präsentiert. Also lauter Marie Antoinette mit ihrem Kopf sozusagen in der Hand und dann hier singende Show-Einlagen und was weiß ich. Und jetzt paß auf.
Das Heftigste überhaupt darin ist, was die Medien eigentlich dazu sagen und ich hab's dir natürlich zusammengetragen und rausgesucht. Und hier gibt es die unterschiedlichsten Aussagen, ich find das absolut heftig, ich blende dir gerne was ein. Hier zum Beispiel NTV schreibt, jetzt paß auf, ′Katholische Kirche empört: Russen verhöhnen Eröffnungsfeier′. Da kannst du dir mal vorstellen, in welche Richtung das geht. Ja, also natürlich die Kirche, absolut konservativ, alt und so weiter. Oh, daß die damit nicht klarkommen, klar.
Und die Russen natürlich. Was ist das Feindbild jetzt gerade, ist natürlich der Russe. Also das heißt, das was die Russen nicht mögen, das mußt du natürlich mögen, ansonsten bist du vielleicht ein Russenfreund. Das ist tatsächlich die derzeitige Manipulationsstrategie. Stell dir das einfach mal vor, also absolut heftig. Ein anderer Zeitungsartikel. Medien feiern Olympiazeremonie. "Woke Show" schockt Konservative.
Denn es schockt natürlich nur die Konservativen und sonst niemanden. Daß die Mehrheit dadurch geschockt ist? Nein, nur weil die Mehrheit still ist. Und das ist genau der Punkt, warum man sagen kann, es schockt nur die Minderheit. Nur Konservative. Nur so ein paar Christen. Nur so ein paar Russen. Ja, willst du da dazugehören? Sag lieber nichts oder sei gar nicht auf dieser Seite.
Das heißt, Medien berichten, ich habe mir alles Mögliche durchgelesen, Geschmäcker sind unterschiedlich. Nur Konservative mögen das nicht. Kritik nur bei der Kirche. Wie gesagt, Russen kritisieren das. Dabei muß man sagen, daß diese Show bereits zuvor für Verwunderung gesorgt hat. Denn die offizielle Präsentation des Plakats war schon sehr verwunderlich für eigentlich alle. Also das heißt, es gibt ja ein Plakat, das die Olympischen Spiele dann präsentiert. Aber da war es so, daß da auch etwas gefehlt hat. Und das paßt einfach.
Wie gesagt, das ist, stell dir einfach vor, wie so ein Kreis, wie so ein Puzzle. Wo jedes Stück

miteinander irgendwie zusammenkommt. Aber, paß auf. Nach der gestrigen Enthüllung der grafischen Zeichnung, die von dem Designer Ugo Gattoni erstellt wurde, wunderten sich die Pariser schnell. Denn, sie wunderten sich über das Bild. Denn im Bild, das Paris nachempfinden soll, fehlt ein klitzekleines oder sehr, sehr großes Detail. Aber dafür steht anscheinend Paris nicht mehr.
Und jetzt paß auf. Auf dem Dome des Invalides, wo unter anderem Napoleon begraben liegt und der als eines der Wahrzeichen der Stadt gilt, fehlt ein Symbol. Denn wenn du dir den Dom anschaust und dagegen die Darstellung des Doms, dann fehlt einfach das christliche Kreuz auf der Kuppel. Das wurde einfach mal kurz hier weggemacht, Ja. Ist ja nur eine Darstellung, muß ja nicht so sein wie in echt. Statt des Kreuzes ist es einfach eine, ja, schnurgerade Stange auf dem Gebäude. Da fehlt das einfach. Das ist einfach weg.
Über dieses kleine Detail muß man sich ja nicht aufregen. Vielleicht hat er es ja vergessen. Ne, definitiv nicht. Definitiv nicht! Und auf dem offiziellen Plakat fehlt einfach jedes Symbol von Frankreich. Also sowohl die Flagge als auch die Kathedrale, zum Beispiel Notre Dame, als auch das christliche Zeichen. Denn dafür steht Paris scheinbar nicht mehr. Dafür steht Europa nicht mehr.
Denn man ist ja für Vielfalt und so weiter. Aber was hat denn Vielfalt damit zu tun, daß man ein Wahrzeichen einfach mal kurz umändert, damit da ja nicht irgendwie ein christliches Zeichen drauf ist. Aber paß auf, dafür gibt es um so mehr christliche Zeichen dann bei der Eröffnungsfeier, die aber wiederum verhöhnt werden. Was auch immer das dort zu suchen hat.
Also das heißt, diese Feier, diese Eröffnungsfeier, diese gesamte Darstellung der Olympischen Spiele zeigt jetzt gerade den neuesten Zeitgeist, den jeder akzeptieren soll, die Richtung, in die, also zumindest Europa, geht. Die restliche Welt lacht darüber. Und nicht ein paar Kirchenträger lachen darüber, sondern die Welt lacht darüber. Nicht nur die Russen. Aber so wird es dargestellt, denn du sollst ja nicht aus der Reihe tanzen.
Und ich sage dir eins. Solange die Menschen Angst haben, aus der Reihe zu tanzen, ich wundere mich, daß hier in YouTube nicht noch viel mehr eigentlich von bestimmten Berichterstattern darüber berichtet wird, weil man möchte ja nicht irgendwie aus der Reihe tanzen und man möchte ja auch nicht irgendwie ins Fettnäpfchen treten. Aber ich sage dir, mir ist das absolut egal, ob ich in irgendein Fettnäpfchen trete.
Denn ich finde, diese Show hat nichts damit zu tun, was eigentlich die grundsätzlichen Werte von Europa und den Olympischen Spielen sein sollten. Sondern es ist eine absolute politische Darstellung dessen, was jetzt sozusagen der neueste Trend sein sollte. Es hat nichts damit zu tun und zeigt dir einfach, das akzeptierst du, das schaust du, da machst du mit. Tja, dann hast du es wirklich akzeptiert und dann geht es in die Richtung.
Und dann ist es genau die Vertretung, die dieses Land, dieses gesamte Europa dann auch hat. Und so sieht es aus. Ich bin, wie gesagt, immer noch schockiert, weil ich einfach viel mehr auch Aufschrei erwartet hätte, nachdem ich das gesehen habe. Aber, es ist ebenso, wie es ist. Und ein paar sagen was dagegen, ein paar halten den Mund, ein paar machen gar nichts und hoffen einfach auf bessere Zeiten. Denn irgend jemand wird es schon richten.
Vielleicht Trump, ja, vielleicht wird der dann irgendwas richten. Das ist so die derzeitige Einstellung. Und ich sage dir, wenn die Mehrheit der Menschen oder zumindest ein Teil der Menschen nicht irgendwie mal ihren Mund aufbekommt und irgendwie mal etwas dagegen tut, dann wird sich eben auch nichts ändern. Und es ist so im System, man kann es jetzt so akzeptieren, aber akzeptiere es nicht für dein Leben, sondern gestalte dein Leben so, wie du es möchtest.
Und wer jetzt sagt, ja, geht ja nicht, weil abhängig und unflexibel und Arbeit und Kinder und Familie und gebunden und was weiß ich und ich kann nicht, das ist nur ein Wall der Ausreden, die drumherum sind. Die drumherum sind der Kern des Problems. Weshalb sich der Kern

des Problems niemals ändern wird, wenn man die ganze Zeit es zupflastert in einen riesengroßen Schwall aus Ausreden. Dementsprechend schreibe mir gerne in die Kommentare, wie du das siehst. Und wir sehen uns natürlich beim nächsten Video. Bye.<<

Frankreich: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. August 2024 (x1.392/…): >>**Verwirrung um "männliche" Boxerin: Eine Gesellschaft in der Trans-Neurose**

Ist die Olympia-Boxerin Imane Khelif nun eine Frau oder ein Mann? Tatsächlich ist sie eben keine "Trans-Frau", im Sinne des woken Zeitgeistes. Aber Medien sind so eingeschüchtert, daß selbst grundlegende Tatsachen nicht mehr nüchtern geschrieben werden. Die Fakten.

Wim Lukowsky

...

"Ich habe noch niemals so einen Schlag gespürt", sagte die italienische Boxerin Angela Carini nach ihrer Niederlage gegen die Algerierin Imane Khelif bei den Olympischen Spielen. Letztere steht nun im Fokus der medialen Berichterstattung: Während es zunächst hieß, es würde sich bei Khelif um eine Trans-Frau, einen biologischen Mann handeln, kam dann andererseits die Nachricht, die 25-Jährige sei als Frau geboren worden.

Wer sich nach dem Kampf am Donnerstag ein neutrales Bild machen wollte, wurde enttäuscht. Die Berichterstattung über den Hintergrund der Algerierin hinkte - beziehungsweise blieb ganz zurück. Eine Frau als Mann oder einen Mann als Frau zu betiteln oder noch viel schlimmer: möglicherweise eine Trans-Frau falsch zu identifizieren - davor fürchteten sich zahlreichen Medien.

Aus woker Ideologie entstand eine Unsicherheit, die eine objektive Berichterstattung unmöglich machte. Da hielten sich zahlreiche Medien lieber ganz zurück, um nicht noch in ein Fettnäpfchen zu treten. Informationen blieben dabei auf der Strecke.

Die Tagesschau erwähnte beispielsweise den komplexen Hintergrund hinter Khelifs Geschlecht in dem Format "Faktenfinder" mit keinem Wort.

Statt dessen prangerte die Tagesschau "transfeindliche Desinformation" an und verwies auf einen Artikel des Volksverpetzers, in dem der Autor meinte, die Cis-Weiblichkeit der Boxerin eindeutig nachgewiesen zu haben, weil sich die Boxerin mit dem Geschlecht identifiziere, das ihr bei der Geburt zugeordnet worden sei. Zugleich hieß es bei anderen Medien, es handele sich bei ihr um eine Trans-Frau.

Beide Seiten liegen vermutlich falsch. Klar ist: Khelif gibt sich nicht als Trans-Frau aus - und kann dies auch nur schwer sein. Im islamisch geprägten Algerien sind Transitionen verboten und nicht möglich. Zudem wurde Khelif zu ihrer Geburt als weiblich eingestuft. So steht es auch in ihren offiziellen Papieren.

Sollte eine Person mit uneindeutigen Geschlechtsorganen zur Welt kommen, wird in Algerien vermutlich nicht auf eine intersexuelle Geschlechtlichkeit geschlossen, sondern das anhand der äußerlichen Merkmale naheliegendste Geschlecht eingetragen. Nun ist es bei Khelif aber so: Abgesehen davon, daß die Internationale Boxing Association (IBA), der größte Boxverband für Amateure, die Boxerin bereits zuvor von Frauen-Weltmeisterschaftskämpfen wegen unzureichender Kriterien ausschloß, liegt bei Khelif vermutlich eine sogenannte "Differences of Sex-Entwicklung" vor.

Diese Geschlechtsvariation bewirkt, daß trotz höherer Testosteronwerte und vorhandener XY-Chromosomen, die primären Geschlechtsmerkmale nicht eindeutig männlich ausgeprägt sind, beziehungsweise sogar weiblich erscheinen können. Mit anderen Worten: Als Khelif geboren wurde, konnte sie vermutlich nicht als männlich identifiziert werden - und wurde deswegen amtlich zur Frau. Womöglich aufgrund des gesellschaftlichen Drucks und der Geschlechterrollen in islamischen Ländern wurde die 25-Jährige als Frau großgezogen - ihr Vater soll ihr sogar das Boxen untersagt haben.

Unterentwickelte Geschlechtsmerkmale könnten auch der Grund für Khelifs Disqualifikationen bei den IBA-Weltmeisterschaften der Amateurboxer 2023 gewesen sein. Hingegen anfänglicher Falschmeldungen stellte der Verband am Mittwoch klar, der Testosteronwert sei im Vorlauf der damaligen Frauen-Kämpfe nicht getestet worden, jedoch seien "separate und anerkannte Tests durchgeführt worden, deren Ergebnisse vertraulich bleiben", teilte der IBA mit. Worum genau es sich dabei handelte, gab der Verband nicht bekannt.
Andererseits gibt es verschiedene Varianten der "Differences of Sex-Entwicklung". Ob männliche Geschlechtsorgan vorliegen, ist in manchen Fällen nicht immer äußerlich ersichtlich, da sich diese auch im Körperinneren befinden können.
Eine eindeutige Klassifizierung ist ohne eine fachärztliche Überprüfung also nicht möglich. Andererseits sind neben den Untersuchungen des IBA keine weiteren Informationen zu der Geschlechtsausprägung bei Khelif bekannt.
Das Vorliegen von XY-Chromosomen, wie es laut mehreren Medienberichten bei Khelif der Fall ist, verweist zuallererst aber auf genetische Männlichkeit.
Aber die Verantwortlichen des Olympischen Komitees (IOC) und zahlreiche Medien tragen nicht zur Klärung bei. Tagesschau und Co. halten sich mit uneindeutigen Informationen zurück - das IOC beruft sich auf das im Reisepaß der Algerierin eingetragene weibliche Geschlecht.
Weitere Tests gab es aber eben offenbar nicht. An der Stelle geht es nicht einmal um die Haltung der Boxerin zu dem Thema, sondern um das stümperhafte Vorgehen der Verantwortlichen. Denn: biologisch stärkere Personen gegen Frauen antreten zu lassen, kann gefährlich enden - wie auch aus der Feststellung der unterlegenen Box-Gegnerin Carini hervorgeht, noch nie einen solch harten Schlag gespürt zu haben. Das algerische Olympia-Komitee hat sich währenddessen hinter die eigene "Athletin" gestellt, weitere Informationen lieferte der Verband jedoch nicht.
Es werden einem nur zwei Narrative präsentiert: Nein, sie ist keine Frau. Doch, sie ist eine Frau. Daß die Wahrheit womöglich dazwischen liegt, und es sich hier offenbar um einen Fall der seltenen, aber durchaus realen Intersexualität handelt, wird unterschlagen. Und auch das ist ein Ergebnis des woken Wandels: Diese Diskussion wäre nie entbrannt, wären nicht Transgender-Athleten im internationalen Sport etabliert worden und würden Medien nicht bewußt genauere Informationen zum Geschlecht unterschlagen.
Der Fall Khelif liegt erstmal unpolitisch, außerhalb der Woke-Debatte. Die Trans-Debatte führt aber dazu, daß darüber nicht mehr normal gesprochen und berichtet wird und daß das IOC die fatale Entscheidung trifft, Khelif gegen genetische Frauen antreten zu lassen - weil es keine Kategorien mehr dafür geben darf, was eine Frau ist. Das Maß an bewußtem medialen Verschweigen ist dabei bizarr. Eine Gesellschaft in der Trans-Neurose kann über biologische Fragen nicht mehr normal diskutieren.<<

Belgien: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. August 2024 (x1.390/…): >>**EU will Millionen Diesel-Fahrer enteignen: Souveränität statt EU-Recht!**
Es wird immer offensichtlicher: Die EU steht nur noch für Willkür, Bevormundung und Bürgerverachtung. Jetzt sollen Millionen von deutschen Diesel-Fahrern noch in diesem Jahr enteignet werden. Durch eine Änderung des Meßverfahrens bei der Abgasmessung droht acht Millionen Diesel-Fahrzeugen in Deutschland bis zum Dezember die Stilllegung. Die Messung soll nicht mehr in stationären Testzentren, sondern unter echten Fahrbedingungen erfolgen. Millionen von Euro-5- und Euro-6-Dieselfahrzeugen dürften infolgedessen die vorgeschriebenen Grenzwerte reißen.
Doch die EU macht bei Diesel-Fahrern nicht Halt. Auch Benziner könnten laut Medienberichten betroffen sein, wenn sie die Grenzwerte nicht in allen Fahrsituationen einhalten. Endgültig

entscheiden will der Europäische Gerichtshof (EuGH) im November. Zur Erinnerung: Das ist der Gerichtshof, der im vergangenen Jahr entschied, daß die Zurückweisungen von illegalen Migranten an EU-Binnengrenzen im Regelfall rechtswidrig ist.
Was maßt sich dieser Gerichtshof an? Eine souveräne Nation darf sich das nicht bieten lassen: Die EU hat uns nicht vorzuschreiben, wie wir zu heizen haben, wie wir uns fortbewegen und wen wir in unser Land lassen!
Und genau dafür steht die AfD: Wir lassen uns nicht von der EU auf der Nase herumtanzen, sondern wir setzen uns für die Rückgewinnung nationaler Souveränitätsrechte ein. Ein Land, welches über seine Mobilität und seine Staatsgrenzen nicht mehr selbst bestimmen darf, bestimmt bald gar nichts mehr. Der Diesel ist eine bewährte Technologie, bei der es überhaupt keinen Grund für eine Verteufelung gibt - zumal der Rest der Welt nicht daran denkt, der EU auf ihrem selbstmörderischen Weg zu folgen. Privateigentum, Wohlstand und Sicherheit müssen gegenüber den abgehobenen EU-Eliten verteidigt werden!<<
Venezuela: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. August 2024 (x1.392/…): >>**Arbeits- und Umerziehungslager**
Venezuela: Maduro kündigt gigantische Straflager für Oppositionelle an
Der venezolanische Diktator kündigte nach der Wahlniederlage gegen die Opposition an, gigantische politische Straflager errichten zu wollen. Zuvor hatte Maduro die Wahlergebnisse gefälscht und war blutig gegen Proteste vorgegangen. Die USA reagieren empört.
Jerome Wnuk
...
Der sozialistische Diktator Nicolás Maduro kündigte bei einer Pressekonferenz in Venezuela an, zwei gigantische Straflager für politische Gefangene eröffnen zu wollen. Nachdem in Venezuela die Oppositionspartei die Wahl im südamerikanischen Land am Sonntag trotz massiver Repression durch das Regime klar gewinnen konnte, fälschte Maduro allen Indizien zufolge die Wahlergebnisse und ließ sich zum Sieger erklären.
Auf die entstehenden Proteste reagierte der Diktator dann blutig und hemmungslos mit militärischer Gewalt auf den Straßen des verarmten Landes. Den widerständischen Oppositionellen droht nun, sollte Maduro seine erschütternden Ankündigungen wahr machen, die Einweisung in "Bildungscamps", wie Maduro sie bei der Pressekonferenz nannte, sowie Zwangsarbeit. Der Diktator bezeichnete seine geplanten Lager auch als "Hochsicherheits-Gefängnisse".
Gleichzeitig zu Maduros Schreckensankündigung folgten am Freitag auch die Vereinigten Staaten mit einer Verkündung, daß sie den Führer der Oppositionspartei, Edmundo González Urrutia, als rechtmäßigen Gewinner der Wahl anerkennen würden. Unter Präsident Biden hatten sich die USA und Venezuela zuletzt wieder an den Verhandlungstisch begeben und waren damit phänomenal gescheitert.
Außenminister Antony Blinken schrieb in der Verkündung, man "applaudiere dem venezolanischen Volk für seine Teilnahme an der Präsidentschaftswahl am 28. Juli trotz erheblicher Herausforderungen." Mindestens 12 Millionen Venezolaner gingen am Sonntag friedlich zur Wahl, die klare Mehrheit wählte Maduro ab.
Blinken weiter: "Leider waren die Verarbeitung dieser Stimmen und die Bekanntgabe der Ergebnisse durch den von Maduro kontrollierten Nationalen Wahlrat (CNE) zutiefst fehlerhaft, was zu einem angekündigten Ergebnis führte, das nicht den Willen des venezolanischen Volkes widerspiegelt."
"Inzwischen hat die demokratische Opposition mehr als 80 Prozent der Stimmzettel veröffentlicht, die sie direkt von den Wahllokalen in ganz Venezuela erhalten hat. Diese Stimmzettel zeigen, daß Edmundo González Urrutia bei dieser Wahl mit eindeutigem, uneinholbarem Vorsprung die meisten Stimmen erhielt.
Unabhängige Beobachter haben diese Tatsachen bestätigt, und dieses Ergebnis wurde auch

durch Umfragen am Wahltag und Schnellauszählungen gestützt. In den Tagen seit der Wahl haben wir uns umfassend mit Partnern und Verbündeten auf der ganzen Welt beraten, und obwohl die Länder unterschiedliche Ansätze bei der Reaktion verfolgten, kam keines zu dem Schluss, daß Nicolás Maduro bei dieser Wahl die meisten Stimmen erhielt", heißt es in dem Statement weiter.
Angesichts der überwältigenden Beweise sei für die Vereinigten Staaten und vor allem für das venezolanische Volk daher klar, daß Edmundo González Urrutia bei der Präsidentschaftswahl in Venezuela am 28. Juli die meisten Stimmen erhielt, so Blinken.
Auch auf die Repressionen gegen die Opposition reagierte Blinken in der Erklärung: Die Drohungen Maduros und seiner Vertreter, Oppositionsführer wie Edmundo González und Maria Corina Machado zu verhaften, seien ein "undemokratischer Versuch, politische Beteiligung zu unterdrücken und an der Macht zu bleiben", so Blinken. Alle Venezolaner, die verhaftet wurden, während sie friedlich ihr Recht auf Teilnahme am Wahlprozeß ausübten oder Transparenz bei der Auszählung und Bekanntgabe der Ergebnisse forderten, sollten "unverzüglich freigelassen werden". Maduro spricht währenddessen von gigantischen Straflagern für politisch Unliebsame - Venezuela bleibt ein Pulverfaß.<<

03.08.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 3. August 2024 (x1.392/…): >>**Variable Strompreise**

Habecks neuer Strom-Plan: Die Industrie soll produzieren, wenn der Wind weht

Habeck hat einen neuen Plan für das Stromnetz vorgestellt. Der Verbrauch soll per Smartmeter vollständig überwacht werden - sich über einen Preismechanismus künftig an der Einspeisung von Wind- und Solarstrom orientieren.

Willi Weißfuß

...

Zukünftig sollen sich die Verbraucher beim Stromverbrauch am Stromangebot orientieren.
Wirtschaftsminister Robert Habeck hat seine Vorstellung vom Strommarkt der Zukunft veröffentlicht. Durch den Zubau an erneuerbaren Energien und das langfristige Ziel, den kompletten Strombedarf aus erneuerbaren Energien zu decken, ergeben sich neue Herausforderungen für den Strommarkt. Im Vergleich zu klassischen Kraftwerken sind Sonne und Wind nicht planbar. Die Nachfrage nach Strom kann bei erneuerbaren Energien nicht das Angebot erhöhen.
Habecks Idee: Wenn die Nachfrage nicht das Angebot bestimmt, dann muß das Angebot die Nachfrage bestimmen. Diejenigen, die in Zeiten eines niedrigen Angebots Strom benötigen, sollen mit hohen Strompreisen bestraft werden.
"Das Elektroauto wird die Mittagszeit nutzen, wenn das Angebot an PV-Strom hoch ist und das Auto ohnehin steht." Auch "bestimmte Teile industrieller Prozesse oder Elektrolyseure werden ihren Verbrauch in die Zeitfenster mit hohem erneuerbaren Angebot und folglich niedrigen Preisen legen", heißt es in dem Bericht.
Das Ziel ist ebenfalls klar formuliert: "Durch dieses flexible Verhalten werden auch Erneuerbare-Erzeugungsspitzen 'geglättet' und sicher und effizient in den Markt und das System integriert (Systemnutzen). Auch für das Netz bieten sich hierdurch neue Flexibilitätsmöglichkeiten."
Aktuell haben die meisten Stromkunden Festpreise für den Strom. Sie zahlen für jede Kilowattstunde gleich viel, egal wann sie diese verbrauchen. Stromtarife, die sich am Börsenstrompreis zum Zeitpunkt des Verbrauchs orientieren, bei denen die Verbraucher also mehr zahlen, wenn es eine Dunkelflaute gibt und weniger zahlen, wenn Sonne und Wind Strom erzeugen, sind bisher eher die Ausnahme. Doch ein Strompreis, der einzig den Börsenstrompreis berücksichtigt, reicht Habeck nicht.

Da der Strompreis für den Endkunden zu rund einem Viertel aus den Netzentgelten besteht, plant Habeck, die Netzentgelte ebenfalls zu flexibilisieren, um den Anreiz, Strom zu verbrauchen, wenn die Sonne scheint und der Wind weht, zu erhöhen. Denn die Netzentgelte sollen sich zukünftig am Stromangebot orientieren. Möglich wird der Plan von Habeck nur, wenn die Verbraucher auch einen digitalen Stromzähler haben, der aufzeichnet, wann der Strom verbraucht wurde.
Bis 2032 sollen nach Plänen der Bundesregierung 95 Prozent aller Haushalte einen solchen Stromzähler besitzen. Ab 2025 ist der digitale Stromzähler bereits für alle Haushalte mit einem Jahresverbrauch von über 6.000 Kilowattstunden Pflicht.
2021 sagte die jetzige Außenministerin Annalena Baerbock bei Maischberger: "Und wenn eine Kühlung, zum Beispiel, bei einem riesengroßen Produzenten von minus 22 Grad in Zukunft dann auf minus 20 Grad runterkühlt, dann ist das Hühnchen immer noch kalt, aber wir können an der Grundlast das Netz, und das war mein Punkt, so stabilisieren, daß sich im Netz die unterschiedlichen Akteure ausgleichen." Das scheint jetzt der Plan der Bundesregierung zu sein.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. August 2024 (x1.393/…):
>>**Bischof von Erfurt wendet sich gegen völkisches Gedankengut**
Vor dem Hintergrund der Thüringer Landtagswahl im Herbst hat sich der Bischof des katholischen Bistums Erfurt, Ulrich Neymeyr, gegen völkisches Gedankengut verwahrt und zur Stärkung der Demokratie aufgerufen.
"Das völkische Gedankengut kommt vor allem von der AfD", sagte Neymeyr dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". Es spiele vor allem in der Migrationsdebatte eine Rolle. "Dann heißt es, es gelte, den deutschen Volkskörper zu bewahren. Wir sehen dagegen nicht nur das deutsche Volk, sondern Menschen aus allen Sprachen und Nationen. Da können wir nicht sagen, es gebe ein ganz besonderes Volk, das Volk der Deutschen." Generell bestehe "die Gefahr, daß demokratische Prozesse und Institutionen angezweifelt und verächtlich gemacht werden. Die Gefahr sehe ich auch selbst."
Deshalb müsse man sich für die Demokratie einsetzen. Er wolle ausdrücklich keine Wahlempfehlung geben. Deswegen sei eine Erklärung der Bischöfe zur Unvereinbarkeit von kirchlichen Ämtern mit AfD-Ämtern bewußt vor den Wahlen veröffentlicht worden. "Es ist uns aber ein Anliegen, unsere Position klar zu benennen", sagte Neymeyr. Dazu gehöre unter anderem die Notwendigkeit, den Klimawandel zu bekämpfen.
"Spätestens seit der päpstlichen Enzyklika 'Laudato Si' von 2015 ist für die katholische Kirche eindeutig, daß der Klimawandel menschengemacht ist und man mit menschlichen Mitteln gegensteuern kann. Beides kann man nicht leugnen", sagte Neymeyr.
Der Bischof forderte die Parteien zu Kompromißfähigkeit nach der Landtagswahl auf. "Ich habe die Hoffnung, daß es den demokratischen Kräften in unserem Land gelingt, nach der Wahl eine arbeitsfähige Mehrheit zu bilden", sagte er. "Dazu sollten die Parteien zu Kompromissen bereit sein - um des Landes willen. Denn in einer Minderheitsregierung sind Entscheidungsprozesse immer langwierig und aufreibend. Leider bleiben in dieser Konstellation dann auch Problemlösungen auf der Strecke." Seit 2019 amtiert in Thüringen eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. August 2024 (x1.393/…):
>>**Autoindustrie pocht auf schnelleren Ladesäulen-Ausbau**
Der Verband der Automobilindustrie (VDA) ruft die Politik erneut zum schnelleren Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos auf.
"Das Allerwichtigste, um die E-Mobilität hierzulande wieder in Schwung zu bringen, sind Ladesäulen, Ladesäulen, Ladesäulen und Netze, Netze, Netze", sagte VDA-Präsidentin Hildegard Müller der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Samstagausgaben). "Wir stellen diese Forde-

rungen, weil wir wollen, daß die E-Mobilität gelingt." In gut einem Drittel aller Gemeinden gebe es noch keinen öffentlichen Ladepunkt und knapp drei Viertel aller Gemeinden hätten noch keinen Schnellladepunkt installiert.
Vielerorts müsse ein E-Auto nach vier Stunden von der Säule - auch nachts - sonst würden Blockade-Gebühren fällig. "Das ist doch aberwitzig", sagte die Verbandspräsidentin. "Und noch ist die E-Mobilität nur eine Nische. Wenn die Infrastruktur nicht schneller und vorausschauend ausgebaut wird, droht Chaos, bevor die Zielmarke der Bundesregierung von 15 Millionen E-Autos auch nur annähernd erreicht sein wird", so Müller.
Schon jetzt halte sie es für schwer schaffbar, ausreichend Ladepunkte zu errichten, auch wegen der Stromnetze. Und Spediteure, die Schnellladesäulen für ihre Strom-Lkw haben wollten, bekämen von ihren Netzbetreibern gesagt: Das schaffen wir in sechs oder acht Jahren. Die Intransparenz bei den Ladekosten bezeichnete die VDA-Präsidentin als "ein Dauer-Ärgernis": "Das Bezahlsystem muß endlich vereinheitlicht und vereinfacht werden, sodaß Nutzer an jedem Ladepunkt laden können."
Was es zudem brauche, sei ein einheitliches System für die Abrechnung. "Und es muß ausreichen, einen einzelnen Stromvertrag für ein E-Auto abzuschließen, so wie es für eine Wohnung oder ein Haus auch funktioniert", sagte Müller. "Da sind auch die Energieversorger gefragt, endlich nutzerfreundliche Lösungen anzubieten."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. August 2024 (x1.393/…):

>>**Ex-Chef des Wohlfahrtsverbandes will 40 Prozent höheres Bürgergeld**

Der frühere Chef des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, fordert eine 40-prozentige Erhöhung des umstrittenen Bürgergeldes und die Abschaffung aller Sanktionen. "Ich bin für einen Bürgergeld-Regelsatz in Höhe von 800 Euro für Alleinstehende", sagte Schneider dem "Tagesspiegel" (Samstagausgabe). "Das Bürgergeld sollte also um etwas mehr als 40 Prozent erhöht werden." "Das wäre eine maßvolle Anhebung."
Beim Bürgergeld rede man vom Existenzminimum, sagte Schneider: "Wenn man alle Tricksereien wegläßt, mit denen der Regelsatz heruntergerechnet wird, landet man nun einmal bei um die 800 Euro." Schneider war von 1999 bis zum vorigen Mittwoch Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Schneider sprach sich für eine Abschaffung aller Sanktionen beim Bürgergeld aus.
"Beim Bürgergeld sollten alle Sanktionen abgeschafft werden. Was einst die Prügelstrafe in der Schule war, sind heute die Sanktionen beim Bürgergeld", sagte er: "Von der Prügelstrafe dachte man auch einst, daß sie nötig wäre. Heute wissen wir es besser." Dem Vorwurf, ein sanktionsfreies Bürgergeld wirke faktisch wie ein bedingungsloses Grundeinkommen, widersprach Schneider. "Das angebliche bedingungslose Grundeinkommen ist im Zusammenhang mit dem Bürgergeld ein reiner Kampfbegriff. Es gibt viele Bedingungen, an die das Bürgergeld geknüpft ist. Zum Beispiel, daß man keine anderweitigen Einkommensquellen hat", sagte er.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. August 2024 (x1.393/…):

>>**Handwerkspräsident warnt vor steigenden Sozialbeiträgen**

Handwerkspräsident Jörg Dittrich warnt vor den Folgen des drohenden starken Anstiegs der Sozialbeiträge in den kommenden Jahren.
"Die Lohnzusatzkosten gehen derzeit durch die Decke: Die Beiträge für Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sind deutlich über die 40-Prozent-Marke gestiegen und sie werden in den kommenden Jahren weiter bedrohlich Richtung 45 Prozent zunehmen", sagte Dittrich der "Rheinischen Post" (Samstagausgaben). "Da bleibt bei den Beschäftigten immer weniger netto vom brutto. Und was vielen vielleicht gar nicht bewußt ist:
Für die Arbeitgeber kommen neben der Hälfte der genannten Sozialbeiträge zusätzlich als Belastung noch die Beiträge zur Berufsgenossenschaft, die Lohnfortzahlung im Krankheits-

fall, das 13. und oft auch das 14. Monatseinkommen hinzu", warnte der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH). "Sind die Lohnkosten auf Dauer zu hoch, lohnt sich der Betrieb irgendwann nicht mehr. Viele Geschäftsmodelle geraten in Schieflage. Daran hängen Tausende Existenzen", sagte Dittrich.
"Außerdem ist zu befürchten, daß in die Schwarzarbeit ausgewichen wird und diese zunimmt", so der ZDH-Chef. "Unsere Sozialversicherungssysteme sind aus der Balance gekommen. Ich will nicht als Überbringer von Hiobsbotschaften auftreten. Aber über diese Megaherausforderung wird viel zu wenig gesprochen. Der starke Anstieg der Sozialbeiträge ist eines der zentralen Zukunftsprobleme", so Dittrich. "Daß die Finanzierung der Sozialsysteme dringend neu aufgestellt werden muss, halte ich für mehr als geboten.
Eine vorrangig an die Löhne gekoppelte Beitragsfinanzierung wird jedenfalls für die Zukunft nicht der Weg sein. Eine Idee könnte sein, die Eigenvorsorge stärker zu berücksichtigen, um das System zu entlasten", erklärte er. Das Rentenpaket werde die Kosten weiter steigern. Beim Rentenpaket werde es darum gehen, die Folgen für Betriebe und Arbeitsplätze abzumildern. "Diese weiter steigenden Belastungen aus dem Rentenpaket und deren Folgen für Beschäftigte wie Arbeitgeber werden ganz sicher noch Diskussionsstoff zwischen den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung sein.
Es geht darum abzuwägen, was ist nötig und möglich", sagte Dittrich. Bei der Rente müßten "stärker die einzelnen Erwerbsbiographien und die Einzahlungszeiträume" betrachtet werden. "Es macht doch einen Unterschied, ob man seit seinem sechzehnten Lebensjahr arbeitet und Beiträge zahlt oder erst sehr viel später damit beginnt. Aus Sicht der Handwerksarbeitgeber sollten sicherlich auch noch einmal Überlegungen dazu angestellt werden, wie die steigende Lebenserwartung im Rentensystem berücksichtigt wird. Es muß darum gehen: Was ist bezahlbar für die kommenden Generationen?", fragte Dittrich.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. August 2024 (x1.383/…):
>>**Vulkane: Glut-Titanen der Unterwelt**
Vulkane, die feuerspeiende Giganten, gehören zu den faszinierendsten Naturphänomene unserer Erde überhaupt. Während sich wandelnde Eisberge bis zu 90 % unter der Wasseroberfläche verbergen, präsentieren sich die majestätischen Vulkanberge meist in voller Pracht und Größe.
Von *Hans-Jörg Müllenmeister*
Einige von ihnen lauern noch ruhig atmend ungeformt in ihren Magma-Kammern, die bis zur Grenze des oberen Erdmantels in mehr als 40 Kilometer Tiefe reichen. Geduldig warten sie auf ihren Höllenauftritt auf der Erden-Bühne.
All diesen Vulkanen schreiben wir Menschen schon seit Urzeiten göttliche Kräfte zu. Sie lauern, wie der schlafende Yellowstone-Gigant oder der tiefschlafende Feuerriese unter den Eifel-Maaren auf ihren apokalyptischen Auftritt. Jüngst geben die Phlegräischen Felder unter Neapel deutliche Warnzeichen! Neben den zerstörerischen Kräften der majestätischen Ungeheuer, fördern einige von ihnen manch Edles aus der Unterwelt ans Tageslicht. Diesen Schätzen aus der Unterwelt wollen wir einmal nachspüren.
Auf der Erde gibt es mehr als 1.900 Vulkane, 1.500 davon sind aktiv. Vulkanologen zählen alle Vulkane dazu, die in den letzten 10.000 Jahren ausgebrochen sind. Darunter sind rund 700 Schichtvulkane. Zu meinem Bedauern habe ich als Vulkan-Enthusiast nur ein mageres Dutzend von ihnen besuchen können.
Selbst die "verschollenen" Vulkane der Eifel werden als aktiv bezeichnet, weil unter ihnen eine ausgebreitete, aktive Magmakammer vorhanden ist. Die meisten Vulkane gibt es dort, wo die ozeanischen Platten an den Rändern der Kontinente abtauchen und im Erdmantel wieder aufgeschmolzen werden. Hinter diesen Plattengrenzen liegen die Zonen, wo die Erdkruste besonders viele Risse und Spalten hat. Dort steigt das Magma aus dem Erdmantel auf und

bildet an der Erdoberfläche die Vulkane.
Die meisten Schichtvulkane finden sich an Subduktionszonen, etwa entlang des pazifischen Feuerrings, aber auch auf Island und im Mittelmeerraum. Berühmt-berüchtigte Vertreter sind: der Mount Helens in USA, der Fujian in Japan, der Pinatubo auf den Philippinen, der Vesuv in Italien, der Ätna auf Sizilien oder der Merapi auf Java - der aktivste aller Vulkane. Übrigens, der Kaiserstuhl in der oberrheinischen Tiefebene, verdankt seinen Ursprung einem Schichtvulkan im Tertiär.

Die schrecklichen Seiten der Vulkane

Vulkane können den Tod bringen; sie zerstören Städte und können ganze Kulturen auslöschen. Deshalb zählen Vulkanausbrüche zu den schlimmsten Naturkatastrophen. In den letzten 500 Jahren starben etwa 200.000 Menschen durch die Folgen von Vulkanausbrüchen. Der Krakatau-Ausbruch von 1883 forderte zwar keine direkten Opfer, aber durch den Einsturz des Inselvulkans entstand eine 20 Meter hohe Flutwelle, in der 36.400 Küstenbewohner der benachbarten Inseln Java und Sumatra umkamen.
Der Donnerschlag dieser gewaltigen Explosion war noch in 5.000 km Entfernung bis nach Australien zu hören. Asche ging über ein Gebiet von 830.000 Quadratkilometern nieder. Sie verteilte sich über mehr als 70 % der Atmosphäre und absorbierte 20 % der Sonneneinstrahlung. Die mittlere Jahrestemperatur sank gegen Ende für die Dauer von drei Jahren um 0,8 °C. Durch die Wucht der Explosion entstand eine riesige fast 40 Meter hohe Flutwelle. Von der ehemals großen Vulkaninsel blieb nur Anak Krakatau, das "Kind des Krakatau", der Vulkanschlot selbst, erhalten.

Die nützlichen Seiten der Vulkane

Vulkanische Energie. Unter idealen Bedingungen kann die immense Wärme von Vulkane genutzt werden, um daraus Elektrische Energie zu erzeugen (Geothermik): Naturdampfkraftwerke sind in der Lage große Mengen an Energie zu produzieren. Der Dampf schießt mit Überschallgeschwindigkeit unter ohrenbetäubendem Lärm aus den Bohrlöchern. Ein einziges Bohrloch kann bis zehn Megawatt liefern, was jährlich etwa 80 Gigawatt entspricht. Die aus Naturdampf der Geysire gewonnene elektrische Energie ist drei- bis viermal günstiger als die der Wasserkraftwerke, thermoelektrischen Anlagen oder Kernreaktoren. Ein Beispiel für ein solches Geothermie-Kraftwerk findet sich in Wairakei/Neuseeland.
Neben der industriellen Nutzung der Erdwärme haben die Maori, die Ureinwohner Neuseelands, seit über 2.000 Jahre die Vulkanwärme für ihre traditionellen Hängi-Speisen genutzt. In den geothermischen Regionen rund um Rotorua gibt es zahlreiche Möglichkeiten, an einer dieser einzigartigen, im natürlichen Wasserdampf gegarten Festmahlzeiten teilzunehmen.
Diese Speisen werden traditionell in Flachsblätter gewickelt und mit heißen Steinen auf dem Grund eines gegrabenen Erdlochs plaziert. Danach wird alles mit nassen Tüchern und einem Erdhaufen bedeckt, um die Hitze der Steine zu bewahren. Nach einigen Stunden Garzeit heißt es für uns Touristen: "Kia mäkona" - guten Appetit.
Eine ähnliche Kochkunst erlebte ich auf der Azoren-Insel Sao Miguel mit dem kulinarischen Eintopfgericht Cozido das Furnas. Der köstliche Eintopf gart mehrere Stunden lang in Löchern im geothermischen Boden bei Temperaturen von etwa 64 °C bis 96 °C. Hier sagt man mit Recht: "Bom apetite".
Vulkanische fruchtbare Erde. Vulkane bieten den Unerschrockenen eine wertvolle Ressource: nährstoffreiche, fruchtbare Böden. Besonders eindrucksvoll konnten wir dies als Touristen rund um den Mount Bromo in Indonesien beobachten. Die Einheimischen haben unterhalb des Vulkans große Kohlfelder angelegt. Der 2.329 m hohe Strastovulkan auf der indonesischen Insel Java trägt den Name Bromo, abgeleitet vom hinduistischen Schöpfergott Brahma. Heute noch hat der Vulkan eine mythologische Bedeutung, wobei früher Kinder und heute Naturalien als Opfergaben dargebracht werden.

Vulkanstoffe

Lava. Wenn Magma, das glutflüssige Gestein des Erdinneren, aus dem Vulkan austritt, wird es Lava genannt. Sie tritt bei Vulkanausbrüchen mit Temperaturen bis 1.300 Grad Celsius an der Erdoberfläche aus. An der Oberfläche kühlt die Lava zuerst ab und es bildet sich aufgrund der Entgasung eine raue, blockartige Oberfläche. Je höher der Anteil an Kieselsäure, d.h. je sauer die Lava, desto zähflüssiger ist sie. Beim Abkühlungsprozeß entstehen die typischen sechseckigen Basaltsäulen. Basalt ist das häufigste Vulkanitgestein und besitzt die höchste Verbreitung. Durch seine Verwitterungsbeständigkeit wird Basalt als Baustein geschätzt.

Tuff. Die bei der Effusion geförderten Lockergesteine setzen sich aus unterschiedlichen Gesteinsgrößen zusammen, etwa aus Asche, Lavafetzen und Gesteinstrümmer. Durch Rotieren während des Fluges nehmen die noch heißen Schmelzen rundliche, gedrehte oder spindlige Formen an. Die abgelagerten Auswürflinge und verfestigten Auswurfprodukte bezeichnet man als Tuffgestein.

Glutlawinen sind die gefährlichsten vulkanischen Phänomene: ein Gemisch aus Asche und vulkanischem Gas, das dichter als die Atmosphäre ist. Diese können sich mit einer Geschwindigkeit von mehr als 100 km/h hangabwärts bewegen und treten etwa bei der Hälfte aller Vulkanausbrüche auf. Am verheerendsten von allen auf der Erde vorkommenden Naturkatastrophen sind sogenannte Ignimbrite; es sind Ablagerungen von Gesteinslawinen, die bei einem Vulkanausbruch entstehen.

Sie werden auch als pyroklastische Ströme bezeichnet. Hier breiten sich Glutwolken mit Geschwindigkeiten bis zu über 500 km/h über Gebiete von mehreren hundert Kilometern Durchmesser aus. Die Glutwolken selbst sind so heiß, daß glutflüssige Partikel vom Himmel regnen und auf der Erdoberfläche zu einer durchgehenden Gesteinsdecke erstarren. Eine der schlimmsten Katastrophen dieser Art ereignete sich am 8. Mai 1902 beim Ausbruch des Mt. Pelée auf Martinique, als durch eine Glutwolke die 30.000 Einwohner der Stadt Saint-Pierre ums Leben kamen.

Gesteinsgläser

Obsidian. Ein faszinierendes Gesteinsglas entsteht, wenn Lava so schnell abkühlt, daß sie keine Zeit hat, Kristalle zu bilden. Dieses kompakte Gesteinsglas, das aus gasarmer Lava entsteht, hat eine amorphe Struktur, die durch die rasche Abkühlung und das Einschließen von Gasen entsteht. Diese Struktur verleiht dem Obsidian seine charakteristische Schärfe und Härte.

In der Steinzeit wurde Obsidian aufgrund seiner scharfen Kanten zur Herstellung von Waffen und Werkzeugen verwendet. Auch heute noch findet es Anwendung, insbesondere in der Chirurgie, wo Obsidian-Skalpelle für ihre außergewöhnliche Schärfe von Aufschneidern geschätzt werden.

Ein bekanntes Vorkommen bildete sich auf der Insel Lipari auf Sizilien am Fuße des Monte Pilato. Das Vorkommen war heiß begehrt und machte Lipari zu einem bedeutenden Wirtschaftszentrum der Steinzeit. Mit Beginn der Eisenzeit verlor der Obsidian an Bedeutung und damit auch die Insel nördlich von Sizilien.

Bimsstein. Er entsteht bei gasreicher, zähflüssiger Lava unter schneller Abkühlung. Dieser besitzt ein Porenvolumen von bis zu 85 %. Durch eine plötzliche Druckentlastung an der Erdoberfläche wandern die Gase aus und hinterlassen viele Hohlräume im Gestein. Dadurch schwimmt Bimsstein sogar auf dem Wasser.

Eindrücke von der Umgebung der Vulkane

Die tropische Vulkaninsel Réunion im Indischen Ozean ist ein wahres Naturwunder. Das Bergmassiv des Piton de la Fournaise, auch bekannt als "Glutofen", erinnert an eine geheimnisvolle Mondlandschaft und versetzt jeden Betrachter in ehrfürchtiges Staunen. Die nahezu übernatürliche Vulkan-Landschaft löst bei Besuchern einen Schauer aus - einfach utopisch

grandios!
Der Popocatépetl, ein mächtiger Vulkan mit einer Höhe von 5.452 Metern, thront am Rand des mexikanischen Hochlands, etwa 70 km von Mexiko-Stadt entfernt. Seine eher monotone, kegelförmige Aschenhalde hat einen konstanten, starken Böschungswinkel. Menschentritte hinterlassen Mulden im rieselfreudigen, dunkelgrauen Sand.
Mit einer Leichtathletik-Sportgruppe erreichten wir damals aus zeitlichen Gründen nur eine Höhe von etwa 5.000 Metern. Ab dieser Höhe geht der lockere Sand in festes Gestein über. Bemerkenswert ist, daß man nur im Laufschritt entlang der Fall-Linie, in einer Art Abwärtsgleiten, vom Ascheberg herunter "rutschen" kann. Durch das Wegrutschen der Asche vergrößert sich die Schrittlänge automatisch.

Faszinierende Vulkanarten

Vulkane sind nicht nur beeindruckende Naturphänomene, sondern auch vielfältig in ihrer Entstehung und Form. Hier sind einige bemerkenswerte Vulkanarten:
Caldera-Vulkane. Bei starken Ausbrüchen kann der Berggipfel durch den ungeheuren Druck komplett weggesprengt werden. Den so entstandenen Kraterkessel bezeichnet man als Caldera. Interessanterweise kann eine Caldera auch durch den Einsturz der Magmenkammer entstehen. Man nimmt an, daß nach heftigen Ausbrüchen, bei denen riesige Mengen von Magma gefördert wurden, ein Hohlraum in der Magmakammer entsteht. Wenn diese der überlagernden Last nicht mehr standhält, entsteht die Caldera.
Schichtvulkane oder Stratovulkane sind faszinierende geologische Formationen. Weltweit gibt es 129 aktive Vulkane, von denen 65 als besonders gefährlich gelten. Viele Inseln in den Ozeanen, wie zum Beispiel Hawaii, haben einen vulkanischen Ursprung. Auf Hawaii befindet sich der beeindruckende Mauna Kea, der größte Vulkan der Erde. Mit einer Höhe von 10.000 Metern über dem Meeresboden und einem Volumen von 40.000 Kubikkilometern ist er ein wahrhaft majestätischer Schildvulkan. Unter seinem Gipfel, in einer Tiefe von etwa drei bis sechs Kilometern, liegt eine Magmakammer, die von einem mindestens 50 Kilometer langen senkrechten Förderkanal, dem sogenannten Mantel Plume, gespeist wird.
Vulkanite und ihre Auswirkungen. Vulkanite liefern aufgrund ihres Phosphor- und Kaligehalts sehr nährstoffreiche Böden, auf denen Fruchtbäume und Weinstöcke hervorragend gedeihen. Daher sind die unteren Hänge der Vulkane in gemäßigten und tropischen Klimazonen oft dicht bevölkert.
Seit dem Altertum werden aus den durch Fumarolengase in Kaolin umgewandelten Vulkaniten Porzellanerde und Alaun gewonnen. Zinnober- und Antimon-Lagerstätten entstehen unter subvulkanischen Bedingungen aus magmatischen Restlösungen.
Der Mount Merapi in Indonesien. Im langjährigen Durchschnitt findet nahezu jeder siebte Vulkanausbruch auf der Welt in Indonesien statt. Kein Wunder, denn unter dem Inselreich kollidiert die australisch-indische mit der riesigen eurasischen Erdkrustenplatte. Der berühmteste Vulkan in Indonesien ist der Mount Merapi. Er liegt auf der Insel Java und ist einer der aktivsten Vulkane der Welt. Sein Name bedeutet "Berg des Feuers".
Der 2.968 Meter hohe Feuerberg liegt etwa 35 km nördlich der Großstadt Yogyakarta. Der Merapi hat eine lange Geschichte von Eruptionen und ist für seine zerstörerische Kraft bekannt. Wir konnten von der weltberühmten hinduistische Tempelanlage Prambanan und dem größten buddhistischen Tempelkomplex Borobudur aus, den 40 km entfernt liegen majestätischen Vulkan ehrfürchtig bewundern.

Faszinierende Vulkane mit außergewöhnlichen Eigenschaften

Kawah Ijen in Indonesien. Dieser Vulkan ist bekannt für seine blauen Flammen, die nachts aus dem Krater aufsteigen. Diese Flammen entstehen durch brennendes Schwefelgas, das bei Kontakt mit der Luft leuchtet - ein atemberaubender Anblick!
Kawah Ijen hat noch mehr zu bieten: In seinem fast 300 m tiefen Krater ruht nicht nur ein 180

Meter tiefer Säuresee, sondern auch ein mächtiges Fumarolenfeld. An den Fumarolen herrschen Temperaturen zwischen 240 °C bis zu 600 °C. Oftmals sind die Temperaturen so hoch, daß flüssiger Schwefel in Flammen aufgeht. Dieses einzigartige Schauspiel muß man einmal gesehen haben, wenn nachts der Schwefelbrand in saphierblauen Flammen aufleuchtet.
Die Fumarolen (vulkanischer Gasaustritt) fördern am Ijen täglich bis zu zehn Tonnen Schwefelgas. Durch ein spezielles wassergekühltes Rohrsystem kondensiert der Schwefel aus den Gasen, der unterhalb von 115 °C fest wird. Minenarbeiter brechen diesen Schwefel mit Eisenstangen heraus und tragen ihn schulternd in Körben bis zur drei Kilometer entfernten Verladestation. Dort wird der Schwefel gewogen und verladen. Doch die Arbeitsbedingungen sind unmenschlich: Pro Ladung fördern die Schwefelarbeiter bis zu 70 kg Schwefel, für den sie lediglich einen Hungerlohn von 2,50 Euro erhalten.
Maximal zwei dieser Höllenlasten können sie pro Tag hinauftragen. Der Ijen ist in der Tat ein mordsgefährlicher Vulkan: Phreatische Eruptionen - dampfgetriebenen Explosionen aus dem Grund des Säuresees - haben bereits 1976 das Leben von 49 Schwefel-Arbeiter gefordert. Der Säuresee ist mit einem pH-Wert von 0,2 (wie Essigessenz) der sauerste Kratersee der Welt. Die ätzenden Dämpfe schädigen die Lunge der bedauernswerten Minenarbeiter und verursachen auch große Schäden an der Vegetation.
Der Ol Doinyo Lengai in Tansania. Dieser Vulkan ist der einzige Vulkan weltweit, der Natriumkarbonat-Lava (Soda) ausstößt, anstatt der üblichen Silikatlava. Diese Lava ist so dünnflüssig, daß sie fast schwarz aussieht und bei niedrigeren Temperaturen fließt. Ein faszinierendes Phänomen, das die Einzigartigkeit dieses Vulkans unterstreicht.

Edle Schätze aus dem tiefen Schlund der Erde

Das Big Hol in Südafrika. Wußten Sie, daß alle gefundenen Diamanten primär aus Vulkanschloten, den Piepes, stammen? Diese werden später durch Verwitterung alluvial verfrachtet. Das "glutflüssige Förderband" Kimbalit befördert Rohdiamanten aus den Tiefen des Erdmantels. Diamanten entstehen in einer Tiefe von über 150 Kilometern. Dort sind Druck und Temperatur hoch genug, um aus dem einfachen Kohlenstoff den wertvollen kubisch-flächenzentrierten (andere C-Modifikation) Rohdiamanten zu formen.
Erst 1869 entdeckte man den ersten Diamanten (genannt "Eureka" mit 21,25 ct) im Muttergestein Kimberlit - und zwar im späteren legendär gewordenen Big Hol in Südafrika. Von 1871 bis 1914 wurden 22,5 Millionen Tonnen Gestein ausgehoben, aus dem insgesamt 2.722 kg Rohdiamanten gewonnen wurden. Das entspricht 14,5 Millionen Karat. Das Big Hole ist ein beeindruckendes Überbleibsel einer Diamantenmine aus dem 19. Jahrhundert. Es liegt mitten in der Stadt Kimberley und ist das größte von Menschenhand je geschaffene Loch.
Wer einmal dieses von Menschen Hand größte gegrabene Loch gesehen hat, ist überwältigt von seiner Größe. Als Tourist kann man von einem Stahlgerüst aus in den Abgrund schauen und die Geschichte des Big Hole im angrenzenden Bergbau- und Freiluftmuseum erkunden. Das "Große Loch" bedeckt eine Fläche von 17 Hektar und hat einen Durchmesser von 460 Metern. Nach Aufgabe des Tagebaubetriebs war das Loch 240 Meter tief. Heute ist es teilweise mit Wasser gefüllt, und der Wasserspiegel liegt 175 Meter unter der Oberfläche der Umgebung.

Feinster Goldregen aus der Erdtiefe

Einige Vulkane haben die faszinierende Fähigkeit, Gold aus den Tiefen der Erde an die Oberfläche zu bringen. Hier sind einige bemerkenswerte Beispiele:
Der Mount Erebus in der Antarktis ist der südlichste aktive Vulkan der Welt, hat eine erstaunliche Eigenschaft: Er spuckt täglich winzige Goldpartikel aus - insgesamt etwa 100 Gramm pro Tag, was dem Gewicht von etwa drei Krügerrand-Münzen entspricht. Und das mitten in einer eisigen Wüste! Die Partikel sind jedoch zu klein und zu weit verstreut, um sie einsammeln zu können.

Gold entsteht in Vulkanen nicht direkt, aber bestimmte Prozesse tragen zur Bildung von Gold bei, insbesondere hydrothermale Prozesse. Dabei zirkuliert heißes Wasser oder Dampf durch das Gestein und löst Mineralien wie Gold aus dem umgebenden Gestein heraus. Wenn das Wasser abkühlt, kann das Gold ausfallen und sich in Rissen und Spalten, etwa in Quarzgängen, ablagern.
Auch der Ausbruch des Mount St. Helens im Jahr 1980 setzte Gold und Silber frei, allerdings nicht in wirtschaftlich rentablen Mengen.
Die Hishikari Mine in Japan ist bekannt für ihre hohen Goldgehalte. Das Gold in dieser Mine stammt aus vulkanischen Gesteinen und hydrothermalen Ablagerungen. Laut dem World Gold Council wurden bisher etwa 190.000 Tonnen Gold auf der Welt gefunden, und es wird geschätzt, daß noch etwa 54.000 Tonnen unter der Erde liegen.

Der Vulkan Kudrjawy verdampft ein Mineral der Platingruppe

Der Vulkan Kudrjawy auf der Kurilen-Insel Iturup verdampft das seltene Rhenium-Mineral Rheniit. Das Element Rhenium ist seltener als Gold und Platin und hat eine hohe Dichte von 21,02 kg/Liter - ein Eimer voll würde über 200 kg wiegen! Bemerkenswert ist, daß man Rhenium-Staub wegen seiner Dichte nicht einfach wegblasen kann. Reines Rhenium kristallisiert in einer hexagonalen Kugelpackung als hartes, weißglänzendes Schwermetall. Mit einem Schmelzpunkt von 3.186 °C hat es den zweithöchsten Schmelzpunkt aller Elemente; der Siedepunkt von Rhenium mit 5.596 °C übertrifft sogar den von Wolfram.
Rheniit ist das einzige bislang bekannte Rhenium-Mineral aus der Platin-Gruppe. Erstmals entdeckt wurde es 1992. Der Schichtvulkan Kudrjawy ist damit weltweit einzigartig aufgrund seiner stark Rhenium- und Indiumhaltigen Fumarolen.

Ein Schmuckstück aus den Tiefen der Erde: Haüyn vom Laacher See

In der Nähe des Laacher See-Vulkans bei Mendig in der Osteifel liegt ein weltweit einzigartiges Vorkommen eines himmelblauen Edelsteins: der Haüyn. Dieser Fundort mit dem seltenen und meist schleifwürdigen Edelstein ist ein wahres Paradies für Mineraliensammler. An Ort und Stelle habe ich sogar eine japanische Familie bei der Mineraliensuche gesehen. In den 12.800 Jahre alten Lavamassen, die bei einem Ausbruch des Vulkans herausgeschleudert wurden, funkelt dieses Juwel gelegentlich in einem strahlenden Blau. Meist sind es kleine Haüyn-Kristalle, die aus den hellen Bimsbrocken schimmern.
Diese Kristalle sind perfekt spaltbar, jedoch äußerst druck- und säureempfindlich. Unter UV-Licht mit einer Wellenlänge von 390 nm leuchtet der Haüyn in einem faszinierenden Rot-Orange. Das Mineral ist ein sehr komplexer Mischkristall und gehört hauptsächlich zur Sodalith-Gruppe. Der bisher größte Haüyn-Kristall mit einem Durchmesser von etwa 3,2 cm wurde im Jahr 2012 gefunden und befindet sich, soweit bekannt, im Besitz der Technischen Universität Bergakademie Freiberg.

Ende Gelände: Wenn der Yellowstone-Supervulkan ausbricht

Der Yellowstone-Supervulkan ist ein beeindruckendes, aber auch beunruhigendes geologisches Phänomen, das auf seinen nächsten "Auftritt" wartet. Ob ein Vulkan ein Supervulkan ist, hängt übrigens in erster Linie von der Explosivität der Eruption und der Menge des dabei ausgeschleuderten Materials ab. Diese Kriterien erfüllt dieser Supervulkan bei weitem.
Die beiden Magmakammern des schlummernden Giganten liegen acht bis 16 Kilometer unter der Erdoberfläche und fassen gigantische 56.000 Kubikkilometer. Das weiß man aus seinen historischen Ausbrüchen, denn er ist mindestens dreimal in den vergangenen 2,1 Millionen Jahren ausgebrochen. Sein letzter Ausbruch vor rund 630.000 Jahren hinterließ eine 75 Kilometer lange und 37 Kilometer breite Caldera.
Ein Ausbruch hätte verheerende Folgen für die umliegenden Regionen. Kurz nach der Eruption würden zehntausende Menschen alleine durch den Regen aus Lava, Gesteinsbrocken und Asche umkommen. Die 800 °C heiße Lava würde innerhalb kürzester Zeit eine riesige Fläche

rund um Wyoming bedecken und alles Leben im weiten Umkreis zerstören. Die mit Asche "angereicherte" Atmosphäre würde erheblich das Weltklima verändern. Selbst im 3.000 Kilometer entfernten New York City würde Asche die Straßen millimeterdick bedecken und alles lahmlegen. Das Weiße Haus würde gründlich gesandstrahlt.
Die globalen Folgen eines Vulkanausbruchs wären verheerend. Die in die Atmosphäre geschleuderten Gase und Vulkanasche würden das Sonnenlicht "dimmen" und einen vulkanischen Winter verursachen - in Westeuropa wäre es so kalt wie in Sibirien. Ernten würden vernichtet, Hungersnöte ausbrechen und Abermillionen Menschen weltweit sterben. Für unsere Zivilisation bedeutete dies im Spiel des Lebens: Zurück auf "Los", oder schlimmer noch, zurück in die Steinzeit.
Hochaktuell: Alte Ausbruchskollegen des Yellowstone-Vulkans sind die Phlegräischen Felder in Italien, die gerade jetzt aktiv werden!

Die Phlegräischen Felder

Diese weitläufige Region supervulkanischer Calderas, bekannt als Campi Flegrei, liegt westlich von Neapel - einer Gegend, in der auch die berüchtigte Camorra ihr kriminelles Unwesen treibt. Es dünkt, als würden diese feurigen Giganten ihretwegen aus ihrem langen Schlummer seit dem letzten großen Ausbruch im Jahr 1538 erwachen. Die Erdoberfläche hebt sich bedenklich, begleitet von immer stärkeren Erdbeben. Diese Alarmzeichen sind ernst zu nehmen! Ein nächster Ausbruch könnte sich zu einem katastrophalen Ereignis in Europa entwickeln. Verstärkt werden diese Warnsignale durch die gleichzeitigen Ausbrüche von Stromboli und Ätna.
Trotz aller modernen Frühwarnsysteme bleibt die bange Frage: Wann werden der Yellowstone-Vulkan und/oder die Phlegräischen Felder ihr zerstörerisches Debüt geben? Müssen wir in naher Zukunft damit rechnen, daß die gigantischen Naturgewalten uns daran erinnern, wer der wahre Herrscher im Universum ist? Werden sie unseren Frevel gegen die Natur und Menschlichkeit weiterhin ungestraft lassen?
"Die Natur ist unerbittlich und unveränderlich, und es ist gleichgültig, ob ihre verborgenen Gründe und Handlungsweisen dem Menschen verständlich sind oder nicht." - Galileo Galilei.<<

Großbritannien: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 3. August 2024 (x1.396/…): >>**Nach Messerangriff mit 3 Toten in Southport: Erneut schwere Krawalle in England**

Redaktion

Bei neuen Protesten nach der Messerattacke von Southport ist es in Großbritannien erneut zu schweren Ausschreitungen gekommen, bei denen Polizisten angegriffen wurden. Wie die BBC berichtet, setzte in der nordostenglischen Stadt Sunderland ein Mob ein Gebäude neben einer Polizeistation in Brand. Nahe einer Moschee wurden Beamte mit Feuerlöschern, Steinen und Bierflaschen beworfen, ein Auto wurde angezündet, ein Taxi angegriffen. Die Northumbria Police sprach von "schwerer Gewalt gegen die Polizei".
Demnach sollen drei Polizisten noch am Freitagabend ins Krankenhaus eingeliefert worden sein. Insgesamt acht Personen wurden wegen ihrer Beteiligung an Gewalttaten in der Stadt festgenommen. Bei der Demonstration sollen auch einwanderungsfeindliche Parolen skandiert worden sein.
In sozialen Medien veröffentlichte Aufnahmen zeigten, wie Hunderte Menschen im Stadtzentrum von Sunderland im Nordosten Englands randalierten, die Polizei angriffen und mindestens ein Auto in Brand steckten.

"Das ist Kriminalität und Chaos"

Innenministerin Yvette Cooper kündigte an, kriminelle Angreifer würden einen "Preis für die Gewalt zahlen". Sie fügte hinzu: "Die Polizei hat die uneingeschränkte Unterstützung der Re-

gierung, so energisch wie möglich vorzugehen und sicherzustellen, daß die volle Härte des Gesetzes zum Tragen kommt." Die Bürgermeisterin der Region North East, Kim McGuinness von der Regierungspartei Labour, schrieb auf der Plattform X: "Das sind keine Proteste. Das ist Kriminalität und Chaos. Ihr sprecht nicht für Sunderland." ...
Bereits in den vergangenen Tagen hatte es in mehreren Städten Ausschreitungen gegeben, darunter auch im Londoner Regierungsviertel. Allein in der britischen Hauptstadt wurden mehr als 110 Menschen festgenommen. Premierminister Keir Starmer hat ein hartes Durchgreifen gegen Randalierer angekündigt. Der Regierungssitz in der Downing Street wurde im Gedenken an die Opfer und alle Betroffenen pink angeleuchtet.
Hintergrund der Randale ist die Bluttat von Southport. Am vergangenen Montag hatte ein 17-Jähriger in der westenglischen Küstenstadt Southport bei einem Messerangriff in einer Tanzschule drei Kinder getötet und zehn Personen verletzt. Der Täter wurde als Axel Rudakubana identifiziert, dessen Eltern aus Ruanda stammen. Inzwischen wurde er dem Haftrichter vorgeführt und für dreifachen Mord und zehnfachen versuchten Mord angeklagt. Die Tat hatte eine Debatte um schwere Gewalt von Zuwanderern befeuert.
Vor dem Wochenende bereiten sich unterdessen zahlreiche Städte auf schweren Ausschreitungen vor. Insbesondere in London hat die Metropolitan Police mitgeteilt, daß sie ihre Zahl der Polizisten im Stadtgebiet erhöht habe. In London sind am heutigen Samstag ein propalästinensischer Marsch sowie eine Kundgebung gegen Einwanderung geplant. Auch Gegenprotest soll angemeldet worden sein. Zahlreiche Moscheen in Großbritannien verstärkten zudem ihre Sicherheitsmaßnahmen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. August 2024 (x1.391/…): >>**Messer-Blutbad von Southport: Großbritannien kommt nicht zur Ruhe**
Bei neuen Protesten nach dem Messer-Blutbad eines 17 Jahre alten Schwarzen mit ruandischen Wurzeln im nordwestenglischen Badeort Southport ist es in Großbritannien erneut zu schweren Ausschreitungen gekommen.
Wie die BBC berichtet, setzte in der nordostenglischen Stadt Sunderland eine aufgebrachte Menge ein Gebäude neben einer Polizeistation in Brand. Nahe einer Moschee wurden Beamte mit Feuerlöschern, Steinen und Bierflaschen beworfen, ein Auto wurde angezündet, ein Taxi angegriffen. In sozialen Medien veröffentlichte Aufnahmen zeigten, wie Hunderte Menschen aus Protest gegen die Masseneinwanderung im Stadtzentrum von Sunderland randalieren.
Bereits in den vergangenen Tagen hatte es in mehreren Städten Ausschreitungen gegeben, darunter auch im Londoner Regierungsviertel und in Manchester.<<

04.08.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. August 2024 (x1.392/…): >>**Unterbringung von Migranten**
Flüchtlingskosten explodieren: Berlin will Notfallkredite mobilisieren
In Berlin wird Medienberichten zufolge geprüft, ob etwa eine Milliarde Euro an Flüchtlingskosten durch Notfallkredite gedeckt werden könnten. Hierfür müßte das Abgeordnetenhaus eine Notlage ausrufen.
Jonas Aston
...
Der anhaltende Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland setzt Bundes- und Landeshaushalte immer stärker unter Druck. Nach Informationen der B.Z. wird in Berlin derzeit geprüft, ob die Flüchtlingskosten in Höhe von etwa einer Milliarde Euro durch Notfallkredite gestemmt werden können. Dies würde jedoch voraussetzen, daß das Abgeordnetenhaus - einmal mehr - eine Notlage ausruft. Durch diesen haushaltspolitischen Trick will man dem Ziel, im kommenden Jahr drei Milliarden Euro einzusparen, näherkommen.
Berlins Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) plant, die Unterbringung von Flüchtlingen

grundlegend neu auszugestalten. Großunterkünfte als solche sollte es ihrer Meinung nach gar nicht mehr geben. "Es ist für die Menschen nicht gut, wenn 14 Personen auf engstem Raum schlafen müssen, ohne Perspektive, wann sie die Unterkunft wieder verlassen können." Anwohner in der Nähe von Großunterkünften hätten sich in der Vergangenheit zudem vermehrt beschwert. Demnach vermülle der Bereich rund um die Unterkunft immer mehr. Außerdem würde auf offener Straße ein vermehrter Drogenkonsum stattfinden.
Noch im Frühjahr wurde eine Erweiterung der Unterbringungskapazitäten am ehemaligen Flughafen Tegel angekündigt. Geplant war, die bestehenden 16 Hallen um fünf weitere zu ergänzen, wodurch die Gesamtkapazität auf 7.000 Plätze steigen sollte. Im Juli waren insgesamt 4.704 Plätze belegt, wobei der Großteil (3.801) von ukrainischen Geflüchteten und der Rest (903) von Asylsuchenden genutzt wurde. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Bewohner hat sich auf nunmehr 190 Tage verlängert.
Die Nutzung des Tegel-Geländes als Unterkunft ist bis Ende 2025 genehmigt. In dieser Zeit sollen zehn von 16 geplanten Unterkünften errichtet werden. Parallel dazu entstehen im laufenden Jahr weitere 2.000 Plätze in anderen Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen. Die aktuellen Zuzugszahlen für Berlin zeigen einen leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr: Im Juli kamen 871 Ukrainer (gegenüber 1026 im Juli 2022) und 833 Asylbewerber (gegenüber 1.397 im Juli 2022) in die Stadt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. August 2024 (x1.393/…): >>**Baerbock begrüßt US-Waffenstationierung in Deutschland**
Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) befürwortet die geplante Stationierung von US-Waffensystemen in Deutschland. "Heute Außenpolitik zu machen bedeutet zu erkennen: Das Prinzip Hoffnung wird uns vor Putins Rußland nicht schützen", schreibt die Ministerin in einem Gastbeitrag für "Bild am Sonntag".
"Was uns jetzt schützt ist, daß wir in unsere eigene Sicherheit und Stärke investieren - in der EU, in der Nato und in Deutschland. Und dazu zählt die Entscheidung zur Stationierung weitreichender amerikanischer Waffensysteme. Weil wir gegenüber Rußland eine glaubwürdige Abschreckung brauchen, es ja nicht zu wagen. Eine Abschreckung, die auch die Polen, die Balten und Finnen schützt - unsere Partner, die direkt an Rußland grenzen und in den letzten Monaten erlebt haben, wie es mit hybriden Maßnahmen an der Grenze zündelt."
Baerbock warnt vor Putins aggressiver Kriegs-Politik und kritisiert die fehlende Bereitschaft Moskaus zur Teilnahme an Friedensgesprächen: "Mit der Absage an eine Friedenskonferenz entlarvt sich Putin selbst: vor der Weltöffentlichkeit (darunter viele Staaten, die Rußland nahestehen) will er nicht zugeben, daß er will, daß die Ukraine sich ihm unterwirft. Daß er der Ukraine noch immer das Recht abspricht, eigenständig zu existieren", so die Grünen-Politikern. Putin beantworte jede Friedensinitiative und diplomatischen Arbeit für ein Ende der Kämpfe mit Eskalation, mit neuen Absagen an Diplomatie. angeben.<<
USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. August 2024 (x1.391/…): >>
Buchtip: "Hillbilly-Elegie" von J. D. Vance
Der heutige Vizepräsidentschaftskandidat J. D. Vance erzählt in diesem erschütternden und von der Presse hochgelobten internationalen Bestseller die Geschichte seiner Familie eine Geschichte vom gescheiterten Aufstieg und von der Resignation einer ganzen Bevölkerungsschicht. Seine Großeltern, echte Hillbillys, das heißt Angehörige der weißen Arbeiterschaft, versuchten, mit Fleiß der Armut zu entkommen und sich in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren.
Doch letztlich war alles vergeblich. Mißhandlung, Alkoholismus und Armut sind wesentliche Eigenschaften des Hillbilly-Lebensstils. Mit durchdringender Ehrlichkeit zeigt J. D. Vance, wie er selbst immer noch mit den Dämonen seiner chaotischen Familiengeschichte kämpft. In diesem Buch erfahren Sie, auf welche Schwierigkeiten Arbeiterfamilien in den USA stoßen

und wie der mögliche künftige Vizepräsident der USA es geschafft hat, trotz Armut und zerrütteter Familienverhältnisse im Leben durchzukommen.
"Hillbilly-Elegie" ist ein tief bewegendes Memoir mit einer Portion Humor und lebhaften Protagonisten. Und es ist eine eindringliche und beunruhigende Geschichte vom Verlust des amerikanischen Traums für einen großen Teil des Landes. Dieses Buch bringt Sie zum Nachdenken darüber, ob sich amerikanische Werte, Denkweise und Lebensstil von denen der Europäer unterscheiden.<<

05.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. August 2024 (x1.390/…): >>**20.000 gewaltbereite Auslands-Extremisten: Migrationswende einleiten, Extremismus-Import stoppen!**
Eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Hess hat alarmierende Zahlen zutage gefördert: Rund 20.000 gewaltorientierte ausländische Extremisten sind in Deutschland aktiv. Verwunderlich ist das natürlich nicht, wenn wir nur an die Kalifat-Aufmärsche in Hamburg, Hannover, Berlin und anderen Städten denken. Tausende haßerfüllte Demonstranten forderten unverhohlen ein Kalifat auf deutschem Boden, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Doch bei den Zahlen zum islamistischen Terrorismus mauert die Ampel-Regierung - es kann eben nicht sein, was nicht sein darf.
In seinen Statistiken führt das Bundesamt für Verfassungsschutz zwar eine Rubrik für "gewaltorientiertes Personenpotential" im Bereich des Linksextremismus und Rechtsextremismus. Doch beim Islamismus fehlt diese Aufschlüsselung. "Bisher wurde aufgrund der unterschiedlichen phänomenologischen Erfordernisse kein Bedarf erkannt, diese kapitelübergreifend zu harmonisieren", heißt es in einer Stellungnahme der Bundesregierung gegenüber der "Jungen Freiheit".
Statt dessen wird nur eine Zahl für das "islamistisch-terroristische Personenpotential" erwähnt (1.680 Personen). Da jedoch die Gewaltbereitschaft nicht erst beim Terrorismus beginnt, wird hier wohl nur eine Spitze des Eisbergs offengelegt.
Doch trotz allem Vertuschen und Verschleiern: Die Bürger sehen und erleben es jeden Tag, daß sich die Zustände in unserem Land immer weiter verschlimmern. Sie merken, daß die ständigen Versprechungen für mehr Abschiebungen lediglich Beschwichtigungen sind, mit denen die Menschen für dumm verkauft werden sollen. Nur die AfD macht ernst mit der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung in unserem Land. Wir werden den Import ausländischer Extremisten stoppen, die Migrationswende einleiten und Kriminelle mit ausländischer Staatsbürgerschaft konsequent abschieben!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. August 2024 (x1.390/…): >>**Syrischer Messerstecher beging 34 Straftaten: Wir fordern die sofortige Abschiebung!**
Es ist ein unglaublicher Fall, der die ganze Untätigkeit der etablierten Parteien beim Thema Migrantengewalt aufzeigt: Ein 17-jähriger Syrer hat insgesamt 34 Straftaten begangen und in Stuttgart einen 37-jährigen Mann bei einem Messerangriff lebensgefährlich verletzt. Dennoch wird der Täter nicht abgeschoben; bis zur Messerattacke war er sogar auf freiem Fuß!
In seiner Strafakte finden sich unter anderem 15 Ladendiebstähle, zwei Sachbeschädigungen, eine Bedrohung und mehrere Körperverletzungen. Die Parteien der verantwortlichen Landesregierung in Baden-Württemberg: CDU und Grüne. Wie können diese Parteien eigentlich noch den Bürgern ins Gesicht schauen, ohne vor Scham im Boden zu versinken?
Der Innenminister in Baden-Württemberg heißt Thomas Strobl (CDU). Auch er versagt auf ganzer Linie und zeigte schon vor Jahren seine völlige Realitätsverweigerung, als er mit arrogantem Naserümpfen erklärte: "Jedenfalls warne ich davor, etwa das Geschwätz der AfD von "Staatsversagen" und "rechtsfreien Räumen" zu übernehmen."

Was aber soll es anderes sein als ein kolossales Staatsversagen, wenn ein Syrer sich nach 34 Straftaten immer noch in Deutschland aufhalten kann, obwohl das Oberverwaltungsgericht Münster erst kürzlich feststellte, daß das Leben von Zivilisten in Syrien nicht mehr ernsthaft bedroht ist? Inzwischen wurden übrigens zwei weitere Syrer verhaftet, die dem 17-Jährigen bei seinem Messerangriff geholfen haben sollen.
Der intransparente Umgang mit dem Fall rundet das Bild des politischen Elends ab: Während in der Polizeimeldung zum Stuttgarter Messerangriff die syrische Staatsbürgerschaft des Tatverdächtigen erwähnt wird, fehlte diese Information in diversen Mainstream-Medienberichten wie beispielsweise im Bericht von "Tagesschau.de".
Anstatt diese Zustände anzuprangern und selbst aufzuklären, beteiligt sich die CDU am Schweigekartell und sitzt die Kapitulation unseres Landes einfach aus. Es bleibt nur noch die AfD, um diese Kapitulation abzuwenden: Wir werden unsere Staatsgrenzen schützen und straffällige Ausländer sowie Asylbewerber ohne Bleiberecht konsequent abschieben!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. August 2024 (x1.391/…): >>**Nur Bares ist Wahres: Asylbewerber klagen erfolgreich gegen Bezahlkarte**
Mit der Bezahlkarte sollen sogenannte Geflüchtete in Deutschland einkaufen und nur geringe Bargeldsummen abheben können. Jetzt haben zwei Asylbewerberinnen dagegen erfolgreich geklagt.
Das Sozialgericht Nürnberg hat zwei Frauen Recht gegeben, die gegen Einschränkungen durch die Bezahlkarte für Asylbewerber geklagt hatten. In Eilverfahren wies das Gericht die Stadt Schwabach (Mittelfranken) an, den beiden Klägerinnen ihre monatlichen Unterstützungsleistungen künftig wieder auf ihr Konto zu überweisen - statt sie nur über die Bezahlkarte zur Verfügung zu stellen. Das Bezahlkarten-System ist seit Ende Juni bayernweit eingeführt.
Eine Klägerin führte aus, daß es ihr mit der Bezahlkarte nicht möglich sei, günstig im Internet oder im benachbarten Nürnberg einzukaufen. Auch könne sie nicht ohne weiteres Vereinen beitreten, weil die Überweisung der Mitgliedsbeiträge erst genehmigt werden müsse. Die zweite Klägerin argumentierte ähnlich.
Das Nürnberger Sozialgericht entschied in beiden Fällen, daß die Behörde bei der Entscheidung, wie sie den Asylsuchenden ihre Leistungen zur Verfügung stellt, "zwingend Ermessen auszuüben" habe. Sie müsse die örtlichen Besonderheiten und unterschiedlichen Lebenslagen der Klägerinnen berücksichtigen, sonst drohten diesen "wesentliche Nachteile".<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 5. August 2024 (x1.395/…): >>**Schwere Verbrechens-Vorwürfe gegen die Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**
Herbert Ludwig
Am 28. Juni 2024 haben Marianne Grimmenstein von der Bürgerinitiative "Gemeinwohl-Lobby" und der ehem. Präsident des LKA Thüringen Uwe G. Kranz von der Gesellschaft "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD) gemeinsam Strafanzeigen gegen alle Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe eingereicht.
Sie werfen ihnen u.a. nach dem Völkerstrafgesetzbuch Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und nach § 81 StGB Hochverrat gegen den Bund vor. - Eine erneute Probe für die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft, ob sie sich wieder mit der Politik gemein macht oder die Dinge vom Gericht öffentlich untersuchen und entscheiden läßt.
Die Anzeigenerstatter weisen in einer Presseerklärung darauf hin, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) grundsätzlich gemeinnützig sei und als Vierte Säule der Demokratie fungieren solle. Im Auftrag der Bevölkerung übernehme er wichtige Kontrollaufgaben gegenüber den drei Staatsgewalten Exekutive, Legislative und Judikative. Damit er diesen Standards ge-

nügen könne, sei durch den Rundfunkbeitrag seine Unabhängigkeit von Staat, Wirtschaft und Lobbygruppen garantiert.
Öffentlich-rechtliche Anstalten würden also von der Bevölkerung finanziert und kontrolliert. Sie gehörten somit der gesamten Gesellschaft. Daraus ergebe sich, daß der ÖRR verpflichtet sei, alle Tendenzen, die die Bevölkerung irgendwie schädigen, kritisch zu verfolgen und darüber die Bevölkerung sachlich und neutral aufzuklären.
In der Corona-Krise habe die Politik die Menschen entgegen der schon früh bekannt gewordenen Fakten ihrer Grundrechte beraubt und ohne jede fachliche Grundlage zur mRNA-Spritze getrieben.
"Der ÖRR hat die Impfkampagnen der Politik mit seinen Informationssendungen stets massiv unterstützt und dabei bewußt manipulativ auf die Zuseher/Zuhörer gewirkt."
Der ÖRR habe alles bereitwillig mitgemacht und unterstützt:
- den von oben geschürten Haß auf Nichtgeimpfte und Maßnahmenkritiker,
- die Methoden, Kindern und Jugendlichen Angst einzujagen, ihnen den ganzen Tag Masken aufzuzwingen und sie am Kontakt mit Gleichaltrigen zu hindern,
- das Einsperren und Isolieren der Alten und Sterbenden
und viele weitere Grausamkeiten, die man sich bis 2020 in unserer Gesellschaft nur schwer habe vorstellen können.
"Kritische Stimmen wurden nicht zugelassen, aber verunglimpft, wie das veröffentlichte Manifest der ÖRR-Mitarbeiter auch bestätigt, obwohl der ÖRR verpflichtet ist, sorgfältig zu recherchieren und stets sachlich und neutral zu berichten.
Alle Tatsachen, die irgendwie die Impfkampagne gestört hätten, wurden vom ÖRR verschwiegen. Das bedeutet, daß die Angebote des ÖRR nicht dazu beigetragen haben, die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit zu stärken.
Es hätten viele Menschenleben gerettet werden können, wenn der ÖRR die Willkür der Politik aufgedeckt hätte.
Für dieses Desaster tragen grundsätzlich die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Verantwortung.
Eine ganze Generation ernsthaft zu schädigen, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit."
Es müsse nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden: Kein einziger Mensch in der EU dürfe getötet werden. Das sei in der Europäischen Menschenrechtskonvention eindeutig festgelegt.
Eine rasche Entscheidung des Generalbundesanwalts sei notwendig. Die offiziellen Ermittlungen müßten schnellstens aufgenommen werden, damit die Verantwortlichen der Öffentlich-Rechtlichen Rundfunkanstalten dafür sorgen, daß die neutrale Aufarbeitung über die letzten Jahre unverzüglich beginnt und objektiv über die neuen WHO-Verträge, die unser Gesundheitswesen vollständig verändern werden, durch den ÖRR umfassend berichtet werde.
Kontakt: Marianne Grimmenstein kontakt@gemeinwohl-lobby.de

Zu den strafrechtlichen Vorwürfen

I.

Auf der Webseite der "Gemeinwohl-Lobby" heißt es zu den Strafanzeigen:
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe wesentlich im Rahmen der "Pandemie" dazu beigetragen, die Bevölkerung mit Unwahrheiten, mit "Zwang und Druck" bzgl. Impfen und weiteren nicht gerechtfertigten und nicht evidenzbasierten Maßnahmen zu informieren, die dann in Folge zu gravierenden Gesundheitsschäden, bis hin zum Tode führten.
https://gemeinwohl-lobby.de/category/aktionen/
In den Strafanzeigen heißt es, daß sich die namentlich aufgeführten Intendanten teils durch direkte Tatbegehung, teils in Form der Unterlassung gemäß § 13 Abs. 1 des Strafgesetzbuches (StGB) (Garantenstellung) bezüglich folgender Straftatbestände strafbar gemacht hätten:

§ 6 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 5 gem. Völkerstrafgesetzbuch "Völkermord",
§ 7 Abs. 1 Nr. 2, 8 und 9 Völkerstrafgesetzbuch "Verbrechen gegen die Menschlichkeit",
§ 8 Abs. 1 Nr. 8 gem. Völkerstrafgesetzbuch "Kriegsverbrechen gegen Personen" und wegen Verletzung des Nürnberger Kodex
§ 81 Abs. 1 StGB Hochverrat gegen den Bund
Näheres in der Strafanzeige, die man ausdrucken und auch unter eigenem Namen an die Generalbundesanwaltschaft nach Karlsruhe senden kann:
https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2024/06/OERR-Strafanzeige.pdf
Genauer dazu: https://gemeinwohl-lobby.de/category/aktionen
Konkretisierend heißt es in den Strafanzeigen:
"In den folgenden Fällen machten sich die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten schuldig:
1. Werbung für unsichere Impfstoffe
In zdf-heute hat der ÖRR am 29.11.2020 schon für die Impfung mit falschen Behauptungen geworben: "Je mehr Menschen geimpft, also immun sind, desto weniger können sich mit Corona anstecken, da jede Infektionskette schnell wieder abbricht…. Die Corona-Impfung wird uns aber wohl im Laufe der kommenden Monate schrittweise immer mehr Normalität zurückbringen."
Obwohl die Liste der verheerenden Nebenwirkungen und die Vergleichsstatistik der WHO schon 2021 vorlagen, wurden die Beitragszahler durch den ÖRR darüber überhaupt nicht informiert. Auch über die erfaßten Nebenwirkungen der EMA 2022 wurden die Beitragszahler bis heute nicht informiert. Trotz Impfnebenwirkungen und Todesfällen hat der ÖRR laufend für die Impfung geworben und Schäden verharmlost. …"
2. "Keine Analyse und Berichterstattung über die fast ungeschwärzten Sitzungsprotokolle des RKI vom 30. Mai 2024
Zu den veröffentlichten noch stark geschwärzten RKI-Protokollen sagte der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach am 25. März 2024, daß das RKI unabhängig gearbeitet hat und es weiterhin tue: 'Es gab keine politischen Weisungen. Das Robert Koch-Institut ist nicht weisungsgebunden, in die wissenschaftlichen Bewertungen des Instituts mischt sich die Politik nicht ein, ich auch nicht.'
Das RKI ist jedoch eine weisungsgebundene nachgeordnete Behörde des Bundesgesundheitsministeriums. Es stimmt nicht, daß das RKI seine Risiko-Bewertungen frei von politischen Vorgaben getroffen hat. Das RKI handelte bei der Risikoeinschätzung nachweislich nicht unabhängig. Die veröffentlichten Protokolle des RKI beweisen, daß das Institut laufend nach den Anweisungen der Politik arbeiten mußte.
Die Schwärzungen haben in Berlin für eine kurze Debatte über die Corona-Aufarbeitung gesorgt. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki verlangte vollständige Transparenz bei der Aufarbeitung und erhob schwere Vorwürfe: 'Es wird immer deutlicher, daß das Robert Koch-Institut für die Gesundheitspolitik von Jens Spahn und wohl auch Karl Lauterbach als wissenschaftliche Fassade gedient hat.'
Seitdem die Dokumente fast ungeschwärzt veröffentlicht sind, gibt es keine aufklärenden Beiträge vom ÖRR, um die Beitragszahler über die unwissenschaftlichen und willkürlichen Entscheidungen der Politik und ihre laufenden Anweisungen an das RKI aufzuklären, obwohl die Aufgabe des ÖRR wäre, die politischen Akteure zu kontrollieren.
Der Deutschlandfunk hat am 30. Mai 2024 auf die historische Veröffentlichung mit einem kurzen Artikel unter dem Titel 'RKI veröffentlicht COVID-19- Krisenstabsprotokolle nahezu ungeschwärzt" reagiert'."
3. "Zulassung der psychischen Schädigung der Bevölkerung
Auch die Mißachtung der Kinderrechte durch die Politik und die dadurch entstandenen Schä-

digungen einer ganzen Generation haben die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hingenommen.
An der öffentlichen Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (Kiko) am 9. September 2020 bestätigte Prof. Dr. Michael Klundt, Professor für Kinderpolitik an der Hochschule Magdeburg-Stendal. ZITAT: 'So sind NACHWEISLICH elementare Schutzfürsorge- und Beteiligungsrechte von ca. 13 MILLIONEN Kindern und Jugendlichen verletzt worden. Praktisch alle Entscheidungen und Maßnahmen der Politik seit März / April wurden somit VÖLKERRECHTSVERSTOSSEND und BUNDESGESETZWIDRIG ohne vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls vorgenommen'."
4. "Hinnahme der Zerstörung der menschlichen Fortpflanzungsfähigkeit
Die 46 bis jetzt ausgewerteten Pfizer-Berichte dokumentieren, daß dies ein massives Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein könnte. Pfizer wußte, daß die mRNA-Impfstoffe nicht wirkten. Sie wußten, daß sich die Inhaltsstoffe, einschließlich der Lipid-Nanopartikel, in den mRNA-Injektionen innerhalb weniger Tage im ganzen Körper verteilen und sich in Leber, Nebennieren, Milz und Eierstöcken anreichern. Pfizer und die FDA wußten, daß die Injektionen die Herzen von Minderjährigen schädigten.
Am schlimmsten ist, daß ein 360-Grad-Angriff auf die menschliche Fortpflanzungsfähigkeit stattgefunden hat: mit Schäden an Spermienzahl, Hoden, Spermienmotilität; Schäden an Eierstöcken, Menstruationszyklen, Plazenten. Über 80 Prozent der Schwangerschaften in einem Abschnitt der Pfizer-Dokumente endeten mit einer spontanen Abtreibung oder Fehlgeburt. 72 Prozent der unerwünschten Ereignisse traten in einem Abschnitt der Dokumente bei Frauen auf, und daß 16 Prozent davon 'Fortpflanzungsstörungen' waren, wie Pfizer es selbst ausdrückte. Es wird ein Dutzend oder mehr Namen für die Ruinierung der Menstruationszyklen von Frauen und Mädchen im Teenageralter in den Dokumenten genannt.
Es ist auch dokumentiert, daß Pfizer die Exposition gegenüber dem mRNA-Impfstoff so definierte, daß sie Hautkontakt, Inhalation und sexuellen Kontakt umfaßt, insbesondere zum Zeitpunkt der Empfängnis. Schon im Vorwort der Auswertungsstudie der Pfizer-Dokumente wird auf diese Tatsachen hingewiesen.
Der ÖRR schweigt zu der Analyse bis heute. Dafür konstatieren sie, daß Deutschland und auch andere Länder mit einem enormen Geburtenrückgang zu tun haben.` …
Die Bevölkerung über die Pfizer Dokumente nicht zu informieren, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in einem beispiellosen Ausmaß.
Dafür tragen die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Verantwortung."
5. "Keine Berichterstattung über die Vergangenheit von WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus
Welche terroristische Vergangenheit Tedros Adhanom Ghebreyesus hat, wird auch durch den ÖRR wie alle Mainstream-Medien weltweit total verschwiegen. Bevor Tedros Adhanom Ghebreyesus 2017 für den Posten als WHO-Generaldirektor kandidierte, war er Gesundheitsminister, dann Außenminister seines Landes. Er trat bereits 1991 der kommunistischen Partei Tigrayan People's Liberation Front (TPLF) in Äthiopien bei. Als Mitglied der Partei TPLF wurde er zuerst Gesundheitsminister und dann Außenminister des Landes.
Seit 1976 wird die TPLF als terroristische Organisation in der Global Terrorism Database geführt, weil sie vielfach an Entführungen und Geiselnahmen beteiligt war. Die TPLF hat in ihrer fast 30jährigen Regierungszeit schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen. Als hochrangiges Mitglied des Politbüros und langjähriger Minister der TPLF ist Tedros Adhanom Ghebreyesus für diese Verbrechen mitverantwortlich. In den offiziellen Jahresberichten der Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch (HRW) von 2005 - 2016 wurden unvorstellbare Gräueltaten der äthiopischen Regierung unter Tedros

Adhanom Ghebreyesus dokumentiert. …
Der ÖRR klärt die Bevölkerung weder über die Vergangenheit des WHO-Generaldirektors noch über die zahlreichen Risiken und Verstöße der neuen Verträge mit der WHO gegen das Völkerrecht und das Grundgesetz auf, da Gain-of-funcion-Forschung nicht verboten und Zensur gefördert wird.
Damit unterstützen die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Souveränität verliert und die Gewährung der Grundrechte der Bevölkerung an eine demokratisch nicht legitimierte und nicht kontrollierte Organisation, wie die WHO ist, übertragen wird. Das ist nicht nur Hochverrat, sondern auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit."
6. "Keine Veröffentlichung des Interviews des US-Untersuchungsausschusses mit Dr. Anthony Fauci
Am 31. Mai 2024 veröffentlichte der Vorsitzende des US-Untersuchungsausschusses zum Ausbruch des Coronavirus, Brad Wenstrup (R-Ohio), die Abschrift eines Interviews mit Dr. Anthony Fauci. Dr. Fauci war Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) und das Gesicht der öffentlichen Gesundheit der USA während der COVID-19-Pandemie.
Seine 14-stündige, zweitägige Aussage hinter verschlossenen Türen im Januar 2024 war ein wichtiger Teil der Untersuchung des Unterausschusses über die Ursprünge von COVID-19 und das Versagen der Innenpolitik der Vereinigten Staaten während der Pandemie. Zusammen mit der Abschrift hat der Unterausschuß auch eine Zusammenfassung des zweitägigen Interviews veröffentlicht, in der die wichtigsten Ergebnisse des transkribierten Interviews von Dr. Fauci zusammengefaßt sind. Darin wird auch bestätigt, daß es für die meisten Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (z. B. Masken, Abriegelung) keine wissenschaftlichen Beweise gab. …
Auch über diese wichtige Veröffentlichung des Untersuchungsausschusses des US-Repräsentantenhauses wird die Bevölkerung durch den ÖRR nicht informiert. Das Interview mit Dr. Fauci, der führende Persönlichkeit der Pandemie in der USA war, bestätigt erneut, daß die Maßnahmen der vergangenen Jahre nur willkürlich und nicht evidenzbasiert waren.
Die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beweisen erneut damit, daß sie alle lebenswichtigen Informationen zu Impfschäden, Nebenwirkungen, nicht evidenzbasierten Maßnahmen der Bevölkerung vorenthalten wollen.
Dieses Unterlassen der Informationspflicht ist nicht nur ein Verstoß gegen den Nürnberger Kodex, sondern auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und sogar Völkermord."
Fazit: "Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist nicht nur durch den Medienstaatsvertrag und das Grundgesetz, sondern auch durch zahlreiche internationale Verträge verpflichtet, das Leben und die Gesundheit der Menschen in unserer Gesellschaft zu schützen.
Die genannten elf Intendanten sind durch die begangene einseitige Berichterstattung verantwortlich für das Versagen und die aktive Mitwirkung des ÖRR an Völkermord, Verbrechen der Menschlichkeit und Verletzung des Nürnberger Kodex.
Alle elf Personen haben dafür gesorgt, daß das medizinische Experiment an der deutschen Bevölkerung reibungslos durchgeführt werden kann. Die genannten elf Intendanten sind verantwortlich für die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.
Durch das Unterlassen der Informationen über die neuen Verträge mit der WHO begehen die genannten elf Personen sogar Hochverrat. Außerdem haben alle elf Personen den Nürnberger Kodex und die Allgemeinen Menschenrechte mißachtet und sind mitverantwortlich für die Entstehung zahlreicher Schäden und Todesfälle. Sie haben durch ihre Berichterstattung bzw. fehlende Berichterstattung die deutsche Bevölkerung in solche Lebensverhältnisse geführt, die geeignet sind, die Bevölkerung ganz oder teilweise zu zerstören, da mit zahlreichen weiteren

Todesfällen und Langzeitschäden zu rechnen ist. Das ist Völkermord und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
III.
Es muß hinzu gefügt werden, daß der ÖRR den Tatbestand des Hochverrates gegen den Bund nach § 81 Abs. 1 StGB nicht erst mit der Unterstützung der Übertragung wesentlicher Teile der Souveränität an die WHO, sondern schon längst vorher erfüllt hat. § 81 Abs. 1 lautet:
(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt
1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.
Die verfassungsmäßige Ordnung wird in Art. 20 GG festgelegt:
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
Die Ausübung der Staatsgewalt durch Wahlen setzt voraus, daß das Volk über die wahren gesellschaftlichen Verhältnisse gründlich informiert und damit urteilsfähig, also wahlfähig ist. Dies wird aber durch einseitige, verzerrte und unwahre Berichterstattung des herrschenden ÖRRs, auch schon vor der Corona-Krise, systematisch verhindert.
Da geht in Wahrheit nicht mehr alle Kontrolle und Staatsgewalt vom Volke aus, sondern von einer politischen Parteienkaste, die mit Hilfe des ÖRRs das Bewußtsein der meisten Menschen so manipuliert, daß sie in durch Lügen erzeugten Illusionen leben und als Souverän der Demokratie de facto ausgeschaltet werden. Die Demokratie ist damit in ihrem Kern aufgehoben.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. August 2024 (x1.393/…): >>**15-Jähriger wegen Mord am 14-Jährigem zu 8,5 Jahren verurteilt**
Am Landgericht Würzburg ist ein zur Tatzeit 15-Jähriger wegen tödlichen Schüssen auf einen 14-jährigen Italiener nach Jugendstrafrecht zu 8 Jahren und 6 Monaten Jahren Haft wegen Mordes verurteilt worden.
Der Täter hatte zugegeben, im September letzten Jahres von hinten den Kopfschuß auf einem Schulgelände in Lohr am Main abgegeben zu haben - es war der einzige Schuß, der abgegeben wurde. Dies sei aber nicht geplant sondern im Zuge eines Handgemenges aus der Situation heraus entstanden, ließ der Angeklagte über seine Verteidigung ausrichten. Letztere plädierte auf Verurteilung zu sechs Jahren wegen Totschlags. Die Staatsanwaltschaft dagegen war davon überzeugt, daß der Deutsche den Serienmörder Jeffrey Dahmer, der eine der grausigsten Mordserien der USA verübte hatte und der über eine Netflix-Serie größere Bekanntheit erlangte, verehrt.
Er soll die Tat nach Vorstellung der Ankläger daher nur begangen haben, um jemanden zu töten - also aus Mordlust. Sie forderte die nach Jugendstrafrecht höchstmögliche Strafe von zehn Jahren mit Vorbehalt weiterer Sicherungsverwahrung. Beiden Jungen gingen auf dieselbe Mittelschule in der Kleinstadt im unterfränkischen Landkreis Main-Spessart. Bei der Tatwaffe handelte es sich um eine Neun-Millimeter-Pistole des Typs Ceska CZ 75. Sie gehörte einem 66-jährigen Mann, der im selben Haus wie der Angeklagte lebte.
Wie der Junge an die Waffe gelang, wurde bis zum Schluß nicht bekannt. Weil der Prozeß wegen des jugendlichen Alters des Angeklagten unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, drangen nur von Gerichtssprechern lancierte Informationen nach draußen.<<
Großbritannien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. August 2024 (x1.392/…): >>**Unruhen in England: Premier Starmer liefert wirre Drohrede - ohne die**

Auslöser anzusprechen

In einer mitunter wirren Drohrede zu den Unruhen wandte sich Großbritanniens Premier Keir Starmer an die Nation und versprach, man werde auch diejenigen ins Visier nehmen, die die Proteste "online angefeuert haben". Die Bluttat, die all das auslöste, ließ er unerwähnt.

Von *Redaktion*

...

Seit der Ermordung von drei kleinen Mädchen durch einen 17-jährigen ruandischer Abstammung letzte Woche, formiert sich in Großbritannien Protest gegen die dortige Einwanderungspolitik. Über das Wochenende kam es in mehreren Städten zu gewalttätigen Unruhen, als Tausende Briten ihrer Wut Luft machten. Am Sonntagabend wandte sich der, vorerst wenigen Wochen gewählte, Premierminister Keir Starmer in einer Fernsehansprache an die Briten.

Starmers Rede beginnt mit einer Drohung: "Seid euch sicher! Die, die an dieser Gewalt beteiligt waren, werden die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen." Der Premierminister will stark und entschieden wirken, versucht grimmig in die Kamera zu schauen. Doch sein teigiges, ausdrucksschwaches Gesicht und seine nervösen Blicke nach unten, um auf den Zettel mit seiner Rede zu schauen, lassen das nicht so recht zu. So wirkt er eher wie ein Getriebener, der von der Stärke der Proteste überrascht wurde und nun panisch versucht, die Situation in den Griff zu bekommen.

Trotzdem ist seine Wortwahl martialisch. Es wird bald Verhaftungen geben, verspricht er, und führt weiter aus: "Ich garantiere es. Ihr werdet bereuen an diesen Unruhen teilgenommen zu haben, ob direkt, oder indem sie diese Taten online angefeuert haben und dann weggerannt sind!" Damit richtet sich Starmers Drohung auch gegen jene, die in den Tagen nach dem Mord an den drei Mädchen in der englischen Stadt Southport, in den sozialen Medien Konsequenzen gefordert, und Proteste befürwortet hatten.

Denn wer die Migrationspolitik der britischen Regierung kritisiert, oder die Ermordung der drei Mädchen mit ihr in Verbindung bringt, ist in den Augen der linken Labour-Regierung Starmers bereits ein geistiger Brandstifter und Befürworter von Gewalt.

Wiederholt bezeichnet er die Demonstranten als "rechtsextreme Verbrecher", auch wenn die Bilder der Demonstrationen zeigen, daß es sich mitnichten nur um Rechtsextreme, sondern in der Regel um ganz normale Menschen der britischen Arbeiterklasse handelt. Die Bekleidung der Demonstranten, oft leichte Sommerkleidung und Sportschuhe, sowie die Präsenz von Kindern und Frauen bei den Protesten verstärkt den Eindruck, daß es vor allem Anwohner sind, die demonstrieren. Das von der britischen Regierung und Medien gestreute Gerücht, große Zahlen "rechter Hooligans" würden koordiniert zu den Protesten anreisen, um zu randalieren, läßt sich nicht bestätigen.

Besonders empört ist der Premierminister von den Ausschreitungen in der Stadt Rotherham. Dort hatten die Demonstranten sich bei einem Hotel versammelt, welches als Aufnahmezentrum für Asylbewerber genutzt wird, die Fenster beschädigt und einen Müllcontainer angezündet. "Die Bewohner und das Personal der Einrichtung waren voller Angst", so Starmer.

In Rotherham wurden zwischen 1997 und 2013, also mehr als 15 Jahre lang, mindestens 1400 britische Mädchen von muslimischen Männern vergewaltigt, unter Drogen gesetzt, zur Prostitution gezwungen und in einigen Fällen sogar ermordet. Die Polizei wußte davon und schritt dennoch nicht ein, denn sie befürchtete rassistische Stereotypen zu verstärken - fast alle Täter waren Männer pakistanischer Herkunft, ihre minderjährigen Opfer überwiegend weiß und britisch - oder selbst des Rassismus beschuldigt zu werden.

In mehreren anderen britischen Städten gab es ähnliche Fälle, deren Aufklärung ebenfalls von den Polizeibehörden verschleppt wurde, um Rassismusbeschuldigungen zu entgehen. Auch das trag viel zur aufgestauten Wut vieler Menschen dort bei, die sich jetzt bei den gewaltsa-

men Ausschreitungen zeigte.
Gewalt gab es in den letzten Tagen nicht nur von Seiten der Demonstranten, sondern auch von Linksextremen und migrantischen Gruppierungen. Videos zeigen, wie in vielen Städten große Gruppen muslimische Männer mit Baseballschlägern, Macheten und Messern die Straßen durchziehen. Die Polizei scheint sie gewähren zu lassen, obwohl das öffentliche Tragen von Waffen dieser Art in Großbritannien eigentlich streng verboten ist. Auch zeigen die Videos, wie Briten, die von diesen Gruppen als Demonstranten verdächtigt werden, von migrantischen Gruppen verprügelt und zum Teil schwer verletzt werden.
Überraschend ist Starmers Schweigen über diese Vorfälle nicht. Als Mitte Juli ein islamischer Mob in Leeds wütete, gab es von Starmer nicht einmal einen Tweet, geschweige denn eine Fernsehansprache. Und das, obwohl er in den 80er Jahren an der University of Leeds studierte und erst kürzlich seine Verbundenheit zu der Stadt betonte.
Auch kein einziges Mal spricht er über die Ermordung der drei Mädchen, den Auslöser der Proteste. Auch andere Gewalttaten von Migranten, die das Land seit Jahren erschüttern, spricht er in seiner Rede nicht an. Wer Starmer zuhört, könnte meinen, daß tausende Briten am Wochenende aus Langeweile oder der reinen Laune am Krawall auf die Straße gegangen wären.
Als ob die Wut, die sich im Land entzündet hat, keinerlei Auslöser oder Ursache hat. Doch so ist es nicht. Die Menschen in Großbritannien, insbesondere die der Arbeiterklasse, sind wütend, fühlen sich vom Staat weder verstanden noch in ihren Sorgen ernst genommen. Mit seiner Rede bestätigt Starmer das nur noch einmal.<<

06.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. August 2024 (x1.390/…): >>**E-Auto-Luftnummer und Energiepreise: Unsere Auto-Industrie wird mit Ansage zerstört!**
Über diese Entwicklung kann niemand überrascht sein: Die deutsche Automobil-Industrie schlittert immer tiefer in die Krise. Der Geschäftsklima-Index des Instituts für Wirtschaftsforschung ist im Keller und sank im vergangenen Monat nochmals von minus 9,5 auf 18,3.
Ein wesentlicher Grund sind die miserablen Verkaufszahlen bei den politisch hochgejubelten E-Autos: Die Anzahl der Zulassungen von reinen Elektro-Autos sank im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat um satte 36,8 Prozent. In absoluten Zahlen sprechen wir von 30.762 Fahrzeugen. Zur Erinnerung: bis zum Jahr 2030 will die realitätsferne Ampel allen Ernstes 15 Millionen E-Autos auf die Straßen bringen.
"Wir haben ein gravierendes Standortproblem", sagt die Präsidentin des Verbandes der Automobil-Industrie (VDA), Hildegard Müller. Die politisch herbeigeführten Gründe für dieses Standortproblem sind altbekannt: Extrem hohe Energiepreise und überbordende Bürokratie. Gleichzeitig droht acht Millionen Diesel-Fahrzeugen in Deutschland aufgrund von EU-Schikanen die Stilllegung. Mit dem ökologisch sinnlosen Verbrenner-Verbot wird ein regelrechter Feldzug gegen unsere Automobil-Industrie betrieben. Wer will sich unter diesen Umständen noch ein Auto anschaffen, wenn er stets mit willkürlichen Enteignungen rechnen muß?
Es gibt in unserer Parteienlandschaft nur einen Retter unserer Industrie und unserer Mobilität: Die AfD. Wir haben das Verbrenner-Verbot von Anfang an abgelehnt und klargestellt, daß jeder Bürger selbst entscheiden muss, wie er sich fortbewegt. Mit der Beendigung der "Energiewende-Politik" und der Reparatur und Inbetriebnahme der Nord-Stream-Leitungen werden wir die Energiepreise wieder senken. Auch die Senkung der im internationalen Vergleich extrem hohen Steuer- und Abgabenlast ist nur mit der AfD zu machen!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. August 2024 (x1.390/…): >>**Eine syrische Familie, 110 Straftaten, 110**

Gründe gegen Ampel und CDU!

Man ist einfach nur fassungslos: Die Familie des syrischen Messerstechers, der kürzlich in Stuttgart einen 37-Jährigen lebensgefährlich verletzt hat, kommt auf elf Straftäter und insgesamt 110 Straftaten! Neun von zehn Geschwistern des Messerstechers (sieben Brüder, zwei Schwestern) sind durch Straftaten polizeibekannt, zwei Brüder sitzen im Gefängnis, der Vater ist ein siebenfacher Gewalttäter.

Trotzdem kam es zu keiner einzigen Abschiebung. Allein diese syrische Familie liefert somit 110 Gründe für die Abwahl der Ampel-Parteien und der CDU, nachdem diese Parteien uns die gegenwärtige Migrations-Katastrophe eingebrockt haben.

Schon der Gedanke daran, was diese Familie den arbeitenden deutschen Steuerzahler kostet, macht unendlich wütend. Laut älteren Berechnungen der Bundesregierung fallen für jeden syrischen "Flüchtling" jährlich im Schnitt 11.800 Euro an. Wenn wir diese Zahl mit Blick auf die betreffende Familie mit 13 multiplizieren (bei 11 Geschwistern plus Eltern), dann kommen wir auf mehr als 150.000 Euro. Dabei haben wir noch nicht über die massiven Folgekosten gesprochen: Gerichtsverfahren, Haftkosten, durch Straftaten angerichtete Sachschäden und vieles mehr.

Der 17-jährige Messerstecher Khalil H. hat die längste Strafakte der Familie und beging innerhalb von zweieinhalb Jahren insgesamt 34 Straftaten: Bedrohung, Körperverletzungen, 15 Ladendiebstähle. Dennoch kam er erst nach der Messer-Attacke überhaupt in U-Haft. Zwei Brüder sollen Khalil H. bei seinem Messerangriff unterstützt haben. Der 14-jährige Bruder des Messerstechers hat trotz seines jungen Alters schon 21 Straftaten begangen und kassierte eine Haftstrafe, die er aber nur in einer Jugendhilfeeinrichtung absitzen muß. Ein weiterer 12-jähriger Bruder hat bereits drei Einträge in seiner Strafakte.

Seit Jahren werden diese Taten von der Ampel-Regierung und dem baden-württembergischen Innenminister Strobl (CDU) schulterzuckend toleriert. Es ist vor diesem Hintergrund kein Wunder, daß die kriminelle Familie den deutschen Staat nicht ernstnehmen kann: Während eines Strafverfahrens soll einer der Clan-Söhne den Ermittlern gesagt haben, daß ihm die Vorschriften und Gesetze in Deutschland egal seien - für ihn zähle nur Allah und der Koran.

Das ist das Deutschland, in das uns die CDU und die Ampel-Parteien geführt haben. Nur die AfD führt uns aus dieser Katastrophe wieder heraus: Wir schieben ausländische Straftäter und Asylbewerber ohne Bleiberecht ab und setzen unsere Gesetze und Werte ohne faule Ausreden konsequent durch - nicht erst bei Straftat Nummer 110, sondern schon bei der ersten!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. August 2024 (x1.391/…): >>**Da schau an: Anti-Kapitalistin Wagenknecht gehört zu den Spitzenverdienern im Bundestag!**

Öffentlich gibt sie sich als stramme Anti-Kapitalistin und Anwältin aller sozial Abgehängten - nebenbei scheffelt sie mit dieser Masche ein Vermögen. BSW-Chefin Sahra Wagenknecht gehört zu den Spitzenverdienern im Deutschen Bundestag!

Ihr Chanel-Sozialismus läßt sich sogar auf Euro und Cent genau berechnen: 2023 meldete Sahra Wagenknecht dem Deutschen Bundestag knapp 800.000 Euro an Nebeneinkünften - genau: 792.961,43 Euro!

Und das zusätzlich zu ihren Abgeordnetendiäten von mehr als 120.000 Euro/Jahr sowie der steuerfreien Aufwandsentschädigung von rund 57.000 Euro/Jahr.

"Vorträge bei Vermögensverwaltern: Wagenknechts lukratives Geschäft mit den Superreichen", titelte seinerzeit der Berliner "Tagesspiegel". Die linke "taz" bescheinigte Wagenknecht kurz und bündig: "Kapitalismus kapiert!"

Hinzukommen dürfte ein zweistelliges Millionen-Vermögen ihres Ehemannes, des früheren saarländischen Ministerpräsidenten, SPD-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Oskar Lafontaine. Es soll laut Recherchen und Schätzungen des Portals "vermögenscheck.de" etwa 27

Millionen Euro betragen. Die Hauptquellen von Lafontaines Vermögen sollen demnach seine Amtsbezüge, Diäten, Aufwandsentschädigungen, Pensionen, Honorare aus Vorträgen und Einnahmen aus Buchveröffentlichungen "sowie verschiedene Investitionen außerhalb der Politik" sein.
Daß Lafontaine mal jahrelang Motto-Kolumnist ("Mein Herz schlägt links") für den unsäglichen "Ex-Bild-Chef" Kai Diekmann war (nach DK-Informationen für eine Pauschale in Höhe von 5.000 Euro monatlich) ergänzt buchstäblich das Bild.
Merke: Geld stinkt nicht - selbst wenn es vom "Klassenfeind" oder Springer-Verlag kommt!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. August 2024 (x1.391/…):
>>**Kommt es nach den Landtagswahlen im Osten zu Neuwahlen im Bund?**
CDU-Parteichef Friedrich Merz, so heißt es in Berlin, bereite die Union auf Neuwahlen vor. Doch wie realistisch ist diese Möglichkeit? "Ex-Bild-Politikchef" Einar Koch mag nicht so recht dran glauben. Er hält ein anderes Szenario für wahrscheinlicher: Bruch der Chaos-Ampel OHNE Neuwahlen!
VON *EINAR KOCH**
Ausgangspunkt der in der Hauptstadt kursierenden Neuwahl-Gerüchte sind die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen (1. September) sowie in Brandenburg (22. September). Die Umfragen sagen den Ampel-Parteien SPD, "Grüne" und FDP in Ostdeutschland eine krachende Niederlage voraus, ein einziges Debakel.
Der sogenannten Kanzlerpartei wie auch den "Grünen" droht in Sachsen und Thüringen die Einstelligkeit, die FDP fliegt so gut wie sicher aus den Landtagen in Erfurt und Potsdam bzw. schafft in Sachsen auch nach zehn Jahren nicht den Wiedereinzug ins Landesparlament. Das dürfte der heillos zerrütteten Ampel-Regierung, hinter der laut Umfragen nicht einmal mehr ein Drittel der Wähler steht, den Rest geben.
Zusammen mit seinem Generalsekretär Carsten Linnemann plane Friedrich Merz bereits eine Kampagne für eine vorgezogene Bundestagswahl, tuscheln Unionsabgeordnete. Mir scheint allerdings mehr der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein.
Steiniger Weg zu Neuwahlen
Denn der Weg zu Neuwahlen ist steinig. Nach den Erfahrungen aus der "Weimarer Republik" sieht das Grundgesetz dafür nur zwei, eng begrenzte Möglichkeiten vor: 1. Kanzlersturz durch ein sogenanntes Konstruktives Mißtrauensvotum; 2. Der Kanzler stellt die Vertrauensfrage und verliert diese.
- Möglichkeit eins scheidet aus, weil bei einem Mißtrauensvotum der Deutsche Bundestag gleichzeitig einen neuen Kanzler wählen müßte - nach Lage der Dinge dann Friedrich Merz. Woher der aber eine realistische parlamentarische Mehrheit nehmen wollte, steht in den Sternen (es sei denn, Merz würde sich nicht nur mit Stimmen der "Grünen" sondern auch aus der AfD wählen lassen).
- Möglichkeit zwei ist zwar eine theoretisch denkbare Option, aber daß Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach dem absehbaren Ampel-Desaster in Ostdeutschland tatsächlich die Vertrauensfrage erscheint mir sehr unwahrscheinlich. Aus einem ganz profanen Grund: Auf Basis der aktuellen Umfragewerte (Sonntagsfrage) würde etwa ein Viertel der SPD-Abgeordneten nicht wieder in den Deutschen Bundestag zurückkehren.
Scholz hat einen Plan B
Ich halte ein anderes Szenario für eher möglich: Die FDP läßt die Ampel platzen und Scholz wurstelt erst einmal mit einer "rot-grünen" Minderheitsregierung weiter!
Der von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) angezettelte neue Haushaltsstreit könnte die Ouvertüre für dieses Szenario sein. Denn eines ist klar: Bleiben die Liberalen bis zum bitteren Ende, das heißt bis zur nächsten regulären Bundestagswahl am 28. September

2025, in dieser Horror-Regierung, dann sind sie spätestens in einem Jahr tatsächlich "weg vom Fenster". Bei einem Ausstieg aus der Ampel könnten sie immerhin noch auf ihr parlamentarisches Überleben im Bund hoffen - nach dem Motto: "Wir haben dieses Mal wirklich das Schlimmste verhindert, liebe Wähler!"(wobei nicht unterschlagen werden soll, daß die FDP das Schlimmste bisher überhaupt erst möglich gemacht hat).
- FAZIT: Die Scholz-Ampel dürfte zwar nach den Landtagswahlen im Osten am Ende sein, aber nicht bzw. noch nicht Scholz. Der Kanzler hat nämlich einen Joker, einen Plan B, im Ärmel: Er könnte zumindest einige Zeit mit einer "rot-grünen" Minderheitsregierung weitermachen - in der Hoffnung auf bessere Zeiten.
Er könnte sich sogar irgendwie durchwursteln bis zur Bundestagswahl 2025. Dafür würde eine Minderheitsregierung Scholz nicht einmal einen Haushalt brauchen. Denn das Grundgesetz hat auch für diesen Fall Vorsorge getroffen. Nach Artikel 111 Absatz 1 darf die Regierung in Zeiten vorläufiger Haushaltsführung alle Ausgaben leisten, die nötig sind, um gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen zu finanzieren.
Dieses Szenario, das ich für das Wahrscheinlichere halte, setzt voraus: Entweder die vier FDP-Minister verlassen im Spätherbst das Kabinett von sich aus oder Olaf Scholz wirft die FDP kurzerhand aus der Regierung, um sich dann im Bundestag von Fall zu Fall Mehrheiten zu suchen. Das hat es zwar in der Geschichte der Republik noch nie gegeben, aber man soll bekanntlich niemals "nie" sagen.
Auch wenn es sich scheinbar absurd anhört - auf nichts hofft der Kanzler insgeheim sehnlicher als auf einen Wahlsieg von Donald Trump im November. Scholz spekuliert darauf, daß er sich dann als letzter westlicher Staatsmann der Vernunft, als Gralshüter von Demokratie, Freiheit und Vielfalt in Szene setzen kann, in einer Welt von immer mehr "Autokraten". Und genau darauf würde die SPD dann ihre Wahlkampagne 2025 aufbauen: Scholz als Gegenentwurf zu Donald Trump!
**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. August 2024 (x1.392/…):
>>**Größter deutscher Chiphersteller streicht 2.800 Jobs in Deutschland**
Der größte deutsche Chiphersteller Infineon plant, über 1.400 Stellen zu streichen - und darüber hinaus 1.400 weitere Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Hauptgrund seien exorbitant hohe Leerstandskosten und schwache Umsätze. Gleichzeitig eröffnet Infineon noch in dieser Woche ein neues Werk in Malaysia.
Zan Blagojević
...
Am Montag teilte der größte deutsche Chiphersteller Infineon mit, über 1.400 Stellen abbauen zu müssen. Darüber hinaus sollen weitere 1.400 Arbeitsplätze aus Deutschland verschwinden und in "Billiglohnländer" verlagert werden, berichtete das Handelsblatt. Die Kosten seien zu hoch; Infineon will in den kommenden drei Jahren "einen hohen dreistelligen Millionenbetrag" einsparen.
Bereits vor einigen Wochen hatte der Chiphersteller angekündigt, etwa 500 Stellen am Standort Regensburg zu streichen. Das Werk sei laut Vorstandschef Jochen Hanebeck "nicht wirtschaftlich". Auch die letzten Quartalszahlen zeichnen ein desaströses Bild beim Unternehmen aus Bayern, das ein Umsatzminus von etwa 9 Prozent im Vergleich zum zweiten Quartal 2023 verzeichnet.
Das Nettoergebnis ist im selben Zeitraum sogar um über 50 Prozent eingebrochen. Hauptgrund sei, daß die Fabriken teilweise leerstehen und Anlagen nicht ausgelastet seien. Die Leerstandskosten hätten sich mehr als verfünffacht, im Vergleich zu "einem Jahr mit normal

laufenden Geschäften", so der Finanzvorstand Sven Schneider. Sie belaufen sich aktuell auf 800 Millionen Euro, während es in normalen Zeiten um die 150 Millionen seien.

50 Prozent des Infineon-Umsatzes kommen aus der Automobilbranche

Infineon ist laut Analysten von TechInsights der weltgrößte Hersteller von Autochips - Marktanteil: 14 Prozent. Außerdem kommt über die Hälfte des Umsatzes von Infineon aus diesem Geschäft. Doch diese Abhängigkeit von einem Geschäftsfeld, insbesondere der angeschlagenen Automobilindustrie, könnte für Infineon auch enorme Umsatzeinbrüche bedeuten. Die Nachfrage nach Elektroautos schwächelt extrem und die Konkurrenz ist hoch.

Erst kürzlich hatte eine Analyse des Daten- und Risikoanalysten Everstream gezeigt, daß nirgendwo so viele neue Chipfabriken gebaut werden wie in China. Seit 2021 haben chinesische Chiphersteller rund 100 neue Investitionen in Fabriken angekündigt. Die enorme Konkurrenz aus Fernost und die Unattraktivität der deutschen Standortfaktoren münden in einem industrieweiten Stellenabbau, der sich ungebremst fortsetzt. Während Infineon in Deutschland Stellen abbaut, wird noch in dieser Woche ein neues Werk in Malaysia eröffnet.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. August 2024 (x1.392/…): >>**Syrische Familie beging seit 2016 mehr als 100 Straftaten**

In Stuttgart wurde eine syrische Großfamilie bekannt, die seit ihrer Flucht 2016 aus Syrien in Deutschland über 100 Straftaten verübt haben soll. Jüngste Aufmerksamkeit erlangte die Familie durch den 17-jährigen Khalil H., der am Dienstagabend mehrere Menschen mit einem Messer angriff. Mehrere Mitglieder der Familie befinden sich derzeit in Haft.

Henry Albrecht

...

Eine 14-köpfige syrische Familie aus Stuttgart soll seit ihrer Flucht aus Syrien im Jahr 2016 in Deutschland mehr als 100 Straftaten verübt haben. Bekannt wurde die Familie jüngst, als eines ihrer Mitglieder, der 17-jährige Khalil H., am Dienstagabend mehrere Personen mit einem Messer angegriffen hatte. Laut Informationen der Bild ist beinahe jedes Mitglied der Familie polizeibekannt. Von den elf Geschwistern des Angreifers seien zehn bereits straffällig geworden.

Die kriminelle Laufbahn der Geschwister umfaßt dabei ein breites Spektrum an Delikten, von Gewalttaten bis hin zu kleineren Vergehen. Zwei Brüder des tatverdächtigen Jugendlichen befinden sich aktuell in Haft. Eine 18-jährige Schwester des Angreifers, die bis Februar im Gefängnis saß, wird für 14 Straftaten verantwortlich gemacht. Ein weiterer Bruder, erst 14 Jahre alt, soll bereits für 21 Straftaten verantwortlich sein und sich momentan in einer Jugendhaftanstalt befinden. Der jüngste Bruder, gerade einmal 12 Jahre alt, hat auch schon drei Einträge in seiner Polizeiakte.

Der 22-jährige Bruder des Täters wurde ebenfalls festgenommen, nachdem er mutmaßlich an dem Messerangriff beteiligt war. Er soll bislang drei Straftaten begangen haben. Der Vater der Familie ist ebenfalls polizeibekannt und soll zwölf Straftaten auf seinem Konto haben, die sich hauptsächlich auf Gewaltdelikte und Bedrohungen konzentrieren. Hauptopfer des Vaters ist die eigene, älteste, Tochter. Doch diese soll selbst für vier Straftaten verantwortlich sein. Die Mutter des Angreifers ist die einzige in der Familie, die bisher nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten ist

Am Dienstagabend eskalierte ein Streit in einem Hinterhof in Stuttgart. Drei Männer im Alter von 47, 37 und 24 Jahren wurden mit einem Messer angegriffen und teils lebensgefährlich verletzt. Während der 37-Jährige notoperiert werden mußte, erlitten seine Begleiter ebenfalls Verletzungen. Zwei Frauen im Alter von 52 und 33 Jahren blieben unverletzt. Die Angreifer flüchteten zunächst, jedoch konnte der 17-Jährige schnell gefaßt werden. Er wurde am Mittwoch dem Haftrichter vorgeführt, der Untersuchungshaft anordnete.

Der festgenommene Jugendliche selbst ist den Behörden bereits aus Flüchtlingskreisen be-

kannt und hat zahlreiche polizeiliche Einträge, darunter Gewaltdelikte, Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und Betrug.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29989" berichtet am 6. August 2024 (x1.389/…): >> **United For Freedom: Laut den RKI-Protokollen sind wegen Maskenattesten verurteilte Ärzte politische Gefangene**

Karl Hummitzsch: Die Politik hat ja nicht entschieden auf Basis der RKI-Dokumente, d.h. das ist eine politische Entscheidung, eine rein willkürliche, politische Entscheidung ohne jede Evidenz. Und das bedeutet für uns, jeder Gerichtsfall, der auf einer solchen politischen Entscheidung basiert, ist ein politischer Prozeß.

Moderator: Die Menschenrechtsorganisation United For Freedom, zu Deutsch: "Vereint für die Freiheit" hat heute am 17. Juni 2024 zu einer Pressekonferenz hier in den Taunus eingeladen. Es soll eine reichhaltige Palette an Themen besprochen werden. U.a. spricht Uwe Kranz und Karl Hummitzsch zu dem Thema: Politische Gefangene und Menschenrechte.

Karl Hummitzsch: Also die Frage stellt sich immer wieder, die Frage auf der Basis: "Was haben wir eigentlich erreicht?" Also, es sind Leute auf der Straße im Winter, im Schnee usw., deutschlandweit die Montagsdemos, die gerade heute wieder laufen.

Also die Menschen, die sich zeigen, die draußen sind, das ist ein Beitrag, der außerordentlich wichtig ist und so bleiben will, muss, und deswegen erst einmal von dieser Stelle aus einen ganz herzlichen Dank an alle die Menschen, die in ganz Deutschland regelmäßig ihre Demos machen, die auch nicht

aufgeben wollen und werden, weil es ist, wie gesagt: "Es ist nicht vorbei, es geht weiter", wie auch diese Pressekonferenz es ganz klar zum Ausdruck bringt. Und wir ermuntern alle weiterzumachen, d.h. für uns, wir tun etwas, was genau hier gefragt wird, und wir sind sehr optimistisch und guter Laune, wie man ja auch sieht, sind kampfeslustig im Rahmen dieser Möglichkeiten, der gesetzlichen Möglichkeiten, die wir haben. Und wir vertrauen darauf, daß wir damit durchkommen, weil Unrecht wird nicht auf Dauer durchzuhalten sein.

Auch dazu müssen wir wissen, daß die Staatsanwaltschaft regierungsabhängig ist, wie RKI ja auch. Die sind weisungsgebunden, die Staatsanwaltschaft ist weisungsgebunden, d.h., man kann dem Staatsanwalt anweisen: "Du läßt die linken ... die können so harmlose Geschichten als Gerichtsfall bekommen und die rechten die heftigen," je nachdem wie man das gerade hätte von der Staatsanwaltschaft. Daran können wir nichts ändern, das ist politisch gewollt, und das erleben wir gerade in diesen politischen Gerichtsprozessen mit den Maskenattesten. Hier ist die Staatsanwaltschaft aufgerufen, gewisse Dinge machen zu müssen.

Wir erwarten von der Richterschaft, daß sie die Rolle einhalten, die ihnen rechtlich, deutschlandrechtlich, ja zugewiesen ist. Wenn sie das tun, dann würde die Sache ganz anders aussehen. Und da sehen wir eine Lücke für uns als Menschenrechtsbewegung, die Richterschaft darauf aufmerksam zu machen in den Prozessen: Was ist hier eigentlich ein politischer Prozeß und was nicht?"

Da kann ich mich auch dazu äußern. Ein nicht politischer Prozeß wäre eine evidenzbasierte Verhandlung in einem Gerichtsprozeß. Also, gesetzt den Fall, die RKI-Maßnahmen wären richtig gewesen, was alles da gewesen ist, und dann verhandelt man darauf - dann sagt man ja, das hat das RKI so gesagt und das ist alles richtig. Nur wir wissen, das RKI hat was ganz anderes gesagt. Das war ja nicht als Politik, das hat ja nicht entschieden auf Basis der RKI-Dokumente. D.h., das ist eine politische Entscheidung, eine rein willkürliche politische Entscheidung ohne jede Evidenz und das bedeutet für uns:

Jeder Gerichtsfall, der auf einer solchen politischen Entscheidung basiert, ist ein politischer Prozeß.

Und so sehen wir das, und deswegen sammeln wir zurzeit die Gerichtsprozesse ein, die auf dieser Basis getroffen wurden. Die Richterschaft kann das vorher nicht gewußt haben, weil die

sind dann auch dieser Regierungsaussage ja unterlegen gewesen. Jetzt haben wir die RKI-Papiere, jetzt haben wir eine völlig neue Rechtsgrundlage und mit der gehen wir jetzt nach Vorne und sagen: "Nein, auf der Basis ist das ein politischer Prozeß", und dann sind wir eben gefragt.
Uwe Kranz: Die Bianca Witzschel ist heute zu zwei Jahren und acht Monaten verurteilt worden.
Das zeigt, daß wir gar nicht hier auf einem guten Weg sind und daß die Justiz ums Verrecken nicht daran denkt, evidenzbasierte Gerichtsverfahren - Gerichtsurteile - zu sprechen, durchzuführen und zu sprechen und daß wir wirklich viele Aufgaben noch vor uns haben, um das richtig zu stellen, grade zu machen.
Karl Hummitzsch: Ich habe die Erfahrung gemacht aktuell im Gerichtsprozeß in Hamburg. Die ganz harte Nummer läuft in Hamburg, gerichtsmäßig. Und wir haben also Unterlagen zusammengestellt, die wir dem Gericht dann zur Verfügung stellen wollen. Da ist es eben so, daß das Urteil, auf daß Du (Uwe Kranz) Dich heute beziehst, ist noch auf der Basis der alten Situation. Da sind die RKI-Unterlagen usw. in der Form meines Erachtens nicht eingeflossen, denn sonst würde ja klar sein, daß das einfach vom RKI ja auch - die sind ja nicht doof, die wissen schon genauso gut wie unsere auch. Also alle sind da der gleichen Meinung. Das ist das eine.
Es muß deutlich gemacht werden, daß das eine reine politisch gewollte Entscheidung, allein von den Politikern getragen wird. Und somit ist das ganz klar ein politischer Prozeß und das wollen wir in Deutschland nicht haben. Wir wollen keine politischen Gefangenen und solche Dinge, was in dem Fall ja der Fall wäre.
Ich gehe einmal davon aus, daß das Gericht glaubt, eine alte Evidenz hier heraus holen zu können. Das machen wir nicht mit. Und das sind eben die Prozesse, die wir uns jetzt darauf hin ansehen und wir gehen davon aus, daß alle Masken-Prozesse sich auf diese alte Basis berufen und damit - wir haben alles fertig - und wir gehen da vor. Wir haben die Fälle, ich habe sie alle vorliegen. Und wir greifen da ein und sehen, welche Möglichkeiten wir dann haben als Menschenrechtsorganisation. Es ist ein völlig anderer Ansatz als ein anwaltlicher oder staatsanwaltlicher und richterlicher. Wir sind Menschenrechtsorganisation. Und das ist ein ganz anderer Bereich.
Ich wünsche allen einen schönen Heimweg und bedanke mich bei allen für die konstruktive Gestaltung des heutigen Tages.<<
Großbritannien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. August 2024 (x1.391/…): >>**Jung, männlich, migrantisch: Islamisten-Mob überfällt Pub in Birmingham!**
Nach dem Messer-Blutbad von Southport eskaliert die Lage in Großbritannien jeden Tag mehr! Es sind schockierende Szenen, die in den sozialen Medien kursieren: Dutzende vermummte Männer stürmten am Montag (5. August) das Pub "The Clumsy Swan" im Osten der englischen Stadt Birmingham.
Die selbsternannten Verteidiger des Islam tragen Sturmhauben, Jogginghose und Palästinenser-Flaggen. Ein weißer Mann, der vor dem Pub steht, wird brutal mit Schlägen und Tritten traktiert, geht mehrfach zu Boden. Trotzdem tritt der entfesselte Migranten-Mob weiter auf ihn ein.
In Ost-Birmingham dominieren Migranten - 61 Prozent der Bewohner sind Asiaten vornehmlich afghanischer, pakistanischer oder bangladeschischer Provenienz. Muslime machen die größte religiöse Gruppe aus und stellen hier bereits 80 Prozent der Bevölkerung, während Christen und Weiße mit nur noch neun Prozent in der Minderheit sind.
Szenen wie diese demnächst auch hier, in diesem deutschen Theater?<<
USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. August 2024 (x1.391/…):

>**US-Wahlkampf: Trump-Lager nennt Vize-Kandidaten von Harris "gefährlichen Linksextremisten"**
Das Wahlkampfteam des republikanischen US-Präsidentschaftskandidaten Donald Trump hat den von Trumps demokratischer Herausforderin Kamala Harris als Vize-Präsidentschaftskandidaten benannten Gouverneur von Minnesota, Tim Walz, als "gefährlichen linksliberalen Extremisten" bezeichnet.
"Wenn Walz den Wählern nicht die Wahrheit sagt, werden wir es tun: Genau wie Kamala Harris ist Tim Walz ein gefährlicher linksliberaler Extremist", erklärte Trumps Wahlkampfsprecherin Karoline Leavitt nach Bekanntwerden des demokratischen "running mate". Der "Traum" von Harris und Walz sei es, die USA in ein Ebenbild Kaliforniens zu verwandeln - "der Albtraum eines jeden Amerikaners".
Die demokratische US-Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris hat sich für den Gouverneur von Minnesota, Tim Walz, als ihren Vize entschieden. Der 60-Jährige gilt als Politiker, der mit seiner einfachen Sprache Zugang auch zu Wählern ohne akademische Bildung finden soll. Zuletzt erregte er Aufsehen, weil er Trump und dessen Vizekandidaten J. D. Vance als "weird" (merkwürdig, schräg) bezeichnet hatte.<<

07.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. August 2024 (x1.390/…): >>**Exporte brechen ein: Ampel betreibt den Ausverkauf unseres Landes!**
Es sieht immer düsterer aus für die deutsche Wirtschaft. Im Juni dieses Jahres sind die deutschen Exporte mehr als doppelt so stark gefallen wie von Ökonomen prognostiziert. Die Ausfuhren schrumpften erneut um 3,4 Prozent gegenüber dem Vormonat - es ist der stärkste Einbruch seit Ende 2023.
Auch im Mai war ein Rückgang um 3,1 Prozent zu verzeichnen. Das ist ein schwerer Schlag für ein Land, das sich einst auf seine Exportstärke als Grundsäule seines wirtschaftlichen Erfolges verlassen konnte. Nun wackelt wegen der Ampel-Politik auch diese vermeintlich sichere Bank.
Verschiedene Ursachen führen zu der Entwicklung, doch eines klar: Viele Unternehmen verlagern ihre Standorte ins Ausland, weil die Ampel den Standort Deutschland ruiniert hat. Mit extrem hohen Energiepreisen und einer ebenfalls enormen Steuer- und Abgabenlast, mit Diesel-Verteufelung und Verbotspolitik unternimmt die Ampel alles, um unsere Wirtschaft aus dem Land zu treiben. Die jüngsten Hiobsbotschaften: Der Chiphersteller Infineon baut Stellen in vierstelliger Zahl ab, Bayer macht im letzten Quartal Verluste in Höhe von rund 34 Millionen Euro.
Diese Abwärtsspirale kann nur die AfD stoppen! Unsere Wirtschaftspolitik muß endlich von Leuten bestimmt werden, die in diesem Bereich berufliche Kompetenz vorweisen können - und die vor allem zu unserem Land und seinen wirtschaftlichen Interessen stehen. Wir werden die "Energiewende" stoppen und die Steuer- und Abgabenlast reduzieren, damit unsere Wirtschaft wieder Luft zum Atmen hat!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. August 2024 (x1.390/…): >>**Ärzte sind erschüttert: Kliniken füllen sich mit Messer-Opfern!**
Der Alltag in unserem Land wird immer brutaler und gefährlicher: Während ein Jordanier in Köln absichtlich vier Frauen mit dem Taxi überfährt und eine 50-Jährige lebensgefährlich verletzt, füllen sich die Kliniken mit Messeropfern. Die Zahl der Messerangriffe ist im vergangenen Jahr bundesweit um 791 Fälle auf 8951 Taten gestiegen - ein Anstieg um fast zehn Prozent. Durchgängig ist dabei ein extrem hoher Ausländeranteil zu beobachten: In Berlin lag er beispielsweise bei 53 Prozent, in Baden-Württemberg bei 55 Prozent.

Allein im Berliner Krankenhaus Charité wurden in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres insgesamt 55 Verletzte nach Messerattacken versorgt - ungefähr so viele wie im gesamten vergangenen Jahr. Der geschäftsführende Direktor des Centrums für Muskuloskeletale Chirurgie (CMSC), Ulrich Stöckle, schlägt Alarm. "Auch wenn wir unsere Arbeit jeden Tag höchst professionell bewältigen, können wir nach der Behandlung von derartigen Verletzungen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen", sagt Stöckle.
Es ist eindeutig erkennbar: Die unkontrollierte Massenmigration führt zu explodierender Messergewalt und zu einer Brutalisierung unseres Alltags. Ob in der Charité, ob in Köln auf der Straße oder in den Diskotheken und U-Bahnen: Unser Alltag entspricht nicht mehr den Verhältnissen in einem normalen Land des Friedens. Wir müssen deshalb endlich handeln: Die AfD wird die Massenmigration stoppen und Messertäter mit ausländischer Staatsbürgerschaft sofort abschieben!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. August 2024 (x1.391/…): >>**Mitten im Landtagswahlkampf: Ramelows Linke wird von Kinderporno-Skandal erschüttert!**

Drei Wochen vor der Landtagswahl in Thüringen erschüttert ein Kinderporno-Skandal die "Linke" von Noch-Ministerpräsident Bodo Ramelow. Dem scheint die eigene Partei inzwischen nicht nur deshalb peinlich zu sein.
Kinderporno-Razzia bei der Linksfraktion im Erfurter Landtag: Die Polizei hat das Büro eines Linken-Abgeordneten im Thüringer Landesparlament durchsucht. Gegen den Kommunisten wird nach MDR-Informationen wegen des Verdachts auf Besitz von Kinderpornographie ermittelt.
Der Fall platzt mitten in den Wahlkampf in Thüringen, wo am 1. September ein neuer Landtag gewählt wird. Der Name des Beschuldigten wurde zunächst nicht bekannt gegeben.
Der Linken-Politiker soll sich laut MDR auch über eine IP-Adresse des Landtags in einschlägige Foren eingewählt haben. Durchsucht wurden zudem weitere Räumlichkeiten an verschiedenen Orten im Saale-Holzland-Kreis.
Thüringens Noch-Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) zeigte sich erschüttert über die Vorwürfe. "Bis zur Klärung muß der betreffende Abgeordnete alle Ämter und Aufgaben ruhen lassen", schrieb Ramelow bei X. Der Kinderporno-Skandal scheint indes nicht das einzige Problem zu sein, das Kommunist Ramelow mit seiner Partei hat.
"Muß der Regierungschef die Krisenpartei verstecken, um seine Macht zu retten?", fragt die "Bild-Zeitung". Hintergrund: Bei über 17.000 Ramelow-Plakaten fehlt das Parteilogo!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. August 2024 (x1.392/…): >>**Verbot von Compact-Ersatzmagazin "Näncy" in Prüfung**

Nur eine Woche nach dem Verbot des Compact-Magazins erschien eine neue Publikation namens "Näncy". Nun steht das mögliche Ersatzmagazin im Fokus des Verfassungsschutzes und droht womöglich ebenfalls ein Verbot.
Von *Redaktion*
...
Der Verfassungsschutz hat die Aktivitäten rund um das neu erschienene Magazin "Näncy" ins Visier genommen. Das kürzlich von Innenministerin Nancy Faeser verbotene Magazin Compact hatte nur eine Woche nach seinem Verbot einen Weg gefunden, seine Inhalte weiterzuverbreiten. Die für August geplante Ausgabe der Zeitschrift wurde unter anderem Verlag und Titel ins Internet gestellt.
Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beobachtet die Situation aufmerksam. "Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet mögliche Folgeaktivitäten des verbotenen Vereins im Rahmen seiner gesetzlichen Zuständigkeiten", erklärte ein Sprecher der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Nachfolge- oder Ersatzorganisationen des verbotenen Vereins

können nämlich ebenso verboten werden.
Für Produktion zeichnet der Berliner Verlag Sodenkamp & Lenz verantwortlich. Die Macher der Zeitschrift Demokratischer Widerstand Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp hatten die Sonderausgabe vergangene Woche angekündigt. Sie erschien nur online. Jürgen Elsässer, der ehemalige Chefredakteur von Compact, erklärte, daß er nicht an der Veröffentlichung beteiligt sei, sie jedoch begrüße.
Das Bundesinnenministerium unter der Leitung von Nancy Faeser (SPD) hatte das Compact-Magazin und seine Produktionsfirma Conspect Film GmbH am 16. Juli mit der Begründung verboten, daß Compact "kämpferisch-aggressiv gegen die verfassungsmäßige Ordnung" verstoßen würde. Faeser selbst erklärte, daß das Magazin ein zentrales Sprachrohr der rechtsextremistischen Szene sei und man mit dem Verbot gegen solche "geistigen Brandstifter" vorgehen würde.
Compact geht juristisch gegen das Verbot vor. Ein Eilantrag und eine Klage wurden beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht. Bis zu einer Entscheidung bleibt jede Aktivität untersagt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. August 2024 (x1.392/…): >>**RKI-Files**
Wie viele starben wirklich an Corona? Das RKI hatte detaillierte Daten - hielt sie aber zurück
Obwohl das RKI Daten darüber erhob, ob Personen "an" oder "mit" Covid-19 gestorben waren, wurden diese nicht mit der Öffentlichkeit geteilt - sondern nur die höheren Gesamtzahlen. Die Details lagen damals aber intern vor, wie die RKI-Protokolle jetzt zeigen.
Wim Lukowsky
...
Eine Grafik des RKI zeigt: Das Institut hat eine genaue Aufschlüsselung über "an" oder "mit" Covid-19 Verstorbenen geführt. Der Inhalt wurde aber nie veröffentlicht - obwohl er interessante Daten umfaßt.
Bis heute starben nach offiziellen Zahlen gut 183.000 Personen in Verbindung mit einem auf Covid-19 positiven PCR-Test. Eine gewaltige Zahl, hinter der aber bei genauerer Betrachtung große Fragezeichen stehen. Die kürzlich durchgestochenen Krisenstabsprotokolle des Robert-Koch-Instituts werfen noch einmal ein anderes Licht auf diese Summe. Einerseits findet sich hier im Zusatzmaterial für die Sitzung vom 23. Februar 2022 eine Tabelle, die eindeutig aufschlüsselt, daß bis zu diesem Zeitpunkt elf Prozent der bis dahin registrierten 121.805 Covid-Sterbefälle nicht "an", sondern "mit" Covid-19 starben.
Und andererseits werden die Daten hier aufgeschlüsselt nach Todesfällen mit Covid-19, aber "aufgrund anderer Ursache", und Sterbefällen mit Covid-19, aber "Grund unbekannt". Letztere machten bis Februar 2022 noch einmal 6.753 Fälle aus - was circa 5,5 Prozent entspricht, die nicht eindeutig mit Covid-19 in Verbindung standen.
Dementsprechend waren in diesem Zeitraum offiziell nur etwa 83,5 Prozent, also 102.000 Todesfälle auf Covid-19 zurückzuführen.
Der Tabelle ist zudem zu entnehmen, daß es in manchen Wochen mit tausenden Todesfällen hunderte unbekannte Ursachen und nochmal hunderte Fälle gab, die auf andere Gründe zurückgeführt wurden. So wurden beispielsweise in der dritten Kalenderwoche 2021 insgesamt 4.079 Covid-Sterbefälle registriert. Davon waren 552, also 14 Prozent, auf andere Ursachen zurückzuführen und weitere 257, also rund acht Prozent, in der Kategorie "Grund unbekannt" verortet. Auch in anderen Wochen erreichte die Zahl der nicht eindeutig auf Covid-19 zurückzuführenden Sterbefälle weit über 20 Prozent.
Das Balkendiagramm zeigt die wöchentlichen Covid-Todeszahlen. Die grauen Anteile stehen für Fälle mit anderen Ursachen, die blauen Anteile für Fälle, in denen die Gründe unbekannt

sind. Der rote Graf zeigt jeweils den prozentualen Anteil der Fälle anderer Ursachen an - jene mit unbekannten Gründen werden hingegen nicht beachtet und müßten noch einmal addiert werden.
Seit dem 16. März 2020, als der erste Lockdown verkündet wurde, erhob, sammelte und kategorisierte das RKI die brisanten Daten. In den täglichen Lagebericht des RKI, das als staatliches Institut die verantwortliche Behörde für die fachliche Einschätzung des Virus und der Maßnahmen zuständig war, kam diese Differenzierung aber nie vor.
Hier wurden nur absolute Todeszahlen genannt - also sowohl die "an" als auch "mit" Covid-19 Gestorbenen sowie die mit "Grund unbekannt". Warum die aufgeschlüsselten Todeszahlen nicht an die Öffentlichkeit kommuniziert wurden, wollte das RKI auf Apollo News-Anfrage nicht preisgeben. In der Antwort wurde lediglich auf eine FAQ-Liste auf der eigenen Website verwiesen - wo eine derartige Erklärung aber nicht zu finden ist.
Warum auch Personen mit unbekanntem Grund offiziell als Covid-Tote ausgegeben wurden und warum überhaupt eine solche Kategorie erhoben wurde, wollte das RKI ebenso nicht beantworten - kann es aber eventuell auch gar nicht. Denn die Meldeketten in der Pandemie waren lang - vor allem im bürokratischen Deutschland.
Das RKI erhob die Daten nicht direkt, sondern über den Umweg der regionalen Gesundheitsämter. Hier kam es zu Übermittlungsfehlern, laut RKI wurden diese aber korrigiert. Die Ämter erhielten die Daten aus den Kliniken, wo die behandelnden Ärzte jeweils dafür zuständig waren, einen Todesfall einzuordnen.
In einem Anfang August erschienen Beitrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung - mit der Überschrift "Wurden viel zu wenige Corona-Tote erfaßt?" - wird eine solche Meldekette simuliert. Alles fängt also bei dem behandelnden Arzt an, der auf dem Totenschein zwischen den Kategorien "a) unmittelbare Todesursache", "b) als Folge von", "c) hierfür ursächliches Grundleiden" unterscheiden muß. Hier kann es zu Ungenauigkeiten kommen. Mit Verweis auf eine Studie erklärt die FAZ beispielsweise, es seien zu wenig Covid-Sterbefälle registriert worden.
Die Studie beruft sich allerdings auf Zahlen aus verschiedenen europäischen Staaten, sind daher nur bedingt für Deutschland aussagekräftig. Noch dazu deuten die Daten des RKI eher das Gegenteil an: Auf der eigenen Website erklärt das Institut, in den Jahren 2020 und 2021 seien "circa 90 Prozent" der Covid-Sterbefälle, "bei denen Angaben dazu gemacht wurden", auf das Virus zurückzuführen. Das deckt sich in etwa mit der im Zusatzmaterial der Protokolle enthaltenen Tabelle. Bis Ende 2021 waren hier elf Prozent der gemeldeten Todesfälle auf eine andere Ursache zurückzuführen.
Damit käme man auf 89 Prozent - in der Tabelle sind aber noch die weiteren 5,5 Prozent mit unbekannten Todesursachen vermerkt, richtigerweise müßten also etwa 83,5 Prozent auf das Virus zurückzuführen sein. Tatsächlich kommen Obduktionsergebnisse zu ähnlichen Schlüssen: "Daten aus dem deutschen Autopsie-Register beispielsweise zeigten, daß in den ersten drei Pandemiewellen (bis Oktober 2021) 86 Prozent der Fälle, bei denen vor oder nach Eintritt des Todes eine SARS-CoV-2-Infektion festgestellt wurde, aufgrund der COVID-19-Erkrankung verstorben sind", heißt es auf der RKI-Website.
In den Folgejahren fiel die Diskrepanz zwischen "an" und "mit" Covid-Todesfällen noch viel deutlicher aus: Laut RKI lag der Anteil 2022 bei 77 Prozent, im Januar bis April 2023 sogar nur noch bei 70 Prozent - wie bei den Zahlen bis Ende 2021 könnte das RKI hier aber auch leicht höher liegen. Dennoch: Für den Zeitraum von 2022 bis April 2023 bedeutet das, daß etwa 14.000 der 58.000 Sterbefälle offiziell nicht auf das Konto von Covid-19 gingen.
Addiert mit den 15,5 Prozent der gut 115.000 Todesfälle bis Ende 2021, wurden bis zum großflächigen Aufheben der Maßnahmen im Frühjahr 2023 also mehr als 30.000 Covid-Todesfälle registriert, obwohl die Todesursache unklar oder auf andere Gründe zurückzufüh-

ren war. Öffentlich kommuniziert wurde das nicht.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. August 2024 (x1.392/…):

>>**Deutsche Exporte brechen doppelt so stark wie erwartet ein**

Die deutschen Exporte erleben den stärksten Einbruch seit Ende des vergangenen Jahres - um 3,4 Prozent sanken die Lieferungen deutscher Waren und Güter ins Ausland. Mittlerweile hat selbst das Bundeswirtschaftsministerium keine Hoffnung mehr.

Zan Blagojević

...

Hamburg: Der Hafen der norddeutschen Großstadt ist der drittgrößte in Europa, nach Rotterdam und Antwerpen.

Doch auch hier macht sich die Handelskrise bemerkbar: Der Containerumschlag am Hamburger Hafen ist zwischen 2021 und 2023 um über 11 Prozent gesunken.

Die deutschen Exporte sind im vergangenen Monat auf 127,7 Milliarden Euro gefallen - ein Einbruch um 3,4 Prozent im Vergleich zum Mai des laufenden Jahres. Dabei hatten die Prognosen "nur" mit einem Exportrückgang von 1,5 Prozent gerechnet. Über einen längeren Zeithorizont sieht der deutsche Außenhandel sogar noch schlechter aus: Im Vergleich zum Juni des vergangenen Jahres sind die Exporte sogar um 4,4 Prozent gesunken.

Die deutschen Exporte erleben den stärksten Einbruch seit Ende 2023. Mit einem Rückgang von 3,4 Prozent wurden sogar die Prognosen von 1,5 Prozent übertroffen.

Aus dem Bundeswirtschaftsministerium heißt es laut Handelsblatt-Bericht, "die eingetrübten Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe deuten auf eine weiterhin verhaltene Industriekonjunktur hin" - auch wenn die Produktionsdaten "zuletzt wieder besser ausgefallen sind." Damit erwartet selbst das Haus von Robert Habeck nicht, daß die Konjunktur wieder belebt wird. "Eine breite konjunkturelle Belebung ist damit ... vorerst nicht zu erwarten", so das Ministerium.

Auch über das gesamte Halbjahr gesehen fallen die deutschen Exporte eher schlecht aus. Im Vergleich zum ersten Halbjahr des vergangenen Jahres fielen die Exporte um 1,1 Prozent, das entspricht knapp 800 Milliarden Euro. Im Handelsblatt äußerte sich Ökonom Jens-Oliver Niklasch von der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW): "Die Exporte folgen den schwachen Auftragseingängen der jüngeren Vergangenheit." Bereits seit Monaten verzeichnet die deutsche Industrie einen schwachen Auftragseingang.

Das dürfte sich in den kommenden Monaten fortsetzen.

Jens-Oliver Niklasch, Volkswirt der Landesbank Baden-Württemberg

Zuletzt berichtete Apollo News, daß die Produktion im Automobilsektor im vergangenen Jahr landesweit nur zu zwei Dritteln ausgelastet war. "Das dürfte sich in den kommenden Monaten im Trend fortsetzen", so der LBBW-Ökonom. Bereits im Mai wurde ein Exportrückgang von 3,1 Prozent verzeichnet, gleichzeitig zeigen die aktuellen Zahlen jedoch einen Importanstieg von 0,3 Prozent an. Das wirkt sich negativ auf die Außenhandelsbilanz aus.

Weniger Exporte in die USA, mehr nach China

Daß die Exporte deutscher Waren und Güter so stark gesunken sind, kann unter anderem auch auf den Außenhandel mit der USA zurückgeführt werden: Um insgesamt 7,7 Prozent brachen die Exporte in die USA ein und sanken damit auf 12,9 Milliarden Euro. Hingegen sind die Lieferungen nach China gestiegen, um 3,4 Prozent auf fast 8 Milliarden Euro. Angesichts der möglicherweise bevorstehenden Rezession in den USA und der schwachen Wirtschaftslage in China besteht "nur wenig Hoffnung auf eine starke exportgetriebene Erholung", so ING-Chefvolkswirt Carsten Brzeski laut Medienberichten.

Dazu kommen noch die globalen Handelskonflikte und geopolitische Krisen. Wie Apollo News bereits berichtete, belasten zudem die immer weiter steigenden Unternehmensinsolvenzen die Wirtschaft, dazu kommen "schwache Industrieaufträge, hohe Lagerbestände und vor-

sorgliches Sparen", meint Brzeski. Zwar sind die Aufträge aus dem Ausland für die deutsche Industrie wieder gestiegen, jedoch nur marginal - um 0,4 Prozent. Die aktuellsten Zahlen um deutsche Exporte in Verbindung mit einer mindestens stagnierenden Wirtschaft sind damit klare Signale einer Rezession.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. August 2024 (x1.392/…): >>**Neue Enthüllungen**

Visa-Affäre: Vetternwirtschafts-Vorwürfe in Baerbocks Ministerium

Ein neuer Skandal um Interessenkonflikte erschüttert das Auswärtige Amt: Ein hochrangiger Beamter und seine Ehefrau, eine Anwältin mit Spezialisierung auf Ausländerrecht, sind verwickelt. Die Anwältin erhielt ohne Ausschreibung Aufträge vom Amt und vertritt gleichzeitig Mandanten und Botschaftsmitarbeiter in Visa-Angelegenheiten.

Henry Albrecht

...

Neue Enthüllungen in der Visa-Affäre im Auswärtigen Amt setzen Außenministerin Baerbock unter Druck. Im Zentrum stehen ein Beamter des Außenministeriums und seine Ehefrau. Über den Fall berichtet Business Insider. Der Beamte arbeitete bis Mitte 2022 als stellvertretender Leiter des Referats 508, zuständig für "Ausländer- und Visumrecht, langfristige Aufenthalte, migrationspolitische Grundsatzfragen". Heute ist er im Nahost-Referat tätig, das sich mit Afghanistan befaßt.

Seine Ehefrau, eine auf Ausländer- und internationales Familienrecht spezialisierte Anwältin, vertritt afghanische Mandanten, die in Islamabad Visa beantragen. In ihrer Funktion forderte sie unter anderem "Sondertermine" für ihre Mandanten an. Besonders brisant: Die Anwältin berät nicht nur Mandanten, die möglicherweise gegen Visumentscheidungen des Auswärtigen Amtes klagen, sondern auch Botschaftsmitarbeiter, die diese Entscheidungen treffen.

Sie erhielt vom Auswärtigen Amt ohne offizielle Ausschreibung Aufträge, darunter ein Gutachten zum afghanischen Eherecht und die Durchführung von Online-Schulungen für Botschaftsmitarbeiter. Zudem durfte sie ihr Buch mit einer Lesung im Auswärtigen Amt bewerben. Das Ministerium begründete die fehlende Ausschreibung mit der "unbestrittenen Expertise" der Anwältin.

In den Botschaften sorgt dieser Interessenkonflikt seit Jahren für Unmut. Bereits im Oktober 2021 wurde ein Hinweis auf diesen von Baerbocks Behörde als unbegründet abgewiesen. Doch im Juli 2023 erreichte ein Beschwerdeschreiben aus der deutschen Botschaft in Islamabad das Ministerium. Die Botschaftsmitarbeiter äußerten die Befürchtung, daß die Anwältin durch ihren Mann möglicherweise Zugang zu internen Daten und vertraulichen Informationen erhalten könnte.

Daraufhin kündigte das Auswärtige Amt eine "Prüfung des Sachverhalts und etwaiger Maßnahmen" an, wie der Business Insider berichtet. Doch zum Ergebnis könne man "aus Rücksicht auf die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen" keine Angaben machen.

Annalena Baerbock kommt seit Wochen nicht mehr aus der Kritik, inzwischen haben die Staatsanwaltschaften in Berlin und Cottbus Ermittlungen wegen des Verdachts der Rechtsbeugung gegen leitende Mitarbeiter der Visa-Abteilung aufgenommen. Ein Hauptvorwurf: Die Mitarbeiter sollen der deutschen Botschaft in Islamabad angewiesen haben, einem mutmaßlichen Afghanen trotz gefälschter Papiere und vermutlich falscher Identität ein Visum zu erteilen.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 7. August 2024 (x1.395/…): >>**Anwälte für Aufklärung: Corona-Amnestie und Einstellung aller laufenden Straf- u. Bußgeldverfahren!**

Herbert Ludwig

Die Anwälte für Aufklärung e.V. fordern nach Veröffentlichung der RKI-Dokumente umge-

hend eine lückenlose öffentliche Aufarbeitung des schweren staatlichen Corona-Unrechts. Da sich die Gerichte in Straf- und Bußgeldverfahren auf die politisch erzwungene Risiko-Hochstufung des RKI gestützt haben, verlangen sie insbesondere ein Corona-Amnestie-Gesetz, die Einstellung aller laufenden Verfahren und je ein Maßnahmen- und Impffolgen-Entschädigungsgesetz.
U.a. müßten der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Dr. Harbarth und Karl Lauterbach sofort zurücktreten, die politische Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft umgehend beendet und Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen eingeleitet werden. (hl)
August 2024
! Aufarbeitung jetzt !
Zehn Forderungen der Anwälte für Aufklärung
Mit den freigeklagten RKI-Protokollen und den weiteren geleakten RKI-Daten steht jetzt fest, daß es von 2020 bis 2023 keinen medizinischen Corona-Notstand gab und die Coronakrise auf medialen Illusionen beruhte. Die RKI-Protokolle zeigen, daß die Bundesregierung, anders als stets behauptet, in der Corona-Zeit nicht der Wissenschaft folgte. Vielmehr formulierten Politiker - allen voran die Bundesgesundheitsminister - die Vorgaben, diktierten rechtswidrige Maßnahmen und beispiellose Grundrechtseinschränkungen, während das RKI entgegen dem Rat der eigenen Fachleute die gewünschten Rechtfertigungen lieferte.
Dazu der Journalist *Paul Schreyer* am 28.07.2024:
"Die Folgen waren weitreichend. Denn der aus der Luft gegriffene Inzidenzwert als Schwelle für Grundrechtseinschränkungen wurde in diversen Gerichtsverfahren zur Legitimität der Maßnahmen zum Argument. Ein solcher Wert sei gerechtfertigt, wenn er denn wissenschaftlich begründet werden könne, so die Richter, die eine solche Wissenschaftlichkeit den Aussagen des RKI blind attestierten. Ein schwerer Fehler der Justiz, die es in der Corona-Zeit vermied, RKI-Aussagen etwa mit Hilfe externer Gutachter zu überprüfen.
...
FFP2-Maskenpflicht "nicht evidenzbasiert"
Die RKI-Protokolle enthalten mehrere solcher Passagen, die zeigen, wie die Behörde Entscheidungen der Regierung intern kritisierte oder für unsinnig erklärte, nach außen hin aber mittrug. "FFP2-Masken sind eine Maßnahme des Arbeitsschutzes. Wenn Personen nicht geschult/qualifiziertes Personal sind, haben FFP2-Masken bei nicht korrekter Anpassung und Benutzung keinen Mehrwert", so das RKI-Protokoll vom 30. Oktober 2020. Der "breite Einsatz" dieser Masken sei "nicht evidenzbasiert".
Dies "könnte auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden". Wenige Wochen später wurde hingegen die FFP2-Maske in verschiedenen Bundesländern verpflichtend gemacht. Eine Pflicht, die man rigoros durchsetzte:
Bei Nichttragen der Masken gab es Strafen, Ärzte, die Masken-Atteste ausstellten, stehen noch heute vor Gericht. Das RKI äußerte nie öffentliche Kritik an dieser Maskenpflicht, sondern deckte die unwissenschaftlichen Regierungsbeschlüsse, die Millionen Menschen das Atmen erschwerten und schikanierten oder sogar gesundheitlich schädigten. ...
3G und 2G "fachlich nicht begründbar"
Ähnlich das Verhalten bezüglich der 3G- und 2G-Regeln, also der Diskriminierung von Menschen, die sich nicht auf Corona testen lassen wollten und die es ablehnten, sich die neuartigen mRNA-Präparate spritzen zu lassen. ...
Risikobewertung auf Zuruf
Rechtliche Grundlage aller Corona-Maßnahmen war die Hochstufung der Risikobewertung des RKI von "mäßig" auf "hoch" im März 2020. Fast alle Gerichte, die Klagen von Betroffenen gegen die Maßnahmen zurückwiesen, beriefen sich in der Folge darauf. " ...
Wie Recht er hat, der mutige Journalist Paul Schreyer, bedenkt man wie viele Menschen zu

Unrecht in Quarantäne geschickt wurden, wie viele Geschäfte bis hin zur Existenzvernichtung geschlossen werden mußten, wie viele Maskenbefreiungsatteste nicht anerkannt wurden, wie viele Schulkinder im Winter bei offenem Fenster frieren mußten und last but not least wie viele Menschen in die mRNA-Spritze getrieben wurden mit verheerenden Nebenwirkungen und unzähligen Todesfällen ("plötzlich und unerwartet"). Die Politik mit der vom Grundgesetz nicht vorgesehenen Ministerpräsidenten-Konferenz war es, die mit teils haarsträubenden Maßnahmen voranpreschte.
In einer vertraulichen E-Mail äußerte zum Beispiel der damalige RKI-Präsident Lothar Wieler schon am 16. April 2021 erhebliche Zweifel an der langfristigen Schutzwirkung der Impfungen gegen Übertragungen. Er vermutete schon zu diesem Zeitpunkt, daß die relevanten Antikörper nur etwa zwei Monate wirksam seien und sprach von einer Überschätzung des Übertragungsschutzes in bisherigen Studien.
Trotz dieser fachlichen Einschätzung hielt die Politik an der Behauptung fest, daß Impfungen ein wirksames Mittel gegen die Pandemie und zur Verhinderung von Ansteckungen seien. Gesundheitsminister Jens Spahn, Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und viele andere Politiker hielten am Märchen des Übertragungsschutzes fest, was nicht einmal die Hersteller behaupteten. Sie propagierten weiter die Impfung und beschimpften Kritiker als Treiber einer "Pandemie der Ungeimpften".
Mit den RKI-Protokollen muß jetzt ausgewertet werden, wer für was genau verantwortlich war in den Corona-Jahren, in denen eine verantwortungslose Politik Lockdowns und Schulschließungen verhängte, einen Impfzwang einführen wollte bzw. im Gesundheitsbereich und bei der Bundeswehr den Impfzwang sogar einführte und zuvor die Bevölkerung mit Schock- und Strategiepapieren in Angst und Schrecken versetzte. Das Leid der Menschen und der wirtschaftliche Schaden sind bis heute unermeßlich.
Die Anwälte für Aufklärung e.V. fordern daher eine lückenlose Aufarbeitung des Corona-Unrechts. Im Einzelnen fordern wir:
Die sofortige Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag.
Die Verabschiedung eines Corona-Amnestiegesetzes nach dem Vorbild Sloweniens. Jeder Slowene, der wegen eines Verstoßes gegen die COVID-Beschränkungen zu einer Geldstrafe verurteilte wurde, bekommt diese erstattet einschließlich Tilgung aus dem Strafregister. Ein Amnestiegesetz ist auch in Deutschland das Mindeste für eine Wiedergutmachung des Unrechts, das den Menschen durch den Mißbrauch des Straf- und Ordnungswidrigkeits-Rechts sowie durch verfassungswidrige und übermäßige Eingriffe in die Grund- und Menschenrechte angetan wurde.
Die Verabschiedung eines Maßnahmen-Entschädigungsgesetzes, um die von den Corona-Maßnahmen betroffenen Menschen zu rehabilitieren und zu entschädigen.
Sofortige Einstellung aller noch gerichtlich anhängigen Corona-Straf- und Bußgeldverfahren, insbesondere gegen maßnahmenkritische Ärzte.
Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Impfschadensregisters und die Verabschiedung eines neuen Impffolgen-Entschädigungsgesetzes.
Sofortige Einleitung einer Justizreform, um die politische Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften zu beenden. 1
Einleitung strafrechtlicher Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen des Corona-Unrechts.
Sofortiger Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der WHO und Ablehnung der von der WHO "verabschiedeten" Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV-neu) durch den Deutschen Bundestag.
Sofortiger Rücktritt des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Stephan Harbarth und des

Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach.
Reform des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks gemäß Manifest für einen neuen ÖRR von April 2024 und sofortige Aussetzung der Rundfunkbeitragspflicht.
Anwälte für Aufklärung e.V.
Der Vorstand<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. August 2024 (x1.393/…): >>**Immer lautere Rufe nach Bundestagsdebatte zu US-Waffen**
In der Diskussion um die geplante Stationierung weitreichender US-Waffen in Deutschland fordern Politiker von SPD und CDU, daß der Bundestag einbezogen wird. Die Debatte gehöre "zwingend in den Deutschen Bundestag", sagte der Sprecher der SPD-Linken im Bundestag, Tim Klüssendorf, dem "Handelsblatt".
Aus seiner Sicht sei es unverzichtbar, die Bürger an den schwierigen Abwägungsprozessen teilhaben zu lassen und die Beweggründe für schwierige Entscheidungen transparent zu erklären. Daher sei es "richtig und notwendig", das Parlament daran zu beteiligen. In einer gemeinsamen Mail an die SPD-Fraktion hatten Gabriela Heinrich, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, der außenpolitische Sprecher der Fraktion Nils Schmid, sowie der verteidigungspolitische Sprecher Wolfang Hellmich bereits Ende Juli angekündigt, daß das Thema "selbstverständlich" nach der parlamentarischen Sommerpause auch im Plenum und in den dafür zuständigen Ausschüssen auf die Tagesordnung gesetzt werde.
"Dieses Vorgehen ist mit unserem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich abgesprochen", heißt es in der Mail, über die das "Handelsblatt" berichtet. Auch in der Opposition besteht Gesprächsbedarf: Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen sagte dem "Handelsblatt": "Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, daß es eine Debatte im Bundestag zur Stationierung der Mittelstreckenraketen geben wird." Das könnten die Abgeordneten einfach machen. "So viel Selbstbewußtsein sollte ein Parlament schon haben", sagte Röttgen. Und eine Bundesregierung, die das Parlament respektiere und als Raum demokratischer Auseinandersetzung verstehe, nehme an einer solchen Debatte dann auch teil.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29968" berichtet am 7. August 2024 (x1.389/…): >>**Ernst Wolff: Digitales Zentralbankgeld - das Ende der Freiheit!**
Besonders seit der Corona-Pandemie wird die Menschheit von einem Schrecken zum anderen gejagt und ständig von Politik und Medien in Anspannung gehalten. Aktuell erfolgt dies z.B. durch den sich immer mehr zuspitzenden Konflikt mit Rußland und die politische und mediale Vorbereitung der Bevölkerung auf einen umfassenden Krieg.
Parallel dazu finden jedoch unglaubliche Umbrüche und Entwicklungen im Finanzsystem statt, über die die Leitmedien konsequent schweigen. Sie sind so gewaltig, daß sie laut dem Finanz- und Wirtschaftsexperten Ernst Wolff alle unsere Vorstellungen sprengen. Unter Führung der globalen Finanzelite arbeiten nahezu alle Staaten weltweit an der Einführung einer neuen Form von Geld - der digitalen Zentralbankwährung - kurz CBDC.
Dieses neue Geld unterscheidet sich grundlegend von unserem jetzigen Geld, da es nicht von einer Geschäftsbank, sondern direkt von der jeweiligen Zentralbank ausgegeben und verwaltet wird. Durch Analyse sämtlicher Zahlungsvorgänge eines jeden Menschen entsteht so im Finanzbereich der gläserne Bürger, der auf Schritt und Tritt überwacht werden kann.
Da CBDCs zusätzlich auch programmierbar sind, ermöglichen sie es, die Menschen beliebig zu steuern. Sie können hierzu z.B. mit einem Verfallsdatum versehen oder zweckgebunden ausgegeben werden. Auch die Verknüpfung mit einem Sozialkreditsystem nach dem Vorbild Chinas ist möglich, um bestimmte Verhaltensweisen zu erzwingen. Zusammengefaßt bedeutet die Einführung von CBDC daher, daß unser aller Vermögen zu einem ferngesteuerten Spielball der Mächtigen wird und daß unsere finanzielle Freiheit zu Ende ist.
Wenn es nach den Plänen der EZB geht, soll diese Entwicklung bereits am 1. November 2025

mit Einführung des digitalen Euros eingeleitet werden. Deshalb spricht Ernst Wolff über den Ukraine-Krieg und die politische und mediale Kriegshetze u.a. als von einem gewaltigen Ablenkungsmanöver. So können die Globalstrategen ungestört und unbeobachtet diesen entscheidenden Zug vorbereiten und ohne große Widerstände durchsetzen.
Wenn die Bevölkerung dann begreift, was geschehen ist, ist es zu spät. "Schachmatt" würde man sagen. Hören Sie im nachfolgenden Podcast Ausschnitte aus einem Interview mit Ernst Wolff, der in brillanter Weise die Gefahren durch CBDC auf den Punkt bringt und auch die Strippenzieher im Hintergrund schonungslos aufdeckt.
(Ernst Wolff in einem Interview von Dominik Kettner:)
"Das Endziel der digitalen Zentralbankwährung ist, daß wir alle nur noch ein Konto haben, und zwar bei der Zentralbank. Uns wird das Ganze verkauft als eine Vereinfachung, als eine Beschleunigung von allen Finanzprozessen, aber dahinter steht natürlich etwas völlig anderes. Das neue Geldsystem wird das erste Zweiklassen-Geldsystem sein, was es jemals gegeben hat. Also es wird eine sogenannte Wholesale-CBDC geben.
Diese Wholesale-CBDC wird gehandelt werden zwischen der Zentralbank und großen Finanzinstitutionen, also Hedgefonds, Versicherungen, Rentenfonds und so weiter. Dann wird es eine Retail-CBDC geben. Retail ist das englische Wort für Einzelhandel. Dieses CBDC wird für normale Bürger gelten und für kleine Unternehmen. Also ist es das erste Zweiklassensystem in der Geschichte des Geldes. Zudem wird dieses Geld programmierbar sein, das heißt, es wird möglicherweise an ein Ablaufdatum gebunden sein können.
Das heißt, dieses Geld wird nach einer bestimmten Zeit seinen Wert verlieren können. Also wir haben das gesehen in China gab es Lotterien. Da wurde den Leuten, die diese Wallet mit den CBDCs akzeptiert haben, einige Juan auf ihr Handy gespielt mit einem Ablaufdatum von sechs Tagen. Nach sechs Tagen war dieses Geld verschwunden, das mußte man also innerhalb von sechs Tagen ausgeben. Das Geld wird aber auch noch an andere Bedingungen gebunden sein können: Man kann es z.B. zweckgebunden ausgeben.
Das heißt, man wird sagen können, du kannst einen Teil des Geldes nur für Nahrungsmittel, einen anderen Teil für die Miete und den Rest meinetwegen für Vergnügung ausgeben. Das Geld kann aber auch ortsgebunden ausgegeben werden. Das heißt, es kann daran gebunden werden, daß man es meinetwegen nur im Umkreis von so und so viel Kilometern vom eigenen Wohnort ausgibt. Und das ist ganz interessant im Zusammenhang mit den 15-Minuten-Städten, die ja überall geplant sind. Es kann also sein, daß wir im Rahmen einer 15-Minuten-Stadt tatsächlich nur innerhalb dieser 15-Minuten-Stadt das Geld ausgeben können.
Zudem kann es noch an etwas Weiteres gebunden sein und zwar an ein Sozialkreditsystem nach chinesischem Vorbild. Das heißt, uns können Minuspunkte aufgezeichnet werden, wenn wir z.B. unsere Miete nicht rechtzeitig bezahlt haben, wenn wir bei Rot über eine Kreuzung gegangen sind, wenn wir politisch unliebsame Bemerkungen gemacht haben, dann wird man uns da negative Punkte aufdrücken können.
Und das kann dann eben auch soweit kommen, daß wir irgendeines Tages erfahren, daß wir zu viel Auto gefahren sind, daß wir zu oft geflogen sind, daß unser CO2-Abdruck (Fußabdruck) zu hoch geworden ist und wir deswegen für einige Zeit eben nicht Autofahren dürfen oder nicht reisen dürfen. Es sind alles Einschränkungen, die uns natürlich von einer zentralen Stelle aufoktroyiert werden können und das ist die Zentralbank!
Nun muß man dazu wissen, viele Leute sagen: Ja, die Zentralbank ist ja eine objektive Institution, die also eigentlich nur dafür da ist, daß das Geldsystem einigermaßen gut funktioniert. Leider ist diese Sichtweise auch vollkommen falsch. Also erst mal ist die größte Zentralbank, die Zentralbank der USA, die Federal Reserve, fest in privaten Händen. Die gehört den Eigentümern von 12 Großbanken, von 12 Federal Reserve Regionalbanken. Also das ist keine staatliche Einrichtung, war es auch nie und ist inzwischen mit dem Staat mehr oder weniger ver-

schwistert und verschwägert.
Der Vorsitzende oder die Vorsitzende der Federal Reserve wird vom Präsidenten ernannt, allerdings erst, nachdem ihm 12 Vorschläge von diesen Banken gemacht wurden. Da haben diese Banken praktisch mehr oder weniger auch sich den Staat unterworfen. Und dann muß man noch eines wissen: Die ganz großen Zentralbanken der Welt, die EZB, die Federal Reserve, die Bank of England, die Bank of Canada und so weiter haben seit der Weltfinanzkrise einen Hauptberater und dieser Hauptberater ist niemand anderes als das größte Finanzunternehmen, was es jemals gegeben hat, nämlich BlackRock.
Und BlackRock, die Macht von BlackRock, gründet sich auf zwei Dinge. Also erst mal sind sie die Hauptaktionäre von fast allen großen Konzernen der Welt. Aber ganz wichtig: BlackRock verfügt über eine KI, über eine künstliche Intelligenz im Bereich des Finanzwesens, die heißt Aladdin. Der Gründer von BlackRock, Larry Fink, hat im Jahre 1988 nicht nur sein Unternehmen gegründet, sondern auch dieses Computer-Finanzdatenanalysesystem ins Leben gerufen, was inzwischen schon seit über 40 Jahren alle möglichen Finanzdaten speichert und damit alle möglichen Planspiele durchführt. An dieses System sind inzwischen alle Großkonzerne der Welt angeschlossen.
Also wer ein Milliardenunternehmen hat, kann ohne dieses Finanzdatenanalysesystem überhaupt nicht mehr leben. Und natürlich ist das auch so, daß die ganzen Zentralbanken - Zentralbanken sind ja nichts anderes als Behörden und Behörden sind schläfrig, langsam, meistens nicht auf der Höhe der Technik, die sind alle inzwischen auch von Aladdin abhängig.
Das heißt, der Einzige, der eigentliche Diktator im Hintergrund, ist inzwischen BlackRock, weil BlackRock jeden Markt der Welt in jede von ihm gewünschte Richtung bewegen kann und da müssen die Zentralbanken natürlich einfach nur nachziehen. Deswegen ist es so - dieses neue Geld wird nicht nur in den Händen der Zentralbanken liegen, sondern dieses neue Geld wird uns alle einer privaten Organisation, einer privaten Finanzorganisation, nämlich BlackRock, unterwerfen." …
"Die Rolle des World Economic Forums im Zusammenhang mit den CBDCs ist ganz interessant. Wir haben zu Weihnachten 2018 den größten Einbruch an den Aktienmärkten weltweit erlebt, und zwar deswegen, weil die Zinsen durch die Federal Reserve davor langsam erhöht wurden. Also zu Ende 2018 war klar, das alte Finanzsystem, das alte Geldsystem ist am Ende und kann auf Dauer nicht mehr am Leben erhalten werden. Interessanterweise im Januar 2019 hat sich das World Economic Forum in Davos getroffen und da hat es das Konsortium zur Entwicklung von digitalen Zentralbankwährungen ins Leben gerufen.
In diesem Konsortium sind die ganzen großen Zentralbanken vorhanden, da sind die großen Blockchain-Firmen mit dabei, da sind die großen Kreditkarteninstitute, da ist natürlich auch das WEF an prominenter Stelle mit vertreten. Wichtig ist zu sehen: Das WEF hat diese Agenda direkt mit auf den Weg gebracht. Und das WEF hat natürlich im Jahre 2019 auch noch andere Dinge gemacht: Es hat Larry Fink, den Chef von BlackRock, in seinen Vorstand mit hineinberufen, wo Larry Fink jetzt zusammen mit der Chefin des IWF und der Chefin der EZB und den ganzen Größen aus der korporativen Elite der Welt jetzt zusammen drin sitzt.
Dann hat das WEF im Jahre 2020 ja auch noch das Event 201 durchgeführt - zusammen mit der Bill & Melinda Gates-Stiftung und der Johns Hopkins University, wo die Pandemie einmal vorher durchexerziert wurde. Und ich glaube, daß das alles kein Zufall ist, daß wir das alles erleben durften. Ich glaube, das alles führt darauf hin, daß wir irgendwann dieses neue Geld bekommen sollen, weil im Rahmen der Pandemie sind uns diese QR-Codes aufs Auge gedrückt worden, da sind wir dran gewöhnt worden, daß wir irgendwann alle biometrisch zu erkennen sind.
Die biometrische Erkennung ist auch ein Phänomen, was mit zu dem neuen Geld gehört. Wenn wir das neue Geld alle haben, wenn wir alle nur noch unsere eine Wallet auf dem Han-

dy haben, dann müssen wir auch identifizierbar sein, dann kann es nicht sein, daß einer von uns sein Handy an fünf andere Leute gibt oder wir dann, wenn wir z.B. von allen Finanzflüssen abgeschnitten werden, daß wir dann auf andere Handys ausweichen. Also die biometrische Erkennung ist da ganz wichtig und auch in dem Bereich ist Klaus Schwab mit seinem World Economic Forum natürlich ganz vorne." …
"Und man darf nicht vergessen, China spielt eine ganz wichtige Rolle im Rahmen des World Economic Forums, aber auch im Rahmen der Einführung dieser neuen Währung. Es gibt zurzeit so länderübergreifende Projekte und es ist ganz interessant, daß China da mitmacht, z.B. mit Hongkong zusammen, gleichzeitig aber auch mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, aber auch mit Saudi-Arabien.
Also China spielt in dieser ganzen Agenda genau die gleiche Klaviatur wie der Westen. Das ist ein länderübergreifendes und ein systemübergreifendes Programm, Projekt, was uns alle in eine wirklich traurige Zukunft führen soll, weil, wenn dieses neue Geld einmal eingeführt ist, wenn es dann dazu kommt, daß dieses neue Geld tatsächlich funktioniert, dann steht es um unsere demokratischen Rechte ganz schlecht und unsere Freiheit ist damit mehr oder weniger beendet. Aber es gibt auch gute Nachrichten.
Es gibt auch gute Nachrichten, und zwar ist dieses neue Geld ja schon ausprobiert worden. Man hat erst mal einen Versuch damals auf den Bahamas gemacht. Da hat man den Sand-Dollar eingeführt mit sehr negativem Ergebnis - also das ist von den meisten Leuten dort nicht akzeptiert worden. Dann hat man weitergemacht - dann hat man auf einigen karibischen Inseln das durchgeführt. Diese Versuche waren auch mehr oder weniger belanglos. Dann ist man nach Jamaika gegangen, hat den JAM-DEX eingeführt. Auch das hat keinen Durchbruch gebracht.
Dann haben die Eliten sich wohl gedacht, wir müssen das Ganze mit mehr Nachdruck jetzt vollziehen und wir müssen uns langsam mal darauf vorbereiten, daß wir das Ganze auch in den Industrieländern durchführen und die haben sich das größte Industrieland Afrikas ausgesucht, nämlich Nigeria. In Nigeria haben sie im Oktober 2021 den eNaira eingeführt und das begleitet mit ganz starken strickten Maßnahmen.
Man hat den Erwerb von Bargeld an Geldautomaten ganz stark eingeschränkt, man hat einige Banknoten aus dem Verkehr gezogen, man hat die Banknoten verknappt, man hat die Barabhebung bei Banken ganz stark verteuert - man muß also hohe Gebühren darauf bezahlen und man hat alle staatlichen Zahlungen nach einiger Zeit nur in dem neuen Geld vorgenommen. Und trotzdem hat man es bis heute nicht geschafft, bei mehr als 15 % der Bürger eine Wallet auf deren Handy zu spielen.
Also 85 % der Nigerianer lehnen dieses neue Geld bisher ab und das ist natürlich ein krachender Mißerfolg und zeigt, daß man dieses Geld nicht einfach den Leuten unterjubeln kann, sondern daß man dieses Geld mit ganz großem Nachdruck den Leuten irgendwie aufs Auge drükken muss, daß man die Leute unter ganz große Schwierigkeiten bringen muß.
Für mich ist all das, was im Moment passiert - also was auf den Klimawandel zurückgeführt wird, was auf die Kriege zurückgeführt wird, diese ganze Angst und Panikmache - das dient für mich alles nur dazu, die Leute so gefügig zu machen, daß sie dieses Geld am Schluß akzeptieren werden. Und es gibt eine Idee, die ich im Kopf habe, wie man dieses neue Geld uns allen möglicherweise sogar noch als Wohltat präsentieren wird können.
Ich glaube, daß, - weil wir im Moment aufgrund des rasanten Fortschrittes der KI vor einer großen Welle der Arbeitslosigkeit stehen, also es werden sehr, sehr viele Jobs in den nächsten Monaten wegfallen - glaube ich, daß man diese Arbeitslosigkeit möglicherweise nehmen wird, und die wird sich bis zum November 2025 ganz drastisch gezeigt haben, daß man diese Arbeitslosigkeit dann nehmen wird, um das universelle Grundeinkommen einzuführen und das in Form von digitalem Zentralbankgeld.

Dann könnte man dem digitalen Zentralbankgeld tatsächlich ein positives Image verleihen. Wenn wir z.B. in Deutschland dann 4 oder 5 Millionen Arbeitslose haben, kann man dann sagen, den Leuten wird jetzt geholfen mit diesem neuen Geld.
Und ich bin sicher, daß diese Leute nach diesem Strohhalm greifen werden und das Geld dann zuerst einmal einen positiven Anstrich bekommen wird. Das ist so meine Vermutung, wie man das Geld einführen wird."
Die von Ernst Wolff angeführten Beispiele, bei denen die Einführung von CBDC alles andere als erfolgreich war, sind äußerst ermutigend. Sie zeigen, daß die Menschen intuitiv diesem neuen Geld mißtrauen und es ablehnen. Doch dies darf uns nicht in einer falschen Sicherheit wiegen. Laut Ernst Wolff steht hinter der Einführung von CBDC der gesamte digital-finanzielle Komplex mit den mächtigen Vermögensverwaltern BlackRock und Vanguard, das World Economic Forum WEF sowie die weltweiten Zentralbanken, die nichts anderes als der verlängerte Arm der globalen Finanzelite sind.
Zur Errichtung ihrer geplanten Weltdiktatur ist dieses neue digitale Geld im Verbund mit der biometrischen und digitalen Erfassung eines jeden Erdenbürgers unverzichtbar. Nur mittels lückenloser Überwachung und Steuerung jedes Menschen kann diese Weltherrschaft aufgerichtet werden. Für sie geht es also um alles oder nichts - genauso für uns. Deshalb braucht es jetzt entschiedensten Widerstand von jedem, da dieses digitale Geld alles zerstören kann, was uns lieb und teuer ist. Hören Sie hierzu abschließend einen Aufruf von Ernst Wolff zusammen mit dem Unternehmer und Edelmetallexperten Dominik Kettner.
"Der digitale Euro - ein Damoklesschwert, das über uns allen schwebt. Es ist eine Waffe, getarnt als Werkzeug des Fortschritts, der Preis dafür ist aber unsere Freiheit! Jeden Cent, den wir ausgeben, jeder Traum, den wir haben, wird zu ihrem Spielball. Sie werden unser Leben kontrollieren, unsere Entscheidungen steuern, bis wir vergessen, wer wir einmal waren! Dein Geld, deine Ersparnisse - in ihren Händen! Deine Entscheidungen, deine Wünsche - bedeutungslos!
Dein Leben, deine Zukunft kontrolliert von denen, die im Verborgenen die Fäden ziehen! - Ist es das, was du willst, was du deinen Kindern einmal hinterläßt? - Es ist noch nicht zu spät. Noch haben wir die Wahl, noch können wir unser Schicksal selber bestimmen, aber die Zeit läuft uns davon. Siehst du tatenlos zu, wie sie deine Welt übernehmen oder wirst du aufstehen, wirst du kämpfen, dich für die Freiheit einsetzen? Du allein hast die Macht, den Kurs der Geschichte zu ändern! Nutze sie jetzt für dich, für uns alle, für die Generationen, die noch kommen werden.
Die Macht des Einzelnen mag begrenzt erscheinen, doch gemeinsam können wir Berge versetzen und Veränderungen herbeiführen. Laß dir diesen Weg zeigen, laß dir nicht deine Träume rauben! Nutze die Chance und forme deine Zukunft nach deinen Vorstellungen. Es wird nicht leicht sein und es wird Mut erfordern, aber es gibt kein höheres Gut als die Freiheit!"
Doch wie können wir für die Freiheit kämpfen? Hierzu abschließend noch einige Gedanken:
- Bargeld ist gedruckte Freiheit, denn seine Nutzung ist im Gegensatz zu jeder Form von bargeldloser Zahlung völlig anonym und kann nicht überwacht und nur schwer reglementiert werden. Nutzen Sie daher Bargeld so viel wie möglich und vermeiden Sie digitale Zahlungen.
- Eine erfolgreiche Einführung von CBDC gelingt nur, wenn auch jeder Bürger digital und biometrisch erfaßt ist. Daher gilt es, nicht nur gegen CBDC, sondern auch gegen jede Einführung einer digitalen ID (Identität) und biometrischen Erfassung aktiv zu werden.
- Die finsteren Pläne der Strippenzieher im Hintergrund gelingen nur, solange sie im Verborgenen bleiben. Aufklärung ist daher das Gebot der Stunde. Verbreiten Sie daher diese Sendung und informieren Sie die Menschen über die Gefahren von CBDCs.
- Ein Streichholz ist leicht zu brechen, doch bei einem ganzen Bündel gelingt dies nicht! Vernetzung ist daher die alles entscheidende Strategie in dieser Zeit. Kämpfen Sie deshalb nicht

alleine, sondern vernetzen Sie sich und bilden Sie Netzwerke mit Gleichgesinnten. Gerne können Sie auch Teil des weltumspannenden Kla.TV-Netzwerks werden, das wir mit allen wahrheits- und gerechtigkeitsliebenden Menschen bilden. Gemeinsam versetzen wir Berge!<<

Frankreich: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. August 2024 (x1.393/…): >>**Olympia: Experte bezweifelt Wasserqualität der Seine**

Die Wasserqualität der Seine steht bei den Olympischen Sommerspielen in Paris schon länger im Fokus der Öffentlichkeit. Der Inhaber einer französischen Firma, die auf Untersuchungen von Wasserproben spezialisiert ist, äußert nun Zweifel an den Meßmethoden der Veranstalter. Zuletzt hatten sich Berichte gehäuft, nach denen mehrere Athleten nach dem Schwimmen in dem Fluß erkrankt sind. "Unsere Messungen haben ergeben, daß die Wasserqualität an keinem Wettkampftag dem World-Triathlon-Grenzwert 'ausreichend' entsprochen hat", erklärt Dan Angelescu gegenüber dem "Spiegel".

Die Olympiamacher hatten sich dagegen unter Verweis auf eigene Meßdaten und die gültigen Grenzwerte für einen Start der Sportler entschieden. Im Gegensatz zu seiner Firma messe die Stadt allerdings mit veralteten Methoden und orientiere sich an einem veralteten Regelwerk, so Angelescu. Für einen Großteil der Bakterienlast in der Seine sei die Stadt aufgrund ihrer Meßmethodik schlichtweg "blind".

Dabei gibt es zwischen der Stadt und der Firma bereits eine offizielle Kooperation, so der "Spiegel". Das Unternehmen analysiere im Auftrag des Rathauses die Wasserqualität an einer öffentlichen Badestelle in der französischen Hauptstadt. Für die Olympischen Spiele habe die Stadt aber explizit nicht mit seiner Firma zusammenarbeiten wollen, behauptet Angelescu. Auch würden die Daten, die sein Unternehmen in einem "Open Source-Projekt" auf der firmeneigenen Website hochladen, von den Verantwortlichen nicht genutzt.

Auf Nachfrage teilt das Paris Media Centre dem "Spiegel" nach eigenen Angaben mit, die von Angelescus Firma verwendete Meßmethode sei "für die Seine nicht zuverlässig und genau genug." Angelescu zeigt sich darüber irritiert und wirft der Stadt Ignorieren der Wissenschaft vor.<<

Großbritannien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. August 2024 (x1.391/…): >>**Ein Land im Vorbürgerkrieg - Menetekel Großbritannien: Wie Massenmigration und Multikulturalismus ein Land zerstören**

Das Messer-Massaker eines angeblich 17jährigen afrikanischen Immigranten an drei kleinen Mädchen im nordwestenglischen Badeort Southport wird als dramatische Wegmarke in die Chronik des Niedergangs der westlichen Welt eingehen. Angesichts der Abscheulichkeit des Verbrechens bricht sich die in Jahren und Jahrzehnten angestaute Verzweiflung der einheimischen Bevölkerung in nicht enden wollenden Protesten Bahn.

Der Zorn über die Zerstörung ihrer Lebenswelt durch Massenmigration und den Verlust der Sicherheit im öffentlichen Raum durch Migrantenkriminalität treibt dieser Tage in vielen Städten empörte Engländer auf die Straße. "Schützt unsere Kinder", rufen sie, "Stoppt die Boote" und "Enough ist enough" - "Genug ist genug": In der Parole der Londoner Großdemonstration steckt das geballte Aufbegehren eines erniedrigten Volkes.

Mediale Zerrbilder

Radikale Einpeitscher, die Reaktion der Staatsmacht mit verschärfter Repression gegen die Kritiker ihrer Migrationspolitik und die gewalttätigen Ausschreitungen organisierter Migranten, die das Aufbegehren der Einheimischen zum Anlaß nehmen, ihren Haß auf alles Weiße und Westliche in zügelloser Gewalt freien Lauf zu lassen: Diese explosive Konstellation hat eine Eskalationsspirale in Gang gesetzt, die einen bitteren Vorgeschmack auf die ethnischen Konflikte einer zerfallenden Gesellschaft gibt.

Für die politische Klasse und ihre medialen Büchsenspanner und Helfershelfer steht nach einer kurzen Phase des Erschreckens und der Sprachlosigkeit die Schwarz-Weiß-Erzählung

gleichwohl wieder fest, das Framing läuft auf den eingeübten Geleisen.
Glaubt man der neuen britischen Linksregierung und den Staatsfunkern diesseits und jenseits des Ärmelkanals, dann ist die Gewalt allein das Werk von "Rechtsradikalen" und "Rechtsextremen", von "rassistischen" und "muslimfeindlichen" Mobs, die mit "Falschinformationen" aus heiterem Himmel die "Vielfalt" stören und Großbritannien ein "Wochenende der Schande" bescheren.

Lange Blutspur der Migrantengewalt

An diesem platten Zerrbild ist so gut wie alles falsch. Die angebliche "Falschinformation" bestand darin, daß der Messermörder von Southport ein muslimischer Asylant gewesen sein sollte; tatsächlich handelte es sich um einen im Vereinigten Königreich geboren Mann, dessen Eltern aus Ruanda stammen.
Aber das ist eine Nebensächlichkeit. In der Wahrnehmung der Bürger steht seine Tat in einer langen Reihe der Migrantengewalt gegen Einheimische. Der heimtückische Angriff auf eine Kinder-Tanzveranstaltung, bei dem der Täter drei kleine Mädchen getötet und viele weitere verletzt und traumatisiert hat, hat lediglich das Faß zum Überlaufen gebracht.

Islamisierung und Gewalt

Auch wenn in diesem Fall kein erkennbarer islamistischer Hintergrund vorliegt: Daß Briten in ihrer Empörung auch gegen muslimische Gewalt protestieren, ist ihnen nicht zu verdenken. Die Bluttat weckte Erinnerungen an den islamistischen Anschlag auf ein Ariana-Grande-Konzert in Manchester im Jahr 2017, bei dem Dutzende junger Menschen getötet und mehr als hundert verletzt worden waren.
Messerattacken sind in zahlreichen englischen Städten an der Tagesordnung. In London ist die Messergewalt unter dem muslimischen Bürgermeister Sadiq Khan, der das größte Problem in der "Islamophobie" erblickt, in den letzten Jahren regelrecht explodiert. Aufsehenerregende Mordtaten wie die öffentliche Enthauptung eines Armeeangehörigen mitten in der Hauptstadt haben sich als Zeichen der Hilflosigkeit und Untätigkeit des Staates eingebrannt.

Ethnische Krawalle

Ethnische Krawalle, bei denen migrantische Mobs regelrecht Jagd auf Weiße und Einheimische machen, hat Großbritannien in den letzten Jahren und Jahrzehnten in periodischen Ausbrüchen erlebt. Sie finden auch jetzt wieder statt. Durch Englands Städte ziehen Zusammenrottungen gewaltbereiter muslimischer Männer, die gezielt migrationskritische Protestkundgebungen angreifen.
Sie rufen "Allahu akbar", schwenken "Palästina-Fahnen", drohen mit Waffen, beanspruchen den öffentlichen Raum für sich und fallen über weiße Engländer her, die sie auf ihren Machtdemonstrationen antreffen. Gewaltbereite Linksextremisten schlagen sich auf ihre Seite und nutzen die Situation, um ihren Straßenterror gegen gewöhnliche Bürger auszuüben.

Die Schande von Rotherham

Davon ist bei ARD und ZDF natürlich nichts zu sehen, die linke und migrantische Gewalt als "Protest gegen Rassismus" verharmlosen. Der Medien-Mainstream empört sich über Proteste vor einem Asyl-Hotel im mittelenglischen Rotherham. Unerwähnt bleibt, daß diese mittelenglische Stadt traurige Berühmtheit erlangt hat, weil dort zwischen 1997 und 2013 Banden pakistanischer Männer mindestens 1.400 minderjährige weiße, englische Mädchen mit Drogen gefügig gemacht, vergewaltigt, mißhandelt, zur Prostitution gezwungen und in einigen Fällen sogar ermordet hatten, während Polizei und Behörden aus Furcht vor "Rassismus-Vorwürfen" die Augen verschlossen und nichts unternahmen.

Vorsätzliche Blindheit

Auch der neugewählte sozialistische Premierminister Keir Starmer schweigt dazu. Mechanisch wie ein Roboter warf er in Southport einen Kranz ab und stellte sich taub gegenüber den verzweifelten Rufen der Einheimischen, die ihn aufforderten, etwas gegen die allgegenwärtige

Migrantengewalt zu unternehmen.
Statt dessen richtet er in einer wirren Fernsehansprache pauschale Drohungen an die einheimische Bevölkerung, und nur an diese. Er bezeichnet die Demonstranten - nur die englischen natürlich - als "rechtsextreme Verbrecher" und "rechte Hooligans", droht mit Verhaftungen und "garantiert", daß nicht nur die Teilnehmer der Kundgebungen ihre Meinungsäußerung "bereuen" würden, sondern auch jene, die in den sozialen Medien dazu "angefeuert" hätten.

Die Regierung droht den Bürgern

Die Botschaft ist unverblümt: Wer die Massenmigrationspolitik der Regierung kritisiert und es wagt, diese mit Bluttaten wie dem Kindermord von Southport in Verbindung zu bringen, ist in der Wahrnehmung des linken Premiers und seiner Regierung bereits ein Gewaltanstifter und "Verbrecher", gegen die man "hart durchgreifen" werde.
Das russische Außenministerium kann sich angesichts der ständigen heuchlerischen Vorwürfe aus dem Westen da nicht die Pointe verkneifen, die britische Regierung aufzufordern, von unverhältnismäßiger Gewalt gegen regierungskritische Demonstranten abzusehen und ihr Recht auf Versammlungsfreiheit zu achten.
Drohungen richtet Starmer auch an die Social-Media-Konzerne: Meta, Google und X stünden in der Verantwortung, die "Verbreitung von Fehlinformationen und Hetze zu stoppen". Es ist eine offene Zensurankündigung. Denn es liegt auf der Hand, wer sich anmaßt festzulegen, was "Fehlinformationen und Hetze" im einzelnen sein sollen: Das wollen die Regierung und die von ihr autorisierten Gesinnungswächter selbst bestimmen.

Offene Zensuransagen

X-Chef Elon Musk wird von der britischen Linksregierung persönlich angezählt für seine Feststellung, "ein Bürgerkrieg ist unvermeidlich". Die Proteste gegen die Messermorde von Southport, dekretiert Starmers Sprecher, seien "organisiertes, gewalttätiges Banditentum, für das es weder auf unseren Straßen noch im Internet einen Platz gibt".
Dies alles sind keine leeren Drohungen. Gegen "Gedankenverbrecher", die sich vermeintlicher "Haßrede" auf sozialen Netzwerken schuldig machen, gehen britische Sicherheitsbehörden schon seit geraumer Zeit hart und einschüchternd vor. Zielscheibe sind Migrations- und Islamkritiker; militante Islamisten, radikale Muslime und arabische Israel-Hasser haben weit weniger zu befürchten.

Messen mit zweierlei Maß

Polizeikräfte, die migrations- und regierungskritischen Demonstranten entschieden - und mitunter Gewalt bewußt provozierend - entgegentreten, zeigen bei "Pro-Palästina-Märschen", Massengebeten und anderen muslimischen Muskelspielen weit weniger Einsatzfreude. Angriffe auf Polizeibeamte sind in keinem Fall zu rechtfertigen. Wird Gewalt aber nur von einer Seite verurteilt, während sie von der anderen achselzuckend hingenommen wird, vergiftet dieses Messen mit zweierlei Maß das Klima und erschüttert das Vertrauen in Staat und Behörden.
Einheimische Normalbürger haben, anders als Migranten, Muslime, Linksradikale, kaum Fürsprecher und Lobbyisten. Einer der wenigen ist Nigel Farage, der vor wenigen Wochen erstmals ins Unterhaus gewählte Chef der Partei "Reform UK".
Farage kritisiert die doppelten Maßstäbe: Der "sanfte Polizeieinsatz bei den Black-Lives-Matter-Protesten" habe "den Eindruck einer Zwei-Klassen-Polizei weit verbreitet". Auch der Umgang von Premier Keir Starmer mit den Protesten verstärke das "weitverbreitete Gefühl der Ungerechtigkeit" - derselbe Starmer, der jetzt den englischen Demonstranten droht, hatte vor wenigen Jahren die Black-Lives-Matter-Krawalle als "friedliche Proteste" beschönigt.

Massenmigration und Mißtrauensgesellschaft

Nigel Farage ist einer der wenigen, die öffentlich Verständnis für die Wut der Bürger äußern und diese nicht pauschal als "Rechtsextreme" abtun: "Die Mehrheit unserer Bevölkerung kann

sehen, wie unsere Gesellschaften aufgrund massenhafter und unkontrollierter Migration, illegaler und legaler Art, zersplittert werden."
Der unerschrockene Reformpolitiker trifft damit den Kern der Krise. Massenmigration fragmentiert die Gesellschaft. Sie zerstört die gemeinsame Werte- und Vertrauensgrundlage, ohne die ein rechtsstaatlich verfaßter demokratischer Nationalstaat nicht bestehen kann. Das Staatsvolk wird aufgelöst, die multikulturalisierte Bevölkerung zerfällt in ethnische Gruppierungen und Parallelgesellschaften.
Es entsteht eine "low trust society", eine Mißtrauensgesellschaft: Migrantische ethnische Gemeinschaften lehnen die Einheimischen und ihre Werte ab, letztere schauen argwöhnisch auf die Neuankömmlinge, die ihre Kultur aggressiv über die der Autochthonen stellen, beide mißtrauen Staatsgewalt und Polizei, weil diese die geltenden Regeln nicht mehr durchsetzen können und sich auf die eine oder andere Seite schlagen.

Endstation Tribalisierung

Eine Regierung wie die britische, die diese Problemlage rundweg leugnet und ignoriert und einseitig auf die Brechung des Widerstands der einheimischen Bevölkerung durch Repression und moralideologische Umerziehung setzt, vertieft diese Spaltung nur und beschleunigt die "Tribalisierung", den Rückfall in den primitiven Zustand einer Stammesgesellschaft aus rivalisierenden Personenverbänden, in der sich die demographisch potentesten, rücksichtslosesten und gewaltbereitesten durchsetzen - und das sind absehbar nicht die Autochthonen.
Der konservative Gelehrte und Politiker Enoch Powell hat vor mehr als einem halben Jahrhundert vorausgesehen, wie durch falsche Migrationspolitik die weiße britische Bevölkerung zu Fremden im eigenen Land werden würde. Als Altphilologe zitierte er in einer epochalen, 1968 in Birmingham gehaltenen Rede Vergils "Aeneis" und kleidete seine düsteren Vorahnungen in die Worte des Dichters, er sehe beim Blick in die Zukunft "wie der Römer… den Tiber aufschäumen von Blut".
Das absichtsvolle Mißverstehen der gelehrten Metapher durch die seinerzeitigen Progressiven kostete Enoch Powell seine politische Karriere. Der 1998 verstorbene Konservative hat mit seinen Warnungen gleichwohl Recht behalten. Großbritannien steht heute als Menetekel für den verhängnisvollen Weg in den Abgrund, den die Länder des Westens mit der Auslieferung an Massenmigration und Multikulturalismus eingeschlagen haben. Das Vereinigte Königreich ist uns auf diesem Weg lediglich einen Schritt voraus.<<

Palästina: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. August 2024 (x1.393/…): >>**WHO will 600.000 Kinder in Gaza gegen Polio impfen**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) will 600.000 Kinder im Gazastreifen gegen die als Kinderlähmung bekannte und durch Viren ausgelöste Infektionskrankheit Poliomyelitis impfen. "Der Nachweis von Polio im Abwasser im Gazastreifen ist ein verräterisches Zeichen dafür, daß das Virus in der Bevölkerung zirkuliert und ungeimpfte Kinder in Gefahr bringt", sagte WHO-Direktor Tedros Adhanom Ghebreyesus am Mittwoch.
Die Weltgesundheitsorganisation bereite in Zusammenarbeit mit verschiedenen UN-Organisationen eine Polio-Impfkampagne für 600.000 Kinder unter acht Jahren vor. "Die WHO schickt mehr als 1 Million Polio-Impfdosen nach Gaza, die in den kommenden Wochen verabreicht werden sollen." Dafür brauche es jedoch einen Waffenstillstand oder zumindest "Tage der Ruhe", so der WHO-Direktor.
Da das medizinische Personal für die Impfungen "absolute Bewegungsfreiheit" brauche, um die "komplexe Maßnahme sicher und wirksam durchführen zu können". Die Krankheit Poliomyelitis, umgangssprachlich auch Kinderlähmung genannt, ist eine durch Polioviren vorwiegend im Kindesalter hervorgerufene Infektionskrankheit.
Sie befällt Motoneurone und kann zu schwerwiegenden, bleibenden Lähmungen führen. Diese betreffen häufig die Extremitäten. Der Befall der Atemmuskulatur ist tödlich. Auch Jahre

nach einer Infektion kann die Krankheit wieder auftreten. Die Erreger werden in der Regel über die Fäkalien einer infizierten Person übertragen und durch Schmierinfektionen oder verunreinigtes Wasser verbreitet.<<

08.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8. August 2024 (x1.390/…): >>**Neuer Skandal um Vetternwirtschaft: Baerbock ist als Ministerin untragbar!**

Die lange Liste der Skandale um Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) ist um eine Episode reicher. Nachdem Mitarbeiter ihres Ministeriums die Botschaft in Pakistan anwiesen, Afghanen trotz gefälschter Papiere ins Land zu lassen, versinkt Baerbock nun auch noch im Sumpf der Vetternwirtschaft. Eine Rechtsanwältin, die Visa-beantragende Afghanen vertritt, arbeitet ohne offizielle Ausschreibung im Nahost-Referat des Auswärtigen Amts - und ist gleichzeitig die Frau eines ehemaligen Vize-Referatsleiter des Ministeriums, der für Visumsrecht zuständig war.

Nachdem es angesichts des Interessenkonflikts mehrere interne Beschwerden gab, gab das Auswärtige Amt eine Prüfung bekannt - und stellte sich am Ende dennoch hinter die Rechtsanwältin. Daß die protestierenden Botschaftsmitarbeiter darauf hinwiesen, daß die Anwältin durch ihren Mann Einblick ins interne Datensystem des Auswärtigen Amts erhalten könnte - und somit auch Einblick in vertrauliche Informationen über die von ihr vertretenen Fälle -, scheint die Ministerin nicht weiter zu stören.

Ihr dreister Umgang mit der Öffentlichkeit erinnert an das Verhalten ihres Vetternwirtschafts-Kollegen Robert Habeck, der im Wirtschaftsministerium mit dem Graichen-Clan ebenfalls einen Abgrund des grünen Filzes installierte.

Wir fassen zusammen: Die Außenministerin wurde bei zahlreichen Stellen ihres Buchs nachweislich als Plagiatorin überführt. Sie hat ihren Lebenslauf manipuliert. Sie fällt mit unfaßbarer Inkompetenz und außenpolitischen Blamagen auf. Sie versinkt im Sumpf der Visa- und Vetternwirtschafts-Skandale - und dennoch ist sie im Amt, weil sie von Grünen-nahen Journalisten gestützt wird. Während die CDU sich an die grüne Außenministerin anbiedert, sagen wir es klar und deutlich: Baerbock ist genauso wie Habeck untragbar und sollte ihr Amt unverzüglich abgeben!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. August 2024 (x1.391/…): >>**"Anzeigenhauptmeisterin" Nancy Faeser: Bürger anzeigen, Medien anlügen, Pressefreiheit zerstören**

Establishment-Politiker halten sich für etwas Besseres. Viel Zeit verwenden sie darauf, neue Gesetze auszutüfteln, um sich vor Kritik durch das gemeine Volk zu schützen. Wird der Bürger doch mal aufmüpfig, sind sie schnell beleidigt und legen die ohnehin überlastete Justiz mit einer Flut von Strafanzeigen lahm. Rund zweihundert davon schickt allein die auch sonst kriegslüsterne FDP-Furie Marie-Agnes Strack-Zimmermann heraus und ist auch noch stolz darauf.

Und die Damen und Herren Ampel-Bundesminister? Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner hat nachgefragt und aufschlußreiche Zahlen in Erfahrung gebracht. Demnach hat allein Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) seit April 2023 83 Strafanzeigen gegen Bürger gestellt.

Weitere 30 kamen vom "grünen" Deindustrialisierungsminister Robert Habeck, acht von Strack-Zimmermanns Parteifreund Marco Buschmann, jeweils sechs von Bildungsministerin Stark-Watzinger und Landwirtschaftsminister Özdemir.

Lisa Paus ("Grüne") und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) steuern drei bzw. zwei Anzeigen bei. Macht zusammen 138 Strafanzeigen, mit denen Mitglieder der Bundesregierung gegen einzelne Bürger vorgehen, statt ihre Arbeit zu machen.

Die übrigen Ministerien meldeten "Fehlanzeige" oder "konnten die Zahl der Strafanzeigen nicht beziffern", wie es das Antwortschreiben der Bundesregierung ausdrückt.
Zeitschriften-Verbieterin Nancy Faeser ist also die "Anzeigenhauptmeisterin" der Ampel. Da ist es mehr als dreist, daß "ein Sprecher" im Namen ihres Hauses den Deutschland-Kurier auf eine in die gleiche Richtung gehende, aber noch detaillierter gestellte Frage offenkundig frech angelogen hat: "Eine Statistik darüber, wie Strafanzeige gestellt wird, führen wir nicht", heißt es in der mit Phrasen und Allgemeinplätzen garnierten "Antwort" der Presseabteilung des Bundesinnenministeriums an unsere Redaktion. Datum: 7. August, also sogar ein paar Tage nach der Auskunft an den AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner.
Deutlicher kann Bundesinnenministerin Nancy Faeser ihre Verachtung gegenüber den Bürgern im allgemeinen und der freien und unabhängigen Presse im besonderen kaum noch zum Ausdruck bringen. "Eine absolute Frechheit", kommentiert DeutschlandKURIER-Chefredakteur David Bendels die Nicht-Auskunft der Ministerin. "Frau Faeser und das BMI verweigern ganz offen die Erfüllung der ministeriellen Auskunfts- und Informationspflicht. Mit den zentralen Werten unserer Verfassung kann die 'Verfassungsministerin' offenkundig nichts anfangen", erklärt Chefredakteur Bendels.
Die ministerielle Anzeigenflut dürfte übrigens nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Nicht erfaßt in der vorgelegten Statistik sind nämlich Strafanzeigen gegen Bürger, welche die Bundesminister über ihre Abgeordnetenbüros stellen lassen, statt ihre Arbeit als Volksvertreter zu erledigen.
Erwähnt wird lediglich, daß allein das Bundestagsbüro von Robert Habeck durch Anwaltskanzleien nicht weniger als 700 Strafanzeigen herausgefeuert hat - eine Zahl, mit der sich der "grüne" Minister auch schon öffentlich gebrüstet hat.
Kein Wunder also, daß die ministeriellen Mimosen, vom fehlenden Willen ganz zu schweigen, auch gar keine Zeit mehr haben, irgend etwas im Interesse der Bürger zu tun.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. August 2024 (x1.392/…):
>>**Protest**
530 neue Flüchtlinge für Ahlhorn - 70 Prozent der Einwohner haben bereits Migrationshintergrund
Trotz heftiger Proteste hält Niedersachsen an der Errichtung einer Asylunterkunft für 530 Flüchtlinge in Ahlhorn fest. Bereits 70 Prozent der Einwohner haben einen Migrationshintergrund.
Von *Redaktion*
...
In der niedersächsischen Gemeinde Großenkneten (Ahlhorn) formiert sich Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung, eine Notunterkunft für Flüchtlinge auf dem ehemaligen Fliegerhorst im Landkreis Oldenburg einzurichten. Die Landesaufnahmebehörde plant, die Einrichtung, die Platz für bis zu 530 Personen bieten soll. Sie soll frühestens im ersten Quartal 2025 in Betrieb gehen. Der Vertrag soll auf zwei Jahre befristet sein, berichtet der NDR.
Der Widerstand gegen die geplante Erstaufnahmeeinrichtung ist erheblich. Ein Bürgerverein wandte sich in einem Brandbrief an die Landesregierung - gerichtet an Ministerpräsident Stephan Weil sowie Innenministerin Daniela Behrens (beide SPD). Der Gemeinderat Großenkneten verabschiedete eine Resolution gegen die Unterkunft.
Ein zentrales Argument der Gegner ist der ohnehin sehr hohe Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund in Ahlhorn - rund 70 Prozent der 8.200 Bewohner. Noch mehr Flüchtlinge würde die Integration erheblich erschweren. Rolf Löschen, Vorsitzender des Bürgervereins Ahlhorn, bezeichnet die Pläne gegenüber der Nordwest-Zeitung als "Unverschämtheit". Er warnt vor einer weiteren Belastung des Ortes.
Die Landesregierung jedoch scheint entschlossen, diese Bedenken beiseite zu wischen. Man

vertraue darauf, daß das "Miteinander" mit den Bürgern schon funktionieren werde. Dieses "Miteinander" solle im Mittelpunkt stehen. Gleichzeitig wird betont, daß Proteste gegen solche Unterkünfte keineswegs ungewöhnlich seien. Ein Sprecher des Innenministeriums gegenüber dem NDR: "Natürlich nehmen wir das wahr, daß es vor Ort Bedenken gibt." Eine Informationsveranstaltung für die Bewohner des Ortes ist bereits anberaumt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. August 2024 (x1.392/…): >>**1.200 Flüchtlinge: Hotel soll für 143 Millionen Euro zur Asylunterkunft umfunktioniert werden**

Für 143 Millionen Euro soll ein noch bis September geöffnetes Hotel in Berlin-Lichtenberg zur Asylunterkunft umgebaut werden. 1200 Migranten sollen hier ab 2025 unterkommen. Während Lichtenberg aus allen Nähten platzt, weist der Senat immer mehr Flüchtlinge dem Stadtteil zu.

Von *Redaktion*

...

Die Stadt Berlin möchte im Stadtteil Lichtenberg ein Hotel zur Unterbringung von rund 1.200 Flüchtlingen nutzen. Das beschloß der Senat gemeinsam mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten im Juni. Jetzt zeigen sich Vertreter der Bezirksverordnetenversammlung überfordert: Der Senat würde den Stadtteil gänzlich alleine lassen, moniert der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Benjamin Hudler, gegenüber der B.Z.

Die BVV bekäme "keine Informationen vom Senat", erklärt der 32-Jährige. "Wir sind am Limit, was unsere Ressourcen angeht." Denn das City Hotel Berlin East, das noch bis September betrieben wird, soll zum Jahreswechsel von der Stadt angemietet werden. Das Hotel soll dann als Gemeinschaftsunterkunft genutzt und dementsprechend umgebaut werden.

Laut B.Z. werden für die Umgestaltungsarbeiten sowie den weiteren Betrieb in den nächsten zehn Jahren 143 Millionen Euro fällig. Die 473 Zimmer sollen unter anderem mit Gemeinschaftsküchen auf jeder Etage ergänzt werden.

Das Hotelgelände umfaßt eine Fläche von 25.000 Quadratmetern. Darauf befinden sich drei Hochhäuser, die mit Mietbeginn allesamt von der Stadt übernommen werden. Pikant ist, daß einerseits das Hotel als Flüchtlingsunterkunft fungieren soll, während andere Geländeteile für Tages- und Freizeitangebote eingeplant sind.

Und andererseits befindet sich in einem der Gebäude ein Ärztehaus. Doch "von offizieller Seite wird uns nichts gesagt, wir wissen nicht, was mit dem Gebäude passiert", erklärte ein Mitarbeiter der Einrichtung der B.Z. Deswegen wird das Ärztehaus die fälligen Mietkosten weiterhin an das Hotel überweisen - wenngleich zum Jahreswechsel ein neuer Betreiber durch die Stadt ernannt werden soll.

In Lichtenberg sind derzeit bereits gut 11,5 Prozent der 35.000 in Berlin lebenden Flüchtlinge untergebracht, also etwa 3.200 Personen. Doch diese Zahl könnte sich in den kommenden Jahren verdoppeln. Neben der Unterbringungsmöglichkeit im City Hotel Berlin East hat der Senat bereits im Frühjahr festgelegt, daß vier von 16 Standorten eines Wohncontainer-Programms in Lichtenberg errichtet werden sollen.

Im Rahmen dieses Programms will Berlin Platz machen für 6.130 neue Flüchtlinge - 1.600 davon sollen in Lichtenberg unterkommen. Die Bezirksverordnetenversammlung rechnet deshalb einschließlich der Hotelplätze mit bis zu 3.000 Personen, die bis 2027 untergebracht werden müssen.

"Wir sind kurz davor, daß Lichtenberg jeden fünften Flüchtling in der Stadt aufnimmt, gleichzeitig hören wir aber nichts vom Senat, wie wir mit den Folgen umgehen sollen", beschwert sich Hudler. Auch sein Parteikollege und Bezirksbürgermeister von Lichtenberg, Martin Schaefer, sieht die Flut an unterzubringenden Personen kritisch.

"Das schaffen wir nicht hier in Lichtenberg", sagte Schaefer bereits im Juni, als die Senatspläa-

ne für die Nutzung des Hotelgeländes bekannt wurden, dem RBB. Daß auch die Anwohner sichtlich unzufrieden sind, zeigte sich nach der Bezirkswahl 2023: Alle relevanten Parteien hatten Stimmen verloren - außer die AfD und die CDU. Das hat auch Benjamin Hudler erkannt: "Ich weiß nicht mehr, wie wir das den Anwohnern erklären sollen."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. August 2024 (x1.392/…): >>**Presse-Subvention**

Staat finanziert linkes Katapult-Magazin mit 370.000 Euro

In den letzten zwei Jahren erhielt das linke Katapult Magazin rund 370.000 Euro an Steuergeldern vom Land Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesregierung. Dies geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine AfD-Anfrage hervor.

Von *Redaktion*

...

In den letzten zwei Jahren erhielt das linke Katapult Magazin rund 370.000 Euro an Steuergeldern vom Land Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesregierung. Dies geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine AfD-Anfrage hervor. Laut Landesregierung sollten die Fördersummen zur "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" beitragen.

Die finanzielle Unterstützung gliedert sich in zwei Hauptposten: 190.000 Euro von der rot-roten Regierung der SPD-Politikerin Manuela Schwesig, wobei über 12.000 Euro für den Besuch der Buchmessen in Frankfurt und Wien verwendet wurden, und etwa 177.000 Euro von der Bundesregierung für den Ausbau der Katapult-Betriebsstätte in Greifswald. So berichtet es die Junge Freiheit.

Bereits am 28. Juni 2021 hatte der Gründer und Chefredakteur Benjamin Fredrich bekannt gegeben, ein 35.000 Quadratmeter großes Grundstück erworben zu haben, um dort eine Journalistenschule und eine neue Redaktion zu errichten. Dennoch kam es am 5. September 2023 zu einer Insolvenzgefährdung. Fredrich berichtete, daß im Jahr 2022 ein Finanzloch von 290.000 Euro aufgetreten sei, welches sich 2023 auf 450.000 Euro vergrößert habe. Eine Spendenaktion und erhöhte Magazinpreise retteten Katapult schließlich vor der Insolvenz.

Ein weiterer Vorfall ereignete sich am 17. Dezember 2023, als Katapult einen Hilferuf veröffentlichte, daß rechtsextreme Gruppen Mitarbeiter und Bauarbeiter belästigen würden. Recherchen der Zeitung Junge Freiheit ergaben jedoch, daß diesbezüglich keine Anzeigen bei der Polizei eingegangen waren und bis heute in Greifswald keine Journalistenschule eröffnet wurde.

Im Zuge der anstehenden Landtagswahlen im Osten entschloß sich das Magazin aus Mecklenburg-Vorpommern, in andere neue Bundesländer zu expandieren. Der Hauptgrund ist der bevorstehende Erdrutschsieg der AfD im Osten. So gab man binnen weniger Tage auf Instagram stolz bekannt, daß nun Katapult Brandenburg, Sachsen und Thüringen gegründet wurden.

Doch das ist nicht alles: Im Rahmen der Initiative "Sach-Thür-Brand" plant das Magazin gemeinsam mit dem Playboy, den "Omas gegen Rechts" und dem Verfassungsblog mindestens 427.000 durch Spenden finanzierte Print-Exemplare in den drei Wahl-Ländern zu verteilen. Die Aktion begann am Samstag in Dresden und am Sonntag in Leipzig. Diese Woche sind dann Erfurt, Jena, Potsdam und Cottbus an der Reihe. Von diesen zentralen Punkten aus sollen die Zeitungen weiter ins Land gebracht werden. Selbstbewußt bezeichnet sich die Aktion als "Katapult Welttournee".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. August 2024 (x1.392/…): >>**Keine Selbstversorgung: Stromanbieter zwingt Metzgerei zur Abschaltung ihrer Photovoltaikanlage**

In Langenbach hat das Überlandwerk Erding die komplette Abschaltung der Photovoltaikan-

lage der Metzgerei Feinkost Keller veranlasst, selbst den für den Eigenbedarf produzierten Strom. Die Metzgerei hatte vor zwei Jahren in die Anlage investiert, um unabhängig von teurem Netzstrom zu sein.
Von *Redaktion*
...
In Langenbach, einem kleinen Ort im Landkreis Freising, sorgt gerade selbsterzeugter Strom eines Metzgers für harte Reaktionen seitens der Strombetreiber. So hat das Überlandwerk Erding die komplette Abschaltung einer Photovoltaikanlage eines lokalen Fleischverarbeitungsbetriebs, der Metzgerei Feinkost Keller, veranlaßt - selbst den für den Eigenbedarf produzierten Strom schließt dies mit ein.
Die Metzgerei, die von Augustin Keller geführt wird, hatte vor zwei Jahren in eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 216 Kilowatt investiert, die jährlich rund 200.000 Kilowattstunden Strom produzieren sollte. Ziel war es, den Eigenverbrauch zu maximieren und die Abhängigkeit von teurem Netzstrom zu reduzieren. "Ich habe sogar einige Abläufe im Betrieb neu organisiert, um energieintensive Arbeitsschritte bevorzugt in die Mittagsstunden zu legen, wenn ich eigenen Solarstrom habe", erklärt Keller.
Trotz dieser Optimierung schaltet das Überlandwerk die Anlage regelmäßig ab, oft für sechs bis sieben Stunden täglich, vor allem während der produktivsten Mittagszeit. Dies zwingt den Betrieb dazu, auf teureren Netzstrom zurückzugreifen, was Zusatzkosten von bis zu 500 Euro pro sonnigen Tag verursachen kann.
Das Stadtwerk rechtfertigt die Abschaltung mit Netzüberlastungen durch die vielen Solaranlagen in der Region Oberbayern. Technisch wäre es jedoch möglich, lediglich die Netzeinspeisung zu unterbrechen, ohne die Gesamtanlage stillzulegen. Um die gewünschte Änderung zu erreichen, muß lediglich in der Steuerungssoftware ein Häkchen an einer anderen Position gesetzt werden.
Interessanterweise bestätigt der Verband kommunaler Unternehmen, daß selbst erzeugter Strom, der nicht ins Netz eingespeist wird, das Netz nicht belastet und daher nicht abgeschaltet werden müßte. Dennoch weigert sich das Überlandwerk Erding, diese Praxis zu ändern, und äußert sich kaum zu den Vorwürfen oder der Rechtsgrundlage für solche vollständigen Abschaltungen.
Die Situation hat auch rechtliche Bedeutung. Der Bundesverband Solarwirtschaft argumentiert, daß in solchen Fällen Anspruch auf finanziellen Ausgleich besteht, wenn der Betrieb gezwungen ist, zusätzlichen Netzstrom zu beziehen. Dies wird auch durch das europäische Energierecht gestützt, das den Eigenverbrauch aus erneuerbaren Energien besonders schützt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. August 2024 (x1.393/…):
>>**Die Führung von Industrie und Gewerkschaften versagt**
Konzernvorstände, Industrieverbände und Gewerkschaftsführer wirken mit am Zerstören der eigenen Existenz. Sie unterstützen die unsinnige Energiewende zur Weltklimarettung und treiben so ihre Mitarbeiter und ihre Mitglieder in die Arbeitslosigkeit.
Von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*
Es ist unverständlich und unglaublich, daß sich die Industrie nicht gegen die Energiewende wehrt, die mit immer höheren Energiekosten die Betriebe in die Pleite oder ins Ausland treibt. Viele Industriemanager, Industrieverbände und wissenschaftliche Institute unterstützen sogar die ideologische Energiepolitik der Ampelregierung.
Diese Haltung kann nicht am mangelnden Wissen liegen. Ihnen sollte klar sein, mit teurem Zufallsstrom aus Wind und Sonne (Fakepower) kann kein Industrieland versorgt werden. Die Akteure von Industrie und Wissenschaft haben Zugang zu allen Daten und können sie mit ihrer Fachausbildung auch richtig bewerten. Das gilt weitgehend nicht mehr für die Bundesmi-

nisterien. Hier wurden von der Ampelregierung nach Angaben von Dr. Manfred Haferburg (Achse des Guten) 40.000 Fachleute gegen 50.000 grüne Ideologen ausgetauscht.

Profiteure zerstören ihre eigene Existenz

Die Stützung der Energiewende durch Industrie und Wissenschaft dürfte der kurzfristige Vorteil sein. Viele Industriebetriebe sind Profiteure der Wende. Sie fertigen und montieren Fakepower-Anlagen, bauen neue Stromtrassen, verstärken das Niederspannungsnetz und liefern die vielen neuen Umspannstationen, die nur für die Energiewende benötigt werden.

Der geplante Aufwand liegt nach heutigen Preisen bei weit über einer Billion (1.000.000.000.000 Euro). Jeder Bundesbürger müßte dafür über 120.000 Euro aufbringen. Es dürfte klar sein, daß dieses Vorhaben zu nicht mehr bezahlbaren Strompreisen führt und nicht zu finanzieren ist. Die Profiteure verdienen kurzfristig an utopischen Planungen, die längerfristig auch ihre eigene Existenz zerstören.

Profiteure sind auch die wissenschaftlichen Institute, die die Energiewende unterstützen. Forschungsprojekte mit dem Hinweis "Für die Energiewende" oder "zur Klimarettung" werden großzügig und weitgehend ohne Nachkontrolle (Befund des Bundesrechnungshofes) mit Steuergeldern finanziert. Kritische Veröffentlichungen zur Energiewende werden dagegen mit dem Entzug von Forschungsmitteln bestraft. So verleugnen viele Wissenschaftler ihre Erkenntnisse und veröffentlichen nur Artikel, die der Regierungslinie nicht widersprechen.

Für Gewerkschaften ist Klimaschutz wichtiger als Arbeitsplätze

Nicht nachvollziehbar sind die Aktionen der Gewerkschaftsführungen. Die Unterstützung der Energiewende zur Weltklimarettung ist ihnen wichtiger als Arbeitsplätze. BASF, Miele und viele weitere Betriebe verlagern die Produktion in Länder mit geringen und berechenbaren Energiekosten, weil die Fertigung in Deutschland wegen der hohen und weiter steigenden Stromkosten nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Dagegen wird nicht demonstriert.

Es werden höchstens Abfindungen und Frühverrentungen ausgehandelt, die mehr als unsicher sind bei einer zurückgehenden Wirtschaftsleistung in Deutschland. Denn woher soll das Geld kommen? Demonstriert wird nach altem Brauch für höhere Löhne, die den notleidenden Industriebetrieben abverlangt werden. So beschleunigen die Gewerkschaften den Niedergang der deutschen Industrie zusätzlich. Viele Mitglieder haben das erkannt und ihre Gewerkschaft verlassen.

Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen gegen die Ampel-Regierung streiken

Die heutige Situation erfordert gemeinsame Aktionen und Demonstrationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegen die Energiepolitik der Ampelregierung. Zur Durchsetzung müßten selbst Generalstreiks geplant werden. Nur durch die Beendigung der Energiewende und eine Freigabe aller Energieträger zur marktgerechten Versorgung lassen sich der sonst fortschreitende Niedergang der Industrie und Arbeitsplatzverluste verhindern.

Mit der Beendigung der Energiewende wird der Strompreis halbiert und stabilisiert. Neue teure Stromleitungen brauchen nicht gebaut zu werden. Deutschland würde wieder wettbewerbsfähig. Die Abwanderung der Industrie würde gestoppt und sogar gewendet. Investitionen in Deutschland würden sich bei steigenden Gewinnen wieder lohnen. Dann können die Gewerkschaften einen gerechten Anteil an den Gewinnen fordern, der die Kaufkraft ihrer Mitglieder erhöht. Auch die Steuereinnahmen würden steigen.

Die Akteure sollten keine Angst vor den Folgen eines Generalstreiks gegen die Regierung haben. Diese Regierung führt Deutschland mit ihrer ideologischen Energiewende im Namen des Weltklimaschutzes in den Blackout, der zu einem Chaos mit vielen Toten führt. Dies gilt es zu vermeiden. Unsere Energieversorgung müssen wieder echte Fachleute sichern

Regierung will die teure Energiewende weiter treiben

Nach wiederholten Angaben von Bundeskanzler Scholz investiert die Bundesrepublik in die Energiewende jährlich mehr als 100 Milliarden Euro. Die Zuwendungen sollen auch im näch-

sten Jahr nicht gekürzt, sondern durch neue Schulden und höhere CO2-Abgaben aufgebracht werden.
Aufgewendet werden Steuergelder für den Netzausbau, für die Einspeisevergütungen von Fakepower nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), für Wärmepumpen, für E-Mobilität und für die energievernichtende Wasserstoffwirtschaft. Sie alle treiben den Strompreis in unvorstellbare Höhen. Ohne Energiewende können diese 100 Milliarden genutzt werden, um die Bundeswehr zu stärken, die Infrastruktur zu verbessern, die Renten zu stabilisieren und in Deutschland die Lebensqualität zu sichern.
Fakten bewerten
Wenn wir ein erfolgreiches Industrieland bleiben wollen, ist die Energiepolitik vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen. Es müssen Fakten bewertet werden, statt an Ideologien zu glauben. Dazu verhilft, was der Stromverbraucherschutz NAEB fordert:
1. Den Klimawandel hinnehmen, EE-Strom (Solar-/Wind-/Biogas-) und EEG beenden.
2. Nord-Stream reaktivieren, ggf. Neubau - Kein unsinniges Wasserstoff Experiment.
3. Weiterhin Kohle-Strom, Kraftwerke reaktivieren, keine CO2-Langzeitspeicherung (CCS).
4. CO2-Steuer beenden, Klima-Schutz-Gesetz aussetzen, Klima- und Transformations-Fonds auflösen.
5. Kein Heizungsverbot / Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995 statt GEG.
6. E-und Bio-Fuels und Batterie-Kfz-Mobilität stoppen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. August 2024 (x1.393/…):
>>**Voigt will sich für umstrittenen Wahlwerbespot nicht entschuldigen**
Der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende der thüringischen CDU, Mario Voigt, steht zu dem umstrittenen Wahlwerbespot seiner Partei, in dem ein achtjähriger Jungen ruft: "Höcke ist doof, richtig doof".
Voigt sagte am Donnerstagabend "Welt TV" zu dem öffentlich heftig kritisierte Spot: "Wenn den jetzt schon drei Millionen Menschen gesehen haben, dann zeigt das, daß Kommunikation an dieser Stelle eben auch bei den Menschen ankommt." Der Spot werde breit diskutiert, "natürlich auch kontrovers". Voigt lehnte es ausdrücklich ab, den in dieser Woche veröffentlichten Wahlwerbespot für die Landtagswahl am 1. September als Fehler zu bezeichnen: "Das ist ein Teil von einer politischen Auseinandersetzung, die wir führen müssen und die natürlich durch viele auch thematische Spots ergänzt wird.
Die Auseinandersetzung lautet: CDU oder AfD." Ungeachtet des deutlichen Vorsprungs der AfD vor der CDU in allen Umfragen gibt Voigt sein Ziel nicht auf, am 1. September stärkste Partei in Thüringen zu werden: "Wir haben bei den Kommunalwahlen vor wenigen Wochen die AfD geschlagen, sind flächendeckend stärkste Kraft geworden in Thüringen. Und wir haben den Vorsprung (der AfD) seit Anfang des Jahres von zehn auf fünf Prozentpunkte reduziert. Die Richtung stimmt und der Trend für uns auch." Eine Koalition mit der thüringischen AfD unter Björn Höcke erteilte Voigt ebenso erneut eine Absage wie mit der Linken von Ministerpräsident Bodo Ramelow, da die Menschen einen Wechsel wollten.
Für den CDU-Landeschef ist aber auch eine Koalition mit den Grünen ausgeschlossen: "Wir erleben, daß es eine Politik der Ampel in Berlin gibt, die viele Menschen frustriert. Gerade die Grünen leben von der Ideologie und Bevormundungspolitik, die in Thüringen nicht ankommt. Die sind absolut nicht regierungsfähig - weder in Berlin noch in Erfurt." Offen ließ Voigt, ob er zu einer Koalition mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bereit ist: "Das BSW ist eine Blackbox. Und deswegen werden wir es nach der Wahl bewerten. Mein Koalitionspartner sind die Bürger im Land."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. August 2024 (x1.393/…):
>>**SPD und Grüne drängen weiter auf Legalisierung von Abtreibungen**

SPD und Grüne im Bundestag arbeiten weiter daran, Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland noch in dieser Wahlperiode komplett zu legalisieren. Bislang sind sie grundsätzlich verboten, bleiben aber unter bestimmten Bedingungen straffrei. "Es wäre toll, wenn wir das Vorhaben aus der Ampel heraus angehen und die progressive parlamentarische Mehrheit bei dem Thema nutzen würden", sagte SPD-Rechtspolitikerin Carmen Wegge dem Nachrichtenportal T-Online. Die Grünen sehen das genauso: "Eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ist in Deutschland überfällig", sagte die frauenpolitische Sprecherin der Grünen, Ulle Schauws.
"Wir Grüne wollen, daß noch in dieser Legislaturperiode eine gesetzliche Änderung zur Entkriminalisierung und Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs beschlossen wird." Das sehe Umfragen zufolge eine deutliche Mehrheit in Deutschland genauso. Die FDP bleibt skeptisch, wenn es um eine Initiative der Ampelkoalition geht. Es stehe der SPD frei, eine fraktionsinterne Position zu formulieren, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gyde Jensen dem Nachrichtenportal T-Online mit Blick auf ein Beschlußpapier der Sozialdemokraten. "Daraus ergibt sich jedoch kein Handlungsdruck oder Automatismus für die Koalition."
Jensen betont: "Obwohl der Bericht der Expertenkommission eine klare Empfehlung ausspricht, bleibt die gesellschaftliche Debatte um Paragraph 218 schwierig." Es gebe in vielen Ländern hitzige Debatten, wohin eine restriktivere oder liberalere Regelung führen könne. "Für uns Freie Demokraten stellt sich daher besonders die Frage: Warum sollten wir bewußt riskieren, einen stabilen gesellschaftlichen Konsens, der über Jahrzehnte und verschiedene Mehrheiten hinweg Bestand hatte, jetzt ohne Not aufzugeben" Falls es keine Einigung in der Koalition geben sollte, will die SPD die Legalisierung auf anderem Weg erreichen.
"Wenn die FDP weiter blockiert, müssen wir uns nach Alternativen umsehen", sagte SPD-Politikerin Wegge. "Es gibt auch andere Wege, um eine Streichung von Paragraph 218 zu erreichen. Wir halten uns alle Optionen offen." Möglich wäre nämlich auch ein fraktionsübergreifender Gruppenantrag aus dem Bundestag heraus. Dafür gibt es auch in der FDP Sympathien. "Eine Debatte verhindern sollten wir auf keinen Fall", sagte Fraktionsvize Jensen. "Wie bei anderen grundlegenden ethischen Sachfragen sollten wir auch hier mit Gruppenanträgen arbeiten."<<

Frankreich: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8. August 2024 (x1.390/…): >>**Zwei Männer boxen in Frauen-Finalkämpfen: Diesen Irrsinn will die Ampel auch in Deutschland!**
Wir leben in absurden Zeiten - und die Ampel-Regierung treibt den Irrsinn mit dem "Selbstbestimmungsgesetz" voran: Gleich zwei Männer haben bei den Olympischen Spielen in Paris einen Finalkampf im Frauenboxen erreicht. In der Gewichtsklasse Federgewicht (bis 57 Kilo) zog der Taiwanese Lin Yu Ting ins Finale ein. Bereits zuvor war dem Algerier Imane Khelif im Weltergewicht (bis 66 Kilo) das gleiche groteske Kunststück gelungen.
Beide Sportler wurden noch vor einem Jahr bei der Weltmeisterschaft wegen eines Geschlechtstests suspendiert. Denn dieser Test ergab, daß ihr Körper ein X- und ein Y-Chromosom hat. Das heißt im Klartext: Es sind Männer, die dennoch durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) beim Frauenboxen zugelassen wurden. Doch nicht nur das IOC ignoriert biologische Tatsachen - auch die Ampel-Regierung in Deutschland tut genau dies mit ihrem sogenannten "Selbstbestimmungsgesetz".
Denn auf Basis dieses Gesetzes kann man nun einmal im Jahr seinen amtlichen Geschlechtseintrag ändern. Wer sich nicht an diesem unwissenschaftlichen Unsinn beteiligen will und geborene Männer auch nach ihrer vermeintlichen Verwandlung als Mann bezeichnen will, dem drohen empfindliche Strafen.
Daß dabei der Schutz von Frauen bezeichnenderweise durch eine Bundesregierung mit Grünen-Beteiligung ausgehöhlt wird, zeigen auch die Olympischen Spiele: Die Italienerin Angela

Carini gab den Boxkampf bereits nach 46 Sekunden aufgrund von "starken Schmerzen" auf, nachdem sie einen heftigen Schlag ihres männlichen Kontrahenten erhalten hatte. Sie verweigerte dem Sieger daraufhin den Handschlag, brach in Tränen aus und murmelte offenbar "Es ist nicht fair".
Die sportliche Fairneß verteidigt in Deutschland nur noch die AfD. Doch es geht um mehr: Wir akzeptieren nicht, daß Frauen in der Frauensauna mit der Anwesenheit von Männern behelligt werden, die sich als Frau fühlen. Wir wollen nicht, daß junge Menschen in ihrer Geschlechtsidentität verunsichert und politisch manipuliert werden. Wir wollen einfach nur die Normalität zurück. Deshalb wird eine AfD-Bundesregierung das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz sofort kippen!<<

Venezuela: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 8. August 2024 (x1.394/…): >>**Kampf um Präsidentschaft in Venezuela**

Maduro durch Wahlbehörde offiziell im Amt bestätigt / Opposition beansprucht Wahlsieg und fordert Militär zum Handeln auf / Unterschiedliche Einschätzungen internationaler Wahlbeobachter

Die landesweiten und die internationalen Reaktionen nach den Präsidentschaftswahlen in Venezuela am 28. Juli gehen weit auseinander. Bereits am Wahlabend erklärte der National Wahlrat (CNE) nach Auszählung von 80 Prozent der Stimmen, der amtierende Präsident Nicolás Maduro habe mit 51,2 Prozent vor seinem größten Herausforderer Edmundo González mit 44,2 Prozent die Wahl für sich entscheiden können.
Kurz darauf beanspruchte die Oppositionspolitikerin Corina Machado in einer Pressekonferenz den Wahlsieg für den Gegenkandidaten. Das Oppositionsbündnis "Mesa de la Unidad Democrática" verfüge über 40 Prozent der Abstimmungsunterlagen, aus denen erkenntlich werde, daß González 70 Prozent der Stimmen erhalten habe. Sie forderte die Streitkräfte des Landes auf, dieses Wahlergebnis durchzusetzen.
Einen Tag nach der Wahl erklärte der CNE Maduro zum offiziellen Sieger und bestätigte am 2. August, nach Auszählung von knapp 97 Prozent der Stimmen, daß der bestehende Amtsinhaber die Wahl gewonnen habe. Allerdings wurden die detaillierten Wahlergebnisse nicht auf der Internetseite des CNE veröffentlicht, da diese nach Angaben der Wahlbehörde fortgesetzten Hackerangriffen ausgesetzt sei. Unterdessen hat das Oppositionsbündnis eine eigene Webseite bereitgestellt, aus der deutlich wird, daß laut Opposition nach Analyse von 83,5 Prozent der Abstimmungsunterlagen González mit 67 Prozent weit vor dem Amtsinhaber liegt.
Um die Behauptungen des Oppositionsbündnisses über einen Wahlbetrug zu widerlegen, beantragte Präsident Maduro bei der Wahlkammer des Obersten Gerichtshofs eine gerichtliche Überprüfung der Wahlergebnisse. Daraufhin verlangte das Gericht die Aushändigung der Abstimmungsunterlagen vom CNE und forderte die Gegenkandidaten und Oppositionsparteien auf, "relevante juristische Dokumente" vorzulegen, die für die Revision der Wahlergebnisse erforderlich sind. Zudem verlangte es Beweise für die behaupteten Hackerangriffe.
Die Wahlbehörde hat am 6. August die geforderten Unterlagen übergeben, während González einem Gerichtstermin fernblieb. Der Oberste Gerichtshof hat angekündigt, die Angelegenheit innerhalb von 15 Tagen zu klären und hierfür alle zehn Präsidentschaftskandidaten sowie die Rechtsvertretungen der 37 venezolanischen Parteien vorzuladen.
Die Auseinandersetzung um die Präsidentschaftswahl wird landesweit von gewaltsamen Protesten zwischen Anhängern des Oppositionsbündnisses und der Polizei begleitet, bei denen auch Todesopfer zu beklagen sind. Das US-Außenministerium hatte zunächst erklärt, daß aufgrund der von der Opposition vorgelegten Beweise Edmundo González der Wahlsieger sei, und gratulierten ihm zu seinem Erfolg. Wenige Tage später hob Pressesprecher Matthew Miller jedoch hervor, daß man auf die Veröffentlichung der detaillierten Wahlunterlagen warte und González ausdrücklich nicht als Präsidenten Venezuelas anerkenne.

Während China und Rußland Maduro zum Wahlsieg gratulierten, bezweifelte auch der Rat der Europäischen Union (EU) in einer Pressemitteilung die offiziellen Wahlergebnisse und forderte eine "unabhängige Überprüfung der Wahlunterlagen, möglichst durch eine international anerkannte Einrichtung".
Wie das US-Außenministerium behauptet die EU, aus Berichten internationaler Wahlbeobachtungsmissionen gehe hervor, daß die Präsidentschaftswahl nicht den internationalen Standards für die Integrität von Wahlen entsprach. Beide Behörden beziehen sich offenbar auf eine Stellungnahme des Carter Centers, einer US-Organisation, die 17 offizielle Beobachter zur Präsidentschaftswahl in Venezuela entsandt hatte.
Unter den Berichten der insgesamt 910 internationalen Wahlbeobachter finden sich jedoch auch solche, die dem Carter Center deutlich widersprechen. Die unabhängige spanische Journalistin Carmen Parejo Rendón berichtete von einer "Existenz zweier paralleler Realitäten", die sie vor Ort erlebt habe und die ihr von den spanischen Medien vermittelt wurde. Von politischen Spannungen in Venezuela hätte sie nichts gespürt und die Unterstützung der Bevölkerung für den Chavismus sei "überwältigend" gewesen.
Auch der US-amerikanische Aktivist und Politiker Ajamu Baraka bezeichnete den Wahlprozeß in Venezuela als einen "der saubersten, effektivsten und effizientesten der Welt". Zudem warf er den USA und deren westeuropäischen Verbündeten vor, die demokratischen Prozesse in Venezuela zu "untergraben". Die westlichen Medien bezeichnete er als "Propagandisten, die sich als Journalisten ausgeben" und die "die Interessen der USA und des westlichen Kapitals" unterstützen.
Die Rechtmäßigkeit der Präsidentschaft Maduros wird schon seit Jahren von westlichen Staaten angezweifelt. Nachdem die venezolanische Nationalversammlung 2019 die Wiederwahl Nicolás Maduros für unrechtmäßig erklärt und der Oppositionspolitiker Juan Guaidó sich selbst zum Interimspräsidenten Venezuelas ernannt hatte, wurde er von 54 Ländern als solcher anerkannt, darunter die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien. Auch das Europäische Parlament beschloß, Guaidó als Interimspräsidenten anzuerkennen. Völkerrechtler und die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages haben darauf hingewiesen, daß dies im Bereich einer völkerrechtswidrigen Einmischung liegen könnte.
Venezuela gehört mit Kuba zu den verbliebenen sozialistischen Ländern Amerikas, verfügt über die größten Erdölreserven der Welt und gehört zu den Ländern, die am stärksten vom Westen sanktioniert werden. Präsidentschaftskandidat González setzt sich wie die Anführerin des Oppositionsbündnisses Machado für die Privatisierung staatlicher Unternehmen, darunter auch die wichtige Ölindustrie des Landes, sowie für ausländische Investitionen ein. Kritiker werfen den Oppositionellen vor, daß sie damit den USA Zugriff auf das Öl Venezuelas verschaffen wollen.<<

09.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 9. August 2024 (x1.390/…): >>**Insolvenzen auf Zehn-Jahres-Hoch: Niemand braucht die Pleite-Ampel!**
Mit der Ampel-Regierung eilt unsere Wirtschaft von Tiefpunkt zu Tiefpunkt: Die Zahl der Insolvenzen hat im Juli den höchsten Stand seit zehn Jahren erreicht. 1.406 Unternehmen haben in diesem Monat nach Angaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) aufgegeben.
Im Vergleich zum Vorjahresmonat bedeutet dies einen Anstieg um dramatische 37 Prozent. Hinter dieser Zahl stehen traurige Schicksale und soziale Härten, die das Ergebnis der ideologischen Ignoranz und Unfähigkeit dieser Bundesregierung sind. Man setzt sich für die Ukraine, für illegale Migranten, für Entwicklungshilfe in China und anderes mehr ein - nur nicht für die eigenen Bürger.

Die Ursachen des Niedergangs sind vielfältig - doch alle haben mit der Ampel-Regierung und der CDU zu tun. Mit dem von allen etablierten Parteien vorangetriebenen Ausstieg aus der Kernenergie und dem Wind- und Solar-Kult wurden die Energiepreise in die Höhe getrieben. Die völlig überzogenen Corona-Maßnahmen, mit denen wissenschaftliche Fakten ignoriert wurden, haben die Lage verschlimmert. Eine maßlose Steuer- und Abgabenlast, eine völlig gescheiterte Bildungs- und Ausbildungspolitik sowie eine überbordende Bürokratie ergeben ein Übriges.
Die Ampel-Regierung ist nicht ohne Grund auf dem Tiefpunkt ihres Ansehens angekommen. Es hat Gründe, warum die Kanzlerpartei SPD bei den Landtagswahlen im Herbst sogar die 5-Prozent-Hürde unterschreiten könnte. Nur die AfD kann den wirtschaftlichen Absturz unseres Landes und die Insolvenzwelle verhindern.
Weil wir auf Vernunft statt Klima-Ideologie und auf unsere eigenen nationalen Interessen setzen. Im September haben es die Bürger in der Hand: Bei den Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg muß ein deutliches Zeichen gegen die Politik der wirtschaftlichen und politischen Selbstabschaffung gesetzt werden!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. August 2024 (x1.392/…):
>>**Esprit kehrt Deutschland den Rücken: 56 Filialen schließen, 1.300 Jobs verloren**
Esprit schließt alle seiner 56 Filialen in Deutschland. Rund 1.300 Mitarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz. Im Mai hatte die Modekette Insolvenz beantragt.
Christopher Martens
...
Der Modekonzern Esprit schließt bis Ende des Jahres alle 56 Filialen. Deutschland war der wichtigste Markt für den Konzern.
Der Modekonzern Esprit zieht sich aus dem deutschen Einzelhandel zurück und schließt bis Ende des Jahres sämtliche 56 Filialen in Deutschland. 1.300 Mitarbeiter werden ihre Arbeitsplätze verlieren. Diese Maßnahme erfolgt im Zuge eines Insolvenzverfahrens, das im Mai eingeleitet wurde. Das berichtet die dpa.
Die Markenrechte des europäischen Geschäfts sollen an den britischen Finanzinvestor Alteri verkauft werden. Der Kaufpreis wurde nicht bekannt gegeben. Alteri wird das operative Geschäft nicht übernehmen, was bedeutet, daß weder Filialen noch Mitarbeiter übernommen werden. Die verbleibenden Produkte sollen in den Filialen abverkauft werden.
Gläubigerausschüsse der sieben insolventen deutschen Esprit-Gesellschaften hätten dem Angebot von Alteri zugestimmt, hieß es in einer Mitteilung des Unternehmens. Esprit könnte als Marke weitergeführt werden. Alteri plant, Produkte unter dem bekannten Label in Deutschland anzubieten - wie genau das aussehen wird, ist unklar.
Die Esprit Europe GmbH, die Dachgesellschaft für Esprit in Deutschland und weiteren europäischen Ländern, hatte im Mai 2024 Insolvenz beantragt. Im August wurde das Verfahren eröffnet. Die Hauptzentrale befindet sich in Ratingen. Deutschland war traditionell der wichtigste Markt für Esprit. Die Modekette ist weltweit in 40 Ländern aktiv.
Bereits im Jahr 2020 hatte Esprit ein Schutzschirmverfahren für mehrere deutsche Gesellschaften eingeleitet. In dessen Folge wurden etwa 50 Filialen geschlossen und rund 1.100 Arbeitsplätze abgebaut.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 9. August 2024 (x1.395/…):
>>**EZB - finanzieller Arm der weltweiten Schattenregierung?**
Herbert Ludwig
"Ist die Europäische Zentralbank, EZB, eine unabhängige Behörde und nur der Preisstabilität des Euro und dem Wirtschaftswachstum im Euro-Raum verpflichtet? Oder ist sie Teil einer weltweiten nicht gewählten Regierung, die aus dem Schatten heraus alles lenkt und regiert? Und welche Folgen hat die Einführung eines digitalen Euro für die Bevölkerung? Warum

werden die Bürger durch die Nutzung des digitalen Euro gläsern und manipulierbar?" Diese Fragen stellt der Schweizer Internet-Sender Kla.TV seiner Sendung vom 15.6.2024 voran, deren Text wir nachfolgend abdrucken. (hl)

EZB in Frankfurt/M

EZB - finanzieller Arm der weltweiten Schattenregierung!

Text einer Sendung von Kla.TV

"Die Europäische Zentralbank, kurz EZB, wurde am 1. Juni 1998 gegründet. Sie nimmt laut dem Finanzexperten Ernst Wolff eine Sonderstellung unter allen Zentralbanken der Welt ein. Der Grund dafür ist laut Wolff, daß sie die Geldpolitik einer Währung festlegt, die nicht nur in einem Land offizielles Zahlungsmittel ist, sondern in insgesamt 20 Ländern der sogenannten Eurozone!

Sie ist also im Grunde Teil einer Entwicklung hin zu einer zunehmenden zentralisierten Steuerung des Finanzsystems. Welche Bedeutung die EZB für das globale Finanzsystem hat, erkennt man daran, daß der Euro in der Rangliste der weltweit gehandelten Währungen hinter dem US-Dollar an zweiter Stelle steht.

Der Bürger kennt die EZB vor allem durch die Auftritte von Christine Lagarde, EZB-Präsidentin seit 2019, wenn diese vor die Kamera tritt, um den aktuellen Leitzins für die Eurozone bekannt zu geben.

Ein Projekt, das die EZB seit längerem in Planung hat, ist die Einführung eines digitalen Euros. Der digitale Euro wird auch als eine CBDC, in Englisch: Central Bank Digitale Currency, zu Deutsch als digitales Zentralbankgeld beschrieben.

Auf die Frage, welche Folgen die Einführung eines digitalen Euros für die Bevölkerung hat, werden wir im späteren Verlauf der Sendung eingehen.

Zunächst gilt es zu verstehen: Welche Ziele und Ursprünge hat die EZB, und wem dient sie?

Ursprünge der EZB

Der Ursprung der EZB geht genauer betrachtet bis ins Jahr 1988 zurück. In diesem Jahr machte es sich der Europäische Rat zum Ziel, eine Wirtschafts- und Währungsunion, kurz WWU zu verwirklichen. Er beauftragte einen Ausschuß unter dem Vorsitz von Jacques Delors, dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, damit, die konkreten Schritte hin zu dieser Union auszuarbeiten. 1989 legte Delors einen neuen Plan für eine Währungsunion vor, der zur Grundlage für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion wurde. Darin wurde empfohlen, die WWU in drei aufeinander aufbauenden Stufen zu verwirklichen.

Schlieβlich wurde der Euro am 1. Januar 1999 als elektronisches Zahlungsmittel in 11 von 15 Mitgliedstaaten eingeführt und damit zur Währung von mehr als 300 Millionen Menschen in Europa. In den ersten drei Jahren war der Euro erst unsichtbar, da er in dieser Zeit nur für Buchungszwecke, z.B. bei elektronischen Zahlungen verwendet wurde. Das Euro-Bargeld wurde am 1. Januar 2002 eingeführt und trat zu festgelegten Umrechnungskursen an die Stelle der Banknoten und Münzen der nationalen Währungen. Heute sind die Euro-Banknoten und -Münzen in 20 der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gesetzliches Zahlungsmittel.

Gründerväter der EZB und ihre Hintergründe

Jacques Delors (1925-2023)

Wie bereits erwähnt, entwickelte Jacques Delors den Plan, der schließlich zur Währungsunion und zur Errichtung der EZB führte. Er galt als einer der einflußreichsten Europapolitiker und war von 1985 bis 1995 Präsident der Europäischen Kommission.

Jacques Delors war Freimaurer und als solcher Mitglied in den Freimaurerlogen Johannis und Montesquieu. Einer seiner engsten Freunde war bis zu seinem Tod im Jahr 2023 der Freimaurer Étienne Davignon. Dieser war lange Zeit Vorsitzender der exklusiven Bilderberg-Gruppe. Delors und Davignon waren 1983 Mitbegründer des European Round Table for Industry. Dieser Thinktank wurde mit dem Ziel gegründet, die Europäische Entwicklung strategisch zu be-

einflussen.
Étienne Davignon gab gegenüber der Online Zeitung EUobserver zu, daß der Bilderberg-Club bei der Entstehung des Euros in den 90ern involviert war.
Baron Alexandre Lamfalussy (1929-2015)
Er war ein ungarisch-belgischer Ökonom. In der Zeit von 1994 bis 1997 war Lamfalussy Präsident des Europäischen Währungsinstitutes in Frankfurt am Main, des Vorläuferinstituts der Europäischen Zentralbank. Als solcher leistete er eine entscheidende Vorarbeit für die Einführung des Euro. Alexandre Lamfalussy war ebenso Freimaurer und Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1983, 1986, 1988 und 1992.
Niels Thygesen
Er wird als der international bekannteste dänische Ökonom und als "Vater des Euro" bezeichnet. Von 1988 bis 1989 war Niels Thygesen das einzige akademische Mitglied des Delors-Ausschusses.
Thygesen war von 1979 an Mitglied der Trilateralen Kommission und war von 1981 bis 2004 Mitglied des Exekutivkomitees dieser Kommission. Er ist seit 1988 Teil der Bilderberg-Gruppe.
Miguel Boyer (1939-2014)
Der spanische Wirtschaftswissenschaftler und Politiker war ebenfalls einer der zentralen Akteure in dem von Jacques Delors geleiteten Ausschuß für die Errichtung der Europäischen Währungsunion. Er war ab 1989 Teil der Bilderberg-Gruppe.
Zusammenfassend wird deutlich, daß alle wichtigen Akteure hinter der Gründung der Europäischen Zentralbank Teil der Bilderberg-Gruppe oder Mitglied der Trilateralen Kommission waren oder mit diesen in sehr engem Kontakt standen.

Wer sind die Bilderberger und die Trilaterale Kommission?

Gegründet wurde die Bilderberg-Gruppe 1954 auf Initiative von David Rockefeller. ... Er gründete neben der Bilderberg-Gruppe auch die Trilaterale Kommission zusammen mit Henry Kissinger und dem Globalstrategen Zbigniew Brzeziński. Die Trilaterale Kommission geht auf das Bilderberg-Treffen 1972 zurück, auf dem David Rockefeller deren Gründung vorgeschlagen hat... Heute wird die Bilderberg-Gruppe vom sogenannten Steering Committee, dem Lenkungsausschuß, mit ca. 35 Personen geleitet... Der Lenkungsausschuß agiert als eine Art Schattenregierung in zahlreichen Ländern weltweit.
David Rockefeller, Henry Kissinger und Zbigniew Brzeziński waren ebenfalls Freimaurer.
Die Bilderberg-Konferenz ist seit 1954 eine exklusive Zusammenkunft von Weltenlenkern. Sie findet einmal jährlich hinter verschlossenen Türen statt - ganz ohne Öffentlichkeit und völlig verdeckt. Bis dato wenig bekannte Teilnehmer findet man kurz nach dem Besuch bei den Bilderbergern oft in hohen Positionen wieder.
Wir sehen uns nun im Weiteren die bisherigen und aktuellen EZB-Präsidenten an.

Bisherige und aktuelle EZB-Präsidenten

Willem Duisenberg (1935-2005) EZB-Präsident von 1998-2003
Er war ein niederländischer Politiker und Ökonom und von 1998 bis 2003 der erste Präsident der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main. Die unter seinem Vorsitz im Jahr 2002 vollzogene Bargeldeinführung des Euro brachte ihm den Beinamen "Mr. Euro" ein. Seine Unterschrift ist auf allen Eurobanknoten abgebildet, die bis 2003 gedruckt wurden.
Er war regelmäßiger Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz ab 1978 und langjährig im Führungskomitee der Bilderberg-Gruppe von David Rockefeller.
Jean-Claude Trichet EZB-Präsident von 2003-2011
1978 wurde er Berater des damaligen französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing. Er wurde 1993 zum Chef der französischen Zentralbank ernannt.
Jean-Claude Trichet ist Freimaurer und sitzt im Vorstand der von der Familie Rockefeller ge-

gründeten Group of Thirty, einem privaten Klub führender Finanzakteure.
Er ist der Europa-Vorsitzende der von Kissinger und Rockefeller gegründeten Trilateralen Kommission. Er war außerdem langjährig im Führungskomitee der Bilderberg-Gruppe.
Mario Draghi EZB-Präsident von 2011-2019
Er ist ein italienischer Zentralbanker, der vom 13. Februar 2021 bis zum 22. Oktober 2022 italienischer Ministerpräsident war. Von 2006 bis 2011 war Draghi Gouverneur der italienischen Zentralbank. Er ist Freimaurer und war Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1994, 1995, 2002, 2004 und 2007.
Er ist ebenfalls Mitglied der von der Familie Rockefeller gegründeten Group of Thirty.
Christine Lagarde EZB-Präsidentin seit 2019
Sie ist eine französische Politikerin und Juristin. Von 2011 bis 2019 war Lagarde die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds IWF.
Lagarde ist Mitglied der Bilderberg-Gruppe und war Teilnehmerin der Bilderberg-Konferenz 2009, 2013, 2014, 2016 und 2017. Lagarde ist außerdem Mitglied der Freimaurerlogen "Der Ring" und "Edmund Burke".
Schließlich kommen wir noch zu den EZB-Vizepräsidenten:
Vítor Constancio - EZB-Vizepräsident von 2010-2018
Er war Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1978, 1979, 1988.
Luis de Guindos - EZB-Vizepräsident seit 2018
Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2013 und 2017.
Sehr geehrte Damen und Herren, es wird sehr deutlich, daß die Bilderberg-Gruppe, die Trilaterale Kommission, sowie deren Drahtzieher starke Verbindungen und Einfluß auf die EZB und ihre Entscheidungsträger ausüben.
Die Ziele dieser beiden Schaltstellen sind mittlerweile öffentlich bekannt. David Rockefeller sagte 1994 vor dem Wirtschafts-Ausschuß der Vereinten Nationen:
'Wir stehen am Rande einer weltweiten Umbildung - alles, was wir brauchen, ist die richtige allumfassende Krise, und die Nationen werden in die neue Weltordnung einwilligen.'
Zusammenfassend muß deshalb gesagt werden, daß die Bilderberg-Gruppe sowie die Trilaterale Kommission als eine weltweit agierende Schattenregierung errichtet wurden, um diese neue Weltordnung ohne die Aufmerksamkeit der Bevölkerung Schritt für Schritt vorzubereiten.
So muß die Gründung der EZB als ein Schachzug gesehen werden, um die neue Weltordnung im Finanzsektor schrittweise durchzusetzen. Denn die Installierung der EZB war ein nächster Schritt, um die Kontrolle und Steuerung der bisherigen nationalen Zentralbanken international auszudehnen. Dies meint die Steuerung der Zentralbanken durch private Drahtzieher und nicht durch die Staaten.
So dient die EZB dem Ziel eine Weltfinanzordnung aufzurichten, die in den Händen internationaler Drahtzieher liegt und sich der Kontrolle der Nationalstaaten entzieht.
Dies bestätigt sich insofern, da auch der Finanzexperte Ernst Wolff aufzeigt, daß der Bürger bzw. der Steuerzahler keinen Einfluß auf die EZB hat. Ernst Wolff dazu:
'Die EZB wurde 1998, also drei Jahre vor der Einführung des Euro, gegründet und hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Seit 2015 residieren ihre etwa 2.500 Bediensteten in einem Gebäude, das eigens für sie gebaut wurde, mit Steuergeldern in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Die Leitung der EZB liegt in der Hand eines Direktoriums, das nicht gewählt, sondern von den Finanz- und Wirtschaftsministern der EU-Staaten vorgeschlagen und von den amtierenden Staats- und Regierungschefs der EU eingesetzt wird. Die EZB ist also einer Kontrolle durch die Wähler entzogen.'

Einführung einer digitalen Zentralbankwährung

Schrittweise Überwachung der Bürger:

Wie bereits ausgeführt, hat die EZB seit einiger Zeit den Fokus darauf, ein digitales Zentralbankgeld einzuführen.
Wie der digitale Euro grob gestaltet werden soll, hat die EZB im Bericht "Report on a digital Euro" im Oktober 2020 skizziert. Danach wird es sich laut dem Finanzexperten Norbert Häring im Kern um bei der EZB geführte Guthabenkonten für alle Bürger handeln, auf die man direkt oder indirekt über Geschäftsbanken Zugriff bekommen wird, um mit den Guthaben zu bezahlen oder Geld auf diesen Konten zu empfangen.
Welche Folgen hat die Einführung von digitalen Zentralbankwährungen und spezifisch die Einführung des digitalen Euros für den EU-Bürger?
Laut dem Finanzexperten Norbert Häring wird die Einführung des digitalen Euros dazu dienen, daß klammheimlich die finanzielle Privatsphäre der Menschen abgeschafft wird!
Denn die Europäische Zentralbank ist nicht gewillt, die Anonymität des Bürgers bei Zahlungen mittels digitaler Euros zu gewährleisten. Aufgrund der fehlenden Privatsphäre bei Nutzung des digitalen Euros kann die Europäische Zentralbank durch die digitalen Zahlvorgänge ein detailliertes Logbuch des Lebens von jedem Menschen anlegen.
Dieses kann jahrzehntelang gespeichert und ständig automatisiert auf von der EZB definierte Verdachtsmuster hin überprüft werden. So entsteht im Bereich der Finanzen und mit Hilfe der EZB ein gläserner Bürger, der auf Schritt und Tritt überwacht werden kann. Zudem ist jeder Bürger dadurch für diese Drahtzieher und die Schattenregierung gläsern.
So rückt durch die Einführung der digitalen Zentralbankwährungen die lückenlose und weltweite Überwachung der Bürger Schritt für Schritt näher!
Das World Economic Forum, kurz WEF, rühmt sich in einem Artikel von April 2024, daß 98 % der Zentralbanken nun CBDC-Programme verfolgen, also Programme zur Einführung digitaler Zentralbankwährungen. Das ist kein Zufall. So stammt WEF-Chef Klaus Schwab ebenfalls aus dem Führungskomitee der Bilderberg-Gruppe.
Es gibt viele warnende Stimmen vor der Einführung des digitalen Zentralbankgeldes CBDC.
"Jeder, dem wirtschaftliche Freiheit am Herzen liegt, sollte sich vor digitalen Zentralbankwährungen, CBDCs in Acht nehmen, da sie vielleicht die größte Bedrohung für die menschliche Freiheit seit der versuchten Einführung von Impfpässen darstellen."
Sehr geehrte Damen und Herren, die Kontrollmöglichkeiten über die Bevölkerung durch die kommenden CBDCs und die damit verbundenen Gefahren sind von größter Bedeutung. Auch der bekannte Journalist James Corbett nahm zu den Mißbrauchsmöglichkeiten der kommenden digitalen Zentralbankwährungen in einem Interview mit Kla.TV Stellung:
... "Der schlimmste Albtraum wäre eine der Regierung angeschlossene Einheit, um schließlich zu diktieren, wo, wann, warum und wie Sie Ihr Geld ausgeben können, wofür und wieviel. Und ich meine, der Himmel ist das Limit. Es gibt keine Grenze hinsichtlich der Wege, der Möglichkeiten, die den Zentralbanken eröffnet werden würden, um unser Verhalten zu manipulieren.
Und als ein Beispiel dafür können Sie mal zurückschauen auf das, was in den letzten paar Jahren passiert ist, zum Beispiel in Australien, Frankreich, anderen Orten, die verschiedene Arten von Lockdowns hatten, bei denen man im Prinzip auf einen geographischen Umkreis von einem oder fünf Kilometer um den eigenen Wohnort begrenzt wurde. Und das ist ein ziemlich happiges Ding, das heutzutage in unserem Zeitalter durchzusetzen. Aber es wird immer wahrscheinlicher, besonders mit der GPS-Nachverfolgung, die möglich ist.
Und wenn man das mit den QR-Codes verbindet, die man scannen muss, um mit seinem Handy zu gewissen Orten Zutritt zu erlangen und das an einen Impfpaß und, sagen wir mal, ein soziales Guthaben geknüpft wäre und natürlich an eine digitale Währung. So könnte Ihre digitale Währung programmiert werden, daß, wenn Ihr Handy rausfindet, daß Sie sich einen Kilometer von Ihrem Haus entfernt haben, Sie dann nichts kaufen können. Etwa so in der Art.

Das ist nur ein Beispiel von vielen, wie es mißbraucht werden könnte."
Dies sollte eine der gewichtigsten Nachrichten des Jahrzehnts in den Medien sein. Diese Information jedoch wird konsequent fast vollständig unterschlagen!
Verbreiten Sie deshalb diese Sendung an Freunde und Bekannte. Decken Sie damit die Machenschaften der weltweiten Schattenregierung im Finanzbereich auf! Denn es braucht nicht gläserne und damit manipulierbare Bürger, sondern gläserne Drahtzieher und eine weltweite Offenlegung ihrer verborgenen und menschenfeindlichen Ziele."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. August 2024 (x1.393/…):
>>**Geldautomatensprengungen in Hessen stark rückläufig**
Die Zahl der Geldautomatensprengungen in Hessen ist stark rückläufig. Bis Anfang August verzeichneten die Ermittler 13 Sprengungen, im Vorjahr waren es im gleichen Zeitraum 36 gewesen. "Die Festnahme mehrerer Logistiker hat dazu beigetragen, die regionalen Strukturen in den Niederlanden nachhaltig zu schwächen", so eine Sprecherin des hessischen Landeskriminalamts zum "Spiegel". Die Aufklärungsquote habe man auf über 50 Prozent steigern können.
Seit 2019 seien mehr als 80 Tatverdächtige ermittelt und über 20 Personen rechtskräftig verurteilt worden, so die Sprecherin weiter. Ein Großteil der Täter stamme dabei aus den Niederlanden, die dortige Polizei rechne den Sprengergruppierungen bis zu 1.000 aktiv handelnde Personen zu. "Für die Täter ist die Attraktivität, in kurzer Zeit viel Bargeld zu erbeuten, hoch." Oft sei es jedoch nur vom Zufall abhängig, daß bei Sprengungen keine Passanten oder Anwohner verletzt oder getötet werden.
Auch das niedersächsische Landeskriminalamt hatte kürzlich eine rückläufige Entwicklung der Fallzahlen festgestellt. Neben Hessen und Niedersachsen sind in Deutschland vor allem Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz betroffen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. August 2024 (x1.393/…):
>>**Kritik an Lauterbachs Plan für Blutspende ohne Arzt**
Ärztepräsident Klaus Reinhardt hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vor dem Vorhaben gewarnt, bei Blutspenden nicht mehr die physische Anwesenheit von Ärzten vorzuschreiben, sondern statt dessen eine Video-Zuschaltung zu erlauben.
Reinhardt sagte dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Freitagausgaben), es sei bisher überhaupt nicht geprüft worden, "ob die fehlende ärztliche Präsenz dazu führt, daß an sich Spendewillige der Blutspende fernbleiben". Außerdem werde in dem Verordnungsentwurf von Lauterbach festgelegt, daß Ärzte trotz physischer Abwesenheit weiterhin für die Spendesicherheit und die Spendeentnahme verantwortlich blieben, genauso wie bei einem regulären Blutspendetermin mit ärztlicher Präsenz.
Unter berufs- und haftungsrechtlichen Gesichtspunkten müsse die Bundesärztekammer Ärzten daher von der Teilnahme an telemedizinisch betreuten Spendeterminen ohne Arztpräsenz abraten, kündigte der Ärztepräsident an. Durch eine Änderung des Transfusionsgesetzes ist der Einsatz von Telemedizin bei der Blut- und Plasmaspende seit 2023 grundsätzlich erlaubt, um mehr Blutspende-Termine anbieten zu können.
Die für die Blutspende maßgebliche "Richtlinie Hämotherapie", die die Bundesärztekammer zusammen mit dem Paul-Ehrlich-Institut erarbeitet, sieht zunächst aber nur ein schrittweises Vorgehen zusammen mit einer Evaluierung vor. Der Entwurf von Lauterbach für eine "Verordnung zum Einsatz telemedizinischer Verfahren bei der Blut- und Plasmaspende" geht dagegen weiter und sieht abweichend von der Richtlinie bereits konkrete Regelungen vor, um auf die physische Anwesenheit eines Arztes verzichten zu können.
Ziel sei, die "Durchführung von Spendeterminen und die Versorgung mit Blut und Plasma in Deutschland weiterhin sicherzustellen", heißt es in dem Verordnungsentwurf. Zu den dort festgelegten Regelungen gehört auch die von Reinhardt kritisierte Haftungsfrage. Zudem wird

zum Beispiel vorgeschrieben, daß das anwesende nicht-ärztliche Personal in der Lage sein muss, bei einem medizinischen Notfall die Erstversorgung zu übernehmen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):

>>**Kleiner Pieks mit Untertiteln**

Christian Schreiber

Die vereinigten Gutmenschen mögen sich für einen Moment als Sieger gefühlt haben, als der baden-württembergische Kinderarzt Ulrich Kuhn ein Schild aus dem Eingangsbereich seiner Praxis entfernen ließ, wonach er nur deutschsprachige Patienten behandele.

Der Fall aus Kirchheim unter Teck sorgte für bundesweite Schlagzeilen und rief auch die üblichen Berufsempörten auf den Plan. Seit einigen Tagen ist das Schild ab. Doch für Schadenfreude gibt es keinen Anlaß. "Wir haben das Schild jetzt ausgetauscht, weil wir denken, daß die Botschaft - insbesondere durch den ganzen Medienrummel - jetzt all unsere Patienten erreicht hat, die es wissen müssen", erklärte der Mediziner.

Mehrere Wochen hatte die Praxis vor den Toren von Stuttgart mit dem Schild auf eine neue Regelung hingewiesen: "Wir sprechen hier in der Praxis ausschließlich Deutsch! Sollte eine Kommunikation aufgrund fehlender deutscher Sprachkenntnisse nicht möglich sein und auch kein Dolmetscher persönlich anwesend sein, müssen wir eine Behandlung - außer in Notfällen - zukünftig ablehnen."

In mehreren Interviews erklärte Kuhn die Beweggründe. Das sorgte vor allem in den sozialen Medien für eine Welle der Entrüstung.

Die Wahrheit ist aber eine andere: Kuhn wollte jedes Kind behandeln, egal welcher Herkunft, Hautfarbe oder Nationalität. Nur eines war ihm wichtig: Er muß das Kind oder dessen Eltern auch verstehen, um seine Behandlung durchzuführen.

"Es häufte sich seit einigen Jahren, daß Patienten einfach kommen und weder Eltern noch Kinder verstehen, was wir sagen. Diese Sprachbarriere ist Realität", sagte Kuhn der Cannstatter Zeitung und verdeutlichte die Problematik am Beispiel einer Impfung. Die sei juristisch gesehen eine "kleine Körperverletzung": Verabreicht er zum Beispiel eine Impfung ohne Einverständnis der Eltern und ohne zu wissen, ob das Kind Allergien hat, kann er sich strafbar machen. Wenn es nichts Lebensbedrohliches ist, bekomme der nicht deutschsprachige Patient einen neuen Termin und solle dann einen Dolmetscher mitbringen.

In vielen Fällen habe das auch gut funktioniert. "Wenn jemand im nachhinein sagt, er sei sprachlich gar nicht in der Lage gewesen, eine Einwilligung zu geben, dann findet sich da ein Anwalt, der einen Anspruch geltend macht", erklärte der Mediziner weiter.

Er sei gesetzlich dazu verpflichtet, seine Patienten über alles aufzuklären. Gleichzeitig muß er ihre Vorgeschichte und ihre Erkrankungen kennen. "Dazu müssen wir schon mit den Eltern sprechen können", betonte der Arzt. Rund 3.500 Kinder und Jugendliche werden laut Kuhn pro Quartal in der Praxis behandelt. Seit rund 23 Jahren praktiziere er mit seinem Kollegen vor Ort. Etwa jeder zweite Patient habe inzwischen einen Migrationshintergrund.

Kuhn erklärte weiter, daß die Zahl der Arztbesuche gestiegen sei. Verbunden mit einer Sprachbarriere hätten sie zu einer fast unlösbaren Situation geführt. Die Kritik an seinem Vorgehen sei nur von außen gekommen. Die Kassenärztliche Vereinigung in Stuttgart erklärte, daß die Verständigungssituation für Ärzte kaum lösbar sei.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):

>>**Islamismus: Nach langem Zögern verbietet Innenministerin Faeser den Trägerverein der Hamburger "Blauen Moschee"**

Daniel Holfelder

Er galt seit langem als Außenstelle der iranischen Regierung und zentraler Akteur für den schiitischen Islamismus. Nun hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) den Verein Islamisches Zentrum Hamburg"(IZH) und seine bundesweiten Teilorganisationen verboten. Die

Polizei durchsuchte 53 Objekte in ganz Deutschland und beschlagnahmte das Vereinsvermögen. Darunter auch die prominente Imam-Ali-Moschee im Hamburger Stadtteil Uhlenhorst, die wegen ihrer blauen Fassade als "Blaue Moschee" bekannt ist.
Ministerin Faeser begründete das Verbot mit der "islamistischen, totalitären Ideologie", die das IZH in Deutschland propagiere. Der Verein wende sich damit "gegen die Menschenwürde, gegen Frauenrechte, gegen eine unabhängige Justiz und gegen unseren demokratischen Staat". Darüber hinaus unterstütze er die seit 2020 in der Bundesrepublik verbotene Terrororganisation Hisbollah und verbreite einen aggressiven Antisemitismus, so die SPD-Politikerin. Das IZH kann gegen das Verbot beim Bundesverwaltungsgericht klagen. Bislang hat es sich noch nicht geäußert, die Vorwürfe in der Vergangenheit aber stets zurückgewiesen.

"Iranisches Regime verliert Spionagenest in Deutschland"

Gefordert wurde das Verbot seit geraumer Zeit. Im November 2022 beschloß die Ampelkoalition unter dem Eindruck der landesweiten Proteste im Iran eine Reihe von Maßnahmen, um den Druck auf die Regierung in Teheran zu erhöhen. Dazu zählte auch, "zu prüfen, ob und wie das 'Islamische Zentrum Hamburg' als Drehscheibe des iranischen Regimes in Deutschland geschlossen werden kann". Im November 2023 waren dann 55 Objekte des IZH und seiner Teilorganisationen durchsucht und Beweismittel sichergestellt worden. Deren Auswertung habe die Verdachtsmomente so erhärtet, daß nun das Verbot erfolgte, teilte das Innenministerium mit.
Sowohl die Regierungsparteien als auch die Opposition halten die Entscheidung für richtig. Der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour sprach davon, der Schritt sei überfällig gewesen. "Das iranische Regime verliert endlich sein Spionagenest in Deutschland." Ähnlich äußerte sich FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai: Das IZH "dient seit Jahren als verlängerter Arm des Mullah-Regimes und verbreitet in dessen Auftrag Propaganda und Hetze gegen Andersdenkende in Deutschland". Beide Politiker wurden in Teheran geboren und verbrachten den Großteil ihrer Kindheit im Iran.
Dagegen kritisierten Union und AfD, das Verbot komme deutlich zu spät. "In den Sicherheitsbehörden und Expertenkreisen versteht niemand, warum Frau Faeser so lange gebraucht hat, obwohl die Faktenlage längst wasserdicht war", monierte der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries. Der AfD-Fraktionsvorsitzende in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dirk Nockemann, bemängelte: "Jahrelang wurden die Islamisten vom IZH mit Samthandschuhen angefaßt, man ließ sie gewähren und pflegte gegenüber islamistischen Haßpredigern einen toleranten Umgang."
Beide verwiesen auf die Zusammenarbeit des Hamburger Senats mit der sogenannten Schura, dem Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg, dem das IZH bis 2022 angehörte - obwohl es schon seit 1993 vom Hamburger Verfassungsschutz beobachtet wird. 2012 schloß der Senat einen bis heute gültigen Staatsvertrag mit der Schura. Seitdem ist das Gremium unter anderem mitverantwortlich für den schulischen Religionsunterricht im Stadtstaat.
Auf das IZH-Verbot reagierte die Schura zurückhaltend. "Die Schura Hamburg bedauert die Entwicklung im Zusammenhang mit dem Islamischen Zentrum Hamburg sehr", hieß es in einer Stellungnahme. CDU-Politiker de Vries warf dem Gremium vor, sich nicht von Islamisten wie dem IZH zu distanzieren. Aus diesem Grund fordere die CDU Hamburg "seit vielen Jahren, die Islamverträge mit der Schura nicht zu verlängern". Der Hamburger AfD-Fraktionsvizechef, Alexander Wolf, stellte die gleiche Forderung. "Die Staatsverträge mit den muslimischen Verbänden sind gescheitert. Sie kranken seit jeher daran, daß man den Bock zum Gärtner gemacht hat", sagte er der JUNGEN FREIHEIT.
Auch der Publizist und stellvertretende Vorsitzende des FDP-nahen Vereins Liberale Vielfalt, Eren Güvercin, stufte die Schura im Interview mit der Welt als "Teil des Problems" ein. Außerdem griff er den Zentralrat der Muslime scharf an. "Der Zentralrat hat das IZH immer ge-

gen die Vorwürfe verteidigt und beherbergt andere problematische Akteure mit Bezügen zum islamistischen und türkisch-rechtsextremen Milieu", führte er aus. Tatsächlich hatte der Zentralrat die Mitgliedschaft des IZH nach der Razzia im November 2023 lediglich ausgesetzt, nicht beendet.
Güvercin warnte zudem davor, die Wirkung des Verbots zu überschätzen: "Es wäre blauäugig, davon auszugehen, daß mit dem Verbot das Problem verschwunden ist. Im Gegenteil." Als Beispiel zog er die panislamistische Bewegung Hizb ut-Tahrir heran, die bereits 2003 verboten wurde. Heute hätten ihre Ableger Muslim Interaktiv, Generation Islam oder Realität Islam "mehr Reichweite, mehr Einfluß und mehr Mobilisierungspotential denn je".
Der Iran bestellte in einer ersten Reaktion den deutschen Botschafter in Teheran ein. Das Verbot sei ungerechtfertigt und stelle "eine schwerwiegende Verletzung der Religions- und Meinungsfreiheit dar", schrieb der iranische Außenminister, Ali Bagheri Kani, auf der Plattform X. Das Auswärtige Amt befürchtet nach Informationen von NDR und WDR, die iranische Regierung könnte nun das Todesurteil gegen den Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd vollstrekken, der seit 2020 in Teheran inhaftiert ist und 2023 verurteilt wurde. Die iranischen Behörden machen ihn für einen Terroranschlag verantwortlich.
Unklar ist derweil, was mit der Blauen Moschee geschieht, vor der sich am Tag nach dem Verbot rund 300 Gläubige zum Gebet versammelten. Das Gotteshaus an der Außenalster geht durch das IZH-Verbot in den Besitz des deutschen Staates über. "Wir werden gemeinsam mit dem Innenministerium über die Möglichkeiten einer zukünftigen Nutzung sprechen, die dem Charakter dieses Gebäudes an diesem besonderen Ort gerecht wird", kündigte Hamburgs Oberbürgermeister, Peter Tschentscher (SPD), an.
Seit 2001 wurden auf Bundesebene - das IZH eingerechnet - insgesamt 21 islamistische Organisationen verboten, darunter etwa der sogenannte Islamische Staat (2014 verboten), die Hamas (2023) oder zuletzt im Juni die Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):
>>**Bayerischer Landtag plant Extremisten-Klausel**
München. Der Bayerische Landtag will Fraktions- oder Abgeordnetenmitarbeitern, die als verfassungsfeindlich eingestuft werden, keine Gehälter aus Steuermitteln mehr bezahlen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) stellte dazu ein Rechtsgutachten vor, laut dem eine derartige Klausel in das Abgeordnetengesetz eingebaut werden könne. "Wir wollen eine wehrhafte Demokratie.
Wer unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft, kann nicht mit Mitteln des Staates unterstützt werden", sagte CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek. "Wir sind uns unserer Verantwortung bewußt. Die Freiheit des Abgeordnetenmandats ist elementarer Bestandteil unserer Demokratie.
Wir treffen keine leichtfertigen Entscheidungen, sondern werden uns intensiv mit den aufgezeigten rechtlichen Möglichkeiten auseinandersetzen", betonte der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Fraktion, Michael Hofmann. Scharfe Kritik äußerten Vertreter der bayerischen AfD-Fraktion. "Die bayerische Demokratie entwickelt zunehmend autokratische Züge", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion, Christoph Maier. Durch "willkürliche Diskriminierungen durch den sogenannten Verfassungsschutz" werde in die Autonomie "frei und demokratisch gewählter Abgeordneter" eingegriffen.
In dem vom Landtag beauftragten Gutachten des Rechtswissenschaftlers Tristan Barczak von der Universität Passau heißt es: "Dieser Eingriff und die mit ihm einhergehende mittelbare Ungleichbehandlung der Abgeordneten könnte zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerechtfertigt werden." Dabei gehe es um das "rechtspolitische Ziel, einem Abgeordneten die Erstattung der Kosten von Arbeits-, Dienst- oder Werkverträgen versagen zu können, sofern der betreffende Mitarbeiter bzw. Auftragnehmer als 'Extremist' bzw. 'Ver-

fassungsfeind' anzusehen ist".
Beschränkungen der Freiheit von Landtagsabgeordneten seien zulässig, sofern sie dem "Schutz berechtigter parlamentarischer Belange und Schutzgüter von Verfassungsrang" dienten. Zwar seien die Begriffe "Verfassungsfeind" und "Extremist" nicht juristisch definiert - und Abgeordnete genössen, da sie demokratisch gewählt sind, besonderen rechtlichen Schutz. Doch würde eine Extremismusklausel "die Funktions- und Arbeitsfähigkeit sowie die Vertrauenswürdigkeit und Integrität des Bayerischen Landtags" schützen.
Zudem sei die Mandatsfreiheit der Abgeordneten durch das Gesetz nur indirekt beeinträchtigt. Nach wie vor könne ein Landtagsabgeordneter auch Mitarbeiter einstellen, "bei denen nachhaltige Zweifel an ihrer Verfassungstreue" bestünden. In solchen Fällen müsse der Abgeordnete "lediglich die durch den Arbeits-, Dienst-, oder Werkvertrag anfallenden Kosten selbst tragen". Hintergrund: Im Dezember 2023 hatte der Bayerische Landtag entschieden, vier Mitarbeitern der AfD keine Gehälter mehr zu zahlen, da diese Mitglied der Münchner Burschenschaft Danubia oder Anhänger der Identitären Bewegung seien. Da dies jedoch gegen geltendes Recht verstieß, zahlte der Landtag die Gehälter schließlich rückwirkend aus.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):
>>**Journalismus: Nun berichten auch etablierte Medien über die Ungereimtheiten in der Potsdam-Geschichte von Correctiv. Deren Akteure reagieren darauf gereizt**
Frank Hauke
Seit acht Monaten geht die Falschmeldung rauf und runter: Die AfD "plant" oder habe gar "beschlossen", deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund massenhaft zu deportieren. Die Medien berufen sich dabei auf einen Correctiv-Bericht vom 10. Januar über ein angebliches "Potsdamer Geheimtreffen", an dem übrigens mindestens genauso viele CDU- wie AfD-Mitglieder teilnahmen. Sowohl publizistisch - unter anderem durch intensive Recherchen der JUNGEN FREIHEIT - als auch juristisch ist die Behauptung längst widerlegt. Doch sie paßt ins Narrativ und wird deswegen stets aufs neue wiederholt.
Erst jetzt gewinnt die Diskussion um den Wahrheitsgehalt der Correctiv-Erzählung auch im Mainstream richtig an Fahrt, da das anerkannte Branchenportal Übermedien eine ausführliche Generalabrechnung veröffentlichte. Bedeutung hat der gnadenlose Verriß auch wegen seiner Autoren: Neben Übermedien-Chef Stefan Niggemeier stehen die Namen von Felix W. Zimmermann, Chefredakteur des renommierten Juristen-Portals Legal Tribune Online (LTO), sowie des Leiters der Henri-Nannen-Journalistenschule, Christoph Kucklick, über dem Text. Alle drei sind bisher zudem frei von dem Ruf, im falschen politischen Lager zu stehen.
Die Autoren stellen die bisherige Berichterstattung auf den Kopf
Selbst die taz gibt sich nun nachdenklich. Das Blatt räumte ein, daß Correctiv mit dem im Januar erhobenen Kernvorwurf, das Treffen von Potsdam erinnere an die Deportationspläne der Nationalsozialisten, lediglich "ein Narrativ füttern möchte", das nur mit dem acht Kilometer entfernten Haus der Wannseekonferenz begründet werde. Damit habe Übermedien "einen Punkt" gemacht.
"Der Correctiv-Bericht verdient nicht Preise, sondern Kritik - und endlich eine echte Debatte", hatte das Portal seine umgerechnet acht DIN-A-4-Seiten lange Auseinandersetzung mit dem wohl einflußreichsten Text dieses Jahres überschrieben. "Wer von den vielen Leuten, die alarmiert durch die Berichterstattung auf die Straße gegangen sind, weiß, daß Correctiv gar nicht über 'Deportationspläne' berichtet haben will? Wer von ihnen weiß, daß Correctiv vor Gericht sogar ausdrücklich festgestellt hat, solche Pläne seien nicht besprochen worden?" fragen die Autoren rhetorisch und stellen damit die gesamte bisherige Berichterstattung der Leitmedien auf den Kopf.
Die in den Fragen verkleideten Fakten sind zwar nicht neu - wohl aber offenbar für viele Journalisten, die sich bisher nicht von den widerlegten Behauptungen in ihrer Berichterstat-

tung stören ließen. Auch dazu wird das Trio deutlich: "Correctiv selbst verbreitet aktuell immer noch die Mär von der gerichtlich bestätigten 'Geheimplan-Recherche', aber den meisten linksliberalen Medien ist so viel Ungenauigkeit offenbar keine Kritik wert."
Wie wenig sich das mit Steuergeldern finanzierte "gemeinwohlorientierte Medienhaus, das Demokratie stärkt" jedoch um faktenorientierte Berichterstattung kümmert, zeigte dessen in der vergangenen Woche veröffentlichte "Entgegnung auf die Kritik von Übermedien". Dort behauptete Correctiv nicht nur wahrheitswidrig: "Der Kern unserer Recherche bleibt unangetastet", sondern stellte auch zweimal erneut die Behauptung auf, die es vor Gericht zurückgezogen hatte.
Die nicht namentlich gekennzeichneten Autoren schreiben: "Unsere Belege und Zitate machen deutlich, daß es um die Vertreibung von Millionen Menschen, darunter auch deutscher Staatsbürger, ging." Und an anderer Stelle steht: "Wenn pauschal Millionen Menschen aus Deutschland vertrieben werden sollen, darunter auch Staatsbürger, ist das durchaus als Angriff auf die Verfassung zu sehen."
In den juristischen Auseinandersetzungen hatte Correctiv dagegen zugegeben, es sei "zutreffend", daß "die Teilnehmer*innen nicht über eine rechts-, insbesondere grundgesetzwidrige Verbringung oder Deportation deutscher Staatsbürger gesprochen haben". Der Ruf des Portals ist mehr als angeknackst. Ob allerdings die Zeiten vorbei sind, in denen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) die gesamte Redaktion ins Schloß Bellevue einlud, um sie überschwenglich dafür zu loben, daß sie "unser Land aufgerüttelt" hätten, ist fraglich.
Erst kürzlich hat Correctiv für seine Räuberpistole den Leuchtturm-Journalistenpreis des Netzwerkes Recherche eingeheimst. Obwohl da schon gerichtsfest klargestellt war, daß an der Deportations-Behauptung nicht das geringste dran war, erklärte die Laudatorin, Journalisten sollten sich "die Kolleginnen und Kollegen von Correctiv zum Vorbild nehmen".

Warum sachlich, wenn es auch persönlich geht?

Trotzdem liegen nach dem Übermedien-Bericht die Nerven blank. Correctiv-Chef David Schraven knöpfte sich Chefredakteur Niggemeier mit Angriffen vor, ohne auch nur zu versuchen, die Kritik zu widerlegen: "Der Mann sucht nach dem Skandal im Menschen und ist vor Neid zerfressen." Und: "Irgendwo ist für ihn immer die Korinthe, die er kacken muß." Warum sachlich, wenn es auch persönlich geht?
Nach diesem Motto verfuhr auch der Journalist und Mitbegründer des Peng!-Kollektivs Jean Peters, dessen Beteiligung an der "Geheimplan-Nummer" ohnehin schon hätte hellhörig machen müssen. Denn daß er gern mit Unwahrheiten hantiert, hatte er bereits zuvor offenherzig auf seiner Website zugegeben. "Ich erfinde Geschichten, mit denen ich in das politische und ökonomische Geschehen interveniere." (JF 8/24).
Peters also ging auf X auf Übermedien-Autor Kucklick los. Dem Leiter der Henri-Nannen-Schule bot er mit der Correctiv-eigenen Arroganz eine Art Therapiegespräch an, denn dieser habe "angestaute Wut" in sich und es gehe ihm "um Status". Gefangen in der eigenen Blase, merkte Peters nicht, wie auch diese faktenfreie, dafür aber unter die Gürtellinie gehende Attacke die Reputation weiter beschädigte.
Seine stellvertretende Chefredakteurin, Anette Dowideit, verstand aber doch, daß unterschwellige Beleidigungen im Kampf um Glaubwürdigkeit nicht weiterhelfen. Sie schritt ein: "Einzelmeinungen von Mitarbeitenden spiegeln nicht die Haltung der gesamten Redaktion wider." Doch der "Geschichtenerfinder" Peters zeigte Nerven und griff nun auch seine Vorgesetzte an: "Deine Meinung." Kurz darauf löschte er seine Posts und entschuldigte sich. Er sei "angefaßt" gewesen.
Seine Argumentation, mit der er die Kritik des Übermedien-Texts widerlegen will, blieb allerdings dürftig. Aus den "belastbaren Zitaten" gehe doch deutlich hervor, daß es "ihnen" - gemeint sind die Teilnehmer des Treffens - darum ginge, "Millionen von Menschen - darunter

ausdrücklich auch solche mit deutscher Staatsangehörigkeit - zu vertreiben", behauptete Peters und postete dazu einen Auszug aus dem Correctiv-Artikel. Aus dem ging allerdings gar nichts deutlich hervor. Statt dessen war davon die Rede, daß einer der Teilnehmer von einem Expertengremium sprach, das die Remigrationspläne ausarbeiten solle, unter "ethischen, juristischen und logistischen Gesichtspunkten". Von "Millionen Menschen" oder "Vertreibung": keine Rede.

Nicht viel überzeugender wirkte Peters' anschließender Versuch, einen der Übermedien-Autoren, Christoph Kucklick, aufgrund seiner leitenden Tätigkeit bei der Henri-Nannen-Journalistenschule zu attackieren: "Bei der Gelegenheit", betonte Peters in Anspielung auf den Namensgeber der Bildungseinrichtung, "möchte ich daran erinnern, daß Henri Nannen sein Handwerk bei der Waffen-SS lernte."

Es sind Sätze wie folgende, die die sich bisher unangreifbar fühlenden Correctiv-Macher erschüttern: "Längst ist offenkundig, wie problematisch die Correctiv-Berichterstattung und ihre Rezeption sind. Und wie sehr gleichzeitig in weiten Teilen der seriösen Presse eine kritische Auseinandersetzung damit fehlt", schrieb Übermedien. Der Leuchtturm-Preis für den Text überdecke, "wie schwach dieser journalistisch ist. Er unterstellt, statt zu belegen, er raunt, statt zu erklären, er interpretiert, statt zu dokumentieren."

Das "Schlimmste" sei jedoch, so die drei Autoren, daß man nicht wisse, "worin der Skandal von Potsdam besteht". Übermedien schreibt weiter: "Die kritische Auseinandersetzung mit dem Bericht darf daher nicht länger konservativen und vor allem rechten Medien überlassen werden." Die JF hatte sich auf ihrer Online-Seite schon am 11. Januar, nur einen Tag nach der Correctiv-Veröffentlichung, ähnlich ausgedrückt: "Wo also liegt der Skandal? Correctiv baut ihn sich selbst zusammen."

Als ob das Portal diesen Anwurf noch einmal bestätigen wollte, schreibt es nun in seiner "Entgegnung" über die fehlenden Belege für die Behauptung, der Leiter der Identitären Bewegung, Martin Sellner, habe die Abschiebung von Deutschen mit Migrationshintergrund gefordert: "Sellner muß gar nicht sagen, um welche Personengruppen es ihm geht. Jedem Teilnehmer auf dem Treffen dürfte bewußt sein, welche Personengruppen Ziel seiner Remigrationspläne sind."

Manche mag diese Chuzpe verwundern. Aber Correctiv bleibt sich schlicht treu: Es zählen nicht Fakten und Zitate, sondern der Spin, den die Redaktion dem Ganzen gibt und dann als Tatsache verkauft. Übermedien hat verstanden, daß das nichts anderes als eine "Spekulationskaskade" im Zusammenhang mit dem in Berlin liegenden Haus der Wannsee-Konferenz ist. Dort "planten" und "beschlossen" die Nazis 1942 tatsächlich die Vernichtung von Millionen Juden. Auch für Innenministerin Nancy Faeser (SPD) war das Grund genug, das Treffen in Potsdam als "zweite Wannseekonferenz" zu bezeichnen.

Gerichtsurteile rund um die "Correctiv-Geschichte"

27. Februar

Das Landgericht Hamburg erläßt eine einstweilige Verfügung gegen Correctiv. Das Medium darf nun nicht länger behaupten, Ulrich Vosgerau habe den Teilnehmern der Veranstaltung empfohlen, massenhafte Wahlbeschwerden einzureichen. Zwei andere Vosgerau betreffende Textstellen, gegen die der Jurist geklagt hatte, dürfen im Text bleiben. Das Gericht sieht sie als zulässig an.

Brisanter ist bei dieser ersten Gerichtsverhandlung jedoch etwas anderes: Der Hauptvorwurf von Correctiv, die Teilnehmer des Treffens hätten "massenhafte Deportationen" von Menschen aufgrund "rassischer Kriterien" geplant, wird vor Gericht nicht verhandelt. Der Rechtsanwalt Carsten Brennecke und sein Mandant Vosgerau hatten darauf verzichtet, in diesem Punkt zu klagen, da dieser Punkt im Correctiv-Text lediglich als Interpretation und Meinungsäußerung auftauche.

Das gibt das Correctiv-Team sogar selbst zu. Als sieben Teilnehmer des Potsdam-Treffens eidesstaatliche Erklärungen abgeben, daß es während des Treffens zu keiner Zeit um Pläne zur Vertreibung oder Deportation von Menschen gegangen sei, reagiert Correctiv indem es acht eigene Erklärungen einreicht. Darin schreibt der Anwalt Thorsten Feldmann, die Medienplattform habe nie behauptet, in Potsdam habe man geplant "unmittelbar und sofort deutsche Staatsbürger mit deutschem Paß auszuweisen". Statt dessen hätten die Teilnehmer des Treffens sogar anerkannt, daß so etwas rechtlich nicht möglich sei.
10. Mai
Das Landgericht Hamburg verbietet dem Correctiv-Geschäftsführer David Schraven, die Falschbehauptung zu verbreiten, das Gericht habe die Berichterstattung des Mediums bestätigt. In einem Interview mit der FAZ hatte Schraven behauptet, "der Kern" des Artikels sei bestätigt worden: "daß bei diesem Geheimtreffen über einen Masterplan gesprochen wurde, mit dem 'Remigration' betrieben werden sollte, und daß das auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte betrifft. Das Gericht hat mehrmals gesagt, daß das, was von uns vorgetragen worden ist, die 'prozessuale Wahrheit' ist."
Dem widerspricht das Gericht: "Der Durchschnittsleser entnimmt der streitgegenständlichen Passage, daß das Gericht sich in seiner Entscheidung zu dem näher beschriebenen 'Kern des Artikels' geäußert und diesen bestätigt hat. Die so verstandene Tatsachenbehauptung ist unwahr. Das Gericht hat in der hier thematisierten Entscheidung hierzu keine Aussage getroffen."
23. Juli
Das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg untersagt der "Tagesschau" und dem NDR, die Behauptung zu wiederholen, bei dem Potsdamer Treffen sei die Ausweisung deutscher Staatsbürger debattiert worden. Die beiden öffentlich-rechtlichen Medien hatten -diese Behauptung des Correctiv-Textes mehrfach wiederholt und als Tatsache dargestellt. Dabei habe die "Tagesschau" keine eigenen Recherchen angestellt, um den Inhalt des Correctiv-Artikels zu überprüfen, sondern sich lediglich auf Zeitungsartikel und den Correctiv-Text bezogen, stellt das Gericht fest.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):
>>**Trotz Auftragsplus schlechte Stimmung in der deutschen Autoindustrie**
Vollelektrische Verlustbringer
Jörg Fischer
Nach fünf Monaten Sinkflug gab es einen Hoffnungsschimmer in der deutschen Industrie: Der Auftragseingang ist im Juni um 3,9 Prozent gestiegen. Die Autobranche konnte sich sogar über ein Plus von 9,3 Prozent in den Auftragsbüchern freuen. Doch dies ist keine Trendumkehr - die Deindustrialisierung hält an. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe liegen weiter unter den Zahlen von 2017/18. Neben der Abwanderung der Chemieindustrie - Stichworte: Klimagesetze/Green Deal, Energiepreise, Erdgasmisere - ist auch die Autobranche in der Existenzkrise.
Das liegt nicht an Corona oder den Sanktionen. Nach dem Allzeithoch 2011 (Pkw-Inlandsproduktion: 5,9 Millionen) geht es schon seit 2016 unaufhaltsam abwärts: Nach damals 5,7 Millionen liefen 2023 nur noch 4,1 Millionen Autos von deutschen Fließbändern - obwohl die Bevölkerung in Deutschland wächst und der globale Autoabsatz 2023 um zehn Prozent auf 75,7 Millionen Fahrzeuge gestiegen ist.
Die deutsche Automisere liegt nicht nur an den Werksschließungen oder Produktionseinstellungen bei Ford und Opel. Hauptgrund ist der Absturz von VW: Weltweit setzte der Konzern mit seinen zahlreichen Marken (Audi, Lamborghini, Porsche, Seat, Skoda) nur 9,2 Millionen Autos ab - Toyota kam auf 11,3 Millionen. Davon waren nur 100.000 E-Autos, die von den Bändern der Japaner rollten. Denn deren Kunden wollen Verbrenner- und Hybridmodelle.

VW investierte hingegen Milliardensummen in Batterieautos, die ohne Subventionen vom Steuerzahler noch schwerer verkäuflich sind. Gleichzeitig sank die VW-Fahrzeugqualität. Wer Geld hat, kauft lieber von einem Premiumhersteller, wer knapp bei Kasse ist, wechselt zur Billigware von der Konkurrenz: Der Dacia Sandero aus dem Renault-Konzern war im ersten Halbjahr 2024 mit fast 144.000 Neuzulassungen das meistverkaufte Auto in Europa. Der überteuerte Golf aus Wolfsburg fand nur 127.000 Käufer.
Vom bequemeren Ableger T-Roc konnte VW immerhin 111.000 absetzen - trotz medialer Hetze gegen SUV. Deswegen wurden die Produktionskapazitäten im Audi-Werk Ingolstadt sowie in Emden und Zwickau, wo die elektrischen ID-Ladenhüter montiert werden, um ein Viertel reduziert. Daher sollte der statistische Hoffnungsschimmer vom Juni nicht überbewertet werden.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):

>>**Haushalt 2025: Nicht nur der Bundesrechnungshof moniert Platzhalter und Buchungstricks**

Dirk Meyer

Das aktuelle Haushaltsgesetz 2024 der Ampel-Koalition ist die auf 3.232 Seiten in Zahlenformat abgebildete rahmensetzende Regierungspolitik des Jahres 2024 - bis auf den Euro in Einnahmen und Ausgaben durchgeplant. Entsprechend legte das Bundeskabinett nach 80 Stunden Beratung am 17. Juli 2024 einen Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 vor. Bis zum Gesetz - vorgesehen ist die Verabschiedung am 20. Dezember - werden in drei Beratungsrunden in Bundestag und Bundesrat noch zahlreiche Änderungen und Konkretisierungen vorgenommen werden.
Doch die Eckdaten stehen: Ausgaben in Höhe von 480,6 Milliarden Euro und damit real drei Prozent weniger als in diesem Jahr; die Kürzungen betreffen das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium (jeweils 900 Millionen); mehr bekommen Arbeit und Soziales (3,6 Milliarden), Digitales und Verkehr (2,5 Milliarden), Verteidigung (1,3 Milliarden) und Familie (600 Millionen); die Schuldenregel wird mit neuen Schulden in Höhe von 43,8 Milliarden Euro formal gerade eingehalten.

Einhaltung der Schuldenbremse lediglich unter Vorbehalt?

Kritisch angemerkt: Der Entwurf ist ein Spiegel der Koalition selbst.
Trotz bekundeter "militärischer Zeitenwende" und Wachstumsinitiative finden die Regierungsparteien infolge auseinanderklaffender Ziele keine Kraft zum Umsteuern der Ausgaben in diese Richtung. Statt dessen kleinster gemeinsamer Nenner, "Versteinerung" und verfassungsrechtliche Bedenken.
Beispiel Verteidigung: Das Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigung wird laut Nato-Berechnung zwar auch 2025 erfüllt. Wie jedoch der gerade veröffentlichte Bundesausgabenmonitor 2024 des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW; Kiel Subsidy Reports 47/24) für das aktuelle Jahr zeigt, schrumpfen die errechneten 2,12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf etwa 1,5 Prozent des BIP, wenn man Zinszahlungen des Sondervermögens Bundeswehr (775 Millionen Euro), Versorgungslasten für Soldaten (5,8 Milliarden Euro), Pensionszahlungen und Beihilfen für ehemalige Mitglieder des Ministeriums (1,8 Milliarden Euro), die Personal- und Sachkosten des Ministeriums (303 Millionen Euro) und Ausgaben für die Universitäten der Bundeswehr in Höhe von geschätzten 200 Millionen Euro abzieht.
Potemkinsche Dörfer auch 2025? Weiterhin wachsen die gesetzlich bedingten Sozialausgaben sowie die Zinslasten, letztere aufgrund der Zinswende.
In seiner vorgeschriebenen Stellungnahme moniert der Bundesrechnungshof (BRH) bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplans die Abkehr vom langjährig (2011 bis 2022) praktizierten Eckwerteverfahren. Dieses bindet die Bedarfe einzelner Ressorts an die prognostizierten Staatseinnahmen und hat entsprechend disziplinierende Wirkungen. Durch die jetzt verwende-

ten Finanzplanansätze von 2024 bestehe hingegen "die Gefahr einer ungeordneten Haushaltsaufstellung, in der die Eigeninteressen der Ressorts über das Gesamtinteresse stabiler Bundesfinanzen dominieren". Auch hier Orientierung am Vergangenen, also eine "Versteinerung".
Bei dem bereits auf Kante genähten Haushaltsentwurf 2025 fallen zudem mehrere kreative Buchungsansätze auf, die das Risiko eines notwendigen Nachtragshaushaltes oder gar einen gesteigerten Druck zur nachträglichen Aussetzung der Schuldenbremse bis hin zu verfassungsrechtlichen Einwänden sehenden Auges in Kauf nehmen. Als Platzhalter des Prinzips Hoffnung wurden 17 Milliarden Euro in "globalen Minderausgaben" gebucht. Zwar bestehen zum Jahresende erfahrungsgemäß nicht ausgegebene Haushaltsmittel, allerdings nicht in dieser zweistelligen Größe.
Sodann läßt die Schuldenbremse (Artikel 115 Absatz 2 Grundgesetz) zwar neben einer strukturellen Neuverschuldung von 0,35 Prozent des BIP eine zusätzliche Verschuldung im Falle konjunktureller Probleme zu. Nach bisheriger Berechnung wären das 7,9 Milliarden Euro. Mit Hilfe einer Anpassung im Berechnungsverfahren der Konjunkturkomponente konnte die Schuldenbremse aber um weitere 3,4 Milliarden Euro an Zusatzkredit gelockert werden - bei einer Neuverschuldung von 43,8 Milliarden Euro. Das Problem zukünftiger Regierungen besteht in dem Kontrollkonto, das heutige Überschreitungen in besseren Zeiten zu einer strikteren Anwendung der Schuldenregel zwingen wird.
Um die "globalen Minderausgaben" zu reduzieren, werden zwei - verfassungsrechtlich bedenkliche - Ideen ins Spiel gebracht. Zum einen könnten die für die Gaspreisbremse ungenutzten Kreditmittel der staatlichen Förderbank KfW für andere Zwecke ins neue Haushaltsjahr übertragen werden. In seinem sogenannten Haushaltsurteil (2 BvF 1/22) hat das Bundesverfassungsgericht bereits im November 2023 eine solche Verschiebung aus dem Klima- und Transformationsfonds untersagt. Zum anderen könnte man zusätzliche Kredite aufnehmen, um damit heute haushaltsbelastende Zuschüsse für Infrastrukturinvestitionen der Bahn und der Autobahn GmbH zu ersetzen.
Entwurf spiegelt die gegenseitige politische Blockade wider
Mit gleichem Ziel könnte man deren Eigenkapital aufstocken. Rein formal erhielte der Bund damit einen Vermögenswert (Gegenwert), so daß dieser als erlaubte finanzielle Transaktion zu werten wäre. Das Problem dabei: Die Investitionen dürften ein Verlustgeschäft sein, das die Kredite letztendlich nicht rückzahlbar macht bzw. das Eigenkapital verbraucht. Damit würden die Kredite zu Zuschüssen, nur eben zu späterer Zeit. Eine weitere Lastverschiebung in Höhe von zwei Milliarden Euro plant die Regierung durch eine Kürzung der Zuschüsse an die Rentenversicherung zum Nachteil der Beitragszahler für 2025 bis 2027.
Als grob fahrlässig wird die Politik des Durchwurstelns für die Gesellschaft und zukünftige Regierungen ab 2028 offenbar werden. Jährliche Tilgungsverpflichtungen aus den schuldenbremsenrelevanten Corona-Notlagenkrediten und den Gas- und Strompreisbremsen (540 Milliarden Euro, jährliche Tilgung 17,4 Milliarden Euro), des Sondervermögens Bundeswehr (100 Milliarden Euro) und den EU-Gemeinschaftsschulden (Anteil von etwa 22 Prozent der 812 Milliarden Euro "NextGenerationEU-Kredite") werden die Kreditspielräume ab 2028 bis in die 2060er Jahre hinein belasten.
Was wäre angeraten? Erstens ein Subventionsabbau: Transparenz schaffen, frühzeitige Ankündigung, "Rasenmähermethode" - prozentual gleiche Kürzung, neue Subventionen nur mit Verfallsdatum. Zweitens einnahmen-/ausgabenwirksame Gesetzesreformen: Renteneintrittsalter erhöhen, echte Fachkräftezuwanderung erleichtern, strikte Flüchtlingsbegrenzung, Bürgergeldreform. Dagegen wird jede Regierung den weichen Weg bevorzugen: eine Schuldenentwertung durch Inflation. Schon eine vierprozentige Inflation halbiert den Realwert der Kredite alle 17,5 Jahre.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. www.ifw-kiel.de/de/publikationen/der-kieler-bundesausgabenmonitor-2024-eine-empirische-strukturanalyse-des-bundeshaushalts-33123<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):

>>**Staatliche Interventionen führen in den Kollektivismus**

Wirtschaftsbuch: Michael von Prollius analysiert die Ursachen staatlicher Lenkung / Droht künftig der Wirtschaftsfaschismus oder Sozialismus?

Erich Weede

Michael von Prollius ist Publizist und Gründer der Internetplattform "Forum Freie Gesellschaft". Sein neues Buch informiert - in Anlehnung an die großen Theoretiker der österreichischen Ökonomik und der amerikanischen Public-Choice-Schule - über die gut durchdachten polit-ökonomischen Auffassungen und Präferenzen des Autors.

Zudem enthält das Buch wirtschaftshistorische Analysen zu Mussolinis Italien, Hitlers Deutschland und zur Sowjetunion.

Am Anfang und am Ende des Buches geht es auch um sich abzeichnende Entwicklungen in Deutschland und im Westen. Hier soll weniger auf die Geschichte und mehr auf den theoretischen Gehalt des Buches eingegangen werden. Prollius ist ein Verfechter der wirtschaftlichen Freiheit, ein Befürworter von Markt und Wettbewerb, wo Geschäftspartner beiderseitig vorteilhafte Transaktionen frei aushandeln, wo Knappheitspreise Informationen und Anreize vermitteln.

Freiheit erweitert die Möglichkeiten zur Innovation statt die Befolgung von Vorschriften zu gebieten. Eigentums- und Verfügungsrechte bestimmen, wer was entscheiden darf, selbst nutzen oder auch an andere übertragen darf. Das Recht liefert den Rahmen. Die Akteure handeln innerhalb dieses Rahmens.

Zunehmender Interventionismus und folglich Dilettantismus

Prollius bekennt sich nicht nur zum Rechtsstaat und zu wirtschaftlicher Freiheit, sondern auch zur Demokratie, die leichter als Autokratien Raum zur Fehlerkorrektur läßt. Alternativem zur individualistischen und freiheitlichen Ordnung sind kollektivistisch und beruhen auf extremem Etatismus. Die Herrschaft der gesamten Bevölkerung und die Realisierung von deren gemeinsamen Interessen ist immer nur Fiktion oder Propaganda. In Wirklichkeit dominieren die Interessen der Machthaber und ihrer Günstlinge.

Das gilt in beiden kollektivistischen Wirtschaftsordnungen, dem Sozialismus und dem Faschismus gleichermaßen. Während der Sozialismus das Privateigentum an Produktionskapital frontal angegriffen und weitgehend abgeschafft hat, hat der Wirtschaftsfaschismus in Italien oder Deutschland es bei "arischen" Besitzern weitgehend respektiert, damit den privaten Kapitalbesitzern die Nutzung von Kapitalerträgen gestattet, aber die Verfügungsrechte durch Gesetze, Verordnungen und Interventionen stark reglementiert und eingeschränkt.

In beiden kollektivistischen Ordnungen erhoffte man sich zwar von der Einschränkung oder Abschaffung des Wettbewerbs und der auf Angebot und Nachfrage reagierenden Preise Effizienzgewinne, aber die stellten sich nirgendwo ein. Vor allem in den faschistischen Fällen weist Prollius immer wieder auf die Durchsetzung privater Interessen in Symbiose mit den Machthabern und die Wirtschaft störende, oft dilettantische Ad-hoc-Eingriffe hin.

Weil der faschistische Staat nach innen repressiv und nach außen aggressiv war, haben die Staatseinnahmen nie ausgereicht, mußte der Krieg durch Geldschöpfung und Zwangsanleihen finanziert werden. Staatliche Preisfestsetzungen konnten zwar die Geldentwertung bis Kriegsende weitgehend vertuschen, aber natürlich nicht verhindern.

Prollius geht davon aus, daß der Sozialismus weder in Deutschland noch anderswo im Westen attraktiv ist. Das Privateigentum an Produktionskapital wird selten oder nie angetastet. Aber die Regierungen neigen dazu, die Staatstätigkeit immer weiter auszuweiten. Das gilt für den

Sozialstaat, aber auch für andere Eingriffe in die Wirtschaft, ob mit dem Ziel des Klimaschutzes oder um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie mit den oft unwirksamen Mitteln Subventionen und Protektionismus sicherzustellen. Das Netz der Regulierungen wird immer enger und der unternehmerische Entscheidungsspielraum immer kleiner.
Außerdem kommen auch demokratische Regierungen sogar im Frieden immer weniger mit den Steuereinnahmen aus, so daß in vielen Ländern die Staatsverschuldung steigt. Das alles erinnert Prollius an den Wirtschaftsfaschismus.
Ohne diese Ähnlichkeiten zu leugnen, kann man sich fragen, ob dieser Vergleich dazu beiträgt, wirtschaftliche Freiheit in Deutschland und Europa zu verteidigen, was man Prollius als ordnungspolitisches Ziel unterstellen darf. Die sich als Antifaschisten aufspielenden Kritiker von Marktwirtschaft und wirtschaftlicher Freiheit werden darauf verweisen, daß sie im Gegensatz zu den Nationalsozialisten keine Rassisten und keine Nationalisten sind, daß sie keinen Großraum erobern wollen. Weder die Ähnlichkeiten im Ausmaß des Interventionismus noch im Dilettantismus werden sie sehen wollen.
Das Buch ist von ökonomischer Vernunft geprägt und gut lesbar. Ob man die vielen Definitionen am Anfang gut oder überflüssig findet, ist teilweise eine Geschmacksfrage und teilweise eine der Vorbildung. Daß am Ende des Buches die Vorstellungen des Autors zur Abwehr seiner Befürchtungen vage bleiben, ist einerseits bedauerlich, andererseits reflektiert das die gewaltige Schwierigkeit, vor der Prollius und alle Verteidiger der wirtschaftlichen Freiheit stehen.
Prof. Dr. Erich Weede lehrte Soziologie an den Universitäten Köln und Bonn. 1998 gründete er die Friedrich-A.-von-Hayek-Gesellschaft mit.forum-freie-gesellschaft.de
Michael von Prollius: Wirtschaftsfaschismus. Extremer Etatismus in Aktion. Verlag Books on Demand, Norderstedt 2024, … 204 Seiten ….<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):
>>**Eine Erinnerung an den Historiker Hellmut Diwald, den das Geschichtsbewußtsein der Deutschen umtrieb**
Karlheinz Weißmann
In einer Zeit, in der das Netz angeblich alles für jeden bereithält, gibt es doch Lücken des Angebots. Das gilt zum Beispiel für die ZDF-Serie "Dokumente deutschen Daseins", die zwischen 1977 und 1979 ausgestrahlt wurde. Deren Darstellung begann mit den Bauernkriegen und endete mit Teilung und Wiederaufbau. Produziert hatte sie Wolfgang Venohr, dem es nicht nur gelungen war, Überreste der Vergangenheit mit Spielszenen geschickt zu kombinieren, sondern dem Ganzen auch einen besonderen Reiz dadurch zu verleihen, daß nach jeder Sendung der Journalist Sebastian Haffner und der Historiker Hellmut Diwald das Gesehene diskutierten.
Wer mit den Namen sonst nichts verband, hätte ersteren für den Konservativen gehalten - klassischer Dreiteiler, weißes Hemd, einfarbige Krawatte, das spärliche Haar ordentlich zurückgekämmt - und letzteren für den Modernen - Anzug immerhin, aber manchmal Cord, das Hemd kariert, die Krawatte großflächig gemustert, Haare im modischen Schnitt, halblang über den Ohren. Die Kontroversen zwischen Haffner und Diwald wurden in höflichem Ton ausgetragen, aber es ging durchaus um verschiedene Standpunkte, wobei im Fall Diwalds deutlich wurde, daß ihm mehr an der deutschen Sache lag als Haffner, der sich im Zweifel auf die "realpolitische" Anerkennung der Tatsachen bezog.
Anders als Haffner, der in der Nachkriegszeit eine bemerkenswerte journalistische Karriere durchlaufen hatte, war Diwald über die Grenzen seines Faches bis dahin kaum bekannt. Am 13. August 1924 im südmährischen Schattau geboren, stammte er aus einer "Mischehe" zwischen einem österreichischen Vater und einer tschechischen Mutter. 1938 übersiedelte die Familie nach Nürnberg, 1942 wurde Diwald eingezogen und diente an der Westfront, 1944

legte er ein Notabitur ab.
Nach dem Zusammenbruch kam Diwald nach Süddeutschland, absolvierte zuerst ein Studium des Maschinenbaus, das er 1947 in Nürnberg abschloß, wechselte dann aber an die Universitäten Hamburg und Erlangen, um Philosophie, Germanistik und Geschichte zu hören. In Erlangen zählte er zum Umfeld des konservativen Historikers Hans-Joachim Schoeps, bei dem er 1952 mit einer Arbeit über den "Geschichtsrealismus" des 19. Jahrhunderts promoviert wurde. Sechs Jahre später folgte die Habilitation über den Philosophen Wilhelm Dilthey, 1965 übernahm Diwald in Erlangen einen Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte.

Sein Buch über die Deutschen löste eine Hexenjagd aus

Nachdem sich Diwald bis dahin vor allem mit der Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts befaßt hatte, konzentrierte er nun seine Aufmerksamkeit auf den Übergang vom Mittelalter zur Moderne. 1969 erschien eine Biographie Wallensteins, 1975 der Einleitungsband zur "Propyläen Geschichte Europas", der die Renaissance und das Zeitalter der Reformation behandelte. Im allgemeinen wurden diese Arbeiten von den Kollegen wohlwollend aufgenommen.
Jedenfalls gab es keine Zweifel an Diwalds Qualifikation. Das änderte sich radikal, nachdem er 1978 bei Propyläen seine "Geschichte der Deutschen" vorgelegt hatte. Das Erscheinen löste eine wahre Hexenjagd aus, die damit endete, daß sich der Verlag von seinem eigenen Autor distanzierte und Diwald unter Historikern in Zukunft als bete noire galt, als personifiziertes Ärgernis.
Man hat ihm zwar auch vorgehalten, daß seine "gegenchronologische" - also von der Gegenwart in die Vergangenheit zurückgehende - Darstellung zu große methodische Probleme aufwerfe und immer wieder skandalisiert, daß er Zweifel an der üblichen Deutung des Judenmordes durch das NS-Regime erkennen ließ, aber im Kern handelte es sich doch darum, daß die tonangebenden Kreise Diwalds Ausgangspunkt für indiskutabel hielten: daß nämlich die "Nationalverstümmelung" der Deutschen in einem inneren Zusammenhang mit dem manipulativen Geschichtsbild stehe, das ihnen nach 1945 oktroyiert wurde und das nur zu erklären sei als Ergebnis "der jahrelangen Umerziehung, der inneren Umpolung des deutschen Volkes durch die Sieger des Zweiten Weltkriegs". Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie nannte Diwald später einen "revisionistischen Historiker der ersten Stunde".

Im Zuge der Widervereinigung fehlte ihm eine Bestandsaufnahme

Tatsächlich trat Diwald an dieser Stelle offen mit seiner Agenda hervor, die er in früheren Publikationen - "Die Anerkennung. Bericht zur Klage der Nation" (1970) und "Ernst Moritz Arndt. Das Entstehen des deutschen Nationalbewußtseins" (1970) - nur umrissen hatte, wenn er verlangte, daß die Grundlage für die Wiederherstellung der Deutschen als Nation die Wiederherstellung ihres Geschichtsbewußtseins sein müsse. Sieht man von den beiden Bänden ab, die Diwald nach der "Geschichte der Deutschen" zur Entwicklung der großen Seemächte geschrieben hat, wird man feststellen, daß alle seine weiteren Veröffentlichungen dem Ziel dienten, für dieses Projekt Vorarbeit zu leisten. Das gilt für seine Biographien Luthers und Heinrichs I., aber auch für sein Bemühen, ein erneuertes historisches Verständnis nationalpädagogisch zu begründen.
Als Nationalpädagoge im Sinne von Männern wie Arndt, Fichte oder Friedrich Schleiermacher hat sich Diwald wohl selbst verstanden. Zur praktischen Politik hielt er - abgesehen von einem Zwischenspiel im 1983 gegründeten "Deutschlandrat" der Republikaner, dem neben Franz Schönhuber unter anderem auch Armin Mohler, Robert Hepp, und Bernard Willms angehörten - Distanz. Das hatte fraglos auch damit zu tun, daß er wußte, wo der Schwerpunkt seiner Fähigkeiten lag. "Diwald schreibt zu gut - leider", ließ einer meiner Professoren gelegentlich fallen, den Neid nur schwer verbergend.
Tatsächlich haben schriftstellerisches Können und Lebendigkeit der Schilderungen den Absatz der Bücher Diwalds trotz der Verfemung garantiert und ihm weiter den Zugang zu großen

Verlagen ermöglicht; seine Zeitungsbeiträge erschienen kontinuierlich in der Tageszeitung Die Welt. Aber der Publikumserfolg und die Verehrung, die er in konservativen Kreisen genoß, änderten nichts daran, daß ausgerechnet der Mauerfall und dann die Wiedervereinigung manche seiner Hoffnungen zunichte machte.
Diwald war enttäuscht, daß die Politische Klasse so schnell wie möglich zum Tagesgeschäft zurückkehrte, sich das Volk mit dem formalen Zusammenschluß der Bundesrepublik und der DDR zufriedengab und niemand eine Bestandsaufnahme dessen in Angriff nahm, was jetzt als geschichtliche Aufgabe vor den Deutschen lag. Um die zu erkennen, davon war Diwald überzeugt, mußte der Blick in die Vergangenheit gerichtet werden. Nicht um die zu bewältigen oder Nostalgien zu beschwören, sondern um für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein.
Die Energie, mit der sich Hellmut Diwald in seiner letzten Lebensphase dieser Aufgabe widmete, fand wenig Anerkennung. Es blieb bei Herabsetzung und Verfemung in der Wissenschaft wie den etablierten Medien, die selbstverständlich kein Interesse daran hatten, sich mit ihrem eigenen Versagen zu beschäftigen. Als er nach schwerer Krankheit am 26. Mai 1993 in Würzburg starb, hat man ihm in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sogar noch per Nachruf "ins Grab (ge)spuckt" (Karl H. Metz).
Gustav Seibt raunte damals, daß bei Diwald ein "antiwestlicher Impuls" spürbar sei. Er fürchtete, daß den der "noch nicht verwestlichte Osten Deutschlands" aufnehmen könnte, um so den Nährboden für eine "antirationale, undemokratische Ideologie" zu schaffen, die angesichts des Mangels an "humanitätssichernde(r) Tradition" in Deutschland die denkbar übelsten Folgen haben werde.
Man sollte diese Einlassungen - wie die Tatsache, daß ihnen nur in Leserbriefen widersprochen werden konnte - gelegentlich vergleichen mit der Offenheit der Debatte, die in der eingangs erwähnten Fernsehreihe gepflegt wurde. So ließe sich auch besser verstehen, warum die geistige Lage des Landes bis heute ist, wie sie ist, und auch, warum die Aktualität von Diwalds Generalthese, "daß es ohne Geschichtsbewußtsein weder eine soziokulturelle noch politische Selbstbehauptung gibt", nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):
>>**Zeitschriftenkritik: Greenpeace Magazin**
Das letzte Heft
Werner Olles
Unter der Überschrift "Umwelt-Journalismus unter Druck" kündigt Nina Schoenian, Geschäftsführende "Vorständin" von Greenpeace Deutschland, die Einstellung des Greenpeace Magazins nach dreißig Jahren an. Das viermal im Jahr erscheinende "Magazin für Förderinnen und Förderer" habe "Umweltjournalismus auf sehr hohem journalistischen Niveau" geliefert, doch sei es nicht gelungen, die sinkenden Printumsätze und die gestiegenen Kosten für Papier durch digitale Einnahmen wettzumachen.
Als Publizist freut man sich naturgemäß nicht über die Entwicklung einer gewissen Leseunlust vor allem bei jüngeren Menschen. Zählte man vor vierzig Jahren noch selbst zu den regelmäßigen Spendern von Greenpeace, als die Organisation sich beispielsweise mit durchaus mutigen und lobenswerten Aktionen für die Rettung der Wale und gegen das Schlachten der Robbenbabys einsetzte, hat Greenpeace sich leider bereits seit längerer Zeit dem modischen Zug der "Weltrettung" angeschlossen und fährt erfolgreich Kampagnen gegen den "menschengemachten Klimawandel", der sich inzwischen ebenso wie die Lüge von der "weltweiten Corona-Pandemie" als unwissenschaftlicher Schwindel entpuppt hat.
So richtig es ist, gegen die Abholzung der Regenwälder zu kämpfen, die im globalen Ökosystem eine wichtige Rolle spielen, so sinnlos und kontraproduktiv ist es, von "Klimaneutralität" und "Klimaschutz" zu fabulieren und gleichzeitig für die Stillegung unserer ökologisch saube-

ren und ökonomisch günstigen Kernenergie zu plädieren, wie es Greenpeace macht.
Gerade ermöglicht in Italien ein neues Gesetz die Wiederbelebung der Kernkraft, da man dort zu der Einsicht gekommen ist, daß "erneuerbare Energien" wie Wind und Sonne nicht die notwendige Sicherheit für eine vernünftige und bezahlbare Energieversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft leisten können.
Während der "Green Deal" der EU sowohl die Industrie durch gewaltige Kosten als auch die Natur durch den Bau umweltfeindlicher Windkraftmonster zerstört, schwört Greenpeace immer noch auf die klassische Lüge der Grünen, die den gutgläubigen deutschen Steuerzahlern seinerzeit versprachen, daß die rot-grüne Energiewende nicht teurer für jedermann sei als eine Kugel Eis (Jürgen Trittin).
Auch protestiert Greenpeace nicht gegen gigantische Windkraftanlagen in unseren Ozeanen und Meeren, die vor allem für Meeressäuger eine Gefahr und Belastung bedeuten, da die Tiere durch die lauten, störenden Geräusche ihre Orientierung verlieren, ganz abgesehen von den massenhaften geschredderten Seevögeln. Und natürlich wird auch munter gegen die AfD agitiert und gar ein Verbot der Partei gefordert.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):
>>**Till Lindemann zeigt den "Spiegel" an**
HAMBURG/BERLIN. Rammstein-Sänger Till Lindemann wird Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des Spiegel "wegen Urkundenfälschung und versuchten Prozeßbetrugs" erstatten. Das hat sein Rechtsanwalt Simon Bergmann von der prominenten Berliner Kanzlei Schertz Bergmann vergangene Woche bekanntgegeben.
In einer juristischen Auseinandersetzung ging es um die Berichterstattung des Spiegel vom Juni vergangenen Jahres, in der die Zeitschrift behauptete, Lindemann würde weibliche Fans mit K.-o.-Tropfen für sexuelle Handlungen gefügig machen. Das darf das Magazin schon seit einem Jahr nicht mehr behaupten, wie am 19. Juli das Hanseatische Oberlandesgericht im Berufungsverfahren erneut bestätigte.
Zum Beweis seiner Vorwürfe hatte der Spiegel schon vor mehr als einem Jahr zwei eidesstattliche Versicherungen angeblicher Opfer vorgelegt. Dabei handelt es sich um die Frauen, die die Reporter in der Titelgeschichte "Zoe" und "Sophie W." nannten. Rechtsanwalt Bergmann teilte nun mit, in der Berufungsverhandlung "mußte der Spiegel einräumen, daß die ursprünglich eingereichten eidesstattlichen Versicherungen nicht von 'Zoe' und 'Sophie W.' stammten". Bergmann hatte schon im Juli vergangenen Jahres "Ungereimtheiten" gerügt: "Die eidesstattliche Versicherung von 'Zoe' wies die Besonderheit auf, daß sie auf der vorletzten Seite mit einem Satz begann, der auf der nächstfolgenden Seite nicht fortgesetzt wurde."
Dort habe sich nur noch die Unterschrift der Zeugin befunden, "so daß davon ausgegangen werden mußte, daß einzelne Seiten der eidesstattlichen Versicherung entfernt bzw. ausgetauscht wurden", so Bergmann. Das heißt: In der mehr als ein Jahr dauernden Auseinandersetzung mußten sich die Gerichte mit Beweisen beschäftigen, die sich nun als falsch herausstellten. Statt dessen reichte der Spiegel im Berufungsverfahren "zwei bislang unbekannte eidesstattliche Versicherungen" - wieder von "Zoe" und "Sophie W." - ein. Diese weichen, so Bergmann, "nicht unerheblich" von der ersten Fassung ab.
Laut dem Lindemann-Anwalt redete sich der Spiegel damit heraus, daß "aufgrund eines Versehens des eigenen Prozeßbevollmächtigten und seines Sekretariats" bei Einreichung der eidesstattlichen Versicherungen "verschiedene Fassungen miteinander vertauscht worden" seien. Besonders schwerwiegend ist der Fall, weil der Spiegel laut Bergmann "im Verfahren wie auch verfahrensbegleitend seine Berichterstattung immer wieder mit dem Argument verteidigt hat, eidesstattlichen Versicherungen käme aufgrund der Strafbewehrung ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit zu".
In Aussage-gegen-Aussage-Fällen "müßten sie ausreichen, um eine Verdachtsberichterstat-

tung zu rechtfertigen". Der Lindemann-Anwalt sagt: "Soweit nun feststeht, daß zwei eidesstattliche Versicherungen tatsächlich nicht so abgegeben wurden wie eingereicht, ist dies ein Vorgang, der von den Strafverfolgungsbehörden aufgeklärt werden muß." (fh)<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):

>>**Halb Prinz, halb Mensch**

… Der unglückliche Reichskanzler Max von Baden, der die letzten Wochen des Kaiserreichs gestalten mußte

Rainer F. Schmidt

Die Zuschreibungen, die ihm Historiker und auch Zeitgenossen verpaßt haben, sind wenig schmeichelhaft. Da ist die Rede vom "schwulen Totengräber" des Kaiserreichs; vom "Bademax", der sich in die Fluten der Revolution stürzte und darin unterging; vom "Jammerlappen", der sich, als Ende Oktober 1918 Tatkraft gefragt war, mit Opium für anderthalb Tage in einen komatösen Tiefschlaf versetzen ließ, obwohl manches darauf deutet, daß Max von Badens Handlungsunfähigkeit in dieser Zeit des Zusammenbruchs der alten kaiserlichen Ordnung der Spanischen Grippe geschuldet war; vom "Schlappschwanz", wie ihn der Kaiser in amtlichen Dokumenten nannte, dem es nur mit Hilfe eines Fluffers gelang, einen Erben zu zeugen; und vom "Mann im Versteck" mit päderastischen Neigungen, die in der Kartei des Berliner Polizeipräsidenten aktenkundig waren.

Tatsächlich war sein Leben überschattet von der Tragik einer zerrissenen Persönlichkeit, aufgespalten zwischen Standesbewußtsein und dynastischer Verpflichtung auf der einen und Sinnkrise und Minderwertigkeitsobsessionen auf der anderen Seite: "halb Prinz, halb Mensch", wie einer seiner Biographen formulierte. Geboren am 10. Juli 1867 als Sproß eines der vornehmsten regierenden deutschen Fürstenhäuser, war er der Neffe des Kronprinzen Friedrich Wilhelm und der Vetter Wilhelms II., dazu noch versippt mit dem russischen Zarenhaus, da seine Mutter, Maria Maximilianowna von Leuchtenberg, eine Nichte von Zar Alexander II. war.

Dieses Korsett hochadeligen Daseins füllte er als Ästhet mit einer profunden Bildungsattitüde: mit dem Besuch des humanistischen Gymnasiums, dem Jurastudium in Leipzig, mit Klavierspiel, Literatur, Musik und Kunst, deren Bogen von Wagner bis Nietzsche reichte.

Im Pendelschlag zwischen Hofgesellschaft, adeliger Salonwelt und Offizierskasino formten sich auch die typischen Versatzstücke seines hochkonservativen Weltbildes: dem "allergrößten Widerwillen" gegen Parlamentarismus und Parteienherrschaft, der Ablehnung der Pressefreiheit, "dieses Freibriefs der Dummheit und Gemeinheit", wie er wetterte, und einem "ethischen Imperialismus", der die Deutschen einen gerechten Krieg führen ließ - einen Krieg, der die Kultur gegen den Materialismus verteidigte, die Wahrheit gegen die Lüge und die Moderne gegen das Alte.

Freilich: unter der Außenhaut der hocharistokratischen Attitüde verbarg sich ein Doppelleben, eine zum Zerreißen gespannte Ambivalenz im Dasein. Ihr Motor war der Umstand, daß er sich zu jungen Männern hingezogen fühlte und sich den Erwartungen seines Standes nicht gewachsen zeigte. Das galt zum einen für den Kriegsdienst. Schon nach wenigen Wochen kehrte er im Oktober 1914, zermürbt von der Hölle der Front, zurück und widmete sich als Ehrenpräsident des Roten Kreuzes und des Weltbundes der Christlichen Vereine Junger Männer der Fürsorge der Kriegsgefangenen. Das trug ihm den abfälligen Spottnamen eines "Sanitätsgenerals" ein.

Ungeeignet war er aber auch dafür, seine dynastischen Pflichten von Eheschließung und Nachwuchszeugung zu erfüllen. Denn anders als seine Generationsgenossen Harry Graf Kessler oder Thomas Mann agierte er sein homosexuelles Begehren in vollen Zügen aus: mit adeligen Vettern und mit bürgerlichen Gleich-gesinnten.

In einer Zeit, die diese Neigung unter schwere Strafe stellte und mit dem Fluch gesellschaftli-

cher Ächtung belegte, wie die Prozesse gegen Oscar Wilde 1895 und Philipp Eulenburg 1907/08 vorgeführt hatten, stürzte ihn dies in heftige Gewissensqualen und Seelennöte. Im Alter von 33 ließ er sich dann, widerwillig und gedrängt von dem Zwang, für den dynastischen Fortbestand seines Hauses sorgen zu müssen, in den Ehebund mit Maria Luise von Hannover-Cumberland zwängen, einer Prinzessin von Großbritannien und Irland.

Ständige Furcht vor Aufdeckung seiner Homosexualität

Aber jetzt kam die Nachwuchsfrage auf die Tagesordnung. Die therapeutischen Manipulationen, die hierfür aufgeboten werden mußten, zeugen von einer beispiellosen Selbstkasteiung und der Bereitschaft, alles auszuprobieren, was zum Ziel führte. Mit seiner Frau verbrachte er Monate in der Villa des schwedischen Arztes und Psychiaters Axel Munthe in San Michele auf der Insel Capri. Dort, inmitten des azurblauen Golfs von Sorrent, entstand endlich der ersehnte Nachwuchs.

Und Marie Luise brachte es fertig, die sexuelle Neigung ihres Gatten zu tolerieren. Sie duldete seine Fluchten in Gegenwelten zur höfischen Etikette, wo die Homosexualität kein untilgbarer Makel war, wo er die beständige Furcht vor Aufdeckung und Skandal hinter sich lassen konnte: nach Schloß Elmau am Fuße des Wettersteingebirges, wo der evangelische Theologe Johannes Müller einen Kreis von Intellektuellen versammelt hatte, und nach Bayreuth ins Haus Wahnfried zu Cosima Wagner, die zur Ersatzmutter und Seelentrösterin avancierte.

Das neu gefundene Gleichgewicht war auch der Grund, weshalb er am Ende des Krieges wie aus dem Nichts auf der Bühne der großen Politik erschien. Sein Spindoktor Kurt Hahn, ein hochbegabter, anglophiler junger Mitarbeiter der deutschen Auslandspropaganda, hatte ihm die Rolle eingeblasen, in die er sich hineinphantasierte: die des sich aufopfernden Retters des Vaterlandes. Gemeinsam hatten sie eine Regierungsliste erstellt, die voller Alias- und Decknamen war: der "Verwandte" stand für den Kaiser, der "Onkel" für Ludendorff und der "Wunschlose" für ihn selbst.

Aber auch auf der Kommandobrücke des Reiches, die er als Reichskanzler am 3. Oktober 1918 betrat und am 9. November nach einem totalen Nervenzusammenbruch überstürzt wieder verließ, holte ihn seine doppelbödige Existenz ein. Die Kaiserin drohte in einem Telefongespräch damit, die Öffentlichkeit über sein Intimleben zu informieren, wenn er ihren Gatten zur Abdankung zwinge.

Der Rest, bis zum 6. November 1929, war ein Schwanengesang: ein zerschmetterter Lebensentwurf fernab der Politik auf Schloß Salem am Bodensee, wo er mit Kurt Hahn, als Leiter des neu gegründeten Internats, eine geistige Elite junger Männer hervorbringen wollte, die gestählter und lebenstauglicher sein sollte als er es jemals gewesen war.

Prof. Dr. Rainer F. Schmidt lehrte Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte am Institut für Geschichte der Universität Würzburg.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):

>>**Umgekehrter Totalitarismus: Der Psychologe Rainer Mausfeld über die perfiden Methoden des Machterhalts**

Regina Bärthel

Ein vielstimmiger Aufschrei folgte auf die Entscheidung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron Anfang Juni, die Nationalversammlung aufzulösen. Seine Koalition wurde bei der EU-Wahl abgestraft, nun sollte das Volk neu entscheiden. Doch keines der drei Bündnisse konnte eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung sichern, das tonangebene Linksbündnis steht auf sehr wackligen Beinen, da das französische Parlament nicht koalitionserprobt ist. Handelte Macron also aus politischem Kalkül - oder doch als wahrer Demokrat? Eine Frage, die ein grelles Licht auf die Verfaßtheit heutiger Demokratien wirft.

In seinem gewichtigen Werk "Hybris und Nemesis. Wie uns die Entzivilisierung von Macht in den Abgrund führt - Einsichten aus 5.000 Jahren" geht der Kieler Emeritus Rainer Mausfeld

der Entstehung, dem Mißbrauch wie auch der Verteidigung der Demokratie von der Antike bis heute nach: Demokratie, die Herrschaft des Volkes, entstand einst als Werkzeug zur Eindämmung von Exzessen der Macht - und zwar durch das dezidierte Mitspracherecht mündiger Bürger. Doch genau hier steht das Einfallstor des Machtmißbrauchs, denn nicht erst seit heute bedienen sich die Herrschenden verschiedenster Mechanismen, um das Wohlwollen der Wähler zu gewinnen.

Diese Strategien zur Beeinflussung des Wahlvolks basierten schon immer auf Versprechungen - Wohlstand, Sicherheit, Glück - und haben sich längst dazu entwickelt, die Urteilsfähigkeit des Demos zu steuern. Ein Grund mehr für den Kognitionsforscher Mausfeld, diese Maßnahmen und Strategien der sich angeblich für Volkes Wohl einsetzenden Machtelite zu beleuchten und so den wahren Souverän - möchte man ihn nun wie der Autor als "Volk" oder doch lieber als "Bürger" bezeichnen - für die Wahrnehmung echter Demokratie zu befähigen.

Folgerichtig beginnt Mausfeld in seinem in drei Teile gegliederten Buch mit dem psychologischen Fundament des Menschen: Gerade dessen Befreiung vom reinen Instinkthandeln habe ihn dazu befähigt, abstrakt sowie symbolisch zu denken. Damit sei ein immenses kreatives Potential entstanden, darunter die "Befähigung zur Moralität und zur kreativen kulturellen Ausbildung sozialer Normen und Werte", mithin eines komplexen Bewertungssystems. Das allerdings führte nicht nur zum Guten, Wahren, Schönen, sondern auch zu Hybris, also dem "schamlosen Ausnutzen von Macht".

Das führte im Verlauf der Menschheitsgeschichte, die im zweiten Teil dargelegt wird, zur "Entstehung parasitärer Eliten" und ihren nicht immer feinen Bestrebungen zu Ansammlung und Erhalt von Macht. Ebenso schildert Mausfeld aber auch die vielfach geglückten Anstrengungen, die Gewalt dieser Machteliten einzudämmen: Ausführlich und mit deutlicher Sympathie beschreibt er, wie sich der Grundgedanke der Demokratie in der Antike herausbildete, da "Herrschaft nur unter der Verfahrensbedingung freier und gleicher Teilnahme aller Betroffenen eine Legitimation finden kann".

Eine freie und unabhängige Meinungsbildung wird vorgegaukelt

In den letzten einhundert Jahren hat sich die Demokratie in den meisten Staaten der Welt durchgesetzt. Ein Siegeszug? Mitnichten, konstatiert Mausfeld. Auf das Goldene Zeitalter folgte auch hier der Sündenfall, indem die Mächtigen und Reichen das demokratische Versprechen von Freiheit und Selbstbestimmung gekapert hätten: Mit dem kleinen Zusatz "repräsentativ" sei die Demokratie nun dazu verdammt, "eine Oligarchie mit der Unterstützung der Masse der Bevölkerung über Wahlen an der Macht zu halten."

Schon 2018 fragte der Autor im gleichnamigen Buch "Warum schweigen die Lämmer?" und setzte sich mit den Techniken moderner Propaganda, getarnt als Public Relations, auseinander. Nun beleuchtet er dieses Arsenal von zunächst kaum wahrgenommenen Methoden der Bewußtseinskontrolle, durch die der politische Diskurs zunehmend gesteuert und eingeengt wurde - und wird.

Mausfeld folgt dabei dem Begriff des "umgekehrten Totalitarismus", den der US-amerikanische Soziologe Sheldon Wolin bereits 2003 prägte: Statt der "Hard Power", also gewaltsamer Repressionen, wie man sie aus totalitären und/oder kommunistischen Systemen kennt und die letztlich immer den Widerstand des Volkes hervorrufen, setzt der umgekehrte Totalitarismus auf Meinungsmanipulation, Indoktrination sowie die Kontrolle des politischen Streits inklusive eines verstärkten Konformitätsdrucks. Unter diesen Maßnahmen der psychologisch ausgerichteten "Soft Power", also der ideologischen Macht, wird den umfassend Beherrschten eine freie und unabhängige Meinungsbildung vorgegaukelt.

Rainer Mausfeld verfaßte seine Kritik aus dezidiert linker Sicht, dementsprechend liegt für ihn die Wurzel des Übels im Kapitalismus, der mit der Demokratie unvereinbar sei. Man muß einwenden: Die Allianz aus Macht und Kapital ist heute gerade deshalb so erfolgreich, weil

sie sich linker Ideologeme bedient. Alexander Wendt hat in seinem Buch "Verachtung nach unten" klar aufgezeigt: Wie stark Macht und der Wille zu ihrem Erhalt auch die Ideen der Moral und des Sozialen instrumentalisieren, kann seit Jahrzehnten im sogenannten Wertewesten beobachtet werden.
Und dennoch: Mausfeld hat ein wahres Kompendium an Strategien zum Machterhalt geschaffen, durch das sich der aufmerksame Bürger gegen allerlei Formen von Manipulationen schützen kann - zugunsten einer freien Meinungsbildung. Sein Buch ist nicht zuletzt die Anrufung von Nemesis, der griechischen Göttin des gerechten Zorns und der "Bestrafung moralisch unziemlichen Verhaltens" (Mausfeld). Ihr Erscheinen könnte und sollte die Waffen der Elite im Kampf für "unsere" (vulgo: ihre) Demokratie stumpf werden lassen. Wie sagt Mausfeld so schön am Ende seines Buches? "Die Entscheidung liegt bei uns."
Rainer Mausfeld: Hybris und Nemesis. Wie uns die Entzivilisierung von Macht in den Abgrund führt - Einsichten aus 5.000 Jahren. Westend Verlag, Neu-Isenburg 2023, … 510 Seiten
…<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):
>>**Die Zerstörung von Normalität: Tom Sora über den Weg vom Dadaismus zum Wokismus**
Lorenz Bien
Als der italienische Dichter Filippo Tommaso Marinetti im Februar 1909 das "Futuristische Manifest" in Paris vorstellte, hatten seine Visionen noch wenig Gemeinsamkeiten mit dem, was man heute allgemein als "Woke" bezeichnet. Marinetti erklärte, er wolle gegen "den Feminismus und gegen jede Feigheit kämpfen", besang "die Ohrfeige und den Faustschlag" und schwärmte vom Krieg. Dennoch, so stellt es der rumänische Musiktheoretiker und Komponist Tom Sora klar, läßt sich vom "Manifesto del Futurismo" eine Linie zu der heutigen radikalen Linken ziehen.
Die Verwandlung des klassischen militanten, marxistisch-leninistischen Linksextremismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zur post-marxistischen Neuen Linken, so Soras These, wäre ohne die avantgardistischen Kunstbewegungen des 20. Jahrhunderts nicht möglich gewesen. Obwohl die Futuristen von der Zerstörung der "Bibliotheken und Akademien" und damit aller klassischen Kultur schwärmten, waren sie jedoch noch nicht sozialistisch geprägt. Mit zahlreichen Zitaten zeichnet Sora jedoch nach, wie ihr revolutionärer Gestus und ihre kulturellen Tabula-Rasa-Phantasien die Linke, allen voran den Marxisten Antonio Gramsci, nachhaltig prägten und begeisterten.
Als erste tatsächlich marxistisch geprägte Kunstbewegung versteht der Autor die Dadaisten. Punkt für Punkt zeigt Sora dabei auf, wie sich hinter den zunächst bizarr klingenden Äußerungen der Dadaisten ein handfester ideologischer Unterbau befindet: die Zerstörung von Normalität, die Vernichtung des Individuums und der Aufbau einer massebasierten, "proletarischen" Führungsklasse, die Zerstörung der Familie und die Abschaffung des Privatbesitzes.
Im Fokus des Buches steht jedoch der auch im Untertitel erwähnte amerikanische Komponist der sogenannten Neuen Musik, John Cage.
"Die Revolution", so faßte es dieser einmal zusammen, sei "das eigentliche Anliegen" seines Werkes. Damit war zum einen eine Bewußtseinsveränderung gemeint, die er mit seiner eigenen, atonalen und zuweilen sehr bedrohlich klingenden Musik anstoßen wollte. Cage wollte mit seiner Musik jedoch auch zu einer revolutionären Praxis inspirieren - als agitierender Botschafter im Sinne Lenins, der Intellektuelle zur Avantgarde radikal umwälzender Veränderungen erklärte.
Nach eigenen Angaben begann Cage in den frühen 1970er Jahren ein "methodisches Studium der Schriften Mao-Tse-tungs" und betrachtete dessen totalitäres Gesellschaftssystem als Mittel zur "Befreiung eines Viertels der Menschheit". Die von Cage angestrebte Zerstörung von

Sinn, Sprache und Unterscheidungsfähigkeit betrachtet der Autor dabei als Vorläufer heutiger universitär-linker Bewegungen.
Tom Sora: Linke Intellektuelle im Dienst des Totalitarismus. Wie die Kunstavantgarde den Weg für die Woke-Bewegung bereitete - das Beispiel John Cage. Solibro Verlag, Münster 2024, … 412 Seiten …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…):
>>**Der Green Deal, die EU-Klima- und -Agrarpolitik und ihre Entwicklungen auf dem Milchmarkt**
Manfred Harms
Aktuell sieht sich die Milchwirtschaft mit immer strengeren Vorgaben konfrontiert. Zudem beinhaltet der Green Deal, mit dem die EU bis 2050 "klimaneutral" werden soll, einen fundamentalen Umbau der Landwirtschaft. Befürchtet wird ein massiver Importanstieg von Agrarprodukten mit deutlich schlechteren Standards. Die EU würde damit laut Wissenschaftlern des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) vor allem Umweltprobleme in andere Länder und Regionen auslagern.
Ein Hauptpunkt des Green Deals ist die Farm-to-Fork Strategie für eine "nachhaltigere" Nahrungsmittelproduktion in der EU. Unter diesem Schlagwort soll künftig ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, daß es bei der Herstellung von Nahrungsmitteln in der EU "gerechter, gesünder und umweltfreundlicher" zugeht. Insbesondere Milchwirtschaft und -erzeuger sehen bei diesen ambitionierten EU-Plänen mit Sorge große Belastungen und Beschränkungen auf sich zukommen.
Ruinöse Abgabenbelastung und Quoten für die Milchbauern
Der im Juni vom Umweltbundesamt (UBA) und dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) veröffentlichte Report "For a green and just transition in Eu-rope" verlangt, den Green Deal in der Wirtschaft und auf dem Agrarsektor zu verschärfen. Dem Environment Action Programme (EAP) in der bereits 8. Auflage wird eine Schlüsselrolle zugewiesen. Das Programm steht in engem Bezug zu den Green-Deal-Plänen, es listet radikale Maßnahmen bis 2030 auf. Sie bilden aber nur das vorläufige Fundament und den Ausgangspunkt der EU zum Erreichen der UN-Agenda bis zum Jahr 2030 und der damit verbundenen 17 Nachhaltigkeitsziele.
Allerdings hat die EU-Kommission als Reaktion auf die Bauernproteste im April eine Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angekündigt. So ist vorgesehen, die seit 2023 geltende Verpflichtung, vier Prozent des Ackerlandes brachliegen zu lassen, aufzuheben und Kleinstbetriebe mit einer Fläche von unter zehn Hektar von den Verpflichtungen künftig auszunehmen. Die Anpassungspläne der Kommission stoßen auf scharfe Kritik. Umweltverbände sehen darin eine "gänzliche" Abkehr von den Biodiversitätszielen des Green Deals.
Bereits die seit 2004 rechtswidrig erhobene Milchabgabe ohne Einbeziehung des EU-Parlaments in den Gesetzgebungsprozeß stellte eine ruinöse Abgabenbelastung für die Milchbauern dar, dies in einer Größenordnung von insgesamt rund 300 Millionen Euro. Mit dem Erlaß der VO 1788/2003 für die Erhebung einer Milchabgabe war das Anhörungsrecht des EU-Parlaments mißachtet worden, das aber einen festen Bestandteil des Gesetzgebungsverfahrens bildet. Dies hatte zur Folge, daß es keine wirksame Rechtsgrundlage bei der Abgabenfestsetzung für die betreffenden Milchwirtschaftsjahre im Zeitraum 2004 bis 2008 gab.
Zugleich spülte diese EU-weit erhobene Abgabe Hunderte Millionen in die Brüsseler Kassen, obwohl erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit bestanden. Seit 2004 standen die Milcherzeuger vor der zweifelhaften Wahl, entweder eine rechtswidrige Abgabe zu zahlen oder sich durch die Finanzierung von Milchquoten von diesem Risiko freizukaufen. Die EU-Kommission hatte eine sofortige Aufhebung der Abgabenzahlung mit der Begründung abgelehnt, daß dies eine Benachteiligung für diejenigen bedeuten würde, die sich freigekauft hatten.

Zudem wurden in der EU weiterhin Quotenbörsen abgehalten, obwohl diese einem Lotteriespiel gleichkamen. Sie boten keine tatsächliche Garantie für einen Freikauf. Die EU verweigerte sich aber einem ausdrücklichen Vorbehalt mit der Option einer Rückabwicklung. Mit der formalen Aufhebung der Milchabgabenfestsetzung 2015 war zugleich einer erst nach diesem Zeitpunkt möglichen Abgabenfestsetzung für das letzte Quotenjahr praktisch die gesetzliche Grundlage entzogen worden.
In diesem Zusammenhang machte aber auch der tatsächlich als Liquiditätsspritze für die deutschen Molkereien gedachte 30-Prozent-Abzug als Vorauszahlung unter dem Vorbehalt einer noch ausstehenden Abgabenfestsetzung keinen Sinn mehr.
Die immer wieder erfolgte Verlängerung der Bestandschutzregelung in einem Zeitraum von 30 Jahren wurde mit der "Einführung einer Quote als haushaltsbedingte Notmaßnahme" gerechtfertigt. Mit dem Wegfall des Garantiepreises gab es dann keinen Grund mehr, den Milch-erzeugern noch den Erwerb von Quotenrechten abzuverlangen. Die Kanzlei Brüggemann Trimpop, die die Rechte von Milcherzeugern vertritt, versuchte in einem weiteren von ihr geführten Verfahren den Bundesfinanzhof gemäß seiner Vorlagepflicht an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Klärung der Nichtigkeitsfrage bezüglich VO 1788/2003 zu veranlassen.
Vor dem Hintergrund vergangener und aktueller Belastungen von Milcherzeugern und der Milchwirtschaft in der EU ist es gegenwärtig in einigen Bereichen zu erheblichen Marktverwerfungen gekommen.
So war 2023 für Deutschlands größte Genossenschaftsmolkerei DMK ein Jahr der Extreme, wie das Unternehmen in einer Pressemitteilung verlautbaren ließ. Ihr Geschäftsführer, Ingo Müller, betonte zwar, daß die DMK Group mit Blick auf die Gesamtbilanz grundsolide aufgestellt sei, -räumte aber ein nicht zufriedenstellendes Jahresergebnis infolge von Marktverwerfungen ein. Dies hatte zu massiven Abwertungen der Lagerbestände, insbesondere bei Käse, geführt. Als weitere Belastung erwies sich die Bindung an langfristige Verträge mit der Folge deutlich höherer Energiekosten.

Höhere Anforderungen durch die neue Futtermittelvereinbarung

Auf die negativen Marktentwicklungen hat die DMK Group bereits mit einer Strategie reagiert, die Produkte mit höherer Wertschöpfung stärkt und ausbaut, diejenigen mit einer geringeren Verwertung dagegen reduziert. Zu den auf den ersten Blick unpopulären Maßnahmen gehören auch der beschlossene Abbau von Kapazitäten an vier DMK-Standorten bis Anfang 2025, die für Geschäftsführer Ingo Müller wichtig sind, um die Molkerei-Gruppe zukunftsfähig aufzustellen. Denn diese zum einen schmerzhafte Entscheidung diene zugleich der Stärkung aller anderen Standorte, so Müller.
Bereits anderthalb Wochen zuvor gab der DMK-Geschäftsführer die geplante Schließung des Standortes Dargun in Mecklenburg bekannt. Zugleich kommt es an drei weiteren Standorten zu Reduzierungen von Kapazitäten. Grund für die Anpassungspläne in Edewecht, Hohen-we-stedt und Everswinkel sind geringere Milchmengen und die Tatsache, daß an den betroffenen Standorten von der DMK vor allem Standardware produziert wird.
Auch die Genossenschaft Schwarzwaldmilch rechnet für 2025 mit einem deutlichen Milchverlust, da 14 Mitgliedsbetriebe wechseln werden. Eine Menge von 20 Millionen Kilogramm Milch fällt dann weg. Außerdem wird die Genossenschaft nach dem Jahr 2030 zwischen 70 und 80 Lieferbetriebe verlieren, die ihre Kühe in Anbindung halten und deren Milch dann gemäß neuer Verordnung nicht mehr angenommen und verarbeitet wird.
Von neuen bürokratischen Vorgaben sind Milch-erzeu-ger ab dem 1. Oktober 2024 zudem mit dem Inkrafttreten des überarbeiteten QM-Standards in der neuen Version (2020.3) für die Kategorie Futtermittel betroffen. Die höheren Anforderungen ergeben sich aus der neuen QM-Futtermittelvereinbarung, die im Januar 2024 mit einer Übergangsfrist in Kraft trat. Eine wei-

tere wichtige Änderung aufgrund des 2023 in Kraft getretenen geänderten Arzneimittelgesetzes verlangt von den Milchbauern dann auch noch die Meldung der Antibiotikaanwendungen für ihre Kühe im Rahmen der Verbrauchs-mengen-erfassung.
UBA-Studie "For a green and just transition in Europe" (Scientific Opinion Paper 6/24): www.umweltbundesamt.de<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…): >>**Falsche fliegende Zecke**
Paul Leonhard
Zecken lauern nicht nur im hohen Gras oder eilen ihren Opfern wie die Hyalomma hundert Meter hinterher, sondern sie kommen auch angeflogen: Braun, sechs Millimeter lang, kräftige Beine. Kaum auf dem potentiellen Wirt gelandet, werfen die Weibchen die Flügel ab, suchen sich eine geeignete Stelle, haken sich mit den Krallen fest und saugen 20 Milligramm Blut pro Stich. Wer eines der Tierchen erwischt und nicht gleich zerquetscht, dürfte sich allerdings beim Zählen der Beine wundern: sechs statt acht.
Also doch keine Zecke oder eine mutierte? Nein, die Plagegeister gehören zu den blutsaugenden Fliegen. Sie quälen die Menschen seit der Steinzeit - auch an der Gletschermumie Ötzi wurde ein Überrest entdeckt. Eigentlich in Wäldern zu Hause, ist die Hirschlaus auf Rehe, Hirsche, Elche, Dachse und Wildschweine aus. Pferd, Hund, Rind oder Mensch gelten Wissenschaftlern eher als Fehlwirte. Aber in der Not saugt die Hirschlausfliege (Lipoptena cervi), die in lauen Nächten oft in kleinen Schwärmen unterwegs ist, eben menschliches Blut.
Das einzige, was gegen die blutsaugende Hirschlausfliege helfen würde, ist ein harter Winter.
Und wer besonderes Pech hat, wird mit dem Bakterium Bartonella schoen-bu-chen-sis infiziert. Erst 2001 in Schönbruch bei Stuttgart entdeckt, wird es durch Tiere auf Menschen, aber auch von Menschen auf Tiere übertragen. An der Stichstelle rötet sich die Haut und innerhalb von drei Tagen kann sich ein stark juckendes Knötchen bilden. Zwar verschwindet der Juckreiz nach drei Wochen, die Rückbildung der Papel kann aber bis zu einem Jahr dauern. Auch kann von der Stichstelle eine starke Entzündung ausgehen.
Die Schwärmzeit liegt im Spätsommer und Herbst, aber wegen des milden Winters sind sie schon jetzt unterwegs. Und überdies in größerer Anzahl: "Blutsaugende Fliege breitet sich in Deutschland aus", warnt die Bild-Zeitung. Überdies kann es zu Kollateralschäden kommen. Denn während der Mensch den Stich kaum spürt, reagieren Hunde und Pferde häufig panisch. Prophylaxen gibt es keine. Das einzige, was gegen die Plagegeister helfen würde, ist ein harter Winter. Denn die Larven sind frostempfindlich und eine weibliche Hirschlausfliege bringt pro Saison nur eine einzige Larve zur Welt. Diese fällt vom Wirt zu Boden, verpuppt sich und schlüpft dann als erwachsene Hirschlausfliege.<<
Ukraine: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. August 2024 (x1.393/…): >>**Kiesewetter: Ukrainische Angriffe auf russisches Staatsgebiet legitim**
Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, Roderich Kiesewetter, hat die ukrainischen Angriffe auf russisches Staatsgebiet als "völkerrechtlich legitim" bezeichnet.
Im RBB24-Inforadio sagte er am Freitagmorgen, das Vorgehen sei durch Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen gedeckt. Demnach dürfe sich der Angegriffene wehren, auch auf dem Territorium des Aggressors. Kiesewetter sagte: "Wir kennen ja die eigentlichen Ziele dahinter nicht. Ich vermute, daß es darum geht, russische Kräfte zu binden und damit die russische Absicht, weiter Charkiw anzugreifen - oder Sumi, das ist westlich davon - daß das erst mal die Russen nicht können und damit die Ukraine Zeit gewinnt." Laut Kiesewetter muß die Ukraine auch gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung ein Zeichen setzen, da sonst Millionen fliehen.
"Das kann nicht in unserem Interesse sein, daß, wie das Auswärtige Amt unlängst mal gesagt

hat, Millionen Menschen über den Winter die Ukraine verlassen. Davon kommen auch einige Millionen nach Deutschland. Also ist es auch für uns eine Rückversicherung, wenn es der Ukraine gelingt, Rußland zu binden, Zeit zu gewinnen und doch der Welt zu zeigen, daß sie in der Lage sind, militärische Erfolge - zumindest begrenzt - durchzuführen", so Kiesewetter.
In der russischen Region Kursk finden seit Dienstag Kämpfe mit ukrainischen Truppen statt. Präsident Selenskyj äußerte sich nur indirekt zu dem Vorrücken seiner Truppen: Rußland solle den Krieg spüren, sagte er am Abend in seiner täglichen Videobotschaft. Der russische Präsident Wladimir Putin verhängte den Ausnahmezustand in der Region und sprach von "Provokationen des Kiewer Regimes".<<

Frankreich: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. August 2024 (x1.393/…): >>**Olympia pervers 2024: Algerischer Mann gewinnt als Boxerin Gold gegen Frau**

Bei den Olympischen Sommerspielen hat die Algerierin Imane Khelif Gold in der Gewichtsklasse bis 66 Kilo gewonnen. Sie besiegte am Freitagabend im Finale die Chinesin Liu Yang nach Punkten. Liu Yang zeigte im Finale sichtlich Respekt vor der Algerierin, konnte aber immerhin etwas besser mithalten als Khelifs vorherige Gegnerinnen.
Die Italienerin Angela Carini hatte im Auftaktkampf gegen die Algerierin nach 46 Sekunden aufgegeben, danach hatte es heftige Diskussionen um das Geschlecht der Boxerin gegeben. Khelif war 2023 bei einem Geschlechtstest des Boxverbands IBA als "zu männlich" durchgefallen.
Für das IOC spielte das aber keine Rolle, es beachtet nur amtliche Dokumente.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…): >>**Frauenboxen bei Olympia**

Die Ideologie hat gewonnen

Anabel Schunke

Anfang vergangener Woche machte die Meldung die Runde, daß es sich bei zwei Athletinnen, die im Frauenboxen bei Olympia antreten, um biologische Männer handelt. Imane Khelif aus Algerien und Lin Yu-Ting aus Taiwan wurden während der Weltmeisterschaften im Frauenboxen 2023 in Indien nach einem Geschlechtstest von der Internationalen Boxing Association (IBA) disqualifiziert, auch wegen zu hoher Werte des Männlichkeitshormons Testosteron.
Bei den Olympischen Spielen dürfen sie trotzdem antreten. Entscheidend hierfür war lediglich, was im Paß der Teilnehmer steht. Die Empörung war groß. Die Menschen solidarisierten sich vor allem mit Khelifs erster Gegnerin in Paris, der Italienerin Angela Carini, die für ihren toten Vater kämpfte. Nach 46 Sekunden gab sie auf, brach nach der Verkündung des Siegers in Tränen aus. Die Bilder gingen um die Welt.
Schnell wurde ein Gegennarrativ von linken Medien wie dem "Volksverpetzer" verbreitete: Khelif sei als Mädchen aufgewachsen und könne auch mit XY-Chromosomen eine Frau sein. Es handele sich vermutlich um eine böse Verschwörung des rußlandnahen Boxverbandes gegen die beiden Boxerinnen auf Medaillenkurs. Zahlreiche Medien in Deutschland übernahmen diese Erzählung ohne jede Überprüfung.
Am vergangenen Montag gab die IBA eine Pressekonferenz und bestätigte erneut die Testergebnisse. Weder für Journalisten noch für die Verantwortlichen bei Olympia scheint dies jedoch eine größere Rolle zu spielen. Die Ideologie hat gewonnen.<<

Großbritannien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…): >>**Großbritannien: Nach den Messermorden an drei Kindern eines 17jährigen mit ruandischen Wurzeln erschüttern Krawalle das Land / Heftige Debatte um die Folgen der Migration**

Paul Leonhard

Großbritannien wird auch in den nächsten Tagen nicht zur Ruhe kommen. Nationalistische

und rechte Gruppen dürften weiterhin in mehreren Städten zu Protesten gegen die aus ihrer Sicht ausgeuferte Migration auf der Insel aufrufen. Anlaß ist der Messerangriff eines 17jährigen auf mehrere Kinder in der nordenglischen Hafenstadt Southport am vorvergangenen Montag, Dabei hatte der Einzeltäter drei Mädchen im Alter von sechs, sieben und neun Jahren getötet und weitere fünf Mädchen sowie zwei Erwachsene, die alle an einem Ferienkurs teilnahmen, teils lebensgefährlich verletzt.

Die Polizei konnte den Täter festnehmen, äußerte sich aber zunächst nicht zur Herkunft des 17jährigen, so daß wilde Gerüchte in Umlauf kamen, laut denen es sich bei dem Mörder um einen illegal eingereisten Asylbewerber mit arabischem Namen handeln sollte, der im Visier des Geheimdienstes gewesen sei. In Southport, aber auch in London provozierten angereiste Rechtsextreme zu Krawallen mit zahlreichen verletzten Polizisten.

Premier Keir Starmer spricht von einem "marodierenden Mob"

Danach wurde bekannt, daß Axel Rudakubana am 7. August 2006 als Sohn ruandischer Eltern in der walisischen Hauptstadt Cardiff geboren wurde und zum Zeitpunkt des Angriffs gemeinsam mit seinen Eltern in einem Zweifamilienhaus etwas außerhalb von Southport lebte. "Mama war eine Hausfrau. Papa war nett.

Er ging jeden Tag zur Arbeit. Sie hatten ein kleines Familienauto mit Fließheck", zitiert die BBC eine Nachbarin. Rudakubana sei ein "ruhiger" Junge gewesen, der als Kind an seiner Mutter hing und im Musiktheater mitwirkte. Warum es zu der Tat kam, ist noch völlig unklar. Sollte sich der Tatverdächtige bei seiner für den 25. Oktober geplanten Anhörung schuldig bekennen, wird es keinen Prozeß geben, sondern das Gericht könnte die Strafe direkt festlegen.

Die Krawalle haben das gesamte Land erreicht. Die Polizei ordnete die gewalttätigen Protestler der ultrarechten und islamophoben English Defence League zu. Demonstrationen gab es in mehr als 30 Städten. In London, wo der Anteil der weißen Bevölkerung nach mehreren Migrationsschüben unter 45 Prozent liegt, wurde unter dem Motto "Genug ist genug" auf die seit Jahren anhaltende Migration in Großbritannien aufmerksam gemacht. Die Teilnehmer forderten, die Einreise irregulärer Migranten zu stoppen, und skandierten: "Wir wollen unser Land zurückhaben!" Im nordirischen Belfast gingen sogar katholische und protestantische Rechte gemeinsam gegen Migration auf die Straße.

Von "marodierenden Mobs" sprach Premierminister Keir Starmer. Um die Polizei zu unterstützen und die um sich greifenden Krawalle einzudämmen, kündigte er eine Aufstockung der in Bereitschaft stehenden Staatsanwälte, rund um die Uhr arbeitende Sondergerichte und mehr Unterbringungsmöglichkeiten in den Strafanstalten an. Überdies ordnete der zuständige Richter an, daß der in Untersuchungshaft sitzende Täter jetzt namentlich genannt werden darf. So solle verhindert werden, daß Böswillige "in einem Vakuum weiterhin Fehlinformationen verbreiten können und dies einen zusätzlichen Vorwand für eine neue Runde öffentlicher Unruhen liefert".

Andere Konsequenzen fordert hingegen Nigel Farage, Vorsitzender der Partei Reform UK: "Recht und Ordnung auf unseren Straßen brechen zusammen. Dieser Premier hat keine Ahnung, wie er damit umgehen soll. Wir müssen anfangen, härter zu werden." Das Ausmaß der Einschüchterung und der Bedrohung des Lebens habe in einer funktionierenden Demokratie keinen Platz.

Vor allem daß so viele Polizeibeamte bei dem Versuch, den Frieden zu wahren, verletzt worden seien, sei schockierend, und "wir sollten den Einsatz der Armee nicht ausschließen, falls sich die Situation weiter verschlechtert", so Farage. Aber nur ein paar rechtsextremen Schlägern "die Schuld zu geben und zu sagen, das sei die Wurzel unserer Probleme", funktioniere nicht: "Wir brauchen härtere Gefängnisstrafen für jeden, der ein Messer trägt."

Nigel Farage kritisiert Zweiklassenpolizei

Auf X fordert Farage die Einberufung des Parlaments als geeigneten Anfang, "eine ehrliche Debatte" über "die Zersplitterung unserer Gemeinschaften als Folge der massenhaften, unkontrollierten Einwanderung, sei sie legal oder illegal" zu führen: Eine Bevölkerungsexplosion ohne Integration werde immer schlecht enden. Parallel dazu kritisierte er die Sicherheitskräfte: "Seit dem sanften polizeilichen Vorgehen gegen die Black-Lives-Matter-Proteste hat sich der Eindruck einer Zweiklassenpolizei verbreitet.
Die zögerlichen Versuche des Premierministers, die aktuelle Krise anzugehen, haben dieses Gefühl der Ungerechtigkeit nur noch verstärkt." "Weiße britische Christen hatten jeden Tag Angst, aus dem Haus zu gehen, nachdem sie jahrelang unter aus der Dritten Welt importierten Terroranschlägen, Straßengewalt, Messerkriminalität und Grooming-Gangs leiden mußten", erklärte dagegen die rechte Kleinpartei Britain First.
Angesichts der rechtsextremen Krawalle und vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt muslimischer Gruppen berief die britische Regierung am Montag den nationalen Krisenstab ein. Bei den Ausschreitungen wurden nach Angaben der Sicherheitsbehörden seit Samstag mehr als 150 Personen festgenommen.<<

USA Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/24" berichtet am 9. August 2024 (x1.397/…): >>**Ganz im Sinne der US-Hardliner**

Nach Geplänkeln zwischen Nordvietnam und der US Navy im Golf von Tonkin wurde Lyndon B. Johnson 1964 ermächtigt, gegen Hanoi loszuschlagen

Thomas Schäfer

Der von 1946 bis 1954 tobende Indochinakrieg führte am Ende zur staatlichen Teilung Vietnams. Drei Jahre später initiierte der kommunistisch geführte Norden einen Volksaufstand gegen die von den USA protegierte Regierung im Süden. Zu dessen Unterstützung drangen bis Anfang 1964 etwa 40.000 nordvietnamesische Soldaten in Südvietnam ein, wo mittlerweile rund 15.000 US-Militärberater stationiert waren.
Die Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte wollten jedoch noch mehr Druck auf die Demokratische Republik Vietnam (DRV) im Norden ausüben. Dabei verwiesen sie auch immer wieder auf die damals äußerst populäre Domino-Theorie, der zufolge ganz Südostasien kommunistisch werden würde, wenn die Regierung in Saigon falle. Allerdings fehlte noch ein handfester Anlaß für offene Angriffe auf Nordvietnam. Deshalb setzten die US-Streitkräfte im Sommer 1964 auf Provokation.
So unterstützten sie beispielsweise südvietnamesische Kommandounternehmen an der nordvietnamesischen Küste durch den demonstrativ-flankierenden Einsatz von Schiffen der 7. US-Flotte. Außerdem operierten einige US-amerikanische Zerstörer am Rande der Territorialgewässer der DRV, um Aufklärungsdaten über die Militäreinrichtungen und elektronischen Systeme des kommunistischen Staates zu gewinnen.
Hierbei kam es zu zwei Zwischenfällen. Am 2. August 1964 beschossen nordvietnamesische Schnellboote den Zerstörer "USS Maddox" mit Maschinengewehren, was die Regierung in Washington mit einer Protestnote beantwortete. 48 Stunden später drang die "Maddox" im Verbund mit dem Zerstörer "USS Turner Joy" abermals in den Golf von Tonkin vor. Während ihrer Mission sollen die beiden Kriegsschiffe mit insgesamt neun Torpedos attackiert worden sein, wobei die diesbezüglichen Meldungen jedoch aus eklatanten Fehlinterpretationen von Sonar-Ortungen und selektiv ausgewählten Abhörergebnissen des Geheimdienstes NSA resultierten.
Ungeachtet der sofort laut gewordenen Zweifel an einem Angriff der Nordvietnamesen auf die Navy-Einheiten informierte der US-Verteidigungsminister Robert McNamara den Präsidenten über den neuerlichen "Tonkin-Zwischenfall". Und diesmal reagierte Lyndon B. Johnson nun auch ganz im Sinne der Hardliner unter seinen Beratern und ersuchte den Kongreß der Vereinigten Staaten um freie Hand bei der Ausweitung der Militäroperationen gegen Hanoi.

Den entsprechenden Blankoscheck hierfür erhielt er durch die fast einstimmige Verabschiedung der "Gulf of Tonkin Resolution" vom 10. August 1964. Darin ermächtigten das Repräsentantenhaus und der Senat den Präsidenten angesichts der "absichtlichen und wiederholten" nordvietnamesischen Attacken "auf Marineschiffe der Vereinigten Staaten, die rechtmäßig in internationalen Gewässern präsent sind, ... alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um einen bewaffneten Angriff gegen die Streitkräfte der Vereinigten Staaten abzuwehren und weitere Aggressionen zu verhindern."
Damit stand dem offiziellen Eintritt der USA in den Vietnamkrieg nichts mehr im Wege, obwohl die Tonkin-Resolution keine formelle Kriegserklärung war. Ungeachtet von den Washingtoner "Resolutionen" begann die Bombardierung nordvietnamesischen Territoriums allerdings schon am 5. August.
An diesem Tage fanden erste Luftangriffe auf Hafenanlagen oder Marinestützpunkte in Hon Gay, Loc Chao, Phuc Loi, Vinh und Quang Khe statt. Im Zuge der so erfolgten Eskalation des Krieges wurden letztlich bis zum Rückzug 1973 um die 550.000 US-Soldaten nach Vietnam entsandt, von denen über 58.000 fielen. Darüber hinaus starben bis zu drei Millionen Vietnamesen im Norden und Süden des geteilten Landes.
Aufgrund der zunehmenden Proteste in den USA gegen den Vietnamkrieg und der von Daniel Ellsberg an die Presse durchgestochenen Enthüllungen über die Falschmeldungen von US Navy und NSA rund um den "Tonkin-Zwischenfall" kam es 1970 zur Aufhebung der Tonkin-Resolution durch den Kongreß.<<

10.08.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. August 2024 (x1.393/…): >>**Regierung plant CO2-Abgabe auf Holzenergie**
Die Bundesregierung bereitet ein Konzept für eine CO2-Abgabe auf Holzenergie vor. Das geht aus dem jüngsten, noch unveröffentlichten Entwurf der "Nationalen Biomasse-Strategie" (Nabis) vom Februar dieses Jahres hervor. Das Papier wird derzeit zwischen den Bundesministerien für Wirtschaft und Klimaschutz, Umwelt sowie Landwirtschaft abgestimmt, die "Welt am Sonntag" berichtet darüber.
In dem Nabis-Entwurf ist konkret von einer "Entwicklung eines Konzepts für die Anwendung eines CO2-Faktors für holzartige Biomasse" die Rede. "Die Bundesregierung wird bis 2025 ein Konzept entwickeln, wie die Klimawirkung der energetischen Nutzung holzartiger Biomasse - insbesondere auf europäischer Ebene - adäquat abgebildet werden kann, zum Beispiel, indem ein realistischer und angemessener CO2-Faktor für die Verbrennung von holzartiger Biomasse eingeführt wird", heißt es wörtlich.
Die Federführung liege beim Bundeswirtschaftsministerium. Ein Sprecher von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte auf Nachfrage, daß man "Zwischenstände grundsätzlich nicht näher kommentiert". Das Umweltbundesamt (UBA) hat das Informationstool "CO2-Rechner" auf seiner Webseite bereits neu programmiert und Holzenergie dabei von klimaneutral auf klimaschädlich herabgestuft: Der Verbrennung von einer Tonne Holz wird dort nun eine Emission von 1,77 Tonnen CO2 zugeschrieben.
Bislang galt Holz als klimaneutraler, erneuerbarer Brennstoff. Der Geschäftsführer des Deutschen Energieholz- und Pelletverbandes (DEPV), Martin Bentele, kündigte an, juristische Schritte zu prüfen: "Wer auch immer diese Entscheidung fällte, muß mit rechtlichen Konsequenzen rechnen." Potentielle Investoren in CO2-neutrale und erneuerbare Wärmetechnologien würden "getäuscht".
Es gebe keine wissenschaftliche Grundlage für die Einstufung von Holz als klimaschädlich. "Nach dem Debakel um das Heizungsgesetz kann sich Deutschland keine weitere Havarie bei der Energiewende leisten", warnte Andreas Bitter, Präsident des Verbands der Waldeigentümer (AGDW): "Die aber würde bei einer Abgabe auf klimaschonende Holzenergie drohen."

Kritik kam auch vom stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler): "Eine CO2-Abgabe auf Holz ist die nächste Geisterfahrt der Ampel", erklärte Aiwanger in der "Welt am Sonntag": "Holz ist ein nachwachsender Rohstoff mit einer ausgeglichenen CO2-Bilanz. Diese ideologisch motivierte Verteuerung der Holzenergie muß verhindert werden."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30010" berichtet am 10. August 2024 (x1.389/…): >>**20. AZK - Stefan Magnet: AUF1 - Grußbotschaft**

Ivo Sasek: So, jetzt geht's richtig los. Seid ihr bereit? Unser erster Beitrag kommt aus Oberösterreich, ja. Aber so gern er heute als Referent ein ganzes Referat an der AZK gehalten hätte, die Zeit hat's nicht wollen leiden, ja. Aber für einen Videogruß hat's dennoch gereicht. Und wir danken dem Gründer des privaten Fernsehers AUF1 für seine Verbundenheit mit uns, ja. Und die durch ihn erwachten Völker haben ihm viel zu verdanken.

Danke, Stefan Magnet.

Lebenslauf:

Stefan Magnet wurde 1984 in Deutschland geboren und lebt seit langem in Oberösterreich.

Seit 2011 betreibt er in Linz die Film- und Werbeagentur Medienlogistik mit dem Leitspruch: "Social Media und Online-Kommunikation müssen kein Blindflug sein."

Als investigativer Journalist deckt Stefan Magnet Verborgenes auf und nennt die Dinge beim Namen. Er ist eine Brücke zwischen Ereignissen und den daran interessierten Menschen.

2021 gründete er den privaten Fernsehsender AUF1 mit der Devise: "Mut kann man nicht kaufen." Der AUF1-Chef widmet sich in seinen Sendungen den brisantesten Themen der Zeit - von den Corona-Maßnahmen über den Transhumanismus bis hin zum Great Reset. Er bringt alternative Standpunkte und Sichtweisen ein, recherchiert, analysiert und deckt Hintergründe auf.

"Innerhalb weniger Monate entwickelte sich AUF1 zu einem riesigen Player in der alternativen Medienlandschaft. Die Videos und Texte haben eine Reichweite, von der die Konkurrenz nur träumen kann", so lautet eine Einschätzung des Faktencheckers "Correctiv".

Im Gegensatz zu den mit Zwangsgebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Medien, wird AUF1 von treuen und mutigen Zuschauern getragen. Nur mit deren finanzieller Unterstützung können sie schonungslos, frei und unabhängig berichten.

2023 erweiterte der Chef-Redakteur das AUF1-Fernsehprogramm um ein netzbasiertes Textportal namens AUF1.info.

Auch als Autor machte sich Stefan Magnet mittlerweile einen Namen. Seine bislang beiden Bücher sind:

2020: Nach Corona: Warum die Globalisten scheitern werden und die Menschheit erwacht

2022: Transhumanismus: Krieg gegen die Menschheit

Sie zeigen verborgene Realitäten nicht nur auf, sondern vermitteln auch einen positiven Ausblick. Schließlich ist der Autor der festen Überzeugung: "Dieser Frontalangriff mobilisiert die Kraftreserven der Völker! Er läßt die trägen Geister aus ihrem Dämmerschlaf aufschrecken und das Erwachen wird mächtig sein. Der Plan der totalen Knechtschaft geht nicht auf. Statt dessen schreitet der Mensch zur nächsten Bewußtseinsstufe und übernimmt endlich selbstbestimmt Verantwortung."

Ein großer Dank geht an Stefan Magnet für sein Grußwort zur 20. AZK!

Stefan Magnet: "Ich grüße die Teilnehmer der 20. AZK-Konferenz. Denn AZ (Antizensur) ist eine enorm wichtige Institution geworden, um auf die Mißstände unserer Zeit, nämlich die Auslöschung von Meinungen, aufmerksam zu machen. Ich danke Ivo Sasek und seinem Team, daß sie so vorausschauend schon vor vielen Jahren diese Konferenz ins Leben gerufen haben, daß sie Persönlichkeiten, Redner, Visionäre zu Wort kommen lassen, ohne sie zu zensieren, ohne ihnen einen Maulkorb umhängen zu lassen.

Antizensur ist tatsächlich das Thema unserer Zeit, denn wie Ursula von der Leyen am Weltwirtschaftsforum im Januar in Davos bereits verkündet hat, wird 2024 und 2025 jede abweichende Meinung vom Globalisten-Sprech niedergebügelt werden. Sie wollen Desinformation vorgeblich bekämpfen. In Wahrheit geht es ihnen um die Auslöschung von widersprüchlicher Meinung. Doch Demokratie kann nur durch Diskurs, nur durch den Abgleich unterschiedlicher Meinungen stattfinden.
Daß Ivo Sasek und sein Team so lange schon durchhalten, daß sie unermüdlich diesen Weg gehen, ist ein besonderer Verdienst ihrer Arbeit. Dafür müssen wir ihnen danken. Denn solche Persönlichkeiten benötigt es, die keinen Teufel dieses Diesseits scheuen, die keine Angst vor irgend jemandem haben, die sich bereitwillig nach vorne stellen, um der Wahrheit eine Gasse zu schlagen. Aber es benötigt auch Sie, werte Zuschauer, die diese Unternehmungen, die diese freien und alternativen Medien und Konferenzen unterstützen, die sie nicht nur besuchen und konsumieren, sondern auch tatkräftig unterstützen.
Denn ohne Ihre Unterstützung ist all das nicht möglich. Es ist eine untrennbare Gemeinschaft von jenen, die sich nach vorne stellen und jenen, die passiv im Hintergrund, aber doch wertvoll unterstützen. Nur gemeinsam können wir eine Wende erreichen, nur gemeinsam können wir eben der Freiheit und der Wahrheit eine Gasse bahnen. Es ist notwendig, denn die Globalisten setzen nun alles auf eine Karte. Sie gehen in einem schwindelerregenden Tempo ihren Weg. Sie wollen vollendete Tatsachen schaffen.
Das bedeutet absolute Gleichschaltung weltweit, tatsächlich die neue Weltordnung durchziehen. Kontrolle aller Erdenbürger, kontrolliert durch eine kleine Machtelite ganz oben. Bevölkerungsreduktion, digitale Kontrolle, Enteignung, all das inbegriffen, um die Schafherde zu scheren, ruhig zu halten und wie Nutzvieh zu halten für ihre egoistischen Interessen. Dagegen wehrt sich die AZK, dagegen wehren sich freie Medien wie AUF1, dagegen wehren Sie sich als Konsumenten, indem Sie die Inhalte weiter verbreiten und Teil der Veränderung werden. Wir haben eine große historische Chance, gerade in diesen Jahren.
Die Agenda 2030 soll mit aller Brutalität durchgepeitscht werden, um uns in eine dystopische ("äußerst düstere") Zukunft des Transhumanismus, des Globalismus, der neuen Weltordnung zu überführen. Wir können dagegen halten, denn wie immer bedeutet Schmerz und Schock auch Chance auf Veränderung. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß viele Menschen nicht bereit sind, durch freies Denken weiterzuentwickeln, sondern durch Schmerz, durch Einschränkungen und durch negative Erfahrungen, die sie gezwungen sind zu machen in unserer Zeit.
Dafür wird es viele Möglichkeiten in Zukunft geben. Krieg, Unterdrückung, Enteignung, vielleicht wieder eine nächste Pandemie-Inszenierung. All das steht auf der Speisekarte der Globalisten und wir können heute im Sommer 2024 noch nicht exakt voraussagen, was kommen wird. Durch den Corona-Ausnahmezustand sind wir aber aktiviert und vorsichtig geworden. Und wir arbeiten gemeinsam mit vielen Fachleuten aus unterschiedlichsten Bereichen daran, vorherzusehen, was kommen wird, um diesmal besser aufgestellt zu sein.
Freien Medien kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Freie Medien sind es, die die Menschen aufklären können, die ihnen dann ermöglichen, sich eine Meinung zu bilden und die dann eigenverantwortlich ins Tun kommen können. Das ist die Botschaft. Das ist die Aufgabe unserer Zeit. Aufklärung und Wahrheit sind eine Grundlage für einen positiven Veränderungsprozeß. Und egal, was die Globalisten noch alles ins Feld führen werden, um ihr großes übergeordnetes Ziel zu erreichen - wir halten stand, Sie halten stand. Und wir behalten uns unseren klaren Kopf.
In den letzten zehn Jahren aktivierte und aufgewachte Menschen können nicht einfach so wieder zur Tagesordnung übergehen. Man kann sie nicht wieder für dumm verkaufen. Man kann ihnen nicht mehr einreden, daß die Politiker nur das Beste für die Menschen tun würden. Daß

die Medien nur die Wahrheit berichten. Daß dieses Geldsystem so perfekt und gut wäre. Nein, das ist nicht mehr möglich. Wer einmal aufgewacht ist, bleibt aufgewacht und bleibt wachsam. Und diese Menschen werden ganz viele andere Menschen auch noch begleiten auf diesem Aufwachprozeß. Damit grüße ich die 20. AZK-Konferenz und wünsche Ihnen alles Gute. Bleiben Sie standhaft."
Ivo Sasek: Danke. Danke, Stefan Magnet. Ist das schön, mit solchen Kameraden an der Front zu stehen.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29964" berichtet am 10. August 2024 (x1.389/…): >>**AZK - Ivo Sasek: Auswege aus der großen Verschwörung**
Ivo Sasek, geboren am 10.07.1956 in Zürich, verheiratet, elf Kinder, zwanzig Enkel.
Ausbildungen:
- Eidgenössischer Diplomfahrzeugmechaniker und Gastronom
- 4 Jahre Bibelschulausbildung
- Seit 44 Jahren internationaler Bibellehrer im Vollzeitdienst mit ca. 2.000 aufgezeichneten Lehrvorträgen in aller Welt
- 9 Familienoratorien
Einige Gründungen von Sasek seit 1983:
- Obadia, christliche Rehabilitationsarbeit für Drogensüchtige, psychisch Kranke und Alkoholabhängige
- OCG (organische Christusgeneration), Glaubensbewegung mit Betonung auf organischer Praxis, AZK (Anti-Zensur-Koalition)
- S&G Handexpress
- Kla.TV, zahlreiche Dokumentarfilme zum aktuellen Weltgeschehen in mehreren Sprachen
- Elaion-Verlag, Gemeindelehrdienst, Autor von über 20 theologischen Fachbüchern, mehreren Broschüren und Traktaten
- Panoramafilm, Regisseur, Drehbuchautor und Produzent von neun Spielfilmen, davon drei Monumental-Kinofilme
- Sasek TV, zahlreiche Lieder- und Musikproduktionen, Musicals, neun Familienoratorien, d. h. Musikaufführungen mit seiner Familie
- IVO (Interlineare Vollanalyse), Übersetzungsarbeit des Neuen Testaments aus dem griechischen Urtext
- Ivo Sasek spricht heute zum Thema: Auswege aus der großen Verschwörung.
Hallo! Hallo, ihr Lieben. …
Jetzt komme ich zu dem, was mir als Rede auf dem Herzen liegt. Ich beantworte euch heute nämlich einmal den immer wieder mal herabsetzenden Vorwurf gegen Kla.TV, aber auch gegen AZK und viele freien Aufklärer überhaupt, daß wir immer nur Probleme aufzeigen, aber keine Lösungen anbieten würden.
Wißt ihr, solange sämtliche Medien dieser Welt über maximal drei Agenturen und das CFR beherrscht werden, liegt die Medienhoheit, sprich die Informationshoheit, leider noch immer in den Händen übelster Menschenfeinde. Ja, das sind die, die die ganze Welt angreifen, ob man das wahr hat oder nicht. Die Aufklärung der Völker über diese Wüstlinge und Menschenzerstörer gehört daher noch immer zu den wichtigsten Aufgaben unseres Tuns, das ist unsere Aktion.
All dieses Wissen, auch das, was wir heute wiederbekommen, nützt uns aber genauso lange rein gar nichts, wie wir es nicht auch zu den betrogenen und verblendeten Völkern hinaus bringen können, es hinausgelangt ist. Denn die Lösung des wahren Problems muß letztlich von den Völkern selber kommen.
Und hier reden wir bereits von dem wichtigsten Lösungsweg, den wir beständig anbieten. Aber wißt ihr, so viele wollen halt lieber einen bequemeren Lösungsweg, wo sie selber nicht

gefragt sind. … Aber seht, diese Völker müssen doch zuerst wissen, was da überhaupt ist, was abgeht, was tatsächlich geschieht unter diesem Himmel. Denn das wissen sie leider nicht. Und ich sage, noch nicht.
Und dann müssen die Völker aber auch wissen, auf welchem Weg all diese Bösewichte anzugehen und zu bewältigen und zu bezwingen sind. Denn Letztere besitzen, höre gut zu, diese Bösewichte besitzen die NATO als ihre Privatarmee. Und sie haben die Militärhoheit in fast allen Ländern der Erde.
Wenn wir also die Menschen nicht zuerst von all diesen abscheulichen Tatsachen überzeugen können, daß sich dann ausreichend viel Volk hinter die Wahrheit stellt. Und wenn wir die Völker hernach nicht auch noch dazu bewegen können, daß sie nicht mehr in ihre Kriege ziehen, die Kriege von diesen Wahnsinnigen, da gibt es keine wirkliche Lösung. Und seht doch, mit ihren hybriden, sprich verborgenen Kriegen, haben sie unmerklich bereits mehr Menschen getötet, als in beiden Weltkriegen zusammengenommen. Glaubt das mal besser.
Und wenn sie jetzt nicht zunehmend, oder wenn sie jetzt zunehmend zu ihren heißen Kriegen zurückkehren, dann ist das nur, weil ihre hybriden, verborgenen Vernichtungspläne durchschaut worden sind und sie ihre Ziele so oder so durchboxen möchten. Bis auf 500 Millionen müssen alle weg. So fordert es ihr in Stein gemeißeltes Manifest auf den Guidestones. In acht Weltsprachen ihr Lieben. Versteht ihr das?
Und dann noch eins. Selbst wenn wir ausreichend viele Menschen rein informativ gewonnen haben, braucht es noch die Kraft Gottes dazu, sage ich, weil sich unsere Angreifer nämlich mit dämonischen Mächten und Kräften gewappnet haben. Und in der Kraft Gottes liegt daher die entscheidendste Lösung schlechthin. Aber diese muß durch uns hindurchfließen. Durch uns hindurch. Mitsamt allen Fähigkeiten und Tugenden Gottes.
Seht ihr, all solche Lösungsansätze mögen viele halt immer noch nicht hören. Jeder von uns kann natürlich wieder anderer Meinung sein. Aber das macht den Weg der Lösung natürlich auch nicht gerade einfacher. Wenn nämlich jeder von uns in eine andere Richtung zieht, dann frohlocken diese üblen Mächte schon wieder und lassen ihre Korken knallen. Denn sie beherrschen uns ja über allerlei Spaltungen, die sie zuvor gezielt und ständig unter uns geschürt haben.
Und hier an dieser 20. AZK präsentieren wir darum wieder hochwertige Offenlegungen und liefern euch Updates über brisante Entwicklungen an den aktuellsten Schaltstellen der großen Verschwörung - samt nächsten Lösungsansätzen sage ich. Soweit wir es halt vermögen, jeder von seiner Position aus. Die Verbreitung aber solcher Informationen, gleich welcher Art, ob jetzt politisch, wissenschaftlich, ideologisch, religiös oder was auch immer, ich sage eure Mitverarbeitung, eure Mitverbreitung gehört zum gegenwärtig größten Lösungsansatz schlechthin, den es gibt.
Dennoch, die teuersten Wahrheiten werden so lange im Sand versickern und wirkungslos bleiben, wie wir sie nicht zu den quadratverblendeten Völkern durchgeboxt haben, daß sie durchgedrungen sind, weil sie diese nicht erwecken und machtvoll zur Mitwirkung anreizen konnten. Das ist die Bedingung, versteht ihr? Und jahrhundertelang haben wir es erlebt, wie ignorant selbstsüchtige Menschen - nicht mal mit der Hölle bedroht - etwas unternommen haben. Sämtliche Drohungen konnten keine Erweckung hervorrufen. Was bedeutet das? Das heißt, wir müssen also die Kunst beherrschen lernen, wie man hinters Licht geführte und auch mit Naturtrieben angefixte Völker gewinnt. Gewinnt, nicht zwingt.
Und gelingt uns das nicht, wird allerdings hier unten demnächst die bare Hölle los sein. Das verspreche ich. Ja, wenn wir diese desinformierten Völker nicht gewinnen können. Wenn die Völker wirklich heilsam erwachen, dann nur, sage ich, wenn sie etwas Besseres bekommen, als was sie schon haben. Nur gegen etwas Besseres werden sie pauschal gesagt, ich sage mal, ihre notorische Ablenkungssucht eintauschen. So etwa ihre Handysucht, ihre Drogen-, Tablet-

ten-, Nikotin-, Alkoholsucht und Sexsucht und so weiter.
Aber auch ihre fehlgeleitete Informations- und Unterhaltungssucht, kann nur durch den Zustrom eines befriedigenderen Ersatzes zustande kommen. Aber wer hat denn so was unter uns? Ich sage wir selber. Wir selber sollen nämlich dieses Bessere sein. Das ist der Weg. Wenn die betrogene Welt nicht an uns, an unserer Einheit, an unserer Lebensqualität oder an unserer Geisteskraft, an unserer Liebe zueinander, auch an unserer Aufrichtigkeit und Lichtgewalt die neue Welt schmecken und erkennen kann, dann werden wir sie nicht gewinnen ihr Lieben.
Denn wir geben immer nur das weiter, was wir sind. Und nicht das, was wir bloß sagen. Ein Beispiel. Wenn du zum Beispiel jemandem sagst, daß du Masern hast, du hast aber die Röteln, wirst du sie deshalb nicht mit Masern anstecken, sondern mit Röteln. Verstanden? Das war ein saublödes Beispiel, merke ich gerade. Wir werden ja gar nicht krank.
Unser Sein ist daher einer der wichtigsten Lösungsansätze überhaupt. Aber ich sage, laßt uns nüchtern sein und daran denken, daß sowohl Gott als auch Engel oder Außerirdische oder an welche wundersamen Retter auch immer wir denken oder glauben, ihr machtvolles Werk immer nur im Verbund mit uns selber tun. Und durch uns alle hindurch alles ausführen werden. Egal was für eine Macht hinter uns steht. Geistesmächte und Kräfte jeder Art suchen und brauchen immer unsere Körperlichkeit.
Und ohne uns können Geistgewalten gleichsam keine Feinarbeit verrichten. Und wenn sie ohne uns hier unten aufräumen müssen, weil wir nichts tun, dann haben wir hier unten wieder die Sintflut, ihr Lieben. Oder Erdbeben, Naturkatastrophen, die Pest oder was auch immer. Und ich sage nicht nur Juden und Christen haben ihre Heilande und Schriften schon immer mißverstanden und mißinterpretiert. Auch alle übrigen religiösen, aber auch sonstigen politischen, wirtschaftlichen, sonstigen Menschen, egal welcher Art, sie irren alle immer in ganz genau derselben Weise.
Politisch zum Beispiel ist gerade wieder Donald Trump der ersehnte Alleinerlöser, der kommen muß für uns, an unserer Stelle. Auch für viele Aufklärer ist das leider so. Wir werden heute noch einiges darüber hören. Das allerdings, was bei den Politikern die Wahlversprechen sind, das sind bei den Christen die biblischen Prophetien. Versteht ihr?
Wahlversprechen für die Welt, biblische Prophetien für die Gläubigen. Und jede Gattung Mensch schafft es immer wieder wegen solcher Versprechen, sich selber aus dem Spiel zu nehmen. Ja? Und überdies die Prophezeiungen, Prophetien dann noch komplett überspitzt zu interpretieren, auch die Wahlversprechen, man stellt sich immer viel zu viel darunter vor.
Und ich gebe jetzt eine Veranschaulichung aus der christlichen Szene. Wenn in der Bibel, in der Offenbarung zum Beispiel steht, daß in den letzten Tagen sich die Sonne verfinstern wird und der Mond seinen Schein nicht geben wird, weil sie um ein Drittel ihrer Lichtkraft verlieren, dann haben wir schon immer automatisch daraus abgeleitet, daß die Sonne und der Mond irgendwie auseinanderbrechen müssen, um ein Drittel ihrer Strahlkraft zu verlieren. Aber wißt ihr was?
Um Sonne und Mond zu verdunkeln, genügen doch längst all diese Aerosole, die Geoengineering, sprich die Chemtrails, Giftcocktails, die unsere wahnsinnigen Weltenlenker zusammen mit Hunderten von Millionen Tonnen Nanofeinstaub über unseren Köpfen aussprühen. Das genügt doch. Um unser Tages- und Nachtlicht um ein Drittel zu vermindern, genügen selbst schon die Additive in den Tanks unserer zivilen Flugzeuge, die sie ständig über die NATO beziehen.
Diese NATO-Treibstoffe verdunkeln täglich in nahezu allen Ländern den sonnigen blauen Himmel, wißt ihr. Wir müssen also nicht ohnmächtig und resigniert auf eine zerstörte Sonne oder einen zersplitterten Mond schauen oder warten, sondern lediglich tatkräftig jene Sorte Menschen am Kragen packen, die es wagen, hinter unserem Rücken alles mit ihren Giftcock-

tails zu vernebeln. Versteht ihr?
Ja, und wenn dann, wenn wiederum geschrieben steht, daß die Menschen Gott lästern werden wegen der Hitze der Sonne, so steht es vor 2.000 Jahren, dann haben wir automatisch daraus abgeleitet, daß die Sonne tatsächlich viel stärker scheinen muß als sonst. Wie sich das allerdings vereinbaren läßt mit einer Sonne, die gleichzeitig ein Drittel ihrer Strahlkraft verloren hat, das haben wir uns nie wirklich überlegt. Versteht ihr?
In der Praxis ist es aber wieder ganz simpel. Die Menschen lästern Gott wegen der Hitze der Sonne, in erster Linie, weil es ihnen die ganze Zeit genauso durch die Zwangsabgabemedien, panikartig eingehämmert wird. Versteht ihr? Seht doch, sie sagen uns, daß wir demnächst verbrennen werden, während wir uns aber in Tat und Wahrheit hier schier die Ärsche abfrieren. Stimmt das? Ja!
Und dann ja und dann kam endlich der erste warme Tag, Anfang Juli 2024. In Rumänien wurde es gerade wieder mal 38, 39 Grad, was dort nie anders war. Und was schreien die Zwangsabgabemedien wie aus einem Munde? Die Zuggeleise schmelzen weg. Oh ihr Lieben, das könnt ihr in der Zeitung lesen, die Zuggeleise schmelzen weg. Weißt du, oh, ein ganzer physikalischer Vortrag. Nein, braucht's eigentlich nicht.
Jeder weiß, daß von 39 Grad kein Eisen schmilzt. Und schon beginnen aber alle Quadratverblödeten Gott zu lästern, daß er uns hier unten verbrennen läßt - Gott, wie läßt du das zu? - daß er die Bahngeleise wegschmelzen läßt.
Und seht ihr, wenn wir die üblen Werke böser Menschen im Fokus haben und nicht irgendwelche Aliens und übernatürliche, mystische Dinge, dann geht die Rechnung plötzlich ganz simpel und einfach auf. Seht ihr? Und wenn ihr euch fragt, an welcher Ecke, wie man das Ganze anpacken könnte, nebst der Weiterverbreitung auch heutiger AZK-Vorträge wieder und so weiter, dann sage ich euch, tretet halt vielleicht mal ans Volk heran.
Haltet ihnen zum Beispiel Temperatur-Verlaufstabellen der sogenannten Erderwärmung oder Klimaerwärmung unter die Nase. Erinnert sie, daß in Mitteleuropa mindestens bis Mitte Juli Durchschnittstemperaturen von kaum 17 Grad geherrscht haben. So einfach kannst du es machen, geht an die, die es noch nicht wissen. Macht selber die Rechnung. Erinnert sie an all die vielen Unwetterkatastrophen, den ständigen gelben Regen neuerdings und zeigt ihnen die Wetterwaffenpatente, die wir ständig präsentieren.
Haltet ihnen die Bilder vor Augen, samt den Daten, wie viele zig Millionen Tonnen Nanostaubpartikel, hochgiftige Cocktails ständig in die Luft geflogen werden. Sagt ihnen, daß das ohne ihren Protest und Einsatz kein Ende nehmen wird, bis diese Erde noch komplett zerstört sein wird. Samt unseren kostbaren Pflanzen, Tierbestände, bis hinunter zu den wertvollsten Vögeln und Insekten, sagt es ihnen. Erinnert sie über dies, daß sie dieses Gift jeden Tag einatmen und zu fluoreszierenden, sichtbaren Zielobjekten für unsichtbare Kriegstreiber werden, die es auf sie abgesehen haben. Könnt ihr alles im Kla.TV lernen.
Aber ich sag nur: Wir, als synergische Völker, vereinigte Völker, können hier eine Gegenmacht stellen. Wir brauchen die Bildung einer fünften Gewalt, ihr Lieben. Nichts Minderes! Diese muß aber zuerst Volkswille geworden sein. Versteht ihr? Darum braucht es euch. Weder Jesus noch irgendwelche Engel oder Aliens werden nämlich vom Himmel kommen, um an unserer Stelle diese schwierige Aufgabe im Alleingang zu lösen.
Mit uns zusammen und durch uns hindurch aber sehr wohl, ihr Lieben, sehr wohl! Wann immer irgendwelche ausweglosen Situationen in der Welt plötzlich machtvoll verändert worden sind, geschah es stets durch erweckte Menschen, ja, die ganze Menschenmassen hinter sich bringen konnten. Aber eben durch aufrichtige, gesegnete Menschen, durch geistbegabte, durch geistgewaltige, durch echte Menschen, authentische.
Wir selber müssen darum Untersuchungskommissionen usw. bevollmächtigen, die z.B. diese Luft- und Wasseruntersuchungen vornehmen. Wir selber müssen von der EU, vom WEF, von

der NATO, von Wissenschaftsköpfen usw. Rechenschaft fordern, über jeden einzelnen Schritt, den sie gehen, über jede einzelne Aktion. Und diese dann öffentlich bekannt machen. Alle Völker müssen wissen, wer genau diese Täter und Schurken sind, wer genau die ausführenden Organe sind, ja. Und zwar vom höchsten Befehlshaber der Schattenmächte bis hinunter zu den kleinsten Vasallen in ihren Büros.
Tun wir das allerdings nicht, werden sie uns weiter teure Feinstaubfilter und tausenderlei Regenerationsvorschriften, Gesundheitsvorgaben auflasten. Und alle verblendeten Mitläufer werden dann wieder wie Stasigehilfen fanatisch dafür sorgen, daß wir alle diese versklavenden Vorgaben auch punktgenau umsetzen. Genau wie bei der COVID-Plandemie. Ich habe fast COVID-Idiotie gesagt, was eigentlich genauer stimmen würde.
Wir sind es, ihr Lieben, die diese Verbrechen und Verbrecher aufdecken und bezwingen müssen. Ihr selber seid Teil jenes gesalbten Retters, auf den ihr immer wartet. Ihr seid der Körper, ganz einerlei, von diesen Rettern, wer auch immer euer erhoffter Heiland ist. Ob wir nun auf Trump, auf den Mahdi, auf Jesus oder Außerirdische unsere Hoffnung gesetzt haben. Ich sage, sie alle bräuchten unsere vereinte Kraft.
Und wir leben ja bereits in den Tagen apokalyptischer Szenarien und deren Überwindung. Und ich sage: durch uns, durch dich und mich, durch uns gemeinsam!
Ich möchte dazu noch ein Wort verlieren. Wenn du die Jahrtausende alten Bücher und Bilder und Symbole in der Offenbarung, zum Beispiel studierst, dann siehst du, wie sie nicht von außerirdischen Wesen, etwa von außerirdischen Supermächten prophezeit haben, wie viele das jetzt 2.000 Jahre gedacht haben. Die Szenen und Bilder, die diese alten Propheten geschaut und ich sage mal verlegen wiedergegeben haben, umschreiben doch lediglich modernste Panzer, mit ihren Antennen und ihren Rohren, ihren rasselnden Ketten und dem Schall der gegenwärtigen Kampfflugzeuge und so weiter.
Lest mal Offenbarung 9, 17: "Und aus den Mäulern geht Feuer und Rauch und Schwefel hervor." Woher können die wissen, was das ist? Oder Vers 19: "Denn die Macht der Rosse ist in ihrem Maul und in ihren Schwänzen; denn ihre Schwänze sind gleich Schlangen und haben Köpfe, und mit ihnen fügen sie Schaden zu." Könnt ihr es sehen? Es sind keine übernatürlichen Heuschreckenschwärme, die geflogen kommen, sondern Helikopter, Flugzeuge, Marschflugkörper und all solches Zeug. Feuer und Schwefel kommen nicht aus den Mäulern irgendwelcher dämonischen Wesen und fürchterlichen Gestalten, sondern aus Gewehrläufen, den abgeworfenen Bomben.
Es sind keine großen Steine, die ein zorniger Gott vom Himmel herabwirft. So haben es nur die alten Seher und Ausleger hilflos interpretiert. Es sind die hörigen NATO-Truppen, die so etwas tun, weil sie den Befehlen des dämonisierten CFR gehorchen. Versteht ihr? Es sind die von der US-Administration und der Hochgrad-Freimaurerei verführten Völker Europas, die die luziferischen Pläne und die feurige Tat, die schwefelige Tat umsetzen. Deutschland und Rußland dürfen nie zusammenkommen, befahl dieser Plan schon vor über 100 Jahren. Wir haben das alles ans Licht gebracht, ihr Lieben.
Aber zuletzt werden wir uns selber, sag ich denn, ihrem geplanten Feuer und Schwefel vom Himmel aussetzen, wenn wir dieses finstere Spiel nicht gemeinsam durchschauen und als Volk beenden. Wir als Volk! Aber wir müssen es wissen. Wir brauchen dazu die Medienhoheit. Versteht ihr? Wir brauchen die Informationsfreiheit. Das ist die Lösung, vorerst, jetzt - die erste, die wichtigste. Ohne diese werden die Völker im Dunkeln bleiben.
Und darum sind wir nicht Leute, die immer nur Probleme aufzeigen und keine Lösungen anbieten. Doch, wir bieten Lösungen an. Die wichtigste und unentbehrlichste von allen praktischen Lösungen aber, seid ihr da draußen, ihr mit uns zusammen. Mit der OCG zusammen kann ich euch zeigen, wie ihr selber zu Träger göttlicher Kraft, zu göttlicher Fähigkeit und Beauftragung werden könnt. Wie ihr, die in euch angelegten, spezifischen göttlichen Gaben

entdecken und damit auch das benötigte Gesamtbedürfnis stillen könnt. Als AZK und Kla.TV zeigen wir euch unablässig neue Wirkkreise, in die ihr euch tatkräftig und lösungsorientiert mit einklinken könnt.
Aber immer ihr selbst seid gefragt, ihr Lieben. Ihr als Körper der Wahrheit. Ihr als Körper der ontischen Kraft. Ihr selber als Körper Gottes. Und ich sage: Egal welches Glaubensbekenntnis das du hast, an welche Historie du glaubst. Egal, ob du ein ungläubiges, atheistisches Bekenntnis hast oder nicht - Gott lebt in dir, mein Lieber. Seine Kraft, seine Vollkommenheiten sind in dir. Lerne sie auszuschöpfen ohne Frömmigkeit.
Und ich sage: Jeder, der uns heute hört und sieht, soll all das, was ihr heute hört und seht von uns hinaus in die Welt tragen. Bis an die Enden der Erde. Aber ich sage, bitte nicht in Panik oder gar so fanatisch, daß die Menschen schon abhängen, allein weil ihr unglaubwürdig wirkt durch Hysterie und so weiter. Findet also die Kraft und die Weisheit. Findet die innere Stärke. Findet die Kraft Gottes, die Weisheit Gottes. Und so laßt die herrlich anziehende Lichtgewalt Gottes durch euch hindurchscheinen, daß euer Lichtglanz und eure hervorragende Aura die Welt gewinnen und sie durch euch hinein in die Wahrheit katapultiert werden.
Ihr werdet aber immer nur das wirklich weitergeben, was ihr seid. Also seid Lichtträger, die das Licht der Wahrheit in göttlicher Kraft repräsentieren, es ausstrahlen, durchschlagen, in die Völker importieren - sodaß sie aufwachen und selber Teil der neuen Welt werden möchten.
Eine erfolgreiche Lösung aller Probleme ist allerdings erst dann wirklich in Sicht, wenn die Leute auch imstande sind, ich sage mal zum Beispiel, ihre Handysucht von sich abzuschütteln. Oder wenn wir als neue, fünfte Gewalt die Beseitigung aller Mobilfunkmasten, dieser höchstrangigen Primär-Kriegstechnologie, anordnen können. Oder wenn wir als neue Gerichtsgewalt all jenen Machtmißbrauch wirksam beenden können, der sich in unsere vier Gewalten einschleichen konnte. Das meint also in unsere Justiz, in unsere Medien, in unsere gesetzgebenden und umsetzenden politischen Instanzen.
Erst, wenn wir zur realen Oberhand über das weltweite Geheimbund-Netzwerk mit all seinen Krakenarmen gelangt sind, können wir von einer ersten wirklichen Lösung oder einem Erfolg sprechen. Damit ist die Welt dann aber immer noch nicht gleich heil. Darüber aber zu reden, würde den Rahmen dieser 20. AZK definitiv sprengen. Darum schwenke ich es schon mal in die Landung ein.
Summarisch ist zu sagen, es ist die luziferische Hochgrad-Freimaurerei, die all diese widersinnigen, widergöttlichen, nihilistischen Dinge in die Welt gesetzt hat. Fortwährend zwingen sie die Menschheit zunehmend unter ihre Zwangsexperimentalimpfstoffe auf alle Weise, vergiften uns mit ihren meist nutzlosen Pharmaprodukten, stopfen die Genußsüchtigen voll mit Drogen, Alkohol, Nikotin und, und, und.
Und längst lästern ihretwegen die Menschen so kopflos ihren wunderbaren Schöpfer, wißt ihr. Aber das alles läuft hier unten menschengemacht ab. Allerdings eben durch Menschen, die von übelsten Geistern geritten werden, von teils regelrecht Dämonenbesessenen. Glaubt mal besser, daß es das gibt.
Und darum sollten auch wir, wir ganz normalen Menschen, Gott und seine Kraft erwarten. Und zwar all seine Vollkommenheiten an uns, in uns und durch uns hindurch. Jeder von euch da draußen, jeder, der mich heute hört. Das ist schöpfungsgemäß gedacht, der Entwicklungsweg von uns allen Menschen. Alles ist von Gott, aus Gott und hinein in Gott geschaffen. Das ist es. Ich rede nicht von einem Gott, der überall so schräg dargestellt wird. Erwarten wir nun also, daß die Kraft, die Weisheit und die Vollkommenheit Gottes über all die heutigen Referenten zu uns durchdringt.
Erwarten wir, daß alles, was sie uns heute vermitteln, in uns zur fortgesetzten Tat wird. Erwarten wir, daß all diese göttlichen Befähigungen in uns heranreifen, bis wir dazu imstande sind, daß wir vereint diese Unheilstifter ins Gericht ziehen können, die all diesen dämonisier-

ten Unsinn in die Welt setzen, von dem wir jetzt gleich wieder vieles mehr hören werden durch die nächsten Referate. Ich bin mit meinem Teil durch. Ich danke euch, daß ihr da seid, daß ihr zuhört, daß ihr hungrig seid und durstig nach der Wirklichkeit. …
von Ivo S.<<

11.08.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. August 2024 (x1.393/…): >>**Warum Energie in Deutschland teuer und nicht sicher verfügbar ist**

Die Regierung hat die Energieversorgung immer unsicherer und teurer gemacht. Die Energiewende im Namen der Weltklimarettung ist eine unsoziale gigantische Umverteilung von unten nach oben - ohne jeden Einfluß auf das Klima. Kurzfristige Gewinner sind nur die Profiteure. Wir alle sind die Verlierer dieser unsinnigen Politik.

Von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

Deutschland hat fast die höchsten Energiekosten in der Welt. Nur wenige kleinere Länder können die Kosten noch toppen. Die Ampelregierung führt die hohen Kosten auf die Folgen des Ukraine-Krieges zurück. Preiswerte Erdgas-, Erdöl- und Kohlelieferungen aus Rußland seien wegen des Embargos ausgeblieben und hätten durch teure Importe aus anderen Ländern ersetzt werden müssen. Doch Rußland hat niemals einen Lieferstopp verhängt. Die deutsche Regierung hat ihn mit ihrem Embargo selbst verhängt und damit langfristige Lieferverträge gebrochen.

Mit dem Verzicht auf preiswerte Energie aus Rußland wurden die Industrie und die Wehrfähigkeit von Deutschland entscheidend geschwächt. Es gilt nach wie vor: Energie ist die Grundlage für Macht und Wohlstand. Denn ein Liter Erdöl oder ein Kubikmeter Erdgas liefert die Leistung eines Menschen für 100 Stunden. Mit Energie vervielfachen wir unsere Leistung. Es war ein schwerer Fehler, auf die Energie aus Rußland zu verzichten.

Die Energiewende geht weiter

Zusätzlich hat die Regierung noch die Förderung von teurer und zweitklassiger Fakepower intensiviert. Gemeint ist der Wind-, Solar- und Biogasstrom, der ohne Subventionen und Einspeiseprivilegien keine Abnehmer finden würde. Für die Stützung der Energiewende sollen nach Angaben von Bundeskanzler Scholz jährlich über 100 Milliarden Euro eingesetzt werden, die zur Hälfte aus dem Klima- und Transformationsfonds kommen sollten. Nach Schließung des Fonds durch das Bundesverfassungsgericht soll das Geld nun durch höhere CO2-Abgaben fließen.

Die vom Wetter abhängige, ständig schwankende Fakepower ist weder plan- noch regelbar. Sie kann kein Stromnetz stabil halten. Dazu wird Strom aus konventionellen Kraftwerken gebraucht. Nur er hält die Netzfrequenz stabil und regelt das Netz auf die verlangte Leistung. Wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, müssen diese Kraftwerke die gesamte Stromversorgung übernehmen, denn ausreichend große Stromspeicher gibt es nicht. Pumpspeicherwerke und Batterien bieten nur einen lächerlichen Bruchteil der benötigten Speicherkapazität.

Fakepower für Wasserstoff fehlt

Abhilfe soll die Speicherung der überschüssigen Fakepower als Wasserstoff schaffen. Wasserstoff soll elektrolytisch mit Fakepower aus Wasser gewonnen werden, um bei Bedarf mittels Verbrennen in Gaskraftwerken wieder verstromt zu werden. Die zweifache Energieumwandlung (Fakepower zu Wasserstoff und dann zu Strom) sowie die Zwischenspeicherung unter hohem Druck schlucken viel Energie.

Am Ende der Kette sind 90 Prozent der eingesetzten Fakepower verloren. Dieser Weg ist eine riesige Energievernichtung. Von den konventionellen Energieträgern Kohle, Erdöl und Erdgas landet dagegen etwa ein Drittel als Nutzenergie beim Verbraucher, also mehr als das Dreifache im Vergleich zur teuren Fakepower.

Hohe Energieverluste durch die Energiewende

Energievergeudung ist ein Zeichen der Energiewende. Zum Bau und zur späteren Demontage von Windkraftanlagen werden etwa 10 Prozent der gesamten von der Anlage erzeugten Energie benötigt. In den langen Stromtrassen für den Windstrom von Nord nach Süd geht viel elektrische Energie verloren. Das gilt auch für die Trasse nach Norwegen und die geplante Trasse nach England. Bei Starkwind und zuviel Sonnenschein gibt es mit jeder neuen Fakepower-Anlage mehr Überschußstrom, der unter Zuzahlung entsorgt werden muß (negative Börsenpreise). Mit viel fossiler Energie muß das gesamte Stromnetz verstärkt werden, um Fakepower einzusammeln und zu verteilen.

Die Verstärkung des Netzes kostet viel Geld. Die Netzkosten wurden bisher zu einem großen Teil aus dem Steueraufkommen bestritten und so vor dem Verbraucher versteckt. Dieser staatliche Zuschuß ist mit Jahresbeginn weggefallen. Nun werden dem Verbraucher die Netzkosten direkt in Rechnung gestellt. Die Netzkosten steigen um mehr als 3 Cent je Kilowattstunde. Dies ist eine indirekte Steuererhöhung.

Jeder weitere Ausbau der Energiewende macht die Energie noch teurer. Es müssen Doppelinvestitionen bezahlt werden: Fakepower-Anlagen und Regelkraftwerke. Preiswerte und sichere Braunkohlekraftwerke sollen durch mit grünem Wasserstoff betriebene Gaskraftwerke ersetzt werden. Woher der grüne Wasserstoff kommen soll, bleibt offen. Immerhin ist erkannt, daß in Deutschland nicht genügend Fakepower gewonnen werden kann zur Erzeugung des benötigten Wasserstoffs. Die Energiepolitik der Ampel beruht auf einem Wunschdenken ohne Faktenbezug. Es sind märchenhafte Visionen von Ideologen.

Was ist zu tun?

Dabei könnte die Regierung kurzfristig und nachhaltig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung erreichen, wenn sie faktenbezogen handeln würde. Der Stromverbraucherschutz NAEB hat die dafür notwendigen Maßnahmen zusammengestellt.

1. Energiewende stoppen, EEG beenden, keine Wasserstoffwirtschaft.
2. Heimische Braunkohleverstromung nicht stillegen, sondern ausbauen. Steinkohlekraftwerke reaktivieren. Keine CO2-Abscheidung.
3. Energiebezug aus Rußland wieder ermöglichen.
4. CO2-Steuer in allen Segmenten beenden. Klimaschutzgesetz aussetzen.
5. Keine Heizungs- und Dämmvorschriften. Gebäude-Energien-Gesetz aussetzen.
6. Keine Subventionen für Batterie-Mobilität und Treibstoffe.

Im geringeren Umfang hilfreich ist auch die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke, die noch nicht demontiert sind.

Die Folgen

Mit diesen Maßnahmen würde Deutschland kurzfristig wieder konkurrenzfähige Energiekosten haben. Die Abwanderung der Industrie würde gestoppt. Investitionen würden wieder getätigt, die wirtschaftliche Arbeitsplätze und wieder mehr Steuereinnahmen bringen. Die sozialen Belastungen könnten wieder aus dem Steueraufkommen gezahlt werden statt mit Krediten. Die Verwaltung ließe sich deutlich verkleinern, da viele Genehmigungen überflüssig würden. Steuern könnten wegfallen oder reduziert werden. Die Kaufkraft der Einwohner würde zunehmen, Bauen sich wieder lohnen. Ohne die übersteigerten Dämm- und Heizvorschriften könnten Wohnungen gebaut werden, deren Mieten bezahlbar wären.

Doch nicht nur die Regierung, sondern auch die CDU will die Energiewende im Namen des Weltklimaschutzes weiterführen. Das neue CDU-Programm beweist dies. Wir stehen an einer Kreuzung. Schafft die Politik die Abkehr von der teuren Energiewende oder lassen wir es weiterhin zu, in eine Zeit mit Stromausfällen und Stromsperren geführt zu werden?<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. August 2024 (x1.393/…): >>**Politik unzufrieden mit deutschem Abschneiden bei Olympia**

Kurz vor dem Abschluß der Olympischen Spiele in Paris haben sich deutsche Politiker enttäuscht über das Abschneiden des deutschen Teams geäußert. Bei aller berechtigten Freude über die Erfolge der deutschen Athleten und insbesondere mancher nicht erwarteten Medaillen dürfe dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland seit den Spielen in Tokio vor drei Jahren gegenüber anderen Nationen wie Italien, den Niederlanden, Frankreich oder Japan nicht aufgeholt, sondern weiter an Boden verloren habe, sagte der sportpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer, dem "Tagesspiegel".
Der CSU-Politiker forderte Konsequenzen: "Wir brauchen daher eine schonungslose, ehrliche und substanziierte Analyse der Leistungen der deutschen Sportler und der Defizite in der Spitzensportförderung", sagte Mayer. Noch deutlicher wurde der CDU-Sportpolitiker Jens Lehmann, der als Bahnradsportler selbst zweimal Olympiasieger wurde. "Das deutsche Abschneiden bei den Olympischen Spielen kann nicht zufriedenstellen", sagte Lehmann dem "Tagesspiegel".
Damit setze sich ein Trend fort, der seit Jahren zu beobachten sei. "Sport ist ein Spiegel der Gesellschaft und im Medaillenspiegel zeigt sich, daß die Bereitschaft für Leistung immer weiter nachläßt." Er beklagte, daß Kindern der Leistungswille abtrainiert werde und forderte einen Kurswechsel bei der Sportförderung: "Wir sollten uns grundlegend fragen, ob wir weiter die gesamte Breite des Sports fördern wollen oder ob wir Stärken stärken sollten. Meiner Meinung kann man nicht alles haben, so werden wir nur einzelne Zufallstreffer landen", sagte Lehmann und ergänzte: "Es braucht wieder Sportarten, die typisch deutsch sind und wir Medaillen in Serie abräumen. Wenn wir uns für die Olympischen Spiele 2040 bewerben, dann müssen wir uns endlich auf den Weg machen."
Auch aus der Ampel kamen kritische Stimmen: "Insgesamt hat sich erneut gezeigt, daß wir im Spitzensport ein generelles, strukturelles Problem haben", sagte der sportpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Philipp Hartewig, dem "Tagesspiegel".
Er sieht nicht fehlendes Geld als das drängende Problem: "Wir haben ein System, das so bürokratisch ist, daß es sich selbst im Weg steht. Verbände werden gegängelt, indem sie alles einzeln abrechnen müssen oder es sich nicht einmal lohnt, Sponsoren zu suchen." Er hoffe, daß die Reform des Sportfördergesetzes, welches die Ampel sich vorgenommen hat, dabei helfe, den Bürokratiewahnsinn zu beenden. "Wir müssen aber auch Themen wie Kindersport oder Trainerausbildung wieder stärker in den Fokus nehmen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. August 2024 (x1.393/…): >>**Kriminalbeamte begrüßen Plan zur Nutzung von Gesichtserkennung**
Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Dirk Peglow, begrüßt das Vorhaben des Bundesinnenministeriums, wonach das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei bei der Suche nach mutmaßlichen Terroristen oder anderen Schwerverbrechern künftig Gesichtserkennungssoftware einsetzen dürfen.
"Wir stehen voll hinter dem Vorschlag von Frau Faeser", sagte er dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". "Er hat genau die richtige Intention. Denn es kann nicht sein, daß die Polizeibehörden bei der Ermittlung von unbekannten Tatverdächtigen das Internet aussparen müssen, während investigative Recherchenetzwerke es nutzen können."
Die rechtlichen Grundlagen und technischen Voraussetzungen zur Online-Fahndung müßten schnell geschaffen werden. Peglow stellte jedoch klar: "Eine Überwachung des öffentlichen Raums mit entsprechenden biometrischen Abgleichen sehen wir kritisch. Wir möchten keine Verhältnisse wie in China." Der Gründer der Plattform "Netzpolitik", Markus Beckedahl, sagte dem RND hingegen: "Ich gehe davon aus, daß das Vorhaben nicht verfassungskonform ist. Denn es schränkt die Rechte von uns allen massiv ein."
Schließlich gebe es längst Unternehmen, die massenhaft Bilder speicherten und dann Interessenten anböten. Das wecke Begehrlichkeiten, nicht allein bei Sicherheitsbehörden, sondern

etwa auch bei Stalkern. Beckedahl fuhr fort: "Man kann sich außerdem vorstellen, wie diese Werkzeuge von Rechtsaußenregierungen mißbraucht werden könnten, die wir uns in Deutschland jetzt zumindest auf Landesebene ebenfalls vorstellen müssen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. August 2024 (x1.393/…): >>**Lindner verteidigt Stationierung weitreichender US-Raketen**

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner verteidigt die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. "Deutschland befindet sich seit Jahren in der Reichweite von nuklear bestückbaren Raketen Rußlands", sagte der Bundesfinanzminister den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

"Deshalb ist es für uns von überragender Bedeutung, daß wir ein Gleichgewicht der Abschreckung herstellen." Die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen sei ein wichtiger Beitrag dazu. Lindner rief dazu auf, unabhängig vom Ausgang der US-Präsidentschaftswahl "viel größere diplomatische Anstrengungen auf die USA" zu verwenden.

"Ich finde mich nicht damit ab, daß die transatlantische Partnerschaft schwächer wird", sagte er. "Wir werden auch bei schwierigen Gesprächspartnern alles daransetzen müssen, die USA davon zu überzeugen, daß Engagement in Europa in ihrem eigenen Interesse ist." Der jüngste Austausch von Gefangenen mit Rußland wäre für die USA allein nicht möglich gewesen, so Lindner.

"Den Wert dieser Verbündeten muß man in Washington immer wieder neu erklären." Lindner verwies zugleich auf die Steigerung der deutschen Verteidigungsausgaben. Der Wehretat steige "noch einmal an, während andere Etats reduziert werden", sagte er. Alle Wünsche, die Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) "fachlich belegen konnte, wurde ihm auch zugebilligt", sagte der Finanzminister. "Wir haben uns zudem dazu verpflichtet, auf Dauer mindestens zwei Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die äußere Sicherheit bereitzustellen."<<

12.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. August 2024 (x1.390/…): >>**Auch nach der Fußball-EM: Grenzkontrollen retten Leben!**

Man ist nur noch sprachlos über die Verantwortungslosigkeit einer Politikerin, die eigentlich für unsere Sicherheit zuständig ist: Trotz unzähliger Messerattacken, trotz Terrorgefahr und "Mocro-Mafia" hält Innenministerin Nancy Faeser (SPD) weiterhin an ihrer Ablehnung von konsequenten Grenzkontrollen fest. Mit Blick auf fehlende Kontrollen an der Grenze zu den Niederlanden hatte die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) vor einer "brandgefährlichen" Entwicklung gewarnt. Vergebens - Faeser zieht ihre Linie durch.

Dem grünen Koalitionspartner ist diese Politik noch nicht radikal genug. In einem offenen Brief fordern grüne EU-Abgeordnete nun auch noch die Abschaffung der stationären Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz, die ohnehin nur Alibi-Charakter haben.

Dabei zeigten die Erfahrungen während der Fußball-EM, daß Grenzkontrollen durchaus einen erheblichen Nutzen haben: 9171 unerlaubte Einreisen wurden festgestellt, 6401 Personen zurückgewiesen, 275 mutmaßliche Schleuser gefaßt und 400 Haftbefehle vollstreckt. Ist das etwa nichts? Doch offenbar ging es Faeser während der Fußball-EM nur um die Wahrung des schönen Scheins vor der Weltöffentlichkeit - der Schutz Deutschlands ist ihr egal.

Als einzige Partei benennt die AfD den Ernst der Lage beim Namen und fordert klipp und klar: Grenzkontrollen sind dauerhaft und konsequent durchzuführen. Dabei kann es aber nicht bleiben: Die Anreize zur Massenmigration müssen abgeschafft und Geldleistungen konsequent in Sachleistungen umgewandelt werden. Die etablierten Parteien lassen jedoch nur einen Tropfen auf einen heißen Stein fallen, um die Bürger mit hohlen PR-Manövern zu beschwichtigen!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. August 2024 (x1.390/…): >>**Dramatischer Anstieg der Messergewalt: Sichere Bahnhöfe? Nur mit uns!**

Neue Zahlen zeigen einen alarmierenden Anstieg der Messergewalt in unserem Land: In den Zuständigkeitsbereichen der Bundespolizei (Bahnhöfe, Flughäfen, Grenzen) gab es im ersten Halbjahr 2024 bereits 430 Messerangriffe. Im gesamten Vorjahr wurden 777 Fälle von Messergewalt verzeichnet, sodaß sich bereits jetzt ein deutlicher Anstieg abzeichnet. Allein an den Bahnhöfen wurde im zurückliegenden Halbjahr 467-mal zugestochen. Diese Zahlen zeigen es überdeutlich: Die Angst fährt mit - bei den Fahrgästen, aber auch beim Zugpersonal.

Die Reaktionen der etablierten Parteien spiegeln einen völligen Realitätsverlust wider. Innenministerin Faeser (SPD) fordert von den Kommunen weitere "Waffen- und Messerverbotszonen" und will das Waffenrecht im Hau-Ruck-Verfahren verschärfen. Die rechtstreuen und friedlichen Bürger sollen weiter gegängelt werden; Messer mit einer Klingenlänge von mehr als sechs Zentimetern sollen in der Öffentlichkeit bereits verboten werden.

Die Gewerkschaft der Polizei blamiert sich noch heftiger und fordert ein Netflix-Abo für die freiwillige Abgabe verbotener Messer. Dabei wird um das eigentliche Problem herumgeredet. Nicht die Messer an sich sind das Problem - sonst gäbe es das Problem ja seit Jahrzehnten in Deutschland. Sondern: Die Mehrheit der von der Bundespolizei erfaßten Messer-Tatverdächtigen (51,6 %) sind Ausländer. Die Zahl der tatverdächtigen deutschen Staatsbürger mit "Migrationshintergrund" wird dabei noch nicht einmal erfaßt.

Wir beteiligen uns nicht an dieser Vernebelungstaktik von Faeser und Co. Wir sprechen aus, was auf der Hand liegt: Sichere Bahnhöfe gibt es nur mit der konsequenten Abschiebung von straffälligen Migranten und Asylbewerbern ohne Bleiberecht!

Und: Wir brauchen unsere Polizisten beim Schutz unserer Staatsgrenzen, damit wir sie nicht - zumindest nicht in diesem Ausmaß - in unseren Zügen, Freibädern oder Diskotheken benötigen. Faeser, die SPD, die Ampel, die CDU und das gesamte politische Establishment wollen diese offensichtlichen Tatsachen nicht sehen und benennen. Deshalb muß die AfD schnellstmöglich in die Regierungsverantwortung gewählt werden!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. August 2024 (x1.392/…): >>**ZDF-Experte behauptet: Soziale Ungleichheit ist Grund für Messerkriminalität**

Ein ZDF-Experte meint: Die erhöhte Messerkriminalität sei vermutlich verursacht durch soziale Ungleichheit. Abschiebungen als Abschreckung für ausländische Straftäter sieht er hingegen für "nicht hilfreich".

Von *Redaktion*

...

"Eine (Erklärung für die steigende Messerkriminalität) könnte sein, daß soziale Ungleichheit wieder zunimmt: Das Leben ist teurer geworden", sagt Experte Dirk Baier von der Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. In einem Interview mit dem ZDF wird der Kriminologe herangezogen, um das Phänomen Messerkriminalität einzuordnen.

Für ihn ist klar: Messerkriminalität hat nichts mit Migration zu tun. Die Täter verbinde vielmehr eine Perspektivlosigkeit in der deutschen Gesellschaft und ein Männerbild, in dem man sich als "dominant und wehrhaft" beweisen soll.

Allgemein befürwortet er die gängigen Vorschläge der Politik dazu und lehnt Alternativen ab. "Temporär" seien Waffenverbotszonen "fast alternativlos", während Abschiebungen als Abschreckung allgemein "nicht hilfreich" seien, um Straftaten zu verhindern.

Die Debatte in Bezug auf Messerkriminalität heizt sich zuletzt immer weiter auf. Es gibt einen Trend hin zu immer mehr Verbrechen mit Messer. Zahlreiche Kommunalpolitiker und auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wollen mehr Waffenverbotszonen. Faeser möchte zusätzlich Messer in der Öffentlichkeit stärker regulieren.

Immer wieder steht der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk, insbesondere ARD und ZDF in der Kritik bezüglich einer unausgewogenen Expertenauswahl. Auch in diesem Fall hagelt es auf X (ehemals Twitter) Kritik seitens von Gebührenzahlern.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. August 2024 (x1.392/…):

>>**Keine Aufarbeitung**

Drosten meint: Corona-Maßnahmen waren wegen niedrigen "Bildungsniveaus" in Deutschland notwendig

Daß die Schweiz mit wesentlich mehr Freiheiten durch die Pandemie kam, liege am hohen "Bildungsniveau", behauptet Christian Drosten. Diese "Grundvoraussetzung" sei in Deutschland nicht vorhanden gewesen, weshalb es weniger Eigenverantwortung gegeben habe, behauptet der Virologe.

Von *Redaktion*

...

Der "Chefvirologe" Christian Drosten behauptet jetzt, die liberale Ausrichtung in anderen Ländern sei während der Pandemie an das hohe Bildungsniveau gekoppelt gewesen - das hier nicht vorherrscht.

Nach der Veröffentlichung der durchgestochenen Krisenstabsprotokolle des Robert-Koch-Instituts jagt Christian Drosten einem Skandal nach dem anderen hinterher.

Jetzt behauptet der Virologe im Interview mit der NZZ, die Schweiz habe im Vergleich zu Deutschland liberalere Maßnahmen gegen Covid-19 rechtfertigen können, weil die Menschen dort gebildeter seien.

"Hat man in Deutschland die Menschen unnötig eingeschränkt?", lautete die Frage der NZZ. Immerhin habe man die Virusbekämpfung in der Schweiz "mit weniger Maßnahmen und einer liberaleren Haltung" umsetzen können. Drosten antwortete wörtlich: "Die Schweiz konnte auf dem Boden einer besseren Ausgangssituation handeln." Sie habe ein kleineres Reisenetzwerk, sei nicht nur wirtschaftlich besser aufgestellt und flächenmäßig überschaubarer, es gebe hier auch ein "hohes Bildungsniveau" und "einen guten sozialen Zusammenhalt".

Und deshalb sei "mehr Eigenverantwortung möglich" gewesen, behauptete Drosten und weiter: "Das sind alles Grundvoraussetzungen in der Schweiz, die wir im großen Deutschland so nicht haben." Mit anderen Worten: Die Deutschen sind zu ungebildet für eine moderate Pandemiebekämpfung; in der Bundesrepublik brauchte es deshalb Freiheitseinschränkungen und Bevormundung. So zumindest ist Drostens Erklärung zu interpretieren.

Der Charité-Professor lobte die Arbeit der Eidgenossen; die Schweiz habe die Pandemiebekämpfung mit "hervorragendem Augenmaß" umgesetzt. Vor allem die "Politikberatung war sehr gut", meinte Drosten. Dabei muß man sagen: Auch in Deutschland gab es mit dem RKI-Krisenstab eigentlich ein Gremium, das diese Rolle einnehmen sollte - und das in großen Teilen auch tat, wie die neuen Protokollveröffentlichungen zeigen. Einziges Problem: Das RKI wurde oftmals von der Politik übergangen, wissenschaftliche Einschätzungen mit politischen Maßnahmen überschrieben.

Drosten selbst sollte das eigentlich wissen. Aus den durchgestochenen Protokollen geht auch hervor, daß der Virologe Ende Juli 2020 ein eigens verfaßtes Papier zurückhielt, weil es "dem Regierungshandeln widerspricht". In diesem Text hatte Drosten die Teststrategie der Bundesregierung kritisiert und sich für andere Methoden der Virusbekämpfung starkgemacht.

Damit blieb eine von ansonsten vielen regierungsfreundlichen Thesen, die der Virologe in der Pandemie aufstellte, zunächst unveröffentlicht. Eigentlich zeigte sich Drosten stets als Befürworter von harten Maßnahmen, beteuerte Ende Juli sogar, bei einer erneuten Pandemie wieder auf Schulschließungen setzen zu wollen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. August 2024 (x1.392/…):

>>**Jedes fünfte Berliner Migrantenkind in der Grundschule spricht kaum Deutsch**

Jeder fünfte neu eingeschulte Grundschüler in Berlin spricht kein oder kaum Deutsch. Der Migrationsanteil ist erstmals auf über 50 Prozent gestiegen.
Von *Redaktion*
...
Der Anteil der Fünfjährigen mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen in Berliner Bildungseinrichtungen hat sich innerhalb von zwei Jahrzehnten nahezu verdreifacht. Während 2002 noch sieben Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft kein oder kaum Deutsch sprachen, sind es aktuell fast 20 Prozent. Seit Beginn der Auswertungen im Jahr 2005 sind die Defizite nie größer gewesen, berichtet der Tagesspiegel. Für die sogenannten Einschulungsuntersuchungen wurden 37.000 Fünfjährige untersucht. Die aktuellen Daten aus dem Jahr 2022 liegen der Zeitung vor.
Besonders betroffen sind Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Erstmals überschritt dieser Anteil die 50-Prozent-Marke und liegt aktuell bei 52,3 Prozent - Tendenz stark steigend. 2005 hatten 30 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund, vor zehn Jahren waren es 40 Prozent. Vor allem mit der Flüchtlingskrise ist der Anteil seit 2015 explodiert. Flüchtlingskinder aus der Ukraine sind in den Daten noch gar nicht berücksichtigt.
Die Daten zeigen, daß insbesondere Kinder mit arabischen Wurzeln häufiger von sprachlichen Schwierigkeiten betroffen sind. Ihr Anteil an den Einschulungskindern hat sich seit 2005 fast verdreifacht - von 2,6 Prozent auf 8,8 Prozent.
Im April hatte die Berliner Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch von der CDU ein neues Schulgesetz vorgestellt. Die Verabschiedung im Abgeordnetenhaus war ursprünglich für vor der Sommerpause 2024 vorgesehen. Das geplante Gesetz sieht unter anderem die Einführung eines elften Pflichtschuljahres für Schüler vor, die nach der 10. Klasse keinen Ausbildungsplatz finden. Zudem soll ein verpflichtendes Vorschuljahr, das sogenannte "Kita-Chancenjahr", für Kinder mit Sprachdefiziten eingeführt werden.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. August 2024 (x1.391/…): >>**Buchtip: Der Great Reset**
Seit dem Ende der Anti-Corona-Maßnahmen hört man den Ausdruck Great Reset seltener. Das ist verständlich, kann man doch die Phase der Freiheitseinschränkungen als Verdichtung von Tendenzen sehen, die sich schon seit Jahren abzeichnen: die zunehmende digitale Kontrolle, Vermögensumschichtungen von der Mittelschicht zum Großkapital, die steigende Bedeutung transhumanistischer Ideen und Praxis, die wachsende Entmündigung der Bürger im Rahmen des sogenannten Klimaschutzes und der damit einhergehenden Energiewende.
Mit Recht hat man die Konsequenzen dieser globalen Entwicklungen für die Bürger mit den Worten Verlust der Freiheit (Raymond Unger) charakterisiert. Die genannten Tendenzen gehen auch nach 2022 weiter, vielleicht weniger auffällig. Ereignisse wie der Ukraine-Krieg und die Lage in Israel seit Herbst 2023 lenken die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit in eine andere Richtung zumindest vorerst.
Der vorliegende Sammelband versucht, einige Facetten der Neuen Weltordnung zu beleuchten. Deren zunehmende Wirkmacht reicht weit über institutionelle Antriebskräfte (wie das Weltwirtschaftsforum) hinaus.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 12. August 2024 (x1.394/…): >>**RKI-Protokolle nachträglich geändert**
Multipolar-Anwalt spricht von "arglistiger Täuschung" / Wiedereröffnung der Verhandlung beantragt / Zeitpunkt von Textlöschungen unklar (mit Updates 12.8. und 20.8.)
Eine Analyse der Metadaten der RKI-Protokolle zeigt, daß mehr als die Hälfte der Protokolle des Zeitraums Januar 2020 bis April 2021 - die Multipolar freiklagte -, nachträglich vom Robert Koch-Institut (RKI) geändert wurden. Multipolar-Mitherausgeber Paul Schreyer hatte am 5. Mai 2021 beim RKI einen Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) auf Heraus-

gabe der Protokolle gestellt.
Die Mehrzahl der angefragten Protokolle wurden laut der nun untersuchten Metadaten jedoch unmittelbar darauf, am 6. und 10. Mai 2021, vom RKI geändert. Eine Nachfrage dazu blieb vom RKI zunächst unbeantwortet. (Ergänzung 12.8.: Unmittelbar nach Veröffentlichung dieses Textes bat das RKI um eine Zusendung der Analyse, äußerte sich aber noch nicht weitergehend.)
Rechtsanwalt Christoph Partsch, der Multipolar juristisch vertritt, hat beim Verwaltungsgericht Berlin am Montag (12. August) nun die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung beantragt und spricht von "arglistiger Täuschung".
Die freigegebenen Protokolle seien "nicht die streitgegenständlichen, sondern größtenteils nach Antragstellung, teils nach Klageerhebung abgeänderte Dateien", so Partsch in einem Schriftsatz an das Gericht. Nach dem öffentlichen Verhandlungstermin am 8. Juli, bei dem über eine weitere Entschwärzung der Protokolle beraten wurde, hatte das Gericht eine Verkündung des Urteils innerhalb von 14 Tagen angekündigt - ist dem bislang aber nicht nachgekommen. Das Urteil steht weiter aus.
Befragt nach den Gründen für die Verzögerung verweigerte die Pressestelle des Gerichtes zuletzt eine Antwort. Zwischenzeitlich hatte am 23. Juli ein RKI-Whistleblower die vollständig entschwärzten Protokolle über ein Journalistenteam um Aya Velazquez an die Öffentlichkeit durchsickern lassen.
Wie Multipolar am vergangenen Freitag (9. August) bereits berichtet hatte, war in diesem Leak auch ein Entwurf des Protokolls vom 25. März 2020 aufgefunden worden, der eine Passage enthält, die in der vom RKI freigegebenen Version fehlt. Wie die Metadaten zeigen, wurde diese freigegebene Version erst im Januar 2023, kurz vor Übermittlung an Multipolar, vom RKI geändert. In der fraglichen Passage dieses Protokolls aus der ersten Lockdownwoche hieß es ursprünglich: "Bevölkerungsbezogene Maßnahmen zeigen Effekt ...
Ute (Rexroth): aber gewagt, Kausalität herzustellen - Wir sind ja generell am Ende der Grippesaison - vorsichtig formulieren". Im Protokoll, daß das RKI später im Rahmen des Gerichtsverfahrens freigab, ist hingegen lediglich vermerkt: "Strategien (gehen) in die richtige Richtung. Aber vorsichtig formulieren!" Die erwähnte Ute Rexroth war Fachgruppenleiterin für infektionsepidemiologisches Krisenmanagement beim RKI. Rechtsanwalt Friedemann Däblitz hat im Zusammenhang mit dieser Protokolländerung bereits Strafanzeige gestellt.
Ob Textpassagen erst nach IFG-Antragsstellung gelöscht wurden, oder ob solche Löschungen unmittelbar nach einer Sitzung im Rahmen der regulären Straffung von Protokollrohversionen erfolgten, ist unklar, da Zwischenversionen der Dateien bislang nicht öffentlich vorliegen. (Anmerkung 20.8.: Das RKI erklärte dazu inzwischen: "Richtig ist, daß für das Protokoll vom 25.03.2020 eine Entwurfsfassung vorliegt, die jedoch bereits am 25.03.2020 - nicht erst am 03.01.2023 - zu der später herausgegebenen Fassung finalisiert wurde.") Die Analyse der Metadaten wurde vom Programmierer Tom Lausen im Auftrag von Multipolar erstellt.
Paul Schreyer kommentiert, daß "die Notwendigkeit einer parlamentarischen Aufarbeitung immer deutlicher" werde. Der "Wust an Unregelmäßigkeiten und mutmaßlichen Täuschungsversuchen" könne nicht allein von Gerichten "im Rahmen teurer Klageverfahren von Privatpersonen" aufgeklärt werden. Es brauche nun den "politischen Willen der Abgeordneten zu einem Untersuchungsausschuß, der sauber aufklärt", so Schreyer.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. August 2024 (x1.393/…): >>**Die Ampel-Abrißbirne**
Wohlstand, Energieversorgung, innere Sicherheit sind in akuter Gefahr. Statt Probleme zu adressieren, huldigt die Systempresse servil der Ampel und warnt in Dauerschleife vor "Rechts". Derweil stürzt die Wirtschaft ab.
Von *Wolfgang Hübner*

Doch, es gibt noch 'gute' Nachrichten. Denn dem Rüstungsbetrieb Rheinmetall geht es saugut. Was macht es da, wenn die Ausfuhren des ehemaligen Exportweltmeisters auch wegen zunehmender Konkurrenzunfähigkeit schwächeln und noch nicht mal das Medaillensammeln in Paris in Gang gekommen ist. Weiterhin wird die bevölkerungsstärkste europäische Nation von der schwachbrüstigen Ampel regiert - einer Parteienkoalition, die ihr Ende herbeisehnt, doch die von der üppigen Staatsknete samt Flugbereitschaft nicht lassen will.
Und gibt es außer den Parteifunktionären von CDU/CSU wirklich jemand, der sich von einer künftigen Regierung mit dem Kanzler Friedrich Merz irgendwelche Verbesserung der deutschen Misere mit Ausnahme von noch besseren Profiten für Rheinmetall und dessen Aktionären erhofft? Die unchristliche Union stagniert bei 30 Prozent, ohne Partner wird sie keine Regierung bilden können. Die einzige Partei, mit der sie nächstes Jahr wahrscheinlich eine Mehrheit erreichen könnte, also die AfD, betrachtet die Union jedoch als größten Feind.
Also wird nach der Bundestagswahl 2026 das gleiche Politgewürge stattfinden, das nach dem 1. September in Thüringen und Sachsen stattfinden wird: Irgendwie und völlig prinzipienlos eine Regierung unter Ausschluß der AfD zusammenbasteln. Welche Rolle die Wagenknecht-Truppe dabei spielen wird und kann, ist zwar noch offen. Doch eine glückliche wird es kaum werden. Die kluge Parteigründerin hätte nämlich wissen müssen, daß gute Vorsätze nichts zählen, wenn hohe Parlamentsdiäten und gar Ministerwürden locken.
Als wäre nicht der demütigende Vasallenstatus Deutschlands und der düstere Zustand seines politischen Personals schlimm genug, ist auch vom vergreisenden Volk nichts zu erwarten außer Gemaule und massenhafte Flucht in Kranken- und Vorruhestand.
Zudem können noch zu viele Deutsche von der Nachkriegsdividende, die fleißige, leider politisch unbegabte Generationen erarbeitet hatten, in Form von Erbschaften und Restvermögen ganz gut über die Runden kommen. Doch nur die ohnehin Reichen werden noch reicher, die sogenannte Mittelschicht verarmt relativ wie oft schon absolut, muß aber nicht hungern und dursten. Dafür sind die meisten so dankbar, daß sie mehrfach geimpft auch weiterhin das Parteienkartell wählen.
Wer das gelesen hat und vorwurfsvoll den Verfasser dieses Textes fragt: Wo aber bleibt das Positive? Meine Antwort: Positives gibt es im privaten Leben sicherlich immer wieder und manchmal auch in Fülle. Doch in dem politischen und geistigen Leben der Vasallenrepublik Deutschland vermag Positives erkennen und finden, wer will: Ich kann es leider derzeit wie auf Sicht nicht.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30104" berichtet am 12. August 2024 (x1.389/…): >>**Hat Justitia ihre Augenbinde verloren?**
Justitia war im Altertum die Göttin der Gerechtigkeit und auch heute ist sie noch das Symbol für das Rechtswesen. Ihre drei Attribute - die Augenbinde, die Waage in der linken und das Richterschwert in der rechten Hand - spiegeln unsere Rechtsgrundsätze wider. Demnach soll Recht ohne Ansehen der Person nach sorgfältigem Abwägen des Für und Wider gesprochen und dann mit der nötigen Härte durchgesetzt werden.
Soweit die Theorie. Bei einigen Urteilen der letzten Monate könnte ein unbedarfter Beobachter den Eindruck gewinnen, daß bei Justitia die Augenbinde in einigen Verfahren verrutscht ist, die Waage sehr einseitig ausschlägt und das Schwert bei einigen übergroß wird, bei anderen zum Taschenmesser mutiert. Was einer der Gründe dafür sein kann, daß bei großen Teilen der Bevölkerung das Vertrauen in Politik und Rechtsstaat massiv gelitten hat. Was keine pauschale Schuldzuweisung gegen alle Richter ist, zumal auch für diese der strafrechtliche Grundsatz In dubio pro reo - im Zweifel für den Angeklagten - gelten sollte. Aber die nachfolgenden Beispiele werfen Fragen auf und stimmen nachdenklich.
1. Zwei Urteile des Dresdener Landgerichts
Die Moritzburger Ärztin Dr. Bianca Witzschel saß seit Februar 2023 in Untersuchungshaft.

Der auf 40 Verhandlungstage anberaumte Prozeß vor dem Dresdener Landgericht fand im für Terrorprozesse vorgesehenen Hochsicherheitstrakt statt, in den die Angeklagte in Hand- und Fußfesseln geführt wurde. Wer bei diesen Sicherheitsvorkehrungen eine Bombenattentäterin vermutet, liegt falsch. Am 17. Juni 2024 wurde Dr. Witzschel wegen des Ausstellens von 1.003 Attesten zur Befreiung von der Maskenpflicht während der Corona-Maßnahmen, sowie Verstößen gegen das Waffengesetz zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Ferner wurde ein Berufsverbot von drei Jahren verhängt und die 47.000 Euro Einnahmen für die Atteste werden eingezogen.
So ein Aufwand mit Einzelhaft und Hochsicherheitstrakt wegen Attesten einer Ärztin? Auch der in manchen Mainstream-Medien hochstilisierte Waffenverstoß - dabei handelte es sich um ein fehlendes Prüfkennzeichen an einem Elektroschocker - erscheint bei Dr. Witzschel mehr als an den Haaren herbeigezogen: Sie darf als Jägerin und Sportschützin legal sogar Schußwaffen und Munition besitzen! Ebenso sind die ca. 45 Euro inkl. Auslagen für ein medizinisches Attest nicht ungewöhnlich, da werden mitunter ganz andere Preise aufgerufen.
Was die Verurteilung von Frau Dr. Witzschel noch suspekter macht, die Staatsanwaltschaft und der Richter konnten im gesamten Prozeß keine geschädigte Person finden. Hinzu kommt, daß die freigeklagten RKI-Protokolle eindeutig belegen, daß Masken keinen Nutzen boten, dafür die Träger schädigten. Also genau das, was Dr. Witzschel ihren Patienten attestierte und wozu sie laut ärztlicher Berufsordnung berechtigt - um nicht zu sagen in den Fällen sogar verpflichtet - war!

Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte

§ 2 Allgemeine ärztliche Berufspflichten

(1) Ärztinnen und Ärzte üben ihren Beruf nach ihrem Gewissen, den Geboten der ärztlichen Ethik und der Menschlichkeit aus. Sie dürfen keine Grundsätze anerkennen und keine Vorschriften oder Anweisungen beachten, die mit ihren Aufgaben nicht vereinbar sind oder deren Befolgung sie nicht verantworten können.

(2) Ärztinnen und Ärzte haben ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen bei ihrer Berufsausübung entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Sie haben dabei ihr ärztliches Handeln am Wohl der Patientinnen und Patienten auszurichten. Insbesondere dürfen sie nicht das Interesse Dritter über das Wohl der Patientinnen und Patienten stellen.

Viele Menschen stellen sich die Frage, ob es sich bei so einem Urteil um ein Strafexzeß oder Exempel gegen die ihrem Gewissen folgenden und nicht regierungskonform agierenden Ärzte während den Corona-Maßnahmen handelt - oder ob Dr. Witzschel nur einen besonders strengen Richter hatte. Zumindest letzteres kann ausgeschlossen werden, denn der Vorsitzende Richter Jürgen Scheuring kann auch ganz anders. Er verurteilt einen Anwalt wegen 3-facher Vergewaltigung seiner ehemaligen Angestellten zu zwei Jahren auf Bewährung!
Ist jemand, der vielen Menschen geholfen hat, so viel gefährlicher als ein Vergewaltiger?
Wann schützt Alter und Krankheit vor Strafverfolgung?
Im Juni 2024 wurden zwei Prozesse abgeschlossen, in denen jeweils eine ältere Person angeklagt war. In einem ging es um den sogenannten Cum-Ex-Skandal, bei dem sich Aktionäre zwischen 2006 und 2011 Steuern im zweistelligen Milliardenbereich zurückerstatten ließen, die sie vorher gar nicht bezahlt hatten. Mit in diesen Skandal verstrickt ist der heutige Bundeskanzler Olaf Scholz, der deshalb schon vor einem Untersuchungsausschuß aussagen mußte - sich dort aber an nichts erinnern konnte.
Die wichtigste Ermittlerin der Cum-Ex-Betrügereien, Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker, ist im April 2024 zurückgetreten - weil alles nur sehr schleppend vorankam und es massiven Widerstand hochgestellter Politiker gab. Von daher war dieser erst seit September letzten Jahres laufende Prozeß sehr wichtig, da er Licht in die Cum-Ex-Affäre bringen sollte. Angeklagt wegen besonders schwerer Steuerhinterziehung in Höhe von 280 Mio. Euro war Christian Olea-

rius, ehemaliger Chef einer Privatbank und Vertrauter von Bundeskanzler Scholz. Das Strafverfahren wurde jetzt jedoch für viele überraschend wegen der "angeschlagenen Gesundheit" des 82-jährigen Angeklagten - einem erhöhten Blutdruck - eingestellt.
Ganz anders der Prozeß gegen die 95 Jahre alte und gebrechliche Ursula Haverbeck, die von einer Ärztin begleitet im Rollstuhl in den Gerichtssaal kam. Sie mußte fast neun Jahre auf diese Berufungsverhandlung zu einem Prozeß vom November 2015 warten. Angeklagt ist sie wegen ihrer Aussage, daß Auschwitz kein Vernichtungs-, sondern ein Arbeitslager gewesen sei.
Dafür verurteilte sie jetzt das Hamburger Landgericht wegen Volksverhetzung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten. Dabei wurde eine bereits erfolgte Verurteilung wegen einer ähnlichen Aussage mit einbezogen. Ursula Haverbeck stand wegen Holocaust-Leugnung bereits mehrfach vor Gericht und saß deswegen auch schon zweieinhalb Jahre in Bielefeld im Gefängnis.
Ob Gesetze immer mit aller Härte verfolgt und vollstreckt werden müssen oder ob in bestimmten Fällen, wie bei alten und kranken Menschen eine gewisse Milde walten sollte, darüber gibt es unterschiedliche Ansichten. Aber daß einerseits wegen einer gesetzwidrigen Äußerung einer kranken, 95 Jahre alten Frau mehrere Verfahren mit Verurteilung durchgezogen werden, andererseits auf die Aufklärung eines Betrugs in Milliardenhöhe wegen Bluthochdruck verzichtet wird, ist für viele Menschen nicht mehr nachvollziehbar. Aber vielleicht gab es auch andere, der Allgemeinheit unbekannte Einflüsse, die dazu führten?
Gewalt oder Meinung - was ist schlimmer?
Die Berichte über eine Gruppenvergewaltigung im Hamburger Stadtpark sorgten im September 2020 für Entsetzen. Anderthalb Jahre später rief das Urteil des Hamburger Landgerichts bundesweit Empörung hervor. Für den sexuellen Mißbrauch und die mehrfache Vergewaltigung des 15-jährigen Mädchens durch neun Täter im Alter von 16 bis 20 Jahren sprach die Richterin nur eine einzige Freiheitsstrafe aus, die anderen acht kamen mit Bewährungsstrafen davon. Die Milde des Urteils überrascht um so mehr, da die Täter die Tat nicht einmal bedauerten.
Als eine 20-Jährige von der Gruppenvergewaltigung im Hamburger Stadtpark erfuhr, war sie so sehr in Rage, daß sie einen der Vergewaltiger in WhatsApp-Nachrichten als "ehrloses Vergewaltigerschwein" und "ekelhafte Mißgeburt" bezeichnete. Deshalb stand sie jetzt vor dem Hamburger Landgericht und wurde zu einem Wochenende Jugendarrest verurteilt. Der 20-Jährigen wird somit für die Beleidigung eines Vergewaltigers die Freiheit länger entzogen als acht der neun Vergewaltiger des Mädchens.
Was ist das für ein Strafmaßstab, wenn ein Gericht die mehrfache Vergewaltigung eines minderjährigen Mädchens mit entsprechenden lebenslangen psychischen Folgen geringer einschätzt als die "Ehrverletzung" des Vergewaltigers durch bloße Worte? Normalerweise ermittelt die Staatsanwaltschaft bei Beleidigungen nur, wenn ein öffentliches Interesse besteht. Wovon nicht auszugehen ist, da es sich um direkte WhatsApp-Nachrichten handelte. Da die Staatsanwaltschaft trotzdem außer bei der 20-Jährigen noch in 140 weiteren Fällen diesbezüglich ermittelt, stellt sich die Frage, welches Interesse der Staat an solchen Urteilen hat. Oder hat die Staatsanwaltschaft nichts Besseres zu tun?

Quo vadis Rechtsprechung

Dies sind nur drei Gegenüberstellungen. Auch in vielen anderen Fällen, gerade im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen, sind einige Verfahren und Urteile nicht nachvollziehbar. Was dazu führt, daß mitunter staatliche Einflußnahme vermutet wird. Solche Befürchtungen werden zusätzlich genährt durch Fälle wie bei Familienrichter Christian Dettmar. Dieser kippte am 8. April 2021 am Amtsgericht Weimar die Maskenpflicht an zwei Schulen der Stadt wegen der mit Masken verbundenen Kindeswohlgefährdung. Das hatte für ihn eine Raz-

zia zur Folge, bei der wegen dem politisch unerwünschten Urteil sein Büro, sein privates Haus und Auto durchsucht und sein Mobiltelefon sichergestellt wurde.
Wie frei sind Richter in ihren Urteilen, wenn sie eine Hausdurchsuchung und Suspendierung befürchten müssen? Irgend jemand muß die Maßnahmen gegen Richter Dettmar in die Wege geleitet haben. Staatsanwälte sind in Deutschland schließlich weisungsgebunden - weshalb sie laut Urteil des Europäischen Gerichtshofes auch nicht zur Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls befugt sind.
Der eine oder andere wird bei der medial aufgeheizten Stimmung während Corona vielleicht noch Verständnis für die Razzia bei Richter Dettmar haben - offensichtlich ist der Skandal spätestens seit der Veröffentlichung der freigeklagten RKI-Protokolle. Diese zeigen, daß den für die Corona-Maßnahmen verantwortlichen Politikern bekannt war, daß die Masken weder schützen noch nützen, aber die Träger gesundheitlichen Risiken ausgesetzt werden. Also genau das, was Richter Dettmar entschieden hat.
Psychologische Erklärungsversuche für das zweifelhafte Verhalten dieser Richter gibt es viele, an Mutmaßungen wollen wir uns aber nicht beteiligen. Zumal dies auch den viel zu hart verurteilten Menschen ebenso wenig nützt wie denen, die auch noch Opfer dieser mutmaßlichen politischen Handlanger in schwarzen Roben werden.
Sehr geehrte Zuschauer, Urteile werden im Namen des Volkes gesprochen. Dann sollte das Volk auch darüber informiert sein, was in seinem Namen passiert.
Leiten Sie deshalb bitte diese Sendung an Ihre Freunde und Bekannte weiter und verbreiten Sie diese über ihre sozialen Netzwerke. Der Link ist unten eingeblendet.
Ferner ist eine entsprechende Öffentlichkeit bei solchen Prozessen dringend nötig. Wenn es Ihnen möglich ist, besuchen Sie bitte solche Gerichtsverhandlungen. Vielen Dank!<<
Großbritannien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. August 2024 (x1.392/…): >>**Messerattacke in London: Mann sticht Frau und 11-Jährige nieder**
In London wurde am Leicester Square ein Mann festgenommen, nachdem er ein elfjähriges Mädchen und eine 34-jährige Frau niedergestochen hatte. Die beiden Opfer wurden sofort ins Krankenhaus gebracht, weitere Informationen zum Zustand der Verletzten liegen derzeit nicht vor.
Von *Redaktion*
...
In London wurde ein Mann am Leicester Square festgenommen, nachdem dieser ein elfjähriges Mädchen und eine 34-jährige Frau niedergestochen hatte. Wie die Metropolitan Police mitteilte, wurden die beiden Verletzten umgehend ins Krankenhaus gebracht. Über den Zustand der Opfer konnte die Polizei zum aktuellen Zeitpunkt keine weiteren Informationen geben.
Der festgenommene Mann gilt als der einzige Tatverdächtige. In einer offiziellen Erklärung der Polizei heißt es: "Beamte sind am Tatort einer Messerstecherei am Leicester Square. Ein Mann wurde festgenommen und befindet sich in Gewahrsam."
Der Vorfall wird laut dem Guardian nicht als Terrorismus eingestuft. Der Tatort befindet sich in der Nähe von bekannten Geschäften wie dem Lego-Laden und dem M&M-Laden, die weiterhin von Familien und Touristen frequentiert werden.
Ein Sprecher des Rettungsdienstes erklärte: "Wir wurden ... um 11:36 Uhr wegen Meldungen über eine Messerstecherei am Leicester Square gerufen." Die beiden Opfer seien nun in ein Traumazentrum gebracht worden.<<
USA: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 12. August 2024 (x1.394/…): >>**Secret Service räumt umfassendes Versagen bei Trump-Attentat ein**
Interims-Chef: Fehler "auf etlichen Ebenen" / Bisher kein Mitarbeiter entlassen / Fast zwei Stunden vor der Tat: Örtliche Polizisten meldeten Sichtung des späteren Attentäters

Washington.
Die Leitung des Secret Service hat schwere Fehler im Zusammenhang mit dem Mordanschlag am 13. Juli auf den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump eingeräumt. Von einem "Versagen auf etlichen Ebenen" sprach Secret-Service-Chef Ronald Rowe in einer Anhörung vorvergangene Woche im US-Kongreß.
In einer Befragung am 22. Juli hatte bereits seine Vorgängerin Kimberly Cheatle vom "gravierendsten operativen Fehlschlag des Secret Service seit Jahrzehnten", gesprochen. Cheatle war am folgenden Tag von ihrem Amt zurückgetreten, ihr Stellvertreter Ronald Rowe übernahm den Posten kommissarisch. Die Behörde ist neben dem Schutz für den amtierenden US-Präsidenten auch für die Sicherheit von Ex-Präsidenten und Kandidaten verantwortlich.
Rowe erklärte in der Anhörung am Dienstag (30. Juli), es "beschämt" ihn, daß das Dach, auf dem sich der Attentäter postieren konnte, nicht gesichert war. Die Position in 125 Meter Entfernung von der Wahlkampfbühne ermöglichte dem Schützen freies Sicht- und Schußfeld. Während eines Wahlkampfauftritts von Trump in der Kleinstadt Butler (Pennsylvania) hatte der 20-jährige Thomas Matthew Crooks mit einem Gewehr ohne Zielfernrohr acht Schüsse auf den Ex-Präsidenten abgegeben, ihn und zwei weitere Besucher verletzt sowie einen Zuschauer getötet.
Im Nachgang hatte der neue Secret-Service-Leiter den Tatort besucht und eingeräumt, er könne nicht rechtfertigen, warum daß Dach unbesetzt war. Er versuche noch immer herauszufinden, warum seine Sicherheitskräfte im Gebäude und nicht auf dessen Dach waren, kritisierte Rowe.
Ebenfalls stellte sich die Nicht-Nutzung von Drohnen als gravierender Umstand heraus. Während der Täter den Veranstaltungsort noch kurz vor dem Attentat per Drohne ausgekundschaftet hatte, habe der Secret Service wegen "Verbindungsproblemen" per Funk keine Drohnen zur Überwachung von oben eingesetzt, erklärte Rowe.
Eine weitere Fehlleistung habe in der nicht funktionierenden Kommunikation mit den örtlichen Behörden bestanden, erläuterte er. Obwohl es zahlreiche Hinweise auf die verdächtige Person sowohl von der lokalen Polizei, als auch von Zuschauern der Veranstaltung an den Secret Service gab, konnte der Schütze in Position gehen und feuern. Rowe sagte, die Hinweise und Warnungen seien in den Kommunikationskanälen der Polizei "steckengeblieben" und hätten den Secret Service nie erreicht.
Gegenüber dem TV-Sender ABC-News beklagten lokale Polizisten hingegen die mangelnde Zusammenarbeit mit dem Dienst. Mehrere Textnachrichten der örtlichen Polizei mit Hinweisen auf den Verdächtigen an den Secret Service seien unbeantwortet und folgenlos geblieben. Die Polizisten hatten Crooks demnach bereits knapp zwei Stunden vor dem Attentat um den Gebäudekomplex verdächtig herumlaufen sehen und fotografiert.
Auch in aktuell veröffentlichtem Filmmaterial der Bodycam eines der Polizisten am Tatort ist zu hören, daß er den Secret Service bereits in einem Meeting Tage vor der Veranstaltung aufgefordert hatte, an dem Gebäude Sicherheitskräfte aufzustellen. Weitere Einsatzkräfte sind zu hören, die überrascht fragen, warum niemand auf dem Dach postiert war.
Zahlreiche Fragen blieben in der Anhörung des amtierenden Secret-Service-Chefs auch weiterhin unbeantwortet. So fragten etwa der republikanische Senator Josh Hawley aus dem Staat Missouri sowie der republikanische Senator Ted Cruz aus Texas nach den verantwortlichen Entscheidungsträgern für die Veranstaltung. Rowe stellte klar, daß er bisher keinen einzigen seiner Mitarbeiter entlassen habe. Er betonte, daß er mehr Zeit für weitere Untersuchungen brauche, um nicht überstürzt zu urteilen. Sollte sich herausstellen, daß gegen Richtlinien verstoßen worden sei, würden disziplinarische Konsequenzen folgen.
Das bisherige Handeln des Secret Service hat Rowe zufolge "zu zahlreichen falschen und gefährlichen Verschwörungstheorien" geführt. Entgegen Behauptungen im Internet habe der

Scharfschütze des Secret Service nicht erst auf eine Genehmigung warten müssen, um den Täter zu erschießen. Eine weitere Theorie lautet, der Secret Service als Behörde der US-Regierung unter Trumps Gegner Joe Biden habe das Attentat vorsätzlich geschehen lassen, um Trump auszuschalten. Der Secret Service habe jedoch vorher nicht gewußt, daß sich ein Attentäter auf dem Dach befand, erklärte Rowe.
Bei dem Mordversuch waren in 16 Sekunden insgesamt zehn Schüsse gefallen. Die ersten acht Schüsse, die in Salven von drei und fünf abgefeuert wurden, sind nach aktuellem Kenntnisstand vom Attentäter Thomas Matthew Crooks abgegeben worden. Dies bestätigten vier von der Washington Post befragte Experten anhand ausgewerteter Tonaufnahmen.
Richard Goldinger, der Bezirksstaatsanwalt von Butler County, sagte der Zeitung, daß ein Mitglied der Bezirks-Spezialeinheit Emergency Services Unit (ESU) den neunten Schuß auf Crooks abgefeuert hat. Dieser, so glaubt Goldinger, habe einem Scharfschützen des Secret Service die nötige Zeit verschafft, um den Attentäter schließlich zu töten. Die Ermittler gehen weiterhin davon aus, daß es sich bei Crooks um einen Einzeltäter handelt. Seine Motive seien noch immer unklar.
Der republikanische Senator Chuck Grassley aus Iowa und die demokratische Senatorin Catherine Cortez Masto aus Nevada hatten nach dem Attentatsversuch einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Bestätigung des künftigen Direktors des Secret Service durch den Senat vorschreibt. Präsident Biden hatte Cheatle 2022 zur Leiterin des Secret Service ernannt, nachdem diese ihm zuvor während seiner Vizepräsidentschaft unter Obama als Personenschützerin gedient hatte. Das Repräsentantenhaus stimmte für die Bildung eines parteiübergreifenden Ausschusses, um das Attentat auf Trump aufzuklären. Der Ausschuß aus 13 Mitgliedern beider Parteien soll bis zum 13. Dezember seinen Abschlußbericht vorlegen und Empfehlungen für weitere Gesetzesänderungen aussprechen.<<

13.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. August 2024 (x1.390/…): >>**Deutschland ist Nettozahler Nr. 1: Schluß mit der Auspressung durch die EU!**
Aktuelle Zahlen haben erneut bestätigt, was jeder in Deutschland weiß: Wir sind Nettozahler Nr. 1 in der Europäischen Union. Die Bundesrepublik zahlte im vergangenen Jahr 17,4 Milliarden Euro mehr in die EU ein, als wir zurückerhielten - das ergab eine Berechnung von Forschern des Instituts der deutschen Wirtschaft. Das Nettominus Deutschlands ist damit beinahe doppelt so groß wie beim zweitgrößten Nettozahler Frankreich (knapp 9 Milliarden Euro). Unsere fleißigen Arbeitnehmer zahlen mit ihren Steuern für die politischen Mißstände in anderen EU-Ländern - so kann es nicht weitergehen!
Die Auspressung Deutschlands in der EU ist das Ergebnis des politischen Souveränitätsverlusts. Wir werden nicht nur zum Zahlmeister gemacht, sondern müssen uns dann auch noch vom Europäischen Gerichtshof darüber belehren lassen, wen wir in unser Land lassen und wen nicht. Dabei haben wir genug eigene Probleme: Unsere Straßen, Schienen und Brücken verfallen, Schulen werden schlecht ausgestattet oder gar geschlossen, Senioren werden mit beschämenden Armutsrenten abgespeist.
Vor diesem Hintergrund kann man es nicht oft genug betonen: Die AfD ist die einzige Partei, die sich gegen eine europäische Schuldenunion und für die Rückverlagerung von Kompetenzen an die nationale Ebene ausspricht. Unser Land zuerst - das muß stets das selbstverständliche Motto einer Bundesregierung sein. Doch erst wenn die AfD in Regierungsverantwortung gelangt, wird dieses Motto wieder zur Geltung gebracht werden!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. August 2024 (x1.390/…): >>**5-fach gesuchter Afghane entblößt sich vor Kindern: Frauen und Mädchen schützen, Abschiebungen durchsetzen!**

Ein Serienstraftäter tanzt unserem Land auf der Nase herum: Sage und schreibe vier Staatsanwaltschaften suchen einen 21-jährigen Afghanen aufgrund von fünf strafrechtlichen Vorwürfen. Doch das hielt den Asylbewerber nicht davon ab, sich am Freitag am Hauptbahnhof in Dessau vor zwei 14-jährigen Mädchen zu entblößen. Noch immer ist der Täter auf freiem Fuß, nachdem er wegen seiner exhibitionistischen Handlung lediglich eine Strafanzeige, einen Platzverweis und eine strafrechtliche Belehrung erhielt - obwohl die Polizei wußte, daß er von vier Staatsanwaltschaften gesucht wird.
Die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau sucht den Mann wegen Raubes, die Staatsanwaltschaft Kiel wegen Sachbeschädigung, die Staatsanwaltschaft Lüneburg Zweigestelle Celle wegen Sachbeschädigung und Diebstahls und die Staatsanwaltschaft Koblenz wegen des unerlaubten Aufenthaltes ohne Titel.
Es ist unfaßbar, daß dieser Mann nicht schon längst abgeschoben wurde. Ebenso unglaublich ist jedoch die Wortwahl der Polizei, die den sexuellen Übergriff vor den Augen von Kindern folgendermaßen verharmlost: "Am Freitag, den 9. August 2024 gegen 18:30 Uhr hielt es ein 21-Jähriger nicht für nötig, seine gute Kinderstube zu wahren."
Der Vorfall hält uns erneut eindringlich vor Augen, daß Frauen und Mädchen endlich geschützt werden müssen, indem ausländische Straftäter endlich konsequent abgeschoben werden und die Massenmigration gestoppt wird. Die etablierten Parteien verschließen vor Zuständen wie in Dessau die Augen - wir nicht. Mit der AfD wird eine konsequente Rückführungspolitik umgesetzt werden, damit solche Straftaten nicht länger zum traurigen Alltag in unserem Land gehören!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. August 2024 (x1.391/…):
>>**"Bürgergeld-Irrsinn": Minderjährige aus Syrien, Afghanistan, Irak und der Ukraine kriegen genau so viel wie deutsche Kinder**
Als Folge der Masseneinwanderung nach Deutschland explodieren auch die "Bürgergeld-Ausgaben" für Minderjährige. Mittlerweile beziehen unter 18-Jährige aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und der Ukraine zusammen genauso viel "Bürgergeld" wie Kinder mit deutschem Paß - rund 2,3 Milliarden Euro. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des sozialpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion René Springer hervor.
Insgesamt zahlte die Bundesagentur für Arbeit (BA) zuletzt rund 5,6 Milliarden Euro Leistungen an Minderjährige aus - 2,3 Milliarden Euro mehr als 2010. Ein Blick auf die Herkunftsländer der minderjährigen Ausländer zeigt, daß die explosionsartige Zunahme 2015 mit der Nichtschließung der Grenzen einsetzte. Vor allem drei Länder fallen dabei ins Auge: Syrien, Afghanistan und dem Irak. Allein für Minderjährige aus diesen Ländern überwies die Bundesagentur für Arbeit 2023 fast 1,2 Milliarden Euro. 2010 waren es lediglich 70,1 Millionen Euro gewesen (vormals Hartz IV). Das ist eine Steigerung um mehr als 1.600 Prozent!
Hinzu kommen seit 2022 die Zahlungen für Flüchtlingskinder aus der Ukraine. Sie erhielten 2023 rund 1,1 Milliarden Euro. Rechnet man das "Bürgergeld" für Minderjährige aus Syrien, Irak, Afghanistan und der Ukraine zusammen, kommt man auf 2,3 Milliarden Euro - das ist ziemlich genau die Summe, die deutsche Kinder erhalten.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. August 2024 (x1.392/…):
>>**Ausstehende Haftbefehle**
Über 100 verurteilte Mörder und Totschläger in Berlin auf freiem Fuß
Die Berliner Senatsinnenverwaltung offenbart in einer Antwort auf eine Anfrage: Derzeit sind 8.581 Straftäter in Berlin auf freiem Fuß. Darunter befinden sich über 100 Mörder und Totschläger.
Selma Green
...

Die Berliner Senatsinnenverwaltung legt, als Antwort auf eine Anfrage, schockierende Zahlen über die Anzahl offener Haftbefehle in Berlin offen: In Berlin sind 59 verurteilte Mörder und 66 verurteilte Straftäter wegen Totschlags auf freiem Fuß, weil die Haftbefehle bis heute nicht vollzogen wurden. Hinzu kommen Haftbefehle gegen weitere 57 verdächtige Mörder und 6 Verdächtige wegen Totschlags.
Neben den Dutzenden Mördern und Totschlägern kamen weitere Hunderte verurteilte Straftäter, unter anderem wegen Wohnungseinbruchs (62 Täter), schweren Raubes (163 Täter) und gefährlicher Körperverletzung (162 Täter), ungeschoren davon. Das ging aus dem Schreiben der Senatsinnenverwaltung hervor.
Die Anzahl an offenen Haftbefehlen beläuft sich somit (Stand 1. Juli 2024) insgesamt auf 8.581. Das sind fast eintausend mehr als im Vorjahr (2023: 7.653). Darunter befinden sich 1.358 Haftbefehle zur Untersuchungshaft, die bis heute nicht vollstreckt wurden. Außerdem sind 5.773 Haftbefehle seit mehr als sechs Monaten offen.
Aus Sicht des Linken-Abgeordneten Schlüsselburg, der die Anfrage zu den Haftbefehlen an die Berliner Senatsinnenverwaltung gestellt hatte, ist die hohe Anzahl der offenen Haftbefehle nicht nachvollziehbar. "Es ist alarmierend, daß sich die Zahl der offenen Haftbefehle weiter erhöht hat," so Schlüsselburg.
Er kritisiert insbesondere die hohe Anzahl an Mördern und Totschlägern, die in Berlin auf freiem Fuß sind: "Ich frage mich, wie Justizsenatorin Badenberg und Innensenatorin Spranger nachts ruhig schlafen können, während aktuell 125 Mörder und Totschläger, 159 Räuber und 2.860 Diebe frei herumlaufen, obwohl sie verurteilt wurden."
Die Justizverwaltung beschwichtigte die hohen Zahlen und erklärt, daß die Statistik auch Straftäter beinhaltet, die bereits nach Absetzen einer Freiheitsstrafe gegen Bewährungsauflagen verstoßen hätten. Deshalb würde die Polizei erneut nach diesen fahnden. Den genauen Anteil solcher Fälle gab die Justizverwaltung nicht an.
Eine weitere Erklärung lieferte CDU-Abgeordnete Sven Rissmann gegenüber der B.Z. Rissmann erklärt: "Verurteilte Straftäter können zum Beispiel wegen Krankheit nach Hause gehen, oder wenn die U-Haft zeitlich überzogen wurde. Dann gibt es eine schriftliche Ladung zum Haftantritt."
Bislang wurden von öffentlichen Stellen zwar keine weiteren Ursachen für die hohe Anzahl an offenen Haftbefehlen angegeben. Doch die Berliner Polizei hat bekanntlich seit den letzten Jahren immer wieder mit Überlastungen zu kämpfen. Die Berliner Behörden sind allein durch die Vielzahl an Ermittlungsverfahren völlig überlastet.
Diese haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend gehäuft: von über 4.000 Strafverfahren wegen Betrugs mit Corona-Hilfen, über 1.846 Strafverfahren zu den Aktionen der Letzten Generation bis hin zu 2.382 Strafverfahren rund um Proteste in Bezug auf das Massaker in Israel am 7. Oktober 2023. Bereits im Oktober letzten Jahres verzeichnete die Berliner Polizei 2,5 Millionen Überstunden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. August 2024 (x1.392/…):
>>**Kassenärzte-Chef: Zunehmende Gewalt in Arztpraxen: "Da ist einer krank, und sechs Leute kommen und machen Radau"**
"Da ist einer krank, und sechs Leute kommen als Begleitung mit in die Praxis", klagt Kassenärzte Chef Andreas Gassen. Die zunehmende Gewalt in Arztpraxen stamme von einem "kleinen, leider aber größer werdenden Klientel".
Von *Redaktion*
...
Der Kassenärzte-Chef kritisiert zunehmende Gewalt in Arztpraxen. Vor allem ein "kleines Klientel" bereite ihm Sorgen.
Immer häufiger kommt es in deutschen Kliniken und Arztpraxen zu Gewaltübergriffen auf das

medizinische Personal. Gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung warnt der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, jetzt vor einer brisanten Entwicklung: Es handele sich bei den betroffenen Patienten um eine "kleine, leider aber größer werdende Klientel".
Daß Patienten sich verbal, aber auch physisch immer seltener unter Kontrolle haben, sei zwar nicht auf eine Nationalität zurückzuführen, "was sich allerdings auch häuft: Da ist einer krank, und sechs Leute kommen als Begleitung mit in die Praxis oder die Notaufnahme und machen Radau. Das ist bemerkenswert und extrem unangenehm", monierte Gassen.
Der Mediziner warnt nicht nur vor aggressivem Verhalten und verbalen Bedrohungen, "ich hatte selbst schon einen Patienten, der eine Tür kaputtgetreten hat". Diese Entwicklung ist spätestens seit Anfang des Jahres zu beobachten. Nachdem Anfang Januar ausländisch aussehende Männer das Krankenhauspersonal einer Klinik in Berlin-Lichtenberg wegen zu langer Wartezeit zusammengeschlagen hatten, war eine Debatte um die Sicherheit der medizinischen Fachkräfte entbrannt.
Berlins Innensenatorin, Iris Spranger, verkündete daraufhin, die Zahl der Polizeieinsätze in Kliniken sei in den vergangenen fünf Jahren um 40 Prozent gestiegen. Laut Tagesspiegel seien alkoholisierte Patienten, psychisch gestörte Personen, aber auch aggressive Großfamilien ausschlaggebend für die Gewaltzunahme. Gegenüber Apollo News teilte die Berliner Polizei damals mit, 2023 seien 182 Polizeieinsätze an Berliner Kliniken registriert worden. Die 127 Verdächtigen hätten größtenteils die deutsche Staatsbürgerschaft, eine genaue Aufschlüsselung wollte die Polizei nicht liefern.
Auch in Arztpraxen und vor allem gegenüber Arzthelferinnen hat die Gewalt zugenommen, warnt Gassen. Der Kassenärzte-Chef fordert Justizminister Marco Buschmann deshalb dazu auf, einen Gesetzesentwurf, der Anfeindungen und Gewalt gegen Beamte und Rettungssanitäter unter härtere Strafen stellen soll, auch auf Arztpraxen auszuweiten. "Es ist überfällig, das Strafgesetz an der Stelle zu verschärfen. Auch Praxen müssen sich nicht alles bieten lassen", meint Gassen.
Es sei "genauso unerträglich, wenn Feuerwehrleute mit Flaschen beworfen werden, wie wenn Krankenhaus- oder Praxismitarbeiter bedroht oder körperlich angegangen werden, weil irgendein Vollidiot meint, sein Schnupfen müßte jetzt sofort behandelt werden und er sei nicht freundlich genug behandelt worden."<<

Ukraine: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 13. August 2024 (x1.394/…): >>**Ukraine: Hunderttausende Männer wegen Kriegsdienst untergetaucht**
Ausschußvorsitzender: Rund 800.000 Wehrpflichtige leben "im Untergrund" / Anzahl der Deserteure erreicht neuen Höchststand / Widerstand in Bevölkerung und Unternehmen
Rund 800.000 Männer sind laut Dmytro Natalukha, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des ukrainischen Parlaments, innerhalb der Ukraine untergetaucht, um sich dem Kriegsdienst zu entziehen. Dies berichtet die US-Zeitung "Financial Times" (4. August) und bezeichnet den Zustand als Leben "im Untergrund". Die wehrpflichtigen Männer wechselten demnach ihren Wohnort und arbeiten nur inoffiziell gegen Barzahlung. Die ukrainischen Behörden hätten keinen Zugriff auf diese Männer.
Auch zeichnet sich verstärkter Widerstand gegen neue Rekrutierungen ab: In der nordwestukrainischen Stadt Kowel kam es Anfang August zu spontanen Protesten der Bevölkerung, nachdem mehrere junge Männer von der Polizei verhaftet und zur örtlichen Registrierungsstelle für den Militärdienst gebracht wurden. Die Behörden ließen die Eingezogenen daraufhin wieder frei. Zudem erreichte die Zahl der Deserteure im ersten Halbjahr 2024 mit 29.000 eingeleiteten Verfahren ein Rekordhoch. Zahlreiche Männer versuchen auch weiterhin, das Land zu verlassen. Regelmäßig kommt es zu Berichten über an der Grenze festgenommene, tödlich verunglückte oder erschossene Ukrainer.

Diese Entwicklungen stehen im Zusammenhang mit zwei neuen Mobilisierungsgesetzen, die im April von Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet wurden und im Mai in Kraft traten. Ende 2023 hatte Selenskyj bereits verkündet, daß die Ukraine 500.000 neue Soldaten brauche, um der russischen Armee standzuhalten. Laut amtlichen ukrainischen Zahlen ist bereits jeder achte wehrfähige Mann im Land Invalide.
Das erste Gesetz senkt das Mindestalter für den Einzug von Wehrpflichtigen von 27 auf 25 Jahre ab. Laut Angaben der New York Times betrug die Anzahl der 25- und 26-jährigen männlichen Ukrainer im Jahr 2022 jedoch lediglich 467.000, einschließlich derjenigen, die in den von Rußland kontrollierten Gebieten oder im Ausland leben.
Das zweite Gesetz verpflichtet alle ukrainischen Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren, sich bei den militärischen Registrierungsstellen zu melden und die entsprechenden Dokumente stets bei sich zu führen. Verstöße gegen das Gesetz werden mit Geldstrafen und dem Verlust des Führerscheins geahndet.
Auch ukrainische Männer im Ausland in dieser Altersspanne müssen sich bei den Registrierungsstellen melden, was nur in ihrem Heimatland möglich ist. Kommen sie dem nicht nach, stehen ihnen keine konsularischen Dienstleistungen wie die Verlängerung ihres Passes mehr zur Verfügung. Dies kann rechtliche Folgen haben, beispielsweise bei der Eröffnung eines Bankkontos im Ausland. Laut dem Statistischen Amt der Europäischen Union waren Ende 2023 mindestens 650.000 ukrainische Männer zwischen 18 und 64 Jahren in der EU, Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein als Flüchtlinge registriert, davon 247.000 im Alter zwischen 18 und 60 Jahren allein in Deutschland.
Eine anfangs diskutierte Begrenzung des Wehrdienstes in der Ukraine auf maximal 36 Monate hat das ukrainische Parlament hingegen nicht beschlossen - offenbar auf Druck des neuen Oberbefehlshabers der Streitkräfte Oleksandr Syrskyj. Laut der Deutschen Welle sind jedoch der Wunsch der Soldaten nach Erholung, ein schlechter psychologischer Zustand sowie Erschöpfung die Hauptgründe für die hohe Anzahl an Deserteuren. Die offizielle Wehrdienstzeit beträgt 18 Monate. Gegen das neue Mobilisierungsgesetz hatten ukrainische Fernfahrer bereits im Mai mit einer Blockade der Autobahn Kiew-Odessa protestiert.
Durch die neue Mobilisierungskampagne gerät auch die ukrainische Wirtschaft weiter unter Druck. Laut Informationen der Financial Times fordern die größten Unternehmen des Landes umfassende Ausnahmen für ihre Mitarbeiter vom Militärdienst, um das wirtschaftliche Überleben der Ukraine zu sichern.
Die Firmen hatten vorgeschlagen, eine Schutzgebühr von 20.000 Griwna (440 Euro) für jeden Arbeiter an den Staat zu zahlen oder eine Gehaltsgrenze einzuführen, ab der man nicht mehr mobilisiert werden darf. Auch wegen der stark verbreiteten Korruption in der Ukraine, die es wohlhabenden Bürgern ermöglicht, sich vom Kriegsdienst freizukaufen, hat sich in dem Land eine Debatte über ein gerechtes Wehrpflichtsystem entzündet.<<

14.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. August 2024 (x1.390/…): >>**Bürokratie-Kosten steigen auf 67 Milliarden Euro: Rettet unsere Unternehmen vor dem Ampel-Irrsinn!**
Auf unfaßbare 67 Milliarden Euro steigen die Bürokratiekosten für Unternehmen im laufenden Jahr. Die Zahlen gehen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor. Seit Jahrzehnten sprechen die etablierten Parteien vom Bürokratie-Abbau - doch statt dessen wird die Situation immer schlimmer. Firmen geben auf, werden erst gar nicht gegründet oder verlassen für immer unser Land, weil die Papierflut jegliche wirtschaftliche Kraft erstickt.
Doch Bürokratie ist bei Weitem nicht der einzige Ampel-Hemmschuh, den die kleinen und mittelständischen Unternehmen ebenso wie größere Firmen mit sich herumschleppen müssen.

Die massive Steuerbelastung und die hohen Energiekosten infolge von "Energiewende-Ideologie" führen zu einer verheerenden Insolvenzwelle. Allein für das erste Halbjahr 2024 wurden über alle Unternehmensgrößen hinweg rund 11.000 Insolvenzen registriert - die höchste Zahl seit fast einem Jahrzehnt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies einen Anstieg um rund 41 Prozent.
Höchste Zeit also für eine AfD-Regierung, um unsere Unternehmen und unseren Mittelstand zu retten! Wir brauchen eine Offensive für Bürokratie-Abbau und für steuerliche Entlastungen. Und wir müssen das "Energiewende-Experiment" beenden, um die Energiepreise wieder zu senken. Nur so kann der Standort Deutschland noch eine Zukunft haben!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. August 2024 (x1.391/…):

>>**Deutsche Behörden hilflos: Wie Afghanen mit einem dreisten "Paß-Trick" Urlaub in der Heimat machen!**

Exklusive Recherchen von RTL zeigen, daß viele in Deutschland anerkannte Asylbewerber und sogenannte Flüchtlinge auf Heimatbesuch fliegen. Obwohl sie doch angegeben hatten, wegen angeblicher Gefahr für Leib und Leben aus ihren Herkunftsländern geflüchtet zu sein. Der Beipackzettel-Trick mit dem "Blauen Paß" hilft ihnen dabei.
Doch wie ist eine Heimreise etwa nach Afghanistan als "Geflüchteter" überhaupt möglich? Wer organisiert diese Reisen? Wie groß ist die Industrie, die dahintersteckt? Die RTL-Sendung "Extra" ist diesen Fragen nachgegangen und hat die Ergebnisse monatelanger Recherchen am Dienstagabend (13. August) ausgestrahlt.

Neue Tourismus-Industrie

Der "Steindamm" im Hamburger Stadtteil St. Georg ist für viele Afghanen offenbar ein Tor in die alte Heimat am Hindukusch: Im Umkreis weniger Hundert Meter befinden sich hier gleich mehrere Reisebüros, die für Menschen aus Afghanistan, die in Deutschland Schutz suchten und bekamen, Reisen in die alte Heimat organisieren.
Deutsche Behörden bekommen von den Reiseaktivitäten nahezu nichts mit. Sonst würden die heimreisenden Afghanen ja auch ihre Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland riskieren.
Über soziale Medien wie TikTok verbreitete Beiträge belegen aber, daß in Deutschland lebende Afghanen regelmäßig Urlaub in der alten Heimat machen. Sie posten Bilder von ihren Erlebnissen am Hindukusch.
Ist Afghanistan also sicherer als allgemein angenommen? "Viele Afghanen aus Europa gehen aktuell für Urlaub zurück. Sogar aus London, aus Deutschland, machen Urlaub", sagt ein Afghane. Die Taliban seien "nett", berichtet eine junge Afghanin.

Angebliches Reiseziel Iran

Die RTL-Recherchen am Hamburger Steindamm zeigen: Es handelt sich nicht etwa um wenige Einzelfälle. In Deutschland lebten im vergangenen Jahr rund 400.000 Menschen mit afghanischer Staatsangehörigkeit. Jede Woche reisen nach Angaben der Reisebürobetreiber allein über Hamburg Hunderte Afghanen mit sogenannten "Blauen Pässen" in ihr Herkunftsland. Diese speziellen Reiseausweise bekommen in Deutschland anerkannte "Asylberechtigte" oder "Flüchtlinge" als Ersatz für den Reisepaß aus dem Herkunftsland ausgestellt. Damit fliegen Afghanen via Iran bis nach Afghanistan. "Machen wir. Kein Problem", heißt es auf Nachfrage immer wieder aus verschiedenen Reisebüros.
Die Reisebüros sowie die Reisenden bedienen sich dabei mit Hilfe der iranischen Behörden eines Tricks: Sogenannte "Double Entry Visa" ermöglichen eine Afghanistan-Reise mit Zwischenstopp in Iran. Der Iran wird den deutschen Behörden - etwa bei der Aus- und Einreise am deutschen Flughafen - als angebliches Zielland angegeben. Die Reiseroute lautet in Wirklichkeit aber: Hamburg - Teheran - Kabul - Teheran - Hamburg.

Der Zettel-Trick

Um die deutschen Behörden zu täuschen, werden die Visa, anders als üblich, nicht in die Päs-

se geklebt, sondern lediglich als loses Blatt Papier wie ein Beipackzettel eingelegt. Die Stempel der Grenzbehörden werden auf diese Weise nicht in den blauen Reisepaß gestempelt, sondern nur auf das lose Blatt Papier, welches vor der Rückreise nach Deutschland rechtzeitig entsorgt werden kann. Das eigentliche Zielland Afghanistan wird so bei der Wiedereinreise nach Deutschland verschleiert.
Die deutschen Behörden bekommen in den meisten Fällen nichts mit. Auf die Frage, ob das Bundesinnenministerium von den Heimaturlauben weiß, schiebt Nancy Faeser (SPD) die Verantwortung ab und erklärte gegenüber RTL: "Also erstmal ist es nicht unsere Aufgabe als Bundesinnenministerium, sondern der örtlichen Ausländerbehörden, darauf zu achten, daß so was nicht passiert." Man werde sich das Thema aber anschauen …<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. August 2024 (x1.392/…):
>>**Faesers Niederlage**
Compact-Verbot aufgehoben: Welche Ansprüche das Magazin jetzt gegen den Staat hat
Jonas Aston
...
Das von Bundesinnenministerin Nancy Faeser forcierte Verbot des Compact-Magazins ist grandios gescheitert. Im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzverfahrens ist das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zum Schluß gekommen, daß das Verbot des Compact-Magazins zumindest vorläufig keinen Bestand hat. Mit dem Verbotsverfahren hat Faeser alles auf eine Karte gesetzt. Compact hat in Spitzenzeiten bis zu 80.000 Magazine verkauft. Noch nie wurde ein so großes Medium mit einem Verbotsverfahren überzogen.
Durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist klar, daß Compact seine Tätigkeiten wieder vollumfänglich aufnehmen darf und rechtlich so behandelt wird, als wäre es nie verboten gewesen. Personal darf wieder eingestellt werden, und die Mitarbeiter dürfen wieder für Compact arbeiten. Auch Veranstaltungen dürfen wieder ohne jegliche Auflagen durchgeführt werden. Die ursprünglich geplante Veranstaltungsreihe "Die blaue Welle", mit der zumindest implizit die AfD im Landtagswahlkampf im Osten unterstützt werden soll, kann nun stattfinden.
Des Weiteren hatte Faeser ohne Rücksicht auf Verluste das Betriebsvermögen von Compact in sechsstelliger Höhe eingefroren, Vertriebsstrukturen zerschlagen und Mobiliar sowie Dokumente beschlagnahmt. Nun muß das Innenministerium all dies rückabwickeln. Zudem könnten dem Compact-Magazin nun Schadensersatzansprüche gegen den Staat zustehen. Insbesondere die entgangenen Gewinne während der rund einen Monat andauernden Verbotsphase könnte Jürgen Elsässer einfordern.
Zudem dürfte Compact sich die Kosten für die Rechtsstreitigkeiten erstatten lassen können. Auch für sogenannte Reputationsschäden kann das Compact-Magazin unter Umständen Schadensersatz fordern. Dies gilt vor allem, wenn (voraussichtlich) nachwirkende Umsatzeinbußen auf das Verbot zurückzuführen sind. Denkbar wären hier etwa finanzielle Schäden, die Compact aufgrund von Kündigungen jeder Art während des zwischenzeitlichen Verbots entstanden sind.
Die Reputation der Bundesregierung hat aufgrund dieses in der Bundesrepublik Deutschland einmaligen Vorgehens gegen ein Medium in jedem Fall weiteren massiven Schaden genommen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. August 2024 (x1.392/…):
>>**Compact-Affäre: Diese Anti-Rechtsstaats-Ministerin muß zurücktreten**
Nancy Faeser ist mit ihrem Compact-Verbot auf die Nase gefallen - das Bundesverwaltungsgericht hebt es wegen unzulässiger Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit auf. Das erwartbare Urteil muß Faesers politisches Ende bedeuten - denn die Ministerin untergrub bewußt Rechtsstaat und Verfassung.

Max Roland

...

Das Bundesverwaltungsgericht hebt das Verbot des Magazins Compact auf: Dem Eilantrag der betroffenen Redaktion wurde am Mittwoch stattgegeben. Damit darf Compact weiterarbeiten - bis zur Entscheidung im langwierigen Hauptsacheverfahren gilt Rechtsschutz.

Damit liegt die Entscheidung über ein Verbot jetzt da, wo sie hingehört - vor Gericht. Nancy Faeser muß derweil eine vernichtende Niederlage hinnehmen. Ihre autoritäre Handhabe wird für rechtswidrig befunden. Deutlich sagt das Gericht, was Sache ist.

Zwar sei das umstrittene juristische Vorgehen Faesers - ein Verbieten eines Mediums über das Vereinsrecht - an sich zulässig; "Zweifel bestehen jedoch, ob angesichts der mit Blick auf die Meinungs- und Pressefreiheit in weiten Teilen nicht zu beanstandenden Beiträge in den Ausgaben des 'COMPACT-Magazin für Souveränität' die Art. 1 Abs. 1 GG verletzenden Passagen für die Ausrichtung der Vereinigung insgesamt derart prägend sind, daß das Verbot unter Verhältnismäßigkeitspunkten gerechtfertigt ist."

Soll heißen: Faesers Vorgehen gegen Compact war ungerechtfertigt, unangemessen, ein Übergriff. Nancy Faeser hat gegen den Rechtsstaat und gegen die Verfassung gepokert, und sie hat verloren. Das ist die gute Nachricht: Der Rechtsstaat gibt ein wichtiges Lebenszeichen ab und weist Faeser mit ihren autoritären Methoden in die Schranken.

Faeser sabotierte das Gerichtsurteil im Voraus

Aber: Mit ihrer Zerschlagung der Finanz- und Vertriebsstrukturen des Magazins hat sie das heutige Eil-Urteil bereits im Voraus unterlaufen und sich damit bewußt über ein mögliches, ja erwartbares Gerichtsurteil hinweggesetzt. Das ist anti-rechtsstaatlich. Jetzt ist das Verbot vorerst aufgehoben - die Schäden bleiben jedoch. Man darf davon ausgehen, daß Faeser das so perfide berechnet hat.

Der Vertrieb liegt in Trümmern, in keinem Kiosk ist das Magazin noch zu finden, selbst die Büromöbel hat Faeser beschlagnahmen lassen. Chefredakteur Elsässer selbst weiß bei aller Freude über den Erfolg vor Gericht nicht, wann Compact jetzt tatsächlich wieder anfangen kann, zu arbeiten. Das de-facto-Verbot besteht über den Moment der Aufhebung fort. Das hat Faeser so geplant.

Damit umschifft sie den Rechtsstaat, hat sich zu Klägerin, Richterin und Vollstreckerin gemacht. "Ich habe Compact verboten", sagte sie stolz in einem Kurzvideo zur Razzia im Juli. Man merkt, was da mitschwingt: Der "Kampf gegen Rechts" wird im Stile eines Sonnenkönigs geführt, eines autoritären Herrschers, der Justiz, Legislative und Exekutive in sich vereinigt sieht. Nicht das Gesetz gilt, nicht das, was Gerichte urteilen, gilt - sondern Faesers Wort und Wille. Das Gesetz bin ich. Es ist allein dieses Selbstverständnis, das Nancy Faeser für ihr sensibles Amt ungeeignet macht.

Demokratische Grundsätze interessieren Faeser nicht

Eigentlich dürfte jemand, der so denkt, nicht mal Bundesbeauftragte für Popkultur sein, geschweige denn Innenministerin. Daß ihr rabiates Vorgehen jetzt auch amtlich rechtswidrig ist, unterstreicht es nur noch. Faeser hat bewiesen, was für sie gilt: Ideologie vor Recht.

Sie war bereit, das Recht zu brechen, Grundsätze dieser Republik mutwillig zu beschädigen. Und sie hat es getan. Gesetze, Verfassung, demokratische Grundsätze waren und sind ihr schlicht egal.

Warum hat sie Compact verboten? Das hat Faeser bis heute nie so richtig begründet. Wahrscheinlich muß sie das in ihrem Selbstverständnis auch gar nicht - Compact ist ja rechtsradikal. Stimmt vielleicht - aber auch im Umgang mit Rechtsradikalen gilt das Recht. Faeser aber führt in ihrem "Kampf gegen Rechts" einen Kampf gegen das Recht. Sie attackiert Verfassung und Rechtsstaat.

Das Bundesverwaltungsgericht hat ihr ein deutliches Stoppschild gezeigt. Die Verfassungsmi-

nisterin hat die Verfassung mutwillig verletzt, um ihre politischen Ziele umzusetzen. Sie wahrt das Grundgesetz nicht, sie beschädigt es. Sie schützt diese Republik nicht, sondern zersetzt sie. Ihr rechtswidriger Angriff auf Compact war ein Angriff auf das Grundgesetz - das ist jetzt gerichtsfest als solcher bestätigt. Die logische Konsequenz kann nur der Rücktritt sein.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. August 2024 (x1.392/…):

>>**Klatsche für Faeser**

Gericht hebt Compact-Verbot auf

Das Compact-Verbot wurde im Eilverfahren aufgehoben. Damit kann das Magazin bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache weiterarbeiten und erscheinen.

Von *Redaktion*

...

Jürgen Elsässer darf vorerst weiterarbeiten.

Rund einen Monat nachdem Innenministerin Nancy Faeser das Compact-Magazin verboten hat, hat das Bundesverwaltungsgericht dem Eilantrag von der Redaktion des Magazins stattgegeben und das Verbot vorerst aufgehoben.

Damit darf Compact bis zu einer Entscheidung im Hauptverfahren vorerst weiterarbeiten, wie Chefredakteur Jürgen Elsässer auf X mitteilte.

"Zweifel bestehen jedoch, ob angesichts der mit Blick auf die Meinungs- und Pressefreiheit in weiten Teilen nicht zu beanstandenden Beiträge in den Ausgaben des "COMPACT-Magazin für Souveränität" die Art. 1 Abs. 1 GG verletzenden Passagen für die Ausrichtung der Vereinigung insgesamt derart prägend sind, daß das Verbot unter Verhältnismäßigkeitspunkten gerechtfertigt ist.

Denn als mögliche mildere Mittel sind presse- und medienrechtliche Maßnahmen, Veranstaltungsverbote, orts- und veranstaltungsbezogene Äußerungsverbote sowie Einschränkungen und Verbote von Versammlungen in den Blick zu nehmen", heißt es in der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts. Außerdem weist das Bundesverwaltungsgericht darauf hin, daß der Pressefreiheit "ein besonderes Gewicht" zukommt.

Daß Compact, wie von Faeser geschehen, als Verein eingestuft worden ist, ist laut Bundesverwaltungsgericht zulässig. Zweifel hat das Bundesverwaltungsgericht hingegen am Verbotsgrund, dem "Sichrichtens gegen die verfassungsmäßige Ordnung" selbst. Ob Compact diesen Verbotsgrund "erfüllt, kann derzeit nicht abschließend beurteilt werden."

In einem ersten Statement spricht Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer von einem "Sieg". Elsässer geht davon aus, daß der Weiterbetrieb von Compact durch die Entscheidung im Eilverfahren für die nächsten "zwei bis drei Jahre" gesichert sei, denn erst dann wird eine Entscheidung im Hauptverfahren erwartet.

Mittlerweile hat Compact auch wieder Zugriff auf einzelne Internetauftritte. Auf Telegram und X wurden kurz nach Bekanntwerden der Gerichtsentscheidung Videos gepostet. Der Webauftritt und der YouTube-Kanal sind hingegen noch nicht wieder freigeschaltet worden.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. August 2024 (x1.392/…):

>>**Heimliche Hausdurchsuchungen: Faeser plant neues BKA-Gesetz**

Nancy Faeser plant ein neues BKA-Gesetz, das es Polizeibeamten erlauben soll, heimliche Hausdurchsuchungen durchzuführen. Zunächst soll die Änderung laut Innenministerium zum "verdeckten Betreten von Wohnungen" im Rahmen der Terrorismusbekämpfung dienen.

Von *Redaktion*

...

Derzeit gelten für Hausdurchsuchungen strenge Auflagen. Diese könnten bald abgeschafft werden - zunächst für den Kampf gegen Terrorismus.

Um besser gegen Terrorismus vorgehen zu können, möchte das Bundesinnenministerium

(BMI) unter der Leitung von Nancy Faeser jetzt heimliche Hausdurchsuchungen durch das Bundeskriminalamt legalisieren. Das erfuhr das Redaktionsnetzwerk Deutschland aus Sicherheitskreisen. Demnach bedarf es weitreichenderer Befugnisse für die BKA-Beamten, um weiterhin eine zentrale Rolle im Kampf gegen den internationalen Terrorismus in digitaler, aber auch in analoger Form zu spielen, so die Argumentation.
Ob das BMI dahingehend auch Bedenken entwickelt hat, geht aus dem Bericht nicht hervor. Zwar sollen die Maßnahmen als letztes Mittel und lediglich zur Bekämpfung von Terrorismus eingesetzt werden, den Beamten würde aber formal die generelle "Befugnis zum verdeckten Betreten von Wohnungen als Begleitmaßnahme für die Online-Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung" erteilt.
Das verdeckte Betreten von Wohnungen beeinträchtigt zudem das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung, das in Artikel 13 des Grundgesetzes verankert ist. Wohnungsdurchsuchungen sind derzeit zwar auch mit richterlichem Beschluß möglich, davon erfährt die betroffene Person allerdings in der Regel - und das könnte sich nun ändern.
Ausnahmen sind zwar schon heute möglich, könnten dann aber zur Regel werden. Derzeit sind Beamte dazu angehalten, eine Durchsuchung durch Nennung des Verdächtigen und dessen Vergehen zu rechtfertigen. Zudem muß angegeben werden, was das Ziel der Durchsuchung ist und welcher Gegenstand oder Inhalt sichergestellt werden soll. Inwiefern diese Grundsätze dann noch gelten, ist derzeit unklar.
Zunächst soll die brisante Ausdehnung der BKA-Befugnisse aber nur zur Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden. Folgt man der Definition des BMI für terroristische Straftaten, handelt es sich hierbei vor allem um die "Bildung terroristischer Vereinigungen", wie sie in Paragraph 129a und 129b des Strafgesetzbuchs festgeschrieben ist. Aber auch die Paragraphen 89a, 89b, 89c und 91 werden dem Terrorismus zugeordnet. Hierbei handelt es sich um die "Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat" oder die "Terrorismusfinanzierung".
Das BMI erlaubt allerdings eine Ausweitung dieser Definition: Auch Einzeltäter, die "die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen des Bundes, eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören" versuchen, können in den Bereich der terroristischen Kriminalität fallen, solange deren terroristisches Vorgehen mit Paragraph 129a belegt werden kann.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. August 2024 (x1.393/…): >>**Compact siegt vor Gericht - Nancy Faeser Rücktritt?**
Sensation in Sachen Compact Magazin: das Bundesverwaltungsgericht hebt das Verbot im Eilverfahren auf. Wie wird die Innenministerin reagieren?
Das im Juli von Bundesinnenministerin Nancy Faeser verfügte sofortige Verbot der rechtsextremen Zeitschrift Compact ist teilweise ausgesetzt. Das Bundesverwaltungsgericht gab dem Antrag des Magazins, die aufschiebende Wirkung ihrer Klage gegen die Verbotsverfügung wiederherzustellen, in (einem) bestimmten Maße statt, wie das Gericht in Leipzig mitteilte. Damit kann das Blatt unter bestimmten Auflagen vorerst wieder erscheinen. Eine endgültige Entscheidung wird im Hauptsacheverfahren fallen, welches 2-3 Jahre dauert.
Alles spricht laut der Mitteilung des Gerichts dafür, daß die Verbotsverfügung formell rechtmäßig ist. Ob sich das Magazin sich aber gegen den Verbotsgrund richtet, gegen die verfassungsmäßige Ordnung zu verstoßen, könne derzeit nicht abschließend beurteilt werden.
Der Hamburger Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel fragt: "Wie lange müssen wir jetzt noch auf den Rücktritt von Innenministerin Faeser warten?"
Pressemitteilung Bundesverwaltungsgericht:
Dem Antrag der COMPACT-Magazin GmbH, die aufschiebende Wirkung ihrer Klage gegen die Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) wiederher-

zustellen, hat das Bundesverwaltungsgericht heute mit bestimmten Maßgaben stattgegeben. Demgegenüber hat das Gericht die Anträge weiterer Antragsteller abgelehnt.
Mit Verbotsverfügung vom 5. Juni 2024 - vollzogen am 16. Juli 2024 - stellte das BMI unter Berufung auf § 3 Abs. 1 Satz 1 Var. 2, § 17 Nr. 1 Var. 1 VereinsG i. V. m. Art. 9 Abs. 2 Var. 2 GG fest, daß die Antragstellerin zu 1 - die COMPACT-Magazin GmbH - und ihre Teilorganisation, die Antragstellerin zu 2, sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten, deshalb verboten würden und aufgelöst seien. Die Antragsteller zu 3 bis 10 werden in der Verbotsverfügung als Mitglieder genannt.
Zur Begründung führte das BMI an, die Vereinigung lehne die verfassungsmäßige Ordnung nach ihren Zwecken und ihrer Tätigkeit ab und weise eine verfassungsfeindliche Grundhaltung auf. Dies komme u. a. in zahlreichen Beiträgen des monatlich erscheinenden "COMPACT-Magazin für Souveränität" zum Ausdruck. Hiergegen haben die Antragsteller zu 1 bis 10 am 24. Juli 2024 Klage erhoben, über die der Senat noch nicht entschieden hat. Zugleich haben sie jeweils Anträge auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes gestellt, die vor allem darauf abzielen, den Betrieb als Presse- und Medienunternehmen während der Dauer des anhängigen Klageverfahrens fortführen zu können.
Bei der im Eilverfahren gebotenen summarischen Prüfung der Verbotsverfügung erweisen sich die Erfolgsaussichten der Klage der Antragstellerin zu 1 als offen. Zwar bestehen keine Bedenken gegen die Anwendbarkeit des Vereinsgesetzes auf die in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisierte und als Presse- und Medienunternehmen tätige Antragstellerin zu 1.
Alles spricht auch dafür, daß die Verbotsverfügung formell rechtmäßig ist. In materieller Hinsicht gibt es keine Zweifel daran, daß es sich bei der Antragstellerin zu 1 um einen Verein i.S.d. § 2 Abs. 1 VereinsG handelt, der sich die Aktivitäten der Antragstellerin zu 2 als seiner Teilorganisation zurechnen lassen muß. Ob diese Vereinigung aber den - wie alle Gründe des § 3 Abs. 1 Satz 1 VereinsG, Art. 9 Abs. 2 GG eng auszulegenden - Verbotsgrund des Sichrichtens gegen die verfassungsmäßige Ordnung erfüllt, kann derzeit nicht abschließend beurteilt werden.
Einzelne Ausführungen in den von der Antragstellerin zu 1 verbreiteten Print- und Online-Publikationen lassen zwar Anhaltspunkte insbesondere für eine Verletzung der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) erkennen. Es deutet auch Überwiegendes darauf hin, daß die Antragstellerin zu 1 mit der ihr eigenen Rhetorik in vielen Beiträgen eine kämpferisch-aggressive Haltung gegenüber elementaren Verfassungsgrundsätzen einnimmt.
Zweifel bestehen jedoch, ob angesichts der mit Blick auf die Meinungs- und Pressefreiheit in weiten Teilen nicht zu beanstandenden Beiträge in den Ausgaben des "COMPACT-Magazin für Souveränität" die Art. 1 Abs. 1 GG verletzenden Passagen für die Ausrichtung der Vereinigung insgesamt derart prägend sind, daß das Verbot unter Verhältnismäßigkeitspunkten gerechtfertigt ist. Denn als mögliche mildere Mittel sind presse- und medienrechtliche Maßnahmen, Veranstaltungsverbote, orts- und veranstaltungsbezogene Äußerungsverbote sowie Einschränkungen und Verbote von Versammlungen in den Blick zu nehmen.
Bei der dem Bundesverwaltungsgericht im Eilverfahren obliegenden Abwägung überwiegt das Aussetzungsinteresse der Antragstellerin zu 1 das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung. Da die Vollziehung des Vereinsverbots zu der sofortigen Einstellung des gesamten Print- und Onlineangebots führt, das den Schwerpunkt der Tätigkeit der Antragstellerin zu 1 ausmacht, kommt ihrem Interesse an der aufschiebenden Wirkung ihrer Klage im Hinblick auf die Grundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit aus Art. 5 Abs. 1 GG ein besonderes Gewicht zu.
Dem Anliegen der Antragsgegnerin, die Fortsetzung der Tätigkeiten der Vereinigung auf Dauer zu unterbinden, kann in ausreichendem Maße durch die in dem Beschluß näher be-

zeichneten Maßgaben Rechnung getragen werden. Diese dienen vor allem der weiteren Auswertung der beschlagnahmten Beweismittel für das anhängige Hauptsacheverfahren.
Im Unterschied hierzu haben die Klagen der weiteren Antragsteller zu 2 bis 10 voraussichtlich keinen Erfolg. Ihre Eilanträge waren daher abzulehnen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. August 2024 (x1.393/…): >>**BKA soll heimlich Wohnungen betreten und durchsuchen dürfen**
Das Bundesinnenministerium will dem Bundeskriminalamt die Befugnis geben, künftig heimlich Wohnungen zu betreten und zu durchsuchen.
Das BKA habe eine zentrale Position in der Strafverfolgung und zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus, dafür benötige es wirksame und moderne Instrumente in der analogen wie digitalen Welt, heißt es dazu in Sicherheitskreisen, wie die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" in ihren Mittwochausgaben schreiben.
Der Entwurf zur Reform des BKA-Gesetzes umfasse daher "die Befugnis zum verdeckten Betreten von Wohnungen als Begleitmaßnahme für die Online-Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung" (Anbringen von Spähsoftware auf Desktops oder Smartphones) sowie die Befugnis "zur verdeckten Durchsuchung von Wohnungen".
Diese Instrumente sollten jedoch nur unter sehr hohen Hürden als Ultima Ratio und allein zur Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden können. Der stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Konstantin von Notz, sagte dem RND: "Es sind ernste Zeiten. Und das BKA braucht moderne Ermittlungsbefugnisse und -mittel. Gleichzeitig ist völlig klar, daß es diese Befugnisse bloß im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung geben kann." Das Bundesverfassungsgericht habe gerade beim Thema Lauschangriff und Umgang mit technischen Geräten klare Vorgaben gemacht. Unter diesem Gesichtspunkt sei der Gesetzentwurf zu prüfen.
Normalerweise muß die Polizei bei Wohnungsdurchsuchungen den Beschuldigten und die Straftat nennen sowie angeben, was gefunden werden soll. Sie muß einen entsprechenden Antrag dann der Staatsanwaltschaft vorlegen, die ihn wiederum beim zuständigen Ermittlungsrichter stellt. Der Betroffene muß informiert werden. Ausnahmen von diesen Vorgaben sind lediglich bei Gefahr im Verzug möglich.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. August 2024 (x1.393/…): >>**Kritik an Faeser nach vorläufiger Aufhebung des Compact-Verbots**
Nachdem das Leipziger Bundesverwaltungsgericht das Verbot des rechtsextremen "Compact-Magazins" vorläufig aufgehoben hat, gibt es Kritik am Verhalten von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD).
"Verfassungsministerin Nancy Faeser hat sich auf juristisch extrem dünnes Eis begeben und ist eingebrochen", sagte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) dem "Tagesspiegel". "Sollte sie auch im Hauptsacheverfahren scheitern, war es das."
Kubicki hatte sich bereits kurz nach der Verbotsverfügung gegen den Verein, der "Compact" herausgibt, kritisch zu der Maßnahme geäußert. Sollte das Verbot aufgehoben werden, sei ein Rücktritt Faesers "unvermeidlich", kommentierte er damals im "Tagesspiegel".
AfD-Chefin Alice Weidel fordert unterdessen den Rücktritt von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). "Das Bundesverwaltungsgericht hat eine Lanze für die Pressefreiheit gebrochen und der Bundesinnenministerin eine gewaltige Ohrfeige verpaßt", sagte Weidel am Mittwoch.
"Der Rücktritt von Nancy Faeser ist jetzt überfällig. Für ihren dreisten Angriff auf die Pressefreiheit muß Nancy Faeser ihren Hut nehmen oder entlassen werden. Wer derart bedenkenlos ein fundamentales Grundrecht auszuhebeln versucht, ist als `Verfassungsministerin` nicht tragbar."
Die Linke sieht in der Aussetzung des sofortigen Vollzugs des Verbots gegen das Magazin

hingegen einen Beleg für das Funktionieren des Rechtsstaats. "Der Senat hat zu erkennen gegeben, daß die Verbotsverfügung schließlich durchaus Bestand haben könnte", sagte die innenpolitische Sprecherin der Gruppe der Linken im Bundestag, Martina Renner, der "Welt" (Donnerstagausgaben).
"Angesichts der durch das Verbot betroffenen Grundrechte muß dies aber im Hauptsacheverfahren geprüft und entschieden werden. Das halte ich für eine gute Nachricht und Beleg für einen funktionierenden Rechtsstaat." Überrascht sei sie von der Entscheidung des Gerichts nicht, da die Chancen im Hauptsacheverfahren offen seien. "Das allein reicht bereits für die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung und damit für die vorläufige Fortsetzung der Medienarbeit."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. August 2024 (x1.393/…): >>**Senioren-Union entsetzt von FDP-Vorschlag zum Aus der Mütterrente**
Die Senioren-Union zeigt sich entsetzt vom Vorhaben der FDP zur Abschaffung der Mütterrente. Die war 2014 von CDU und CSU in der Großen Koalition durchgesetzt worden und im Wahlkampf 2013 ein Wahlkampfversprechen der Union.
Die Mütterrente sei eine wichtige Maßnahme zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente, hieß es in einer am Mittwoch verbreiteten Erklärung der Senioren-Union. Sie sei auch keine eigene Rentenart, sondern stehe für eine stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei der Rente. Obwohl eine vollständige Gleichbehandlung bis heute nicht erreicht worden sei, hätten die Gesetzesreformen Mütterrente I und Mütterrente II wirksame Verbesserungen für Mütter und Väter von vor 1992 geborenen Kindern gebracht.
Von der von der FDP vorgeschlagenen Abschaffung wären "unvergleichlich hart" insbesondere Frauen mit kleiner Rente betroffen und deren finanzielle Situation würde sich nachhaltig verschlechtern, so die Senioren-Union.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30128" berichtet am 14. August 2024 (x1.389/…): >>**Ralf Ludwig … Demo Berlin: Die politische End-Entscheidung muß beim Volk liegen**!
Es ist ganz schön schwer auf so einer offenen Bühne … Ich freue mich erst mal, daß ihr alle hier seid.
Vielen Dank.
Hallo Berlin.
Hallo ihr alle aus allen Teilen Deutschlands. Ich habe den Auftrag gekriegt, ein paar Worte zum Thema Aufklärung zu sagen oder Aufarbeitung zu sagen. Warum soll ich über Aufarbeitung reden?
Diese Frage hat gerade eine Journalistin vom SWR, als wir hier diese improvisierte Pressekonferenz haben. Da hat die Journalistin vom SWR Herrn Ballweg gefragt, ja warum wollen sie eigentlich Aufarbeitung? Was wollen sie eigentlich aufarbeiten? Da Michael ja die Antwort gegeben hat, möchte ich hier meine Antwort nochmal auf der Bühne geben.
Ich würde der Kollegin vom SWR sagen, fragen sie doch mal Paul Schreier, fragen sie Aya Velasquez, fragen sie Dr. Christian Hafner, fragen sie diejenigen, die als Journalisten, nicht der Leitmedien oder des Mainstreams, wie auch immer man es bezeichnen mag, sondern als freie Journalisten, die nicht staatliches Geld kriegen, sondern die frei arbeiten müssen. Die sehen müssen, wie sie sich selbst finanzieren. Fragen sie diese Kollegen, Journalistenkollegen mal, was Aufarbeitung bedeutet.
Aufarbeitung bedeutet als erstes Mal nachzufragen, nicht einfach nur abzunicken, sondern nachzufragen. Und das haben diese Kollegen gemacht. Und diese Kollegen haben die Protokolle des Robert-Koch-Instituts, des Corona-Krisenstabs teilweise freigeklagt, teilweise über Leaks bekommen. Und liebe Journalistinnen vom SWR, falls sie es nicht mitbekommen haben: Wir haben die massivsten Eingriffe in die Grundrechte der Menschen in der Bundesrepu-

blik Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg hinter uns.
Und wenn sie dann fragen, was müssen wir eigentlich aufarbeiten, dann wundere ich mich nicht, daß wir diese Jahre hinter uns haben. Denn die Journalisten, die eigentlich die Aufgabe haben, als vierte Gewalt gegebenenfalls einzuschreiten, als vierte Gewalt nachzufragen, haben komplett versagt. Und daß hier keine Aufarbeitung gewünscht ist, daß hier keine Aufarbeitung gewünscht ist, ist ja nachvollziehbar.
Und Aufarbeitung wäre ja auch eine politische Aufarbeitung. Aufarbeitung würde ja bedeuten, einen Untersuchungsausschuß zu machen, eine Enquetekommission. Ihr seht ja, wie schwer sich die Politiker damit tun, aufzuarbeiten. Aber auch das ist natürlich nachvollziehbar. Warum sollten die Täter selbst ihre Taten aufklären? Das wäre das Gleiche, als ob die Polizei hier in Berlin nachher selbst bewerten darf, ob sie alles richtig gemacht haben oder nicht. Also frage ich, wo ist die mediale Aufarbeitung?
Und ich will hier aber auch zwei Namen aus dem Mainstream nennen, die hier genannt werden müssen, auf dieser Bühne und vor diesem Publikum. Und zwar sind das Jürgen Mladek - leider vor kurzem verstorben -, der ehemalige Chefredakteur des Nordkurier und Simone Schamann. Simone Schamann arbeitet mittlerweile bei Nius.
Und Simone Schamann hat schon für den Nordkurier die kritischen Fragen gestellt, die eigentlich der Mainstream hätte stellen sollen, als es noch nicht opportun war. Sie hat sogar eine Rüge des Presserats bekommen.
Und jetzt genau zuhören: Simone Schamann ist gerügt worden vom Presserat mit der Begründung, daß ihre Artikel dazu führen würden, daß die Impfbereitschaft in Deutschland sinken würde. Mir war bis dahin nicht bekannt, daß die Aufgabe des Presserats in Deutschland sei, darauf zu achten, daß es eine Impfbereitschaft gibt oder nicht.
Was hat das Ganze mit Aufarbeitung zu tun? Wenn wir da hingucken, wer soll aufarbeiten? Ich habe ein eigenes Zentrum gegründet mit einigen Kollegen. Das heißt Zentrum zur Aufklärung, Aufarbeitung, juristische Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Viele sagen immer, warum Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Weil das, was wir hier erlebt haben, waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es sind Menschen verfolgt worden. Ärzte werden heute noch verfolgt. Ärzte werden ins Gefängnis gesperrt dafür, daß sie ihrem Job nachgekommen sind.
Mein Kollege Rainer Füllmich sitzt in Göttingen im Gefängnis. Auch er ein großer Aufklärer. Aufarbeitung kann es nur geben, wenn wir die politischen Verhältnisse ändern. Weil diese politischen Verhältnisse, die wir haben, in der wir die Macht einfach abgeben, werden nie zur Aufarbeitung führen. Weil, wie gesagt, dann würden die Täter selbst aufarbeiten. Niemand kann doch davon ausgehen, daß diejenigen, die diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, daß die sich hinstellen und sagen: Ja, wir sind es gewesen.
Und jetzt möchten wir uns selbst vor das Gericht stellen vor die Richter, die wir selbst ausgewählt haben, vor die Staatsanwälte, die wir selbst ausgewählt haben, daß die darüber richten, ob das, was wir gemacht haben, richtig oder falsch war. Die Richter, die vor drei Monaten, bevor die RKI - Files geleakt waren, mir allesamt immer noch gesagt haben, die haben doch damals alle alles richtig gemacht. Diese Richter sollen jetzt auf einmal Aufarbeitung machen. Auch das wird nicht funktionieren. Es wird nur dann funktionieren - und der Ralf Boes hat es gerade angekündigt, und ich bin mit Ralf Boes, mit ganz vielen einer Meinung und guckt euch gerne die Webseite an, die er genannt hat.
Ich glaube, wir müssen über die Bundesländer gehen. Wir haben nämlich in jedem Bundesland eine eigene Verfassung. Und da es eigene Verfassungen sind, ermöglicht jede der Verfassungen im Bundesland, daß wir diese Verfassungen ändern.
Wir haben die Macht in der Hand. Ihr wißt es nur nicht. Rainer Mausfeld sagt immer, da sind ganz große Illusionisten am Werk. Wir leben in einer Demokratieillusion. Es wird behauptet,

wir hätten eine Demokratie. Dabei haben wir nur eine repräsentative Demokratie. Und eine repräsentative Demokratie ist eigentlich nur die Verschleierung, daß wir noch in einer Aristokratie oder in einer Oligarchie leben.
Aber eine repräsentative Demokratie, eine repräsentative Demokratie, ist das Gegenteil von Demokratie. Weil das Einzige, was die repräsentative Demokratie euch erlaubt, ist, daß ihr diejenigen, die euch beherrschen, alle vier Jahre auswählen dürft. Aber auch nur aus einem kleinen Kreis derjenigen, die euch beherrschen. Ihr habt überhaupt keine Chance, über die Inhalte der Politik, über die Maßnahmen der Politik, über die Regeln der Politik zu entscheiden. Obwohl ihr und ich die Bevölkerung dieses Landes seid. Das heißt, wir können aber in den Bundesländern diese Macht an uns greifen. Das ist eine Machtfrage.
Wir als Bevölkerung haben die Machtfrage zu stellen, nachdem was wir in den letzten vier Jahren erlebt haben. Und wenn wir es nicht tun, wir haben es jetzt gerade gesehen, mit dem Verbot des Magazins, dessen Namen wir nicht nennen dürfen, weil wir sonst gegen Auflagen verstoßen. Völlig egal, was inhaltlich in diesem Magazin steht. Wenn der Staat, wenn der Staat die Presse zensiert, gibt es keine Aufarbeitung. Dann gibt es nur Herrschaft und dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren.
Ich fange an. Ab morgen toure ich mit dem ZAAVV - Mobil, das steht da vom 4. August, also von morgen, bis zum 22. September durch Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Ich toure durch die drei Länder, weil dort jeweils Landtagswahl ist. Und ich möchte die Menschen ermutigen, in diesen Ländern ihre Verfassung zu ändern und zu sagen, in Zukunft wollen wir als Volk, und merkt euch dieses Wort, die "Endentscheidungskompetenz" haben.
Wir wollen jede Entscheidung der Politik hinterfragen, behindern und verhindern können. Das ist das Recht, was wir als Volk haben. Und dann, um auf die Frage, die vorhin von hier kam, zu antworten, dann ist es auch völlig egal, ob es eine Besatzung gibt oder nicht, weil wir Menschen die Macht in die Hand nehmen.
Und jetzt zum Abschluß, zum Abschluß möchte ich nochmal sagen, viele Menschen… Ach so, ich soll noch sagen, daß am ZAAVV-Mobil auch viele Mitarbeiter von uns stehen, viele Helfer stehen. Da gibt es Flyer, Postkarten, Postkarten zum Beispiel auch zum WHO-Vertrag. Da wird sicherlich heute noch darüber berichtet, über den WHO-Vertrag.
Ich werde häufig gefragt, wie schafft ihr es eigentlich, immer wieder auf die Bühnen zu gehen, immer wieder durch die Länder zu touren, immer wieder da zu sein, die Gerichtsverfahren zu machen. Wie schafft ihr es, diese Kraft zu haben und immer weiter zu machen?
Ich will eins sagen. Für mich gibt es gar keine Alternative dazu. Es ist unsere Zukunft, es ist die Zukunft unserer Kinder und es ist die Zukunft unserer Enkelkinder. Und entweder überlassen wir, überlassen wir die Zukunft, überlassen wir die Zukunft anderen oder wir nehmen sie selbst in die Hand. Und da stellt sich für mich, da gibt es für mich überhaupt keine Frage. Wir nehmen diese Zukunft selbst in die Hand. …
Wir haben jetzt Kritik an den Leit- und an den Mainstream-Medien gemacht. Vergeßt aber nicht, wir haben so viele alternative Medien. Wir haben so viele tolle Programme, sei es Kontrafunk, sei es Radio Morgenröte, sei es Apolut, sei es Klartext, die Bürgerzeitung, und sei es da hinten, und das ist auch mir ganz wichtig, der demokratische Widerstand.
Seit vier Jahren ist der demokratische Widerstand euer Begleiter. Ich habe natürlich nicht alle genannt, es gibt noch ganz viele. Und der demokratische Widerstand hat gerade ganz viele tolle neue Projekte. Schaut da auch nach. Aber geht auf die alternativen Medien.
Eigentlich sind das gar nicht mehr die alternativen Medien. Eigentlich sind das die Mainstream-Medien und die anderen sind nicht die alternativen Medien, sondern es sind einfach die alten Medien.
Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung! Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung! Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung! Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung! Frieden, Freiheit, Selbstbestim-

mung! Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung! Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung! Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung! Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung! Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung! Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung! Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung!<<

Iran: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 14. August 2024 (x1.394/…): >>**Drohende Eskalation im Nahen Osten**

US-Denkfabrik: Iran hat kaum andere Wahl, als Konflikt zu eskalieren / Rußland liefert Waffen an Iran, USA entsenden Kriegsschiffe für Israel / Netanjahu: Sicherheitsbeamte, die Waffenstillstand mit Hamas wollen, sind "Schwächlinge"

Teheran / Jerusalem.

Nach der Ermordung des politischen Hamas-Chefs Ismail Haniyya Ende Juli in Teheran hat Ajatollah Ali Chamenei, Oberster Führer des Iran, einen Vergeltungsschlag gegen Israel angekündigt. Offenbar sei die Antwort auf die Ermordung zweier Brigadegeneräle bei einem Anschlag auf das iranische Konsulat in Damaskus im April "nicht ausreichend genug" gewesen, um Israel abzuschrecken, erklärte Mohammad Marandi, politischer Analyst und Berater der iranischen Regierung. Der aktuell angekündigte Gegenschlag werde "viel schwerer" sein und mit mehr Raketen und Drohnen ausgeführt werden, "die echten Schaden anrichten", sagte Marandi in einem Interview mit dem arabischen Nachrichtensender Al Mayadeen.

US-Präsident Biden erwartet, daß der Iran von einem Angriff auf Israel absehen könnte, sollte es bei Verhandlungen am 15. August zu einem Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas kommen. Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuters haben drei hohe iranische Beamte diese Hoffnung bestätigt. Allerdings hat die Hamas angekündigt, nicht an den von den USA, Ägypten und Katar initiierten Gesprächen teilzunehmen. Israels Handlungen inklusive der Ermordung des wichtigsten Unterhändlers der Hamas, Ismail Haniyya, würde zeigen, daß das Land eine Waffenruhe nicht ernsthaft verfolge, so die Begründung der Hamas.

Dem geopolitischen Analysten Alexander Mercouris zufolge verschaffen die Verhandlungsbemühungen dem Iran Zeit, sich Rückendeckung bei seinen Verbündeten zu holen und sich auf den Angriff auf Israel sowie auf die Abwehr eines möglicherweise darauf folgenden Vergeltungsschlags vorzubereiten.

In einem Kommuniqué haben die Außenminister der Organisation für Islamische Zusammenarbeit nach einem außerordentlichen Treffen in Saudi-Arabien die Ermordung Haniyyas als Verletzung des Völkerrechts und der UN-Charta sowie als "schwere Verletzung der Souveränität, der territorialen Integrität und der nationalen Sicherheit der Islamischen Republik Iran" scharf verurteilt und Israel dafür verantwortlich gemacht. Zudem forderten sie "ein sofortiges und wirksames Eingreifen des UN-Sicherheitsrates". Dieser hat zwar über eine "ernste und gefährliche Eskalation" im Nahen Osten debattiert, jedoch keine weiteren Maßnahmen eingeleitet.

Laut Informationen der Deutschen Presse-Agentur hat Rußland damit begonnen, moderne Radaranlagen zur Luftraumverteidigung sowie Iskander-Raketensysteme und Murmansk-BN-Systeme für die elektronische Kriegsführung an den Iran zu liefern. Dem ukrainischen Magazin Defense Express zufolge unterstützt Rußland den Iran auch mit dem Flugabwehrraketensystem S-400 sowie entsprechenden Spezialisten, um dessen nukleare Einrichtungen zu schützen.

Im Gegenzug haben die Vereinigten Staaten damit begonnen, einen Flugzeugträger, mehrere Kriegsschiffe und ein Atom-U-Boot zur Raketenabwehr sowie 4.000 Marines ins Mittelmeer zur Unterstützung Israels zu entsenden. Zudem hat die US-Regierung einen weiteren Waffenhandel über 20 Milliarden Dollar mit Israel abgesegnet.

Die Washingtoner Denkfabrik Center for Strategic and International Studies geht davon aus, daß der Iran zwar eine Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten vermeiden wolle. Doch nach der Ermordung Haniyyas habe Teheran aus internationalen und innenpolitischen Grün-

den "kaum eine andere Wahl, als den Konflikt zu eskalieren, wie es dies mit seinem Angriff auf Israel im April getan hat".
Laut Informationen der Financial Times unterstützen viele ranghohe Sicherheitsbeamte Israels einen Waffenstillstand mit der Hamas, um einen größeren Krieg im Nahen Osten zu vermeiden. Darunter befinden sich neben dem Verteidigungsminister auch der Chef der israelischen Armee und der Chef des Geheimdienstes Mossad. Der Financial Times zufolge soll Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sie deshalb als "Schwächlinge" bezeichnet haben, die nicht wissen würden, "wie man eine Verhandlung führt".<<

15.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. August 2024 (x1.390/…): >>**Afghanen nutzen massenhaft Paß-Trick: Wer Heimaturlaub macht, ist kein "Flüchtling"!**
Die Absurdität der Situation ist kaum mit Worten zu beschreiben: Während die Bundesregierung weiterhin keine Migranten nach Afghanistan abschieben will, organisieren Hamburger Reisebüros massenhaft Heimatreisen angeblicher "Flüchtlinge" nach Afghanistan. Laut Betreibern von Reisebüros reisen allein über Hamburg Hunderte Afghanen in ihr Heimatland. Um das Verbot des Heimaturlaubs zu umgehen, nutzen sie mit Hilfe von iranischen Behörden einen plumpen Trick: Sogenannte "Double Entry Visa" ermöglichen einen Zwischenstopp im Iran - dieser ist nämlich erlaubt. Den deutschen Behörden wird dann nicht etwa Afghanistan als endgültiges Reiseziel präsentiert, sondern es wird beispielsweise folgende Route angegeben: Hamburg, Teheran, Kabul, Teheran, Hamburg.
Mit einem zweiten Trick wird der sogenannte Blaue Paß zweckentfremdet. Diesen Paß bekommen anerkannte Asylberechtigte und "Flüchtlinge" als Ersatz für den Reisepaß ihres Herkunftslands ausgestellt. In den Pässen steht eigentlich, daß die Besitzer nicht das Recht haben, in ihr Heimatland zu reisen. Um die deutschen Behörden zu täuschen, werden die Visa jedoch nicht in die Pässe geklebt, sondern lediglich als loses Blatt hineingelegt. Die Stempel der Grenzbehörden werden somit nicht in die blauen Reisepässe gestempelt, sondern nur auf das lose Blatt Papier, das vor der Rückreise entsorgt wird.
Die Reaktion von Innenministerin Faeser (SPD) auf die Enthüllungen fällt erwartbar aus - sie ist gleichgültig wie immer. Das verwundert nicht, denn auch nach der Vergewaltigung einer 14-Jährigen durch einen Afghanen in Illerkirchberg wollte Faeser partout nicht in das Land abschieben.
Faesers Politik ist ein Hohn für die Menschen in Deutschland, die sich oftmals selbst keinen Urlaub leisten können und zugleich mit ihrem Steuergeld für diesen massenhaften ausländischen Sozialmißbrauch zahlen müssen. Die AfD wird diese Zustände nicht dulden und dafür sorgen, daß derartige Migranten nach ihrer Heimatreise auf den Rückflug nach Deutschland verzichten müssen. Denn wer Urlaub in seinem Heimatland macht, der ist kein "Flüchtling"!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. August 2024 (x1.390/…): >>**Auch Kosten für minderjährige Ausländer explodieren: Wir beenden die Bürgergeld-Migration!**
Neue Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen eine dramatische Kostenexplosion: 3,3 Milliarden Euro zahlte Deutschland im vergangenen Jahr allein an minderjährige ausländische Bürgergeld-Empfänger. Damit floß mehr Bürgergeld an ausländische Unter-18-Jährige als an deutsche Minderjährige (2,3 Milliarden Euro).
Seit dem Jahr 2015 haben sich die Kosten für Bürgergeld-Zahlungen an ausländische Minderjährige mehr als vervierfacht. "Da wächst kein zweites Wirtschaftswunder, sondern eine neue Unterschicht und kommende soziale Konflikte heran", sagt der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer, der zu dieser Thematik eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt hat.

Allein die Bürgergeld-Zahlungen an minderjährige Empfänger aus vier Herkunftsländern (Syrien, Irak, Afghanistan und Ukraine) erhalten addiert ungefähr genauso viel Geld wie alle deutschen minderjährigen Empfänger zusammen.
Dabei hatte das Oberverwaltungsgericht Münster erst kürzlich entschieden, daß Zivilisten in Syrien keiner ernsthaften Gefahr mehr ausgesetzt sind. Dennoch nehmen SPD-Innenministerin Faeser und die Ampel-Regierung keine Abschiebe-Offensive in Angriff, sondern treiben statt dessen die Massenmigration voran.
Die AfD wird vor diesem Hintergrund eine Migrationswende einleiten, sobald wir in Regierungsverantwortung gelangen! Unsere Grenzen müssen geschützt und illegale Migranten noch vor Grenzübertritt zurückgewiesen werden. Denn wir müssen bei der Verwendung unseres Steuergelds immer zuerst an unsere eigenen Bedürftigen denken - das betrifft Kinderarmut genauso wie Alters- oder Familienarmut. Der Amtseid und die Inschrift auf dem Reichstagsgebäude "Dem deutschen Volke" verdeutlichen klipp und klar, wem ein deutscher Politiker verpflichtet sein muß!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. August 2024 (x1.391/…): >>**Vor 75 Jahren: So erlebte Deutschland die erste freie Wahl nach dem Krieg**
Eine schwüle Gewitternacht brach über das zerbombte Nachkriegsdeutschland herein, als am Abend des 14. August 1949 die Wahllokale schlossen. Heute Morgen vor 75 Jahren wachte Deutschland, besser gesagt: das damalige Westdeutschland, aus der ersten Wahlnacht seit Kriegsende auf.
31 Millionen Deutsche waren am Vortag in den drei Westzonen der geteilten Nation zur ersten freien Wahl seit der Hitler-Diktatur aufgerufen. Jeder hatte eine Stimme, die für den jeweiligen Bundestags-Direktkandidaten. Gewählt war außerdem, wer in einem Bundesland mindestens 5 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte. Die Wahlbeteiligung: 78,5 Prozent.
"Die erste Bundestagswahl 1949 war noch eine wirkliche Richtungswahl", erinnert sich DK-Gastautor Einar Koch (Jahrgang 1951), der den Verlauf der ersten freien Wahlen nach dem Krieg als politischer Redakteur bei der "Bild-Zeitung" recherchiert hatte.
Die Westdeutschen sollten sich zwischen Marktwirtschaft oder Planwirtschaft entscheiden. Für die Westbindung oder doch besser ein neutraler Staat in der Hoffnung auf eine rasche Wiedervereinigung mit den Deutschen im Osten. Noch am Vorabend der Wahl lieferten sich Klebekolonnen der Parteien erbitterte Schlägereien in den vom Krieg gezeichneten Städten.
- Die Deutschen hörten gebannt Radio: Wahlkreis für Wahlkreis wurde einzeln ausgezählt. Hochrechnungen gab es noch nicht - es war die Vor-Computer-Zeit.
- Die großen Gegenspieler hießen: Konrad Adenauer (CDU), Kurt Schumacher (SPD). Das Wort "Kanzlerkandidat" gab es noch nicht.
Schumacher (53), der Nachkriegsvorsitzende der SPD, war ein von Wundschmerzen gepeinigter Mann. Im Ersten Weltkrieg hatte er den rechten Arm verloren, 1948 war ihm das linke Bein amputiert worden. Den Wahlabend verbrachte er mit Getreuen in der mit roten Fahnen geschmückten SPD-Zentrale, die sich damals in Hannover in der Odeonstraße befand. Die Genossen löffelten Bouillon mit Ei, als aus den Bezirksverbänden telefonisch die ersten Teilergebnisse eintrafen.
Um 23.40 Uhr unterbrach der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) seine Tanzmusik mit einer Sondermeldung: Schumacher war in Hannover-Süd mit 56 Prozent gewählt worden. Ein SPD-Wahlsieg schien in greifbare Nähe zu rücken.
Der frühere Kölner Oberbürgermeister Adenauer (73) war vor Mitternacht zu Bett gegangen: "Wat soll ich mich vorher verrückt machen", sagte der Rheinländer. In der weißen schiefergedeckten Villa am Hang des Rheintals in Rhöndorf bei Bonn, wo sich nach dem Krieg die Väter des Grundgesetzes zum "Parlamentarischen Rat" versammelt hatten, rasselte um fünf Uhr der Wecker.

- Adenauer wählte die Nummer des Bonner Büros des "Deutschen Nachrichtendienstes" (DPA- Vorläufer) , um das amtliche Endergebnis zu erfahren: CDU/CSU 31 Prozent, SPD 29,2 Prozent, FDP 11,9 Prozent, KPD 5,7 Prozent.
Mit 139 Mandaten hatten CDU und CSU acht Sitze mehr als die SPD, aber die Union brauchte einen Partner, um regieren zu können. Starke Kräfte in der Union drangen auf eine große Koalition mit der SPD, die Adenauer (CDU-Chef in der britischen Zone) unbedingt verhindern wollte. Am Sonntag nach der Wahl - es war der 21. August - lud der listige Rheinländer 25 mehr oder minder einflußreiche Unions-Leute auf seine sonnige Terrasse.
Nachdem die Herren schnaufend die 58 Stufen hinaufgestiegen waren, ließ der an sich geizige Alte, der die Kinder im Ort lieber mit zähen Rahmbonbons als einer Tafel Schokolade abspeiste, ein üppiges Buffet auftragen. Eigenhändig entkorkte Adenauer Spitzengewächse aus seinem Weinkeller. Für den jungen CSU-Mann Franz Josef Strauß (33) klangen die Gläser wie "himmlische Glocken".
Adenauer schwor die Runde auf ein Papier ein, in dem die "eindeutige Bejahung der sozialen Marktwirtschaft im Gegensatz zur sozialistischen Planwirtschaft" festgeschrieben wurde. Ein Bündnis mit den planwirtschaftlich denkenden Sozialdemokraten war damit ausgeschlossen, die Koalition mit der FDP praktisch besiegelt. Die Antwort auf die Frage, wer Kanzler werden solle, gab er den Herren gleich mit auf den weinseligen Heimweg: "Man hat mich dazu vermocht, mich für die Stellung des Bundeskanzlers zur Verfügung zu stellen."
Am 15. September 1949 wählte der in Bonn versammelte erste Deutsche Bundestag Adenauer zum Kanzler - mit einer Stimme Mehrheit, mutmaßlich seiner eigenen. Der polternden Opposition rief das rheinische Schlitzohr zu: "Wat wollen Se' denn, meine Damen und Herren? Mehrheit ist Mehrheit!"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. August 2024 (x1.391/…):
>>**Nach Faesers Compact-Debakel: Skandal-Ministerin duckt sich weg - Kritik wird immer lauter!**
Es war ein Bild mit Symbolkraft: Nach einem Unfall, wie es hieß, besuchte Bundesinnenministerin Nancy Faeser dieser Tage auf Krücken die Kontrollstelle der Bundespolizei an der Stadtbrücke in Görlitz. Auch politisch geht die ultralinke SPD-Politikerin nach der vorläufigen Aufhebung des Compact-Verbots durch das Bundesverwaltungsgericht am Stock: Es hagelt immer mehr Rücktrittsforderungen! Faeser duckt sich derweil mit einer advokatischen Erklärung ihres Ministeriums weg.
Eine Faeser-Sprecherin teilte lapidar mit: Das Ministerium werde seine Rechtsauffassung für das Verbot im Hauptsacheverfahren weiter umfassend darlegen und den "prägenden Charakter der Verfassungsfeindlichkeit weiter substanziieren". Kein Wort mehr davon, daß es Faeser selber war ("Ich habe verboten"), die diesen ungeheuerlichen Anschlag auf die Pressefreiheit verübt hat.
Die Eilentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts setzt die Skandal-Ministerin politisch weiter unter Druck. Kritik kommt nicht nur aus der AfD, sondern auch aus der Union und FDP. Selbst der linke Deutsche Journalisten-Verband (DJV) geht auf Distanz zu Faeser.
"Die Eilentscheidung gegen das Compact-Verbot wirft ein verheerendes Licht auf die Sachkompetenz von Frau Faeser", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU im Bundestag, Alexander Hoffmann.
Ähnlich äußerte sich der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU). Er warf Faeser vor, ihr Haus habe beim Verbotsverfahren nicht sorgfältig gearbeitet. Gerade auch als Verfassungsministerin hätte Faeser wissen müssen, "daß die Meinungsfreiheit ein essentielles Grundrecht ist."
Kritik kam auch von der FDP: Die Entscheidung des Gerichts sei "peinlich für das Bundesinnenministerium", sagte FDP-Fraktionsvize Konstantin Kuhle. FDP-Vize Wolfgang Kubicki

sprach von einer "bösen Klatsche" Sollte das Verbot nun auch im Hauptsacheverfahren scheitern, "war es das", so Kubicki im Berliner "Tagesspiegel".
Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) begrüßte die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts als klares Bekenntnis zum Grundrecht der Pressefreiheit.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. August 2024 (x1.392/…):
>>**Lauterbach bestellt 15 Millionen neue Coronaimpfdosen - obwohl nur rund 5 Millionen benötigt werden**
Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat für Ende des Jahres 15 Millionen neue Coronaimpfdosen bestellt. Dabei waren zuletzt nicht einmal 5 Millionen Dosen verimpft worden.
Selma Green
...
"Wir werden wieder sehr viele Infektionen haben" - mit dieser Begründung hat Gesundheitsminister Karl Lauterbach eine neue Bestellung von 15 Millionen Corona-Impfdosen angekündigt. In einem Interview mit der Berliner Morgenpost von Mittwoch warnt Lauterbach vor vielen Coronainfektionen im Herbst und Winter: "Eine Bedrohung bleibt Corona aber vor allem für Ältere und Risikopatienten", erklärt er. Deshalb habe das Gesundheitsministerium eine Ladung von 15 Millionen Corona-Impfdosen für Ende dieses Jahres bestellt. Sollte die Nachfrage größer sein, könne jederzeit eine Nachbestellung erfolgen.
Doch werden überhaupt so viele Impfdosen benötigt? Ein Impfquotenmonitor des RKIs zeigt: Seit dem 18. September 2023 wurden gerade einmal 4,5 Millionen Coronaimpfungen in Deutschland verabreicht. Auch ein Jahr zuvor wurden lediglich rund 4,6 Millionen Dosen des Impfstoffs gespritzt. Damals hatte Lauterbach sowohl im Herbst 2022 als auch 2023 vor großen Coronainfektionswellen im Winter gewarnt: "Corona bleibt gefährlich. Es ist keine Erkältung, die man sich bedenkenlos jede Saison einfangen kann", hatte der Minister erklärt.
Für das deutschen Unternehmen BioNTech, das den Coronaimpfstoff zusammen mit Pfizer entwickelt hatte, kommt die Bestellung der Impfdosen zum richtigen Zeitpunkt. Sechs Millionen der bestellten Impfdosen werden von BioNTech geliefert. Der auf mRNA basierte Impfstoff des Unternehmens ist an die Variante JN.1 angepaßt. BioNTech verzeichnete zu Beginn des Jahres noch einen Millionenverlust. Nun erwartet das Unternehmen, daß 90 Prozent des Gesamtumsatzes von 2024 zum Ende des Jahres anfallen werden.
Im Jahr 2023 fiel der Regierung die Bestellung von zu vielen Coronaimpfdosen auf die Füße. Damals mußten 132 Millionen Impfdosen entsorgt werden. Die Dosen waren abgelaufen oder nicht länger gültig, weil sie nicht auf die seit Mai in Europa verbreitete Covid-Subvariante XBB.1.5 ausgelegt waren. Somit wurden insgesamt 35 Prozent der Impfdosen in den Sand gesetzt. Zwischen 3 bis 5 Milliarden an Steuergeldern lösten sich in Luft auf.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. August 2024 (x1.392/…):
>>**"Ein ganz normaler Vorgang": Faeser sieht sich durch Compact-Urteil bestätigt**
Bundesinnenministerin Nancy Faeser verteidigt das Vorgehen gegen Compact und sieht im Urteil des Bundesverwaltungsgerichts eine Bestätigung für das Vereinsverbot. Sie betonte: "Wir werden auch weiterhin den Verfassungsfeinden entschieden entgegentreten."
Henry Albrecht
...
Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat das Vorgehen der Bundesregierung gegen das Magazin Compact verteidigt. In einer Pressekonferenz am Donnerstag in Berlin erklärte die SPD-Politikerin, daß sie in der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BverG) eine Bestätigung für das Vereinsverbot gegen Compact sehe. Faeser erklärte: "Wir werden auch weiterhin den Verfassungsfeinden entschieden entgegentreten".
Faeser erklärte, daß es in einem Rechtsstaat "ein ganz normaler Vorgang" sei, daß das im Juli ausgesprochene Verbot gerichtlich überprüft werde. Sie räumte ein, daß die Regierung "in

Teilen verloren" habe, verwies jedoch darauf, daß auch dies im Rechtsstaat normal sei. In den sozialen Medien ist bisher kein weiteres Statement seitens Faeser oder des Innenministeriums zu finden.
Rund einen Monat nachdem Innenministerin Nancy Faeser das Compact Magazin verboten hat, hat das Bundesverwaltungsgericht dem Eilantrag von der Redaktion des Magazins stattgegeben und das Verbot vorerst aufgehoben.
Damit darf Compact bis zu einer Entscheidung im Hauptverfahren vorerst weiterarbeiten, wie Chefredakteur Jürgen Elsässer auf X mitteilte.
"Zweifel bestehen jedoch, ob angesichts der mit Blick auf die Meinungs- und Pressefreiheit in weiten Teilen nicht zu beanstandenden Beiträge in den Ausgaben des 'COMPACT-Magazin für Souveränität' die Art. 1 Abs. 1 GG verletzenden Passagen für die Ausrichtung der Vereinigung insgesamt derart prägend sind, daß das Verbot unter Verhältnismäßigkeitspunkten gerechtfertigt ist.
Denn als mögliche mildere Mittel sind presse- und medienrechtliche Maßnahmen, Veranstaltungsverbote, orts- und veranstaltungsbezogene Äußerungsverbote sowie Einschränkungen und Verbote von Versammlungen in den Blick zu nehmen", heißt es in der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts. Außerdem weist das Bundesverwaltungsgericht darauf hin, daß der Pressefreiheit "ein besonderes Gewicht" zukommt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. August 2024 (x1.392/…):
>>**Pressekonferenz von Compact - Elsässer jubelt über "unerwarteten Erfolg"**
Die Augustausgabe von Compact wird erscheinen. Dies erklärte Compact auf einer Pressekonferenz nach dem Sieg im Eilverfahren gegen das Verbot von Nancy Faeser.
Von *Redaktion*
...
Bei einer Pressekonferenz sprach der Chefredakteur von Compact, Jürgen Elsässer, am Donnerstagvormittag über die Eilentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu dem von Innenministerin Nancy Faeser initiierte Compact-Verbot. Elsässer verkündete einen "unerwarteten Erfolg" und war vor allem über die Geschwindigkeit des Gerichts erstaunt, das noch vor den Landtagswahlen in Ostdeutschland eine Entscheidung getroffen hat. Rund einen Monat nachdem Faeser das Magazin verboten hatte, wurde es am Mittwoch so vorerst wieder erlaubt. Durch das Verbot, so schätzt Elsässer, kennen 60 Millionen Deutsche mittlerweile Compact. Der Tenor auf der Pressekonferenz war klar: Faeser habe Compact mit ihrer Aktion sehr viel Reichweite beschert, die man jetzt nutzen werde.
Aktuell befinden sich alle bei der Razzia beschlagnahmten Gegenstände, die sich auf der 178 Seiten langen Asservatenliste befinden, noch in der Hand des Staates. Die Rückgabe aller Gegenstände an Compact wird aktuell von den Anwälten vorbereitet. Der Anwalt erklärte, daß für die Rückgabe nicht das Innenministerium von Nancy Faeser zuständig sei, sondern die vier Bundesländer, die für das Innenministerium die Razzia durchgeführt haben.
Elsässer äußerte sich auch zur nahen Zukunft von Compact. Zunächst möchte er mit Compact TV wieder an den Start gehen und in der gewohnten Sequenz senden. Die Augustausgabe des Compact Magazins wurde bereits kurz vor dem Verbot von der Druckerei produziert. Die Druckerei selbst hat die bereits fertig gedruckten Ausgaben aufgehoben und wird diese nun übergeben.
Das Bundesverwaltungsgericht arbeitet aktuell noch die schriftliche Urteilsbegründung aus. Eine Fertigstellung der Urteilsbegründung wird in mehreren Wochen oder sogar Monaten erwartet. Sobald dieses erscheint, wird absehbar sein, wie die Chancen für einen Sieg von Compact im Hauptverfahren stehen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. August 2024 (x1.392/…):
>>**"Südländische" Täter: Familienvater nach Kirmes-Besuch vor seinen Kindern nie-**

dergestochen
In der Nacht zum 10. August wurde ein 47-jähriger Familienvater nach dem Kirmes-Besuch in Herne von fünf jungen Männern mit "südländische(m)" Aussehen attackiert - einer rammte dem Mann vor den Augen seiner Kinder ein Messer in den Rücken.
Von *Redaktion*
...
In der Nacht zum 10. August wurde ein 47-jähriger Familienvater aus Bottrop nach einem Ausflug zur Cranger Kirmes in Herne durch einen Messerangriff schwer verletzt. Der Vorfall fand gegen 2:20 Uhr statt, als der Mann zusammen mit seinen Kindern und seiner Lebensgefährtin auf dem Weg zum Auto war.
Nach Angaben der Polizei Bochum kam es an einer Ampel zu einem Streit zwischen dem Familienvater und einer Gruppe von fünf jungen Männern mit einem "südländischen" Aussehen, die gutes Deutsch mit Akzent gesprochen haben sollen.
Was genau den Streit auslöste, ist bislang unklar, jedoch eskalierte die Situation plötzlich. Einer der jungen Männer zog ein Messer und stach dem 47-Jährigen vor den Augen seiner Kinder in den Rücken. Der schwer verletzte Mann brach zusammen und mußte umgehend von Rettungskräften in ein Krankenhaus gebracht werden. Glücklicherweise bestand keine akute Lebensgefahr.
Die fünf Tatverdächtigen flohen nach dem Angriff über die Dorstener Straße in Richtung Berliner Straße. Die Polizei Bochum ermittelt gegen die jungen Männer, die alle dunkel gekleidet gewesen sein sollen. Sie hätten auffällige Markenkleidung und zum Teil Bauchtaschen getragen.
Der Haupttäter wird als 20 bis 22 Jahre alt beschrieben und soll etwa 1,70 Meter groß und schlank gewesen sein. Er habe rötlich-blonde lockige Haare und trug zum Tatzeitpunkt eine Baseballkappe sowie schwarz-graue Kleidung. Ein anderer junger Mann aus der Gruppe habe schulterlange, nach hinten gegelte schwarze Haare.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. August 2024 (x1.392/…):
>>**1.000 Jobs**
Autozulieferer AE-Group insolvent
Mit der thüringischen AE-Group geht ein weiterer Autozulieferer in die Insolvenz. Grund sind auch hohe Energiekosten. Im Freistaat haben schon tausende ihre Jobs in der Branche verloren.
Max Roland
...
Der Automobilzulieferer AE-Group aus dem Wartburgkreis in Thüringen ist zahlungsunfähig. Wie der Vorstand mitteilte, wurde Anfang der Woche beim Amtsgericht in Meiningen ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung eröffnet.
Der Betrieb läuft damit vorerst weiter, auch die Gehälter der Mitarbeiter sind für die nächsten zwei Monate gesichert, berichtet der MDR.
Die AE-Group produziert vor allem Bauteile aus Druckguß und arbeitet der Motoren- und Automobilindustrie zu. Produziert werden beispielsweise Teile für Getriebe, Zylinderköpfe und Karosserien. Das Unternehmen beschäftigt insgesamt rund 1.000 Mitarbeiter an vier Standorten, 600 davon in Thüringen. Zuletzt litt man unter der sinkenden Nachfrage - eine Folge der Flaute in der Automobilindustrie, die mit Absatzrückgängen zu kämpfen hat. Zudem kämpfe das energieintensive Unternehmen mit den gestiegenen Energiepreisen, die zusätzlich eine erhebliche Belastung darstellen.
Thüringens Automobil- und Zuliefererbranche wird fortlaufend von Standortschließungen oder Insolvenzen erschüttert. Allein in den ersten vier Monaten verloren nach Angaben der Branchenvereinigung Automotive Thüringen 2020 Menschen ihre Jobs. Insbesondere im

Wartburgkreis, der unter anderem die Stadt Eisenach umfaßt, gibt es eine Insolvenz- und Schließungswelle. Im Juli hatten schon die Zulieferer Lear und Reichhart Logistik Werke in der Region geschlossen, ebenso wie der Zulieferer Rebo Lighting und Electronics, die allesamt für die Automobilindustrie produzieren.
Wie der Thüringer Branchenverband dem MDR sagte, steigt durch den der Druck auf die Zulieferer. Beispielsweise durch gestiegene Kosten für Teile, Energie oder Personal sinkt die Wettbewerbsfähigkeit der Standorte im Land.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. August 2024 (x1.393/…): >>**Bund bestellt 15 Millionen Corona-Impfstoffdosen für Booster**
Das Bundesgesundheitsministerium hat für die Corona-Auffrischungsimpfungen in diesem Herbst und Winter insgesamt 15 Millionen Impfstoffdosen bestellt.
"Wir werden wieder sehr viele Infektionen haben", sagte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Donnerstagausgaben). Eine Bedrohung bleibe Corona vor allem für Ältere und Risikopatienten, die zusammen immerhin ein Viertel der Bevölkerung ausmachten. Er empfehle deswegen allen in dieser Gruppe eine Auffrischungsimpfung.
"Es wird in diesem Herbst und Winter voraussichtlich zwei angepaßte Impfstoffe geben", kündigte Lauterbach an. Zunächst liefere die Firma Biontech sechs Millionen Dosen eines an die aktuell in Deutschland vorherrschende Variante JN.1 angepaßten Impfstoffs. "Ob wir im Laufe des Winters einen weiteren Impfstoff benötigen, der an eine in den USA verbreitete Variante angepaßt werden muss, ist noch offen." Auch dann sei Deutschland vorbereitet. Zudem gebe es auch in diesem Winter wieder Protein-Impfstoffe für Menschen, die keinen mRNA-Impfstoff nehmen wollten.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30100" berichtet am 15. August 2024 (x1.389/…): >>**Prof. Bhakdi … Demo Berlin: "Corona-Menschenexperiment aufarbeiten sichert Frieden" …**
Beitrag von *Prof. Bhakdi*
In diesen Jahren erleben wir, wie die unbarmherzigsten Kriege der Menschheitsgeschichte um uns und gegen uns geführt werden. Wie viel Gewalt ist uns, wie viel Gewalt ist unseren Brüdern und Schwestern, unseren Kindern und den kommenden Generationen angetan worden? Wofür, warum, wieso, wer und was steckt dahinter?
Dank des Wirkens eines großen Menschen liegt die Wahrheit bei Corona nun vor unseren Augen. Paul Schreier, wir verneigen uns in ewigem Dank auch vor Ihnen. Tausende Seiten freigeklagte RKI-Protokolle bezeugen, vom Anfang an war den Verantwortlichen bekannt, daß das SARS-CoV-2-Virus nicht gefährlicher sei als ein Grippevirus.
Damit fehlte jegliche Begründung für sämtliche Corona-Maßnahmen. Im Klartext:
Die Machthaber haben mit den Corona-Maßnahmen Krieg geführt gegen die eigene Bevölkerung.
Mit neuen Waffen, deren Wirksamkeit erschreckende Dimensionen erreichen. Für mich ganz oben auf der Liste, im Protokoll vom 22. April 2020 auf Seite 725 ist zu lesen: Es werden mehrere Impfstoffe kommen, die im Schnelldurchgang zugelassen werden. Daten werden erst (per) Post-Marketing erhoben. Das heißt, vor der Anwendung an Menschen, also Marketing, gab es keinerlei Daten zur Wirksamkeit und, viel wichtiger noch, zur Sicherheit der genetischen Wirkstoffe.
Die Geimpften wurden Teil eines ungeheuerlichen, von der Machtelite weltweit durchgeführten, Menschen-Experiments.
Ironischerweise eröffneten sich durch diese Entlarvung eine einzigartige Chance, diesen größten Krieg gegen die Menschheit gewaltlos zu beenden. Denn die Staatsgewalt ist plötzlich, gänzlich unverhofft, besiegbar geworden. Denn nun steht fest, daß Zwang und Gewalt in den

Corona-Jahren nie im Interesse des Volkes angewandt wurden.
Aufrufe zum Krieg und Gewalt gehen weltweit von den gleichen Menschen aus. Die Beweggründe können nicht anders als die gleichen sein: Gier, Selbstsucht, Eitelkeit.
Liebe Freunde, Gewalt wollen wir zwar mit Gewaltlosigkeit begegnen. Gewaltlosigkeit bedeutet aber nicht, alles tatenlos passiv hinzunehmen. Nein sagen, ohne Taten wird nichts bewirken. Liebe Freunde, bedenkt: Ohne Aufarbeitung keine Veränderung. Ohne Veränderung keine echte Freiheit. Ohne Freiheit kein Frieden.
Wie nun die Aufarbeitung erzwingen? Diese Frage habe ich mit Juristen diskutiert und ich habe von ihnen Folgendes gelernt: Aufarbeiten muß über den juristischen Weg gehen. Das heißt über die Erstattung von Strafanzeigen. Das Problem, die Staatsanwaltschaft unterliegt der Weisung des Justizministeriums. Das heißt, sie sind weisungsgebunden. Wenn eine Strafanzeige gegen die Regierenden erstellt wird, dann kommt der Befehl, daß diese Anzeige nicht zugelassen wird. Und damit ist das Ganze gestorben.
Die einzige Möglichkeit etwas zu erreichen ist, daß man Strafanzeigen stellt gegen Personen, die nicht geschützt sind und auch keinen Einfluß haben auf die Staatsanwaltschaft. Die Lösung, die mit Rechtsanwälten Müller und Hingerl gefunden wurde, ist, daß wir jetzt eine Aktion starten sollten. Und zwar:
Strafanzeigen zu stellen gegen die Impfärzte, weil sie nicht geschützt sind und sie sind alle schuldig.
Schuldig? An was? Sie haben ihre Aufklärungspflicht verletzt. Samt und sonders. Alle. Warum? Weil, wenn man eine Substanz injiziert in den Körper des Patienten, muß man den Patienten aufklären über die möglichen oder bekannten Risiken dieses Stoffes. Und es reicht nicht aus, daß man einfach einen Zettel unterschreiben läßt, daß die Aufklärung stattgefunden hat, wenn echte Gefahren von dieser Substanz ausgehen, die eigentlich bekannt sind. Und das ist der Fall bei all diesen genbasierten Impfstoffen.
Also vorweg, ich wiederhole: Auf Seite 725 der RKI-Protokolle steht klar geschrieben, daß Impfstoffe kommen werden, die im Schnellverfahren zugelassen werden. Das bedeutet, zu der Zeit gab es überhaupt keine normale Zulassung. Dann aber noch wichtiger, Daten werden erst, "erst" ist das Wort, das wirklich alles enthüllt, per Postmarketing erhoben. Das bedeutet, es gab keinerlei Information über die Wirksamkeit und Sicherheit dieser Impfstoffe. Und das hätten die Geimpften erfahren müssen, daß sie Teil von einem gigantischen Menschen-Experiment waren. Hätten sie das gewußt, wären sie bestimmt nicht mit dieser Impfung einverstanden (gewesen).
Zudem kommen andere Punkte, die ganz klar im Raum standen, über die Sie nicht informiert wurden. Zum Beispiel, daß die Impfstoffe nicht an Orten und Stellen verharren in der Muskulatur, sondern in den ganzen Körper ausströmen und alle Körperzellen erreichen können und diese Körperzellen genetisch verändern. Einige andere Punkte sind auch bekannt gewesen, über die die Geimpften nicht informiert wurden.
Nun haben meine Rechtsanwaltskollegen Müller und Hingerl eine Strafanzeige entworfen mit diesen Punkten und diese Strafanzeige steht allen zur Verfügung zum freien Download bei "Kinderrechte jetzt e.V." Schauen Sie mal nach: https://kinderrechtejetzt.de/news/ und unter News sehen Sie die Strafanzeige.
Diese Strafanzeige kann jeder herunterladen, einfach unterschreiben und einschicken an das zuständige Landgericht. Da ist auch die Staatsanwaltschaft. Und die Staatsanwaltschaft wird konfrontiert werden mit zwei Seiten, nur zwei Seiten, länger ist es nicht, die Punkte beinhalten, die Sie nicht einfach wegstecken können.
Und ich rufe Sie auf, dieses jetzt zu tun. Es kostet nichts, außer 15 Minuten Zeit. Lesen Sie das durch! Es steht alles drin für Sie. Unterschreiben Sie und schicken Sie es ein!
Wenn Sie sich eingehend informieren wollen über diese Aktion, dann gehen Sie zu YouTube

und geben Sie ein: "Politik Spezial" und mein Name "Bhakdi". Und dann kommen zwei bis drei Videos Ihnen entgegen, in dem dieser Punkt und diese ganze Aktion erläutert wird für Sie.
Wir haben die große Hoffnung, daß wenn die Staatsanwaltschaft in ganz Deutschland überschüttet wird mit diesen Anzeigen, und wir denken in der Größenordnung von vielen Tausenden, jeder Geimpfte kann das tun, wenn er Beschwerden hat, gesundheitlich beeinträchtigt ist, um so besser und um so mehr tun Sie das. Sie tun das nicht nur für sich. Sie tun das für Ihre Mitbürger und schützen Sie dadurch, weil, überlegen Sie sich, wenn bei wenigen oder einigen Ärzten diese Anzeige ankommt, dann werden Sie schauen und werden Sie sehen, daß Sie eigentlich sich nicht verteidigen können.
Sie sind schuldig. Das ist völlig klar. Und dann kommt das große Erwachen. Und Sie werden realisieren, daß Sie jetzt etwas tun müssen, um sich zu retten. Und Sie werden wissen, daß ein Versuch, sich zu verteidigen, absolut umsonst sein wird.
Deswegen, weil Sie nicht vorbestraft sind, haben Sie die Möglichkeit, umzukehren, um zu sagen, jawohl, es ist wahr, ich habe das selbst auch nicht gewußt. Aber es ist heute vollkommen klar, daß dem so war. Und dann werden Sie noch glimpflich davonkommen. Mit dem Wissen, daß Sie nie wieder eine mRNA-Impfung oder eine genbasierte Impfung vornehmen werden. Denn, wenn Sie es ein zweites Mal tun, dann geht es Ihnen an den Kragen.
Und unsere große Hoffnung ist, daß das Gericht, das Landgericht, der Richter, wird dann fragen: "Ja, wenn nicht der Arzt jetzt bestraft werden kann.", und ja, er kann bestraft werden. Aber er wird fragen: "Was ist mit der nächsten Instanz? Was ist mit der Ärztekammer? Wieso haben Sie das überhaupt zugelassen?" Und dann geht die Frage von unten nach oben. Bis hoffentlich an die Spitze. Und dann sind die wirklich Verantwortlichen dran.
Liebe Freunde, wenn dieser erste Stein ins Rollen kommt, können die nächsten leicht folgen. Dann werden Anzeigen gegen die obersten Verantwortlichen wegen schwerer vorsätzlicher Körperverletzung, zum Beispiel durch Maskenpflicht, ganz andere Erfolgsaussichten haben. So also sagen wir aktiv "Nein" zu jeglicher Form von Gewalt: Körperlich, verbal, mental. Laßt die kriegstreibende Minderheit ins Leere laufen und holt sie nie wieder zurück in unsere Mitte. Dann werden wir ein Friedensfest gemeinsam feiern und zurückkehren in eine heile Welt, zu einem Leben füreinander und miteinander in Freiheit und Frieden. Leben Sie wohl. …<<

Kanada: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. August 2024 (x1.392/…): >>**Neues Gesetz gegen "Haßrede": Schon bei Verdacht auf künftiges Vergehen droht Gefängnis**

Die kanadische Regierung will ein neues Gesetz gegen Haßverbrechen durchsetzen. Brisant: Bereits der Verdacht auf ein zukünftiges Vergehen soll bestraft werden können - sogar mit Gefängnis.

Marie Rahenbrock

...

Kanada will mit drakonischen Strafen gegen Hatespeech im Internet vorgehen. Ein neuer Gesetzesentwurf sieht nun vor, daß bereits der Verdacht auf ein zukünftiges Haßverbrechen rechtliche Konsequenzen bis hin zu einer Haftstrafe zur Folge haben kann.
Das Gesetz, das den Namen "Online Harms Act" oder Bill C-63 trägt, wurde bereits im Februar von der kanadischen Regierung vorgelegt. Im Herbst soll über seine Verabschiedung entschieden werden.
Im Zuge des Online Harms Act sollen die Paragraphen 318 und 319 des kanadischen Strafgesetzbuches geändert werden. Wer öffentlich zu Haß aufstachelt, soll so künftig mit bis zu fünf Jahren Gefängnis anstatt bisher zwei Jahren bestraft werden können. Auch soll ein neuer Straftatbestand geschaffen werden: Wer eine nach dem "Criminal Code" strafbare Handlung

begeht, zum Beispiel Vandalismus, und dabei von Haß motiviert ist, soll sogar lebenslang ins Gefängnis kommen können. Das wird als Haßverbrechen bezeichnet.
Im neu formulierten Paragraphen 320 des Strafgesetzbuches soll (auf Deutsch übersetzt) wörtlich stehen: "Jeder, der eine Straftat nach diesem Gesetz oder einem anderen Gesetz des Parlaments begeht, wenn die Begehung der Straftat durch Haß aus Gründen der Ethnie, der nationalen oder ethnischen Herkunft, der Sprache, der Hautfarbe, der Religion, des Geschlechts, des Alters, einer geistigen oder körperlichen Behinderung, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität oder des Geschlechtsausdrucks motiviert ist, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft."
Besonders brisant: Der Gesetzesentwurf soll erstmals die Möglichkeit schaffen, eine durch vermeintliche Haßpostings aufgefallene Person präventiv zu bestrafen, noch bevor diese tatsächlich ein Haßverbrechen begangen hat. Konkret sollen Bürger die Möglichkeit erhalten, andere Personen mit Zustimmung eines Generalstaatsanwalts bei einem zuständigen Richter zu melden. Sieht der Richter den Umstand als gesichert an, daß die andere Person ein Haßverbrechen begehen könnte - selbst wenn sie bisher nicht verurteilt war - kann der Richter verschiedene Maßnahmen anordnen, die der Prävention dienen sollen.
Dazu kann das Verordnen einer Fußfessel, aber auch Kontaktverbot sowie die Einschränkung der Reisefreiheit gehören. Diese Maßnahmen können bis zu einem Jahr gelten. So soll vorgeblich verhindert werden, daß es überhaupt erst zu Straftaten kommt. Weigert sich die beschuldigte Person, den Auflagen zu folgen, droht bis zu einem Jahr Gefängnis.
Konkret können Personen gemeldet werden, bei denen nur "die Befürchtung" (Original: "fear") besteht, daß sie nach Paragraph 318 des Strafgesetzbuches zum Genozid aufrufen oder sich nach Paragraph 319 (2.1) öffentlich antisemitisch äußern könnten. Es können jedoch auch Personen von der gerichtlich angeordneten Überwachung betroffen sein, denen zugetraut wird, ein Haßverbrechen nach Paragraph 320.1001 zu begehen. In diesem werden auch Haßverbrechen gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, sexuellen Identität oder Religionszugehörigkeit miteinbezogen.
Ein Richter muß dann überprüfen, ob genügend Hinweise für den Verdacht auf ein zukünftiges Verbrechen bestehen, sodaß vorbeugende Maßnahmen angeordnet werden können. Nach welchen Kriterien die Richter genau darüber entscheiden sollen, ob ein Verdacht begründet ist, geht aus dem Gesetzesentwurf nicht hervor.
Der Gesetzesentwurf muß noch vom kanadischen Unterhaus bestätigt werden. Die zweite Lesung ist für den September geplant. Sollte der Entwurf durch das Unterhaus gehen, muß er noch vom Parlament verabschiedet werden.<<

16.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. August 2024 (x1.390/…): >>**Klima-Kleber an Flughäfen: Sicherheitsmängel sind auch Einladung an Islamisten!**
Es war kinderleicht für die Klima-Extremisten der "Letzten Generation": Mit Bolzenschneidern durchtrennten die Fanatiker am Montag einfach die Flughafen-Zäune und verschafften sich so Zutritt zu den Rollfeldern. Der Betrieb am Flughafen Köln/Bonn mußte nach der Blockade von Rollfeldern zeitweise eingestellt werden, Fluggäste konnten nicht starten oder landen. Doch was ist, wenn ganz andere Personenkreise sich den Verfall unserer Sicherheitsstandards zunutze machen? Wir müssen handeln: Unsere Flughäfen dürfen keine Einladung für islamistische Terroristen sein!
Genau dies ist aber aktuell der Fall. Der Luftfahrtexperte und ehemalige Boeing-Pressesprecher Heinrich Großbongardt ist alarmiert: Daß die "Letzte Generation" mit ihren Angriffen auf Flughäfen so erfolgreich sei, liege laut Großbongardt "ganz einfach daran, daß Flughäfen in Deutschland ihre Außensicherung über viele Jahre vollkommen vernachlässigt haben." An

vielen Flughäfen bestehe die Außengrenze nur aus einem Maschendrahtzaun. Es bestehe die große Gefahr, daß Terroristen oder Saboteure sich am Vorgehen der Klima-Extremisten orientieren und dabei noch viel größeres Unheil anrichten.
Aber genau dies ist das Deutschland, in welcher wir unter SPD-Innenministerin Faeser und ihrer Ampel-Truppe leben: Man kann an der Staatsgrenze einfach in unser Land hineinspazieren und man kann unsere Flughäfen mit Bolzenschneidern lahmlegen. Aber wehe, man verliert in den sozialen Medien ein falsches Wort über die Bundesregierung und das vermeintlich beste Deutschland aller Zeiten - dann wird mit aller Härte durchgegriffen. Die Ampel hat unser Land auf den Kopf gestellt - wir stellen es wieder vom Kopf auf die Füße!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. August 2024 (x1.391/…): >>**Ampel leistet finanzpolitischen Offenbarungseid: Der Respektlos-Haushalt!**
VON *EINAR KOCH**
Es ist ein beispielloser Vorgang: Die Bundesregierung leitet dem Deutschen Bundestag in einer bisher nicht gekannten Größe einen ungedeckten Scheck zu und leistet damit endgültig den finanzpolitischen Offenbarungseid! Der jetzt nach neuem Ampel-Gewürge verkündete neue "Kompromiß" zum Etatentwurf für 2025 weist eine zweistellige Milliardenlücke auf, die sich nach dem Prinzip Hoffnung vielleicht (wahrscheinlich eher nicht) von selber schließt. Mehr Respektlosigkeit gegenüber dem Parlament und damit gegenüber dem deutschen Volk als Souverän geht nicht!
Erinnern Sie sich noch an den Bundestagswahlkampf vor drei Jahren? "RESPEKT FÜR DICH!" - mit diesem Motto trat Olaf Scholz (SPD) an. Wobei die Duzerei der Wähler (nicht alle sind schließlich Genossen) eigentlich schon die erste Respektlosigkeit war.
Es folgten unter Kanzler Scholz bzw. seiner Chaos-Ampel viele weitere Respektlosigkeiten: Respektlosigkeiten gegenüber Rentnern, Respektlosigkeiten gegenüber Impf-Unwilligen, Respektlosigkeiten gegenüber kaum noch über die Runden kommende Familien, Respektlosigkeiten gegenüber Kritikern des Migrations-Irrsinns - zuletzt die bisher größte Respektlosigkeit gegenüber einem der höchsten Verfassungsgüter überhaupt, der Meinungs- und Pressefreiheit.
- Wer aber denkt, es würde nicht noch mehr Respektlosigkeit gehen, der irrt:
Die jüngste Respektlosigkeit ist in ihrer Dreistigkeit eine Verhöhnung des Parlaments! Die Regierung legt dem Deutschen Bundestag einen in dieser Größenordnung noch nie dagewesenen ungedeckten Haushalt vor. Wieder einmal bestätigt sich: Die FDP in Gestalt ihres Parteichefs, Bundesfinanzminister Christian Lindner, verhindert nicht das Schlimmste - sie macht das Schlimmste erst möglich!
Seit Wochen streitet die Ampel erneut über die Lücken im Haushaltsentwurf für 2025, nachdem von Lindner beauftragte Gutachter u.a. verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht hatten. Jetzt wurde ein neuer "Kompromiß" gefunden, der nichts anderes ist als ein finanzpolitischer Offenbarungseid!
Die Kürzungen, über die wochenlang scheinbar gerungen wurde, finden nämlich bis auf ein paar Milliarden bei der ohnehin maroden Bahn nicht statt. Statt dessen greift die Ampel noch einmal ganz tief in die Trickkiste. Und der inzwischen teilweise, wenn nicht sogar weitgehend verblödete Mainstream applaudiert allen Ernstes: "Es gibt weißen Rauch aus dem Kanzleramt!"
Tricksen, Tarnen, Täuschen
Die neue Zauberformel lautet: "Bodensatz-GMA". Dieser haushaltstechnische Begriff steht für "Globale Minderausgabe" und ist im Grunde eine bodenlose Frechheit. Was sehr technisch klingt, hilft der Ampel jetzt, eine vorgebliche "Einigung" beim Haushalt 2025 verkünden zu können und Einsparungen bzw. Kürzungen etwa beim "Bürgergeld" zu umgehen. Der Trick: Die Koalition aus SPD, "Grünen" und FDP läßt schlichtweg eine Finanzierungslücke von rund zwölf Milliarden Euro stehen und weist diese als "Globale Minderausgabe" aus.

Die Ampel setzt dabei auf das Prinzip Hoffnung. Nämlich, daß ein Teil des Budgets für den Haushalt 2025 ungenutzt bleibt und am Ende eingespart werden kann bzw. daß die Steuereinnahmen wieder besser sprudeln als erwartet. Experten erwarten als Folge der anhaltenden Insolvenz-Rekorde allerdings das genaue Gegenteil - nämlich, daß die Steuereinnahmen drastisch wegbrechen.
"Das ist Staatspraxis, das ist Erfahrungswissen, das ist seriös", behauptet Finanzminister und FDP-Chef Christian Lindner mit einer nicht zu überbietenden Chuzpe. Mit der Größenordnung einer GMA - sprich: Finanzierungslücke - von zwölf Milliarden Euro bricht die Regierung alle Rekorde, wie ein der Agentur "Reuters" vorliegendes Schreiben zeigt.
- Mit der im Regierungsentwurf veranschlagten sogenannten "Bodensatz-GMA" übertrifft die Ampel im Haushalt 2025 bei weitem alle Werte der vergangenen 20 Jahre, wie aus der Antwort von Finanz-Staatssekretär Florian Toncar auf eine Anfrage von CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hervorgeht.
Im Kabinettsbeschluß zum Etatentwurf für den Haushalt 2025 wurde die "Bodensatz-GMA" zunächst sogar auf 17 Milliarden Euro beziffert. Bis zur formalen Zuleitung an den Bundestag und Bundesrat sollte sie aber deutlich verringert werden. Die nun beschlossene Einigung sieht zwölf Milliarden Euro vor. Künstlich verringert wurde die Etatlücke im Kern durch Umschichtungen von Geldern für die (bundeseigene) Deutsche Bahn.
Tricksen, tarnen, täuschen - die Ampel bleibt sich treu! Man könnte es auch Wechselreiterei nennen!
**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. August 2024 (x1.391/…):
>>**Impfjunkie Lauterbach wieder high: Ministerium bestellt 15 Millionen neue Corona-Dosen**
Es ist gerade einmal ein halbes Jahr her, da mußten in Deutschland 132 Millionen Ampullen Corona-Vakzine "entsorgt" werden, weil sie, soweit nicht ohnehin kurz vor dem Verfallsdatum, die neuen Covid-Varianten nicht abdeckten. Jetzt hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) für sogenannte Corona-Auffrischungsimpfungen im kommenden Herbst und Winter 15 Millionen neue Impfstoffdosen bestellt.
"Wir werden wieder sehr viele Infektionen haben", sagte Lauterbach, wieder voll im Panikmodus, den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Er empfehle älteren Menschen und Risikopatienten daher unbedingt eine Auffrischungsimpfung.
In Mainz dürften die Sektkorken knallen: Zunächst liefert Lauterbach zufolge der dort ansässige Pharma-Hersteller "Biontech" sechs Millionen Dosen eines an die aktuell in Deutschland vorherrschende Covid-Variante JN.1 angepaßten Vakzins. "Ob wir im Laufe des Winters einen weiteren Impfstoff benötigen, der an eine in den USA verbreitete Variante angepaßt werden muss, ist noch offen", sagte der SPD-Politiker weiter.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. August 2024 (x1.392/…):
>>**Ampel beschließt Haushalt mit Milliarden-Loch - "Boah … ist halt so, ne", sagt Habeck**
Eigentlich wollte die Ampel die Finanzierungslücke des Haushalts auf 9 Milliarden Euro reduzieren. In ihrer Haushaltseinigung fehlen aber noch 12 Milliarden Euro. Habeck kommentiert das Problem wie folgt: "Boah wie soll ich sagen... is halt so, ne"
Willi Weißfuß
...
Die Ampel wollte am heutigen Freitag ihre Einigung im Haushaltsentwurf finden. Im eigentlichen Haushaltsentwurf war ein Loch von 17 Milliarden Euro, dieses Loch wollte die Ampel

auf 9 Milliarden Euro reduzieren. Die neue Einigung senkte das Defizit auf 12 Milliarden Euro, drei Milliarden weniger als ursprünglich geplant. Wirtschaftsminister Habeck kommentierte das Problem im Bericht aus Berlin wie folgt: "Drei Milliarden wird man schon noch finden können. Aber wir haben sie halt jetzt nicht gefunden. Das ist so ein bißchen… boah, wie soll ich sagen… ist halt so, ne"
Ein Blick in die Haushaltseinigung zeigt, beim Haushalt herrscht bei der Ampel vor allem das Prinzip Hoffnung. Hoffnung darauf, daß die Wirtschaft wieder in Schwung kommt, oder Hoffnung darauf, daß die Zinsen sinken. Die Ampel plant beispielsweise damit, daß der Energieversorger Uniper, der im Rahmen der Gaskrise verstaatlicht wurde, 2025 300 Millionen Euro mehr an den Bund zahlt, als ursprünglich angenommen. 200 Millionen Euro Spielraum kommen aus der Kürzung bei der Vorsorge vor dem Ausfall von Steuereinnahmen beim EU-Energiekrisenbeitrag.
Auch bei der Bahn wendet die Ampel einen Trick an. 4,5 Milliarden Euro Zuschüsse des Bundes werden als Eigenkapital gekennzeichnet.
Zusätzlich werden 3 Milliarden Euro als Darlehen des Bundes an die Bahn gegeben, da der Bund Kredite zu besseren Konditionen bekommt als die Bahn. Beides bleibt bei der Regelgrenze der Schuldenbremse unberücksichtigt.
Eine weitere Idee der Ampel, die zwar in den Haushaltskompromiß nicht einging, aber erwähnt wurde, ist es, daß die Autobahn GmbH Zuschüsse des Bundes als Darlehen bekommt. Das einzige Problem ist, daß die Autobahn GmbH keine Einnahmen hat, da die LKW-Maut nicht an diese abgeführt wird. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, dies zu ändern, was "allerdings eine vertiefte Debatte" bräuchte, wie es in der Einigung steht. Faktisch würde eine solche Darlehenslösung der Ampel nur Zeit verschaffen und das Problem auf künftige Regierungen abwälzen.
Aufgrund der Erwähnung im Papier ist es durchaus möglich, daß die Ampel sich bis zur geplanten Einigung im November noch auf dieses Verfahren einigt, um den Spielraum im Haushalt zu erhöhen.
Bei den nun noch fehlenden 12 Milliarden Euro setzt die Ampel zunächst auf das Prinzip der globalen Minderausgabe, die auch schon von vorherigen Regierungen angewandt wurde. Gemeint sind damit Gelder, die den einzelnen Ressorts zwar zugeteilt wurden, aber nicht im Haushaltsjahr ausgegeben wurden, weil beispielsweise Projekte scheitern. Ein riskantes Vorgehen, das vor allem dann zu scheitern droht, wenn die Wirtschaft nicht wie von der Ampel erwartet wieder in Schwung kommt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. August 2024 (x1.392/…):
>>**Atomausstieg**
Kühltürme des AKW Grafenrheinfeld werden gesprengt - 10 Jahre früher als geplant
Am Freitagabend werden in Grafenrheinfeld die beiden Kühltürme des stillgelegten Kernkraftwerks gesprengt. Und das 10 Jahre früher als geplant. Man folge einem "Wunsch", der an das Unternehmen "herangetragen" wurde, heißt es vom Betreiber.
Christopher Martens
...
Die beiden Kühltürme des ehemaligen Kernkraftwerks Grafenrheinfeld in Unterfranken stehen unmittelbar vor ihrer Sprengung. Die 143 Meter hohen Türme wurden seit der Stilllegung im Jahr 2015 nicht mehr genutzt. Es war damals das älteste noch aktive Atomkraftwerk Deutschlands. Noch heute Freitagabend soll es in Schutt und Asche gelegt werden - sofern das Wetter mitspielt.
Der gesamte Rückbau des Kraftwerks soll bis 2033 abgeschlossen sein. Das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld wurde 1981 in Betrieb genommen, 33 Jahre lang war es in Betrieb - innerhalb von 30 Sekunden wird es nun endgültig dem Erdboden gleichgemacht. Der Rückbau ist seit

2018 im Gange. Am Vormittag hatte der Netzbetreiber TenneT grünes Licht für die Sprengung gegeben. Der Abriß kostet insgesamt drei Millionen Euro.
Die beiden Kühltürme standen "jahrzehntelang für den erfolgreichen Kraftwerksbetrieb des KKG" und hätten die Region "optisch geprägt", teilte der Betreiber PreussenElektra mit. "Ein sichtbares Zeichen für den Rückbau des Kernkraftwerks in Grafenrheinfeld" wolle man mit der Sprengung setzen. "Sie werden dann für immer aus dem Blick der Anwohner verschwinden."
Ursprünglich war die Sprengung erst in etwa zehn Jahren geplant, doch der politische Druck im Zuge der Energiewende hat den Zeitplan offenbar beschleunigt. Der Wunsch einer früheren Sprengung sei "vielfach" an das Unternehmen "herangetragen" worden, berichtet in Franken. Die Fläche eines Kühlturms soll "als Lagerfläche für Materialien aus dem Rückbau des Kraftwerks" dienen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. August 2024 (x1.392/…):
>>**Faesers Vorstoß für ein Messerverbot ist reine Symptombekämpfung**
Innenministerin Faeser will das Waffenrecht verschärfen, um die Messerkriminalität zu bekämpfen. Doch das ist reine Symptombekämpfung, unter der unbescholtene Bürger am Ende vielleicht mehr leiden, als Kriminelle - während die Wurzel der Gewalt weiterhin ignoriert wird.
Elija Schlenk
...
Auf Grund des rasanten Anstiegs der Messerstraftaten in Deutschland drängt Bundesinnenministerin Faeser auf eine weitreichende Kriminalisierung des Tragens von Messern in der Öffentlichkeit. Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft befürwortet ein allgemeines Messerverbot. Unterstützung erhält Faeser aus den Reihen der SPD und Grünen, Gegenwind aus Teilen der FDP und dem Deutschen Jagdverband.
Faesers Vorstoß wird unter anderem von den Polizeigewerkschaften aufgegriffen. So fordert Heiko Teggatz, Bundesvize der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), laut Angaben der BILD, "ein generelles Messer-Führverbot in der Öffentlichkeit". Sein Kollege Michael Mertens, von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) NRW forderte hingegen mehr örtlich begrenzte Messerverbote an Brennpunkten.
Die Zahl von Messerstraftaten ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Allerdings erfaßt das BKA Messerangriffe erst seit 2021 als eine eigene Straftatkategorie. Davor kam es zu massiven Fehlern und Ungenauigkeiten bei dem Sammeln der bundesweiten Daten, weshalb erst Zahlen zu den letzten zwei Jahren vorliegen. 2022 gab es 8.160 Fälle - im Jahr 2023 schon 8.951 registrierte Messerangriffe.
Diese Zahlen werden von Tichys Einblick angezweifelt. Denn in der Statistik werden nur schwere Körperverletzungen mit Messern erfaßt, während leichtere Straftaten, bei denen ein Messer als Tatwaffe verwendet wird, separat erfaßt würden. Letztendlich seien die Zahlen also noch höher als das BKA angibt. Dies würde laut Tichys Einblick auf rund 60 Messerangriffe pro Tag hindeuten.
Um der Zunahme an Messergewalt entgegenzuwirken, will Bundesinnenministerin Faeser nun durch das Drehen an den politischen Stellschrauben eingreifen. Es ist auch eine Reaktion auf die schockierende Ermordung des Polizeibeamten Rouven Laur in Mannheim. Laur wurde von Sulaiman A. mit einem Messer attackiert, als der afghanische Islamist den Islamkritiker Michael Stürzenberger töten wollte.
Faesers Verschärfung des Waffenrechts sieht nun vor, daß die Klingenlänge von Messern, die in der Öffentlichkeit mit sich geführt werden dürfen, maximal sechs, statt den jetzigen 12 Zentimetern, betragen darf. Ein wichtiges Detail ist allerdings, daß bereits heute viele Messerstraftaten mit Messern begangen werden, die länger als 12 Zentimeter sind. Sie dürften des-

halb ohnehin nicht legal in der Öffentlichkeit geführt werden, auch ohne eine Verschärfung des Waffenrechts. Auch beim Mord an Rouven Laur war die Tatwaffe offensichtlich länger als 12 Zentimeter.
Die Kritik an den Plänen von Faeser kommt unter anderem von dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der FDP, Kristian Kuhle. Er wirft Faeser vor, daß "symbolhafte Rechtsänderungen in die falsche Richtung gehen". Tatsächlich läßt sich argumentieren, daß es effizienter wäre, mit stärkerer Polizeipräsenz die bestehenden Gesetze zu kontrollieren und durchzusetzen. Denn ein Gesetz, welches von potentiellen Tätern folgenlos ignoriert wird, entfaltet selbstverständlich keine Wirkung.
Ob die Deutsche Polizei die Mittel hat, einer solch geforderten Präsenz und Autorität Herr zu werden, bleibt fraglich. Der Personalmangel bei der Polizei ist je nach Bundesland zwar unterschiedlich stark ausgeprägt, aber dennoch ein allgegenwärtiges Problem. Es müßte es fast unmöglich machen, die geringere erlaubte Klingenlänge oder ein allgemeines Messerverbot durchzusetzen. Das kritisiert auch der Geschäftsführer des Deutschen Jagdverbands, Olaf Niestroj, gegenüber dem Tagesspiegel. Er bezeichnete Faesers Vorstoß als reine "Schaufensterpolitik".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. August 2024 (x1.392/…): >>**Verbot aufgehoben**
Compact-Chefredakteur Elsässer fordert von Regierung 320.000 Euro Entschädigung
Das Bundesverwaltungsgericht hat das Verbot des Magazins "Compact" vorläufig aufgehoben. Chefredakteur Jürgen Elsässer beziffert den Schaden aus den letzten vier Wochen auf mindestens 320.000 Euro. Die Summer fordert er jetzt von der Regierung zurück.
Von *Redaktion*
...
Nach der Eilentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu dem von Innenministerin Nancy Faeser initiierten Compact-Verbot fordert der Chefredakteur von Compact, Jürgen Elsässer, von der Bundesregierung eine Entschädigung für die finanziellen Einbußen. Das Magazin war rund einen Monat lang verboten, bevor es mit der Gerichtsentscheidung am Mittwoch vorerst wieder erlaubt wurde.
"Die Untergrenze des wirtschaftlichen Schadens liegt bei etwa 320.000 Euro", erklärte er. "Das sind die Umsätze in vier Wochen, die wir nicht realisieren konnten, weil wir nicht mehr arbeitsfähig und stillgelegt waren." Das gehe aber "sicherlich noch nach oben". Elsässer kündigte an, die Regierung "bei jedem Cent regreßpflichtig" zu machen.
Aktuell befinden sich alle bei der Razzia beschlagnahmten Gegenstände, die sich auf der 178 Seiten langen Asservatenliste befinden, noch in der Hand des Staates. Die Rückgabe aller Gegenstände an Compact wird aktuell von den Anwälten vorbereitet, man hoffe diese schnell zurückzuerhalten. "Was die Wiederaufnahme der Arbeit angeht, wir sind im Augenblick immer noch blank", sagte Elsässer.
Zunächst soll Compact TV wieder an den Start gehen und in der gewohnten Sequenz senden. Die Augustausgabe des Compact Magazins wurde bereits kurz vor dem Verbot von der Druckerei produziert.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 16. August 2024 (x1.395/…): >>**Die theokratische Herrschafts-Struktur in der Demokratie**
Herbert Ludwig
Noch immer sind die Staaten von pyramidalen Macht- und Verwaltungsstrukturen durchdrungen, durch die, wie einst in der Theokratie Alt-Ägyptens, Einzelne oder Wenige über die große Masse der Menschen herrschen, ihnen ihren eigenen Willen aufdrücken können. Das fällt uns heute nur noch bei den totalitären Diktaturen auf. Doch auch die Demokratiebewegung hat daran prinzipiell noch nichts geändert.

Das fundamentale demokratische Grundrecht der Selbstbestimmung des Bürgers erschöpft sich politisch in der Wahl seiner Herrscher, bei der er seine Stimme im doppelten Wortsinne für Jahre abgibt und ihren allseitigen Gesetzen und Verordnungen folgen muss, die sich immer mehr gegen ihn wenden. Ein Entwicklungsschritt ist dringend notwendig.

Das "Ägypten-Problem" in Rußland

Valentin Wember weist in seinem sehr empfehlenswerten Buch über den Ukraine-Krieg und seine lange Vorgeschichte darauf hin, wie die kommunistische Diktatur der Sowjetunion praktisch eine Kopie der altägyptischen Herrschafts-Pyramide bildete und auch die Einbalsamierung der damaligen Herrscher nach ihrem Tode übernahm.

"Als Lenin und Stalin starben, wurden ihre Leichname aufwendig mumifiziert. Beide wurden im Mausoleum, einer Stufenpyramide auf dem Roten Platz in Moskau, aufgebahrt. - Es gibt kaum ein treffenderes Realsymbol für das, was in Rußland in der Zeit des Bolschewismus zwischen 1918 und 1989 passiert ist: Ein 4.000 Jahre altes, längst nicht mehr zeitgemäßes Herrschaftssystem wurde dem russischen Staat übergestülpt und aufgezwungen.

In der antiken ägyptischen Gesellschaftsordnung befindet sich ganz oben der Pharao und ganz unten das arbeitende Volk. Über dem Volk standen die Aufseher, über den Aufsehern deren Aufseher, über denen standen die Aufseher der Aufseher der Aufseher und so immer weiter hinauf bis an die Spitze der gesellschaftlichen Pyramide."

An die Stelle der ägyptischen Aufseher sei in der Sowjetunion der Geheimdienst KGB getreten, der alles überwachte. Es habe Abteilungen gegeben, die die Intellektuellen kontrollierten, andere, die die Staats- Medien, wieder andere, welche die Kirchen überwachten, den Sport, die Wissenschaft und die Forschung - ein gespenstisches Wiederaufleben des alten Ägyptens.

"Aber was vor 4.000 Jahren historisch berechtigt war und nicht nur eine lokale, sondern eine weltumspannende Kulturepoche ausmachte, wurde im 20. Jahrhundert in Rußland - und nicht nur dort - ein mörderischer Wahnsinn.

An die Stelle des Pharao traten die großen Führer der einen Partei, erst Lenin, dann Stalin. Chruschtschow galt schon nicht mehr als großer Führer und wurde deshalb auch nicht einbalsamiert, sehr wohl aber wurde dem populären roten Kommandeur Grigorij Kotowski diese Ehre zuteil. Lenin, Kotowski und Stalin waren Fake-Pharaonen. … Alle drei waren das Gegenbild eines Pharaos. Sie waren Verbrecher und Massenmörder.

Im denkbar größten Gegensatz dazu war der Pharao ursprünglich ein hoher spiritueller Eingeweihter. 'Er war zwei Drittel Mensch und ein Drittel Gott' heißt es im Gilgamesch-Epos von dem mesopotamischen Herrscher Gilgamesch, und das galt wohl auch für die ägyptischen Pharaonen der Frühzeit. Der Pharao war als ein hoher Eingeweihter eine reale geistige Kraft, die in das Volk hineinwirken konnte.

Lenin und Stalin waren keine Pharaonen. Aber sie waren wie besessen von einem altägyptischen Prinzip, als ob der Geist des alten Ägypten wie ein Zombie in Rußland herumgegeistert wäre und dort sein katastrophales Unwesen getrieben hätte."

Der moderne Mensch wolle nicht mehr funktionieren wie eine Ameise oder ein alter Ägypter vor 4.000 Jahren. Aber genau das hätten Lenin und Stalin verlangt. Die Spitze der kommunistischen Partei habe beansprucht, besser zu wissen, was für das Volk gut war, als das Volk selbst. Das Volk, das seien für Stalin die Ameisen gewesen. Die einzelne Ameise habe nicht gezählt. Wenn von 150 Millionen Ameisen 10 Millionen Ameisen sterben, blieben immer noch 140 Millionen übrig.

Was durch ein völlig verfehltes, nicht mehr zeitgemäßes Herrschaftskonzept entstehe, sei nicht nur falsch, sondern es werde böse. Es bilde ein geistiges Vakuum, welches das Böse geradezu ansauge, sodaß es von ihm von innen ausgefüllt werde. Der Leninismus und Stalinismus in Rußland sei im Grunde ein zum Gespenst gewordener, völlig veralteter ägyptischer Geist gewesen, verkleidet in das moderne intellektuelle Gewand des Marxismus.

Noch nicht überwundenes Gespenst

Doch das ägyptische Gespenst, so Valentin Wember weiter, sei noch immer nicht überwunden. Wladimir Putin distanziere sich zwar von Stalin und seinen Verbrechen, aber er habe nach den chaotischen Freiheiten der Jelzin-Jahre sofort mit der sogenannten "Vertikale der Macht" ein zentralistisches System aufgebaut und vor allem wichtige Posten mit Geheimdienstlern besetzt, als wäre Rußland immer noch ein altes Ägypten.

Das sei auch nicht dadurch zu entschuldigen, daß Putin sich einer amerikanischen Inbesitznahme Rußlands in den Weg stelle, und auch nicht dadurch, daß die Probleme, die Putin nach der Katastrophe der Jelzin-Zeit vorfand, hyper-komplex gewesen seien.

Dieses Urteil berücksichtigt m. E. nicht genügend, daß in diesem Chaos die Wiederherstellung der Ordnung und Selbständigkeit Rußlands gar nicht anders hätte erfolgen können. Aber richtig ist, daß Putin dann allmählich mit einer Dezentralisierung und Verlagerung der Entscheidungskompetenz in allen Lebensgebieten auf die Menschen selbst zu einer wirklichen Volks-Herrschaft hätte beginnen können. Statt dessen hat er seine zentrale Machtstellung als autoritärer Herrscher weiter gefestigt und die Vertikale der Macht aufrechterhalten.

Doch andererseits: Wo auf der Welt hätte er für eine wirkliche Volksherrschaft ein Vorbild haben können? - Nirgends.

Das "Ägypten-Problem" im Westen

Auch im Westen hatten sich parallel zur Sowjetunion in Faschismus und Nationalsozialismus Kopien der altägyptischen Herrschaftspyramide gebildet. Und in den nachfolgenden Demokratien ist die Vertikale der Macht ebenfalls nicht aufgegeben, wie auch V. Wember betont, sondern sie durchdringt von oben nach unten die staatlichen Strukturen.

An die Stelle des kommunistischen oder faschistischen Führers, der alles anordnet und lenkt, ist der alle paar Jahre gewählte Präsident oder Kanzler getreten, der mit seinen Genossen durch Gesetze alle Lebensbereiche der Menschen weitgehend lenkt. Die Gesetze stammen praktisch ebenso von ihm selbst, da die von ihm geführte Partei auch die Legislative mehrheitlich dominiert, und ihre Durchsetzung prinzipiell von einer Richterschaft garantiert wird, die auch von der Exekutive eingesetzt und überwacht, bzw. in den höchsten Gerichten parteipolitisch bestimmt wird.

Im Streben, die Alleinherrschaft eines oder weniger Einzelner in eine Herrschaft aller Einzelnen umzuwandeln, glaubte man nach der Französischen Revolution nicht auf Machtausübung verzichten zu können; nur sollte sie in der Wahl aller ihre jetzt von unten kommende Legitimation erhalten. So blieben alte hierarchische Machtstrukturen bestehen, die jetzt von erlaubten Machthabern besetzt wurden. Damit wurde aber die Herrschaft von Menschen über Menschen, die deren Freiheit und Selbstbestimmung aufhebt, nicht beseitigt. Das Gespenst Ägyptens herrscht noch immer.

"In der Diktatur wirst du unterdrückt und hast keine Wahl. In der Demokratie kannst du wählen, wer dich unterdrückt", brachte der Kabarettist Erwin Pelzig den minimalen Unterschied auf den Punkt.

Zur Geschichte der Herrschaft und Macht

Die Machtausübung Einzelner über die Anderen hat in der Geschichte der Menschheit im wesentlichen drei Entwicklungsphasen durchlaufen. In den orientalischen Reichen der Assyrer, Babylonier oder Ägypter des 3., 2. Jahrtausends v. Chr. erlebten, wie schon oben beschrieben, die Menschen die Macht des Herrschers als eine göttliche Macht.

Der Priesterkönig oder Pharao war ihnen ein auf Erden erschienener Gott, ein Sohn des Himmels, dessen Macht keine äußere Gewalt bedeutete, sondern in der überlegenen göttlichen Weisheit und Güte bestand, aus der heraus er das Leben der Menschen zu ihrem Heile ordnete und leitete, wozu sie selbst noch nicht imstande waren. Der Herrscher und seine Minister wurden als etwas Höheres als gewöhnliche Menschen erlebt; Götter und Untergötter sprachen

und wirkten aus ihnen.
In der weiteren Entwicklung, die in Griechenland und Rom begann und durch ein Erwachen des begrifflichen Denkens und die damit verbundene stärkere Selbständigkeit des Einzelnen gekennzeichnet ist, trat eine Spaltung in eine mehr weltliche und eine kirchliche Macht ein. Der Herrschende wurde nicht mehr als der Gott selbst, sondern als der von Gott Beauftragte und Inspirierte erlebt, als der Herrscher, der Monarch von Gottes Gnaden. Er war ein Mensch wie alle anderen, aber aus ihnen herausgehoben durch den Adel seiner Seele, der es dem Gotte ermöglichte, ihn für seine leitenden Aufgaben zu inspirieren, derer die Menschen in einer gewissen Weise noch immer bedurften.
Mit der Neuzeit setzte wieder eine gewaltige Bewußtseinsveränderung ein, in der sich der einzelne Mensch immer mehr auf die Spitze der eigenen Persönlichkeit zu stellen begann, um aus eigener Erkenntnis sein Leben selbst zu gestalten. Der Herrscher wurde nicht mehr als Gottgesandter erlebt, der durch höhere Erkenntnis andere zu lenken berechtigt wäre. Jeder fühlte sich selbst in der Lage und berechtigt, zu den benötigten Erkenntnissen zu kommen.
Die alte Gesellschaftspyramide hatte ihre innere Berechtigung verloren und war seelisch auf eine horizontale Fläche zusammengesunken, auf der rechtlich alle gleich sind. Der Anspruch des "Gottesgnadentums" war hohl geworden, hielt sich aber noch lange auf dem Thron. Was vorher als innere Macht in selbstverständlicher Autorität gewirkt hatte, wurde nun, geistig entleert, zur äußeren Macht, die sich nur noch durch Gewalt durchsetzen und behaupten konnte.
Einen Höhepunkt dieser rückwärtsgewandten Anmaßung erreichte der Absolutismus Ludwigs XIV. Von einem Zentrum aus wurden alle Lebensgebiete: das politisch-verwaltungsmäßig-militärische, das wirtschaftliche und das kulturelle Gebiet, ergriffen und zu einer straffen, militanten Einheit zusammengeschweißt, die von einem Geist beherrscht wurde. Und alles diente dem König. Es wurde so eine hierarchisch aufgebaute bürokratische Staatsmaschinerie geschaffen, in die der einzelne Mensch hilflos eingegliedert war. Der König an der Spitze und seine Beamten saßen an den Schaltstellen dieses riesigen Herrschaftsapparates, der ein perfektes Instrument für ihn war, alle anderen Menschen mit unausweichlicher Gewalt seiner persönlichen Machtsucht zu unterwerfen.
Aber die Staatsentwicklung bei Ludwig XIV. war nur ein besonders extremes Beispiel einer Individualitäts-feindlichen Dynamik, die damals in allen Staaten des Fürstenabsolutismus überhaupt herrschte. Dieser absolutistische Einheitsstaat wurde prägend für die ganze neuere Zeit. Und auch die auf die Französische Revolution folgenden liberalen Demokratien übernahmen nicht nur vom Absolutismus den einheitsstaatlichen Machtapparat, sondern bauten ihn noch weiter aus.
So suchte der liberale Freiheitsimpuls gegen den omnipotenten Einheitsstaat nur einen persönlichen Freiheitsraum für den Einzelnen geltend zu machen, der aber nur sehr begrenzt durchdrang und in der Wirtschaft als wirtschaftlicher Liberalismus zum Egoismus-Exzeß des Kapitalismus führte.

Entstehung der Freiheit und Selbstbestimmung

Mit der in Griechenland entstehenden Fähigkeit des begrifflichen Denkens erwachte in den Menschen ein wachsendes Selbstbewußtsein, das sich darauf stützte, die Wahrheit im eigenen Denken selbst erkennen und danach handeln zu können, ohne auf die Autorität von Herrschern und Priestern angewiesen zu sein. Darin wurden alle Menschen gleich: aus eigener Erkenntnis ihr Handeln selbst bestimmen und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten zu können. Das macht letztlich die Würde des Menschen aus.
Jeder Anspruch eines der Gleichen, den Anderen ihr Denken und Handeln vorzuschreiben, ist die hohle Anmaßung, ihnen nicht gleich zu sein, sondern höher zu stehen. Es ist der Rückgriff in überwundene Zeiten, das egoistische Festkrampfen an hierarchischen Machtstrukturen, das

sich feindlich der Entwicklung des Menschen entgegenstellt. Es ist die fundamentale Verletzung der Gleichheit und Freiheit, der Würde des anderen Menschen.
Es war ein langer Weg, die Usurpatoren der Macht vom angemaßten Thron zu stoßen, der in der Französischen Revolution eine Kulmination erreichte. Aber Freiheit wurde nur als Freiheit vom Joch der Königs- und Adelsherrschaft verstanden, und an deren Stelle trat die "Herrschaft des Volkes" bzw. die Herrschaft einer gewählten Mehrheit von Volksvertretern. Damit ist die Befreiung des Menschen auf halbem Wege stecken geblieben, bis heute. Denn es geht doch darum,
"die Alleinherrschaft eines Einzelnen in eine Herrschaft aller Einzelnen umzuwandeln, d. h., das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Bürgers sollte den absoluten Herrschaftsanspruch überhaupt ablösen."
Es kommt nicht darauf an,
"den Machtstaat in den Händen eines Einzelnen und einer gesellschaftlichen Oberschicht durch den Machtstaat in den Händen einer 'demokratischen' Mehrheit abzulösen, sondern die Macht von Menschen über Menschen überhaupt zu beseitigen." (Heinz Hartmut Vogel)
Die in alter Zeit dem Einzelnen übergeordnete Gemeinschaft, die ihn unter der Führung des Herrschers umfassend wirtschaftlich versorgte, geistig leitete und staatlich schützte, hat mit der Emanzipation der Persönlichkeit ihre omnipotente Berechtigung verloren. Sie wird aber heute auch in der "Demokratie" weitgehend in bürokratisch perfektionierter Form fortgeführt. Die organisierte Gemeinschaft kann als Staat jedoch heute nur die Aufgabe haben, die auf der Gleichheit ruhende Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen zu ermöglichen und zu schützen.
Es ist nicht mehr ihre Angelegenheit, die wirtschaftliche Versorgung und die geistig-kulturelle oder auch gesundheitliche Entwicklung der Menschen irgendwie inhaltlich zu lenken oder zu bestimmen, da unter der Führung der jetzt "demokratisch" Herrschenden dadurch "von oben" die Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen ausgeschaltet wird. Ein "Oben" kann es in der Gleichheit überhaupt nicht mehr geben. Es bringt immer ein "Unten" mit sich, das ihm untergeben, untertan ist, in dem die Gleichheit aufgehoben ist. Macht macht untertan.
Freiheit und Gleichheit sind nicht staatlich zugeteilte Rechte, sondern Zustände, Verfaßtheiten der Menschen, die aus der historischen Entwicklung hervorgegangen und errungen worden sind. Sie gehören der seelisch-geistigen Natur des Menschen an, sind sozusagen mit ihm geboren. Sie sind seine natürlichen Rechte, gehen jeder menschlichen Einrichtung, wie dem Staat, voraus. Dieser findet sie nur vor, muß sie voraussetzen und mit diesem Faktum von vorneherein rechnen.
Die Wurzeln der heute unrechtmäßigen Macht des Staates liegen darin, daß historisch überlebte gesellschaftliche Strukturen des früheren theokratischen totalen Versorgungsstaates unzeitgemäß aufrechterhalten werden. Die staatliche Macht ist usurpiert, sie ist die widerrechtliche Aneignung eines Gewaltinstrumentes durch wenige, um widerrechtlich über die Anderen zu herrschen.
Die heutige Staatsmacht ist, insofern sie über das reine Recht hinausgeht, in ihrer Allmacht vor den wohlverstandenen Grundrechten des Grundgesetzes widerrechtlich. Sie hat keine innere Berechtigung, sie ist hohl, eine Anmaßung, sie verletzt und schändet die Würde des Menschen. Wer sie ausübt, ist geschichtlich zurückgeblieben, hat die tatsächliche Höhe der abendländischen Geistesentwicklung der Menschheit noch nicht erreicht und stellt sich feindlich gegen sie. Die Staatsmacht trägt insofern sozialpathologische Züge.
Die soziale Ordnung freier Menschen gestattet dem Einzelnen nur einen "Herrschaftsanspruch": die Herrschaft über sich selbst. Der Machtmensch vermeidet dies. Statt sich selbst zu beherrschen und zum freien Menschen zu bilden, beherrscht er mit den Gewaltmitteln des Staates die anderen.

Selbstbestimmung benötigt neue gesellschaftliche Formen

Mit der Demokratie machte sich die berechtigte Forderung der Individualität geltend, die Gesetze sich nicht von oben diktieren zu lassen, sondern bei der Entstehung des Rechts mitzuwirken. In dem Maße aber, wie auch in der Demokratie die Rechtsorganisation, der Staat, eine Allzuständigkeit für alle Lebensgebiete in Anspruch nahm und durch Gesetze reglementierte, wurden in das Recht inhaltliche Gestaltungen des Lebens aufgenommen, die Angelegenheit der sachkundig im Wirtschaftsleben sowie im Kultur-, Bildungs- und Gesundheitswesen wirkenden Menschen selbst sind.

Das führte dazu, daß der Impuls der Selbstbestimmung sich noch in der Debatte artikulieren kann, im Moment der Abstimmung aber ausgeschaltet wird, denn damit sind alle gleichermaßen an die daraus folgenden inhaltlichen Regelungen gebunden und müssen - von außen bestimmt - nach ihnen handeln.

Aus dem Streben des Individuums nach Selbst- und Mitbestimmung entstanden, führt der Parlamentarismus in der Abstimmung zu ihrer Vernichtung. Er "geht hervor aus der Geltendmachung der Persönlichkeit und endet mit der Auslöschung der Persönlichkeit." Darauf machte 1918 Rudolf Steiner aufmerksam. Im Geistes- und im Wirtschaftsleben kann es keine gesetzgebenden Körperschaften geben, die "von oben" reglementieren, sondern nur horizontale Beratungs- und Kooperationsorgane freier und solidarisch einander zugewandter Bürger. Dies hat Rudolf Steiner in Schriften, Aufsätzen und zahlreichen Vorträgen wegweisend als "Dreigliederung des sozialen Organismus" ausgearbeitet.

Nur auf dem Gebiete des Rechts selbst ist der Parlamentarismus berechtigt, denn Fragen des gerechten Verhaltens untereinander, des Schutzes des inneren und äußeren Friedens, können nicht vom Einzelnen, sondern nur durch gemeinsam vereinbarte Regeln aller gelöst werden. Sie sind es, welche die Bildung ei-ner Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Hier ist auch jeder Mündige urteilsfähig.

Die Abstimmung führt hier nicht zu einem Nivellement der Persönlichkeit, denn das für alle gleichermaßen geltende Recht ist gerade das angestrebte Ziel. Wenn sich die Gesetze darauf beschränken, den rechtlichen Rahmen für die inhaltliche Tätigkeit der Menschen im Geistes- und im Wirtschaftsleben zu bilden, wird durch sie die Freiheit und Selbstbestimmung nicht ausgeschaltet, sondern gerade ermöglicht. Und das Justiz und Polizei verliehene Gewaltmonopol dient nicht der Macht über Menschen, sondern ihrem Schutz vor denen, die in die körperliche oder seelische Integrität anderer gewaltsam eingreifen.

Fazit

Die Abschaffung der theokratischen Herrschaftsstruktur des allmächtigen Staates durch eine Gliederung der Gesellschaft in drei relativ selbständige Lebensbereiche wird von Tag zu Tag dringender. Die Pseudo-Pharaonen, die sich den Staat als Instrument der Macht zur Beute gemacht haben, führen ihre hilflosen Untertanen bewußt in immer neue Krisen, Katastrophen und apokalyptische Kriege - zum Nutzen weniger und zum Schaden der Menschheit. Das Staatsverbrechen der inszenierten Corona-Pandemie, in der Unzählige ihre wirtschaftliche Existenz verloren, schwere gesundheitliche Schäden erlitten oder ums Leben gekommen sind, wäre ohne die theokratische Herrschaftsstruktur nicht möglich gewesen.

Es ist 5 vor 12, ihnen ihr Machtinstrument aus der Hand zu reißen und sie dorthin zu schikken, wo sie hingehören.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. August 2024 (x1.393/…): >>**Der Wahnsinn mit dem Klimaziel: 55 Mrd. Strafe für Deutschland?**

EU-Raubzug wegen CO2: Weil Deutschland angeblich Klimaziele für 2030 verfehlt, drohen hohe Strafzahlungen. Die Klimasekte schlägt Alarm und möchte weitere Restriktionen, unter anderem Tempolimit auf Autobahnen.

Laut selbsternannten Expertenrat für angebliche Klimafragen der Bundesregierung könnte

Deutschland seine Klimaziele für 2030 verfehlen. Auf den Staat könnten dadurch nach SPIEGEL-Berechnungen für den Zeitraum von 2021 bis 2030 etwas mehr als neun und maximal 55 Milliarden Euro an Strafzahlungen zukommen. Diese müssen laut EU-Lastenteilungsverordnung in Form von CO2-Gutschriften aus anderen Ländern zugekauft werden.
Die 27 EU-Länder haben sich bis 2030 verpflichtet, bestimmte Mengen CO2 im Straßenverkehr, im Gebäudesektor, in der Abfallwirtschaft, in der Landwirtschaft und Industrieanlagen zu reduzieren. Gelingt es Deutschland nicht, seine Ziele einzuhalten, müßte es CO2-Rechte aus jenen EU-Staaten zukaufen, die ihre Ziele übererfüllen konnten.
Die Preispanne ist so groß, weil sie vom Wert sogenannter Emissionsrechte abhängt. Wie hoch der im Jahr 2030 sein wird, ist noch unklar. Der Preis von 45 Euro wäre jener des sogenannten zweiten Emissionshandels, unter den ab 2027 auch Emissionen aus Verkehr und Gebäude zählen. Die Kosten pro Tonne im ersten Emissionshandel (damit abgedeckt sind Emissionen von Energieversorgung und Industrie) liegen 2030 wahrscheinlich bei rund 129 Euro. Würde man alle Umweltaspekte mit einrechnen, kostet eine Tonne CO2 laut Experten aber eher 260 Euro - daher die Spanne zwischen 45 und 260 Euro.
Laut aktueller Prognosen könnte Deutschland das EU-Ziel allein im Verkehr um 180 Millionen Tonnen, im Gebäudebereich um rund 32 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente verfehlen. Zusammen genommen wären das bei dem niedrigsten Preis von 45 Euro pro Tonne 9,5 Milliarden Euro an Strafzahlungen. Zum Vergleich: Das entspricht der derzeit diskutierten möglichen Lücke im Bundeshaushalt für 2025.
Mit Maßnahmen wie etwa einem Tempolimit ließen sich diese Strafzahlungen deutlich minimieren, doch bislang verzichtet Deutschland darauf. Bereits jetzt läßt sich ausrechnen, was das den Steuerzahler kostet.
Wäre die Geschwindigkeit auf 120 Kilometer pro Stunde auf Autobahnen und 80 Kilometer pro Stunde außerorts beschränkt, könnten zwischen 2024 und 2030 laut Umweltbundesamt 39 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente eingespart werden. Das bedeutet umgerechnet - je nach Preis - zwischen 1,8 und 10,1 Milliarden Euro Strafzahlungen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. August 2024 (x1.393/…): >>**Grüne und SPD verteidigen Faeser bei Compact-Verbot**
Politiker von Grünen und SPD verteidigen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nach dem vorläufig ausgesetzten Verbot des Compact-Magazins. Die Grünen-Parlamentsgeschäftsführerin Irene Mihalic sagte der "taz", es sei bei Verboten immer so, daß diese gerichtlich überprüft und beanstandet werden können. "Unsere Justiz ist unabhängig und urteilt entsprechend. Und das ist gut so."
Noch sei die Entscheidung vorläufig. Wie das Hauptsacheverfahren ausgehe, bleibe abzuwarten. "Rücktrittsforderungen halte ich vor diesem Hintergrund für überzogen und nicht angemessen", so Mihalic weiter. Sie erwarte aber, daß das Innenministerium nun "mit der gebotenen Sorgfalt" im Hauptsacheverfahren alle Argumente für das Verbot darlege. Auch der SPD-Innenpolitiker Sebastian Fiedler warnte, "auf Erzählungen von Rechtsextremen hereinzufallen". Die Gerichtsentscheidung sei ja nur vorläufig, sagte auch der "taz".
Angesichts der Belege, die zeigten, wie Compact gegen die verfassungsgemäße Ordnung agitiere, sei das Verbot "geradezu zwingend", so Fiedler. "Ich bin sicher, daß im Hauptsacheverfahren, nach Auswertung aller Beweismittel, das Verbot Bestand haben wird." Das Innenministerium hatte im Juli das Firmengeflecht hinter dem Compact-Magazin verbieten lassen. Am Dienstag setzte das Bundesverwaltungsgericht das Verbot in einer Eilentscheidung vorläufig aus. Faeser war danach aus der Opposition und auch der FDP stark in die Kritik geraten.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 34/24" berichtet am 16. August 2024 (x1.397/…): >>**Gelogen, getäuscht, manipuliert**
Maßnahmenstaat: Warum eine Aufarbeitung der Corona-Politik längst überfällig ist, aber

nicht erfolgen wird
Frank Hauke
Die meisten werden den Überblick verloren haben, wie viele Behauptungen der Gesundheitsminister Spahn und Lauterbach sowie der anderen Politiker aus der Corona-Zeit inzwischen als Lügen enttarnt wurden. Darüber ließe sich anhand der ungeschwärzt vorliegenden RKI-Protokolle eine Doktorarbeit schreiben. Belassen wir es bei den wichtigsten: "Pandemie der Ungeimpften" mit massiver Ausgrenzung nicht kleiner Bevölkerungsteile, Maskenpflicht, Impfung - und jetzt auch Gefährlichkeit des Virus' allgemein.
Um es kurz zu machen: Die schwersten Grundrechtseinschränkungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland beruhten nicht - wie man uns mit dem Spruch "Follow the Science" jahrelang weismachen wollte - auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sondern auf politischer Willkür.
Die ausführliche Abhandlung des stellvertretenden Bundestagspräsidenten Wolfgang Kubicki (FDP) setzt den bisher aufgedeckten Unwahrheiten die Krone auf. Natürlich kann man bei der Diskrepanz zwischen Reden und Handeln bei Kubicki leicht zu dem Schluß kommen: Ach, der schon wieder! Aber er hat sich, anders als fast alle Journalisten, die Mühe gemacht, die RKI-Files durchzuarbeiten und mit dem zu vergleichen, was vor allem Lauterbach öffentlich erklärte. Sein 13seitiges Dossier unterstreicht auf bisher unbekannter Ebene, wie sehr die angeblichen Corona-Schutzmaßnahmen dem Wissensstand des RKI-Expertenrates widersprachen.
Besonders schwerwiegend ist der von Kubicki belegte Vorwurf, daß Lauterbach nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch den Bundestag und selbst das Bundesverfassungsgericht getäuscht hat. Wenn der Jurist als Koalitionär den Rücktritt des Gesundheitsministers fordert, ist das weniger ein "typischer Kubicki" als vielmehr die einzige Konsequenz, die in einer funktionierenden Demokratie geboten wäre.
Schließlich geht es hier nicht um eine Petitesse, sondern um den größten Skandal seit der Nachkriegszeit. Die Machthaber - und da machten sich die Politiker aller regierenden Parteien im Rahmen der nichtlegitimierten Ministerpräsidenten-Konferenz gleichermaßen schuldig - sperrten ein ganzes Volk über Jahre ein. Kinder und Jugendliche leiden bis heute unter den Folgen der gesundheitspolitisch niemals gerechtfertigten Schulschließungen.
Selbständige wurden in den Ruin getrieben, Alte mußten einsam sterben, und Geimpfte kränkeln unter zum Teil verheerenden Symptomen des von Lauterbach für nebenwirkungsfrei erklärten "Pieks".
Es gibt eigentlich kaum etwas, wo Politiker, um es vorsichtig auszudrücken, nicht übertrieben hätten. Kubicki belegt auch, daß die "offizielle Zahl der Corona-Toten immer höher ausgewiesen wurde, als es richtig gewesen wäre". Oder nehmen wir die angebliche Überlastung des Gesundheitssystems: Während der gesamten Corona-Jahre war das nicht ein Mal der Fall. Das mußte das Gesundheitsministerium inzwischen ebenfalls einräumen.
Zwei Zahlen machen das besonders deutlich: Bei 3.937 freien Intensivbetten im Januar 2021 wurde Panik angesichts des bevorstehenden Kollaps' verbreitet. Und dann? Hat jemand drei Jahre später, als es im vergangenen Januar ohne angebliche Pandemie noch 1.988 waren, eine Angstmacherei der Politik vernommen?
Kommen wir zurück zu den unerhörten Fälschungen bei der grundlegendsten Frage: Wie gefährlich war das Virus überhaupt? Das RKI wollte die Risikobewertung mehrfach deutlich herabsetzen, weil die Fakten gegen ein "sehr hoch" sprachen. Nicht einmal die Herunterstufung auf "hoch" ließ Lauterbach zu. Tatsächlich hielt das RKI die Stufe "moderat" für angemessen. Doch hätte die Politik damit den Menschen noch Angst und Schrecken einjagen können? Wie hätte sich das mit dem von Lauterbach verkündeten "Killer-Virus" vertragen?
Also blieb es aus politischen Motiven bei der höchsten Alarmstufe. Mit der Wirklichkeit hatte

das, wie wir heute schwarz auf weiß lesen können, nicht das Geringste zu tun. Daß der sogenannte Inzidenzwert "doppelt aufgerundet" wurde, wie inzwischen ebenfalls zugegeben, paßt ins Bild. Schließlich galt er - gegen den Ratschlag der Experten - als Kriterium für die Maßnahmen.
Kubicki schließt aus dieser Manipulation, dem Gesundheitsminister sei es um die Durchsetzung der allgemeinen Impfpflicht gegangen. Denn erst kurz nachdem diese im Bundestag gescheitert war - nicht etwa, weil die Mehrheit der Abgeordneten dagegen war sondern weil aus politischer Eitelkeit mehrere Anträge fast gleichen Inhalts gegeneinander antraten -, gab Lauterbach den Wissenschaftlern nach.
Doch da hat Kubicki zu kurz gedacht. Vielmehr hielt die Politik mit falschen Risikobewertungen den Druck auf die verängstigte Bevölkerung hoch, rechtfertigte die Lockdowns und das Berufsverbot ganzer Branchen. Daß viele damals zwangsgeschlossene Unternehmen heute die angeblich als Kompensation gemeinten Corona-Hilfen zurückzahlen müssen, macht die Sache noch schlimmer und ist ein Skandal, der die Öffentlichkeit kaum erreicht. Die Zahl der gerade jetzt so rapide ansteigenden Firmeninsolvenzen dürfte auch darin eine Ursache haben.
All dies schreit nicht nur nach den Rücktritten der politisch Verantwortlichen. Das mindeste wäre eine Aufarbeitung der Lügen und Fehler der Corona-Jahre. Nichts davon wird kommen. Kein Untersuchungsausschuß, keine Enquete-Kommission. Der Vorschlag der Grünen, mit sogenannten Bürgerräten auf die Corona-Politik zurückzublicken, ist ein übler, aus Sowjetzeiten bekannter Trick. Denn hier dürften Vertreter regierungstreuer sogenannter Nichtregierungsorganisationen einen Blankoscheck ausstellen. Man kennt das bereits vom entsprechenden Gremium zur Ernährungspolitik - wo der Bürgerrat loyal für veganes Essen plädiert.
"Wir werden einander viel verzeihen müssen", hat Spahn großmütig zu Beginn der Zwangsmaßnahmen gesagt. Offenbar befürchtete er damals schon, daß all die Unwahrheiten irgendwann auffliegen könnten. Fehler kann und soll man verzeihen - insbesondere da anfangs unklar war, wie gefährlich das Virus tatsächlich war.
Daß die Grundrechtseinschränkungen und die Hetze gegen die Kritiker mit fortschreitender Zeit ein nicht begründbares, totalitäres Ausmaß annahmen, daß gelogen, manipuliert und die Wissenschaft absichtlich ignoriert wurde, macht dies schwierig. In erster Linie gehört aber eine Bitte um Entschuldigung dazu. Doch nicht einmal dazu sind Spahn, Lauterbach, Söder und all die anderen Scharfmacher bereit. Wie soll man da eine Aufarbeitung erwarten?<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 34/24" berichtet am 16. August 2024 (x1.397/…): >>**Staatliche Presseförderung: Willfährige Medien**
Dieter Stein
Unter dem Vorwand, die durch kostenlose Online-Angebote und abstürzende Printauflagen kriselnde Pressebranche stützen zu wollen, wird seit Jahren staatliche Presseförderung diskutiert. Mitten im Sommerloch zaubert nun ausgerechnet FDP-Finanzminister Christian Lindner auf Druck linker Lobbygruppen einen "Anwendungserlaß" aus dem Hut, mit dem ein neu zu definierender Bereich "gemeinnütziger Journalismus" steuerlich zu subventionieren sei. Klingt das nicht phantastisch?
Pressefreiheit ist primär die Freiheit, Staat, Obrigkeit, Mächtige zu kritisieren - und zwar aufs schärfste. Ohne Pressefreiheit keine funktionierende Demokratie, die nichts anderes als die Kontrolle des Staates durch das Volk meint - und nicht umgekehrt! Trotzdem sind auch demokratische Regierungen immer wieder versucht, in Meinungs- und Pressefreiheit einzugreifen.
Neuerdings unter dem edlen Vorwand, arme Bürger gegen Verführung durch soziale Medien in Schutz zu nehmen. "Haß und Hetze", ja "Fake-News" könnten Bürger desorientieren, so daß sie am Ende die "Falschen" wählen. Beispiel für diesen Kontrollwahn ist der "Digital Service Act" der EU. Der dafür zuständige EU-Kommissar Thierry Breton warnte X-Eigentümer

Elon Musk Anfang der Woche wegen eines Live-Interviews auf X mit Donald Trump in einem offenen Brief. Die EU beobachte "die potentiellen Risiken in der EU" durch Musk, so Breton. Eine offene Drohung, den Dienst X einzuschränken - schlicht zu zensieren.

Mit "gemeinnützigem Journalismus" entsteht ein neues mediales Schattenreich für regierungsfreundliche PR

Schon der öffentlich-rechtliche Rundfunk hierzulande ist eine äußerst problematische staatsnahe Institution, denn hier werden riesige Anstalten durch Zwangsgebühren finanziert, die in erheblichem Umfang die Berichterstattung dominieren. ARD und ZDF verschlingen jährlich über neun Milliarden Euro und bringen privatwirtschaftlich organisierte Medienangebote zusätzlich in massive Bedrängnis.

Zurück zum "gemeinnützigen Journalismus". Klingt aprilfrisch. Wer einschlägige Definitionen dazu liest, den packt jedoch das Grausen. Hier soll mit Steuermilliarden primär ein Biotop linker Projekte querfinanziert werden. Vorneweg das Fake-News-Portal "Correctiv", dessen Geschäftsführer David Schraven in Personalunion dem "Forum Gemeinnütziger Journalismus" vorsteht, das wieder das entsprechende Siegel für "gemeinnützigen Journalismus" vergeben will.

Macht die Ampel Ernst mit ihrem Plan, dann entsteht hier ein weiteres gigantisches mediales Schattenreich neben der GEZ-Industrie, das mit "Staatsknete" regierungsfreundliche Propaganda - im Zweifel "gegen Rechts" - produziert. Es wird Zeit, daß dieser gesamte Sumpf trokkengelegt wird. Wir brauchen wieder eine privatfinanzierte, unabhängige, staatsferne, freie Presse!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 34/24" berichtet am 16. August 2024 (x1.397/…): >>**Ausländerkriminalität: Bei der Nationalität von Straftätern kommunizieren die Bundesländer teils sehr unterschiedlich**

Daniel Holfelder

Die Debatte gab es seit der Grenzöffnung 2015 immer wieder, nun ist sie erneut in Gang geraten: Wenn die Polizei über Straftaten berichtet, soll sie dann Angaben zur Nationalität der Tatverdächtigen machen oder nicht? Eine klare Antwort darauf gab jüngst Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU). Ab Herbst wird die Polizei in seinem Bundesland die Nationalität von Verdächtigen immer öffentlich benennen. Bislang hatten die nordrhein-westfälischen Behörden darüber im Einzelfall entschieden.

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai nahm den Ball auf und forderte, die Neuregelung seines CDU-Kollegen bundesweit zu übernehmen. "Das ehrliche Benennen von Ausländerkriminalität ist wichtig, um die bestehenden Herausforderungen entschlossen anzugehen und das Thema nicht den Populisten zu überlassen", sagte Djir-Sarai der Bild. Ähnlich begründet Reul den bevorstehenden Kurswechsel in Nordrhein-Westfalen. Die Polizei wolle künftig "Spekulationen vorgreifen sowie dem Vorwurf, etwas verschweigen zu wollen, entgegentreten", erläuterte ein Sprecher seines Ministeriums.

Größere Transparenz? Mehrere Bundesländer planen Änderungen

Tatsächlich denken mehrere Bundesländer darüber nach, dem nordrhein-westfälischen Vorbild zu folgen, wie eine Recherche der JUNGEN FREIHEIT zeigt. So werden aktuell in Baden-Württemberg die bestehenden Richtlinien zur Nennung der Staatsangehörigkeit explizit mit dem Ziel überarbeitet, "zukünftig die Staatsangehörigkeit öfter zu nennen", teilte das dortige Innenministerium auf JF-Nachfrage mit. Ebenfalls überarbeitet wird die bestehende Informationspraxis in Hessen, während das Innenministerium in Schleswig-Holstein eine Debatte über mögliche Änderungen "anregen" will.

Die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern wiederum ist der derzeitigen Diskussion weit voraus und nennt in ihren Pressemitteilungen bereits seit 2020 immer die Nationalität der Tatverdächtigen. Die gleiche Regelung gilt einer Sprecherin zufolge bei der Bundespolizei. "Auf-

grund der Internationalität der Personen, die durch den Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei (Grenzen, Bahnhöfe und Flughäfen) reisen oder sich dort aufhalten", stehe dort die Veröffentlichung der Staatsangehörigkeit von Beschuldigten generell im Interesse der Öffentlichkeit.
Auch in Sachsen wird die Nationalität laut Innenministerium schon jetzt "grundsätzlich angegeben", es sei denn, der Betroffene könnte durch die Angabe identifiziert werden. Ähnlich verfährt die Polizei im Saarland und nennt die Staatsangehörigkeit der Verdächtigen "in der Regel". Ausnahmen gebe es etwa aus ermittlungstaktischen oder datenschutzrechtlichen Gründen.
Nicht ganz eindeutig ist die Lage in Brandenburg, Bayern und Bremen. Das brandenburgische Innenministerium gab als Voraussetzung für die Benennung der Nationalität unter anderem an, daß diese "von Relevanz für die Bedeutung der Straftat" sein muß. In Bayern spielt es eine wichtige Rolle, "ob für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug" zur Staatsangehörigkeit besteht.
Wie diese Kriterien in der Praxis ausgelegt werden, ist in beiden Fällen unklar. Ebenso vage äußerte sich die Sprecherin des Bremer Innensenators, Ulrich Mäurer (SPD). Ihre Behörde habe sich der "aktuellen bundesweiten Debatte natürlich auch gestellt" und sei zum Ergebnis gelangt, der bisherigen Linie treu zu bleiben. Demnach würden in Bremen Angaben zur Staatsangehörigkeit von Verdächtigen da gemacht, "wo es inhaltlich notwendig" sei.
Die übrigen sechs Bundesländer - Hamburg, Berlin, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz - orientieren sich am Pressekodex des Deutschen Presserats. Danach soll die Nationalität von Tatverdächtigen "in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse".
Besonders ist zu beachten, "daß die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte". Gründe, die für die Veröffentlichung der Staatsangehörigkeit sprechen, sind laut Presserat etwa das Vorliegen einer besonders schweren oder einer solchen Straftat, die aus einer ethnisch oder national homogenen Gruppe heraus begangen wurde, wie zum Beispiel während der Kölner Silvesternacht 2015.

Medien schweigen oftmals über die Nationalität von Straftätern

Diese Vorgehensweise habe sich bewährt, betonten sowohl die Berliner Senatsverwaltung für Inneres als auch das niedersächsische Innenministerium. Thüringens Innenminister Georg Maier machte ebenfalls deutlich, daß in seinem Bundesland keine Änderung geplant sei. "Wir sind bereits sehr transparent und nennen die Nationalität auch in den allermeisten Fällen", führte er in der Welt aus.
Unterstützung erhielt er von der Grünen-Bundestagsabgeordneten Manuela Rottmann, die eine bundesweite grundsätzliche Verpflichtung, die Nationalität von Verdächtigen in jedem Fall zu nennen, für falsch hält. "Denn das würde den Ermittlungsbehörden den Ermessensspielraum nehmen, den sie für eine erfolgreiche Arbeit brauchen", argumentierte sie im Tagesspiegel.
Dagegen will die AfD, daß nicht nur die Staatsangehörigkeit immer öffentlich kommuniziert wird, sondern auch der Migrationshintergrund. "Die Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, welche Folgen die Massenmigration für unser Land und welche Auswirkungen sie auf unsere Sicherheit hat", sagte der stellvertretende innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Martin Hess, der Jungen Freiheit.
Die Forderung hängt auch mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht zusammen, das es Ausländern bereits nach wenigen Jahren ermöglicht, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben (JF 28/24). Indes bedeutet mehr Transparenz durch die Polizeibehörden nicht automatisch mehr Transparenz in der Berichterstattung der Medien, wie etwa das Beispiel der "Tagesschau" zeigt. Für die meistgesehene deutsche Nachrichtensendung ist nicht maßgeblich, ob die

Nationalität der Tatverdächtigen von der Polizei veröffentlicht wurde, sondern ob sie "eine Bedeutung für die Tat hat". Ist dies für sie nicht der Fall, berichtet sie auch nicht darüber.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 34/24" berichtet am 16. August 2024 (x1.397/…): >>**Tamtam ums Atom**

Paul Rosen

Ein Untersuchungsausschuß ist die mächtigste Waffe, die der Opposition im Parlament zur Verfügung steht. Er kann gegen den Willen der Koalitionsmehrheit eingesetzt werden. Nur ein Viertel der Abgeordneten des Bundestages muß dies verlangen. In der laufenden Legislaturperiode gibt es bereits einen Untersuchungsausschuß zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, der zwar schon viele hochinteressante Details aufdeckte, aber unterhalb der Schwelle jeglicher öffentlichen Wahrnehmung tätig ist.

Der vor der parlamentarischen Sommerpause eingesetzte zweite Untersuchungsausschuß soll - jedenfalls nach dem Willen der Unionsfraktion - mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Das Gremium soll die Rolle von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) beim endgültigen Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie untersuchen. Die Bundesregierung ließ die letzten drei Atomkraftwerke trotz der Energieknappheit infolge der Embargo-Maßnahmen gegen den bisherigen Energielieferanten Rußland am 15. April 2023 endgültig abschalten.

Für die Grünen bedeutete die Abschaltung die Erreichung ihres zentralen energiepolitischen Ziels. In Habecks Ministerium hatten allerdings einige Beamte Zweifel, ob die Energieversorgung in Deutschland nach dem Atom-Aus noch gesichert wäre, und schrieben dies 2022 in Vermerken auf. Darin wurden auch keine Bedenken gegen einen Weiterbetrieb der Atommeiler erhoben. Die politische Ebene von Wirtschafts- und Umweltministerium kam jedoch danach zu einem ganz anderen Schluß und lehnte einen Weiterbetrieb ab, unter anderem aus Gründen der nuklearen Sicherheit. Die Opposition bezweifelt nun, daß eine ergebnisoffene Prüfung überhaupt stattgefunden hat.

Der Vorsitz im Untersuchungsausschuß fiel der Union zu, die damit den hessischen Abgeordneten Stefan Heck (41) betraute. Der faßte die bisher bekannten Details in einem Interview zusammen: "Wir müssen momentan davon ausgehen, daß die Minister Habeck und Lemke (Umwelt) die Wähler über den Ausstieg aus der Kernenergie nicht zutreffend informiert und in der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt haben." Hinzu komme, daß es erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Aktenführung in den Ministerien und Manipulationen an entscheidungserheblichen Akten gebe. "Offenbar war hier Ideologie wichtiger als eine gründliche Prüfung des Sachverhalts", erklärt Heck.

Viel Zeit bleibt dem Ausschuß für seine Arbeit nicht. Vor der Sommerpause des nächsten Jahres im Juli muß der Abschlußbericht fertig sein, damit er noch vor der Bundestagswahl im Bundestag diskutiert werden kann. Heck will die Möglichkeiten des Untersuchungsausschusses nutzen, um schnell zum Ziel zu kommen. "Ähnlich wie ein Strafrichter kann auch der Untersuchungsausschuß die Strafprozeßordnung anwenden: Wir können Zeugen anhören, die einer Wahrheitspflicht unterliegen, und wir können Akten beiziehen." Theoretisch kann der Ausschuß sogar Ordnungsgelder verhängen oder Personen in Haft nehmen lassen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 34/24" berichtet am 16. August 2024 (x1.397/…): >>**Zeitschriftenkritik: Cato**

Broder und der neue deutsche Faschismus

Werner Olles

Cato-Chefredakteur Ingo Langner zitiert in seinem Vorwort zur aktuellen Ausgabe (5/August-September 2024) "Freiheit, Furcht und Verblendung" Theodor W. Adorno, der von einem "Verblendungszusammenhang" sprach, der alle gesellschaftlichen Sphären umfasse, weshalb wir "im Zeitalter der universalen Verblendung" leben. Nicht einmal die Erkenntnis dessen könne Abhilfe schaffen, denn: "Der Verblendungszusammenhang, der alle Menschen um-

fängt, hat teil auch an dem, womit sie den Schleier zu zerreißen wähnen."
Langner sieht darin "die Ursache sowohl für die Flucht von Millionen in die tödlichen Arme des Totalitarismus des 20. Jahrhunderts als auch für den Kleinmut, mit dem sich die Mehrheit der Deutschen in den letzten Jahren abermals in die Zwangsjacke staatlich verordneter Repressionen stecken ließ. Wenn sich ein Volk nicht einmal am Wahltag mehrheitlich gegen offene Landesgrenzen, Corona-Lockdown, Klima-Ideologie, Deindustrialisierung und EU-Bürokratie wehrt, womit kann diesem Volk noch geholfen werden?"
Henryk M. Broder kritisiert das Staatsversagen Israels angesichts des mörderischen Überfalls der Hamas-Terroristen und zitiert den ehemaligen Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes: "Man kann die Hamas militärisch nicht besiegen." Broder befürchtet, dies könne der historische Anfang vom Ende Israels sein, da man eine High-Tech-Nation nicht gegen eine Horde von Barbaren verteidigen könne. Die Zweistaatenlösung sei "eine europäische Fiktion, eine Schimäre".
So habe er auch nie damit gerechnet, daß es ein Europa ohne Antisemitismus geben könnte, wobei England und Frankreich weit stärker antisemitisch kontaminiert seien als Deutschland. Tatsächlich gehe es bei der Zweistaatenlösung jedoch um die Einstaatenlösung: "Israel muß weg!" In Deutschland sei Antisemitismus zwanghaft mit Auschwitz verbunden. Leider wollten viele den importierten Antisemitismus bis heute nicht wahrnehmen.
Indes höre der neue deutsche Faschismus auf den Namen Antifa, sie seien die wahren Erben der SS und des Reichsicherheitshauptamtes. Dieser Restbestand des "Dritten Reiches" könnte das Fußvolk für die nächste Diktatur sein: "Die wollen Leute aufhängen, umbringen." Es sei die reine Mordlust, das bewiesen Parolen wie "Ein Baum, ein Strick, ein AfD-Genick!"
Weitere Beiträge: "Stunden der Wahrheit in Europa" (Bruno Bandulet), "Die Normalität der Selbstbehauptung" (Heinz Theisen), "Verfluchtes Europa?" (Karlheinz Weißmann), "Die totalitäre Postmoderne" (Klaus-Rüdiger Mai), "Priorität: Patriotismus" (Chaim Noll) und "Erinnerung an einen Solitär. Erik Maria Ritter von Kuehnelt-Leddihn" (Till Kinzel).<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 34/24" berichtet am 16. August 2024 (x1.397/…): >>**Wohl-wollende Presse erkauft?**
Förderung linker Medien: "Gemeinnütziger Journalismus" erhält steuerliche Vorteile
Frank Hauke, Sven Versteegen, Gil Barkei
Während regierungskritische rechte und konservative Medien verstärkt diskreditiert und eingeschränkt werden, erhalten linksliberale Angebote zusätzliche Förderungen und Vorteile. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat im Auftrag der Ampel-Regierung einen sogenannten Anwendungserlaß vorbereitet, mit dem "gemeinnütziger Journalismus" massiv steuerlich gefördert werden soll. Darunter fallen Projekte wie Correctiv, die sich - so wörtlich - der "Aufklärung" und "Wissensvermittlung" verschrieben haben.
Das tun zwar fast alle Medien, Rot-Gelb-Grün hat jedoch vor allem linken Journalismus im Blick, wenn sie diesem zuschreibt, "nicht gewinnorientiert" zu arbeiten. Weiter heißt es, dies sei notwendig, "damit die Demokratie weiter funktioniere". Daher müßten diese Medien staatlich gefördert werden. Kritik kommt von privaten Zeitungshäusern.
Anja Pasquay vom Bundesverband Digital-publisher und Zeitungsverleger (BDZV) sagte dem Evangelischen Pressedienst (epd), die Regierenden bildeten damit einen "Zweiklassenjournalismus" aus. Die FAZ kommentiert, "es könnte sich auch Lobbyismus dahinter verbergen". Die Bevorzugung von "gemeinnützigem Journalismus" komme zudem "par ordre du Mufti", da es "für ein richtiges Gesetz" nicht gereicht habe - dennoch müßten sich die Finanzämter an einen entsprechenden Erlaß halten.
Regieren per Erlaß, um Lobbyisten entgegenzukommen
Jubel dürfte es dagegen bei Correctiv geben, das gerade wegen seiner Räuberpistole zum angeblichen "Potsdamer Geheimtreffen" massiv in der Kritik steht: "Wenn der Erlaß so kommt,

wäre das die weltweit fortschrittlichste Regelung zum gemeinnützigen Journalismus", sagte Herausgeber David Schraven. "Gemeinnütziger Journalismus" sei die "dritte Säule" im Journalismus, zwischen öffentlich-rechtlichem und "Marktjournalismus". Der Markt könne jedoch "nicht mehr dafür sorgen, daß überall eine journalistische Grundversorgung angeboten wird". Gerade bei lokalen Angeboten und Nischenthemen könne gemeinnütziger Journalismus eine Lücke füllen, "damit die Demokratie weiter funktioniere".
Die FAZ fragt kritisch: "Wer macht dem pejorativ so bezeichneten 'Marktjournalismus', also der vom Staat unabhängigen Presse, denn das Leben schwer? Da sind die Öffentlich-Rechtlichen, denen es mit dem Rundfunkbeitrag finanziell glänzend geht und die im Netz immer größere Textmengen zusammenschreiben. Hinzu kommen Organisationen, die der Staat direkt oder wie jetzt per Steuererleichterung fördert."
Schraven ist gleichzeitig Ko-Vorsitzender des Forums Gemeinnütziger Journalismus. Die Lobbyorganisation fordert seit Monaten, "diese Form des Journalismus fest in unserem Mediensystem zu verankern". Ende Juli hatten die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), Susanne Stiefel, und Correctiv-Geschäftsführerin Jeannette Gusko für das Forum die Petition "Schafft Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus!" mit mehr als 50.000 Unterschriften an die Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) überreicht.
FDP-Chef Lindner hat die Rufe nun erhört. Die Bundesregierung etabliert damit in der Tat eine "dritte Säule" im Journalismus - neben den öffentlich-rechtlichen Sendern und den privat finanzierten Medien. Letztere werden nicht staatlich gefördert und müssen - wie der Fall des rechtsgerichteten Magazins Compact zeigt - inzwischen damit rechnen, verboten zu werden. Doch der DJV fordert mehr und verlangt, daß dem Erlaß zwingend ein Gesetz folgen müsse. "Dieser Beschluß ist gut", sagte DJV-Bundesvorsitzender Mika Beuster, "aber er kann vom Bundeskabinett jederzeit widerrufen werden." Rechtssicherheit sei nur durch ein entsprechendes Bundesgesetz gegeben.
Für Correctiv, das knapp 90 Mitarbeiter beschäftigt, kommt die praktische Steuererleichterung einem weiteren Geldsegen gleich. Es wird bereits mit Steuergeldern gefördert. Nur ein Beispiel: Allein für das Projekt "noFake" bekommt Correctiv gemeinsam mit der Ruhr-Universität Bochum und der TU Dortmund 1,33 Millionen Euro von der Bundesregierung.
Die gezielte Förderung gefälliger Medien hat dabei System. So hat das linke Magazin Katapult in den vergangenen zwei Jahren rund 370.000 Euro Steuergeld vom Land Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesregierung erhalten. Die größten Beträge sind unter dem Zweck "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" verbucht worden, wie aus einer Antwort der rot-roten Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des AfD-Landtagsabgeordneten Nikolaus Kramer hervorgeht.
Demnach erhielt die Publikation 190.000 Euro vom Kabinett Schwesig, davon mehr als 12.000 für den Besuch der Buchmessen in Frankfurt und Wien. Weitere rund 177.000 Euro Steuergeld flossen von der Bundesregierung an das Magazin aus Greifswald. Das Geld soll laut Landesregierung für den Ausbau der Katapult-Betriebsstätte verwendet worden sein. Etwa ein halbes Jahr zuvor, am 28. Juni 2021, hatte Gründer und Chefredakteur Benjamin Fredrich verkündet, ein 35.000 Quadratmeter großes Grundstück gekauft zu haben, um dort eine Journalistenschule und eine neue Redaktion zu errichten. Darüber hinaus gab es eine Ukraine-Ausgabe und mehrere Buchprojekte.
Am 5. September 2023 drohte bei so vielen, oftmals wenig erfolgreichen Umtrieben die Insolvenz. Das Finanzloch klaffte zunächst 2022 auf, damals fehlten laut Eigenangaben zunächst 290.000 Euro. Im Jahr 2023 wuchs das Defizit auf 450.000 Euro. Durch eine Spendenaktion und höhere Magazinpreise wurde die Insolvenz jedoch abgewendet, so die Darstellung von Katapult. Am 17. Dezember 2023 folgte ein erneuter Hilferuf: Rechtsextreme würden

Mitarbeiter und Bauarbeiter belästigen. Wie JF-Recherchen ergaben, gingen bei der Polizei dazu jedoch nie Anzeigen ein. Auch hat bis heute in Greifswald keine Journalistenschule eröffnet.

Zeitungen gegen die AfD in Stellung gebracht

Der AfD-Abgeordnete Kramer, der auch Fraktionsvorsitzender im Landtag ist, äußerte Zweifel an der Rettung vor der Insolvenz durch Spenden: "Fredrich schreibt, daß die Abwärtsbewegung bei Katapult im Herbst 2022 begonnen habe. Angesichts dieser Zusammenhänge könnte sich die Frage stellen, welche Bedeutung die Zuwendungen für den Fortbestand der Katapult-Gruppe hatten." Seine Fraktion werde die Zahlungen kritisch prüfen.

Zudem sei auffällig, daß "ein Schwerpunkt des Katapult-Magazins die Kritik an der größten Oppositionspartei, der AfD, ist. Die kritische Auseinandersetzung mit den Regierungen in Land und Bund scheint etwas kürzer zu kommen." Mitte Juli hatte Katapult angekündigt, mit Blick auf die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg die drei Bundesländer mit jeweils eigenen Ausgaben "überschwemmen", "überfluten" beziehungsweise "überschütten" zu wollen, um über die AfD und ihre Ziele kritisch zu informieren.

Die "demokratischen Zeitungen" wollen unter anderem zeigen, "daß die AfD eine populistische und extremistische Partei ist, die unsere Demokratie abschaffen will", und daß "Migration auch viele positive Seiten hat". Im Fokus stünden Unentschlossene und Nichtwähler. Die Auflage soll in Sachsen bei 500.000 liegen, in Thüringen und Brandenburg bei jeweils 300.000 Exemplaren.

Kramer betonte, es wäre "sehr unschön", sollte sich herausstellen, daß die Landes- und Bundesregierung sich durch wirtschaftliche Förderprogramme "journalistisches Wohlverhalten" erkauften.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 34/24" berichtet am 16. August 2024 (x1.397/…): >>**Ökostrom im Überfluß**

Volker Kempf

Wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, ist Deutschland auf Stromimporte angewiesen. Denn nach dem Atomausstieg können die Gas- und Kohlekraftwerke sowie der "Lastabwurf" von Industriebetrieben das Stromnetz nicht stabilisieren. Solche Dunkelflauten konzentrieren sich auf Oktober bis März. In den hellen Monaten kann tagsüber der Solarstrom einspringen. 2023 lag dessen Anteil im Strommix bei zwölf Prozent - Tendenz steigend.

Das bringt ein Problem: Die erzeugte Strommenge aus "erneuerbaren" Energiequellen war im Verhältnis zur Nachfrage so groß, daß schon Ende Juli die 2023 erreichte Marke von 301 Stunden negativer Preise überschritten wurde: Den überschüssigen Ökostrom will das Ausland nicht einmal geschenkt haben - wir müssen sogar draufzahlen, denn es fehlen Speicherkapazitäten.

Die negativen Strompreise sind das alte sozialistische Problem, schlauer als der Markt sein zu wollen.

Der Ausbau der Stromgewinnung aus Wind und Sonne ist daher ein Pyrrhussieg. Nicht nur die Stromerzeugung ist damit alternativ, der erzielte Preis ist es auch. Der Ökoenergie-Ausbau geht dennoch munter weiter. Die Milliardeninvestitionen sind fragwürdig. E-Autos könnten billig Strom ziehen, doch ohne Subventionen kommen sie nicht in Fahrt. Das ist das alte sozialistische Problem, schlauer als der Markt sein zu wollen.

Die Sonne schickt also doch eine Rechnung. Der Überschußstrom ist nur die Spitze des Eisberges. Darunter verbergen sich schwache Verkaufserlöse, gäbe es nicht die staatlich verbürgten Einspeisevergütungen. Wieder fehlt es an Marktwirtschaft, die Technik nur in ihren Grenzen sinnvoller Anwendung nutzt und nicht darüber hinaus. Genug ist genug. Bei der Ampel heißt es hingegen: Augen zu und durch. Solange sie eben regiert und ihre Mission, das Klima zu retten, noch verfolgen darf.<<

Österreich: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 34/24" berichtet am 16. August 2024 (x1.397/…): >>**"Letzte Generation": Während die Klimaradikalen in Österreich ihre Auflösung bekanntgeben, starten sie in Deutschland neue Aktionen**

Christian Schreiber

Bilder aus verschiedenen Welten: Während die "Letzte Generation" in Österreich ihre Selbstauflösung bekanntgibt, wird in der Bundesrepublik munter weiterdemonstriert. Mit einer Mischung aus Pathos und Weinerlichkeit verabschiedeten sich die Klimakleber in der Alpenrepublik von der politischen Bühne.

Unter der Überschrift "Ende der Proteste" wandte sich die "Letzte Generation" anklagend an "alle Menschen" in Österreich. "Wir sehen ein, daß Österreich weiter in fossiler Ignoranz bleiben will und damit in Kauf nimmt, für den Tod von Milliarden von Menschen mitverantwortlich zu sein. Die Gesellschaft hat versagt. Uns macht das unendlich traurig", erläuterten die Ökoradikalen ihre Selbstauflösung. Man habe trotz Gewalt, Morddrohungen und Festnahmen an seinen Aktionen festgehalten. Doch nun sehe die Gruppe keine Perspektive auf Erfolg mehr.

Auch in Österreich sei der Druck auf die "Letzte Generation" in den vergangenen Monaten erheblich erhöht worden. Die verbleibenden Gelder würden daher verwendet, um die Kosten ausstehender Strafverfahren zu decken. Einzelne Klimakleber müßten Zehntausende Euro zahlen. Als endgültigen Abschied wollten die notorischen Farbwerfer ihre Erklärung aber nicht werten - es würde vielmehr Platz gemacht für etwas Neues.

Als "politisch Verfolgte" gerieren sich die Uhu-Ökos auch hierzulande. Nach Aktionen auf deutschen Flughäfen in den vergangenen Wochen hat die Polizei zuletzt Wohnungen von "Letzte Generation-Anhängern" durchsucht. Die Klimakleber selbst nannten dies eine "neue Form der Repression". Acht Wohnungen "von friedlich Protestierenden" seien "gestürmt" worden. Es habe sich um einen Einschüchterungsversuch gehandelt, der "traumatische Folgen" haben könnte, empörten sie sich.

Politikwissenschaftler: Langsam gewöhnen wir uns an die Kleber

Nachdem es monatelang eher ruhig um sie gewesen war, sorgten neuerliche Blockaden von Rollfeldern unlängst dafür, daß die Klimaproteste wieder stärker diskutiert wurden. "Das Eindringen in den Luftsicherheitsbereich ist kein Kavaliersdelikt. Über hunderttausend Passagiere werden daran gehindert, entspannt und pünktlich in die Ferien zu starten", warnte der Flughafenverband ADV.

Auch aus der Politik fielen die Reaktionen deutlich aus. Selbst aus den Reihen der Grünen hagelte es Kritik: "Was soll es bringen, Menschen den Urlaubsstart zu vermiesen? Nehmt uns Politiker in die Pflicht, argumentiert, streitet. Aber zerstört bitte nicht das Wichtigste, das wir im Kampf gegen die Klimakrise haben: den breiten Konsens in der Gesellschaft", teilte etwa Agrarminister Cem Özdemir (Grüne) mit. CSU-Generalsekretär Martin Huber forderte gar die "volle Härte des Rechtsstaats gegenüber diesen Klima-Chaoten".

Verliert die "Letzte Generation" durch solch unpopuläre Aktionen die Anschlußfähigkeit an bürgerliche Kreise? Der Politikwissenschaftler Vincent August von der Berliner Humboldt-Universität glaubt, daß sich die Gesellschaft inzwischen an die Klimakleber gewöhnt habe. Doch dieser Effekt zermürbe die Klimakleber. "Dazu tragen Gegendruck, Geld- und Gefängnisstrafen bei", sagt August. Noch, so erklärt die "Letzte Generation" aber, wolle man in Deutschland weitermachen.<<

Ukraine: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. August 2024 (x1.390/…): >>**Selenskyj soll Pipeline-Sprengung zugestimmt haben: Zahlungen an die Ukraine sofort einstellen!**

Es ist ein Paukenschlag in der Diskussion um die Nordstream-Anschläge: Laut einem Bericht der New Yorker Zeitung "Wall Street Journal" soll der ukrainische Präsident Selenskyj nicht

nur von den Terroranschlägen gewußt haben, sondern sogar seine Zustimmung zu diesem beispiellosen Angriff auf die deutsche und europäische Energieversorgung erteilt haben.
"Der wirtschaftliche Schaden für unser Land, der durch die mutmaßlich von Selenskyj - und nicht etwa Putin, wie man uns weismachen wollte - angeordnete Sprengung von Nordstream entstanden ist, sollte der Ukraine "in Rechnung" gestellt werden", sagt AfD-Bundessprecherin Alice Weidel. Die Konsequenz für Weidel: "Jegliche den deutschen Steuerzahler belastende "Hilfszahlungen" sind einzustellen."
Nachdem uns die Medien schon kurz nach den Anschlägen Rußland als Schuldigen präsentierten und abweichende Sichtweisen als Verschwörungstheorie abstempelten, sind die aktuellen Enthüllungen eine Blamage für den Mainstream-Journalismus. Die vermeintlich unschuldige ukrainische Regierung, die von den Medien mit einem regelrechten Heiligenschein versehen wurde, erscheint nun in einem ganz anderen Licht.
Um so erschreckender und unsäglicher sind die Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten und chronischen Kriegstrommlers Kiesewetter, der im Zusammenhang mit den Enthüllungen von einem "intensiven Interesse" fabuliert, "alle Spuren in die Ukraine führen zu lassen". Das sei "Teil der Desinformation". Offenbar sieht Kiesewetter ausgerechnet das New Yorker "Wall Street Journal" als Sprachrohr Putins - es wird immer paranoider.
Nach den aktuellen Enthüllungen ist es noch dringender als ohnehin schon, daß die Bundesregierung endlich die Aufklärung der Anschläge vorantreibt, anstatt die Situation schulterzukkend zu beobachten und die Anschläge zu verharmlosen.
Zu den Schäden für unser Land gehören nicht nur die Kosten für den Bau der Pipelines, sondern vor allem die explodierenden Energiepreise und unsere wachsende Abhängigkeit von amerikanischem Fracking-Gas. Doch da die etablierten Parteien überhaupt kein Verhältnis zu unserem Land und seinen nationalen Interessen haben, bleibt nur noch die AfD als einzige politische Kraft, die sich für konsequente Aufklärung einsetzt!<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30160" berichtet am 16. August 2024 (x1.389/…): >>**Pressekonferenz mit Jürgen Elsässer: Compact triumphiert über Nancy Faeser**
Nancy Faeser:
"Ich habe heute das rechtsextremistische Compact-Magazin verboten. Compact ist das zentrale Sprachrohr der rechtsextremistischen Szene" sagte Nancy Faeser am 17.07.2024 und sorgte damit auch international für einen großen Medien-Wirbel.
KlaTV:
Dieses Verbot kippte das Bundesverwaltungsgericht völlig überraschend am Mittwoch den 14.08.2024 und entschied im Eilverfahren, daß das Compact-Verbot vorläufig nicht greift. Kla.TV war für Sie auf der Pressekonferenz in Berlin und konnte dort auch mit Jürgen Elsässer sprechen.
Moderatorin: "Herr Elsässer, wie fühlen Sie sich denn jetzt nach dieser Pressekonferenz und den aufregenden Ereignissen der letzten Tage?"
Jürgen Elsässer: "OK, wir fühlen uns als Sieger. Es ist der größte politische Sieg in meinem Leben.
Durch diesen Erfolg im Eilverfahren haben wir den Verbotsphantasien von Frau Faeser eine schwere Schlappe bereitet, denn es heißt, alle Medien können jetzt auch erleichtert sein, denn so schnell wird sie nicht wieder versuchen, ein Medium zu verbieten. Das macht natürlich frische Luft für die demokratische Kontroverse und für den Meinungspluralismus im Volk, und wir werden diese frische Luft auch als Rückenwind nehmen, um unseren Einfluß, unsere Reichweite, unsere Auflagen entscheidend zu erhöhen.
Ja, die Solidarität war gewaltig. Ein Teil der Solidarität galt nicht Compact-Magazin im Speziellen, sondern ein Teil unserer Kritiker, die eigentlich gesagt haben: "Ich finde Compact-

Magazin eigentlich völlig undiskutabel, ich verteidige aber trotzdem die Pressefreiheit" - das ist ja auch eine Form der Solidarität - war eigentlich überwältigend."
Compact TV Chef Paul Klemm: "Wir erfahren riesige Unterstützung, weit über das patriotische Lager hinaus. Also man kann Faeser fast schon dankbar sein für das, was sie gemacht hat. Weil das Interesse ist so groß wie nie an unserer Arbeit und natürlich die Unterstützung für unsere Arbeit ist so groß wie nie."
Jürgen Elsässer: "Ja, der gestrige Tag war der wichtigste Tag zur Verteidigung der Pressefreiheit seit der Spiegel-Affäre 1962. Damals hat das Hamburger Nachrichtenmagazin obsiegt über die autoritären Übergrifflichkeiten, vor allem des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß, der zurücktreten mußte. Und so hat Compact-Magazin gestern obsiegt über die autoritären, um nicht zu sagen faschistischen Übergrifflichkeiten der Innenministerin Nancy Faeser. Der gestrige Tag war ein Sieg von David über Goliath. Er war ein Sieg der Demokratie über die Diktatur und war ein Sieg des Volkes über das Regime. Kurz gesagt: War ein Sieg von Compact über Nancy Faeser."
KlaTV: Elsässers Anwalt zu den nächsten konkreten Schritten:
Rechtsanwalt Laurens Nothdurft: "Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden: Compact kann weiter erscheinen, und die Aufgabe der Unterstützer und der Anwälte für Jürgen Elsässer und Compact ist es, jetzt dafür zu sorgen, daß die sachlichen Voraussetzungen dafür möglichst schnell wieder in die Hand des Verlages zurückgeführt werden. Das ist eine Herausforderung, auch das ist Neuland, aber diese Aufgabe wird jetzt in diesen Minuten bereits aktiv angegangen."
Jürgen Elsässer: "Wir waren skeptisch, ob wir schon im Eilverfahren gewinnen, weil der politische Druck ja erheblich war, und Herr Kubicki hat z.B. gesagt, hier steht das politische Schicksal von Innenministerin Faeser auf dem Spiel."
KlaTV: Elsässer und sein Team sahen ihr Vertrauen in die deutsche Rechtsstaatlichkeit bestätigt.
Jürgen Elsässer: "Die Richter haben sich erfreulich unabhängig verhalten, und das ist ein Zeichen dafür, daß wir in der Judikative tatsächlich noch starke, sehr starke Kräfte haben, sehr mutige Richter haben, die auf ihre Souveränität und auf das Recht pochen und sich nicht von der Exekutive unter Druck setzen lassen."<<

USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 34/24" berichtet am 16. August 2024 (x1.397/…): >>**Widersprüchliche Aussagen und die Scheu vor Interviews prägen den mehr und mehr kritisierten Politikstil der Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris**
Liz Roth
Vizepräsidentin Kamala Harris soll nun gegen Donald Trump in den Ring steigen und das Weiße Haus für die Demokraten weitere vier Jahre sichern. Nachdem Hillary Clinton 2016 gescheitert und nicht zum ersten weiblichen "Commander in Chief" gewählt worden war, wird von den politisch linken Fraktionen der USA alle Hoffnung dieses Mal in Harris gesetzt. Doch Recherchen über sie führen zu keinem klaren Bild.
Wer ist sie, wofür steht sie? fragen sich viele. Denn seit sie Präsident Joe Biden an der Spitze der Demokraten für 2024 ablöste, hat Vizepräsidentin Harris weder ein Interview gegeben noch eine Pressekonferenz abgehalten. Entsprechend legte die Washington Post am Sonntag die Finger auf die Wunde und titelte fragend: "Warum hat sie seit 2020 so viele Positionen geändert?"
Harris schalte jetzt Werbespots, in denen sie ihre Unterstützung für eine verstärkte Durchsetzung der Grenzkontrollen betont. Im Juni 2018, inmitten der Bewegung zur Abschaffung der Einwanderungs- und Zollbehörde, habe sie betont: "Wir müssen wahrscheinlich darüber nachdenken, bei Null anzufangen." Im Juli 2019 habe sie dann erklärt, daß Einwanderer ohne Papiere, die die Grenze illegal überqueren, nicht wegen eines Verbrechens angeklagt werden

sollten. Jetzt betont sie in der Kampagne, sie "glaube", daß "unerlaubte Grenzübertritte illegal" seien.

Harris' Credo: Pro-Einwanderer und für das Recht auf Abtreibung

"Aus taktischen Gründen ist es für Frau Harris, wie für jeden anderen in ihrer Position auch, verlockend, sich so lange wie möglich nicht zu den Themen zu äußern, um der Opposition kein Futter zu geben oder ihre Anhänger zu spalten", erklärte die Washington Post und forderte Substanz: Die "Stimmung" rund um den Start der Kampagne der 59jährigen Vizepräsidentin sei unter den Demokraten unbestreitbar stark, aber sie könne sich "nicht ewig darin sonnen".

Der bekannte liberale Journalist Glenn Greenwald, der 2013 die Enthüllungen von Edward Snowden über die Spionageaktivitäten der USA veröffentlichte, hatte bereits den Ton ihrer Kampagne und den der Massenmedien beschrieben: "Allein in den letzten fünf Tagen haben unzählige große Medienhäuser lange Artikel veröffentlicht, in denen Kamalas Kampagne als 'Politik der Freude' bezeichnet wurde", schrieb er vergangenes Wochenende auf X (ehemals Twitter). Die Medien sehen Harris im Rennen bereits vor Trump. Laut der Presseagentur Reuters hat sie in den "umkämpften Staaten einen deutlichen Vorsprung erlangen können".

Seit fast vier Jahren hält Harris das Amt des Vizepräsidenten, und in dieser Zeit wurde sie von Präsident Biden mit der Situation an der Grenze zwischen den USA und Mexiko betraut. Trotz ihrer Bemühungen wurden nach Regierungsangaben rund sieben Millionen Migranten beim illegalen Überschreiten dieser Grenze zwischen den USA und Mexiko festgenommen - ein Rekordwert, der die Republikaner auf den Plan gerufen hat. "Harris ist einfach nur inkompetent. Was hat sie erreicht? Gar nichts! Sie hat alles nur schlimmer gemacht", so Trumps Urteil auf einer seiner Wahlveranstaltungen.

Außerdem nutzte sie ihre Position, um sich für das landesweite Recht auf Abtreibung zu engagieren, nachdem der Oberste Gerichtshof 2022 erklärt hatte, daß die Abtreibung in den jeweiligen Bundesstaaten rechtlich geregelt werden sollte. Harris war auch federführend bei den Bemühungen der Biden-Administration, das Wahlrecht zu erweitern, und half bei der Ausarbeitung von Gesetzen, die letztlich im Senat scheiterten. Das Ziel war unter anderem gewesen, das Wahlrecht für Straftäter und (illegale) Einwanderer zu öffnen.

Harris ist selbst Tochter von Einwanderern nach Kalifornien. Ihr Vater, Donald Harris, emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Stanford University, kommt ursprünglich aus Jamaika, während ihre Mutter, Shyamala Gopalan, eine 2009 verstorbene Endokrinologin, in den späten Fünfzigern aus Südindien in die USA emigrierte. In ihren 2019 erschienenen Memoiren schreibt Harris, daß ihre Eltern Teil der Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre gewesen seien.

Der konservative Autor und Kommentator Ben Shapiro berichtet in seiner dreiteiligen Dokumentation "Scamala: Kamala Harris Unmasked", daß ihre Eltern Teil der linksextremistischen Bewegung in Berkeley (Universität in Kalifornien) und bekennende Marxisten waren. Ihre Eltern ließen sich allerdings schnell scheiden, und sie verbrachte ihre Jahre seit sie zwölf Jahre alt ist in Montreal in Kanada, bis sie ihr Studium schließlich an der Howard University in Washington D.C., die traditionell von schwarzen Studenten besucht wird, begann.

Dort machte sie sich einen Namen als politische Aktivistin und engagierte sich unter anderem bei Protesten gegen Apartheid in Südafrika. Schließlich studierte sie Jura in Kalifornien und arbeitete als stellvertretende Bezirksstaatsanwältin in Alameda County (der Region rund um San Francisco). "Amerika hat eine tiefe und dunkle Geschichte von Menschen, die die Macht der Staatsanwaltschaft als Instrument der Ungerechtigkeit nutzen", schreibt sie in ihren Memoiren. "Aber ich wußte auch, daß das, was mit dem System nicht stimmt, keine unumstößliche Tatsache sein muß. Und ich wollte dazu beitragen, das zu ändern."

"Ihre Karriere hätte auch dort enden können - als regionale Staatsanwältin. Aber dann, 1994,

trifft sie jemanden, der sehr einflußreich ist, den Sprecher der kalifornischen Staatsversammlung Willie Brown", so Shapiro weiter. Er war damals 60 Jahre alt, verheiratet und begann eine Beziehung mit der 29jährigen Harris. "Innerhalb weniger Monate hatte er ihr alle einflußreichen Persönlichkeiten der Region vorgestellt und angefangen, wichtige Ämter an sie zu übertragen, die mit großen Summen entlohnt wurden", erklärt Shapiro.

Ihre Zeit als Staatsanwältin war ein totales Desaster

Dazu zählen Aufsichtspositionen von öffentlichen Behörden wie der California Medical Assistance Commission. Danach ging es stetig aufwärts, sie wechselte in die Staatsanwaltschaft von San Francisco und wurde schließlich 2011 zur Generalstaatsanwältin in Kalifornien gewählt. Während ihrer Zeit als Generalstaatsanwältin lernte Harris Bidens ältesten Sohn, Beau, kennen, der als Generalstaatsanwalt von Delaware tätig war, und freundete sich mit ihm an.

2014 heiratete sie den Anwalt Doug Emhoff, 2016 folgte dann die Wahl zur Senatorin des Staates und sie zog in die Hauptstadt Washington. Nur vier Jahre später bewarb sie sich um das Amt des Präsidenten der Demokraten. Harris' Bilanz als Staatsanwältin - und später als Kaliforniens oberste Strafverfolgungsbeamtin - wurde während ihrer Präsidentschaftskampagne 2020 unter die Lupe genommen.

Progressive Aktivisten und Strafverfolgungsbefürworter stellten mehrere Entscheidungen, die sie im Amt getroffen hatte, in Frage. "Sie gab immer an, sie hätte Straftaten rigoros verfolgt. Das war nicht der Fall, wie sich dann herausstellte. Sie ließ viele davonkommen. Aber später, als sie Generalstaatsanwältin werden wollte, hat sie ihre Daten verfälscht, um besser dazustehen. In Wahrheit war ihre Zeit als Anklägerin in San Francisco ein totales Desaster. Die Stadt hatte die höchste Rate von nicht strafrechtlich verfolgten Morden in ihrer damaligen Geschichte", heißt es in Shapiros Dokumentation.

Am Ende ernannte Joe Biden sie zur Kandidatin für die Vizepräsidentschaft. Nun soll sie den mental stark beeinträchtigten Präsidenten nach einer Amtszeit beerben. Gemeinsam mit dem Gouverneur von Minnesota, Tim Walz, den sie jüngst als ihren Vizepräsidentschaftskandidaten verkündet hatte, wollen sie jetzt ihre progressiven Vorstellungen für die Zukunft des Landes umsetzen. Walz hat sich in der Vergangenheit für eine liberale Politik in bezug auf die illegale Einwanderung eingesetzt - eines der wichtigsten Themen für die Wähler vor den Wahlen im November.

Während seiner Gouverneurskampagne 2018 sprach sich Walz offen dafür aus, daß Minnesota ein "sanctuary state" werden sollte, in dem illegale Einwanderer vor Abschiebung geschützt wären. Er setzte zudem durch, daß illegale Einwanderer einen Führerschein ausgestellt bekommen. Der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, kritisierte die Entscheidung und sagte, die beiden seien eines der radikalsten Paare in der amerikanischen Geschichte.

"Wir alle erinnern uns an die BLM-Krawalle von 2020 in Minneapolis", sagte DeSantis. "Harris hat diese Unruhen angestachelt und Geld gesammelt, um die Randalierer mit dem Minnesota Freedom Fund (finanzielle Unterstützung für Rechtskosten) zu unterstützen, und es sind Unruhen, die Tim Walz als Gouverneur einfach geschehen ließ. Er lehnte sich zurück und ließ die Stadt Minneapolis brennen. Diese Stadt ist durch diese Unruhen völlig zerstört worden."

Walz wird ebenfalls heftig von konservativer Seite angezählt, da er einst behauptete am Krieg im Irak und Afghanistan teilgenommen zu haben, obwohl er in Wahrheit in Italien stationiert war.

Selbst der linksliberale New Yorker eröffnet das Feuer auf Harris

Parallel dazu wird Walz dafür kritisiert, daß er in Minnesota im vergangenen April das sogenannte "Trans-Refugium-Gesetz" unterzeichnete, das den Bundesstaat im Mittleren Westen zu einem legalen Zufluchtsort für Kinder macht, die eine "geschlechtsangleichende Behandlung" wie Pubertätsblocker, gegengeschlechtliche Hormone und Operationen benötigen. In 25 Staaten der USA sind geschlechtsspezifische Eingriffe für Minderjährige verboten. "Tim Walz

macht mir angst. Besonders weil er so eloquent und redselig ist. Ich habe aufgrund seiner politischen Historie Angst um meine Kinder", erklärt die Journalistin Megyn Kelly in ihrem Podcast auf Youtube.
Das linksliberale Magazin New Yorker ist neben der Washington Post das einzige Medium auf seiten der Demokraten, das Harris ansatzweise kritisch unter die Lupe nimmt. In einem in der vergangenen Woche veröffentlichten Artikel mit dem Titel "Wie generisch kann Kamala Harris sein?" versucht es das zu rationalisieren, was seit Wochen die größte Kritik der Republikaner und der Konservativen an Harris ist.
Der New Yorker fordert Reporter auf, sich Gedanken darüber zu machen, daß Harris "seit Wochen kein Interview mehr gegeben hat oder eine wichtige politische Frage beantworten mußte. Ein Kandidat, der auf der Wahlkampftour nichts verspricht und keine Vergangenheit hat, mag der Traum von Politik-Freaks sein, aber in einer gesunden Demokratie ist es die Aufgabe der Presse, dafür zu sorgen, daß die Wähler wissen, wen sie unterstützten".
Das Magazin wies darauf hin, daß die offizielle Website der Harris-Kampagne für die Präsidentschaftskandidatur nicht einmal "eine politische Sektion oder eine Artikulation von Überzeugungen" hat, sondern nur Schaltflächen für Dinge wie ihre Biographie, Merchandise und Spenden. Das sei ein gefundenes Fressen für Trump. "Sie ist nicht klug genug, um eine Pressekonferenz abzuhalten" und "schafft es kaum, zwei Sätze zu sprechen".
Wofür steht Kamala Harris? fragt Autor Michael Shellenberger. "Harris und die Demokraten wollen nicht über inhaltliche Fragen sprechen, weil Wähler dann eher gegen als für sie sein würden. Am Ende haben die Demokraten keine große Vision für Amerika." Bis zum Ende des Monats wolle sie sich aber der Presse stellen, verkündete sie nun.<<

17.08.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. August 2024 (x1.392/…): >>**"Made in Germany - Made by Vielfalt": 40 Firmen starten Anti-AfD-Kampagne**

In Reaktion auf die hohen Umfragewerte der AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg haben sich nun 40 Unternehmen zu einer Anti-AfD-Kampagne zusammengeschlossen. Unter dem Titel "Made in Germany - Made by Vielfalt" wollen sie darauf aufmerksam machen, wie "hochgefährlich" die Partei ist.

Marie Rahenbrock

...

"Made in Germany - Made by Vielfalt" heißt das Motto, unter dem sich mehr als 40 deutsche Unternehmen zu einer Kampagne gegen die AfD zusammengeschlossen haben. Die Aktion, an der sich bekannte Firmen wie Vorwerk, Oetker, Miele, Trigema, Stihl oder Schüco beteiligen, soll am 19. August starten und wurde wegen der hohen Zustimmungswerte der AfD in Thüringen, Sachsen und Brandenburg ins Leben gerufen - um ein Zeichen für Weltoffenheit zu setzen.
Mit der Kampagne, die 2019 schon einmal unter demselben Titel startete, will man "Menschen sensibilisieren". Wie Initiator Timm Mittelsten Scheid gegenüber der Welt am Sonntag erklärte, sei es nämlich "hochgefährlich, was da gerade passiert - zum einen für unsere Demokratie und zum anderen für unseren Wirtschaftsstandort". Mittelsten Scheid, der Beiratsmitglied und Gesellschafter von Vorwerk ist, befürchtet, daß sich für Firmen in Ostdeutschland keine Mitarbeiter finden ließen, falls es einen AfD-Sieg gäbe. Das würde auch geplante neue Arbeitsplätze bedrohen.
Diese Haltung findet sich auch in einer aktuellen Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) mit 900 Unternehmen aus den Bereichen Industrie und industrienahe Dienstleistungen in West- und Ostdeutschland wieder. Demnach bewerten 59 Prozent der ostdeutschen Firmen das Erstarken der AfD "eher" als Risiko für die Fachkräftesicherung sowie den Be-

stand von EU und Euro. Etwas mehr als 50 Prozent sehen Gefahren für Investitionsentscheidungen und den Wirtschaftsstandort, während 15 Prozent in der AfD laut einer begleitenden Studie eine Chance sehen.
In der Umfrage verweisen viele Unternehmen allerdings auch darauf, daß sie den anderen Parteien in Wirtschaftssachen wenig Kompetenz zusprechen. Angesichts der zahlreichen Meldungen über Insolvenzen von Firmen und Stellenabbau in den letzten Wochen ist diese Einschätzung nicht verwunderlich. So mußte zum Beispiel der thüringische Autozulieferer AE Group im August Insolvenz anmelden.
Über 2.000 Arbeitnehmer aus der Auto- und Zuliefererbranche verloren in Thüringen in den ersten vier Monaten dieses Jahres ihre Jobs. Auch die fast 200 Jahre alte Thüringer Fleischerei Holzapfel hat Insolvenz angemeldet. Mindestens 80 Mitarbeiter sollen ihre Jobs verlieren.
Ganz unabhängig von der Frage, ob die befragten Firmen im Stimmzuwachs der AfD eine Chance oder eine Gefahr sehen, gaben 59 Prozent an, sich nicht öffentlich positionieren zu wollen. Wie aus der Studie hervorgeht, sehen es diese Firmen nicht als ihre Aufgabe an, sich politisch zu äußern. Doch das sieht man bei Vorwerk, Oetker, Miele, Trigema, Stihl und Co. offenbar anders.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. August 2024 (x1.392/…):
>>**Wegen Klimawandel: Grüne geben eine Viertelmillion Euro für Sonnenschirme aus**
Im Kampf gegen die "Klimaerwärmung" stellen die Grünen zwanzig Sonnenschirme in Stuttgart auf. Kosten: 250.000 Euro.
Selma Green
...
Die Stuttgarter Grünen haben 250.000 Euro für fehlplazierte Sonnenschirme ausgegeben.
250 Tausend Euro - so viel kosten den Steuerzahler zwanzig temporäre Sonnenschirme in Stuttgart. Die Sonnenschirme wurden auf Initiative der Stuttgarter Grünen im Kampf gegen die "Klimaerwärmung" aufgestellt.
Seit dem 8. Juli sind auf acht Plätzen in Stuttgart mehrere Sonnenschirme, Sitzblöcke und ein Sonnensegel plaziert. Der Sonnenschutz ist Teil eines 10-Punkte-Plans der Grünen, durch den die Stuttgarter vor der "extremen Hitze" im Sommer geschützt werden sollen. Laut den Grünen, die zusammen mit der CDU im Stuttgarter Gemeinderat die Mehrheit stellen, leiden die Menschen bereits unter Temperaturen von über 25 Grad. Auf ihrer Webseite führen die Politiker aus, daß diese Temperaturen zu "Kreislaufproblemen und im schlimmsten Fall zum Tod" führen würden. Sonnenschirme im Wert von einer Viertelmillion Euro sollen jetzt die Hitze bezwingen.
Bei den Stuttgartern hält sich die Begeisterung über die Sonnenschirme derweil in Grenzen. Eine Anwohnerin erklärte gegenüber der Stuttgarter Zeitung, daß sie nicht wisse, ob sie "lachen oder weinen soll". Denn der Schatten des Sonnenschirms fällt nicht etwa, wie vorgesehenen, auf den Sitzblock oder Fußgängerweg. Statt dessen spendet der Schirm der Fahrbahn Schatten.
Nicht nur erfüllt der Sonnenschirm seinen Zweck nicht immer: Ein anderes Foto zeigt einen Schirm, der zwar den Fußgängern Schatten spendet. Doch zusätzlich bedeckt der Schirm auch eine daneben stehende Solarbank. Trotzdem erklärte eine Sprecherin des Tiefbauamtes, daß eine Korrektur der Plazierung der Schirme nicht vorgesehen ist.
Auch die Sitzblöcke, die unter den Schirmen stehen, scheinen die Anwohner nicht zu überzeugen: "Abgesehen davon heizt sich die scheußliche Betonsitzfläche unter den Schirmen im Lauf des Tages natürlich auch ziemlich auf", beschwert sich die befragte Anwohnerin. Eine andere Befragte merkt an: "Auf dem heißen Betonklotz hätte ich mir Holzplanken gewünscht, die sind angenehmer zum Sitzen."
Die Sonnenschirme haben noch einen Haken: Zwar sollen die Schirme permanent an ihren

Plätzen stehen bleiben, doch sie müßten bei stürmischer Wetterlage geschlossen werden, so Leiter des Tiefbauamtes Jürgen Mütz.
Die Stuttgarter Regierung hat in einer Pressemitteilung angekündigt, die Maßnahmen zum Sonnenschutz, sollten sich die Sonnenschirme bewähren, im nächsten Jahr zu erweitern. Im Kampf gegen die "Klimakrise" scheint den Grünen kaum eine Investition auf Steuerzahlerkosten zu teuer zu sein.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. August 2024 (x1.392/…): >>**Trump, Höcke & Co.**
"Die heimlichen Hitler": Absurdes Faschismus-Cover des Spiegel sorgt für Irritationen
Der Spiegel warnt in seiner neuen Ausgabe vor dem wiederkehrenden Faschismus. Abgebildet sind Björn Höcke, Marine Le Pen und Donald Trump. Die Gefahr sei "ernst und real".
Von *Redaktion*
...
"Wie der Faschismus beginnt", titelt der Spiegel in seiner neuen Ausgabe. Das Cover zeigt Björn Höcke, Marine Le Pen und Donald Trump vor einem Hintergrund in Schwarz-Rot-Gold. Im Vorwort der Titelgeschichte "Die heimlichen Hitler" heißt es: "Kehrt der Faschismus zurück? Oder ist er schon da, mit Trump, Orban, Höcke? Und wenn ja, könnte er wieder verschwinden? Über den Versuch, das Böse zu erkennen".
Das "F-Wort" sei wieder da und erzwinge eine weltweite Debatte, schreibt der Spiegel. Auf X sorgt das Cover für teils harsche Reaktionen - geschmacklos, geschichtsvergessen, oder gar den Nationalsozialismus relativierend. Das sind die Kritikpunkte. "Wenn alles Faschismus ist, ist nichts Faschismus. Trump und Le Pen haben mit Höcke wenig gemeinsam", schreibt eine Userin auf X.
Zur Entstehungsgeschichte der Titelstory führt der Autor aus: "Björn Höckes AfD in Thüringen wird vom Verfassungsschutz als erwiesen rechtsextremistisch eingestuft. Donald Trump deutete bei einer Veranstaltung in Florida an, es könnten 'die letzten Wahlen' sein."
In Thüringen wird - neben Sachsen - am 1. September ein neuer Landtag gewählt. Die AfD dürfte Umfragen zufolge stärkste Kraft werden, derzeit liegt sie bei 32 Prozent. Am 5. November folgt die Präsidentschaftswahl in den USA. Diese beiden Wahlen, so der Spiegel-Autor, könnten über die Zukunft der Demokratie entscheiden - "andere sprechen sogar von einer möglichen Rückkehr des Faschismus."
Wladimir Putin, Narendra Modi, Giorgia Meloni, Marine Le Pens, Javier Milei, Viktor Orbán, Geert Wilders - die Liste der Männer und Frauen, die ihre Länder zurück in Faschismus katapultieren könnten, ist lang. Die Angst vor dem Faschismus sei mittlerweile "ernst und real", so der Autor. Es sei die Urangst der "modernen, demokratischen Gesellschaften". Als Vorzeichen für den drohenden Faschismus nennt der Autor aktuelle Entwicklungen: "Die Überfälle britischer Mobs auf Migranten-Unterkünfte. Der Neonazi-Aufmarsch in Bautzen. Die Pandemie. Der Krieg in der Ukraine. Die Inflation."
Als Metapher für den angeblich aufkeimenden Faschismus nutzt der Autor ein Brettspiel: "Secret Hitler". Dort gebe es zwei Gruppen, erklärt er. Faschisten und Demokraten. "Wobei die Demokraten die Mehrheit stellen, was einem bekannt vorkommt". Dafür hätten die Faschisten "einen entscheidenden Startvorteil". Sie wüßten, wer die anderen Faschisten sind. "Die Grundanlage des Spiels: Alle tun so, als wären sie Demokraten. Eigentlich müßten sich die echten Demokraten nur gegenseitig vertrauen und die Faschisten hätten keine Chance", so der Autor.
Titelcover des Spiegels hatten in der Vergangenheit bereit öfter Kritik hervorgerufen. 2017 veröffentlichte das Magazin ein Cover, auf dem Trump die Freiheitsstatue köpfte. Der Künstler Edel Rodriguez, der das Cover gestaltete, erklärte, daß es eine "Enthauptung der Demokratie" symbolisieren solle. Vor Vergleichen Trumps mit Hitler schrecken deutsche Medien nicht

zurück. So zeigte der Stern Donald Trump mit Hitlergruß.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. August 2024 (x1.392/…): >>**Waffenverbot für AfD-Mitglieder: Urteil nun bestätigt**
Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat in einem Eilverfahren festgestellt, daß die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung zur Annahme einer waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit ausreicht. Diese Regelung betrifft auch Mitglieder der AfD, selbst wenn die Partei nur als Verdachtsfall gilt.
Von *Redaktion*
...
Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat in zwei Eilverfahren entschieden, daß die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung ausreicht, um eine waffenrechtliche Unzuverlässigkeit anzunehmen. Dies gelte auch für Mitglieder der AfD, selbst wenn die Partei lediglich als Verdachtsfall eingestuft werde. Dies teilte eine Sprecherin des Gerichts auf Anfrage der Deutschen Presseagentur mit. Hintergrund der Entscheidung ist die Einstufung der AfD als rechtsextremistischer Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz. Diese Einstufung wurde am 13. Mai 2024 vom Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in Münster bestätigt.
In zwei Eilverfahren betonte das OVG, daß die Mitgliedschaft in der AfD, bereits eine ausreichende Grundlage für den Widerruf der waffenrechtlichen Erlaubnis darstellt. Besonders erschwerend sei zu werten, wenn ein Parteimitglied nicht nur einfaches Mitglied ist, sondern auch als Funktionsträger aktiv die Partei unterstützt.
Der 20. Senat des OVG führte in seinen Eilbeschlüssen aus, daß es zusätzlich erschwerend wirke, daß sich einer der Kläger nicht unmißverständlich und beharrlich von verfassungsfeindlichen Bestrebungen innerhalb der AfD distanziert habe. Das Gericht bezog sich dabei auf hetzerische Äußerungen oder einschüchternde Verhaltensweisen von Parteimitgliedern.
Die beiden Eilverfahren folgten auf Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Düsseldorf von Ende Juni, in denen dieses entschieden hatte, daß die betroffenen AfD-Mitglieder ihre Waffen abgeben müssen. Die Behörden hatten zuvor die Erlaubnis zum Waffenbesitz der Kläger widerrufen, was diese gerichtlich anzufechten versuchten. In der Hauptsache sind noch vier Berufungsverfahren am Oberverwaltungsgericht anhängig. Verhandlungstermine stehen laut der Sprecherin des Gerichts jedoch noch nicht fest.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29979" berichtet am 17. August 2024 (x1.389/…): >>**20. AZK - David Icke: Aufdeckung der Welt-Tyrannei und ihrer Kriegsstrategien**
Als es in den 90er Jahren noch keinen einzigen freien privaten Aufklärungssender gab, war er schon hart am Ball unser nächster Referent. Man könnte ihn daher als Urgestein oder als Urvater der modernen Aufklärungsszene bezeichnen. Einst schüchtern, ist er zu einem unerschrockenen Gigant der Wahrheit geworden. Und seine Fähigkeit aus einer Gesamtschau heraus, die Punkte zu verbinden, ist einfach atemberaubend. Wir bedanken uns an dieser Stelle für das Vorrecht, daß er uns zur Beantwortung aktuellster Fragen sein eigenes Fernsehstudio in England zur Verfügung gestellt hat. Und ich sage: "Danke, David Icke!" Wir brauchen dich!
David Icke
David Vaughan Icke, geboren am 29. April 1952 in Leicester, England, ist Vater von vier Kindern.
Bis zu seinem 21. Lebensjahr war er Profifußballer, danach wurde er Sportreporter für verschiedene Sender und Moderator der BBC-Sendung "Newsnight", sowie der Sportsendung "Grandstand".
Nach einer tiefen spirituellen Erfahrung im Jahr 1990 begann er, Ansichten und Perspektiven

abseits des Mainstreams zu veröffentlichen und auszudrücken.
Er hat über 20 Bücher und Bestseller geschrieben, darunter Titel wie: "Alles, was Sie wissen sollten, Ihnen aber nie jemand erzählt hat"
In den letzten Jahrzehnten war David Icke hauptberuflich als investigativer Journalist tätig und gründete seine eigene Website Davidicke.com, seine eigene Streaming-Plattform "Ickonic" und sein eigenes soziales Netzwerk. Er hält Vorträge und produziert Nachrichtensendungen, in denen er die Zusammenhänge des aktuellen Weltgeschehens und die dahinter stehenden Kräfte analysiert.
Bereits 1998 warnte David Icke vor der Einführung einer ausschließlich elektronischen Weltwährung und eines Welt-Militärs, welches sich immer weiter nach Osten ausdehnt. Außerdem sagte er den Plan voraus, daß die Bevölkerung mit Mikrochips ausgestattet und kontrollierbar werden solle.
Im Jahr 2020 wurden seine Kanäle auf YouTube, Facebook und Twitter gesperrt, da er Informationen und Ansichten teilte, die von dem offiziellen Narrativ der Corona-Politik abwichen. Seine Videos hatten damals über 30 Millionen Aufrufe.
Im November 2022 wurde David Icke die Einreiseberechtigung für alle 29 Schengen-Länder für Jahre entzogen, um ihn daran zu hindern, auf einer Friedenskundgebung in Amsterdam zu sprechen.
Heute, nach 34 Jahren, deckt David Icke weiterhin mit seiner Medienplattform die Verschwörungen in Medien, Politik und weiteren Gebieten der Macht auf. Er veröffentlichte bisher über 20 Bücher und sprach in über 25 Ländern. Seine sozialen Kanäle haben über 900.000 Abonnenten.
David Icke vermittelt uns heute seine aktuelle Einschätzung zu "Zusammenhänge der Welt-Tyrannei und ihrer Kriegslist"
David Icke: Wow! Ich danke Euch!
Interviewer: Toll! Hört uns jeder? Ja! Wunderbar! Fantastisch! Danke, David Icke, daß Sie uns zur 20. AZK in Ihr Studio eingeladen haben.
David Icke: Ja, kein Problem. Es ist wirklich schön, Euch hier zu haben.
Interviewer: Das ist wunderbar. Zu den vielen Serien, die Sie machen, gehört auch die "Dot-Connector-Serie". Worum handelt es sich dabei? Was ist Ihr Gedanke dahinter?
David Icke: "Dot Connector" (= "Punkte-Verbinder" jemand, der Ereignisse miteinander verbindet). Wenn man die Welt als eine Reihe von zufälligen Ereignissen, zufälligen Geschehnissen betrachtet, ergibt das keinen Sinn. Warum tun sie das? Warum tun sie es auf diese Weise? Warum machen sie es nicht so? Es wäre doch viel besser, wenn sie es so machen würden. Und so weiter und so fort.
Warum passiert das? Aber wenn man die Punkte, diese Ereignisse miteinander verbindet, stellt man fest, daß sie tatsächlich alle miteinander verbunden sind. Und, wissen Sie, die Leute sagen manchmal über mich: "Du siehst überall eine Verschwörung drin."
Nein, das tue ich nicht. Ich sehe eine Verschwörung, die die Welt in eine globale Dystopie verwandeln soll. Und diese eine Verschwörung hat endlose Facetten und Formen. Aber es ist tatsächlich eine Verschwörung. Es ist ein gigantisches Netz. Und das trifft buchstäblich auf das zu, was ich die globale Sekte nenne. Es ist ein globales Netzwerk von Geheimgesellschaften, die von außen oder im Schatten derjenigen operieren, die die Welt zu regieren scheinen.
Interviewer: Das ist interessant. Wir werden das in den nächsten Fragen noch etwas vertiefen, denn ich würde in diesem Interview gerne eine Art Punkteverbindungsstil anwenden, bei dem wir verschiedene, scheinbar nicht zusammenhängende Themen betrachten und herausfinden, wie sie zusammenhängen. Beginnen wir also wie bei jedem guten Gespräch mit dem ersten Punkt, dem Wetter.
David Icke: Es war ein toller Sommer, nicht wahr?

Interviewer: Das war er. Schön kühl, zumindest hier in Deutschland. Wie war er in Großbritannien?
David Icke: Nun ja, die Heizung war an. Saß im Mantel vor dem Fernseher. Ja, es war wirklich "warm" hier. Aber wissen Sie, das ist ein Klassiker. Ich habe einen Spruch: "Kenne das Ziel, und Du wirst den Weg dahin sehen".
Und damit meine ich, daß Sie wissen sollten, wohin wir geführt werden. Die Schritte, die uns dorthin führen, werden dann Tag für Tag, Woche für Woche offensichtlich.
Und das Ergebnis, das geplant ist, ist, daß wir in einer zentral diktierten globalen Dystopie leben, in der es am Ende nicht einmal gewählte Politiker gibt, sondern eine sogenannte Technokratie von ernannten Leuten, ernannten Bürokraten: ah, wie die Europäische Union!
Ernannte Bürokraten und Technokraten und Ingenieure. Und Gesundheitsexperten und all diese Dinge. Die tatsächlich die Entscheidungen von einem zentralen globalen Punkt aus treffen. Schauen Sie sich die Weltgesundheitsorganisation an. Sie ist das Sprungbrett zu dieser globalen Dystopie. Dahin führen sie uns also.
Die Idee ist auch, daß, wenn man sich die gesamte Grundlage dieser globalen Verschwörung zur Kontrolle der Menschen ansieht, sie auf Wahrnehmungskontrolle basiert. Wir verhalten uns so, wie wir es tun, weil wir so wahrnehmen, wie wir es tun. Die Menschen haben dem Covid-Schwindel nachgegeben, weil sie glaubten, daß es sich um ein gefährliches Virus handelte. Und sie glaubten, daß der gefälschte Impfstoff, der nach früheren Kriterien kein Impfstoff ist, ein Weg war, sie vor dem gefährlichen Virus zu retten.
Diese Wahrnehmung führte dazu, daß sich die Menschen weltweit faschistischen Zwängen unterwarfen. Wenn man also das Verhalten kontrollieren will, muß man auch die Wahrnehmung kontrollieren. Und wenn man das Verhalten kontrolliert, nun, dann ist es das, was wir gemeinschaftlich die menschliche Gesellschaft nennen. Und dann stellt sich die Frage, woher die Wahrnehmung kommt. Nun, sie kommt von den erhaltenen Informationen. Ob es sich nun um eine Nachrichtensendung, einen Beitrag auf Facebook oder eine persönliche Erfahrung handelt.
Interviewer: Genau.
David Icke: Wir bilden unsere Wahrnehmungen aus den Informationen, die wir erhalten. Und aus diesen Wahrnehmungen ergibt sich unser Verhalten. Und insgesamt ist dieses Verhalten die menschliche Gesellschaft.
Und hier kommt die Zensur ins Spiel. Denn bei der Zensur geht es darum, die Informationen zu kontrollieren, die die Menschen erhalten, und so ihre Wahrnehmung zu kontrollieren. Aus diesem Grund wurde während des Covid-Schwindels jeder, der die offizielle Darstellung und dann die offizielle Darstellung des gefälschten Impfstoffs in Frage stellte, wie ich, aus dem Mainstream-Internet gelöscht; von YouTube, von Facebook und so weiter. Wegen der Kontrolle über die Wahrnehmung! Und die Idee ist, und das war schon lange der Plan, daß man die Informationsübermittlung aus den uns bekannten Quellen ins Internet verlagert.
Denn wenn man sie erst einmal im Internet hat, kann man algorithmisch bestimmen, was die Leute zu sehen oder zu hören bekommen. Bis zu dem Punkt, daß sie sogar verhindern können, daß Dinge gepostet werden. Ganz zu schweigen davon, sie wieder zu entfernen, wenn sie erst einmal online sind. Man kann verhindern, daß sie gepostet werden, indem man Schlüsselwörter verwendet und so weiter.
Ausgehend von einer Frage zum Wetter, verbinden wir also sofort all diese anderen Punkte, die eigentlich Teil desselben Sprungbretts zu diesem Ergebnis einer globalen Dystopie sind. Warum also globale Erwärmung? Nun, jetzt ist es der Klimawandel, da es nicht mehr wärmer wird. Und warum verteufeln sie das "Gas des Lebens": Kohlendioxid, ohne das wir alle tot wären? Es gäbe keine Nahrung, kein Pflanzenleben, nichts.
Interviewer: Und sie bringen es auf eine neue Ebene. Derzeit ist in den Nachrichten sehr viel

zu hören, daß es diese mutmaßlichen hitzebedingten Todesfälle gibt. Sie tauchen überall auf. Ich habe es erst kürzlich gelesen.
David Icke: Ja, genau.
Interviewer: In New York sind während der Sommerzeit etwa 2 % aller Todesfälle hitzebedingt. Das ist offiziell in den Mainstream-Medien zu lesen. Was geht hier vor sich?
David Icke: Nun, das hätte es diesen Sommer in Großbritannien nicht gegeben. Was wetterbedingte Todesfälle angeht, ist es so, daß mit Abstand die meisten Menschen an Kälte sterben. Aber darum geht es, oder? Sie wollen eine Gesellschaft schaffen, in der die Menschen auf kleiner Fläche zusammengepfercht und eingesperrt werden, in denen sie sich bewegen können … in sogenannten 15-Minuten-Städten. Sie wollen Reisen über weite Distanzen und schließlich sogar viele Kurzstrecken verhindern. Sie wollen die Art der globalen Gesellschaft verändern. Was ist also die Grundlage der globalen Gesellschaft in Bezug auf die Wirtschaft und unsere Lebensweise?
Es geht um fossile Brennstoffe. Sie waren der Motor der industriellen Revolution und von allem, was daraus entstanden ist. Und hier kommt der eigentliche Punkt von Netto-Null. Wenn sie ein Netto-Null-Ziel für Kohlendioxid (Reduzierung von Treibhausgasen, sodaß unter dem Strich kein CO2 ausgestoßen wird) festlegen, müssen sie eigentlich nicht viel mehr tun, denn wenn sie dieses Ziel einmal festgelegt haben auf das Jahr 2050 oder wann auch immer, stimmt's?
Interviewer: Richtig.
David Icke: Um dieses Ziel zu erreichen, muß die menschliche Gesellschaft transformiert werden.
Interviewer: Genau.
David Icke: Einfach, um dieses Ziel zu erreichen. Und natürlich müssen fossile Brennstoffe und all das andere Zeug im Grunde verschwinden. Wir müssen die Landschaft mit Windkraftanlagen zerstören, die mit unglaublich vielen fossilen Brennstoffen …
Interviewer: … hergestellt werden.
David Icke: … genau, hergestellt werden. Aber sagen Sie ihnen das nicht, denn wir müssen diese Hysterie von "Wir werden alle sterben!" schüren, um dieses Ziel zu erreichen, denn dieses Ziel wird genau das erreichen: es wird die menschliche Gesellschaft verändern. Und um das zu erreichen, müssen sich so viele Dinge ändern. Autos müssen grundsätzlich drastisch reduziert werden. Fahrzeuge müssen drastisch reduziert werden. Und Bewegung und Reisen müssen drastisch reduziert werden. Und natürlich gibt es im Hintergrund noch eine andere Agenda. Natürlich wissen sie, daß das alles Unsinn ist. Aber in der Öffentlichkeit wird dieser Unsinn vorangetrieben, weil er zu einer vollständigen Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft führen wird.
Interviewer: Wow. Das ist interessant, denn wenn wir uns diese Agenda ansehen, könnten wir zum nächsten Punkt übergehen, der zum Beispiel die wirtschaftliche Entwicklung wäre, in der wir uns befinden. Wir hatten Covid. Wir haben Kriege mit all diesen Sanktionen, die durchgesetzt werden. Wir haben die FED, die die Zinssätze hoch hält und alles.
Und wir sehen, daß das im Grunde die Wirtschaft auf der ganzen Welt zerstört oder zumindest spüren wir das in Deutschland. Leute werden entlassen. Und sogar die großen Pharma- und Technologieunternehmen, die eigentlich Milliarden einstrichen und Milliarden einstreichen und in die alle investieren, entlassen Leute und beschweren sich, daß sie Milliardenverluste haben und alles. Was ist hier los?
David Icke: Ja, aber sie entlassen viele Leute, weil die KI die Oberhand gewinnt.
Interviewer: Die Frage ist also, wird sich die Wirtschaft mit der Zeit erholen? Oder ist das ein Plan? Steckt dahinter ein Ziel? Wollen sie die Wirtschaft schwächen? Oder was ist hier los?
David Icke: Richtig. Noch mal "Kenne das Ziel, und Du wirst den Weg dahin sehen." Das

Ergebnis ist, daß die Bevölkerung weltweit in eine Abhängigkeitssituation gerät. Wovon immer Sie abhängig sind, damit werden Sie kontrolliert. Und deshalb will diese globale Sekte in all ihren Formen, die sich Regierung oder was auch immer nennt, Sie von sich abhängig machen, bis dahin, daß sie die Wirtschaft und Arbeitsplätze mit KI und "Netto-Null" zerstören. Daher müssen all diese industriellen Methoden, die wir in der Zeit der industriellen Revolution hatten, weg, weil man "Netto-Null" anders nicht erreichen kann.
Nicht zuletzt durch KI schafft man so die Möglichkeit ab, seinen Lebensunterhalt auf die Art zu verdienen, wie wir es kannten. In den 1990er Jahren kam mir diese Formulierung in den Sinn: Problem, Reaktion, Lösung.
Interviewer: Ich erinnere mich, ja.
David Icke: Man kreiert das Problem oder die Illusion eines Problems, wie z.B. …
Interviewer: Covid.
David Icke: Wie Covid und der Klimawandel; der vom Menschen verursachte Klimawandel. Das Klima ändert sich ständig. Und man will eine Reaktion der Öffentlichkeit, die lautet: "Es muß etwas getan werden! Was kann man dagegen tun?" Und dann bieten diejenigen, die das Problem oder die Illusion davon heimlich geschaffen haben, die Lösung für das von ihnen geschaffene Problem an. Wenn man also die Illusion des vom Menschen verursachten Klimawandels verkauft, dann kann man die Lösung anbieten: die menschliche Gesellschaft zu verändern, um uns vor dem vom Menschen verursachten Klimawandel zu retten. So funktioniert es.
Und was die Wirtschaft betrifft, besteht die Idee darin, daß sie die Arbeitsplätze verschwinden lassen, nicht zuletzt durch KI Und dann sagen sie:
"Oh, wir sind wirklich nette Leute. Wir haben dafür gesorgt, daß eure Arbeitsplätze verschwinden. Aber wir sind wirklich nette Leute. Deshalb werden wir euch ein allgemeines garantiertes Einkommen zahlen, ein allgemeines Grundeinkommen. Jeden Monat werdet ihr einen Scheck von der Regierung bekommen. Es wird zwar ein Hungerlohn sein, aber ihr werdet einen Scheck von der Regierung bekommen."
Und diese Abhängigkeit von der Regierung ist mit Bedingungen verbunden. Denn wenn Sie ein Abtrünniger gegen die Regierung und die Dystopie sein wollen, werden Sie Ihr garantiertes Grundeinkommen nicht bekommen. Wie sonst wollen Sie denn Essen auf den Tisch bringen? Weil alle anderen Mittel und Wege abgeschafft sein werden, um dies zu tun. Und das ist die Idee. Es ist, als würden sie die Angelschnur auswerfen und dann anfangen, sie wieder einzuholen.
Und wenn Sie sich ansehen, was in Großbritannien während Covid passiert ist, haben sie das Land stillgelegt, was der Wirtschaft unglaublich geschadet hat. Viele kleine Unternehmen mußten Pleite gehen, weil sie kleine Unternehmen loswerden wollten, sogar mittelgroße. Denn wenn Sie durch ein unabhängiges Unternehmen Zugang zu einem unabhängigen Einkommen haben … okay, jedes Unternehmen ist an das System angeschlossen. Aber ich meine, es wird unabhängig geführt.
Es gibt keinen riesigen globalen Konzern. Wenn Sie Zugang zu einem solchen Einkommen hätten, wären Sie nicht von der Regierung abhängig.
Interviewer: Genau.
David Icke: Aber wenn sie all diese unabhängigen Arbeitsplätze abschaffen und Sie von der Regierung abhängig machen, um Ihr Brot zu verdienen, dann kontrollieren sie Sie. Und Sie werden durch die Abhängigkeit kontrolliert. Das ist es, was sie erreichen wollen.
Man hört, daß die KI ein massives Phänomen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen sein wird. Aber ich glaube, selbst diese Leute begreifen nicht, wie viele Arbeitsplätze verschwinden werden. Und auf der anderen Seite, wenn wir über die Zusammenhänge sprechen und darüber, daß Abhängigkeit gleichbedeutend mit Kontrolle ist, dann ist das der Grund, warum sie die

Lebensmittelversorgung zerstören.
Das ist der Grund, warum sie die Landwirte ins Visier nehmen. Das ist der Grund, warum sie, insbesondere in diesem Land, wo diese lächerliche, verrückte Labour-Regierung unter Keir Starmer gerade an die Macht gekommen ist, riesige landwirtschaftliche Flächen mit Solarparks und Windkraftanlagen bedecken wollen. Man sieht, daß Landwirte in Ländern wie den Niederlanden und Deutschland ins Visier genommen werden. Und wer ist der größte Agrarlandbesitzer in Amerika?
Interviewer: Bill Gates.
David Icke: Bill Gates, genau. Und die Chinesen kaufen auch große Teile des amerikanischen Ackerlandes auf. Im Grunde kontrollieren sie also die Produktion von Nahrungsmitteln. Und wenn Sie bei der Lebensmittelversorgung von Quellen abhängig sind, die Sie nicht (selbst) kontrollieren, sind Sie von diesen Quellen und Kräften abhängig. Und das ist es, worauf es hinausläuft. Es geht darum, globale Abhängigkeit zu schaffen, also globale Kontrolle.
Interviewer: Wow. Ja. Das ist interessant. Apropos KI: Es heißt, wir befänden uns in einem Wettrüsten zwischen Quantencomputern und KI.
So kündigte Donald Trump damals an, daß die USA 2020 eine Milliarde (Dollar) pro Jahr in Quanten-Informatik investieren wird. China etwa dreimal so viel. Elon Musk kündigte an, daß er allein in diesem Jahr 10 Milliarden investiert, um in Memphis den größten Supercomputer der Welt aufzubauen, um seine KI, namens Grok (=neue, auf künstlicher Intelligenz basierende "Antwortmaschine", ähnlich wie ChatGPT) zu trainieren.
Und er trainiert auch Tesla-Autos und Roboter, autonom zu funktionieren. Google und andere große Technologieunternehmen übertreffen sich gegenseitig und bauen ebenfalls Supercomputer. Und offensichtlich sammeln und speichern sie seit Jahren die Daten von Milliarden von Smartphones. Und die Frage ist nun, ob diese Länder wirklich in einem Wettrüsten gegeneinander arbeiten?
David Icke: Auf keinen Fall.
Interviewer: Oder gibt es Verbindungen zwischen diesen Akteuren? Und arbeiten sie tatsächlich an einer Art gemeinsamem Ziel? Und wenn ja, welches wäre das?
David Icke: Sie haben absolut Recht. Sehen Sie, das ist der große Schwindel. In der Politik gibt es "Links" gegen "Rechts". Und im Hintergrund sind sie alle befreundet. Ich meine, einige von ihnen sind vielleicht wirklich anderer Meinung, aber viele von ihnen, die Schlüsselpersonen, sind befreundet. Als Donald Trump 2016 die Wahl gewann, wurde jedes Mal, wenn er auf die Bühne kam, oft gesungen: "Oh, sperrt Hillary ein, sperrt Hillary ein!" Und er machte mit: "Sperrt Hillary ein, sperrt Hillary ein!"
(Interviewer: Hillary Clinton.)
David Icke: Hillary Clinton. Unmittelbar nach seinem Wahlsieg wurde er gefragt, ob er Hillary Clinton ins Gefängnis bringen würde. Und er sagte: "Oh nein, sie ist wunderbar. Wir sollten all die Dinge respektieren, die sie für dieses Land getan hat!" und all das Zeug. Das ist alles Unsinn. Ich meine, die Clintons, als sie die demokratischen Präsidenten im Weißen Haus waren, und die Bushs, die beide Präsidenten vor und nach ihnen waren, sie waren Kumpel.
Ich meine, nicht nur Kumpel, sie waren Teil einer kriminellen Organisation, eines Drogenhandels, vom Mena-Flughafen (Mena Intermountain Municipal Airport = städtischer, öffentlich genutzter Flughafen, südöstlich von Mena, einer Stadt in Polk County, Arkansas, USA) und anderen Orten in Arkansas aus, als Clinton Gouverneur von Arkansas war.
Was wir also in Bezug auf Politik sehen, "Links" und "Rechts", ist Theater. Es ist Unterhaltungstheater, oder? Aber es soll uns weiter an das politische System glauben lassen und dadurch, daß wir alle vier oder fünf Jahre wählen müssen, irgendwie die Kontrolle darüber haben, wer die Regierung führt. Aber wenn man in diesem Puppenspiel, wo es die Linke und die Rechte gibt, einen Schritt zurück geht in die Schatten, sieht man, daß beide von denselben

Händen kontrolliert werden. Deshalb ist es egal, wer an der Macht ist, "Links" oder "Rechts", es zeigt sich die gleiche Agenda für die Menschheit.
Interviewer: Gilt das auch für die USA und China? Wie auf Länderebene?
David Icke: Ja. Das ist eines der Dinge, die ich seit Jahrzehnten sage. Diese globale Sekte kennt keine Ländergrenzen. Sie ist nur für die Ausbeutung der Bevölkerung da. Sie will Sie glauben machen, daß es verschiedene Länder mit unterschiedlichen Zielsetzungen gibt.
Das ist aber nicht der Fall. Es gibt eine globale Sekte, die durch alle Länder hindurch wirkt. China allerdings ist ein interessanter Fall, denn was dort passiert ist, darüber habe ich in einigen Büchern ausführlich geschrieben. Die Mao-Revolution war eine Revolution der globalen Sekte.
Er (Mao) war ein globaler Sektenagent. Und der Grund für diese Revolution war die Schaffung einer geschlossenen Gesellschaft, was sie sehr lange auch war. Bis zu einem gewissen Grad ist sie das immer noch, aber nicht mehr so wie früher. Dadurch konnte man eine Struktur, ein System ausbrüten, das nicht zuletzt durch den Einsatz künstlicher Intelligenz eine vollständige Kontrolle über die Menschen ermöglicht.
Und wenn man das erst einmal perfektioniert und auf chinesischer Ebene ausgebrütet hat, dann setzt man es so auf der ganzen Welt durch, richtig? Es ist also kein Zufall, daß Covid der offiziellen Geschichte zufolge aus China kam. Und seitdem ist der Westen in Bezug auf technologische Kontrolle und Zwangsmaßnahmen immer mehr wie China geworden.
Ich habe Dokumentationen gesehen, in denen jemand auf die Straßen einer chinesischen Stadt geschickt wurde. Ziel war, daß das KI-System ihn finden sollte. Es dauerte nur Minuten. Und was in China passiert, ... es ist der Brutkasten für das (geplante) weltweite System. Wie ich schon seit Jahren sage: Wenn Sie wissen wollen, was morgen für den Westen geplant ist, schauen Sie sich das China heute an. Sie haben dieses Sozialkreditsystem, bei dem die Leute im Grunde rund um die Uhr überwacht werden.
In jeder Stadt gibt es Millionen von Kameras. Und wenn Ihr Verhalten der Regierung paßt, Sie also im Grunde gehorchen und tun, was sie sagen, bekommen Sie Gutschriften. Und wenn Sie das nicht tun, werden sie Ihnen weggenommen. Und irgendwann sind Sie nicht mehr in der Lage, in der Mainstream-Gesellschaft zu funktionieren. Sie können nicht mehr mit dem Zug fahren. Sie können nicht mehr mit dem Flugzeug fliegen. Und das ist das System, das sie auf der ganzen Welt durchsetzen wollen.
Und hier kommen die digitalen Währungen ins Spiel und deshalb wollen sie eine digitale Wirtschaft. Denn wenn sie die erst einmal haben, können sie das machen, was sie in China praktizieren: Wenn Sie in China zum Beispiel bei Rot über die Straße gehen, obwohl Sie das nicht sollten, auch wenn kein Auto kommt, können Sie eine Geldstrafe kassieren, noch bevor Sie nach Hause kommen. Das Geld wird über das digitale System von Ihrem Bankkonto abgebucht. Und das ist der Plan.
Sie kennen diese Kameras, die überall in den Städten aufgestellt werden. In London, oh, in London haben wir diesen Schwindel namens ULEZ - die ultra niedrige Emissionszone. Und sie haben all diese Kameras, und es kostet Sie 12,50 Pfund (= 14,84€) wenn Sie das falsche Fahrzeug haben und einfach mit Ihrem eigenen Auto losfahren, vor Ihrem eigenen Haus fahren. Wenn Sie an der Kamera vorbeifahren, kostet es sofort 12,50 Pfund pro Tag, wenn Sie nicht das richtige Fahrzeug haben.
Diese Kameras überall sind nicht dazu da, die ULEZ zu kontrollieren. Das ist der Fuß in der Tür, stimmt's? Es sind die Nummernschildkameras, um die 15-Minuten-Städte zu überwachen. Und die No-Go-Zonen, in denen die Leute leben sollen, um uns vor dem Klimawandel zu retten. All diese Dinge hängen also zusammen. Und wissen Sie, ich sagte 2008, als es den Bankencrash gab: Den nächsten geplanten Crash werden Sie auf dem Mars hören.
Interviewer: Weil er so groß ist.

David Icke: Dies ist der Ablauf: Problem, Reaktion, Lösung. Solange der Status quo in Ordnung ist, sollte man nichts reparieren, wenn es nicht kaputt ist. Wenn die Leute daherkommen und sagen: "Wir wollen dies einführen, wir wollen das einführen.", werden sie sagen: "Nein, alles ist in Ordnung. Das brauchen wir nicht." Stimmt's? Aber wenn man den Status quo zum Einsturz bringt, was auch immer das sein mag, dann hat man ein Problem. Man hat einen Übergangspunkt, weil der Status quo weg ist. Er ist in Unordnung. Das ist es, was ein Finanzcrash bewirkt. Und dann sagt man: "Also, tut etwas. Was sollen wir tun?"
Und dann kommen sie mit einer Lösung. Und die Lösung ist die Umwandlung des Finanzsystems in ein digitales Kontrollsystem. Und genau das machen sie die ganze Zeit. Sie erzeugen Probleme. Und dann bieten sie Lösungen für die Probleme an, die sie selbst geschaffen haben. Das passiert ständig. Und viele dieser Probleme sind eigentlich gar keine Probleme. Ich meine, wir reden über die vom Menschen verursachte globale Erwärmung. Das ist Unsinn. Das ist wissenschaftlicher Unsinn.
Sehen Sie sich die Massenvernichtungswaffen im Irak an, die diese katastrophale Invasion des Irak rechtfertigten. Es gab keine. Aber man hatte den Eindruck, daß es welche gab, weil das ständig wiederholt wurde, nicht zuletzt durch die Medien. Und deshalb sind sie einmarschiert. Und sie sind aufgrund einer Lüge einmarschiert. Und dann sagen sie, nun ja, es gab doch keine Massenvernichtungswaffen. Aber bis dahin war die Tat schon vollbracht; die Katastrophe im Anmarsch. Und das hat zu so vielen anderen Dingen geführt, die im Nahen Osten passiert sind.
Wenn man Ihnen also aus offiziellen Quellen erzählt, daß es ein Problem gibt und daß dies der Grund dafür ist, dann sollten Sie davon ausgehen, daß Sie angelogen werden. Denn wenn man sich die Geschichte anschaut, ist das der rote Faden. Die Staatsgewalt lügt. Das ist, was sie tut. Dafür ist sie da. Darum, wenn ihr Behörden mir also sagt, daß die Situation so ist, werde ich zuallererst davon ausgehen, daß ihr mich anlügt. Meine nächste Frage ist: Warum lügen sie mich an? Und Sie werden die Antwort darauf erfahren, wenn Sie sehen, was sie als Lösung für das Problem angeben, mit dem sie Sie anlügen.
Interviewer: Richtig.
David Icke: Und wissen Sie, wenn Sie das recherchieren, werden Sie manchmal feststellen, daß die Staatsgewalt hier oder dort auch die Wahrheit sagt.
Aber in den allermeisten Fällen wird sie Sie anlügen. Und da müssen Sie anfangen. Als sie mir also sagten, daß es ein tödliches Virus gibt, war meine unmittelbare Reaktion: Sie lügen mich an. Was ist also die Lösung? Und ich dachte, die Lösung wäre, daß sie mit einem verdammten Impfstoff daherkommen werden, als Lösung für das, was Sie mir erzählen, was hier vor sich geht. Und so ist es natürlich auch gekommen. Und wissen Sie, mit der Vorstellung zu beginnen, daß die Autorität Sie anlügt, ist ein sehr guter Ausgangspunkt. Das verhindert, daß Sie betrogen werden.
Interviewer: Gibt es jemanden, der mit dieser Vorstellung beginnt? Ich glaube, ein paar Leute schon.
David Icke: Ja. Und es ist erstaunlich, wie die Geschichte das bestätigt.
Interviewer: Richtig. Und ich meine, Sie haben dieses ganze Spiel mit der Wahrnehmung von "Links" und "Rechts" angesprochen. Apropos, ich finde dieses Zitat von einem der früheren US-Präsidenten, Franklin D. Roosevelt, der die USA in den Zweiten Weltkrieg führte, sehr treffend. Ja, er sagte: "In der Politik passiert nichts zufällig. Wenn etwas passiert, kann man darauf wetten, daß es so geplant war".
Und wenn man dieses Zitat nimmt und sich dann Trump und sein Auftreten ansieht und wie die Medien jetzt mit ihm umgehen, auch mit den jüngsten Ereignissen, und ja, wie sich das auswirkt, und auch all die alternativen konservativen politischen Parteien, die in ganz Europa im Kommen sind, würden Sie sagen, daß das ein geplanter Schritt ist, oder handelt es sich

dabei um einen echten Widerstand gegen die Agenda?
David Icke: Nun, es gibt eine Menge Leute, die glauben werden, daß es ein echter Gegenwind ist. Aber nur ein wenig Wissen ist eine gefährliche Sache. Okay. Ich werde Ihnen von meiner eigenen Erfahrung berichten, ich bin jetzt seit 35 Jahren in diesem Bereich tätig.
Ungefähr 1990, als ich anfing, gab es noch keine alternativen Medien. Sie existierten nicht. Ich habe sie wachsen sehen, besonders nach dem 11. September. Sie sind sehr schnell gewachsen und haben sich dann weiterentwickelt.
Aber sogar große Teile der so genannten alternativen Medien akzeptierten den Covid-Schwindel, was ziemlich deprimierend zu beobachten war.
Aber viele Leute haben das nicht getan und es offen angeprangert und sehr gute Arbeit geleistet, um die Leute darauf aufmerksam zu machen, daß dieser gefälschte Impfstoff nicht gut für sie sein würde. Warum? Weil er es nicht sein sollte. Die Sekte steht also vor einem Dilemma, denn für viele Leute begann der Geist die Flasche zu verlassen. Denn sie erkannten, vor allem im Nachhinein, daß das, was alternative Leute damals sagten, tatsächlich stimmte, zum Beispiel, daß es ein Schwindel ist mit dem Impfstoff als Pointe und daß es keinen guten Ausgang für die Menschen geben wird.
Und der Geist begann, die Flasche zu verlassen.
Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, daß viel mehr Menschen als je zuvor erkannten, daß die Welt nicht ganz so war, wie sie dachten. Und daß die Kräfte, die an der so genannten Macht sind, nicht die Kräfte sind, für die sie sie hielten. Die Sekte hat also ein Dilemma. Sie weiß, daß der Geist für viele Menschen nicht vollständig in die Flasche zurückgeht. Das tut er nicht. Was kann man tun?
Die Gefahr ist, daß sich das Erwachen weiter ausbreitet, bis hin zum tieferen Begreifen, und das wird ein echtes Problem für diese globale Sekte und ihre Agenda werden. Was sie also getan haben, und ich habe es beobachtet, ist, daß sie eine Menge Leute in diese alternativen Medien gebracht haben, die vorher nicht da waren, vor Covid. Sie haben sie nichts aufgebaut. Sie bringen nichts Neues in der Forschung auf den Tisch. Sie wärmen nur altes Zeug auf und nennen es "brandneues Thema" und "Enthüllung".
Und im Grunde haben sie etwas geschaffen, das ich die Barrikaden-Brigade nenne. Und die Barrikaden-Brigade ist eine Grenze, bis wohin sie gehen werden. Vor und während Covid erkannten viele Leute in den alternativen Medien, daß es ein "Links-Rechts" Puppentheater war, und daß es die (selbe) Macht war, die durch beide wirkte.
Als Ergebnis dieser Unterwanderung hat sich der Kern der alternativen Medien, der die gesamte algorithmusgesteuerte Werbung auf X und solchen Orten bekommt und (seine) gesamte Finanzierung generiert, wieder zum Marionettentheater zurückentwickelt. Wenn man sich also den Mainstream der alternativen Medien anschaut, dann ist das jetzt "rechte Politik". Das ist es, was es ist. Und "rechte Politik", die sagt, wir haben einen Retter.
(Interviewer: Richtig.)
David Icke: In diesem Fall ist es Trump, richtig? Er wird den Sumpf trockenlegen. Wie bitte? Ein Mann, der sein ganzes Leben lang darin geschwommen ist, wird ihn jetzt trockenlegen? Was? Ja, aber wozu ist die Politik da? Wenn man auf diese Ebene zurückfällt, auf "Links" und "Rechts", hat man schon den Faden verloren. Lange Zeit benutzte die Sekte das Königtum als Kontrollinstanz. Das kam ihr sehr gelegen, weil es Leute gab, die wegen ihrer Erblinie Anführer und Herrscher waren. Und es gab einen Herrscher. Man mußte also nicht sehr viele Leute kontrollieren, um die Show zu leiten.
Aber dann erreichte die Menschheit einen Punkt der Reife, kann man sagen, wo sie sich das nicht mehr gefallen ließ. Und so kam es zur Umstellung von der königlichen Kontrolle, obwohl sie in Ländern wie Großbritannien immer noch fortbesteht, hin zur politischen Kontrolle. Was ist politische Kontrolle? Wenn man sich eine politische Partei ansieht, ist es eine Py-

ramide. An der Spitze stehen ein paar wenige, die das Sagen haben und die Pyramide diktieren. Dann gibt es alle Mitglieder der Partei, von den Abgeordneten bis hinunter zu den Aktivisten, die sich auf verschiedenen Ebenen der Pyramide befinden.
Okay. Sie wollen also Parlamentsabgeordneter werden. Gut. In diesem Land müssen Sie von einer lokalen Wahlkreispartei ausgewählt werden. Das ist bei allen politischen Parteien so. Und deshalb müssen Sie sich bei Ihrem Vorstellungsgespräch an die Parteilinie halten. Sie müssen sagen, wofür die Partei laut Hierarchie zu diesem Zeitpunkt steht. Wenn Sie dann ins Parlament gewählt werden, wenn Sie die Karriereleiter hinaufsteigen und Minister oder Premierminister oder was auch immer werden wollen, müssen Sie zunächst einmal rücksichtslos sein. Aber zweitens müssen Sie sich an die Parteilinie halten.
Denn Rebellen kommen einfach nicht weiter, richtig? Sie haben also zwei Hierarchien. Nehmen wir an, Sie haben zwei Parteien, wie die Republikaner und die Demokraten. Sie haben zwei Hierarchien. Und an der Spitze leitet eine sehr kleine Anzahl von Leuten beide Pyramiden.
Und wenn Sie dann einen Schritt weiter in den Schatten treten, sehen Sie, daß beide Hierarchien, also beide Parteien, von denselben Personen kontrolliert werden. Egal, ob die einen oder die anderen an der Macht sind, wird im Grunde immer die gleiche Agenda verfolgt.
Sie haben also die Illusion geschaffen, daß wir von einer königlichen Diktatur ohne Bevölkerungskontrolle zu einem politischen System übergegangen sind, in dem die Bevölkerung das politische System kontrolliert.
Aber das ist nicht der Fall. Das ist nicht der Fall, denn letztlich werden all diese Parteien von denselben Leuten kontrolliert. Und selbst wenn es eine oder zwei Parteien gibt, kleinere Parteien, die echt sind, sorgt das System zunächst dafür, daß sie nicht an die Macht kommen. Und selbst wenn sie an die Macht kommen, sorgt das System dafür, was sie vielleicht zum Wohle der Bevölkerung tun wollen, verunmöglicht wird.
Ich meine, ich sage nicht, daß sie das wollte, aber wir hatten ein wunderbares Beispiel. Als Boris Johnson noch während seiner Amtszeit als britischer Premierminister entthront wurde, führte die Konservative Partei eine Mitgliederabstimmung durch, um zu entscheiden, wer der neue Vorsitzende der Konservativen Partei werden sollte. Dieser wird per definitionem Premierminister, der nicht gewählte Premierminister.
Und sie haben für eine Frau namens Liz Truss gestimmt. Liz Truss war nicht die Wahl der Sekte. Die Sekte wollte Rishi Sunak.
(Interviewer: Okay.)
David Icke: Also kam Liz Truss, und sie war die Premierministerin mit der kürzesten Amtszeit in der Geschichte, weil sie eine Finanzkrise an der Börse und der City of London auslösten. Und sie mußte zurücktreten, weil es finanzielles Chaos gab. Und sie sagten: "Was machen wir jetzt? Oh, Rishi Sunak". Und die Sekte hat sich durchgesetzt. Wenn man also das System kontrolliert, kann man sogar aufrichtige Menschen davon abhalten, das zu tun, was sie wirklich gerne tun würden. Das ist die Situation, und darum geht es in der Politik.
Bei einer Wahl sagt die Bevölkerung: "Ich wähle Sie. Sie tun das!" Und die nächsten vier oder fünf Jahre sitzen Sie da und hoffen, daß sie es tun. Aber sie tun es nicht, weil es keinen Vertrag gibt, der besagt, daß sie das, was sie sagen, tun werden. Oder das, was sie sagen, daß sie es nicht tun werden, sie tatsächlich nicht tun, wenn sie an der Macht sind. Sobald sie erst einmal drin sind, machen sie einfach, was sie wollen.
Interviewer: Keine Rechenschaftspflicht.
David Icke: Ja. Keine Rechenschaftspflicht. Aber das ist der Punkt. Bei der letzten Wahl haben etwa 74 Millionen Menschen für Trump gestimmt. Sie gaben Trump ihre Macht. Nicht bei der letzten Wahl, sondern bei der Wahl 2016. Sie gaben Trump ihre Macht. Ich glaube, etwa die gleiche Anzahl hat auch bei der zweiten Wahl gewählt, die Biden offiziell gewonnen

hat. Das stimmt. Aber etwa 74 Millionen Menschen. Werden Sie nun mehr bewirken, indem Sie für Trump stimmen, der nur ein weiterer Handlanger für die Sekte mit einer anderen Rhetorik und einem anderen Image ist?
Oder wird man die Gesellschaft verändern, indem 74 Millionen Menschen ihre Macht zurückholen, sie nicht weggeben, sie zurückholen und sagen: Wir werden mit nichts zusammenarbeiten, das uns unsere Freiheit nimmt und unserem Leben und dem Leben unserer Kinder und der Zukunft unserer Kinder schadet. Das machen wir nicht mit. Wir werden es nicht tun.
Interviewer: Und wäre das eine Lösung?
David Icke: Wir haben eine Situation. Lassen Sie uns das einfach aufschlüsseln. Denn die Leute sagen: "Was kann man tun?" Nun, schauen wir uns das einfach an. Es ist reine Mathematik. Sie sagen uns, daß es acht Milliarden Menschen auf der Welt gibt, richtig? Richtig. Die Zahl der Menschen, die genau wissen, was sie tun, um diese globale Dystopie zu schaffen, ist ein winziger, winziger Bruchteil der acht Milliarden.
Acht Milliarden können von diesen Menschen nicht kontrolliert werden, ohne daß diese acht Milliarden mitarbeiten, ohne daß diese acht Milliarden zustimmen. Das ist nicht möglich. Also gründen sie politische Parteien, damit die Menschen im Puppenspiel sich streiten können. Sie schaffen unterschiedliche Glaubenssysteme, die miteinander um die Vormacht kämpfen können. Und sie können uns spalten und beherrschen. Wir bekämpfen uns also gegenseitig, ohne aufzuschauen und zu sehen, daß dieselbe Hand die Fäden all dieser unterschiedlichen Fraktionen in der Hand hält. Und wenn wir einfach sagen würden: "Wissen Sie, vielleicht glauben Sie etwas anderes als ich".
Wo liegt das Problem? Das Problem entsteht nur, wenn Sie versuchen, mir Ihren Glauben aufzuzwingen, und ich versuche, Ihnen meinen Glauben aufzuzwingen. Nur dann tritt das Problem auf.
(Interviewer: Richtig.)
David Icke: Denn sonst könnten wir sagen: "Also, ich stimme Ihnen in diesem Punkt nicht zu und Sie stimmen mir in diesem Punkt nicht zu, aber lassen Sie uns ein Bier trinken." Das ist kein Problem. Und wir werden darüber reden. Vielleicht überzeugen Sie mich. Vielleicht überzeuge ich Sie. Aber das ist kein Problem. Es gibt nichts, worüber man streiten müßte. Aber weil Glaubenssysteme gerne dominieren wollen, versuchen diese, anderen Menschen ihren Glauben aufzuzwingen.
Und genau da haben Sie das Problem. Da haben Sie das Prinzip "Teile und herrsche". Wissen Sie, Sie können sich ein Fußballspiel ansehen und sich wünschen, daß eine der Mannschaften gewinnt. Richtig? Richtig.
Aber wenn sie es nicht tun, stirbt niemand, oder? Aber muß man sich hinten streiten, weil ich für diese Mannschaft war und Sie für die andere und meine Mannschaft gewonnen hat oder Ihre Mannschaft? Warum? Warum? Es ist ein Fußballspiel.
Und das ist nur eine kurze Erfahrung. Wir sind nicht Menschen. Wir sind ein Bewußtsein, das eine kurze Erfahrung in einem Gefährt macht, das wir Mensch nennen. Wir sind ewiges, unendliches Bewußtsein. Wir alle. Wir sind alle Ausdruck eines Ganzen. Durch die Kontrolle der Wahrnehmung wird diese Einheit, diese Einigkeit in Fraktionen von Glaubenssystemen zersplittert und zerbrochen. Was wiederum kein Problem ist, es sei denn, Sie möchten Ihr eigenes System jemandem aufzwingen.
Und wenn wir einfach aufhören würden, uns gegenseitig zu bekämpfen und respektieren würden, daß der andere eine andere Ansicht, einen anderen Lebensstil hat als wir selbst… Meine Lebensphilosophie ist sehr einfach. Tun Sie, was Sie wollen, solange Sie es niemandem aufzwingen. Weder psychologisch noch physisch. Okay? Wenn ihr Menschen so handeln wollt und sich alle einig sind, daß ihr so leben wollt, dann lebt so. Aber wenn man anfängt, anderen aufzuzwingen, wie man leben soll, dann werde ich hellhörig.

Und der Grund, warum ich das tue, was ich tue, ist nicht, daß die Menschen so leben müssen, wie sie es möchten. Es ist, weil es den Menschen aufgezwungen wird, die nicht so leben wollen. Wenn man um die Welt reist und nach Südamerika, Mittelamerika und in Teile Asiens usw. oder Afrikas kommt, findet man dort sehr viele Menschen, denen es nicht gut geht. Sie versuchen einfach, einen weiteren Tag zu überleben. So muß es nicht sein. Das muß es nicht. Aber wegen "Teile und herrsche" ist es so.
Interviewer: Und wenn wir schon von diesem Teile-und-herrsche-Spiel und diesen Glaubenssystemen sprechen, würden Sie sagen, daß sie aufgebaut und tatsächlich finanziert und befeuert werden? Und wenn ja, von wem geschieht das gerade, insbesondere mit diesem "Links-Rechts-Paradigma"?
David Icke: Nun, wenn man sich die alternativen Medien ansieht, die MAM, wie ich sie nenne, die alternativen Mainstream-Medien, diese Unterwanderung, die sich breitgemacht hat und die algorithmusgesteuerte und finanzielle Unterstützung und all das Zeug angenommen hat, dann gibt es da bestimmte Akteure. Da gibt es Tucker Carlson.
Und ich sage nicht, daß diese Leute schlechte Menschen sind, denn wenn man die Barrikade "bis hierher und nicht weiter!" halten will, braucht man nicht einmal Leute dort, die wissen, daß sie das tun. Man braucht nur Leute dort, die man massiv fördert, deren Glaubenssystem und Weltanschauung ist, daß es auf die Politik ankommt. Daß Politik die Antwort ist. Und wenn man Trump einsetzt, ändern sich die Dinge und all das Zeug. Man braucht da keine Agenten, dennoch gibt es welche. Machen wir uns da nichts vor.
Aber im Großen und Ganzen braucht man keine. Man stellt einfach Leute mit einem bestimmten Glaubenssystem ein und fördert sie auf Teufel komm raus, und sie halten die Linie ein. Sie halten die Linie ein, weil sie nicht glauben, daß es etwas jenseits der Linie gibt. Und genau das ist passiert. Und wenn man sich die großen Namen anschaut, ich spreche von Joe Rogan, ich spreche von Russell Brand, ich spreche von, na ja, ich meine, Alex Jones ist sogar mit hineingezogen worden. Er gehörte zu den früheren alternativen Medien, aber auch er wurde mit hineingezogen.
Und wenn man sich Tucker Carlson und so weiter anschaut, dann gibt es da auch noch einen Typen namens Bret Weinstein und seinen Bruder Eric Weinstein. Es gibt also diese Leute. Sie erhalten die ganze Förderung. Aber dann gibt es noch eine andere Gruppe im Schatten um sie herum. Dabei handelt es sich um milliardenschwere Tech-Agenten, die die Unterdrückung des Gesamtzusammenhangs finanzieren und orchestrieren. Sie halten die Linie des kleinen Ausschnitts, weil es ihrer Agenda entspricht. Da gibt es vor allem einen, der Peter Thiel heißt.
Interviewer: Der Gründer von PayPal, richtig? PayPal.
David Icke: Ja, er war einer der Gründer von PayPal. Er war der erste private Investor bei Facebook und hat damit ein Vermögen gemacht. Aber es ist sehr einfach, ein Vermögen zu machen, wenn man weiß, was passieren wird. Ist das klar?
Interviewer: Ja, wenn man Teil des Vereins ist.
David Icke: Es ist wie bei George Soros. Zu investieren, wenn der Markt am Tiefpunkt ist, dann geht es wieder hoch, und am Höchststand zu verkaufen, das scheint ein Geniestreich in der Finanzwelt zu sein. Aber wenn Sie wissen, wann der Markt seinen Höchststand erreicht hat, weil es Ihnen diejenigen sagen, die ihn steigen lassen, dann werden Sie am Höchststand verkaufen. Und Sie steigen am Tiefpunkt wieder ein, wenn sie Ihnen sagen, daß es nicht mehr weiter nach unten geht. Denn der gesamte Aktienmarkt, das Finanzsystem wird vollständig kontrolliert. Und wenn Sie dieses Wissen haben, weil Sie mit den Insidern verbunden sind, dann können Sie ein Vermögen machen.
Man muß nicht besonders schlau sein. Man muß nur auf der Grundlage dessen handeln, was man weiß. Da wäre zum Beispiel Peter Thiel, der Mitbegründer einer Firma namens Palantir (Palantir Technologies Inc.) Palantir ist ein Anbieter von Überwachungs- und Hightech-

Technologie für das Pentagon und die globalen Geheimdienste. Peter Thiel ist Mitglied des Lenkungsausschusses der Bilderberg-Gruppe, nicht wahr? Er ist ein Globalist, wie man ihn in den alternativen Medien nennt.
Peter Thiel ist ein Kumpel von Musk. Er ist ein Kumpel eines Mannes namens Marc Andreessen bzw. Andreessen Horowitz (Dieser Mann verwendet zwei Namen). All diese Leute, ein anderer Typ namens David Sacks, all diese Leute sind Multimilliardäre, die plötzlich geschlossen Donald Trump unterstützen. Und sie haben sich den alternativen Medien oder einem bestimmten Teil davon zugewandt.
Peter Thiel ist also ein Investor bei Rumble. Es soll eine alternative Plattform sein. Ein weiterer Investor bei Rumble ist J. D. Vance. J. D. Vance ist ein Geschäftspartner von Peter Thiel, einem Mitglied des globalistischen Lenkungsausschusses der Bilderberg-Gruppe. Und J. D. Vance wurde gerade zu Trumps Vizepräsidentschaftskandidat ernannt. Ein weiterer Mann, der sich in Trumps unmittelbarem Kreis befindet, ist ein Mann namens Vivek Ramaswamy. Ramaswamy und J. D. Vance gingen gleichzeitig auf dieselbe Schule. Sie sind beide Risikokapitalgeber. Und wer investiert in die Unternehmen der beiden? Peter Thiel. Wer ist Peter Thiels Finanz- und Geschäftsberater?
Eric Weinstein, der Bruder von Bret Weinstein, der plötzlich aus dem Nichts zu einem der Stars der alternativen Medien geworden ist. Wir haben es also mit einer Gruppe von Milliardären zu tun, die im Hintergrund agieren, und es sind Tech-Milliardäre. Sie sind KI-Milliardäre. Und was sie tun, ist, eine Situation zu inszenieren, in der sie die Regierung so weit kontrollieren, daß sie das bekommen, was sie im Hinblick auf die Einführung von KI wollen. Und J. D. Vance hat durch sein von Thiel subventioniertes Unternehmen ein Vermögen mit Technologie-Investitionen gemacht. Wissen Sie, es ist ein Verein. Wie sagte doch George Carlin? Es ist ein großer Verein und du bist nicht drin. Das ist es, was es ist.
Interviewer: Das ist es, was passiert.
David Icke: Und wenn man nicht Teil dieses Vereins ist… deshalb habe ich immer allein gearbeitet, ich habe nie in irgendeiner Gruppe gearbeitet, kann man das sehen. Und das ist der Punkt. Es gibt einige großartige alternative Journalisten, die über den Tellerrand hinausblikken, aber sie bekommen nicht die algorithmusgesteuerte und finanzielle Förderung, die die Leute bekommen, die nur "bis hierher und nicht weiter" alternativ berichten. Und deshalb gab es nach Covid diese große Explosion des Erwachens und immer mehr neue Informationen. Und das hat aufgehört.
Die Barrikaden-Brigade, und ich beobachte sie die ganze Zeit, sie bringen nichts Neues auf den Tisch. Sie kauen nur altes Zeug wieder. Und nennen es Offenbarung. Steht schon seit 20 Jahren in meinen Büchern. Oh, Enthüllungs-Bomben-Sendung. Das steht schon seit 20 Jahren in den Büchern, Freunde. Sie kauen es nur wieder, weil sie die Linie einhalten. Und es gibt andere alternative Journalisten, die weit darüber hinaus sehen, aber sie bekommen keine Unterstützung und keine Förderung.
Interviewer: Richtig. Das ist interessant. Tja, unsere Zeit läuft ab. Vielleicht noch eine letzte Frage an Sie: Sie haben nun 35 Jahre Erfahrung darin, sich gegen den Mainstream zu stellen. Was ist Ihrer Meinung nach der Schlüssel, den Sie unserem Publikum geben würden, um diese globalen Verschwörungen zu verstehen? Und, was wäre der Schlüssel zur Unterscheidung, um unsere Welt so zu durchschauen, wie sie ist?
David Icke: Okay. Es geht darum, zu sehen, daß die Welt in Bezug auf Ereignisse fragmentiert zu sein scheint. Sie (die Ereignisse) scheinen zufällig zu sein, aber sie sind es nicht. Ich will damit nicht sagen, daß die Leute sagen: Glaubst du an die Verschwörungstheorie der Geschichte oder an menschliches Versagen? Als ob das sich gegenseitig ausschließen würde. Das tut es nicht. Manche Dinge, die schief gehen, sind nur das Werk von Menschen, die nicht sehr klug sind und dumme Dinge tun.

Was ich meine, sind die Ereignisse, die die Gesellschaft verändern. Sie sind es, die die Richtung der menschlichen Gesellschaft bestimmen. Sie sind nicht zufällig. Sie sind kalkuliert. Und ich denke, um es in eine einfache Struktur zu bringen, denn als ich 1990 anfing... wissen Sie, wenn man ein Puzzle macht, ich habe seit Jahren keins mehr gemacht, aber wenn ich ein Puzzle mache, möchte ich zuerst die geraden Teile haben: Ich will die geraden Teile. Ich will den Rahmen, bevor ich irgend etwas sonst mache.
Und dann fügt man die Teile ein, und man merkt, je mehr Teile man einfügt, desto schneller fügt man sie ein, weil man jetzt sehen kann, wohin sie gehören, weil man sehen kann, wie sich das Bild entfaltet, richtig? Und genau darum geht es bei dieser Art von Forschung. Als ich also anfing, dachte ich: "Okay, ich kann sehen, daß ein paar Leute die Welt kontrollieren. Meine Frage ist: Wie machen sie das?
Es muß eine Struktur geben. Sonst wäre ja alles nur Chaos." Also habe ich mir vor langer Zeit folgendes ausgedacht. Stellen Sie sich ein Spinnennetz um die Welt herum vor, und jeder Strang des Netzes ist ein Geheimbund oder eine halb geheime Gruppe, und am äußeren Teil (Rand) des Netzes befindet sich eine Regierung oder eine Regierungsbehörde oder ein Unternehmen oder eine CIA. Und in der Mitte des Netzes befindet sich die Spinne. In einem anderen Interview werden wir darauf eingehen, was die Spinne ist.
Interviewer: Jetzt wird es interessant.
David Icke: Das ist der Moment, in dem sich die ganze Welt wirklich öffnet, wenn man erkennt, was die Spinne ist. Das ist es, worum es beim "Bis hierher und nicht weiter" geht. Laßt sie nicht wissen, was die Spinne ist, richtig? Sie haben also die Spinne, und die Spinne steuert die globale Agenda. Die Fäden in dem Netz, das die Spinne umgibt, sind diejenigen, die wirklich über die gesamte Agenda Bescheid wissen. Und die meisten von ihnen haben nicht einmal einen Namen, weil sie dann schwerer zu verfolgen sind. Sie sind wirklich exklusiv. Je weiter man sich von der Spinne entfernt, desto mehr kommt man in den Bereich der Geheimgesellschaften, von denen wir wissen.
Wir wissen nicht, was sie tun und entscheiden, aber wir wissen, daß sie existieren. Das sind die Freimaurer, und ich spreche von dem inneren Kern der Freimaurer, nicht von Bill und Joe in der örtlichen Loge. Ich spreche von den Malteserrittern, den Tempelrittern, dem Opus Dei, dem inneren Kern des Jesuitenordens, usw. Und das ist immer noch im Verborgenen.
Und alle diese Organisationen sind streng in Abteilungen gegliedert. So haben nur einige wenige an der Spitze einer dieser Organisationen, den Überblick über die wahre Agenda. Der Rest wird in Bezug auf ihr Wissen unterdrückt, je nachdem, wie weit unten sie in der Pyramide stehen.
Im Grunde nennt man das Wissensgrade. Und wenn man dann herauskommt, immer noch im Verborgenen, erreicht man das, was ich den Scheitelpunkt nenne. Der Scheitelpunkt ist dort, wo die Agenda, die von den verborgenen Geheimgesellschaften kommt, diesen Punkt erreicht, von wo aus sie durch Regierungen, Regierungsbehörden, Geheimdienste, NGO's, Pentagons und all diese Dinge in die Welt hinausgetragen wird.
An diesem Punkt finden Sie nun das Weltwirtschaftsforum. Hier finden Sie die Bilderberg-Gruppe. Hier finden Sie diese Explosion von häufig Soros-finanzierten NGOs (private, oft sehr einflußreiche, nichtstaatliche Organisationen). Hier finden Sie die Denkfabriken, wie sie genannt werden und ihre Arbeit. Und noch einmal, sie sind in Abteilungen unterteilt, sodaß die meisten Leute in den unteren Ebenen, keine Ahnung haben, wozu sie gehören.
Ihre Aufgabe ist es, die Agenda aus dem Verborgenen in die Öffentlichkeit zu tragen, indem sie die Regierungspolitik, die Unternehmenspolitik und die Politik der Behörden im Allgemeinen beeinflussen. Und das ist es doch, was das Weltwirtschaftsforum erstklassig tut, oder? Das ist es, was die Bilderberg-Gruppe tut. Mitglied dessen Lenkungsausschusses ist Peter Thiel. Richtig gehört: J. D. Vance. Oh ja, das dachte ich mir doch.

Also, hier hängt alles zusammen. Wenn man also in die Welt dieser Szene eintritt, scheint es für die Bevölkerung so, als gäbe es zufällige Unternehmen, zufällige Organisationen, zufällige Regierungen und alles Mögliche, richtig?
Aber wenn man das Spinnennetz kennt, erkennt man, daß sie keineswegs zufällig sind. Jede Organisation, sei es die Weltgesundheitsorganisation, Facebook, Twitter oder was auch immer, wird sich, wenn man tief genug in sie eindringt, mit dem Spinnennetz verbinden. Man wird den Punkt in der Organisation erreichen, an dem sie sich mit dem Spinnennetz verbindet. Und an diesem Punkt, auf dieser Ebene, sind sie alle dieselbe Organisation. Die Weltgesundheitsorganisation sagte also: "Das müssen Sie über COVID glauben!", richtig?
Und auf der Stelle sagten die Silicon-Valley-Konzerne wie Facebook und YouTube: "Wir werden jeden zensieren, der im Widerspruch zur Version der Weltgesundheitsorganisation zu COVID steht." Wenn man das Netz nicht kennt, ist das irgendwie verwirrend, und man denkt sich: "Aber ihr sollt doch der öffentliche Platz sein. Ihr sollt der Ort sein, an dem Debatten und Meinungen ausgetauscht werden." Aber das taten sie nicht. Sie sagten: "Wir werden alles zensieren, was im Widerspruch zur Version der Weltgesundheitsorganisation zu COVID steht."
Warum ist das so? Auf einer ausreichend tiefen Ebene der Weltgesundheitsorganisation, die im Grunde von Gates geleitet wird, der ein Laufbursche der Rockefellers ist. Und die Rockefellers waren die Gründer der Weltgesundheitsorganisation im Jahr 1948.
Und die Sekten-Ebene, die Netz-Ebene von Facebook, ist die gleiche Organisation. Sie zensieren also im Namen des Spinnennetzes die Agenda oder schützen die Agenda, die von der Weltgesundheitsorganisation in Umlauf gebracht wird.
Dann gibt es Organisationen, die die Bevölkerung vor dem großen Pharmakartell schützen sollten, wie die CDC (Centers for Disease Control and Prevention, Behörde des US-amerikanischen Gesundheitsministeriums) und FDA (Food and Drug Administration, Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelbehörde der Vereinigten Staaten) in den USA, oder MHRA (Medicines and Healthcare products Regulatory Agency, medizinische Zulassungs- und Aufsichtsbehörde für Arzneimittel in Großbritannien), die britische Version.
Jedes Land wird seine eigene Einrichtung haben, die dafür sorgen soll, daß die Bevölkerung vor dem Big-Pharma-Kartell geschützt wird, nicht wahr? Indem sie darauf achten, daß alles sicher ist, was sie herausbringen.
Aber wenn sie sich den gefälschten Covid-Impfstoff von Pfizer ansehen, und das war übrigens eine Militäroperation von Pfizer, BioNTech und Moderna. Die sind zu diesen Organisationen bzw. Gesundheitsorganisationen gegangen und haben gesagt: "Wir wollen diesen gefälschten Impfstoff bei vielen Menschen anwenden und wir wollen das Alter immer weiter senken, bis wir ihn Babys verabreichen können.
Wir haben ihn (zwar) nicht getestet und selbst die Versuche, die wir hatten, waren nicht sehr gut." Man würde also denken, daß öffentliche Schutzorganisationen wie die CDC sagen würden: "STOPP! Das ist nicht euer Ernst, Leute. Ihr kommt der Bevölkerung nicht nahe!" Aber das haben sie nicht getan. Und sie haben es nirgendwo getan. Sie haben ihnen die Erlaubnis erteilt. Warum?
Weil das Sektennetz die öffentlichen Schutzorganisationen besitzt und sie besitzen die Pharmaindustrie. Tatsächlich haben sie die Pharmaindustrie geschaffen, durch die Rockefellers, J. D. Rockefeller und Leute wie ihn. Und wenn man sich ansieht, wie es funktioniert, passiert Folgendes: Die Sekte geht zur Sekte und bittet um Erlaubnis, eine Sektenagenda durchzuziehen. So funktioniert es.
Und leider hat sich der Mainstream-Teil der alternativen Medien dahin zurückentwickelt, das nicht mehr wie früher zu verstehen. Und so führt es die Bevölkerung vielleicht auf einen anderen Weg, aber es führt sie unaufhaltsam an denselben Rand derselben Klippe. Denn das ist ein

wichtiger Punkt. Sie haben ihn gleich zu Beginn angesprochen. Musk sagt, daß KI das Ende der Menschheit sein könnte.
Gleichzeitig bringt er mehr und mehr künstliche Intelligenz hervor, um genau das zu tun. Es gab eine Zeit, ich erinnere mich daran, in der die alternativen Medien ihn entlarvten. Ich tue es immer noch. Sie sagten: "Moment mal, Mr. Musk. Sie sind ein Frontmann, der diese ganze KI hervorbringt. Sie schießen jetzt jede Woche Satelliten in eine niedrige Umlaufbahn, Zehntausende davon, für die sie eine Genehmigung haben, aber sie feuern mit 4G, 5G usw. auf die Erde und erzeugen diese elektromagnetische Wolke, mit der die Menschen verbunden sein sollen. Und das verursacht aus Gründen, auf die ich in den Büchern eingehe, eine Menge Schaden, einen Schaden für die Menschen.
"Und Sie haben diese Neuralink-Aktion, bei der Sie die Menschen mit der KI verbinden wollen, wo Sie sagen, daß die KI das Ende der Menschheit sein könnte." Und was er sagt, ist natürlich: "Nun, ja, KI könnte das Ende der Menschheit bedeuten. Also müssen wir uns mit der KI verbinden, damit wir die Menschheit retten können." Das ist Blödsinn! Das ist es, was die alternativen Medien sagten, richtig? Und daß die transhumanistische Agenda vorangetrieben wird. Was ist dann passiert? Er kaufte Twitter und verwandelte es in X. Und plötzlich verschwand die ganze Bloßstellung von Musk, weil er eine Menge Leute, bis zu einem gewissen Punkt, Dinge sagen ließ.
Wenn du zu weit gehst, holst du dir einen krassen Shadowban (Reichweitendrosselung, vollständige oder teilweise Blockierung eines Benutzers beziehungsweise seiner Inhalte). Und ich weiß, wie das ist. Du hast vielleicht 640.000 Follower auf deiner Seite, aber die meisten davon sehen deine Beiträge nicht. So funktioniert das. Und weil er jetzt zu einem Gott der freien Meinungsäußerung geworden ist, haben sie plötzlich aufgehört, ihn wegen all dieser Agenden, fundamentalen Sektenagenden, KI-Agenden und Satellitenagenden zu kritisieren, für die er früher kritisiert wurde.
Und das ist die andere Sache mit Musk. Wissen Sie, ich sage Ihnen was: Sie wissen, wann Elon Musk lügt, weil sich seine Lippen bewegen, richtig? Was er tut, funktioniert folgendermaßen: Er fängt einen Streit mit einem Land wie Brasilien an, oder er fängt einen Streit mit Australien oder so an, mit der australischen Regierung. "Oh, ich verteidige die Redefreiheit, das lasse ich nicht zu." Im Hintergrund, und das geht aus Daten von Twitter, X-Daten, hervor, hat X-Twitter unter Musk mehr Inhalte auf Geheiß von Regierungen entfernt als Twitter vor seinem Kauf.
Interviewer: Wirklich?
David Icke: In den sechs Monaten bis März dieses Jahres hat Musk weltweit 40.000 Inhalte auf Geheiß der Europäischen Union entfernt. Aber was er macht, ist, daß er öffentliche Kämpfe gegen Zensur austrägt und das verschleiert selbstverständlich, was er im Hintergrund tut. Und, wissen Sie, was wir hier sehen, ist wieder eine Wahrnehmungsverschiebung. Weil er eine gute Geschichte erzählt und weil die Leute das ein oder andere auf Twitter sagen dürfen, bekommt die ganze Agenda, die er vorantreibt, plötzlich einen Freifahrtschein.
Und dann plötzlich, und das sehen wir jetzt in den letzten paar Tagen, sagte er: "Ich werde grundsätzlich nie jemanden politisch unterstützen, weil 'X' neutral bleiben muss, um glaubwürdig zu sein." Jetzt schüttet er Geld in Trump und unterstützt Trump. Diese Leute wie Andreessen und Thiel und so weiter, die alle zu dieser Bande gehören, wechseln jetzt zu Trump und Sacks und all diesen anderen Leuten. Große Milliardäre aus dem Silicon Valley.
Und sie sind diejenigen, die die alternativen Mainstream-Medien finanzieren, die plötzlich gar nicht mehr alternativ sind. Und das ist kein Zufall. Ich bin jetzt 72 Jahre alt und habe keinen Grund, das zu tun, außer daß ich die Welt für diejenigen, die hier sein werden wenn ich gehe, nicht so haben will wie diese Leute sie ihnen überlassen wollen.
Und egal, welche Beschimpfungen ich von den alternativen Mainstream-Medien und ihren

Anhängern erhalte, ich werde sie weiterhin anprangern, weil es so wichtig ist, daß wir erkennen, daß es jenseits des Politischen ...
(Applaus)
(Interviewer: Oh, vielen Dank.)
David Icke: Jenseits der politischen Barrikade, dort liegen die Antworten, und deshalb wollen sie nicht, daß wir dorthin gehen.
Interviewer: Richtig. Wow. Danke, David, daß du all diese Punkte für uns verbunden hast. Das war erstaunlich.
David Icke: Ja, und das war nur ein Kratzen an der Oberfläche.
Interviewer: Ich danke Ihnen vielmals.
David Icke: Dieses Buch kommt am 1. September heraus: "Die Enthüllung". Und es wird auch ein Hörbuch geben. Ich nehme es gerade auf. Und natürlich wird es auch ein E-Book geben. Aber das geht so tief in den Kaninchenbau hinein. Wenn die Leute erkennen, was jenseits der politischen Arena liegt, in Bezug auf die Weite, nicht nur der Verschwörung, sondern die Weite dessen, was wir wirklich sind, würden sie es aus ihrer "Ich-kleiner-Mensch-Perspektive" niemals glauben.
Sie sind kein kleiner Ich-Mensch. Es gibt kein "Ich bin ein kleiner Mensch", außer der Wahrnehmung des "Ich bin ein kleiner Mensch". Wir sind alles, was ist, was war und was jemals sein kann, und wir haben nur eine kurze Erfahrung, die wir Mensch nennen. Und wenn wir das erkennen, dann wird uns keine Sekte mehr kontrollieren können. Und sie wollen nicht, daß wir genau das wissen.
Interviewer: Gut gesagt. Danke, David. Und hier ist Ihr Applaus.
David Icke: Danke, Kollege!
Interviewer: Danke, daß Sie zur AZK gekommen sind.
David Icke: Danke. Ich danke Ihnen vielmals. Danke.
Ja, danke, danke, in dieser Kürze ein Serienfeuer mitten ins Schwarze. Danke für die tollen Fragen von dir Daniel.
Danke David Icke! Wir lieben dich! Danke, daß du da warst!<<
Frankreich: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. August 2024 (x1.392/…): >>**Olympia 2024**
Grüne behaupten: Kritik an Khelif sei "rassistisch und transfeindlich"
In einem neuen Beitrag stempeln die Grünen die Debatte um Imane Khelifs Geschlecht als "rassistische und transfeindliche" Kampagne ab - die vielschichtigen Hintergründe der Debatte werden einfach ignoriert.
Henry Albrecht
...
"Was haben die Boxerin Imane Khelif, die Tennisspielerin Serena Williams und die Basketballspielerin Brittney Griner gemeinsam? Sie alle sind Women of Color, die aufgrund ihrer sportlichen Leistungen beschuldigt wurden, Männer zu sein." Diese Aussage hat die Partei Bündnis 90/Die Grünen am Mittwoch in einem Beitrag auf Instagram veröffentlicht.
"Sie ist viel zu gut in dem, was sie macht, … muß ein Mann sein! - Klingt total bescheuert, oder?", hieß es dort weiter. Diese Argumentationsstruktur habe man laut den Grünen besonders bei den Olympischen Spielen in Paris zu spüren bekommen. Imane Khelif wurde beschuldigt, "keine Frau zu sein und ihr wahres Geschlecht mutwillig zu verbergen."
Es ist eine haarsträubende Interpretation der weltweiten Debatte um die algerische Boxerin Imane Khelif, die bei den Olympischen Spielen mehrere Konkurrentinnen besiegte und schließlich die Goldmedaille gewann. Immerhin kamen die Zweifel am Geschlechts Khelif nicht plötzlich aufgrund ihrer herausragenden Leistung auf. Vielmehr fiel ihre Teilnahme an den Olympischen Spielen schlichtweg allen Menschen negativ ins Auge, die wußten, daß

Khelif in der Vergangenheit bereits von der Box-Weltmeisterschaft aufgeschlossen worden war, weil ein offiziell durch den Internationalen Boxverband IBA durchgeführter Test ergeben hatte, daß Khelif ein biologischer Mann ist.
Der Boxverband IBA bestätigte Anfang August dieses Jahres erneut diese Erkenntnis in einem offiziellen Statement und legte dar, daß mehrere durchgeführte Bluttests ein zweifelsfreies Testergebnis hervorgebracht hatten. Durch welchen Test das Geschlecht bestimmt wurde, gibt der IBA nicht an. In verschiedenen Medienberichten war von einem DNA-Test die Rede, der bei Khelif einen XY-Chromosomensatz nachgewiesen hatte.
In einer Pressemitteilung erklärt der Verband: "Die IBA möchte das Privatleben einer Person nicht kommentieren. Für die IBA ist es egal, wie sich Imane Khelif und Lin Yu-ting identifizieren und was in ihren Pässen steht. Die Hauptsorge der IBA ist, daß ihr hormonelles Ungleichgewicht ihnen einen deutlichen Vorteil gegenüber ihren weiblichen Konkurrentinnen in ihren jeweiligen Gewichtsklassen verschafft. Es kann für andere Boxerinnen gefährlich sein, wie wir bereits bei den Olympischen Spielen gesehen haben. Daher ist sie nicht berechtigt, an den IBA-Wettkämpfen teilzunehmen."
Das Olympische Komitee entzog sich jeder Verantwortung in der Diskussion, indem es schlichtweg erklärte, Khelifs Geschlecht sei anhand ihres Reisepasses bestimmt worden.
Doch diese Hintergründe interessieren die Grünen offensichtlich nicht. Sie erklären einfach, daß Khelif "Haßschriften und Hetze" über sich ergehen lassen mußte. Hinter diesem Vorgehen wiederum würde eine Praxis stehen, die auf "tief verwurzelten rassistischen und transfeindlichen Stereotypen" basiere.
Dies sei kein "Einzelfall", denn "immer wieder" seien es "insbesondere Sportlerinnen of Color, die ähnliche Anschuldigungen über sich ergehen lassen müssen." Dies soll wohl auf die anderen Sportlerinnen anspielen, die neben Khelif genannt werden. Doch Serena Williams und Brittney Griner stehen nicht primär wegen ihres Geschlechts in Kritik, sondern wegen Straftaten oder ihrem Verhalten, auf und neben dem Platz. Williams ist für ihre schroffe Art und ihren unfreundlichen Umgang mit Schieds- und Linienrichtern bekannt, bereits mehrfach rastete Williams auf dem Platz aus.
Zusätzlich äußerte Williams in der Vergangenheit Bedenken über die Häufigkeit und Art der Anti-Doping-Kontrollen, denen sie unterzogen wurde, und stellte die Fairneß dieser Tests in Frage. Die Spitzenspielerin inszeniert sich gerne in der Opferrolle.
Brittney Griner geriet weltweit in die Schlagzeilen, als sie im Februar 2022 in Rußland festgenommen wurde. Ihr wurde vorgeworfen, Drogen in Form von Vape-Kartuschen mit Cannabisöl bei sich zu haben. Dies führte zu einem Gerichtsverfahren, bei dem sie im August 2022 zu neun Jahren Haft in einer russischen Strafkolonie verurteilt wurde.
Brittney Griner wurde im Dezember 2022 im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zwischen den USA und Rußland gegen den russischen Waffenhändler Viktor Bout ausgetauscht. Viktor Bout, auch bekannt als der "Händler des Todes", war ein berüchtigter Waffenhändler, der in den USA zu einer langen Haftstrafe verurteilt worden war. Doch auf davon liest man im Beitrag der Grünen nichts.<<
USA: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 17. August 2024 (x1.394/…): >>**Wall Street Journal: Deutsche Stellen waren vorab über Nord-Stream-Sprengung informiert**
CIA informierte Bundesnachrichtendienst laut Zeitungsbericht im Vorfeld / Wagenknecht fordert Untersuchungsausschuß - Vorwissen wäre "Jahrhundertskandal" / CDU-Politiker: Ob Ukraine Nordstream gesprengt hat, ist "egal"
Washington / Berlin.
Laut eines Berichts der US-Zeitung "Wall Street Journal" (14. August) wußten Verantwortliche des Bundesnachrichtendienstes (BND) bereits im Vorfeld von den geplanten Sprengstoffanschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines. Demnach habe der US-Geheimdienst CIA

seine deutsche Partnerbehörde über die ukrainischen Planungen informiert, nachdem die CIA selbst vom niederländischen Militärgeheimdienst MIVD davon erfahren haben soll. Dies bestätigten der Zeitung sowohl deutsche als auch US-amerikanische Beamte, heißt es in dem Bericht.
Die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht forderte aufgrund dessen die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. "Wenn es sich herausstellen sollte, daß deutsche Stellen vorab von dem Anschlagsplan gewußt haben, dann hätten wir einen Jahrhundertskandal in der deutschen Politik."
Wagenknecht zufolge habe die deutsche Bundesregierung bislang nichts zur Aufklärung der Nord-Stream-Anschläge unternommen. Ein Ausschuß müsse herausfinden, welche deutschen Akteure wann was über die Anschlagspläne gewußt hätten.
Dem Zeitungsbericht zufolge versorgte die CIA den BND wenige Tage nach dem Anschlag ein zweites Mal - nun mit detaillierten Informationen über den Ablauf der Tat. Demnach habe der BND diese Informationen jedoch aufgrund von "Vorschriften über die Weitergabe von geheimen Informationen" nicht an die zuständigen deutschen Ermittlungsbehörden weitergegeben. Allerdings hätten Geheimdienstmitarbeiter die Ermittler trotzdem auf den Bericht "aufmerksam gemacht". In Folge dessen seien die deutschen Behörden der ukrainischen Tätergruppe auf die Spur gekommen, erklärt der Bericht des "Wall Street Journal".
Der frühere Präsident des BND August Hanning, der am 15. August vom TV-Sender "Welt" interviewt wurde, thematisierte das mutmaßliche Vorabwissen des BND nicht. Statt dessen warf er neben der ukrainischen Staats- und Militärführung auch polnischen Stellen, darunter dem amtierenden Präsidenten Andrzej Duda, nicht nur Vorwissen sondern auch Komplizenschaft bei den Anschlägen vor und bezeichnete diese als "Staatsterrorismus".
Ein anonym bleibender hochrangiger deutscher Beamter sagte dem "Wall Street Journal": Ein Angriff dieses Ausmaßes sei ein ausreichender Grund, um die kollektive Verteidigungsklausel der NATO auszulösen. Problematisch sei jedoch, daß "unsere kritische Infrastruktur von einem Land in die Luft gesprengt (wurde), das wir mit massiven Waffenlieferungen und Milliarden an Bargeld unterstützen". Einige deutsche Politiker seien vermutlich bereit, Beweise zu ignorieren, die auf die Ukraine als Täter deuten.
Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter erklärte in einem aktuellen Interview mit "Welt", es sei "egal" ob die Ukraine die Nordstream-Pipelines zerstört habe, die Sicherheit der Ukraine sei trotzdem "in unserem Interesse". Der Oberst a.D. Ralph Thiele sagte dem Magazin "Focus" (16. August): "Warum sollten wir ein Land unterstützen, das für den größten Angriff auf die kritische Infrastruktur Deutschlands in der Geschichte der Bundesrepublik verantwortlich ist?" Die Bundesregierung müsse sich fragen, warum sie bei diesem "außerordentlichen Vorfall" kein "deutliches Zeichen" gesetzt habe, daß man solche Angriffe nicht zulasse, sondern sanktioniere.
Der frühere Spiegel-Chefredakteur und heutige Regierungssprecher Wolfgang Büchner hatte am 14. August erklärt, die Beziehungen zur Ukraine würden durch Ermittlungen gegen ukrainische Tatverdächtige nicht belastet. Deutschland werde die Ukraine weiterhin militärisch und finanziell unterstützen.
Laut Informationen der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung steht in der aktuellen Haushaltsplanung der Bundesregierung jedoch ab sofort kein neues Geld mehr für die Ukraine zur Verfügung. Nur "bereits bewilligtes Material" solle noch geliefert werden, weitere Anträge aus dem Verteidigungsministerium sollen "auf Verlangen von Bundeskanzler Olaf Scholz" nicht mehr genehmigt werden.<<

18.08.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. August 2024 (x1.393/…): >>**Meiste Messerattacken an Bahnhöfen in Hannover, Frankfurt, Hamburg**

In einer Bilanz der Bundespolizei über Messer-Straftaten an deutschen Hauptbahnhöfen liegen Hannover, Frankfurt/Main und Hamburg nach absoluten Zahlen auf den ersten drei Plätzen. Die Auswertungen der Behörde zum "Tatmittel Messer" von Januar 2023 bis Juni 2024 beinhalten alle Fälle, bei denen ein Messer mitgeführt oder eingesetzt wurde, schreibt die "Bild am Sonntag", die die Zahlen nach eigenen Angabe einsehen konnte.
Insgesamt registrierte die Bundespolizei demnach 1.012 Messer-Delikte an den deutschen Bahnhöfen, die meisten in Hannover (46), Frankfurt/Main (44) und Hamburg (42). Aus dem Bericht geht nicht hervor, ob auch eine Auswertung in Relation zum Personenaufkommen gemacht wurde.
Häufig gab es jedoch auch Messer-Vorfälle in den Zügen: 2023 waren es 196, in diesem Jahr bis Juni 84 Fälle. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann forderte unterdessen an Bahnhöfen Verbotszonen für Waffen und anlaßlose Gepäck- und Taschenkontrollen durch die Bundespolizei.
Linnemann sagte der "Bild am Sonntag": "Deutsche Bahnhöfe werden zunehmend zu Hotspots für Waffengewalt. Doch anstatt umgehend die Grundlage dafür zu schaffen, daß der öffentliche Raum wieder sicher wird, tourt Frau Faeser medienwirksam mit einer Sicherheitstour durchs Land. Wir brauchen jetzt keine Symbolpolitik, sondern eine hart durchgreifende Innenministerin. Dort, wo Experten Hotspots für Waffengewalt ausgemacht haben, müssen klare Regeln und Verbotszonen her."
Unterstützung gibt es dazu von Andreas Roßkopf von der Gewerkschaft der Polizei (GdP): "Messerverbote prinzipiell an Bahnhöfen umzusetzen, ist eine sinnvolle Maßnahme. Tatsächlich müßten hier aber auch gesetzliche Änderungen vollzogen werden, sodaß die Bundespolizei dies auch überwachen kann. Momentan sind keine anlaßlosen Kontrollen möglich." Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte bereits angekündigt, das Waffenrecht verschärfen zu wollen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. August 2024 (x1.393/…): >>**Patientenschützer fordern Corona-Aufarbeitung in Pflegeheimen**
In der Diskussion um die Aufarbeitung von Corona-Gesetzen mahnen Patientenschützer einen kritischen Blick auf die Maßnahmen in Pflegeheimen an. "Es ist überfällig, daß die Corona-Maßnahmen in der Langzeitpflege auf den Prüfstand gestellt werden", sagte Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, der "Rheinischen Post".
Offensichtlich sei der Schutz von Pflegeheimbewohnern "mangelhaft" gewesen. In den Heimen sei fast jeder zweite Corona-Tote gezählt worden, die Überlebenschancen von daheim lebenden Pflegebedürftigen seien besser gewesen. "Es muß endlich aufgearbeitet werden, warum es keine funktionierende Teststrategie in der Langzeitpflege gab", so Brysch.
"Gleichzeitig gilt es, die damals beschlossene einrichtungsbezogene Impfpflicht in den Blick zu nehmen. Die politisch verantwortete These war falsch, daß Geimpfte das Virus nicht weitergeben können." Spätestens bei Inkrafttreten des Gesetzes sei das offenkundig geworden. "Mit der Entscheidung hat der Bundestag mit Unterstützung der Fachverbände aus Medizin und Pflege bei den Beschäftigten Vertrauen verspielt. Aus diesen Fehlern müssen Lehren für mögliche zukünftige Pandemien gezogen werden", forderte Brysch.<<
Großbritannien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 18. August 2024 (x1.392/…): >>**Corona**
Impfnebenwirkungen: Fast 14.000 Briten stellten Antrag auf Entschädigung
Fast 14.000 Menschen haben in Großbritannien Entschädigungen wegen angeblicher Schäden durch Covid-19-Impfstoffe beantragt, wobei rund 97 Prozent der anerkannten Ansprüche den AstraZeneca-Impfstoff betreffen.
Henry Albrecht
...

In Großbritannien haben nahezu 14.000 Menschen Entschädigungen für Impfschäden infolge der Corona-Impfung bei der Regierung beantragt. Die überwiegende Mehrheit der anerkannten Schadensersatzansprüche, etwa 97 Prozent, bezieht sich auf den Impfstoff von AstraZeneca. Nur wenige Entschädigungen wurden für die Impfstoffe von Pfizer oder Moderna gezahlt. Seit der Gründung des Entschädigungsprogramms im Jahr 1979 wurden insgesamt rund 16.000 Anträge eingereicht, wobei die Covid-19-Impfungen den Großteil ausmachten.
Laut dem Telegraph wurden bereits Zahlungen für schwerwiegende Erkrankungen wie Schlaganfälle, Herzinfarkte, gefährliche Blutgerinnsel, Entzündungen des Rückenmarks, übermäßige Schwellungen der geimpften Gliedmaßen und Gesichtslähmungen gewährt.
Die Kriterien für eine Entschädigung sind streng. Von den 14.000 Anträgen wurden bisher nur 175 anerkannt, was weniger als zwei Prozent entspricht. Über 5.500 Anträge wurden abgelehnt, viele weitere bereits vor einer medizinischen Begutachtung zurückgewiesen. Antragsteller müssen eine Behinderung von mindestens 60 Prozent nachweisen, um eine Entschädigung in Höhe von 120.000 Pfund zu erhalten.
Trotz der steigenden Zahl von Fällen schwerer Nebenwirkungen und internationaler Bedenken, etwa in Deutschland oder Frankreich, empfahl die britische Regierung im März 2021 weiterhin die Verwendung des AstraZeneca-Impfstoffs. Viele Antragsteller und Betroffene fordern nun eine gründliche Untersuchung der Vorfälle und eine Überprüfung der Entschädigungskriterien.
Ein exemplarischer Fall ist der von Leona Sanders, die an der seltenen Autoimmunerkrankung Granulomatose leidet. Trotz der Empfehlung, daß die Impfung aufgrund ihres geschwächten Immunsystems möglicherweise wirkungslos sei, erhielt sie 2021 ihre erste AstraZeneca-Impfung. Nach ihrer dritten Impfung, diesmal mit dem Pfizer-Impfstoff, verschlechterte sich ihr Zustand dramatisch. "Die Zusammenbrüche ereigneten sich alle nur wenige Tage nach der Impfung", erklärte Sanders.
Eine radiologische Untersuchung ergab, daß sie an einer Schwellung des Rückenmarks leidet, einer bekannten Nebenwirkung des Impfstoffs. Trotz der eindeutigen zeitlichen Nähe zwischen den Impfungen und den Symptomen wurde ihr Antrag auf Entschädigung abgelehnt. "Die Zusammenbrüche kamen alle nur wenige Tage, nachdem sie die Impfung bekommen hatte", sagte Sanders' Ehemann. "Das alles muß gründlich untersucht werden."
Auf Anfrage des Telegraph betonte ein Sprecher von AstraZeneca vor allem die große Bedeutung, die man bei der Beendigung der Pandemie gespielt hätte. "Unabhängigen Schätzungen zufolge wurden allein im ersten Jahr der Anwendung über sechs Millionen Menschenleben gerettet", erklärt man stolz.
Der Impfstoff von AstraZeneca habe in klinischen Studien und in der Praxis immer wieder gezeigt, daß er ein akzeptables Sicherheitsprofil aufweise. Aufsichtsbehörden auf der ganzen Welt wiederum hätten erklärt, daß der Nutzen der Impfung die Risiken der extrem seltenen potentiellen Nebenwirkungen überwiege. Bezüglich der Diskussion um Impfschäden sagte der Sprecher: "Unser Mitgefühl gilt allen, die Angehörige verloren oder gesundheitliche Probleme gemeldet haben."<<

19.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. August 2024 (x1.390/…): >>**Alarmierende Zahlen: Jahresbericht der Bundespolizei zeigt massiven Anstieg der Straftaten!**
Kaum jemand dürfte darüber verwundert sein: Die Zahl der Straftaten ist im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei (unter anderem Bahnhöfe, Flughäfen, Grenzen) im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Mit 790.245 erfaßten Delikten wurde der höchste Stand seit dem Jahr 2012 erreicht. Gegenüber dem Vorjahr gab es einen enormen Anstieg bei Sexualdelikten (+ 14,9 %), Taschendiebstählen (+ 16,4 %), Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht (+ 38,3 %) und

Angriffen auf Bundespolizisten (+ 18,7 %).
Unter normalen Umständen käme es jetzt zu massiven Diskussionen über die Arbeit von Innenministerin Faeser (SPD), deren Migrationspolitik diese Zahlen herbeigeführt hat. Doch in trauter Einigkeit mit Mainstream-Journalisten deckt die Ampel-Regierung eine Ministerin, die die Innere Sicherheit in unserem Land auf ganzer Linie zerstört. Ob beim Grenzschutz, bei Abschiebungen oder beim Schutz von Flughäfen und kritischer Infrastruktur - Faeser ist ein Totalausfall.
Wenn wir bei der Entwicklung der Straftaten nicht alljährlich von Rekord zu Rekord eilen wollen, dann brauchen wir endlich eine konsequente Migrationswende: Grenzen schützen, illegale Asylbewerber und Straftäter mit ausländischer Staatsbürgerschaft abschieben, Geldleistungen in Sachleistungen umwandeln. Innenministerin Faeser ist für die Durchsetzung dieser Maßnahmen trotz aller Nebelkerzen weder fähig noch willens.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. August 2024 (x1.390/…): >>**Fahrpläne werden nur noch "geschätzt": Pünktliche Züge für uns statt Radwege für Peru!**
Es war ein Symbol für den Niedergang der deutschen Tugenden unter der Ampel-Regierung: Überfüllte Züge, Pannen und Zugverspätungen sorgten während der Fußball-EM für internationalen Spott. Das Bild des pünktlichen und perfekt organisierten Deutschen war dahin. Nun zeigen Medienberichte, wie schlimm es wirklich um unsere Infrastruktur steht. "Fahrpläne werden nicht mehr gerechnet, sondern nur noch geschätzt", soll ein anonymes Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn gegenüber einer Zeitung gesagt haben. Von einem "Riesenproblem" und einem "Kontrollverlust" sei gesprochen worden.
Verwunderlich ist diese Entwicklung nicht. "Deutschland hat heute die älteste Stellwerkslandschaft in Westeuropa", sagt Philipp Nagl, Chef der DB-Schienennetz-Tochter DB Infrago. Über Jahre hinweg wurde das Schienennetz nur mangelhaft gewartet. Die Ampel-Regierung setzt eben andere Prioritäten und finanziert mit unserem Steuergeld lieber Radwege in Peru oder erneuerbare Energien in marokkanischen Moscheen. Bei den Straßen sieht es nicht viel besser aus - erst im Juni beschloß das FDP-geführte Verkehrsministerium eine Mittelkürzung für die Autobahn GmbH um rund 20 Prozent.
Wir sehen diesem Verfall unserer Infrastruktur nicht tatenlos zu! Die AfD setzt sich dafür ein, daß die gigantischen Ausgaben für vermeintliche Entwicklungshilfe und vor allem für Migration drastisch gekürzt werden, sodaß ausreichende finanzielle Spielräume für unsere eigenen Herausforderungen entstehen. So stopfen wir die Milliardenlöcher, die von Robert Habeck mit dem höhnisch-gleichgültigen Satz "Ist halt so" kommentiert werden. Es ist nicht verhandelbar: Unser Land zuerst!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. August 2024 (x1.391/…): >>**8 Mio. Euro für Image-Filmchen: "Bürgergeld-Minister" Heil haut unsere Steuergelder raus!**
"Bürgergeld-Minister" Hubertus Heil (SPD), buchstäblich eines der Schwergewichte in der Ampel-Regierung, sucht eine neue Social-Media-Agentur. Der fette Auftrag im Wesentlichen für Kurzfilmchen hat ein Volumen von acht Millionen Euro.
Um sein Image aufzupolieren, plant Genosse Heil eine große Offensive in den sozialen Medien. Das Ministerium will bis zu acht Millionen Euro in eine neue Agentur investieren, die Heils Social-Media-Strategie intensivieren soll. Das geht laut Medienberichten aus der Ausschreibung für einen "Rahmenvertrag Social Media" hervor. Die bisherige Agentur soll abgelöst werden.
Der Vertrag mit einer neuen Agentur soll laut Ausschreibung über drei Jahre laufen und zusätzlich zweimal um sechs Monate verlängert werden können. Das Budget: Bis zu acht Millionen, also zwei Millionen Euro jährlich. Ziel sei es, die "Schlagzahl der Beiträge" im Inter-

net zu erhöhen.
Die Entscheidung, eine externe Agentur zu engagieren, begründet das Heil-Ministerium mit der "Informationspflicht gegenüber den Bürgern". Bewegtbilder seien immer wichtiger geworden. Die Kosten würden insbesondere durch die Produktion von "barrierefreien" Kurzfilmen in einfacher Sprache steigen. Diese Maßnahme sei "essentiell, um Menschen mit Beeinträchtigungen nicht aus Informationsketten auszuschließen."
Die Social-Media-Experten sollen vor allem Minister-Videos, Instagram-Storys und Livestreams von Auftritten ins Netz bringen. Ziel ist es, das Ministerium als "moderne, bürgernahe und innovative Behörde" zu präsentieren.
Im Netz kocht Wut hoch. Hier einige Stimmen:
- "Warum braucht der überhaupt eine Agentur, frage ich mich?"
- "Hat der etwa selber keine Mitarbeiter in seinem aufgeblähten Ministerium dafür oder sind die alle zu blöd für so was und zu faul zum Arbeiten?"
- "Ist ja nicht deren Geld, das da verbrannt wird und ein paar Günstlinge mästen sich am Elend des Steuerzahlers."
- "Geht es noch? Eine unfaßbare Geldverschwendung!"
Bleibt die Hoffnung, daß sich die Ausschreibung dieses Propaganda-Projekts nach den Landtagswahlen in Ostdeutschland rasch von selbst erledigen wird.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 19. August 2024 (x1.394/…): >>**Corona-Aufarbeitung: Neue Indizien im Todesfall Oppermann**
Neue Indizien zum Tod des SPD-Politikers und Lockdownkritikers Thomas Oppermann im Jahr 2020 / Wolfgang Wodarg: "sieht so aus, als wenn er vergiftet wurde" / Staatsanwaltschaft ermittelte nicht
Der langjährige SPD-Politiker Wolfgang Wodarg nannte am Montag (19. August) im Interview mit Multipolar bislang unbekannte Details zum Tod des damaligen Bundestagsvizepräsidenten Thomas Oppermann am 25. Oktober 2020. Wodarg habe "die Situation so berichtet bekommen", daß Oppermann wenige Minuten vor einem Live-Auftritt im ZDF "in der Maske war, also geschminkt wurde für den Auftritt", daß er "dann einen Kaffee angeboten bekommen hat, einen Kaffee getrunken hat und daß er dann tot zusammengebrochen ist."
Anschließend sei keine Polizei gekommen und es sei auch "nicht besonders gründlich nach einer Todesursache geforscht" worden, so der ehemalige Fraktionskollege. Seine Schlussfolgerung: "Für mich sieht es so aus, als wenn er vor dem Auftritt vergiftet wurde." Die Staatsanwaltschaft hätte aktiv werden müssen, doch "das ist sie nicht", betonte Wodarg. Multipolar konnte diese Informationen durch ein Gespräch mit der Person bestätigen, der sich der Augenzeuge anvertraut hatte.
Oppermann hatte sich in den Tagen vor seinem Tod vehement gegen einen weiteren Lockdown gewandt, der am 2. November dann ausgerufen wurde. Gegenüber dem SPIEGEL hatte er im Oktober erklärt, er rechne "mit weiteren Gerichtsentscheidungen, die Corona-Maßnahmen aufheben." Der "Aktionismus der Landesregierungen" produziere "wenig durchdachte Einzelmaßnahmen", die "gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit oder den Grundsatz der Gleichbehandlung verstoßen" würden.
Er kritisierte Diskussionen "hinter verschlossenen Türen im Kanzleramt" und forderte wenige Tage vor seinem Tod "eine offene Generaldebatte im Bundestag". Dort gebe es "keine Mehrheit für ein unspezifisches Beherbergungsverbot", so der Politiker, der bis 2017 auch Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion war. Nur der Bundestag könne "durch eine offene Debatte und eine sorgfältige Abwägung für die notwendige Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen sorgen." In einem weiteren Interview hatte Oppermann wiederholt: "Wir brauchen eine Debatte über die genaue gesetzliche Ermächtigung der Exekutive". Dies sei "eine Frage der Rechtsstaatlichkeit".

Sein Tod ereignete sich wenige Minuten, bevor er seine Überlegungen und Forderungen als Interview-Gast in der ZDF-Sendung "Berlin direkt" einem Millionenpublikum erläutern konnte. Oppermann sollte dazu aus dem Göttinger Max-Planck-Institut live in die Sendung geschaltet werden. Der Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, Theo Koll erinnerte sich, man habe "noch im Vorgespräch zur geplanten Schalte den wie stets professionellen und entspannten Politiker Thomas Oppermann erlebt." Der Journalist Hans-Jörg Vehlewald, der ihn nach eigener Aussage seit über 20 Jahren kannte, betonte, daß niemandem aus Oppermanns Umfeld etwas von einer Vorerkrankung bekannt gewesen sei.
Wodarg, der gegenüber Multipolar erstmals die Details des Todesfalls öffentlich machte, räumte ein, das habe ihn "damals sehr erschrocken". Er "glaube schon, daß es da Leute gibt, die große Angst davor hatten", daß Politiker wie Oppermann "die geplanten Aktionen stören". Gegen den zweiten Lockdown im Herbst 2020 war es juristisch zu einer Klagewelle gekommen.
Auch der Chef des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft, Mario Ohoven, hatte die Bundesregierung im Oktober 2020 gewarnt: Der geplante neue Lockdown wäre ein "Todesstoß für Wirtschaft." Sollte die Bundesregierung das öffentliche Leben erneut zum Erliegen bringen, behalte er sich rechtliche Schritte vor. Er "glaube nicht, daß ein erneuter Lockdown vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand hätte", so Ohoven damals. Daher sei es "nicht nur legitim, sondern geradezu geboten, die Frage zu stellen, ob die Maßnahmen auch im Rechtssinne verhältnismäßig sind und damit im Einklang mit unserer Verfassung stehen."
Zwei Tage nach dieser Aussage, am 31. Oktober 2020, starb auch Ohoven. Er prallte mit seinem Wagen gegen eine Autobahnbrücke. Laut Medienberichten war er "mit seinem Bentley auf der linken Spur der A44 unterwegs gewesen, als er aus noch ungeklärter Ursache die Kontrolle über das Fahrzeug" verlor. Auch in diesem Fall ermittelte die Staatsanwaltschaft nicht.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. August 2024 (x1.393/…): >>**Polizeigewerkschaft warnt vor erhöhter Bedrohung durch Clan-Milieu**
Vor der Veröffentlichung des neuen Lagebilds "Clan-Kriminalität" in Niedersachsen fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) mehr Schutz für Einsatzkräfte.
"Je tiefer die Ermittlungen gehen, desto intensiver werden die Bedrohungen und Einschüchterungen gegen Polizeibeamte", sagte der niedersächsische Landesvorsitzende Patrick Seegers der "Neuen Osnabrücker Zeitung".
"Daß die Bedrohungslage für Polizisten zunimmt, zeigt gleichzeitig, daß die Ermittlungsbehörden auf dem richtigen Weg sind", sagte Seegers weiter.
Wie auch bei der Organisierten Kriminalität steige die Brutalität vor allem dann, wenn sich die Clan-Mitglieder unsicher fühlten. Zum besseren Schutz der Polizisten forderte Seegers unter anderem "robuste Kräfte" bei Schwerpunktkontrollen in Stadtteilen, wo die Polizei erfahrungsgemäß ungern gesehen werde.
Auch wünschte er sich eine konsequente Verfolgung bei Bedrohungen. "Der Angriff auf einen Polizeibeamten ist immer ein Angriff auf den gesamten Rechtsstaat. Und so müßte er von Justiz und Politik dann auch bewertet werden."
Für Debatten darüber, ob der Begriff "Clan-Kriminalität" diskriminierend sei, hat Seegers kein Verständnis. Es brauche mit Blick auf Clan-Kriminalität vielmehr deutlich mehr "politische Rückendeckung für die Polizei. Da will ich dann nicht mehr über irgendwelche Begrifflichkeiten streiten müssen", sagte Seegers der NOZ. Kritiker sehen darin eine rassistische Kriminalisierung der Betroffenen. Niedersachsen sowie vier weitere Bundesländer erstellen jährlich ein eigenes Lagebild zum Phänomenbereich.
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. August 2024 (x1.393/…): >>**Hausärzte fordern besseren Schutz für Praxispersonal**

Der Verband der Hausärzte in Deutschland fordert Justizminister Marco Buschmann (FDP) auf, beim geplanten Gesetz zum besseren Schutz von Einsatzkräften auch die Arztpraxen mit einzubeziehen.
"Kaum einer wird bestreiten, daß die Aggressivität in der Gesellschaft zunimmt", sagte der Bundesvorsitzende des Verbands, Markus Beier, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Montagausgaben). "Diese Entwicklung macht auch vor den Hausarztpraxen nicht halt", sagte er weiter. Insbesondere die Mitarbeiter seien immer häufiger Opfer von aggressivem und beleidigendem Verhalten.
Körperliche Gewalt sei zum Glück die Ausnahme, komme aber auch durchaus vor. Die teils aggressive Stimmung ist für Beier auch verantwortlich für den sich zuspitzenden Fachkräftemangel in den Hausarztpraxen. Es sei extrem schwierig geworden, Medizinische Fachangestellte zu finden. "Wir müssen alles dafür tun, um das Berufsbild attraktiver zu machen, so Beier."
Wenn man sich als "MFA" regelmäßig von Patienten anbrüllen lassen müsse, sinke natürlich die Lust, sich für diesen Beruf zu entscheiden, massiv. Klar sei aber auch: Die allermeisten Patienten seien froh und dankbar für ihre hausärztliche Versorgung. "Wir reden hier von einer Minderheit, die sich nicht benehmen kann und teilweise aggressiv auftritt", sagte Beier. Das Verhältnis der Praxen zu den allermeisten ihrer Patienten sei vertrauensvoll und von gegenseitiger Wertschätzung geprägt.<<
Schweiz: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 19. August 2024 (x1.394/…): >>**Trotz unklarer Datenlage: WHO ruft Mpox-Notstand aus**
WHO kann keine aktuellen Fallzahlen vorlegen / Abgrenzung zwischen bestätigten und vermuteten Fällen unklar / Ex-WHO-Arzt: Malaria und Tuberkulose sind viel größere Probleme - Fixierung auf Mpox ist "Geschäftsmöglichkeit" für Pharmaindustrie
Am 14. August hat der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Tedros Ghebreyesus wegen der Ausbreitung von Affenpocken (Mpox) in Afrika einen internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Das ist die höchst mögliche Alarmstufe im internationalen Gesundheitsrecht. Anlaß sind laut Ghebreyesus mehr als 15.000 Fälle und 537 Todesfälle in diesem Jahr sowie eine neue Variante (Clade 1 b), die sich hauptsächlich durch Sexualkontakte auszubreiten scheine. Zudem seien in den letzten Monaten mehr als 100 laborbestätigte Fälle aus Nachbarländern der Demokratischen Republik Kongo berichtet worden.
Die WHO-Veröffentlichung mit den aktuellsten verfügbaren Daten, die Multipolar auf Anfrage erhielt, bezieht sich jedoch lediglich auf Meldungen vom 1. Januar bis Ende Juni 2024. Darin werden kumuliert für das erste Halbjahr weltweit 99.000 laborbestätigte Fälle genannt, die große Mehrheit davon allerdings nicht in Afrika. Etwa zwei Drittel der Fälle beziehen sich auf den amerikanischen Kontinent.
Der in den Daten erkennbare Rückgang der Fallzahlen von Mai bis Juni 2024 wird auf eine "Untererfassung" zurückgeführt. Epidemiologischen Daten der afrikanischen Seuchenschutzbehörde (Africa CDC) ist zu entnehmen, daß unterschieden wird zwischen bestätigten, wahrscheinlichen und vermuteten Fällen. Wie die Abgrenzung erfolgt, ist unklar. Ebenfalls unklar bleibt auch weiterhin die Ermittlung der Todeszahlen und der Fallsterblichkeit.
Am 7. August hatte der WHO-Generaldirektor das Notfallverfahren (Energency Use Listing EUL) für Mpox-Impfstoffe eingeleitet. Am 9. August lud er Impfstoffhersteller ein, ihr Interesse an einer Aufnahme in die EUL anzumelden und Daten zur Wirksamkeit und Sicherheit der Impfstoffe vorzulegen. Zu den Impfstoffen, die von der WHO Strategic Advisory Group of Experts on Immunization (SAGE), in der Sitzung am 24. März empfohlen worden sind, gehört auch MVA-BN der dänischen Firma Bavarian Nordic.
Das Unternehmen verbindet laut seiner Pressemitteilung vom 13. August mit dem, durch die WHO und die afrikanische Seuchenschutzbehörde verkündeten, Notstand die Hoffnung, daß

sein Impfstoff schneller in Afrika zugelassen werden könnte. Bislang haben nur zwei afrikanische Staaten eine Notfallzulassung für Erwachsene gewährt.
Für seine Impfstoffstudie und -produktion erhält Bavarian Nordic finanzielle Unterstützung sowohl durch die Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) als auch von der EU-Organisation HERA (Health Emergency Preparedness and Response Authority). HERA hat 175.000 Dosen des Mpox-Impfstoffs bei Bavarian Nordic bestellt, um sie an die afrikanische Seuchenschutzbehörde zu "spenden". Bavarina Nordic "spendet" weitere 40.000 Impfstoffdosen.
David Bell, Arzt für öffentliches Gesundheitswesen und ehemaliger Wissenschaftler bei der WHO, kritisiert die Fixierung der Aufmerksamkeit und Finanzmittel auf Mpox, die dem "Pandemisch-Industriellen-Komplex" zugute kämen. Während in der Demokratischen Republik Kongo in diesem Jahr 500 Menschen an Mpox gestorben seien, starben 40.000 vor allem junge Kinder an Malaria und hunderttausende weitere Menschen in diesem und angrenzenden Ländern an Tuberkulose, AIDS, Unterernährung oder unsauberem Wasser.
Vor vierzig Jahren hätte die WHO den Mpox-Ausbruch im Zusammenhang gesehen mit anderen Krankheiten, mit Armut und zivilen Unruhen, die sie begünstigten, schreibt Bell. Auch die Medien hätten die Krankheit kaum erwähnt. Doch heute sei die öffentliche Gesundheitsbranche auf die Ausrufung von Notständen und "Pandemien" angewiesen, denn dies sei für die Pharmafirmen hinter der WHO eine "Geschäftsmöglichkeit".
Währenddessen forderte WHO-Epidemiologin Maria van Kerkhove bei der Pressekonferenz zur Ankündigung des Mpox-Notstandes eine stärkere Überwachung, mehr Tests, eine stärkere Rückverfolgung von Kontakten, eine stärkere Risikokommunikation und das Engagement von Gemeinschaften mit Infizierten sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen, um die Mpox-Ausbreitung begrenzen zu können.
Im Hinblick auf diese Maßnahmen weist der Journalist und Experte für Impfungen, Bert Ehgartner, auf Multipolar-Anfrage darauf hin, daß die lokale Bevölkerung wie bei Ebola oder Corona nicht mit WHO und UN-Organisationen kooperieren wolle. "Niemand wollte in deren Einflußbereich geraten, weil die positiven Tests oft zu Quarantäne-Maßnahmen führten." Bei vielen Afrikanern sei eine Quarantäne allerdings kaum auszuhalten, weil der Lebensunterhalt oft durch tägliche Jobs gesichert werde und Familien auf diese Weise in Existenznot gedrängt würden.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30192" berichtet am 19. August 2024 (x1.389/…): >>**Dr. Gerd Reuther: "Pandemien kommen, wenn sie gebraucht werden." Mpox - WHO ruft weltweite Notlage aus**
"Pandemien kommen, wenn sie gebraucht werden. Pandemien bleiben aus, wenn wir sie nicht glauben." So das Fazit von Dr. Gerd Reuther in seinem Vortrag vom 13. April 2024 zum Thema "Panikmache und erfundene Krisen zur Lenkung der Welt".
Der Universitäts-Dozent Dr. Gerd Reuther ist Facharzt für Radiologie, Medizinaufklärer und Medizinhistoriker. Kla.TV strahlt den aufschlußreichen und hochaktuellen Vortrag aus gegebenem Anlaß aus:
Vor wenigen Tagen hat die WHO erneut eine weltweite Notlage ausgerufen. Die Berliner Zeitung berichtet am 14.8.24: "Die WHO sieht das Risiko, daß sich die Mpox (auch Affenpocken genannt) nach 2022 erneut international ausbreiten und in mehreren Ländern zum Gesundheitsrisiko werden könnten. Die Notlage-Erklärung soll Behörden in aller Welt alarmieren, damit sie sich auf mögliche Ausbrüche vorbereiten."
Erst vor wenigen Monaten wurden die neuen Internationalen Gesundheitsrichtlinien (IHR) in einer "Nacht- und Nebelaktion" verabschiedet. Die WHO bzw. Tedros in Person hat dadurch noch mehr Macht über alle 194 Mitgliedsstaaten erhalten. Ist die neue Mpox-Hysterie ein weiteres Manöver, um die Welt unter eine "WHO-Diktatur" zu bringen? Fest steht: "Die WHO

wird in den kommenden Tagen und Monaten in enger Zusammenarbeit mit allen betroffenen Ländern ... die globalen Gegenmaßnahmen koordinieren", sagte Tedros.
Weshalb gerade jetzt eine weltweite pandemische Notlage ausgerufen wird, bleibt zu beobachten.
Klar ist, die stagnierenden Gewinne der Pharmagiganten werden durch die angekurbelte Mpox-Impfstoffindustrie in Kürze in die Decke steigen. Ernst Wolff schreibt am 15.8. dazu: "WHO & SPIEGEL erhalten Millionenbeträge von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, die wiederum hoch in die Pharmaindustrie investiert ist."
Werfen Sie zur Einschätzung dieser aktuellen Lage mit Kla.TV heute einen Blick zurück in die Geschichte der Pandemien.
Dr. med. Gerd Reuther: Ja, ich freue mich ganz besonders, hier wieder in Wien zu sein. Ich habe schließlich 13 Jahre meines Lebens hier beruflich verbracht. Ich bin von daher dem Mag. Hauser auch dankbar, mich mal wieder nach Wien zu holen. Denn nach dem, was hier an Corona passiert ist, war Wien eigentlich wirklich nicht mehr einladend gewesen, muß man sagen. Und ich hatte mir schon fast geschworen, nie mehr die Grenze des Wiener Stadtgebietes zu überschreiten. Aber ich habe es jetzt trotzdem gemacht, weil es, glaube ich, einfach ganz, ganz wichtig ist.
Denn für diesen Totalitarismus, der hier eingerichtet werden soll, brauchen die nochmal eine Pandemie. Und diese Pandemie darf nicht stattfinden. Und sie kann nur dann verhindert werden, wenn wir einen Blick in den Rückspiegel machen und uns anschauen, was früher passiert ist. Wie das denn mit den Seuchen in den vergangenen 700 Jahren ausgesehen hat. Und deswegen haben meine Frau und ich vor einem Jahr dieses Büchlein geschrieben. Und man kann tatsächlich die Seuchengeschichte auf 150 Seiten zusammenfassen, was man gar nicht glauben sollte. Weil nämlich seit 700 Jahren immer das Gleiche passiert.
Es geht nicht um Bakterien und um Viren. Es geht um Panik, um nichts anderes. Pandemie ist ein Synonym für Panikerzeugung. Ja, und für diese Panik braucht man Tote. Aber diese Toten möchte man natürlich schon aus Pietät nicht einfach direkt zeigen. Vielleicht auch, weil es die gar nicht gibt. Deswegen nimmt man Särge. Und die Särge, die kennen wir alle von Bergamo. Dazu muß ich nicht mehr viel sagen. Ich glaube, es waren ja nur 13 Särge, die man hier stundenlang im Kreis herumgefahren hat. Aber das Ganze haben die schon einige Jahrhunderte früher gemacht.
Schauen Sie sich auf der linken Seite das Bild an. Das ist nämlich genauso fake wie die Särge auf der rechten Seite. Oder glauben Sie, daß man so einen Sarg mit dem ganzen Menschen einfach als ein Mensch allein tragen kann? Deswegen braucht man Särge, weil man nicht weiß, ob was drin ist. Und natürlich auch, weil die Särge deswegen schon nicht stimmen können. Denn jahrhundertelang hat man Menschen gar nicht den Särgen bestattet, weil es zu teuer war. Und weil man die Verwesung damit zu lange auf den begrenzten Kirchhöfen hätte aufhalten können.
Und deswegen hat man dieses Bild mindestens 100 oder 200 Jahre später gemalt und hat es zurückdatiert, als würde es die Situation im Jahr 1347 darstellen. Das heißt, beides, was wir hier sehen, ist Fake News und nichts anderes. Denn es kommt auf diese Angst drauf an. Diese Angst, die hat aber zwei Gesichter. Für uns, für die meisten Menschen ist das diese Angst auf der linken Seite. Die Angst, die uns das Denken nimmt, die uns dazu zwingt, Schutz zu suchen und uns Hilfsangeboten zu unterwerfen.
Und dann gibt es aber auch die Angst als Chance. Sie kennen den Herrn auf der rechten Seite vielleicht. Das ist der bekannte Warren Buffett. Das heißt, für die Minderheit der Menschheit ist diese Seuchenpanik ein Grund zum Jubeln.
Denn er sagte ja: Weit verbreitete Angst ist ihr Freund als Investor. Weil man dann Schnäppchenkäufe machen kann. Und diese Schnäppchenkäufe haben die immer gemacht. Nicht jetzt

erst in Corona, sondern auch schon früher.
Also hier ist es mal für Corona: Der kanadische Physiker Denis Rancourt hat mal hier aufgetragen, die Armut gegen die Toten. Und Sie sehen: Je ärmer die Bevölkerung ist, desto häufiger ist sie gestorben. Nicht an einem Virus, sondern an den Maßnahmen. Und das Gleiche ist früher schon passiert, 1866 und 1871 in Amsterdam, hier oben für die Pocken. Das ist die Zahl der Todesfälle der Armen und das ist die Zahl der Todesfälle der ganz Reichen. Und hier unten, das Ganze für die Cholera, Todesfälle der Armen, Todesfälle der Reichen. Das heißt, man hat sich immer eines Teils der Bevölkerung, die man nicht mehr haben wollte, mit einer Seuche ganz gut entledigen können.
Und vor allem, man war nicht schuld. Und Schuld möchten die ja nicht haben. Also zur Bevölkerungsreduktion muß man nicht unbedingt einen Krieg führen. Eine Seuche tut es auch. Und natürlich kann man dann die Wirtschaft umsteuern. Wir sehen das ja jetzt mit Corona, was passiert: Neue Großprojekte, die man vorher gar nicht durchgebracht hätte.
Das haben die aber auch schon früher gemacht, bei den Seuchen, wie ich Ihnen gleich zeigen werde. Plötzlich hat die Wirtschaft gebrummt von wegen, daß da Menschen gestorben sind und keiner mehr zum Arbeiten da war. Man hat neue Großprojekte gestartet und man hat dann eben auch sich gewisser Personen entledigt. Heute die Schwurbler, früher waren es halt die Ketzer und Hexen oder auch die Juden, die man einfach umgebracht hat, um Platz zu schaffen für neue Leute, die die Gesellschaft steuern.
Und daß mit der Seuchengeschichte schon einiges nicht stimmt, sieht man mal an so einem groben Überblick von 1347 bis jetzt, daß man hier immer wieder irgendwelche Seuchenereignisse hatte. Aber es gibt auch komische Brüche in dieser Seuchengeschichte. Nämlich, warum hat es denn bis 1347 jahrhundertelang keine Seuchen gegeben? Muß man sich ja mal fragen, wenn es dann ständig alle acht bis zehn Jahre eine Seuche gegeben hat.
Und es soll eine größere Seuche gegeben haben, die bekannte Spanische Grippe, 1918 zum Ende des Ersten Weltkriegs, weil es da vielen Leuten schlecht ging. Aber wir hatten ja auch einen Zweiten Weltkrieg. Warum gab es denn zum Ende des Zweiten Weltkriegs, wo es den Leuten ja auch nicht weniger schlecht ging, keine Seuche? Die Antwort kann nur sein: Weil man sie offensichtlich zu dem Zeitpunkt nicht brauchen konnte.
Und hier sind mal die Pestereignisse aufgezeichnet von 1347 bis 1750 und Sie sehen, nach dem ersten großen Paukenschlag 1347, dieses Zackeln, dann zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges - es wurden zunehmend mehr Seuchen - und dann danach plötzlich viel weniger Seuchen. Was soll denn da eigentlich medizinisch passiert sein? Schlauer wird man, wenn man sich die gesellschaftlichen Verhältnisse anschaut.
1347 kam die katholische Kirche richtig mal in ihren Weltanspruch hinein und hat gesagt: Jede Seele muß uns untertan sein. Und dafür hat man die Seuchenangst gebraucht. Und da gab es natürlich Widerstände. Man nennt das dann gern die Bauernkriege, die sich entwickelt haben. Das waren aber nicht nur Bauern, die opponiert haben, gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung. Das waren überhaupt die Bürger, die in diesen Staaten gelebt haben. Und Sie sehen, die Seuchen haben zugenommen, um das in den Griff zu kriegen. Bis es dann schließlich zu großen Ereignissen wie dem Dreißigjährigen Krieg kam.
Und dann wurde es relativ ruhig mit der Gegenreformation und der barocken Prachtentfaltung. Da wurden die Barock-Schlösser, da wurden die Barock-Kirchen gebaut. Da hatte man die Arbeitskräfte nötig und man hatte die Leute so im Griff, daß man gesagt hat: Jetzt können wir auch auf Seuchen verzichten.
Und etwas anderes, was auch zeigt, daß eben diese Seuchen kein logisches Naturereignis sind, was wir bei Covid hatten, nämlich selbst nach längerer Zeit hatten wir hier in einzelnen Landkreisen, Bundesländern oder den Staaten der EU eine ganz unterschiedlich hohe Inzidenz. Wie kann das gehen, wenn angeblich eine Krankheit von Mensch zu Mensch über die Luft ausge-

breitet wird? Dann muß es nach kürzester Zeit, nach wenigen Wochen oder Monaten eine Equilibrierung geben; das heißt, es muß in etwa überall die gleiche Krankheitshäufigkeit herrschen. War aber nicht der Fall gewesen.
Und das Einzige, wo es mal eine Übersterblichkeit gegeben hat - auch das hat der kanadische Physiker Denis Rancourt mal simuliert und ausgerechnet - das war im März, April 2020. Und auch das ist wieder entlarvend. Eigentlich hätte ja dann eine chinesisch importierte Krankheit, nämlich an den großen Hafen- und Flughafen-Ports auftreten müssen und sich von da ausbreiten müssen. Das war aber nicht der Fall. Das war Oberitalien, das war Straßburg, das Elsaß, das war Paris, das war die Umgebung von Brüssel, bißchen London und das war hier die Area von Madrid und Barcelona. Aber nicht woanders, wo es auch Flughäfen und Häfen gab. Und warum ist das Ganze passiert?
Weil das eben kein Infektionsereignis war, was da passiert ist, die Übersterblichkeit - das war ein medizinischer Tod, der passiert ist. Nämlich, die Weltgesundheitsorganisation hat ja eine Empfehlung herausgegeben, daß Patienten mit dem Verdacht auf Covid-19 möglichst schnell beatmet werden, was bei alten Menschen praktisch mit einem Mord gleichkommt, weil die bringt man nicht mehr vom Beatmungsgerät los. Man hat Chloroquin, ein Malaria-Medikament, in tatsächlich tödlicher Dosierung verordnet. Das war Mord, was man hier gemacht hat. Jeder, der das umgesetzt hat, mußte das wissen.
In etlichen Ländern, wie Sie sehen, in Deutschland oder Österreich hat man das nicht gemacht; aber dort in diesen Ländern hat man das gemacht. Man hat Remdesivir gegeben, völlig nutzlos und schädlich. Und man hat schlimmer Weise noch darauf verzichtet, daß die Patienten, die man unnötigerweise beatmet hat, auch keine Antibiotika bekommen haben. Obwohl jeder Beatmungspatient eine bakterielle Infektion entwickelt ohne diese Antibiotika. Das heißt also, man hat im Prinzip für einige Wochen einen medizinischen Tod in einigen Regionen bewußt herbeigeführt, um die nötige Panik zu schüren.
Und wenn wir jetzt weit zurückschauen, 1347, zur ersten großen Pest, da gibt es heute solche Karten und da sehen Sie auch das, was nicht stimmen kann. Da scheint zwar die Krankheitsverteilung ganz homogen zu sein, aber diese Pest hätte fünf Jahre lang gedauert und ganze Regionen wird selbst offiziell zugegeben - wie das heutige Polen, Ostdeutschland, Tschechien, die Region um Mailand und hier in den Pyrenäen - die wären fünf Jahre lang krankheitsfrei geblieben, ohne geographische Grenze.
Das kann nur daran liegen, daß die Menschen dort nicht mitgemacht haben und das ist das, was wir tun müssen! Wenn genügend Leute nicht mitmachen, gibt es eben keine Pandemie! Und inzwischen haben ja auch Arbeiten ganz gut erwiesen, daß diese damalige Pest, wo sie überhaupt stattgefunden hat - es waren nur relativ wenige Städte - 95,5 Prozent der Ereignisse in einer Entfernung von zehn Kilometern zu schiffbaren Wasserwegen passiert sind.
Und Sie wissen, wie viele Landesteile keinen schiffbaren Wasserweg haben. Das heißt also, in vielen dieser Regionen, wo hier einfach Farbflächen eingezeichnet werden, um zu zeigen, daß es angeblich so schlimm war, ist gar nichts passiert. Wenn, muß man solche Städtepunkte machen.
Und dann hat sich gezeigt bei unseren Recherchen, daß noch viele dieser Peststatistiken erfunden waren. Da haben verschiedene Städte die gleichen Berichte - nur den Namen ausgetauscht der Stadt - um zu suggerieren, daß da eine Pest stattgefunden hätte.
Aber selbst, wenn sie das nicht machen und nur anschauen, daß eben der größte Teil Europas Land gewesen ist und damals haben die Menschen nicht vor allem in den Großstädten, sondern auf dem Land gelebt - dann wären nur zehn Prozent der Bevölkerung überhaupt betroffen gewesen. Von einem Massensterben und einer Massenerkrankung konnte also schon 1347 bei der ersten angeblich großen Pest überhaupt keine Rede sein. Und warum hat man sie gebraucht? Es ging damals auch um eine Umstrukturierung.

Wenn Sie heute im Geschichtsbuch nachschauen, steht drin: Die erste Pest war der Auftakt der Renaissance. So wie wir jetzt auch eine Zeitenwende erleben. Das haben die gemacht. Und damals war der Finanzmarkt in den Händen der Juden. Nachdem man dann die Hälfte der jüdischen Gemeinden ausgelöscht hat, war er nicht mehr in den Händen der Juden, sondern von einheimischen Patriziern, die das Geschäft übernommen haben. Und praktischerweise waren viele, auch die Kirchenfürsten, ihre Schulden los, weil sie ihre Gläubiger umgebracht haben.
Die Umsteuerung der Wirtschaft. Damals kamen die meisten feinen Gewebe aus Oberitalien, nach 1352 nicht mehr. Da gab es plötzlich eine deutsche Textilindustrie in Manufakturen. Und die katholische Kirche hat damals reichlich Grundstücke plötzlich in den Städten gehabt und hat Riesenkathedralen bauen können. Natürlich nicht mit dem eigenen Geld. Und an manchen Stellen, wo es gepaßt hat, war die Bevölkerung eben ein bißchen übersichtlicher geworden. Weil wenn irgendwo mehr Leute gestorben sind, dann war das nur in einigen wenigen Großstädten. Und da hatte man dann unangenehme Menschen weniger gehabt.
Schauen wir uns ein anderes Ereignis an, den sogenannten Englischen Schweiß von 1529. Ganz komisches Ereignis. So ähnlich wie in Wuhan hätte ein Schiff 1529 im Hamburger Hafen eine tödliche Seuche angelandet. Nach allem, was man sich so rekonstruieren kann, war es wohl eine Sommergrippe gewesen. Die Sommergrippe hat dann aber komischerweise nur in bestimmten Städten in Deutschland bis zur Schweiz stattgefunden, ein bißchen in den Niederlanden - aber nicht in Frankreich, nicht in Polen, nicht in Tschechien.
Heute suchen immer noch Medizinhistoriker nach dem Erreger. Sie werden ihn aber nicht finden. Aber man findet ihn, wenn man sich die Karte der Reformation anschaut. 1517 hat ein gewisser Martin Luther die Kirche reformiert, und es gab jetzt die evangelische Kirche. Und das sind die Bereiche, wo die Städte zum evangelischen Glauben übergetreten sind. Die dekken sich nahezu eins zu eins mit den Städten, wo der englische Schweiß stattgefunden hat. Und er hat nämlich nicht stattgefunden durch eine Infektion, sondern durch die Therapie.
Man hat nämlich in diesen Städten gesagt, die Menschen müssen im Hochsommer bei 35 Grad in zwei Federbetten 24 Stunden eingeschnürt werden. Und dann sind sie gestorben. Das war das damalige Hydroxychloroquin, was man gemacht hat. Und leider haben sich so viele Menschen damals schon in Angst versetzen lassen und haben das gemacht. Und das Papier war veröffentlicht worden, interessanterweise, weil wir jetzt gerade in Österreich sind, von zwei Linzer Apothekern unterzeichnet. Man hat die beiden Linzer Apotheker nie ausfindig machen können, die hat es nämlich gar nicht gegeben. Das waren Fake-Apotheker, aber es hat gereicht, um etliche tausend Menschen in den Tod zu reißen.
Und was war 1665 in London? Da gab es die große Pest mit angeblich 68.000 Todesopfern. Kann sein, kann nicht sein, will ich gar nicht bewerten. Aber was ist passiert ein Jahr später? The Great Fire. Da ist ganz London abgebrannt - eine thermische Sanierung, die dann nach diesem Schock der Pest sehr gut funktioniert hat. Und was ist nach dem barocken Neuaufbau Londons passiert? Es kam nie mehr eine Pest. So ein Zufall.
Oder schauen wir das Jahr 1830-31 an. Es war noch nicht 1848, aber es hat gegärt. Nach den Napoleonischen Kriegen, gerade hier in Österreich weiß man das besonders gut, wurde das Metternich-Regime eingerichtet. Und da hat man mal sehen können, wozu die Masken eigentlich gut sind. Nämlich nicht zum Infektionsschutz, sondern zum Redeverbot. So hat es eine Karikatur damals gezeigt. Und so ging das auch in anderen Ländern zu.
Es gab Revolutionen in Paris, in Brüssel, in Antwerpen, in Warschau. Und das wurde gefährlich. Und was kam dann? Dann kam die Cholera. Sie ist erstmals aus Bengalen angereist. Jahrtausendelang hat sie kein Schiff bekommen, aber da kam sie dann plötzlich. Und dann starben die Menschen. Und natürlich nur in den Großstädten, weil die Revolutionen, die liefen damals noch in den Großstädten ab.

Und das Letzte, die Spanische Grippe, die auch von vielen Corona-Kritikern immer noch als reale Infektion angesehen wird, die ist auch nicht real. Sie sehen hier: Das ist die Statistik der Grippefrequenz im deutschen Heer 1918. Es gab eine Sommergrippe, 6,5 Prozent der Soldaten waren krank. Und eine Herbstgrippe, da waren es nicht mal 2 Prozent.
Und derjenige, der die Niederlage des deutschen Heers zu verantworten hatte, der Erich Ludendorff, der hätte sagen können: Wir haben nur verloren wegen der Spanischen Grippe. Nee, er hat gesagt: Die Leute hatten ein bißchen Grippe, aber sie hatten vor allem keine Kartoffeln und schlechte Stimmung haben sie von zu Hause mitgebracht. Deswegen hat das deutsche Heer verloren. Und im November 1918 war die Grippe zu Ende. Da war nichts mehr.
Heute können Sie aber nachlesen in den Büchern, die hat bis 1923 gedauert. Nehmen Sie aber alte Bücher, da steht das nicht drin. Die Leute hatten 1919 diese ganz normale Grippe, die nur ein bißchen schwerer war, weil die Leute Not hatten am Ende des Krieges und nichts zu heizen hatten. Die hatten die bereits vergessen gehabt.
Also es gab auch damals keine neuen Erreger, keinen gefährlichen Erreger. Es waren bestenfalls die Umstände. Es war keine neue Grippe, die hier stattgefunden hat. Genauso wenig, wie das jetzt war. Und deswegen hat eine Arbeit geschrieben, die das mal untersucht hat für die Stadt Köln, daß der Kölner Bürger im Wesentlichen aus der Zeitung von der Spanischen Grippe erfahren hat. Aber nicht durch Krankheitsfälle und nicht durch die Toten, die an jeder Straßenecke gelegen wären.
Und das ist das, was Frau Andersen vorhin in drastischen Worten, in ihren Worten gesagt hat. Das hat einer gesagt, dem ich hier auch nochmal Referenz erweisen möchte, weil er nämlich ein Wiener ist. Der Ivan Illich, der hat 1975 dieses Szenario, vor dem wir stehen, bereits vorhergesagt.
Er hat gesagt: "Eine neue Elite wissenschaftlicher Kontrolleure will die ganze Welt in eine Krankenstation verwandeln und regieren. Dieser neue medizinische Klerus will entscheiden, was Krankheit ist, wer krank ist oder sein darf und was für ihn getan werden soll." Er hat noch nichts von RNA-Impfungen und noch nichts von PCR-Tests gewußt. Aber er hat die Mechanismen gekannt. Warum? Weil Ivan Illich nämlich ein katholischer Priester war. Der hatte Insider-Informationen.
So, und jetzt wollen Sie zum Abschluß vielleicht von mir wissen, wer in die Vergangenheit schaut, kann die Zukunft vorhersagen, was dieser Hütchenspieler als nächste Pandemie herausziehen wird. Ich kann es Ihnen auch nicht sagen, was er aus dem Hut ziehen wird. Aber ich kann Ihnen sagen, daß sie dann kommt, wenn sie gebraucht wird oder ausbleibt und nicht kommen wird, wenn wir sie nicht glauben. Es reicht, wenn eine ausreichend große Anzahl von Menschen die Pandemie nicht glaubt und ohne Pandemie kein Totalitarismus.
Ich danke Ihnen.<<

20.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. August 2024 (x1.390/…): >>**Exporte brechen ein: Nur die AfD rettet den Standort Deutschland!**
Diese alarmierenden Zahlen zeigen das völlige Scheitern der Ampel-Koalition: Im ersten Halbjahr 2024 sind Deutschlands Maschinen-Exporte gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,4 Prozent und die Auto-Exporte um 2,4 Prozent gesunken.
Insgesamt ist ein Rückgang um 1,6 Prozent zu verzeichnen; zugleich gingen auch die Importe um mehr als sechs Prozent zurück. Unsere exportorientierte Industrie, die jahrzehntelang das Fundament unseres Wohlstands bildete, wird in den Abwärtsstrudel der zerstörerischen Ampel-Politik gezogen.
Niemand kann über diese Entwicklung überrascht sein. Wirtschaftsminister Habeck, die Ampel-Regierung und die vorherige CDU-Bundesregierung haben alles für diesen Niedergang

getan. Mit dem von allen etablierten Parteien unterstützten Ausstieg aus der Kernkraft und der Nichtreparatur der Nordstream-Leitungen werden die Energiepreise in die Höhe getrieben. Verbrennerverbot, überbordende Bürokratie und eine sagenhafte Steuern- und Abgabenlast ergeben ein Übriges.
Die AfD fordert eine völlige Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, die die Interessen des deutschen Mittelstands und der Industrie in den Fokus rückt. Die Politik der grünen Deindustrialisierung auf Grundlage eines irrationalen Klima-Kults muß sofort beendet werden. Es gibt nur eine politische Kraft, die den Standort Deutschland noch retten kann - und das ist die AfD!<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 20. August 2024 (x1.395/…): >>**Spahns 2G-Nötigung zum Impfen - wider besseres Wissen**
Herbert Ludwig
Die kriminelle Energie der Regierungsmitglieder während der inszenierten "Corona-Pandemie" war erstaunlich. Gesundheitsminister Jens Spahn wußte mindestens von den Wissenschaftlern des ihm unterstellten Robert-Koch-Institutes seit Anfang 2021, daß die Corona-Impfung nicht vor Ansteckung und Übertragung schützt.
Trotzdem betrieb er noch im November 2021, anstelle einer schwer durchzusetzenden allgemeinen Impfpflicht, 2G "in allen Lebensbereichen", um die Menschen so zum Impfen zu zwingen - eine Nötigung nach § 240 StGB, strafbar mit Gefängnis bis zu 5 Jahren. "Staatsanwalt, übernehmen Sie!" - Doch der hat vom Genossen Justizminister sicher nicht die Erlaubnis. Wo kämen wir da auch hin?
Das RKI hielt, wie Prof. Stefan Homburg aufgrund der freigeklagten RKI-Protokolle am 26.3.2024 darlegte 1, nichts von Genesenen- und Impf-Zertifikaten. Ausweislich des Protokolls vom 8.2.2021 wußte das RKI, daß die Impfung nicht vor Ansteckung und Übertragung schützte. Die alternativen Fakten des RKI - YouTube (Min. 7:30).
Prof. Homburg: "Es wurde zwar den Leuten immer erzählt: Schützt euch und andere, und: Die Impfung kann die Pandemie beenden. Aber selbst die Hersteller hatten das nicht behauptet, auch die Zulassungsbehörden nicht, und das RKI wußte, daß es so einen Übertragungsschutz nicht gibt."
Und im Protokoll vom 5.3.2021 (Video, Min. 8:00) steht unten, so Prof. Homburg: "Es ist fachlich nicht begründbar, daß - und jetzt steht hier sinngemäß: die Genesenen Privilegien gegenüber den anderen haben. Darunter heißt es noch deutlicher: 'Das Impfzertifikat soll die Erfassung von Impfwirkung, Spätfolgen und so weiter ermöglichen, nicht Grundlage für Kategorien und Vorteile sein.' Und dann: 'Die WHO befürworte Zertifikate nicht' - unter anderem aus ethischen Gründen wie Diskriminierung. Das war die interne Meinung des RKI. Nach außen hin hat man dann genau das Gegenteil gesagt. Und es wurde per 2G und 3G auf Teufelkomm-raus diskriminiert."
Die verruchte Lüge, daß die Impfung vor Ansteckung und Übertragung schütze, führte ja zu einer regelrechten Hetze gegen die Ungeimpften, da diese wegen ihrer Weigerung sich impfen zu lassen, an der Ausbreitung der Corona-Krankheit und damit an der Pandemie schuld seien, so daß man sogar ausgrenzend und diskriminierend von einer "Pandemie der Ungeimpften" sprach. Darauf wurde nicht nur die Impf-Nötigungen von 2G und 3G aufgebaut, sondern auch die berufsbezogene Impfpflicht für Angehörige der Gesundheitsberufe.
Gesundheitsminister Spahn und dann auch Lauterbach täuschten damit weiterhin in krimineller Weise die Öffentlichkeit, obwohl die Wissenschaftler des Gesundheitsministeriums im RKI ganz anderer Auffassung waren, wie auch das inzwischen geleakte RKI-Protokoll vom 5. November 2021 beweist. Da heißt es RKI-Leak: Der Whistleblower - YouTube; Min. 4:05):
"In den Medien wird von einer Pandemie der Ungeimpften gesprochen. Aus fachlicher Sicht nicht korrekt, Gesamtbevölkerung trägt bei. Soll das in der Kommunikation aufgegriffen wer-

den?"
"Das sagte Minister bei jeder Pressekonferenz, vermutlich bewußt, kann eher nicht korrigiert werden."
Die Fachleute halten das also für falsch und irreführend, trauen sich aber nicht, das öffentlich zu sagen.

Die "Ansage" Spahns im ZDF

Wie schon "bei jeder Pressekonferenz", machte Spahn schließlich - nach der Bundestagswahl im September 2021 noch geschäftsführender Bundesgesundheitsminister - am 27. November 2021 in den ZDF-heute-Nachrichten in entlarvend herrischer Weise die "Ansage":
"Durchgängig wirklich mal 2G für alle Lebensbereiche. Das ist sozusagen das Gleiche indirekt, aber eben auch leichter durchsetzbar und umsetzbar (als eine Impfpflicht), weil das ist schon auch ein Punkt: Wie setzt man so was eigentlich durch und um, ohne daß irgendwie alles auseinanderfliegt. Und ich finde einfach mal die Ansage:
Liebe Leute, das Jahr 2022 wird eins sein - und zwar egal, wie gering die Inzidenz ist - stellt euch darauf ein, 2G, geimpft oder genesen, und zwar auffrischgeimpft ab einem Punkt X, gilt mindestens mal das ganze Jahr 2022. Wenn du irgendwie mehr tun willst, als dein Rathaus oder deinen Supermarkt besuchen, dann mußt du geimpft sein."
https://www.facebook.com/ZDFheute/videos/spahn-2g-f%C3%BCr-alle-lebensbereiche/-223820893204724/
Das erfüllt meines Erachtens den Tatbestand der Nötigung nach § 240 StGB in einem besonders schweren Fall.

Der Skandal mit AstraZeneca

Aber die Sache hat noch eine größere Dimension. Bereits kurz nach Beginn der Impfungen Anfang 2021 hatte das RKI alarmierende Informationen zu AstraZeneca erhalten, einem Impfstoff, der später abgesetzt wurde und aufgrund seiner Gefährlichkeit längst vom Markt verschwunden ist. Darauf weist wieder Prof. Homburg in einem weiteren Hintergrund-Video hin.
Im RKI-Protokoll vom 19.3.2021 heißt es dazu (RKI-Leak: Der Whistleblower - YouTube, Min. 8:35)
"AstraZeneca: Viel Aufregung generell.
- Jetzt 12 Fälle mit Sinusvenenthrombosen, alle nach Impfung.
- Paul-Ehrlich-Institut hatte am Montag 1.600 Meldungen.
- PEI und die Pharmakovigilanzstellen (der Länder, die die Impfschäden aufnehmen) kommen nicht gut hinterher (mit den Meldungen).
- Norwegen setzt Impfung bis auf weiteres aus.
Und zwei Wochen später, am 9.4.2021, wird wieder im Protokoll notiert:
- Sinusthrombosen als Nebenwirkung des AstraZeneca-Impfstoffs
- Inzwischen sind auch vermehrt Männer davon betroffen
- Damit gibt es auch bei Männern (bei Frauen ohnehin) eine 20-fach erhöhte Inzidenz von Sinusvenen-Thrombosen im Vergleich zur Hintergrundinzidenz.
Prof. Homburg: "Das bedeutet, das Risiko, diese gefährliche Gehirnerkrankung zu bekommen, die zu Schlaganfällen, Schädelöffnung und Tod führen kann, war 20-mal so hoch für die, die mit AstraZeneca geimpft wurden, wie für die Ungeimpften.
Hat das RKI aufgrund dieser Erkenntnisse, die in mehreren Sitzungen diskutiert wurden, die Öffentlichkeit gewarnt? - Nein, in keiner Weise, es hat diese Informationen für sich behalten und weiterhin alle Impfungen propagiert."
Zur Folgsamkeit fühlte sich das RKI als dem Bundesgesundheitsministerium, das die Impfung propagierte, unterstelltes Institut wohl auch verpflichtet. Doch ist das keine Rechtfertigung. Denn nach dem Beamtenrecht kann kein Beamter dazu gezwungen werden, verbrecherische Anordnungen auszuführen. Sie haben sich als Mittäter in einer Sache schuldig gemacht, bei

der es nicht nur um eine Nötigung, sondern um schwere Körperverletzungen oder gar Tod geht, von deren Eintreten man bei einem gewissen Teil der Geimpften weiß und das man billigend in Kauf nimmt.
Doch die Politiker haben trotz der ihnen bekannten Fakten nicht nur die Impfung allgemein weiter propagiert und per 2G und 3G dazu genötigt, sondern sogar speziell die Impfung mit AstraZeneca propagiert, indem sie sich in der Folgezeit öffentlichkeitswirksam selbst (angeblich) mit diesem toxischen Stoff haben impfen lassen, um damit zu demonstrieren, daß er völlig unbedenklich sei.
Prof. Homburg blendet mehrere entsprechende Zeitungsberichte ein (ab Min. 10:21):
Ärzte-Zeitung 14.5.2021: "Corona-Impfung Spahn mit AstraZeneca geimpft. Gesundheitsminister Jens Spahn hat sich am Freitag gegen Corona impfen lassen - wie er sagt, ganz bewußt mit AstraZeneca."
Spiegel 4.4.2021: "Nach Dienst im Impfzentrum. Karl Lauterbach hat sich mit AstraZeneca impfen lassen. Nach wenigen Fällen seltener Hirnvenen-Thrombosen ist die Vakzine von AstraZeneca in Verruf geraten. Nun hat sich SPD-Gesundheitsexperte Lauterbach damit impfen lassen - und den Impfstoff als 'hochwirksam' gepriesen."
ärzteblatt.de 16.4.2021: "Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Scholz mit Astrazeneca geimpft."
Anstelle eines persönlichen Fotos ist hier der private Impfausweis von Frau Merkel abgebildet.
Und am 1.4.2021 erfolgte bereits die Pressemitteilung des Bundespräsidialamtes:
"Bundespräsident Steinmeier mit AstraZeneca geimpft."
Angesichts der ungeheuren Skrupellosigkeit, mit der in der Corona-Krise von Angehörigen der Regierung und des Parlamentes gelogen und getäuscht worden ist, drängt sich jedem unbefangenen Beobachter die Frage unmittelbar auf, ob sich die genannten Politiker, wohl wissend um die hohe Gefährlichkeit, öffentlichkeitswirksam tatsächlich mit AstraZeneca haben impfen lassen. Scheute man auch hier vor infamen Täuschungen nicht zurück, nur um die Massen in die Impfnadel zu treiben? Wie vielen Menschen haben diese "Vorbild-Aktionen" die Gesundheit oder das Leben gekostet?<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 20. August 2024 (x1.394/…): >>**Stiko-Mitarbeiter: Empfehlung für Corona-Kinderimpfung nur durch öffentlichen Druck**
Empfehlung medizinisch "überflüssig" / Impfkommission befand sich in "Druckblase" politischer Eliten / Auswirkungen von mRNA-Präparaten auf Kinder "unklar"
Ein früheres Mitglied der Ständigen Impfkommission (Stiko) hat gegenüber der Tageszeitung "Die Welt" eingeräumt, daß die Corona-Impfempfehlung für fünf- bis elfjährige Kinder im Mai 2022 keine medizinischen Gründe hatte, sondern nur aufgrund des öffentlichen Drucks von Politik und Medien zustande kam. "Hätten wir aber die Empfehlung für Über-Fünfjährige nicht abgegeben, dann hätten wir eine Diskussion führen müssen, mit der wir uns selbst ins gesellschaftliche Abseits gestellt hätten", erklärte der anonym bleibende ehemalige Stiko-Mitarbeiter.
Intern habe die Stiko die Corona-Impfung für Kinder kritisch diskutiert, sagte der Ex-Mitarbeiter. Die Auswirkungen der mRNA-Präparate auf den kindlichen Organismus seien dem Gremium unklar gewesen. Da Kinder durch das Coronavirus nicht gefährdet seien und die Behandlung mit mRNA-Präparaten auch keinen Fremdschutz biete, sei die Kinderimpfempfehlung medizinisch "überflüssig" gewesen. Trotzdem erteilte das Gremium im Mai 2022 die Impfempfehlung für gesunde Kinder zwischen fünf und elf Jahren. Sechs Monate später fügte die Stiko noch eine Impfempfehlung für vorerkrankte Kinder von sechs Monaten bis vier Jahren hinzu.
Laut Aussage des Ex-Mitarbeiters habe die Stiko versucht, die Empfehlungen "schnell zu kor-

rigieren" und habe sie im Dezember 2022 vollständig zurückgenommen. Es wäre jedoch besser gewesen, erklärt der Ex-Mitarbeiter, öffentlich einzugestehen, auf welch "dünnem Boden" bestimmte Empfehlungen standen, statt der Politik mit der Impfempfehlung ein "Gütesiegel" zu liefern. Insgesamt habe sich die Stiko "recht wehrhaft" gegen den Druck von außen gezeigt, meint der Mitarbeiter laut Welt-Bericht.
Es habe zwar keine direkten Vorgaben des Gesundheitsministeriums für die Stiko gegeben, aber die Kommission habe sich in einer "Druckblase" der politischen Eliten befunden, die alle Repräsentanten der Impfkommission beeinflußt habe. Laut RKI-Protokoll vom 19. Mai 2021 hatte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) angekündigt, auch wenn die Stiko die Impfung für Kinder nicht empfiehlt, "trotzdem ein Impfprogramm" zu planen. Der neue Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hatte im November 2021 gesagt, es spreche nichts gegen die Impfung von Kindern.
Der damalige Stiko-Vorsitzende Thomas Mertens erklärte im Dezember 2021, er würde sein siebenjähriges Kind derzeit nicht impfen lassen. Dies seien "gefährliche Sätze", kommentierte die Süddeutsche Zeitung damals. Mehrere Ministerpräsidenten, darunter Markus Söder (CDU) kritisierten Mertens ebenfalls für seine Aussage. Diese sei "seltsam" und lege eine "Befangenheit" Mertens' nahe. Nordrhein-Westfalens Familienminister Joachim Stamp (FDP) sagte, er sei sich "nicht sicher, ob man in einer Pandemie mit der Stiko, so wie sie aufgestellt ist, dauerhaft arbeiten kann". Mertens nahm seine Aussage anschließend zurück.
Die Stiko ist beim Robert Koch-Institut (RKI) angesiedelt und untersteht dem Gesundheitsministerium. Im Februar 2024 gab das Ministerium unter Karl Lauterbach bekannt, daß es die Stiko umbaut. Mehr als zwei Drittel der Stellen wurden überraschend und gegen den Willen des Gremiums neu besetzt, berichtete Multipolar damals. Die Neubesetzungen erfolgten "in intransparenter Weise und mit Personen, die zum Teil der Pharmaindustrie oder der Bundesregierung nahestehen". Impfempfehlungen sollen von dem Gremium künftig zügiger beschlossen werden.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 20. August 2024 (x1.394/…): >>**Stiko-Mitarbeiter: Empfehlung für Corona-Kinderimpfung nur durch öffentlichen Druck**
Empfehlung medizinisch "überflüssig" / Impfkommission befand sich in "Druckblase" politischer Eliten / Auswirkungen von mRNA-Präparaten auf Kinder "unklar"
Ein früheres Mitglied der Ständigen Impfkommission (Stiko) hat gegenüber der Tageszeitung "Die Welt" eingeräumt, daß die Corona-Impfempfehlung für fünf- bis elfjährige Kinder im Mai 2022 keine medizinischen Gründe hatte, sondern nur aufgrund des öffentlichen Drucks von Politik und Medien zustande kam. "Hätten wir aber die Empfehlung für Über-Fünfjährige nicht abgegeben, dann hätten wir eine Diskussion führen müssen, mit der wir uns selbst ins gesellschaftliche Abseits gestellt hätten", erklärte der anonym bleibende ehemalige Stiko-Mitarbeiter.
Intern habe die Stiko die Corona-Impfung für Kinder kritisch diskutiert, sagte der Ex-Mitarbeiter. Die Auswirkungen der mRNA-Präparate auf den kindlichen Organismus seien dem Gremium unklar gewesen. Da Kinder durch das Coronavirus nicht gefährdet seien und die Behandlung mit mRNA-Präparaten auch keinen Fremdschutz biete, sei die Kinderimpfempfehlung medizinisch "überflüssig" gewesen. Trotzdem erteilte das Gremium im Mai 2022 die Impfempfehlung für gesunde Kinder zwischen fünf und elf Jahren. Sechs Monate später fügte die Stiko noch eine Impfempfehlung für vorerkrankte Kinder von sechs Monaten bis vier Jahren hinzu.
Laut Aussage des Ex-Mitarbeiters habe die Stiko versucht, die Empfehlungen "schnell zu korrigieren" und habe sie im Dezember 2022 vollständig zurückgenommen. Es wäre jedoch besser gewesen, erklärt der Ex-Mitarbeiter, öffentlich einzugestehen, auf welch "dünnem Boden" bestimmte Empfehlungen standen, statt der Politik mit der Impfempfehlung ein "Gütesiegel"

zu liefern. Insgesamt habe sich die Stiko "recht wehrhaft" gegen den Druck von außen gezeigt, meint der Mitarbeiter laut Welt-Bericht.
Es habe zwar keine direkten Vorgaben des Gesundheitsministeriums für die Stiko gegeben, aber die Kommission habe sich in einer "Druckblase" der politischen Eliten befunden, die alle Repräsentanten der Impfkommission beeinflußt habe. Laut RKI-Protokoll vom 19. Mai 2021 hatte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) angekündigt, auch wenn die Stiko die Impfung für Kinder nicht empfiehlt, "trotzdem ein Impfprogramm" zu planen. Der neue Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hatte im November 2021 gesagt, es spreche nichts gegen die Impfung von Kindern.
Der damalige Stiko-Vorsitzende Thomas Mertens erklärte im Dezember 2021, er würde sein siebenjähriges Kind derzeit nicht impfen lassen. Dies seien "gefährliche Sätze", kommentierte die Süddeutsche Zeitung damals. Mehrere Ministerpräsidenten, darunter Markus Söder (CDU) kritisierten Mertens ebenfalls für seine Aussage. Diese sei "seltsam" und lege eine "Befangenheit" Mertens' nahe. Nordrhein-Westfalens Familienminister Joachim Stamp (FDP) sagte, er sei sich "nicht sicher, ob man in einer Pandemie mit der Stiko, so wie sie aufgestellt ist, dauerhaft arbeiten kann". Mertens nahm seine Aussage anschließend zurück.
Die Stiko ist beim Robert Koch-Institut (RKI) angesiedelt und untersteht dem Gesundheitsministerium. Im Februar 2024 gab das Ministerium unter Karl Lauterbach bekannt, daß es die Stiko umbaut. Mehr als zwei Drittel der Stellen wurden überraschend und gegen den Willen des Gremiums neu besetzt, berichtete Multipolar damals. Die Neubesetzungen erfolgten "in intransparenter Weise und mit Personen, die zum Teil der Pharmaindustrie oder der Bundesregierung nahestehen". Impfempfehlungen sollen von dem Gremium künftig zügiger beschlossen werden.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. August 2024 (x1.393/…): >>**Immer mehr Seiteneinsteiger als Lehrkräfte**
In Folge des Lehrkräftemangels unterrichten an den Schulen in Deutschland immer mehr sogenannte Quer- und Seiteneinsteiger, also Lehrkräfte ohne anerkannte Lehramtsprüfung. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Dienstag mitteilte, traf das im Schuljahr 2022/23 auf 9,8 Prozent der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen zu: Rund 71.100 der insgesamt 724 800 Lehrkräfte dort hatten keine anerkannte Lehramtsprüfung.
Im Schuljahr 2012/2013 hatte der Anteil noch bei 5,6 Prozent gelegen. Damals unterrichteten knapp 37.400 der insgesamt 665.900 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen ohne anerkannte Lehramtsprüfung. Als Seiteneinsteiger bezeichnet man Personen, die über kein abgeschlossenes Lehramtsstudium verfügen und die ohne das Absolvieren des eigentlichen Vorbereitungsdienstes (Referendariat) in den Schuldienst übernommen werden.
Bei Quereinsteigern besteht im Gegensatz dazu die Pflicht eines Referendariates. Mehr als doppelt so hoch ist der Anteil der Quer- und Seiteneinsteiger an beruflichen Schulen: Im Schuljahr 2022/23 hatte gut ein Fünftel (21,2 Prozent beziehungsweise 26.200) der insgesamt 123.500 Lehrkräfte an den beruflichen Schulen keine anerkannte Lehramtsprüfung.
Im Schuljahr 2012/13 war dies noch bei knapp 14.700 von 122.900 Lehrkräften der Fall (11,9 Prozent). Nach einem Rückgang in den Vorjahren ist die Zahl der Studienanfänger (1. Fachsemester), die ein Lehramtsstudium im Bachelor- oder Staatsexamensstudium beginnen, im vergangenen Jahr leicht gestiegen.
Gut 46.400 Personen begannen im Studienjahr 2023 ein solches Lehramtsstudium - das waren 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl war allerdings geringer als zehn Jahre zuvor (-2,1 Prozent). Trotz des hohen Bedarfs an ausgebildeten Lehrkräften war die Zahl der Lehramtsabsolventen mit Master- oder Staatsexamensabschluß zuletzt rückläufig.
Im Prüfungsjahr 2022, für das die aktuellsten Daten vorliegen, haben rund 28.700 Lehramtsstudierende entsprechende Abschlußprüfungen bestanden. Das waren zwar nur geringfügig

weniger Absolventen eines Lehramtsstudiums mit einem Masterabschluß oder dem 1. Staatsexamen als im Jahr zuvor (rund 28.900). Im Zehnjahresvergleich sank die entsprechende Zahl allerdings um 10,5 Prozent, so das Bundesamt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. August 2024 (x1.393/…): >>**Bundesregierung hadert mit Widerspruchslösung bei Organspende**

Die Bundesregierung will sich nicht für eine Widerspruchslösung bei der Organspende aussprechen. Das geht aus einer Stellungnahme zu dem im Juli vom Bundesrat beschlossenen Gesetzesentwurf zur Änderung des Transplantationsgesetzes hervor, meldet das Portal "Politico" am Dienstag. "Eine Trendwende bei den Organspendezahlen ist bislang nicht eingetreten", heißt es darin.

"Dessen ungeachtet nimmt die Bundesregierung mit Blick auf eine sich abzeichnende Debatte und einen sich daran anschließenden Meinungsbildungsprozeß im Deutschen Bundestag zu dem Gesetzentwurf inhaltlich nicht Stellung, da es sich bei der Frage, ob eine Widerspruchslösung eingeführt werden soll, um eine ethische Frage handelt, die als Gewissensentscheidung von den einzelnen Abgeordneten und somit aus der Mitte des Deutschen Bundestages zu beantworten ist." Bei der Widerspruchslösung können Organe von Verstorbenen dann entnommen werden, wenn sie vor dem Tod nicht ausdrücklich widersprochen haben.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hatte sich mehrmals für die Widerspruchslösung ausgesprochen. "Das würde die Leben von Zehntausenden von Menschen besser machen", sagte er unter anderem noch im Juni der ARD. Die Bundesregierung verwies in ihrer Stellungnahme außerdem auf "strukturelle Maßnahmen", die bereits ergriffen wurden - beispielsweise auf das im März gestartet Onlineregister sowie eine bessere Zusammenarbeit von Entnahmekrankenhäusern.

"Dabei ist einerseits zu berücksichtigen, daß die Wirkungen dieser Maßnahmen in den Krankenhäusern, insbesondere pandemiebedingt, noch nicht valide beurteilt werden können und andererseits, daß das Organspende-Register erst kurze Zeit in Betrieb ist", heißt es in der Stellungnahme.<<

21.08.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. August 2024 (x1.391/…): >>**Corona-Protokolle: Lauterbach der Lüge überführt - Martin Sichert (AfD) fordert Minister-Rücktritt**

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) gibt scheibchenweise zu, was er bisher als "falsch" und als eine von Rußland gesteuerte "Verschwörungstheorie" zurückgewiesen hat: Er nahm politisch sehr wohl Einfluß auf die wissenschaftlichen Risiko-Einschätzungen des Robert Koch-Instituts (RKI) während der Corona-Hysterie!

Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Sichert, fordert den Rücktritt des Ministers. Lauterbach sei nach seinem RKI-Geständnis in seinem Amt als Gesundheitsminister nicht mehr tragbar.

In einer in Berlin veröffentlichten Erklärung führt Sichert aus: "Das, was unsere Fraktion der Bundesregierung seit Jahren immer und immer wieder vorgehalten hat, ist nun von Minister Lauterbach bestätigt worden: Die Regierung hat politischen Einfluß auf das RKI genommen. Somit konnten Millionen Menschen die Freiheitsrechte genommen und die Bürger zu einem gentechnischen Impfexperiment genötigt werden.

Jetzt, wo die ganze Wahrheit auf dem Tisch liegt, gibt es nur einen Weg, um die willkürliche Corona-Politik aufzuarbeiten: Wir brauchen einen Corona-Untersuchungsausschuß im Deutschen Bundestag. Aber zunächst muß Minister Lauterbach zurücktreten, er hat genug Schaden angerichtet. Mit ihm kann es keine Aufarbeitung geben."

Daß Lauterbach offensichtlich gelogen hat, legt die jetzt bekannt gewordene Antwort seines Ministeriums auf eine Frage des CSU-Bundestagsabgeordneten Stephan Pilsinger nahe. Darin

heißt es wörtlich: "Aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung und der Gefahr der Überlastung des Gesundheitssystems entschied das BMG deshalb gemeinsam mit dem RKI, die Risikobewertung für die Gesundheit der Bevölkerung Ende Februar 2022 beizubehalten."
Im Klartext: Das RKI entschied nicht alleine und in wissenschaftlicher Unabhängigkeit, sondern Lauterbachs Ministerium mischte bei der Entscheidungsfindung mit. Das belegen auch die ungeschwärzten RKI-Protokolle. Aus ihnen geht hervor, daß das RKI viel früher das Corona-Risiko von "sehr hoch" auf "hoch" hatte herabstufen wollen, dies jedoch vom Gesundheitsministerium abgelehnt worden sei.
Wörtlich heißt es in einem der Krisensitzungs-Protokolle: "Eine Herabstufung vorher würde möglicherweise als Deeskalationssignal interpretiert, daher politisch nicht gewünscht." Nachdem die ungeschwärzten Corona-Protokolle geleakt worden waren, hatte Lauterbach eine politische Einflußnahme zunächst vehement bestritten und entsprechende Medienberichte als "falsch" bezeichnet.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. August 2024 (x1.393/…): >>**Kohle ist günstigster Stromlieferant**
Kohle ist der günstigste und sicherste Energieträger. Lagerstätten gibt es auch in Deutschland. Transport und Lagerung brauchen keine Pumpen, Rohrleitungen oder spezielle Behälter. Das haben die meisten Länder der Welt verstanden - außer Deutschland.
Von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*
Vor mehr als 20 Jahren wurde von der Rot-Grünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder und Umweltminister Trittin die Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland beschlossen. Damals hat die Regierung noch mit Fachleuten der Energieerzeuger nach dem besten Weg gesucht, die Stromversorgung ohne Kernkraftwerke weiterhin sicher und preiswert zu gestalten.
Die Kapazitäten der Kernkraftwerke sollten durch Kohlekraftwerke ersetzt werden. Da zu der Zeit die Steinkohleförderung in Deutschland wegen zu hoher Kosten beendet wurde, sollte Importkohle eingesetzt werden. Die sichere Erzeugerleistung bliebe so erhalten bei einer Erhöhung der Stromkosten um 0,5 bis 1 Cent pro Kilowattstunde.
Am Tiefwasserhafen von Wilhelmshaven wurden zusätzlich zu dem vorhandenen 750 Megawatt-Kraftwerk von Uniper noch drei weitere Kraftwerke mit der gleichen Leistung geplant. Nur ein Kraftwerk ist von dieser Planung realisiert worden. Auch in Hamburg Moorburg wurde ein neues Kohlekraftwerk mit zwei 825 Megawatt-Blöcken gebaut. Weiter sollten die mit heimischer Braunkohle betriebenen Kraftwerke modernisiert und ausgebaut werden.
Agora-Energiewende steuert die deutsche Energiepolitik
Verhandlungsführer der Bundesregierung war Rainer Baake, grüner Staatssekretär im Ministerium von Trittin. Nach Insider-Berichten stimmte er zunächst dem Bau neuer Kohlekraftwerke zu, um beim nächsten Treffen wieder Einwände zu erheben. Es seien keine vertrauensvollen Absprachen möglich gewesen. Baake hat dann auch später als Direktor der Deutschen Umwelthilfe maßgeblich an der Verteufelung der Kohlekraftwerke mitgewirkt. Weiter hat er als Direktor die Agora-Energiewende aufgebaut, eine Lobby-Organisation für die Energiewende, die weitgehend von US-Amerikanischen Stiftungen finanziert wird. Diese Gruppe ist hervorragend in der Politik vernetzt und bestimmt weitgehend die deutsche Energiepolitik.
Der Ausstieg aus der Kohleverstromung beruht maßgeblich auf Empfehlungen von Agora Energiewende. Es wurde behauptet, man könne Deutschland mit den sogenannten regenerativen Energien aus Sonne, Wind und Biomasse sicher und bezahlbar mit Strom versorgen. Die von der Praxis gelieferten Ergebnisse sehen anders aus. Wir müssen lernen, daß dies nicht möglich ist.
Mit jeder weiteren "Ökostromanlage" steigt der Strompreis und sinkt die sichere Stromversorgung. Ursache sind die geringen und nicht regelbaren Leistungen der Wind- und Solaranlagen,

die je nach Wetterlage nur zwischen 0 und 60 Prozent der installierten Leistung liefern. Mit solchen unzuverlässigen Leistungen kann kein Stromnetz aufgebaut werden, das jederzeit die gewünschte Leistung für den Verbraucher bereit stellt. "Ökostrom" sollte daher als Fakepower bezeichnet werden, um diesen Sachverhalt klar herauszustellen.

Industrievermögen wird vernichtet

Das neu gebaute Kraftwerk Moorburg gehörte zu den ersten, das nach dem Kohleausstiegsgesetz abgeschaltet wurde. Es hat nur 6 Jahre Strom produziert. Der Gesamtumsatz lag bei 1,7 Milliarden Euro, wenn man einen Erlös von 5 Cent/Kilowattstunde ansetzt. Der Bau kostete 3 Milliarden Euro. Es ist ein riesiger Verlust an Industrievermögen, den wir alle mit Steuern und höheren Strompreisen bezahlen müssen.

Die Energieversorgung in Deutschland wird mit Fortführung der Energiewende immer teurer und unsicherer. Was ist zu tun, um wieder Anschluß an die Weltwirtschaft zu erreichen? Wir brauchen wieder sicher verfügbare und bezahlbare Energie. Nur so kann die industrielle Abwanderung gestoppt werden. Auch die Wehrkraft der Bundeswehr ist nur gegeben, wenn jederzeit genügend Energie verfügbar ist.

Deutschland wird immer erpreßbarer

Doch mit der geplanten Abschaltung der Kohlekraftwerke ist Deutschland fast gänzlich auf Energieimporte angewiesen und kann jederzeit von den Lieferanten erpreßt werden. Wir müssen unbedingt die heimische Braunkohle weiter zur Stromerzeugung nutzen, damit eine Grundversorgung gesichert ist. Darüber hinaus muß der Zugang zu den Öl- und Gaslagern im Schiefergestein aufgeschlossen werden, um bei Bedarf kurzfristig die Förderung aufnehmen zu können. Die Lieferländer von Kohle, Erdgas und Erdöl sollten breit gestreut werden. Für flüssiges Erdgas (LNG) wird das schwierig, weil es nur wenige Lieferländer mit Verflüssigungsanlagen gibt.

Das Festhalten an der Energiewende mit der Subventionierung von Fakepower verteuert die Energie deutlich durch die ideologisch bedingten Kosten. In erster Linie müssen die Abgaben auf CO2-Emissionen fallen. Sie verteuern die Energie um mehr als 30 Milliarden Euro/Jahr. Geplant ist eine Verdopplung bis Verdreifachung dieser Abgaben. Das sind bis zu 1000 Euro pro Einwohner und Jahr. Weiter müssen die Subventionen für Fakepower, die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), abgeschafft werden. Die Fakepower-Erzeuger müssen ihren Strom direkt vermarkten.

Energievorräte sind notwendig

Die Stromerzeuger müssen verpflichtet werden, Brennstoff für mehrere Wochen vorzuhalten. Für Erdöl ist das seit vielen Jahren der Fall. Der Bedarf für 3 Monate wird in Salzkavernen gelagert. Erdgas lagert in Kavernen, die für den hohen Winterverbrauch gefüllt werden. Auch dies ist eine Reserve für einige Tage bis einige Wochen. Für Kohle ist keine Reserve vorgeschrieben und auch nicht vorhanden.

Die meisten Kohlekraftwerke haben Kohle nur für wenige Tage. Für eine sichere Stromversorgung muß sich das ändern. Es müssen Kohlevorräte für einige Wochen angelegt werden. Dies ist einfach, denn Kohle kann problemlos auf Halde im Freien gelagert werden. Wie sollte nun eine optimale Energieversorgung in Deutschland aussehen?

Optimale Energienutzung

Der Strom muß weitgehend mit Kohlekraftwerken erzeugt werden. Um Leistungsspitzen abzudecken, sind Gaskraftwerke am besten geeignet. Die Subventionierung und sonstige Stützung von Fakepower einschließlich der CO2-Abgaben sind sofort zu beenden. Zur Vermeidung von Stromverlusten müssen Kraftwerke in unmittelbarer Nähe von Großverbrauchern betrieben werden.

Dann kann auf teure neue Stromtrassen quer durch das Land verzichtet werden, die viel Energie schlucken (Die Leitungen werden bei Volllast bis zu 60 °C warm). Die Heizungen sollten

vorwiegend weiter mit Erdgas betrieben werden. Wärmepumpen sind keine wirtschaftliche Alternative. Sinnvoll und kostensparend ist dazu eine Warmwasserversorgung mit Sonnenkollektoren. Im Sommer wird dann keine weitere Wärmequelle mehr zur Warmwassererzeugung gebraucht.
Mit diesen Maßnahmen wird der Strompreis halbiert und der Brennstoff optimal ausgenutzt, also verringert. Nach den Berichten in den öffentlichen Medien geht die Ampelregierung nicht diesen Weg. Ihre Ideologie fordert die Energiewende, durch die immer mehr erzeugte Energie vernichtet wird, bevor sie den Verbraucher erreicht. Wann wird sich das endlich ändern?<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30158" berichtet am 21. August 2024 (x1.389/…): >>**Totalkontrolle - digitale Markierung jedes Menschen**

Stellen Sie sich vor, Sie können einkaufen, also nehmen, was Ihnen gefällt, ganz ohne Portemonnaie, ohne Plastikkarten, ohne Kassierstationen und gehen mit Ihrem Einkaufsgut nach Hause. Von Ihrem Guthaben wird alles fein säuberlich detailliert abgebucht.
Sollte sich Ihr Gesundheitszustand negativ verändern, werden die zuständigen Stellen in Echtzeit informiert und es wird Ihnen geholfen, bevor Sie die gesundheitliche Gefahr womöglich selbst bemerkt haben. Damit würde Ihr Alltag erleichtert und Ihr Leben sicherer, nicht wahr?
Zukunftsmusik oder Albtraum für Sie? Diese Gegebenheiten könnten schneller Realität sein, als Sie denken.
Die US-Großbank JPMorgan Chase plant für 2025 die Einführung eines biometrischen Zahlungssystems, welches ermöglicht, Einkäufe zu tätigen ohne Bargeld, Kredit- oder Debitkarten. Sie müssen lediglich akzeptieren, daß Ihre Handflächen oder Ihr Gesicht beim Betreten des Geschäfts gescannt werden.
J. P. Morgan Payments habe dieses System bereits im Jahr 2022 durch einen Lebensmitteldienstleister in Texas erprobt. 35,83 Milliarden Transaktionen im Wert von 2,03 Billionen US-Dollar sollen abgewickelt worden sein.
Biometrische Zahlungen sollen bis 2026 weltweit 3 Milliarden Nutzer und einen Wert von 5,8 Billionen Dollar erreichen, wird von Goode Intelligence prognostiziert.
J. P. Morgan ist nicht der einzige Zahlungsverkehrsdienstleister, der aktiv die biometrischen Verfahren für persönliche Einkäufe erforscht: Visa stellte seine Technologie für das Bezahlen mit der Handfläche vor und erwartet, daß sich biometrische Zahlungen innerhalb des nächsten Jahrzehnts durchsetzen werden.
Die Pilotprojekte umfassen die Authentifizierung von Handflächen, Fingerabdrücken und Gesichtern für Zahlungen. Sie propagieren ein schnelleres und sicheres Kassiererlebnis. Dazu sind Kunden offenbar bereit, zum Bezahlen ihre biometrischen Daten zu verwenden.
In dieselbe Richtung geht die Entwicklung zur Überwachung, zur Förderung und zum Erhalt Ihrer Gesundheit. Haben Sie schon von Nanotattoos als Biosensoren gehört?
Tätowierungen sind längst populär geworden. Sie haben nicht nur ihre Verborgenheit verloren, sondern entwickeln sich zu einem Stück Technologie.
Entwickelt wurden Nanotattoo-Sensoren (BNTS) von Kristen D. Belcastro, Dozentin an der Yeditepe-Universität in Istanbul, und Onur Ergen, dem stellvertretenden Vorsitzenden für Forschung und Entwicklung an der Abteilung für Elektronik und Kommunikation der Technischen Universität Istanbul. Eine Methode, mit der Tätowierungen implantiert werden können, die passiv und drahtlos kommunizieren, ohne Implantate oder externe Energiequellen zu benötigen.
Das Tattoo reflektiere empfangene Hochfrequenzsignale und stelle damit eine Verbindung mit dem Smartphone her. Dieses kann so kontinuierlich überwachen und die gesammelten Informationen mittels KI auswerten. Die Entwicklung kompakter und selbstständiger Biosensoren soll es ermöglichen, unseren Gesundheitszustand zuverlässig, in Echtzeit und kostengünstig zu überwachen.

Ob hinter diesen technischen Entwicklungen das Interesse dem Wohle des Menschen gilt, wie vordergründig lauthals glaubhaft gemacht wird, muß bezweifelt werden! Kla.TV hat bereits in dutzenden Sendungen aufgezeigt, wie die Menschheit schrittweise in verschiedenen Bereichen in eine Totalkontrolle geführt wird. So sollen zum Beispiel die Bürger durch Abschaffung des Bargeldes und Nutzung des digitalen Euro gläsern und manipulierbar werden. Faktisch wird durch den digitalen Euro die finanzielle Privatsphäre der Menschen abgeschafft! Als Basis zur Totalüberwachung selbst in den eigenen vier Wänden kann Ihr WLAN genutzt werden.
Zusammenfassend muß gesagt werden:
Die Speicherung und zunehmende Verwendung der biometrischen Daten der Menschen wird eine totale "Überwachungsdiktatur" ermöglichen. Sie öffnet dem Mißbrauch durch den Staat, der seine Bürger auf Schritt und Tritt beobachten kann, aber auch Kriminellen, Tür und Tor.
So plant das WEF mit seiner Agenda 2030, jeden Menschen "glücklich" zu machen ohne Privatbesitz.
Sein Leben und Denken sollen umfassend kontrolliert und manipuliert werden können. Stichwort Transhumanismus, also die Verschmelzung von Mensch und Maschine, wird von globalen Schaltstellen wie WEF und UNO als unverzichtbare Weiterentwicklung des Menschen propagiert. Er soll ein kontrollierbares und steuerbares biotechnisches Produkt für die kriminelle Machtelite werden. Quasi mit einem einzigen Knopfdruck ausschaltbar, falls er keinen Nutzen mehr erbringt.
Wie kann der Mensch einem solchen gleichsam biometrisch-digitalen Gefängnis jemals wieder entfliehen?
Deshalb an dieser Stelle eine deutliche Warnung vor der heuchlerischen Propaganda für scheinbar positive Anwendungen solcher digital-biometrischen Technologien!
Widersetzen Sie sich einer technisierten, manipulativen Diktatur, indem Sie sich schon heute persönlich mit wahrheitsliebenden Menschen vernetzen. So werden Sie Teil einer freien "Neuen Welt". Denn das könnte überlebenswichtig werden.<<

22.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. August 2024 (x1.390/…): >>**Skandal-Anweisung an die Polizei: SPD-Behörde sabotiert Abschiebung Krimineller!**
Bundeskanzler Olaf Scholz ist einer der größten Heuchler des Jahres: Während er vollmundig Abschiebungen "im großen Stil" verspricht, sabotieren Behörden seiner eigenen Partei die Abschiebung von Kriminellen.
In einer skandalösen Dienstanweisung der SPD-geführten Landesaufnahmebehörde Niedersachsen an die Bundespolizei am Flughafen Düsseldorf heißt es: "Wenn sich der Betroffene weigert, in das Flugzeug zu steigen bzw. auf eine andere Art versucht, sich der Abschiebung zu widersetzen (aktiver/passiver Widerstand), kann dieser auf freien Fuß gesetzt werden und eigenständig zu der ihm zugewiesenen Unterkunft zurückreisen." Im Klartext: Widerstand gegen Polizeibeamte wird mit dem Aufenthalt in Deutschland belohnt!
Die Dienstanweisung ist ein eindeutiger Beweis: Es ist nicht nur so, daß die etablierten Parteien bei der Abschiebung von Kriminellen lediglich versagen und scheitern würden - was schlimm genug wäre -, sondern sie wollen diese Abschiebungen gar nicht. Sie wollen Deutschland von einer souveränen Nation in ein grenzenloses Siedungsgebiet verwandeln. Sie wollen unsere Identität zerstören und sie wollen so viel Massenmigration wie möglich durchsetzen. Wenn sie Abschiebungen oder Grenzschutz versprechen, dann heucheln sie nur, um dieses Ziel zu verschleiern.
Die für den Skandal-Brief verantwortliche Landesaufnahmebehörde Niedersachsen wird von ihrem Präsidenten Klaus Dierker geführt, der im Kreis Osnabrück als SPD-Kommunalpolitiker tätig war. Gleichzeitig gehört die Behörde zum Geschäftsbereich des niedersächsi-

schen Innenministeriums, welches wiederum von einer SPD-Ministerin geführt wird. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen wird deshalb niemand darauf hereinfallen, wenn die Ampel-Parteien und die CDU einmal mehr den Willen zur Migrationsbegrenzung vortäuschen. Nur mit der AfD hört der Irrsinn auf: Wir werden dafür sorgen, daß Abschiebungen durchgesetzt und Kriminelle in ihre Heimat zurückgeführt werden!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. August 2024 (x1.390/…): >>**Hinrichtung am Frankfurter Hauptbahnhof: Abschiebungen statt Waffenverbotszonen!**

Es sind unfaßbare Zustände, die in unserem Land zum schrecklichen Alltag geworden sind: Am Dienstagabend wurde mitten im Hauptbahnhof von Frankfurt am Main ein 27-jähriger Mann regelrecht hingerichtet. Ein 54-jähriger Türke schoß seinem Landsmann mit einer Pistole von hinten in den Kopf und gab anschließend weitere Schüsse auf das am Boden liegende Opfer ab. Der Mann war sofort tot, der Täter versuchte zu flüchten und ließ sich dann von der Bundespolizei festnehmen. Hunderte Reisegäste, die am Gleis 9 auf ihren Zug warteten, mußten die Bluttat mit ansehen.

Daß unsere Bahnhöfe infolge der Massenmigration immer unsicherer werden, ist schon schlimm genug. Es hat jedoch eine neue Qualität, wenn Mörder mitten in einem Hauptbahnhof ihre Opfer hinrichten und sich dabei nicht im Geringsten um das anwesende Publikum oder die Überwachungskameras scheren.

Derartige Verhältnisse bringt man mit Entwicklungsländern, gescheiterten Staaten und Bürgerkriegsgebieten in Verbindung, nicht jedoch mit einer stabilen und zivilisierten Republik in Mitteleuropa. Aber genau das ist die Entwicklung: Mit der Ampel und der CDU sind wir ganz unten angekommen. Wir bewegen uns auf Verhältnisse zu, die wir uns in normalen Zeiten nicht vorstellen konnten.

Und auch nach der Bluttat von Frankfurt streuen die etablierten Parteien den Bürgern Sand in die Augen und lenken vom eigentlichen Problem ab: Die CDU fordert Gesichtserkennungs-Software an Bahnhöfen und "ein strengeres Waffenrecht", anstatt die Massenmigration als eigentliche Ursache des Niedergangs auch nur zu benennen.

Doch die Folgen der unkontrollierten Einwanderung lassen sich weder mit Gesichtserkennung, noch mit albernen Waffenverbotszonen einhegen. Die AfD lehnt es ab, an den Symptomen herumzudoktern. Wir fordern stattdessen: Grenzen schützen, Massenmigration beenden und Straftäter mit ausländischer Staatsbürgerschaft konsequent ausweisen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. August 2024 (x1.391/…): >>**Schleuser-Kriminalität: Illegale Einreisen nahmen 2023 um ein Drittel zu!**

Ungeachtet von Grenzkontrollen hat die Zahl der illegalen Einreisen nach Deutschland bzw. der illegalen Aufenthalte im vergangenen Jahr dramatisch zugenommen. Insgesamt wurden 266.224 sogenannte Flüchtlinge wegen unerlaubter Einreise und unerlaubten Aufenthalts registriert, wie aus dem neuen Lagebild des Bundeskriminalamtes (BKA) hervorgeht. Das war ein Anstieg von 33,4 Prozent.

Bei rund 39.700 Migranten gab es demnach "Verdachtsmomente auf eine Einschleusung nach Deutschland". Hauptherkunftsstaaten waren den Angaben zufolge Syrien mit 54.207 Personen, die Türkei (35.732) und Afghanistan (35.370). "Diesen unerlaubten Einreisen nach Deutschland gingen in vielen Fällen Schleusungshandlungen voraus", heißt es in der Mitteilung des BKA.

Laut BKA liefen Schleuser-Aktivitäten vermehrt über das Mittelmeer und weniger über den Balkan. Allerdings: "Trotz des Rückgangs von Migrationsbewegungen auf der Westbalkanroute wurden die an den südöstlichen Grenzen Deutschlands festgestellten Personen zuvor überwiegend durch die Balkanregion geschleust", teilten die Ermittler mit.

Fast jeder zweite Geschleuste kam demnach über Polen (41,9 Prozent) nach Deutschland, et-

wa jeder dritte aus Österreich (29,4 Prozent) und etwa jeder fünfte aus Tschechien (22,5 Prozent).
Die nach Deutschland geschleusten Migranten waren laut BKA überwiegend zu Fuß (37,1 Prozent), in Kleintransportern (25,6 Prozent) oder in Autos (24,3 Prozent) unterwegs. Viele der zu Fuß Kontrollierten seien aber mutmaßlich zuvor mit Autos oder Kleintransportern nah an die Grenze gebracht worden, teilte das BKA mit.
Die Zahl der registrierten Tatverdächtigen im Bereich der Schleusungskriminalität stieg den BKA-Angaben zufolge 2023 um 26,6 Prozent, während die Fallzahl um 60,5 Prozent anstieg. Das deute auf mehr größere Gruppen geschleuster Flüchtlinge hin. (mit Material von afp).<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. August 2024 (x1.392/…):
>>**Ärztin warnte vor Corona-Impfung - Gericht verurteilt sie zu Geldstrafe von 2.500 Euro**
Dr. Heidi Göldner, eine Allgemeinmedizinerin aus Braunfels, wurde zu einer Geldstrafe von 2.500 Euro verurteilt, weil sie in ihrer Praxis angeblich irreführende Informationen über die Corona-Impfungen verbreitet haben soll.
Jonas Aston
...
Der Allgemeinmedizinerin Dr. Heidi Göldner aus Braunfels, Hessen, wird vorgeworfen, angeblich irreführende Informationen über Corona-Impfungen verbreitet zu haben. In ihrer Praxis hatte sie im Herbst 2021 einen Aushang angebracht, in dem sie vor Folgen der Impfung warnte. Darin erklärte sie, daß allein in ihrem Umfeld mehr als 40 oder sogar 50 Menschen nach der Impfung verstorben seien. Die Landesärztekammer Hessen hatte deshalb ein berufsgerichtliches Verfahren gegen Dr. Göldner eingeleitet.
Konkret erklärte Gölder auf besagtem Aushang: "Sehr geehrte Patientinnen und Patienten, aufgrund wiederholter Nachfragen: Wegen der unverhältnismäßig hohen Anzahl an teilweise schwerwiegenden Nebenwirkungen und der im Umfeld erfahrenen inzwischen mehr als 40 (eher 50) Toten im Zusammenhang mit den Covid-19-Impfungen werde ich weiterhin keine Covid-19-Impfungen in meiner Praxis durchführen!"
Gegenüber der Zeitung Mittelhessen hatte Gölder ihren Ausführungen schon 2021 damit verteidigt, daß Patienten, Bestatter und Bekannte ihr damals von plötzlichen Todesfällen berichtet hätten - von Personen, die kurz zuvor gegen das Corona-Virus geimpft worden seien. Die Kassenärztliche Vereinigung in Hessen hatte Gölders Aktion auf Nachfrage verschiedener Zeitungen kritisiert.
Gegenüber RTL ließ der Pressesprecher Karl Roth damals verlauten: "Wir halten die gemachten Aussagen für falsch und querdenkerisch." Die Landesärztekammer Hessen erklärte zudem, daß man konsequent allen Beschwerden gegen Ärzte nachgehen würde, die Corona leugnen oder falsche Behauptungen über die Impfung aufstellen würden.
Am Dienstag kam es schlußendlich zur Verhandlung in Gießen und es wurde geurteilt, daß die Hausärztin eine Strafe von 2.500 Euro zu zahlen hat. Göldner erklärte kurz nach Verkündung des Urteils, daß sie "fassungslos" sei. Von der Landesärztekammer zeigte sie sich maßlos enttäuscht. Statt hinter ihren Ärzten zu stehen und diese in der Ausübung ihres Eids zu unterstützen, falle man den Medizinern in den Rücken.
Ihre Meinung über die Corona-Impfung konnte die Gerichtsentscheidung jedenfalls nicht ändern. Sie wolle weiter vor den mRNA-Impfungen warnen. "Ich habe die Nebenwirkungen gesehen und meine Aufgabe als Ärztin ist es, meine Patienten zu schützen, für ihre Gesundheit einzustehen und das werde ich auch weiterhin tun."
Am Samstag wurde vor dem Wetzlarer Dom im Vorfeld der Verhandlung eine Solidaritätsbekundung für die Ärztin abgehalten. Dort erklärte sie abermals, daß "sie sich lediglich ihrem Eid als Ärztin und ihrem Gewissen gegenüber verpflichtet fühlt". Auch wurde die umfassende

Aufarbeitung der Corona-Pandemie und der entsprechenden Maßnahmen der Bundesregierung gefordert.<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. August 2024 (x1.392/…): >>**Trump will Soldaten, die wegen Impf-Weigerung entlassen wurden, zurückholen - und entschädigen**

Donald Trump hat angekündigt, daß er alle Soldaten, die wegen einer verweigerten Corona-Impfung entlassen wurden, wieder einstellen will. Er kündigte außerdem eine Kompensation für verlorenes Gehalt an, sollte er Präsident werden.

Marie Rahenbrock

...

Am Mittwoch sprach Ex-Präsident Donald Trump auf einer Wahlkampfveranstaltung in Asheboro, North Carolina. Dort versprach er, die 8.000 Soldaten, die unter der Regierung von Joe Biden und Kamala Harris entlassen worden waren, weil sie sich geweigert hatten, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen, wieder einzustellen. Zusätzlich zur Wiedereinstellung würde es eine Entschuldigung der Regierung und eine Nachzahlung des Lohns geben.

Die Menge jubelte bei diesen Worten. Trump sagte wörtlich: "Hoffentlich haben sie (die ehem. Soldaten, Anm. d. Red.) tolle Jobs und verdienen gerade viel Geld, aber wenn sie zurückkommen wollen, bekommen sie eine Entschuldigung. Wir nehmen sie wieder auf, sie bekommen die Nachzahlung des Lohns. Das mit dem Mandat hätte nie passieren dürfen."

Bis Oktober 2023 sind nur 43 der 8.000 entlassenen Militärangehörigen nach der Aufhebung des Impfstoffmandats wieder zum Militär gegangen. Das will Trump ändern.

Er versprach außerdem, sollte er Präsident werden, "die größte Rekrutierungskampagne in Friedenszeiten in der Geschichte der Streitkräfte (zu) starten". Damit will er Rekrutierungsprobleme lösen und die, nach seiner Aussage, durch Biden und Harris angeschlagene Moral des Militärs heben.

In Deutschland scheint unter der jetzigen Bundesregierung ein solches Vorgehen, wie Trump es mit Lohnnachzahlung und Entschuldigung in Aussicht stellt, undenkbar. Wie eine parlamentarische Anfrage der AfD ergab, sind laut dem Bundesverteidigungsministerium seit Beginn der Corona-Pandemie 72 Soldaten aus dem Dienst entlassen worden, weil sie sich nicht impfen lassen wollten. Ob die Soldaten sich gegen eine Corona-Impfung oder eine andere Pflichtimpfung verweigerten, geht aus der Antwort nicht hervor. Im Jahr 2022 wurden die meisten Soldaten entlassen: nämlich 69.

Die Duldungspflicht für die Corona-Impfung wurde im November 2021 eingeführt und galt bis vor wenigen Monaten. Die Duldungspflicht bezieht sich auf bestimmte Impfungen und weitere Prophylaxemaßnahmen, die Soldaten durchführen lassen müssen. Bei Weigerung drohen dienstrechtliche Konsequenzen bis hin zur Entlassung. Zeitsoldaten, die noch nicht das vierte Dienstjahr vollendet haben, können fristlos entlassen werden. Zu den zu duldenden Impfungen gehören unter anderem Hepatitis A und B, Mumps, Masern, Röteln, Influenza oder Diphtherie.<<

23.08.2024

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Die Wiederholungstäterin**

Nancy Faeser: Die Innenministerin ist die gefährlichste Politikerin der scheiternden Ampel-Regierung

Michael Paulwitz

Die Bundesinnenministerin regiert die Schlagzeilen in diesem Sommer der Ampel-Dämmerung. Das erste exekutive Zeitschriftenverbot in der auch schon ein Dreivierteljahrhundert währenden Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von einer nicht minder historischen Niederlage vor dem Bundesverwaltungsgericht, das ihre grundrechtsmißach-

tende Verbotsverfügung vorerst wieder kassierte, flankiert vom nächsten Übergriff, diesmal gegen das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung, das sie durch eine Lizenz zum heimlichen Betreten und Durchsuchen von Privaträumen für das BKA aushebeln möchte.
Und schon steht sie wieder vor malerischer Küstenkulisse in Rostock vor der Kamera und redet die katastrophalen Zahlen zur inneren Sicherheit schön, die sie als oberste Dienstherrin der Bundespolizei politisch zu verantworten hat: Aufenthaltsrechtsverstöße, illegale Einreisen, Sexualverbrechen, Gewaltdelikte, Taschen- und Gepäckdiebstähle mit zweistelligen Zuwachsraten und ebenso auf Rekordhöhe wie Angriffe auf Bundespolizisten - die Bundesinnenministerin verniedlicht das als lediglich "bittere Bilanz", phantasiert von "Fortschritten" im Kampf gegen die Schleuserkriminalität und will den Bürgern weismachen, mit ein paar mehr Stellen für die völlig überlastete Bundespolizei wäre schon wieder alles gut.
Rücktrittsgründe hat Nancy Faeser während ihrer knapp drei Jahre im Amt schon so viele gesammelt, daß es für ein ganzes Kabinett reichen würde. Von ihrem Sessel vertreiben läßt sich die Ministerin durch ihre katastrophalen Fehlleistungen genausowenig wie durch die verheerende Wahlniederlage, die sie als Spitzenkandidatin der hessischen SPD im vergangenen Jahr eingefahren hat, als sie mit einem blamablen Stimmen-Minusrekord lediglich auf Platz drei landete.
Selbst die schallende Ohrfeige durch das Bundesverwaltungsgericht, das ihr für ihr Compact-Verbot faktisch eine eklatante Verletzung des Grundrechts der Pressefreiheit bescheinigt hatte, lächelte Nancy Faeser eiskalt weg: Das sei doch ein "ganz normaler Vorgang". Das Groteske daran: Im Blick auf ihre bisherige Amtsführung trifft das sogar zu.
Faesers Kampf "gegen Rechts", den sie vom ersten Tag im Amt an zum Dreh- und Angelpunkt ihres Wirkens im Bundesinnenministerium ausgerufen hat, verdichtet sich zu einer ganzen Serie von Rechtsbeugungen und Verfassungsbrüchen in einem regelrechten Feldzug gegen den freiheitlichen Kernbestand des einst vom Grundgesetz definierten demokratischen Rechtsstaats.
Faesers Versuch, die Pressefreiheit unter mißbräuchlicher Instrumentalisierung des Vereinsrechts auszuhöhlen, und ihr zuletzt vorgetragener Angriff auf die Unverletzlichkeit der Wohnung sind keine zufälligen Ausrutscher. Legionen renommierter Juristen haben ihr die Rechtswidrigkeit ihrer Vorhaben vorgerechnet, es interessiert sie offenkundig nicht. Denn Nancy Faeser ist auf dem Feld der Grundrechts-Demontage Wiederholungstäterin.
Bereits ihr Maßnahmenpaket zur "Bekämpfung des Rechtsextremismus", das die Ministerin vor einem halben Jahr mit dem Rückenwind der Correctiv-Kampagne um ein angebliches "Geheimtreffen" in Potsdam vorgestellt hatte, war ein Generalangriff auf die Meinungsfreiheit im Land.
Nichts anderes findet statt, wenn staatliche Stellen sich anmaßen, erwünschte und politisch genehme Meinungen mit "die Demokratie" gleichzusetzen, zu privilegieren und deren Propagierung über dafür herangezogene Vollstrecker mit dem Geld der Bürger zu subventionieren, während unwillkommene Positionen und oppositionelle Bestrebungen, die dem eigenen Machtanspruch unbequem sind, auch unterhalb der Grenze gesetzlich definierter und nachvollziehbarer Strafbarkeit geächtet, verfolgt und aus dem gleichberechtigten Meinungswettbewerb ausgeschaltet werden sollen.
Nancy Faeser will einen anderen Staat, eine andere Republik als die des Grundgesetzes. Ihr ganzer Eifer gilt einer doppelten Transformation: Sie baut den demokratischen Rechtsstaat, dessen hehrstes Prinzip die Gleichheit aller vor dem Gesetz ist, in einen quasitotalitären linken Gesinnungsstaat um, in dem Abweichler als "Staatsgefährder" oder "Staatsverhöhner" zu Gedankenverbrechern gestempelt und mit einer breiten Palette administrativer und repressiver Maßnahmen kujoniert werden, während die Nachbeter und Multiplikatoren erwünschter und herrschaftsstabilisierender Gesinnungen verhätschelt werden und Narrenfreiheit genießen.

Die zweite große Transformation ist die des Souveräns selbst. Aus dem demokratischen Nationalstaat der Deutschen, wie ihn das Grundgesetz versteht, soll ein Zuwanderungsgebiet mit offenen Grenzen werden, dessen beliebige Bevölkerung vor allem durch von oben zugeteilte Wohltaten, ideologisches Wohlverhalten und den zur bloßen Formalität gewordenen deutschen Paß zusammengehalten wird.
Mit der fortgesetzten Aufweichung von Aufenthaltsregeln, erleichterten Einbürgerungen und der Legalisierung illegaler Migration treibt die Innenministerin diesen Umbau des Staatsvolks voran. Mit Plänen für ein "Bundespartizipationsgesetz" und eine verordnete "Diversitätsstrategie" strebt sie zudem die "Stärkung der Teilhabe" von "Personen mit Einwanderungsgeschichte" in der Bundesverwaltung an. Überflüssig zu erwähnen, daß solche De-facto-Quoten mit dem Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes schwer zu vereinbaren sind.
Umgekehrt proportional zu diesem Transformationseifer verhält sich das unverhohlene Desinteresse der Innenministerin an der Wahrung ihrer eigentlichen Aufgaben. Als "Verfassungsministerin" ist Nancy Faeser der Bock als Gärtner; als Hüterin der inneren Sicherheit ist sie eine glatte Fehlbesetzung.
Die Sicherung der Grenzen gegen illegale und unkontrollierte Zuwanderung, der Schutz der Bürger vor ausufernder und importierter Kriminalität, die Abwehr terroristischer Bedrohungen durch Linksextremisten und Islam-Fanatiker - das alles hat für Nancy Faeser nachrangige Bedeutung und ist ihr allenfalls Lippenbekenntnisse und Alibimaßnahmen wert, die mitunter an Veralberung grenzen, wie die Vorstellung, Obst- und Taschenmesser waffenrechtlich zu verbieten.
Auf Einsicht oder gar Kurskorrektur ist nicht zu rechnen. Im Bundesinnenministerium klammert sich eine machtverliebte Ideologin an ihr Amt, die ihre Agenda noch besessener exekutiert, da ihre Zeit an den Schalthebeln der Staatsgewalt immer rascher verrinnt. Je schneller sie abläuft, desto besser für das Land.
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Streit um Traditionserlaß**
Irritierte Armee
Dieter Stein
Nach einem ersten Anflug leiser öffentlicher Kritik zog die Bundeswehr ein Papier zum Traditionserlaß blitzartig wieder zurück. Kai Rohrschneider, Generalleutnant und Abteilungsleiter Einsatzbereitschaft und Unterstützung Streitkräfte im Verteidigungsministerium, hatte Thesen geäußert, die von der JUNGEN FREIHEIT auf die Formel "Mehr Wehrmacht wagen" gebracht worden waren. Tatsächlich machte Rohrschneider plausibel, daß die Bundeswehr Tradition und vorbildliche Leistungen im Krieg nicht aus sich selbst aufrufen kann.
Er erinnerte daran, daß die Bundeswehr von 40.000 Soldaten und Offizieren aufgebaut worden ist, die zuvor in der Wehrmacht gekämpft hatten. Rohrschneider nennt neben anderen das Flieger-As Oberst Erich Hartmann, mit 352 Luftsiegen erfolgreichster Jagdflieger aller Zeiten, in der Bundeswehr Kommodore eines Jagdgeschwaders.
Für militärische Traditionspflege gilt analog zum Verfassungsrecht das "Böckenförde-Diktum": "Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann."
Auch die Bundeswehr ist vor bald 70 Jahren nicht "einfach so" entstanden. Ihr Aufbau wäre ohne die Erfahrungen - auch die negativen - ehemaliger Wehrmachtsangehöriger unmöglich gewesen. Viele von ihnen hatten als Soldaten und Offiziere Hervorragendes geleistet. Das anzuerkennen bedeutet im Umkehrschluß keine unkritische Heldenverehrung.
Wie in einem Brennglas verdichten sich in den Streitkräften die deutschen Identitätsprobleme
Vom ersten Tag der Bundeswehr an war die Frage von Tradition, Symbolen und Zeremoniell

ein umstrittenes Feld. Während die "antifaschistische" NVA übrigens wesentlich unbefangener (Wehrmachts-Stahlhelm, Uniform, Stechschritt) optisch und vom Auftreten an die Wehrmacht anknüpfte, machte die Bundeswehr den Bruch zur Armee des Dritten Reiches sichtbarer.
Wie in einem Brennglas verdichten sich in den Streitkräften die Identitätsprobleme der Bundesrepublik. Und zwar gerade weil die Waffenträger im Kern der demonstrierte Wille sind, eine Nation zu sein und zu bleiben. Die Bundesrepublik ist eben nicht in einer "Stunde Null" vom Himmel gefallen, sondern steht trotz der Katastrophe des NS-Staates in Traditionen, die über sie hinausweisen. Das Eiserne Kreuz war vom preußischen König 1813 während der Befreiungskriege als Tapferkeitsorden gestiftet worden. Es ist später Hoheitszeichen aller folgenden deutschen Armeen bis heute gewesen - einschließlich der Bundeswehr.
Bei den Armeen ehemaliger Kriegsgegner gilt - bei Verachtung des Hitler-Regimes - Taktik und Tapferkeit der Wehrmachtssoldaten als Beispiel. Zu Aussöhnung mit uns selbst und der wiedergewonnenen Selbstverständlichkeit, eine Nation zu sein, gehört ein weniger verkrampfteres Verhältnis zu militärischer Tradition. Hier liegt offensichtlich noch ein längerer Weg vor uns.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Zuhause ist's am schönsten**
Afghanen: Wie Reisebüros und Flüchtlinge die deutschen Behörden austricksen, um unerlaubt in ihr Herkunftsland zu reisen
Peter Freitag
Zahlreiche Flüchtlinge aus Afghanistan, die in Deutschland einen Schutzstatus verliehen bekommen haben, reisen offenbar regelmäßig für Kurzbesuche in ihr Heimatland, aus dem sie ihren eigenen Angaben zufolge aus Angst vor Verfolgung geflohen sind. Recherchen des RTL-Fernsehmagazins "Extra" zufolge sollen Reisebüros in mehreren deutschen Städten gezielt solche Reisen anbieten und dafür mit einem Trick die Vorschriften umgehen.
Denn Flüchtlinge bekommen hierzulande in der Regel einen sogenannten "Blauen Paß" als Ersatz für den Reisepaß ihres Herkunftslandes. Reisen dorthin sind mit diesem "Reiseausweis für Flüchtlinge" oder auch "Konventionspaß" untersagt. Denn: Reisen in den Heimatstaat können den Fortbestand des Schutzbedürfnisses und somit den asylrechtlichen Status in Frage stellen. Ein Automatismus ist damit allerdings nicht verbunden.
So gilt etwa der sogenannte "Erlöschensgrund" im Asylgesetz nur, wenn sich der Betreffende dauerhaft im Herkunftsland niederläßt. Für den Fall einer nur vorübergehenden Rückkehr (Urlaubsreise) greift dies nicht, heißt es dazu in einem Sachstandsbericht der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags.
Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind Reisen von Schutzbedürftigen in ihr Heimatland nur unter spezifischen Voraussetzungen erlaubt, etwa zum Besuch kranker Angehöriger, für Beerdigungen oder religiöse Zeremonien. Recherchen des Fernsehsenders zufolge sollen die Afghanen sowie beteiligte Reisebüros sogenannte "Double-Entry-Visa" bei der iranischen Botschaft beantragen. Diese ermöglichen eine Reise ins von den Taliban regierte Land mit einem Zwischenstopp im Iran. Dieses geben die Reisenden als eigentliches Ziel bei den deutschen Behörden an.
Die von den deutschen Grenzbehörden gestempelten Visa werden anschließend als loses Blatt Papier den Pässen angehängt statt wie üblich eingeklebt. Anschließend können sie bei der Wiedereinreise nach Deutschland entsorgt werden, um Afghanistan als Zielland zu verschleiern.
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wies die Verantwortung in Richtung der Kommunen. Es sei Aufgabe "der örtlichen Ausländerbehörden, darauf zu achten, daß so etwas nicht passiert", sagte sie gegenüber RTL. Auf Nachfrage räumte ein Sprecher ihres Ministeri-

ums ein, daß die Zahl solcher Heimaturlaube "statistisch nicht erfaßt" werde. Der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Joachim Stamp (FDP), forderte, die Behörden müßten "sicherstellen, daß Menschen, die bei uns Schutz beantragt haben, aber im Heimatland Urlaub machen, unmittelbar ihren Schutzstatus verlieren und nicht mehr in Deutschland bleiben können".
Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft drängt auf Konsequenzen: Künftig müßte der Gesetzgeber dafür sorgen, daß solche Visa wie sonst üblich fest in die Reisepässe einzubringen sind, so der stellvertretende Bundesvorsitzende, Heiko Teggatz. "Es ist für mich schleierhaft, wie ein Visum, das wie ein Beipackzettel in den Paß gelegt wird, überhaupt eine Gültigkeit entwickeln kann", meinte der Gewerkschafter.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Faeser muß Federn lassen**
Juristische Klatsche: Die Innenministerin scheitert mit ihrem "Compact-Verbot" vor dem Bundesverwaltungsgericht
Sven Versteegen
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zeigte sich kämpferisch in ihrer Bemühung, das Compact-Magazin zu verbieten (JF 31-32/24). Die Niederlage im Eilverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht vergangene Woche gestand sich die Volljuristin zwar ein. Dies sei jedoch "ein ganz normaler Vorgang". Sie versicherte: "In unserem Handeln gegenüber Verfassungsfeinden werden wir keinesfalls nachlassen."
Für das kommende Hauptsacheverfahren ist die Verfassungsministerin optimistisch gestimmt. Das Ministerium werde seine "Rechtsauffassung für das Verbot im Hauptsacheverfahren weiter umfassend darlegen und den prägenden Charakter der Verfassungsfeindlichkeit weiter substantiieren", sagte ein Sprecher der JUNGEN FREIHEIT.
"Auch die bei den richterlich angeordneten Durchsuchungen im Zuge des Vollzugs des Vereinsverbots sichergestellten Beweismittel dürfen weiterhin in das Hauptsacheverfahren einfließen und werden vom BMI derzeit entsprechend ausgewertet." Compact schaffe ein "gesellschaftliches und politisches Klima der Ausgrenzung dieser Bevölkerungsgruppen" und verbreite zudem antisemitische Inhalte. Mit diesen Argumenten hatte Faeser Mitte Juli auch das Verbot des Magazins gerechtfertigt.
Davon waren die Richter nicht überzeugt. Im Gegenteil bestünden erhebliche Zweifel, "ob angesichts der mit Blick auf die Meinungs- und Pressefreiheit in weiten Teilen nicht zu beanstandenden Beiträge in den Ausgaben des 'Compact-Magazins für Souveränität' die Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz verletzenden Passagen für die Ausrichtung der Vereinigung insgesamt derart prägend sind, daß das Verbot unter Verhältnismäßigkeitspunkten gerechtfertigt ist."
Anstatt eines Verbotes gebe es mildere Mittel, um eine mögliche verfassungsfeindliche Zeitschrift zu verbieten. Beispielsweise könnten die Behörden "presse- und medienrechtliche Maßnahmen, Veranstaltungsverbote, orts- und veranstaltungsbezogene Äußerungsverbote sowie Einschränkungen und Verbote von Versammlungen in den Blick nehmen".
Da die Vollziehung des Vereinsverbotes zur sofortigen Einstellung des gesamten Print- und Onlineangebots führe, das den Schwerpunkt der Tätigkeit von Compact ausmache, komme den Grundrechten "der Meinungs- und Pressefreiheit" ein "besonderes Gewicht" zu, das höher zu gewichten sei als das eigentliche Verbot.
Keine Bedenken äußerte das Gericht dagegen, daß bei dem Verbot auf das Vereinsrecht zurückgegriffen wurde. Auch formell gebe es keine Zweifel an der eigentlichen Verbotsverfügung. Zudem gebe es Anhaltspunkte, daß "einzelne Ausführungen" in dem Magazin eine Verletzung der Menschenwürde darstellten und viele Beiträge eine "kämpferisch-aggressive Haltung gegenüber elementaren Verfassungsgrundsätzen" zeigten. Nun darf Herausgeber Jürgen Elsässer Compact bis zum Urteil im Hauptsacheverfahren wieder veröffentlichen.

"Bärendienst im Kampf gegen Rechtsextremismus"
"Sieg", schrieb er dazu auf dem Kurznachrichtendienst X. In offiziellem Rahmen verkündete er vor Pressevertretern in Berlin: "Wir haben obsiegt über die autoritären, um nicht zu sagen, faschistischen Übergriffe von Nancy Faeser. Es ist ein Sieg von David gegen Goliath, ein Sieg der Demokratie über die Diktatur." Auf Rückfrage revidierte er seine Aussage leicht. Das Urteil habe sein Vertrauen in "das System" gestärkt. Eine "friedliche Revolution" von unten, wie in der DDR, halte er nicht länger für nötig.
Letztlich ist Elsässer erfreut, sein Magazin wieder verkaufen zu dürfen. Wenn auch etwas holpriger, hat doch die Polizei weiterhin alle Unterlagen, wie etwa Abo-Karteien. Sämtliche Gegenstände der Redaktion wurden beschlagnahmt, die Embleme der Firma verboten, die Konten gesperrt. Die Asservatenliste betrage mehr als hundert Seiten, so Elsässers Rechtsanwalt Laurens Nothdurft. Büromöbel und Computer erhielt Elsässer am Dienstag zurück.
Triumphierend schrieb er: "Jetzt kann mich keiner mehr stoppen." Sein Anwalt hatte befürchtet, daß die Rückgabe "kompliziert" werde. Das Verbot sei vom Bund erteilt worden, die Razzien allerdings durch verschiedene Landespolizeieinheiten durchgeführt worden.
Deutlich ungemütlicher wurde hingegen das politische Nachbeben im Innenministerium. Kritik kam - wenn auch nicht von allen Seiten - nicht nur von der AfD. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), warf Faeser vor, nicht sorgfältig gearbeitet zu haben: "Gerade als Innenministerin müßte sie wissen, daß die Meinungsfreiheit ein essentielles Grundrecht ist", sagte der Abgeordnete. "So wurde dem Kampf gegen Rechtsextremismus ein Bärendienst erwiesen."
Einen Gang zurück schaltete FDP-Parteivize Wolfgang Kubicki. Hatte er noch vor dem Urteil einen Rücktritt Faesers im Falle einer Niederlage gefordert, so vertagte er diesen nun. "Verfassungsministerin Nancy Faeser hat sich auf juristisch extrem dünnes Eis begeben und ist eingebrochen.
Sollte sie auch im Hauptsacheverfahren scheitern, war es das", sagte der Bundestagsvizepräsident. Das Hauptsacheverfahren wird voraussichtlich in zwei Jahren abgeschlossen. Ob Faeser dann noch Ministerin oder die FDP im Bundestag vertreten ist - fraglich.
Deutliche Worte fand das AfD-Sprecher-Duo. Die Innenministerin habe "die bürgerlichen Freiheiten mit Füßen" getreten. "Für ihren dreisten Angriff auf die Pressefreiheit muß Nancy Faeser ihren Hut nehmen oder entlassen werden", forderten Alice Weidel und Tino.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Bundeswehr und Kriegstüchtigkeit: Nach Kritik an den jüngsten Ergänzungen zum Traditionserlaß knickt das Verteidigungsministerium ein**
Christian Vollradt
Auf das Kommando "Abteilung - kehrt!" folgt bei der Bundeswehr eine 180-Grad-Wendung. Und zwar immer nach links. Was jedem Rekruten in der Formaldienst-Ausbildung eingebleut wird, gilt im übertragenen Sinne auch an der Spitze der Truppe. Denn in Sachen Traditionspflege hat das Verteidigungsministerium nach nur vier Wochen eine 180-Grad-Wende vollzogen - und damit rückgängig gemacht, was zuvor von links scharf kritisiert worden war.
Mitte Juli hatte der Bendlerblock ein elfseitiges Papier unter dem Titel "Ergänzende Hinweise zum Traditionserlaß" herausgegeben (JF 33/24). Darin hieß es, daß das soldatische Selbstverständnis nach wie vor an die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und nicht nur an militärische Professionalität gebunden sei. Seit der "Zeitenwende" nach dem Angriff Rußlands auf die Ukraine steige jedoch auch die Bedeutung der "Kriegstüchtigkeit" wieder - so wie bereits zu Zeiten des Kalten Krieges, so das Papier, das unter der Federführung des Abteilungsleiters Einsatzbereitschaft und Unterstützung Streitkräfte, Generalleutnant Kai Rohrschneider, entstanden war.
Daher müsse ein größeres Augenmerk auf militärische Exzellenz und klassische soldatische

Tugenden gelegt werden: "In der Traditionspflege der Bundeswehr mit Bezug zur Zeitenwende kommt der Gründergeneration der Bundeswehr eine bedeutende Rolle für traditionsstiftende militärische Exzellenz zu."
Weil die Hinweise auch einige beispielhafte Militärs mit Wehrmachtsbezug nannten, witterten Kritiker die Gefahr, dadurch könnten "Nazis" zu Vorbildern werden und dies könne "dem Kampf gegen Rechtsextremismus innerhalb der Bundeswehr schaden". Ein Ministeriumssprecher hatte solche Unterstellungen zunächst zurückgewiesen und betont, daß der Traditionserlaß von 2018 unverändert gilt. Ziel der Ergänzungen sei es, in der "aktuellen Diskussionen um Kriegstüchtigkeit, Wehrfähigkeit oder Einsatztauglichkeit" den Soldaten in der Bundeswehr Hinweise zu geben, "wie man das auch in den Traditionserlaß einsortieren kann". Da helfe "auch der Blick ins Geschichtsbuch", so der Sprecher.
So hatten die Hinweise aus der für die Innere Führung zuständigen Abteilung unter anderem hervorgehoben: "Der Traditionserlaß läßt ausdrücklich die Übernahme von vorbildlichen soldatischen Handlungen aus anderen Epochen - einschließlich des Zweiten Weltkriegs - zu. Darunter fallen nicht nur diejenigen Angehörigen der Wehrmacht, die dem militärischen Widerstand zuzuordnen sind." Außerdem erhebe Tradition "nicht den Anspruch des makellosen Ideals" und akzeptiere "menschliche Fehlbarkeit".

"Bedauern, daß Zweifel an der Wertebindung aufkamen"

Doch nur zwei Tage nachdem der Pressesprecher des Verteidigungsministeriums diese "Ergänzenden Hinweise" in der Regierungspressekonferenz wortreich erläutert und verteidigt hatte, setzte sie der Generalinspekteur "mit sofortiger Wirkung außer Kraft". Begründung: Sie hätten "Zweifel an der Wertebindung des Traditionsverständnisses der Bundeswehr aufkommen lassen." Solche Zweifel wolle man ausräumen.
"Die Gesamtdebatte hat dazu geführt, daß wir uns die Formulierung noch einmal angeschaut haben und sie vom Markt nehmen", ergänzte der Ministeriumssprecher, dem die undankbare Aufgabe zufiel, öffentlich nach nur 48 Stunden eine Kehrtwende - um 180 Grad über links - zu vollziehen: Was "für mehr Verhaltenssicherheit" sorgen sollte, habe "Bezüge hergestellt, die sich in der Rückschau nicht als förderlich herausgestellt" hätten. Etwaige Zweifel an der "Werteorientierung und auch dem Einsatz für Demokratie und Rechtsstaat" bedauere man sehr.
Vor allem aus den Reihen der Grünen soll es koalitionsintern Kritik an den ergänzenden Hinweisen gegeben haben. Kaum verwunderlich, nachdem in vorderster Linie die linksalternative taz gegen die neue Ausrichtung in Sachen Traditionspflege geschossen hatte. Bezeichnend: Als die Parlamentarische Staatssekretärin Siemtje Möller (SPD) den Verteidigungsausschuß über die sofortige Außerkraftsetzung der "Ergänzenden Hinweise" in Kenntnis setzte, sprach sie vom "Rohrschneider-Papier", so als handele es sich lediglich um die Idee eines einzelnen Generals. Tatsächlich wird das Papier des zuständigen Abteilungsleiters wie üblich von der Hausspitze abgesegnet worden sein.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Raffke statt Samariter?**
Sven Versteegen
Im Februar mahnte "Oldenburg hilft Vorstand" Maik Günther: "Korruption ist ein Thema in der Ukraine." Kooperationen vor Ort habe er daher fallengelassen. Nun beendet die Stadt Oldenburg die Kooperation mit dem Verein, wie die Nordwest-Zeitung berichtet. Staatsanwaltschaft und Finanzamt interessieren sich hingegen sehr für Gründer Günther, der für die Vereinstätigkeit seinen Beruf niedergelegt hatte.
Aber von vorne: Aus einer 200köpfigen Bürgerinitiative formte Günther in kürzester Zeit einen professionellen Verein mit 16 festangestellten Mitarbeitern. "Wir haben in der Stadt 64 Häuser angemietet, in denen 400 Flüchtlinge in Wohngemeinschaften untergebracht sind",

prahlte er im Februar. Später sollen es 500 Ukrainer werden. Die Unterbringung zahlt das Jobcenter Oldenburg über Pauschalmieten. Zwischen 500 und 750 Euro werden überwiesen. Um die 45 Euro pro Quadratmeter kostet somit ein Zimmer.
Das ortskundige Blatt berichtet über ein "Gammelhaus": kaputte Fenster und feuchte Wände. Doch der Verein macht Gewinn. 40.000 Euro rechnete der Vereinschef vor - monatlich. Dadurch seien Projekte, die Mitarbeiter und, wie sich herausstellte, regelmäßige Beratungshonorare in Höhe von 4.000 Euro finanziert worden. Letztere erhielt die Firma Mediapolis, deren Geschäftsführer einen bekannten Namen trägt: Maik Günther.
Genug für einen Anfangsverdacht wegen Untreue, bestätigte die Staatsanwaltschaft Oldenburg auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT. Der "Oldenburg hilft Vorstand" feierte sich jüngst dennoch beim NDR: "Vielleicht ist es auch so ein Stückchen Wahnsinn, dem man verfällt, wenn man sieht, man kann den Menschen und man will den Menschen helfen." Die Stadt will dem nun ein Ende setzen und zwingt Günther zum sukzessiven Abbau der Objektvermietung.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Deutschland bleibt größter EU-Nettozahler / Neuer Schuldenhaushalt**
Gewaltige Belastungen
Thorsten Polleit
Stellen Sie sich folgendes vor: Jemand nimmt Ihnen 100 Euro ab und gibt Ihnen daraufhin 40 Euro wieder zurück. Ihnen fehlen also 60 Euro. Wenn Ihnen nun jemand sagt, daß das Ganze gut für Sie sei, dann würden Sie sich sicherlich hinters Licht geführt fühlen. Ihnen wird darauf entgegnet: Daß Ihnen mehr genommen wird als gegeben, ist vorteilhaft für Sie, schließlich hätten Sie ansonsten nicht einmal Ihre anfänglichen 100 Euro verdient.
Mit genau diesem Gedankengang wird der EU-Umverteilungsapprat gerechtfertigt. Der EU-Haushalt wird durch Geldzahlungen der Länder in Abhängigkeit ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) finanziert. Hinzu kommen anteilige Zahlungen der national erhobenen Mehrwertsteuern, Zölle und Beiträge gekoppelt an nicht recycelte Verpackungsabfälle aus Kunststoff sowie weitere Zahlungen (Verzugszinsen, Bußgelder).
Das Institut der deutschen Wirtschaft hat nun erneut vorgerechnet (IW-Report, 34/24), daß Deutschland 2023 mit 17,4 Milliarden Euro wieder der größte EU-Nettozahler war. Das war zwar weniger als 2022 (19,7 Milliarden) - Hauptgrund ist lahmende Wirtschaft -, aber immer noch viel höher als der Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2020 mit 13,5 Milliarden Euro. Frankreich (9 Milliarden), Italien (4,5 Milliarden) und die Niederlande (3,4 Milliarden) zahlten viel weniger nach Brüssel.
Die Nettoempfänger waren vor allem Polen (8,2 Milliarden), Rumänien (6 Milliarden), Ungarn (4,6 Milliarden) und Griechenland (4,1 Milliarden). Auch wenn man die nationalen Beiträge für die EU ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung setzt, war Deutschland der größte Zahlmeister: Die Belastung betrug 0,41 Prozent des BNE - weit höher als die Niederlande (0,33 Prozent) sowie Dänemark und Finnland (jeweils 0,30 Prozent). Zudem hat die EU 2020 einen riesigen Corona-Fonds (NextGeneration EU/NGEU) ins Leben gerufen, der bis zu 806,8 Milliarden Euro mobilisieren kann - durch Kreditaufnahme der EU und Beiträge der Mitgliedstaaten von 338 Milliarden Euro.
Das Kölner IW hat die bisherige Belastung aus dem NGEU berücksichtigt. Danach lag der deutsche Beitrag bei 0,66 Prozent des BNE, an zweiter Stelle knapp nach Irland und den Niederlanden (jeweils 0,68 Prozent). Solche Zahlen im Promillebereich mögen gering klingen. Für die Deutschen ist das allerdings eine gewaltige Belastung.
So betrug der Zuwachs des deutschen BNE von 2022 bis 2023 260,2 Milliarden Euro, die deutsche Gesamtzahlung an die EU betrug 28,3 Milliarden Euro. Das heißt also, daß 2023 fast elf Prozent des nominalen Zuwachses der Wirtschaftsleistung Deutschlands an die Brüsseler Kassen überwiesen wurden.

Daß Deutschland als notorischer Nettozahler gut fährt, darf aus ökonomischer Sicht stark bezweifelt werden. Wäre es ein Gewinngeschäft, würde sich sogleich die Frage stellen, warum der deutsche Beitrag nicht noch höher ausfällt - schließlich stiege dann ja das nationale Einkommen. Und könnte man tatsächlich nachweisen, daß es sich lohnt, Nettozahler der EU zu sein, dann hätten die Wirtschaftswissenschaftler dazu längst überzeugende Analysen und Berechnungen vorgelegt. Doch das haben sie nicht. Der Verdacht liegt nahe, daß die Nettozahler in die EU die Dummen sind und daß der größte Nettozahler der Dümmste ist.

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Volkswirt und Herausgeber des Boom & Bust Reports. www.-boombustreport.com

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Beide Kühltürme des unterfränkischen AKW Grafenrheinfeld gesprengt**

Volksvermögen vernichtet

Jörg Fischer

Vor zwanzig Jahren war Deutschland trotz Rot-Grün Exportweltmeister und die 18 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke lieferten 28 Prozent des Stroms. In China ging der erste Reaktor erst 1991 ans Netz und das 1,3-Milliarden-Einwohner-Land war 2004 nur die verlängerte Werkbank westlicher Konzerne.

Doch schon 2009 ging der Titel des Exportweltmeisters an das Reich der Mitte, ein Jahr später zogen auch die USA an Deutschland vorbei. Heute hat China 55 AKWs und 24 Reaktoren im Bau. 41 sind geplant. Am Montag genehmigte der kommunistische Staatsrat den Bau von weiteren elf Reaktoren.

In Deutschland wurde der Atomausstieg am 15. April 2023 vollendet, und der Strom ist doppelt so teuer wie in den USA und viermal teurer als in China. Damit das nach einem Regierungswechsel auch so bleibt, wurden am 16. August Fakten geschaffen: Um 19.55 Uhr wurden die beiden Kühltürme des unterfränkischen AKW Grafenrheinfeld gesprengt. Tausende Schaulustige und mehrere Profikameras verfolgten gespannt die Aktion.

Der einsame Protest des 37jährigen Nuklearia-Vereinsmitglieds Andreas Fichtner aus Karlsruhe konnte den Wahnsinn nur um eineinhalb Stunden verzögern, aber nicht verhindern. Ob und in welcher Höhe zivilrechtliche Forderungen geltend gemacht werden können, werde geprüft, teilte die AKW-Betreibergesellschaft PreussenElektra mit. Mit der Sprengung werde "Raum für Neues geschaffen", und "gemeinsam mit unseren Partnern und Stakeholdern vor Ort wollen wir Ideen vorrangig im Bereich der Energieerzeugung und -speicherung vorantreiben", versprach Konzernchef Guido Knott.

Der Bau des AKW mit einer Leistung von 1,3 Gigawatt war eine öffentlich-private Milliardeninvestition, die 1975 begann und 1982 ans Netz ging. 33 Jahre wurde zuverlässig und kostengünstig Strom geliefert - bis Juni 2015, denn da wurde der 2011 beschlossene schwarzgelbe Atomausstieg wirksam. Dabei hätte das Kraftwerk bei entsprechender Wartung noch jahrzehntelang Strom liefern können. Das galt auch für die 16 anderen AKWs, die seit 2011 sinnlos stillgelegt wurden. Sie zählten zu den sichersten der Welt. Dennoch wird dieses Volksvermögen schrittweise gnadenlos vernichtet.

youtube.com/@preussenelektragmbh2040<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Hoch hinaus, aber tief gefallen**

Agrarhandel: Die Baywa war hundert Jahre erfolgreich / Irrsinnige Expansion mit Milliardenkrediten brachte den Ruin

Christian Schreiber

Die Baywa galt als "deutsches Wunderkind", bis sich herausstellte, daß sich die Firmenspitze mit Milliardenkrediten übernommen hat. Am 12. Juli hatte sich der Agrarkonzern zum Sanierungsfall erklärt. Der Aktienkurs hat sich seit August 2022 halbiert.

Voriges Jahr feierte der Münchner Mischkonzern sein hundertjähriges Jubiläum mit einem Rekordgewinn, rauschenden Partys und Politprominenz. Nun lastet ein Schuldenberg von 5,8 Milliarden Euro auf dem mehrheitlich in genossenschaftlichem Besitz befindlichen Traditionsunternehmen, darüber hinaus ist das Tagesgeschäft defizitär.
Neben den gestiegenen Zinsen leidet die Baywa unter schwächeren Ernten, dem Preisverfall bei den Solarmodulen und einer schwachen Baukonjunktur. Der Vorstand hatte vergeblich versucht gegenzusteuern. 24.000 Mitarbeiter hat die Baywa, davon 8.000 in Bayern. Die sind auf Krawall gebürstet, denn die Baywa zahlte über Jahre großzügig nach Haustarif. Doch inzwischen würden die Lohnsteigerungen nicht einmal mehr die Inflation ausgleichen, klagt die Gewerkschaft Verdi. Nun kommt die Unsicherheit über die Firmenzukunft dazu.
Die Baywa ist zudem nicht nur Lieferant von Saatgut, Dünger und Landmaschinen, sondern auch Direktabnehmer für viele Landwirte.
Von denen wiederum sind einige Kleinaktionäre des Konzerns. Experten sagen, daß eine Insolvenz mit einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen und einer Gefahr für den Gesamtkonzern aus diesem Grund quasi undenkbar sei. Deshalb gab es rechtzeitig eine üppige Finanzspritze.
Mehrere Banken stellten einen Überbrückungskredit über 272 Millionen Euro bereit und verzichten außerdem darauf, fällige Kredite zurückzufordern. Zusätzliches Geld kommt von den Großaktionären, der Bayerischen Raiffeisen Beteiligungs-AG und der österreichischen Raiffeisen Agrar Invest, die zusammen 62 Prozent der Firmenanteile halten.
Knapp 550 Millionen Euro beträgt die Soforthilfe - aber die Kreditvereinbarungen gelten zunächst nur bis Ende September. "Die Baywa der Zukunft wird robuster. Der Vorstand geht aufgrund der konstruktiven Gespräche davon aus, daß im Herbst ein Konzept für eine nachhaltige Sanierung sowie eine Neuregelung der Finanzierung erreicht werden kann", verspricht Baywa-Chef Markus Pöllinger.
Viele machen dessen Vorgänger, Klaus Josef Lutz, der 2008 vom Süddeutschen Verlag kam und an die Baywa-Spitze aufstieg, für die Misere verantwortlich. Mit seinem schuldenfinanzierten Expansionskurs sei er für die aktuelle Lage verantwortlich. Nach seinem Ausscheiden 2023 war Lutz noch bis Januar 2024 im Aufsichtsrat tätig, überwarf sich aber mit seinem Nachfolger. Das Tischtuch zwischen den beiden Managern ist zerschnitten. Der 66jährige frühere Baywa-Boß ist nach wie vor Präsident des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags und gilt als versierter Strippenzieher im Freistaat.
Solche Befindlichkeiten sind ungeeignet, Vertrauen zu schaffen. Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) rief die Anleger dazu auf, ihre Interessen zu bündeln. Die Situation sei deutlich kritischer als bisher angenommen.
"Ich bin vollkommen überrascht. Ich kann es überhaupt nicht verstehen, was sich jetzt innerhalb der kurzen Zeit so geändert hat, daß die Aussagen, die man auf der Hauptversammlung gemacht hat, auf einmal nicht mehr gültig sind. Daß die Zinsen hoch bleiben, das hätte man eigentlich wissen müssen. Und daß die Schuldenlast drückt, das wußte auch jeder", sagte DSW-Vizepräsidentin Daniela Bergdolt.
Vor einem Jahr beim großen Jubiläum schien die Welt noch in Ordnung. CSU-Ministerpräsident Markus Söder lobte, die Baywa habe "einen Platz in der Welt, ist aber ein zutiefst bayerisches Unternehmen geblieben". Daran zweifeln immer mehr Branchenkenner: Man habe die Bodenhaftung verloren. Der Spiegel schrieb von "bizarren Machtkämpfen" und einem "selbstgewissen Firmenchef".
Lutz wollte aus dem biederen bayerischen Folklore-Konzern einen internationalen Mitspieler machen und groß ins Energiegeschäft einsteigen. Seit einigen Jahren handelt man mit Photovoltaikmodulen und managt den Bau von Solar- und Windparks. Im 18.500 Kilometer entfernten Neuseeland leistete man sich eine Apfelplantage, in den Niederlanden einen Getreide-

handel - das alles auf Pump.
So wuchsen die Kredite und Zinsen. Lutz verwies noch im vergangenen Jahr darauf, daß die Baywa einen größeren Umsatz mache als der Sportartikelhersteller Adidas, ebenfalls ein Lieblingskind der Bayernpolitik. Allerdings war da die Eigenkapitalquote schon von 33 auf 12 Prozent geschrumpft.
Mit billigem Geld habe Lutz den Konzern auf einen Expansionskurs getrimmt, der sich nun in Zeiten gestiegener Zinsen als Fluch erweist, zitiert der Spiegel einen Firmenkenner. Als besonders verlustreich erwies sich der Einstieg ins Solargeschäft. Nun soll die Sparte irgendwie abgestoßen werden. Die Firmenrettung dürfte teuer werden, aber der bayerische Steuerzahler wird es richten.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**In der Existenzkrise um Klimazertifikate gekümmert**
Buchhandel: Die insolvente Augsburger Traditionsfirma Weltbild schließt am 31. August / Für die 440 Beschäftigten bedeutet das die Kündigung
Paul Leonhard
Unter dem Motto "Weltbild goes green" wurde eifrig daran gearbeitet, klimaneutral zu werden. Dazu "optimieren wir unsere Prozesse, Produkte, Verpackungen, die Logistik und engagieren uns", hieß es bei der Weltbild D2C Group.
Nun ist das Ziel erreicht: Der Buchversand wird nach dem 31. August keinen CO2-Fußabdruck mehr hinterlassen. Der Geschäftsbetrieb wird eingestellt. Betroffen sind bundesweit auch 14 stationäre Läden, in denen Bücher, Filme und Geschenkartikel angeboten wurden. Ob das Firmenmotto "We build & buy e-commerce brands people love" für andere Weltbild-Firmen weiter gilt, verrät der Eigner, die Düsseldorfer Droege Group AG, nicht.
Die D2C Logistics GmbH, die Lernplattform D2C digital, die W24 eTrading, die Berliner Firma Fitz & Huxley ("Nachhaltige Rucksäcke und Taschen"), der Restauflagenhändler Jokers ("Wo kluge Leute Bücher kaufen"), die Buchhandelsplattform Buecher.de und die Kinderwelt Tausendkind haben ebenfalls Insolvenz angemeldet. Beim Kölner Großhändler Avus Buch & Medien und dem Kaarster Versender Gärtner Pötschke äußerten sich die Insolvenzverwalter immerhin optimistisch. Dabei war der 1948 in Augsburg für die Herausgabe frommer Texthefte und der Zeitschrift Mann in der Zeit gegründete katholische Verlag Winfried-Werk einst ein Erfolgsmodell.
1972 begann unter dem Namen Weltbild der Bücherversand. 1975 wurde der Niederländer Carel Halff von den Eignern - Diözesen, Bistümer und das Militärbischofsamt - als Geschäftsführer eingestellt. Unter ihm wurden aus 600.000 D-Mark schließlich 1,9 Milliarden Euro Jahresumsatz und ein internationaler Firmenverbund mit 7.000 Mitarbeitern. In guten Jahren soll Weltbild der Kirche etwa 50 bis 100 Millionen Euro eingebracht haben.
Eine andauernde Verlustsituation und keine erneute Kapitalspritze
Durch die Zusammenarbeit mit Hugendubel stieg die Zahl der Filialen in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf 420. Mit anderen Partnern wurde in die Niederlande, nach Polen und nach Rußland expandiert. Mit dem Erfolg von Amazon und Umsatzrückgängen kam die erste Zäsur.
Die Eigentümer wollten Weltbild 2008 verkaufen - doch zur falschen Zeit: "Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine Veränderung der Gesellschafterstruktur zu angemessenen Bedingungen derzeit nicht realistisch", mußte Weltbild-Aufsichtsratschef Klaus Donaubauer, Finanzdirektor des Bistums Augsburg, 2009 kleinlaut eingestehen.
Halff setzte weiter auf Digitalisierung und Weltbild stieg ins Geschäft mit E-Books ein. Doch die Angebotsverbreiterung um "anstößige" Bücher wie die "Fifty Shades-Trilogie" der Britin E. L. James brachte Ärger. Und Papst Benedikt XVI. sah sich veranlaßt, sich gegen die

"Verbreitung von Material erotischen oder pornographischen Inhalts, gerade auch über das Internet" auszusprechen.
Der Verlag bot zudem ein Videospiel an, in dem Luftschlachten des Zweiten Weltkriegs nachgespielt werden konnten. Andere störten sich an den umsatzstarken Harry-Potter-Büchern oder dem Da Vinci Code-Roman "Sakrileg" von Dan Brown.
Halff mußte versprechen, "Gewalt verherrlichende, sexistische, rassistische oder grob beleidigende Bücher" nicht anzubieten, denn Weltbild sei ein "weltliches Wirtschaftsunternehmen mit kirchlichen Trägern". Doch mit frommen und politisch korrekten Angeboten ist kein Milliardenumsatz zu machen - im Januar 2014 mußte der damals zweitgrößte deutsche Buchhändler erstmals Insolvenz anmelden. Die Droege Group stieg als Mehrheitseigentümer ein und rettete Weltbild vorerst.
2017 wurden die restlichen Anteile übernommen. Die Kirche war einen Verlustbringer und ein moralisches Problem los. Am 10. Juni 2024 mußte Weltbild erneut Insolvenz anmelden: "Eine dauerhafte und nachhaltige Betriebsfortführung ist ohne frisches Kapital aufgrund der andauernden Verlustsituation nicht möglich", erklärte Insolvenz-verwalter Christian Plail.
Zwei Jahre zuvor, als Weltbild seine neugebaute Zentrale im Augsburger Süden bezog, klang das noch anders: Man sei zu einem "E-Commerce-Anbieter geworden, der 90 Prozent des Umsatzes über seine Onlineaktivitäten erwirtschaftet". Allerdings stand Weltbild damals schon im Händler-Ranking mit 130 Millionen Netto-E-Umsatz nur auf Platz 88. Mitbewerber Thalia brachte es mit 309,1 Millionen auf Platz 40.
Was aus dem Waldprojekt in China und dem Wasserprojekt in Brasilien wird, die mit dem Erwerb von CO2-Zertifikaten unterstützt wurden, ist unklar. Fest steht dagegen, daß die 440 von der Buchhandels-Insolvenz betroffenen Mitarbeiter im September ihre Kündigung erhalten. Und Käufer von E-Books und Hörbüchern müssen diese bis 31. August auf ihren PC umständlich herunterladen und sichern, denn die Weltbild-Cloud für den Tolino-Webreader wird abgeschaltet. Buch-, CD- und Blu-ray-Käufer haben solche Sorgen nicht.
www.weltbild.de/service/haeufige-fragen/betriebsstilllegung/tolino-inhalte-sichern<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Viele können kein Deutsch**
Notstand in Schulen: Kein Platz, kein Geld, entnervte Lehrer - aber eine wachsende Zahl Flüchtlingskinder
Daniel Holfelder
An der Grundschule Gräfenau in Ludwigshafen sind im vergangenen Jahr 37 Erstkläßler sitzengeblieben - ungefähr jeder vierte. Warum? 98 Prozent der Kinder an der Gräfenauschule haben einen Migrationshintergrund, viele können kein Deutsch.
Der Fall ging groß durch die Medien. Er ist zwar ein Extrembeispiel, aber in der Tendenz paßt er zu dem, wovor Fachleute schon lange warnen: einer Überlastung des Bildungssystems durch zu viele zugewanderte Schüler.
"Durch die Zuwanderung 2015, den Ukraine-Krieg und sonstige Zuwanderung kommen immer neue Menschen ins System hinein, aber das System kommt nur schleppend hinterher, weil es zu schnell geht", schlug im Juni der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Stefan Düll, Alarm. Heinz-Peter Meidinger, der Ehrenpräsident des Lehrerverbandes, hatte die Entwicklung ein Jahr zuvor ähnlich kritisch beschrieben. "Seit 2015 haben unsere Schulen etwa eine dreiviertel Million Flüchtlingskinder zusätzlich aufgenommen - ohne daß dafür die nötigen zusätzlichen Lehrkräfte zur Verfügung stehen", monierte er in der Bild.
Die Warnungen decken sich mit dem, was mehrere Lehrer im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT berichten. Vor allem seit 2015 sind die Schulen mit immer mehr Kindern konfrontiert, die kaum oder gar kein Deutsch sprechen. Normalerweise müßten diese Schüler in eigenen, möglichst kleinen Förderklassen unterrichtet werden. Doch dafür fehlt es häufig an Platz

und an Personal. Die Kultusministerkonferenz beispielsweise geht davon aus, daß bis 2025 rund 25.000 Lehrer fehlen werden.
Die Lehrer stehen damit vor der oftmals unlösbaren Aufgabe, Kinder mit enormen Sprachdefiziten in überfüllte Regelklassen zu integrieren, gleichzeitig aber den regulären Unterrichtsstoff zu vermitteln. Sie finden sich unversehens in der Rolle als Sozialarbeiter und Psychologe wieder, für die sie nicht ausgebildet sind.

Bayern und Sachsen heben sich von den Bundesländern ab

Aber nicht nur die fehlenden Deutschkenntnisse der Kinder sind eine Herausforderung, auch die Sprachbarriere zu vielen Eltern bereitet große Schwierigkeiten. Schon die Kommunikation über einfache organisatorische Dinge, etwa was Schulmaterial, Ausflüge oder dergleichen angeht, ist mit großem Aufwand verbunden, ganz zu schweigen von Erklärungen zu den Feinheiten des deutschen Schulsystems.
"Ich muß mich um viel zu viele Dinge kümmern, die mit dem Unterricht nichts zu tun haben", faßt eine Lehrerin, die nicht namentlich genannt werden will, ihre persönliche Arbeitssituation zusammen. Andere Lehrer, die ebenfalls anonym bleiben wollen, bestätigen die hohe Belastung durch viele zugewanderte Schüler. "Heute würde ich den Beruf nicht noch einmal wählen", betont einer. Er habe Lehrer sein wollen und kein Sozialarbeiter.
Genauso prekär ist die Situation für die Kinder, die sich ohne ausreichende Deutschkenntnisse in einem überforderten System zurechtfinden müssen. Viele von ihnen stammen aus armen Familien mit niedrigem Bildungsstand - zwei entscheidende Hindernisse für den Bildungserfolg. Die sprachlichen Defizite kommen noch hinzu. Daß diese Kinder die Lernziele häufig verfehlen und signifikante Nachteile gegenüber ihren Altersgenossen haben, liegt auf der Hand.
So erreichten laut einer 2021 durchgeführten Untersuchung des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) knapp 20 Prozent der Viertkläßler im Testbereich Lesen nicht den Mindeststandard. Besonders viele hatten davon einen Migrationshintergrund. Das gleiche galt für Orthographie und Mathematik, wo etwa ein Drittel beziehungsweise ein Fünftel hinter den Mindestanforderungen zurückblieb. Bei der Untersuchung, bekannt als IQB-Bildungstrend, handelt es sich um die aktuellste Messung der Leistungen im Grundschulbereich.
Sie bestätigte ferner die Leistungsunterschiede, die in den verschiedenen Bundesländern herrschen. Bayern und Sachsen standen wie in vielen anderen Erhebungen der vergangenen Jahre an der Spitze, Bremen und Berlin hielten die rote Laterne. Wenig überraschend fielen in den leistungsstarken Ländern auch die Ergebnisse der Viertkläßler mit Migrationshintergrund besser aus als in den schwachen Ländern.
Außerdem verglich das IQB die Ergebnisse mit seiner Analyse zehn Jahre zuvor. Damals hatte der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in der vierten Klasse bei knapp 25 Prozent gelegen. 2021 waren es knapp 40 Prozent. Der Anteil der Einwandererkinder in erster Generation (im Ausland geboren) stieg von etwa zwei auf mehr als zehn Prozent.

"Viele verhalten sich vollkommen anständig"

Parallel dazu nahmen die Leistungsunterschiede zwischen Viertkläßlern mit und ohne Migrationshintergrund deutlich zu. Schon 2011 hatten die Schüler mit Migrationshintergrund durchschnittlich schlechter abgeschnitten. 2021 wurde ihr Rückstand noch größer.
Allerdings leiden auch die anderen Kinder darunter, wenn viele ihrer Mitschüler schlecht Deutsch sprechen. Das legt nicht nur der IQB-Befund zum Gesamtniveau in der vierten Klasse nahe, das im Vergleich zu den vorangegangenen Untersuchungen merklich gesunken ist. Ein erstaunlich ehrlicher Erfahrungsbericht zu diesem Thema stammt von dem Autor Philipp Möller, der selbst zwei Jahre lang als Vertretungslehrer gearbeitet und über seine Erfahrungen das Buch "Isch geh Schulhof" (2012) veröffentlicht hat.

Möller schilderte vor drei Jahren gegenüber der Deutschen Presse-Agentur den Schulbeginn seiner Tochter. "Wir haben genau gesehen, wie Klara, die anfangs mit einer Riesenfreude in die Schule ging, jeden Tag ein bißchen frustrierter zurückkam", erinnerte er sich und machte aus dem Grund für die Enttäuschung seiner Tochter keinen Hehl: "Das Sprach- und dadurch das Lernniveau waren so brachial gering, daß die Lehrerin es schwer hatte, da überhaupt Unterricht zu machen. Es gab nur vier oder fünf andere Kinder ohne Migrationshintergrund in der Klasse."

Damit die Tochter auf eine andere Schule gehen konnte, entschied sich die Familie nach kurzer Zeit für einen Umzug, wie Möller offen zugab. Andere gutsituierte Eltern vermeiden das Problem, indem sie von vornherein an Orten mit einem niedrigen Migrantenanteil wohnen. Zudem wuchs der Anteil von Schülern an Privatschulen von 2000 bis 2020 um mehr als 40 Prozent, meldet das Statistische Bundesamt.

Wovon die Lehrer ebenfalls immer wieder erzählen, sind Probleme insbesondere mit muslimischen Schülern. Die JF griff das Thema schon vor wenigen Monaten in einer Reportage mit dem Titel "Islamismus im Klassenzimmer" auf (JF 17/24). Eine Schülerin aus dem Ruhrgebiet berichtete von muslimischen Klassenkameraden, die andere Mitschüler gewaltsam zwingen, sich an islamische Verhaltensregeln zu halten.

Er habe den Bericht seinerzeit gelesen, erzählt ein Lehrer der JF vor wenigen Tagen. An seiner Schule belaufe sich der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund auf über 50 Prozent. So dramatisch wie in der JF-Reportage sei die Lage nicht, "aber es ist für jeden klar erkennbar, daß viele muslimische Schüler Probleme verursachen".

Sie würden sich häufig in Gruppen zusammentun und fielen durch ihr aggressives Verhalten auf, im Unterricht wie im Pausenhof. "Besonders respektlos sind sie bei Kolleginnen", macht der betreffende Lehrer deutlich. Gleichzeitig betont er mehrfach, daß er auf keinen Fall alle muslimischen Schüler meine. "Viele verhalten sich vollkommen anständig, anständiger als die deutschen Schüler."

Daß Muslime und muslimische Schüler nicht in Sippenhaft zu nehmen sind, verdeutlicht auch der Erfahrungsbericht eines Lehrers, der jahrelang an einer christlichen Privatschule tätig war. Die Schule hätten nicht nur christliche, sondern auch muslimische Schüler besucht, schildert er der JF. "Wenn ich mit den muslimischen Eltern ins Gespräch kam und sie fragte, warum sie ihre Kinder auf eine christliche Schule schickten, kam fast immer heraus: Sie wollten unbedingt vermeiden, daß ihre Kinder in islamistische Cliquen geraten."

Derweil will die Bundesregierung die Mißstände in den Schulen mit dem kürzlich beschlossenen "Startchancen-Programm" bekämpfen, dem größten und langfristigsten Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik.

In den kommenden zehn Jahren sollen rund 20 Milliarden Euro in mehrere tausend Schulen in Deutschland investiert werden, um benachteiligte Schüler zu unterstützen, viele davon mit Migrationshintergrund. Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger bezeichnet das Projekt als "Einstieg in die bildungspolitische Trendwende". Sie hofft, die Zahl der Schüler, die die Mindeststandards in Lesen, Rechnen und Schreiben verfehlen, halbieren zu können.

Die Reaktionen auf das Programm fallen indes zwiespältig aus. Lehrer-Präsident Düll sprach einerseits von einem "Meilenstein", andererseits bemängelte er, daß es noch deutlich mehr Investitionen bräuchte. Ähnlich äußerten sich mehrere Politiker, etwa die CSU-Bundestagsabgeordnete Daniela Ludwig. "Nur jeder elfte Schüler wird von dem Startchancen-Programm überhaupt profitieren. Das ist zuwenig", kritisierte sie. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken stellte fest: "Es wäre notwendig, das Programm auf zumindest die Hälfte der Schulen auszuweiten."

Auch die Erstkläßler aus Ludwigshafen sollen von dem Programm profitieren. Ihre Gräfenau-Grundschule zählt zu den insgesamt 2.125 Schulen, die ab dem kommenden Schuljahr unter-

stützt werden.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Umwelt: Virtuelle Krankmacher**

Volker Kempf

Wie ungesund ist der Konsum von Facebook, Instagram oder TikTok für junge Leute? Weniger wäre oft mehr. Zu diesem Schluß kommt eine Untersuchung von Wissenschaftlern um die Psychologieprofessorin Jennifer Mills (York University/Toronto), wie die Zeitschrift Natur & Heilen (8/24) berichtet. Untersucht wurden hiernach 66 Studentinnen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren, von denen 33 eine einwöchige Abstinenz von den sozialen Medien einhalten mußten.

Der Effekt sei eindeutig gewesen: Selbstbewußtsein und Einstellung zum eigenen Körper hätten sich bei den Social-Media-Abstinenzlerinnen gehoben. Früher konnte man nur wenig Zeit damit verbringen, "sich Mode- und Schönheitsmagazine anzusehen, und sie erschienen nur einmal im Monat. Es gab eine begrenzte Menge an Inhalten, denen man ausgesetzt war. Mit den sozialen Medien ist das unendlich", so Mills.

Junge Frauen sind ständig mit den Schönheitsidealen der neuen Medien konfrontiert.

Das wirkliche Leben, der Kontakt mit realen Menschen und vor allem mit Freunden wirke sich auf das subjektive Wohlbefinden günstig aus, Schlaf und frische Luft ebenso. Eigentlich weiß man das schon aus eigener Erfahrung, zuviel Medienkonsum passiviert nur. Bei jungen Frauen kommt hinzu, ständig mit den Schönheitsidealen der neuen Medien konfrontiert zu werden, das läßt bei vielen von ihnen eher Selbstzweifel aufkommen.

In der "realen Welt" sieht das dann schon wieder anders aus. Auch Sport ist gesund, bestätigt die kanadische Vergleichsstudie (Body Image, 6/24). Das ist keine grundlegend neue Einsicht. Es gibt kein Erkenntnisproblem, vielmehr ein Problem, die eigene Trägheit zu überwinden, Sport zu treiben oder wenigstens mit Freunden wandern oder schwimmen zu gehen. Es lohnt sich. Der Mensch ist ein geselliges und Bewegung benötigendes Wesen. Davon lenkt vieles nur zu sehr ab.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. August 2024 (x1.390/…): >>**Ampel will kriminellen Afghanen Abschiebe-Prämie zahlen: Wir schieben sie auch ohne Prämie ab!**

Sie verhöhnen uns immer mehr: Nachdem die Ampel-Regierung jahrelang kriminelle Afghanen hofiert und vor der Abschiebung geschützt hat, will sie afghanischen Straftätern nun eine Art Prämie zahlen, um zur Ausreise zu motivieren. Ein Sprecher des Innenministeriums nennt es zynisch "finanzielle Reiseunterstützung". Wie klingen diese Worte in den Ohren deutscher Steuerzahler, die sich wegen Faesers Massenmigration selbst keine Reise mehr leisten können? Daß die Innenministerin Kriminelle für ihre Verbrechen belohnen will, ist ein Schlag ins Gesicht aller rechtstreuen deutschen Bürger.

Die SPD-Innenministerin setzt auf das gleiche Prinzip wie die ebenfalls SPD-geführte Landesaufnahmebehörde Niedersachsen. Die Behörde hatte in einer Dienstanweisung an die Polizei erklärt, daß Personen, die sich gegen ihre Abschiebung wehren oder nicht ins Flugzeug steigen wollen, einfach auf freien Fuß gesetzt werden können. Widerstand gegen Polizeibeamte und andere Straftaten ausländischer Staatsbürger werden von den etablierten Parteien belohnt, während die eigene Bevölkerung endlos ausgeplündert, bevormundet und unter Rassismus-Generalverdacht gestellt wird. Diese Parteien wollen ein anderes Volk, weil sie Deutschland verachten.

Die AfD wird einen ganz anderen Weg einschlagen. Wir werden kriminelle Ausländer und Asylbewerber ohne Bleiberecht konsequent abschieben - und zwar ohne Messer- und Grabsch-Prämie. Wir werden unsere Grenzen schützen und das Weltsozialamt schließen. Ampel-Parteien und CDU haben schon genug Leid über unser Land gebracht und müssen end-

lich abgewählt werden!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. August 2024 (x1.390/…): >>**Allein an Bahnhöfen und in Zügen: 75 Gewalt- und Sexualdelikte pro Tag!**
Die Kopfschuß-Hinrichtung am Frankfurter Hauptbahnhof war nur die Spitze eines riesigen Eisbergs: Allein an Bahnhöfen und in Zügen gab es im vergangenen Jahr täglich rund 75 Gewalt- und Sexualstraftaten. Insgesamt waren es 25.640 Gewalttaten - ein krasser Anstieg um 42 Prozent gegenüber dem Jahr 2019.
Bei Sexualdelikten stieg die Zahl im gleichen Zeitraum sogar um 60 Prozent (1898 Fälle). In 555 Fällen wurden durch die Täter Messer eingesetzt.
Längst weiß Jeder, daß diese Entwicklung nicht vom Himmel gefallen ist, sondern vor allem eine Ursache hat: Massenmigration. Ampel- und CDU-Politiker leugnen den Zusammenhang zwischen ihrer Migrationspolitik und der Gewalt an unseren Bahnhöfen, doch die Zahlen und Fakten sprechen eine eindeutige Sprache: Rund 57 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen bei Sexualdelikten waren Ausländer.
Der Anteil der Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund ist noch höher, denn die restlichen 43 Prozent umfassen deutsche Staatsbürger mit oder ohne Doppelpaß. Auch bei Gewaltdelikten sind mehr als 40 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen Ausländer - auch hier sind Doppelstaatler noch nicht mitgezählt.
Es ist nicht zu ertragen, daß die Ampel-Regierung und Innenministerin Faeser trotz dieser furchtbaren Zahlen einfach so weitermachen wie bisher. Selbst nach dem Kopfschuß-Mord werden keine Konsequenzen gezogen - auch nicht von der CDU, die vor allem Überwachungsmaßnahmen ausbauen will, anstatt wenigstens in den von ihr regierten Bundesländern eine konsequente Abschiebungspolitik umzusetzen.
Nur mit der AfD werden die Bahnhöfe und Züge wieder sicherer, weil nur wir das verantwortungslose Experiment der Massenmigration beenden und Straftäter mit ausländischer Staatsbürgerschaft abschieben!
Weitere sogenannte "Einzelfälle" sind hier dokumentiert:
https://www.afd.de/einzelfallticker/<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. August 2024 (x1.391/…): >>**Corona-Impfung verweigert: Ex-Soldat kommt wegen "Gehorsamsverweigerung" vor Gericht**
Wie aus der Antwort des Bundesverteidigungsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervorgeht, wurden während der Corona-Hysterie insgesamt 72 Soldaten wegen Impfverweigerung entlassen. Der bekannteste Fall ist Max-Dominik Windisch aus Thüringen. Der 28-Jährige muß sich einem Medienbericht zufolge wegen "Gehorsamsverweigerung" demnächst in Gera vor Gericht verantworten.
Der Grund: Der Oberstabsgefreite hatte 2022 die damals für die Truppe verpflichtende Covid-Impfung verweigert. Nun soll er rückwirkend "unehrenhaft" entlassen werden. Das könnte für den jungen Mann finanzielle Einbußen von bis zu 25.000 Euro bedeuten.
Sollte Windisch verurteilt werden, droht ihm sogar eine Bewährungsstrafe. Eine rückwirkende "unehrenhafte Entlassung" hätte überdies zur Folge, daß der Ex-Soldat finanzielle Ansprüche gegenüber der Bundeswehr nicht mehr auf zivilrechtlichem Wege geltend machen könnte.
"Ich hatte panische Angst vor der Impfung"
Begonnen hatte Windischs Auseinandersetzung mit seinem früheren Arbeitgeber, dem Bund, bereits 2021, als die Impfkampagne startete. Soldaten mußten sich, ob sie wollten oder nicht, gegen Corona impfen lassen (Duldungspflicht). Doch der damals 25 Jahre alte Obergefreite Windisch blieb stur und berief sich auf seine Freiheitsrechte.
"Ich hatte Panik-Attacken"

Windisch: "Ich hatte Angst vor dem neuartigen Wirkstoff und wollte ihn nicht in meinem Körper haben."
In seinem Umfeld, so schildert der Ex-Soldat, habe er viele Nebenwirkungen bis hin zur Myokarditis (Herzmuskelentzündung) mitbekommen. Er habe sogar ein psychologisches Gutachten vorgelegt, das ihm Panik-Attacken attestiert hatte. Außerdem wies Windisch mit zwei Labortests nach, daß er bereits eine Immunisierung gegen Covid-19 hatte, mutmaßlich infolge einer nicht bemerkten Infektion.
2022 stand Windisch, der sich als 19-Jähriger mit großer Begeisterung zur Truppe gemeldet hatte, das erste Mal wegen "Gehorsamsverweigerung" vor Gericht, sollte 2.250 Euro zahlen. Ein Richter entschied damals: Windisch muß die Strafe nicht zahlen. Zuvor hatte der inzwischen Oberstabsgefreite vergeblich um seine vorzeitige Entlassung gebeten und zur Begründung angegeben, daß ihn der Gedanke, sich impfen zu lassen, in Panik versetze.
Nachdem Windisch in die Öffentlichkeit gegangen war, wurde er suspendiert. 50 Prozent seines Solds wurden für die letzten sechs Monate seiner Dienstpflicht einbehalten. Von Seiten der Disziplinaranwaltschaft der Bundeswehr soll der Oberstabsgefreite als "gefeierter Coronaleugner" diffamiert worden sein. Ein solcher Mann dürfe nicht in der Truppe bleiben. Von ihm gehe ein schlechter Einfluß auf Kameraden aus.
Im Juni 2023 - drei Monate vor Ende seiner Dienstpflicht - wurde Windischs Antrag auf frühzeitige Entlassung dann plötzlich doch stattgegeben. Knapp ein Jahr später, im Mai 2024, entfiel die Corona-Impfpflicht für Soldaten.
Trotzdem wurde Windisch noch im selben Monat die Anklageschrift zu seinem aktuellen Verfahren zugestellt. Anfang August 2024 folgte die Mitteilung über die Anklageerhebung. Jetzt soll der Fall des ehemaligen Oberstabsgefreiten am 28. Januar 2025 vor dem Amtsgericht in Gera verhandelt werden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. August 2024 (x1.392/…):
>>**Von Steuergeldern bezahlt**
Klimawandel-Simulator und Multikulti-Wiesn: Diese absurden Videospiele fördert Robert Habeck mit Millionensummen
Robert Habecks Wirtschaftsministerium förderte in den letzten Jahren verschiedene Videospiele mit über 200 Millionen Euro. Nicht nur die Summe ist absurd, auch die geförderten Spiele selbst machen fassungslos.
Jerome Wnuk
...
In den letzten fünf Jahren flossen über 200 Millionen Euro an Fördergeldern vom Bundeswirtschaftsministerium in die deutsche Games-Industrie. Ausgesprochenes Ziel war es, deutsche Entwickler auf internationaler Ebene mit anderen Nationen wettbewerbsfähig zu machen.
Doch nicht nur die Gesamtsumme von 200 Millionen Euro ist absurd, auch die Videospiele, die die Bundesregierung mit Hunderttausenden Euro, teilweise Millionen fördert, werfen - freundlich formuliert - einige Fragen auf. Es folgt eine Auswahl der Spiele, die das Bundeswirtschaftsministerium rund um Robert Habeck mit einer Förderung ausstattete. Viel Spaß!
Ein Klimawandel-Simulator zur Umerziehung 167.251,00 Euro - so viel Geld gab Habecks Ministerium etwa für das Spiel "Climate Time Machine" aus.
Über ein Jahr lang förderte man mit dieser Summe das Spiel, das dem Spieler "ein Serious Simulation Game für Zeitreisen in die Klimazukunft" verspricht. So gibt das BMWK stolz auf der Ministeriums-Website an: "Mehrere hundert Teilnehmer:innen pro Spiel können gleichzeitig miteinander erleben, welche Auswirkungen die Klimakrise auf sie persönlich und ihr Umfeld haben wird, welchen Anteil sie daran haben und was sie dagegen individuell und politisch tun können." Kurzum: Es ist offenbar ein Umerziehungsspiel, das dem Spieler Angst vor dem Klimawandel vermitteln und zu individuellen Verhaltensveränderungen anregen soll.

Das BMWK schreibt: "ClimateTimeMachine basiert dabei strikt auf wissenschaftlichen Modellen und Daten, in Zusammenarbeit mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Ein individuell priorisierbares Lebenszufriedenheits-Scoring, biografische, klimatische und sonstige Lebensereignisse stellen die Spieler:innen immer wieder vor herausfordernde Entscheidungen angesichts der davonlaufenden Zeit, realistischer Entscheidungsdilemmata und der Interaktion mit anderen Spieler:innen."
Gibt man sich keine Mühe und entscheidet sich gegen ausreichenden Klimaschutz, so hat man das Spiel irgendwann verloren und seine kleine Videospiel-Welt geht unter. "Nur durch kluge Vorausschau und Zusammenarbeit wird es möglich sein, das Klima in einen sicheren Bereich zu lenken und gleichzeitig ein Leben nach den eigenen Bedürfnissen und Werten zu führen!", schreibt das BMWK. "Realistische 3D-Visualisierungen der sich unter dem Klimawandel verändernden Lebensumwelt, des zugrundeliegenden Zahlenmaterials und simulierte Nachrichten aus der ganzen Welt" würden das Geschehen im Spiel antreiben.
Virtueller Oktoberfest-Simulator
Wer sich lieber mit angenehmeren Dingen als dem Weltuntergang beschäftigen will, kommt beim Wirtschaftsministerium ebenfalls auf seine Kosten. Unfaßbare 1.023.833,00 Euro steckte Habeck nämlich unter anderem auch in ein sogenanntes "Oktoberfest Spiel".
In diesem mit über einer Million Euro geförderten Spiel geht es darum, das weltweit bekannteste Volksfest auch virtuell zugänglich zu machen. Konkret könne man in dem Spiel "zusammen mit FreundInnen und SpielerInnen aus der ganzen Welt die Theresienwiese" erkunden. "Der virtuelle Wiesn-Besuch wird im Kern durch unterschiedliche Physik- und Bewegungsspiele, die man allein oder als Gruppe spielen kann, geprägt werden", verspricht die Information zum Videospiel.
"Damit wollen wir den SpielerInnen die ausgelassene Geselligkeit des realen Oktoberfests ermöglichen und gleichzeitig dessen Vielfalt und Flair virtuell nachbauen", heißt es weiter. "Natürlich darf auch die stilechte Einkleidung in bayerischer Tracht für den virtuellen Bierzelt-Besuch mit zünftiger Musik nicht fehlen!", schreibt das BMWK weiter.
Auffällig hierbei auch: Das Oktoberfest ist nach der Idee der Entwickler ein Fest, an dem offenbar vorwiegend Menschen mit Migrationshintergrund teilnehmen. Ur-Bayern in Trachten und Lederhose sieht man auf den vielen Bildern … kaum. Statt dessen toben asiatisch oder afrikanisch aussehende Personen über die Wiesn.
Die langweiligsten Simulatoren aller Zeiten
Weiter geht's mit dem "Entsorgungsspiel", das Habeck immerhin mit 269.647,00 Euro ausstattete, also mit mehr als einer Viertelmillion Euro. In der Information zum Spiel steht: "Das Entsorgungsspiel ist ein modernes Aufbau- und Managementspiel, das den Spielern die Themen Entsorgung und Kreislaufwirtschaft spielerisch vermittelt.
Der Spieler muß in der Android- & IOS-App eine fiktive Stadt aufbauen und den Entsorgungskreislauf am Leben halten. Dabei wird die Stadt im Spielverlauf immer größer und die damit verbundenen Entsorgungs- und Recyclingprozesse werden immer komplexer. Nur, wer die Rohstoffe klug einsetzt und Müll als Wertstoff begreift, wird seine Gesellschaft langfristig erhalten können", heißt es in der Beschreibung.
"Müll als Wertstoff betrachten", um erfolgreich zu sein - es bleibt abzuwarten, wie viele junge Leute, die sich sonst eher mit Fifa, Call of Duty oder GTA die Zeit vertreiben, von so einer Simulation begeistert sein werden.
Wem das Müllspiel noch nicht spannend genug war, kann sich alternativ dem "Straßenmeisterei Simulator 2" widmen. Hier geht es um die täglich anfallenden Arbeiten in einer deutschen Straßenmeisterei. Oder, noch aufregender, dem Parking World Simulator.
Beim Parking World Simulator erhalten die Spieler die Aufgabe, Parkflächen und Parkhäuser in einer dynamischen Stadtumgebung zu bauen und zu managen. In der Spielbeschreibung

steht: "Ärgerst du dich über Falschparker und kleine, beengte Parkplätze? Dann übernimm in Parking World die Kontrolle und zeig, wie es geht!" Das Parkraumbewirtschaften-Spiel erhielt 182.919,00 Euro Fördergeld, Straßenmeisterei-Simulator über 300.000 Euro.
138.070,00 Euro gingen zudem in die Erweiterung des Spieles Fernbus-Simulator für das Land Polen. Für diese stolze Summe können jetzt also Spieler des Spieles "Fernbus-Simulator" auch in das Nachbarland fahren. "Mit dem DLC Polen wird ein weiteres Land hinzugefügt, um den Umfang des Spiels zu erweitern. Besonderer Wert wird dabei auf landestypische Merkmale gelegt, wie z. B. Straßenmarkierungen, Beschilderung, Landschaftsmerkmale und Bebauungsstil", heißt es in der Beschreibung zum Projekt.
Vielleicht das groteskeste Beispiel ist das Spiel "Flight Sim", wofür das Bundeswirtschaftsministerium sagenhafte 370.326 Euro Förderung ausgab.
Flight Sim ist ein einfaches 2D-Flugsimulator Spiel für Mobilgeräte, so wie man es etwa aus den Anfängen der Videospielzeit kennt. Unten ist ein einfaches Schaltwerkzeug, mit dem man das Flugzeug hoch oder runter steuern kann und so zwischen Flughäfen bewegen kann. Ein Spiel, was aus Sicht von Robert Habeck offenbar 370.000 Euro Förderung wert ist.
Während sich also die Videospielindustrie auf der ganzen Welt ohne staatliche Förderung mit actiongeladenen, nahezu realistischen Videospielen Jahr für Jahr überbietet, sei es in Sport-/ oder Kampfsimulationen, will Habeck in Deutschland mit staatlichen Millionen die Videospiel-Branche mit Parkraumbewirtschaftung und Klimawandel begeistern. Ob diese Spiele wirklich die von Habeck intendierte Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland garantieren können, dürfte wohl von jedem bezweifelt werden, der schon einmal eine Spielkonsole in der Hand gehalten hat.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. August 2024 (x1.392/…):
>>**Lastenausgleich neu aufgelegt: Ihr Vermögen im Visier des Staates**
...
Während die Bürger mit Inflation, Energiekrise und dem Klimawandel kämpfen und die Ampel-Koalition von einem Debakel ins nächste stolpert, hat die Bundesregierung im Verborgenen an den Grundfesten unseres Vermögens gerüttelt: Ein neuer Lastenausgleich droht, und kaum jemand hat es bemerkt. Was sich hinter dieser scheinbar harmlosen Gesetzesänderung verbirgt, könnte für Millionen Deutsche zum finanziellen Waterloo werden.
Die Geschichte wiederholt sich - diesmal als Farce
Der Lastenausgleich ist kein neues Konzept. Bereits 1948, als Deutschland noch in Trümmern lag, griff der Staat tief in die Taschen seiner Bürger. Damals mußten Vermögensbesitzer sage und schreibe 50 Prozent ihres Vermögens abgeben - gestreckt über 30 Jahre. Bis 1979 wurden so etwa 68 Milliarden DM umverteilt.
Doch was damals als Notmaßnahme in Kriegszeiten gerechtfertigt wurde, droht nun zum Standardwerkzeug einer überforderten Regierung zu werden.
Die stille Gesetzesänderung als Wolf im Schafspelz
Zum 1. Januar 2024 trat eine Änderung des Lastenausgleichsgesetzes in Kraft, die so unauffällig war wie ein Taschendieb im Gedränge. Der Clou: Der Begriff "Kriegsopferfürsorge" wurde durch "Soziale Entschädigung" ersetzt. Was nach Wohltätigkeit klingt, ist in Wahrheit ein Blankoscheck für staatliche Enteignungsfantasien.
Besonders perfide: Die "soziale Entschädigung" kann nun nach SGB XII per simpler Gesetzesänderung neu definiert werden. Ein Freifahrtschein für kreative Politiker, jede Krise zum Anlaß zu nehmen, in Ihre Taschen zu greifen. Corona-Nachwehen? Migrationschaos? Klimahysterie? Die nun aufkommenden Affenpocken? Alles denkbar. Selbst die durch jahrzehntelange Mißwirtschaft marode Rentenkasse könnte als Vorwand herhalten. Willkommen in der Wundertüte staatlicher Umverteilung.
Ihr Vermögen im Fadenkreuz - Der Staat wird zum Einbrecher

Besonders im Visier dieser staatlichen Beuteexpedition: Immobilienbesitzer. Das Immobilienvermögen in Deutschland ist beträchtlich und für den gierigen Fiskus so verlockend wie ein Schokoriegel für ein Kind. Ein Lastenausgleich könnte hier einschlagen wie eine finanzielle Atombombe.
Stellen Sie sich vor: Sie haben jahrzehntelang für Ihr Eigenheim geschuftet, Kredite abgestottert und auf vieles verzichtet. Und plötzlich kommt Vater Staat und fordert die Hälfte des Wertes. Selbst wenn die Zahlung über Jahre gestreckt würde - es wäre nichts anderes als eine Enteignung in Zeitlupe.
Ein konkretes Rechenbeispiel verdeutlicht die Dimension: Nehmen wir an, Ihr Eigenheim hat einen Wert von 400.000 Euro. Bei einem Lastenausgleich von 50 Prozent müßten Sie dem Staat 200.000 Euro abtreten. Selbst bei einer Streckung über 30 Jahre wären das immer noch über 550 Euro monatlich - zusätzlich zu Ihrer normalen Steuerlast und eventuellen Hypotheken. Und wenn das Eigenheim bereits abbezahlt ist, ebenfalls.
Besonders perfide: 2023 wurde der Zensus durchgeführt, der es dem Staat ermöglicht, die Immobilienwerte am Hoch der Preisentwicklung festzusetzen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt - könnte dies eine vorbereitende Maßnahme für den neuen Lastenausgleich sein?
Die Dimensionen dieses drohenden Raubzugs sind erschreckend: Eine Vermögensabgabe von 50 % würde heute Billionen Euro betreffen. Selbst bei einer "gnädigen" Quote von 10 % wären es immer noch Hunderte Milliarden. Für viele Eigenheimbesitzer und Kleinanleger könnte dies den Totalverlust ihrer Altersvorsorge bedeuten. Jahrzehntelange Planungen - pulverisiert von einer Regierung, die mit Geld nicht umzugehen weiß und ihr Ausgabenproblem nicht löst.
Die Ausreden sind schon in der Schublade
Die Gründe für einen neuen Lastenausgleich liegen auf der Hand - oder besser gesagt: Sie werden von unseren Politikern gerade fabriziert:
Explodierende Staatsschulden
Demografischer Wandel und Rentenkrise
Kosten der Energiewende
Migrationskrise
All dies könnte unter dem Deckmantel des "sozialen Ausgleichs" als Rechtfertigung dienen, um an das Vermögen der Bürger zu gelangen. Der Staat als Robin Hood - nur daß er den Reichen und den Armen nimmt und es dann irgendwie verschlampt.
…
Die heimtückische Änderung des Lastenausgleichsgesetzes ist mehr als nur bürokratisches Geplänkel - es ist der Startschuß für einen möglichen finanziellen Tsunami. Während die Regierung von "sozialem Ausgleich" faselt, droht Millionen Bürgern der Verlust ihres Lebenswerks. Es ist höchste Zeit, die Alarmglocken zu läuten und zu handeln. …
Die Uhr tickt lauter als die Ausreden unserer Regierung. Entscheiden Sie selbst: Wollen Sie Opfer eines möglichen finanziellen Amoklaufs werden oder Ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen? Die Wahl liegt bei Ihnen - zumindest so lange, bis der Staat sie Ihnen auch noch wegnimmt. …<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 23. August 2024 (x1.395/…): >>**Die Macht steigt aus dem Egoismus auf und zerstört die Demokratie**
Herbert Ludwig
Theokratisch-hierarchische Herrschaftsstrukturen durchsetzen noch immer den heutigen Versuch einer Demokratie. Sie werden nicht vor dem Richterstuhl der Gleichheit und Freiheit des Einzelnen überprüft und als antidemokratisch beseitigt.
Denn sie sind für die Interessengruppen der Parteien und dahinter stehender kapitalistischer und globaler Kreise ein geeignetes Instrument der Macht, ihre egoistischen Ziele durchzusetzen und die Völker in ihrem Sinne zu lenken. Die Macht Einzelner über die Anderen aber ist

die egoistische Anmaßung, höher zu stehen als sie und beseitigt prinzipiell deren Gleichheit und Freiheit. Und es zeigt sich, daß die Schaltstellen der Macht vornehmlich gerade die egoistischen Machtnaturen anziehen und für die Auslese der Schlechtesten sorgen. …
Die Macht hatte ursprünglich in den alten Kulturen, wie z.B. der ägyptischen Theokratie, im Geistigen ihren Ursprung. Sie ging von hohen Eingeweihten aus, deren Macht keinen äußeren Zwang bedeutete, sondern in der überlegenen göttlichen Weisheit und Güte bestand, aus der heraus sie das Leben der Menschen zu ihrem Heile ordneten und leiteten, wozu diese selbst noch nicht imstande waren.
Aus diesem Zustand hat sich die Menschheit allmählich herausentwickelt. Mit der in Griechenland entstehenden Fähigkeit des begrifflichen Denkens erwachte in den Menschen ein wachsendes Selbstbewußtsein, das sich darauf stützte, die Wahrheit im eigenen Denken selbst erkennen und danach handeln zu können, ohne auf die Autorität von Herrschern und Priestern angewiesen zu sein. Darin wurden, impulsiert durch das sich ausbreitende Christentum, alle Menschen gleich: aus eigener Erkenntnis ihr Handeln selbst bestimmen und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten zu können. Das macht letztlich die Würde des Menschen aus.
Jeder Anspruch eines der Gleichen aber, anderen ihr Denken und Handeln vorzuschreiben, ist die hohle Anmaßung, ihnen nicht gleich zu sein, sondern höher zu stehen. Sie entspringt einem eigensüchtigen Ego, das sich aufbläht und über andere Menschen ausdehnt, um sie zu beherrschen. Indem es sich Andere untertan macht, erlebt es sich in der Macht über die Erniedrigten verstärkt und erhöht, und diesen narzißtischen Rausch möchte es nicht mehr missen.
Das Streben nach Macht steigt aus einer inneren Hybris auf, die aber geistige Hohlheit und Schwäche bedeutet. Daher lebt der Machtsüchtige in ständiger Furcht, seine Macht wieder an einen Stärkeren zu verlieren; und diese Furcht tobt sich in argwöhnischer Überwachung, Lüge, Haß, Verfolgung Andersdenkender und Gewalt aus.
Normalerweise würde heute jeder Versuch, Macht über andere auszuüben, von diesen entschieden zurückgewiesen. Es ragt aber aus der Vergangenheit ein Staatsgebilde in die demokratische Gegenwart, das noch immer von hierarchischen Machtstrukturen durchsetzt ist, in denen sich Machtsüchtige, äußerlich legitim, mit allen amoralischen Methoden entfalten können.
Normalerweise würden auch öffentliche oder bekannt gewordene Lügen oder andere Exzesse menschlicher Niedertracht dazu führen, daß der betreffende Machtinhaber aus einem Rest bürgerlichen Anstandes heraus von seinem Amt zurücktritt. Das hat es auch früher in Einzelfällen noch gegeben, die Unverfrorenheit ist aber heute allgemein geworden.
Doch worin liegen die Ursachen, daß die Mittel und Methoden menschlicher Niedertracht selbstverständlicher Bestandteil der politischen Macht im modernen scheindemokratischen Staat geworden sind?

Machiavellismus

Einen außerordentlich großen Einfluß auf die Entwicklung des modernen allmächtigen Staates und sein Machtgefüge hat die Staats- und Machttheorie des Florentiners Niccolò Machiavelli (1469 - 1527) ausgeübt. Der Historiker Dr. Karl Heyer hat diesen Einfluß in einer Untersuchung gründlich herausgearbeitet.
In der Zeit, in der immer mehr Menschen begannen, sich aus kollektiven Bindungen zu lösen und ihr Handeln als freie Individualität selbst zu bestimmen, sah Machiavelli die Sicherheit vor einem gesellschaftlichen Chaos in einem starken, alles ordnenden Fürsten-Staat, dem sich die Individualitäten unterzuordnen haben.
Er hatte sehr pessimistische Vorstellungen vom Menschen, die er nicht begründete, aber von denen er als selbstverständlich ausging. Die Menschen seien von Natur aus schlecht, egoistisch, und blieben es auch unveränderlich, da es keine fortschreitende Entwicklung in der

Menschheitsgeschichte gebe, sondern nur einen ewig sich wiederholenden Kreislauf.
Aus diesem Mißtrauen gegen die menschliche Natur folgte notwendig die Vorstellung, allen Nachdruck darauf legen zu müssen, daß der Mensch durch äußere Macht zu einem einigermaßen sozialen Verhalten gezwungen werden müsse. Dazu müsse sich der Staat zu einem Machtstaat ausbilden, der eine umfassende Gewalt hat, seine Maßnahmen durchzusetzen.
Der Fürst müsse mit allen Mittel den Machtstaat ausbilden und erhalten. Dazu sei jedes Mittel recht, gleichgültig, ob moralisch gut oder schlecht. Das Regieren des Fürsten müsse notwendig vom Egoismus bestimmt sein (ist er doch selber auch ein schlechter, egoistischer Mensch). Das egoistisch-kluge politische Handeln unterscheide prinzipiell nicht zwischen guten und üblen Mitteln, sondern setze beide ein, je nach ihrer Zweckmäßigkeit für den erstrebten Erfolg, die Sicherung und Erweiterung der äußeren Macht.
"Sein "Staats-Zweck" ist Macht um ihrer selbst willen. Das äußere Ziel der staatlichen Entwicklung war Machiavelli die Bildung eines starken, geschlossenen, wohlgeordneten Staates, beruhend auf Zentralisation, vor allem aber der Nationalstaat. Das Schwergewicht liegt aber bei Machiavelli nicht auf diesen Zielen, sondern auf den Mitteln des politischen Handelns. Gerade hier zeigt sich der "Machiavellismus" am unverfälschtesten, und gerade hiermit hat Machiavelli (die damalige politische Wirklichkeit theoretisierend) Schule gemacht.
Verbrechen aller Art spielen hier gleichsam ihre "legitime" Rolle. Machiavellis Schriften sind erfüllt von Schilderung und Empfehlung von Lüge, Betrug, List, Täuschung, Verrat, Treubruch, Gewalttätigkeit jeder Art, Vernichtung anderer Menschen, Mord und Grausamkeit. ... Auch die "guten" Mittel werden nur aus Egoismus angewandt: z. B. fördert der Fürst die Untertanen nicht um ihrer selbst willen, sondern weil er an ihrer Wohlfahrt, ihrer Zufriedenheit usw. ein egoistisches Interesse hat."
Mit der immer stärkeren Beseitigung der Sittlichkeit in der Politik aber werde das eigentlich Menschliche ausgeschaltet, das den Menschen vom Tier unterscheidet, so Karl Heyer. An die Stelle des menschlich-sittlichen Handelns trete daher ein mechanisches Spiel der Interessen, eine Abwägung und Ausbalancierung der Machtfaktoren; die Politik werde wie ein Schachspiel und der Staat zu einem Unpersönlich-Maschinellen.
Die Macht, die im Geistigen ihren Ursprung und ihre Legitimation hatte, war zugunsten der menschlichen Freiheitsentwicklung versiegt. Aber an ihre Stelle setzte sich die äußere Gewalt, die aus dem nackten Egoismus der irdischen Persönlichkeit mit Lug und Trug, Täuschung und Verbrechen aufstieg und sich den Staat als Instrument gestaltete.
Der Machiavellismus hat im politisch-sozialen Leben bis heute seine starken Wirkungen entfaltet. Jeder kann sie am Verhalten und Handeln der meisten führenden Politiker beobachten. Und auch im System des modernen Staates sind sie deutlich wahrnehmbar.
Absolutismus - Parteienherrschaft
Was in Italien in der Renaissancezeit mehr punktuell begonnen hatte, wurde in Frankreich in systematischer und planmäßiger Weise auf breiterem Boden ausgebaut und weitergeführt. Es erreichte einen Höhepunkt im Absolutismus Ludwig XIV. (1643-1715). Dessen Egoismus steigerte sich in einem solchen Maße, daß sich sein Ich gleichsam zu einer eingebildeten "Sonne" aufblähte, die alles im Staate beschien, das gesamte Leben des Volkes, die Kultur und das merkantilistische Wirtschaftsleben umschloß, für die eigene Macht instrumentalisierte und zentral lenkte. In größenwahnsinniger Maßlosigkeit fühlte sich das Ego des Herrschers ausgeweitet zum alles umfassenden Staate: "L'État c'est moi" (Der Staat bin ich). Es hatte sich sozusagen den Staat zur persönlichen Beute gemacht.
Der "Sonnen-König" sah sich mit dem Ganzen des Staates identisch, ordnete alles nach seinem Willen. Alle gehorchten und dienten ihm, indem sie dem Staat dienten, dessen funktionierendes Teilchen sie waren.
Von dem staatlichen Zentrum aus wurden alle drei soziale Lebensgebiete - das politisch-

militärische, das wirtschaftliche und das kulturelle - ergriffen, zu einer straffen Einheit zusammengeschweißt und von einem Geist beherrscht.
Es wurde so eine hierarchisch aufgebaute bürokratische Staatsmaschinerie geschaffen, in die der einzelne Mensch hilflos eingegliedert war. Der König an der Spitze und seine Beamten saßen an den Schaltstellen dieses riesigen Herrschaftsapparates, der ein perfektes Instrument für ihn war, alle anderen Menschen mit unausweichlicher Gewalt seiner persönlichen Machtsucht zu unterwerfen.
Aber die Staatsentwicklung bei Ludwig XIV. ist nur ein besonders signifikantes Beispiel und das größte und imposanteste der Zeit für die Entwicklungsdynamik, die damals in allen Staaten des Fürstenabsolutismus überhaupt herrschte. Und dieser absolutistische Einheitsstaat wurde prägend für die ganze neuere Zeit. Mit seiner theokratisch-hierarchischen Machtstruktur auf der einen Seite und den niedersten egoistischen Kräften derjenigen, die um die Macht ringen, auf der anderen Seite ging er auch auf die modernen "Demokratien" über.
Die Geschichte der Neuzeit ist gekennzeichnet durch den Kampf der Kräfte des Egoismus um den Staat als Instrument der Gewalt. Ob absoluter Fürstenstaat, konstitutionelle Monarchie oder demokratische Republik - der Staat wächst als zentralistisches, bürokratisches Riesengebilde, als hierarchischer Befehlsmechanismus, der sich über alle Lebensgebiete legt, immer mehr ins Gigantische, nimmt immer gewaltigere, erdrückendere Ausmaße an. Hand in Hand damit geht "die Atomisierung der Untertanen oder Staatsbürger zu einer homogenen Masse von Individuen, die man ... von außen her durch abstrakte Gesetze zusammenhält." (Karls Heyer)
Der Einheitsstaat wird ein immer perfekteres Instrument in den Händen derjenigen, die an den Schaltstellen sitzen - gleichgültig wie "demokratisch" sie sich zu legitimieren suchen -, um die Masse der Menschen mit direkter oder indirekter Gewalt, mit Täuschung und Verbrechen nach ihrem Willen zu formen und zu lenken.
Wenn in der gegenwärtigen deutschen Republik der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu der Feststellung kam, daß sich die Parteien den Staat zur Beute gemacht haben, was der Staatsrechtler Prof. Herbert von Arnim in zahllosen Untersuchungen detailliert bestätigt hat, ist das prinzipiell kein Unterschied zur Anmaßung Ludwigs XIV.: "Der Staat bin ich." An die Stelle eines einzelnen Machtpsychopathen ist nur die herrschende Partei, eine Parteien-Oligarchie getreten.
Mit der Gewalt, die den Mitmenschen überwältigt, handelt noch nicht der Mensch, sondern das Tier in ihm, wie wir gesehen haben. Das wird schon im innenpolitischen Kampf um die Macht sichtbar. Der peruanische Nobelpreisträger für Literatur Mario Vargas Llosa, der 1987 als Präsidentschafts-Kandidat für drei Jahre in die Politik ging, schilderte seine Erfahrungen so:
"Sie können die hehrsten Ideen haben, aber sobald es an deren Verwirklichung geht, sind Sie Intrigen, Verschwörungen, Paranoia, Verrat und Abgründen an Schmutz und Niedertracht ausgesetzt. Wenn ich eins über den Morbus der Politik gelernt habe, dann dies: Der Kampf um die Macht lockt die Bestie in uns hervor. Was den Berufspolitiker wirklich erregt und antreibt, ist das maßlose Verlangen nach Macht. Wer diese Obsession nicht hat, wird der kleinlichen und trivialen Praxis der Politik angeekelt den Rücken zukehren."
Das sind Sätze, die auch jemand über die deutsche Politik geschrieben haben könnte.

Außenpolitik

Noch offener tritt das Tier auf die Bühne in der Außenpolitik, in der angeblich Völker miteinander in Beziehung treten, in Wahrheit aber kleine Cliquen mit dem Machtinstrument des Einheitsstaates in der Hand gegeneinander um die Erhaltung und Ausdehnung ihrer Macht kämpfen. Die politisch Herrschenden identifizieren sich noch immer anmaßend mit dem Staat als der "verfaßten Gesamtheit aller". Ihr machtsüchtiges Ego bläht sich auf zum machtsüchti-

gen Staat, durch den sie mit den Machthabern der anderen Staaten um die Vergrößerung ihrer Macht und ihres Einflusses ringen, was unter dem nichtssagenden Begriff der internationalen Politik verschleiert wird.
Mit dem ganzen Arsenal des höheren Tieres, mit Täuschung, Lüge und Drohung, Intrigen, Verschwörungen und Sanktionen, versteckten Terrorunternehmungen und Regierungsumstürzen bis zur primitivsten Form der offenen Gewalt, dem Krieg, wird in der internationalen Machtpolitik unentwegt versucht, die andern zurückzudrängen, zu schwächen und sie schließlich samt ihrer hilflosen Völker mit brutalster Waffengewalt physisch zu überwältigen und dem eigenen Willen zu unterwerfen. Insbesondere das 20. und das begonnene 21. Jahrhundert sind von diesen Kämpfen der menschlichen Bestien gegeneinander gekennzeichnet. Wir leben mitten darin.
Die Macht der Herrscher speist sich aus der Kraft der Wirtschaft, die dem Staat dienen soll. Sie konzentriert sich heute noch in ihrer kapitalistischen Form in den Händen weniger und wird zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Macht, die äußerlich der Politik dient, in Wirklichkeit aber diese vielfach im Sinne ihrer Profitinteressen bestimmt.
Die Macht breitet sich heute primär durch die Globalisierung der kapitalistischen Real- und Finanzwirtschaft aus, welche die nötigen Abhängigkeiten erzeugt. Und aus der Wirtschaft wächst die militärische Macht hervor, die den politischen Machtansprüchen Nachdruck verleiht und ihnen schließlich mit Gewalt Geltung verschafft. All dem ist der einzelne Mensch hilflos und für ihn zumeist undurchschaubar ausgesetzt.
Wenn Freiheit, Gleichheit und Solidarität herrschen sollen, muß dieses Machtnetz aufgelöst werden.
Im heutigen Staatsgedanken hat sich die vorchristliche theokratische Idee eines mystischen Gesamtwillens, den der Herrscher repräsentiert und realisiert, auf unreflektierte Weise erhalten. Die modernen Machthaber beanspruchen in ihrer Hybris, Repräsentanten der Nation, des Volkes, der Bevölkerung Europas zu sein und deren rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Willen, im Staat zusammengefaßt, gegenüber den Machthabern anderer Staaten zu vertreten.
Aber es gibt keinen Willen der Menschenansammlungen Nation, Volk oder Europäische Gemeinschaft. Das ist eine Fiktion. Einen Willen haben nur die einzelnen individuellen Menschen, und die sind sehr verschieden. Der "Wille des Staates" ist in Wahrheit der Wille derjenigen, die sich den staatlichen Herrschaftsapparat als Instrument ihrer Machtsucht zur Beute gemacht haben.

Aufgliederung des Einheitsstaates

Der Staat darf heute kein Selbstzweck mehr sein, sondern nur Mittel zum Zweck der Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität. Diese hat nicht dem Staat zu dienen, sondern der Staat ihr. Und der Staat ist nicht die "verfaßte Gesamtheit aller", sondern darf nur die Rechtsorganisation der freien Individualitäten zur Schaffung innerer und äußerer Sicherheit sein. Gesetze, die den Menschen ein bestimmtes Handeln vorschreiben bzw. verbieten, dürfen sich nur auf das reine Recht, auf das gerechte Verhältnis von Mensch zu Mensch beziehen. Hier ist auch jeder Mensch urteilsfähig.
Sowie jedoch Gesetze auf inhaltliche Regelungen des Wirtschafts- und des Kulturlebens gerichtet sind, erheben sich die "Gesetzgeber" anmaßend über die dort wirkenden Menschen, die Ihnen aber gleich sind an Fähigkeit, selbst zu den nötigen Erkenntnissen zu kommen und danach zu handeln. Jedes Gesetz "von oben" hebt ihre Gleichheit, Freiheit und Selbstbestimmung und damit die Grundlagen der Demokratie auf.
Daraus folgt zwingend, daß die Bereiche der Wirtschaft und des geistig-kulturellen Lebens (einschließlich des Bildungs- und Gesundheitswesens) aus der jetzigen Staatsallmacht herauszulösen sind. Die dort sachkundig tätigen freien Menschen müssen diese Lebensbereiche, na-

türlich im Rahmen des verpflichtenden Rechts, aber unabhängig von irgendeinem Dirigismus, nach deren eigenen Lebensbedingungen frei entfalten können. Dafür kann es nur jeweilige Selbstverwaltungs-Organisationen geben, die nichts von oben bestimmen, sondern in denen die vielfältigen Tätigkeiten vertraglich horizontal koordiniert werden.
Es ergibt sich so eine dreigliedrige Gesellschaftsordnung in drei relativ selbständige Lebensbereiche, die sowieso vorhanden sind, sich nur nicht ihren Lebensbedingungen gemäß frei entfalten können, da sie bis heute vom alten Machtstaat vergewaltigt werden.
Daraus ergibt sich auch, daß Wirtschaft- und Geistesleben international nicht vom Staat vertreten werden, sondern aus ihren Selbstverwaltungen heraus je eigene internationale Beziehungen unterhalten.
Und so könnte auch die Entscheidung über einen Krieg niemals von den Vertretern des Rechtslebens allein getroffen werden, sondern natürlich müßten die selbständigen Selbstverwaltungs-Organisationen des Wirtschafts- und des Geisteslebens zustimmen.
Man muß sich endlich klar werden, daß dem sozialpathologischen Wahnsinn der Gegenwart nur Einhalt geboten werden kann, wenn die Allmacht des Staates aufgelöst, er selbst auf das reine Rechtsleben beschränkt wird und das Wirtschafts- und Geistesleben in die horizontal koordinierende Selbstverwaltung der dort tätigen sachkundigen Menschen entlassen werden. Nur so ist wirkliche Demokratie möglich.
Der freie, sich selbst bestimmende Mensch muß endlich in seine vollen Rechte eingesetzt und alles gesellschaftliche Leben auf seine Förderung und Entfaltung hinorientiert werden.
Die herrschenden Egomanen können nur entmachtet werden, indem ihnen ihr entwicklungsfeindliches, antidemokratisches staatliches Machtinstrument aus der Hand genommen wird. Sonst wird die Selbstzerstörung der Menschheit weiter fortschreiten.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. August 2024 (x1.393/…): >>**Fast 150.000 Einträge im Organspende-Register seit Mitte März**
Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat eine erste Bilanz zum Organspende-Register gezogen. Seit dem Start am 18. März 2024 haben sich laut BMG 147.822 Menschen dort eingetragen (Stand 21. August 2024). Die weit überwiegende Anzahl der Registrierungen habe sich offen für eine Organspende gezeigt, nur 5,6 Prozent der Registrierungen hätten einen Widerspruch erklärt, wie eine Sprecherin der "Rheinischen Post" (Freitagausgabe) sagte. Es handele sich um die erste Phase des Registerbetriebs der Plattform.
Neben der derzeitigen Möglichkeit der Erklärungsabgabe mittels der Online-Ausweisfunktion (e-ID) sei in einem nächsten Schritt der Zugang über die digitale Identität (Gesundheits-ID) der Krankenkassen vorgesehen, sagte die BMG-Sprecherin. Diese digitale Option solle den Bürgern durch die Krankenkassen zeitnah zur Verfügung gestellt werden.
Das Ministerium geht davon aus, daß durch die digitalen Identifikationsverfahren künftig weiter wachsende Nutzerzahlen zu verzeichnen seien. "In diesem Zusammenhang wird auch die Einführung der Opt-out-Lösung bei der elektronische Patientenakte im Januar 2025 zusätzlich relevant sein", sagte die Sprecherin des BMG. Daneben sollen aus Gründen der Entscheidungshoheit der Bürger für den sensiblen Bereich der Organ- und Gewebespende weiterhin weitere Abgabewege (etwa schriftlich oder mündlich) möglich sein.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30151" berichtet am 23. August 2024 (x1.389/…): >>**Analyse von "Sahara-Staub" liegt vor: Terror-Alarm!**
Von *Ivo Sasek*
In meiner Kla.TV-Rede vom 11. Mai 24 habe ich zum 1. Mal den Verdacht geäußert, daß die neuartigen Sahara-Staub-Niederschläge vielleicht mehr mit dem Einsatz von längst patentierten Wetterwaffen zu tun haben, als mit dem Sand der Sahara selbst. Heute lege ich euch einen 1. Analyse-Bericht vor, der besagt, daß uns mit jedem sogenannten Sahara-Staubregen mindestens 26, teils hochgiftige Elemente auf den Kopf herabrieseln. Aber nicht nur auf den Kopf,

sondern auch auf unsere gesamte Landwirtschaft, auf unsere Seen, Flüsse, Gärten, Wiesen, auf all unsere Tiere, Insekten-Bestände in der Luft, auf dem Boden und unter dem Boden. Doch nun der Reihe nach:
Zuerst erinnere ich noch einmal an das US-Patent 9924640. Und dies ist nur gerade eines von Dutzenden ähnlichen Patenten: Darin wird beschrieben, wie Boeing-Flugzeuge umfunktioniert werden, um Ladungen von jeweils 25 Tonnen sandartige Nanopartikel in 18.000 m Höhe zu bringen. Der Grund: Um unser Wetter und unser Klima zu steuern, zu manipulieren. Dann erinnere ich noch mal an den NATO-Treibstoff JP 8, den die freimaurerische NATO längst zu etwa 90 % der Zivilluftfahrt verkauft, sprich an fast alle großen Flughäfen der Welt. Das Erschreckende dabei sind die Analyse-Ergebnisse der benannten Additive:
In diesen wohl bemerkt militärischen Treibstoffen wurden nämlich hohe Mengen Aluminium, Barium, Beryllium, Blei, Cadmium, Chrom, Kobalt, Eisen, Kupfer, Molybdän, Natrium, Nikkel, Strontium, Titanium, Vanadium, Zink und Zinn nachgewiesen, sowie viele Oxide dieser Metalle und weitere giftige Stoffe.
Diese Meßergebnisse haben uns überhaupt erst auf den Gedanken gebracht, daß sich ähnliche Substanzen auch in den sandartigen Nano-Feinstaub-Partikeln befinden könnten, die bereits zu hunderten Millionen Tonnen über unser aller Köpfen versprüht wurden - und dann eben, daß es sich auch bei dem sogenannten Sahara-Staubregen um einen Niederschlag mit genau solchen Substanzen handeln könnte.
Denn die enthüllt wordenen Wettermanipulations-Patente, sprich Wetterwaffen-Patente, beschreiben ja schwarz auf weiß, wie diese Nano-Sandpartikel nach ihrem Auswurf dann bis zu zwei Jahre in der oberen Atmosphäre herum schweben - dann aber allmählich auf uns herabrieseln. Und ich sage: dies entweder lautlos, oder in Verbindung mit prasselndem Regen, der dann auf unsere Köpfe niedergeht, aber auch auf die Köpfe unserer Liebsten, unserer Kinder. Und dann verkleistern sie auch unsere Solaranlagen, beschmieren all unsere Transportmittel, vergiften alle unsere Äcker und, und, und.
Bevor ich zu den besagten Analyse-Ergebnissen des sogenannten Sahara-Staubregens komme, muß ich auch nochmals auf die groß angelegten und längst aufgeflogenen Völker-Experimente von z.B. 1994 in den USA hinweisen. Dies muß ich so tun, damit ihr ausreichend versteht, daß solch grausame Völker-Experimente tatsächlich von Regierungen durchgeführt und dann auch noch von der Justiz gedeckt werden. Und hier behandeln wir nur gerade wieder das Spitzchen jenes Eisberges, das freie Aufklärer bereits aufgedeckt haben:
Die unfreiwilligen Testobjekte von 1994 waren US-Bürger - ganze Großstädte. Was ist passiert? Militärflugzeuge haben sie gezielt über lange Zeiträume mit Gift übersprüht, weil das Militär angeblich sehen wollte, was passiert - da Kampfstoffe erprobt werden müssen, bevor sie beim "Feind" zum Einsatz kommen. Selbst eine Grundschule mit Kindern wurde drei Monate lang gezielt täglich mit Zink-Cadmium-Sulfid übersprüht.
Merkt euch diese 2 Elemente schon einmal, denn ihr werdet gleich noch mehr darüber hören. Die Folgen nämlich schon allein dieses Zink-Cadmium-Sulfid-Nebels waren grausam. Die Hälfte einer ganzen Schulklasse ist daraufhin buchstäblich verreckt, die andere Hälfte erlitt schwerste Krankheiten, Sterilisationen und sonstige Behinderungen. Denn diese wehrlosen Opfer, diese Kindlein, später als sie erwachsen waren, gebaren selber schwerbehinderte Kinder usw.
Und versteht bitte an dieser Stelle, daß wir hier nicht von bloßen Verschwörungstheorien reden, sondern von längst zugegebenen, aber nie gebührend bestraft und veröffentlicht wordenen Verbrechen ganzer Regierungen und deren Justiz. Auf Nachfrage gaben jene zuvor an, daß die Flugzeuge nur unschädliche Chemikalien versprühen würden.
Dieselben Antworten geben uns übrigens auch unsere Regierungen, wenn wir sie nach den Inhalten der versprühten Millionen Tonnen Nano-Feinstaub fragen. Und rund um den soge-

nannten Sahara-Staub-Regen gibt es schon gar keinen Aufschrei - zuallerletzt von unseren Mainstream Medien. Doch nun zu den erschreckenden Analyseergebnissen, die uns von unabhängigen Aufklärern aus Bosnien überreicht wurden. Hinten eingeblendet die Original-Dokumente.
Diese haben nämlich eine Vergleichsanalyse von Original-Saharasand und dem angeblichen Saharasand aus den Niederschlägen in Bosnien-Herzegowina durchführen lassen. Ihr einziges Interesse galt der Frage, ob sich in diesem sogenannten "Saharastaub-Regen" vielleicht giftige Elemente befinden. Etwas, das uns selber oder unserem Ökosystem schadet. Und genau solches wäre ja eigentlich die Aufgabe von Regierungen gewesen. Weil diese aber allesamt nichts unternommen haben, entstand diese nun folgende Analyse auf privater Basis.
Sie haben also dem Institut für chemische Verfahrenstechnik in Tuzla nebst dem Original-Saharasand auch noch eine Sandprobe aus Lukavac eingeschickt: "Wir haben am 6. Mai 2022 dem Institut für chemische Verfahrenstechnik Tuzla zwei Proben zugestellt: Eine Sandprobe von einem Seeufer in Südtunesien und eine Sandprobe aus Dobosnica Donja bei Lukavac, die am 7. April 2022 nach dem roten "Blutregen" entnommen wurde." … die am 7. April 2022 nach dem sogenannten Sahara-Regen entnommen wurde.
Diese Probe ist darum von höchster Brisanz, weil ja in Bosnien meistens der Westwind bläst und somit die Niederschläge in Lukavac nicht von Abgasen irgendeiner Industrie oder von Wärmekraftwerken und dergleichen beeinflußt werden konnten. Und jetzt kommt's:
Im untersuchten sogenannten Saharastaub-Regen wurden nicht weniger als folgende 26 teils hochgiftige Elemente gefunden: Aluminium, Arsen, Bor, Barium, Beryllium, Bismut, Kobalt, Chrom, Kupfer, Eisen, Lithium, Mangan, Molybdän, Nickel, Blei, Antimon, Selen, Zinn, Strontium, Thallium, Vanadium, Zink, Cadmium. …
Schon allein die Aluminium Anteile im bosnischen sogenannten Saharastaub-Regen waren also 728-mal höher als im Original Saharasand.
Aluminium-Feinstaub kann zum Beispiel Alzheimer verursachen, Nieren, Leber und Knochen schädigen und vielerlei mehr. Die Arsen-Anteile waren 44-mal höher, die Barium-Anteile 660-mal höher und die Nickel-Anteile sogar 2.500-mal höher als im Original Saharasand. Von Zink wurde im sogenannten Sahara-Regen ein 64-mal höherer Anteil gefunden und von Eisen ein 23-mal höherer Anteil, usw.
Die betroffenen Völker interessiert nach dieser Offenlegung nur noch eines: Wer zum Teufel läßt uns zunehmend diese neuartigen hochgiftigen Cocktails über unsere Köpfe ausschütten? Wer genau tut so was und warum? Wie sind die Namen dieser Übeltäter? Das wollen wir jetzt wissen. In welchem Auftrag und mit welchen letzten Zielen handeln sie? Weil mit diesen eingereichten Analysen mehr als nur gerade ein Anfangsverdacht gegeben ist, daß hier ganz Europa zum Angriffsziel übelster hybrid agierender Terroristen geworden ist, rufe ich hiermit all unsere Zuschauer dazu auf, sich an der weiteren Aufklärungs-Arbeit auch in dieser Sache aktiv zu beteiligen.
Denn die Zwangsabgabemedien berichten wie üblich wieder nichts darüber und verschleiern sogar noch weit schlimmere Dinge wider jedes bessere Wissen. Darüber berichten wir ja seit 2012 täglich neu. Vergeßt bitte nicht, daß ihr mit jeder weiteren sogenannten Sahara-Staubwolke all dieses Zeug so lange einatmet, wie es frei in der Luft schwebt.
Und hernach nehmt ihr diese Nanopartikel des Periodensystems über jede Pore eurer Haut auf, ihr eßt sie auch mit eurem Bio-Gemüse, schluckt sie mit eurem Trinkwasser und selbst beim Schwimmen geht das Zeugs in euch rein. Von allen Seiten, nicht nur durch den Mund.
Bedenkt, daß das endgültige Schadensmaß und die Langzeitfolgen erst noch zu ermitteln sind. Doch schon allein die zunehmenden Entstellungen unserer Bäume läßt uns das Schlimmste erahnen. Jeder sachdienliche Hinweis kann also das Leben unserer Natur und die Existenz ganzer Völker schützen und retten!

Für ein endgültiges Attest über Herkunft, Ursache und Ziele dieser chemischen Staubzusammensetzung braucht es möglichst viele zusätzliche Analysen von Proben unterschiedlicher Herkunftsorte. Auch ist noch ungewiß, in welcher Art, in welchem Ausmaß und mit welchen Konsequenzen die gefundenen Elemente von den verschiedenen Organismen aufgenommen werden.
Aber ich sage: Fordert die Abgeordneten eures Wahlkreises unablässig dazu auf, nicht allein das Versprühen von NATO-Treibstoffe aus unseren Flugzeugen als Klima- und Menschenkiller zu verbieten! Klärt auch alle nicht Wissenden darüber auf, wie tödlich viele dieser zuvor benannten Elemente für uns sind. Fordert eure Abgeordneten dazu auf, die Völker über das jährliche Versprühen von zig Millionen Tonnen Aluminium-Nanopartikel bis hin zu Kohle-Feinstaub aufzuklären.
Fordert unablässig einen offenen Diskurs über all diese hier genannten Wettermanipulationspatente und Wetterwaffen-Einsätze und den damit schleichend einhergehenden Völkermord. Anders kann man das nicht bezeichnen. Fordert eure Politiker und Abgeordneten dazu auf, öffentlich auch über die eben erwähnte Saharastaub-Analyse zu berichten.
Und schließlich müssen wir als Volk so lange das Recht auf unsere End-Entscheidungs-Kompetenz einfordern, bis sie in jeder einzelnen Verfassung fest verankert ist und die abgeordneten Politiker sich unseren Einsprachen nicht mehr einfach widersetzen können. Bitte verbreitet Sendungen wie diese unter so viele Menschen wie Ihr könnt, allem voran unter noch Nicht-Wissende, was irgend das Zeug hält.
Ich bin Ivo Sasek, der im 48. Jahr vor Gott steht.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**In höchster Alarmstufe**
Die WHO ruft wegen der Affenpocken erneut "Gesundheitliche Notlage internationaler Reichweite" aus / Erster schwedischer Patient kam kürzlich aus dem Kongo zurück
Jörg Schierholz
Wegen des Risikos, daß sich die Affenpocken (Mpox) erneut global ausbreiten könnten, sowie wegen einer neuen, möglicherweise aggressiveren Virusvariante hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 14. August ihre höchste Alarmstufe aktiviert: die "Gesundheitliche Notlage internationaler Reichweite" (PHEIC). Das Mpox-Virus breitet sich zur Zeit vor allem in Schwarzafrika aus. Der erste europäische Fall, ein in Schweden lebender Mann, der kürzlich die Demokratische Republik Kongo (Zaire) besuchte, wurde einen Tag später von der Behörde für öffentliche Gesundheit in Schweden (Fohm) gemeldet.
Das 2016 gegründete Seuchenkontrollzentrum (Africa CDC) in Addis Abeba sammelt aktuelle Daten über das regionale Infektionsgeschehen. Demnach wurden seit Jahresanfang in 13 Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union (AU) insgesamt 17.541 Fälle (2.822 bestätigte und 14.719 Verdachtsfälle) und 517 Todesfälle gemeldet.
Diese Woche meldeten drei weitere der 54 Länder Afrikas Mpox-Fälle, die zur Bestätigung untersucht werden. "Ich bin zutiefst besorgt über die rasche Ausbreitung, erklärte Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa vorigen Samstag. Alarmierend sei, daß die Zahl der gemeldeten Fälle im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum um 160 Prozent angestiegen ist. Die Dunkelziffer liegt womöglich deutlich höher.
In West- und Zentralafrika gab es regelmäßig sporadische Epidemien
Der ANC-Chef begrüßte die Freigabe von 10,4 Millionen Dollar aus dem Covid-19-Fonds zur Unterstützung der Mpox-Bekämpfung. Gleichzeitig appellierte Ramaphosa aber an die WHO, diese PHEIC müsse "anders sein und die ungerechte Behandlung des vorherigen, der 2022 ausgerufen wurde, korrigieren, bei dem die Mpox-Impfstoffe und -Therapeutika vor allem für westliche Länder entwickelt und zur Verfügung gestellt wurden, während Afrika kaum Unterstützung erhielt".

Vor zwei Jahren traten Affenpockenfälle auch in städtischen Regionen Westeuropas und Nordamerikas auf, wobei die Patienten nicht aus den Endemie-Gebieten kamen, und offenbar spielten freizügige sexuelle Kontakte bei der Ansteckung eine Rolle.
Ausbruchsuntersuchungen in Madrid und Berlin konnten eine Gay-Pride-Veranstaltung auf Gran Canaria als Ausbreitungsort identifizieren. In Deutschland wurden später mehr als 3.600 Fälle gezählt. Die Zahl der Neuerkrankungen stabilisierte sich auf diesem Niveau und der Ausbruch wurde in Europa sehr schnell eingedämmt. Aufgrund der deutlich rückläufigen Infektionszahlen wurde die PHEIC wieder aufgehoben. Im Kongo kam es 2023 zu einem erneuten Mpox-Ausbruch. Die neue Variante Klade Ib des Virus gilt als ansteckender und ist mit schwereren Symptomen verbunden.
Die Erkrankung wurde erstmals 1958 bei Labor-affen (Langschwanzmakaken) mit pockenähnlichen Symptomen beobachtet, daher der Name Affenpocken. Seit der Ausrottung der deutlich tödlicheren, echten Pocken (Variola major) in den siebziger Jahren beobachtete man in West- und Zentralafrika regelmäßig sporadische Epidemien dieser Zoonose, welche immer wieder von den afrikanischen Staaten eingedämmt werden konnten. Das Affenpockenvirus (Orthopoxvirus monkeypox/MPXV) tritt in zwei genetisch unterschiedlichen Formen, genannt Klade I (Kongobecken-Klade) und Klade II (Westafrika-Klade), auf.
Außerhalb Afrikas gab es 2003 in den USA über 70 Fälle von Affenpocken. Das Virus wurde von einem Importeur für exotische Tiere aus Ghana eingeschleppt. Präriehunde hatten sich bei afrikanischen Riesenhamsterratten infiziert und dann wiederum Menschen angesteckt. Das natürliche Erregerreservoir bilden Nagetiere in West- und Zentralafrika; Affen sind "Fehlwirte".
Die Infektion des Menschen wird durch Bisse dieser Tiere ausgelöst, durch Kontakt mit Sekreten, als Tröpfcheninfektion oder durch Verzehr von Affenfleisch (Bushmeat). Die Übertragung von Mensch zu Mensch kann durch Körpersekrete erfolgen, etwa im Rahmen (homo-)sexueller Handlungen. Auch beim Sprechen ausgestoßene Partikel sowie bei Kontakt mit den Hautveränderungen oder mit Gegenständen, welche MPXV-kontaminiert sind, kann eine Übertragung stattfinden.

Gefahren für Schwangere, Kinder, Ältere und Immungeschwächte

Patienten sind während der Inkubationszeit (bis zu 14 Tage) nicht infektiös - im Gegensatz zum nächsten Stadium mit Hautveränderungen, deren Sekrete hohe Mengen des Affenpokkenvirus enthalten. Die ersten Symptome sind Fieber, Schmerzen und geschwollene Lymphknoten mit darauffolgend Hautveränderungen vor allem im Gesicht, den Handflächen und Fußsohlen.
Die Symptome halten in der Regel zwei bis vier Wochen an und können auch ohne Behandlung abheilen. Risikogruppen für einen schweren Verlauf sind Schwangere, Neugeborene, Kinder, alte Menschen und Personen mit einer Schwäche des Immunsystems. Verhaltensänderungen wie der Verzicht auf engen Körperkontakt trugen bei den Ausbrüchen 2022 maßgeblich zum Erfolg bei der Bekämpfung dieser Seuche bei.
Vermutlich ist die Mpox-Ausbreitung vor allem dem nachlassenden Pockenimpfschutz geschuldet. Dieser gewährt einen gewissen Schutz mittels der Kreuzreaktivität der Antikörper, die nach einer klassischen Pockenimpfung gebildet werden. Diese Pflichtimpfung endete in Westdeutschland 1976, in Österreich 1981. In der DDR, wo auch Impfungen gegen Kinderlähmung, Diphtherie, Keuchhusten, Masern, Tetanus und Tuberkulose Pflicht waren, wurde 1982 zum letzten Mal gegen Pocken geimpft. Die WHO erklärte das Pockenvirus 1979 offiziell für ausgerottet.
Für Patienten mit schweren Verläufen sowie solchen mit Immunschwäche ist seit 2022 das Medikament Tecovirimat zugelassen und mit dem Pockenimpfstoff Imvanex ein Impfschutz verfügbar. Dieser Lebendimpfstoff mit dem abgeschwächten Modified-Vaccinia-Ankara-

Virus wird von der dänisch-deutschen Firma Bavarian Nordic vertrieben.
Nach einer Impfdosis liegt der Schutz bei etwa 60 Prozent, wobei Impfdurchbrüche deutlich mildere Symptomatiken im Vergleich zu Ungeimpften aufweisen. Da der Impfstoff ab 18 Jahren zugelassen ist, kann dieser sexuell aktiven Menschen mit wechselnden Geschlechtspartnern nahelegt werden.

Warum heißen die Affenpocken seit 2022 "Mpox"?

Der 1976 in Deutschland eingeführte Schokoriegel "Raider" heißt seit 1991 "Twix", das Auswärtige Amt nennt Kiew seit Februar "Kyjiw" und der 20. Internationale Botanische Kongreß (IBC) stimmte im Juli in Madrid mehrheitlich dafür, fast 300 Pflanzen-, Pilz- und Algennamen zu ändern: Das darin enthaltene Wort "caffra" wird durch "affra" ersetzt. Und basierend auf ihren 2015 veröffentlichten Namensrichtlinien (HSE/FOS/15.1) beschloß die WHO 2022 eine Umbenennung der seit 1970 offiziell so genannten Affenpocken (Monkeypox) in "Mpox".
Auch Viren sowie Virusvarianten sollten so benannt werden, daß "kulturelle, soziale, nationale, regionale, berufliche oder ethnische Gruppen" nicht beleidigt und "negative Auswirkungen auf Handel, Reisen, Tourismus und das Tierwohl" minimiert werden. Das Internationale Komitee für die Taxonomie von Viren (ICTV) benannte den Erreger daher 2023 von "Monkeypox virus" in "Orthopoxvirus monkeypox" um. In Deutschland besteht für die Affenpocken aber weiterhin Anzeigepflicht nach dem Tiergesundheitsgesetz. …<<

Belgien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Linke Tech-Infrastruktur**

Pro-EU: Die Medienplattform Display Europe will eine europäische Öffentlichkeit schaffen

Christian Schreiber

Es gibt immer mehr Ansätze, die Errungenschaften und vermeintlichen Vorteile der Europäischen Union den zunehmend skeptischeren Bürgern näherzubringen. Diese "Werbemaßnahmen" kosten Geld, das zunehmend von öffentlichen Stellen zur Verfügung gestellt wird. Und so läßt sich ein neues Projekt auch entsprechend einordnen.
Mehr als dreißig Jahre nach Gründung der EU sei eine wirkliche europäische Öffentlichkeit nicht erkennbar, "DisplayEurope.eu will hier Abhilfe schaffen und zugleich zeigen, wie eine dezentrale mediale Informationsversorgung aussehen kann", schreiben die Betreiber des Portals, das Anfang Juli in neuer, veränderter und deutlich professioneller Form ans Netz gegangen ist.
Initiator der Seite ist die Europäische Kulturstiftung, Hauptverantwortlicher ist das in Wien gegründete Cultural Broadcasting Archive (CBA), und kofinanziert wird das Ganze aus Mitteln der EU. Von Juli 2023 bis Juni 2024 erhielt Display Europe in einer ersten Förderrunde insgesamt 2,5 Millionen Euro.
An Sendungsbewußtsein mangelt es dem Redaktionsteam folglich nicht: "Diese bahnbrechende Medienplattform bietet eine europäische Perspektive durch originelle und föderierte Inhalte, die von unabhängigen Medien aus dem ganzen Kontinent bereitgestellt werden." Display Europe werde die europäische Medienlandschaft revolutionieren und "zu unserer Mission beitragen, den europäischen öffentlichen Raum zu stärken".

Artikel können in 15 Sprachen übersetzt werden

Zum einen handelt es sich um ein journalistisches Portal, darüber hinaus aber ebenso um eine technische Infrastruktur, bei der auch künstliche Intelligenz zum Einsatz kommt. Die Inhalte kommen dabei von Medienpartnern aus dem EU-Raum. Dabei handelt es sich um eigenfinanzierte Beiträge, die allerdings wiederum zum Teil von NGOs oder nationalen staatlichen Stellen gefördert werden.
Als Premiumprodukt wird hierbei die Sendung "Standard Time" angepriesen, eine wöchentli-

che Talkshow von Réka Kinga Papp, Chefredakteurin der Eurozine-Plattform für europäische Kulturzeitschriften. Weitere Formate stammen von dem Netzwerk Krytyka Polityczna aus Polen und dem mehrsprachigen Online-Medium Voxeurop, das Presseschauen beisteuert, pro-europäische natürlich.
Um die Hintergründe des neuen Portals zu verstehen, lohnt sich dabei der Blick nach Polen. Politikwissenschaftler beschreiben Krytyka Polityczna aus Warschau als das größte osteuropäische linksliberale Institutionen- und Aktivistennetzwerk. Es setze sich - 2002 als Zeitschrift gestartet - mit Hilfe von Publikationen, zahlreichen Veranstaltungen und einem Forschungszentrum für die europäische Idee und einen progressiven sozialen Wandel ein. In den vergangenen Jahren wurden in ganz Polen, aber auch in London und Kiew mehrere Standorte eröffnet.
Dementsprechend ging es bereits in den ersten Tagen nach dem Start von Display Europe richtig zur Sache. "Tschechische Republik: Der Rechtsruck von Andrej Babis, einem Politiker ohne Meinung" heißt eine Überschrift auf der Hauptseite. Bislang war Tschechiens Ex-Premier im Lager der europäischen Liberalen, nun hat er sich der neugegründeten Rechtsfraktion um FPÖ und Rassemblement National angeschlossen. Für die "Pro-Europäer" ist das natürlich nicht hinnehmbar. Ausführlich wird auf zurückliegende Strafverfahren des Tschechen eingegangen, der frühere Regierungschef als Mann ohne Werte dargestellt.
Und so läßt sich die Liste der ersten Publikationen munter fortsetzen. "Polen nach den Europawahlen: Demokraten gewinnen, aber demokratische Werte verlieren" heißt ein weiterer Artikel. Und natürlich wird der Sieg der französischen und englischen Linken gefeiert. Allerdings habe zumindest der in Frankreich einen "bitteren Beigeschmack", sei die Regierungsbildung aufgrund der starken Rechten doch so schwierig.
Das Portal beschäftigt sich aber nicht nur mit Themen innerhalb der EU. Auch die bange Frage, ob man in der Ukraine Urlaub machen kann, wird gestellt. "Ursprünglich waren wir sehr gegen Reisen in die besetzten Gebiete. Das lag daran, daß es für die Einheimischen eine traumatische Erfahrung war. Aber heute sehen wir einen Wandel. Die Menschen sind bereit, der Welt vom Heldentum der Ukrainer und von den Verbrechen der Russen zu erzählen", wirbt CNN-Journalistin Mariana Oleskiw regelrecht um mutige Reisende. Und natürlich: In Zeiten des "Green Deals" dürfen regelmäßige Artikel zum Klimawandel nicht fehlen.
Aus ganz Europa werden Texte publiziert, die in 15 Sprachen übersetzt werden können. Tenor: Die EU müsse noch viel mehr tun, um die Welt zu retten. Versteht sich von selbst, daß sich die Macher von Display Europe an vorderster Front sehen - auch bei der Etablierung neuer Techniken. In einer zweiten Phase soll das Übersetzungs- und Vorschlagssystem mit Hilfe von KI verbessert und automatisiert werden.<<

USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Der - schillernde - dritte Mann**

USA: Robert F. Kennedy Jr. kann bei den US-Präsidentschaftswahlen zum Zünglein an der Waage werden

Volker König

Robert F. Kennedy Jr., der "unabhängige" Kandidat bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl, war richtig sauer.
"Wie viele von Ihnen mitbekommen haben, hat mich ein New Yorker Richter von der Wahl ausgeschlossen, obwohl meine Kampagne fast 150.000 Unterschriften von New Yorkern erhalten hat, die mich im November als Wahlberechtigter sehen wollen. Das Urteil fiel, nachdem die Kläger argumentiert hatten, ich sei in Wirklichkeit kein Einwohner New Yorks, was ich aber bin. Ich werde immer noch auf dem Wahlzettel stehen, darüber brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.
Wir werden gegen diese Entscheidung Berufung einlegen und wir werden gewinnen", schrieb

der 70jährige auf X und kritisierte die Demokratische Partei heftig: "Die Sorge hier dreht sich nicht um meinen Präsidentschaftswahlkampf. Die Sorge dreht sich um den Zustand unseres Landes und die kompromißlose, antidemokratische Kampagne des DNC. Wehren Sie sich gegen die Entmündigung der Wähler!"
Richterin Christina Rybas Urteil sei "ein Angriff auf die Wähler New Yorks", betonte der Neffe des 1963 ermordeten Präsidenten John F. Kennedy und wies darauf hin, daß es sich bei der Richterin um eine Demokratin handele. "Die Demokratische Partei ist für mich nicht wiederzuerkennen. Die Partei aus der Zeit meines Vaters und meines Onkels war der Ausweitung der Wählerrechte verpflichtet und verstand, daß der Wettbewerb an der Wahlurne ein wesentlicher Bestandteil der amerikanischen Demokratie ist. Die DP ist jetzt eine Partei, die anstelle eines demokratischen Wahlprozesses Rechtsstreitigkeiten anwendet."
Und dennoch. Robert F. Kennedy Jr., kann am Wahlabend eine entscheidende Rolle zukommen. In aktuellen Umfragen liegt er mit der 38jährigen Patentanwältin Nicole Shanahan als Vizepräsidentschaftsbewerberin zwischen 8 und 15 Prozent. Sein Sieg ist also mehr als unwahrscheinlich, aber er könnte zum Königsmacher werden - und zum Spielverderber. So wie bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 die Kandidatur des grünen Verbraucheranwalts Ralph Nader mit 4,7 Prozent den Demokraten Al Gore um den Erfolg brachte und George W. Bush mit einem Vorsprung von nur 600 Stimmen in Florida Sieger wurde.
In Abwandlung der Parole Donald Trumps "Make America great again" steht Kennedys Wahlkampf unter dem Motto "Make America healthy again". Dies schließt sich fast nahtlos an seine Kampagne gegen die Corona-Pandemie-Verordnungen und seinen damit verbundenen Feldzug gegen die Pharma- und Chemie-Industrie an, durch die der Nonkonformist große öffentliche Bekanntheit erlangte.
Ebenso wie bei Trump geht es Kennedy Jr. um den Verlust und die erstrebte Wiedererlangung amerikanischer Größe. Nur sind ihre Schwerpunktthemen grundverschieden. Während Donald Trump das düstere Bild des wirtschaftlichen Niedergangs und der desolaten Infrastruktur an die Wand malt, liegt Kennedys Narrativ im Bild einer versehrten Landschaft, in der immer mehr an chronischen Krankheiten, Depression und Einsamkeit leiden. Nach dem Körper der Menschen während der Pandemie seien die Großkonzerne im Zusammenspiel mit den Behörden nun dabei, die Umwelt wie das Staatswesen zu vergiften.
Aufgrund seiner Programmatik ist schwer abzuschätzen, wem Kennedys Kandidatur mehr schaden wird: An Joe Biden kritisierte er dessen Israel-Politik, und versteht sich selbst zwar als Gegner der Hamas, aber als Freund der Palästinenser. Mit seiner Forderung nach einer restriktiveren Einwanderungspolitik könnte Kennedy hingegen bei von Trumps Gerichtsprozessen enttäuschten republikanischen Wählern punkten.
Auch seine Angriffe auf die Macht der Eliten könnten im mittelständischen und kleinbürgerlichen Milieu Zuspruch finden. Der einflußreiche TV-Journalist Tucker Carlson erklärte, Kennedy habe sich seit der Zeit der Corona-Pandemie mit kontinuierlichen Angriffen auf die Pharmaindustrie und Verschwörungstheorien zu einem Enfant terrible entwickelt: "Es gab noch nie einen Präsidentschaftskandidaten, den die Medien mehr haßten als ihn."

Pro-republikanischer Milliardär unterstützt auch Kennedy Jr.

Donald Trump sieht in Kennedy den "radikalsten linken Kandidaten". Dieser wolle einen "Green New Deal" einleiten und mit weitreichenden Umweltschutz-Auflagen der Wirtschaft schaden. Andererseits begrüßte Trump Kennedys Wahlantritt. In der Tat könnte Kennedy in manchen "Swing States" zum Zünglein an der Waage werden. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts reicht es theoretisch bei nur einer Stimme Vorsprung für den Erstplazierten, und alle Wahlmänner des Bundesstaates fallen an ihn.
Vor diesem Hintergrund erhellt sich, warum der pro-republikanische Milliardär Timothy Mellon auch Kennedys Super-PAC (eine Organisation zur Sammlung von Wahlkampfmitteln) mit

großzügigen Spenden bedenkt: Kennedy soll in möglichst vielen Bundesstaaten auf dem Stimmzettel stehen und so den Demokraten schaden.
Kennedy tritt zudem nicht als "Unabhängiger" an. Hinter ihm steht seine eigene für den Antritt gegründete Partei We the People. Ebenfalls unterstützt ihn die mitte-rechts stehende Reform Party, die diesmal keinen eigenen Kandidaten nominierte. Die esoterisch orientierte Natural Law Party sowie die rechtskonservative American Independent Party im Bundesstaat Kalifornien haben ebenfalls zu Kennedys Wahl aufgerufen - wie im übrigen einige Prominente, so der Musiker Eric Clapton oder der James-Bond-Darsteller Pierce Brosnan.
Auch weitere Kandidaten haben sich in Stellung gebracht, sind aber chancenlos. Zu ihnen gehören Chase Oliver von der Libertarian Party, Randall Terry von der paläokonservativen Constitution Party sowie Jill Stein, die sich schon 2016 für die Green Party beworben hatte. Auf der linken Seite findet sich der kalifornische Philosophieprofessor Cornel West, der mit Claudia De la Cruz (Party for Socialism and Liberation) vor allem um die Stimmen von Afroamerikanern konkurriert. Und nicht zu vergessen: Auch die Prohibition Party, älteste noch bestehende Drittpartei, stellt mit Michael Wood wieder einen Bewerber für das höchste Staatsamt auf.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024 (x1.397/…): >>**Rüstungsindustrie: Rheinmetall will US-Fahrzeug-spezialisten Loc Performance übernehmen / Bringt die "Zeitenwende" eine teure staatliche Industriepolitik?**
Thomas Kirchner
Zwei Zwerge machen noch keinen Riesen. Trotzdem hofft Rheinmetall, durch den Kauf der US-Rüstungsfirma Loc Performance künftig mit den großen US-Rüstungskonzernen mithalten zu können. Voraussichtlich 950 Millionen Dollar kostet der Einstieg der Düsseldorfer bei dem Hersteller von Panzerteilen in Michigan. Zusammen dürften die beiden einen Umsatz von schätzungsweise acht Milliarden erwirtschaften, immer noch wenig im Vergleich zu den amerikanischen Militärriesen, deren Umsätze bei über 60 Milliarden liegen.
Die Hoffnung ist offenbar, daß zwar nicht die Größe, aber eine größere Präsenz in Übersee die Chancen bei der Auftragsvergabe des Pentagons erhöht. Denn zwei Großaufträge für den Nachfolger des Truppentransporters Bradley über 45 Milliarden Dollar und für neue Militärlastwagen über 16 Milliarden Dollar stehen an. Das Drama um den Bradley-Ersatz dauert schon zehn Jahre, 2021 hatten sich alle Wettbewerber disqualifiziert und das Programm mußte neu ausgeschrieben werden.
Überwindung des Stigmas einer Beschaffung aus dem Ausland
Derzeit sind Rheinmetall und General Dynamics die verbliebenen Bewerber, sie teilen sich einen Auftrag zur Entwicklung von Prototypen in Höhe von 1,6 Milliarden Dollar. Der Erfolg des Prototyps dürfte den Gewinner des Auftrags bestimmen. Daß Rheinmetall überhaupt als einer von zweien in der Endauswahl steht, ist eine beachtliche Leistung. Große Rüstungsaufträge vergibt das Pentagon normalerweise nur an wenige Großkonzerne, die als Generalunternehmer auftreten: Lockheed Martin, RTX, Northrop Grumman, Boeing, General Dynamics (der Bradley-Mitbewerber), L3Harris und BAE Systems. Andere, selbst namhafte Rüstungsfirmen treten meist nur als Subunternehmer auf.
Im Vergleich zu diesen Großkonzernen ist Rheinmetall ein Winzling. Loc als Spezialist ist noch mal eine Nummer kleiner. Die Summe der zwei spielt immer noch nicht in der Liga der Großen, aber ein zusätzliches Standbein in den USA könnte Rheinmetall helfen, das Stigma einer Beschaffung aus dem Ausland zu überwinden. Hinter der Bevorzugung amerikanischer Firmen bei der Beschaffung steckt natürlich ein nicht gerade versteckter Protektionismus, ein potentieller Stolperstein für Rheinmetall.
Loc liefert allerdings auch Komponenten wie Kupplungen und Ketten an Hersteller landwirtschaftlicher und anderer Maschinen wie John Deere oder CNH. Ob diese zivilen Komponen-

ten sich gut zusammen mit Militärtechnik managen lassen, wird Rheinmetall beweisen müssen. Erfahrungsgemäß leiden Geschäftsbereiche, die nicht zum Kerngeschäft zählen und in denen sich das Management nicht gut auskennt. Wenn die Chefs 6.500 Kilometer und mindestens elf Flugstunden entfernt auf einem anderen Kontinent sitzen, ist das Problem noch eine Nummer größer. Es wäre keine Überraschung, wenn in ein paar Jahren die zivile Sparte abgestoßen würde.

Während Rheinmetall auf die klassische Methode, also durch Wettbewerb um Aufträge, wachsen will, hat man in Berlin andere Vorstellungen von der Rüstungsindustrie. Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck träumt von einer Industriepolitik für die Rüstungsindustrie. Das erinnert an den Vorschlag seines CDU-Vorgängers Peter Altmaier von 2019, der mit einer "Industriestrategie 2030" Staatsbeteiligungen an Unternehmen ins Gespräch brachte. Eine Rechtfertigung kann Habeck für seine Träume auch vorweisen: Am Sensoren- und Radarhersteller Hensoldt erwarb der Bund unter Kanzlerin Merkel 25 Prozent der Anteile, der Wert hat sich mehr als verdreifacht.

Doch da hat der Bund einfach nur Glück gehabt, Putins Krieg ist der wesentliche Faktor dieses Erfolgs. Eine andere Investition, fast zeitgleich, erwies sich als Flop. Kurz vor dem Ausbruch von Corona investierte Altmaier 300 Millionen Euro in CureVac. Dann waren Impfstoffhersteller in aller Munde, zeitweise stieg der Wert der Investition auf 1,5 Milliarden Euro, die Industriestrategie des Bundes sah wie ein Wunderwerk aus. Doch der Impfstoff erwies sich als wirkungslos und inzwischen ist der Anteil des Bundes nur noch rund 100 Millionen Euro wert. Eine Fehlinvestition, besonders wenn man bedenkt, daß der Dax im gleichen Zeitraum eine Gesamtrendite von über 30 Prozent hatte.

Es ist naheliegend, daß Hensoldts Bewertung ähnlich schwächeln würde, sollte die Konfliktlage sich verbessern. Die Episode zeigt das grundlegende Problem einer Industriepolitik: Die Politik favorisiert Projekte, die gerade die Schlagzeilen beherrschen. Und was gerade aktuell ist, hat meist überzogene Bewertungen, wie derzeit KI und Rüstungsaktien. Diese bei Anlegern ohnehin schon beliebten Sektoren werden durch zusätzliches Kapital nur noch teurer. Man sollte das Investieren doch besser dem Risikokapital überlassen - und auch dort ist nur das obere Viertel wirklich eine Anlage wert. Daß der Staat so gut ist wie die Profis aus dem Silicon Valley, ist eine Selbstüberschätzung.

Im Staatseigentum zum Objekt von Dauersubventionen werden?

Richtig losgehen soll es mit der neuen staatlichen Industriepolitik durch den Einstieg des Bunds, über die KfW, bei der Werft ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS), die der ThyssenKrupp-Konzern gern loswerden möchte. Eine Fragmentierung der europäischen Werftenbranche und das grundlegende Problem unregelmäßiger Bestellungen wären gute Gründe für ihre Konsolidierung, doch offenbar will die Bundesregierung TKMS nicht an französische oder italienische Käufer übergehen lassen.

Als Ausrede für klassischen Protektionismus führt die Bundesregierung nationale Sicherheitsinteressen an. Die in der Rüstungsbranche erfahrene amerikanische Private-Equity-Gruppe Carlyle soll nun zusammen mit der KfW einsteigen. Damit wird die Schwäche der Fragmentierung natürlich nicht gelöst. Es steigt vielmehr das Risiko, daß die Werft im Staatseigentum mangels kritischer Masse zum Objekt von Dauersubventionen wird, insbesondere falls sich Franzosen und Italiener zusammentun. Noch besteht Hoffnung: Als Alternative zum Verkauf an das Konsortium erwägt ThyssenKrupp eine Abspaltung.

Die Schizophrenie einer Industriepolitik wird somit klar: Auf der einen Seite versucht Rheinmetall den amerikanischen Protektionismus durch einen Einstieg bei Loc zu durchbrechen, auf der anderen Seite baut die Bundesregierung neue Barrieren gegen französische und italienische Werften auf. …<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/24" berichtet am 23. August 2024

(x1.397/…): >>**Opfer positiver Diskriminierung**

Der Politikwissenschaftler Jeremy Carl über den antiweißen Rassismus in den USA

Michael Dienstbier

Europas Zukunft ist in den USA bereits heute bittere Realität. Wesentliche politische und kulturelle Entwicklungen schwappen zeitverzögert um etwa zehn bis fünfzehn Jahre zu uns herüber. Der wohl wirkmächtigste ideengeschichtliche Import ist die sogenannte Wokeness, der es gelungen ist, randständigen Ideen aus einem akademischen Paralleluniversum hegemoniale Macht zu verleihen. Die Vergötterung der Vielfalt, die Verachtung des Eigenen, die Verleugnung der Biologie sowie die "Dekonstruktion" eigener formativer Mythen, um sie mit neuen zu ersetzen, haben hier ihren Ursprung.

Hegemoniale Macht zeigt sich vor allem in dem Zustand der Bildungsinstitutionen einer Nation, und da ist der Befund klar. Sinkendes Leistungsniveau korrespondiert mit weltanschaulicher Wohlgefälligkeit, und es ist kein Zufall, daß ausgerechnet die Universitäten des Westens als Reaktion auf den Hamas-Überfall auf Israel vom 7. Oktober 2023 zum Ursprungsort der größten antisemitischen Jugendbewegung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geworden sind. Doch jede Bewegung erzeugt eine Gegenbewegung, und auch diese kommt aus den USA.

Antiweißer Rassismus herrscht in weiten Teilen der Gesellschaft

Bereits seit einigen Jahren sind es vor allem US-amerikanische Publikationen, die sich, mal analytisch fundiert, mal polemisch, mit Ursprüngen und Auswüchsen der Wokeness beschäftigen. Auch die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten 2016 und seine anhaltende politische Relevanz bis zum heutigen Tage sind ein Ergebnis dieses Kulturkampfes, den der schillernde Immobilienmogul aus New York nicht ausgelöst hat, wie in Deutschland gern medial verbreitet wird, sondern dessen logische Konsequenz er verkörpert.

Jeremy Carl, während Trumps Präsidentschaft als Abteilungsleiter im Innenministerium tätig und Mitglied der einflußreichen konservativen Denkfabrik Claremont Institute, wagt sich in seinem neuen Buch "The Unprotected Class: How Anti-White Racism Is Tearing America Apart" an das heißeste Eisen unserer Zeit, welches gleichwohl das Zentrum woker Ideologie bildet: antiweißer Rassismus.

Schon der Titel ist eine doppelte Provokation für das progressive Milieu diesseits und jenseits des Atlantiks. Als "protected class" bezeichnet man in den USA seit den Bürgerrechtsgesetzen der sechziger Jahre diejenigen, die aufgrund ihrer Rasse zuvor diskriminiert wurden und keinen rechtlichen Schutz genossen, was im Kontext der USA vor allem schwarze Menschen betraf. Die neue ungeschützte Klasse, so Carl, seien weiße Menschen.

Die zweite Provokation betrifft den Ausdruck "antiweißer Rassismus", der innerhalb der Logik der woken Weltanschauung gar nicht existieren kann, da Rassismus ein Machtgefälle voraussetze und die Gesellschaften des Westens sowie deren Institutionen immer noch "strukturell weiß" und somit per se rassistisch gegenüber allen anderen seien. Es ist das große Verdienst von Carls Darstellung, aufzuzeigen, daß dieser woken Binnenlogik selbst ein zutiefst rassistisches Weltbild zugrunde liegt.

Im Buch analysiert Carl nacheinander verschiedene Gesellschaftsbereiche, in denen antiweißer Rassismus bereits dominiere. Dazu zählt er unter anderem den Bildungssektor, die Migrationspolitik, die Unterhaltungsbranche, viele organisierte christliche Kirchen und selbst das Militär.

Bevor er sich in Kapitelform mit diesen und anderen Einzelaspekten beschäftigt, beleuchtet Carl die rechtlichen Grundlagen des Bürgerrechtsregimes - "civil rights regime" im englischsprachigen Original -, die heute als Legitimation der Diskriminierung weißer Menschen in den USA dienen. Dies ist für ihn der Civil Rights Act von 1964, dessen Wirkmacht bis heute so nachhaltig sei, daß Carl ihn gar als die zweite amerikanische Verfassung bezeichnet.

Dabei bestreitet er nicht, daß das vom damaligen Präsidenten der Demokraten Lyndon B. Johnson unterzeichnete Gesetzeswerk eine nachvollziehbare Reaktion auf die rassistisch motivierte Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung gewesen sei. Jedoch seien die hier juristisch legitimierten Methoden derart außer Kontrolle geraten, daß sie selbst als rassistisch angesehen werden müssen. Carl bezieht sich dabei vor allem auf die Politik der "Affirmative Action", die nichtweißen Menschen einen strukturellen Vorteil beim Zugang zu höheren Bildungsinstitutionen oder dem Arbeitsmarkt garantiert.

Politik der "Affirmative Action" benachteiligt Asiaten und Weiße

Diese "positive Diskriminierung" - so die euphemistische Übersetzung des Begriffes "Affirmative Action" - führt gerade im Bildungsbereich zu einer erheblichen Benachteiligung vor allem weißer und asiatischer Menschen. Der Zugang zu den Universitäten wird in den USA über standardisierte Zugangstests (SATs) geregelt. Bei diesen schneiden Schwarze mit Abstand am schlechtesten ab, im Vergleich zu Asiaten erzielen sie im Schnitt 300 Punkte weniger bei einer Maximalanzahl von 1.600 Punkten.

Trotzdem sind sie gemessen an den Testergebnissen an den Universitäten massiv überrepräsentiert. Das liegt daran, daß gerade an Eliteuniversitäten wie Harvard oder Yale ethnische Diversität vor Leistung geht und andere Kriterien zur Zulassung berücksichtigt werden, um eine möglichst "bunte" Studentenschaft herzustellen. 2023 erklärte der US Supreme Court diese Praxis für verfassungswidrig, da sie gegen den Civil Rights Act von 1964 verstoße. Geklagt hatte eine asiatische Initiative, deren Mitgliedern trotz herausragender SAT-Ergebnisse die Zulassung zum Studium verweigert wurde.

Carl argumentiert sachlich und zahlenbasiert. Das ist in den USA möglich, da hier in nahezu allen Statistiken nach ethnischer Zugehörigkeit aufgeschlüsselt wird, etwas, das in Deutschland verpönt ist. Man ahnt, warum: Die Wahrheit hinter dem statistischen Zahlenmaterial paßt schon lange nicht mehr zur herrschenden Großerzählung des angeblich strukturell rassistischen weißen Westens. Es wird also noch etwas dauern, bis ein Autor den Mut aufbringt, solch ein Buch über die deutschen Verhältnisse zu schreiben. Bis dahin ist es durchaus zulässig, Carls Analyseergebnisse mehr oder weniger auf Deutschland und Europa zu übertragen. Denn wie gesagt: Amerikas Zukunft ist unsere Gegenwart.

Jeremy Carl: The Unprotected Class: How Anti-White Racism Is Tearing America Apart. Regnery Publishing, New York 2024, … 256 Seiten …<<

24.08.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. August 2024 (x1.392/…): >>**Neue Enthüllungen**

Unrechtmäßige Datenvernichtung? Das Innenministerium zensiert die Wahrheit - und schützt damit Kanzler Scholz

Deutsche Behörden löschen unrechtmäßig ganze Mail-Fächer von Ministern - auch wenn die wichtige Informationen enthalten. Neue Enthüllungen zeigen jetzt: das Innenministerium wußte von den dubiosen Vorgängen, die unter anderem Bundeskanzler Scholz belasten - aber schwieg darüber.

Von *Redaktion*

...

Deckt Nancy Faesers Innenministerium den amtierenden Bundeskanzler Olaf Scholz im Cum-Ex-Skandal? Neue Enthüllungen werfen Fragen auf.

Die Bundesministerien löschen wider geltendes Recht ganze E-Mail-Postfächer von ehemaligen Mitarbeitern und sogar Amtsinhabern. Das ging bereits im Dezember 2022 aus Recherchen der Welt am Sonntag hervor. Jetzt liegen der Zeitung neue Erkenntnisse vor: Das von Nancy Faeser geleitete Innenministerium hat die interne Praxis bewußt vertuscht und dabei sogar Nachrichten des ehemaligen Finanzministers und heutigen Bundeskanzlers, Olaf

Scholz, verschwinden lassen - möglicherweise im Zusammenhang mit dem Cum-Ex-Skandal, in den Scholz seit seiner Zeit als Hamburger Bürgermeister verwickelt sein soll.
Aus neuen, der Welt am Sonntag vorliegenden Korrespondenzen geht hervor: Das Innenministerium fragte bereits 2023 detaillierte Informationen zur systematischen Löschung alter Postfächer bei allen anderen Ministerien an, um damit auf parlamentarische Anfragen antworten zu können. Im Januar 2023 hatte die AfD-Fraktion und im Juni 2023 die Linke-Abgeordnete Martina Renner kleine Anfragen bezüglich der Datenvernichtungspraktiken gestellt.
Das Innenministerium erfuhr, daß das Arbeitsministerium persönliche Mail-Postfächer von Personen im Ministeramt bereits 30 Tage nach Amtsabtritt löschen würde. Im Auswärtigen Amt sowie im Bildungs-, Innen- und Umweltministerium würde die Frist sechs Monate betragen. Das Wirtschaftsministerium nimmt die Löschung nach zwölf bis 24 Monaten vor.
Noch länger bewahrt das Gesundheitsministerium ministerielle Postfächer auf: "Im BMG werden die E-Mail-Postfächer der Ministerinnen und Minister der letzten Legislaturperiode in der Regel zum Ende der aktuellen Legislaturperiode, also nach rund 4 Jahren, gelöscht", hieß es auf Anfrage des Innenministeriums.
Während auch das Justiz- und Landwirtschaftsministerium bestätigten, Löschungen vorzunehmen, behauptete das Finanzministerium am 19. Januar 2023, seit 2015 keinerlei Postfächer "der ehemaligen Amtsinhaber (hier Minister) Dr. Wolfgang Schäuble und Olaf Scholz gelöscht" zu haben. Wenig später annullierte die Behörde diese Aussage - und blockierte in der Folge sogar einen Antwortentwurf, den das Innenministerium für den Bundestag vorbereitet hatte.
Auch das Kanzleramt schritt ein. Laut der zuständigen Oberamtsrätin im Innenministerium war die "Betroffenheit BK Scholz" in drei konkreten Fragen der Grund für die tagelange Blockade der beiden Behörden. Vermutlich geht es um die Cum-Ex-Affäre, die nach wie vor viele Fragezeichen hinter der Personalie Olaf Scholz aufwirft. Bereits zum Ende seiner Amtszeit als Finanzminister im Oktober 2021 soll die Behörde dienstliche Korrespondenzen gelöscht haben. Dieses Vorgehen rechtfertigte man mit der gängigen Regierungspraxis - obwohl diese von Rechtswegen kritisch beäugt wird.
Laut Bundesarchivgesetz müssen dienstliche Unterlagen nach deren Abarbeitung an das Bundesarchiv zur weiteren Konservierung übergeben werden. Datenvernichtungen müssen vorher mit dem Bundesarchiv abgesprochen werden und nur "Dokumente ohne Informationswert" dürfen laut den Registraturrichtlinien ohne Weiteres gelöscht werden.
Doch die Bundesbehörden umgehen diese Vorgaben: Die Löschungen finden in der Annahme statt, daß alle ministeriellen Angestellten wichtige Unterlagen eigenständig zur Archivierung einreichen, sodaß durch die Löschung von wichtigen Mail-Postfächern keinerlei brisante Daten zerstört werden können.
Zurück zu der Blockade des Finanzministeriums und des Kanzleramts im Januar 2023: Das Innenministerium entschied sich dazu, die Löschfristen der einzelnen Behörden nicht aufzuschlüsseln, um so die fragwürdigen Vorgänge des Finanzministeriums zu verdecken. Die Ministerien verfolgen keine einheitlichen "Regelungen für die Löschung von E-Mail-Postfächern der Mitglieder der Bundesregierung nach Beendigung des Amtsverhältnisses", hieß es dann lediglich in der Antwort an die AfD.
Gerechtfertigt wurde diese schmallippige Auskunft folgendermaßen: Die Antwort würde "immer noch den parlamentsverfassungsrechtlichen Anforderungen" entsprechen. Außerdem gab das Innenministerium vor, die angefragten Daten würden nicht in "statistischer Form" vorliegen, weil die AfD-Fraktion nicht nur die Löschung von Postfächern amtierender Minister, sondern generell von Amtsinhabern angefragt habe.
Die Ministerien konnten aber nur zu ersterem Auskunft geben, was den "Aussagewert" der vom Innenministerium eingeholten Informationen reduzieren würde. Eine "Antwortverweige-

rung" sei demnach rechtlich möglich. Daß dem Innenministerium immerhin die aufgeschlüsselten Antworten aus den einzelnen Behörden vorlagen, wurde nicht einmal erwähnt.
Als die Linke-Abgeordnete Martina Renner rund fünf Monate später einen ähnlichen Versuch wagte und diesmal konkret nach Postfächern von Politikern wie Jens Spahn, der bis 2021 Gesundheitsminister war, und Olaf Scholz fragte, reagierte das Innenministerium ähnlich abweisend. Renner hatte nach einer detaillierten Aufschlüsselung gefragt und erhielt ebenfalls nur "generische", also allgemein gefaßte Auskünfte.
Innerhalb des Innenministeriums war zuvor der Eindruck aufgekommen, "daß die einzelnen Bundesbehörden sehr unterschiedlich, bzw. widersprüchlich vorgehen, was mit dem Verweis auf das Ressortprinzip wohl nur teilweise begründet werden könnte", wie aus den der Welt am Sonntag vorliegenden Dokumenten hervorgeht. Die Behörde hat also bewußt von einer detaillierten Auskunft abgesehen, um die fragwürdigen Zustände innerhalb der Bundesregierung zu decken. Zweimal.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. August 2024 (x1.393/…): >>**Grüne fordern Englisch als zweite Amtssprache**
Die Grünen mahnen eine neue Offensive beim Anwerben von Fachkräften aus dem Ausland an. In einem Papier, über das die "Süddeutsche Zeitung" berichtet, fordern Spitzenpolitiker der Partei den beschleunigten Aufbau einer "zentralen Einwanderungsagentur" in Deutschland.
Sie solle "noch schneller, digitaler und dienstleistungsorientierter qualifizierten Arbeitsuchenden den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt" ermöglichten. Auch Sprachbarrieren auf Ämtern sollen fallen. "Wir werben dafür gemeinsam mit den Ämtern und Behörden einen Fahrplan für die Einführung von Englisch als Zweitsprache auf Ämtern zu erarbeiten", heißt es in einem "Autor*innenpapier", das die Grünen-Fraktionschefinnen Katharina Dröge und Britta Haßelmann mit den Fraktionsvizechefs Andreas Audretsch und Konstantin von Notz, sowie Landespolitikern verfaßt haben.
Zu den Autoren gehören auch Sachsens Justizministerin Katja Meier, Thüringens Umwelt- und Energieminister Bernhard Stengele und Nordrhein-Westfalens Familien- und Integrationsministerin Josefine Paul.
Das Papier listet insgesamt 15 weit reichende Forderungen auf, mit denen die Grünen ein neues Bündnis "Willkommen in Deutschland" schaffen wollen. Eine zentrale Rolle spielen sollen für den besseren Start von Einwanderern "Fachkräfte-Welcome-Center" - als Informationsanlaufstelle nach kanadischem Vorbild. "Wir wollen uns dafür einsetzen, daß auch in Deutschland solche Fachkräfte-Welcome-Center eingerichtet ... werden", heißt es weiter. Dafür sollten Förderprogramme aufgelegt werden.
Die Grünen wünschen sich auch eine "flächendeckend schnelle Visavergabe" und die leichtere Anerkennung von Berufsabschlüssen. Ehrenamtliche Integration soll dem Plan zufolge stärker als bislang anerkannt und gewürdigt werden, etwa durch finanzielle Zuschüsse. Zudem wollen die Grünen Arbeitsverbote für Geflüchtete abschaffen: "Es ist absurd, daß Menschen, die in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung oder Bedrohung ihres Lebens suchen, das Verbot erhalten, hier zu arbeiten", heißt es in dem Papier.
Die Grünen mahnen ein rasches Umsteuern an. "Überall fehlen Fachkräfte", sagte Fraktionschefin Katharina Dröge der SZ. "Busfahrerinnen, Ingenieure, Pflegekräfte werden dringend gesucht. Deshalb werben wir für ein Bündnis zwischen Unternehmen und Politik. Damit sich mehr Menschen für ein Leben und Arbeiten in Deutschland entscheiden, wollen wir die Bedingungen spürbar verbessern."
Zwar hatte die Bundesregierung im vergangenen Jahr ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen, das inzwischen auch in allen Stufen in Kraft ist. Es erleichtert die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, senkt die Hürden für den Verdienst in Deutschland und erleichtert

es, Familienangehörige nach Deutschland zu holen. Dennoch bleibt die Lücke zwischen Bedarf und tatsächlicher Zuwanderung bislang groß.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. August 2024 (x1.393/…): >>**Weidel: AfD zu Koalitionen mit CDU bereit**

AfD-Chefin Alice Weidel macht der CDU vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ein Koalitionsangebot. Der "Welt am Sonntag" sagte sie: "Wir von der AfD sind zu Koalitionen mit der CDU bereit, wenn das inhaltlich machbar ist und sich die Union bewegt. Das sind wir unseren Wählern schuldig. Der Ball liegt dementsprechend bei der CDU."

Angesprochen auf die Radikalisierung der AfD in den vergangenen Jahren sagte Weidel: "Für eine Mäßigung gibt es überhaupt keine Veranlassung. Wir haben hervorragende Leute in der Partei." Gleichzeitig widerspricht sie einer Forderung der AfD Sachsen nach einem Baby-Begrüßungsgeld für Eltern, welche die alleinige deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

"Hier ist die Absicht, daß man Familien entlasten möchte. Ich persönlich würde nicht mit solchen Begrüßungsgeldern arbeiten, bei denen man derart differenziert. Das ist weniger nachhaltig. Mein Vorschlag wäre, daß man statt dessen arbeitende Familien über eine Einkommenssteuersenkung entlastet. Denn Nachwuchs brauchen wir vor allem von qualifizierten Eltern." Zudem bezweifelt Weidel die Sinnhaftigkeit von deutschen Waffenlieferungen nach Israel.

Auf die Frage, ob die Sicherheit Israels für sie Teil der deutschen Staatsräson sei, antwortete sie: "Ich persönlich sage Ja dazu. Das heißt aber nicht, daß man einem Militäreinsatz deutscher Soldaten dort zustimmt. Das Existenzrecht Israels ist mit allen Mitteln der Diplomatie zu verteidigen. Ich sehe mit großer Besorgnis, daß Israel von Feinden umgeben ist."

Auf Nachfrage, ob Deutschland weiterhin Waffen an Israel liefern solle, sagte sie: "Es müssen diplomatische Lösungen gefunden werden. Sie kommen mit Waffen einfach nicht weiter. Man kann über Waffen zu Verteidigungszwecken nachdenken. Waffen für weitere Offensiven sind aber nicht zielführend. Man provoziert sonst nur Gegenschläge. Das ist kein guter Weg. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu arbeitet permanent gegen die Zweistaatenlösung. Auch die israelische Regierung muß kritisiert werden dürfen."

Weidel widerspricht außerdem dem AfD-Europawahlprogramm, in dem die EU als "reformunfähiges Konstrukt" bezeichnet wird, sowie dem Wahlprogramm der Thüringer AfD, in dem es heißt es, daß das "Experiment der EU" gescheitert sei. "Wir versuchen, die EU zu reformieren. Die Möglichkeiten sind limitiert, da die Gewaltenteilung in der EU gestört ist. Wenn eine Reform scheitert, muß jedem Land die Möglichkeit gegeben werden, per Volksabstimmung über den Verbleib in der EU abzustimmen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. August 2024 (x1.393/…): >>**Mindestens drei Tote bei Angriff auf Solinger Stadtfest**

Bei einem Messerangriff auf dem Solinger Stadtfest sind am Freitagabend mindestens drei Personen getötet worden. Mindestens sieben Personen wurden verletzt, darunter drei sogenannte "Schwerstverletzte" und drei "Schwerverletzte". Der Täter war zunächst auf der Flucht, die Bevölkerung wurde gebeten, die Innenstadt zu meiden. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz, darunter auch ein Hubschrauber. Nach ersten Informationen hatte gegen 21:45 Uhr ein Mann mit einem Messer wahllos auf Passanten eingestochen.

Das Fest zur Feier von 650 Jahren Solingen trug den Namen "Festival der Vielfalt" und war für das ganze Wochenende von Freitag bis einschließlich Sonntag geplant. Vorgesehen war für Freitag unter anderem ein von 700 Schülern unterschiedlicher Jahrgangsstufen gestaltetes Programm, bis Sonntag sollte es dann auf drei Bühnen in der Innenstadt verschiedene weitere Aufführungen geben. Erst um 19 Uhr war das Fest auf der Bühne am Neumarkt durch Oberbürgermeister Tim-Oliver Kurzbach (SPD) eröffnet worden. Am Freitagabend war die Party

nach der Messerattacke dann aber sofort vorbei, ein Großaufgebot an Polizei sperrte den Tatort ab.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30026" berichtet am 24. August 2024 (x1.389/…): >>**20. AZK - James Corbett: "Nahostkonflikt und Digitales Zentralbankgeld - ein absolutes Horrorszenario"**

(Ivo Sasek:) Wow, wow was für ein Tag! Jetzt geht es weiter.

Wir kommen zu einer nächsten Koryphäe. Wir konzentrieren uns jetzt auf den Nahostkonflikt in dem nächsten Lauf und dürfen unsere brisanten Fragen an einen weiteren Aufklärungsgiganten stellen, der in Japan lebt. Und er wird von unserem fantastischen Kla.TV-Korrespondenten Dan aus den USA interviewt.

Japan, USA, wir hier in der Schweiz, wir haben es diesmal also mit einem Zeitunterschied von 15 Stunden zwischen diesen beiden Männern und mit sieben und acht Stunden Zeitverschiebung zu uns in der Schweiz zu tun. Wir bedanken uns für eure wertvollen Dienste und schauen uns vorab noch die Biographie von wem an? Von James Corbett. James, wir brauchen dich!

(Biographie:)

James Corbett ist in Kanada geboren und aufgewachsen. Er schloß sein Studium am Trinity College in Dublin, Irland, mit einem Master of Philosophy ab. Nach seinem Umzug nach Japan gründete James Corbett 2007 die Website "The Corbett Report" als Plattform für unabhängige kritische Analysen zu Politik, Gesellschaft, Geschichte und Wirtschaft. Damals betrieb er die Website parallel zu seiner Tätigkeit als Englischlehrer. Etwa vier Jahre später wurde er hauptberuflich als investigativer Journalist tätig.

Seitdem hat er zahlreiche Auszeichnungen für seine journalistische Arbeit erhalten und war gefragter Redner an verschiedenen Universitäten, bei TEDxGorningen (Initiative zur Verbreitung von Ideen) und vor unabhängigen Untersuchungsausschüssen wie dem "National Citizens Inquiry", Nationaler Untersuchungsausschuß, in Kanada.

Im Laufe der Jahre hat James Corbett viele enthüllende Dokumentarfilme veröffentlicht, wie zum Beispiel "9/11: Die Tatverdächtigen", "Ein Jahrhundert der Versklavung: Die Geschichte der Federal Reserve" und "Wer ist Bill Gates?" Seine tiefgreifenden Recherchen sind auf seiner Webseite und zahlreichen Kanälen in hunderten Episoden von Podcasts, Interviews und weiteren Formaten öffentlich einsehbar.

Alleine auf seinen sozialen Kanälen folgen ihm über 300. 000 Abonnenten. Im Jahr 2018 rief er den jährlichen Negativpreis "Fake News Awards" ins Leben, mit dem er die verdrehtesten Nachrichten der Systemmedien dokumentiert. James Corbett spricht heute zur Thematik "Nahostkonflikt und digitales Zentralbankgeld: ein absolutes Horrorszenario!"

(Interviewer:) James Corbett, vielen Dank, daß Sie wieder hier sind.

(James Corbett:) Kein Problem.

(Interviewer:) Heute werden wir über den Krieg im Nahen Osten und die CBDCs (Digitale Zentralbankwährungen) sprechen. Wenn Sie also bereit sind und unsere Zuhörer bereit sind, werden wir gleich zur Sache kommen. Liebe Zuschauer, sind Sie bereit?

(Interviewer:) Lassen Sie uns hiermit beginnen: Sie haben den 7. Oktober als Israels Nine-Eleven (Herbeiführung des Gaza-Krieges durch Terrorangriff der islamischen Hamas auf Israel) bezeichnet. Wie kommt das? Wie passen diese beiden Dinge zusammen?

(James Corbett:) Nun, offensichtlich bin ich nicht der Einzige, der diese Formulierung verwendet hat. In der Tat haben die etablierten Medien diesen Ausdruck unmittelbar nach den Anschlägen vom 7. Oktober verwendet. Und natürlich nutzen diese den Ausdruck im Zusammenhang mit einem spektakulären, groß angelegten Terroranschlag, der eben nicht so war, wie man uns gesagt hat, und der einen andauernden, vermutlich nie endenden Krieg gegen den Terror rechtfertigt.

Ich verwende den Vergleich auf eine ganz andere Art und Weise, weil, wie diejenigen, die mit meiner Arbeit vertraut sind, wissen, habe ich die Terroranschläge unter falscher Flagge vom 11. September aus vielen verschiedenen Blickwinkeln auseinandergenommen, einschließlich der Betrachtung der Geldspur und der Kriegsspiele, die an 9/11 im Gange waren und ebenfalls der Betrachtung einiger der Verdächtigen und Personen im Umfeld des 11. September, der Geheimdienstmitarbeiter und -agenturen, die aktiv mit Al-CIAda, auch bekannt als Al-Qaida, zusammenarbeiteten und sie in vielerlei Hinsicht schufen.
Wenn ich also sage, daß der 7. Oktober Israels 11. September war, dann meine ich das in diesem Kontext, als ein inszeniertes oder provoziertes Ereignis unter falscher Flagge, das als Rechtfertigung für eine militärische und politische Agenda benutzt wurde, die bereits im Voraus feststand.
(Interviewer:) Wenn Sie nun sagen, daß der Krieg niemals enden wird, dann sehe ich das so, daß Israel in Gaza durchaus Absichten hat. Sehen Sie eine Möglichkeit, diesen Krieg in Gaza zu beenden? Wie wird er enden? Soll er enden? Ich meine, das Unendliche ist, daß sie, wenn sie weiterhin Feinde um sich herum haben, ständig das US-Schatzamt anzapfen werden, um die Waffenlieferungen am Laufen zu halten. Aber da wir gerade von Gaza sprechen, sehen Sie ein Ende dieser Situation voraus?
(James Corbett:) Ich sehe leider, wie es zu einem Ende kommen könnte. Und unglücklicherweise sind die meisten Alternativen dafür nicht angenehm. Sie beinhalten die Auslöschung des palästinensischen Volkes aus dem Gazastreifen. Darauf haben zahlreiche Minister im israelischen Parlament angespielt, die von der Auslöschung des Gazastreifens oder der Eliminierung des palästinensischen Volkes gesprochen haben.
Und leider werden diese Leute natürlich abgetan als: "Ach, das sind die extremen Randgruppen der extremen Rechten. Sie repräsentieren nicht die Mehrheit der israelischen Regierung." Aber es ist interessant festzustellen, daß Netanjahus politische Koalition im Moment von genau solchen Leuten abhängt.
Die Idee ist also gar keine so kleine Randerscheinung in der israelischen Politik, daß dies tatsächlich mit der ethnischen Säuberung des Gazastreifens enden könnte.
Und dann ist da natürlich noch die Frage des Westjordanlandes, wo es seit Jahren die offene und konzertierte Politik eines Großteils der israelischen politischen Klasse ist, die illegalen Siedlungen fortzusetzen und zu erweitern. Das geschieht im Westjordanland. Erst in der vergangenen Woche hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in einem vorläufigen Urteil festgestellt, daß die israelische Besetzung der besetzten palästinensischen Gebiete illegal ist.
Damit wird einmal mehr bestätigt, daß es sich um eine illegale Besetzung handelt und daß Israel alle Anstrengungen unternehmen muss, um das, was es tut, so schnell wie möglich zu beenden.
Aber wie sieht das dann aus? Und leider sehe ich, wie gesagt, viele Möglichkeiten ... Ich kann mir viele Wege vorstellen, wie dies, insbesondere im Gazastreifen, enden könnte, z.B. mit der vollständigen Auslöschung des palästinensischen Volkes oder zumindest mit der Vertreibung von genügend Menschen, um das weitere Überleben der Palästinenser im Gazastreifen unhaltbar zu machen oder zumindest neue Wege und neue Gebiete für die Besiedlung durch Israelis im Gazastreifen zu eröffnen.
Aber alles, was einer militärischen Perspektive ähnelt, z.B., daß die Hamas wirklich in einem Krieg gegen die israelische Regierung kämpfen würde und daß es wirklich zwei Kräfte gäbe, die sich gegenseitig bekämpfen und daß es so oder so ausgehen könnte, halte ich für ein falsches Narrativ, das implantiert wurde. Was dort geschieht, ist kein Krieg. Es ist ein Gemetzel, ein großes Gemetzel, das gerade jetzt stattfindet.
(Interviewer:) Und wenn wir über den Gazastreifen hinaussehen ins Westjordanland, dann sehen wir Jerusalem, die Golanhöhen, jeden einzelnen dieser Orte. Wir könnten also extrapo-

lieren und sagen, daß das Ziel möglicherweise die Ausrottung der Palästinenser aus ganz Israel ist, oder nicht?
(James Corbett:) Wie ich schon sagte, ist dies keine Extrapolation (möglicher Rückschluß aus einer Entwicklung) oder Theorie. Dies ist etwas, worüber aktiv und offen gesprochen wurde, zumindest von bestimmten Mitgliedern des israelischen Parlaments. Und wenn sie dies tun, wenn diese Minister herauskommen und diese Erklärungen abgeben, wird Netanjahu typischerweise hervortreten und eine Art Erklärung abgeben: "Oh, das geht zu weit, oh, wir unterstützen diese Idee nicht."
Aber, wie gesagt, die politische Koalition, die Netanjahus Regierung zusammenhält, hängt von den Ministern ab, die diese Art von Erklärungen abgeben. Und davon gibt es viele. Ich bin gerade dabei, dies für eine kommende Podcast-Folge zu dokumentieren. Ich schaue mir also gerade diese Daten an und kann sagen, daß es zahlreiche dokumentierte Beweise für Äußerungen zahlreicher israelischer Politiker gibt, die zur Auslöschung des palästinensischen Volkes aufrufen.
Es handelt sich also nicht um eine Rand-Idee, die nur von ein paar Leuten geäußert wird. Sie wird von Menschen in Machtpositionen geäußert. Und das ist, wie gesagt, zumindest eine Möglichkeit, wie wir uns ein Ende dieses Konflikts vorstellen können, allerdings auf die denkbar schlechteste Art und Weise.
(Interviewer:) Ja. Nun, und Netanjahu wird seine Äußerungen abmildern, je nachdem, wer ihm zuhört. Ich meine, er wird versuchen, die Idee herunterzuspielen, aber an einem anderen Tag wird er die Menschen in Gaza mit Amalek gleichsetzen, die eliminiert werden müssen.
(James Corbett:) Ja. Und natürlich hat dies auch mit der israelischen Innenpolitik und den politischen Zyklen zu tun. Und es gibt ein dokumentiertes Muster in Netanjahus Karriere, wonach er die provokativsten und unverblümtesten Erklärungen über die aggressivste Politik gegenüber den Palästinensern in Zeiten hart umkämpfter politischer Wahlen abgegeben hat. Er wird im Wesentlichen um die Stimmen der Rechten werben, die ihn im Amt halten. Aber dann besteht auch die Gefahr, daß man Netanjahu die Schuld an allem gibt. Sicherlich ist er eine dominierende Kraft in der israelischen Politik. Und das schon seit Jahrzehnten. Aber er ist nicht die einzige Kraft.
Und wir laufen Gefahr, anzunehmen, daß, wenn wir nur einen besonneneren israelischen Premierminister wie Naftali Bennett oder Ehud Barak, der ein Vertrauter von Jeffrey Epstein war, oder jemand anderen an die Macht bekämen, dann würde alles gut werden. Aber ich denke, das ist ein falsches Narrativ (falsche Denkweise/Erzählweise), das in dieses Gespräch eingepflanzt wurde. Es ist eine grundlegende Frage, die im Zentrum der israelischen Politik steht, und zwar seit der Gründung des israelischen Staates durch die Terroranschläge, die zur Gründung des israelischen Staates geführt haben. Davon wissen wir. Noch einmal: Das sind keine Verschwörungstheorien. Das ist dokumentierte Geschichte.
Zum Beispiel der Anschlag auf das King David Hotel im Jahr 1946, der damals der größte Terroranschlag in der Geschichte war und das Gewissen der Welt erschüttert hat, bei dem Dutzende, Hunderte von Menschen getötet und viele, viele mehr verletzt wurden.
Es war ein absolut dreister Anschlag. Und zwar ein gezielter Terroranschlag, der von jenen verübt wurde, die später im Wesentlichen das israelische politische Establishment werden sollten, als Teil ihres Plans, um die Briten aus Palästina zu vertreiben. Und leider war er sehr erfolgreich. Die Grundlagen des israelischen Staates basierten also von Anfang an auf Terrorismus und Gewalt gegen Palästinenser. Und leider hat sich daran in den letzten 75 Jahren nichts geändert.
(Interviewer:) Wenn Sie sagen, daß diese terroristische Gruppe zum politischen Establishment wurde, meinen Sie damit die Irgun? (zionistische paramilitärische Untergrundorganisation im britischen Mandatsgebiet Palästina vor der israelischen Staatsgründung)

(James Corbett:) Ja. Und in der Tat, der Name ist mir jetzt entfallen. Aber ich habe dies in meiner jüngsten Podcast-Episode ("Meet Benjamin Netanyahu, War Criminal") "Darf ich vorstellen: Benjamin Netanyahu, Kriegsverbrecher" dokumentiert, daß speziell der Irgun-Führer, der für die Operation im King David Hotel verantwortlich war, von Netanjahu nicht nur als ein Beispiel für die Gründung des israelischen Staates gepriesen wurde - er war einer der Gründungsväter des israelischen Staates - sondern sogar 2006, am 60. Jahrestag dieses tödlichen Bombenanschlags, wurde von der israelischen Regierung nicht nur eine Gedenktafel enthüllt, wozu der britische Botschafter damals sagte, es sei absolut bemerkenswert, daß ein freier, liberaler, demokratischer Staat buchstäblich ein Denkmal für einen schrecklichen, tödlichen Terroranschlag aufstellt.
Aber wer war da, um die Gedenktafel zu enthüllen und einmal mehr der Irgun zu gedenken und sie für ihre Rolle bei der Gründung Israels bei diesem tödlichen Ereignis zu loben? Kein anderer als Benjamin Netanjahu.
(Interviewer:) Ist die Netanjahu-Regierung irgendwie mit der Hamas verbunden?
(James Corbett:) Ja, das sind sie. Und wieder einmal habe ich dies in meiner Arbeit dokumentiert. Vor ein paar Monaten habe ich einen Artikel mit dem Titel "Die geheime Geschichte der Hamas" geschrieben, in dem es um die Gründung der Hamas geht, darum, was sie ist, woher sie kommt, und um die weitreichenden Verbindungen der israelischen Regierung und der Geheimdienste zwischen der israelischen Regierung und der Hamas. Und ich denke, es wäre zu einfach zu sagen, daß die Hamas einfach nur eine komplette Erfindung ist, eine totale Marionette der israelischen Regierung.
Aber es ist erwiesen, daß sie von der israelischen Regierung unterstützt, gefördert, finanziert und begünstigt wurde. Auf einer Sitzung der Likud-Partei im Jahr 2019 sagte Benjamin Netanjahu sogar ausdrücklich, daß seine Strategie darin bestehe, die Hamas zu unterstützen, um die Palästinenser im Gazastreifen politisch und ideologisch von den Palästinensern im Westjordanland getrennt zu halten, um sicherzustellen, daß sie sich niemals vereinigen und niemals eine echte Bedrohung durch die Schaffung einer Zwei-Staaten-Lösung im palästinensisch-israelischen Konflikt darstellen können. Das ist also wieder offenkundig, wir müssen darüber nicht spekulieren.
(Interviewer:) James, da wir gerade von der Notwendigkeit sprechen, Kriege im Allgemeinen weiterzuführen: Ich habe Ihr vermutlich neuestes Video gesehen, und Sie haben einen Artikel im CovertAction Magazine erwähnt. Und ich habe mir das CovertAction Magazine angesehen. Ich weiß nicht, ob ich den richtigen Artikel gelesen habe, aber er stammte von einem Mann, der sagte, daß dies von Anfang an die Vorgehensweise der Vereinigten Staaten gewesen sei: die Kriege am Laufen zu halten. Würden Sie sagen, daß dies im Allgemeinen im Nahen Osten der Fall ist, daß dies heute in der Ukraine der Fall ist und daß dies auch für die Vereinigten Staaten zutrifft?
(James Corbett:) Ich würde sagen, daß dies der allgemeine Arbeitsmodus des militärisch-industriellen Komplexes ist, den Eisenhower bei seinem Ausscheiden aus dem Amt des US-Präsidenten 1960 identifiziert hat und der heute noch stärker in Kraft ist als damals. Das ist der "Modus Operandi" dieses militärisch-industriellen Komplexes seit, nun ja, seit seinen Anfängen. Der Krieg ist die Gesundheit des Staates, aber der Krieg ist auch die Gesundheit jeder Industrie, jedes Nebenorgans, jedes Geheimdienstes und all dieser anderen Organe des größeren Tiefen Staates, der die Politik tatsächlich bestimmt.
Und deshalb haben sie nicht nur ein ureigenes Interesse, nicht nur ein verstecktes Interesse, sondern ihr Interesse ist gleichbedeutend mit dem Interesse der Kriegsführung und der ständigen Schaffung von Gründen für militärische Aktionen. Also ja, das ist auf jeden Fall ein Teil der Strategie. Ich denke, daß dies zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten aus bestimmten strategischen Gründen eher zutrifft. Wir können das historisch betrachten.

Zum Beispiel war in den 1980er Jahren der ausdrückliche Grund für die Finanzierung - tatsächlich war es die größte zumindest zugegebene CIA-Operation in der Geschichte - die Finanzierung der Taliban in Afghanistan in den 1980er Jahren als Teil ihres Dschihad-Krieges gegen die Sowjets - speziell und genau deshalb, weil der Tiefe Staat der Carter-Administration in den späten 1970er Jahren entschied, daß der beste Weg, die Sowjets ausbluten zu lassen, darin bestand, sie in einen Fleischwolf zu stecken, ihnen ihr eigenes Vietnam zu geben. Das war es also, was sie explizit und ausdrücklich taten. Und sie versuchten, diesen Krieg so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Das war die Strategie dahinter.
Der Konflikt in der Ukraine ist meiner Meinung nach eine exakte Parallele, denn in diesem Fall ist das Ziel eindeutig Rußland, und die Vereinigten Staaten freuen sich, Rußland bis zum letzten Ukrainer zu bekämpfen, und sie werden weiterhin Geld, Hilfe und Waffen schicken, damit dieser Konflikt so lange wie möglich andauert, um die Russen auszusaugen.
(Interviewer:) Nun, ich glaube, Trump hat kürzlich gesagt, daß er diesen Krieg beenden will. Wenn er den Krieg stoppen würde, dann würde auch der Fleischwolf aufhören. Aber ich glaube, er hat andere Gründe, den Krieg zu stoppen. Wir würden gerne ein wenig über Ihre Gedanken zur aktuellen Lage des NATO-Stellvertreterkrieges in der Ukraine sprechen. Und laß uns über die Hauptverantwortlichen für den Beginn und die Fortsetzung des Krieges gegen Rußland nachdenken. Was wollen Leute wie Victoria Nuland und Antony Blinken, US-Außenminister, was wollen sie? Was ist ihr Ziel dort drüben?
(James Corbett:) Wissen Sie, das ist eine gute Frage. Und ich denke, es ist eine Frage, wie weit man in der geopolitischen Geschichte zurückgehen will. Ich denke ganz sicher, daß die Strategie des Imperiums, des britischen Imperiums am Ende des 19. Jahrhunderts, des amerikanischen Imperiums im 20. sehr lange darin bestand, die Russen und die Deutschen getrennt zu halten und sie im wesentlichen im Krieg miteinander zu halten. Denn wenn sie sich vereinigen würden, nicht einmal politisch oder wirtschaftlich, sogar einfach nur gute Beziehungen zueinander hätten, wäre das eine ernsthafte Bedrohung für die Fähigkeit etwa der Briten oder Amerikaner, den europäischen Kontinent zu kontrollieren.
Und wie vor mehr als einem Jahrhundert festgestellt wurde, seit den Zeiten von Mackinder, Halford Mackinder (Gründer der geographischen Vereinigung, Fachbereich Geographie und Umwelt) und der Entstehung der Geopolitik, wie wir sie heute kennen, ist dieser Bereich das Kernland des sogenannten globalen Schachbretts. Und jede Macht, die es kontrolliert, hat im Wesentlichen die Kontrolle über den Planeten. Und das hat man seit über einem Jahrhundert verstanden, und genau deshalb gab es immer das Bedürfnis, einen Keil zwischen Russen und Deutsche oder Europäer im Allgemeinen zu treiben. Und ich denke, das ist auch heute noch aktuell. Das ist immer noch ein Teil der Strategie.
(Interviewer:) Ja, ich habe ein Interview mit dem Betreiber der Antiwar.com-Webseite geführt. Er macht den großartigen Anti-Kriegs-Podcast. Horton, Ja, Scott Horton. Und er sagte: Das Letzte, was der Westen will, ist eine deutsch-russische Einheit. Und er sagt, das Schlimmste wäre, wenn Deutschland und Rußland jemals wieder gegeneinander Krieg führen würden. Und wir haben gesehen, was passiert, wenn das passiert.
(James Corbett:) Ja, das haben wir.
(Interviewer:) Zurück zu Trumps Aussage, daß er diesen Krieg beenden wird. Was wissen Sie über seinen guten Freund Larry Fink, den Vorstandsvorsitzenden von BlackRock, der zufällig eine beratende Funktion beim Wiederaufbau der Ukraine innehat und für den Entwicklungsfonds der Ukraine verantwortlich ist?
(James Corbett:) Ja. Es ist genauso, wie Sie es beschrieben haben. BlackRock ist übrigens die größte Investmentfirma der Welt, die, wenn auch nicht die Mehrheit, so doch zumindest einen großen Teil der Aktien von praktisch allen Fortune 500-Unternehmen (die 500 umsatzstärksten Unternehmen der Welt) hält. Und BlackRock, insbesondere Larry Fink, der CEO von

BlackRock, ist ebenfalls stark in den ukrainischen Wiederaufbau investiert, der natürlich in den Kontext einer digitalen Transformation gestellt wurde.
Dieser Prozeß wurde bereits vor dem aktuellen Konflikt eingeleitet, aber er wurde auf jeden Fall ausgebaut. Und Larry Fink hat offen darüber gesprochen, wie dies eine perfekte Gelegenheit für die vollständige digitale Transformation einer Regierung und Wirtschaft bietet. Das ist also genau das, was sie zu tun versuchen. Und natürlich ist dies ein Boom und ein korruptes Geschäft in Form von Milliarden von Euro, Milliarden von Dollar für denjenigen, der seine Schnauze in diesen speziellen Kuchen stecken und am meisten davon essen kann.
(Interviewer:) Ich habe mich mit dem Hintergrund von Larry Fink und seinem Engagement in der Ukraine und seiner Einmischung dort befaßt und bin auf eine Konferenz gestoßen, die vor ein paar Jahren in New York City stattfand. Haben Sie jemals von dem von der New York Times gesponserten "Dealbook Summit" gehört?
(James Corbett:) Ich habe davon gehört, ja, aber ich habe den Ablauf nicht verfolgt.
(Interviewer:) Nun, ich habe das Kleingedruckte gelesen. Da stand: "der designierte Premierminister Benjamin Netanjahu, der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelensky, META-Chef Mark Zuckerberg, US-Finanzministerin Janet Yellen und BlackRock-Chef Larry Fink werden ebenfalls auf dem Gipfel sprechen". All diese Leute zusammen auf einem New Yorker Gipfel. Was sagen Sie dazu?
(James Corbett:) Nur, daß es mich nicht im Geringsten überrascht. Ich würde sagen, das sind genau die Leute, von denen wir erwarten würden, daß sie sich versammeln, um darüber zu sprechen und zu versuchen, in jeder Hinsicht davon zu profitieren, sowohl in finanzieller als auch in geopolitischer Hinsicht. Und auch militärisch. Und natürlich hat jeder Akteur an diesem Tisch seine eigenen Gründe für seine Anwesenheit an diesem Tisch, aber sie können sich sicherlich auf die Agenda einigen, das Lebensblut der Ukraine für den Kampf gegen die Russen auszusaugen - etwas, das viele verschiedene Leute an diesem Tisch im Moment gerne tun würden.
(Interviewer:) Nun, James, Sie schienen nicht sehr zuversichtlich über die möglichen Ergebnisse der aktuellen Krise in Israel zu sein. Was ist optimistisch gesehen ein halbwegs vernünftiges Szenario für den Ausgang des Krieges in der Ukraine, ohne daß BlackRock das Land übernimmt?
(James Corbett:) Ja. Nun, wie gesagt, das ist jetzt außerordentlich schwierig. Und ich denke, jeder hat seine Karten so weit ausgespielt, daß es schwierig ist, sich vorzustellen, daß es jetzt einen Weg gibt, von diesem Abgrund zurückzutreten. Denn ich denke, die Russen können sich jetzt nicht zurückziehen, ohne zumindest eine Art gesichtswahrende Maßnahme im Donbass in Bezug auf die angeblichen geopolitischen Ziele erreicht zu haben. Aber gleichzeitig wurde die Ukraine jetzt ganz fest auf einen Weg in Richtung westliche Integration, einschließlich der NATO-Mitgliedschaft, festgelegt.
Und auf der jüngsten NATO-Konferenz wurde versichert, daß der Weg der Ukraine zur NATO-Mitgliedschaft unumkehrbar ist. Es wird nicht morgen passieren, aber es wird passieren. Das war natürlich die rote Linie, die die Russen seit sehr, sehr langer Zeit gezogen haben. Sogar vor Putin. Die Idee der NATO in der Ukraine war diese rote Linie.
Es ist also schwierig, sich eine gesichtswahrende Maßnahme vorzustellen, die zum jetzigen Zeitpunkt möglich wäre, die nicht zumindest, wie Sie sagen ... Selbst wenn der Konflikt morgen zu Ende ginge, haben wir in Kiew eine Regierung, die sich der digitalen Transformation verschrieben hat, die Übernahme von BlackRock, Palantir und anderen Unternehmen, die in dieses Spiel einsteigen. Im Moment ist es schwer vorstellbar, daß sie aus einer Regierung in Kiew herausgeworfen werden könnten.
(Interviewer:) Das stimmt. Gut. Nun, James, wir werden zu unserem zweiten Thema übergehen, den CBDCs. Und ich möchte das Thema mit einer kleinen Neuigkeit von dem letzten

Wochenende, das schon vorletzte Woche begann, eröffnen. Wissen Sie, ich hatte den Kopf voll, war im Arbeitstag verschraubt und habe nicht über Dinge nachgedacht und nicht wirklich recherchiert und nach meinem Twitter-Feed geschaut. Ich wußte also nicht viel über diese ganze CrowdStrike-Affäre. Ich wußte nicht einmal, was CrowdStrike ist, bis mir heute jemand sagte, daß es sich um ein Software-Sicherheitsunternehmen handelt. Aber irgend etwas ist am Freitag passiert, und zwar konnte ich aus irgendeinem Grund nicht auf irgendwelche digitalen Aufzeichnungen bei meiner Bank zugreifen.
Ich habe eine App auf meinem Handy, mit der ich mein Bankkonto und meine Transaktionen einsehen kann. Und es hieß, "über das Wochenende nicht erreichbar". Und dann sagte mein Kumpel, ja, das könnte sehr wohl an der CrowdStrike-Sache liegen. Er erwähnte, daß Hunderte von Flügen gestrichen wurden. Er erwähnte, daß YouTube heute Morgen drei Stunden lang nicht erreichbar war, daß Banken geschlossen wurden und so weiter. Und mein Gedanke war, wenn wir schon über CBDCs reden, daß dies ein blaues Auge für die Idee sein sollte, alles auf digital umzustellen. Meinen Sie nicht, daß die Leute sich Sorgen machen, ihren Zugang zu Bargeld zu verlieren und keine Möglichkeit zu haben, Ausgaben zu tätigen, ohne zu 100 % von diesem digitalen Geld abhängig zu sein, das sie einführen wollen?
(James Corbett:) Ich bin froh, daß Sie diese Diskussion in diesen Kontext stellen, denn in diesem Moment gibt es Zehntausende, vielleicht sogar mehr, deren Reisen abgebrochen wurden, deren Bankkonto ausgefallen ist usw., weil dieses Jahrhundert-Ereignis eingetroffen ist, diese schreckliche Störung, die sich gerade erst ausgebreitet hat.
Aber zumindest sollten die Menschen jetzt prioritär darüber nachdenken, ob es eine gute Idee ist, unser gesamtes Leben, unsere wirtschaftliche Existenz von dieser digitalen Technologie abhängig zu machen, die zumindest anfällig für zufällige Störungen und falsche Updates ist, ganz zu schweigen von tatsächlichen Angriffen, ausgeführt von echten Sündenböcken von außen oder als Angriffe unter falscher Flagge, die auf irgendeine Weise generiert werden oder vielleicht auch nur von einer höheren Gewalt. Wir wissen das. Die EMF (Elektromagnetische Strahlung), die Sonnenstrahlung, das Carrington-Ereignis (massiver geomagnetischer Sturm im Jahr 1856). Wir kennen die Arten von Dingen, die unser elektronisches Leben, wie wir es kennen, im Handumdrehen zerstören oder stören können.
In einem gewissen Sinne war es beinahe ermutigend zu beobachten, was sich bei dem CrowdStrike-Problem abgespielt hat, wie Bordkarten für Fluggäste handschriftlich auf Papier ausgestellt werden, weil sie elektronisch nicht gedruckt werden konnten. Man konnte die QR-Codes nicht verwenden. Sie haben sie buchstäblich handschriftlich ausgefüllt. Und es gibt einem zumindest zu denken, wie sehr wir in diese digitale Matrix eingetaucht sind, daß es in der heutigen Zeit schockierend ist, eine handgeschriebene Bordkarte zu sehen. Aber ja, früher hat man die Dinge mit Stift und Papier festgehalten. Warum haben wir das aufgegeben? Welche überlebenswichtigen, dringenden Probleme haben wir gelöst, indem wir unser ganzes Leben in diese digitale Matrix eingefügt haben?
(Interviewer:) Ich denke, man könnte das für so viele Dinge anwenden, für die es eine neue Lösung gibt, und die erste Frage, die wir uns stellen sollten, ist: Nun, was ist falsch an dem, was wir hier haben? Ich habe z. B. einen ziemlich guten Empfang, zumindest als ich in Japan war, mit dem alten 3-G-Netz. Warum brauchen wir 4 G oder 5 G? Und sie bauen es immer weiter aus und sagen uns, daß dies für unsere weitere Existenz absolut notwendig sei. Aber ich muß einen Film nicht in 19 Sekunden statt in 53 Sekunden herunterladen.
(James Corbett:) Erlauben Sie mir, hier einen Verweis auf Neil Postman einzufügen, den Autor von Büchern wie "Amusing Ourselves to Death" (zu deutsch: "Wir amüsieren uns zu Tode"). Er war ein sehr interessanter und sehr vorausschauender Autor, der in den 1980er und 1990er Jahren produktiv und aktiv war. Er schrieb über das Internet, als dieses gerade aufkam. Und er hielt eine Reihe von Reden zu Fragen der Technologie.

Ich weiß nicht mehr, unter welchem Namen diese Rede gehalten wurde. Aber wenn Sie unter Neil Postman "questions about technology" ("Fragen zur Technologie") nachschauen, werden Sie diese finden. Ich glaube, er hat vier Fragen formuliert, die wir uns bei jeder neuen Technologie, die vorgeschlagen wird, stellen sollten. Eine davon ist: Was ist das Problem, für das die vorgeschlagene Technologie angeblich die Lösung sein soll? Und ist es wirklich ein Problem? Und ist es wirklich eine Lösung? Und er schlüsselt dies auf eine hervorragende Weise auf, die meiner Meinung nach heute noch relevanter ist als damals, als er diese Rede vor drei Jahrzehnten hielt.
(Interviewer:) Das hört sich interessant an. James, ich weiß, daß wir dieses Thema in unserem letzten Interview behandelt haben, aber wir haben sehr viel mehr Zuschauer, die das in der AZK-Konferenz verfolgen. Und ich denke, daß einige Leute immer noch wissen wollen, was der Unterschied zwischen CBDCs und zum Beispiel Apple Pay oder anderen digitalen Zahlungssystemen ist. Und warum sind 93 % aller Zentralbanken plötzlich aktiv an der Entwicklung dieser CBDCs beteiligt?
(James Corbett:) Die digitale Zahlungsinfrastruktur, wie sie jetzt existiert und die Sie jetzt anzapfen, basiert auf der Form von Geld, an die wir uns gewöhnt haben. Das heißt, das Geld der Privatkunden im Geschäftsbanken-Kreislauf. Es gibt viel zu verstehen in Bezug auf die monetären Spielereien und den Unsinn, den die Möchtegern-Zauberer der Wall Street getrieben haben, die Decke, die sie seit vielen, vielen Jahrhunderten über die Augen der Allgemeinheit gezogen haben.
Aber die Idee ist, daß es heute in den meisten Ländern ein zweigleisiges Geldsystem gibt. Das eine ist das Großkunden-Geldsystem, das ist für die Banken selbst, die Geschäftsbanken, die selbst Reservekonten bei der Zentralbank haben, und ob das nun die EZB ist oder die Bank von Japan oder die Federal Reserve in den Vereinigten Staaten, diese Geschäftsbanken lagern Reserven und tätigen untereinander Transaktionen innerhalb dieses Großkundenkreislaufs.
Wir, Sie und ich und alle anderen, die das hier hören, wir haben unsere Gelder bei diesen Geschäftsbanken, und das ist der Privatkundenkreislauf, das sind zwei völlig verschiedene Dinge, das Geld, das die Banken im Großkundenkreislauf verwenden, ist technisch gesehen etwas anderes als das Geld, das wir im täglichen Leben verwenden.
Wenn wir also mit Apple Pay oder ähnlichem bezahlen, verwenden wir Geld aus dem Privatkundengeschäft. Das ist Geld, das durch die Privatkundenbank erschaffen wird. Das Geschäftsbankensystem im Allgemeinen. Das meiste Geld wird aus Schulden erschaffen, die den Geschäftsbanken geschuldet werden.
Sie haben durch die Magie ihres Bankvertrages das Recht, dieses Geld zu erschaffen, indem sie es an uns leihen. Sie gehen nicht in den Tresorraum der Bank und holen jedes Mal einen Haufen Bargeld heraus, wenn sie Ihnen Geld leihen, sondern sie erschaffen das Geld, das Sie ihnen dann schulden - einschließlich Zinsen! - eine wunderbare Idee, wenn Sie zufällig ein Banker sind, auf jeden Fall. Was CBDC ist, ist die Idee, daß wir zum ersten Mal direkt Zugriff auf Zentralbankgeld haben werden.
Natürlich gibt es heute schon von der Zentralbank ausgegebenes Geld. Wenn Sie einen der Geldscheine herausnehmen, egal, in welchem Land Sie wohnen, wenn Sie einen der Papierscheine herausnehmen, falls Sie überhaupt noch einen in Ihrer Brieftasche haben, weil die meisten Leute bargeldlos bezahlen, wird darauf etwas stehen wie: hier in Japan die "Bank von Japan", in den Vereinigten Staaten die "Federal Reserve-Note", weil das ein Ausdruck der Haftung der Zentralbank ist.
Diese Banknote wird tatsächlich von der Zentralbank selbst herausgegeben. Das ist also die einzige Möglichkeit, die die Zentralbank hat, um Geld direkt in die Wirtschaft zu bringen, und das ist nur ein Bruchteil der Wirtschaft. Im CBDC-Universum werden sie jedoch in der Lage sein, ihren Ausdruck der Zentralbankhaftung direkt in Ihre digitale Brieftasche zu bringen,

weil Sie jetzt ein Konto haben werden, je nachdem, wie sie es einrichten, aber auf die eine oder andere Weise werden Sie ein Konto bei der Zentralbank selbst haben.
Und diese werden in der Lage sein, nicht nur Ihre Transaktionen zu überprüfen und zu kontrollieren, sondern auch in Ihre Transaktionen hineinzuschauen, und möglicherweise, wie von vielen, einschließlich Politikern in Großbritannien und anderswo, die sehr begeistert von dieser Möglichkeit sind, betont wurde, können sie programmieren, was mit diesem Geld passieren kann und was nicht.
Wenn sie also zum Beispiel eine Beschränkung festlegen, daß Sie in diesem Monat nur eine bestimmte Menge Fleisch kaufen dürfen, weil wir wissen, daß Fleischkonsum die Wettergötter erzürnt. Wenn sie eine Beschränkung festlegen, können sie diese Beschränkung durchsetzen, indem Sie daran gehindert werden, mehr als die zugeteilte Menge Fleisch zu kaufen mit ihrer digitalen Zentralbankwährung.
Und das wird eine automatische Sache sein, die von Ihnen nicht umgangen werden kann, wenn sie sich entscheiden, es auf diese Weise zu implementieren. Oder jede andere Anzahl von Beschränkungen, die man sich vorstellen kann, könnte in Echtzeit mit dem Umlegen eines digitalen Schalters in Kraft gesetzt werden, was eine absolut alptraumhafte Menge an Kontrolle über die Wirtschaft direkt durch die Zentralbanker darstellt.
(Interviewer:) Ja, und Sie haben gerade meine nächste Frage beantwortet, die lautete: Was wäre Ihrer Meinung nach das Attraktivste für den Staat? Und ich würde sagen, daß es die Fähigkeit ist, unser Vermögen und unsere Ausgaben genau zu überwachen und wenn nötig zu kontrollieren, wie wir es verwenden.
(James Corbett:) Absolut, und ich sollte eine Unterscheidung machen, denn, so wie ich es dargelegt habe, so wie das Bankensystem aktuell existiert, sind Geschäftsbanken zwischen die Zentralbank und uns selbst geschaltet. Die Geschäftsbanken sind also ein wichtiger Teil davon, und sie üben derzeit offensichtlich eine unglaubliche Kontrolle über die Wirtschaft aus. Sie werden diese Kontrolle nicht so leicht aufgeben. Wir können uns also viele Möglichkeiten vorstellen, wie das CBDC-System aufgebaut sein wird. Eine davon könnte sein, daß die Zentralbank ihre Fähigkeit, Konten zu führen und zu überprüfen, an Geschäftsbanken oder zumindest an verifizierte Finanzinstitute delegiert. Sie werden also auch hier als Zwischenhändler fungieren.
Damit wären die Zentralbanken zumindest dem Anschein nach nur eine Armlänge von dem Prozeß entfernt: "Oh, wir kontrollieren das alles nicht. Dies wird von den Geschäftsbanken erledigt." In Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Realitäten, wie das Bankensystem strukturiert ist, stellt sich natürlich die Frage, wer diese Geschäftsbanken reguliert und ihnen sagt, was sie tun können und was nicht. Es sind die Regulierungsbehörden der Zentralbanken und der Regierungen. Und wir haben gesehen, wie diese Macht in der Vergangenheit mißbraucht wurde.
So hat das Justizministerium unter der Obama-Regierung die Geschäftsbanken in den Vereinigten Staaten dazu angehalten, die Konten von Personen zu sperren, die völlig legale, wenn auch anrüchige Dienstleistungen erbrachten, wie Pornostars, Munitionshändler, Zahltag-Geldverleiher und andere Personen aus Wirtschaftsbereichen, mit denen die Regierung nicht einverstanden war. Sie verlangte von den Banken, daß sie diese Kunden aus dem Verkehr ziehen. Die Banken selbst waren es, die dem nachkamen.
Sie waren diejenigen, die diesen Kunden die Konten sperrten, aber sie taten es, weil die FDIC (Federal Deposit Insurance Corporation), eine der Aufsichtsbehörden des Bankensystems in den Vereinigten Staaten, sagte: "Wir werden eure Einlagen nicht sichern. Wir könnten Sie von der Liste streichen, wenn Sie unseren Forderungen, diese Leute loszuwerden, nicht nachkommen." An diesem Beispiel können wir also sehen, wie diese Art von System aufgebaut werden kann. Das wird wiederum nicht genauso aussehen wie das Albtraumszenario der direkten

Kontrolle ihres Geldbeutels durch die Zentralbanker, aber es wird so ziemlich auf dasselbe hinauslaufen.
(Interviewer:) Ja, ich kann mir vorstellen, wie sie versuchen werden, es uns schmackhaft zu machen. Und das ist eine dieser "als sie die Kommunisten holten…-Situationen". (Zitat von Martin Niemöller: "…schwieg ich, ich war kein Kommunist") Zuerst kamen sie wegen der Geldverleiher in Skid Row (Stadtteil im Zentrum von Los Angeles, USA-weit einer der Stadtteile mit der höchsten dauerhaften Obdachlosenrate). Nun, wir mögen diese Leute nicht. Wir mögen auch die Pornostars nicht. Sie werden es attraktiv machen.
Wie nah sind wir also an einem CBDC-System? Und bedeutet dies das Ende des Bargelds?
(James Corbett:) Sie können sicherlich koexistieren und werden das vermutlich auch eine Zeit lang tun. Das bedeutet nicht unbedingt, daß es so etwas wie Bargeld nicht mehr geben wird. Wir haben jedoch bereits gesehen, wie sich die bargeldlose Gesellschaft entwickelt hat und wie schnell dies geschehen ist. Wir stehen an dem Punkt, an dem in Japan die Wirtschaft immer noch weitgehend auf Bargeld basiert, auch wenn sich dies ändert.
Aber ich erinnere mich, daß ich letztes Jahr in England an einer Konferenz teilgenommen habe, und es war wirklich schockierend, obwohl mir das bewußt ist und ich darüber recherchiert und gesprochen habe. Es war wirklich schockierend, selbst in zahlreiche Cafés und Restaurants und Einzelhandelsgeschäfte zu gehen, die buchstäblich kein Bargeld akzeptierten. Es war buchstäblich nur bargeldlos. Und auch das war ein Schock für mein System, aber es ist bereits Realität.
Man könnte sich also vorstellen, daß es bei der Einführung von CBDCs eine Phase der Koexistenz geben wird. Aber man könnte sich sehr gut vorstellen, daß aufgrund irgendeines Finanzereignisses unter falscher Flagge oder einer anderen Begründung für einen Notfall das Bargeld abgeschafft werden könnte. Und die meisten Menschen würden heutzutage wahrscheinlich noch nicht einmal mit der Wimper zucken.
(Interviewer:) Das stimmt. Nun, wenn Sie den örtlichen Supermarkt besuchen, wie viele Leute sehen Sie dann mit ihrem iPhone, mit einer Karte, mit einer Easy-Pay-Karte statt mit Bargeld? Ich meine, ist das nicht ziemlich häufig?
(James Corbett:) Leider ja. Und ich sage "leider", weil ich mich sehr über die Tatsache gefreut habe, daß Japan immer noch weitgehend eine bargeldbasierte Wirtschaft ist bis zu dem Punkt, an dem man ein Auto mit Bargeld kaufen kann und es nicht einmal etwas Außergewöhnliches ist. Aber das ändert sich wirklich, und zwar sehr schnell, denn die bargeldlosen Zahlungssysteme werden hier nicht nur eingeführt, sondern mehr und mehr aktiv gefördert.
Und leider kommt es heute viel häufiger vor, daß Menschen mit ihrem Handy oder ihrer Karte bezahlen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Selbst hier in Japan, das in den Industrieländern eine der wenigen Ausnahmen war als bargeldbasierte Wirtschaft, ändert sich das. Und ich könnte mir vorstellen, daß in wenigen Jahren der Punkt erreicht sein wird, an dem bargeldlose Zahlungen häufiger vorkommen werden als Barzahlungen.
(Interviewer:) Was können wir dagegen tun, abgesehen davon, daß wir so oft wie möglich mit Bargeld bezahlen? Was haben wir sonst noch im Köcher?
(James Corbett:) Nun, ich würde sagen, das ist ein sehr, sehr guter Ansatzpunkt. Und ich denke, dies ist eines der Probleme, die eindeutig ein gesellschaftliches Problem sind, das niemand für sich allein lösen kann, aber wir alle müssen unseren Teil dazu beitragen. Und unsere Rolle besteht in Boykotten und bewußten Kaufentscheidungen.
Und zwar nicht nur darin, Geschäfte zu meiden, die bargeldlos arbeiten, sondern natürlich auch darin, die Geschäfte, Unternehmen, Einzelhändler oder Leute, die du kennst, zu unterstützen, die bereit sind, Dienstleistungen nicht nur für Bargeld, auch für Edelmetalle, Kryptowährungen, in Tauschringen oder anderen Versionen von Gemeinschaftswährungen anzubieten, was auch immer es ist. Ich bin nicht hier, um zu urteilen, was man nutzen sollte. Ich den-

ke, man sollte alles verwenden außer CBDCs.
Und das ist eines der Dinge: Solange wir diese Muskeln spielen lassen und weiterhin eine Gemeinschaft aufbauen, die zumindest im Falle dieser Umstellung unterstützt wird, sodaß, wenn die bargeldlose Einführung stattfindet und immer mehr Menschen diesen Weg einschlagen, es immer noch Menschen gibt, die bereit sind, sogar einen Umweg zu machen, Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen, wenn es sein muss, um mit Bargeld oder Edelmetallen oder etwas anderem zu zahlen, dann kann diese Wirtschaft zumindest weitergehen. Sicherlich werden die meisten Menschen bei bargeldlos mitmachen, um weiterzukommen, aber die Möglichkeit für die Menschen, diese Gemeinschaft zu unterstützen, wird vorhanden sein.
Aber wenn wir diese Muskeln nicht trainieren, sondern einfach sagen: "Oh, das ist irgendwie unbequem, ich will einfach nur zum Supermarkt gehen und das Ding kaufen. Diesmal muß ich wohl bargeldlos bezahlen." Je mehr wir das tun, desto mehr werden wir von der bargeldlosen Welt vereinnahmt. Am Ende geht es um unser System der Gewohnheiten, und wir müssen uns daran gewöhnen, Unangenehmes in Kauf zu nehmen, um die Welt zu unterstützen, die wir wollen, um die Welt zu vermeiden, die wir nicht wollen.
(Interviewer:) Ein Amen dazu, James.
Wir nähern uns dem Ende unserer Zeit. Gerne werfe ich mal etwas Persönliches rein, was mich selbst beschäftigt und etwas vom Skript abweicht.
Ich möchte Ihnen eine hypothetische Situation beschreiben, James, und erfahren, wie Sie in dieser Situation reagieren würden. Ich weiß, es gibt so viel Geplänkel über dieses Thema, und die Spekulationen ufern völlig aus und das auf eine Art und Weise, die dich möglicherweise stört, wenn wir vom Weg abkommen und auf allen möglichen Ebenen in den Kaninchenbau eindringen. Aber ich muß dich etwas über den angeblichen Attentatsversuch am 13. Juli (tätlicher Angriff auf Trump) fragen, wäre das okay?
(James Corbett:) Sicher, ja.
(Interviewer:) Also, sagen wir mal, Sie leiten eine Konferenz, und die Frage des angeblichen Attentats vom 13. Juli (tätlicher Angriff auf Trump) kommt auf. Die Leute regen sich auf, es gibt alle möglichen Spekulationen darüber, was wirklich passiert ist, und Sie kommen irgendwie vom Kurs ab. Sie nehmen Ihren Hammer und stellen Ruhe her. Was tun Sie, um die Leute in einer solchen Situation auf dem richtigen Weg zu halten, was würden Sie sagen?
(James Corbett:) Ich denke, an dem Punkt, an dem Menschen ihr Interesse darüber geäußert haben, ist es zu spät, es einfach wegzuhämmern. Ich würde mir nie anmaßen, den Leuten zu sagen, worüber sie nachdenken sollten oder worauf sie ihre Zeit oder Aufmerksamkeit verwenden sollten, auch nicht, ihnen zumindest zu sagen, daß sie ihre Zeit oder Aufmerksamkeit nicht auf diese oder jene Sache verwenden sollten. Und selbst wenn ich es täte, wer würde mir zuhören und warum?
Ich könnte jedoch mit Sicherheit anmerken, daß die Bedeutung eines solchen Ereignisses für mich als jemand, der nicht an das politische System und den Prozeß glaubt, der uns mit der im Vier-Jahrestakt daherkommenden "Sklavenvorschlagsbox" (Wahlurne) gegeben wurde, nicht relevant ist ohne die übergreifenden Probleme der digitalen Zentralbankwährungen und des Konflikts in Israel und der Ukraine und anderer Dinge, über die wir heute gesprochen haben. Die wirkliche Bedeutung davon hat nichts mit diesem oder jenem politischen Kandidaten zu tun. Es geht darum, was die Leute, die dieses System kontrollieren, uns glauben machen wollen, was stattgefunden hat und warum sie wollen, daß wir das glauben.
Also würde ich, wenn ich in solch einer imaginären Situation etwas sagen könnte, einfach sagen, daß es vielleicht nützlicher wäre zu schauen: Was bedeutet dieses Ereignis, warum werden wir dahin gesteuert, über dieses Ereignis auf eine bestimmte Art und Weise zu denken und zu reden, in wessen Interesse liegt das? Wenn wir dieses Narrativ akzeptieren, wie es uns aufgedrängt wird, wohin führt uns das und zu welchem Ausgang?

Und falls kein anderer Grund gefunden wird, dann vielleicht nur, um uns wieder in die politische Diskussion zu ziehen und wieder alle darauf zu fokussieren, welche Seite dieses kontrollierten links-rechts-Raubvogels man politisch unterstützen will. Und sei es nur, um die Leute wieder in diesen Nebenschauzirkus hineinzuziehen, das könnte die eigentliche Bedeutung eines solchen Ereignisses sein. Deshalb würde ich das zumindest zur Diskussion stellen.
(Interviewer:) Sehr gut, sehr gut. Okay, letzte, letzte Frage, James, letzte Frage: Waren Sie überrascht, als Julian Assange freigelassen wurde?
(James Corbett:) Ich denke schon, auch wenn nur aufgrund des Langzeit-Narrativs wie in dem Ukrainekonflikt oder dem Afghanistankonflikt oder was auch immer. Es scheint so, als würde es an einem bestimmten Punkt zum eigentlichen Ziel werden, es in diesem endlosen Prozeß, in diesem Status zu belassen. Ich will nicht sagen, daß es interessant gewesen wäre zu sehen, wie das gerichtlich ausgetragen worden wäre, aber ich bin mir nicht sicher, ob ich es hätte sehen wollen, wie das gerichtlich ausgegangen wäre. Auf jeden Fall hat es mich überrascht. Ich habe das nicht erwartet.
Ich sehe es nicht als einen wunderbaren Gewinn für die freie Meinungsäußerung, wenn auch nur, weil alles, was wirklich entschieden wurde, war: "Ja, schuldig, ich bin schuldig, jetzt laßt mich raus." Und das hilft nicht wirklich bei dem grundsätzlichen Problem, daß ein Präzedenzfall geschaffen wurde, daß normale journalistische Praktiken illegal sind. Und das ist im Wesentlichen das, was hier festgestellt worden ist.
Zum Glück, denn es hätte noch schlimmer kommen können. Es hätte auch ein tatsächliches Gerichtsurteil geben können, daß das, was er getan hat, illegal war, was einen noch schlimmeren Präzedenzfall geschaffen hätte. Aber es hätte auch besser sein können, denn es wäre viel besser gewesen, jemanden für unschuldig zu erklären, der nur einen journalistischen Job gemacht hat.
(Interviewer:) Auf jeden Fall, auf jeden Fall. Wir könnten sagen, daß wir seine Freilassung vielleicht feiern sollten, aber unsere Feierlichkeiten sollten etwas gedämpft sein, da sie aufgrund eines Deals zustande kamen.
(James Corbett:) Wir sollten, wie immer, weiterhin auf die Fakten und die Probleme hinweisen um diesen Fall herum, anstatt sich mit den Persönlichkeiten der beteiligten Personen zu beschäftigen.
(Interviewer:) Einverstanden, absolut richtig. Nun, werte AZK-Konferenzteilnehmer, wie wäre es mit einem schönen Applaus für James Corbett?
(Ivo Sasek:) Wunderbar, danke. Ihr habt tiefgreifende Zusammenhänge auf den Tisch gelegt. Wir schätzen euch, wir lieben euch. Danke, Dan, für die fantastische Führung.<<

Großbritannien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. August 2024 (x1.392/…): >>**England-Flagge vor Moschee geschwenkt: 18-Jähriger muß über zwei Jahre ins Gefängnis**
In England wurde ein 18-Jähriger zu über zwei Jahren Haft verurteilt, nachdem er vor einem islamischen Zentrum in Scarborough eine englische Flagge schwenkte und sich Wortgefechte mit der Polizei lieferte.
Von *Redaktion*
...
Ein 18-jähriger Teenager, James Martin, soll in Scarborough, England, vor einem islamischen Zentrum eine englische Flagge geschwenkt und sich harte Wortgefechte mit der Polizei geliefert haben. Dafür wurde er nun vom York Crown Court zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zwei Monaten verurteilt.
Der Vorfall ereignete sich laut BBC am 8. August gegen 22 Uhr. Laut der Staatsanwaltschaft marschierte Martin zusammen mit zwei weiteren jungen Männern die Straße entlang zum Islamischen Zentrum der Ortschaft. Martin trug eine Maske und eine Mütze und war in die

weiß-rote St.-Georgs-Flagge gehüllt. Die Polizei, die wegen der Proteste und Ausschreitungen rund um die gescheiterte Migrationspolitik (lesen Sie hier mehr) in erhöhter Alarmbereitschaft war, folgte der Gruppe.
Vor dem Islamischen Zentrum begannen Martin und seine Begleiter lautstark zu rufen, während viele Mitglieder der muslimischen Gemeinde außerhalb des Zentrums mit angeschlossener Moschee zum Gebet versammelt waren. Die Beamten nahmen Martin mit der Begründung fest, eine Eskalation verhindern zu wollen. Martin weigerte sich, freiwillig das Gebiet zu verlassen. Aufnahmen von Polizeikameras zeigen, wie die Beamten die Gruppe wiederholt auffordern, die Gegend zu räumen, was jedoch ignoriert wurde.
Während der Festnahme fand die Polizei in Martins Tasche eine Plastiktüte mit Grillanzündern. Martins Begleiter verließen nach einem kurzen Protest gegen seine Festnahme das Gebiet. Während seiner Befragung gestand Martin, die englische Flagge geschwenkt zu haben, da er der Meinung sei, daß die Menschen stolz darauf sein sollten. Er verweigerte jedoch weitere Auskünfte zu den Grillanzündern und äußerte sich nicht dazu, ob er Reue empfinde.
Vor Gericht bekannte sich Martin dann laut BBC schuldig, im Besitz von Gegenständen mit der Absicht gewesen zu sein, Eigentum zu beschädigen oder zu zerstören. Er gestand auch die Verursachung von Belästigung, Alarm oder Bedrängnis aus rassistischen oder religiösen Gründen. Verurteilt wurde er weiterhin wegen des Widerstands gegen Polizeibeamte.
Martins Verteidiger Nick Peacock betonte, daß sein Mandant aus einer stabilen Familie stamme und sich "völlig untypisch" verhalten habe. Der Teenager habe eine starke Arbeitsmoral und es sei unwahrscheinlich, daß er erneut in Schwierigkeiten geraten werde. Der Richter hingegen erklärte, daß es in den sozialen Medien an diesem Tag "Forderungen nach dem Anzünden von Orten, die mit dem Islam verbunden sind" gegeben habe - jedoch nicht von Martin. Hätte er ein Feuer entfacht, hätte dies "tödliche Folgen" haben können.
Für den Richter stand auch ohne eine entsprechende Tat fest: "Dies erfordert eine sofortige Gefängnisstrafe - es muß ein Element der Abschreckung geben, damit andere junge Männer im Alter von 18 Jahren, die arbeiten und noch nie zuvor verurteilt worden waren, erkennen, daß Handlungen Konsequenzen haben". Martin ist nicht vorbestraft, aufgrund der Verurteilung wird er seinen Ausbildungsplatz zum Maurer verlieren.
18 Monate Gefängnis für "Who the fuck is Allah"
Der Fall erinnert an den eines 61-jährigen Mannes aus Sutton: Er wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem er während Unruhen in Whitehall, London, "Who the fuck is Allah" skandierte. Der betroffene David Spring war Teil einer Gruppe von Demonstranten, die am 31. Juli in der Nähe der Downing Street mit Polizisten aneinandergerieten, wie der Local Guardian berichtet.
Springs Beteiligung wurde durch Bodycam-Aufnahmen vor Gericht gezeigt, die ihn an der Spitze der Menge zeigen, wie er Beamte bedroht und beleidigt. Bei seiner Verhaftung erklärte er, er sei nach London gekommen, um sich über die Unterbringung von Menschen in Hotels zu beschweren.
Spring entschuldigte sich vor Gericht. Richter Benedict Kelleher verurteilte ihn zu 18 Monaten Haft, da sein Verhalten andere zu Unruhen ermutigt haben soll und eine Freiheitsstrafe notwendig sei, um ähnliche Vorfälle zu verhindern.<<
USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. August 2024 (x1.392/…): >>**US-Wahl**
Robert F. Kennedy Jr. kündigt Rückzug an: Diesen Einfluß hat er auf Trumps Wiederwahl
Am Freitag gab Robert F. Kennedy Jr. seinen Rückzug aus dem US-Wahlkampf bekannt und trat auf Trumps Wahlkampfveranstaltung auf. Kennedy möchte aber nur in den umkämpften "Swing States" ausscheiden, um Trump zum Präsidenten zu machen.

Von *Redaktion*

...

Am Freitag hatten sich die Zeichen verdichtete, daß Robert F. Kennedy Jr. seine Präsidentschaftskandidatur zurückziehen und dafür Donald Trump unterstützen würde. Dennoch sorgte der 70-Jährige am Freitagabend deutscher Zeit für einige Überraschungen. Kennedy kündigte an, er werde seine Wahlkampagne nicht aufgeben, sondern lediglich aussetzen.

Dennoch versprach der parteilose Kandidat, seinen Namen in etwa zehn Bundesstaaten von den Wahlzetteln entfernen zu lassen und bekräftigte seine Unterstützung für Donald Trump. Wenig später waren beide sogar gemeinsam auf einer Wahlkampfveranstaltung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten aufgetreten. Trumps Wahlkampf-Team hatte zuvor angekündigt, einen "special guest" auf der Kundgebung begrüßen zu wollen.

Damit ist klar: Trotz seiner formell weiterlaufenden Kandidatur wird Kennedy indirekt in den Wahlkampf von Trump eingreifen und diesem möglicherweise entscheidende Wählerstimmen ermöglichen, um die US-Wahl am 5. November für sich zu entscheiden. Derzeit liegt Kamala Harris zwar in dem sogenannten "Popular Vote" einen Prozentpunkt vor Trump, in vielen "Swing States" liegt aber Trump vorne - und die entscheiden am Ende.

Weil in den USA nicht die Mehrheit im "Popular Vote" über das Präsidentschaftsamt entscheidet, sondern die Wahlmännerstimmen im sogenannten "Electoral College", ist letzteres entscheidend. Jeder Bundesstaat entsendet eine in Relation zur Einwohnerzahl stehenden Anzahl von Wahlmännern. Diese werden aber in fast allen der 50 Staaten nicht prozentual zwischen den Bewerbern aufgeteilt, sondern der Kandidat mit den meisten Stimmen im Bundesstaat erhält alle Wahlmännerstimmen des betreffenden Staates.

Aktuellen Umfragen zur Folge liegt im "Electoral College" Trump mit 219 zu 215 Stimmen vorne, eine Mehrheit von 270 ist am Ende notwendig. Die für die Mehrheit notwendigen Stimmen sind stark umkämpft, größtenteils in den sogenannten "Swing States", also jenen Bundesstaaten, die weder demokratisch noch republikanisch geprägt sind und dementsprechend schnell die Farbe ändern können.

Um Trumps Vorsprung auszubauen, wird Kennedy in eben jenen "Swing States", wo sein Name auf dem Wahlzettel nach eigenen Angaben "eine Störung" darstellen würde, seine Kandidatur zurückziehen. Weil die Mehrheit der Kennedy-Wählerstimmen, die zuletzt auf fünf Prozent bis acht Prozent, laut The Hill sogar auf 8,7 Prozent geschätzt wurden, eher zu Trump tendieren, könnte Kennedys Rückzug in momentan neun umkämpften Staaten Trumps Sieg ermöglichen.

In zwei dieser "Swing States", Arizona und Pennsylvania, haben Kennedy und dessen Vizepräsidentschaftskandidatin, Nicole Shanahan, bereits die für einen Rückzug notwendigen Unterlagen eingereicht. Beide Staaten zusammen würden Trump 30 Wahlmännerstimmen einbringen.

Auch die Demokraten werben um die Wählergunst der wegfallenden Kennedy-Stimmen. Doch obwohl Kennedy ursprünglich für die Demokraten ins Rennen gehen wollte und die ganze Familie demokratisch geprägt ist, riet Kennedy davon ab, Harris zu wählen. Er könne nicht verstehen, wie eine Frau zur Präsidentschaftskandidatin ernannt werden könne, die sich so selten den Medien anbietet - was in der Regel zum US-Wahlkampf gehört.

Passend dazu reagierte nicht Harris selbst auf Kennedys Rückzug, sondern die demokratische Kampagnenchefin Jen O'Malley Dillon: "Auch wenn wir nicht in allem einer Meinung sind, weiß Kamala Harris, daß uns mehr eint als uns spaltet". Auf der Gegenseite geschah genau das Gegenteil. Trump begrüßte Kennedy auf einer Bühne in Phoenix und erklärte: Man haben nicht über die Unterschiede gesprochen, "sondern über die Werte und Themen, die uns verbinden. ... Ich denke, er wird einen guten Einfluß haben".

Kennedy, der in seiner Rede zuvor sehr langatmig über das amerikanische Gesundheitssystem,

vor allem das Kindeswohl und die Ernährung, sprach und allgemein als Pharma-Kritiker bekannt ist, könnte im Gegenzug auf einen Kabinettsposten hoffen, wenn Trump Präsident werden sollte - beispielsweise im Gesundheitsministerium.<<

25.08.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. August 2024 (x1.391/…):

>>**"Man will das gar nicht wahrhaben": Abrechnung mit den Asyl-Versagern!**

In einem Kommentar zum Blutbad von Solingen, der sich gewaschen hat, rechnet DK-Gastautor Einar Koch mit den politischen Totalversagern hierzulande ab. Der "Ex-Bild-Politikchef" will so vieles "nicht wahrhaben". Und leider doch - es ist wahr!

Von *Einar Koch**

Ich will das alles "nicht wahrhaben!"

Für mich ist es schon jetzt der (Un-)Satz des Jahres: "Man will das gar nicht wahrhaben!", sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU), als er in Solingen das vorerst letzte Ergebnis einer Politik besichtigen konnte, die seine Partei mit zu verantworten hat.

"Nicht wahrhaben" will man vor allem, Herr Reul, daß der Messer-Killer von Solingen schon 2023 hätte abgeschoben sein müssen!

"Nicht wahrhaben" will man, Herr Wüst, daß allein in Nordrhein-Westfalen rund 60.000 Ausländer zum 31. Dezember 2023 ausreisepflichtig waren!

"Nicht wahrhaben" will man, Frau Faeser, daß der Syrer wie so viele andere in diesem Land nichts, aber auch gar nichts mehr zu suchen haben!

"Nicht wahrhaben" will man, Herr Scholz, daß sich in Deutschland aktuell 200.000 Migranten aufhalten, die sofort ausreisepflichtig wären!

Man will so vieles "nicht wahrhaben", Herr Steinmeier, "im besten Deutschland, das es jemals gegeben hat"!

Man will "nicht wahrhaben", daß nach Experten-Schätzungen etwa alle 15 bis 20 Minuten irgendwo zwischen Flensburg und Garmisch-Patenkirchen ein Messer aufblitzt!

Man will "nicht wahrhaben", daß der sogenannte öffentliche Raum zusehends zum Gewalt- und Gefahrenraum wird!

Man will "nicht wahrhaben", daß bald jeder zweite Gewalttäter (41 Prozent) laut Faesers jüngster Kriminalstatistik Ausländer ist - bei einem Bevölkerungsanteil von 15 Prozent!

Man will "nicht wahrhaben", daß es im vergangenen Jahr 12.200 Vergewaltigungen, Übergriffe und sexuelle Nötigungen gab!

Man will "nicht wahrhaben", daß jeden Tag bis zu 300 illegale Migranten nach Deutschland einreisen, alle drei Tage ein neues islamisch/islamistisch geprägtes Dorf!

Man will so vieles "nicht wahrhaben" im besten Deutschland, das es jemals gegeben hat!

Vor allem will man "nicht wahrhaben", daß die Asyl-Versager in Berlin noch immer "regieren"!

Daß es noch immer viel zu viele Menschen gibt, die offenbar nicht begriffen haben (oder nicht begreifen wollen) was die Stunde in Deutschland geschlagen hat!

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. August 2024 (x1.391/…):

>>**Buchtip: Deutschland auf der schiefen Bahn" von Thilo Sarrazin**

Wohin steuert unser Land?

Deutschland, immer noch ein starkes Land in der Mitte Europas, befindet sich seit Jahren in einem relativen Niedergang:

Die Geburtenarmut hält an, die Bildungsleistung sinkt, in der Forschung fällt Deutschland zurück, die Wachstumskräfte erlahmen, der Wohlstand steigt nicht mehr, die Infrastruktur

verkommt. Millionen kulturfremder Einwanderer strömen in die sozialen Sicherungssysteme. Die Explosion der Sozialausgaben überwuchert die öffentlichen Haushalte. Die Bundeswehr ist blank und nicht fähig zur Landesverteidigung. Die Bürokratie nimmt immer mehr zu. Das Steuersystem ist leistungsfeindlich. Eine utopische Klimawende gefährdet die Grundlagen des Wohlstands.

Thilo Sarrazin zeigt in seinem neuen Buch, wie alle diese Faktoren zusammenhängen. Er entwirrt das komplexe Gewebe, beschreibt, was sich nicht mehr ändern läßt, und zeigt auf, welchen Weg eine zukunftsgerichtete Politik gehen müßte.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. August 2024 (x1.392/…): >>**Migrationskrise 2015**

Heute vor genau 9 Jahren öffnete die Merkel-Regierung Syrern die Tür

Heute vor genau neun Jahren - am 25. August 2015 - gab die Merkel-Regierung bekannt, daß man die Dublin-Verfahren für Syrer "faktisch nicht weiter verfolgt". Sie mußten damit keine Rückführung in EU-Ankunftsländer mehr fürchten. Es war der Auftakt für die de facto-Grenzöffnung.

Jonas Aston

...

Immer mehr zeichnet sich ab, daß das Jahr 2015 für Deutschland ein Schicksalsjahr war. Seit der faktischen Grenzöffnung beziehungsweise die Aufgabe von Kontrollen beim Grenzübergang durch Altkanzlerin Angela Merkel verzeichnet Deutschland eine nie dagewesene irreguläre Masseneinwanderung.

Heute vor exakt neun Jahren hat die Bundesregierung den Auftakt für diese Migrationswelle gemacht. Am 25. August hat die Politik die Durchführung von regulären Asylverfahren aufgegeben. Das beim Innenministerium angesiedelte Bundesamt für Asyl und Migration (BAMF) verlautbarte damals via Twitter: "Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt."

"Wir schaffen das"

Auch in den folgenden Tagen unternahm Kanzlerin Angela Merkel keine Anstrengungen, um diesem Kontrollverlust wieder Herr zu werden. Statt dessen wurde von der Bundesregierung eine Willkommenskultur für die Flüchtlinge ausgerufen. Am 31. August 2015 hält Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre jährliche Sommer-Pressekonferenz, in der sie erstmals öffentlich die Zahl von 800.000 erwarteten Flüchtlingen nennt. Sie beschreibt Deutschland als Sehnsuchtsort für viele Menschen weltweit und zog Parallelen zwischen der Flüchtlingskrise und früheren Herausforderungen wie dem Atomausstieg, der Wiedervereinigung und der Finanzkrise. Zur Bewältigung dieser Krise erklärt Merkel schlicht: "Wir schaffen das".

Zeitgleich spitzt sich die Situation in Ungarn zu, wo trotz des Grenzzauns zu Serbien täglich neue Flüchtlinge ankommen. Überfüllte Lager und mangelhafte Versorgung führen zu chaotischen Zuständen. Als Ungarn am 1. September beginnt, Flüchtlinge ausreisen zu lassen, erreichen die ersten Gruppen München. Von dort aus machen Videos die Runde, in denen Migranten "We love Germany" und "We love Angela Merkel" skandieren. Die endgültige Entscheidung sämtliche Kontrollen fallen zu lassen fiel dann am 4. September.

An jenem Abend erhält Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Anruf vom österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann. Er informiert sie darüber, daß sich eine große Anzahl von Flüchtlingen in Bewegung gesetzt hat und sich der deutsch-österreichischen Grenze nähert. Beide treffen gemeinsam eine folgenschwere Entscheidung: Sie beschließen, die Grenzen für die ankommenden Flüchtlinge zu öffnen, ohne zunächst auf die üblichen bürokratischen Verfahren zu bestehen. Um Panik und unschöne Bilder zu vermeiden, wolle man vorübergehend auch auf Grenzkontrollen und Registrierungen verzichten.<<

26.08.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. August 2024 (x1.391/…):
>>**Solingen-Zwischenruf von Einar Koch: Für wie blöd halten die uns eigentlich?**
Tausendmal berührt, tausendmal ist nix passiert. Und jetzt, beim 1.001 Mal soll plötzlich etwas passieren? Vergessen Sie es!
Für die etablierten Parteien war Solingen, eine Woche vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, nicht nur ein Albtraum; es war der Super-GAU, das "Worst Case-Szenario"!
Wobei man einschränkend sagen muss: Es sind ja noch ein paar Tage hin bis zu den Ost-Wahlen. Wer weiß, was bis dahin noch so alles passiert "im besten Deutschland", das es laut Steinmeier "jemals gegeben hat"?
Aber wir wollen hier nicht den Teufel an die Wand malen!
Indes: Man wird ja wohl noch fragen dürfen, ohne gleich als "Staats-Delegitimierer" in Haldenwangs Aktenreich einzugehen (sofern nicht schon eingegangen): Für wie blöd halten die eigentlich die Wähler?
Wir wollen uns hier, weil die System-Medien (wieder einmal) versagen, weil der Staatsfunk immer unerträglicher wird in seinem Relativierungs-Gelaber, einfach mal ein paar Worte auf der Zunge zergehen lassen.
"Das Thema Migration wächst uns über den Kopf", sagt Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU). Es ist ein Satz, der sich selbst kommentiert!
"Das werden wir nicht vergessen!", sagt ausgerechnet Olaf Scholz (SPD). Auch diese Worte aus dem Munde eines Mannes, der sich an so viele Dinge "nicht mehr erinnern" kann, muß man sich mal auf der Zunge zergehen lassen!
"Es reicht", sagt ausgerechnet CDU-Chef Friedrich Merz, der noch immer 200.000 Zuwanderer pro Jahr für "verkraftbar" hält
"Das muß endlich enden", schlafwandelt Ex-Impfminister Jens Spahn (CDU).
Tausendmal gehört! Tausendmal ist nix passiert!
In diesem Land ändert sich nur dann etwas, wenn sich endlich etwas bei Wahlen ändert - und zwar grundlegend!
Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. August 2024 (x1.391/…):
>>**Nach Solingen: SPD-Kühnert will weiterhin Afghanen und Syrer aufnehmen**
Nach der Messer-Terrorattacke von Solingen fragen sich viele, ob Deutschland immer mehr Afghanen und Syrer ins Land holen sollte. SPD-Generalsekretär Kühnert meint: JA! Alles andere verstoße laut Kühnert gegen das Grundgesetz.
BERLIN. SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hat sich gegen einen von CDU-Chef Friedrich Merz geforderten Aufnahmestopp von Syrern und Afghanen ausgesprochen.
Merz habe "viele Vorschläge gemacht, die gehen rechtlich nicht", sagte Kühnert dem "ARD-Morgenmagazin".
Der SPD-Politiker argumentierte mit dem individuellen Recht auf Asyl und dem Grundgesetz. Die Antwort auf Terror und Gewalt - wie am vergangenen Wochenende in Solingen, als ein 26jähriger Syrer mit einem Messer drei Menschen getötet und acht weitere schwer verletzt hatte - könne nicht sein, "daß wir unter anderem Menschen, die selber vor Islamisten fliehen, ... jetzt die Tür vor der Nase zuschlagen".
Vielmehr müsse die Radikalisierung junger Menschen früher erkannt und bekämpft werden.
Gleichzeitig betonte der Sozialdemokrat, die Bundesregierung bemühe sich um die Abschiebung von Intensivtätern. Im Fall des Solinger Terroristen Issa Al Hasan aus Syrien hätte dieser nach Bulgarien abgeschoben werden können - das südosteuropäische Land sei dazu bereit gewesen. Es liege nun an der CDU-geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, zu

erklären, wieso das nicht passiert sei.

Scholz reist nach Solingen

Al Hasan sitzt mittlerweile in Untersuchungshaft. Der Islamische Staat reklamierte die Tat für sich. Nach Informationen des Spiegels kam der Syrer Ende 2022 in die Bundesrepublik und stellte einen Asylantrag. Dieser wurde abgelehnt, weil er zuvor in Bulgarien dasselbe getan hatte. Im Juni vergangenen Jahres scheiterte eine Abschiebung nach Bulgarien.

Am Montag reiste Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach Solingen, wo er sich mit Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU) traf. CDU-Parteichef Friedrich Merz hatte kurz zuvor geschrieben, daß "nicht die Messer das Problem" seien, "sondern die Personen, die damit herumlaufen. In der Mehrzahl der Fälle sind dies Flüchtlinge, in der Mehrzahl der Taten stehen islamistische Motive dahinter".

AfD-Chefin Weidel: "Ampel und Union stehen vor den Scherben ihrer Politik der unkontrollierten Masseneinwanderung."

Die AfD-Chefin Alice Weidel erklärte unterdessen in einer aktuellen Presseerklärung zu den Ursachen und zu den notwendigen Folgen des Attentats von Solingen:

"Ampel und Union (CDU/CSU) stehen vor den Scherben ihrer Politik der unkontrollierten Masseneinwanderung.

Die von der Union ab 2015 betriebene unverantwortliche Politik der offenen Grenzen hat zu dem beispiellosen Zerfall der Inneren Sicherheit in Deutschland geführt. Die Aufnahme von illegalen Migranten war und ist von den etablierten Parteien politisch gewollt. Die fatalen politischen Weichenstellungen der Union werden von der Ampel nahtlos fortführt.

Die Union hat in Fragen der Einwanderungs- und Sicherheitspolitik jegliche Glaubwürdigkeit verspielt. Mit einer Merz-CDU, die mit den Grünen koaliert und diese desaströse Politik weiter mitträgt, wird es keine Migrationswende geben. 'Rechts blinken und links abbiegen' verfängt beim Bürger nicht mehr.

Die AfD-Fraktion fordert, den unkontrollierten Zuzug von Ausländern nach Deutschland umgehend zu unterbinden und die Zahl der Abschiebungen drastisch zu erhöhen. Die maßgeblichen Pull-Faktoren wie hohe Sozialleistungen, großzügiger Familiennachzug, vereinfachte Aufenthaltsregeln und vorschnelle Einbürgerungen müssen abgestellt werden. Wir brauchen die sofortige Migrationswende - sonst droht Deutschland der unumkehrbare zivilisatorische Abstieg."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. August 2024 (x1.391/…): >>**Alice Weidel (AfD): "Ampel und Union stehen vor den Scherben ihrer Migrationspolitik!"**

Zu den Ursachen und den Folgen des Attentats von Solingen erklärte die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, in einer aktuellen Pressemitteilung:

"Ampel und Union (CDU/CSU) stehen vor den Scherben ihrer Politik der unkontrollierten Masseneinwanderung.

Die von der Union ab 2015 betriebene unverantwortliche Politik der offenen Grenzen hat zu dem beispiellosen Zerfall der Inneren Sicherheit in Deutschland geführt. Die Aufnahme von illegalen Migranten war und ist von den etablierten Parteien politisch gewollt. Die fatalen politischen Weichenstellungen der Union werden von der Ampel nahtlos fortführt.

Die Union hat in Fragen der Einwanderungs- und Sicherheitspolitik jegliche Glaubwürdigkeit verspielt. Mit einer Merz-CDU, die mit den Grünen koaliert und diese desaströse Politik weiter mitträgt, wird es keine Migrationswende geben. 'Rechts blinken und links abbiegen' verfängt beim Bürger nicht mehr.

Die AfD-Fraktion fordert, den unkontrollierten Zuzug von Ausländern nach Deutschland umgehend zu unterbinden und die Zahl der Abschiebungen drastisch zu erhöhen. Die maßgeblichen Pull-Faktoren wie hohe Sozialleistungen, großzügiger Familiennachzug, vereinfachte Aufenthaltsregeln und vorschnelle Einbürgerungen müssen abgestellt werden. Wir brauchen

die sofortige Migrationswende - sonst droht Deutschland der unumkehrbare zivilisatorische Abstieg."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. August 2024 (x1.392/…): >>**"Klartext"? Auch dank Hendrik Wüsts grüner Asylpolitik blieb der Solingen-Attentäter in Deutschland**

Hendrik Wüst fordert "Klartext" in der Aufarbeitung der Asylhistorie des Solingen-Attentäters. Dabei waren es gerade seine lasche Politik und seine Behörden, die den IS-Terroristen davonkommen ließen, obwohl es grünes Licht für dessen Abschiebung gab.

Sebastian Thormann

"Da muß Klartext gesprochen werden, wenn da etwas schiefgelaufen ist", meint Hendrik Wüst, CDU-Ministerpräsident von NRW zu dem Anschlag von Solingen. "Die markigen Ankündigungen des Bundeskanzlers 'Abschieben im großen Stil' hören die Menschen gerne. Aber dann muß auch was passieren."

Problem nur: Seine schwarz-grüne Landesregierung ist mitverantwortlich dafür, daß so wenig bei Abschiebungen passiert. "Die CDU nimmt Abschied vom Abschieben" - das titelte die Welt im Juli 2023 zu Wüsts Wende in der Migrationspolitik seines Landes. Damals war der spätere Solingen-Attentäter Issa al Hassan gerade untergetaucht und Wüsts Regierung verabschiedete sich von der Abschiebepolitik seines Vorgängers Laschet.

Unter dem gelangen zwar bei weitem nicht alle Abschiebungen - aber man versuchte es zumindest. Ausreisepflichtige, abgelehnte Asylbewerber wurden in zentralen Einrichtungen untergebracht, fernab der Städte und Dörfer, um sie, wenn es dann so weit ist, einfacher abschieben zu können. Die Abschiebung war das Ziel - selbst wenn diese oft aus anderen logistischen oder rechtlichen Gründen scheiterte.

Unter Wüst gab man dann aber den Abschiebe-Anspruch auf - zumindest für die allermeisten Gruppen. "Priorität hat für uns die konsequente und rechtmäßige Abschiebung von Straftätern und Gefährdern", heißt es im Landes-Koalitionsvertrag. Entsprechend wurde al Hassan, nachdem er in seiner Unterkunft nicht anzutreffen war, auch nicht zur Fahndung ausgeschrieben - da er als "unauffällig galt und es ohnehin kaum ausreichend Abschiebehaftplätze gibt", wie der Spiegel berichtet.

Dezidiert gegen Abschiebehaft ist die schwarz-grüne Regierung von Wüst ebenfalls. Sie sei schließlich ein "schwerwiegenden Eingriff in den grundrechtlich geschützten Freiheitsbereich einer Person" - auch wenn die sich gar nicht im Land aufhalten darf. Statt dessen sollten Behörden "vorrangig mildere Mittel als Alternative zur Abschiebehaft" verwenden, heißt es im Koalitionsvertrag. Wie al Hassan als vermeintlich "unauffälliger" Migrant da dann schnell unter den Teppich fiel, ist nicht schwer vorzustellen.

Dabei stand in seinem Fall der Abschiebung eigentlich gar nichts mehr im Weg, selbst das EU-Ersteinreiseland Bulgarien, in das er als zurückgeschickt werden sollte, hatte grünes Licht gegeben, wie die Welt schreibt. Was fehlte, war also nur, ihn mitzunehmen - und nachdem das einmal nicht funktioniert hatte, gab es keine weiteren Versuche, keine Fahndung.

Jetzt nach dem Attentat meint Wüst: "Wir werden das Thema Migration und Flucht nicht in den Amtsstuben der Kreisausländerbehörden regeln können." Tatsächlich waren es hier aber seine NRW-Ausländerbehörden, die in dem Fall versagten. Denn man ließ al Hassan davonkommen.

Nachdem er das erste Mal nicht angetroffen wurde, habe die zuständige Ausländerbehörde "nichts weiter unternommen", berichtet die Welt. Genau das hatte auch fatale Auswirkungen auf sein Bleiberecht in Deutschland. Denn er galt noch gar nicht als offiziell untergetaucht. Diese Einstufung wäre erst erfolgt, wenn man ihn nach ein paar Tagen erneut besucht und nicht aufgefunden hätte - was aber nie geschah.

Wäre er als offiziell untergetaucht eingeordnet worden, hätte sich die Überstellungsfrist nach

Bulgarien auf 18 Monate verlängert - deutlich mehr als die sonst geltenden sechs Monate. Da das aber nicht geschah, lief die übliche Frist am 20. August 2023 aus und seitdem durfte al Hassan in Deutschland bleiben.
Und so bekam er, als er wieder auftauchte, subsidiären Schutzstatus in Deutschland und wurde später in die Asylunterkunft in Solingen verlegt. Wo der Terrorist dann diesen August das Messer zückte und für den IS drei Stadtfestbesucher massakrierte.
Wüsts Forderungen nach härterer Asylpolitik könnten vor diesem Hintergrund kaum heuchlerischer sein. Ja, auf Bundesebene ist die Migrationspolitik seit Jahren, seit fast einem Jahrzehnt - wohlgemerkt beginnend mit den CDU-Merkeljahren - eine Katastrophe. Weil man sich weigert, konsequent die Grenzen zu schützen (es sei denn, es herrscht Corona).
Aber wenn Wüst auf Landesebene im größten Bundesland der Republik eine grüne, abschiebungs-scheue Migrationspolitik umsetzt, dann macht er sich geradezu lächerlich damit, nur gegen Scholz und Faeser zu schießen, anstatt auch das eigene Handeln kritisch zu reflektieren. Seine Politik ist selbst Teil des Problems: Seine Regierung hat die Asylpolitik der Regierung Laschet - sicher keine radikale in dieser Frage - noch weiter entschärft. Aber daß durch seine eigene Politik etwas ganz gewaltig "schiefgelaufen ist", will er nicht eingestehen. Statt dessen versucht er, seine Wähler mit Ablenkungsmanövern über das eigene Versagen hinwegzutäuschen. Das ist alles andere als der versprochene "Klartext".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. August 2024 (x1.392/…):
>>**Solingen-Attentat**
Wuppertals Polizeipräsident: Ob man noch in die Öffentlichkeit geht, muß jeder "mit sich ausmachen"
Die Pressekonferenz zum Messeranschlag in Solingen brachte kaum neue Erkenntnisse. Nur Polizeipräsident Röhrl war erstaunlich ehrlich, als er sagte, "daß so etwas immer und überall passieren" könnte. Deshalb müßte jeder mit sich "ausmachen", ob er noch zu öffentlichen Veranstaltungen geht.
Henry Albrecht
...
Am Samstag, knapp 18 Stunden nach dem Messeranschlag in Solingen, gaben die Polizei Düsseldorf, die Generalstaatsanwaltschaft der Landeshauptstadt sowie der Wuppertaler Polizeipräsidenten Markus Röhrl eine Pressekonferenz, um der Öffentlichkeit den Stand der Ermittlungen zu präsentieren. Die Veranstaltung dauerte 45 Minuten, trotzdem blieben alle Fragen offen - es gab nicht mal eine offizielle Beschreibung des Täters.
Nur einer war erstaunlich ehrlich: Röhrl erklärte, daß sich die Bürger von einem Gefühl der Sicherheit verabschieden müßten. Aus solch einer "Einzeltat" in Solingen sei mit Nichten "hochzurechnen", daß "daß so etwas immer und überall passieren" könne. Daher müsse jeder mit sich "ausmachen, ob er beispielsweise zu Festivitäten geht, ob er zu Fußballspielen geht, ob er im öffentlichen Personennahverkehr unterwegs ist."
Empfehlen könne Röhrl, so ein Vorgehen zwar "überhaupt keinem", doch sich Zuhause einzusperren sei die Konsequenz, wenn man zu "all dem Nein sagen würde". Weiter erklärte der Wuppertaler Polizeipräsident: "Um so belebter unsere Straßen, unsere Städte sind", um so "sicherer" seien diese "vom Grundsatz her". Doch auch das würde "eine solche Einzeltat" nicht verhindern. Das sei laut Röhrl "völlig klar."
Was solche Taten verhindern würde, erklärten die Ermittler nicht. Statt dessen flüchtete man sich in Phrasen und versuchte so wenig wie möglich über den Stand der Ermittlungen bekannt zu geben. Am Sonntag wurden dann trotzdem einige Details über den Täter bekannt: Er sollte eigentlich bereits Anfang 2023 nach Bulgarien abgeschoben werden. Doch zu dieser Abschiebung kam es nicht, weil der Syrer Al H., der zu diesem Zeitpunkt in Paderborn wohnte, kurz vor der Abschiebung untertauchte und mehrere Monate untergetaucht blieb.

Später tauchte Al H. wieder auf und wurde nach Solingen gebracht, wo er bis zu seinem Terroranschlag in einer Flüchtlingsunterkunft lebte. Der 26-Jährige töte am Freitag auf dem "Festival der Vielfalt" in Solingen drei Menschen und verletzte weitere schwer. Bereits vor der Tat wollen Zeugen den Mann in einem Gespräch mit einem 15-jährigen Tadschiken gesehen haben wollen, dort erklärte der Täter: "Heute steche ich alle ab". Nach dem Terroranschlag reklamierte der IS den Anschlag für sich.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. August 2024 (x1.393/…): >>**Stimmung in deutscher Wirtschaft weiter eingetrübt**

Die Stimmung der Unternehmen in Deutschland befindet sich weiter im Sinkflug. Der Ifo-Geschäftsklimaindex fiel im August auf 86,6 Punkte, nach 87,0 Punkten im Juli, wie das Ifo-Institut am Montag mitteilte. Die Unternehmen beurteilten ihre aktuelle Lage schlechter. Zudem fielen die Erwartungen pessimistischer aus. Die deutsche Wirtschaft gerät zunehmend in die Krise.

Im Verarbeitenden Gewerbe hat der Index merklich nachgegeben. Die Unternehmen waren deutlich unzufriedener mit den laufenden Geschäften. Die Erwartungen fielen auf den niedrigsten Wert seit Februar. Die Unternehmen klagten erneut über rückläufige Auftragsbestände. Insbesondere die Investitionsgüterhersteller sind in einer schwierigen Lage.

Im Dienstleistungssektor hat sich das Geschäftsklima verschlechtert. Dies war insbesondere auf skeptischere Erwartungen zurückzuführen. Zudem verschlechterte sich die aktuelle Lage etwas.

Im Handel ist das Geschäftsklima nach zwei Rückgängen in Folge wieder leicht gestiegen. Grund dafür waren die etwas weniger pessimistischen Erwartungen. Mit den laufenden Geschäften zeigten sich die Händler hingegen unzufriedener.

Im Bauhauptgewerbe ist der Index unverändert geblieben. Auf der einen Seite waren die Unternehmen etwas weniger unzufrieden mit der aktuellen Lage. Auf der anderen Seite trübten sich ihre Erwartungen leicht ein.

Der Ifo-Geschäftsklimaindex gilt als wichtiger Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Er basiert auf circa 9.000 monatlichen Meldungen von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Dienstleistungssektors, des Handels sowie des Bauhauptgewerbes. Die Unternehmen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.<<

Schweiz: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 26. August 2024 (x1.395/…): >>**Skandal: WHO garantiert ihren Pharma-Spendern enorme Rendite**

Herbert Ludwig

Privatdozent Dr. med. Michael Nehls, habilitierter Molekulargenetiker mit Schwerpunkt Immunologie, ist in einem Gespräch mit der Juristin Dr. Silvia Behrendt, Expertin in der Bedeutung und Wirkung der Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO, zu schockierenden Erkenntnissen gekommen. Sie offenbaren eine kriminelle Verflechtung der die WHO wesentlich finanzierenden Pharmaindustrie mit der globalen Macht der WHO über die Definition von Pandemien und den Einsatz der Impfstoffe. Die WHO garantiert ihren Geldgebern enorme Rendite. Es geht nicht um die Gesundheit. (hl)

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO): eine lebensgefährliche Gelddruckmaschine?

von PD *Dr. Michael Nehls*

Anfang August 2024 habe ich ein Gespräch mit der Rechtswissenschaftlerin Dr. Silvia Behrendt geführt. Was ich von ihr erfahren habe, ist schockierend und erklärt nicht nur die katastrophale Gesundheitspolitik der letzten Jahre (die diesen Namen nicht verdient), sondern läßt auch zuverlässige Rückschlüsse auf das zu, was uns in den nächsten Jahren erwartet - zumindest, wenn wir als Gesellschaft nicht aus der Erfahrung lernen und eine weitere Eskalation dieser Machtübernahme durch die WHO und ihren Verbündeten zulassen.

Zu meinem Gesprächspartner: Dr. Behrendt studierte Rechtwissenschaft an der Universität St. Gallen und promovierte 2009 zum Dr. jur. mit dem Thema der Bedeutung und Wirkung der Internationalen Gesundheitsvorschriften. 2009 war sie Rechtsberaterin der WHO und ist damit eine ausgewiesene Expertin. Um deren Aktivitäten besser überwachen und gegebenenfalls juristisch intervenieren zu können, gründete sie im Jahr 2021 die Nichtregierungsorganisation (NGO) "Global Health Responsibility Agency").
Einige Hintergründe zur Einordnung: Die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) oder International Health Regulations (IHR) sind völkerrechtlich verbindliche Regelungen der WHO zur Verhütung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden Ausbreitung von Krankheiten. Sie wurden am 25. Juli 1969 in Boston unterzeichnet und traten am 1. Januar 1971 in Kraft und gehen zurück auf die Internationale Sanitätskonvention (Venedig, 1892).
Am 23. Mai 2005 wurden sie in Genf von der 58. Weltgesundheitsversammlung novelliert, und zwar im Hinblick auf die zunehmende Globalisierung und internationale Verbreitung von Infektionskrankheiten wie dem SARS (ausgelöst durch SARS-CoV-1, dem Vorläufervirus von SARS-CoV-2, Erreger, der COVID-19 auslöst).
Am 01.06.2024 einigten sich in Genf mehr als 190 an den IGV beteiligten Ländern zu weitreichenden Änderungen der IGV und haben damit die globale Einflußnahme der WHO weiter gestärkt. So "enthält das Änderungspaket Regelungen zu möglichen Empfehlungen der WHO über die Verfügbarkeit und Verteilung relevanter Gesundheitsprodukte, die Aufrechterhaltung essentieller Lieferketten sowie Reisemöglichkeiten von Gesundheitspersonal und zahlreiche weitere Änderungen, einschließlich die Möglichkeit der Anwendung von digitalen Nachweisen in Gesundheitskrisen".
Kommen wir dazu, warum dieses Interview eine derartige Sprengkraft besitzt. Lesen Sie dazu hier eine schriftliche Zusammenfassung der wichtigsten Inhalte aus dem Gespräch, zuzüglich relevanter Hintergründe:
1) Die WHO finanziert sich zu mehr als 80 Prozent aus zweckgebundenen Spenden, also Aufträgen von Pharma-Industrieländern bzw. philanthropen Stiftungen wie bspw. der Bill and Melinda Gates Foundation und muß diese Finanzierung nicht im Detail offenlegen! Wichtig: Diese Gelder sind an den vom Spender festgelegten Verwendungszweck gebunden. Das bedeutet: Nicht die WHO, sondern der Investor bestimmt, welche Maßnahmen für die Weltgesundheit im Vordergrund stehen. Will er zum Beispiel bestimmte Impfstoffe auf den Markt bringen, kann er die WHO entsprechend lenken.
2) Warum spenden reiche Menschen an die WHO? Neben fehlgeleiteter Philanthropie bietet sich angesichts der Umstände noch eine weitere naheliegende Motivation an, hohe Beträge an die private Organisation zu spenden. Die WHO selbst verweist auf diesen Grund: "Nach einer neuen Analyse, die hier veröffentlicht wird, ist die quantifizierbare Rendite von Investitionen in die WHO sehr hoch!"
Konkret verspricht die WHO als konservativste Schätzung eines zu erwartenden Minimums ("in the most conservative estimation possible") eine Investitionsrendite ("Return on Investment") von Faktor 35, wie aus einem offiziellen WHO-Dokument mit dem Titel "A Healthy Return" aus dem Jahr 2022 hervorgeht: "Die hier vorgestellte neue Analyse zeigt, daß eine Investition in die WHO für jeden investierten US-Dollar eine Rendite von 35 US-Dollar abwirft." ("According to the new analysis presented here, investing in WHO provides a return of US$ 35 for every US$ 1 invested.")

Wie kommt der hohe ROI zustande?

In A healthy return kann man nachlesen (Übersetzung): "Nach einer neuen Analyse, die hier enthalten ist, ist die quantifizierbare Rendite der Investitionen in die WHO sehr hoch. Die Kosten der WHO belaufen sich im kommenden Zehnjahreszeitraum (2022-2031) auf 33 Milliarden US-Dollar, und der durch diese Investition geschaffene öffentliche Wert dürfte sich nach

der konservativsten Schätzung zwischen 1,155 und 1,46 Billionen US-Dollar bewegen.
Die sich daraus ergebende Investitionsrendite beträgt mindestens 35 US-Dollar für jeden in die WHO investierten US-Dollar." Das könnte so zu interpretieren sein: Im Prinzip wird man als WHO-Investor zum Insider oder sogar durch zweckgebundene Spenden zum Strippenzieher. Insidergeschäfte werden dadurch ermöglicht, daß man früher als andere weiß, welche Pharmafirma in Zukunft die höchsten Umsätze macht.
Um dies in Perspektive zu setzen: Wenn Sie Geld auf Ihr Bankkonto einzahlen, bekommen Sie vielleicht eine Rendite von rund 1 Prozent. Dies entspricht einem Return on Investment 1,01 bzw. einem Faktor von 1,01. Ehrgeizige Investmentmanager versprechen manchmal 10, 20 oder sogar 50 Prozent, also Faktor 1,1, 1,2 oder sogar 1,5, wobei mit ansteigenden Renditen auch das Risiko steigt, daß man alles verliert. Nebenbei: Je nach Marktlage müssen Sie aber für die Einlage mittlerweile sogar etwas abgeben, das man nennt dann einen Negativzins.
Warum ist das so skandalös? Ein Absatz aus meinem Buch "Das indoktrinierte Gehirn" liefert die Grundlage, es zu verstehen:
Im Jahr 1860 verfaßte Thomas Joseph Dunning (1799-1873), Sekretär der Londoner Vereinigung der Buchbinder, ein Pamphlet über die Philosophie der damaligen Gewerkschaftsbewegung, in dem er ein extremes Wesensmerkmal von wirtschaftlicher Macht und Profitgier beschrieb: "Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, wie die Natur vor der Leere. Bei ausreichendem Profit wird Kapital sehr mutig.
Ein Prozentsatz von 10 Prozent sichern ihm Beschäftigung an jedem Ort; 20 Prozent erzeugen viel Eifer; 50 Prozent enorme Kühnheit; 100 Prozent machen es bereit, alle menschlichen Gesetze mit Füßen zu treten; 300 Prozent, und es gibt kein Verbrechen, vor dem es nicht zurückschreckt und kein Risiko, das es nicht eingeht, bis hin zur Gefahr, daß sein Besitzer gehängt wird. Wenn Turbulenzen und Unruhen einen Gewinn bringen, wird es diese bereitwillig fördern."
In anderen Worten, für 300 Prozent Return on Investment bzw. eine Rendite von Faktor 3 sind Menschen Dunning zufolge bereit, nahezu alles zu tun; sei es Konkurrenten auszuschalten, Kriege anzuzetteln oder - auf die heutige Zeit übertragen - Viren in die Welt zu setzen, sprich unzählige Menschen zu opfern.
Die WHO verspricht ihren zahlungskräftigen Investoren aber nicht nur einen Return-on-Investment von Faktor 3, sondern einen Faktor von mindestens 35. Das ist schlichtweg alarmierend! Wie weit ist man bereit für eine solche absurde Gewinnmarge zu gehen? Wo sind da noch die Grenzen?
3) Um ihre Ziele zu erreichen, setzt die WHO auf ihre globale Machtposition in Gesundheitsfragen: "Investitionen in die Weltgesundheitsorganisation sind von Natur aus katalytisch, d.h. die in die WHO investierten Mittel werden dazu verwendet, die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Maßnahmen im Gesundheitsbereich zu unterstützen. Dies geschieht durch die drei Schlüsselfunktionen der WHO: Führung, Entwicklung technischer Produkte und Unterstützung der Länder."
Diese Macht und die Möglichkeit, nahezu unendliche Geldsummen aus der gesamten Weltbevölkerung zu extrahieren, rekrutiert die WHO aus ihrem Konzept von "Disease X", also durch die von ihr herbei definierte Gefahr einer bisher noch nichtexistierenden Infektionskrankheit, wie uns die John-Hopkins-Universität erklärt. Der Universität zufolge gibt es das Konzept der Krankheit X mindestens seit 2018. Kurz darauf wurde COVID-19 zur ersten höchst lukrativen und machtgenerierenden "Disease X", viele weitere sollen noch folgen:
"Es ist nicht neu. Dieses Konzept hat bereits zu einigen Erfolgen geführt. BioNTech und Moderna hatten innerhalb von Stunden oder Tagen einen SARS-CoV-2-Impfstoffkandidaten zur Hand, als sie auf die MERS-Epidemie auf der arabischen Halbinsel reagierten und beispielsweise herausfanden, wie man das Spike-Protein stabilisiert, um die richtige Art von Antikör-

pern zu produzieren. (zur Info: Das Middle East Respiratory Syndrome Coronavirus (MERS-CoV) wurde im April 2012 entdeckt).
Obwohl wir nicht wußten, daß SARS-CoV-2 ein pandemischer Erreger sein würde (eine perfide Falschaussage, siehe unten), begannen wir zu glauben, daß die Coronavirus-Familie aufgrund ihrer Fähigkeit, schwere Atemwegserkrankungen zu verursachen, eine wichtige Virusfamilie war, mit der man sich beschäftigen mußte. All dies beschleunigte die Entwicklung des Impfstoffs erheblich. Je schneller ein Impfstoff, antivirale Medikamente, monoklonale Antikörper und diagnostische Tests zur Verfügung stehen, desto mehr Leben können im Falle eines durch eine Infektionskrankheit verursachten Notfalls gerettet werden."
Die Aussage "Obwohl wir nicht wußten, daß SARS-CoV-2 ein pandemischer Erreger sein würde" widerspricht der Tatsache, daß SARS-CoV-2 genau für seine pandemischen Eigenschaften im Rahmen einer "Gain-of-Funktion-Forschung" in Wuhan gentechnisch hergestellt wurde.
"Gain-of-Function" ist der gängige Begriff der Biowaffen-Forschung und beschreibt das Einfügen neuer humangefährlicher Eigenschaften in ein Pathogen, wie z.B. die Einführung der von Moderna patentierten Furin-Spaltstelle in das Spike-Erbgut eines Corona-Virus, aus dem SARS-CoV-2 hervorging. Hierzu eine Textpassage aus "Das indoktrinierte Gehirn":
"SARS-CoV-2 ist somit das einzige Coronavirus, dessen Erbgut 12 einzigartige Buchstaben (genauer: Nukleotide in einzigartiger Kombination) trägt (die für eine Furin-Spaltstelle kodieren) und es dem Spike-Protein ermöglichen, durch das Enzym Furin aktiviert zu werden, wodurch es sich leicht zwischen menschlichen Zellen ausbreiten kann", schreibt ChinaDaily (siehe hier).
Pikanterweise sind diese 12 Buchstaben in einer ebenfalls einzigartigen Sequenz von 19 Buchstaben eingebettet, wie sie ansonsten nur in einem Patent gefunden wurden, das dem Spike-Impfstoffhersteller Moderna im Jahr 2017, also zwei Jahre vor den ersten COVID-19-Fällen, erteilt worden war.
"Die genetische Sequenz wurde in der Furin-Spaltstelle (FCS) von SARS-CoV-2 (dem Coronavirus) entdeckt, dem Teil, der es bei der Infektion von Menschen sehr effizient macht und der es von anderen Coronaviren unterscheidet", erklärt das internationale Forscherteam, das diese erstaunliche Entdeckung machte, und es ergänzt: "Konventionelle biostatistische Analysen zeigen, daß die Wahrscheinlichkeit, daß diese Sequenz zufällig in einem 30.000-Nukleotide-Virusgenom vorhanden ist, 3,21 ×10-11 beträgt."
In anderen Worten, eine Wahrscheinlichkeit von eins zu drei Billionen (1.000 Milliarden) macht es so gut wie undenkbar, daß diese einzigartige Sequenz zufällig bzw. auf natürlichem Weg in SARS-CoV-2 gelang. Es lohnt sich, sich diese Informationen noch einmal vor dem Hintergrund des offiziellen Narrativs vor Augen zu führen:
Die außergewöhnlich hohe Infektiosität, die das Event 201 (siehe hier) für eine denkbare und unmittelbar bevorstehende nächste Pandemie, die ihren Ursprung in China nehmen sollte, voraussetzte, erlangte SARS-CoV-2 also erst dadurch, daß es diese äußerst unwahrscheinliche, angeblich natürliche Mutation im Erbgut mit sich bringt, die eine Furin-Spaltstelle hervorbringt - deren exakte Nukleotid-Kodierung im Erbgut entgegen jeder plausiblen Wahrscheinlichkeit sich ein Impfstoffhersteller (Moderna im Jahre 2016) gegen SARS-CoV-2 patentieren ließ, von dem vor 2020 kaum jemand etwas gehört hatte.
SARS-CoV-2 ist eine Biowaffe und die sogenannte S1-Untereinheit, die bei der gefährlichen Furin-Spaltung freigesetzt wird, die eigentliche Kugel, die sie auf unseren Organismus abfeuert.
Eine erschreckende Erklärung, warum man diese Spaltstelle im Spike-Erbgut bei der Herstellung der mRNA, die als Impfstoff getarnt weltweit injiziert wurde, nicht entschärfte (was sehr leicht gewesen wäre) erkläre ich detailliert in meinem Buch "Das indoktrinierte Gehirn".

Jedenfalls wußte man im Rahmen des "Disease X" Programms sehr genau, auf welches Virus man sich vorzubereiten hatte. Nur deshalb waren, wie wir nun von der John-Hopkins-Universität wissen (siehe oben), die schnell verfügbaren mRNA-Injektionen gegen COVID-19 bzw. SARS-CoV-2 das Resultat (und der erste globale Feldversuch) dieser "Disease X-Liste" und Initiative. Wie wir ebenfalls wissen, ist der Erreger der international verbotenen Biowaffen-Forschung zum Trotz in einem Labor in Wuhan entstanden. Hierzu ein weiterer Absatz aus meinem Buch "Das indoktrinierte Gehirn" in Bezug auf "Event 201", wo alle Akteure bzw. Profiteure kurz vor COVID-19-ähnlichen Coronavirus-Ausbruch simulierten:
Nur wenige Wochen später wurde in Wuhan mit SARS-CoV-2 ein neues Coronavirus entdeckt, das der Beschreibung des Planspiel-Virus "überraschenderweise" verblüffend ähnelte: Es wird ebenfalls von Fledermäusen auf den Menschen übertragen und stammt aus der Familie der SARS-Viren. Eine beeindruckende prophetische Meisterleistung der Organisatoren von Event 201, aus den unzähligen humanpathogenen Viren ausgerechnet jenes für eine Pandemiesimulation auszuwählen, das wenig später tatsächlich einen beeindruckenden Nachfolger bekommen sollte!
Man kann aber davon ausgehen, daß die Veranstalter und auch die Teilnehmer des Event 201 die Parallelen zwischen SARS-CoV-2, wie es in der Berichterstattung auftauchte, und dem SARS-Virus aus der Simulation sehr wohl erkannt haben müssen. Da die Event-201-Simulation so schnell und so genau Realität wurde, sah sich das Johns-Hopkins-Center for Health Security bereits im Januar 2020 veranlasst, eine Stellungnahme zu diesem überraschenden Zufall abzugeben.
Darin heißt es unter anderem: "Unsere Tabletop-Übung umfaßte zwar ein fiktives neuartiges Coronavirus, aber die Inputs, die wir für die Modellierung der potentiellen Auswirkungen dieses fiktiven Virus verwendet haben, sind mit SARS-CoV-2 nicht vergleichbar." Die Rechtfertigung des Veranstalters erscheint heute noch unglaubwürdiger als zum Zeitpunkt der Veröffentlichung, da inzwischen eindeutig nachgewiesen ist, daß SARS-CoV-2 in Wuhan mit molekulargenetischen Methoden geklont und (versehentlich oder gar absichtlich?) freigesetzt wurde (dazu später mehr in Kapitel 4).
Unter dem Begriff "Disease X" versteht man eine Vielzahl von Krankheitserregern, die noch nicht beim Menschen vorkommen, die aber nach genetischer Veränderung zu Erkrankungen führen können und damit laut JHU-Bericht "das Potential haben, eine Pandemie auszulösen ...". Grundsätzlich gibt es hier zwei Gefahren bzw. Optionen ihrer Entstehung, eine natürliche und eine künstliche:
Option 1) Es ist möglich, daß sich bereits in der Natur vorkommende Krankheitserreger zufällig so verändern, daß sie humanpathogen werden. Da die meisten dieser als potentiell gefährlich eingestuften Mikroorganismen bereits seit Jahrmillionen existieren und es bisher offensichtlich nicht geschafft haben, humanpathogen zu werden, ist eine plötzliche Gefährdung durch diesen natürlichen Prozeß sehr unwahrscheinlich. Zudem würde es sich bei dieser Entwicklung um völlig unvorhersehbare Variationen handeln, die mit vorproduzierten Impfstoffen nicht abzudecken wären. Für ein funktionierendes "Disease X-Konzept" ist daher die folgende Option 2 erforderlich.
Option 2): Die bisher noch nicht humanpathogenen Mikroorganismen werden gezielt bzw. künstlich verändert. Durch eine künstliche funktionserweiternde Veränderung (sprich "Gain-of-Function") werden sie für den Menschen ansteckend und krankheitserregend. Dies ist ein von Menschen kontrollierter Prozeß der Entstehung, der tatsächlich eine Impfstoffvorproduktion ermöglicht. Es bedarf dann nur noch eines Laborunfalls oder einer absichtlichen Freisetzung, wodurch das neugeschaffen humanpathogene Virus sich selbstständig ausbreitet, wie es bei SARS-CoV-2 der Fall war.
Frau Dr. Behrendt hebt im Interview die Konsequenzen dieser von der WHO und ihren Ver-

bündeten (Investoren und Stakeholder) ständig erweiterten Liste von sogenannten priorisierten Erregern ("priority pathogens") hervor, die es seit 2015 bereits gibt: "Sie forschen nur an diesen vordefinierten gefährlichen Prioritätspathogenen und Virenfamilien - und dadurch ist dann auch alles fertig, Diagnostika und Impfstoffe gemeinsam. Dazu haben "CEPI (Coalition for Epidemic Preparedness Innovations, eine globale Partnerschaft zur Beschleunigung der Entwicklung von Impfstoffen und anderen Innovationen) und die WHO ein Memorandum of Understanding, daß nur gemäß der WHO-Liste global geforscht wird …".
Verdeutlichen Sie sich die Tragweite dessen, was das bedeutet: Damit bestimmt die WHO, mit welchen Infektionskrankheiten in Zukunft nicht nur krankheitspolitisch, sondern auch finanztechnisch zu rechnen ist (wodurch das von ihr versprochen hohe Return-of-Investment garantiert werden kann). Hier sehen wir ein Motiv, die institutionelle Macht der WHO zu mißbrauchen, wir sehen die Mittel, den Prozeß zu manipulieren und allerhand Gelegenheit zur Realisierung krimineller Absichten - aber wir sehen vor allem, daß es auch einen gewissen Druck gibt, das Pandemiegeschehen zu beeinflussen, weil man sich den existenznotwendigen Investoren gegenüber bereits auf extreme Profitmargen festgelegt hat!
Die WHO kann auf diese Weise für eine Welt der Permapandemien sorgen, wie es das Weltwirtschaftsforum, ein weiterer äußerst einflußreicher Teilnehmer an diesem globalen Profit- und Machtspiel auf Kosten der Gesundheit der Weltbevölkerung, in seinem Jahresbericht 2023 über globale Risiken nennt. Wie gefährlich diese inszenierten Pandemien und vor allem die lukrativen "Impfprogramme" sind, wissen wir seit COVID-19.
So hat eine großangelegte Studie Daten aus 29 Ländern mit hoher Durchimpfungsrate, die 14,7 % (1,19 Mrd.) der Weltbevölkerung umfassen, untersucht und folgende schockierende Entdeckung gemacht: "Nach unserem Modell ist die durch die COVID-Impfung verursachte durchschnittliche Übersterblichkeit im Zeitraum (Dezember) 2020 bis (Februar) 2024 höher, etwa 1,7-mal höher als die der COVID-Pandemie selbst. Und der aktuelle Effekt ist mehr als dreimal (genau 3,4-mal) so hoch wie der Effekt der COVID-Todesfälle."
Dabei wäre die Sterblichkeit durch eine SARS-CoV-2-Infektion laut einer Metastudie theoretisch gleich Null, wenn man nur ausreichend Vitamin D supplementieren würde, was die mRNA-Injektionen rein rechnerisch im Vergleich sogar unendlich viel gefährlicher macht. Doch gegen eine natürliche Präventionsstrategie lief von Beginn an eine globale Propagandakampagne; es gehen einem die Augen auf, wenn man bedenkt, daß eine niedrige Sterblichkeitsrate schließlich den Profitversprechen der WHO zuwiderlaufen würden.
So wurde die Welt im Jahr 2020 in Geiselhaft genommen, aus der sich jeder Einzelne nur befreien konnte, wenn er bereit war, sich einem gentechnischen Experiment zu unterziehen. Das darf nie wieder passieren!

FAZIT

Schon seit vielen Jahren, aber in noch größerem Maße seit der Novellierung der internationalen Gesundheitsvorschriften im Juni 2024, ist die WHO ein Gesundheitsrisiko für die Weltbevölkerung ...

1. aufgrund ihres obszönen Gewinnversprechens für ihre Investoren (mindestens 35-faches Return on Investment), denen allein sie bar jeder externen Kontrolle verpflichtet ist …
2. basierend auf ihrer Weltmachtstellung, zukünftige pathogene Viren und andere Krankheitserreger vorzudefinieren (Disease X) …
3. und die Entwicklung (Gain of Function) der Erreger damit erst zu beauftragen (offiziell für den Fall, daß sich die identifizierten Erreger tatsächlich "zufällig" auf natürliche Weise so entwickeln) …
4. um auf dieser Grundlage (höchst risikoreiche) Impfstoffe vorbereiten zu lassen, …
5. und da sie einen Public Health Emergencies of International Concern (PHEIC) nach den IGV nach Alleinentscheidung durch den Generaldirektor ausrufen kann und die Pandemiede-

finition für die Entwicklung eines Impfstoffes absolut unrelevant ist (seit 2009 muß dafür kein schweres Erkrankungsrisiko vorliegen) …
6. da sie diese Substanzen per Notfallzulassung (Emergency Use Listing Procedure) noch vor hinreichenden Verträglichkeits- und Wirksamkeitstexts zur Verwendung freigeben kann, sowie Maßnahmen und zu verabreichende Präparate/Diagnostika empfehlen kann (und damit entscheiden kann, welche Unternehmen die entsprechend astronomischen Gewinne durch den globalen Vertrieb einfahren können), …
7. und selbst festlegt, wer und auf welche Weise jemand in einem solchen Fall auf was genau untersucht wird und somit definiert, wer wann als krank gilt und wer als potentiell infektiös eingestuft werden sollte (ohne es notwendigerweise tatsächlich zu sein, wie mit dem für eine solche Diagnose ungeeigneten PCR-Verfahren bei COVID-19 geschehen),
8. und auf diese Weise noch mehr Investoren anzieht, die sich dieser Mechanik zur Gewinnsteigerung bedienen wollen.
Dies macht die WHO zu einer für die Weltbevölkerung lebensbedrohlichen und für ihre Investoren zu einer höchst gewinnbringenden Gelddruckmaschine.
Das letzte Wort hat Frau Dr. Behrendt:
"Und ja, der Covid-Impfstoff beruhte auf MERS, zu dem gab es ja schon viel bspw. auch hier, da wurde dann nur eine neue Sequenz eingefügt (die Furin-Spaltstelle, die aus der Biowaffe die Kugel, sprich die S1-Untereinheit abfeuert) sozusagen, dann war alles schon fertig - das gesamte Programm R&D (Forschung und Entwicklung) Blueprint der WHO ist die eigentliche Pandemiemaschine, die sofort verboten gehört!
Vom Himmel fällt jedenfalls keine Pandemie und auch kein Impfstoff! Jede zukünftige Pandemie könnte eine Gain of function (sprich eine weitere Biowaffe, Einfügung von M. Nehls) sein …"<<
Frankreich: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. August 2024 (x1.393/…): >>**Pavel Durow Verhaftung - Analyse der Hintergründe**
Analyse der komplexen Hintergründe der Verhaftung von Telegram-Chef Pavel Durow in Paris. Stecken Geheimdienste dahinter? Erpressung, um an Userdaten zu kommen? Kann sein Laptop / Smartphone gehackt werden? Was jetzt tun, wenn man bei Telegram ist?
Tucker Carlson: "Über die einst freie Welt breitet sich zunehmend Dunkelheit aus. Ein westliches Land, ein enger Verbündeter der Biden-Administration und eifriger NATO-Anhänger, hat Durow inhaftiert. Pawel Durow sitzt nun in einem französischen Gefängnis - ein lebendes Warnzeichen für jeden Plattformbesitzer, der sich weigert, die Wahrheit auf Befehl von Regierungen und Geheimdiensten zu zensieren."
Die Festnahme Durows wirft viele Fragen auf. Warum geschieht dies ausgerechnet in einem Land, das sich selbst als "blühender Garten" der Demokratie und Freiheit bezeichnet? Ist Frankreich tatsächlich näher am Totalitarismus, als wir bisher dachten? Sind die Vereinigten Arabischen Emirate, deren Staatsbürger Durow auch ist, in Wirklichkeit liberaler als die meisten europäischen Länder?
CNN berichtet, daß Durow über einen bestehenden Haftbefehl informiert war, trotzdem aber weiterhin unregelmäßig nach Frankreich und in andere europäische Länder reiste. Andere Quellen behaupten, der Haftbefehl sei buchstäblich nur wenige Minuten vor dem Einsteigen ins Flugzeug erlassen worden. Was stimmt nun wirklich?
Der französische Sender TF1 meldet, daß das Gericht Durow der Beihilfe zu Drogenhandel und Straftaten im Zusammenhang mit Pädophilie und Betrug verdächtigt, da Telegram als Plattform angeblich unzureichend moderiert wird und Werkzeuge wie Wegwerfnummern und Kryptowährungen zur Verfügung stellt. Aber könnte man nicht genauso gut den Vorsitzenden der US-Notenbank verhaften, da der Dollar das Hauptmittel beim Handel mit Drogen und Waffen ist?<<

27.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 27. August 2024 (x1.390/…): >>**"Gipfeltreffen" zur Migration? Die CDU ist der Gipfel der Heuchelei!**

Diesen heuchlerischen "Gipfel" kann Herr Merz sich sparen! Nach dem dreifachen Messer-Mord durch einen 26-jährigen Syrer will CDU-Chef Merz sich am heutigen Dienstag mit Bundeskanzler Scholz treffen, um über die Migrationspolitik zu sprechen. Wieder soll den Bürgern Sand in die Augen gestreut werden, weil wichtige Landtagswahlen bevorstehen.

Seit Jahren sieht die CDU tatenlos dabei zu, wie unser Land vor Messerstechern kapituliert und schrittweise an kriminelle Migranten übergeben wird. Ausgerechnet diese Partei will nun konsequentes Handeln simulieren? Es wäre zum Lachen, wenn es angesichts der Blutspur dieser CDU-Politik nicht so entsetzlich und bitter wäre.

Ein Blick auf die Zahlen und Fakten zeigt, daß die CDU in Wahrheit keinerlei Interesse hat, mehr kriminelle oder illegale Einwanderer abzuschieben. In Nordrhein-Westfalen, wo der islamistische Anschlag von Solingen stattfand, regiert mit Hendrik Wüst ein CDU-Ministerpräsident und mit Herbert Reul ein CDU-Innenminister. Und wie sehen dort die Abschiebezahlen aus? Sie sind drastisch gesunken - von 6.603 Abschiebungen im Jahr 2018 auf lächerliche 3.663 Abschiebungen im vergangenen Jahr - bei rund 60.000 Ausreisepflichtigen (Stand: Oktober 2023).

In Brandenburg regiert ebenfalls ein CDU-Innenminister. Dort gab es im Jahr 2022 bei mehr als 10.000 Ausreisepflichtigen lediglich 172 Abschiebungen (unter vier Prozent). In Sachsen wurden unter CDU-Ministerpräsident Kretschmer im vergangenen Jahr ebenfalls nur 841 Personen abgeschoben - bei 13.090 vollziehbar Ausreisepflichtigen zum Jahresende.

In Thüringen hat die CDU den linken Ministerpräsidenten Ramelow zur Macht verholfen - unter dessen Führung gab es im vergangenen Jahr nur 308 Abschiebungen bei 4756 Ausreisepflichtigen. In Berlin wurde mit einem CDU-Oberbürgermeister ein Abschiebestopp für illegale Migranten durchgesetzt. Das ist die Politik der CDU, die jetzt wieder mit ihrem unsäglichen Propaganda-Bombardement versucht, ihre wahre Migrationspolitik zu vertuschen. Wir brauchen keine "Gipfel" und wir brauchen die CDU-Heuchelei genauso wenig wie die Ampel. Wir brauchen eine Migrationswende mit der AfD!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. August 2024 (x1.391/…): >>**Fette Pensionen für die Ampel-Versager!**

Viele Menschen in Deutschland fragen sich: Warum hält die FDP überhaupt noch an der Chaos-Ampel fest?

Die Antwort ist denkbar einfach: Sollten die vier FDP-Minister die Regierung vorzeitig verlassen, ohne daß es zu Neuwahlen käme, hätte keiner von ihnen einen Pensionsanspruch! Nämlich dann nicht, wenn Olaf Scholz (SPD) nach dem absehbaren Ampel-Desaster bei den Ost-Wahlen mit einer "rot-grünen" Minderheitsregierung weiterregieren würde.

Anders würde die Sache bei vorzeitigen Neuwahlen in Verbindung mit einer gescheiterten Vertrauensfrage des Kanzlers aussehen:

- Dann hätten ALLE Ampel-Minister ihre Pensions-Schäfchen im Trockenen, also auch die FDP-Minister. Dies, obwohl die Bedingung einer Mindestamtszeit von grundsätzlich vier Jahren entsprechend einer Legislaturperiode nicht erfüllt wäre!
- Bei Neuwahlen würde nämlich eine Ausnahme im Ministergesetz greifen. Diese sieht vor: Wenn der Kanzler zurücktritt oder der Bundestag aufgelöst wird und es in der Folge zu Neuwahlen kommt, gilt eine ununterbrochene Zugehörigkeit zur Bundesregierung von mehr als zwei Jahren "als Amtszeit von vier Jahren".

Der Kanzler und sein Kabinett hätten dann einen Pensionsanspruch auf 27,74 Prozent des Amtsgehaltes. Das wären bei Olaf Scholz etwa 6.100 Euro im Monat (ohne Ansprüche als

Finanzminister unter Angela Merkel und aus seiner Zeit als Hamburger Bürgermeister). Für die anderen Totalversager wären es knapp 5.000 Euro im Monat. Ein Arbeitnehmer mit rund 4.000 Euro Monatseinkommen müßte für eine Rente in dieser Höhe rund 120 Jahre arbeiten!

Renten-Paradies Politik - wer bekommt eigentlich was im Alter?

Kein Bundesland in Deutschland ist so spendabel bei den Ruhegehältern für seine Regierenden wie Sachsen, wo am 1. September gewählt wird. Ab dem 63. Lebensjahr stehen Ex-Regierungsmitgliedern mindestens 43 Prozent ihrer Amtsbezüge zu. Bei Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) wären das rund 8.000 Euro monatlich.

Darüber kann die frühere Masseneinwanderungskanzlerin Angela Merkel (CDU) nur lachen! Nach einer Berechnung des Bundes der Steuerzahler kassiert sie Altersbezüge von rund 15.000 Euro monatlich - also 180.000 Euro im Jahr!

"Spitzenrentner" wäre bzw. sind das amtierende Staatsoberhaupt sowie die noch lebenden früheren Bundespräsidenten. Frank-Walter Steinmeier, Horst Köhler, Christian Wulff und Joachim Gauck steht ein sogenannter lebenslanger "Ehrensold" in Höhe der vollen Amtsbezüge zu. Aktuell wären das beim früheren Linksextremisten Steinmeier rund 240.000 Euro im Jahr.

So gesehen ist nachvollziehbar, weshalb der woke Salbaderer Steinmeier Deutschland für das "beste Deutschland" hält, das es "jemals gegeben hat".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. August 2024 (x1.391/…): >>**Mein 12-Punkte-Sofortplan nach Solingen!**

Vier Tage nach Solingen treffen sich heute Olaf Scholz (SPD) und Friedrich Merz (CDU) zum "Krisengipfel". Reine, panische Symbolpolitik wenige Tage vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen! Für DK-Gastkolumnist Einar Koch ist schon jetzt klar, was bei dem Treffen im Kanzleramt herauskommen wird: wenig bis nichts! Der "Ex-Bild-Politikchef" hat den Berliner Asyl-Versagern einen 12-Punkte-Plan aufgeschrieben, den sie SOFORT umsetzen könnten, wenn sie nur wollten.

VON *EINAR KOCH**

Machen, nicht schwafeln!

Was haben ein VW-Käfer und Altparteien-Politiker gemeinsam? Der eine läuft und läuft und läuft! Die anderen reden und reden und reden! Sie schwafeln über absurde Messer-Verbote und Klingenlängen; sie schwafeln über mehr Abschiebungen, die sie mit der Einführung eines Pflichtanwaltes für Schein-Asylanten auf Steuerzahlerkosten gerade erst verhindert haben; sie schwafeln über eine gutmenschlich verbrämte "Vielfalt" - ein ideologischer Kampfbegriff, ohne den Deutschland viel Leid erspart geblieben wäre.

Hier mein 12-Punkte-Programm für sofortige und vor allem effektive Maßnahmen:

- Einreisestopp für Sozialmigranten binnen 24 Stunden, Zurückweisung, notfalls "Pushbacks", noch an der Grenze!
- Unbefristete Aussetzung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts, das wie ein Super-Magnet noch mehr Migranten aus aller Herren Länder anzieht!
- Abschaffung ALLER Bargeld-Auszahlungen für Sozial-Migranten, und zwar von heute auf morgen! Einführung ausschließlich eines erheblich minimierten Sachleistungsprinzips zur Deckung des Allernötigsten.
- Rücknahme des von den "Grünen" durchgesetzten sogenannten Rückführungsverbesserungsgesetzes, das mit der Einführung eines von uns Steuerzahlern entlohnten Pflichtanwalts nichts anderes ist als ein Rückführungsverschlechterungsgesetz!
- Keine Vorankündigungen mehr von Abschiebungen - sondern machen und mit der sprichwörtlichen deutschen Gründlichkeit durchführen! (Man faßt sich an den Kopf, daß teilweise Abschiebungen schon abgebrochen werden, weil Ausreisepflichtige passiven oder aktiven Widerstand leisten).
- Schneller Zubau von Abschiebegefängnissen (bisher lächerliche 14)!

- Kostengünstige Remigrations-Sammeltransporte etwa mit Truppentransportern der Bundeswehr!
- Zäune, Bewegungsmelder, Scheinwerfer, Bundespolizei entlang der grünen Grenze mit Polen, Tschechien und Österreich - zur Unterstützung notfalls Reservisten der Bundeswehr im Grenzschutz heranziehen! (Auch wenn man als Hausbesitzer ein gutes Verhältnis zum Nachbarn hat, schützt jeder sein Grundstück mit einem Zaun oder einer Mauer).
- Ersatzlose Streichung der Entwicklungshilfe für alle Länder, die sich weigern, ihre Staatsbürger zurückzunehmen!
- Einführung eines neu zu schaffenden Remigrations-Ministeriums bei gleichzeitiger Abschaffung des Entwicklungshilfeministeriums! (Dessen Aufgabenbereich kann dem Auswärtigen Amt zugeschlagen werden).
- Sofortiger Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft bei sogenannten Doppelstaatlern, die islamistische Gruppierungen, den "Islamischen Staat" (IS) oder die Terror-Organisation Hamas unterstützen.
- Sofortige Ächtung der linksgrün-woken "Vielfalts-Diskussion"! "Vielfalt" ist nichts anderes als ein ideologischer Kampfbegriff, der "viel" vermeidbares Leid über Deutschland gebracht hat!

"Wo eine Wille ist, ist auch ein Weg" (Albert Einstein).

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. August 2024 (x1.392/…):

>>**ÖRR-Experte: Anschlag in Solingen war ein "Einzelfall"**

Matthias Quent

Rechtsextremismusforscher Mathias Quent erklärte im Gespräch mit Phoenix, der Solinger Anschlag sei "schlimm", aber "ein Einzelfall". Statt "härteren Strafen und Regulationen, die auch Unschuldige treffen", brauche es "Toleranz".

Von *Redaktion*

...

In einem Gespräch mit Phoenix erklärte der Rechtsextremismusforscher Mathias Quent, den Anschlag von Solingen zu einem Einzelfall. Der Anschlag sei "schlimm" gewesen, aber "ja, er ist ein Einzelfall", so Quent. Einen Anschlag könne man "nicht s nicht zu 100 Prozent verhindern". Aus der Geschichte habe man gelernt, daß es jetzt nach "kühlen Köpfen verlangt und nicht nach emotionalen Überreaktionen".

Weiter erklärte Quent, daß "überall dort, wo pauschalisiert wird, wo überzogen wird, wo gesagt wird, das stünde jetzt repräsentativ für die Migrationspolitik", bereits eine "Instrumentalisierung" stattfinden würde. Dieses würde besonders den "Radikalisierungs-Unternehmer(n) von rechts" helfen. Man müsse dafür sorgen, daß es jetzt nicht zu einem "Überbietungswettbewerb im politischen Raum" kommen würde.

Denn man könne nicht immer wieder mit "härteren Strafen und Regulationen, die auch Unschuldige treffen, versuchen, terroristische Einzelfälle zu verhindern". Statt dessen brauche es "gesellschaftliche Toleranz" und "Solidarität" und einen "Umgang miteinander, der diese Eskalationsspirale zwischen den unterschiedlichen Extremisten, mit dem gleichen Ziel, abschwächt".

Quent war Gründungsdirektor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena, das Teil der Amadeu Antonio Stiftung ist. Des Weiteren war er vor seiner Ernennung zum Direktor des IDZ Mitarbeiter der Linkspartei. Quent war Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro der Thüringischen Landtagsabgeordneten Katharina König-Preus. Seine Berufung zum Institutsleiter war nicht unumstritten, da seine ehemalige Chefin bereits vor Institutsgründung ver-

lauten ließ, daß Quent dessen Direktor wird - er blieb der einzige Bewerber.
Die Gründung des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) im Jahr 2016 in Thüringen war von Beginn an von Kontroversen begleitet. Insbesondere die Parteien CDU und AfD äußerten scharfe Kritik an der Art und Weise, wie die Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung ohne öffentliche Ausschreibung als Träger der staatlich geförderten Einrichtung bestimmt wurde. Diese Entscheidung stieß auf erheblichen Widerstand, da aus Sicht der Kritiker ein transparentes Verfahren umgangen wurde. Die Kritik erreichte ihren Höhepunkt, als die Staatsanwaltschaft Erfurt nach einer anonymen Anzeige Untersuchungen wegen des Verdachts auf Untreue einleitete.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. August 2024 (x1.392/…):
>>**Nach Strafe**
Söder als "größter Trottel" bezeichnet: Neuer Strafantrag gegen österreichischen Politkommentator Gerald Grosz
Bayerns Ministerpräsident Markus Söder geht erneut juristisch gegen den österreichischen Politikkommentator Gerald Grosz vor. Grund ist eine Äußerung in einer TV-Sendung, in der Grosz Söder als "größten Trottel" bezeichnete.
Christopher Martens
...
Die Staatskanzlei von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat einen weiteren Strafantrag gegen den früheren österreichischen FPÖ-Politiker und Kolumnisten Gerald Grosz eingereicht. Die Generalstaatsanwaltschaft München führt das Ermittlungsverfahren - diesmal wegen einer Äußerung in einer TV-Sendung auf OE24.tv vom 19. September 2023. Dort sagte er: "Ich lege noch einmal 36.000 Euro drauf und sage noch einmal, daß es der größte Trottel ist, der mir je in meinem ganzen Leben begegnet ist." In der Sendung hatte Grosz Söders Migrationspolitik als verlogen bezeichnet.
Es ist nicht der erste Vorfall dieser Art. Bereits Anfang 2023 hatte Grosz beim politischen Aschermittwoch der AfD in Niederbayern Söder als "Södolf" bezeichnet. Das Amtsgericht Deggendorf verurteilte ihn daraufhin zu einer Geldstrafe von knapp 15.000 Euro. Zuvor hatte er gegen einen Strafbefehl von über 36.000 Euro Berufung eingelegt. Auch gegen das Urteil des Amtsgerichts legte Grosz Berufung ein. Ein Verhandlungstermin steht noch aus.
Bemerkenswert ist das Timing des Strafantrags. Er erfolgte kurz nach der Bekanntgabe von Grosz' geplantem Auftritt beim politischen Frühschoppen auf dem Gillamoos-Volksfest. Grosz wittert darin einen Versuch, ihn mundtot zu machen, und spricht von "vorauseilendem Gehorsam" und möglicher "unerlaubter Einflußnahme auf die Justiz".
Am Montag wird Grosz beim politischen Frühschoppen auf dem Gillamoos-Volksfest in Niederbayern als Gast der AfD auftreten - nur wenige Meter vom Festzelt der CSU entfernt. "Es ist bemerkenswert, daß ein deutscher Politiker ein österreichisches TV-Politformat zu zensieren versucht und damit direkt in die journalistische Freiheit und freie Meinungsäußerung einer Politdiskussion eingreift", so Grosz in einer Stellungnahme.
Gegenüber Apollo News kündigt Grosz an: "Wir überlegen, Markus Söder wegen falscher Beschuldigung anzuzeigen." Er beruft sich dabei auf eine Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) aus dem Jahr 1997.
Das Urteil bezog sich ebenfalls auf einen Fall in Österreich: Gerhard Oberschlick, Herausgeber der Zeitschrift "Forum", hatte den damaligen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider in einem Kommentar mehrfach als "Trottel" bezeichnet. Zwei Instanzen hatten Oberschlick zuvor strafrechtlich verurteilt. In dem Urteil des EGMR heißt es: Die Verurteilung eines Journalisten wegen Beleidigung, weil er einen Politiker (hier den Vorsitzenden der Freiheitlichen Partei Österreichs, Herrn Haider) einen Trottel genannt hat, ist ein Eingriff in die Meinungsfreiheit (Art. 10 EMRK).

Grosz argumentiert nun, daß entweder die bayerische Staatskanzlei dieses EGMR-Urteil nicht kennt oder absichtlich ignoriert. In beiden Fällen, so Grosz, würde dies kein gutes Licht auf die Staatsanwaltschaft werfen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. August 2024 (x1.392/…):

>>**BMWK-Papier**

Habecks bizarrer Plan: Die Industrie produziert nur noch, wenn der Wind weht

Die Industrie soll ihre Produktion an das unsichere und variable Energieangebot aus Solar- und Windkraft anpassen. Das geht aus einem jetzt beschlossenen Strategiepapier von Robert Habeck zum "Strommarktdesign der Zukunft" hervor.

Zan Blagojević

...

Robert Habeck plant die "Flexibilisierung der Nachfrage" - das planwirtschaftliche Konstrukt der Preispolitik und Steuerung von Konsumenten wird nun Realität

Abseits des medialen Rampenlichts hat die Ampelregierung während der politischen Sommerpause ein hochbrisantes Strategiepapier beschlossen. Es trägt den Namen "Strommarktdesign der Zukunft" und stammt direkt aus dem Wirtschaftsministerium. Robert Habeck könnte damit den größten Infrastrukturumbau der jüngeren Geschichte vorantreiben - unterstützt von seinem Koalitionspartner Christian Lindner und Bundeskanzler Olaf Scholz. Denn das Strategiepapier ist Teil der sogenannten "Wachstumsinitative" der Bundesregierung und könnte ab Mitte September bereits auf den Weg gebracht werden. Der deutsche Strommarkt soll buchstäblich auf den Kopf gestellt werden.

Bislang war der deutsche Strommarkt von "relativ inflexibler Nachfrage" geprägt, heißt es in dem Papier aus dem Wirtschaftsministerium. Großabnehmer, meist Industriekonzerne, haben seit Beginn der 2000er Jahre einen Rabatt von durchschnittlich 80 Prozent beim Netzentgelt erhalten - das sogenannte "Bandlast-Privileg".

Diese stetige Stromabnahme zu niedrigen Preisen und in großen Mengen über das Jahr hinweg sowie die damit einhergehende Planungssicherheit in der Industrieproduktion gehörten zu den Schlüsselfaktoren für das deutsche Wirtschaftswachstum. Jetzt will Robert Habeck in ein System übergehen, "in dem die günstige und variable Stromerzeugung aus Wind und PV zur zentralen Säule und zum Volumenbringer im dekarbonisierten Stromsystem werden".

Habeck-Plan soll die Verbraucher steuern

Dabei hat die Ampelregierung in ihrer bisherigen Amtszeit doch vor allem eines gemacht: Sie hat die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt von einem sicheren und günstigen Energieangebot abgekoppelt - und statt dessen variable und nur vermeintlich grüne und erneuerbare Energiequellen forciert. Die logische Konsequenz ist, daß die Energienachfrage sich anpassen muß - der Stromverbrauch. "Die Optionen gliedern sich entlang der vier zentralen Handlungsfelder" - sie umfassen unter anderem "die Flexibilisierung der Nachfrage", heißt es im BMWK-Papier.

Weiterhin heißt es, die "Flexibilität wird zum neuen Markenzeichen in einem treibhausgasneutralen Stromsystem" und insbesondere "Elektromobile, Wärmepumpen, Elektrolyseure, Speicher und bestimmte Teile industrieller Prozesse können kurzfristig auf Schwankungen in der Stromerzeugung reagieren".

Die Industrieproduktion, die den höchsten Strombedarf in dieser Volkswirtschaft hat, kann sich also der variablen Stromerzeugung aus Solar- und Windkraft anpassen - so jedenfalls das Wunschdenken Robert Habecks. Konkret soll die Produktion bei Dunkelflauten heruntergefahren werden und bei viel Sonne und Wind wieder hochgefahren werden. Daß die Industrie logischerweise ihre Produktion nicht von Wind und Strom abhängig machen kann und will, ist auch in dem Strategiepapier des Wirtschaftsministeriums eingepreist. Das Papier stellt den Abbau dieser Hemmnisse daher als zentrale Maßnahme für das klimaneutrale Stromsystem

dar.
Diese Hemmnisse, welche die Industrie oder auch andere Stromabnehmer haben, will Robert Habeck abbauen, weil sie verhindern würden, "daß Marktakteure Flexibilitätspotentiale erschließen und entsprechend in Flexibilisierung investieren". Weiter heißt es: "Das Papier stellt den Abbau dieser Hemmnisse daher als zentrale Maßnahme für das klimaneutrale Stromsystem dar".
Ein zentrales Steuerungselement für die Bundesregierung sind dabei die Netzentgelte. Über den Preis, welcher nicht mehr rigide - also starr - ist, wie zu Zeiten sicherer Energieversorgung, kann die Nachfrage gezielt gesteuert werden. "Die Zuständigkeit für die Einführung und Ausgestaltung von Netzentgelten liegt ausschließlich bei der unabhängigen Regulierungsbehörde, der Bundesnetzagentur", heißt es im Papier. Dessen Präsident ist der ehemalige Grünen-Politiker Klaus Müller.
Klaus Müller ist seit dem 1. März 2022 Präsident der Bundesnetzagentur, zuvor war er Grünen-Politiker.
Robert Habeck und Klaus Müller - unterstützt von Christian Lindner und Olaf Scholz - versuchen mit diesem Umbau des Strommarktes in Deutschland nun die Industrie in ihrem Stromverbrauch zu trimmen und eine sogenannte "flexible Nachfrage" zu forcieren. Doch Industrieprozesse sind aufgrund ihrer Natur gar nicht darauf ausgelegt.
In einem Verbundsystem integrierend ist die Produktion eines Gutes der Rohstoff für ein anderes Gut. Die über mehrere Jahrzehnte optimierten Lieferketten und zeitgenau angepaßten Produktionsprozesse drohen jetzt aufgesprengt zu werden - und buchstäblich von Sonne und Wind abhängig gemacht zu werden. Robert Habeck schlägt daher in seinem Papier vor, eine sogenannte "Flexibilitäts-Agenda" einzurichten, "um den weiteren Abbau von Flexibilitätshemmnissen strukturiert anzugehen".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. August 2024 (x1.392/…):
>>**Ermittlungen eingestellt**
Staatsanwalt Hannover: "Ausländer raus Gesänge" nicht strafbar
Die Staatsanwaltschaft Hannover ermittelte gegen mehrere Personen, welche die Parole "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus" gesungen haben sollen. Nun wurden die Ermittlungen eingestellt - die Aussagen seien von der Meinungsfreiheit gedeckt.
Von *Redaktion*
...
Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hannover zu einem "döp-dödö-döp-Vorfall" auf dem Schützenfest in Kleinburgwedel, der sich Mitte Mai ereignete, wurden eingestellt. Mehrere Personen hatten "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus" gesungen. Doch wie die Staatsanwaltschaft Hannover nun mitteilte, erfüllten diese Äußerungen nicht den Straftatbestand der Volksverhetzung.
Eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft erklärte, daß bei den geäußerten Parolen grundsätzlich eine Strafbarkeit wegen Volksverhetzung in Betracht kommen könnte. Allerdings sei im vorliegenden Fall das Singen der Parolen "nicht geeignet gewesen, den Straftatbestand der Volksverhetzung zu erfüllen." Die Sprecherin führte aus, daß "das alleinige Bestreiten des Aufenthaltsrechts von Ausländern an sich noch keinen Angriff auf die Menschenwürde darstellt." Für eine Strafverfolgung wäre eine "gesteigerte Feindseligkeit oder eine schwerwiegende Form der Mißachtung gegenüber einem Teil der Bevölkerung" notwendig gewesen, was im konkreten Fall nicht gegeben war.
Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Hannover basiert auf einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2010. Damals hatte die 1. Kammer des Ersten Senats entschieden, daß die Parole "Ausländer raus" nur dann die Menschenwürde verletzt, wenn weitere, verschärfende Umstände hinzukommen. In Kleinburgwedel, so die Staatsanwaltschaft, seien die Paro-

len "im Rahmen einer ausgelassenen Partystimmung" geäußert worden, weshalb sie von der Meinungsfreiheit gedeckt seien und keinen strafrechtlichen Verstoß darstellten.
Kleinburgwedels Ortsbürgermeister Lars Wöhler (CDU) meldete damals den Vorfall umgehend an das Ordnungsamt, welches den Fall der Polizei übergab. Der Staatsschutz nahm daraufhin Ermittlungen wegen des Verdachts auf Volksverhetzung auf und leitete den Fall schließlich an die Staatsanwaltschaft Hannover weiter. Diese entschied jedoch, die Ermittlungen einzustellen, da "keine Anhaltspunkte dafür vorlagen, daß zum Haß gegen Ausländer aufgestachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen aufgefordert wurde."
Eine ähnliche Entscheidung traf die Staatsanwaltschaft Augsburg im Fall eines Faschingsumzugs in Landsberg. Und auch die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg stellte die Ermittlungen gegen Sänger der Parolen ein, da die Gesänge "nach ständiger und geltender Rechtsprechung von der Meinungsfreiheit gedeckt" seien und keine Volksverhetzung im Sinne des Paragraphen 130 StGB darstellen, so eine Sprecherin gegenüber dem Spiegel.
Es wurden keine ausreichenden Indikatoren für eine rechtsextremistische Gesinnung oder Gewaltbereitschaft festgestellt, die eine strafbare Handlung begründen könnten. Laut Staatsanwältin Melanie Ostermeier erfordert der Straftatbestand der Volksverhetzung, daß über die "Kundgabe bloßer Ablehnung und Verachtung hinausgehend" zum Haß oder zu Gewalt gegen Ausländer aufgestachelt wird. In beiden Fällen wurde das Verfahren eingestellt, da diese Kriterien nicht erfüllt waren.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. August 2024 (x1.393/…): >>**Biontech rechnet mit Entwicklung zielgerichteter Krebstherapien**
Das Biotechnologieunternehmen Biontech erwartet, daß es künftig viele unterschiedliche Therapien gegen Krebs geben wird. "Eine Krebstherapie für alle ist Vergangenheit", sagte Biontech-Medizinvorstand Özlem Türeci der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Mittwochsausgabe). Zielgerichtete und personalisierte Therapien seien die Zukunft.
"Für jede Krebsart muß separat geprüft werden, ob ein bestimmtes Medikament wirkt." Auch Biontech testet hochaktive Medikamente in klinischen Studien, die das Unternehmen im nächsten Schritt kombinieren will. "Davon verspreche ich mir sehr viel", sagte Türeci. "Wir wollen möglichst vielen Patienten eine für den Tumor passende Therapie anbieten. Wir halten die Wahrscheinlichkeit für groß genug, einen Unterschied zu machen."
Biontech hatte in der Corona-Pandemie mit seinem mRNA-Impfstoff einen Durchbruch erzielt. Diese Technologie setzt das Mainzer Unternehmen auch in der Krebsforschung ein. "Die Impfung führt dazu, daß Immunzellen vermehrt werden, die mit hoher Präzision Krebszellen erkennen und töten, also eine Armada von Klonkriegern", sagte Türeci. "Da geht es dann Mann gegen Mann in den Kampf: Immunzelle gegen Tumorzelle." Das heiße, wenn die Anzahl der Tumorzellen die Zahl der durch die Impfung vermehrten Immunzellen zu sehr überschreite, werde es schwierig.
"Ein Konzept für fortgeschrittenen Krebs kann also sein, den Krebs erst durch Kombitherapie zu verkleinern und dann die Impfung zu verwenden." Biontech arbeitet daher an Kombinationstherapien auch mit dem Einsatz von Antikörper-Wirkstoff-Konjugaten (ADCs). "mRNA ist unser wichtigstes Werkzeug", sagte die Wissenschaftlerin. "Aber für eine hochkomplexe Erkrankung wie Krebs braucht es einen ganzen Werkzeugkasten. Darum arbeiten wir seit Jahren auch an Zelltherapien, Antikörpern und anderen Medikamentenklassen. Vor kurzem haben wir Produktkandidaten dazu genommen, die zu der Klasse der ADCs gehören."
Die Medizinerin erwartet, daß ADCs die Krebstherapie transformieren und Chemotherapien stückweise ersetzen. "Unsere Entwicklungsstrategie ist, daß wir drei große Kategorien haben: erstens mRNA-Impfungen, die präzise Immunzellen des Patienten aktivieren und vermehren, zweitens Wirkmechanismen, die Krebszellen zielgerichtet und direkt angreifen und zerstören. Das wären die ADCs sowie unsere Zelltherapien. Und drittens sogenannte Immunmodulato-

ren", so Türeci. "Das sind künstliche Antikörper, die verschiedene Komponenten des Immunsystems so modulieren, daß die Abwehr besser funktioniert."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30244" berichtet am 27. August 2024 (x1.389/…): >>**USA: Juristisches Fundament für Impfpflicht fällt!**

Sprecherin Maria Zeee: Die erste Meldung heute Abend sollte weltweit auf allen Titelseiten der Nachrichtenagenturen erscheinen. Die Covid-Injektionen wurden durch einen hochrangigen Juraprofessor als Massenvernichtungswaffen eingestuft. Das ist eine Sensation. Dr. Francis Boyle, ein Harvard -Professor und Architekt des von Bush unterschriebenen Antiterrorismusgesetzes über biologische Waffen von 1989, gab eine eidesstattliche Erklärung ab, in der die Covid-19 mRNA-Injektionen als biologische Waffen und Massenvernichtungswaffen bezeichnet werden.

Dr. Joseph Sansone berichtete als erster davon. In der eidesstattlichen Erklärung von

Dr. Boyle, die im Rahmen eines Dringlichkeitsantrags in Florida eingereicht wurde, wird argumentiert, daß die Verteilung von Covid-19 Injektionen gegen mehrere Gesetze verstößt, unter anderem gegen das US-Gesetz über biologische Waffen und gegen Floridas Gesetze über Waffen und Schußwaffen. Die Petition, die sich direkt an Gouverneur Ron DeSantis und Generalstaatsanwältin Ashley Moody richtet, fordert einen sofortigen Stopp der Verteilung der Covid-Injektionen in Florida und verlangt die Beschlagnahmung der noch vorhandenen Vorräte dieser Injektionen.

Nach Angaben von Dr. Sansone wurde der ursprüngliche Dringlichkeitsantrag für ein Mandamus-Verfahren (Verfahren zum vorläufigen Rechtsschutz) am 3. März 2024 beim Obersten Gerichtshof von Florida eingereicht. Später, am 20. März, wurde sie an den Silkwood Court in Leon County überwiesen. Und nachdem der Silkwood Court den Fall am 9. April abgewiesen hatte, ging er an das Berufungsgericht.

Der Berufungsschriftsatz wurde am Memorial Day, dem 27. Mai 2024, eingereicht. Dr. Boyle, einer der weltweit führenden Rechtsexperten für biologische Waffen, hat diesem Fall mit seiner eidesstattlichen Erklärung erhebliches Gewicht verliehen. Der Fall verfügt bereits über umfangreiches Beweismaterial, das in der Klageschrift enthalten ist - darunter eidesstattliche Erklärungen der medizinischen Rechtsberaterin und Biotech -Analystin Karen Kingston und Dr. Anahme Haidja.

Laut Dr. Sansone wird in der Klageschrift ausgeführt, daß der Vertrieb dieser Injektionen gegen mehrere Gesetze gleichzeitig verstößt.

Darunter, wir lesen Ihnen nur die wichtigsten Punkte vor:

- Gesetz über biologische Waffen
- Bundesverbrechen des Hochverrats
- Inlandsterrorismus
- Mord und Völkermord
- Betrug auf Grund des Florida Drugs and Cosmetic Act
- Beihilfe nach der Tat und Florida Medical Consent Law.

In der von Dr. Boyle unterzeichneten eidesstattlichen Erklärung heißt es gemäß 28 U. S. C. 1746: "Ich, Francis A. Boyle, erkläre unter Androhung der Strafe des Meineids, daß die hierin enthaltenen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und richtig sind." Dann führt er seine Referenzen auf: Professor für Internationales Recht an der University of Illinois College of Law, außerdem ein A. B. 1971 in Politikwissenschaft an der University of Chicago, dann ein J. D. Abschluß Magna cum Laude an der Harvard Law School und er ist Doktor der Politikwissenschaft an der Harvard University.

Er sagt: Ich habe zahlreiche internationale Gremien in den Bereichen Menschenrechte, Kriegsverbrechen und Völkermord, Atompolitik und Biowaffen beraten. Im Jahr 1985 forderte ich öffentlich die Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen in

den USA und entwarf die entsprechenden Gesetze, die unter dem Namen Biological Weapons Anti-Terrorism Act of 1989 bekannt sind. Sie wurden von beiden Häusern des US - Kongresses einstimmig angenommen und von Präsident George Bush mit Zustimmung des Justizministeriums der Vereinigten Staaten unterzeichnet.
Er verweist darin auf sein Buch über biologische Kriegsführung und Terrorismus. Er sagt: Es ist meine Expertenmeinung, daß Covid-19-Nanopartikelinjektionen oder mRNA-Nanopartikelinjektionen oder Covid-19-Injektionen die Kriterien von biologischen Waffen und Massenvernichtungswaffen voll erfüllen gemäß Biological Weapons 18, USC 175 Weapons and Firearms. The Getaway Pundit hat bereits berichtet, daß der oberste Gerichtshof von Florida dem Antrag von Gouverneur Ron DeSantis zugestimmt hat, eine Grand Jury zur Untersuchung der Hersteller von Covid-19-Injektionen einzusetzen.
Dieser Paukenschlag folgt auf ein historisches Urteil des 9. Bundesberufungsgerichts, das in der vergangenen Woche entschied, daß die mRNA-Injektion Covid-19 nach den herkömmlichen medizinischen Definitionen kein Impfstoff ist.
Unnötig zu sagen, daß der Damm gebrochen ist. Und immer mehr Menschen beginnen, diese Injektionen als das zu bezeichnen, was sie tatsächlich sind - biologische Waffen. Und laut Dr. Francis Boyle Massenvernichtungswaffen.
Ich möchte Sie in Bezug auf die Entscheidung des 9. Bundesberufungsgerichts fragen: Was können die Menschen jetzt tun, Dr. Martin? Ich habe nämlich Kommentare gehört, die besagen, daß es den Leuten jetzt möglich sei, eine Klage einzureichen. Ich meine, wie weit kann man damit gehen?
Dr. David Martin: Ja, also lassen Sie uns klarstellen, daß es um die Praxis des Gesetzes geht und nicht um die Theorie. Der 9. Bundesberufungsgerichtshof hat den Fall technisch gesehen an die unteren Gerichte zurück verwiesen und erklärt, daß die Lehrer des Los Angeles Unified School District in der Tat gegen das Impfmandat klagen können. Das ist der technische Wortlaut des Gesetzes. Die Stellungnahme, die eigentlich Teil eines Präzedenzfalles ist, und das ist der entscheidende Unterschied, den ich machen möchte, macht unmißverständlich klar, daß der 9. Bundesberufungsgerichtshof entschieden hat, daß Jacobson in diesem speziellen Fall falsch angewandt wurde.
Und das bedeutet, daß zum ersten Mal die Illusion, daß mit dem Impfmandat der öffentlichen Gesundheit gedient sei, von einem Berufungsgericht durchbrochen wurde. Das ist ein entscheidender Moment, denn ab jetzt können wir durch das Recht gestützte Aussagen machen, daß mit den Produkten zur Injektion eine vorsätzliche Täuschung der Öffentlichkeit durch die Hersteller vorliegt. Diese Produkte wurden falsch etikettiert und können nicht als Impfstoff bezeichnet werden. Das ist übrigens ein Verstoß gegen den Federal Trade Commission Act der USA und ein Verstoß gegen den Deceptive Medical Practices Act, die außerdem in jedem zivilisierten Land und mit soliden Rechtsnormen existieren.
Die gute Nachricht ist, daß wir diesen Schleier durchdringen konnten. Aber was noch wichtiger ist, und das ist der entscheidende Punkt, daß der 9. Bundesberufungsgerichtshof unmißverständlich erklärt hat, daß die Jacobson-Verzichtserklärungen dieser Ansicht nach nicht zulässig sein wird.
Eine weitere Konsequenz ist, daß wir juristisch die Öffnungen bekommen, die wir brauchten, um den Haftschutz der Impfstoffhersteller und jener Einzelpersonen wie Arbeitgeber, Apotheker, Ärzte, Krankenschwestern und Krankenhäuser, die die Menschen tatsächlich injizierten, ab jetzt durchdringen können. Zum ersten Mal haben wir jetzt die Möglichkeit zu sagen, daß der 9. Gerichtsbezirk entschieden hat, daß Jacobson falsch angewandt wurde. Daß dies die Infektionen nicht stoppte und die Übertragung nicht verhinderte. Die Öffentlichkeit wurde also vorsätzlich in die Irre geführt, was eine Straftat darstellt.
Und nach dem Strafgesetzbuch, Maria, fallen alle Haftungsschilde weg. Pfizer und Moderna

sind sowohl finanziell als auch strafrechtlich für die Täuschung der Öffentlichkeit verantwortlich.
Ironischerweise sind die linken Mainstreammedien und ein Teil der angeblichen medizinischen Freiheitsbewegung im Gleichschritt dabei, weiterhin zu behaupten, daß diese Sache irgendwie ein Impfstoff sei.
Beginnen wir also mit den offensichtlichen Fakten. Zunächst einmal haben sowohl Pfizer als auch Biontech und Moderna im April 2020 in ihren SEC-Anmeldungen unmißverständlich erklärt, daß es sich bei mRNA um eine, ich zitiere: "experimentelle Gentherapie" handelt. Das geht direkt aus den Unterlagen der Securities and Exchange Commission hervor. Das ist nicht die Meinung von Dr. Dave Martin. Das ist auch nicht die Meinung von jemanden anderem. Es ist eindeutig, was sie gesagt haben.
Was bedeutet, daß sie zu der Zeit, als sie eine Impfung bewarben, in Wirklichkeit keine Impfung bewarben, sondern eine experimentelle Gentherapie. Und sie haben sie absichtlich falsch etikettiert, um die Öffentlichkeit zu täuschen, diese zu akzeptieren. Lassen Sie uns also ganz klar sein, das ist ein Verbrechen.
Das ist in der Tat innerstaatlicher Terrorismus, der eingesetzt wurde, um Menschen zu zwingen, etwas zu nehmen, was sie sonst nicht nehmen würden.
Das ist die Definition von innerstaatlichem Terrorismus. Und genau das ist es auch. Wie Sie wissen, Maria, habe ich oft gesagt, daß es sich um eine Biowaffe handelt, weil Rolf Baric, 2005, auf der DARPA-MAITA-Konferenz erklärt hat, daß synthetische Coronavirus-Fragmente, ich zitiere hier aus seinem Lebenslauf, eine Technologie sind, die Biowaffen ermöglicht.
Maria, ich weiß nicht, ob ihr in Australien ein Problem mit dem allgemeinen Sprachgebrauch habt, aber Biowarfare-Enabling-Technologie, klingt für mich wie Biowaffe.
Und es stellt sich nun heraus, daß wenn man sich nicht nur das Gerichtsurteil anschaut, sondern auch die Definition von 7 CFR Part 331 für ausgewählte Agenzien und Giftstoffe, also die Liste der biologischen Waffen, dann stellt sich heraus, daß das Spike-Protein, das mit jeder Modifikation des Coronavirus verbunden ist, in dieser Liste tatsächlich als eine biologische Waffe geführt wird.
Das ist die Definition des Urteils. Es stimuliert die Immunität also überhaupt nicht. Die Injektion, die Menschen auf der ganzen Welt verabreicht wurde, ob sie nun von Moderna oder von Pfizer stammte, veranlaßt den menschlichen Körper, einen gelisteten Giftstoff herzustellen. Und dann hofft man, daß man über ein robustes Immunsystem verfügt, nachdem man den Körper darauf programmierte, eine Biowaffe herzustellen, wobei dann tatsächlich eine Immunität gegen das hergestellt werden soll, worauf der Körper programmiert wurde.
Und hier liegt Aron Ceres Interpretation völlig daneben. Denn im Gegensatz zu den anderen Dingen, über die er in Bezug auf Injektionen spricht, ist die Injektion in diesem speziellen Fall eine Anweisung zur Herstellung des Giftstoffes und nicht zur Stimulierung einer Immunreaktion. Und das ist der feine Unterschied, den der neunte Gerichtsbezirk in seiner Mehrheitsmeinung, meiner Meinung nach, sehr richtig erkannt hat.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30243" berichtet am 27. August 2024 (x1.389/…): >>**RA Frank Hannig: Nötigung in 83 Millionen Fällen?**
Sind diese Schwärzungen der RKI-Protokolle erfolgt, um Straftaten zu verdecken?
Ich bin Frank Hannig - das ist Hannig Recht, und das ist tatsächlich das, was mir beim Lesen in diesen nun ungeschwärzten Protokollen aufgefallen ist. Ihr werdet es nicht glauben. Ich nehme euch ein bißchen mit an die Hand und will euch erklären, was hier eigentlich passiert ist. Und warum das ein Skandal ist und warum wir wirklich unbedingt darüber nachdenken müssen.
Zunächst ist es so gewesen: Die RKI-Protokolle spiegeln den jeweiligen Stand der Bundesre-

gierung wieder, wie sie in der Corona-Zeit informiert worden ist. Das RKI hat also wissenschaftliche Erkenntnisse gehabt, hat die Bundesregierung darüber informiert und auf Basis dieser Information hat die Bundesregierung, Gesetze, Maßnahmen, Verordnungen und so weiter erlassen, um uns alle vor Corona zu schützen. Soweit der normale und offizielle Teil. Wir hatten aber ja schon immer so ein bißchen Zweifel - Impfstoff zu schnell rausgebracht, Verfassung oder Freiheitsrechte eingeschränkt, Maskenpflicht. Viele haben damals schon gesagt, das muß mal überprüft werden.
Jetzt hat's eine kleine Zeitung geschafft, heraus zu klagen, daß diese Protokolle übergeben werden, damit wir unabhängig mal prüfen können, was hat denn tatsächlich das RKI in der Corona-Zeit wirklich der Regierung gesagt, damit die wiederum unsere Rechte einschränken konnten. Und diese Zeitung hat es hingekriegt.
Begründet hat es Lauterbach, unser Gesundheitsminister, damit, daß diese Schwärzungen notwendig sind, um Daten von Mitarbeitern beispielsweise zu schützen. Ja, also damit Dritte geschützt sind und der Datenschutz nicht verletzt ist. Und jetzt hab ich das 1. Mal diese Bilder gesehen vor ein paar Tagen. Das sollen Daten von Dritten sein?
Diese Akte ist ja komplett geschwärzt. Und da fragt man sich: Warum? Warum ist diese Akte geschwärzt? So wie diese Akte geschwärzt ist, muß es doch einen Grund geben, daß die Regierung nicht will, daß das rauskommt. Also muß irgendwas zu verdecken sein, und da hat sich ein Whistleblower gefunden - im RKI - und hat gesagt: Das ist eine Frechheit. Ja hier wird die Öffentlichkeit betrogen, ich veröffentliche das ungeschwärzt. Das ist passiert.
Und das Verrückte ist, das ist nicht nur ein Skandal in medienrechtlicher Hinsicht. Es ist ein Vertrauensbruch der Regierung. Ich - über solche Geschichten, red' ich ja schon gar nicht. Nein, da stellt sich raus, beim Lesen der ungeschwärzten Protokolle, daß hier ganz klar Straftaten begangen worden sind durch den Minister Spahn, durch den Minister Lauterbach, vielleicht auch noch durch andere, und zwar eine ganz einfache Straftat, eine ganz simple, die ich euch jetzt erklären werde, weil ich will, daß darüber öffentlich diskutiert wird. Daß das nicht irgendwo in kleinen Schubladen verschwindet. Die Medien berichten da drüber nämlich nicht viel. Die offiziellen Medien, die erzählen irgendwas. Ja, Datenschutzskandal! Ist ja gar kein Skandal, ist ja nur Quatsch.
Nein, der Skandal ist folgender: Die Straftat, die hier letztendlich dahintersteckt, ist ein sehr simpler Paragraph. Im Paragraph 240 - Strafgesetzbuch - Nötigung steht folgendes drin. Ich nehme euch da mit auf die Reise. Ich erkläre das einfach nochmal. Ja, damit ihr auch versteht, wie wir Juristen denken und dann damit…ich will, daß ihr versteht.
Also Paragraph 240 steht drin: Wer mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel in rechtswidriger Weise einen anderen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird bestraft mit Geldstrafe oder mit Freiheitsstrafe.
Jetzt gehen wir das Mal durch, wie das so ein Jurist macht. Wir gucken uns mal den Wortlaut an. Zunächst - Gewalt haben wir nicht. Jetzt kommt es - wer durch Drohung mit einem empfindlichen Übel… Mit welchem empfindlichen Übel hat denn Herr Spahn, Herr Lauterbach, hat die Regierung uns bedroht? Und zwar in 83 Millionen Fällen. Das ist das Spektakuläre, weil das empfindliche Übel, daß uns angedroht worden ist, sind die Folgen, die eintreten, wenn ich was Bestimmtes nicht mache, wenn ich mich nämlich nicht impfen lasse. Zunächst mal soziale Ausgrenzung, du bist asozial, du bist unsolidarisch.
Du darfst Ländergrenzen nicht überschreiten, du darfst dich nur 20 Meter von deinem Haus entfernen. Du wirst als Feuerwehrmann entlassen, wenn du dich nicht impfen läßt. Du wirst als Arzt oder als Krankenschwester rausgeschmissen, wenn du dich nicht impfen läßt. Du erleidest Nachteile in jeder Hinsicht, wenn du dich nicht impfen läßt. Das ist alles Drohung mit einem empfindlichen Übel. Nämlich die Drohung mit Entlassung, das ist ein Übel - natürlich ist das Übel. Die Drohung mit Entlassen, um mich zu nötigen, eine Handlung zu begehen,

nämlich impfen oder wegen mir auch eine Duldung, nämlich impfen lassen.
Das ist der Straftatbestand. Der ist so einfach. In 83 Millionen Fällen sind wir genötigt worden. Jetzt steht da noch das kleine Wort "Rechtswidrigkeit" drin und da könnte man, ich will, daß Ihr's wirklich versteht und deswegen mache ich das so ein bißchen juristisch. Da könnte man jetzt sagen, na ja, aber es hat auch die Regierung gemacht, muß doch rechtmäßig sein. Nein, das ist das Problem, was sich aus den Protokollen jetzt ergibt.
Um den Bogen zum Ende zu schließen, ja, rechtmäßig kann es nur dann sein, wenn der Bundestag ein Gesetz erläßt. Ja, wenn der Bundestag von der Regierung aber getäuscht wird und falsche Informationen hat, dann kann so ein Gesetz nicht rechtmäßig sein. Dann können also diese ganzen Corona-Verordnungen nicht funktionieren. Das ist dann nicht rechtmäßig. Wir erfahren aus diesen ungeschwärzten Protokollen, daß die Regierung bewußt gelogen hat, was die tatsächlichen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts angeht.
Aus den ganzen geschwärzten Stellen ergibt sich nämlich, daß in sehr, sehr vielen Punkten, insbesondere in Hinblick auf die Impfung und die Wirksamkeit von Boostern, z.B. Booster-Impfung bei Kindern usw., erhebliche Bedenken seitens des RKI angemeldet wurden. Das hat man der Regierung gesagt Die Minister haben jeweils direkt eingegriffen und haben gesagt, diese Informationen dürfen nicht veröffentlicht werden. Sie haben also bewußt die Wahrheit manipuliert, um letztendlich diese Impfpflicht durchzudrücken. Und das ist nämlich der eigentliche Skandal.
Und dieser Skandal muß aufgearbeitet werden, das geht nur über die Staatsanwaltschaft. Das ist nun mal eine Straftat. Jeder von uns muß sich für seine Taten verantworten und das muß hier auch passieren. Ich werde heute noch eine Anzeige schreiben gegen Spahn - nur beispielhaft - und ihr könnt das auch machen über die Internetseiten der Polizei, über die online-Wachen. Die Staatsanwaltschaft muß aufwachen. Die Generalbundesanwaltschaft muß darauf hingewiesen werden, daß es eine Nötigung in 83 Millionen Fällen (gegeben hat).
Das ist der größte Skandal, eine Regierung, die sich in dieser Weise strafbar gemacht hat und zur Vertuschung und Verdeckung dieser Straftat anschließend diese Protokolle geschwärzt und gefälscht an die Öffentlichkeit gegeben hat. So was hat es in einem Rechtsstaat, glaub ich, noch nie gegeben. Wir müssen nur die Dimension dessen verstehen. Das ist nicht passiert, weil wir Personen und Datenschutzrechte Dritter wahren wollte. Das ist passiert, um Straftaten zu verstecken und zu verbergen.<<
USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. August 2024 (x1.392/…): >>**Zuckerberg bestätigt öffentlich Zensur-Druck von Biden-Regierung - und bereut Facebooks Beteiligung**
Meta-CEO Mark Zuckerberg hat in einem offenen Brief an die Biden-Regierung erklärt, daß sein Unternehmen während der Pandemie erheblichen Druck erfuhr, um bestimmte Covid-19-Inhalte zu zensieren. Er betonte, daß Meta künftig nicht mehr bereit sei, solche Eingriffe stillschweigend hinzunehmen.
Henry Albrecht
...
In einem offenen Brief hat Meta-CEO Mark Zuckerberg der Biden-Regierung vorgeworfen, während der Pandemie erheblichen Druck auf sein Unternehmen ausgeübt zu haben, um bestimmte Covid-19-Inhalte zu zensieren. Laut Zuckerberg soll dieser Druck sogar so weit gegangen sein, daß auch humorvolle und satirische Beiträge ins Visier genommen wurden.
In dem Schreiben an den Vorsitzenden des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, Jim Jordan, erklärte Zuckerberg: "Ich glaube, der Druck der Regierung war falsch und ich bedauere, daß wir nicht deutlicher darüber gesprochen haben". Er betont, daß Meta in Zukunft nicht bereit sei, solche Eingriffe stillschweigend hinzunehmen.
Zuckerberg kündigte zudem an, daß er über seine Stiftung, die Chan Zuckerberg Initiative,

keine weiteren finanziellen Beiträge zur Unterstützung der Wahlinfrastruktur leisten werde. In der Vergangenheit hatte er über 400 Millionen Dollar an Organisationen wie das Center for Tech and Civic Life gespendet, um sicherzustellen, daß lokale Wahlbezirke während der Pandemie angemessen ausgestattet sind.
Diese Spenden seien jedoch als parteiisch interpretiert worden, was zu seiner Entscheidung beitrug, sich künftig aus dem Bereich der Wahlinfrastruktur zurückzuziehen. "Mein Ziel ist es, neutral zu sein und weder in die eine noch in die andere Richtung eine Rolle zu spielen - oder auch nur den Anschein zu erwecken, als würde ich eine Rolle spielen", schrieb Zuckerberg.
Zuckerbergs Brief enthält außerdem eine kritische Bemerkung über Metas Entscheidung, einen Artikel der New York Post über den Laptop von Hunter Biden kurz vor der Wahl 2020 "herabzustufen". Zuckerberg räumte ein, daß dies nach einer Warnung des FBI vor einer möglichen russischen Desinformationskampagne geschah. Er bedauere jedoch das Vorgehen, da sich der Inhalt des Artikels im Nachhinein als wahr herausstellte.
Das Weiße Haus reagierte prompt auf die Anschuldigungen Zuckerbergs. Ein Sprecher verteidigte die Bemühungen der Regierung während der Pandemie: "Angesichts einer tödlichen Pandemie hat diese Regierung zu verantwortungsvollen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit aufgerufen." Dabei betonte der Sprecher, daß private Unternehmen wie Meta dennoch unabhängig über ihre Inhalte entscheiden sollten.<<

28.08.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. August 2024 (x1.391/…):
>>**Unfaßbar: Regierung fördert Webseite mit Bleibe-Tips für illegale Migranten!**
Eine von der Bundesregierung geförderte Plattform "Handbook Germany" gibt abgelehnten Asylbewerbern detaillierte Tips, sich Abschiebungen zu entziehen! Finanziert wird die digitale Bleibe-Fibel von der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, Kanzleramts-Staatsministerin Reem Alabali-Radovan (SPD). Recherchen des Portals "Apollo News" haben den Skandal wenige Tage nach dem Messer-Blutbad von Solingen ans Licht gebracht.
Abgelehnte Asylbewerber werden demnach ermuntert, gegen das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) zu klagen und sich an Abschiebebeobachter der Initiative "Abschiebungen stoppen. Bleiberecht für alle." zu wenden.
Auf einer Erklärseite, betitelt mit "Abschiebung", die auf "Handbook Germany" Anfang Februar 2023 erschien, führe die Website unter dem Bereich "Was muß ich wissen", eine Vielzahl von Tips zur Verhinderung von Abschiebungen auf.
So heiße es beispielsweise zur Frage "Kann ich abgeschoben werden?": "Bitte beachten Sie: Eltern dürfen nur gemeinsam mit ihren Kindern abgeschoben werden ... wenn zum Beispiel ein minderjähriges Kind zum Zeitpunkt der Abschiebung vermißt wird, darf der Rest der Familie nicht abgeschoben werden." Eine kaum verklausulierte Handlungsanleitung!
Mit dem Satz "Auch wenn Ihr Asylantrag abgelehnt wurde, gibt es noch einige Möglichkeiten, die Ihnen einen Aufenthalt in Deutschland ermöglichen können." wird der Leser laut "Apollo News" vom Artikel "Abschiebung" zum Artikel "Asylantrag abgelehnt" weitergeleitet. Dieser Artikel stelle ebenfalls eine Reihe von Möglichkeiten vor, Abschiebungen zu vermeiden. Unter anderem empfehle "Handbook Germany", gegen das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) Klage einzureichen.
Die Plattform verweist den Leser auf die eigene "lokale Informationsseite", bei der man "spezialisierte Anwälte und Beratungsstellen" in der Nähe finden könne: Die Kosten einer Klage "werden möglicherweise vom Staat übernommen."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. August 2024 (x1.391/…):
>>**Langsam schnallt der Mainstream das Asyl-Versagen: "Der Kontrollverlust geht weiter!"**

Nach Solingen scheint sich der Wind in den Mainstream-Medien zu drehen, Kanzler Olaf Scholz (SPD) und seiner Asylversager-Regierung bläst in den Kommentarspalten Sturm ins Gesicht, wie diese aktuelle Stimmenauswahl aus der morgendlichen Presseschau im Deutschlandfunk zeigt. Tenor: "Der Kontrollverlust geht weiter!"
Der "MÜNCHNER MERKUR" wirft der Regierung und namentlich Innenministerin Nancy Faeser und Bundeskanzler Olaf Scholz (beide SPD) Versagen vor: "Die Antwort des Kanzlers auf den Messer-Terror von Solingen erschöpft sich in einem beherzten 'Weiter so'. Noch eine verpaßte Chance für die Wende in der Migrationspolitik. Der Kontrollverlust geht weiter. 'Zornig' sei er, hatte Scholz nach dem Attentat gesagt, doch folgt daraus kein erkennbares politisches Handeln.
Den Weg abgeschnitten hatte ihm schon am Sonntag seine Parteichefin Saskia Esken mit der unverfrorenen Bemerkung, daß sich aus Solingen 'nicht viel lernen' lasse. Auch seiner Innenministerin Nancy Faeser war als erste Reaktion auf die islamistische Bluttat nichts Besseres eingefallen, als ihren 'Kampf gegen rechts' zu verstärken und vor 'Haß und Spaltung' zu warnen. Das ist wichtig, doch noch mehr hätte die Bürger interessiert, was die Ministerin außer einem eher symbolischen Messerverbot zu tun gedenkt, um ihre Sicherheit zu verbessern?", fragt der "MÜNCHNER MERKUR".
Auch die "VOLKSSTIMME" aus Magdeburg verliert die Geduld mit der Bundesregierung: "Die Zeit für Appelle, die nicht fruchten und Ankündigungen, die nie erfüllt werden, ist in der Migrationspolitik definitiv vorbei. Mit Hoffen und Bangen und ein paar dezenten Eingriffen bei Abschieberegeln oder Waffenverboten kann es nicht weiter gehen. Ehe der Zerrüttungsprozeß der Gesellschaft irreparable Ausmaße erreicht, müssen notfalls auch Tabus fallen. Die Regierung trägt aber den Asyl-Artikel im Grundgesetz wie eine Monstranz vor sich her. Doch haben wir eine atmende Verfassung, die Änderungen vertragen kann und muss", mahnt die "VOLKSSTIMME".
Die "FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG" sieht insbesondere Kanzler Scholz unter Druck: "Oppositionsführer Merz hat jetzt Bundeskanzler Scholz ein zentrales Angebot zur Begrenzung der Migration gemacht, mit der Union - und ausdrücklich 'ohne Rücksicht auf FDP und Grüne'. Jetzt ist Scholz am Zug. Er wird sich von Merz die Koalition nicht sprengen lassen. Aber er steht in der Verantwortung, nicht nur Merz zu antworten, sondern dem deutschen Volk eine Antwort auf die größte Herausforderung der Zeit zu geben.
Es war ja der Bundeskanzler selbst, der mehrfach angekündigt hat, den irregulären Zuzug nach Deutschland zu stoppen und in großem Stil diejenigen abzuschieben, die kein Recht haben, hier zu sein. Er ist in der Pflicht, jetzt zu handeln. Das Recht ist hier keine Ausrede, sondern verpflichtet im Prinzip dazu. Der Ball liegt jetzt beim Kanzler. Er darf sich nicht verkriechen", unterstreicht die "FAZ".
Die "STUTTGARTER ZEITUNG" fordert den Kanzler ebenfalls zum Handel auf: "Politiker werden nicht vom Volk gewählt, um diesem zu erklären, was alles nicht geht. Sie sind in erster Linie dazu da, Sicherheit, Stabilität und Wohlergehen des eigenen Landes zu wahren. Nun ist Scholz am Zug. Er sollte nicht allzu viel Zeit mit koalitionsinterner Diplomatie verstreichen lassen.
Jedes weitere Zögern würde das ohnehin drastisch geschwundene Vertrauen in die etablierte Politik dahinschmelzen lassen. Für falsche Rücksichtnahme auf allerlei Sensibilitäten und Bedenkenträgertum im Regierungslager dürfte das Verständnis aufgebraucht sein. Jetzt muß der unbeliebteste aller Kanzler beweisen, daß er seinem Amt gewachsen ist", meint die "STUTTGARTER ZEITUNG".
Die "FREIE PRESSE" aus Chemnitz sieht Scholz in einer Zwickmühle: "Schließt Scholz - wie Merz es ihm nahelegt - Grüne und FDP von Entscheidungen aus, dann hat er keine Regierung mehr. Lehnt er das Angebot des CDU-Chefs ab, steht der Kanzler als der Verhinderer da,

der keinen Konsens suchen will."
Unter dem Titel "Krawall statt Konzept" hält die linksgrün-woke "SÜDDEUTSCHE ZEITUNG" das Kooperationsangebot des CDU-Chefs an den Kanzler hingegen für reine Symbol-Politik: "Man wüßte so gern: Hat der Oppositionsführer eine zündende Idee, die in der Migrationspolitik weiterführt? Die Antwort lautet: leider nein."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. August 2024 (x1.392/…): >>**Interessenkonflikt**
Neue Enthüllungen in Berater-Affäre belasten Baerbock
Ein Bericht von Business Insider enthüllt personelle Verflechtungen zwischen dem Außenministerium und einem Beratungsunternehmen - das Ministerium kann keine plausible Erklärung liefern.
Boris Cherny
...
Seit Jahren laufen Vorbereitungen für die Digitalisierung des deutschen Visa-Verfahrens. Das sogenannte "Auslandsportal" soll zukünftig den gesamten Prozeß für die deutschen Auslandsvertretungen vereinfachen. Visaanträge sollen dann nicht mehr in Papierform, sondern auch digital bearbeitet werden können. Im Herbst soll das Prestigeprojekt von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock vorgestellt werden, gerät jedoch schon jetzt in den Fokus der Öffentlichkeit - wegen eines brisanten Personalwechsels.
Nach einem Bericht von Business Insider wechselte eine Mitarbeiterin des Auswärtigen Amtes im Dezember 2023 zu der an der Entwicklung des Auslandsportals beteiligten Init AG. In ihrer Zeit beim Auswärtigen Amt war sie als IT-Koordinatorin im Digital-Referat tätig, wo sie eng an der Entwicklung des Auslandsportals beteiligt war und mit der Init AG in Kontakt stand. In ihrer neuen Funktion als Führungskraft der Init AG arbeitet sie weiterhin mit ihrem ehemaligen Referenten aus dem Auswärtigen Amt zusammen.
Doch zusätzlich erhielt das Beratungsunternehmen im Frühjahr 2024, nur wenige Monate nach dem Personalwechsel, einen Zuschlag für Aufträge in Höhe von knapp sechs Millionen Euro von Baerbocks Ministerium.
Auch wenn es kein direkter Beweis für einen Interessenkonflikt ist, stellen sich dennoch Fragen. Das Auswärtige Amt hält sich diesbezüglich bedeckt; Anfragen von Business Insider an das Ministerium liefen weitestgehend ins Leere. Aus Regierungskreisen soll es heißen, daß, da die Mitarbeiterin beim Auswärtigen Amt nicht entscheidungsbefugt gewesen sei, kein Interessenkonflikt bestünde. Außerdem liefere Init keinerlei Beratungsleistungen in der Sache des Auslandsportals, sondern unterstütze nur "operativ die Umsetzung der Visadigitalisierung".
Das Unternehmen selbst stritt alle Vorwürfe ab, die Vergabe der Aufträge an Init sei vollkommen unabhängig von der betreffenden Mitarbeiterin getätigt worden. Die Init AG ist seit Jahren wirtschaftlich angeschlagen und versucht sich zuletzt mit öffentlichen Aufträgen zu profilieren.
Immer wieder kommen grüne Minister wegen Korruptionsverdacht und Interessenkonflikten in Bedrängnis. Im Mai 2023 belastete die Affäre um seinen Staatssekretär Patrick Graichen den Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Auch Annalena Baerbocks Visa-Affäre, welche sich auch auf eine dubiose Personalie ausweitete, sorgte für Wirbel. Die Frau eines ranghohen Beamten erhielt ohne Ausschreibungen Aufträge, darunter Gutachten und Schulungen. Zudem vertrat sie als Anwältin mehrere afghanische Mandanten, welche deutsche Visa beantragten. Gleichzeitig beriet sie aber auch Mitarbeiter der Botschaft.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. August 2024 (x1.392/…): >>**Solingen-Terror**
Sorge vor "Islamfeindlichkeit" statt IS-Terror: Die Abschiebe-Ausreden der Grünen entlarven die Partei

Deutschland ist nach dem islamistischen Anschlag in Solingen im Schock. Grünen-Chefin Ricarda Lang zeigt sich mehr besorgt um afghanische Frauenrechtlerinnen. Kritik äußert sie an CDU-Chef Friedrich Merz - die Lösung sieht man im Nichtstun.
Christopher Martens
...
Die Bundesvorsitzende der Grünen, Ricarda Lang, hat sich gegen einen Aufnahmestopp aus Afghanistan und Syrien ausgesprochen. Die Begründung: Frauenrechtlerinnen könnten dann nicht mehr aufgenommen werden. CDU-Chef Friedrich Merz hatte nach dem islamistischen Attentat in Solingen einen Aufnahmestopp für Menschen aus Afghanistan und Syrien gefordert. Laut Merz entgleite dem Bundeskanzler "das eigene Land."
Für Ricarda Lang stehen die Rechte von Frauen im fernen Afghanistan im Vordergrund. "Ein allgemeiner Aufnahmestopp aus Afghanistan und Syrien würde bedeuten, daß auch die afghanische Frauenrechtlerin, die vor den islamistischen Taliban flieht, keinen Schutz mehr bekommt. Es stellt Menschen aus diesen Ländern unter Generalverdacht", so Lang.
Auch ihr Co-Bundesvorsitzender, Omid Nouripour, weist die Forderung zurück. Er erklärt gegenüber der Hessenschau: "Asylrecht ist ein Grundrecht und bezieht sich auf die Schutzbedürftigkeit der Person. Klar ist aber auch, bei einer Straftat hat die Person den Schutz verwirkt." Nouripour weiter: "Die Taliban wollen dafür Geld. Wollen wir Islamisten Geld geben, damit wir Islamismus bekämpfen? So funktioniert das nicht", so Nouripour. Statt dessen fordert er "praktikable Vorschläge" von der CDU.
Die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Lamya Kaddor, warnt vor einer pauschalen Verurteilung von Muslimen in Deutschland und vor "Zuständen wie in Großbritannien". "Islamfeindlichkeit" würde den islamistischen Terror befeuern, meint sie in einem Interview mit der Zeit. "Populistisch" bezeichnete sie die Aussage von Merz. Der gewaltbereite Islamismus würde heute kaum noch davon leben, "irgendwelche Menschen in Staaten einwandern zu lassen, damit sie dort Anschläge verüben."
Statt dessen setze der IS darauf, junge Menschen in westlichen Ländern zu radikalisieren. Eine Parallele sieht Kaddor ausgerechnet im Falle des Solinger Attentäters Issa al-Hassan, der erst im Dezember 2022 nach Deutschland kam. Sie verweist auf "Anzeichen", wonach sich dieser erst nach der Einreise radikalisiert habe.
Und welche Vorschläge haben die Grünen? Wirtschaftsminister Robert Habeck forderte als Reaktion auf das islamistische Attentat in einer ersten Stellungnahme "mehr Waffenverbotszonen und strengere Waffengesetze". Auf X gab es dafür prompt einen Hinweis, eine Community Note: "Auf Veranstaltungen wie diesen sind Messer bereits verboten". Nouripour will mehr Mittel für die Sicherheitsbehörden. Es brauche eine Zeitenwende in der Innenpolitik: "Nur so zu tun, als könnte man einfach nur die Grenzen dichtmachen und einfach ein paar Leute abschieben, und dann hätten wir kein Problem mehr, suggeriert eine Sicherheit, die es nicht gibt."
Die Folgen dieser ideologischen Verweigerungshaltung sind unübersehbar. Deutschland hat große Schwierigkeiten, auch nur einen Bruchteil der abgelehnten und kriminellen Asylbewerber abzuschieben. Gleichzeitig wollen die Grünen weiterhin an offenen Grenzen festhalten. Derzeit läuft sogar noch ein Bundesaufnahmeprogramm für Afghanen. Es soll erst 2025 enden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. August 2024 (x1.392/…):
>>**Rundfunkbeschwerde: NDR verbreitet wissentlich Falschinformationen zu Potsdamer "Geheimtreffen"**
Der NDR weigert sich, einen Tagesschau-Beitrag mit Falschinformationen über das Potsdamer "Geheimtreffen" zurückzunehmen - mit der Argumentation, daß ja die Betroffenen nicht namentlich genannt seien und daher rechtlich keine Handhabe hätten. Nun wurde Beschwerde

beim NDR-Rundfunkrat eingereicht.
Boris Cherny
...
Nachdem ein Bericht über ein vermeintliches Geheimtreffen in Potsdam Deutschland in Aufruhr versetzt hatte, kam es zu zahlreichen Falschbehauptungen seitens Medien und Politikern. Die widerlegte Aussage, daß bei dem Treffen die "millionenfache Deportation von Deutschen" besprochen wurde, wird heute noch häufig behauptet. Seit Monaten wehren sich die Opfer der Falschbehauptungen gegen das mediale Feuer.
Die Anwaltskanzlei Höcker ließ im Namen des am Treffen beteiligten Staatsrechtlers Ulrich Vosgerau zahlreiche Falschnachrichten sperren. Nun, wie ein Anwalt der Kanzlei, Carsten Brennecke, der Jungen Freiheit mitteilte, legt die Kanzlei Programmbeschwerde beim NDR-Rundfunkrat ein, da sich der NDR seit Monaten weigert, einen bestimmten Beitrag zu löschen.
"Millionen Deutsche haben Angst vor Abschiebungen" titelte die Tagesschau am 8. Februar auf ihrer Webseite. Der Bericht, welcher im Hause NDR entstand, stellt erneut die Behauptung der "Deportation von Deutschen" auf. Auf dem Treffen seien Pläne diskutiert worden, um "massenhaft Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland zu verdrängen". Bereits im März teilte die Kanzlei dem NDR mit, daß dieser im Bericht Falschinformationen verbreite, und versuchte eine Unterlassung der Weiterverbreitung zu veranlassen.
Wie Brennecke in der Jungen Freiheit sagte, argumentierte der NDR in dem darauffolgenden Rechtsstreit zu keinem Zeitpunkt damit, daß das Angezweifelte keine Falschnachricht sei. Statt dessen prangerte die Anstalt eine Formalität an: Sie hat den klagenden Vosgerau im Bericht nie namentlich erwähnt. Dadurch könne sich der Betroffene nicht gegen die Falschbehauptung wehren, da er gar nicht in seinen Rechten verletzt worden sei.
Dem NDR scheint es also nichts auszumachen, Falschbehauptungen weiterzuverbreiten, solange diese nicht rechtlich angreifbar sind. Dem NDR muß bewußt sein, daß es zahlreiche eidesstattliche Erklärungen vor Gericht gibt, welche dem Umstand der potentiellen Deportation von Deutschen widersprechen.
Auf rechtlichem Weg scheiterte das Anliegen der Kanzlei Höcker, nun geht man den Weg über den NDR-Rundfunkrat. Der Beitrag vom 8. Februar verstoße "gegen den NDR-Staatsvertrag, den Medienstaatsvertrag, journalistische Sorgfaltspflichten, den Pressekodex und die NDR-Programmrichtlinien", heißt es im Beschwerdeschreiben an das Gremium.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. August 2024 (x1.392/…):
>>**Islamistischer Terror**
Deutsche Islam-Prediger witzeln im Netz über Solingen
Keine Woche nach dem IS-Attentat witzeln die deutschen Salafisten Pierre Vogel und Abul Baraa über ein "Solingen-Messer". Ein syrischer Terrorist hatte bei dem islamistischen Anschlag drei Menschen getötet.
Von *Redaktion*
...
Wenige Tage nach dem islamistischen Terror in Solingen machen sich bereits die ersten Islamisten in Deutschland über die Bluttat lustig. Die beiden sind keine Unbekannten: Online-Prediger Abul Baraa sowie Deutschlands bekanntester Salafist, Pierre Vogel.
Vogel witzelte: Daß er zu Hause ein Messer hätte, auf dessen Hülle "Solingen" draufstände. Darauf hin, lachte Vogel, er hätte jetzt Sorge, wenn die Behörden bei ihm "in die Bude reinkommen" und dann "das Messer sehen" würden, "dann denken die noch, das ist irgend so ein Zusammenhang oder so." Baraa reagierte nur mit einem Lachen.
Bekannt wurde der 45-Jährige bereits 2011, als er ein Totengebet für den getöteten Al-Qaida-Anführer Osama Bin Laden forderte und im selben Jahr als Gesicht des salafistischen Vereins

"Einladung zum Paradies" auftrat, der vom Verfassungsschutz als einflußreiche Propagandaplattform salafistischer Ideologie wahrgenommen wurde.
Zuletzt hetzte er auch gegen Israel.
Vogel ist ehemaliger Boxer, der es nie zum erhofften Ruhm gebracht hat, seit einiger Zeit ist Vogel wieder als Boxtrainer aktiv und könnte dabei für den Salafismus werben, berichtet die Neue Westfälische. Nach den terroristischen Angriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober hielt sich Vogel zunächst bedeckt, verurteilte dann die Bundesregierung für ihre Solidaritätsbekundungen mit Israel scharf und polemisierte auf Instagram, TikTok und Co. gegen den Staat Israel.
Laut NW leitet Vogel in seinem Boxstudio auch Boxstunden für Kinder. Das ist nicht nur brisant, weil der Verfassungsschutz das Verhältnis von Vogel zur Gewalt als "ambivalent" einstuft, sondern weil die Behörde dem 45-Jährigen bereits vor ein paar Jahren attestierte, "eine Art Einstiegsdroge" in die salafistische Ideologie zu sein. Weil das Studio dermaßen radikal geprägt zu sein scheint, vermutet der Verfassungsschutz, daß hier salafistische Beeinflussung stattfinden könnte.
Auch Abul Baraa ist in der salafistischen Szene kein unbekannter. Mit über 46.000 Followern auf Instagram und Millionen von Aufrufen im Internet gilt Baraa als eine der zentralen Figuren der deutschen Salafismus-Szene. Er tritt regelmäßig in Moscheen in ganz Deutschland auf und verbreitet seine radikalen Ansichten, die oft antisemitische und rassistische Inhalte enthalten. Trotz seiner freundlichen Erscheinung als lächelnder Prediger ist er ein radikaler Islamist, der gezielt versucht, vor allem junge Menschen zu beeinflussen.
Abul Baraa, mit bürgerlichem Namen Ahmad Armih, widmet sich bereits seit 2002 der islamischen Missionsarbeit (Da'wa). Er war lange Zeit Hauptimam der As-Sahaba-Moschee in Berlin und ist seit 2020 in der DMG-Moschee in Braunschweig aktiv. Seine Predigten werden live übertragen und in Auszügen auf Plattformen wie TikTok und Instagram verbreitet, um junge Menschen für seine extremistischen Ansichten zu gewinnen. In seinen Reden glorifiziert er Märtyrertum, verbreitet Haß gegen Israel und äußert sich abwertend über andere Religionen und Kulturen, wie beispielsweise Japaner, die er als "schlimmer" als Juden und Christen bezeichnete.
Baraas Videos sollen auch für die Radikalisierung des Teenagers verantwortlich sein, der einen Anschlag auf das Taylor Swift-Konzert in Wien plante. Laut dem österreichischen Innenministerium habe der 19-Jährige sich im Internet radikalisiert und einen Treueschwur auf die Terrororganisation Islamischer Staat abgelegt. Die Bild berief sich auf Geheimdienstinformationen und erklärte, einer der drei Tatverdächtigen habe sich durch den salafistischen Online-Haßprediger Abul Baraa radikalisieren lassen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. August 2024 (x1.392/…):
>>**Verweis auf Landwirte**
Industrie vom "Wetter abhängig machen"? Ja, findet Grünen-MdB und lacht sich über Kritik "schlapp"
Ein neues Strategiepapier von Habeck sieht vor, daß nur dann produziert werden soll, wenn die erneuerbaren Energien genügend Strom liefern. Eine Grünen-Politikerin macht sich jetzt über Kritik daran lustig: Denn z.B. die Landwirtschaft sei ja auch eine wetterabhängige Branche.
Von *Redaktion*
...
Die Bundestagsabgeordnete Sara Nanni macht sich über die Kritik an einem Strategiepapier von Robert Habeck lustig, das Einschränkungen für die Industrie vorsieht. Konkret soll die industrielle Produktion an die Einspeisung der erneuerbaren Energien in das Stromnetz gekoppelt sein. Mit anderen Worten: Wenn Flaute ist, soll die Produktion heruntergefahren wer-

den. Das geht aus einem Strategiepapier zum "Strommarktdesign der Zukunft" hervor, indem vor allem die "Flexibilisierung der Nachfrage" anvisiert wird.
Infolge der Beschließung des Strategiepapiers durch die Bundesregierung in der Sommerpause hagelte es Kritik an dem von den Grünen initiierten Vorhaben. Die Bundestagsabgeordnete Sara Nanni zeigt sich darüber jetzt empört - und fiel am Dienstag mit einem peinlichen Beitrag auf der Kurznachrichtenplattform X auf.
"Man kann ein Busineßmodell doch nicht vom Wetter abhängig machen - schreien hier manche", erklärt die Grünen-Politikerin darin. "Als jemand, in dessen Familie u.a. mit Außengastro und GaLa-Bau Geld verdient wurde, lach ich mich da gerade schlapp", meinte Nanni. Daß es in Habecks Strategiepapier vor allem darum geht, das produzierende Gewerbe dahingehend zu flexibilisieren, daß nur noch dann produziert wird, wenn Windkraft- und Photovoltaikanlagen genügend Strom produzieren, ignoriert die studierte Sozialwissenschaftlerin.
Auch Landwirte würden sich über die eingangs erwähnte Kritik amüsieren, behauptet Nanni und schließt ihren Beitrag mit den Worten "Ich kann echt nicht mehr." Wenig später wird die Sichtbarkeit des X-Kontos von Nanni verändert: nur noch Personen, die der Grünen-Politikerin folgen, können deren Beiträge ansehen.
Landwirte, Garten- und Landschaftsbauer sowie Gastronomiebesitzer sind vom Wetter abhängig - weil es direkt Einfluß auf die jeweilige Tätigkeit nimmt und daher auch den Umsatz beeinflussen kann. Die Industrie wiederum agiert unabhängig von Veränderungen in der Witterung. Erst der Atomausstieg im Jahr 2023 und der wirtschaftliche Fokus auf erneuerbare Energien der Grünen lassen jetzt auch das Wetter zu einem relevanten Faktor für die Industrie werden - und zwar im Sinne der Stromgewinnung.
Aber Habeck ist der Überzeugung, die Industrie könne sich der variablen Stromerzeugung aus Strom- und Windkraft anpassen. Konkret soll die Produktion bei Dunkelflauten heruntergefahren werden und bei viel Sonne und Wind wieder hochgefahren werden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. August 2024 (x1.392/…): >>**Ost-Wahlen**
"Wir schaffen das": Baerbock mit Merkels Worten in Chemnitz
Annalena Baerbock beendete ihre Wahlkampfrede in Chemnitz mit den Merkel-Worten "Wir schaffen das" und rief zu Zuversicht im Ost-Wahlkampf auf - trotz mitunter katastrophaler Umfragewerte der Grünen in Sachsen und Thüringen.
Henry Albrecht
...
"Wir schaffen das" - mit diesen Worten, die ursprünglich 2015 von Angela Merkel geprägt wurden, beendete Außenministerin Annalena Baerbock ihre Rede am Mittwochabend bei einer Wahlveranstaltung im Chemnitzer Kino Metropol. "Auch wenn viele es verhetzten": Man würde es "immer wieder schaffen", weil die Grünen Menschen seien, "die gemeinsam kooperieren können". Auch wenn das Parteiprogramm der Grünen nicht perfekt sei, sei Wählen ein Geschenk und die Grünen würden bis zur letzten Minute kämpfen.
Inmitten eines Ost-Wahlkampfs, in dem die Grünen in Sachsen und Thüringen mit schwachen Umfragewerten zu kämpfen haben, versuchte Baerbock, die Lage als weniger aussichtslos darzustellen, als sie eigentlich ist. Die Grünen stehen aktuell in Sachsen bei fünf Prozent, in Thüringen sogar nur bei drei Prozent. Baerbocks größte Sorge: Ein Landtag, in dem nur noch die CDU, die AfD und das BSW vertreten sind.
Laut Baerbock hätte Deutschland ein Problem, wenn es einen Landtag gebe, der nur aus CDU, AfD und BSW bestehen würde. Dies würde für Probleme bei der Ukraine-Unterstützung, aber auch zu Problemen im Pazifik und Afrika sorgen. Sie appellierte an die Wähler, sich bewußt zu machen, welche Konsequenzen ein Wahlerfolg der AfD und BSW haben könnte.
Baerbock kritisierte auch den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer: "Wenn

man sich die ganze Zeit so intensiv mit Außenpolitik beschäftigen kann, dann scheint es ja keine anderen Probleme in Sachsen zu geben", so Baerbock.
Gleichzeitig versuchte sie, die Wähler für die langfristigen Risiken einer weiteren Stärkung der AfD und BSW zu sensibilisieren. Sie sprach von den Gefahren, die eine solche Entwicklung für die demokratischen Grundwerte darstellen könnte.
Die Veranstaltung drehte sich auch um die Frage, wie die Grünen ihre Positionen in einer zunehmend polarisierten politischen Landschaft verteidigen können. Die anschließende Fragerunde, in der Baerbock und die sächsischen Spitzenkandidaten auf zuvor eingereichte Fragen antworteten, rückte erneut die Themen Sicherheit und Demokratie in den Mittelpunkt. Laut der Grünenpolitikerin würde es auf "jede Stimme ankommen", um den Einfluß vermeintlich extremistischer Parteien zu begrenzen.
Zum Ende ihrer Rede griff Baerbock den Merkel-Satz "Wir schaffen das" auf und appellierte an den Zusammenhalt der demokratischen Kräfte. Sie betonte, daß die bevorstehenden Wahlen entscheidend seien für die Zukunft Deutschlands und rief die Wähler dazu auf, ihre Stimme abzugeben, um eine Regierungsbeteiligung von AfD und BSW zu verhindern.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 28. August 2024 (x1.395/…): >>**Berühmter US-Publizist: Merkel hat als US-Marionette die Welt dem Krieg ausgeliefert**
Herbert Ludwig
Bereits vor zehn Jahren, unmittelbar nach dem Maidan-Putsch des Westens in der Ukraine, schrieb Paul Craig Robert weitsichtig, wohin die Entwicklung führen werde. Als früherer stellvertretender Finanzminister der Regierung Reagan, Ökonom und Publizist, hat kaum jemand in der politischen Elite der USA einen solch unabhängigen, klaren Blick auf die kriegerische Geopolitik der Regierung in Washington, die er unverblümt "kriminell und wahnsinnig" nennt. Es ist erstaunlich, wie kühn und furchtlos er die Dinge immer wieder beim Namen nennt und hier auch den Deutschen den Spiegel vorhält. Wir übernehmen nachfolgend seinen Artikel vom 13. März 2014, auf den antikrieg.com hingewiesen hat. (hl)
Das Versagen der deutschen Führung
Merkel prostituiert sich für Washington
von *Paul Craig Roberts*
13. März 2014
Washington, unterstützt von seinen willfährigen, aber dummen NATO-Marionetten, treibt die ukrainische Situation in Richtung Krieg.
Die deutsche Kanzlerin hat gegenüber ihrem Land, Europa und dem Frieden in der Welt versagt. Deutschland ist die Stärke der EU und der NATO. Hätte Merkel "Nein" gesagt zu Sanktionen gegenüber Rußland, so wäre es das Ende der Krise gewesen, die Washington zusammenbraut, einer Krise, die kaum ohne einen Krieg beendet werden kann.
Aber Merkel hat die Souveränität der deutschen Nation aufgegeben und das Schicksal Deutschlands an eine Provinz im amerikanischen Imperium abgetreten. So haben Merkel und die schwache deutsche Führung die Welt dem Krieg ausgeliefert. Nachdem Deutschland bereits für den 1. und 2. Weltkrieg verantwortlich gemacht wurde, wird es das nun auch für den 3. (Weltkrieg).
Washingtons mißlungener Staatsstreich in der Ukraine hat Washington die Krim gekostet, die Washington vor allem deshalb haben wollte, um Rußland seinen Warmwasser-Flottenstützpunkt am Schwarzen Meer zu entreißen. Darüber hinaus riskiert der mißglückte Sturz einer gewählten Regierung in der Ukraine auch die russischen Städte in der Ostukraine zu verlieren. Wie die Krim ist auch die Ostukraine mehr russisch als ukrainisch.
In einem offensichtlich fruchtlosen und sinnlosen Versuch, die Krim zurückzuholen, verlangt Washington von Rußland, auf der Krim zu intervenieren und die Abspaltung der Krim von der

Ukraine zu verhindern. Für den Fall, daß sich die russische Regierung weigert, den Anweisungen Washingtons Folge zu leisten, hat Washington angekündigt, gegen Rußland "schädliche Sanktionen" zu verhängen. Anfangs waren die EU-Länder nicht bereit, mit Washington mitzugehen, aber mit Bestechungen und Drohungen hat Washington Merkel gefügig gemacht und seine europäischen Marionetten dazu gebracht, den Befehlen zu folgen.
Washington ist sich bewußt, daß Wirtschaftssanktionen für Rußland eine weitaus geringere Bedrohung darstellen als der Verlust seines Marinestützpunkts im Schwarzen Meer. Washington weiß auch, daß Putin die Millionen von Russen in der Ost- und Südukraine unmöglich der Gnade der antirussischen und nicht gewählten Regierung in Kiew überlassen kann, die von Washington eingesetzt wurde. Da Washington weiß, daß seine Sanktionsdrohung leer ist, warum hat es sie dann verhängt?
Die Antwort lautet, um die Krise in einen Krieg zu treiben. Washingtons neokonservative Nazis haben schon seit langem auf einen Krieg mit Rußland hingearbeitet. Sie wollen einen der drei verbliebenen Hemmnisse (Rußland, China, Iran) für Washingtons Welthegemonie beseitigen. Washington will die BRICS (Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika) sprengen, bevor diese Länder einen separaten Währungsblock bilden und die Verwendung des US-Dollars vermeiden.
Rußland wird auf die Sanktionen Washingtons in gleicher Weise reagieren. Die europäischen Völker und die westlichen Banken und Unternehmen werden Verluste erleiden. Es wird mindestens zwei oder drei Jahre dauern, bis Washington über Wege verfügt, um US-Erdgas, das durch Fracking und die Verseuchung der US-Wasserversorgung gewonnen wurde, nach Europa zu liefern, um die von Rußland unterbrochene Energieversorgung Europas zu kompensieren.
Die westlichen presstituierten Medien werden die russische Reaktion auf die Sanktionen dramatisieren und Rußland dämonisieren, während sie ignorieren, wer den Kampf begonnen hat, und damit Washington helfen, die Amerikaner auf einen Krieg vorzubereiten. Da es sich keine der beiden Seiten leisten kann, den Krieg zu verlieren, werden Atomwaffen zum Einsatz kommen. Es wird keine Gewinner geben.
All dies ist völlig klar, genauso wie die offensichtlichen Konsequenzen aus den Ereignissen, die zum Ersten Weltkrieg führten. Heute wie damals sind die Menschen, die das Ende absehen, machtlos, es zu verhindern. Der Wahn regiert. Arroganz und Selbstüberschätzung nehmen überhand. Erklärungen und Handlungen werden immer unverantwortlicher, und dann ist die Hölle los, um dafür zu bezahlen.
Die Amerikaner und Europäer würden, wenn sie überhaupt ein Bewußtsein hätten, auf den Straßen sein und gewaltsam gegen den kommenden Krieg protestieren, in den die wahnsinnigen Verbrecher in Washington die Welt treiben.
Statt dessen lügen die deutsche Kanzlerin, der französische Präsident, der britische Premierminister und die westlichen Lügenmedien weiter: Es sei legitim, daß der Westen den Serben das Kosovo und der Ukraine die Regierung stehle, aber es sei nicht legitim, daß die russische Bevölkerung der Krim ihr Selbstbestimmungsrecht ausübt und zu Rußland zurückkehrt. Washington und seine EU-Hampelmänner besitzen sogar die Dreistigkeit, nach dem Sturz einer gewählten Regierung in der Ukraine und der Installierung einer nicht gewählten Regierung zu erklären, daß die Selbstbestimmung der Krim gegen die ukrainische Verfassung verstoße, die nicht mehr existiert, weil Washington sie zerstört hat.
Die kriminelle, wahnsinnige Regierung in Washington hat den russischen Bären in die Enge getrieben. Der Bär wird nicht kapitulieren. Quelle*: THE FAILURE OF GERMAN LEADERSHIP Merkel Whores For Washington | (paulcraigroberts.org)*
Übersetzt mit Hilfe von Deepl.
Siehe auch antikrieg.com: Gegen Krieg und gegen Kriegsverbrecher (antikrieg.com)<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30275" berichtet am 28. August 2024 (x1.389/…): >>**Schwerste Impfschäden an Kindern und Jugendlichen nach mRNA-Corona-Impfung!**

Seit Januar 2024 ist die Corona-Impfung ein wichtiger Bestandteil des nationalen Impfprogramms in Brasilien und wird an Schulen verpflichtend umgesetzt. Das heißt: Kinder im Alter zwischen 6 Monaten und 5 Jahren werden mit einem experimentellen mRNA-Impfstoff geimpft. Um beurteilen zu können, ob diese Maßnahme Sinn macht, rufen wir in Erinnerung, was schon bekannt ist:

Im Rahmen der Corona-Pandemie im Jahr 2019 begann man Erwachsenen mittels der erst bedingt zugelassenen mRNA-basierten Impfstoffe gegen COVID-19 zu impfen.

Von Beginn an warnten Fachleute wie z.B. Prof. Dr. Sucharit Bhakdi vor dem Einsatz des experimentellen mRNA-Impfstoffes an Menschen. Die eingeblendete Sendung berichtete darüber. (Corona-Szenario: Bedeutende Fachstimmen melden sich zu Wort www.kla.tv/16026)

Ungeachtet dieser warnenden Stimmen wurde ab Dezember 2021 in Deutschland und ab Januar 2022 in der Schweiz begonnen, den mRNA-basierten Corona- Impfstoff auch bei Kindern einzusetzen. Dies, obwohl die Oxford-Akademie schon im November 2020 Studien veröffentlicht hatte, die zeigten, daß die Reaktion von Kindern zwischen 6-13 Jahren auf COVID-19-Erkrankungen in etwa 40 % der Fälle asymptomatisch verlief. In den anderen Fällen zeigten sie einen milden Verlauf.

Heute, ein paar Jahre nach der breitflächigen Anwendung des mRNA-Impfstoffes gegen COVID-19 auch bei Kindern, liegen Fakten aus Studien vor, die bezüglich Nebenwirkungen der COVID-19-Impfung an Kindern nicht erschreckender sein könnten. Nichtsdestotrotz empfiehlt das Robert Koch-Institut in Deutschland weiterhin die mRNA-Corona-Impfung bei Kindern, die ein geschwächtes Immunsystem haben.

Nachfolgend Fakten und Studien zu Impfschäden an Kindern und Jugendlichen nach der mRNA-Corona-Impfung:

Todesfälle

Junge Menschen, die mehrere COVID-Impfungen erhalten hatten, starben signifikant häufiger als diejenigen, die sich nicht impfen ließen, so die Daten des britischen Office for National Statistics. Die Daten umfassen Todesfälle nach Impfstatus vom 1. April 2021 bis zum 31. Mai 2023, als die COVID-19-Impfkampagne in vollem Gange war.

Eine Analyse von The Exposé, eine alternative Zeitung im Internet, ergab, daß im Februar 2023 die Sterblichkeitsrate bei Jugendlichen, die vier COVID-19-Impfungen erhalten hatten, um 318 % höher war als bei der nicht geimpften Gruppe.

Andere Forschungsarbeiten ergaben, daß für jedes gerettete Leben durch die mRNA-COVID-19-Impfung fast 14-mal mehr Todesfälle verursacht wurden. Die Autoren der Studie forderten nicht nur ein weltweites Moratorium für mRNA-COVID-19-Impfungen, sondern sagten auch, daß die Impfungen sofort aus dem Impfplan für Kinder gestrichen und Auffrischungen ausgesetzt werden sollten. Sie schrieben: "Es ist unethisch und skrupellos, einem Kind einen experimentellen Impfstoff zu verabreichen, bei dem das Risiko, an COVID-19 zu sterben gegen Null geht, aber das Risiko dauerhafter Herzschäden auf der Grundlage der besten verfügbaren vorausschauenden Daten bei 2,2 Prozent liegt."

Krampfanfälle, allergischer Schock

In einer Studie unter der Leitung von Dr. Julia Hippisley-Cox, Professorin für klinische Epidemiologie an der Universität von Oxford, wurden Daten bis zum 7. August 2022 untersucht. Die Daten umfaßten eine Bevölkerung von fast 5,2 Millionen Kindern in England. Die Analysten verglichen geimpfte mit ungeimpften Kindern. Geimpfte Kinder wurden häufiger im Krankenhaus behandelt, u.a. wegen Krampfanfällen, schwerer allergischer Schocks und Blinddarmentzündungen.

Eine norwegische, landesweite, registergestützte Studie ergab, daß Kinder ab 12 Jahren, die die mRNA-COVID-Spritzen von Pfizer/BioNTech und Moderna erhalten hatten, ein höheres Risiko haben, an einer Reihe von schwerwiegenden Nebenwirkungen zu erkranken. Dazu gehören unter anderem: schwerer allergischer Schock, Herzmuskelentzündung, akute Blinddarmentzündung, Epilepsie, und mehr. Die Studienpopulation umfaßte 500.000 Kinder, die zwischen 2002 und 2009 geboren wurden und 2021 oder 2022 eine mRNA-COVID-Impfung erhielten.
Auch in Niedersachsen in Deutschland meldete die dortige Landesregierung auf Anfrage im Juli 2023, daß seit 2021 fast 10.000 Kinder und Jugendliche wegen Impfnebenwirkungen ärztlich behandelt werden mußten. Hochgerechnet auf ganz Deutschland - in Niedersachsen lebt etwa ein Zehntel der Kinder - ist mit etwa 100.000 Impfschäden bei Personen unter 18 Jahren zu rechnen!
Herzmuskelentzündung, Schlaganfall
Eine weitere Studie der Oxford-Universität analysierte offizielle Regierungsdaten von über 1 Million englischer Kinder und Jugendlicher. Dabei traten nur bei geimpften Kindern Fälle von Herzmuskel- und Herzbeutelentzündungen auf. Nach der ersten Impfstoffdosis traten in 27 Fällen pro 1 Million Geimpfter diese Erkrankungen auf und nach der zweiten Impfung 10-mal pro 1 Million Fällen.
Auch eine Gruppe von Herzspezialisten und Kinderärzten aus Hongkong veröffentlichte eine Studie zum Thema Herzmuskelentzündung bei Kindern und Jugendlichen nach der COVID-19-Impfung. Sie zeigten, daß noch Monate nach der durch den Impfstoff ausgelösten Herzmuskelentzündung Schäden am Herzen nachweisbar sind. Bei 19 von 26 Teilnehmern war eine Vernarbung am Herzmuskel nachweisbar.
Das US-amerikanische VAERS System ist das amerikanische Meldesystem für unerwünschte Nebenwirkungen nach Impfungen. Bis im Dezember 2021 erhielt VAERS mehrere hundert Berichte über Herzmuskelentzündungen und Schlaganfällen nach Impfung bei Kindern von 5 bis 17 Jahren.
Die Homepage "Health Impact News" hat schwerste und tragische Schicksale von Kindern zusammengetragen. Unter anderem ein 8-jähriges Mädchen, das nach der COVID-19-Impfung von Pfizer einen Schlaganfall mit Hirnblutung erlitt.
Fehlgeburten, Todesfälle bei Kleinkindern
Auch ungeborene Kinder sind von den mRNA-Corona-Impfungen betroffen.
Auswertungen offizieller kanadischer Regierungsdaten durch Dr. Naomi Wolf zeigen, daß ein hoher Prozentsatz schwangerer Frauen nach der Corona-mRNA-Impfung Fehlgeburten und andere Fortpflanzungsstörungen erlitten. Sie verglich Daten von 6 Millionen Patienten in Ontario Kanada im Zeitraum von 2015 bis 2022. Über 85 % der Einwohner Ontarios erhielten bis März 2022 zwei Dosen des Corona-Impfstoffes. Somit war es möglich, Daten einer ungeimpften Bevölkerung aus den Jahren 2015 bis 2019 mit Daten einer geimpften Bevölkerung aus den Jahren 2021 bis 2022 zu vergleichen. Im Datenvergleich zeigte sich ein deutlicher Anstieg von spontanen Aborten und Fehlgeburten bis zur 19. Schwangerschaftswoche.
Im Juni 2024 berichtete Dr. Michael Nevradakis im Online-Magazin "The Defender" zu Recherchen im VAERS, dem amerikanischen Meldesystem für unerwünschte Nebenwirkungen durch Impfstoffen Folgendes: "Es gibt ungefähr 418 ordnungsgemäß dokumentierte Todesfälle bei Kindern unter 18 Jahren nach der COVID-Impfung. Und es gibt weitere, ungefähr 120 Todesfälle bei Kindern, bei denen es in der zusammenfassenden Erzählung heißt: 'Kind, Säugling, Neugeborenes, Baby'."
Insgesamt geht der VAERS Analyst Albert Benavides davon aus, daß die Todesfälle nach COVID-Impfungen bei Kindern viel höher liegen. Laut eines Harvard-Berichtes aus dem Jahr 2011 werden weniger als 1 % aller unerwünschten Impfnebenwirkungen an VAERS gemel-

det.
Sehr geehrte Damen und Herren, diese Sendung kann nur ein Bruchteil der Nebenwirkungen durch die mRNA-Corona-Impfungen an Kindern aufzeigen. Dabei ist auch wichtig, daß man sich bewußt macht, daß die Corona-Erkrankung in fast allen Fällen bei Kindern milde oder asymptomatisch verläuft. Trotzdem wurde die mRNA-Corona-Impfung bei den Kindern weltweit empfohlen!
Es stellt sich die Frage: Wie ist es möglich, daß unter solch erdrückender Sachlage die mRNA-Corona-Impfung bei Kindern und Jugendlichen sowie bei schwangeren Frauen weltweit nicht verboten wird?
Es gibt dafür mehrere Gründe:
Die Resultate der Studien werden der Bevölkerung größtenteils vorenthalten und nicht verständlich gemacht.
Die Hauptmedien kommen ihrer Aufgabe nicht nach, die Bevölkerung darüber zu informieren. Die Folge ist, daß solche Studien fast ausschließlich von alternativen Medien aufgegriffen und nur dort veröffentlicht werden!
Helfen Sie deshalb mit und verbreiten Sie diese Fakten zu den schweren Impfnebenwirkungen bei Kindern. Sie helfen damit, großes Leid bei Kindern und ihren Familien zu verhindern. Es sind äußerst tragische Schicksale, wenn weltweit vorher gesunde Kinder an einer mRNA-Corona-Impfung sterben.
Schlieβlich gehört die mRNA-Corona-Impfung abgeschafft, denn sie ist ein gentechnischer Eingriff an Kindern und Erwachsenen! Sehen Sie dazu auch die eingeblendete Sendung. (Gentechnik am Menschen durch mRNA-basierte "Impfstoff-Technologie"! www.kla.tv/28669).<<

29.08.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. August 2024 (x1.390/…): >>**Straßenfeste wegen Migrantengewalt abgesagt: Wir machen Deutschland wieder sicher!**
Eine größere Bankrotterklärung für CDU und Ampel könnte es kaum geben: Aus Angst vor Migrantengewalt wurde jetzt in Hamburg ein dreitägiges Straßenfest abgesagt. Das jüdische Grindelfest wird trotz Unterstützung durch Polizei und Sicherheitsdienst nicht stattfinden, weil die Veranstalter das Risiko nach dem Solinger Messerangriff als zu hoch einstufen. Weil die Bundesregierung und sämtliche 16 Landesregierungen ihre Arbeit nicht machen und nicht für sichere Grenzen und konsequente Abschiebungen sorgen, wird das Leben der rechtstreuen Bürger immer weiter eingeschränkt.
Kurz nach dem dreifachen Messermord durch einen Syrer hatten neben Solingen auch die umliegenden Städte Haan und Hilden ihre Veranstaltungen abgesagt, weil der Täter zu diesem Zeitpunkt noch nicht gefaßt war. Weitere Städte reagieren nun mit vermeintlichen Sicherheitsmaßnahmen, die ein Ausdruck der völligen Hilflosigkeit sind: In der nordrhein-westfälischen Stadt Senden sollen bei "Street live" unter anderem Wassertanks als Absperrungen aufgestellt werden.
In Dülmen sollen hydraulische Poller zum Einsatz kommen, die der Volksmund einst "Merkelpoller" nannte. Doch was für eine Atmosphäre wird auf unseren Stadtfesten geschaffen, wenn die Besucher sich irgendwann vorkommen werden wie in einem Kriegsgebiet?
Die AfD wird mit einer konsequenten Sicherheits- und Migrationswende dafür sorgen, daß unsere Polizisten künftig nicht mehr in Freibädern oder auf Straßenfesten benötigt werden - sondern in erster Linie an der Grenze. Wer keinen Asylgrund hat und sich illegal in unser Sozialsystem hineinschleichen will, der darf erst gar nicht auf deutsches Staatsgebiet gelangen. Und wer bereits hier ist und sich illegal hier auffällt oder straffällig geworden ist, der muß seine Aufenthaltserlaubnis verlieren und konsequent abgeschoben werden.
Das ist der Weg der AfD: Wir geben unser Land nicht preis. Ampel und CDU stehen hingegen

nur für die völlige Kapitulation unseres Landes - allen Nebelkerzen zum Trotz!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. August 2024 (x1.391/…): >>**Reul (CDU): Messer-Killer von Solingen hat sich nicht gestellt - Syrer erhielt weiter Asyl-Stütze**

Der Messer-Killer von Solingen hat sich nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Reul (CDU) nicht selbst gestellt. Der Syrer sei einer Polizeistreife am vergangenen Samstagabend "verdächtig" vorgekommen und "sofort festgenommen" worden, sagte Reul am Donnerstag (29. August) in einer Sondersitzung des Innenausschusses im Düsseldorfer Landtag. Er korrigierte damit anderslautende Medienberichte.

Außer Reul mußte sich auch NRW-Integrationsministerin Josefine Paul ("Grüne") den Fragen der Abgeordneten stellen. Die Ökosozialistin steht wegen eklatanter Behördenversäumnisse bei der gescheiterten Abschiebung des Syrers Issa al Hasan (26) politisch unter Druck.

"Ungünstige Zufälle"

In ihrem Statement redete sich Paul erneut damit heraus, daß die fehlgeschlagene Rückführung des Syrers an "dysfunktionalen Verfahrensweisen" zwischen Behörden in Bund und Ländern gelegen habe. Nach den Worten der "Grünen" lag eine "Fallkonstellation" vor, bei der "viele ungünstige Zufälle möglicherweise zusammengekommen sein könnten".

Messer-Killer erhielt weiter Asyl-Stütze

Wie die "Bild-Zeitung" erfahren haben will, soll der Messer-Terrorist von Solingen bis zuletzt Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben. Obwohl der Syrer am Tag seiner geplanten Abschiebung im Juni 2023 nicht anzutreffen war, seien die Zahlungen nicht eingestellt oder gekürzt worden. Ihm hätten demnach weiterhin 368 Euro im Monat zugestanden, heißt es in dem Bericht.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. August 2024 (x1.391/…): >>**Schaut genau hin, Ihr Asyl-Versager: Das sind die Toten von Solingen - Es sind Eure Toten!**

"Das werden wir nicht vergessen!", tönte der an Erinnerungsschwäche leidende Kanzler bei seiner Stipp-Visite in Solingen im Rahmen des politischen Trauer-Tourismus. Das Versprechen von Olaf Scholz (SPD) hat nicht von "Zwölf bis Mittag" gehalten, wie das neuerliche, nur noch unerträgliche Asyl-Gewürge der Altparteien zeigt. Schauen Sie genau hin, Herr Scholz, Herr Wüst, Frau Faeser: Das sind auch Ihre Toten!

Die Apothekerin Ines W.

Ines W. (56) liebte das Kanufahren. Sie war Mitglied des örtlichen Kanuvereins, trainierte mehrmals in der Woche. Sie widmete ihr "Berufsleben mit großer Hingabe der Gesundheit und dem Wohl der Menschen", schreibt die Apothekerkammer Nordrhein in ihrem Nachruf. Apothekerin Ines W. war mit ihrem Ehemann und Freunden auf dem Solinger Stadtfest unterwegs, als sie von dem syrischen Messer-Terroristen Issa al Hasan (26) direkt vor einer Konzert-Bühne in den Hals gestochen wurde und in den Armen ihres Mannes starb. Einem Killer, der einzig aus einem Grund noch in Deutschland war: Weil die Asyl-Behörden und der Staat wieder einmal versagt haben!

Der Rentner Stefan S.

Stefan S. (67) liebte Musik und freute sich auf das Stadtfest ("Festival der Vielfalt"). Vor drei Jahren war er als Einkaufsleiter eines Kalkwerkes in den Ruhestand gegangen. Nach seinem Ruhestand brachte er seinen ehemaligen Kollegen oft Kuchen vorbei. Er begeisterte sich für Snooker (eine Art Billard) und alte Straßenbahnen. An der Trauerstelle vor der Kirche haben Freunde ein gerahmtes Foto des lebenslustigen Rentners aufgestellt, eine Schleife und einen Text, der ein einziger Aufschrei ist: "Ermordet worden!" Die Firmenleitung trauert: "Du warst uns Kollege und Freund zugleich…sowie ein Mensch, der Werte wie Offenheit und Toleranz gelebt hat."

Ein Ersthelfer berichtet: "Er ist in meinen Armen gestorben." Der Helfer selbst brach vor Schmerz zusammen und mußte im Krankenhaus behandelt werden. Trauernde stellten ein Foto des ermordeten Rentners mitten ins Blumenmeer.

Der Alt-Rocker Florian H.

Florian H. (56) pendelte fast jeden Tag von seiner Wohnung in Düsseldorf nach Solingen. Er war - so beschreiben ihn Freunde - ein lebenslustiger Alt-Rocker mit Pferdeschwanz, spielte gerne Gitarre. Er war fast nur auf seinem Rad unterwegs, hielt nicht viel von Autos. Mag sein, daß er linksgrün tickte - so aber hat er sich das "Festival der Vielfalt" ganz bestimmt nicht vorgestellt!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. August 2024 (x1.391/…): >>**Anzeigenkampagne gestartet: EDEKA warnt vor der AfD sowie blauem Obst und Gemüse**

29. August 2024

In ganzseitigen Anzeigen warnt der Lebensmittelkonzern EDEKA vor der Wahl der AfD. Die "Blauen" seien wie bei Obst und Gemüse die "größte Bedrohung". Doch damit blamiert sich der Konzern - nicht nur wegen der Blaubeeren.

BERLIN. Die Lebensmittelkette Edeka hat vor den drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg eine Anzeigenkampagne gegen die AfD gestartet. Darin heißt es: "Nicht nur bei Obst und Gemüse ist Blau der natürliche Feind gesunder Vielfalt. In Deutschland sind 'die Blauen' schon heute die größte Bedrohung einer vielfältigen Gesellschaft." Das Inserat erschien am Donnerstag unter anderem in der FAZ auf einer ganzen Zeitungsseite.

In dem von Bildern mit Obst und Gemüse umrahmten Text steht ein deutlicher Wahlaufruf: "Laßt uns also zu den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September die Warnhinweise richtig lesen - und für ein verträgliches Miteinander sorgen. Denn: Wir lieben Vielfalt."

Edeka: Blaubeeren sind nicht blau

Edeka behauptet, man verkaufe so etwas nicht: "Denn blaue Lebensmittel sind ein Warnhinweis der Natur, der uns sagt: 'Achtung! Ich könnte unverträglich sein'!" Doch was ist zum Beispiel mit Blaubeeren? Diese trügen "zwar 'Blau…' im Namen, aber nicht in den Farbpigmenten", heißt es gegen mögliche offensichtliche Einwände am unteren Rand der Anzeige. Der Konzern bezieht sich dabei auf "die Wissenschaft", auf die "man bekanntlich viel öfter hören" sollte.

Doch die These scheint gewagt: Denn Experten sagen das Gegenteil. Gerade wegen der Pflanzenfarbstoffe "Anthocyane" seien blaue Lebensmittel "gesund", steht zum Beispiel auf der Seite der Krankenversicherung Pronova BKK. "Anthocyane" stammt aus dem Altgriechischen und bedeutet "dunkelblau" bzw. "schwarzblau".

BKK: Blaue Lebensmittel sind Wunderwaffen

Und so schreibt die BKK weiter: "Zum Glück weiß man heute, daß viele blaue bzw. violette Lebensmittel durchaus lecker und gesund sind." Aufgrund der Anthocyane gelten sie "vielfach sogar als Anti-Aging-Wunderwaffen".

Außerdem werde ihnen "eine vorbeugende Wirkung vor frühzeitiger Hautalterung nachgesagt und ein positiver Einfluß auf die Blutgefäße". Darüber hinaus verbesserten blaues Obst und Gemüse "die Sehkraft und das Gedächtnis" und wirkten "entzündungshemmend".

Auch foodwissen.de lobt "blaues Obst" und stellt seinen Lesern "sechs gesunde Sorten" vor: Blaubeeren, blaue Trauben, blaue Pflaumen, blauer Holunder, blaue Java-Bananen und blaue Heckenkirschen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. August 2024 (x1.391/…): >>**Endstation Blackrock-Koalition: Wer CDU wählt, bekommt "Schwarz-Grün"**

Der frühere Blackrock-Aufsichtsratsvorsitzende, CDU-Chef und Möchtegern-Kanzler Friedrich Merz ist ein schlauer Taktiker. Nach den islamistischen Terrormorden von Solingen warf

er der untergehenden SPD den Köder einer Neuauflage des schwarz-roten Bündnisses hin, um der Öffentlichkeit vorzugaukeln, auf diese Weise könne gegen die "Grünen" die tödliche Politik der schrankenlosen Massenmigration korrigiert werden.
Merz schob dazu noch das Pseudo-Eingeständnis hinterher, seine Partei sei "nicht unschuldig" an den "Problemen". Eine verharmlosende Anspielung auf Merkels Willkommensputsch, der Millionen Migranten zusätzlich regellos ins Land geholt, die innere Sicherheit zerstört, die Sozialsysteme massiv beschädigt und hunderte Tote, tausende Opfer von Sexualverbrechen und unzählige zerstörte Seelen unter der einheimischen Bevölkerung gefordert hat.
Ein Täuschungsmanöver nach Unions-Art, nichts weiter. Daß Scholz nicht das Todesurteil für seine Koalition und die eigene Karriere unterschreiben würde, konnte sich jeder vorher ausrechnen. Und die Merkel-Jünger sind in der CDU aktiv und einflußreich wie eh und je, einschließlich des Ministerpräsidenten und Abschiebe-Blockierer Hendrik Wüst in NRW.
Merz hat weder die Kraft noch den Willen, mit der Merkel-Truppe zu brechen und in der CDU eine echte Abkehr vom Merkel-Kurs durchzusetzen. Denn Friedrich Merz will vor allem eines: Kanzler werden. Und dafür, glaubt er, braucht er die "Grünen" noch und will sich deshalb nicht ernsthaft mit ihnen und mit dem "grünen-freundlichen" Merkelblock in der eigenen Partei anlegen.
Die "Grünen" haben in den letzten fünfundzwanzig Jahren die politische Richtung bestimmt, egal ob der Kanzler Schröder, Merkel oder Scholz hieß. Die gesellschaftliche Macht der "Grünen", die sie über ihre Fußtruppen und Sympathisanten in den Medien, im Bildungsbetrieb und in der auf ihr Betreiben mit viel Steuergeld aufgebauten und gedüngten "Zivilgesellschaft" ausüben, geht weit über ihre längst wieder schrumpfenden Stimmenanteile bei Wahlen hinaus.
Wer immer diesen Augiasstall einmal ausmisten und Deutschland wieder auf die Beine bringen soll - Friedrich Merz wird es nicht sein. Hinter den Kulissen hat sich Merz längst mit den "Grünen" arrangiert. Seit Monaten hatte er die - ohnehin nicht allzu zahlreichen - verbalen Angriffe auf die "Grünen" eingestellt.
Den Sommer hatte Merz zu einer Reihe von Treffen mit "Spitzen-Grünen" genutzt. Die wurden zuletzt so übermütig, daß sie in der Öffentlichkeit schon Angebote für eine Koalition mit der CDU machten und voller Vorfreude über ihre Pläne in einer solchen künftigen Regierung plauderten.
Co-Parteichef Omid Nouripour erklärte im Dauer-Haushaltsstreit in der Ampel die Dreier-Koalition zur "Übergangsregierung", Fraktionschefin Katharina Dröge wünschte sich für die nächste Regierung einen Koalitionspartner, mit dem man "respektvoll, vertrauensvoll, verbindlich und kollegial" umgehen könne. Das ist gerade mal eine Woche her.
Wen sie damit meinte, war für jedermann leicht erkennbar: Die Union, die in NRW, Schleswig-Holstein und Hessen dem kleineren "grünen" Regierungspartner aus der Hand frißt und ihm alle Wünsche erfüllt, vom radikal vorangetriebenen "Klima- und Energiewende-Plan" über eine laxe Migrationspolitik bis zur fleißigen Einrichtung von "Meldestellen" für Abweichler von der "grünen" Lehre in Nordrhein-Westfalen.
Dessen "grün" durchdrungener Ministerpräsident Hendrik Wüst muß nach Solingen zwar vorübergehend etwas kleinere Brötchen backen und auch irgendwas Schein-Entschlossenes zur Migrationspolitik sagen, die Zusammenarbeit mit den "Grünen" stellt aber weder Wüst in Frage noch irgendein anderer Merkelianer unter den mächtigen CDU-Ministerpräsidenten, weder Genosse Daniel Günther in Schleswig-Holstein noch Boris Rhein in Hessen
Die Bereitschaft für Koalitionen mit den "Grünen" ist nach wie vor groß im Machtapparat der Union und bei ihren Landesfürsten. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann schließt "Schwarz-Grün" auf Bundesebene zwar immer wieder mal mit markigen Worten aus; aber Linnemann gilt längst als Kubicki der CDU, der rhetorische Nebelkerzen schießt, wenn der

Kurs der Partei die Basis zu verprellen droht. Wenn Linnemann etwas weit von sich weist, ist das ein um so deutlicherer Hinweis, daß erst recht etwas im Busch ist.
Ähnlich gering ist der Marktwert von Sprüchen des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chefs Markus Söder, der das Anbiedern der "Grünen" als "peinlich" kritisiert und "Kein 'Schwarz-Grün' nach der nächsten Wahl" verspricht. Die Wendehals-Eigenschaften des Markus Söder sind schließlich hinlänglich bekannt: Wenn es der Machterhalt nötig erscheinen läßt, wird auch er wieder Bäume umarmen.
Friedrich Merz wird allerdings niemand groß zwingen müssen, wenn sich die Möglichkeit bietet, mit "grüner" Hilfe doch noch einmal Kanzler zu werden. Mit Deindustrialisierungsminister Robert Habeck versteht Merz sich bestens; daß die beiden hinter den Kulissen häufig die Köpfe zusammenstecken, ist in Berlin schon länger kein Geheimnis mehr.
Blackrock verbindet. Merz, der Blackrock-Lobbyist und langjährige Aufsichtsratsvorsitzende, und Habeck, der die Blackrock-Ökonomin Elga Bartsch zur Chefin der Grundsatzabteilung in seinem Ministerium gemacht hat, können miteinander.
Habeck erzählt in den Medien schon voller Genugtuung, was in der nächsten Bundesregierung alles möglich sein könnte - neue Sonderschulden für den Klima-Wahn zum Beispiel unter Aushebelung der Schuldenbremse.
Habeck geht also fest davon aus, auch in der nächsten Bundesregierung zu sitzen, und das mit der CDU als willfährigerem Koalitionspartner. Hinter den Kulissen wurden offenkundig schon konkrete Zusagen gemacht. Die Medienkampagne, mit der "grünen-freundliche" Medien in den letzten Wochen Robert Habeck zum Kanzlerkandidaten und Fast-schon-Kanzler der "Grünen" hochgeschrieben haben, trägt weiter dazu bei, den Boden für eine "schwarz-grüne" Regierung zu bereiten.
Faktisch ist "Schwarz-Grün" längst schon Realität. Das hat zuletzt die Installierung Ursula von der Leyens für eine zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsidentin erwiesen, die von den "Grünen" maßgeblich ermöglicht wurde - im Gegenzug wurden dann CDU/EVP-Wahlversprechen wie das Kippen des Verbrennerverbots gleich wieder kassiert.
Bei der Kriegstreiberei gegen Rußland und beim Anheizen des Ukraine-Kriegs mit neuen Waffenlieferungen, zerstörerischen Sanktionen und radikalen Forderungen lassen sich "Grüne" und CDU heute schon von keinem übertreffen. Schon deshalb wäre eine "schwarz-grüne" Bundesregierung für Deutschland noch verheerender als die Ampel.
Mit "Schwarz-Grün" wird es keine Abkehr von Klimawahn und Transformation und auch keine Migrationswende geben. Die CDU wäre nicht einmal der Bremser, der so tut, als würde er "das Schlimmste" verhindern; sie würde die "grüne" Ideologie noch professioneller umsetzen, als es die "Grünen" jemals selbst könnten.
Vom Regierungshandwerk verstehen sie nämlich etwas bei der CDU, von Rückgrat und Prinzipientreue leider nicht. Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für noch mehr "Grün" an den Schalthebeln der Macht.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. August 2024 (x1.392/…): >>**Solingen**
Neue Erkenntnisse zur Festnahme von Al Hassan widersprechen Aussagen von ARD-Augenzeugen
Nach dem Attentat in Solingen strahlte die ARD in verschiedenen Beiträgen den Augenzeugenbericht eines Stefan aus, der angeblich sowohl die Festnahme sah, als auch mit dem entscheidenden Hinweis zur Identitätsfeststellung in Verbindung stand. Die neuen Informationen zur Festnahme von Al Hassan zeigen: Die Schilderungen von Stefan entsprechen wohl nicht ganz der Wahrheit.
Von *Redaktion*
...

Seit Donnerstag werfen jetzt bekannt gewordene Umstände bei der Festnahme von Issa Al Hassan Fragen auf. Entgegen früherer Berichte, wonach der 26-jährige Syrer sich freiwillig der Polizei gestellt haben soll, zeigen aktuelle Informationen der Welt, daß die Umstände seiner Festnahme anders verliefen. So habe sich Al Hassan laut den Informationen der Welt, die inzwischen von Innenminister Nordrhein-Westfalens Herbert Reul bestätigt wurden, nicht freiwillig gestellt.
Statt dessen heißt es jetzt, er habe sich in einem Gebüsch nahe dem Tatort versteckt, bevor er von den Einsatzkräften entdeckt und festgenommen wurde. Eine entscheidende Wendung in der Fahndung nach dem Islamisten brachte zudem, so die Welt, ein Hinweis eines ausländischen Geheimdienstes, der den deutschen Behörden Informationen zur Identifizierung des Täters lieferte.
Mit dieser Erkenntnis wird auch der Augenzeugenbericht, den die ARD in verschiedenen ARD-Beiträgen über die Festnahme von Al Hassan ausstrahlte, immer fragwürdiger. "Stefan" erklärte dort als Augenzeuge, er habe gesehen, wie sich der Täter der Polizei gestellt habe. "Dann hat sich ein Mann bemerkbar gemacht, hat auch einen Streifenwagen herbeigerufen, hat darauf gewartet, bis die Beamten zu ihm kommen, hat die Hände hinter dem Kopf verschränkt, ist auf die Knie gegangen und hat zu den Beamten gerufen: 'Ich bin der, den ihr sucht'," so der Mann in den ARD-Beiträgen. Die Informationen der Welt zeichnen nun ein ganz anderes Bild von dem Geschehen - und lassen Stefans Aussagen in ihrer Wahrhaftigkeit fragwürdig erscheinen.
Schon bei der Ausstrahlung des Augenzeugenberichts von Stefan war Skepsis entstanden - nicht, weil man den Ausführungen über die Festnahme nicht glaubte, sondern weil Stefan zweimal auftrat - beide Male als Augenzeuge für wesentliche Fortschritte in der Fahndung nach Al Hassan.
So gab Stefan an, nicht nur die Festnahme miterlebt zu haben, sondern führte in der "Aktuellen Stunde" beim WDR aus, daß sein Schwager die Jacke mit dem Portemonnaie von Al Hassan am Samstagmorgen beim Gassigehen fand und der Polizei aushändigte.
"Gestern Morgen war mein Schwager in seiner morgendlichen Runde mit dem Hund unterwegs und hat hier zu unserer linken Seite eine blutverschmierte Jacke gefunden. Daraufhin ist er ein Stück weiter hochgelaufen, wo ein Portemonnaie gefunden wurde. Bei diesem Portemonnaie war ein Aufenthaltstitel, was dann unmittelbar der Polizei ausgehändigt wurde bzw. übergeben wurde", so Stefan damals. Es sollte der entscheidende Hinweis auf die Identität von Al Hassan sein - gefunden durch seinen Schwager beim Gassigehen. Schließlich, als sei das nicht genug, sieht man Stefan dann auch noch im Hintergrund bei einem Bericht über die Demonstration gegen Rechts in Solingen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. August 2024 (x1.392/…):
>>**Ditib-Imam singt Koran-Verse bei Einschulungsfeier**
Während einer Einschulungsfeier in Stadtallendorf rezitierte ein Imam die erste Sure des Korans, "Al-Fatiha", vor den Schülern. Recherchen von Apollo News zufolge gehört dieser Imam zur lokalen DITIB-Moschee.
Von *Redaktion*
...
Während der Einschulungsfeier in einer Grundschule im hessischen Stadtallendorf rezitierte ein Imam vor den Schülern die erste Sure des Korans, die "Al-Fatiha". Apollo News-Recherchen zeigen, daß dieser Imam zur im Ort ansässigen DITIB-Moschee gehört.
"Im Namen Allahs, des Gnädigen, des Barmherzigen. Alles Lob gebührt Allah, dem Herrn der Welten, dem Gnädigen, dem Barmherzigen, dem Herrscher am Tag des Gerichts. Dir allein dienen wir, und Dich allein bitten wir um Hilfe. Führe uns auf den geraden Weg" heißt es. Schüler lauschten dem Imam, während dieser die Einleitung in den Koran sang.

Im Nachgang zu dieser öffentlichen Zeremonie gab es für die muslimischen Schüler noch eine Feier in der örtlichen DITIB-Moschee, wie aus Instagram-Beiträgen der Gemeinde hervorgeht. Die Nordschule reagierte auf eine Apollo News-Anfrage zunächst nicht.
In Hessen ist ein juristischer Streit um den islamischen Religionsunterricht entbrannt, bei dem der Moscheeverband DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) versucht, seinen Einfluß auf den Unterricht an Schulen zu sichern. DITIB, eine Organisation, die der türkischen Religionsbehörde untergeordnet und somit eng mit der Regierung Erdogans verbunden ist, möchte durchsetzen, daß hessische Schüler ausschließlich ihren bekenntnisorientierten Religionsunterricht besuchen und der staatlich organisierte, wissensorientierte Islamunterricht beendet wird.
Der Hintergrund dieses Konflikts geht auf das Jahr 2013 zurück, als Hessen die Zusammenarbeit mit DITIB beendete. Diese Entscheidung fiel aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken, die sich aus der engen Verbindung der Organisation zur türkischen Regierung ergaben. 2019 reagierte die hessische Landesregierung auf diese Situation, indem sie eine eigene, säkularisierte Version des islamischen Religionsunterrichts einführte. Dieser Unterricht sollte politisch neutral sein und wurde als Alternative zu dem von DITIB angebotenen Unterricht etabliert.
DITIB akzeptierte diese Entscheidung nicht und zog vor Gericht. Der hessische Verwaltungsgerichtshof entschied 2022, daß das Land Hessen nicht berechtigt sei, den Religionsunterricht von DITIB einzustellen, obwohl ein Gutachten eine mögliche politische Einflußnahme durch die Türkei andeutete. Das Gericht urteilte jedoch, daß eine Kooperation erst dann widerrufen werden könne, wenn eine konkrete politische Instrumentalisierung von DITIB Hessen nachgewiesen werden könne.
Aktuell besuchen etwa 2.200 Schüler den staatlichen Islamunterricht an 20 Grundschulen und fünf weiterführenden Schulen. Dieser Unterricht ist freiwillig und vorerst bis zum Schuljahr 2025/2026 befristet. Im Vergleich dazu zieht der bekenntnisorientierte Religionsunterricht, den DITIB in Kooperation mit dem Land anbietet, rund 1.700 Schüler an.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. August 2024 (x1.392/…):
>>**Mitarbeiter protestieren: Autozulieferer plant Abbau von bis zu 14.000 Stellen**
Der Autozulieferer ZF Friedrichshafen will bis 2028 bis zu 14.000 Stellen abbauen. Bislang hatte man in Mitarbeiterkreisen mit 12.000 gerechnet. Die Mitarbeiter des Industriegiganten protestieren.
Von *Redaktion*
...
Ein Schock für die Automobilzulieferer-Branche und viele Mitarbeiter: Der zweitgrößte deutsche Automobilzulieferer ZF Friedrichshafen steckt tief in der Krise und plant, in den kommenden Jahren bis zu 14.000 Arbeitsplätze abzubauen und ganze Werke in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu schließen. Zunächst war die Rede von bis zu 12.000 Stellen. Jetzt ist die Rede von 11.000 bis 14.000 Stellen, die bis 2028 in Deutschland abgebaut werden sollen, so der Plan des Unternehmens, das erst vor kurzem 1.500 Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt hatte.
Drei deutsche ZF-Werke sollen sogar komplett schließen - in Gelsenkirchen gehen damit die Arbeitsplätze von rund 200 Mitarbeitern, in Damme (Niedersachsen) von knapp 400 Mitarbeitern und in Eitorf (Nordrhein-Westfalen) ca. 700 Stellen verloren. Die Mitarbeiter und der Betriebsrat des Unternehmens protestieren nun lautstark gegen die Entscheidung des Unternehmens.
Am 10. September, so berichtet die Automobilwoche, soll es einen Aktionstag gegen die Streichung von Arbeitsplätzen geben. Kritik gibt es nicht nur an der Gesamtentscheidung, sondern auch daran, daß zunächst mit einem Stellenabbau von bis zu 12.000 Arbeitsplätzen

gerechnet wurde. Die inzwischen im Raum stehenden 14.000 Stellen übertreffen die Befürchtungen nochmals.
Der ZF-Gesamtbetriebsratschef, Achim Dietrich, versprach unterdessen, den Plänen des Vorstands vehement entgegenzutreten. An dem Aktionstag wolle man beim Hauptwerk Friedrichshafen eine Demonstration zum ZF-Forum starten, die später von der IG Metall zum Rathausplatz fortgeführt werde. Auch der Friedrichshafener Oberbürgermeister Andreas Brand sei dabei vom Gesamtbetriebsrat eingeladen worden, so Dietrich.

Die Transformation zur Elektromobilität führt zum Stellenabbau-Beben

1915 wurde das Unternehmen in Friedrichshafen gegründet. Jetzt, bei der "Transformation" hin zu mehr Elektromobilität, gerät das Unternehmen zunehmend in die Krise. Denn der erzwungene Wechsel von Verbrenner zur Elektromobilität belastet das Kerngeschäft des deutschen Unternehmens: Gerade in der LKW-Sparte ist ZF weltweit Marktführer für wichtige Teile aus der Industrietechnik, wie beispielsweise Getriebe oder Brems- und Lenksysteme.
Ein Problem des Unternehmens ist die hohe Verschuldung. Im Jahr 2020 übernahm ZF einen Wettbewerber und erhöhte damit die langfristigen Schulden auf insgesamt 12 Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr wurden die Verbindlichkeiten auf 11,2 Milliarden Euro beziffert. 2018 betrugen die langfristigen finanziellen Schulden noch etwa 4,4 Milliarden. Seitdem haben sich die langfristigen Verbindlichkeiten fast verdreifacht, wohingegen die Konzernumsätze zwischen 2018 und 2020 sogar gesunken sind.
Große Teile der Automobilbranche stehen bei dem Wechsel auf E-Mobilität vor einem schwer lösbaren Problem: Zwar investieren die Zulieferer massiv in neue Antriebstechnologien - auch weil der Regulierungsdruck hin zum elektrischen Antrieb enorm ist - jedoch sind die E-Sparten bislang überwiegend nicht profitabel.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. August 2024 (x1.392/…):
>>**Kraftwerksstrategie**

"Gefährdung der Versorgungssicherheit": Bundesrechnungshof fällt vernichtendes Urteil über Habeck-Strategie

In einem neuen Bericht sieht der Bundesrechnungshof erhebliche Mängel bei der Strategie der Energiewende - die Kraftwerksstrategie werde verschleppt, die Finanzierbarkeit sei fraglich. Schließlich sieht man gar Sorgen, daß die Stromnachfrage in Deutschland nicht mehr gedeckt werden könnte.
Von *Redaktion*
...
Der Bundesrechnungshof hat umfangreich zur Lage der Energiewende Stellung bezogen. In einem 30-seitigen Papier werden verschiedene Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums genauer unter die Lupe genommen, darüber berichtete zuerst The Pioneer.
Man erkennt dabei weitere erhebliche Mängel in den Fragen der Versorgungssicherheit und der Finanzierbarkeit.
Habeck plant, die Volatilität von Wind- und Solarenergie mit einem umfassenden Neubau von Gaskraftwerken zu kompensieren, die sogenannte Kraftwerksstrategie. Der BRH erklärt: "Der Bundesrechnungshof hat aufgrund der Vielzahl der noch ungeklärten Punkte bei der Umsetzung von Kraftwerksstrategie und Kapazitätsmechanismus weiterhin Zweifel an einer möglichen Inbetriebnahme ausreichend neuer Backup-Kraftwerke bis zum Jahr 2030." Details zum notwendigen Ausschreibungsdesign, zum konkreten Zeitplan und den Kosten seien "weiterhin offen."
Unter diesem Aspekt sieht man weitere Probleme bei der Versorgungssicherheit zum Ende des Jahrzehnts. Man weist ebenfalls auf die Einschätzung des European Resource Adequacy Assessment (ERAA) hin: "Das ERAA 2023 zeigt deutliche Risiken für die Versorgungssicherheit in Deutschland spätestens ab dem Jahr 2027 auf. Im schlechtesten Fall könnte die

Stromnachfrage in Deutschland im Jahr 2033 in mehr als 20 Stunden nicht vollständig gedeckt werden," heißt es in dem Bericht.
Auch am Erreichen der Netzausbauziele hat der BRH "weiterhin Zweifel". Der Ausbau der Übertragungsnetze liege hinter dem Zeitplan. Auch die Bezahlbarkeit der Stromversorgung stehe "bereits heute in Frage".
Die geschätzten Kosten für die Kraftwerksstrategie belaufen sich nach Zahlen der Bundesregierung auf etwa 16 bis 20 Milliarden Euro für die nächsten rund 20 Jahre. Kurzfristig ist geplant, neue Kraftwerkskapazitäten im Umfang von bis zu viermal 2,5 Gigawatt für Gaskraftwerke auszuschreiben.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30286" berichtet am 29. August 2024 (x1.389/…): >>**Straßenumfrage: Krasse Ungerechtigkeit bei GEZ-Sendern**
Es brodelt gewaltig beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Erst im Frühjahr 2024 beklagten über 100 Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio in einem Manifest, daß es dort praktisch keine Meinungsfreiheit gibt und jede konträre Meinung abgewürgt wird. Ein Skandal!
Aber auch immer mehr Bürger sind unzufrieden, und in Umfragewerten werden
die Öffentlich-Rechtlichen zunehmend abgestraft. Wen wundert es, wenn diese von Zwangsgebühren finanzierten Sender in jeder Krise eine gleichgeschaltete Meinung vertreten, das Volk einseitig belehren und Gegenstimmen ersticken oder Andersdenkende diffamieren?
Es ist auch schon lange nicht mehr nachvollziehbar, warum diese Zwangsabgabemedien mit ca. 8,6 Milliarden Euro jährlich nicht auskommen und immer mehr Geld fordern.
Deutschland leistet sich schon heute das teuerste öffentliche Rundfunksystem weltweit. Milliarden fließen in fragwürdige Kanäle. Allein für die Sanierung eines Filmhauses des WDR in Köln werden für unnötig teure Luxus-Möbel horrende Summen ausgegeben. Die Kosten der Sanierung stiegen mal eben von 130 auf 240 Millionen Euro.
Knapp 10 % der ARD-Rundfunkgebühren flossen in "betriebliche Altersvorsorgen". In Zahlen: 564 Millionen Euro nur für Alters- und Ruhegelder ihrer Ex-Bediensteten in einem Jahr.
Nur für die Rente des ehemaligen Intendanten des ZDF Thomas Bellut soll das ZDF
5,8 Millionen Euro an Rente zurückgestellt haben. Er erhält mehr als 30.000 Euro monatlich im Ruhestand.
Wo bleibt die Wahrung der Verhältnismäßigkeit, wenn ein Moderator wie Markus Lanz mit ca. 1,9 Millionen Jahresgehalt nachhause geht, während ein Rentner im Schnitt mit 16.440 Euro jährlich auskommen muss?
Warum erhält ein fragwürdiger Clown wie Oliver Welke ca. 1,2 Millionen Euro im Jahr, während eine hart arbeitende Kassiererin nur 32.500 Euro bekommt?
Wir sind gespannt, was die einfachen Bürger auf der Straße zu diesen Verhältnissen sagen.
(Passant:) Nee, daß der so viel verdient, wußte ich nicht. Also, okay ...
(Passant:) Finde ich normal nicht fair, nee.
(Kla.TV:) 1,9 Millionen pro Jahr finanziert aus GEZ-Gebühren, die ja jeder Bürger abzuführen hat auch in Deutschland ...
(Passant:) Also, man macht mich selten sprachlos, aber das ist gewaltig.
(Passant:) Ich glaube, wenn er den Erfolg nicht hätte, würde er sofort abgesetzt werden und dann ist er weg vom Fenster. Von daher tut er sicherlich einiges dafür, so viel zu verdienen.
(Kla.TV:) ... wird bezahlt über öffentlich-rechtliche Gebühren, also GEZ-Gebühren, die ja jeder bezahlen muss, jeder Bürger in Deutschland. Finden Sie das fair?
(Passant:) Nein, absolut nicht.
(Passant:) Die Unzufriedenheit wächst.
(Kla.TV:) Ist das noch im Verhältnis? Ist das noch fair?
(Passant:) Also ich find nicht. Aber es liegt auch daran, daß ich ein Mensch bin für Gerechtig-

keit und diese ganze Thematik mit siebenstelligen CEO-Gehältern ist nicht etwas, was existieren sollte.
(Passant:) 6.000, 7.000 Euro? Netto…
(Kla.TV:) Der Mann bekommt 1,2 Millionen fast, pro Jahr.
(Passant:) So viel?!
(Passant:) ... 45 ... 50?
(Kla.TV:) Ja, knapp 1,2 Millionen wäre die Auflösung.
(Passant:) 1,2 Millionen kriegt der?!
(Kla.TV:) Ja. Dann haben wir hier z.B. Markus Lanz. Der toppt das Ganze bei 1,9 Millionen.
(Passant:) Absurd!
(Passant:): Ich verdiene nicht viel. Ich bin Rentner, aber trotzdem muß ich bezahlen alles.
(Kla.TV:) Ein Rentner verdient ja im Durchschnitt so 16.000 im Jahr, ungefähr, im ganzen Jahr.
(Passant:) Etwas weniger.
(Kla.TV:) Etwas weniger, ja. Und jetzt gucken Sie nur nochmal die 16.000 zu den 1,2 Millionen - ist das fair Ihrer Meinung nach?
(Passant:) Oh, das ist zu viel Geld! Das kann man ja bißchen etwas für andere Leute verteilen oder wo die Belastung ist groß, die Leute leiden sehr ... Viele hatten keine Arbeit wegen Corona-Zeit, Schwierigkeiten ... Und da kann er ja ein bißchen was zu den anderen verschenken oder etwas weniger verdienen ... Ja, aber ist unfair.
(Kla.TV:) Dankeschön. Danke für die Zeit.
(Passant:) Also, er ist ja eine Person, die sehr bekannt ist, und es ist ja üblich, daß bekannte Personen deutlich mehr verdienen, wie auch Fußballer, Schauspieler und so. Aber natürlich ist es ganz klar, das ist von uns finanziert, mit den 1,9 Millionen könnte man viel bessere Projekte machen, um Leute weiterzubilden oder irgend welche anderen Projekte zu machen. Deswegen finde ich das auch zu überheblich, also einfach zu viel, was er verdient. Also ich meine, auch mit 900.000 würde er gut um die Runden kommen und ist halt ein ordentliches Gehalt dann immer noch.
(Passant:) Ja, da fragt man sich immer wieder, wo die Gerechtigkeit bleibt, wo die Fairneß ...
(Kla.TV:) Ja, das sind ja öffentliche Gelder, das sind ja Gebühren eben auch ...
(Passant:) Ja, unsere Gelder. Unsere Gelder ... heftig ... richtig erschreckend ... Also, daß man damit so reich werden kann ... zwei Millionen im Jahr fast. Das ist erschreckend, finde ich.
(Passant:) Ich finde es absolut nicht gerecht, daß heute jeder GEZ zahlt. Ich habe zum Beispiel jetzt momentan überhaupt keinen Fernseher zuhause, aber das zählt ja momentan glaube ich nicht, weil die Gesetzgebung sich ja irgendwie geändert hat hier in Deutschland. Jeder muß ja zahlen: ob der Fernseher da ist oder nicht.
(Passant:) Die Nachrichten sind heutzutage sehr, sehr negativ behaftet. Du schaltest manchmal ein abends um acht, oder in der EM-Pause in der Halbzeit und es ist nur Israel, es ist Syrien, es ist der Ukraine-Krieg, es ist die USA-Situation und du denkst dir so: Digger, sind das jetzt alles die Nachrichten, die wir haben? Das kann doch nicht der Ernst sein.
(Passant:) Meinungen, die nicht so im Mainstream sind, die sind untermauert von eventuell Fotos, die sind sehr unvorteilhaft, werden dann präsentiert, die Leute, die das dann äußern. Ich bin dann gar nicht deren Meinung, aber ich finde einfach, daß man die verschiedenen Meinungen präsentieren muß. Wir haben zum Beispiel die AfD, die ist am Anfang überhaupt gar nicht in den Talk-Shows gewesen.
Dann hat man sie in die Talk-Shows eingeladen. Solange wir die im Parlament zulassen, sollten wir alle Meinungen auch öffentlich - auch so wie sie geäußert werden, ohne die irgendwie zu polieren oder zu verändern - auch senden, und jeder sollte sich die Meinung bilden können. Ich glaube, wir Bürger sind nicht so ungebildet, als daß man ihnen das irgendwie vorkauen

müßte. Die Angst müssen wir nicht haben. Jeder macht das selber und dann kommen wir auch zu einem guten Weg. Alles andere ist eine Bevormundung, egal, ob die von ganz links oder von grün kommt, oder von rechts oder ganz rechts.
Liebe Zuschauer, Deutschland leistet sich nicht nur das teuerste öffentliche Rundfunksystem des Planeten, wie das Handelsblatt berichtete. Wir finanzieren mit den stets steigenden Zwangsabgaben auch überzogene Gehälter und Ruhestandszahlungen. Wir zahlen für fragwürdige Kanäle und unnötige Luxus-Ausgaben.
Aber am allerschlimmsten ist: Wir zahlen für eine absolut einseitige, manipulative und gleichgeschaltete Berichterstattung, die für eine tiefgreifende Spaltung in der Gesellschaft sorgt und jeden offenen Diskurs unterbindet.
Kla.TV hat für Sie die unhaltbaren Zustände bei den "Zwangsabgabe-Medien" mehr als ausführlich dokumentiert, und wir empfehlen an dieser Stelle dringend die Sendung: "Kriegswaffe Zwangsabgabe-Medien / 40 Gründe, warum ich nicht mehr zahle (von *Ivo Sasek*)".<<
Frankreich: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. August 2024 (x1.393/…): >>**Pawel Durov gegen Kaution frei, darf aber Frankreich nicht verlassen**
Telegram-Chef Pavel Durov kommt gegen Kaution aus dem Polizeigewahrsam frei, darf Frankreich aber nicht verlassen.
Telegram-Gründer Pawel Durov ist nach seiner Festnahme in Frankreich und dem Verhör durch einen Ermittlungsrichter unter Auflagen auf freien Fuß gekommen. Gegen Durov sei ein Ermittlungsverfahren unter anderem wegen des Verdachts der unzureichenden Kooperation mit Behörden bei Kriminalitätsermittlungen und Beihilfe zu Straftaten eingeleitet worden, teilte die Pariser Staatsanwaltschaft am Mittwochabend mit. Durov sei gegen Zahlung einer Kaution von fünf Millionen Euro auf freien Fuß gesetzt worden, müsse jedoch unter Aufsicht der Justizbehörden bleiben und dürfe Frankreich nicht verlassen. Eine Stellungnahme von Durov lag zunächst nicht vor.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.01.2025
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis
Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x063/79) = Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage, Seite 79.

x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x144	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 1. Von der Urzeit bis zur Zeit des 30jährigen Krieges. 1. Auflage. Weinheim 1963.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdekkungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x194	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In der frühen Neuzeit. 1. Auflage. Stuttgart 1970.
x213	Heerdt-Heumann: Unser Weg durch die Geschichte. Von der Vorgeschichte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Hirschgraben-Verlag, Frankfurt/Main 1966.
x217	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für morgen. Band 2 - Mittelalter und Neuzeit (900-1648). Frankfurt/Main 1978.
x242	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 2. Die europäische Christenheit. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1975.
x244	Ripper, Werner (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 1. Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus. Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.
x255	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 2. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1968.
x331	Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 8. Das 15. und 16. Jahrhundert - Vom Exil der Päpste in Avignon bis zum Augsburger Religionsfrieden. 1. Auflage. Hamburg 2004.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.

Internet

x975	https://www.theologe.de/#Einleitung - September 2020
x988	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/01/05/luthers-rebellion-und-die-protestanten-heute/#more-2790 - November 2019
x1.379	https://www.kla.tv - Juli 2024
x1.380	https://afdkompakt.de/ - Juli 2024
x1.381	https://deutschlandkurier.de – Juli 2024
x1.382	https://apollo-news.net/ - Juli 2024
x1.383	https://www.mmnews.de/ Juli 2024
x1.385	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Juli 2024
x1.386	https://www.nius.de/ - Juli 2024
x1.389	https://www.kla.tv - August 2024
x1.390	https://afdkompakt.de/ - August 2024
x1.391	https://deutschlandkurier.de – August 2024
x1.392	https://apollo-news.net/ - August 2024
x1.393	https://www.mmnews.de/ August 2024
x1.394	https://multipolar-magazin.de/ - August 2024
x1.395	https://fassadenkratzer.wordpress.com - August 2024
x1.396	https://www.nius.de/ - August 2024
x1.397	https://jungefreiheit.de/archiv/ - September 2024
x1.398	https://paz.de/artikel/olympia-wird-zum-fest-spiesziger-heuchelei-a11970.html - September 2024

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014